

Bauhandbuch

**Verwaltungsvorschriften über die Durchführung von
Bauaufgaben der Freien und Hansestadt Hamburg
(VV-Bau)**

vom 15. Dezember 1994

Herausgeber:

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Behörde für Energie und Umwelt und
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation
Hamburg, 15.12.1994

Stand 10/2015

Inhaltsverzeichnis

Band 1

- 1 Aufgaben und Organisation**
- 2 Veranschlagung und Bewirtschaftung**
 - Anlagen
- 3 frei**
- 4 Vorbereitung von Bauaufgaben**
- 5 Beauftragung freiberuflich Tätiger**
 - Richtlinien und Hinweise für die Vergabe von Leistungen an Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieure sowie an Bau- sachverständige nach § 58 LHO
 - Anlagen
- 6 Vergabe von Bauleistungen (VOB/A)**
 - Allgemeine Richtlinien und Hinweise zur Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teil A)
 - Anlagen
- 7 Bauausführung (VOB/B)**
 - Allgemeine Richtlinien und Hinweise zur Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teil B)
 - Ergänzende Anforderungen bei der Bauausführung
 - Anlagen
- 8 Abschlussarbeiten**
- 9 Tief- und sonstiger Ingenieurbau**
- 10 Landschaftsbau**
- 11 Zuwendungsbauten**
 - Anlagen

Anhang

Anlagen zu den Ziffern 1, 2 und 4

Inhaltsverzeichnis

1	Aufgaben und Organisation	Seite
1.1	Grundsätze	1-1
1.2	Geltungsbereich des Bauhandbuches	1-1
1.3	Beteiligte und deren Aufgaben	1-2
1.4	Begriffe	1-6
1.5	Projektorganisation	1-8

Teil I Allgemeiner Teil

1 Aufgaben und Organisation

1.1 Grundsätze

Für die Planung, Vergabe und Ausführung von Baumaßnahmen gelten die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 7 LHO).

Eindeutige Verantwortungsstrukturen, Kostentransparenz und Kostenbewusstsein bei den am Bau Beteiligten sind wesentliche Voraussetzungen für Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit bei der Planung, Vergabe und Ausführung von Baumaßnahmen.

Folgende Grundsätze sind zu beachten:

- Kein Bauprojekt darf ohne ausreichende Projektvorbereitung begonnen werden.
- Die Zuweisung von eindeutigen Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten an die am Projekt Beteiligten sowie die Standardisierung der Projektorganisation erfolgen durch die Einhaltung eines einheitlichen Rollenmodells mit Bedarfsträgern und Realisierungsträgern.
- Die Veranschlagung von Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen für Baumaßnahmen erfolgt ab den in den VV zu § 18 LHO genannten Wertgrenzen einzeln.

Das Rollenmodell gilt grundsätzlich für alle Baumaßnahmen der FHH. Ausnahmen für kleinere Maßnahmen unter 500.000 Euro sind möglich, wenn beim Bedarfsträger die Voraussetzungen für ein kostenstabiles Bauen im Sinne der Bürgerschafts-Drucksache 20/6208 gewährleistet sind. Abweichungen vom Rollenmodell und von der notwendigen ausreichenden Projektvorbereitung müssen bewusst und begründet stattfinden und bedürfen immer einer Konsequenzbetrachtung, die zu dokumentieren ist.

1.2 Geltungsbereich des Bauhandbuchs

Die Bestimmungen des Bauhandbuchs gelten für alle Fachbehörden, Senats- und Bezirksämter sowie Tochterorganisationen - soweit sie Teil der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg sind (Landesbetriebe und Sondervermögen nach § 106 LHO, Hochschulen) -, die Bauvorhaben des Hoch-, Tief- und sonstigen Ingenieurbaus und Landschaftsbau umsetzen und die vollständig oder anteilig aus dem (Investitions-) Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert werden. Für gemeinsame Baumaßnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Bund, die anteilig aus dem Hamburger Haushalt finanziert werden, gelten weiterhin das Bundesrecht und die einschlägigen Vorschriften des für das Bauen zuständigen Bundesministeriums. Dies gilt insbesondere für die Aufstellung der RE-Unterlagen. Für diese Maßnahmen ist im Vorwege zu klären, welche Vorgaben für den Hamburger Haushaltsanteil gelten sollen. Der Bedarfsträger soll gleichwohl das Ziel verfolgen, dass die der Bürgerschafts-Drucksache 20/6208 - Kostenstabiles Bauen - beschriebenen Maßnahmen in ihren Grundzügen auch bei diesen Baumaßnahmen angewendet werden.

Tochterorganisationen, die außerhalb der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg stehen (Körperschaften, Anstalten und Stiftungen öffentlichen Rechts sowie privatrechtliche Organisationen) und ganz oder mehrheitlich im Eigentum der

Freien und Hansestadt Hamburg stehen, sind durch die jeweiligen Bedarfsträger vertraglich an die Einhaltung dieser Bestimmungen zu binden.

Zuwendungsempfänger sind von den jeweiligen Zuwendungsgebern mittels Zuwendungsbescheid an die Bestimmungen des Bauhandbuchs zu binden.

1.3 Beteiligte und deren Aufgaben

Senatskanzlei

Die Senatskanzlei -Planungsstab- ist zuständig für Investitionsplanung.

Die Senatskanzlei führt ein Bau-Monitoring zur Überwachung der Kosten- und Terminentwicklung von allen großen Bauprojekten ab 10 Millionen Euro Baukosten durch, die durch die Bedarfs- und Realisierungsträger verantwortet werden. Dies gilt auch für alle projektbezogenen Zuwendungen.

Die Senatskanzlei erstellt jährlich einen Bericht über die Ergebnisse des Monitoring für Senat und Bürgerschaft. Der Bericht soll auch die Kostenentwicklung einzelveranschlagter und abgeschlossener Baumaßnahmen zwischen 6 und 10 Millionen Euro einschließlich des Nachweises über Preissteigerungen und Eintritt besonderer Kostenrisiken beinhalten.

Finanzbehörde

Die Finanzbehörde erlässt die haushaltsrechtlichen Vorschriften im Zusammenhang mit Baumaßnahmen (insb. die VV zu § 18, §§ 19, 57 und § 46 LHO, Raumprogramme und -standards, Richtlinien für die Kostenschätzung, Leitfaden Wirtschaftlichkeit). Ihr sind alle Haushaltsunterlagen zu übersenden, soweit sie nicht darauf verzichtet.

Für den Hochbau berät die Finanzbehörde die Bedarfsträger bei der Aufstellung von Raumprogrammen. Die Richtlinien für die Kostenschätzung enthalten Richtwerte für die Schätzung der Auszahlungen für Investitionen sowie der Betriebs-, Instandhaltungs- und Instandsetzungskosten von Gebäuden. Das Immobilien-Service-Zentrum der Sprinkenhof AG koordiniert die Deckung der Raumbedarfe der Behörden.

Bedarfsträger

Bedarfsträger lassen Baumaßnahmen zur Erfüllung ihrer Fachaufgaben durchführen. Sie müssen über eigenen baufachlichen Sachverstand in dem Umfang verfügen, der für die Beauftragung eines geeigneten Realisierungsträgers erforderlich ist.

Bedarfsträger können je nach Nutzer Fachbehörden, Senats- und Bezirksämter sowie Tochterorganisationen der Freien und Hansestadt Hamburg ggf. in gemeinsamer Bedarfsträgerschaft sein.

Dem Bedarfsträger obliegt die Bauherrenverantwortung. Er ist zuständig für die Wahrnehmung der Bauherrenfunktion bei allen Bauten, die der Erfüllung seiner jeweiligen Aufgaben dienen.

Der Bedarfsträger ist im Verhältnis zum Realisierungsträger Auftraggeber. Einen Kernbestand an Leistungen (sog. Bauherrenkernleistungen) muss er selbst erbringen. Dazu gehören die Definition des Bedarfs sowie die Übernahme der Verantwortung für die sachgerechte Inanspruchnahme haushaltsrechtlicher Ermächtigungen. Die im Auftragswege an den Realisierungsträger vergebenen sonstigen Bauherrenleistungen (sog. Baumanagementleistungen) sind honorarpflichtig und aus hierfür veranschlagten Ermächtigungen zu vergüten.

Dem Bedarfsträger kommen im Rahmen der Projektvorbereitung u.a. die folgenden Aufgaben zu:

- Aufbau einer geeigneten Verantwortungsstruktur (bei größeren Maßnahmen bietet sich hierfür eine Projektorganisation an),
- Organisatorische und vertragliche Einbindung Dritter (z.B. Investoren, DB AG),
- Bedarfsermittlung,
- Einwerben der haushaltsrechtlichen Ermächtigungen,
- Auswahl und Beauftragung eines Realisierungsträgers,
- Abstimmungen mit dem Eigentümer/Vermögensträger,
- Vorgaben bzw. Anforderungen für den Realisierungsträger zum Projekt bzw. zur Projektabwicklung:
 - o Projektziel (strategische/übergeordnete Vorgaben, Bezug und Abgrenzung zu anderen Projekten etc.),
 - o Etat bzw. Kostenobergrenzen (ggfls. auch als Kennziffer - z.B. Euro/Flächeneinheit),
 - o Machbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen,
 - o Baukostengenauigkeit bzw. -qualität,
 - o Termine, Meilensteine,
 - o (politische) Entscheidungsstufen,
 - o Bau- und Qualitätsstandards (z.B. energetische Anforderungen),
 - o Berichtswesen und Informationspflichten (z.B. Einbindung Bau-Monitoring der Senatskanzlei bei großen Bauprojekten),
 - o Projektmarketing und die Informations- bzw. Kommunikationsstrategie sowie
 - o Öffentlichkeits- und Gremienarbeit.

Weitere Aufgaben des Bedarfsträgers im Zuge des Projekts sind:

- Wahrnehmung der vierteljährlichen Berichtspflicht für alle dem Monitoring unterliegenden Maßnahmen an die Senatskanzlei,
- Wahrnehmung der initiativen Berichtspflicht an die Senatskanzlei bei absehbarer Überschreitung des Kosten- oder Zeitplans sowie wesentlichen Änderungen an der Baumaßnahme gegenüber der Planung.
- Erstellung von Beiträgen für die Quartalsberichterstattung des Senat an die Bürgerschaft gemäß § 10 Absatz 3 LHO

Der Bedarfsträger kann in besonderen Fällen (insbesondere bei ständig wiederkehrenden Betriebs-, Instandhaltungs- und (Grund)Instandsetzungsmaßnahmen an Infrastrukturanlagen) Teile seiner Aufgaben dem Realisierungsträger übertragen. Es muss jedoch sichergestellt sein, dass der Bedarfsträger einen definierten Handlungsrahmen für den Realisierungsträger vorgibt und die Ergebnisse des Realisierungsträgers regelmäßig durch den Bedarfsträger überprüft werden (z. B. durch ein geeignetes Berichtswesen).

Die Entscheidung, welcher Realisierungsträger beauftragt wird, liegt beim Bedarfsträger.

Eine Übersicht zu den Bauherrenaufgaben enthält Teil I, Anlage 1.

Im Hochbau stellt der Bedarfsträger ein Raum-, Funktions- und Ausstattungsprogramm auf, das den geltenden, aktuellen Regelungen zum Stand der Technik ent-

spricht. Dies gilt auch vor der geplanten Anmietung von Flächen. Wichtige Hinweise finden sich im Intranet des Landesbetriebs Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) unter Adresse:

<http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0029/intra/Seiten/Raumbedarfe%20der%20Verwaltung.aspx> .

Realisierungsträger

Realisierungsträger planen und bauen das Bauwerk und betreiben es auch teilweise. Sie verfügen über die dafür notwendige Fachkompetenz und Leistungsfähigkeit. Sie stehen untereinander im Wettbewerb um Aufträge der öffentlichen Bau-Bedarfsträger.

Realisierungsträger sind die nachfolgend genannten Dienststellen, Landesbetriebe und öffentlichen Unternehmen:

	Hochbau	Tiefbau	Landschaftsbau
Realisierungsträger	BSU, ABH	LSBG	HF Hamburger Friedhöfe
	SpriAG	Bezirksämter	Bezirksämter
	GMH	HPA	
	IMPF	BSU, Amt U (Altlastensanierung)	
	REGE	REGE	

Daneben gibt es weitere Realisierungsträger die in einem festgelegten und begrenzten Aufgabenfeld tätig sind:

	Hochbau	Tiefbau	Landschaftsbau
Realisierungsträger mit begrenztem Aufgabenfeld	Behörde für Justiz und Gleichstellung, Strafvollzugsamt (Strafvollzug)	HafenCity GmbH (im Bereich der HafenCity)	HafenCity GmbH (im Bereich der HafenCity)
	Landesbetrieb SBH Schulbau Hamburg (Schulbau)	DEGES (Bundesfernstraßen)	IGS 2013
	UKE	HSE	
		HHA (im Bereich der eigenen Verkehrsinfrastruktur)	

Hier nicht aufgeführte Dienststellen und Unternehmen können mit Zustimmung der Senatskanzlei ebenfalls als Realisierungsträger für öffentliche Baumaßnahmen tätig werden, sofern sie gegenüber dem Bedarfsträger nachweisen, dass sie einen vergleichbaren Standard aufweisen und organisatorisch und fachlich in der Lage sind, die Anforderungen der Bürgerschafts-Drucksache 20/6208 - Kostenstabiles Bauen - sowie der Vorschriften und Regelwerke zu erfüllen.

Der Realisierungsträger ist ein in der Regel betrieblich organisierter Dienstleister und im Verhältnis zum Bedarfsträger Auftragnehmer. Er fungiert nach seiner Beauftragung im Rahmen der formulierten Vorgaben als Geschäftsbesorger, d.h. ihm

werden mit dem Projektauftrag eine definierte Kompetenz und Verantwortung zugewiesen, in deren Grenzen er selbständig Entscheidungen treffen darf.

Der Realisierungsträger erbringt gegen Honorar Leistungen gemäß z.B. der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) oder anderer Honorargrundlagen (AHO, VV-Bau).

Regelhaft kommen dem Realisierungsträger im Rahmen der Projektvorbereitung unter Berücksichtigung der vom Bedarfsträger formulierten Anforderungen und Vorgaben insbesondere die folgenden Aufgaben zu:

- Verhandlung des Projektauftrages mit dem Bedarfsträger,
- Aufbau einer Realisierungsträger-Projektorganisation,
- Ressourcenplanung (Eigen- und Fremdleistungen),
- Aufbau eines Kosten- und Kostenrisikomanagements,
- Aufbau eines Qualitäts- und Änderungsmanagements,
- Projektcontrolling,
- Projektstrukturplanung (Teilprojekte, Arbeitspakete etc.),
- Terminplanung (Meilensteine, Projektphasen, Entscheidungsstufen etc.),
- Projektumfeldanalyse und
- Entwicklung von Vorgaben für das Nachtragsmanagement und dessen Anwendung.

Weitere Aufgaben des Realisierungsträgers im Zuge des Projekts sind:

- Wahrnehmung der regelmäßigen Berichtspflicht an den Bedarfsträger,
- verantwortliche Erstellung eines vierteljährlichen Fortschrittsberichts für alle dem Monitoring unterliegenden Maßnahmen an den Bedarfsträger, aus dem hervorgeht, ob die Kosten- und Zeitpläne eingehalten werden, einschließlich Konsequenzbetrachtungen,
- Projektauswertung in Hinsicht auf Baupreisentwicklung, Nachträge und Erfolg der Projektvorbereitung.

Technische Aufsicht

Eine technische Aufsicht ist eine bei den Realisierungsträgern eingerichtete und von deren Planungs- und Entwurfsstellen unabhängige Prüfinstanz, die die in der Anlage 2.HIL.1 aufgezählten Inhalte der Kostenunterlagen prüft.

Einer technischen Aufsicht obliegt die Prüfung der Kostenunterlagen für alle Bauvorhaben des Hoch- und Ingenieurbaus über 1 Million Euro Baukosten sowie des Landschaftsbaus über 500.000 Euro Baukosten unabhängig von der Art der Veranschlagung (siehe auch Ziffer 2.2.3).

Sie hat insbesondere bei großen, komplexen Bauprojekten mit ihrer Erfahrung und Fachkompetenz bereits während der Entwurfsarbeit und bei der Aufstellung der Kostenunterlagen als Ansprechpartner zu dienen und frühzeitig Aspekte der Wirtschaftlichkeit, Standards, Kostenrisiken und Kostengenauigkeit einzubringen bzw. Unzulänglichkeiten in der Bearbeitung aufzudecken.

Die technischen Aufsichten der einzelnen Realisierungsträger stellen in einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch die Standardisierung der Prüfung von Kostenunterlagen durch die Fortschreibung des Prüfkatalogs aus Anlage 2.HIL.1 sicher.

Zentrale Baufachliche Instanz (Hochbau)

Als Zentrale Baufachliche Instanz für den Hochbau fungiert das Referat Standard, Kosten, Wirtschaftlichkeit des Amtes für Bauordnung und Hochbau der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt. Sie ist für baufachliche Grundsatzaufgaben zuständig und bildet zugleich eine Service-Einrichtung, die ihre Kompetenz beratend und koordinierend einsetzt, um im Dialog mit den Realisierungsträgern, den Bedarfsträgern, der Bürgerschaft, dem Senat, und der Öffentlichkeit fachliche Hilfestellung zu leisten und Lösungskonzepte zu optimieren.

Die für den Hafenbereich bisher getroffenen Zuständigkeitsabgrenzungen bleiben erhalten.

Der Zentralen Baufachlichen Instanz obliegen

- die fachliche Grundlagenarbeit und Querschnittsaufgaben zur Qualitätssicherung
 - o baufachliche Normung,
 - o Erlass und Fortschreibung notwendiger Verwaltungsvorschriften,
 - o fachliche Koordinierung,
 - o Herausgabe von Fachrichtlinien und baufachlichen Handlungsvorgaben,
 - o Festlegung und Weiterentwicklung von Standards,
 - o Mitwirkung bei Wettbewerben.
- ministerielle Aufgaben, Gremienarbeit, Parlamentsangelegenheiten
 - o Aufgaben im Rahmen der Förderung der gesamtstädtischen Baukultur,
 - o Bearbeitung ministerieller und bezirklicher Angelegenheiten,
 - o Funktion als Kontaktstelle für Kammern, Interessen- und Berufsverbände.
- Service-Aufgaben
 - o projektbezogene fachliche und wirtschaftliche Beratung von Bedarfsträgern, u.a. auch für die Assistenzeinheiten des Senats,
 - o Informationsdienste.
- Entwicklungs- und Steuerungsaufgaben
 - o Unterstützung der Betriebsorganisation,
 - o Mitwirkung an der Aus- und Fortbildung des Fachpersonals.

Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau

Der Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau im Amt für Bauordnung und Hochbau der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt obliegen

- die Funktion als Realisierungsträger,
- die Funktion als technische Aufsicht,
- die Zuwendungsprüfung.

1.4 Begriffe

Baumaßnahmen

Baumaßnahmen (siehe Nr. 1. VV zu §§ 19, 57 LHO) sind

- Neubauten

Neubauten und Neuanlagen sind neu zu errichtende oder neu herzustellende Objekte.

- Umbauten

Umbauten sind Umgestaltungen eines vorhandenen Objekts mit wesentlichen Eingriffen in Konstruktion oder Bestand.

- Erweiterungsbauten

Erweiterungsbauten sind Ergänzungen eines vorhandenen Objekts, z.B. durch Aufstockung oder Anbau.

- Grunderneuerungen / Grundinstandsetzungen / Modernisierungen

Grunderneuerungen, Grundinstandsetzungen und Modernisierungen sind bauliche Maßnahmen, die im Wesentlichen dazu bestimmt sind, durch Anpassung an derzeitige Standards bzw. veränderte Anforderungen den Gebrauchswert eines Objektes im Hinblick auf bauliche, sicherheitliche oder funktionelle Erfordernisse nachhaltig zu erhöhen (nachträgliche Herstellung gem. Nr. 2.3.3 VV Bilanzierung).

- Wiederherstellungen von baulichen Anlagen nach vollständigem Verschleiß

Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen

Instandhaltungen von baulichen Anlagen und die Wartung von Anlagen der Technischen Ausrüstung sind Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, den Zustand, die Funktionsfähigkeit und die ursprünglichen Eigenschaften zu erhalten (Erhaltung des Sollzustandes).

Instandsetzungen von baulichen Anlagen und Anlagen der Technischen Ausrüstung sind Maßnahmen, die zur Wiederherstellung einer beeinträchtigten Funktionsfähigkeit erforderlich sind (Wiederherstellung des Sollzustandes), aber nicht als Grundinstandsetzungen bzw. Grunderneuerungen anzusehen sind.

Objekte

Objekte sind Gebäude, bauliche Anlagen, Freianlagen und Innenräume (vgl. § 2 Absatz 1 HOAI).

Dienstgrundstücke

Dienstgrundstücke im Sinne des Bauhandbuchs sind alle verwaltungseigenen, gemieteten oder gepachteten Grundstücke, Gebäude und baulichen Anlagen (einschließlich der mit diesen dauernd verbundenen Einrichtungen, der Freiflächengestaltung und des Zubehörs), die für Zwecke der Verwaltung oder der Erfüllung von Fachaufgaben genutzt werden.

Kostenermittlungsstufen

- Kostenrahmen,
- Kostenschätzung,
- Kostenberechnung,
- Kostenanschlag und
- Kostenfeststellung

sind in der DIN 276-1 definiert.

Baunebenkosten

Baunebenkosten sind alle mit der eigentlichen Baumaßnahme untrennbar verbundenen Kosten im Zusammenhang mit der Projektvorbereitung, Planung, Durchführung und Abrechnung der Maßnahme, insbesondere der Aufwand beim Bedarfs-

und Realisierungsträger sowie für Ingenieur- und Architektenleistungen (Eigen- und Fremdleistungen) entsprechend Kostengruppe 700 der DIN 276-1 in der jeweils geltenden Fassung.

Erfolgskontrolle

Das Erfordernis der Erfolgskontrolle ist in Nr. 4 VV zu § 7 LHO geregelt.

1.5 Projektorganisation

Für jedes Projekt ist zu Beginn gemeinsam von Bedarfs- und Realisierungsträger eine Projektorganisation (analog dem Rollenmodell) zu entwickeln. Hierbei werden die wesentlichen Projektanforderungen und -vorgaben beschrieben und eindeutige Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zugewiesen. Für große Projekte und standardisierte Projektabwicklungen ist hierzu ein Organisationshandbuch aufzustellen, das ggf. später zu einem Projekthandbuch fortentwickelt wird. Soweit getrennte Handbücher erstellt werden enthält das Organisationshandbuch in der Regel die aufbau- und ablauforientierten Festlegungen, im Projekthandbuch werden die Arbeitsergebnisse der Projektabwicklung dokumentiert.

Das Organisations-/Projekthandbuch dient zur Schaffung von Klarheit über die Projektziele, die Projektstruktur, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie das Informations- und Kommunikationssystem der Projektbeteiligten.

Die Darstellung soll Angaben zu folgenden Punkten enthalten:

- Zielsetzung, Bauaufgabe/Projektbeschreibung
- Projektstruktur
- Aufbauorganisation/Projektbeteiligte (mit Benennung der jeweiligen Projektleitung und Projektverantwortlichen)
 - o Bedarfsträger
 - o Realisierungsträger
 - o Bauherrenbetreuung (wirtschaftliche und technische Betreuung durch Eigen- oder Fremdleistung (Planer, Architekten, Fachingenieure, Gutachter, sonstige freiberuflich Tätige)
 - o Projektsteuerung
 - o Kosten- und Termincontrolling
 - o Nachtrags- und Risikomanagement
 - o Behörden und Ämter, Prüf- und Genehmigungsinstanzen
 - o Nutzer / Betreiber
 - o Träger öffentlicher Belange (Energieversorgungsunternehmen, Wasserwerke, Entsorgungsunternehmen, Betreiber von Telekommunikationsnetzwerken, ÖPNV-Unternehmen, DB etc.) und alle weiteren Prozessbeteiligten
 - o Technische Aufsicht / Baufachliche Prüfung
 - o Vergabe und Vertragswesen
 - o Ausführungsfirmen
- Projektziele
 - o Bausoll, Kosten, Termine, Bau- und Qualitätsstandards
- Ablauforganisation
 - o Projektstufen, Entscheidungsvorlagen
 - o Abstimmung mit / unter den Projektbeteiligten
 - o Daten- und Dokumentenaustausch
 - o Projektänderungen
 - o Planungs- und Planfreigaben

- Kosten- und Termincontrolling
- Kommunikation
 - Berichtswesen, Informationspflichten
 - Besprechungen / Jour Fixe
 - Gremien- und Öffentlichkeitsarbeit
 - Projektauswertung

Inhaltsverzeichnis

2	Veranschlagung und Bewirtschaftung	Seite
2.1	Allgemeines	2-1
2.2	Veranschlagung von Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen für Baumaßnahmen	2-1
2.2.1	Haushaltsunterlage - Bau (HU-Bau) gemäß § 19 LHO	2-1
2.2.1.1	Kostenermittlung	2-1
2.2.2	Bauprogramme und sonstige Maßnahmen (§§ 18 und 19 LHO)	2-4
2.2.3	Prüfung von Kostenunterlagen	2-4
2.3	Veranschlagung von Kosten und Verpflichtungsermächtigungen für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen	2-4
2.3.1	Veranschlagungsgrundsätze	2-4
2.3.2	Verantwortlichkeiten	2-5
2.4	Bewirtschaftung der Auszahlungs- und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen für Baumaßnahmen	2-6
2.4.1	Ausführungsunterlage - Bau (AU-Bau) gemäß § 57 LHO	2-6
2.4.2	Kostenkontrolle	2-6
2.5	Bewirtschaftung der Ermächtigungen, Kosten für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zu verursachen und entsprechende Verpflichtungen einzugehen	2-7
2.6	Mehrkosten und Mehrbedarfe	2-7
2.7	Kostenrisikomanagement	2-7
2.8	Nachtragsmanagement	2-8
2.9	Projektauswertung	2-8

Anlagen:

2.H.1	Aufstellen von Kostenunterlagen - Regelungen für Hochbaumaßnahmen
2.H.1a	Anforderungen an Pläne für Kostenunterlagen (Hochbau)
2.H.2	Haushaltsunterlage - Bau nach § 19 LHO / Ausführungsunterlage - Bau nach § 57 LHO (Hochbau)
2.I.1	Aufstellen von Kostenunterlagen - Regelungen für Ingenieurbaumaßnahmen mit Anlagen a - i
2.L.1	Aufstellen von Kostenunterlagen - Regelungen für Landschaftsbaumaßnahmen
2.L.1a	Anforderungen an Pläne für Kostenunterlagen (Landschaftsbau)
2.L.2	Haushaltsunterlage - Bau nach § 19 LHO / Ausführungsunterlage - Bau nach § 57 LHO (Landschaftsbau)
2.HIL.1	Prüfung von Kostenunterlagen

2 Veranschlagung und Bewirtschaftung

2.1 Allgemeines

Es liegt in der Verantwortung des Bedarfsträgers als Bauherr bzw. des beauftragten Realisierungsträgers, die haushaltsrechtlichen Ermächtigungen sparsam, wirtschaftlich und auskömmlich zur jeweiligen Zweckerfüllung einzusetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer permanenten eigenverantwortlichen Steuerung des Ressourceneinsatzes sowie einer entsprechend konsequenten Prioritätenbildung und -veränderung. Falls die technische Aufsicht die Kostenunterlagen zu prüfen hat, ist ihre Einbindung in den Planungsprozess rechtzeitig mit ihr abzustimmen.

Für den Hochbau wird auf das Prinzip der durchgängigen Kostenplanung einschließlich Kostenkontrolle (von der Projektentwicklung bis zur Objektüberwachung) hingewiesen - vgl. Richtlinien für die Anwendung von Planungs- und Kostenkennwerten (RPK '96, Abschnitt 0.5).

2.2. Veranschlagung von Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen für Baumaßnahmen

2.2.1 Haushaltsunterlage - Bau (HU-Bau) gemäß § 19 LHO

Für einzeln zu veranschlagende Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen für Baumaßnahmen (vgl. Nr. 2 VV zu § 18 LHO, dort insbesondere Nr. 2.1.1, Wertgrenzen) sind gemäß Nr. 1.2.1 VV zu §§ 19, 57 LHO Haushaltsunterlagen - Bau aufzustellen. Diese sind in der Qualität einer Kostenberechnung gemäß DIN 276 auf der Grundlage der Entwurfsplanung nach der HOAI zu erstellen. Sie sind der Finanzbehörde zu übersenden, soweit sie nicht darauf verzichtet. Insbesondere ist hierbei auf die Wirtschaftlichkeit der gewählten Lösung einzugehen. Die erforderliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung ist der jeweiligen HU-Bau beizufügen. In den Fällen, in denen die HU-Bau zur Aufhebung einer Sperre nach § 19 Abs. 5 Satz 3 LHO vorgelegt wird, ist ihre nicht rechtzeitige Erstellung vor der Veranschlagung im Erläuterungsbericht ausführlich zu begründen. Bei Landschaftsbaumaßnahmen ist die Technische Richtlinie Veranschlagungsgrundsätze zu beachten und zu berücksichtigen, um eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der gewählten Bauweise darzustellen.

Das jeweilige Verfahren zur Aufstellung einer HU-Bau sowie deren Inhalte werden

- für den Hochbau in den Anlagen 2.H.1 und 2.H.1a der Ziffer 2,
- für den Landschaftsbau in den Anlagen 2.L.1 und 2.L.2 der Ziffer 2,
- für den Ingenieurbau in der Anlage 2.I.1 der Ziffer 2

geregelt.

2.2.1.1 Kostenermittlung

Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen für Baumaßnahmen werden auf der Basis der in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesenen Maßnahmen - gegebenenfalls unter Berücksichtigung veränderter Bedarfe und Prioritäten - veranschlagt.

Um innerhalb der Verwaltung und gegenüber der Bürgerschaft eine transparente und einheitliche Systematik sowie eine möglichst genaue Ermittlung und Veranschlagung von Kosten zu erreichen, sind die Gesamtkosten von Baumaßnahmen in

Kostenunterlagen in die folgenden Kostenbestandteile zu gliedern (vgl. Nr. 3.1.2 VV zu § 18 LHO):

			Kostenermittlungsstufe (Kosten einschl. USt.)				
Kosten- definition		Kostenbestandteile	Kosten- rahmen in Tsd. EUR	Kosten- schät- zung in Tsd. EUR	Kosten- berech- nung in Tsd. EUR	Kosten- anschlag in Tsd. EUR	Kosten- feststel- lung in Tsd. EUR
Gesamtkosten	Gesamtbaukosten	„Baukosten“					
		Basiskosten:					
		Ansatz für Kostenvarianz:					
		Preissteigerungen:					
		Baunebenkosten (Pla- nungskosten):					
		Gesamtbaukosten (Summe Baukosten + Baunebenkosten):					
		Grunderwerbskosten:					
		Einrichtungskosten:					
		Besondere Kostenrisiken:					
Summe:							

- Basiskosten: Dies sind die Kosten des Bauprojekts auf Grundlage des definierten Bausolls und der zum Zeitpunkt der Kostenermittlung bestehenden Marktverhältnisse; zu nicht exakt bestimmbar Positionen sind realistische Annahmen zu treffen. Im Hochbau entsprechen die Basiskosten in der Regel den Kostengruppen 200-600 der DIN 276-1. Im Landschaftsbau werden die Basiskosten gemäß der Technischen Richtlinie Veranschlagungsgrundsätze ermittelt.
- Kostenvarianz: Zur Berücksichtigung der Ungenauigkeiten der Kostenermittlung kann abhängig von der jeweils erreichten Planungstiefe eine Kostenvarianz als prozentualer Zuschlag auf die Basiskosten veranschlagt werden. Dieser Zuschlagssatz ist auf die Hälfte des positiven Wertes der Varianz zu begrenzen (Bsp.: Kostenvarianz +/- 20% → Zuschlagssatz: 10%). Anhaltswerte für die Ermittlung der Kostenvarianz sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Diese Werte gelten als Richtgröße und können eine die projektspezifischen Randbedingungen berücksichtigende Einschätzung der Projektverantwortlichen nicht ersetzen. Die Einstufung in eine der Kategorien „einfach“, „mittel“ oder „schwierig“ für die Komplexität des Projektes ist in der Haushaltsunterlage - Bau zu begründen (für den Hochbau siehe Anlage 2.H.2; für den Landschaftsbau siehe Anlage 2.L.2, Seite 2). Etwaige Ansätze für „Unvorhersehbares“ sind ausgeschlossen.

Die Inanspruchnahme der Kostenvarianz ist im Rahmen der Kostenkontrolle zu dokumentieren. Veranschlagte, aber nicht eingetretene Kostenvarianzen dürfen für Planungsänderungen nur in Anspruch genommen werden, wenn die Bürgerschaft eingewilligt hat.

	Kostenvarianz			Anmerkung
Komplexität des Projektes	einfach	mittel	schwierig	
Kostenrahmen*	± 30 %	± 35 %	± 40 %	Werte dienen zur Information, z.B. in Drucksachen.
Kostenschätzung*	± 20 %	± 25 %	± 30 %	
Kostenberechnung*	± 10 %	± 15 %	± 20 %	Werte sind für die Veranschlagung von Baukosten in Kostenunterlagen nach LHO relevant
In Kostenunterlagen sind nur 50 % dieser Kostenvarianz anzusetzen.				

* Für Definitionen der einzelnen Kostenermittlungsstufen siehe DIN 276-1

- **Preissteigerungen:** Nicht mit der Kostenvarianz abgedeckt werden Preissteigerungen. Diese sind für Projekte mit einer Frist von mindestens einem Jahr zwischen dem Zeitpunkt der Vorlage der Kostenunterlage und dem Baubeginn zu veranschlagen, wenn mit ihrem Eintritt mit großer Sicherheit zu rechnen ist. Eventuell vereinbarte Preisgleitungen sind ebenfalls zu veranschlagen. Die anzusetzenden Preissteigerungsraten können sich an den Preisindizes für Bauwerke des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein bzw. den Preisindizes für die Bauwirtschaft orientieren, die vom Statistischen Bundesamt in der Fachserie 17, Reihe 4 veröffentlicht werden. Die Ansätze für Preissteigerungen sind in der Haushaltsunterlage ausführlich zu begründen. Sie sind auf die Basiskosten zu beziehen. Die Richtigkeit ist im Rahmen des Kostencontrollings regelmäßig zu überprüfen und ggfs. bei weiteren Veranschlagungen anzupassen. In der Ausführungsunterlage nach § 57 LHO ist auf die Preisentwicklung und die angepassten Ansätze einzugehen. Die Prüfung der Richtigkeit der angenommenen Preissteigerung erfolgt über den Vergleich mit der tatsächlichen Entwicklung des jeweiligen Preisindex. Wenn der Index stärker als angenommen ansteigt und dies nicht durch die veranschlagten Auszahlungen gedeckt ist, muss die Bürgerschaft zu darüber hinausgehenden Auszahlungen ermächtigen.

Im Haushalt veranschlagte Auszahlungen für Preissteigerungen dürfen nur zweckgebunden und bis zur angesetzten Höhe für Preissteigerungen verwendet werden. Die Notwendigkeit der Inanspruchnahme dieser Ermächtigungen für Preissteigerungen ist mit einer sorgfältigen Begründung im Vergabevermerk darzulegen. Eine Verwendung dieser Ermächtigungen für andere Kostensteigerungen ist unzulässig. Preissteigerungen, die nicht über den festgestellten Preisindex bestätigt werden können, dürfen nicht für andere Zwecke (etwa Planungsänderungen oder Kostenvarianz) in Anspruch genommen werden.

- **Baunebenkosten:** Der Begriff wird unter Ziffer 1.4 definiert.
- **Einrichtungskosten:** Einrichtungskosten sind insbesondere Kosten des Bedarfsträgers für die Gebäudeausstattung. Sie sind separat darzustellen, sofern sie nicht den Baukosten zuzurechnen sind (feste Einbauten).

- Grunderwerbskosten: Grunderwerbskosten setzen sich aus dem Kaufpreis für das Grundstück, den Nebenkosten (z.B. Notarkosten) und den Kosten für das Freimachen des Grundstücks von Belastungen im Grundbuch zusammen.
- Besondere Kostenrisiken: Hierbei handelt es sich nicht um allgemeine, sondern auf den Einzelfall bezogene Risiken, die trotz einer gewissenhaften und ordnungsgemäßen Planung und Kostenermittlung nicht auszuschließen sind, z.B. besondere Baugrund- oder Substanzrisiken, Altlasten. Die Ansätze sind konkret nach ihrer Art, ihrem Umfang und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit für jedes Risiko einzeln in der Kostenunterlage zu benennen. Es sollten geeignete Maßnahmen zur Reduzierung, Vermeidung, Überwälzung und Steuerung aufgezeigt werden. Eine Veranschlagung als finanzielle Reserve erfolgt nicht. Bei ihrem Eintritt bis zu der in der Haushaltsunterlage genannten Höhe sind diese im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten, z.B. Deckungsfähigkeiten, von der jeweiligen Behörde in einem geregelten Verfahren auszugleichen. Eine erneute Beteiligung der Bürgerschaft ist nicht erforderlich. Die Summe der besonderen Kostenrisiken ist der Bürgerschaft in den Erläuterungen zum Haushaltsplan bzw. in einer Einzeldrucksache darzustellen.

2.2.2 Bauprogramme und sonstige Maßnahmen (§§ 18 und 19 LHO)

Bei Bauprogrammen und zu sonstigen Maßnahmen zusammengefassten Baumaßnahmen (vgl. Nr. 2 der VV zu § 18 LHO, dort insbesondere Nr. 2.1.1, Wertgrenzen) sind zum Zeitpunkt der Veranschlagung keine der Ziffer 2.2.1 entsprechenden Unterlagen (HU-Bau) vorzulegen. Vor Baubeginn müssen aber Ausführungsunterlagen - Bau (AU-Bau) gem. Ziff. 2.4.1 vorliegen (vgl. Nrn. 1.2.2 und 1.3 VV zu §§ 19, 57 LHO).

2.2.3 Prüfung von Kostenunterlagen

Alle Kostenunterlagen (HU-Bau und AU-Bau sowie Nachtragsunterlagen) für Bauvorhaben des Hoch- und Ingenieurbaus ab einer Baukostensumme von 1 Million Euro sind durch eine von der Planungs- und Entwurfsstelle unabhängige technische Aufsicht zu prüfen und zu genehmigen. Die Unterlagen für Vorhaben des Landschaftsbaus sind ab 500.000 Euro durch eine unabhängige technische Aufsicht zu prüfen und zu genehmigen.

Art und Umfang der Prüfung sind in der Anlage 2.HIL.1 der Ziffer 2 geregelt. Die Vorgabenliste für die Prüfung in Anlage 2.HIL.1 unterliegt der regelmäßigen Evaluation.

Wurde eine geprüfte Planung nicht verändert, sind jedoch seit der letzten Kostenaktualisierung mehr als drei Jahre vergangen, ist grundsätzlich eine Anpassung der ermittelten Kosten anhand des Baupreiskostenindex zur nächsten Kostenüberprüfung vorzunehmen. Das Prüfergebnis ist zu dokumentieren.

2.3 Veranschlagung von Kosten und Verpflichtungsermächtigungen für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen

2.3.1 Veranschlagungsgrundsätze

Die Abgrenzung von Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen von Baumaßnahmen erfolgt gemäß Nr. 3.2.1.3.2 der VV Bilanzierung sowie deren Anlage 2.

Ermächtigungen, Kosten für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zu verursachen, werden aufgrund bauwerksbezogener Kostenermittlungen veran-

schlägt. Sofern diese nicht vorliegen sind die Ermächtigungen pauschal nach durchschnittlichen Werten (Richtsätzen; für den Hochbau vgl. auch Teil I, Anlage 7) ohne direkten Bezug zum konkreten Dienstgrundstück und zu dessen tatsächlichem Zustand im Kontenbereich „Kosten aus laufender Verwaltungstätigkeit“ (vgl. § 14 Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 LHO) veranschlagt. Zum Zeitpunkt der Veranschlagung müssen keine der Ziffer 2.2.1 entsprechenden Unterlagen (HU-Bau) vorliegen.

Hochbau:

Den nach dem Richtsatzverfahren ermittelten Beträgen kann ein Zuschlag in angemessener Höhe für Baunebenkosten hinzugerechnet werden. Die Höhe des Baunebenkostenzuschlags für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen entspricht i.d.R. dem Prozentsatz der Baunebenkosten für Hochbaumaßnahmen gemäß den Richtlinien für die Kostenschätzung in der jeweils geltenden Fassung. Ziffer 2.2.2, 3. Absatz (Prüfung der Planungs- und Kostendaten) gilt entsprechend.

2.3.2 Verantwortlichkeiten

Die Bedarfsträger sind verpflichtet, die ihrer Verantwortung unterstellten Dienstgrundstücke in ihrem baulichen und dekorativen Zustand ständig zu überwachen, soweit es sich nicht um angemietete Objekte handelt (hier gelten die Vereinbarungen des Mietvertrages). Sie haben die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung der Substanz und der Nutzungsfähigkeit unverzüglich zu treffen. Die dekorative Pflege hat in dem Umfang zu geschehen, die dem normalen Standard in Anbetracht der jeweiligen Nutzung entspricht. § 7 LHO ist zu beachten.

Der Instandhaltungs- und Instandsetzungsbedarf von Objekten eines Bedarfsträgers ist aus Gründen der Wert- und Substanzerhaltung der Dienstgrundstücke regelmäßig zu erfassen und nachweisbar zu dokumentieren.

Die Verantwortung für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Regelmäßigkeit der Dokumentation trägt der oder die Beauftragte für den Haushalt.

Verantwortlich für die Einwerbung der haushaltsrechtlichen Ermächtigungen und für die angemessene Ausstattung der Ansätze für die laufende Instandhaltung und Instandsetzung von Objekten ist der Bedarfsträger.

Hochbau:

Für die Bedarfsfeststellung stehen die Baufachliche Information 1/97 „Erfassung des laufenden Bauunterhaltungsbedarfs im Hochbau“ und der „Kriterienkatalog“ des Amtes für Bauordnung und Hochbau (ABH) zur Verfügung. Die Baufachliche Information enthält einen Verfahrensvorschlag für eine vorausschauende und systematische Erfassung, Abwicklung und Dokumentation der Instandhaltung und Instandsetzung von Objekten. Der Kriterienkatalog dient als Entscheidungshilfe für die Frage, welche Instandhaltungsarbeiten vom Bedarfsträger oder Nutzer eigenverantwortlich durchgeführt werden können und wann die Einschaltung baufachlichen Sachverständigen notwendig ist.

Landschaftsbau:

Die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung von Dienstgrundstücken dienen der Erhaltung der Substanz und der Nutzungsfähigkeit sowie der Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht.

2.4. Bewirtschaftung der Auszahlungs- und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen für Baumaßnahmen

2.4.1. Ausführungsunterlage - Bau (AU-Bau) gemäß § 57 LHO

Grundlage der AU-Bau ist bei Einzelveranschlagung die HU-Bau (vgl. Ziffer 2.2.1).

Abweichungen der AU-Bau von dieser Grundlage sind zu begründen und zu dokumentieren.

Im Falle von Planungsänderungen ist Nr. 1.4.1 VV zu §§ 19, 57 LHO zu beachten.

Liegt keine HU-Bau vor (z.B. bei Bauprogrammen, zu sonstigen Maßnahmen zusammengefassten Baumaßnahmen, Instandhaltungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen), ist die AU-Bau erweitert um Inhalte entsprechend Art und Umfang der HU-Bau (Nr. 3.1) aufzustellen.

Mit einer Baumaßnahme darf erst begonnen werden, wenn die entsprechende Ausführungsunterlage vorliegt und der Kostenvergleich ergibt, dass die veranschlagten Gesamtbaukosten voraussichtlich eingehalten werden bzw. die Finanzierung gesichert ist.

Im Kostenvergleich sind die Ergebnisse der Kostenberechnungen auf Grundlage des jeweiligen Planungsstandes gegenüberzustellen. Die ausführliche Kostenberechnung, die der AU-Bau zugrunde liegt, muss hierfür mindestens Leistungen umfassen, deren Wert so erheblich ist, dass ein Kostenvergleich sinnvoll ist.

Das jeweilige Verfahren zur Aufstellung einer AU-Bau sowie deren Inhalte werden

- für den Hochbau in den Anlagen 2.H.1 und 2.H.1a der Ziffer 2,
- für den Landschaftsbau in den Anlagen 2.L.1 und 2.L.2 der Ziffer 2,
- für den Ingenieurbau in der Anlage 2.I.1 der Ziffer 2

geregelt.

Die AU-Bau ist gemäß den Regelungen der Ziffer 2.2.3 zu prüfen und zu genehmigen.

2.4.2 Kostensteuerung und -kontrolle

Der Beginn und die Weiterführung von Baumaßnahmen setzen voraus, dass entsprechende haushaltsrechtliche Ermächtigungen vorliegen. Es ist eine ständige Kostenkontrolle der begonnenen Projekte durchzuführen, um die Inanspruchnahme der Ermächtigungen zu steuern und eine die ermächtigten Ansätze übersteigende Kostenentwicklung zu verhindern.

Die Entwicklung der Auszahlungen für Investitionen, die eine Maßnahme verursacht, ist während der Bauausführung in Kostenstandsübersichten zu dokumentieren (für den Hochbau: vgl. Anlage 2.H.3). Der Kostenkontrolle folgt nach Abschluss der Abrechnung der Baumaßnahme die Kostenfeststellung (für den Hochbau: vgl. Ziffern 8.1 und 8.3). Sie dient zum Nachweis der tatsächlich geleisteten Auszahlungen für Investitionen und ist Grundlage für den Nachweis der Inanspruchnahme der Ermächtigungen gegenüber der Bürgerschaft.

2.5 Bewirtschaftung der Ermächtigungen, Kosten für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zu verursachen und entsprechende Verpflichtungen einzugehen

Die Regelungen für die Bewirtschaftung der Auszahlungs- und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen für Baumaßnahmen gemäß Ziffer 2.4 sind analog auf die Bewirtschaftung der Ermächtigungen, Kosten für Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen zu verursachen und entsprechende Verpflichtungen einzugehen, anzuwenden. Der Umfang der anzufertigenden Unterlagen ist dem Umfang und der Bedeutung der Maßnahme anzupassen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage einer zu prüfenden AU-Bau sind analog die Wertgrenzen der Ziffer 2.2.3 anzuwenden.

Trägt der Bedarfsträger für die Instandhaltung- und Instandsetzung der Dienstgrundstücke in seinem Verwaltungsbereich die abschließende Verantwortung, so nimmt er diese Aufgaben je nach Bedarf

- in Eigenregie oder
- durch einen Realisierungsträger wahr.

Der Bedarfsträger, der die Instandhaltungs- und Instandsetzungsaufgaben durch seine eigene Verwaltung wahrnimmt, bearbeitet Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen aufgabengerecht in eigener Regie, soweit er dieses aufgrund vorhandener Sach- und Fachkenntnisse verantworten kann.

Baufachliche Management-, Planungs- und Durchführungsaufträge, die qualifiziertes Fachwissen erfordern, sind vom Bedarfsträger an einen Realisierungsträger zu vergeben.

2.6 Mehrkosten und Mehrbedarfe

Für einzeln veranschlagte Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen für Baumaßnahmen sind die VV Nr. 1.4 zu §§ 19, 57 LHO zu beachten.

Bei Bauprogrammen und zu sonstigen Maßnahmen zusammengefassten Baumaßnahmen sowie Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen können Mehrkosten einzelner Projekte (unabhängig vom Entstehungsgrund) im Rahmen der jeweiligen Ermächtigung durch entsprechende Minderkosten an anderer Stelle (insbesondere Umschichtungen, Bedarfsreduzierungen, zeitliche Verschiebungen anderer Maßnahmen oder Maßnahmenverzicht) gedeckt werden. Eine Nachforderung kommt grundsätzlich nicht in Betracht.

2.7 Kostenrisikomanagement

Bei Baumaßnahmen ab 10 Millionen Euro Baukosten ist vom Bedarfsträger zu prüfen, ob beim Realisierungsträger ein Kostenrisikomanagement einzurichten ist, das dessen projektbezogenes Controlling erweitert. Maßgeblich für die Entscheidung ist, wie das Kostenrisiko im konkreten Fall einzuschätzen ist. Bedarfs- und Realisierungsträger haben sich über die Notwendigkeit und ggf. den Umfang eines solchen Kostenrisikomanagements zu verständigen. Die gewählte Lösung ist darzustellen. Ein Verzicht ist zu begründen. Soweit vorhanden, ist das Kostenrisikomanagement bereits im Aufstellungsverfahren der Verdingungsunterlagen einzubeziehen.

2.8 Nachtragsmanagement

Für jede Baumaßnahme ab 10 Millionen Euro Baukosten ist abhängig von der Höhe und Komplexität der zu erwartenden Nachtragsforderungen bereits im Rahmen der Projektvorbereitung die Einrichtung eines Nachtragsmanagementsystems zu prüfen. Ein Verzicht ist zu begründen.

2.9 Projektauswertung

Die Sicherung der Projekterfahrung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Nutzbarmachung dieser für andere und künftige Projekte. Daher sind die im Rahmen der verschiedenen Prozessstufen eines Bauprojektes gemachten Erfahrungen systematisch und regelmäßig auszuwerten:

- Entwicklung der Baukosten über die verschiedenen Projektstufen

Die Realisierungsträger erfassen für ihren Zuständigkeitsbereich die Baukostenentwicklung für Projekte mit einem Baubeginn ab 2012. Ziel dieser Maßnahme ist es, einen statistisch abgesicherten Überblick über die Genauigkeit von Kostenermittlungen zu erhalten und die zu (deutlichen) Kostenabweichungen führenden Mechanismen zu ergründen. Die Analyse der Kostenentwicklungen darf sich nicht nur auf das reine Zahlenwerk beschränken, sondern muss sich auch auf die kostenwirksamen Projekteinhalte erstrecken. Die aus der Analyse gewonnen Erkenntnisse sind bei der Planung sowie Kostenermittlung bzw. -veranschlagung zukünftiger Bauprojekte zu berücksichtigen.

- Nachtragswesen

Die Realisierungsträger werten Nachträge bzw. Nachtragsforderungen systematisch aus und setzen die hieraus gewonnenen Erkenntnisse in verbindliche Vorgaben für die Ausschreibung bzw. Bauvertragsgestaltung zukünftiger Bauprojekte um. Darüber hinaus ist das Nachtragsmanagement selbst im Hinblick auf mögliche „Schwachstellen“ bzw. Effizienz regelmäßig zu analysieren.

- Projektvorbereitung

Die Bedarfs- und Realisierungsträger werten die „Stärken und Schwächen“ der Projektvorbereitung nach Abschluss einer Maßnahme systematisch aus und setzen die hieraus gewonnenen Erkenntnisse in verbindliche Vorgaben für die Projektvorbereitung zukünftiger Bauprojekte um. Über die Ergebnisse der Auswertung für Projekte über 10 Mio. € Baukosten ist die Senatskanzlei zu informieren.

Aufstellen von Kostenunterlagen (Haushaltsunterlage - Bau (HU-Bau) / Ausführungsunterlage - Bau (AU-Bau)) - Regelungen für Hochbaumaßnahmen

1. Allgemeines

- 1.1 Zu einer gründlichen und ausgereiften Bauvorbereitung gehört insbesondere bei Neubauten die Untersuchung des Baugrundes, bei Umbau-, Modernisierungs- oder Instandsetzungsmaßnahmen eine genaue Voruntersuchung der Bausubstanz, um zu möglichst genauen Erkenntnissen über die Qualität der Gebäude zu kommen. Es sind Alternativen zu untersuchen und im Erläuterungsbericht der Kostenunterlage darzulegen. Besondere Kostenrisiken sind darzustellen und zu erläutern. Bei großen und komplexen Bauvorhaben ist regelmäßig die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu prüfen.
- 1.2 Damit zeitraubende und kostspielige Planungsänderungen vermieden werden, sollen die öffentlich-rechtlichen Anforderungen rechtzeitig geklärt werden; dazu gehört auch eine frühzeitige Beteiligung der für die Baugenehmigung nach § 61 oder § 62 HBauO bzw. die Zustimmung der nach § 64 HBauO zuständigen Bauaufsichtsbehörde.
- 1.3 Alle Kostenunterlagen sind in der vorgeschriebenen Form unter Verwendung der eingeführten Vordrucke aufzustellen. Das Gliederungsschema der Kostenunterlage (vgl. VV-Bau Ziffer 2, Anlage 2.H.2) ist einzuhalten.
- 1.4 Die Bauvorlagen müssen den bauordnungsrechtlichen Bestimmungen entsprechen und die Forderungen aus dem Zustimmungsbescheid bzw. der Baugenehmigung der zuständigen Bauaufsichtsbehörde oder - falls diese/r noch nicht vorliegt - der ersten bauaufsichtlichen Stellungnahme berücksichtigen.
- 1.5 Die Anforderungen an Pläne sind in Anlage 2.H.1a festgelegt.

2. Projektvorbereitung

2.1 Aufgaben des Bedarfsträgers

Der Bedarfsträger muss seine Bedarfsplanung unter wirtschaftlichen Aspekten auf Grundlage der hierfür maßgeblichen Vorschriften durchführen.

Dem Bedarfsträger obliegt die Einwerbung der zur Projektrealisierung erforderlichen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen.

Der Bedarfsträger beauftragt einen Realisierungsträger, der die für die jeweilige Bauaufgabe erforderliche Fachkompetenz und Leistungsfähigkeit vorhält. Er formuliert im Projektauftrag klar seine Erwartungen (z.B. Kostenobergrenzen, Bau- und Qualitätsstandards, Funktionen) und Entscheidungsvorbehalte an das Projekt bzw. die Projektabwicklung. Sofern für das Projekt besondere Anforderungen z.B. an Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, die Qualität der Kostenermittlungen oder Bau- und Qualitätsstandards bestehen, ist dieses im Rahmen der Projektbeauftragung dem Realisierungsträger vorzugeben.

2.2 Aufgaben des Realisierungsträgers

Der Realisierungsträger hat die nötigen Vorlagen (siehe Anlage 2.H.1a) zusammenzustellen und dem Bedarfsträger zuzusenden.

Bei allen Kostenangaben muss der jeweilige Genauigkeitsgrad aus der gewählten Formulierung zweifelsfrei erkennbar sein. Hierzu gehören:

- Kostenrahmen nach DIN 276 – Teil 1 aufgrund von Annahmewerten und Erfahrungssätzen sowie grober qualitativer und quantitativer Bedarfsangaben (z.B. Raumprogramm mit Nutzungseinheiten, bautechnischen Anforderungen, Ausstattungsstandards). Er dient als Grundlage für die nähere Erörterung und Abstimmung

des Vorhabens im Hinblick auf die Anmeldung der Baumaßnahme zur mittelfristigen Finanzplanung.

- Kostenschätzung nach DIN 276 Teil 1 anhand der Ergebnisse der Vorplanung nach HOAI. Sie dient zur überschlägigen Ermittlung der Gesamtbaukosten und zur Anmeldung bzw. Fortschreibung der Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung.

Angaben für die Kostenschätzung sollen sich auf die baulichen Anlagen beschränken. Auf die von der Finanzbehörde, Amt Organisation und zentrale Dienste, jährlich veröffentlichten "Richtlinien für die Kostenschätzung" wird hingewiesen. Die übrigen Kosten hat der Bedarfsträger zu ermitteln.

Bei der Umsetzung des Planungsauftrages sind vom Realisierungsträger Wirtschaftlichkeitsüberlegungen (z.B. über alternative Lösungsmöglichkeiten) anzustellen. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind als Anlage der HU-Bau beizufügen. Die HU-Bau soll darüber unterrichten, welche Variantenuntersuchungen angestellt, welche Variante ausgewählt wurde und warum das geplante Vorhaben wirtschaftlich ist. In Zusammenarbeit mit dem Bedarfsträger und ggf. mit anderen beteiligten Stellen müssen daher alle Möglichkeiten zu Einsparungen sowie zur Reduzierung der Nutzeranforderungen einschl. des technischen Aufwandes und der Sicherheitsregelungen untersucht und genutzt werden.

3. Haushaltsunterlage - Bau nach § 19 LHO (HU-Bau)

3.1 Art und Umfang der HU-Bau

Die HU-Bau ist in der Qualität einer Kostenberechnung nach DIN 276 auf der Grundlage der Entwurfsplanung nach HOAI aufzustellen. Hierfür sind die Formblätter der Anlage 2.H.2 zu verwenden. Dabei ist Folgendes zu beachten:

3.1.1 Erläuterungsbericht

Im Erläuterungsbericht sind alle geplanten Maßnahmen - soweit sie nicht aus den Plänen ersichtlich sind - zweifelsfrei darzustellen. Die vorgesehenen Bauleistungen müssen so ausführlich beschrieben sein, dass sowohl die Wirtschaftlichkeit der Planung als auch eventuelle Risiken erkannt und beurteilt werden können.

Der Bericht ist folgendermaßen zu gliedern:

- Erläuterungen, gegliedert nach den Kostengruppen der DIN 276- Teil 1
 - Kostengruppen 100 und 200: Beschreibung des Baugrundstücks (Art des Baugrunds, Altlasten, Kampfmittelverdacht, Vegetation, vorhandene bauliche Anlagen, Erschließung, Bauplanungsrecht, sonstige öffentlich- und privatrechtliche Anforderungen und Auflagen)
 - Kostengruppen 300 und 400: Beschreibung des geplanten/umzubauenden Gebäudes (Baukonstruktionen, Technische Anlagen)
 - Kostengruppe 500: Beschreibung der geplanten Außenanlagen
 - Kostengruppe 600: Ausstattung und Kunstwerke
 - Kostengruppe 700: Baunebenkosten
- Stand der bauaufsichtlichen Bearbeitung
- Zeitplan

Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Baukörpern, Gebäuden oder baulichen Anlagen, müssen die Erläuterungen entsprechend aufgeteilt werden.

Die Leistungsbereiche/Fachlose der Technischen Ausrüstung müssen so beschrieben sein, dass der Bedarfsträger die Bauabsichten in ihren wesentlichen Grundzügen erkennen kann und der technischen Aufsicht eine Beurteilung in technischer und wirtschaftlicher Sicht ohne Rückfrage beim Aufsteller möglich ist. Dafür ist die Beschrei-

bung ggf. durch Prinzip-Darstellungen für die Anlagen nach § 53 HOAI (z. B. Wärme- oder Elektroschaltbilder) zu ergänzen.

Für Leistungsanforderungen der Technischen Ausrüstung sind Bedarfsermittlungen beizufügen. Sind Anlagen-Grundkonzepte von der vorherigen Entscheidung anderer am Verfahren Beteiligter (siehe Nr. 4.2 Ziffer 8) abhängig, so müssen der HU-Bau entsprechende Vorlagen beigelegt werden.

3.1.2 Kostenermittlung

Die HU-Bau beinhaltet die Berechnung der Gesamtkosten sowie eine Aufstellung der mit dem Bauvorhaben verbundenen besonderen Kostenrisiken. Hinsichtlich der Kostenbestandteile gilt Ziffer 2.2.1 VV-Bau.

Die Basiskosten sind mit dem Preisstand zu veranschlagen, der dem Aufstellungsdatum der HU-Bau entspricht.

Kostenaussagen sind nur möglich, wenn die tatsächlichen Planungswerte (Flächenrelationen, Kubaturaufwand) sowie der Ausstattungsstandard einschl. der Technischen Ausrüstung bekannt sind. Für die Berechnung der Kosten von konstruktiv komplexen Bauteilen - wie z.B. Fassadenkonstruktionen - sollte eine gegenüber der Entwurfsplanung erweiterte und vertiefte Planung zugrunde gelegt werden.

Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Baukörpern, Gebäuden oder baulichen Anlagen, müssen deren Kosten getrennt aufgeführt werden. Für jede selbständige Anlage ist später ein Bauausgabebuch zu führen.

Es ist eine anerkannte Kostenermittlungsmethode (s. Ziffer 4.4 der VV-Bau bzw. DIN 276 - Teil 1) anzuwenden (Bauteilmethode oder ausführungsorientiert nach Leistungsbereichen). Die angewandte Methode ist anzugeben.

Bei der Technischen Ausrüstung ist eine Aufgliederung in Teilleistungen soweit vorzunehmen, dass die Angemessenheit der Kosten beurteilt werden kann.

3.1.3 Baugrößennachweis

Für die Ermittlung und den Nachweis der Grundflächen und nach DIN 277 sind die Formblätter „Baugrößennachweis“ und „Ermittlungsblatt zum Baugrößennachweis“ zu verwenden.

Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Baukörpern, Gebäuden oder baulichen Anlagen, müssen deren Baugrößen getrennt aufgeführt werden.

Bei Umbauten (wesentliche Eingriffe in Bestand oder Konstruktion eines vorhandenen Objektes), Instandhaltungs-, Instandsetzungsarbeiten und Modernisierungen genügt in aller Regel ein vereinfachter Baugrößennachweis mit den Angaben Nutzflächen (NF), technischen Funktionsflächen (TF), Verkehrsflächen (VF) und Nettogrundfläche (NGF).

3.1.4 Jährliche Folgekosten und Kostenbeiträge Dritter

Die jährlichen Folgekosten sind auf dem Formblatt „Folgekosten“ der Anlage 2.H.2 darzustellen. Unter Folgekosten sind die nach der Fertigstellung der Baumaßnahme durch deren Betrieb, Instandhaltung und Instandsetzung erwartungsgemäß verursachte Kosten zu verstehen. Hierzu gehören auch Personalkosten.

Außerdem sind auf dem Formblatt eventuell zu erwartende Kostenbeiträge Dritter aufzulisten. Aus der Liste muss auch hervorgehen, zu welchem Zeitpunkt die Beiträge von wem zu erwarten sind.

3.1.4 Pläne

Die HU-Bau beinhaltet die Entwurfsplanung nach HOAI. Die Anforderungen an die Pläne sind der Anlage 2.H.1a zu entnehmen.

3.2 Mitwirkung Dritter

Sofern Maßnahmen notwendig sind, die der Erschließung von öffentlichen Flächen außerhalb des Baugrundstücks dienen, z.B. Ausbau öffentlicher Straßen, Siele, Wasserläufe, Vorfluter, Entwässerungsanlagen und dgl., ist die frühzeitige Beteiligung des LSBG bzw. Hamburg Wasser erforderlich. Außerdem muss die Baumaßnahme den jeweils zuständigen Versorgungsunternehmen so früh wie möglich bekanntgegeben werden, damit ihnen ausreichend Zeit für das Einplanen in das eigene Bauprogramm und die Sicherstellung der Finanzierung verbleibt.

Sind an der Planung und/oder Durchführung einer Baumaßnahme andere Einrichtungen zu beteiligen (z.B. Bedarfsträger, Landschaftsbau, Tiefbau, Wasserwirtschaft sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Telekommunikation usw.), so sind deren Beiträge zur Erfassung in der HU-Bau rechtzeitig anzufordern. Der projektleitende Realisierungsträger hat dafür zu sorgen, dass die von ihr in die HU-Bau zu übernehmenden Beiträge den Forderungen des Bedarfsträgers entsprechen und sich in die Gesamtkonzeption einfügen.

Die Baugenehmigung nach § 61 oder § 62 HBauO bzw. die Zustimmung nach § 64 HBauO sollte vor der Fertigstellung der HU-Bau vorliegen, damit bei der Mitteleinwerbung kostenrelevante Auflagen der zuständigen Bauaufsichtsbehörde berücksichtigt werden können. Anderenfalls ist eine bauaufsichtliche Stellungnahme erforderlich.

4. Ausführungsunterlage - Bau nach § 57 LHO (AU-Bau)

4.1 Art und Umfang der AU-Bau

Liegen der AU-Bau die Inhalte einer HU-Bau zugrunde, sind diese entsprechend dem Planungsstand zum Zeitpunkt der Aufstellung der AU-Bau fortzuschreiben.

Für die Aufstellung der AU-Bau sind die Formblätter der Anlage 2.H.2 entsprechend zu verwenden. Dabei ist Folgendes zu beachten:

4.1.1 Kostenermittlung

Die AU-Bau beinhaltet eine dem Planungsstand entsprechende Kostenberechnung anhand vom Planer bepreister Leistungsverzeichnisse gemäß Leistungsphase 6 HOAI.

4.1.2 Pläne

Die AU-Bau beinhaltet die Ausführungsplanung nach Leistungsphase 5 HOAI. Die Anforderungen an die Planunterlagen sind der Anlage 2.H.1a zu entnehmen.

4.2 Mitwirkung Dritter

Soweit durch Bau- oder sonstige Leistungen Funktions- oder Arbeitsabläufe der nutzenden Verwaltung unmittelbar berührt werden, hat der Realisierungsträger das schriftliche Einverständnis des Bedarfsträgers zur Ausführungsplanung herbeizuführen.

Über notwendige Änderungen ursprünglich vereinbarter Übergabetermine ist ebenfalls das Einverständnis mit dem Bedarfsträger herzustellen. Der Ablaufplan ist entsprechend zu aktualisieren.

5. Nachtrag zur Haushaltsunterlage - Bau-

5.1 Art und Umfang der Nachträge zur HU-Bau-

5.1.1 Ein Nachtrag ist nur dann aufzustellen, wenn die erkennbaren Mehrkosten nicht aufgefangen werden können. Dabei sind Mehr- und Minderkosten nachzuweisen.

5.1.2 Für die Aufstellung sind die Formblätter der Anlage 2.H.2 entsprechend zu verwenden.

5.1.3 Planungsänderungen sind im Erläuterungsbericht eingehend darzustellen und zu begründen. Die hieraus resultierenden Mehr- und Minderkosten sind detailliert nachzuweisen. Kopien des Schriftverkehrs sowie ggf. auch zeichnerische Unterlagen (Deckblätter, Skizzen, Tabellen oder dgl.) sind beizufügen.

5.1.4 Die Nachträge sind für jede Baumaßnahme fortlaufend zu nummerieren.

5.2 Mitwirkung Dritter

Bei Nachträgen beteiligt der Realisierungsträger alle Einrichtungen, die auch bei der Aufstellung der HU-Bau tätig waren, damit alle kostenrelevanten Einflüsse, die gegenüber der geprüften HU-Bau eingetreten sind, für die Einwerbung zusätzlicher Ermächtigungen für Auszahlungen vollständig erfasst werden. Die Einverständniserklärung des Bedarfsträgers ist erneut einzuholen.

Im Übrigen gilt Nr. 3.2 entsprechend.

Anforderungen an Pläne für Kostenunterlagen (Hochbau)

1. Allgemeines

- 1.1 Lagepläne sowie Pläne für Um- und Erweiterungsbauten (Grundrisse und Schnitte) sind farbig anzulegen (Bauliche Anlagen: vorhanden - grau, geplant - rot, zu beseitigen - gelb; Grünflächen: grün; öffentliche Verkehrsflächen: goldocker).
- 1.2 Jeder Plan muss die Blattnummer, das Datum der Anfertigung sowie Art und Datum von evtl. Änderungen und die Unterschriften der Zeichnungsberechtigten enthalten.

2. Haushaltsunterlage - Bau (HU-Bau)

Die Anlagen einer HU-Bau umfassen in der Regel die Ergebnisse der Entwurfsplanung gemäß HOAI einschließlich gegebenenfalls erforderlicher besonderer Leistungen.

- 2.1 **Übersichtspläne** (z.B. Stadtpläne, Topographische Karten (Messtischblätter) Maßstab 1:25.000 oder sonstige Karten) sind erforderlich, wenn die Lage des Baugrundstücks nicht aus dem Auszug aus dem Liegenschaftskataster eindeutig hervorgeht.

2.2 Auszug aus dem Liegenschaftskataster

Der Auszug aus dem Liegenschaftskataster ist vom Bedarfsträger zu beschaffen. Darin müssen die Grenzen des Baugrundstücks unter Benennung der Grundeigentümer einschließlich der Flurstücksnummern eingetragen sein. Die Grundstücksgrenzen sind zu kennzeichnen. Er soll beim Einreichen des Planungsantrages nicht älter als 12 Monate sein.

Der Auszug aus dem Liegenschaftskataster darf nicht verändert oder durch zusätzliche Eintragungen ergänzt werden; es sei denn, dass hierfür weitere Kopien verwendet und den Bauunterlagen beigelegt werden. Dies kann z.B. notwendig werden, um die Anschlussmöglichkeiten an die vorhandene Wasserversorgung oder Entsorgung, an Kraftleitungen, Trafostationen, Fernheizkanäle, Straßen oder dgl. einzutragen, falls sie nicht im Lageplan dargestellt werden können.

- 2.3 **Lageplan**, vorzugsweise im Maßstab 1:500 mit folgenden Eintragungen und Darstellungen:

- (1) Grenzen der Bebaubarkeit des Baugrundstücks, ggf. auch gesetzliche Linien gemäß Bundesfernstraßengesetz;
- (2) Die Bebauung der Nachbargrundstücke
- (3) Höhenangaben – Linien/Knoten – zum Grundstück (bezogen auf NN) unter Angabe der beabsichtigten Bodenabtragungen und Auffüllungen, besondere Geländegegebenheiten (Böschungen und dgl.);
- (4) vorhandener und zu erhaltender Baumbestand, die am Grundstück vorbeiführenden Straßen und Wege sowie Versorgungs- und Entsorgungsanlagen;
- (5) zu beseitigende, vorhandene und geplante bauliche Anlagen mit Angabe ihrer Nutzung, Geschößzahl, Dachform und Höhenlage des Erdgeschoßfußbodens zur festgesetzten Geländeoberfläche und zur Höhe der angrenzenden Verkehrsanlagen;
- (6) Grünflächen, Einfriedungen, Versorgungs- und Entsorgungsanlagen, Flächen für Fußgänger- und Fahrzeugverkehr;
- (7) die nach den bauaufsichtlichen Bestimmungen für die endgültige Bebauung des Grundstücks erforderlichen Stellplätze sowie Zu- und Abfahrten, Rettungswege und Wege für Feuerwehrfahrzeuge;
- (8) Brunnen, Abfallgruben, Dungstätten, ortsfeste Behälter im Freien für Öl und andere brennbare oder schädliche Flüssigkeiten und Gase, Silos;

- (9) Standplätze für Müllgefäße und ähnliche Anlagen, durch die Beeinträchtigungen für die Nachbarschaft eintreten können;
- (10) Hochspannungsleitungen (auch auf benachbarten Grundstücken), vorhandene Schutzbauwerke;
- (11) Maßstab und Nordpfeil sowie alle für die Massenberechnung der Außenanlagen wichtigen Maße und Erläuterungen.
- (12) gegebenenfalls Angaben zu geologischen und hydrologischen Verhältnissen, zu Baustoffen, zu schädlichen Altlasten, Grundwasserverunreinigungen und Kampfstoffen/ -mitteln.

Verschiedene Bauabschnitte sind in geeigneter Weise kenntlich zu machen.

Damit die Darstellung aller vorgenannten Inhalte übersichtlich bleibt, sind diese erforderlichenfalls auf mehrere Blätter zu verteilen (z.B. Gartenplan, Leitungsplan, Bohrplan, Straßen- und Wegeplan).

- 2.4 Baupläne** (vollständige Entwurfszeichnungen) im Maßstab 1:100, und zwar für alle Gebäude/Bauwerke die Grundrisse, Schnitte und Ansichten. Möglichst frühzeitig sind durch Zusammenwirken mit den beauftragten Dienststellen und Sonderfachleuten die statisch-konstruktiven, bauphysikalischen und Belange der Technischen Ausrüstung in die Baupläne einzubeziehen.

Hierzu gehören vor allem:

Baugrundbeurteilung, Festlegen von Systemen und Baustoffen der tragenden Konstruktionen und ihrer Hauptabmessungen, Gründung der geplanten baulichen Anlage und, soweit die Standsicherheit benachbarter baulicher Anlagen gefährdet werden könnte, auch deren Gründung einschließlich ihrer Höhenlagen. Ferner müssen rechtzeitig alle prinzipiellen Fragen des Schall-, Feuchtigkeits- und Brandschutzes, des wirtschaftlichen Wärmeschutzes, der Vermeidung störender Schwingungen sowie die Anordnung und der Platzbedarf der Installationen, der zentralen Betriebstechnik und der betrieblichen Einbauten berücksichtigt werden.

Außer der Angabe des Maßstabes und der nach 1.2 geforderten Eintragungen sollen enthalten

- (1) die Grundrisse:

Die Angabe der Himmelsrichtung (Nordpfeil), alle zum Nachweis der Raumflächen erforderlichen Konstruktionsmaße, die Flächen und Rauminhalte, Darstellung und Maße der besonderen Bauausführungen/Bauteile sowie der wesentlichen Teile der Technischen Ausrüstung und betrieblichen Einbauten;

Raumnummer, Bezeichnung der Raumnutzung (soweit möglich, nach Raumordnungskatalog; unmissverständliche Abkürzungen genügen.) sowie die Höhenordinate der Oberkante Fußboden bezogen auf Normal-Null.

- (2) die Schnitte:

Die Geschosshöhen und die lichten Raumhöhen; den Verlauf der Treppen und Rampen; den Anschnitt des vorhandenen und des künftigen Geländes sowie der Wegeflächen mit Höhenangaben; die Höhenordinaten der Oberkante Fußboden bezogen auf Normal-Null.

- (3) die Ansichten:

Alle die äußere Gestaltung des Gebäudes beeinflussenden Gliederungen, Fassadenelemente, Öffnungen usw. (wobei auch Schornsteinköpfe, größere Antennenanlagen, Dachaufbauten für Aufzüge, Lüftungsanlagen und dergleichen nicht fortgelassen oder durch die Darstellung verdeckt werden dürfen) und ggf. den

Anschluss oder die Lage zur Nachbarbebauung. Die Pläne sollen die Art der gewählten Materialien erkennen lassen.

Bei serienmäßigen Ausführungen genügen ggf. entsprechende Unterlagen von Herstellern.

2.5 Pläne für die Technische Ausrüstung

Als Grundlage für die Installationspläne können die Entwurfspläne des Hochbaus verwendet werden.

Pläne für Technische Ausrüstung in Außenanlagen sind unter Verwendung der Lagepläne, vorzugsweise im Maßstab 1: 500 oder größer, zu erstellen. Soweit es die Maßnahme erfordert, ist die Höhenlage einzutragen bzw. durch Geländeschnitte oder andere geeignete Darstellungen zu erläutern.

3. Ausführungsunterlage - Bau (AU-Bau)

Die Ergebnisse aus der Bearbeitung der statisch-konstruktiven Belange sowie der Installationen und zentralen Betriebstechnik sind zu berücksichtigen. Dem Verfasser der statischen Berechnung sind Ausfertigungen der fertigen und unterschriebenen Ausführungszeichnungen als Grundlage für seine Positionspläne zu übergeben.

- 3.1 Lageplan**, vorzugsweise im Maßstab 1 :500, mit allen Angaben, die für die Vergabe und Ausführung der Leistungen erforderlich sind. Alle geplanten Maßnahmen sind - soweit hierfür keine Baupläne im größeren Maßstab oder Teillagepläne gefertigt werden - zweifelsfrei darzustellen. Im Übrigen wird auf die Anforderungen nach 2.3 verwiesen.

- 3.2 Baupläne** (ausführliche Entwurfszeichnungen) im Maßstab 1:100 oder 1 :50, für alle Gebäude/Bauwerke die Grundrisse der Geschosse und des nutzbaren Dachraumes, Fundamentpläne, Dachaufsichten sowie alle erforderlichen Schnitte und die Ansichten.

Die Baupläne sollen zusätzlich zu den Anforderungen an die Entwurfszeichnungen (vgl. 2.4) unter Verwendung der Beiträge der mitwirkenden Dienststellen und/oder Sonderfachleute folgende Angaben enthalten:

die Anordnung und den Platzbedarf der Sanitär-Objekte und Wasserzapfstellen sowie der zentralen Betriebstechnik mit Querschnitten der Kanäle, Schächte, Schornsteine usw., den Verlauf von Treppen und Rampen mit ihrem Steigungsverhältnis, einen Geländeschnitt, der die vorhandenen und künftigen Höhen erkennen lässt.

- 3.3 Geländehöhenplan**, der insbesondere bei umfangreichen Erdarbeiten den Zustand des Baugeländes vor Beginn der Bauarbeiten höhenmäßig zu erfassen hat. Die auf Dauer zu erhaltenden Festpunkte sind auf Normal-Null zu beziehen und einschließlich sonstiger wichtiger Vermessungspunkte darzustellen.

Der Höhenplan ist vom Realisierungsträger zu beschaffen oder aufzustellen und gilt als Urkunde für die Massenabrechnung.

- 3.4 Ausführungszeichnungen** im Maßstab 1:50, für einzelne Teile der baulichen Anlagen auch Detailpläne im Maßstab 1:20, 1:10 oder 1:1 sowie ggf. Montagepläne von Herstellern.

Die Pläne müssen als "Ausführungszeichnungen" gekennzeichnet sein.

Beim Anfertigen der Ausführungszeichnungen sind alle Ergebnisse aus der Prüfung sowohl der HU-Bau und der statischen Berechnung zu berücksichtigen. Die Zeichnungen sind in einem solchen Umfang und Maßstab anzufertigen, dass danach eine einwandfreie Ausführung, auch nach den bauordnungsrechtlichen Bestimmungen, möglich ist. Ferner sind die Ausführungszeichnungen für die Außenanlagen in den erforderlichen Maßstäben anzufertigen.

- ☐ **Haushaltsunterlage -Bau- nach § 19 LHO (Hochbau)**
☐ **Ausführungsunterlage nach § 57 LHO**
☐ **Nachtragsunterlage**

vom: _____

Aktenzeichen beim Bedarfsträger: _____

Auftr.-/Proj.-Nr. beim Realisierungsträger: _____

☐ Neubau ☐ Erweiterungsbau ☐ Grundinstands., Grunderneu./Modernis. ☐ Umbau ☐ Inst.halt/-setzung

Projekt/Belegenheit: _____

Bedarfsträger: _____

Auftrag des Bedarfsträgers vom: _____

Gesamtkosten (DIN 276): EUR _____

Konto: _____

Ansprechpartner/Telefon-Nr. _____

Bedarfsträger: _____

Ansprechpartner/Telefon-Nr. _____

Realisierungsträger: _____

Entscheidungs-
grundlage:

☐ Programm/Entwicklungsplanung vom _____

☐ Fachplanung vom _____

☐ Mifri (Invest. Planung) von _____ bis _____
enthalten mit Gesamtkosten: EUR _____

Zeitplanung:

Baubeginn :

Fertigstellung/Übergabe :

Grundstück:

☐ Eigentum ☐ ErbbauR ☐ Miete
☐ Kauf
☐ abschließend geklärt

Anlagen:

- ☐ Bestätigung des Verfassers
☐ Prüfvermerke der technischen Aufsicht
☐ Bestätigung des Bedarfsträgers
☐ Erläuterungsbericht (siehe hierzu Anlage 2.H.1)
☐ Kostenzusammenstellung
☐ Kostengliederung nach DIN 276
☐ Ermittlungsblatt für die Ansätze für Kostenvarianz und Preissteigerung
☐ Vorgesehene Finanzierung und Folgekosten
☐ Baugrößennachweis (DIN 277)
☐ Ermittlungsblatt zum Baugrößennachweis / Anzahl Seiten:
☐ Verzeichnis der anliegenden Pläne gem. Anlage 2.H.1a zur Ziffer 2 VV-Bau

Bestätigung des Verfassers:

1. Die für die Baumaßnahme erarbeitete, vorliegende Planung ist vollständig, zweckmäßig, wirtschaftlich und entspricht dem Stand der Technik.
2. Bei Neu- und Erweiterungsbauten werden die Kosteneinsparungsbeschlüsse des Senats berücksichtigt.
3. Die zur Durchführung des Projektes erforderlichen Leistungen sind vollständig erfaßt, ihre Kosten vollständig berechnet worden.

Die Kostenberechnung nach DIN 276 basiert auf

Preisen von :

(Index vom : / Punkte :).

Hamburg, den :

Unterschrift/en Verfasser

Prüfungvermerke der technischen Aufsicht:

Der Kostenberechnung liegt der Index vom _____
für Bauleistungen am Bauwerk in Höhe von _____ Punkten zugrunde.

Hamburg, den : _____

Geprüft:

(Dienststelle)

(Unterschrift/en der technischen Aufsicht)

Prüfvermerke:

Bestätigung des Bedarfsträgers :

1. Die Baumaßnahme ist erforderlich.
2. Das Raumprogramm wird eingehalten.
3. ☐ Eine angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wurde durchgeführt und ist beigelegt.

(für alle finanzwirksamen Maßnahmen gemäß § 7 Abs. 2 LHO zwingend erforderlich)

Art der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung: _____

- ☐ Die erforderliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wurde als Kosten-Nutzen-Untersuchung durchgeführt

(für geeignete Maßnahmen mit erheblicher finanzieller Bedeutung)

Begründung der Wirtschaftlichkeit:

(Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung / Kosten-Nutzen-Untersuchung)

4. ☐ Die Haushaltsunterlage - Bau enthält die in § 19 Abs. 1 LHO geforderten Unterlagen; sie entspricht den Vorgaben des Bedarfsträgers.
- ☐ Die Ausführungsunterlage - Bau enthält die in § 57 Abs. 1 LHO geforderten Unterlagen; sie entspricht den Vorgaben des Bedarfsträgers.

Hamburg, den :

Unterschrift/en Bedarfsträger

Kostenzusammenstellung

für ☐ Kostenberechnung
☐ Kostenanschlag
☐ Kostenfeststellung

	EUR	EUR	EUR
	- einschließlich Mehrwertsteuer -		
110 Grundstückswert			
120 Grundstücksnebenkosten			
130 Freimachen (von Grundstücksbelastungen)			
100 Grundstück			
200 Herrichten und Erschließen			
300 Bauwerk - Baukonstruktionen			
400 Bauwerk - Technische Anlagen			
500 Außenanlagen			
600 Ausstattung			
Basiskosten			
Ansatz für Kostenvarianz			
Preisteigerungen			
Baukosten			
710 Bauherrenaufgaben			
720 Vorbereitung der Objektplanung			
730 Architekten- und Ingenieurleistungen			
740 Gutachten und Beratung			
750 Künstlerische Leistungen			
760 Finanzierungskosten			
770 Allgemeine Baunebenkosten			
(Baustellenbüro, -bewachung, Modelle, Lichtpausen u.ä.)			
790 Sonstige Baunebenkosten			
u. zur Auf-/ Abrundung (auf 1.000 EUR)			
700 Baunebenkosten*			
Gesamtbaukosten			
Einrichtungskosten			
Gesamtkosten der Maßnahme nach DIN 276 :			
Besondere Kostenrisiken			
Summe			

Der Kostenberechnung liegt der Index von _____ in der Höhe von _____ Punkten zugrunde.

Aufgestellt :

Datum Realisierungsträger / Externe Unterschrift/en

* Bei Einzelmaßnahmen ist der konsumtive Anteil der Baunebenkosten/Honorar nachrichtlich in den Erörterungen anzugeben.

Kostengliederung nach DIN 276 bzw. nach Gewerken für <input type="checkbox"/> Kostenberechnung <input type="checkbox"/> Kostenanschlag <input type="checkbox"/> Kostenfeststellung				
Stand: _____ Index vom _____ in Höhe von _____ Punkten				
Kostengruppen			Kosten (einzeln) EUR	Kosten (gesamt) EUR
200		Herrichten und Erschließen		
	210	Herrichten		
	220	Öffentliche Erschließung		
	230	Nichtöffentliche Erschließung		
	240	Ausgleichsabgaben		
300		Bauwerk - Baukonstruktionen		
	310	Baugrube		
	320	Gründung		
	330	Außenwände		
	340	Innenwände		
	350	Decken		
	360	Dächer		
	370	Baukonstruktive Einbauten		
	390	Sonst. Maßnahmen f. Baukonstruktionen		
300		Bauwerk - Baukonstruktionen		
Alternative Berechnung		Baustelleneinrichtung, Abbruch-, Erd-, Mauer- Beton-, Stahlbeton-, Stahlbau- u. Putzarbeiten		
		Zimmer- und Holzbauarbeiten		
		Dachdeckungs-, -abdichtungs- u. Klempnerarb.		
		Tischler- und Beschlagarbeiten		
		Metallbau- und Schlosserarbeiten		
		Verglasungsarbeiten		
		Maler- und Lackierarbeiten		
		Erstrich-, Bodenbelag- und Parkettarbeiten		
		370	Baukonstruktive Einbauten	
400		Bauwerk - Technische Anlagen		
	410	Abwasser-, Wasser-, Gasanlagen		
	420	Wärmeversorgungsanlagen		
	430	Lufttechnische Anlagen		
	440	Starkstromanlagen		
	450	Fernmelde- u. informationstechn. Anlagen		
	460	Förderanlagen		
	470	Nutzungsspezifische Anlagen		
	480	Gebäudeautomation		
	490	Sonstige Maßnahmen f. Techn. Anlagen		
500		Außenanlagen		
	510	Geländeflächen		
	520	Befestigte Flächen		
	530	Baukonstruktionen in Außenanlagen		
	540	Technische Anlagen in Außenanlagen		
	550	Einbauten in Außenanlagen		
	560	Wasserflächen		
	570	Pflanz- und Saatflächen		
	590	Sonstige Maßnahmen in Außenanlagen		
600		Ausstattung und Kunstwerke		
	610	Ausstattung		
	620	Kunstwerke		
Basiskosten (Ermittlung entsprechend DIN 276 Teil 1) :				

Ansatz für Kostenvarianz:

- Komplexität des Projektes:
- ☐ einfach (maximal 10 %)
 - ☐ mittel (maximal 15 %)
 - ☐ schwierig (maximal 20 %)

Als Zuschlagssatz sind maximal 50 % dieser Kostenvarianz anzusetzen.

Veranschlagte Kostenvarianz in EUR:

Begründung für die Einstufung:

Hamburg, den :

Unterschrift/en des Verfassers

Ansatz für Preissteigerungen:

Preissteigerungsrate bezogen auf die Basiskosten
orientiert an den Preisindizes

- ☐ für Bauwerke des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein
- ☐ für die Bauwirtschaft des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 14, Reihe 4)
- ☐ andere Quelle: _____

Veranschlagte Preissteigerung in EUR:

Begründung:

Hamburg, den :

Unterschrift/en des Verfassers

<input type="checkbox"/> Vorgesehene Finanzierung					
Haushaltsmäßige Gliederung der Kosten					
	Gesamtbau - kosten	Grundstücks- kosten	Einrichtungs- kosten	Gesamt- kosten	
	EUR	EUR	EUR	EUR	
davon H.-Jahr					
	KM VE	KM VE	KM VE	KM VE	
	KM VE	KM VE	KM VE	KM VE	
	KM VE	KM VE	KM VE	KM VE	
	KM VE	KM VE	KM VE	KM VE	

Kostenbeiträge Dritter					
Geber:					
H.-Jahr	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	KM	KM	KM	KM	KM
	KM	KM	KM	KM	KM
	KM	KM	KM	KM	KM
	KM	KM	KM	KM	KM

<input type="checkbox"/> Jährliche Folgekosten		EUR
	<div>Kosten</div> <div>(ab Monat/Jahr)</div> <div>1. Personalkosten ()</div> <div>2. Sächliche Verwaltungskosten für</div> <div>- Betrieb / Bewirtschaftung ()</div> <div>- Instandhaltung und Instandsetzung ()</div> <div>- Sonstiges ()</div> <div>3. Abschreibungen</div> <div>(Nutzungsdauer:)</div> <div>4. Summe der Kosten</div>	
	<div>Erlöse</div> <div>4. Laufende Erlöse ()</div> <div>5. Einsparungen ()</div>	
	<div>Saldo</div> <div>6. Jährliche Folgekosten</div> <div>7. Deckung</div>	

Baugrößennachweis (DIN 277)

(nur bei Neu- und Erweiterungsbauten
bzw. Flächenänderungen)

für ☐ Kostenberechnung
☐ Kostenanschlag
☐ Kostenfeststellung

I.	Grundflächen des Bauwerks ^{*)}		insgesamt	Verhältnis- wert
			m ²	%
	NF 1-6	Nutzfläche 1-6		
	+ NF 7	Sonstige Nutzflächen		
	= NF	Nutzfläche		100,00
	+ TF	Technische Funktionsfläche		
	+ VF	Verkehrsfläche		
	= NGF	Netto-Grundfläche		
	+ KGF	Konstruktions-Grundfläche		
	= BGF	Brutto-Grundfläche		

II.	Rauminhalt des Bauwerks ^{*)}		insgesamt	Verhält- niswert BRI/NF
			m ³	
	BRI	Bruttorauminhalt		

^{*)} Bei den Grundflächen und Rauminhalten ist nach DIN 277 Teil 1 Abschnitt 4.1.2 nur der Bereich a) - überdeckt und allseitig in voller Höhe umschlossen - anzugeben.

Seite:

[illegible]

Hamburg, den _____
Telefon: _____

(Realisierungsträger)

An _____
(Bauherr)

Kostenüberwachung / Kostenstandübersicht (gemäß Ziffer 2.4.2 VV-Bau)

Baumaßnahme: _____

Sachkonto: _____

Anlage: _____ **Kostenstandübersicht(en); Stichtag:** _____

Hinweis: Die Kostenstandübersicht ist mindestens ¼-jährlich durchzuführen.

Aufgrund der beiliegenden Kostenstandübersicht(en) (Blätter 1 bis 4) wird zu den Kosten der o.g. Baumaßnahme folgendes erklärt:

- ☐ Die Kostenstandübersicht berücksichtigt Angaben unmittelbar dritter beteiligter Personen. Alle bisherigen Zahlungen und eingegangene Verpflichtungen sind in der Aufstellung enthalten. Alle bisher erkennbaren finanziellen Verpflichtungen¹ gegenüber Unternehmen, für die noch keine Aufträge festgelegt wurden, sind erfasst.
- ☐ Der vereinbarte Kostenrahmen in Höhe von EUR wird eingehalten
- ☐ Die für die jeweiligen Kostengruppen ermittelten Kosten² werden in einzelnen Fällen voraussichtlich nicht ausreichen. Insgesamt wird der vereinbarte Kostenrahmen jedoch eingehalten³.
- ☐ Der vereinbarte Kostenrahmen wird voraussichtlich überschritten. Anliegend werden Vorschläge zur Einhaltung des Kostenrahmens unterbreitet.

Aufgestellt:

Kenntnis genommen:

(Unterschrift)

(Unterschrift, Datum)

¹ Finanzielle Verpflichtungen z.B. aus Preisgleitklauseln, Streitigkeiten mit Unternehmen, Inkrafttreten neuer Bestimmungen, Anordnungen der Bauüberwachung, mündlich erteilten Aufträgen, Mengenerweiterungen, Stundenlohnarbeiten, Planungsänderungen usw. sowie im Geschäftsgang befindlichen Vorgängen.

² Maßgebend sind diejenigen Beträge, die in der Kostenunterlage vom Bauherrn gebilligt wurden. Der vereinbarte Kostenrahmen darf unter Berufung auf Indexsteigerungen nicht eigenmächtig erhöht werden.

³ Aktenvermerke über den Ausgleich von Mehrbedarf- und Minderkosten sind der Kostenstandübersicht beizufügen.

Kostenstandübersicht (gemäß Ziffer 2.4.2 VV-Bau)

Stichtag: _____

Realisierungsträger

Baumaßnahme

Kurzbezeichnung:

Sachkonto:

Kostenunterlage

vom:

Baukörper/Gebäude:

Kostengruppe:	100	200	300	400	500	600	700	100-700
	Grundstück	Herrichten u. Erschließen	Bauwerk - Baukonstruktionen	Bauwerk - Techn. Anlagen	Außenanlagen	Ausstattg. u. Kunstwerke *	Baunebenkosten	Zusammenfassung
Kostenentwicklung								
Kostenrahmen								
Bisher festgelegt (einschließlich aller Vorjahre)								
Für Beauftragungen noch verfügbarer Betrag								
Für die Fertigstellung der Baumaßnahme müssen folgende Leistungen noch in Auftrag gegeben (festgelegt) werden								
Für die Fertigstellung benötigter Betrag								
Minderkosten								
Mehrbedarf								
Angewiesen (einschl. aller Vorjahre)								

Hamburg, den _____
Telefon: _____

(Vertragsarchitekt/-ingenieur, Dienststelle)

An _____
(Realisierungsträger)

Beitrag zur Kostenstandübersicht; Stichtag: _____

(gemäß Ziffer 2.4.2 VV-Bau)

Baumaßnahme: _____

Baukörper/Gebäude: _____

Anlage: _____ Kostenstandübersicht(en); Stichtag: _____

Für den Leistungsbereich _____

werden folgende Angaben gemacht (Beträge in vollen EUR):

Kostenentwicklung Kostengruppe	Kostenrahmen	Bisher fest- gelegt einschl. aller Vorjahre	Für die Fertigstel- lung benötigter Betrag	Mehrbedarf/- Minderkosten - / +	Angewiesen einschl. aller Vorjahre
100 Grundstück					
200 Herrichten und Erschließen					
300 Bauwerk - Baukonstruktionen					
400 Bauwerk - Techn. Anlagen					
500 Außenanlagen					
600 Ausstattung u. Kunstwerke ¹					
700 Baunebenkosten					
Insgesamt EUR					

Folgende Leistungen sind beauftragt bzw. abgerechnet und in der Kostenstandübersicht enthalten:

Für die Fertigstellung² der Baumaßnahme müssen folgende Leistungen³ noch in Auftrag gegeben werden:

Aufgestellt:

(Unterschrift)

¹ Zentrale Veranschlagung von Kunstwerken im Einzelplan der Kulturbehörde

² Unter "Fertigstellung" ist die Ausführung aller für die Baumaßnahme erforderlichen Leistungen zu verstehen.

³ Angabe der wesentlichen Leistungen genügt.

Ermittlungsblatt für Kostenstandübersicht

(Nur Kostengruppe 200 - 600)

Baumaßnahme

Kurzbezeichnung:

Realisierungsträger

[illegible]

* ist in Kostenstandsübersicht zu übertragen

Aufstellen von Kostenunterlagen für Ingenieurbaumaßnahmen

1. Allgemeines

- 1.1 Zu einer gründlichen und ausgereiften Bauvorbereitung gehört insbesondere bei Neubauten und Grundinstandsetzungen die Untersuchung des Baugrundes sowie bei Instandsetzungsmaßnahmen eine genaue Voruntersuchung der Bausubstanz, um zu möglichst genauen Erkenntnissen über die Qualität des Bauwerkes zu kommen. Es sind Variantenuntersuchungen vorzunehmen und im Erläuterungsbericht der Kostenunterlage darzulegen. Besondere Kostenrisiken sind darzustellen und zu erläutern. Bei großen und komplexen Bauvorhaben ist regelmäßig die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu prüfen.
- 1.2 Damit zeitraubende und kostspielige Planungsänderungen vermieden werden, sollen die öffentlich-rechtlichen Anforderungen rechtzeitig geklärt werden.
- 1.3 Alle Kostenunterlagen sind in der vorgeschriebenen Form unter Verwendung der eingeführten Vordrucke aufzustellen. Das Gliederungsschema der Kostenunterlage ist einzuhalten.
- 1.4 Die Anforderungen an Pläne sind in Anlage 2.1.1 festgelegt.

2. Projektvorbereitung

2.1 Aufgaben des Bedarfsträgers

Der Bedarfsträger muss seine Bedarfsplanung unter wirtschaftlichen Aspekten auf Grundlage der hierfür maßgeblichen Vorschriften durchführen.

Dem Bedarfsträger obliegt die Einwerbung der zur Projektrealisierung erforderlichen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen.

Der Bedarfsträger beauftragt einen Realisierungsträger, der die für die jeweilige Bauaufgabe erforderliche Fachkompetenz und Leistungsfähigkeit vorhält. Er formuliert im Projektauftrag klar seine Erwartungen (z.B. Kostenobergrenzen, Bau- und Qualitätsstandards, Funktionen) und Entscheidungsvorbehalte an das Projekt bzw. die Projektabwicklung. Sofern für das Projekt besondere Anforderungen z.B. an Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, die Qualität der Kostenermittlungen oder Bau- und Qualitätsstandards bestehen, ist dieses im Rahmen der Projektbeauftragung dem Realisierungsträger vorzugeben.

2.2 Aufgaben des Realisierungsträgers

Der Realisierungsträger hat die nötigen Unterlagen zusammenzustellen und dem Bedarfsträger schriftlich zu übergeben.

Bei allen Kostenangaben muss der jeweilige Genauigkeitsgrad aus der gewählten Formulierung zweifelsfrei erkennbar sein.

Bei der Umsetzung des Planungsauftrages sind vom Realisierungsträger Wirtschaftlichkeitsüberlegungen (z.B. über alternative Lösungsmöglichkeiten) anzustellen. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind als Anlage der HU-Bau beizufügen. Die HU-Bau soll darüber unterrichten, welche Variantenuntersuchungen angestellt wurden, welche Variante ausgewählt wurde und warum das geplante Vorhaben wirtschaftlich ist. In Zusammenarbeit mit dem Bedarfsträger und ggf. mit anderen beteiligten Stellen müssen daher alle Möglichkeiten zu evtl. Einsparungen sowie ggf. zur Reduzierung der Nutzeranforderungen einschl. des technischen Aufwandes und der Sicherheitsregelungen untersucht und genutzt werden.

2.3 Ermittlung Kostenrahmen / Kostenschätzung

2.3.1 Allgemeines

Eine Kostenermittlung vor Beginn der eigentlichen Planungen erfolgt für Tief- und Ingenieurbaubaumaßnahmen nur im Bedarfsfall, z.B. zur Vorbereitung der Entscheidung, ob Planungsmittel für eine Großbaumaßnahme eingesetzt werden sollen.

Der **Kostenrahmen** dient als eine Grundlage für die Entscheidung über die Bedarfsplanung sowie für grundsätzliche Wirtschaftlichkeits- und Finanzierungsüberlegungen und zur Festlegung der Kostenvorgabe. Die Kosten werden auf Grundlage von Kennwerten ermittelt.

Die Unterlage für den Kostenrahmen, die von den Bedarfsträgern, den Realisierungsträgern selbst oder Dritten frühzeitig für die

- Einstellung von Maßnahmen in den Haushaltsplan ohne Vorliegen einer Haushaltsunterlage – Bau nach LHO § 19.5
- Finanzplanungen, Festlegung der Kostenvorgabe
- Unterrichtung der Behördenleitung
- Information anderer Ämter und Behörden

benötigt wird, muss Erläuterungen

- zur Kostenvarianz
- zu erwartenden Preissteigerungen sowie
- zu etwaigen besonderen Kostenrisiken
-

enthalten und bedarf einer Mitzeichnung der Technischen Aufsicht.

2.3.2 Bestandteile des Kostenrahmens

- Deckblatt Anlage 2.I.a
- Kostenübersicht einschließlich der hierfür zugrunde gelegten Unterlagen

2.3.3 Zeichnungsvermerke

Die Zeichnungsvermerke sind nach den internen Regelungen der Bedarfs- bzw. Realisierungsträgern vorzunehmen. Für die Abgrenzung der Verantwortlichkeiten gilt Punkt 3.6 sinngemäß.

2.4 Planungsunterlage

2.4.1 Allgemeines

Bei Baumaßnahmen, für deren Umsetzung eine große Anzahl unterschiedlicher funktionaler und technischer Alternativen bestehen, kann es zur Festlegung der im Entwurf zu verfolgenden Variante erforderlich werden, vor der Erstellung von Kostenunterlagen eine Planungsunterlage aufzustellen. In dieser Unterlage werden dann die verschiedenen Varianten dargestellt.

Planungsunterlagen müssen eine Bedarfserläuterung, Alternativ- und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sowie eine Funktionsplanung, eine Darstellung der Berücksichtigung betrieblicher Belange und ggf. eine Planung der Betriebsabläufe enthalten. Dabei kommen der Umweltverträglichkeit und der städtebaulichen Einbindung der Ingenieurbaumaßnahmen eine besondere Bedeutung zu. Für die Bewertung der Varianten sollten in dieser Planungsphase bereits rechtliche Grundlagen sowie Fragen des Grunderwerbes berücksichtigt werden.

Planungsunterlagen bilden die Grundlage für das Aufstellen der Kostenunterlagen nach §§ 19 und 57 LHO.

2.4.2 Bestandteile der Planungsunterlage

Der wesentliche Bestandteil der Planungsunterlage ist die Variantenuntersuchung mit zeichnerischen Darstellungen. Hierzu gehören in der Regel Übersichts- und Lagepläne sowie Längs- und Querschnitte.

Im Rahmen der Aufstellung der Planungsunterlage sollte bereits das Einvernehmen mit betroffenen anderen Fachbereichen und Sonstigen Beteiligten herbeigeführt werden.

Das Planungsergebnis ist der zuständigen Technischen Aufsicht mit einem schriftlichen Erläuterungsbericht, der einen Hinweis auf den geschlossenen Kontrakt enthalten soll, vorzulegen.

Dieser Bericht soll im Wesentlichen eingehen auf :

- Veranlassung
- Bedarf und Funktion
- Voruntersuchungen
- Variantenuntersuchung und gewählte Lösung
- kostenbestimmende Faktoren und Bewertung der Risiken sowie der zu Erwartenden Preissteigerungen
- Größenordnung der zu erwartenden Kosten (Kostenermittlungsstufe: **Kostenschätzung**) (siehe hierzu auch Ziffer 2 der VV-Bau, Punkt 2.2.1.1)
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen
- geplanter Zeitrahmen
- Umweltverträglichkeit
- Folgekosten
- Stellungnahmen Sonstiger Beteiligter

2.4.3 Zeichnungsvermerke Planungsunterlage

Die Zeichnungsvermerke in der Planungsunterlage sind nach den internen Regelungen der Bedarfs- bzw. Realisierungsträger vorzunehmen. Zeichnungen sind rechts unten mit einem Zeichnungsspiegel nach **Anlage 2.1.d** zu versehen. Für die Abgrenzung der Verantwortlichkeit gilt Punkt 3.6 sinngemäß

Die Technische Aufsicht unterschreibt den Zeichnungsspiegel für die aus der Planungsunterlage ausgewählte Lösung, bzw. die Vorzugsvariante mit „Geprüft“ und „Gesehen“. In den Zeichnungsspiegeln der Planunterlagen für nicht weiter zu verfolgende Alternativlösungen und -varianten werden die Unterschriftsfelder durchgestrichen.

3. Haushaltsunterlage – Bau § 19 LHO (HU-Bau)

3.1 Allgemeines

In der HU-Bau nach § 19 LHO sollen für Baumaßnahmen die Art der Ausführung, die Gesamtkosten einschließlich Folgekosten sowie die vorgesehene Finanzierung und Zeitplanung beschrieben werden. Dies gilt sowohl für Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, die im Entwurf des Haushaltsplans veranschlagt als auch unterjährig in den Haushaltsplan eingestellt werden sollen.

Die Gesamtkosten von Vorhaben, die aus mehreren nacheinander durchzuführenden Baumaßnahmen (z.B. komplexen Erschließungen, die sich aus mehreren einzelnen Maßnahmen, wie Straßen-, Brücken- und Tunnelbauwerken zusammensetzen) bestehen, sind in den Erläuterungen zum Haushaltsplan darzustellen. Die Gesamtkosten der einzelnen Baumaßnahmen, die in der jeweils anstehenden

Planungsperiode begonnen werden sollen, ergeben sich aus der Kostenberechnung der HU-Bau. Für Baumaßnahmen, mit denen in späteren Haushaltsjahren begonnen werden soll, ist – sofern noch keine Kostenberechnung vorliegt – eine Kostenschätzung zu erstellen.

Die für die Aufstellung der Haushaltsunterlage verantwortliche Organisationseinheit fordert die entsprechenden Teilunterlagen von den mitwirkenden Organisationseinheiten sowie Stellungnahmen von den Sonstigen Beteiligten ab. Die dazu befugte Organisationseinheit hat im Rahmen ihrer Verantwortlichkeit mit allen Beteiligten Benehmen über den Inhalt der Gesamtunterlage herbeizuführen.

Soweit die Anregungen und Bedenken zweckmäßig und sachlich begründet sind, müssen sie bei der Aufstellung der Kostenunterlage berücksichtigt werden; können sie nicht berücksichtigt werden, ist dies im Erläuterungsbericht zu begründen.

3.2 Bestandteile der HU-Bau

1. Deckblatt
2. Inhaltsverzeichnis
3. Übersichtskarte
4. Erläuterungsbericht
5. Kostenermittlung (Kostenermittlungsstufe: Kostenberechnung)
6. Folgekosten
7. Pläne (technische Zeichnungen)
8. Grunderwerbsplan (soweit erforderlich)
9. Finanzierungsplan (soweit erforderlich)
10. Bauzeitenkostenplan (soweit erforderlich)
11. grundsätzliche Erklärungen des Bedarfsträgers (soweit erforderlich)
12. Teilunterlagen
13. Stellungnahmen
14. Ggfs. Erklärung der Bedarfsträger zu Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen / Variantenbetrachtungen (als Anlage beifügen)

Im Einzelnen ist Folgendes zu beachten:

3.2.1 Deckblatt

Das Deckblatt entspricht der **Anlage 2.I.b**

3.2.2 Erläuterungsbericht

Der Erläuterungsbericht beschreibt die Baumaßnahme, begründet ihre Notwendigkeit und soll ein möglichst übersichtliches Bild aller für die Planung bedeutsamen Fragen ergeben. Er soll verständlich gefasst werden und in seinem Aufbau der nachfolgend aufgeführten Gliederung entsprechen. Dabei sollen alle Überlegungen wiedergegeben werden, die zu der vorgesehenen Lösung geführt haben und die für ihre Gestaltung maßgebend waren, insbesondere auch solche, die aus den übrigen Entwurfsunterlagen nicht unmittelbar entnommen werden können.

Abweichungen von den technischen Regelwerken müssen begründet werden.

Alle nachstehenden, durch Ziffern gekennzeichnete Überschriften sollen im Erläuterungsbericht aufgeführt werden:

1. Allgemeines
2. Planungsrechtliche Grundlagen
3. Technische Beschreibung der Baumaßnahme
Unter dieser Überschrift sind Begründungen und Erläuterungen
– zur Kostenvarianz,

- zu möglichen Preissteigerungen,
- zu etwaigen besonderen Kostenrisiken,
- zu den untersuchten Ausführungsvarianten und
- zur Wirtschaftlichkeit der gewählten Ausführungsvariante

aufzuführen (etwaige weitere Unterlagen hierzu sind der Unterlage als Anlage beizufügen).

4. Umweltbelange
5. Grunderwerb
6. Anmerkungen zur Finanzierung
7. Sonstiges

Zu den genannten Punkten sollen so detaillierte Erläuterungen gegeben werden, dass die Inhalte der Planung und der Entwurfsunterlagen verständlich werden.

3.2.3 Kostenermittlung

Die Kostenermittlung ist in folgende Abschnitte zu gliedern:

- A. Kostenzusammenstellung**
- B. Einzelkostenermittlung**
- C. Zuwendungsfähige Kosten (soweit zutreffend)**

Die Veranschlagung der Basiskosten muss auf dem Preisstand beruhen, der dem Zeitpunkt der Aufstellung der Kostenunterlage entspricht. Die Basiskosten spiegeln damit den Angebotspreis wider, der von einem Bieter auch bei einer mehrjährigen Bauzeit bei unmittelbarer Vergabe der Bauleistung angeboten werden würde.

Zu A. Kostenzusammenstellung

Die Kostenzusammenstellung ist auf der Grundlage der Einzelkostenermittlung entsprechend der nachfolgend aufgeführten Gliederung mit Angabe der jeweiligen Titel aufzustellen. Sie ist ggf. in zuwendungsfähige und nicht zuwendungsfähige Kosten zu unterteilen.

Teil I - Unmittelbare Kosten (Gesamtkosten der Baumaßnahme)

1. Baukosten (Basiskosten, Ansatz für Kostenvarianz und Preissteigerungen) Baunebenkosten / Planungskosten
Bei Einzelmaßnahmen erfolgt ggfs. auch eine Aufteilung nach
 - Stufe 1 (vorlaufende Planungskosten bis zur Genehmigung der HU-Bau) nur nachrichtlich als konsumptiven Anteil ausweisen (gehört nicht zu den Gesamtbaukosten),
 - Stufe 2 (Planungskosten ab Genehmigung der HU-Bau) als investiven Anteil der Gesamtbaukosten.
2. Grunderwerbskosten
3. Besondere Kostenrisiken einschließlich Baunebenkosten / Planungskosten
4. Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen aus anderen Produktgruppen

Teil II - Mittelbare Kosten (Voraus- und Folgeinvestitionen)

Teil III - Laufende jährliche Folgekosten (Unterhaltungs- und Betriebskosten)

Zu B. Einzelkostenermittlung

Kosten, die aus unterschiedlichen Produktgruppen gedeckt werden, sind getrennt zu ermitteln und aufzuführen. Regelungen zur Kostenzuordnung durch spezielle Rechtsvorschriften, z.B. 1. Eisenbahnkreuzungsvereinbarung (EKrV) sind zu

beachten.

Teil I - Unmittelbare Kosten (Gesamtkosten der Baumaßnahme)

1. Baukosten

Die Baukosten setzen sich aus den Basiskosten und dem Ansatz für Kostenvarianz sowie dem Ansatz für Preissteigerungen zusammen (Begriffe siehe Ziffer 2 VV-Bau, Punkt 2.2.1.1).

2. Baunebenkosten / Honorare

Die Höhe der Baunebenkosten regelt sich nach den Vereinbarungen mit den jeweiligen Bedarfsträger (siehe Ziffer 2 VV-Bau, Punkt 2.2.1.1).

3. Grunderwerbskosten

Alle hier zu veranschlagenden Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen und die dazu gehörigen Angaben sind von der für Grunderwerb zuständigen Stelle anzufordern. Bestandteile der Grunderwerbskosten (Ziffer 2 VV-Bau, Punkt 2.2.1.1 oder Kostengruppe 100 der DIN 276).

4. Besondere Kostenrisiken einschließlich Honoraranteil

Die Summe der besonderen Kostenrisiken (Ziffer 2 VV-Bau, Punkt 2.2.1.1) einschließlich eventueller Anteile für die Bauneben- bzw. Honorarkosten ist auf dem Deckblatt der Haushaltsunterlage darzustellen.

5. Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen aus anderen Produktgruppen

Sofern bei einer Baumaßnahme Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen aus einer anderen Produktgruppe finanziert werden, - z.B. bei flankierende Maßnahmen der FHH im Rahmen von Maßnahmen, die dem Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG-Maßnahmen) unterliegen - sind diese Kosten in der entsprechenden Zeile aufzuführen.

Teil II - Mittelbare Kosten (Voraus- und Folgeinvestitionen)

Als mittelbare Kosten sind Ausgaben für solche Maßnahmen nachrichtlich aufzuführen, die Voraussetzung für die in Teil I dargestellten Baumaßnahmen sind oder von ihr ausgelöst werden, soweit sie nicht als Grunderwerbs- oder Baukosten bereits dort berücksichtigt sind. Zum Beispiel:

- bauabhängiger Sielbau
- Vorteilsausgleich Leitungsträger
- öffentliche Ersatzbauten
- Ersatzwohnungen
- Kleingartenersatzflächen
- Öffentliche Erschließungsmaßnahmen (Grunderwerb, Siel- und Straßenbau, wasserwirtschaftliche Maßnahmen)
- Passiver Lärmschutz

Soweit aufgrund von gesetzlichen und vertraglichen Regelungen keine Folgepflichten für Versorgungs- bzw. Leitungsunternehmen bestehen und es für die Realisierung der Baumaßnahme erforderlich ist, vorhandene Versorgungsleitungen zu Lasten der Baumaßnahme umzulegen oder zu erneuern, ist bei der Veranschlagung der Kosten darauf hinzuweisen, inwieweit bei den veranschlagten Kosten ein etwaiger Vorteilsausgleich berücksichtigt worden ist bzw. warum auf diesen verzichtet wurde.

Teil III - Laufende jährliche Folgekosten

Einzelkostenermittlung siehe hierzu Punkt 3.2.4.

Zu C. Zuwendungsfähige Ausgaben

Zuwendungen/Zuschüsse sind in Anspruch zu nehmen, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind. Die zuwendungsfähigen Ausgaben sind entsprechend den jeweiligen Förderrichtlinien zu ermitteln.

Bei Zuwendungen/Zuschüssen des Bundes sind insbesondere zu beachten:

- die EKrG-Richtlinien für Zuschüsse nach § 17 EKrG
- die Richtlinien für die Gewährung von Bundeszuwendungen zu Straßenbaumaßnahmen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 5a Fernstraßengesetz (FStrG)
- Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"
- die Richtlinie (RL) über die Abgrenzung der zuwendungsfähigen Kosten von Maßnahmen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), gilt nur bei Maßnahmen im schienengebundenen ÖPNV mit einem Investitionsvolumen von über 50 Mio. EUR.

Bei der Ermittlung der zuwendungsfähigen Kosten und bei der Zusammenstellung ist folgende Gliederung einzuhalten :

	Veranschlagt Euro	Nicht zuwendungsfähig Euro	Zuwendungs- fähig Euro
I. Unmittelbare Kosten			
Basiskosten
Ansatz Kostenvarianz
Preissteigerungen
Baukosten			
Baunebenkosten / Honorar
Gesamtbaukosten
Grunderwerbskosten
Gesamtkosten
Besondere Kostenrisiken
Bei anderen Produktgruppen zu veranschlagende Aus- gaben und Verpflichtungs- ermächtigungen
II. Mittelbare Kosten
G e s a m t

3.2.4 Laufende jährliche Folgekosten

Hier sind die durch die Baumaßnahme ausgelösten jährlichen Haushaltsbelastungen für die Instandhaltung, Wartung, Instandsetzung sowie den Betrieb (einschließlich der Personalkosten) anzugeben. Gleichzeitig sind die durch die Baumaßnahme (z.B. bei einer Beseitigung vorhandener Bauwerke) ausgelösten jährlichen Haushaltsentlastungen zu ermitteln und gegenzurechnen. Die Kosten sind aufgrund geeigneter Richtwerte nachvollziehbar zu ermitteln. Die zugrunde gelegten Annahmen und Richtwerte sind zu erläutern.

3.2.5 Pläne (Technische Zeichnungen)

Die Baumaßnahme ist in Zeichnungen darzustellen. Dazu gehören in der Regel Lageplan, Querschnitt und Längsschnitt. Jede Zeichnung ist rechts unten mit einem Zeichnungsspiegel entsprechend der **Anlage 2.I.d** zu versehen.

Die zuständige Technische Aufsicht unterschreibt den Zeichnungsspiegel mit „Geprüft“- und „Gesehen“.

3.2.6 Grunderwerbsplan

Im Grunderwerbsplan sind der erforderliche Grunderwerb sowie alle Eingriffe in private und öffentliche Rechte (z.B. Dienstbarkeiten, Mitverwendungen) darzustellen. Es sollen die zu erwerbenden Flächen mit Angabe der Flurstücksnummer durch deutliche farbliche Kennzeichnung ausgewiesen werden:

- | | |
|--|---------------------------------|
| – Allgemeines Grundvermögen der FHH | (grün schraffiert) |
| – Privatgrund | (rot , RAL 3020) |
| – Verwaltungsvermögen (FHH, Bund) | (grün , RAL 6024) |
| – Öffentlicher Grund | (braun , RAL 8003) |
| – abzubrechende Bausubstanz | (gelb , RAL 1023) |
| – vorübergehend benötigte Flächen | (Umrandung in jeweiliger Farbe) |
| – Flächen , die mit Dienstbarkeiten,
Baulasten und Mitverwendungen
belastet werden | (Schraffur in jeweiliger Farbe) |

3.2.7 Finanzierungsplan

Ein Finanzierungsplan ist dann erforderlich, wenn mehrere Kostenträger zur Finanzierung einer Baumaßnahme beitragen (Mischfinanzierung) oder die Finanzierung aus unterschiedlichen Produktgruppen erfolgt.

Im Finanzierungsplan ist die Kostenverteilung auf die Kostenträger (Hamburg, Bund, beitragspflichtige Dritte u.a.) nach Kostenanteilen darzustellen. Auf die besonderen Verfahren nach EKrG wird hingewiesen.

3.2.8 Bauzeitenkostenplan / Honorarverteilung

Ein Bauzeitenkostenplan ist erforderlich, wenn die Bauzeit mehr als ein Jahr beträgt. Im Bauzeitenkostenplan sind neben dem voraussichtlichen Zeit- und Mittelbedarf (Kassenmittel und Verpflichtungsermächtigungen) terminliche Zwangspunkte durch Abhängigkeiten von anderen Maßnahmen darzustellen. Im Bauzeitenkostenplan sind die anteiligen Bauneben- bzw. Honorarkosten separat und ggfs. getrennt nach Bauphasen aufzuführen.

3.2.9 Teilunterlagen / Stellungnahmen

Soweit für die Erstellung der Kostenunterlage Beiträge zur Gesamtveranschlagung erstellt werden, sind diese wie eine eigenständige Kostenunterlage aufzustellen. Sie sind der Kostenunterlage als Anlage beizufügen.

Stellungnahmen der mitwirkenden Organisationseinheiten und sonstiger Beteiligter sind für die gesamte Baumaßnahme einzuholen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die sachgerechten Entscheidungen über etwaige Anregungen oder Bedenken aus den Stellungnahmen sind im Erläuterungsbericht zu dokumentieren. Die Stellungnahmen sind der Kostenunterlage ebenfalls als Anlage beizufügen.

4. Ausführungsunterlage – Bau nach § 57 LHO (AU-Bau)

Mit der AU-Bau nach § 57 LHO wird der Entwurf im Einzelnen festgelegt; sie ist die Grundlage für die Vergabe und Ausführung von Baumaßnahmen. Soweit eine HU-Bau nach § 19 LHO für die Baumaßnahme erstellt wurde, sind die Bestandteile der

HU-Bau im Regelfall in die AU-Bau nach § 57 LHO zu übernehmen, sofern sich gegenüber der HU-Bau keine Veränderungen ergeben haben oder keine Ergänzungen notwendig sind. Bei Abweichungen von der HU-Bau im Sinne der VV sind die entsprechenden Bestandteile der AU-Bau zu überarbeiten; die Abweichungen sind zu erläutern. Für die Aufstellung der AU-Bau gilt der Punkt 3.1 sinngemäß. Die AU-Bau ist in der Kostenermittlungsstufe Kostenberechnung zu erstellen.

5. Abweichungen von den Kostenunterlagen nach §§ 19 oder 57 LHO

Bei Abweichungen von den o.g. Kostenunterlagen im Sinne der VV sind **Nachträge** zu diesen Unterlagen aufzustellen. Entsprechend den Regelungen der VV ist ggfs. eine Beteiligung der Bürgerschaft erforderlich. In diesen Nachträgen sind die Abweichungen im Einzelnen nach Art, Umfang und Auswirkungen auf die Kosten darzulegen und zu begründen. Dabei sind revidierte Kosten wegen

- Änderung der Basiskosten
- Änderung der Planung / des Entwurfs (z.B. Technische Änderungen, Änderungen der Örtlichkeit, Änderungen durch neue politische Vorgaben etc.)
- sonstiger Gründe (z.B. Berücksichtigung neuer technischer Vorschriften etc.)
- Änderung durch Inanspruchnahme der besonderen Kostenrisiken mit Erläuterung der Deckung
- Änderung der Mehrwertsteuer
- Änderung der Grunderwerbskosten

getrennt darzustellen. Die Veränderungen der Kostenvarianz, der Ansätze für Preissteigerungen sowie der Bauneben- bzw. der Honorarkosten sind entsprechend zu dokumentieren.

Nachträge zur HU- bzw. AU-Bau sind grundsätzlich der jeweiligen zuständigen Technischen Aufsicht zur Erteilung des Gesehen-Vermerkes vorzulegen, soweit die Unterlagen von der Technischen Aufsicht geprüft wurden.

Für Nachträge zur HU- bzw. AU-Bau ist das Musterdeckblatt entsprechend der Anlage 2.I.c zu verwenden.

6. Zeichnungsvermerke in den Kostenunterlagen nach §§ 19 oder 57 LHO für Maßnahmen des Landes

Die Zeichnungsvermerke für Maßnahmen der FHH sind nach den internen Regelungen der Bedarfs- bzw. Realisierungsträger vorzunehmen.

Die Verantwortlichkeiten, die mit den einzelnen Zeichnungsvermerken verbunden sind, werden nachfolgend festgelegt:

6.1 Zeichnungsvermerke der aufstellenden Organisationseinheit

Verfasst:

Dieser Zeichnungsvermerk ist nur erforderlich, wenn für die Erarbeitung der Unterlagen ein freiberuflicher Architekt und / oder Ingenieur eingeschaltet wird. Mit der Unterschrift bestätigt der freiberuflich Tätige, dass die Unterlage entsprechend den Vorgaben der beauftragenden Dienststelle erarbeitet worden ist. Gleichzeitig wird die Einhaltung der unter "Aufgestellt" genannten Verantwortlichkeiten in dem Umfang bestätigt, wie diese Aufgaben dem freiberuflich Tätigen durch Ingenieurvertrag übertragen worden sind.

Die Unterschrift steht in einem gesonderten Schriftfeld oberhalb des Zeichnungsspiegels.

Aufgestellt:

Mit der Unterschrift wird bestätigt, dass

- die Unterlagen auf der Grundlage des Planungsauftrages erarbeitet worden sind,
- Teilunterlagen der mitwirkenden Dienststellen eingearbeitet sind sowie
- über Anregungen und Bedenken aus den Stellungnahmen der beteiligten Dienststellen sachgerecht entschieden worden ist,
- die privaten und öffentlichen Belange gegeneinander abgewogen worden sind,
- die Kostenunterlage vollständig und die Kostenermittlung rechnerisch richtig ist,
- die planungsrechtlichen Voraussetzungen berücksichtigt worden sind,
- die Zeichnungen nach den Vorgaben vollständig und richtig angefertigt worden sind,
- die Unterlage den einschlägigen gesetzlichen und technischen Vorschriften und Richtlinien sowie den Regeln der Technik entsprechend einwandfrei erarbeitet worden ist,
- die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet worden sind,
- Risiken systematisch untersucht und bewertet wurden,
- sämtliche Belange der Planung vollständig berücksichtigt worden sind,
- für Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung ggf. Kosten-Nutzen-Untersuchungen vorliegen,
- Weisungen von Behörden-, und Amts- und Geschäftsleitungen beachtet worden sind,
- bei Nachträgen die Abweichungen von den genehmigten Unterlagen richtig erläutert und begründet worden sind.

Wenn für die Erarbeitung der Unterlage ein freiberufliches Architekturbüro und / oder Ingenieurbüro eingeschaltet worden ist,

- *wird mit der Unterschrift nur die Verantwortung für die eigenen, nicht dem Architektur-/ Ingenieurbüro übertragenen Aufgaben übernommen und darüber hinaus bestätigt, dass das Architektur- und/oder Ingenieurbüro die Leistungen nach vorgegebenen Anweisungen des Auftraggebers erbracht hat und diese Leistungen den vertraglichen Vereinbarungen entsprechen.*

Freigegeben:

Mit der Unterschrift wird die Sicherung der fachlichen Qualität in Bezug auf die Einhaltung der

- Verwaltungsvorschriften, insbesondere der haushaltsrechtlichen Belange,
 - der Wirtschaftlichkeit,
 - der Technischen Vorschriften und
 - sonstiger Vorgaben der Bedarfsträger
- bestätigt.

6.2 Zeichnungsvermerke anderer Bedarfsträger

Bestätigt:

Mit der Unterschrift bestätigen andere Bedarfsträger, dass ihre Belange berücksichtigt wurden und dass sie mit den Unterlagen und den ermittelten Kosten - auch im Hinblick auf die laufenden jährlichen Folgekosten - einverstanden sind.

6.3 Zeichnungsvermerke der Technischen Aufsicht

Die Technische Aufsicht bestätigt die Prüfung und Genehmigung der Unterlagen nach den Vorgaben gemäß Ziffer 2 VV-Bau, Anlage 2.HIL.1 mit der Unterschrift „geprüft“.

6.4 Zeichnungsvermerke / Musterzeichnungsspiegel für Ausschreibungs-

unterlagen, Ausführungszeichnungen und sonstige Pläne

Siehe hierzu **Anlagen 2.I.g und 2.I.h.**

7. RE-Unterlagen des Bundes

7.1 Vorbemerkungen

Für die Aufstellung von RE-Unterlagen gelten die

- RE (Richtlinie für die Gestaltung von einheitlichen Entwurfsunterlagen im Straßenbau)
- RAB-Ing (Richtlinie für das Aufstellen von Bauwerksentwürfen für Ingenieurbauten)
- zugehörigen Rundschreiben des BMVI (z.B. Ausgabenzuordnung entspricht Art. 104a, Abs. 1, 2 und 5 GG – "Negativliste Bund")

7.2 Allgemeines

Bei Baumaßnahmen des Bundes ist eine Strecken-RE aufzustellen. Für die konstruktiven Ingenieurbauwerke sind gesonderte Teil-RE's aufzustellen. Die Aufstellung der RE-Unterlagen ist entsprechend den Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vorzunehmen. Hier sind die Musterdeckblätter entsprechend der **Anlage 2.I.e** und die Musterzeichnungsspiegel entsprechend der **Anlage 2.I.f** zu verwenden.

A c h t u n g :

Für gemeinsame Baumaßnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Bund, die anteilig aus dem Hamburger Haushalt finanziert werden, gelten weiterhin das Bundesrecht und die einschlägigen Vorschriften des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). Dies gilt insbesondere für die Aufstellung der RE-Unterlagen. Für diese Maßnahmen ist im Vorwege zu klären, welche Vorgaben für den Hamburger Haushaltsanteil gelten sollen. Der Bedarfsträger sollte gleichwohl das Ziel verfolgen, dass die in der VV-Bau beschriebenen Vorgaben in ihren Grundzügen auch bei diesen Baumaßnahmen angewendet werden.

7.3 Zeichnungsvermerke in den RE-Unterlagen

Die Zeichnungsvermerke für Bundesmaßnahmen regeln sich nach den Vorgaben des Amtes V und den internen Regelungen der Bedarfs- bzw. Realisierungsträger. Die Verantwortlichkeiten, die mit den einzelnen Zeichnungsvermerken verbunden sind, werden nachfolgend festgelegt:

7.3.1 Zeichnungsvermerke des aufstellenden Realisierungsträgers

Aufgestellt:

Mit der Unterschrift wird bestätigt, dass

- die Unterlagen auf der Grundlage des Planungsauftrages erarbeitet worden sind,
- Teilunterlagen der mitwirkenden Dienststellen eingearbeitet sind sowie über Anregungen und Bedenken aus den Stellungnahmen der beteiligten Dienststellen sachgerecht entschieden worden ist,
- die privaten und öffentlichen Belange gegeneinander abgewogen worden sind,
- die RE-Unterlage vollständig und die Kostenberechnung rechnerisch richtig ist,
- die planungsrechtlichen Voraussetzungen berücksichtigt worden sind,

- die Zeichnungen nach den Vorgaben vollständig und richtig angefertigt worden sind,
- die Unterlage den einschlägigen gesetzlichen und technischen Vorschriften und Richtlinien sowie dem Stand der Technik entsprechend einwandfrei bearbeitet worden ist,
- die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet worden sind,
- alle Belange der Planung vollständig berücksichtigt worden sind,
- für Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung ggf. Kosten-Nutzen-Untersuchungen oder Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen nach den Regelungen des BMVI vorliegen,
- Weisungen von Behörden- und Amts- oder Geschäftsleitungen beachtet worden sind,
- bei Nachträgen die Abweichungen von den genehmigten Unterlagen richtig erläutert und begründet worden sind,
- die Verfügbarkeit der Haushaltsmittel bei kombinierten RE-Unterlagen nach §§ 24/54 BHO und bei Teil-RE-Unterlagen nach § 54 BHO innerhalb des Verfügungsrahmens des Bundes vorhanden ist.

Wenn für die Erarbeitung der Unterlage ein freiberufliches Architekturbüro und/oder Ingenieurbüro eingeschaltet worden ist,

- *wird mit der Unterschrift nur die Verantwortung für die eigenen, nicht dem Architektur- /Ingenieurbüro übertragenen Aufgaben übernommen und bestätigt, dass das Architektur- und / oder Ingenieurbüro die Leistungen nach vorgegebenen Anweisungen des Auftraggebers erbracht hat und diese Leistungen den vertraglichen Vereinbarungen entsprechen.*

Freigegeben:

Mit der Unterschrift wird die Sicherung der fachlichen Qualität in Bezug auf die Einhaltung der

- Verwaltungsvorschriften, insbesondere der haushaltsrechtlichen Belange,
- der Wirtschaftlichkeit,
- der Technischen Vorschriften und
- sonstigen Vorgaben der Behördenleitung (z.B. Umweltverträglichkeit, etc.)

bestätigt.

Geprüft:

Mit der Unterschrift wird bestätigt, dass die RE-Vorentwürfe den Richtlinien und Regelwerken des Bundes in technischer, gestalterischer und wirtschaftlicher Hinsicht entsprechen.

Darüber hinaus wird bestätigt, dass die Unterlage vollständig und richtig ist (Plausibilitätskontrolle); dabei erstreckt sich die Prüfung im Wesentlichen auf die

- aktuellen planerischen Rahmenbedingungen sowie deren Einhaltung und Erfüllung,
- Untersuchung funktionaler und / oder technischer Alternativen,
- Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der technischen Lösung,
- Berücksichtigung betrieblicher Belange und
- Berücksichtigung umwelttechnischer Belange.

7.3.2 Gesehen (mit Vorlage beim BMVI):

RE-Vorentwürfe, die dem BMVI zur Erteilung des Gesehenvermerkes vorgelegt

werden, erhalten zuvor einen Gesehenvermerk durch das Amt V. Mit der Erteilung dieses Gesehenvermerkes wird bestätigt, dass die strategisch-fachlichen Ziele des Bundes erreicht werden.

Das BMVI erteilt bei diesen vorlagepflichtigen Maßnahmen mit größerer Bedeutung und umfangreicheren Investitionen einen abschließenden Gesehenvermerk. Mit der Genehmigung der RE-Vorentwürfe wird die Einstellung und Finanzierung der Maßnahme über den Straßenbauplan des Bundeshaushaltes zulässig.

7.3.3 Gesehen (ohne Vorlage beim BMVI):

Maßnahmen und Vorhaben, die nicht dem BMVI zur Erteilung eines Gesehenvermerkes vorzulegen sind, werden von der bearbeitenden Organisationseinheit genehmigt. Mit dem Gesehenvermerk wird bestätigt, dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen und die Finanzmittel bereitstehen.

7.3.4 Zeichnungsvermerke / Musterzeichnungsspiegel für Ausschreibungsunterlagen, Ausführungszeichnungen und sonstige Pläne

Siehe hierzu Anlagen 2.I.g und 2.I.i.

Anlagenübersicht zur Anlage 2.1.1 der VV-Bau

- 2.1.a Musterdeckblatt Kostenrahmen
- 2.1.b Musterdeckblatt
Kostenunterlage nach §§ 19 oder 57 LHO
Teilunterlage zur Kostenunterlage nach §§ 19 oder 57 LHO
- 2.1.c Musterdeckblatt Nachtrag Kostenunterlage
- 2.1.d Musterzeichnungsspiegel für Zeichnungen in Planungs- bzw.
Kostenunterlagen nach §§ 19 oder 57 LHO (Land)
- 2.1.e Musterdeckblätter für RE-Unterlagen beim Bund
- 2.1.f Musterzeichnungsspiegel für Zeichnungen in RE-Unterlagen beim
Bund
- 2.1.g Zeichnungsvermerke für Ausschreibungsunterlagen und sonstige
Pläne
- 2.1.h Musterzeichnungsspiegel für Ausschreibungsunterlagen und
sonstige Pläne (Land)
- 2.1.i Musterzeichnungsspiegel für Ausschreibungsunterlagen und
sonstige Pläne (Bund)

Realisierungsträger:

Leitzeichen oder Kurzbezeichnung

KOSTENRAHMEN / KOSTENSCHÄTZUNG

Baumaßnahme:

Teilbaumaßnahme:

I Unmittelbare Kosten	Produktgruppe / Kategorisierung	Euro
Basiskosten		
Ansatz Kostenvarianz		
Preissteigerungen		
Baukosten		
Baunebenkosten / Honorar *		
Gesamtbaukosten		
Grunderwerbskosten		
Gesamtkosten		
Besondere Kostenrisiken		
Bei anderen Produktgruppen zu veranschlagende Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen		
G e s a m t		0,00

Davon Kosten der Teilbaumaßnahme:

Aufstellender Bereich	Teilbaumaßnahme	Euro

II Mittelbare Kosten, nachrichtlich	
--	--

III Lfd. jährliche Folgekosten, nachrichtlich			
	bisher	Differenz	neu

Leitzeichen	Zeichnungsvermerk	Unterschrift
-------------	-------------------	--------------

	Aufgestellt:	
--	--------------	--

	Geprüft:	
--	----------	--

	Gesehen:	
--	----------	--

* Bei Einzelmaßnahmen ist der konsumtive Anteil der Baunebenkosten/Honorar nachrichtlich anzugeben.

Realisierungsträger: Leitzeichen oder Kurzbezeichnung

KOSTENUNTERLAGE NACH §§ 19 oder 57 LHO
TEILUNTERLAGE ZUR KOSTENUNTERLAGE NACH §§ 19 oder 57 LHO

Baumaßnahme:

Teilbaumaßnahme:

Bedarfsträger:

Feld zur freien Verfügung

Feld zur freien Verfügung

I Unmittelbare Kosten	Produktgruppe / Kategorisierung	Euro
Basiskosten		
Ansatz Kostenvarianz		
Preissteigerungen		
Baukosten		
Baunebenkosten / Honorar *		
Gesamtbaukosten		
Grunderwerbskosten		
Gesamtkosten		
Besondere Kostenrisiken		
Bei anderen Produktgruppen zu veranschlagende Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen		
	G e s a m t	

II Mittelbare Kosten, nachrichtlich	
---	--

III Lfd. jährliche Folgekosten, nachrichtlich			
	bisher	Differenz	neu

Leitzeichen	Zeichnungsvermerk	Datum	Unterschrift
-------------	-------------------	-------	--------------

	Aufgestellt:		
--	--------------	--	--

	Geprüft:		
--	----------	--	--

	Gesehen:		
--	----------	--	--

* Bei Einzelmaßnahmen ist der konsumtive Anteil der Baunebenkosten/Honorar nachrichtlich anzugeben.

Realisierungsträger: Leitzichen oder Kurzbezeichnung

.....

NACHTRAG NR.

ZUR KOSTENUNTERLAGE NACH §

Baumaßnahme:

.....

Teilbaumaßnahme:

.....

Die Unterlage wurde	am	aufgestellt.
	am	gesehen.

Der letzte Nachtrag Nr. ... wurde	am	aufgestellt.
	am	gesehen.

Die Abweichungen gegenüber den bisher genehmigten Unterlagen beruhen auf

- ☐ einer Änderung der Grunderwerbskosten
- ☐ einer Änderung der Lohn- und / oder Materialpreise
und / oder der Mehrwertsteuer
- ☐ einer Inanspruchnahme von ausgewiesenen Kostenrisiken
- ☐ einer Änderung der Planung / des Entwurfes
- ☐ sonstigen Gründen (z.B. Berücksichtigung neuer
technischer Vorschriften)

Realisierungsträger: Leitzichen oder Kurzbeschreibung

NACHTRAG NR.

ZUR KOSTENUNTERLAGE NACH §

Baumaßnahme:

Teilbaumaßnahme:
.....

I	Unmittelbare Kosten	Produktgruppe / Kategorisierung	zuletzt genannte Kosten, Euro	Änderungen, Euro	Neue Kosten, Euro
	Basiskosten				
	Ansatz Kostenvarianz				
	Preissteigerungen				
	Baukosten				
	Baunebenkosten / Honorar *				
	Gesamtbaukosten				
	Grunderwerbskosten				
	Gesamtkosten				
	Besondere Kostenrisiken				
	Bei anderen Produktgruppen zu veranschlagende Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen				
	Gesamt				

II	Mittelbare Kosten, nachrichtlich		zuletzt genannte Kosten, Euro	Änderungen, Euro	Neue Kosten, Euro

III	Lfd. jährliche Folgekosten		bisher, Euro	Änderungen, Euro	Neue Kosten, Euro

Leitzichen	Zeichnungsvermerk	Datum	Unterschrift
------------	-------------------	-------	--------------

	Aufgestellt:		
--	--------------	--	--

	Geprüft:		
--	----------	--	--


	Gesehen:		
--	----------	--	--

* Bei Einzelmaßnahmen ist der konsumtive Anteil der Baunebenkosten/Honorar nachrichtlich anzugeben.

Musterzeichnungsspiegel für Zeichnungen in Kostenunterlagen

Index	Änderungen und Ergänzungen	Bearbeitet (Name)	Leit- / Kurz- zeichen und Unterschrift	Datum

Freifeld für die Mitzeichnung eines anderen Bedarfsträgers oder
einer anderen Organisationseinheit
wie z.B. „Straßenbautechnisch anerkannt“

Freifeld für Logo des Realisierungsträger	Freifeld für Bezeichnung des Realisierungsträgers	 Hamburg
Baumaßnahme: Teilbaumaßnahme:		Aufgestellt: Datum: Unterschrift
Planinhalt:		Geprüft: Datum: Unterschrift
Zeichnung Nr.:	Maßstab:	Gesehen: Datum: Unterschrift

Der Zeichnungsspiegel gilt nur für Pläne in Kostenunterlagen. Für Regelungen bei Ausschreibungs-, Ausführungs- sowie sonstigen Plänen siehe **Anlage 2.I.h.**

Straßenbauverwaltung: <u>Hamburg</u>	
Straßenklasse und Nr.: _____	
Streckenbezeichnung: _____	
Baumaßnahme / Bauwerk: _____	
Bauwerks-Nr. (ASB): _____	
Träger der Baumaßnahme: Bundesrepublik Deutschland	
Bundesstraßenverwaltung	
<h2>Bauwerksentwurf</h2>	
Aufgestellt: Datum: Unterschrift	Geprüft: Datum: Unterschrift
Freifeld für Unterschrift BMVI bei Vorlagepflicht beim Bund	Gesehen: Datum: Unterschrift

Anlage 2.I.e

Seite 2 von 2

Kostenberechnung für Bauwerke Stand (Datum):	Übersicht und Verteilung der Gesamtkosten auf die Beteiligten	Blatt A Seite 1																		
<div> <div> Straßenbauverwaltung: Straßenklasse und Nr.: Streckenbezeichnung: Baumaßnahme / Bauwerk: Bauwerks-Nr. (ASB): </div> <div> Hamburg </div> </div>																				
Träger der Baumaßnahme: Bundesrepublik Deutschland Bundesstraßenverwaltung																				
<table> <tr> <th>Gesamtkosten der Baumaßnahme (Mio € brutto)</th> <th>bisher</th> <th>neu</th> </tr> <tr> <td>Stand (Datum)</td> <td>_____</td> <td>_____</td> </tr> <tr> <td>Kosten in Mio €</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>G. Bau</td> <td>_____</td> <td>_____</td> </tr> <tr> <td>G. GE</td> <td>_____</td> <td>_____</td> </tr> <tr> <td>Summe G: KOST</td> <td>_____</td> <td>_____</td> </tr> </table>			Gesamtkosten der Baumaßnahme (Mio € brutto)	bisher	neu	Stand (Datum)	_____	_____	Kosten in Mio €			G. Bau	_____	_____	G. GE	_____	_____	Summe G: KOST	_____	_____
Gesamtkosten der Baumaßnahme (Mio € brutto)	bisher	neu																		
Stand (Datum)	_____	_____																		
Kosten in Mio €																				
G. Bau	_____	_____																		
G. GE	_____	_____																		
Summe G: KOST	_____	_____																		
Aufgestellt: Datum: Unterschrift	Geprüft: Datum: Unterschrift																			
	Gesehen: Datum: Unterschrift																			

Musterzeichnungsspiegel für Planunterlagen in RE-Unterlagen

Index	Änderungen und Ergänzungen	Bearbeitet (Name)	Leit- / Kurzzeichen und Unterschrift	Datum

**Freifeld für die Mitzeichnung eines anderen Bedarfsträgers oder
einer anderen Organisationseinheit
wie z.B. „Straßenbautechnisch anerkannt“**

Freie und Hansestadt Hamburg Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen			
Streckenbezeichnung: Bauwerk:		Aufgestellt: Datum: Unterschrift	
Planinhalt:		Geprüft: Datum: Unterschrift	
Zeichnung Nr.:	Maßstab:	Gesehen:	
Freifeld für Unterschrift BMVI bei Vorlagepflicht beim Bund			

Der Zeichnungsspiegel gilt nur für Pläne in Entwurfsunterlagen. Für Regelungen bei Ausschreibungs-, Ausführungs- sowie sonstigen Plänen siehe **Anlage 2.I.i**.

Zeichnungsvermerke für Pläne in Ausschreibungsunterlagen, Ausführungszeichnungen, und für sonstige Pläne

Nachfolgend werden die Verantwortlichkeiten, die mit den einzelnen Zeichnungsvermerken verbunden sind, festgelegt:

Zeichnungsvermerke der aufstellenden Organisationseinheit

Verfasst:

Dieser Zeichnungsvermerk ist nur erforderlich, wenn für die Erarbeitung der Unterlagen ein freiberuflicher Architekt und / oder Ingenieur eingeschaltet wird. Mit der Unterschrift bestätigt der freiberuflich Tätige, dass die Unterlage entsprechend den Vorgaben der beauftragenden Dienststelle erarbeitet worden ist. Gleichzeitig wird die Einhaltung der unter "Bearbeitet" genannten Verantwortlichkeiten in dem Umfang bestätigt, wie diese Aufgaben dem freiberuflich Tätigen durch Ingenieurvertrag übertragen worden sind. Die Unterschrift steht in einem gesonderten Schriftfeld oberhalb des Zeichnungsspiegels.

Bearbeitet:

Mit der Unterschrift wird bestätigt, dass

- die Unterlagen auf der Grundlage des Planungs-/Projektauftrages erarbeitet worden sind,
- die planungsrechtlichen Voraussetzungen berücksichtigt worden sind,
- für die Baumaßnahme und die vorgesehenen Bauverfahren erforderlichen Grundstücksflächen zur Verfügung stehen,
- die Zeichnungen nach den Vorgaben vollständig und richtig angefertigt worden sind,
- die Unterlage den einschlägigen gesetzlichen und technischen Vorschriften und Richtlinien sowie dem Stand der Technik entsprechend einwandfrei bearbeitet worden ist,
- die betrieblichen Belange berücksichtigt worden sind,
- die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet worden sind,
- alle Belange der Planung vollständig berücksichtigt worden sind,
- Weisungen von Behörden-, und Amts- und Geschäftsleitungen beachtet worden sind.

Wenn für die Erarbeitung der Unterlage ein freiberufliches Architekturbüro und / oder Ingenieurbüro eingeschaltet worden ist,

- *wird mit der Unterschrift nur die Verantwortung für die eigenen , nicht dem Architektur-/ Ingenieurbüro übertragenen Aufgaben übernommen und darüber hinaus bestätigt, dass das Architektur- und/oder Ingenieurbüro die Leistungen nach vorgegebenen Anweisungen des Auftraggebers erbracht hat und diese Leistungen den vertraglichen Vereinbarungen entsprechen.*

Aufgestellt:

Mit der Unterschrift wird bestätigt, dass

- die planungsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind,
- die Planunterlagen die Baumaßnahme vollständig abbilden,
- die Planunterlagen den einschlägigen gesetzlichen und technischen Vorschriften und Richtlinien sowie dem Stand der Technik entsprechen,
- die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für die technische Umsetzung eingehalten wurden,
- Weisungen von Behörden-, und Amts- und Geschäftsleitungen eingehalten worden sind.

Freigegeben:

Mit der Unterschrift wird die Sicherung der fachlichen Qualität in Bezug auf die Einhaltung der

- öffentlich-rechtlichen Belange,
- Verwaltungs- sowie Technischen Vorschriften,
- Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit und
- sonstiger Vorgaben des Bedarfsträgers

bestätigt.

Anmerkung:


Soweit die Planunterlagen für anderweitige Zwecke erstellt werden (z.B. Verschickungen) können die Zeichnungsspiegel und Unterschriftsfelder modifiziert werden.

Musterzeichnungsspiegel Planunterlagen in Ausschreibungsunterlagen, Ausführungszeichnungen und sonstige Pläne bei Maßnahmen der FHH

Der Zeichnungsspiegel **gilt nicht** für Pläne in Haushaltsunterlagen!

Index	Änderungen und Ergänzungen	Bearbeitet (Name)	Leit- / Kurzzeichen und Unterschrift	Datum

Freifeld für die Mitzeichnung eines Bedarfsträgers

Freifeld für Logo des Realisierungsträgers	Freifeld für Bezeichnung des Realisierungsträgers	 Hamburg
Baumaßnahme: Teilbaumaßnahme:		Bearbeitet: Datum Unterschrift
Planinhalt:		Aufgestellt: Datum Unterschrift
Zeichnung Nr.:	Maßstab:	Freigegeben: Datum Unterschrift

Musterzeichnungsspiegel Planunterlagen in Ausschreibungsunterlagen, Ausführungszeichnungen und sonstige Pläne bei Maßnahmen des BUNDES

Der Zeichnungsspiegel **gilt nicht** für Pläne in RE - Unterlagen!

Index	Änderungen und Ergänzungen	Bearbeitet (Name)	Leit- / Kurzzeichen und Unterschrift	Datum

**Freifeld für die Mitzeichnung eines Anderen
wie z.B. Straßenbautechnisch anerkannt**

Freie und Hansestadt Hamburg Freifeld für Bezeichnung des Realisierungsträgers Auftragsverwaltung für die Bundesfernstraßen		
Streckenbezeichnung: Bauwerk: Planinhalt: <div style="display: flex; justify-content: space-between; border-top: 1px solid black; margin-top: 10px;"> Zeichnung Nr.: Maßstab: </div>		<div style="border-bottom: 1px solid black; padding-bottom: 5px;"> Bearbeitet: Datum Unterschrift </div> <div style="border-bottom: 1px solid black; padding-bottom: 5px;"> Aufgestellt: Datum Unterschrift </div> <div style="padding-top: 5px;"> Freigegeben: Datum Unterschrift </div>

Aufstellen von Kostenunterlagen

- Haushaltsunterlagen - Bau nach § 19 LHO
- Ausführungsunterlagen – Bau nach § 57 LHO

Regelungen für Landschaftsbaumaßnahmen

1. Allgemeines

- 1.1 Zu einer gründlichen und ausgereiften Bauvorbereitung gehört insbesondere bei Neubauten die Untersuchung des Baugrundes, um zu möglichst genauen Erkenntnissen über die Qualität und Zustand des Bestandes zu kommen. Es sind Alternativen zu untersuchen und im Erläuterungsbericht der Kostenunterlage darzulegen. Besondere Kostenrisiken sind darzustellen und zu erläutern.
- 1.2 Damit zeitraubende und kostspielige Planungsänderungen vermieden werden, sollen die öffentlich-rechtlichen Anforderungen rechtzeitig geklärt werden.
- 1.3 Alle Kostenunterlagen sind in der vorgeschriebenen Form unter Verwendung der eingeführten Vordrucke aufzustellen. Das Gliederungsschema der Kostenunterlage (vgl. VV-Bau Ziffer 2, Anlage 2.L.2) ist einzuhalten.
- 1.4 Die Anforderungen an Pläne sind in Anlage 2.L.1a festgelegt und zu beachten.

2. Projektvorbereitung

2.1 Aufgaben des Bedarfsträgers

Der Bedarfsträger muss seine Bedarfsplanung unter wirtschaftlichen Aspekten auf Grundlage der hierfür maßgeblichen Vorschriften durchführen.

Dem Bedarfsträger obliegt die Einwerbung der zur Projektrealisierung erforderlichen haushaltsrechtlichen Ermächtigungen.

Der Bedarfsträger beauftragt einen Realisierungsträger, der die für die jeweilige Bauaufgabe erforderliche Fachkompetenz und Leistungsfähigkeit vorhält. Er formuliert im Projektauftrag klar seine Erwartungen (z.B. Kostenobergrenzen, Bau- und Qualitätsstandards, Funktionen) und Entscheidungsvorbehalte an das Projekt bzw. die Projektabwicklung. Sofern für das Projekt besondere Anforderungen z.B. an Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, die Qualität der Kostenermittlungen oder Bau- und Qualitätsstandards bestehen, ist dieses im Rahmen der Projektbeauftragung dem Realisierungsträger vorzugeben.

2.2 Aufgaben des Realisierungsträgers

Der Realisierungsträger hat die nötigen Vorlagen (siehe Anlage 2.L.1a) zusammenzustellen und dem Bedarfsträger zuzusenden.

Bei allen Kostenangaben muss der jeweilige Genauigkeitsgrad aus der gewählten Formulierung zweifelsfrei erkennbar sein. Hierzu gehören;

- Kostenrahmen nach DIN 276 – Teil 1 aufgrund grober qualitativer und quantitativer Bedarfsangaben (z.B. Ausstattungsstandards). Er dient als Grundlage für die nähere Erörterung und Abstimmung des Vorhabens im Hinblick auf die Anmeldung der Baumaßnahme zur mittelfristigen Finanzplanung.
- Kostenschätzung nach DIN 276 Teil 1 anhand der Ergebnisse der Vorplanung nach HOAI. Sie dient zur überschlägigen Ermittlung der Gesamtbaukosten und zur Anmeldung bzw. Fortschreibung der Ansätze in der mittelfristigen Finanzplanung.

Angaben für die Kostenschätzung sollen sich auf die baulichen Anlagen beschränken. Auf die von der Finanzbehörde, Amt Organisation und zentrale Dienste, jährlich veröffentlichten "Richtlinien für die Kostenschätzung" wird hingewiesen.

Die übrigen Kosten hat der Bedarfsträger zu ermitteln.

Bei der Umsetzung des Planungsauftrages sind vom Realisierungsträger Wirtschaftlichkeitsüberlegungen (z.B. über alternative Lösungsmöglichkeiten) anzustellen. Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sind als Anlage der HU-Bau beizufügen. Die HU-Bau soll darüber unterrichten, welche Variantenuntersuchungen angestellt, welche Variante ausgewählt wurde und warum das geplante Vorhaben wirtschaftlich ist. In Zusammenarbeit mit dem Bedarfsträger und ggf. mit anderen beteiligten Stellen müssen daher alle Möglichkeiten zu evtl. Einsparungen sowie zur Reduzierung der Nutzeranforderungen einschl. des technischen Aufwandes und der Sicherheitsregelungen untersucht und genutzt werden.

3. Haushaltsunterlage - Bau nach § 19 LHO (HU-Bau)

3.1 Art und Umfang der HU-Bau

Die HU-Bau ist in der Qualität einer Kostenberechnung nach DIN 276 auf der Grundlage der Entwurfsplanung nach HOAI aufzustellen. Hierfür sind die Formblätter der Anlage 2.L.2 zu verwenden. Dabei ist Folgendes zu beachten:

3.1.1 Erläuterungsbericht

Im Erläuterungsbericht sind alle geplanten Maßnahmen - soweit sie nicht aus den Plänen ersichtlich sind - zweifelsfrei darzustellen. Die vorgesehenen Bauleistungen müssen so ausführlich beschrieben sein, dass sowohl die Wirtschaftlichkeit der Planung, als auch eventuelle Risiken erkannt und beurteilt werden können.

Der Bericht ist folgendermaßen zu gliedern:

- Erläuterungen, gegliedert nach den Kostengruppen der DIN 276- Teil 1
 - Kostengruppen 100 und 200: Beschreibung des Baugrundstücks (Art des Baugrunds, Altlasten, Kampfmittelverdacht, Vegetation, vorhandene bauliche Anlagen, Erschließung, Bauplanungsrecht, sonstige öffentlich- und privatrechtliche Anforderungen und Auflagen)
Landschaftsbau: Die Maßnahmen, die für Kampfmitteluntersuchungen erforderlich werden, sind als eine getrennte Summe aufzuführen.
 - Kostengruppe 500: Beschreibung der geplanten Außenanlagen
 - Kostengruppe 600: Ausstattung und Kunstwerke
 - Kostengruppe 700: Baunebenkosten
- Zeitplan

3.1.2 Kostenermittlung

Die HU-Bau beinhaltet die Berechnung der Gesamtkosten sowie eine Aufstellung der mit dem Bauvorhaben verbundenen besonderen Kostenrisiken. Hinsichtlich der Kostenbestandteile gilt Ziffer 2.2.1 VV-Bau.

Die Basiskosten sind mit dem Preisstand zu veranschlagen, der dem Aufstellungsdatum der HU-Bau entspricht.

Kostenaussagen sind nur möglich, wenn die tatsächlichen Planungswerte: Flächengröße, Grüntyp sowie der Ausstattungsstandard einschl. der technischen Ausrüstung bekannt sind. Für die Berechnung der Kosten von konstruktiv komplexen Bauteilen - wie z.B. Lärmschutz, Brücken in Grünanlagen etc. - sollte eine gegenüber der Entwurfsplanung erweiterte und vertiefte Planung zugrunde gelegt werden.

3.1.3 Vorgesehene Finanzierung, jährliche Folgekosten und Kostenbeiträge Dritter

Die vorgesehene Finanzierung und die jährlichen Folgekosten sind auf dem Formblatt „Vorgesehene Finanzierung und Folgekosten“ der Anlage 2.L.2 darzustellen. Unter Folgekosten sind die nach der Fertigstellung der Baumaßnahme durch deren Betrieb, Instandhaltung und Instandsetzung erwartungsgemäß verursachte Kosten zu verstehen. Hierzu gehören auch Personalkosten.

Außerdem sind auf dem Formblatt eventuell zu erwartende Kostenbeiträge Dritter aufzulisten. Aus der Liste muss auch hervorgehen, zu welchem Zeitpunkt die Beiträge von wem zu erwarten sind.

3.1.4 Pläne

Die HU-Bau beinhaltet die Entwurfsplanung nach HOAI. Die Anforderungen an die Pläne sind der Anlage 2.L.1a zu entnehmen.

3.2 Mitwirkung Dritter

Sofern Maßnahmen notwendig sind, die der Erschließung von öffentlichen Flächen außerhalb des Baugrundstücks dienen, z.B. Ausbau öffentlicher Straßen, Siele, Wasserläufe, Vorfluter, Entwässerungsanlagen und dgl., ist die frühzeitige Beteiligung des LSBG bzw. Hamburg Wasser erforderlich. Außerdem muss die Baumaßnahme den jeweils zuständigen Versorgungsunternehmen so früh wie möglich bekanntgegeben werden, damit ihnen ausreichend Zeit für das Einplanen in das eigene Bauprogramm und die Sicherstellung der Finanzierung verbleibt.

Sind an der Planung und/oder Durchführung einer Baumaßnahme andere Einrichtungen zu beteiligen (z.B. Bedarfsträger, Landschaftsbau, Tiefbau, Wasserwirtschaft sowie Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Telekommunikation usw.), so sind deren Beiträge zur Erfassung in der HU-Bau nach § 19/57 LHO rechtzeitig anzufordern. Der projektleitende Realisierungsträger hat dafür zu sorgen, dass die von ihr in die HU-Bau nach § 19/57 LHO zu übernehmenden Beiträge den Forderungen des Bedarfsträgers entsprechen und sich in die Gesamtkonzeption einfügen.

4. Ausführungsunterlage - Bau-

4.1 Art und Umfang der AU-Bau

Liegen der AU-Bau Inhalte einer HU-Bau zugrunde, sind diese entsprechend dem Planungsstand zum Zeitpunkt der Aufstellung der AU-Bau fortzuschreiben.

Für die Aufstellung der AU-Bau sind die Formblätter der Anlage 2.L.2 entsprechend zu verwenden. Dabei ist Folgendes zu beachten:

4.1.1 Kostenermittlung

Die AU-Bau beinhaltet eine dem Planungsstand entsprechende Kostenberechnung anhand vom Planer bepreister Leistungsverzeichnisse gemäß Leistungsphase 6 HOAI.

4.1.2 Pläne

Die AU-Bau beinhaltet die Ausführungsplanung nach Leistungsphase 5 HOAI. Die Anforderungen an die Planunterlagen sind der Anlage 2.L.1a zu entnehmen.

4.2 Mitwirkung Dritter

Soweit durch Bau- oder sonstige Leistungen Funktions- oder Arbeitsabläufe der nutzenden Verwaltung unmittelbar berührt werden, hat der Realisierungsträger das schriftliche Einverständnis des Bedarfsträgers zur Ausführungsplanung herbeizuführen.

Über notwendige Änderungen ursprünglich vereinbarter Übergabetermine ist ebenfalls das Einvernehmen mit dem Bedarfsträger herzustellen. Der Ablaufplan ist entsprechend zu aktualisieren.

5. Nachtrag zur Haushaltsunterlage - Bau-

5.1 Art und Umfang der Nachträge zur HU-Bau-

5.1.1 Ein Nachtrag ist nur dann aufzustellen, wenn die erkennbaren Mehrkosten nicht aufgefangen werden können. Dabei sind Mehr- und Minderkosten nachzuweisen.

5.1.2 Für die Aufstellung sind die Formblätter der Anlage 2.L.2 entsprechend zu verwenden.

5.1.3 Planungsänderungen sind im Erläuterungsbericht eingehend darzustellen und zu begründen. Die hieraus resultierenden Mehr- und Minderkosten sind detailliert nachzuweisen, und Form von Kostentabellen die Mehr- und Minderkosten darzustellen. Kopien des Schriftverkehrs sowie ggf. auch zeichnerische Unterlagen (Deckblätter, Skizzen, Tabellen oder dgl.) sind beizufügen.

5.1.4 Die Nachträge sind für jede Baumaßnahme fortlaufend zu nummerieren.

5.2 Mitwirkung Dritter

Bei Nachträgen beteiligt der Realisierungsträger alle Einrichtungen, die auch bei der Aufstellung der HU-Bau tätig waren, damit alle kostenrelevanten Einflüsse, die gegenüber der geprüften HU-Bau eingetreten sind, für die Einwerbung zusätzlicher Ermächtigungen für Auszahlungen vollständig erfasst werden. Die Einverständniserklärung des Bedarfsträgers ist erneut einzuholen.

Es ist zu beachten, dass auch der evtl. Mehrbedarf an Haushaltsmitteln für zentrale Titel, Grunderwerb und Einrichtung jeweils gesondert zu ermitteln und auszuweisen ist. Im Übrigen gilt Nr. 3.2 entsprechend.

Anforderungen an Pläne für Kostenunterlagen (Landschaftsbau)

1. Allgemeines

- 1.1 Jeder Plan muss die Blattnummer, das Datum der Anfertigung sowie Art und Datum von evtl. Änderungen und die Unterschriften der Zeichnungsberechtigten enthalten.

2. Haushaltsunterlage - Bau - (HU-Bau)

2.1 Auszug aus dem Liegenschaftskataster

Der Auszug aus dem Liegenschaftskataster ist vom Bedarfsträger zu beschaffen. Darin müssen die Grenzen des Baugrundstücks unter Benennung der Grundeigentümer einschließlich der Flurstücksnummern eingetragen sein. Die Grundstücksgrenzen sind zu kennzeichnen. Er soll beim Einreichen des Planungsantrages nicht älter als 12 Monate sein.

Der Auszug aus dem Liegenschaftskataster darf nicht verändert oder durch zusätzliche Eintragungen ergänzt werden; es sei denn, dass hierfür weitere Kopien verwendet und den Bauunterlagen beigelegt werden. Dies kann z.B. notwendig werden, um die Anschlussmöglichkeiten an die vorhandene Wasserversorgung oder Entsorgung, an Kraftleitungen, Trafostationen, Fernheizkanäle, Straßen oder dgl. einzutragen, falls sie nicht im Lageplan dargestellt werden können.

2.2 Lageplan, vorzugsweise im Maßstab 1:200 mit folgenden Eintragungen und Darstellungen:

- (1) Höhenangaben – Linien/Knoten – zum Grundstück (bezogen auf NN) unter Angabe der beabsichtigten Bodenabtragungen und Auffüllungen, besondere Geländegegebenheiten (Böschungen und dgl.);
- (2) vorhandener und zu erhaltender Baumbestand, die am Grundstück vorbeiführenden Straßen und Wege sowie Versorgungs- und Entsorgungsanlagen;
- (3) Grünflächen, Einfriedungen, Versorgungs- und Entsorgungsanlagen, Flächen für Fußgänger- und Fahrzeugverkehr;
- (4) die nach den bauaufsichtlichen Bestimmungen für die endgültige Bebauung des Grundstücks erforderlichen Stellplätze sowie Zu- und Abfahrten, Rettungswege und Wege für Feuerwehrfahrzeuge;
- (5) Brunnen, Abfallgruben, Dungstätten, ortsfeste Behälter im Freien für Öl und andere brennbare oder schädliche Flüssigkeiten und Gase, Silos;
- (6) Standplätze für Müllgefäße und ähnliche Anlagen, durch die Beeinträchtigungen für die Nachbarschaft eintreten können;
- (7) Hochspannungsleitungen (auch auf benachbarten Grundstücken), vorhandene Schutzbauwerke;
- (8) Maßstab und Nordpfeil sowie alle für die Massenberechnung der Außenanlagen wichtigen Maße und Erläuterungen.

Verschiedene Bauabschnitte sind in geeigneter Weise kenntlich zu machen.

Damit die Darstellung aller vorgenannten Inhalte übersichtlich bleibt, sind diese erforderlichenfalls auf mehrere Blätter zu verteilen (z.B. Außenanlagenplan, Leitungsplan, Bestandsplan, Höhenplan, etc.).

2.3 Baupläne (vollständige Entwurfszeichnungen) im Maßstab 1:100, 1:200 und zwar für alle Bereiche mit Grundrissen der Gebäude. Bei großen Höhenunterschieden im Gelände Verlauf, sind Schnitte und Ansichten anzufertigen.

Möglichst frühzeitig sind durch Zusammenwirken mit den beauftragten Dienststellen und Sonderfachleuten die Belange der Technischen Ausrüstung in die Baupläne einzubeziehen.

3. Ausführungsunterlage - Bau - (AU-Bau)

3.1 Lageplan, vorzugsweise im Maßstab 1:200, mit allen Angaben, die für die Vergabe und Ausführung der Leistungen erforderlich sind. Alle geplanten Maßnahmen sind - soweit hierfür keine Baupläne im größeren Maßstab oder Teillagepläne gefertigt werden - zweifelsfrei darzustellen.

3.2 Baupläne (ausführliche Entwurfszeichnungen) im Maßstab 1:100 oder 1:200, für alle Bereiche des Außenanlagengrundstückes sowie erforderliche Schnitte.

3.3 Geländehöhenplan, der insbesondere bei umfangreichen Erdarbeiten den Zustand des Baugeländes vor Beginn der Bauarbeiten höhenmäßig zu erfassen hat. Die auf Dauer zu erhaltenden Festpunkte sind auf Normal-Null zu beziehen und einschließlich sonstiger wichtiger Vermessungspunkte darzustellen.

Der Höhenplan ist vom Realisierungsträger zu beschaffen oder aufzustellen und gilt als Urkunde für die Massenabrechnung.

3.4 Ausführungszeichnungen im Maßstab 1:100, 1:50, für einzelne Teile der baulichen Anlagen auch Detailpläne im Maßstab 1:20 sowie ggf. Montagepläne von Herstellern.

Die Pläne müssen als "Ausführungszeichnungen" gekennzeichnet sein.

Beim Anfertigen der Ausführungszeichnungen sind alle Ergebnisse aus der Prüfung und Genehmigung sowohl der Haushaltsunterlage -Bau- als auch der Ausführungsunterlage -Bau- zu berücksichtigen. Die Zeichnungen sind in einem solchen Umfang und Maßstab anzufertigen, dass danach eine einwandfreie Ausführung, auch nach den bauordnungsrechtlichen Bestimmungen, möglich ist. Ferner sind Ausführungszeichnungen für die Außenanlagen - soweit sie nicht von mitwirkenden Dienststellen oder Sonderfachleuten erarbeitet werden - in den erforderlichen Maßstäben anzufertigen.

KOSTENUNTERLAGE FÜR DEN STAATLICHEN LANDSCHAFTSBAU

- ☐ Haushaltsunterlage -Bau- nach § 19 LHO
- ☐ Ausführungsunterlage -Bau- nach § 57 LHO
- ☐ Nachtragsunterlage -Bau-

vom

zugleich Anteil zur HU-Bau- für den
staatlichen Hochbau + Ingenieurbau

Projekt : _____

Gesamtkosten : EUR _____

Bedarfsträger: _____

Entscheidungs-
Grundlage : ☐ Programm/Entwicklungsplanung vom _____

☐ Fachplanung vom _____

☐ Mifrifi (Investitionsplanung) 20.. bis 20..

enthalten mit Gesamtkosten : _____

☐ Neubau ☐ Grundinstandsetzung/
Grunderneuerung/Modernisierung

Zeitplanung ☐ Baubeginn : _____

☐ Fertigstellung/Übergabe : _____

Projektbeschreibung und Art der Ausführung :

Grundstück ☐ Eigentum

☐ Kauf

☐ Erbbaurecht

☐ Miete

<input type="checkbox"/> Vorgesehene Finanzierung (Haushaltsmittel) gem. § 19 LHO -----			
Haushaltsmäßige Gliederung der Kosten			
	Baukosten	Grundstückskosten	Gesamtkosten
	EUR	EUR	EUR

Kostenbeiträge Dritter / H.-Jahr	20	EUR
----------------------------------	----	-----

<input type="checkbox"/> Jährliche Folgekosten		EUR
Kosten		EUR
Sächliche Verwaltungskosten Instandhaltung/-setzung (ab _____)		

<input type="checkbox"/> Kostenvarianz (maximal 50% ansetzbar!)				EUR
Komplexität des Projektes	<input type="checkbox"/> einfach	<input type="checkbox"/> mittel	<input type="checkbox"/> schwierig	
Kostenrahmen	± 30 %	± 35 %	± 40 %	
Kostenschätzung	± 20 %	± 25 %	± 30 %	
Kostenberechnung	± 10 %	± 15 %	± 20 %	
<input type="checkbox"/> Preissteigerungsrate (zweckgebunden) Nur für Projekte, mit einer Frist von mindestens einem Jahr zwischen Vorlage der Kostenunterlage und dem Baubeginn. Bemessungsgrundlage ist der Baukostenindex				EUR
Begründungen zum Ansatz der Kostenvarianz / Preissteigerungen:				

Kostenaufstellung Landschaftsbau zur <input type="checkbox"/> Haushaltsunterlage -Bau- nach § 19 LHO <input type="checkbox"/> Ausführungsunterlage -Bau- nach § 57 LHO <input type="checkbox"/> Nachtragsunterlage -Bau- <div style="text-align: center;">vom</div>
Stand :

	Kostengruppen	EUR
100	Grundstück	
200	Herrichten und Erschließen	
300	Bauwerk - Baukonstruktionen	
400	Bauwerk - Technische Anlagen	
500	Außenanlagen	
600	Ausstattung und Kunstwerke	
700	Baunebenkosten	
	Voraussichtliche Gesamtkosten (<u>aufgerundet auf volle 1.000 €</u>)	

Kostenberechnung im Einzelnen:

100		Grundstück	
	110	Grundstückswert	
	120	Grundstücksnebenkosten	
	130	Freimachen (von Grundstückbelastungen)	

200		Herrichten und Erschließen	
	210	Herrichten	
	220	Öffentliche Erschließung	
	230	Nichtöffentliche Erschließung	
	240	Ausgleichsabgaben	

300		Bauwerk - Baukonstruktionen (ggf. Beitrag HU-Hochbau-)	
-----	--	--	--

400		Bauwerk - Technische Anlagen (ggf. Beitrag HU-Hochbau-/HU-Tiefbau)	
-----	--	--	--

500		Außenanlagen	
	510	Geländeflächen	
	520	Befestigte Flächen	
	530	Baukonstruktionen in Außenanlagen	
	540	Technische Anlagen in Außenanlagen	
	550	Einbauten in Außenanlagen	
	590	Sonstige Maßnahmen für Außenanlagen	

700		Baunebenkosten	
	710	Bauherrenaufgaben	
	720	Vorbereitung der Objektplanung	
	730	Architekten- und Ingenieurleistungen	
	740	Gutachten und Beratung	
	760	Finanzierung	
	770	Allgemeine Baunebenkosten	
	790	Sonstige Baunebenkosten	

☐ Baukosten unter EUR 500.000,-

☐ Baukosten über EUR 500.000,- (Technische Aufsichtsinstanz)

Prüfungsvermerk : ☐ ja ☐ nein

(Prüfstempel + Unterschrift + Datum)

Bestätigungen des Bedarfsträgers

1. Die Haushaltsunterlage enthält die in § 19 Absatz 1 LHO geforderten Unterlagen.
2. Die Baumaßnahme ist erforderlich. Die dazu erarbeitete, vorliegende Planung entspricht den planrechtlichen Ausweisungen, sie ist vollständig, zweckmäßig, wirtschaftlich und entspricht dem Stand der Technik.
Die grundstücksmäßigen Voraussetzungen sind erfüllt.
Das Bauprogramm ist anerkannt und wird eingehalten.
Die Baumaßnahme wurde in bautechnischer und bauwirtschaftlicher Hinsicht geprüft. Die TR-Veranschlagungsgrundsätze Landschaftsbau wurde beachtet.

3. Die zur Durchführung des Projektes erforderlichen Leistungen sind vollständig erfasst und ihre Kosten sind vollständig berechnet worden.

Die Kostenberechnung basiert auf Preisen von

4. ☐ Eine angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung wurde durchgeführt und ist den Unterlagen beigelegt.
☐ Eine Kosten-Nutzen-Untersuchung wurde durchgeführt und ist den Unterlagen beigelegt.

Begründung zur Wirtschaftlichkeit:

.....
.....
.....

Bedarfsträger :

Hamburg, den _____

(Unterschrift/en)

Prüfung von Kostenunterlagen (Haushaltsunterlage - Bau nach § 19 LHO (HU-Bau), Ausführungsunterlage - Bau nach § 57 LHO (AU-Bau) und Nachträge)

1. Allgemeines

- 1.1 Kostenunterlagen sind von der jeweiligen technischen Aufsicht zu prüfen und zu genehmigen. Das Prüfungsergebnis ist zu vermerken. In dem Prüfungsvermerk ist mindestens auf die in der Nr. 2.1 genannten Inhalte einzugehen.
- 1.2 Um die Plausibilität der durchgeführten Variantenuntersuchungen und der zugehörigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung beurteilen zu können, lässt sich die technische Aufsicht vor dem Aufstellen von Kostenunterlagen bei größeren, komplexen Baumaßnahmen die Ergebnisse durch den Realisierungsträger vorstellen.
- 1.3 Der Realisierungsträger legt die Kostenunterlagen der technischen Aufsicht zur Prüfung vor. Sofern der Realisierungsträger über keine eigene technische Aufsicht verfügt, ist die technische Aufsicht eines anderen Realisierungsträgers bzw. ein externer Dienstleister mit der Prüfung von Kostenunterlagen zu beauftragen. Der Realisierungsträger hat dafür zu sorgen, dass Beiträge anderer Stellen, die an der Aufstellung von Kostenunterlagen beteiligt sind, vorliegen und kostenwirksame Forderungen quantifiziert werden.
- 1.4 Die Bearbeitungszeit ist abhängig vom Umfang einer Kostenunterlage im Einvernehmen zwischen technischer Aufsicht, Realisierungsträger und Bedarfsträger festzulegen.
- 1.5 Vom Bedarfsträger aufzugebene Grundstücks- und Einrichtungskosten einschließlich Einrichtungs- oder Ausstattungslisten sowie Anträge auf Beschaffung von Sachmitteln für die Verwaltung werden nicht von der technischen Aufsicht geprüft.
- 1.6 Die geprüften Bestandteile einer Kostenunterlage werden von der technischen Aufsicht als geprüft gekennzeichnet.

2. Umfang der Prüfung

2.1 Vorgaben für die Prüfung von Kostenunterlagen

Die technische Aufsicht prüft im Hinblick auf die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 7 LHO) hinsichtlich der:

- Zweckmäßigkeit nach Art und Umfang,
- richtigen haushaltsrechtlichen Zuordnung
- Vollständigkeit der eingereichten Unterlagen,
- Erfüllung der vom Bedarfsträger vorgegebenen Planungsziele hinsichtlich Umfang, Funktion, Qualität (Bauliche Standards; ökonomische; ökologische und soziokulturelle Belange; Erscheinungsbild), betrieblicher Belange und Baukosten
- Richtigkeit der Übernahme von Beiträgen Dritter in die Kostenermittlung,
- Berücksichtigung von Vorteilsausgleichen (z.B. Leitungsarbeiten) und Einhaltung beitragsrechtlicher Vorgaben,
- Berücksichtigung einer evtl. möglichen finanziellen Förderung
- Kostenaufteilung bei Kostenbeteiligung Dritter,

Außerdem prüft die technische Aufsicht im Hinblick auf die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 7 LHO) die Plausibilität und Nachvollziehbarkeit folgender Bestandteile und Anlagen der Kostenunterlagen:

- Kostenermittlung,
- Begründung der veranschlagten Kostenvarianz

- Begründung und Ansatzhöhe der Preissteigerung
- Massenansätze bei preisbestimmenden Positionen,
- Kostenansätze für nicht exakt bestimmbare Positionen,
- Begründung für den Ansatz und die Maßnahmen zur Reduzierung (Vermeidung etc.) von besonderen Kostenrisiken
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchung (einschließlich Untersuchung ggf. funktionaler und technischer Alternativen),
- Darstellung der Finanzierung
- Darstellung der Folgekosten
- Bauzeitenplan
- Nachhaltigkeitsbewertung (soweit vorliegend)
- Landschaftsbau: Richtwerte für Grün-Typen gemäß der Anlage 2 der Technischen Richtlinie Veranschlagungsgrundsätze

2.2 Prüfung von AU-Bau auf Grundlage einer HU-Bau

Die Prüfung einer AU-Bau, die auf Grundlage einer HU-Bau aufgestellt wurde, erstreckt sich zusätzlich auf das Einhalten der durch die geprüfte HU-Bau festgelegten Planung. Bei erheblichen Abweichungen von der geprüften HU-Bau ist die technische Aufsicht über Art, Umfang und Gründe der Abweichungen zu informieren. Als erheblich sind Abweichungen anzusehen, die nicht unter den Ansatz für Kostenvarianz zu subsumieren sind, sondern einschneidende Änderungen des Bauprogramms oder Bauobjekts verursachen oder die Baukosten erhöhen. Hierzu gehören insbesondere Änderungen, durch die neue, den Umfang eines Bauwerkes verändernde Bauteile oder Baukörper entstehen oder die nicht dem Investitionszweck entsprechen.

2.3 Prüfung der Kostenunterlagen bei Zuwendungen

Die Prüfung ist in Ziffer 11 geregelt.

Inhaltsverzeichnis

4	Vorbereitung von Bauaufgaben	Seite
4.1	Bauherrenverantwortung	4-1
4.2	Allgemeine Vorbereitung	4-1
4.3	Terminplanung	4-3
4.4	Kostenplanung	4-3
4.5	Kunst im öffentlichen Raum	4-4
4.6	Grundlagen der Honorarermittlung	4-4
4.6.1	Honorarermittlung für Planungsleistungen bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (NUE) sowie Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen	4-4
4.6.2	Honorarermittlung für Baumanagementleistungen	4-5
4.7	Grundsteinlegungen und Richtfeste	4-5
4.8	Abschluss der Bauvorbereitung	4-5
4.9	Sonderverfahren (Investoren, Leasing, Generalübernehmer)	4-6

Teil II Baufachlicher Teil (Hochbau)

4 Vorbereitung von Bauaufgaben

4.1 Bauherrenverantwortung

Dem Bedarfsträger obliegt die Bauherrenverantwortung. Er ist zuständig für die Wahrnehmung der Bauherrenfunktion bei allen Bauten, die der Erfüllung seiner jeweiligen Aufgaben dienen.

Die Bauherrenaufgaben sind im Teil I, Anlage 1 im Einzelnen dargestellt. Es wird dabei nach den Bauherren-Kernleistungen und dem Baumanagement (sonstige Bauherrenleistungen) unterschieden. Die Baumanagementaufgaben sind Leistungen der wirtschaftlichen und technischen Baubetreuung sowie Leistungen der Projektsteuerung.

Die Bauherren-Kernleistungen sind regelmäßig vom Bauherrn selbst zu erbringen. Das Baumanagement (Projektsteuerung und Bauherrenbetreuung) vergibt der Bauherr durch Auftrag an einen Realisierungsträger.

Der Realisierungsträger kann zu seiner Unterstützung Leistungen der wirtschaftlichen und technischen Betreuung und/oder Leistungen der Projektsteuerung an private Büros (Ingenieur, Architektur, Projektsteuerung) vergeben, die im Rahmen des Auftrages die Fachverantwortung für die vertragsgemäß zu erbringenden Leistungen zu übernehmen haben. Die Gesamtverantwortung verbleibt jedoch beim Realisierungsträger.

4.2 Allgemeine Vorbereitung

Im Zuge der Vorbereitung von Bauaufgaben sind hinsichtlich der Eignung des vorgesehenen Grundstücks sowie der beabsichtigten Bebauung (einschließlich des Baustellenbereiches) und der geplanten Nutzung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten (§ 7 LHO). Für die Lösung der Bauaufgabe notwendige Klärungen sind rechtzeitig herbeizuführen. Bei großen und komplexen Bauvorhaben ist regelmäßig die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zu prüfen. Insbesondere sind je nach Art und Bauaufgabe folgende Punkte zu prüfen:

(1) Eignung des Grundstücks

Landschaftscharakter, Himmelsrichtung, Nachbarschaft und Umgebung, störende Anlagen, Altlasten, Ausbau und Belastbarkeit angrenzender Verkehrsflächen, öffentliche Verkehrseinrichtungen und -verbindungen, Umweltbelastungen usw., derzeitige Nutzung des Grundstückes, Fluglärm- und Flugsicherheitsbestimmungen.

Geländeform des Grundstückes, Straßen- bzw. Wege-, evtl. auch Wasserstraßen- und Bahnanschlüsse, Versorgungsanlagen, Entwässerung usw.

(2) Tatsächliche und rechtliche Verhältnisse des Grundstückes

Grundstücksgröße, Eigentümer, Besitzer, dingliche Belastungen, Bau- und Nutzungsbeschränkungen.

(3) Öffentlich-rechtliche Bestimmungen

Zulässige Bebauung, Bauweise, Bauart, Baubeschränkungen und Ausnahmeregelungen, Baulasten, Flächennutzungsplan-, Bebauungsplanverfahren,

Planfeststellungsverfahren, zu erwartende Auflagen aufgrund bau-, wasser-, gewerberechtlicher Vorschriften, Natur-, Landschafts-, Umwelt-, Denkmal-, Immissions- und Baumschutz.

(4) Baugrund

Beschaffenheit und Tragfähigkeit des Baugrundes, geologische Verhältnisse, Altlasten, Kampfmittel, Grundwasserstände, chemische Analysen des Grundwassers zur Feststellung bauschädlicher Eigenschaften, Notwendigkeit wesentlicher Erdbewegungen usw..

Soweit die Tragfähigkeit des Baugrundes nicht bekannt ist, ist das Geologische Landesamt einzuschalten.

(5) Vorhandene bauliche Anlagen

Zustand und Nutzung, Eignung für die vorgesehene Verwendung, notwendiger Abbruch, voraussichtlicher Kostenaufwand für zu erwartende Instandsetzungsarbeiten, denkmalwerte Gebäude, Entschädigungskosten.

(6) Projektgrundlagen

Flächenbedarf, Funktionszusammenhänge, Erweiterungsmöglichkeiten, Gebäudeanordnung, Bauabschnitte, sicherheitstechnische Anforderungen, energiesparende Maßnahmen, Konstruktionssystem, Baumaterialien, technische Versorgung, Wahl der Energieart.

Ggf. Realisierungswettbewerbe (vgl. Ziff. 5.1), Einschaltung von freischaffenden Architekten, Ingenieuren und Sonderfachleuten (vgl. Ziff. 5.2 und 5.3).

(7) Energieeffizienz

Damit die Auftraggeberinnen und Auftraggeber ihre Bauherrenkernleistungen (z.B. wirtschaftlicher Mitteleinsatz) zielgerichteter wahrnehmen können, wird empfohlen, bei Neubauten mindestens darzustellen,

- welche detaillierten Energiebedarfe das Referenzgebäude im Vergleich zum geplanten Ist-Gebäude hat,
- ob und inwieweit Nachhaltigkeitsmaßnahmen an der Senkung des Primärenergiebedarfs eines Neubaus beteiligt sind,
- wie hoch die damit zu erwartenden jährlichen auf den Quadratmeter NGF bezogenen CO₂-Einsparungen sind sowie
- mit welcher auf den Quadratmeter NGF bezogenen Investition diese Effekte erzielt werden.

Das Ergebnis dieser Untersuchung soll als Grundlage für ein Ranking der beabsichtigten Nachhaltigkeitsmaßnahmen herangezogen werden.

(8) Benachrichtigung bzw. Beteiligung anderer Stellen (soweit erforderlich durch Voranfrage), z.B.

- Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt - Amt für Bauordnung und Hochbau (z.B. ABH 43 - Energiewirtschaft)
- Garten- bzw. Stadtgründienststellen der Bezirke
- Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz - Arbeitnehmerschutz
- Sicherheitsingenieur / Fachkraft für Arbeitssicherheit des Bedarfsträgers
- Unfallkasse Nord

- Dataport
- Geologisches Landesamt
- Feuerwehr
- Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
- Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen
- E.ON Hanse AG
- Hamburg Wasser
- Vattenfall Europe Hamburg AG

(9) Bautechnische Nachweise im Zustimmungungsverfahren

Wird bei der Planung eines Bauvorhabens die Erstellung bautechnischer Nachweise gem. § 68 (1) HBauO erforderlich, sind diese von dem beauftragten Realisierungsträger oder extern beauftragten Fachingenieuren zu erarbeiten. Die bautechnischen Nachweise sind von einem Prüfenieur für Baustatik zu prüfen, der auch an der Bauüberwachung mitwirken soll.

Im Zustimmungungsverfahren ist die Honorierung des Prüfenieurs angelehnt an die Baugebührenordnung vorzunehmen.

4.3 Terminplanung

Aus den Zeit- bzw. Ablaufplänen, anhand derer der Realisierungsträger bzw. die externen Beauftragten den Projektablauf steuern, soll mindestens hervorgehen

- frühester Beginn,
- spätester Beginn einer notwendigen Aktivität (Planungen, Ausschreibungen, Freimachung etc.),
- späteste Vergabe von Leistungen, Lieferungen etc. unter Berücksichtigung des Zeitbedarfes von Vorläufen, Produktionszeiten, Liefer-, Einbau- und Verwendungsfristen etc.,
- Dauer der wesentlichen Arbeiten,
- sonstige notwendige Zwischentermine (Witterungsabhängigkeiten, Baubeheizung etc.),
- Termin der Bauübergabe an Nutzer.

4.4 Kostenplanung

Grundlage für die Kostenplanung ist die DIN 276 - Kosten im Bauwesen, Teil 1: Hochbau.

(1) Kostenermittlung mit Kennwerten aus den RPK '96

Daten zur Kostenplanung wie Planungskennwerte und Kostenkennwerte sowie deren Anwendung sind in den Richtlinien für die Anwendung von Planungs- und Kostenkennwerten (RPK '96) - Loseblattsammlung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt - enthalten.

(2) Kostenermittlung mit Kostenflächenarten (KFA)

Von der Informationsstelle Wirtschaftliches Bauen (IWB) in Freiburg ist ein nutzungsorientiertes Kostenermittlungsverfahren mit dem Programm RBK1-

PC entwickelt und in Hamburg den öffentlichen Bauherren und Realisierungsträgern als ergänzendes Kostenplanungsinstrument zur Verfügung gestellt worden. Basis dieses Verfahrens ist das Arbeiten mit Kostenflächenarten, die sog. KFA-Methode, welcher gebäudeartenunabhängige Kostenkennwerte für die unterschiedlich teuren Grundflächen der einzelnen Räume zu Grunde liegen. Es kann in den HOAI-Phasen Grundlagenermittlung, Vorplanung und Entwurfsplanung für Kostenschätzungen bzw. Kostenberechnungen angewandt werden. Durch die Anwendung der KFA-Methode ist eine größere Kostensicherheit bereits in frühen Projektphasen erzielbar. Voraussetzung für deren Anwendung ist das Vorliegen eines detaillierten Raumprogrammes. Die KFA-Methode soll verstärkt für vergleichende Berechnungen herangezogen werden. Näheres zum Verfahren ist der RPK '96, Nr. 0.6.3 zu entnehmen, Beschaffung des Programms und Schulung erfolgt durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt - ABH.

- (3) Weitere Planungs- und Kostenvergleichsdaten von Hochbaumaßnahmen aus anderen Bundesländern werden in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt gesammelt, laufend aktualisiert und können bei Bedarf erfragt werden.
- (4) Die auf Grundlage von Senatsdrucksachen ausgearbeiteten Planungshinweise zur Senkung der baulichen und räumlichen Standards sind bei Planung und Ausführung von öffentlichen Bauvorhaben zu beachten. Die Planungshinweise sind in Band 2 des Bauhandbuchs als Anlage aufgeführt.

4.5 Kunst im öffentlichen Raum

Bei der Veranschlagung der Kosten von Baumaßnahmen ist ein Ansatz für Kunst im öffentlichen Raum nicht vorzusehen.

Hierfür wird eine zentrale Veranschlagung im Einzelplan der Kulturbehörde vorgenommen.

4.6 Grundlagen der Honorarermittlung

4.6.1 Honorarermittlung für Planungsleistungen bei Neu, Um- und Erweiterungsbauten (NUE) sowie Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen

- (1) Für die Berechnung der Entgelte für die Planungs- und Bauleistungsleistungen der Architektinnen bzw. Architekten und der Ingenieurinnen bzw. Ingenieure der Realisierungsträger (Auftragnehmer) bei NUE- sowie Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen gelten die Berechnungssätze (Mindestsätze) der Honorartafeln der HOAI soweit die Leistungen durch Leistungsbilder und andere Bestimmungen der HOAI erfasst werden.
- (2) Planungsleistungen, deren anrechenbare Kosten ober- oder unterhalb der HOAI-Honorartafeln liegen, können frei vereinbart werden, weil sie nicht den Preisregelungen der HOAI unterliegen. Es ist hierzu durch Vorausschätzung des Zeitbedarfs ein Pauschalhonorar festzulegen. Ist eine Vorausschätzung des Zeitbedarfs nicht möglich, so ist das Honorar nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf auf der Grundlage des vereinbarten Stundensatzes zu berechnen.

Service-Leistungen, für die kein baufachlicher Sachverstand erforderlich ist, sind grundsätzlich nicht von den Realisierungsträgern zu erbringen.

- (3) Die Leistungen im Rahmen des Zustimmungsverfahrens nach § 64 HBauO und des Baugenehmigungsverfahrens nach § 61 bzw. § 62 HBauO sind für den Bedarfsträger (Bauherrn) kostenpflichtig.
Für die Leistungen der Bauaufsichtsbehörde im Rahmen des Zustimmungsverfahrens gemäß § 64 HBauO und des Baugenehmigungsverfahrens gemäß § 61 bzw. § 62 HBauO sind Baugebühren nach der Baugebührenordnung (BauGebO) zu zahlen.

Die von einem Realisierungsträger, der Baudienststelle im Sinne des § 64 HBauO (Zustimmungsverfahren) ist, im Auftrag des Bauherrn zu erbringenden sonstigen Leistungen (z.B. bautechnische Prüfung, Bauüberwachung, Bauzustandsbesichtigung) sind vom Bauherrn zu honorieren.

4.6.2 Honorarermittlung für Baumanagementleistungen

- (1) Leistungen des Baumanagements bei der Vorbereitung, Planung, Ausführung und Inbetriebnahme von Bauvorhaben sind als projektbezogene „delegierbare Bauherrenleistungen“ definiert. Das Honorar für Baumanagementleistungen richtet sich nach den anrechenbaren Kosten des Projektes gemäß DIN 276-1, Kosten im Bauwesen - Teil 1: Hochbau, Fassung Dezember 2008 mit den Kostengruppen 200 bis 700 (ohne 710 und 760) (ohne MwSt.) sowie nach den Regelungen zu Honorarzonen und Leistungsbild in Teil I, Anlage 3.

Bei Umbauten und Modernisierungen von Gebäuden sowie bei Instandhaltungen und Instandsetzungen können Zuschläge gemäß Teil I, Anlage 3 (3) vereinbart werden.

- (2) Die Honorarsätze sind nach der „Honorartafel für Baumanagementleistungen“ (Teil I, Anlage 3) zu berechnen soweit die Leistungen durch das „Leistungsbild Baumanagement“ erfaßt werden. Honorare sind als Festhonorare nach der Kostenschätzung zu vereinbaren.

Bonus-Malus-Regelungen können zusätzlich vereinbart werden.

- (3) Bei anrechenbaren Kosten unter 500.000 EUR können Honorare für Baumanagementleistungen als Zuschlag von bis zu 21 % auf die Summe der Honorarkosten für Architekten- und Fachplanerleistungen als Festhonorar vereinbart werden.
- (4) Bei anrechenbaren Kosten unter 25.000 EUR sind Honorare für Baumanagementleistungen nicht gesondert zu berechnen, sofern zugleich die Planungsleistungen mit dem Auftragnehmer (Realisierungsträger) kontrahiert werden.

4.7 Grundsteinlegungen und Richtfeste

Kosten für repräsentativen Aufwand (Grundsteinlegungen, Richtfeste o.ä.) sind im Zusammenhang mit Baumaßnahmen auf das notwendige Maß zu beschränken.

4.8 Abschluss der Bauvorbereitung

Vor der Vergabe von Leistungen (Bauleistungen und weitere Vertragsstufen von Architekten- und Ingenieurleistungen) ist zu prüfen, ob die Vorbereitung für die Bauaufgabe abgeschlossen ist und alle Voraussetzungen erfüllt sind.

Insbesondere ist zu überprüfen, ob

- (1) Auszahlungen oder Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan veranschlagt sind,
- (2) Sperrvermerke bestehen,
- (3) Mittel von der Finanzbehörde freigegeben und noch im Rahmen des Baubudgets verfügbar sind,
- (4) die erforderlichen Kostenunterlagen vorliegen,
- (5) die baurechtlichen Genehmigungen vorliegen,
- (6) die für die Ausschreibung notwendigen Teile der Ausführungsplanung vorliegen,
- (7) ein Erwerb bzw. eine dingliche Belastung von Grundstücken anderer, die nicht nur vorübergehend benötigt werden, erfolgt ist,
- (8) für die Bauausführung Grundstücke anderer vorübergehend benötigt werden und durch vertragliche Vereinbarung die beabsichtigte Grundstücksnutzung sichergestellt ist,
- (9) die Freimachung und Abräumarbeiten bis zum vorgesehenen Termin durchgeführt sind,
- (10) die Beteiligung anderer, insbesondere der Ver- und Entsorgungsbetriebe, Tiefbau- und Gartenbauämter, Straßenverkehrsbehörden rechtzeitig vorgenommen worden ist, so z.B. für
 - verkehrstechnische Sicherungsmaßnahmen bei Arbeitsstellen auf Straßen,
 - Verkehrsumleitungen,
- (11) die Baustellenverhältnisse, z.B. Zufahrten, Lagerplätze, Absperrungen, Einzäunungen, Baugrundverhältnisse, genau ermittelt und festgelegt sind,
- (12) die Verantwortlichen entsprechend HBauO bestellt wurden,
- (13) ein oder mehrere Gesundheits- und Sicherheitskoordinatoren entsprechend der Baustellenverordnung bestellt wurde/n (siehe auch Band 2, Schreiben ABH vom 24.11.1998),
- (14) ein Baubüro (falls erforderlich) rechtzeitig bereitgestellt wird,
- (15) Vorarbeiten, die von anderen auszuführen sind, z.B. Abräumung, Leitungsumlegungen, Bodenuntersuchungen und Vermessungsarbeiten, rechtzeitig eingeleitet worden sind,
- (16) die Verantwortlichkeiten eindeutig geklärt und schriftlich festgelegt sind.

4.9 Sonderverfahren

Investoren - Leasing - Generalübernehmer

Die Punkte 4.1 - 4.8 stellen für die Vorbereitung von Bauaufgaben das Regelverfahren dar.

Sonderverfahren mit Investoren, Leasinggebern, Generalübernehmern o.ä. bedürfen der Einwilligung des Senats.

Inhaltsverzeichnis

5	Beauftragung freiberuflich Tätiger	Seite
5.1	Allgemeine Grundsätze	5-1
5.2	Abschluss der Verträge in Stufen (Hochbau)	5-4
5.3	Wahl des Vergabeverfahrens	5-4
5.3.1	Verfahren unterhalb des EU-Schwellenwertes von 207.000 Euro	5-5
5.3.2	Anwendung der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF)	5-7
5.4	Verfahren ab dem EU-Schwellenwert von 207.000 Euro	5-7
5.4.1	Anwendungsbereich (zu § 1 VOF)	5-7
5.4.2	Schätzung des Auftragswertes (zu § 3 VgV)	5-7
5.4.3	Grundsätze der Vergabe (zu § 2 VOF)	5-7
5.4.4	Vergabeart (zu § 3 VOF)	5-7
5.4.5	Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer am Vergabeverfahren (zu § 4 VOF)	5-8
5.4.6	Aufgabenbeschreibung (zu § 6 VOF)	5-8
5.4.7	Bekanntmachungen (zu § 9 VOF)	5-8
5.4.8	Auswahl der Bewerberinnen bzw. Bewerber (zu §§ 10, 5 VOF)	5-9
5.4.9	Fristen (zu § 7 VOF)	5-14
5.4.10	Kosten (zu § 13 VOF)	5-14
5.4.11	Aufforderung zur Verhandlung, Angebotsabgabe, Auftragserteilung (zu § 11 VOF)	5-14
5.4.12	Informations- und Mitteilungspflichten (zu §§ 10 Abs. 5, 14 Abs. 5 VOF, §§ 101a, 101b GWB)	5-19
5.4.13	Vergebene Aufträge (zu § 14 Abs. 1 VOF)	5-20
5.4.14	Dokumentation (zu § 12 VOF)	5-20
5.4.15	Melde- und Berichtspflichten (zu § 17 VgV)	5-20
5.4.16	Nachprüfungsbehörden	5-21
5.4.17	Qualifikation der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers (zu § 19 VOF)	5-21
5.5	Wettbewerbe (zu Kapitel 2 VOF)	5-21
5.6	Allgemeine Grundsätze für die Durchführung von Wettbewerben	5-22

5 Beauftragung freiberuflich Tätiger

Richtlinien und Hinweise für die Vergabe von Leistungen an Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieure sowie an Bau-sachverständige nach § 58 LHO.

Die Richtlinien sind von allen Dienststellen und Landesbetrieben der Freien und Hansestadt Hamburg sowie den Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit es sich nicht um Unternehmen im Sinne des § 105 Abs. 2 Satz 1 LHO handelt, anzuwenden.

5.1 Allgemeine Grundsätze

1. Architekten- und Ingenieurleistungen sind geistig-schöpferische Leistungen, die sich in ihrem Wesen grundlegend vom Herstellen eines Bauwerkes und dem Liefern marktgängiger Waren unterscheiden. Im Allgemeinen handelt es sich bei ihnen nicht um Leistungen, deren Gegenstand vorab eindeutig und erschöpfend beschrieben werden kann, so dass die Regelungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen - ausgenommen Bauleistungen - (VOL/A) regelmäßig keine Anwendung finden.

2. Architekten- und Ingenieurleistungen sind – unter Beachtung der Grundsätze der Nichtdiskriminierung, Gleichbehandlung und Transparenz – nur an freiberuflich Tätige zu vergeben, deren Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit feststeht, die über ausreichende Erfahrungen verfügen und die Gewähr für eine wirtschaftliche Planung und Bauausführung bieten.

Zur Beurteilung der Zuverlässigkeit ist in jedem Fall eine formlose Erklärung zu verlangen, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Unterlagen und sonstige Informationen freiberuflich Tätiger sind vertraulich zu behandeln.

3. In den Verträgen mit freiberuflich Tätigen sollte eine Kostenobergrenze, d.h. eine bestimmte Kostengrenze im Sinne einer Beschaffensvereinbarung (§ 633 Absatz 2 Satz 1 BGB) vereinbart werden.

4. In geeigneten Fällen sind die Richtlinien für Planungswettbewerbe der Freien und Hansestadt Hamburg - RPW 2015 - zu beachten (siehe Ziff. 5.5 und 5.6).

5. Sämtliche verantwortliche Personen eines Büros, die Leistungen zur Erfüllung von Aufträgen bei der Vorbereitung von Ausschreibungen, der Vergabe, der Bauüberwachung und der Bauoberleitung erbringen (Büroinhaberin bzw. Büroinhaber, Partnerin bzw. Partner nach dem Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, Geschäftsführerin bzw. Geschäftsführer von Ingenieur- bzw. Architektur- GmbHs sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) sind durch das für die Vergabedienststelle zuständige Rechtsamt/Rechtsabteilung bzw. die innerbehördlich für die Verpflichtung zuständige Stelle nach dem Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 02. März 1974 (BGBl. I Seite 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) zu verpflichten. Es sind die Durchführungshinweise mit den entsprechenden Mustern (VV-Bau Anlage 5-100) zu beachten.

6. Die Verträge mit freiberuflich Tätigen sind vor deren Tätigwerden auf der Grundlage der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) sowie der Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB) abzuschließen. Vertragsmuster, AVB und Hinweise hierzu, VV-Bau Anlagen 5-300 ff., 5-500 ff. und 5-700 ff..

7. Die Architekten- und Ingenieurleistungen sind angemessen zu honorieren.

Nur bei angemessener Honorierung kann eine optimale, alle Einflussfaktoren berücksichtigende Leistung erwartet werden, die die Grundvoraussetzung für eine wirtschaftliche Lösung der gestellten Aufgaben ist. Ein reiner Preiswettbewerb widerspricht dieser Zielsetzung schon deswegen, weil ein knappes Honorar die Gefahr einer unausgewogenen Planung und damit einer unwirtschaftlichen Bauausführung und unangemessen hoher Folgekosten in sich birgt.

Grundlagen für eine angemessene Vergütung für die in den Vertragsmustern beschriebenen Leistungen sind in der Regel

- die in den Hinweisen zu den Vertragsmustern aufgeführten Teilleistungssätze;
- die Mindestsätze der Honorartafeln der HOAI.

Ein höherer als der Mindestsatz darf nur unter bestimmten Voraussetzungen vereinbart werden, siehe Hinweise zu den Vertragsmustern.

Sofern die Auftraggeberin selbst oder Dritte Teile der in den Vertragsmustern beschriebenen Leistungen erbringen oder Leistungen nicht erforderlich werden, sind die Teilleistungssätze entsprechend zu kürzen.

Bei einem Gutachtenverfahren (sog. „Mehrfachbeauftragungen“), bei welchem eine bestimmte, meist besonders schwierige Planungsaufgabe mehrfach vergeben wird, wird mit jedem beauftragten Planer ein Planervertrag über die teilweise Erbringung von Grundleistungen geschlossen. Hierbei sind die Mindestsätze der HOAI zu beachten, da kein Ausnahmefall i. S. d. § 7 Abs. 3 HOAI vorliegt. Da nicht zwangsläufig alle Teilleistungen einer Leistungsphase übertragen werden müssen, findet § 8 der HOAI „Berechnung des Honorars in besonderen Fällen“ Anwendung und die Bewertung der Leistungsphase kann gemindert werden. Vorschlag für die Beauftragung (Anfrage), VV-Bau Anlage 5-850. Im Vergabevermerk sind die einzelnen Schritte zu dokumentieren und die Vor- und Nachteile gegenüber einer Einzelbeauftragung abzuwägen.

Die Angemessenheit der Vergütung ist im Vergabebericht aktenkundig zu machen.

8. Die Auftragserteilung bedarf der Schriftform.

9. Die Auftraggeberin hat dafür zu sorgen, dass mit Vertragsabschluss den freiberuflich Tätigen die zu beachtenden Unterlagen zur Verfügung stehen.

10. Die Auftraggeberin hat sicherzustellen, dass entsprechend der ab dem 6. Oktober 2014 geltenden Veröffentlichungspflicht nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) u.a. Verträge der Daseinsvorsorge sowie Gutachten und Studien, soweit sie von Behörden in Auftrag gegeben wurden, in die Entscheidung der Behörde einfließen oder ihrer Vorbereitung dienen, veröffentlicht werden (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 4 HmbTG).

Zudem hat die Auftraggeberin zu beachten, dass Verträge, an denen öffentliches Interesse besteht und deren Veröffentlichung die wirtschaftlichen Interessen der Freien und Hansestadt Hamburg nicht gefährdet, veröffentlicht werden sollen (vgl. § 3 Abs. 2 Nr. 1 HmbTG).

Die Veröffentlichungspflicht gilt für alle Verträge nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2

Nr. 1 HmbTG, die ab dem 6. Oktober 2012 geschlossen wurden, und darüber hinaus auch für ältere Verträge, soweit diese in veröffentlichungsfähiger elektronischer Form vorliegen (§§ 17, 18 Abs. 1 HmbTG).

Die Auftraggeberin hat in jedem Einzelfall eigenverantwortlich zu entscheiden, ob die Voraussetzungen für eine Veröffentlichung nach dem HmbTG vorliegen. Hierbei sind die Rechtlichen Auslegungshilfen im Themenportal <http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/1021/Recht/Seiten/Rechtliche-Auslegungshilfen.aspx> zu beachten.

Des Weiteren ist die Veröffentlichungspflicht bei der zeitlichen Planung des Vergabeverfahrens zu berücksichtigen.

Darüber hinaus können die Verträge auch Gegenstand von Auskunftsanträgen sein (vgl. § 3 Abs. 3 HmbTG).

11. Gemäß § 7 des Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz des fairen Wettbewerbs (GRfW) sind öffentliche Auftraggeber verpflichtet, vor Entscheidungen über die Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen sowie Planungsleistungen ab einem Auftragswert von 25.000 € ohne Umsatzsteuer bei der zentralen Informationsstelle abzufragen, inwieweit dort Eintragungen im Register zum Schutz fairen Wettbewerbs zu den für einen Zuschlag vorgesehenen Bieterinnen und Bietern, deren Geschäftsführungen sowie Bewerberinnen und Bewerbern vorliegen. Bei Bietergemeinschaften ist jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführungen abzufragen. Des Weiteren kann die Abfrage auf etwaige Nachunternehmerinnen und Nachunternehmer erstreckt werden. Die Abfrage und das Ergebnis sind in der Vergabeakte zu dokumentieren.

Das Register zum Schutz fairen Wettbewerbs wird bei der zentralen Informationsstelle der FHH (Finanzbehörde, Amt für Organisation und zentrale Dienste -11-) geführt. Die Abfrage beim Register soll mittels eines automatisierten Abrufverfahrens erfolgen, welches sich in Vorbereitung befindet. Bis dahin ist bei Abfragen wie folgt zu verfahren: Unter www.hamburg.de/fb/register-fairer-wettbewerb/ ist die Internetseite des Registers zu finden. Solange es keinen Eintrag im Register gibt, reicht es für die öffentlichen Auftraggeber aus, einen Ausdruck der Website zur Vergabeakte zu nehmen. Damit gilt die Abfragepflicht gem. § 7 GRfW als erfüllt. Änderungen an dieser Vorgehensweise werden durch die zentrale Informationsstelle auf der Website bzw. per E-Mail bekannt gegeben.

Liegen keine Eintragungen bezüglich des für den Zuschlag vorgesehenen Bieters und seiner Geschäftsführung vor, kann das Vergabeverfahren nach Dokumentation dieses Ergebnisses ohne weiteres fortgesetzt werden.

Ergibt jedoch die Abfrage, dass Eintragungen vorliegen, müssen diese geprüft werden. Die Vergabestelle muss entscheiden, ob die jeweilige Eintragung die Zuverlässigkeit und damit die Eignung des betreffenden Bieters für den jeweiligen konkreten Auftrag ausschließt.

Die Prüfung der Zuverlässigkeit des Bieters im Falle eines Eintrags im Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs und ihr Ergebnis müssen in der Vergabeakte nachvollziehbar dokumentiert werden.

Nach § 4 Abs. 1 GRfW sind die öffentlichen Auftraggeber verpflichtet, der zentralen Informationsstelle ihnen im Zusammenhang mit der Durchführung von Auftragsvergaben bekannt gewordene Sachverhalte, die zur Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des Vorliegens einer eintragungspflichtigen schweren Verfehlung nach § 2 Abs. 2 GRfW geführt haben, in geeigneter Form unverzüglich detailliert mitzuteilen. Schließen die öffentlichen Auftraggeber ein Unternehmen auf Grund einer Verfehlung nach § 2 Abs. 2 GRfW von der Teilnahme an einem konkreten Vergabeverfahren aus (Einzelausschluss), ist der Einzelausschluss unverzüglich der zentralen Informationsstelle mitzuteilen. Die

Meldepflicht besteht auch dann, wenn möglicherweise eine andere Stelle meldepflichtig ist.

Bei Meldungen an das Register ist ausschließlich das Formular „Meldung nach § 4 GRfW“ zu verwenden, welches auf der Internetseite www.hamburg.de/fb/register-fairer-wettbewerb/ hinterlegt ist.

Das ausgefüllte Meldeformular ist per Fax (Fax-Nr.: 4279-23 329) an die zentrale Informationsstelle bei der Finanzbehörde zu schicken. Die Übermittlung der Meldung per E-Mail ist aus Datenschutzgründen nicht gestattet.

5.2 Abschluss der Verträge in Stufen (nur im Hochbau)

Im Hochbau sind die Verträge grundsätzlich in Stufen abzuschließen, z.B.

Stufe 1: Leistungen für die Vorplanung (Kostenschätzung für Finanz-/Budgetplanung),

Stufe 2: Leistungen für die Kostenberechnung z.B. in der Haushaltsunterlage-Bau,

Stufe 3: Leistungen für die Ausführungsplanung und Leistungen für die Vergabe,

Stufe 4: Leistungen im Zusammenhang mit der Ausführung der Baumaßnahme.

Voraussetzungen für den Abschluss von Verträgen über weiterführende Leistungen (Stufen 2, 3 bzw. 4) sind in der Regel für die

Stufe 2: die von der Bauherrin anerkannte Vorplanung,

Stufe 3: die von der Bauherrin anerkannte Kostenberechnung bzw. Haushaltsunterlage-Bau,

Stufe 4: die Freigabe der Haushaltsmittel für die Baumaßnahme sowie die Verfügbarkeit von Mitteln des Baubudgets.

5.3 Wahl des Vergabeverfahrens

Für die Wahl des Vergabeverfahrens ist der nach § 3 Vergabeverordnung (VgV) zu schätzende Auftragswert maßgebend.

Unterliegt die zu vergebende Leistung dem geltenden Preisrecht der HOAI, so ist der Auftragswert nach den Bestimmungen der HOAI zu ermitteln. In diesen Fällen ist der Auftragswert gemäß den anrechenbaren Kosten, der Honorarzone in Verbindung mit dem Honorartafel-(Mindest-)Satz, den zu erbringenden Leistungen aus dem jeweiligen Leistungsbild und ggf. von Zuschlägen und Nebenkosten festzustellen (siehe auch Ziff. 5.1).

Soweit die Vergütung nicht auf Grundlage der HOAI zu ermitteln ist, ist der Auftragswert zu schätzen. Nach § 3 Abs. 1 VgV sind die Optionsrechte hierbei mit einzu beziehen. Wird zum Beispiel einer Architektin (Hochbau) bzw. einem Architekten (Hochbau) für die Planung eines Bauvorhabens zunächst nur die erste Auftragsstufe übertragen, nämlich die Vorplanung, und ist vorgesehen, dass sie bzw. er im Falle der Realisierung mit weiteren Leistungen beauftragt wird, z.B. mit der Erstellung der Kostenberechnung, der Ausführungsplanung und der Vergabe sowie der Ausführung, so sind ungeachtet der Beschränkung des Auftrages auf die Vorplanung sämtliche in Betracht kommenden späteren Erweiterungen des Auftrages im Rahmen der stufenweisen Beauftragung bei der Ermittlung des Schwellenwertes zu berücksichtigen.

Lediglich diejenigen Leistungen, die von der Auftraggeberin in eigener Regie und mit eigenen Kräften durchgeführt werden, bleiben außer Betracht.

Wird die zu vergebende Leistung in mehrere Teilaufträge aufgeteilt, müssen die Werte der Teilaufträge zur Berechnung des geschätzten Auftragswertes addiert werden (§ 3 Abs. 7 Satz 3 VgV). Die Additionspflicht entfällt, wenn es sich nicht um dieselben Leistungen handelt. Dieses ist der Fall bei der getrennten Vergabe von Leistungen verschiedener Leistungsbilder (z.B. Objekt- und Tragwerksplanung).

Für Teilaufträge, deren geschätzte Vergütung unter 80.000 Euro liegt und deren Additionswert weniger als 20 % des geschätzten Auftragswertes beträgt, muss kein Vergabeverfahren nach der VOF durchgeführt werden (vgl. § 3 Abs. 7 Satz 5 VgV).

Die Zuordnung der Teilbeträge zu dem 20 % Kontingent ist zu dokumentieren, so dass in einem Nachprüfungsverfahren gemäß §§ 102 ff. GWB die Zuordnung zum 20 % Kontingent eindeutig nachgewiesen werden kann.

5.3.1 Verfahren unterhalb des EU-Schwellenwertes von 207.000 Euro

Unterhalb des EU-Schwellenwertes unterliegt die Vergabe der Architekten- und Ingenieurleistungen weder der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) noch der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil A (VOL/A), die Bestimmungen des § 58 LHO sind jedoch zu beachten.

Da für die in Rede stehenden Leistungen „die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände (regelmäßig) eine Ausnahme rechtfertigen“ (siehe § 58 Abs. 1 LHO), können diese Leistungen grundsätzlich freihändig entsprechend den Allgemeinen Grundsätzen nach Ziffer 5.1 vergeben werden.

Ein Vergabebericht ist entsprechend § 12 VOF zu erstellen (VV-Bau Anlage 5-040).

Sind für die Leistungen Leistungsbilder im verbindlichen Teil der HOAI bzw. in den Leistungsbildern und Bewertungen von Ingenieur- und Architektenleistungen (LB) enthalten und treten keine wesentlichen besonderen Leistungen (bis zu 30 % des Nettogesamthonorars ohne Nebenkosten) hinzu, kann eine freihändige Vergabe nach Verhandlung mit nur einem Bewerber erfolgen. Überschreiten die besonderen Leistungen einen Anteil von 30 % des Gesamtnetthonorars, sind grundsätzlich mindestens drei schriftliche Vergleichsangebote einzuholen.

Sind die geforderten Leistungen in der unverbindlichen Anlage 1 der HOAI (Beratungsleistungen) enthalten und wird nicht von der Vergütung gem. Anlage 1 abgewichen, kann ebenfalls eine freihändige Vergabe nach Verhandlung mit nur einem Bewerber erfolgen.

Bei Prüfingenieurleistungen genügt die Verhandlung mit einer Bewerberin bzw. einem Bewerber, wenn sich das Honorar mindestens zu 70% aus dem Leistungsbild des Vertragsmusters „Prüfung der Tragwerksplanung“ (VV-Bau Anlage 5-410) und mit der in den Hinweisen zum Vertragsmuster (VV-Bau Anlage 5-400) aufgeführten Bewertung ergibt (Hochbau) oder wenn das Honorar mindestens zu 70 % aus Anteilen des Grundhonorars nach den RVP besteht (Tiefbau, Ingenieurbau), siehe VV- Bau Anlage 5-670.

Des Weiteren kann bis zu einem Auftragswert unter 25.000 Euro auf die Einholung von Vergleichsangeboten verzichtet werden, wenn die Auftraggeberin sich die erforderlichen Marktkennntnisse auf andere Weise zuverlässig beschafft.

Grundsätzlich können auch von den Abrechnungsgrundsätzen der HOAI abweichende Honorare vereinbart werden (z.B. Pauschal- oder Zeithonorare). In diesem Fall sollen mindestens drei schriftliche Vergleichsangebote eingeholt werden; hiervon kann bis zu einem Auftragswert von unter 25.000 Euro abgesehen werden (s.o.). Die Vergütung muss jedoch angemessen und üblich sein, insbesondere müssen Honorare für Leistungen, die von der HOAI erfasst werden, innerhalb der jeweiligen Mindest- und Höchstsätze liegen.

Der Auftragsgegenstand und die zu erbringenden Leistungen sollen in der Aufforderung zur Angebotsabgabe (VV-Bau Anlage 5-010) oder in der Leistungsbeschreibung so genau wie möglich beschrieben werden. Darüber hinaus sollen in der Angebotsaufforderung alle Informationen enthalten sein, die eine potentielle Bewerberin bzw. ein potentieller Bewerber benötigt, um über eine Angebotsabgabe entscheiden zu können. Insofern sollen z.B. auch Angaben zu etwaigen Fristen gemacht sowie Eignungskriterien als auch Zuschlagskriterien angegeben werden. Ein Vertragsentwurf sollte beigefügt werden.

Zur Prüfung der Eignung, also der Fachkunde, der Zuverlässigkeit und der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bewerber bzw. des Bewerbers können Nachweise entsprechend § 5 Abs. 4 und 5 VOF gefordert werden, z.B.

- Berufshaftpflichtversicherung,
- Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz für entsprechende Dienstleistungen in den letzten drei Geschäftsjahren,
- Berufszulassung,
- Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit und der Auftraggeber,
- Angaben zur personellen und technischen Ausstattung des Büros.

Als Zuschlagskriterien kommen entsprechend § 11 Abs. 5 VOF z.B. in Betracht:

- Qualität
- vorgesehene Konzeption
- fachlicher Wert
- technischer Wert
- Ästhetik
- Umwelteigenschaften
- Zweckmäßigkeit
- Kundendienst und technische Hilfe
- Preis / Honorar
- Leistungszeitpunkt
- Ausführungszeitraum oder Frist

Der Kriterienkatalog ist nicht abschließend. Es können auch hiervon abweichende Kriterien benannt werden.

Siehe ergänzend zu den Eignungskriterien Ziff. 5.4.8 und zu den Zuschlagskriterien Ziff. 5.4.11.

Die Angemessenheit der Vergütung ist im Vergabebericht (VV-Bau Anlage 5-040) aktenkundig zu machen.

Eine Streuung der Aufträge ist anzustreben. Je nach Leistungsumfang sollen regelmäßig auch kleine und mittlere Büros berücksichtigt werden.

Die nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber sollen unter Angabe der Gründe für die Ablehnung über die Vergabeentscheidung benachrichtigt werden (VV-Bau Anlage 5-020). Damit wird den Grundsätzen der Nichtdiskriminierung, Gleichbehandlung und Transparenz entsprochen. Die nicht berücksichtigten Bewerberinnen und Bewerber erhalten auf der Basis der mitgeteilten Gründe eine Überprüfungsöglichkeit und können Rückschlüsse für künftige Angebote ziehen. Die erfolgreiche Auftragnehmerin bzw. der erfolgreiche Auftragnehmer soll über die beabsichtigte Auftragsvergabe schriftlich informiert werden (VV-Bau Anlage 5-030).

- 5.3.2 Anwendung der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF)** Die VOF ist bei der Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen anzuwenden, wenn
- es sich um eine Aufgabe handelt, deren Lösung vorab nicht eindeutig und erschöpfend beschrieben werden kann und
 - der geschätzte Auftragswert ohne Umsatzsteuer 207.000 Euro oder mehr beträgt.

5.4 Verfahren ab dem EU-Schwellenwert von 207.000 Euro

5.4.1 Anwendungsbereich (zu § 1 VOF)

Entscheidend für die Anwendung der VOF ist die Art der Leistung, nicht die Einordnung dessen, der sie im konkreten Fall erbringt. Somit unterliegen auch Architekten- und Ingenieurleistungen, die z.B. von einer Planungs-GmbH (die als solche keine freiberufliche Tätigkeit ausübt) erbracht werden, der VOF.

5.4.2 Schätzung des Auftragswertes (zu § 3 VgV)

Siehe Ziff. 5.3, wonach der Auftragswert nach § 3 VgV zu schätzen ist.

5.4.3 Grundsätze der Vergabe (zu § 2 VOF)

Siehe Ziff. 5.1 Allgemeine Grundsätze, die bei der Vergabe von freiberuflichen Leistungen zu berücksichtigen sind.

§ 2 VOF wird ergänzt bzw. überlagert durch § 97 GWB, der die Grundsätze der Vergabe öffentlicher Aufträge regelt. Danach sind Aufträge im Wettbewerb und im Wege transparenter Vergabeverfahren zu vergeben. Das Gleichbehandlungsgebot ist zu beachten.

Nach § 97 Abs. 3 GWB sind mittelständische Interessen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge vornehmlich zu berücksichtigen. Es besteht die Verpflichtung, bei der Vergabe von Leistungen oberhalb des EU-Schwellenwertes, diese in der Menge aufgeteilt (Teillöse) und getrennt nach Art oder Fachgebiet (Fachlöse) zu vergeben. Eine zusammengefasste Vergabe darf nur erfolgen, wenn wirtschaftliche oder technische Gründe dies erfordern. Dieses ist im Vergabevermerk zu begründen. Eine Vergabe an Generalplaner ist daher grundsätzlich zu vermeiden.

5.4.4 Vergabeart (zu § 3 VOF)

Zur Vergabebekanntmachung ist das Muster „Bekanntmachung“ (VV-Bau Anlage 5-130) zu verwenden. Hierbei sind Ziff. 5.4.8 und die Hinweise zum Ausfüllen der „Bekanntmachung“ (VV-Bau Anlage 5-140) zu beachten.

Hinweis:

Ist beabsichtigt, eine Auftragnehmerin bzw. einen Auftragnehmer oder mehrere bestimmte Auftragnehmerinnen bzw. Auftragnehmer auf jeden Fall im Verhandlungsverfahren zu beteiligen, so ist dieses in Abschnitt IV.1.1 der VV-Bau Anlage 5-130 mitzuteilen und unter Abschnitt VI.3 der VV-Bau Anlage 5-130 sind Name(n) und Anschrift(en) anzugeben. Die Anzahl der zur Verhandlung Aufzufordernden (mind. 3 nach § 10 Abs. 4 VOF) ist entsprechend zu erhöhen.

Bevor bei besonderer Dringlichkeit ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb nach § 3 Abs. 4 Buchstabe c) VOF durchgeführt wird, ist zu prüfen, ob ein Teilnahmewettbewerb mit verkürzten Fristen nach § 7 Abs. 2 VOF (siehe Ziff. 5.4.9) möglich ist.

5.4.5 Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer am Vergabeverfahren (zu § 4 VOF)

Mit der Bekanntmachung des Verhandlungsverfahrens können die Bewerberinnen bzw. Bewerber verpflichtet werden, folgende Auskünfte nach § 4 Abs. 2 VOF (in Abschnitt III.2.1 der VV-Bau Anlage 5-130) zu geben:

Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberinnen bzw. Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft sind oder ob und auf welche Art sie auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeiten, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.

Sie sind zu verpflichten, die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistung im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen, anzugeben.

Bei Bietergemeinschaften ist eine gesamtschuldnerische Haftung zu fordern (siehe Abschnitt III.1.3 der VV-Bau Anlage 5-130).

5.4.6 Aufgabenbeschreibung (zu § 6 VOF)

In Abschnitt II.1.5 der VV-Bau Anlage 5-130 ist der Auftrag zu beschreiben bzw. der Auftragsgegenstand anzugeben. In Abschnitt II.2.1 der VV-Bau Anlage 5-130 ist die Gesamtmenge bzw. der Umfang der zu erbringenden Leistungen zu beschreiben. Die Beschreibung hat so zu erfolgen, dass die interessierte Architektin oder Ingenieurin bzw. der interessierte Architekt oder Ingenieur auf der Grundlage dieser Information zu entscheiden in der Lage ist, ob sie bzw. er sich für die Teilnahme am Verfahren bewerben soll.

Dieses können im Einzelnen sein:

- Art und Zweck des Bauwerkes bzw. der Leistung,
- Art und Umfang aller Teilleistungen,
- Baugrößenangaben (Grundflächen, Rauminhalte, Nutzeinheiten wie z.B. Bettenplätze) bzw. Auftragswert der zu planenden Maßnahme.

Soweit es sich um HOAI-Leistungen handelt, ist bei der Beschreibung die Bezeichnung nach HOAI zu verwenden.

Beispiele:

Architektenleistungen - Leistungsphasen 1 bis 9 des § 34 Abs. 3 HOAI - für die Erweiterung der Stadtteilschule XYZ in mehrgeschossiger Bauweise mit ca. m² Nutzfläche.

Ingenieurleistungen gemäß HOAI Teil 3, Abschnitt 4 (Objektplanung Verkehrsanlagen) – Leistungsphasen 1 bis 7 des § 47 HOAI – für den Neubau der Straße X im Ortsteil Y.

Bei technischen Spezialdisziplinen ist die Aufgabe so einzugrenzen, dass nur die auf diese Leistungen speziell eingerichteten Büros sich bewerben.

5.4.7 Bekanntmachungen (zu § 9 VOF)

Die Bekanntgabe eines Verhandlungsverfahrens nach § 9 Abs. 1 VOF hat mit dem Muster „Bekanntmachung“ (VV-Bau Anlage 5-130) zu erfolgen.

Gemäß § 9 Abs. 3 VOF sind Bekanntmachungen auf elektronischem oder anderem Wege unverzüglich dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften zu übermitteln:

Amt für Veröffentlichungen der Europäischen
Gemeinschaften
2, rue Mercier
L – 2985 Luxembourg

Das Muster und die Modalitäten für die elektronische Übermittlung der Bekanntmachungen sind unter der Internetadresse <http://simap.europa.eu> abrufbar.

Für Bekanntmachungen, die nicht auf elektronischem Weg übermittelt werden, ist das Anschreiben (VV-Bau Anlage 5-120) zu verwenden. Soweit keine elektronische Übermittlung der Bekanntmachung erfolgt, darf der Inhalt der Bekanntmachung rund 650 Wörter nicht überschreiten. In Fällen besonderer Dringlichkeit muss die Bekanntmachung per Telefax oder auf elektronischem Weg übermittelt werden.

Der Tag der Absendung der Bekanntmachung muss nachgewiesen werden können und dokumentiert werden.

Die Bekanntmachung des Verhandlungsverfahrens ist auch im

- | | |
|----------------------------------|---------------------------|
| – Bundesausschreibungsblatt GmbH | Tel.: 02 11 - 37 08 48/49 |
| Postfach 20 01 80 | Fax: 02 11 - 38 16 07 |
| 40099 Düsseldorf | |

und

- | | |
|----------------------|--------------------|
| – Amtlichen Anzeiger | Tel.: 23 51 29 - 0 |
| Justizbehörde | Fax: 23 51 29 - 77 |
| Justizamt | |
| Postfach 30 28 22 | |
| 20310 Hamburg | |

zu veröffentlichen. Hierzu ist das Anschreiben (VV-Bau Anlage 5-110) zu verwenden. Die Bekanntmachung darf nicht vor dem Tag der Absendung an das Amt für die Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften veröffentlicht werden. Bei der Veröffentlichung ist dieser Zeitpunkt anzugeben.

Zusätzlich ist bei Architektenleistungen

- | | |
|------------------------------------|--------------------|
| die Hamburgische Architektenkammer | Tel.: 44 18 41 - 0 |
| Grindelhof 40 | Fax: 44 18 41 - 44 |
| 20146 Hamburg | |

und bei Ingenieurleistungen

- | | |
|--------------------------------------|----------------------|
| die Hamburgische Ingenieurkammer-Bau | Tel.: 4 13 45 46 - 0 |
| Grindelhof 40 | Fax: 4 13 45 46 - 1 |
| 20146 Hamburg | |

zu informieren.

5.4.8 Auswahl der Bewerberinnen bzw. Bewerber (zu §§ 10, 5 VOF)

Gemäß § 10 Abs. 1 VOF wählen die Auftraggeber unter den Bewerberinnen bzw. Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die Eignungskriterien (Fachkunde, Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit) erfüllen, diejenigen aus, die sie zu Verhandlungen auffordern.

1. Nachweise zur Beurteilung der Eignung (finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und fachliche Eignung)

In der Bekanntmachung des Verhandlungsverfahrens sind die interessierten Bewerberinnen bzw. Bewerber zur Abgabe von Erklärungen im Rahmen ihrer Bewerbung aufzufordern, die zu ihrer Beurteilung notwendig sind.

Hinweis:

Die der Auswahl zugrunde gelegten Eignungskriterien sind in der Be-

kanntmachung (VV-Bau Anlage 5-130, Ziff. IV.1.2) zu benennen. Eine Bekanntmachung der Gewichtung der Eignungskriterien ist nicht vorgeschrieben. Nur für den Fall, dass bereits vor der Bekanntmachung Regeln für die Gewichtung der an die Eignungsprüfung anzulegenden Kriterien aufgestellt wurden, müssen – aus Gründen der Gleichbehandlung der Bewerberinnen und Bewerber und der Transparenz des Vergabeverfahrens – in der Bekanntmachung nicht nur die Kriterien als solche, sondern auch die bei der Auswahl vorgesehene Gewichtung der Kriterien mitgeteilt werden.

Um den Umfang von vorzulegenden Unterlagen zu begrenzen und um die Unterlagen in übersichtlicher Form zu erhalten, empfiehlt es sich, den anzufordernden Erklärungen/Nachweisen bei den „Teilnahmebedingungen“ im Muster „Bekanntmachung“ (VV-Bau Anlage 5-130) folgenden Satz voranzustellen: „Folgende Erklärungen und Nachweise gem. VOF in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht.“ Zu beachten ist jedoch, dass ein Verstoß gegen die gewünschte Reihenfolge der Heftung bzw. das Beifügen nicht erforderlicher Unterlagen nicht zum Ausschluss vom weiteren Verfahren führen kann.

Neben den Auskünften nach Ziff. 5.4.5 sind mindestens folgende Auskünfte/Nachweise erforderlich:

- Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.
- Nachweis der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (§ 5 Abs. 4 VOF) durch
- Berufshaftpflichtversicherungsdeckung

Hinweis:

Als Deckungssummen der Haftpflichtversicherung sind in der Regel vorzusehen für

Personenschäden:	1.500.000,-- EUR,
sonstige Schäden:	500.000,-- EUR.

Die Bewerberinnen bzw. Bewerber haben einen ausreichenden Versicherungsschutz nachzuweisen, der eine Inanspruchnahme der genannten Deckungssummen ermöglicht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Für Einzelobjekte mit besonders hohem Risiko sind die o.g. Deckungssummen ggf. zu erhöhen. Bei Bewerbungsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.

Zur Beurteilung der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bewerberinnen bzw. Bewerber kann es auch sinnvoll sein, einen Nachweis nach § 5 Abs. 4 Buchstabe c) VOF, d.h. eine Erklärung über den Gesamtumsatz der Bewerberin bzw. des Bewerbers und ihren bzw. seinen Umsatz für entsprechende Dienstleistungen in den letzten drei Geschäftsjahren, zu fordern.

- Nachweis der fachlichen Eignung (§ 5 Abs. 5 VOF)
- Referenzliste über die fraglichen Dienstleistungen nach Rechnungswert (= Honorar), Leistungszeit und Angabe der öffentl. oder privaten Auftraggeberinnen bzw. Auftraggeber, jeweils für die letzten 3 Jahre.

Hinweis:

Ggf. sind weitere Nachweise nach § 5 Abs. 5 VOF zu fordern. Nach § 5 Abs. 5 Buchstabe a) kann nicht nur die Angabe der Qualifikation der Bewerberin bzw. des Bewerbers, sondern auch die ihrer bzw. seiner Führungskräfte (z.B. Projektleiterin bzw. Projektleiter) gefordert werden. Zur Qualifikation siehe Ziff. 5.4.17.

Gemäß § 5 Abs. 6 VOF kann sich eine Bewerberin bzw. ein Bewerber bei der Erfüllung eines Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihr bzw. ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen (z.B. Subunternehmer). Somit ist es grundsätzlich zulässig, dass Generalübernehmer Leistungen bei EU-Vergaben anbieten. Die Bewerberin bzw. der Bewerber muss in diesem Fall der Auftraggeberin gegenüber vor Zuschlagserteilung durch eine Verpflichtungserklärung nachweisen, dass ihr bzw. ihm die erforderlichen Mittel des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen.

2. Auswahl der zur Verhandlung aufzufordernden Bewerberinnen bzw. Bewerber

Grundsätzlich sind alle natürlichen und juristischen Personen, die freiberufliche Leistungen anbieten, zum Wettbewerb zuzulassen. Wird als Berufsqualifikation der Beruf der Architektin bzw. des Architekten oder der Ingenieurin bzw. des Ingenieurs gefordert (siehe Ziff. 5.4.17), muss bei juristischen Personen ein(e) verantwortliche(r) Architektin bzw. Architekt oder Ingenieurin bzw. Ingenieur benannt sein.

Unter den Bewerberinnen bzw. Bewerbern, die sich für das Verhandlungsverfahren beworben haben, ist in einem dreistufigen Verfahren anhand der erteilten Auskünfte die Eignung zu prüfen.

Zunächst ist die rechtliche Eignung zu prüfen. Dabei ist das Fehlen von Ausschlussgründen nach § 4 VOF festzustellen.

Fehlende Erklärungen und Nachweise, die bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist nicht vorgelegt wurden, führen nicht zum Ausschluss, sondern können auf Aufforderung bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachgereicht werden (§ 5 Abs. 3 VOF), es sei denn, dass in der Bekanntmachung eindeutig darauf hingewiesen wurde, dass die in der VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen nicht zum Tragen kommt, und dass fehlende Unterlagen zum Ausschluss führen.

Als dann ist die finanzielle und wirtschaftliche Eignung der Dienstleistungserbringerin bzw. des Dienstleistungserbringers nach § 5 Abs. 4 VOF zu prüfen.

Um auch Berufsanfängerinnen bzw. Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 5 Abs. 4 VOF bei stichhaltigen Gründen (z.B. erst vor kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege, nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter oder ähnliches).

Schließlich muss die fachliche Eignung zur Durchführung der Dienstleistung nachgewiesen sein. Diese erfolgt durch Überprüfung der geforderten Nachweise zur fachlichen Eignung.

So ist aufgrund der Referenzlisten und deren stichprobenweisen Überprüfung z.B. durch Rückfragen bei den angegebenen Bauherrinnen bzw. Bauherren die Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit aufzuklären.

Hinweis:

Die Prüfung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Erfahrung und Zuverlässigkeit hat jeweils bezogen auf die konkrete Art und den Umfang der geforderten Leistung, die im Einzelfalle zu erbringen ist, zu erfolgen.

So ist es z.B. notwendig, bei der Beauftragung von Leistungen nach § 34 Abs. 3 Nr. 6 HOAI (Vorbereitung der Vergabe) und Nr. 7 (Mitwirkung bei der Vergabe) im Einzelnen zu prüfen, ob die Bewerberin bzw. der Bewerber die hierzu notwendige Fachkunde besitzt, d.h. ob sie bzw. er Kenntnisse der VOB und VOL und Erfahrung mit ihrer Anwendung hat. Die Auftraggeberin muss sicherstellen, dass die Architektinnen bzw. Architekten und Ingenieurinnen bzw. Ingenieure als ihre Erfüllungsgehilfen nur solche Vergabehandlungen vornehmen oder vorbereiten, die den Vergabebestimmungen entsprechen.

Unter den Bewerberinnen bzw. Bewerbern, bei denen keine formalen Ausschlussgründe nach § 4 VOF vorliegen, wählt die Auftraggeberin anhand der in der Bekanntmachung genannten Eignungskriterien über die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und fachliche Eignung die Bewerberinnen bzw. Bewerber (mind. 3 nach § 10 Abs. 4 VOF) aus, die sie zur Verhandlung auffordern wird.

Hinweis:

Es wird empfohlen, die Anforderungen und Kriterien tabellarisch zusammenzustellen und zu bewerten. Ein Beispiel für eine Bewertungsmatrix ist nachstehend abgebildet. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich nur um ein Beispiel handelt. Im Einzelfall ist auf das konkrete Verfahren hin zu prüfen, welche Nachweise erforderlich sind, um die Eignungsprüfung durchzuführen. Gemäß § 5 Abs. 1 VOF dürfen nur Unterlagen und Angaben gefordert werden, die durch den Gegenstand des Auftrages gerechtfertigt sind. Denkbar ist daher in der Praxis auch eine deutlich vereinfachte Matrix.

Bewertungsmatrix Bewerberauswahl

Auswahlkriterien		Wich- tung in %	Bewerber/in:		Bewerber/in:	
			Punkte (0 bis 5)	Bewertung (= Wichtung x Punkte)	Punkte (0 bis 5)	Bewertung (= Wichtung x Punkte)
1. Fachliche Eignung nach § 5(5) a – f, h	In den letzten 3 Jahren erbrachte vergleichbare Leistungen					
	Angaben zur technischen Leitung					
	Personelle Ausstattung (Anzahl der fest angestellten Mitarbeiter mit objektbezogener Eignung) im Mittel der letzten 3 Jahre					
	Technische Ausstattung					
	Gewährleistung der Qualität					
	Unter- auf- tragnehmer					
Zwischensumme Wichtung zu 1:						
2. Finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nach § 5 (4)	Gesamtumsatz der letzten 3 Jahre					
	Umsatz der in den letzten 3 Jahren erbrachten vergleichbaren Leistungen					
Zwischensumme Wichtung zu 2:						
3. Andere geforderte Nachweise nach § 10 (2)	z. B. besondere Kenntnisse, kurzfristige Erreichbarkeit, Präsenz vor Ort					
Zwischensumme Wichtung zu 3:						
Summe		100 %				
Rangfolge						

5.4.9 Fristen (zu § 7 VOF)

Bei den Fristen (Tagen) handelt es sich um Kalendertage. Fällt der letzte Tag der Frist auf einen Feiertag, einen Sonntag oder einen Sonnabend, so endet die Frist mit Ablauf der letzten Stunde des folgenden Arbeitstages.

Die Gründe für die Wahl des verkürzten Verfahrens müssen dergestalt sein, dass mit der Normalfrist von 37 bzw. 30 Tagen die Realisierung des Auftrages unmöglich ist. Die Dringlichkeit darf nicht der Auftraggeberin selbst zuzurechnen sein. Die Gründe für die Inanspruchnahme des beschleunigten Verfahrens sind in Abschnitt IV.1.1 der VV-Bau Anlage 5-130 anzugeben.

5.4.10 Kosten (zu § 13 VOF)

Die Bewerberin bzw. der Bewerber hat der Auftraggeberin die in der Bekanntmachung geforderten Bewerbungsunterlagen kostenlos zu übersenden.

Die zu den Auftragsverhandlungen eingeladenen Bewerberinnen bzw. Bewerber erhalten keine Entschädigung für den Aufwand (Zeit, Fahrtkosten usw.).

Verlangt die Auftraggeberin von der Bewerberin bzw. dem Bewerber zur Beurteilung von deren bzw. dessen Fachkunde und Leistungsfähigkeit jedoch Entwürfe, Pläne, Zeichnungen, Berechnungen oder andere Unterlagen, die sich auf die zu vergebende Leistung beziehen, so sind diese Leistungen von der Auftraggeberin - ggf. unter Beachtung der Vorschriften über das Mindesthonorar nach HOAI - zu vergüten. Diese Vergütung steht jeder Bewerberin bzw. jedem Bewerber in gleicher Höhe zu, jedoch nur, soweit sie bzw. er vollständige und zur Beurteilung verwertbare Unterlagen geliefert hat.

Die Bedingungen, Anforderungen und die Höhe der Vergütung sind von der Auftraggeberin im Einzelnen vorzugeben.

5.4.11 Aufforderung zur Verhandlung, Angebotsabgabe, Auftragserteilung (zu § 11 VOF)

1. Auftragsverhandlungen

Die Auftraggeberin fordert die ausgewählten Bewerberinnen bzw. Bewerber gleichzeitig in Textform zur Verhandlung auf. Die Aufforderung zur Verhandlung muss mindestens Folgendes enthalten:

- Das Anschreiben mit Verfahrensbedingungen, Angaben zu Fristen, Hinweis auf die Bekanntmachung, Zuschlagskriterien (falls noch nicht in der Bekanntmachung aufgeführt)
- die Aufgabenbeschreibung und eventuell einen Vertragsentwurf, aus dem die konkrete Leistung und die Auftragsbedingungen hervorgehen.

Hinweis:

In geeigneten Fällen können die ausgewählten Bewerberinnen bzw. Bewerber auch gleichzeitig mit der Einladung zur Auftragsverhandlung schriftlich aufgefordert werden, Angebote einzureichen.

Bieterinnen bzw. Bieter, die beabsichtigen, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen, sind aufzufordern, durch eine mit dem Angebot einzureichende Verpflichtungserklärung nachweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen.

Fehlen von der Auftraggeberin abgeforderte Erklärungen und Nachweise, die mit dem Angebot einzureichen waren, führt dieses nicht zum Ausschluss, sondern diese Unterlagen können auf Aufforderung bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Nachfrist nachgereicht werden (§ 11 Abs. 3 VOF), es sei denn, dass vorab in der Aufforderung zur Angebotsabgabe eindeutig darauf hingewiesen wurde, dass die in der VOF eingeräumte Befugnis zum Nachreichen von Unterlagen nicht zum Tragen kommt, und dass fehlende Unterlagen zum Ausschluss führen.

Die Auftraggeberin verhandelt mit den ausgewählten Bewerberinnen bzw. Bewerbern unter Zugrundelegung der genannten Zuschlagskriterien. Die Verhandlungen können sowohl über den Gegenstand der Leistung als auch über die im Rahmen der Verhandlung abgeforderten Angebote geführt werden.

2. Zuschlagskriterien

§ 11 Abs. 5 VOF enthält eine nicht abschließende Aufzählung von Kriterien, die der Entscheidung über die Auftragserteilung zugrunde gelegt werden können. Die Auftraggeberin ist verpflichtet, die Kriterien und Unterkriterien, die sie bei der Entscheidung über die Auftragsvergabe heranziehen will, vorher bekannt zu geben.

Zuschlagskriterien sind z.B.:

Qualität:

- Verfügbarkeit der technischen Ausstattung
- Personaleinsatzplan mit namentlicher Benennung der Personen, die die Leistungen tatsächlich erbringen
- Organisation der Qualitätskontrolle
- Verfügbarkeit des projektleitenden Personals
- Ort der Leistungserbringung
- Anteil Eigenleistungen und Fremdleistungen
- Kundendienst (Kommunikation mit der Auftraggeberin)

Fachlicher und technischer Wert:

- Fachtechnischer Wert der Angebotsunterlagen
- Fachliche Präsentation im Auftragsgespräch
- Zweckmäßigkeit des Leistungskonzeptes
- Koordination der Leistungserbringung, insbesondere Integration und Qualität der Fachplaner

Leistungszeitraum oder -fristen:

- Sicherstellung von Ausführungszeiträumen/ -fristen
- Planungsablauf

Preis/Honorar:

- Höhe des Gesamtangebotes
- Angemessenheit/ Annehmbarkeit der Honorarkosten für Grundleistungen
- Nebenkosten
- Kosten für Besondere Leistungen

Hinweis:

Das Element des Preiswettbewerbs wird in den Fällen relevant, in denen die HOAI als geltendes Preisrecht dieses zulässt, z.B.:

- bei Leistungen, die nicht in Leistungsbildern im verbindlichen Teil der HOAI erfasst sind
- bei der Honorarhöhe im Rahmen der Mindest- und Höchstsätze (§ 7 Abs. 1 HOAI)
(die Mindestsätze dürfen nicht unterschritten werden; anderes gilt nach § 7 Abs. 3 HOAI lediglich in Ausnahmefällen)
- bei Besonderen Leistungen
- bei der Berechnung der Honorare in besonderen Fällen (§ 8 HOAI)
- bei der Vereinbarung eines Zeithonorars
- bei der Abgeltung von Nebenkosten (§ 14 HOAI)
(gegebenenfalls Pauschale vereinbaren bzw. ganz nach § 14 Abs. 1 S. 2 ausschließen)
- wenn die anrechenbaren Kosten unterhalb bzw. oberhalb der Honorartafeln liegen
- bei Beauftragung von Vorplanungen, Entwurfsplanungen und Objektüberwachungen als Einzelleistungen (§ 9 HOAI)
- bei Zuschlagssätzen
(z.B. beim Umbau- und Instandsetzungszuschlag. Der Schwierigkeitsgrad wird bei den Bewerberinnen bzw. Bewerbern unterschiedlich eingeschätzt).

Sonstige objektbezogene Zuschlagskriterien:

- Ästhetik/Gestaltung (z. B. Referenzobjekte)

Hinweis:

Es ist darauf zu achten, dass die Zuschlagskriterien sich von den Eignungskriterien (siehe Ziff. 5.4.8) unterscheiden, d.h. solche Kriterien, die bereits zur Auswahl der grundsätzlich zur Auftragsausführung geeigneten Bewerberinnen bzw. Bewerber herangezogen wurden, dürfen nicht gleichzeitig Zuschlagskriterien sein.

Die Zuschlagskriterien nebst Unterkriterien sind zu gewichten. Die Gewichtung kann mittels einer Marge angegeben werden. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Auswahl der Zuschlagskriterien und deren Gewichtung sachlich angemessen ist. Auch ist darauf zu achten, dass bei Angabe einer Marge die Größe der Bandbreite angemessen ist.

Beispiel (für HOAI-Leistungen): Qualität

	30 – 35%
technischer Wert	10 – 15%
Preis	55 – 60%

Die Festlegung sollte in 5 %- Schritten erfolgen. Bei Angabe einer Marge hat im Rahmen der Wertung eine endgültige Festlegung der Prozentsätze zu erfolgen. Die Summe der %-Werte muss dabei stets 100% ergeben.

Bei einem Verhandlungsverfahren ohne vorherige Vergabebekanntmachung hat die Bekanntgabe der Auftragskriterien nebst Unterkriterien und deren Gewichtung in der Aufgabenbeschreibung zu erfolgen. Bei einem Verfahren mit vorheriger Vergabebekanntmachung kann die Angabe der Kriterien mit Gewichtung entweder in der Vergabebekanntmachung oder in der Aufgabenbeschreibung oder in der Aufforderung zur Angebotsabgabe erfolgen. Vorzugswürdig im Sinne des Transparenzgebotes ist eine Bekanntgabe bereits in der Vergabebekanntmachung.

Nur in den Fällen, in denen die Gewichtung aus nachvollziehbaren Gründen nicht angegeben werden kann, sind die Kriterien in der absteigenden Reihenfolge ihrer Bedeutung anzugeben. Im Vergabevermerk sind die Gründe darzulegen, wegen derer eine Gewichtung nicht erfolgen konnte.

3. Auftragserteilung

Die Auftraggeberin entscheidet aufgrund der bekannt gemachten Zuschlagskriterien.

Der Vertrag wird mit der Bewerberin bzw. dem Bewerber geschlossen, die bzw. der auf Grund der Verhandlungsergebnisse die beste Leistung erwarten lässt. Hierzu sind auch die in Ziff. 5.1 aufgeführten Allgemeinen Grundsätze zu beachten.

Die mit den ausgewählten Bewerberinnen bzw. Bewerbern geführten auftragsbezogenen Verhandlungen können mit einer Matrix als Bewertungsschema ausgewertet werden. Ein Beispiel für eine Bewertungsmatrix ist nachstehend abgebildet.

Hinweis:

Die Entscheidungsgründe für die Wichtung und die Bewertung mit Punktzahlen sind im Vergabevermerk in kurzer Form aktenkundig zu machen.

Beispiel für eine Bewertungsmatrix (Auftragskriterien hier nicht nach Bedeutung geordnet)

Objektbezogene Auftragskriterien	Wich- tung in %	Bewerber/in:		Bewerber/in:		Bewerber/in:	
		Punkte 0 bis 5	Bewertung (= Wichtig x Punkte)	Punkte 0 bis 5	Bewertung (= Wichtig x Punkte)	Punkte 0 bis 5	Bewertung (= Wichtig x Punkte)
1. Qualität							
Zwischensumme Wichtigkeit zu 1:							
2. Fachlicher und technischer Wert							
Zwischensumme Wichtigkeit zu 2:							
3. Leistungszeitraum							
Zwischensumme Wichtigkeit zu 3:							
4. Preis/ Honorar (Vergütung)							
Zwischensumme Wichtigkeit zu 4:							
5. Sonstige objektbezogene Zuschlagskriterien							
Zwischensumme Wichtigkeit zu 5:							
Summe	100%						
Rangfolge							

5.4.12 Informations- und Mitteilungspflichten (zu §§ 10 Abs. 5, 14 Abs. 5 VOF, §§ 101a, 101b GWB)

Bei Verhandlungsverfahren nach VOF ist zwischen der Informationspflicht nach § 101a GWB und den Mitteilungspflichten nach §§ 10 Abs. 5, 14 Abs. 5 VOF zu unterscheiden. Beide Vorgaben dienen dem effektiven Primärrechtsschutz. Darüber hinaus ist den Gepflogenheiten des Geschäftsverkehrs Rechnung zu tragen. Unter diesen Prämissen sollen die Bewerberinnen bzw. Bewerber wie folgt über den Stand und die Ergebnisse des Vergabeverfahrens informiert werden:

Gemäß § 10 Abs. 5 VOF erhalten alle Bewerberinnen bzw. Bewerber, die einen Teilnahmeantrag gestellt haben und nach dem Teilnahmewettbewerb im Verhandlungsverfahren nicht berücksichtigt werden sollen, ohne gesonderten Antrag innerhalb von 15 Tagen nach Abschluss des Teilnahmewettbewerbs ein begründetes Informations- und Absageschreiben (VV-Bau Anlage 5-150).

Gemäß § 101 a Abs. 1 GWB hat die Auftraggeberin die Bieter, die zu Auftragsgesprächen aufgefordert waren, deren Angebote aber nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren (VV-Bau Anlage 5-160). Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Die Absendung hat an alle nicht berücksichtigten Bieter am gleichen Tag zu erfolgen. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information geschlossen werden.

Die Absendung der Information in Textform kann durch Fax oder mit E-Mail erfolgen. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Wege versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage. Die Verwendung einer Textform bedarf gem.

§ 126 b BGB weder der Unterschrift noch einer digitalen Signatur. Bei Fax oder E-Mail wird zudem durch das Sendeprotokoll der Zugang der Information dokumentiert. Im Allgemeinen erübrigt sich dadurch das Versenden eines unterschriebenen Schriftstückes oder die Anforderung einer Eingangsbestätigung der Bieter, was aber im Einzelfall sinnvoll sein kann und zulässig ist. Bei der Benutzung von Adressbüchern beim Versand von E-Mails ist sicherzustellen, dass auch unabhängig von der Kenntnis der tatsächlichen E-Mail-Adresse der Empfänger im Sendeprotokoll eindeutig bezeichnet ist.

Für den Beginn der Frist kommt es nicht auf den Zugang, sondern auf den Tag der Absendung der Information durch den öffentlichen Auftraggeber an. Das Absendedatum ist daher aktenkundig zu machen. Fristbeginn ist der Tag nach der Absendung.

Gleichzeitig hat die Auftraggeberin den Bieter zu informieren, auf dessen Angebot der Auftrag erteilt werden soll (VV-Bau Anlage 5-170).

Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist (§ 101a Abs. 2 GWB).

Ein Verstoß gegen die Informationspflicht des § 101a GWB führt dazu, dass ein abgeschlossener Vertrag von Anfang an unwirksam ist, wenn die Unwirksamkeit in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss bzw. 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union geltend gemacht worden ist (§ 101b GWB).

Nach Eingang eines entsprechenden Antrags sind den nicht berücksichtigten Bietern unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags, auch die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes mitzuteilen (§ 14 Abs. 5 VOF).

5.4.13 Vergebene Aufträge (zu § 14 Abs. 1 VOF)

Die Mitteilung über vergebene Aufträge nach § 14 Abs. 1 VOF hat mit dem Muster „Bekanntmachung über vergebene Aufträge“ (VV-Bau Anlage 5-180) zu erfolgen. Hierbei sind die Hinweise zum Ausfüllen der „Bekanntmachung über vergebene Aufträge“ (VV-Bau Anlage 5-190) zu beachten.

5.4.14 Dokumentation (zu § 12 VOF)

Über das Vergabeverfahren ist eine Dokumentation (VV-Bau Anlage 5-200) zu fertigen.

Zur Gewährleistung der Transparenz sind bereits während des laufenden Vergabeverfahrens die einzelnen Entscheidungsschritte mit den maßgebenden Feststellungen sowie der Begründung der einzelnen Entscheidung laufend und in nachvollziehbarer Weise zu dokumentieren.

Insbesondere die Bewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien ist nachvollziehbar und ausreichend zu begründen. Dieses gilt auch bei der Verwendung einer Matrix wie in Ziff. 5.4.11. beispielhaft aufgeführt.

Hinweis:

Wird dieser Dokumentationspflicht nicht oder nicht ordnungsgemäß nachgekommen, so kann hierauf mit Erfolg ein Nachprüfungsverfahren bei der Vergabekammer gestützt werden.

5.4.15 Melde- und Berichtspflichten (zu § 17 VgV)

Für die Melde- und Berichtspflichten ist die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation zuständig, die jährlich zur Abgabe der Statistik gesondert auffordert.

5.4.16 Nachprüfungsbehörden

Zuständige Stelle für die Überprüfung von Vergabeentscheidungen nach § 104 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in der Fassung vom 15. Juli 2005 (BGBl. I S. 2115), zuletzt geändert am 20. April 2009 durch das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts (BGBl. I S. 790, verkündet am 23. April 2009) ist, soweit in einem Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes nichts anderes bestimmt ist, für Auftragsvergaben an Architektinnen bzw. Architekten, Ingenieurinnen bzw. Ingenieure, Stadtplanerinnen bzw. Stadtplaner und Bausachverständige nach der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) die **Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Fax: 040/42840-2039.**

Bei EU-weiten Bekanntmachungen ist die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen in den Veröffentlichungstexten mit Anschrift anzugeben.

5.4.17 Qualifikation der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers (zu § 19 VOF)

Mit Abschnitt III.3.1 des Musters „Bekanntmachung“, (VV-Bau Anlage 5-130) und Abschnitt III.2 des Musters „Wettbewerbsbekanntmachung“ (VV-Bau Anlage 5-210) kann gefordert werden, dass die zu vergebende Leistung einem besonderen Berufsstand vorbehalten ist (siehe Ziff. 5.4.8 Auswahl der Bewerberinnen bzw. Bewerber).

5.5 Wettbewerbe (zu Kapitel 2 VOF)

Wettbewerbe sind Auslobungsverfahren, die dazu dienen, der Auftraggeberin einen Plan oder eine Planung zu verschaffen, deren Auswahl durch ein Preisgericht aufgrund vergleichender Beurteilungen mit oder ohne Verteilung von Preisen erfolgt.

Es gelten hierfür die Richtlinien für Planungswettbewerbe der Freien und Hansestadt Hamburg - RPW 2015 - (Amtl. Anzeiger Nr. 18 v. 3. März 2015 S. 361).

Bei Wettbewerben, die zu einem Dienstleistungsauftrag führen sollen, und deren geschätzter Auftragswert einschließlich Preisgelder und Zahlungen an Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer 207.000 Euro ohne Umsatzsteuer oder mehr beträgt, ist die VOF anzuwenden. Bei allen übrigen Wettbewerben ist die Summe der Preisgelder und Zahlungen an Teilnehmerinnen und Teilnehmer einschließlich des geschätzten Auftragswertes eines Dienstleistungsauftrages, der später vergeben werden könnte, soweit die Auftraggeberin dies in der Bekanntmachung nicht ausschließt, für die Berechnung des EU-Schwellenwertes maßgeblich.

Die Bekanntgabe eines Wettbewerbes nach § 9 Abs. 2 VOF hat mit dem Muster „Wettbewerbsbekanntmachung“ (VV-Bau Anlage 5-210) zu erfolgen. Hierbei sind die Hinweise zum Ausfüllen der „Wettbewerbsbekanntmachung“ (VV-Bau Anlage 5-220) zu beachten.

Hinweis:

Um auch die freischaffenden Büros aus der Bundesrepublik und der Region über auszulobende Wettbewerbe zu informieren, ist außerdem eine Veröffentlichung im

– Deutschen Architektenblatt
Verlag corps
Corporate Publishing Service GmbH
Postfach 10 11 02
40002 Düsseldorf

Tel.: 02 11 - 887 - 3160
Fax: 02 11 - 887 - 3161

bzw. im

erforderlich und die Architekten- bzw. Ingenieurkammer zu informieren (vgl. Ziff. 5.4.8).

Nach § 14 Abs. 2 VOF muss spätestens 48 Tage nach Durchführung des Wettbewerbs – maßgeblich ist die Entscheidung des Preisgerichts – die Bekanntmachung des Wettbewerbsergebnisses mit dem Muster „Bekanntmachung über die Ergebnisse eines Wettbewerbs“ (VV-Bau Anlage 5-230) erfolgen. Hierbei sind die Hinweise zum Ausfüllen der „Bekanntmachung über die Ergebnisse eines Wettbewerbs“ (VV-Bau Anlage 5-240) zu beachten.

Im Anschluss an den Wettbewerb ist über die Auftragsbedingungen – regelmäßig gemäß § 3 Abs. 4 Buchst. b) VOF ohne vorhergehende Vergabebekanntmachung – zu verhandeln, sofern die unmittelbare Umsetzung der Wettbewerbsaufgabe vorgesehen ist.

§ 8 Absatz 2 RPW 2015 bestimmt, dass in der Regel die Gewinnerin bzw. der Gewinner, unter Berücksichtigung der Empfehlung des Preisgerichts, zu beauftragen ist.

Soll einer der Preisträger den Auftrag erhalten, ist ein Auswahlverfahren unter den Preisträgern erforderlich. Es sind dann alle Preisträger zur Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren aufzufordern (§ 3 Abs. 4 Buchstabe b) Satz 2 VOF), soweit sich nicht nachträglich deren mangelnde Teilnahmeberechtigung herausstellt (§ 16 Abs. 6 Unterabs. 2 VOF).

Nach § 17 Abs. 1 VOF ist die Auftraggeberin verpflichtet, einem oder mehreren der Preisträger weitere Planungsleistungen zu übertragen, sofern mindestens einer der Preisträger eine einwandfreie Ausführung der zu übertragenden Leistungen gewährleistet und sonstige wichtige Gründe der Beauftragung nicht entgegenstehen.

Nach § 101 a GWB besteht eine Informationspflicht gegenüber allen Preisträgern, die an dem Verhandlungsverfahren teilgenommen haben.

Nach § 14 Abs. 1 VOF ist spätestens 48 Tage nach Auftragsvergabe eine Bekanntmachung über vergebene Aufträge mit dem Muster „Bekanntmachung über vergebene Aufträge“ (VV-Bau Anlage 5-180) zu übermitteln.

Des Weiteren ist ein Vergabevermerk zu fertigen (siehe Ziff. 5.4.14 und VV-Bau Anlage 5-200).

Gutachtenverfahren (sog. „Mehrfachbeauftragungen“) siehe Ziff. 5.1 Nr. 7.

5.6 Allgemeine Grundsätze für die Durchführung von Wettbewerben

Realisierungswettbewerbe können durchgeführt werden, um eine bestimmte Entwurfsaufgabe zu lösen. Den Wettbewerben ist u.a. ein Raum- und Funktionsprogramm zugrunde zu legen. Sie unterliegen der Bauherrinnenverantwortung.

Bei der Durchführung von Wettbewerben sind folgende Vorgaben zu beachten:

1. Bei der Durchführung von Wettbewerben ist auf eine deutliche Differenzierung der verbindlichen Vorgaben nach den RPW zu achten. Dabei sind Vorgaben, deren Nichteinhaltung bereits für das weitere Wettbewerbsverfahren ein Ausschlusskriterium darstellen, ausdrücklich hervorzuheben.
2. Die Möglichkeit, Wettbewerbe interdisziplinär auszuloben, ist immer besonders zu prüfen; dies gilt insbesondere dann, wenn besondere wirtschaftliche, technische, energetische oder landschaftsplanerische Leistungen gefordert werden.
3. Die Auslobung ist so zu formulieren, dass entsprechend dem Planungsstand
 - a. grundsätzlich eine Kostenobergrenze als verbindliche Vorgabe formuliert wird;

- b. anhand der darin verlangten Anforderungen die wirtschaftliche Vergleichbarkeit der verschiedenen Entwurfsvarianten gewährleistet ist;
 - c. soweit möglich energetische Anforderungen als verbindliche Vorgaben formuliert werden;
 - d. soweit möglich im Wettbewerbsverfahren überprüfbar und vergleichbar dargestellt wird, inwieweit die verschiedenen Entwurfsvarianten die verbindlichen energetischen Anforderungen einhalten werden.
4. Die Beteiligung der Architekten- und Ingenieurkammer gem. § 2 Abs. 4 RPW 2015 erfolgt vor der Veröffentlichung der Auslobung.
 5. In den Fällen der Ziffer 3 lit. c) und d) soll mindestens eine Fachpreisrichterin bzw. ein Fachpreisrichter bestellt werden, die bzw. der aufgrund ihrer bzw. seiner besonderen Qualifikation in der Lage ist, die Erfüllung der in der Auslobung enthaltenen energetischen Anforderungen zu beurteilen.
 6. Bei der Besetzung des Preisgerichts sollen Preisrichterinnen und Preisrichter vertreten sein.
 7. Unter den von der Ausloberin bzw. dem Auslober unabhängigen Fachpreisrichtern und Fachpreisrichterinnen sollen mindestens zwei selbständige Fachleute sein.
 8. Sind aufgrund der geforderten Bearbeitungstiefe für die Bearbeitung der Wettbewerbsaufgabe besondere wirtschaftliche, technische, energetische oder landschaftsplanerische Leistungen erforderlich, sind diese bei der Bestimmung der Wettbewerbssumme nach Maßgabe der jeweiligen Honorarordnung gesondert zu berücksichtigen.
 9. Die Durchführung von Kolloquien und die Beantwortung von Rückfragen sind auch auf der Grundlage von Zwischenergebnissen zulässig, sofern dabei die Anonymität der Wettbewerbsbeiträge gewahrt bleibt.
 10. Bei Wettbewerben der öffentlichen Ausloberinnen bzw. Auslober außerhalb des Anwendungsbereichs der VOF ist bei der Umsetzung des Projekts die Trägerin bzw. der Träger des ersten Preises zu beauftragen, sofern kein besonderer Grund der Beauftragung entgegensteht. Innerhalb des Anwendungsbereiches der VOF gilt § 3 Abs. 4 lit. b) VOF.
 11. Das Preisgerichtsprotokoll (Anlage IV der RPW 2015) wird allen Wettbewerbsbeteiligten unverzüglich zugesandt.
 12. Alle Beteiligten haben bezüglich im Wettbewerb erlangter Kenntnisse die gesetzlichen Verschwiegenheitspflichten, insbesondere solche zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen zu beachten.
 13. Nicht abgeholte Wettbewerbsarbeiten werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern kostenfrei zurück gesandt.
- Der Auslobung ist gleichzeitig die Verfassererklärung gemäß § 5 Absatz 3 RPW 2015 (VV-Bau Anlage 5-250) beizufügen.

Für Preisrichterinnen und -richter, Sachverständige und Vorprüferinnen und -prüfer sind folgende Aufwandsentschädigungen zu gewähren:

		Preisrichterinnen und -richter, Sachverständige	Vorprüferinnen und Vorprüfer
Preisgericht und Kolloquien bis zu 3 Std. Dauer	am Geschäftsort und innerhalb einer Entfernung von 200 km	200,- €	130,- €
Preisgericht und Kolloquien bis zu 3 Std. Dauer	Außerhalb des Geschäftsortes, Entfernung über 200 km	400,- €	260,- €
Preisgericht und Kolloquien über zu 3 Std. Dauer		800,- €	460,- €

Für die Vorsitzende / den Vorsitzenden des Preisgerichts können für zusätzliche Vor- und Nachbereitung bis zu 1.000 Euro pro Sitzungstag gewährt werden.

Die genannten Beträge sind Netto-Beträge. Die Reisekosten sind zusätzlich nach dem Hamburgischen Reisekostengesetz (HmbRKG) zu erstatten. Bei Flugkosten ist die Economy-Klasse, nicht die Business-Klasse zu erstatten.

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen berät und unterstützt die Ausloberinnen bei der Vorbereitung und Durchführung eines Wettbewerbes und beteiligt sich in der Vorprüfung und im Preisgericht.

Von den durchgeführten Wettbewerben sind je ein Exemplar des Auslobungs- bzw. Ausschreibungstextes sowie das Ergebnisprotokoll mit dem Bericht der Vorprüfung an die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen zu senden.

Bei der Übertragung von Leistungen für die Abwicklung und Betreuung eines offenen oder nichtoffenen Wettbewerbes nach § 3 RPW 2015 ist das Vertragsmuster „Wettbewerbe“ (VV-Bau Anlage 5-940) zu verwenden, und es sind die dazu gegebenen Hinweise zu beachten (VV-Bau Anlage 5-930).

Verzeichnis der Anlagen

Nr.	Bezeichnung der Vordrucke/Formblätter	Stand
<i>Unterhalb des EU-Schwellenwertes</i>		
5-010	Aufforderung zur Angebotsabgabe	08/2015
5-020	Informationsschreiben zur Absage	08/2015
5-030	Informationsschreiben zum Auftrag	08/2015
5-040	Vergabevermerk	08/2015
<i>Oberhalb des EU-Schwellenwertes</i>		
5-100	Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz	08/2015
5-110	Veröffentlichung einer Bekanntmachung nach VOF in innerstaatlichen Bekanntmachungsblättern	08/2015
5-120	Veröffentlichung einer Bekanntmachung nach VOF im Amtsblatt der EG	08/2015
5-130	Bekanntmachung nach § 9 Abs. 1 VOF	08/2015
5-140	Hinweise zum Ausfüllen der „Bekanntmachung“	08/2015
5-150	Absageschreiben nach § 10 Abs. 5 VOF	08/2015
5-160	Information über Absage nach § 101a GWB	08/2015
5-170	Information über Beauftragung nach § 101a GWB	08/2015
5-180	Bekanntmachung über vergebene Aufträge nach § 14 Abs. 1 VOF	08/2015
5-190	Hinweise zum Ausfüllen der „Bekanntmachung über vergebene Aufträge“	08/2015
5-200	Vergabevermerk nach § 12 VOF	08/2015
5-210	Wettbewerbsbekanntmachung nach § 9 Abs. 2 VOF	08/2015
5-220	Hinweise zum Ausfüllen der „Wettbewerbsbekanntmachung“	08/2015
5-230	Ergebnisse eines Wettbewerbs nach § 14 Abs. 2 VOF	08/2015
5-240	Hinweise zum Ausfüllen der „Ergebnisse eines Wettbewerbs“	08/2015
5-250	Verfassererklärung nach § 5 Abs. 3 RPW 2015	08/2015
<i>Vertragsmuster einschl. Leistungsbilder</i>		
<i>Hochbau</i>		
5-300	Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -	08/2015
5-310	Hinweise zum Vertragsmuster - Gebäude -	08/2015
5-320	Vertragsmuster - Gebäude -	08/2015
5-330	Zusatzvertrag - Gebäude -	08/2015
5-340	Hinweise zum Vertragsmuster - Technische Ausrüstung -	08/2015
5-350	Vertragsmuster -Technische Ausrüstung -	08/2015
5-360	Zusatzvertrag -Technische Ausrüstung -	08/2015
5-370	Hinweise zum Vertragsmuster - Tragwerksplanung -	08/2015
5-380	Vertragsmuster - Tragwerksplanung -	08/2015
5-390	Zusatzvertrag - Tragwerksplanung -	08/2015

Verzeichnis der Anlagen

Nr.	Bezeichnung der Vordrucke/Formblätter	Stand
5-400	Hinweise zum Vertragsmuster - Prüfung der Tragwerksplanung -	08/2015
5-410	Vertragsmuster - Prüfung der Tragwerksplanung -	08/2015
5-420	Zusatzvertrag - Prüfung der Tragwerksplanung -	08/2015
5-430	Hinweise zum Vertragsmuster - Freianlagen -	08/2015
5-440	Vertragsmuster - Freianlagen -	08/2015
5-450	Zusatzvertrag - Freianlagen -	08/2015
5-460	Vertragsmuster SO	08/2015
5-470	Vertragsmuster SIGEKO	08/2015
<i>Tiefbau, Ingenieurbau</i>		
5-500	Hinweise zum Vertragsmuster Ingenieure, Ingenieure (Vermessung)	08/2015
5-510	Vertragsmuster – Ingenieure	08/2015
5-520	Ingenieur-Nachtragsvertrag	08/2015
5-530	Honorarermittlung	08/2015
5-540	Allgemeine Vertragsbestimmungen für Ingenieurleistungen	08/2015
5-550	Statische und Konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken / Ermittlung anrechenbarer Kosten	08/2015
5-560	Statische und Konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken / Honorarermittlung	08/2015
5-570	Mustertexte	
5-580	Vertragsmuster – Ingenieure (Vermessung)	08/2015
5-590	Ingenieur-Nachtragsvertrag (Vermessung)	08/2015
5-600	Allgemeine Vertragsbestimmungen für Ingenieurleistungen (Vermessung)	08/2015
5-610	Hinweise zum Vertragsmuster – Architekten	08/2015
5-620	Vertragsmuster – Architekten	08/2015
5-630	Architekten-Nachtragsvertrag	08/2015
5-640	Allgemeine Vertragsbestimmungen für Architektenleistungen bei Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen	08/2015
5-650	Leistungsbild Ingenieurleistungen bei der Objektplanung von Verkehrsanlagen des Straßenverkehrs	07/2014
5-660	Leistungsbild Planungsbegleitende Vermessung bei der Planung und dem Entwurf von Verkehrsanlagen in Hamburg	09/2014
5-670	RVP zur statischen und konstruktiven Prüfung von Ingenieurbauwerken	04/2009
<i>Bauleit- und Landschaftsplanerische Leistungen</i>		
5-800	Hinweise zu den Vertragsmustern - Erarbeitung Bauleit- und Landschaftsplanerischer Leistungen -	08/2015

Verzeichnis der Anlagen

Nr.	Bezeichnung der Vordrucke/Formblätter	Stand
5-810	Vertragsmuster - Erarbeitung Bauleit- und Landschaftsplanerischer Leistungen -	08/2015
5-820	Zusatzvertrag - Erarbeitung Bauleit- und Landschaftsplanerischer Leistungen -	08/2015
	<i>Sonstige Verträge</i>	
5-900	Hinweise zu den Vertragsmustern - Gutachten/Studien -	08/2015
5-910	Vertragsmuster - Gutachter/Studien -	08/2015
5-920	Gutachter/Studien - Zusatzvertrag -	08/2015
5-930	Hinweise zum Vertragsmuster – Planungswettbewerbe (nach RPW 2015)	08/2015
5-940	Vertragsmuster – Planungswettbewerbe (nach RPW 2015)	08/2015
5-950	Beauftragung im Gutachtenverfahren (Anfrage)	08/2015



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Behördenanschrift>

<Amt>
<Abt.>
<Abschnitt>
<Straße>
D - Hamburg
Telefon 040 - - Zentrale -
Telefax 040 - -
Behördennetz 0 -
Ansprechpartner:
E-Mail:
Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den

Aufforderung zur Angebotsabgabe

Art der Ausschreibung: Freihändige Vergabe

Art der Leistung:

Ort der Leistung:

Ablauf der Angebotsfrist (Einreichungstermin): ; Uhr

Ausführungsfrist:

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist beabsichtigt, die in beiliegender Aufgabenbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung der Freien und Hansestadt Hamburg zu vergeben.

Falls Sie bereit sind, die Leistungen zu übernehmen, werden Sie gebeten, Ihr Angebot nebst Anlagen unterschrieben in verschlossenem Umschlag bis zum Einreichungstermin (s.o.) bei einzureichen. Der Umschlag ist mit Ihrem Namen (Firma / Büro), Ihrer Anschrift und dem Vermerk „Angebot für Ausschreibung“(s.o.) zu versehen.

*Es sind folgende Erklärungen und Nachweise vorzulegen: **

*Maßgebende Kriterien für die Angebotswertung sind: **

* In diesem Schreiben oder in der Leistungsbeschreibung (s. Teil A, Ziffer 2.1)

Sobald eine endgültige interne Entscheidung getroffen wurde, werden wir Sie informieren. Dies wird voraussichtlich frühestens in der Woche der Fall sein.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen:

- Aufgabenbeschreibung
- Vertragsbedingungen / Vertragsmuster
- Sonstige Unterlagen:



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Amt>

<Abt.>

<Abschnitt>

<Straße>

D - Hamburg

Telefon 040 - - Zentrale -

Telefax 040 - -

Behördennetz 0 -

Ansprechpartner:

E-Mail:

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den

Auftrag:

Verfahrensart:

Ihr Angebot vom:

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihr Angebot zur o.g. Auftragsvergabe bedanke ich mich. Leider muss ich Ihnen mitteilen, dass Sie nicht beauftragt werden sollen.

Wir beabsichtigen, mit den Leistungen zu beauftragen.

Die maßgeblichen Gründe für die Absage sind:*

Wir hoffen, Ihnen mit dieser Begründung weitergeholfen zu haben und bedanken uns nochmals für Ihr Interesse.

Mit freundlichen Grüßen

* z.B.: „Wir mussten Sie vom weiteren Bewerbungsverfahren ausschließen, da Sie trotz unserer Nachforderung vom ... folgenden Nachweis nicht erbracht haben: ...“

oder

„Auf Ihr Angebot kann der Auftrag nicht erteilt werden, weil es unter Berücksichtigung der maßgeblichen Kriterien ... nicht die bestmögliche Leistung erwarten lässt.“



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Amt>

<Abt.>

<Abschnitt>

<Straße>

D - Hamburg

Telefon 040 - - Zentrale -

Telefax 040 - -

Behördennetz 0 -

Ansprechpartner:

E-Mail:

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den

Auftrag:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir beabsichtigen, mit Ihnen einen Vertrag über
erbringenden Leistungen) zu schließen.

(Beschreibung der Maßnahme mit den zu

Der Vertragsentwurf ist beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Vergabevermerk

Auftraggeberin / Amt:	
Anschrift:	
Sachbearbeiter/in:	
Telefon:	
Telefax:	
E-Mail:	
Haushaltsjahr:	
Ermittlung des geschätzten Auftragswertes (mit Datumsangabe u. Begründung):	... Euro (ohne Ust; incl. vorauss. Neben- und Zusatzkosten) <input type="checkbox"/> Auftragswert / Honorar liegt damit unterhalb des Schwellenwertes von 207.000 Euro ohne Ust <input type="checkbox"/> Auftragswert / Honorar liegt damit oberhalb des Schwellenwertes von 207.000 Euro ohne Ust
Tatsächlicher Auftragswert / Honorarsumme	... Euro (ohne Ust; incl. vorauss. Neben- und Zusatzkosten)
Festlegung durch (Stornierung nach 8 Wochen, sofern ... keine Kopie des unterzeichneten Vertrages vorgelegt wurde)	Am , Festlegungsnummer:

Vertragstitel und Gegenstand:

Maßnahmenplanung	<input type="checkbox"/> bereits enthalten. Es handelt sich um ein Projekt mit höchster Priorität im Zusammenhang mit <input type="checkbox"/> bereits enthalten <input type="checkbox"/> nicht enthalten
------------------	---

Ziel der Vergabe bzw. Begründung der Notwendigkeit dieses Auftrages:
--

Leistungsbeschreibung:

Gemäß Teil A, Ziff. 2.1 kann eine Freihändige Vergabe nach Verhandlung mit nur einer Bewerberin / einem Bewerber erfolgen: <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

Die einzelnen Stufen des Vergabeverfahrens mit Datumsangabe einschließlich der Nennung der Eignungs- und Zuschlagskriterien:

Namen der aufgrund der Eignungsprüfung berücksichtigten Bewerberinnen bzw. Bewerber und Gründe für ihre Auswahl:

Namen der aufgrund der Eignungsprüfung nicht berücksichtigten Bewerberinnen bzw. Bewerber und Gründe für ihre Ablehnung, einschließlich etwaige Unvollständigkeit der Unterlagen trotz Nachforderung:

Namen der aufgrund der Zuschlagsprüfung nicht berücksichtigten Bewerberinnen bzw. Bewerber und Gründe für ihre Ablehnung, einschließlich etwaige Gründe für die Ablehnung von ungewöhnlich niedrigen Angeboten:

Name der erfolgreichen Auftragnehmerin / des erfolgreichen Auftragnehmers und Gründe für die Erteilung des Zuschlags, ggf. Anteil des Auftrags, der an Dritte weitergegeben werden soll:

Geplanter Vertragsabschlussstermin:

Werden für die Umsetzung der durch die vergebenen Leistungen gewonnenen Erkenntnisse voraussichtlich noch weitere Verträge erforderlich?

☐ nein ☐ ja

Veröffentlichungspflicht
- unter Beachtung der §§ 4 bis 7 und 9 -
gemäß § 3 Abs. 1 bzw. Abs. 2 HmbTG

- ☐ Vertrag der Daseinsvorsorge i.S.d. § 3 Abs. 1 Nr. 4 HmbTG
- ☐ Vertrag von öffentlichem Interesse i.S.d. § 3 Abs. 2 HmbTG
- ☐ Gutachten / Studie i.S.d. § 3 Abs. 1 Nr. 8 HmbTG (nicht Gutachtervertrag selbst)
- ☐ Keine Veröffentlichungspflicht, weil

Gründe, aus denen auf die Auftragsvergabe verzichtet wurde:

Ort, Datum

Unterschrift



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Amt>

<Abt.>

<Abschnitt>

Niederschrift und Erklärung über die Verpflichtung

nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I. S. 547), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I. S. 1.942)

Frau/Herr

geboren am

wohnhaft

ausgewiesen durch PA/RP- Nr

ist heute vom Unterzeichnenden auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer/seiner Obliegenheiten verpflichtet und auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung hingewiesen worden. Die Verpflichtung gilt bis zum und bleibt innerhalb ihrer Geltungsdauer ohne weitere Erneuerung wirksam, wenn die/der Verpflichtete für die Freie und Hansestadt Hamburg tätig wird und Leistungen der Ausschreibung, der Vergabe, der Bauüberwachung oder der Bauoberleitung erbringt. Hierüber wurde die/der Verpflichtete belehrt.

Diese Niederschrift dient gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg als Nachweis über eine erfolgte Verpflichtung und ist daher bei Bedarf der zuständigen Stelle vorzulegen.

Ihr/Ihm wurde der Inhalt der nachfolgend aufgeführten und als Anlage beigefügten Strafvorschriften des Strafgesetzbuches eröffnet:

- § 133	Verwahrungsbruch	- § 334	Bestechung
- § 201	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes	- § 335	Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung
- § 203	Verletzung von Privatgeheimnissen	- § 353 b	Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht
- § 204	Verwertung fremder Geheimnisse	- § 358	Nebenfolgen
- § 331	Vorteilsannahme	- § 194	Strafantrag
- § 332	Bestechlichkeit	- § 230	Strafantrag
- § 333	Vorteilsgewährung		

Die erschienene Person wurde darüber belehrt, dass die vorgenannten Strafvorschriften aufgrund der Verpflichtung auf sie anzuwenden sind. Sie erklärt nunmehr, von dem Inhalt der vorgenannten Bestimmungen unterrichtet zu sein. Sie unterzeichnet diese Niederschrift nach Vorlesung und zum Zeichen der Genehmigung und bestätigt gleichzeitig den Empfang einer Abschrift der Niederschrift und der oben genannten Vorschriften.

Vorgelesen, gesehen und unterschrieben

.....

Ort, Datum

.....

Unterschrift der/des Verpflichteten

.....

Unterschrift der/des Verpflichtenden

Durchführungshinweise zur Vornahme der Verpflichtung

1. Die Vergabestelle prüft, ob die für die Leistungserbringung unter „Ergänzende Vereinbarungen“ des Vertrages benannten verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Auftragnehmerin / des Auftragnehmers bereits von der Freien und Hansestadt Hamburg verpflichtet wurden und diese Verpflichtung noch für den Zeitraum, den die Durchführung des Vertrages voraussichtlich in Anspruch nehmen wird, gültig ist. Zum Nachweis der im Vertrag gemachten Angaben sind die betreffenden Personen aufzufordern, Kopien der Niederschriften über die Verpflichtung bei der zuständigen Stelle einzureichen.
2. Sofern eine Verpflichtung von verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durch Dienststellen der Freien und Hansestadt Hamburg mit einer Gültigkeit für den voraussichtlichen Zeitraum der Durchführung des Vertrages nicht vorliegt, übermittelt die Vergabestelle dem zuständigen Rechtsamt/Rechtsabteilung bzw. der innerbehördlich für die Verpflichtung zuständigen Stelle vor Beginn der Arbeiten des Auftragnehmers eine Abschrift des Vertrages.
3. Die für die Verpflichtung zuständige Stelle verpflichtet dann die für die Leistungserbringung unter „Ergänzende Vereinbarungen“ des Vertrages benannten verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die noch nicht verpflichtet wurden bzw. bei denen die Gültigkeit der Verpflichtung während der Durchführung des Vertrages endet.

Die Verpflichtung wird für einen Zeitraum von 5 Jahren befristet.

Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung sollen alle in Frage kommenden Personen in einem Termin belehrt und verpflichtet werden.

4. Die Verpflichtung ist wie folgt vorzunehmen:
 - Es erfolgt eine mündliche Unterrichtung über die in der „Niederschrift und Erklärung über die Verpflichtung“ aufgeführten Strafvorschriften des Strafgesetzbuches. Dabei wird der Wortlaut der Strafvorschriften eröffnet und auf die strafrechtlichen Folgen einer Pflichtverletzung hingewiesen.
 - Die/Der Verpflichtete ist darüber zu belehren, dass die Verpflichtung innerhalb ihrer Geltungsdauer ohne weitere Erneuerung wirksam bleibt, wenn sie/er für die Freie und Hansestadt Hamburg tätig wird und Leistungen der Ausschreibung, der Vergabe, der Bauüberwachung oder der Bauoberleitung erbringt. Sie/Er ist ferner darauf hinzuweisen, dass die Niederschrift über die Verpflichtung als Nachweis bei zukünftigen Aufträgen zu verwenden ist und Kopien hiervon den Vergabestellen der Freien und Hansestadt Hamburg vorzulegen sind.
 - Im Anschluss an diese Belehrung haben der Auftraggeber und jede verpflichtete Person den Vordruck „Niederschrift und Erklärung über die Verpflichtung.....“ zu unterschreiben.
 - Mit der Unterschrift gibt die verpflichtete Person gleichzeitig eine Erklärung ab, dass sie auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet wurde.
 - Nach der Unterzeichnung erhält jede verpflichtete Person eine Kopie von dem Vordruck „Niederschrift und Erklärung über die Verpflichtung.....“ sowie von den in der Niederschrift aufgeführten Strafvorschriften sowie das Merkblatt „Verpflichtete“.

- Das Original des Vordrucks „Niederschrift und Erklärung über die Verpflichtung“ wird zu den Akten des Auftraggebers genommen.

Auszug aus dem Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1998; § 203 in der Fassung der Bekanntmachung vom 02.08.2000

StGB § 133 Verwahrungsbruch

(1) Wer Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen, die sich in dienstlicher Verwahrung befinden oder ihm oder einem anderen dienstlich in Verwahrung gegeben worden sind, zerstört, beschädigt, unbrauchbar macht oder der dienstlichen Verfügung entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Dasselbe gilt für Schriftstücke oder andere bewegliche Sachen, die sich in amtlicher Verwahrung einer Kirche oder anderen Religionsgemeinschaft des öffentlichen Rechts befinden oder von dieser dem Täter oder einem anderen amtlich in Verwahrung gegeben worden sind.

(3) Wer die Tat an einer Sache begeht, die ihm als Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten anvertraut worden oder zugänglich geworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

StGB § 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unbefugt

1. das nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen auf einen Tonträger aufnimmt oder
2. eine so hergestellte Aufnahme gebraucht oder einem Dritten zugänglich macht.

(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt

1. das nicht zu seiner Kenntnis bestimmte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen mit einem Abhörgerät abhört oder
2. das nach Absatz 1 Nr. 1 aufgenommene oder nach Absatz 2 Nr. 1 abgehörte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen im Wortlaut oder seinem wesentlichen Inhalt öffentlich mitteilt.

Die Tat nach Satz 1 Nr. 2 ist nur strafbar, wenn die öffentliche Mitteilung geeignet ist, berechtigten Interessen eines anderen zu beeinträchtigen. Sie ist nicht rechtswidrig, wenn die öffentliche Mitteilung zur Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen gemacht wird.

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Amtsträger oder als für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter die Vertraulichkeit des Wortes verletzt (Absätze 1 und 2)

(4) Der Versuch ist strafbar.

(5) Die Tonträger und Abhörgeräte, die der Täter oder Teilnehmer verwendet hat, können eingezogen werden. § 74 a ist anzuwenden.

StGB § 203 Verletzung von Privatgeheimnissen

(1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als

1. Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Apotheker oder Angehörigen eines anderen Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert,
2. Berufspsychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung,

3. Rechtsanwalt, Patentanwalt, Notar, Verteidiger in einem gesetzlich geordneten Verfahren, Wirtschaftsprüfer, vereidigtem Buchprüfer, Steuerberater, Steuerbevollmächtigten oder Organ oder Mitglied eines Organs der Rechtsanwalts-, Patentanwalts-, Wirtschaftsprüfungs-, Buchprüfungs- oder Steuerberatungsgesellschaft,
4. Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberater sowie Berater für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist,
- 4a. Mitglied oder Beauftragten einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes,
5. staatlich anerkanntem Sozialarbeiter oder staatlich anerkanntem Sozialpädagogen oder
6. Angehörigen eines Unternehmens der privaten Kranken-, Unfall- oder Lebensversicherung oder einer privatärztlichen Verrechnungsstelle,

anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als

1. Amtsträger,
2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,
3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,
4. Mitglied eines für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes tätigen Untersuchungsausschusses, sonstigen Ausschusses oder Rates, das nicht selbst Mitglied des Gesetzgebungsorgans ist, oder als Hilfskraft eines solchen Ausschusses oder Rates,
5. öffentlich bestelltem Sachverständigen, der auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist, oder
6. Person, die auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Geheimhaltungspflicht bei der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist,

anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist. Einem Geheimnis im Sinne des Satzes 1 stehen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse eines anderen gleich, die für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfasst worden ist; Satz 1 ist jedoch nicht anzuwenden, soweit solche Einzelangaben anderen Behörden oder sonstigen Stellen für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung bekanntgegeben werden und das Gesetz dies nicht untersagt.

(3) Einem in Absatz 1 Nr. 3 genannten Rechtsanwalt stehen andere Mitglieder einer Rechtsanwaltskammer gleich. Den in Absatz 1 Satz 1 Genannten stehen ihre berufsmäßig tätigen Gehilfen und die Personen gleich, die bei ihnen zur Vorbereitung auf den Beruf tätig sind. Den in Absatz 1 und den in Satz 1 und 2 Genannten steht nach dem Tod des zur Wahrung des Geheimnisses Verpflichteten ferner gleich, wer das Geheimnis von dem Verstorbenen oder aus dessen Nachlass erlangt hat.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auch anzuwenden, wenn der Täter das fremde Geheimnis nach dem Tod des Betreffenden unbefugt offenbart.

(5) Handelt der Täter gegen Entgelt in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

StGB § 204 Verwertung fremder Geheimnisse

(1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, zu dessen Geheimhaltung er nach § 203 verpflichtet ist, verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) § 203 Abs. 4 gilt entsprechend.

StGB § 331 Vorteilsannahme

(1) Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der für die Dienstausübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ein Richter oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(3) Die Tat ist nicht nach Absatz 1 strafbar, wenn der Täter einen nicht von sich geforderten Vorteil sich versprechen lässt oder annimmt und die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse entweder die Annahme vorher genehmigt hat oder der Täter unverzüglich bei ihr Anzeige erstattet und sie die Annahme genehmigt.

StGB § 332 Bestechlichkeit

(1) Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe. Der Versuch ist strafbar.

(2) Ein Richter oder Schiedsrichter, der einen Vorteil für sich oder einen Dritten als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, dass er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine richterlichen Pflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

(3) Falls der Täter den Vorteil als Gegenleistung für eine künftige Handlung fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, so sind die Absätze 1 und 2 schon dann anzuwenden, wenn er sich dem anderen gegenüber bereit gezeigt hat,

1. bei der Handlung seine Pflichten zu verletzen oder
2. soweit die Handlung in seinem Ermessen steht, sich bei Ausübung des Ermessens durch den Vorteil beeinflussen zu lassen.

StGB § 333 Vorteilsgewährung

(1) Wer einem Amtsträger, einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einem Soldaten der Bundeswehr für die Dienstausübung einen Vorteil für diesen oder einen Dritten anbietet, verspricht oder gewährt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Wer einem Richter oder Schiedsrichter einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er eine richterliche Handlung vorgenommen hat oder künftig vornehme, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) Die Tat ist nicht nach Absatz 1 strafbar, wenn die zuständige Behörde im Rahmen ihrer Befugnisse entweder die Annahme des Vorteils durch den Empfänger vorher genehmigt hat oder sie auf unverzügliche Anzeige des Empfängers genehmigt.

StGB § 334 Bestechung

(1) Wer einem Amtsträger, einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einem Soldaten der Bundeswehr einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.

(2) Wer einem Richter oder Schiedsrichter einen Vorteil für diesen oder einen Dritten als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, dass er eine richterliche Handlung

1. vorgenommen und dadurch seine richterlichen Pflichten verletzt hat oder
2. künftig vornehme und dadurch seine richterlichen Pflichten verletzen würde,

wird in den Fällen der Nummer 1 mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren, in den Fällen der Nummer 2 mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(3) Falls der Täter den Vorteil als Gegenleistung für eine künftige Handlung anbietet, verspricht oder gewährt, so sind die Absätze 1 und 2 schon dann anzuwenden, wenn er den anderen zu bestimmen versucht, dass dieser

1. bei der Handlung seine Pflichten verletzt oder,
2. soweit die Handlung in seinem Ermessen steht, sich bei der Ausübung des Ermessens durch den Vorteil beeinflussen lässt.

StGB § 335 Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung

(1) In besonders schweren Fällen wird

1. eine Tat nach
 - a) § 332 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Abs. 3, und
 - b) § 334 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2, jeweils auch in Verbindung mit Abs. 3, mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren und
2. eine Tat nach § 332 Abs. 2, auch in Verbindung mit Abs. 3, mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft.

(2) Ein besonders schwerer Fall im Sinne des Absatzes 1 liegt in der Regel vor, wenn

1. die Tat sich auf einen Vorteil großen Ausmaßes bezieht,
2. der Täter fortgesetzt Vorteile annimmt, die er als Gegenleistung dafür gefordert hat, dass er eine Diensthandlung künftig vornehme, oder
3. der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat.

StGB § 353b Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht

(1) Wer ein Geheimnis, dass ihm als

1. Amtsträger
2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder
3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,

anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist, unbefugt offenbart und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Hat der Täter durch die Tat fahrlässig wichtige öffentliche Interessen gefährdet, so wird er mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Wer, abgesehen von den Fällen des Absatzes 1, unbefugt einen Gegenstand oder eine Nachricht, zu deren Geheimhaltung er

1. auf Grund des Beschlusses eines Gesetzgebungsorgans des Bundes oder eines Landes oder eines Landes oder eines seiner Ausschüsse verpflichtet worden ist oder
2. von einer anderen amtlichen Stelle unter Hinweis auf die Strafbarkeit der Verletzung der Geheimhaltungspflicht förmlich verpflichtet worden ist,

an einen anderen gelangen lässt oder öffentlich bekanntmacht und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Die Tat wird nur mit Ermächtigung verfolgt. Die Ermächtigung wird erteilt

1. von dem Präsidenten des Gesetzgebungsorgans
 - a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit bei einem oder für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes bekanntgegeben worden ist.
 - b) in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 1
2. von der obersten Bundesbehörde
 - a) in den Fällen des Absatzes 1, wenn dem Täter das Geheimnis während seiner Tätigkeit sonst bei einer oder für eine Behörde oder bei einer anderen amtlichen Stelle des Bundes oder für eine solche Stelle bekanntgeworden ist,
 - b) in den Fällen des Absatzes 2 Nr. 2, wenn der Täter von einer amtlichen Stelle des Bundes verpflichtet worden ist;
3. von der obersten Landesbehörde in allen übrigen Fällen der Absätze 1 und 2 Nr. 2.

StGB § 358 Nebenfolgen

Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wegen einer Straftat nach den §§ 332, 335, 339, 340, 343, 344, 345 Abs. 1 und 3, §§ 348, 352 bis 353b Abs. 1, §§ 355 und 357 kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden (§ 45 Abs. 2) aberkennen.

StGB § 194 Strafantrag

(bei Beleidigung, StGB § 185)

(1) Die Beleidigung wird nur auf Antrag verfolgt.

.....

(3) Ist die Beleidigung gegen einen Amtsträger, einen für den Öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten...während der Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf seinen Dienst begangen, so wird sie auch auf Antrag des Dienstvorgesetzten verfolgt. Richtet sich die Tat gegen eine Behörde oder eine sonstige Stelle, die Aufgaben der Öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, so wird sie auf Antrag des Behördenleiters oder des Leiters der aufsichtführenden Behörde verfolgt.

StGB § 230 Strafantrag

(bei Körperverletzungsdelikten)

(1) Die vorsätzliche Körperverletzung nach § 223 und die fahrlässige Körperverletzung nach § 229 werden nur auf Antrag verfolgt, es sei denn, dass die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten hält.

(2) Ist die Tat gegen einen Amtsträger, einen für den Öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einen Soldaten der Bundeswehr während der Ausübung seines Dienstes oder in Beziehung auf seinen Dienst begangen, so wird sie auch auf Antrag des Dienstvorgesetzten verfolgt.

Anmerkung:

Die vorgenannten Paragraphen sind in der jeweils aktuellen Fassung gültig.

Merkblatt

für Personen, die dem öffentlichen Dienst besonders verpflichtet sind
– Verpflichtete –

Kaum eine Straftat belastet die Allgemeinheit so umfassend wie Korruption. Sie schädigt den Wettbewerb, den Staat und alle Steuerzahler. Jede Bestechung, jede Vorteilsnahme untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die öffentliche Verwaltung genauso wie in das Geschäftsgebaren der Wirtschaft.

- Der Gesetzgeber stellt solche Personen, die für den öffentlichen Dienst besonders verpflichtet sind „Verpflichtete“, den Amtsträgern (§ 11 StGB) gleich.
- In diesem Zusammenhang kommt den Vorschriften über Vorteilsannahme/-gewährung (§§ 322, 334 f StGB) eine besondere Bedeutung zu.

Auszug aus dem § 331 StGB (Vorteilsannahme)

„Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der für die Dienstausübung einen Vorteil für sich oder einen Dritten fordert, sich versprechen lässt oder annimmt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft“

- Diese Strafvorschrift verdeutlicht, dass es nicht geboten ist, von Vertragspartnern Geschenke und Zuwendungen zu fordern oder anzunehmen, die dazu geeignet oder bestimmt sind, den Amtsträger oder Verpflichteten für ihre Interessen geneigt zu machen.
- Vor dem Hintergrund des erhöhten moralischen Anspruchs an ihre Tätigkeit, kann es sich für Amtsträger und Verpflichtete schon verbieten, beispielsweise an unangemessenen Bewirtungen teilzunehmen, oder Geschenke bzw. Zuwendungen anzunehmen, die einen höheren Wert als sogenannte Werbeartikel (Streugeschenke) haben.

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte entweder an die

Zentrale Beratungsstelle des
Dezernats Interne Ermittlungen
Tel: 040 / 4286 – 67341

oder an die

Staatsanwaltschaft Hamburg
Tel: 040 / 42843 - 4045



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Amt>

<Abt.>

<Abschnitt>

<Strasse>

D - Hamburg

Telefon 040 - - Zentrale -

Telefax 040 - -

Behördennetz 0 -

Ansprechpartner:

E-Mail:

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den

Veröffentlichung einer Bekanntmachung

Baumaßnahme:

Leistung:

Verfahrensart:

Anlage: Bekanntmachungstext

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte, die beiliegende Bekanntmachung zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu veröffentlichen.

Ansprechpartner für Rückfragen ist:

Tel.:

E-Mail:

Fax:

Bei der Erstellung der Druckfassung bitte ich zu beachten:

Innerhalb einer Gliederungsnummer sind die Texte - soweit möglich - fortlaufend zu drucken.

Nicht benötigte Texte sind gestrichen.

Mit freundlichen Grüßen



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Gemeinschaften
2, rue Mercier
L - 2985 Luxembourg

<Amt>
<Abt.>
<Abschnitt>
<Strasse>
D - Hamburg
Telefon 040 - - Zentrale -
Telefax 040 - -
Behördennetz 0 -
Ansprechpartner:
E-Mail:
Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den

Veröffentlichung einer Bekanntmachung

Baumaßnahme:

Leistung:

Verfahrensart:

Anlage: Bekanntmachungstext

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte, die beiliegende Bekanntmachung zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu veröffentlichen.

Ansprechpartner für Rückfragen ist:

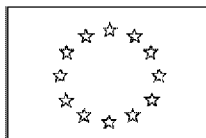
Tel.:

E-Mail:

Fax:

Ich bitte um Übersendung eines Nachweises über die Veröffentlichung an die obenstehende Anschrift.

Mit freundlichen Grüßen



EUROPÄISCHE UNION

Veröffentlichung des Supplements zum Amtsblatt der Europäischen Union

2, rue Mercier, L-2985 Luxemburg

E-mail: mp-ojs@opoce.cec.eu.int

Fax: (352) 29 29 42 670

Infos & Online-Formulare: <http://simap.eu.int>

BEKANNTMACHUNG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)

Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
Kontaktstelle(n): Bearbeiter:	Telefon:	
E-mail:	Fax:	
Internet-Adresse(n) (falls zutreffend) Hauptadresse des Auftraggebers (URL): Adresse des Beschafferprofils (URL):		

Weitere Auskünfte erteilen:	<input type="checkbox"/> die oben genannten Kontaktstellen <input type="checkbox"/> andere Stellen: <i>bitte Anhang A.I ausfüllen</i>
Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:	<input type="checkbox"/> den oben genannten Kontaktstellen <input type="checkbox"/> anderen Stellen: <i>bitte Anhang A.II ausfüllen</i>
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:	<input type="checkbox"/> die oben genannten Kontaktstellen <input type="checkbox"/> andere Stellen: <i>bitte Anhang A.III ausfüllen</i>

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

<input type="checkbox"/> Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen <input type="checkbox"/> Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene <input type="checkbox"/> Regional- oder Lokalbehörde <input type="checkbox"/> Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene <input type="checkbox"/> Einrichtung des öffentlichen Rechts <input type="checkbox"/> Europäische Institution / Agentur oder internationale Organisation <input type="checkbox"/> Sonstiges (bitte angeben):	<input type="checkbox"/> Allgemeine öffentliche Verwaltung <input type="checkbox"/> Verteidigung <input type="checkbox"/> Öffentliche Sicherheit und Ordnung <input type="checkbox"/> Umwelt <input type="checkbox"/> Wirtschaft und Finanzen <input type="checkbox"/> Gesundheit <input type="checkbox"/> Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen <input type="checkbox"/> Sozialwesen <input type="checkbox"/> Freizeit, Kultur und Religion <input type="checkbox"/> Bildung <input type="checkbox"/> Sonstiges (bitte angeben):
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) BESCHREIBUNG

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber		
II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung (Bitte nur eine Kategorie - Bauleistung, Lieferung oder Dienstleistung - auswählen, und zwar die, die dem Auftrags- oder Beschaffungsgegenstand am ehesten entspricht)		
(a) Bauleistung <input type="checkbox"/>	(b) Lieferung <input type="checkbox"/>	(c) Dienstleistung <input checked="" type="checkbox"/>
Ausführung <input type="checkbox"/> Planung und Ausführung <input type="checkbox"/> Erbringung einer Bauleistung, gleichgültig mit welchen Mitteln, gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen <input type="checkbox"/>	Kauf <input type="checkbox"/> Leasing <input type="checkbox"/> Miete <input type="checkbox"/> Mietkauf <input type="checkbox"/> Eine Kombination davon <input type="checkbox"/>	Dienstleistungskategorie: Nr. 12 (Dienstleistungskategorien 1 – 27, siehe Richtlinie 2004/18/EG, Anhang II)
Hauptausführungsort	Hauptlieferort	Hauptort der Dienstleistung
NUTS – Code	NUTS – Code	NUTS – Code
II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung		
Öffentlicher Auftrag <input type="checkbox"/> Aufbau eines dynamischen Beschaffungssystems (DBS) <input type="checkbox"/> Abschluss einer Rahmenvereinbarung <input type="checkbox"/>		
II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung (falls zutreffend)		
Rahmenvereinbarung mit mehreren Wirtschaftsteilnehmern <input type="checkbox"/> Zahl oder, falls zutreffend, Höchstzahl der an der geplanten Rahmenvereinbarung Beteiligten	Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer <input type="checkbox"/>	
Laufzeit der Rahmenvereinbarung: in Jahren oder Monaten Begründung, falls die Laufzeit der Rahmenvereinbarung vier Jahre übersteigt:		

Geschätzter Gesamtwert des Auftrags über die Gesamtlaufzeit der Rahmenvereinbarung <i>(falls zutreffend; in Zahlen):</i>		
Geschätzter Wert ohne MwSt.:	Währung:	
ODER Spanne von bis	Währung:	
Periodizität und Wert der zu vergebenden Aufträge <i>(falls möglich)</i> :		
II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens		
II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)		
	Hauptteil	Zusatzteil <i>(falls zutreffend)</i>
Hauptgegenstand	. . . -	- -
Ergänzende Gegenstände	. . . -	- -
	. . . -	- -
	. . . -	- -
	. . . -	- -
II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>		
II.1.8) Aufteilung in Lose Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>		
<i>(Verwenden Sie für die Angaben zu den Losen Anhang B, und zwar ein Formular pro Los)</i>		
Wenn ja , sollten die Angebote wie folgt eingereicht werden <i>(bitte nur ein Kästchen ankreuzen)</i> :		
nur für ein Los <input type="checkbox"/>	für ein oder mehrere Lose <input type="checkbox"/>	für alle Lose <input type="checkbox"/>
II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>		

II.2) MENGE ODER UMFANG DES AUFTRAGS

II.2.1) Gesamtmenge bzw. –umfang <i>(einschließlich aller Lose und Optionen, falls zutreffend)</i>	
<i>Falls bekannt</i> , geschätzter Wert ohne MwSt. <i>(in Zahlen)</i> :	Währung:
oder Spanne von bis	Währung:

II.2.2) Optionen (falls zutreffend):

Ja ☐ Nein ☐

Wenn ja, Beschreibung der Optionen:

Falls bekannt: voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen:

in Monaten oder Tagen (ab Auftragsvergabe)

Zahl der möglichen Verlängerungen (falls zutreffend): oder Spanne: von bis

Falls bekannt: voraussichtlicher Zeitrahmen für Folgeverträge bei verlängerbaren Liefer- oder Dienstleistungsaufträgen:

in Monaten oder Tagen (ab Auftragsvergabe)

II.3) VERTRAGSLAUFZEIT BZW. BEGINN UND ENDE DER AUFTRAGSAUSFÜHRUNG

Dauer in Monaten oder Tagen (ab Auftragsvergabe)

oder Beginn: / / (tt/mm/jjjj)

Ende: / / (tt/mm/jjjj)

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) BEDINGUNGEN FÜR DEN AUFTRAG

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten (falls zutreffend)

Haftpflichtversicherung:

Personenschäden: 1.500.000 EUR

Sonstige Schäden: 500.000 EUR

Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend)

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird (falls zutreffend)

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung

Ja ☐ Nein ☐

(falls zutreffend):

Wenn ja, Darlegung der besonderen Bedingungen

III.2) TEILNAHMEBEDINGUNGEN

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers gem. II.1.1), einzureichen.

Für den Fall, dass die Bewerberin oder der Bewerber beabsichtigt, sich bei der Erfüllung des Auftrages der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen (z.B. durch Unteraufträge), so sind auch für diese Unternehmen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zu diesen bestehenden Verbindungen, folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise vorzulegen:

Folgende in Ziff. III.2.1 bis III.2.3 geforderten Erklärungen und Nachweise gem. VOF sind in der aufgeführten Reihenfolge geheftet vorzulegen. Darüber hinausgehende Informationsunterlagen sind nicht erwünscht. Fremdsprachige Bescheinigungen bedürfen einer Übersetzung in die deutsche Sprache.

- Angaben, ob und auf welche Art die Bewerberin bzw. Bewerber wirtschaftlich mit Unternehmen verknüpft ist oder ob und auf welche Art sie oder er auf den Auftrag bezogen in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeitet, sofern dem nicht berufsrechtliche Vorschriften entgegenstehen.

- Formlose Erklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

- Namen / berufliche Qualifikation der Personen, die die Leistungen im Auftragsfall tatsächlich erbringen sollen

- Juristische Personen haben einen aktuellen Handelsregistrauszug bzw. eine gleichwertige Bescheinigung des Herkunftslandes, nicht älter als 3 Monate, beizubringen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Bescheinigung über den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung.	Möglicherweise geforderte Mindeststandards (falls zutreffend): vgl. III.1.1
III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit	
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen mit der Angabe des Rechnungswertes, der Leistungszeit sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber der erbrachten Dienstleistungen, - bei Leistungen für öffentliche Auftraggeber durch eine von der zuständigen Behörde ausgestellte oder beglaubigte Bescheinigung - bei Leistungen für private Auftraggeber durch eine vom Auftraggeber ausgestellte Bescheinigung; ist eine derartige Bescheinigung nicht erhältlich, so ist eine einfache Erklärung des Bewerbers zulässig	Möglicherweise geforderte Mindeststandards (falls zutreffend):
III.2.4) Vorbehaltene Aufträge (falls zutreffend): Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
Der Auftrag ist geschützten Werkstätten vorbehalten <input type="checkbox"/>	
Die Auftragsausführung ist auf Programme für geschützte Beschäftigungsverhältnisse beschränkt <input type="checkbox"/>	

III.3) BESONDERE BEDINGUNGEN FÜR DIENSTLEISTUNGSaufträge

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja, Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift	
III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) VERFAHRENSART

IV.1.1) Verfahrensart		
Offenes Verfahren	<input type="checkbox"/>	
Nichtoffenes Verfahren	<input type="checkbox"/>	
Beschleunigtes nichtoffenes Verfahren	<input type="checkbox"/>	Gründe für die Wahl des beschleunigten Verfahrens:
Verhandlungsverfahren	<input type="checkbox"/>	Bewerber sind bereits ausgewählt worden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Wenn ja, bitte Namen und Anschriften der bereits ausgewählten Wirtschaftsteilnehmer in Abschnitt VI.3) Sonstige Informationen angeben
Beschleunigtes Verhandlungsverfahren	<input type="checkbox"/>	Gründe für die Wahl des beschleunigten Verfahrens:
Wettbewerblicher Dialog	<input type="checkbox"/>	
IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden (nichtoffenes Verfahren, Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog) Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer ODER geplante Mindestzahl und, falls zutreffend, Höchstzahl Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:		
IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs (Verhandlungsverfahren, wettbewerblicher Dialog) Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>		

IV.2) ZUSCHLAGSKRITERIEN

IV.2.1) Zuschlagskriterien (bitte Zutreffendes ankreuzen)			
Niedrigster Preis		<input type="checkbox"/>	
oder			
Wirtschaftlich günstigstes Angebot		<input checked="" type="checkbox"/>	in Bezug auf:
<input type="checkbox"/> die nachstehenden Kriterien (die Zuschlagskriterien sollten mit ihrer Gewichtung angegeben werden bzw. in absteigender Reihenfolge ihrer Wichtigkeit, wenn eine Gewichtung nachweislich nicht möglich ist)			
<input type="checkbox"/> die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind			

Kriterien	Gewichtung	Kriterien	Gewichtung
1.		6.	
2.		7.	
3.		8.	
4.		9.	
5.		10.	

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt		Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja, zusätzliche Angaben zur elektronischen Auktion (falls zutreffend)			

IV.3) VERWALTUNGSINFORMATIONEN

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber (falls zutreffend)			

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags		Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja,			
Vorinformation	<input type="checkbox"/>	Bekanntmachung über ein Beschafferprofil	<input type="checkbox"/>
Bekanntmachungsnummer im ABl:	/S -	vom	/ / (tt/mm/jjjj)
Sonstige frühere Bekanntmachungen (falls zutreffend)		<input type="checkbox"/>	
Bekanntmachungsnummer im ABl:	/S -	vom	/ / (tt/mm/jjjj)
Bekanntmachungsnummer im ABl:	/S -	vom	/ / (tt/mm/jjjj)

IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen
(ausgenommen bei einem DBS) bzw. der Beschreibung (bei einem wettbewerblichen Dialog)

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen

Tag: / / (tt/mm/jjjj)

Uhrzeit:

Die Unterlagen sind kostenpflichtig

Ja ☐ Nein ☐

Wenn ja, Preis (in Zahlen):

Währung:

Zahlungsbedingungen und -weise:

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge

Tag: / / (tt/mm/jjjj)

Uhrzeit:

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

(falls bekannt) (bei nichtoffenen Verfahren, Verhandlungsverfahren, und beim wettbewerblichen Dialog)

Tag: / / (tt/mm/jjjj)

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können

ES	CS	DA	DE	ET	EL	EN	FR	IT	LV	LT	HU	MT	NL	PL	PT	SK	SL	FI	SV
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sonstige:

IV.3.7) Bindefrist des Angebots (bei offenen Verfahren)

Bis: / / (tt/mm/jjjj)

ODER Frist in Monaten oder Tagen (ab Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: / / (tt/mm/jjjj)

Uhrzeit:

Ort (falls zutreffend):

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen (falls zutreffend)

Ja ☐ Nein ☐

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) DAUERAUFTRAG <i>(falls zutreffend)</i>	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja, voraussichtlicher Zeitpunkt weiterer Bekanntmachungen:		
VI.2) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja, geben Sie an, um welche Vorhaben und/oder Programme es sich handelt		
VI.3) SONSTIGE INFORMATIONEN <i>(falls zutreffend)</i>		
VI.4) NACHPRÜFUNGSVERFAHREN/RECHTSBEHELFSVERFAHREN		
VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren		
Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
E-mail:	Telefon:	
Internet-Adresse (URL):	Fax:	
Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren <i>(falls zutreffend)</i>		
Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
E-mail:	Telefon:	
Internet-Adresse (URL):	Fax:	
VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen <i>(bitte Abschnitt VI.4.2 ODER ggf. Abschnitt VI.4.3 ausfüllen)</i>		
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:		
Gem. § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.		
VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind		
Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
E-mail:	Telefon:	
Internet-Adresse (URL):	Fax:	
VI.5) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG: / / <i>(tt/mm/jjjj)</i>		

ANHANG A SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN, BEI DENEN NÄHERE AUSKÜNFTE ERHÄLTICH SIND

Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
Kontaktstelle(n): zu Händen von		Telefon:
E-mail:		Fax:
Internet-Adresse (URL):		

II) ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN, BEI DENEN VERDINGUNGS-/AUSSCHREIBUNGS- UND ERGÄNZENDE UNTERLAGEN ERHÄLTICH SIND (EINSCHLIESSLICH UNTERLAGEN FÜR DEN WETTBEWERBLICHEN DIALOG UND EIN DYNAMISCHES BESCHAFFUNGSSYSTEM)

Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
Kontaktstelle(n): zu Händen von		Telefon:
E-mail:		Fax:
Internet-Adresse (URL):		

III) ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN, AN DIE ANGEBOTE/TEILNAHMEANTRÄGE ZU SENDEN SIND

Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
Kontaktstelle(n): zu Händen von		Telefon:
E-mail:		Fax:
Internet-Adresse (URL):		

ANHANG B ANGABEN ZU DEN LOSEN

LOS-NR. BEZEICHNUNG:

1) KURZE BESCHREIBUNG		
2) GEMEINSAMES VOKABULAR FÜR ÖFFENTLICHE AUFTRÄGE (CPV)		
	Hauptteil	Zusatzteil (falls zutreffend)
Hauptgegenstand	. . . -	- -
Ergänzende Gegenstände	. . . -	- -
	. . . -	- -
	. . . -	- -
	. . . -	- -
3) MENGE ODER UMFANG		
<i>Falls bekannt, geschätzter Wert ohne MwSt. (in Zahlen):</i> Währung:		
<i>ODER</i> Spanne von bis Währung:		
4) ABWEICHUNG VON DER VERTRAGSLAUFZEIT ODER DEM BEGINN BZW. ENDE DES AUFTRAGS		
(falls zutreffend):		
Laufzeit in Monaten oder Tagen (ab Auftragsvergabe)		
<i>oder</i> Beginn: / / (tt/mm/jjjj)		
Ende: / / (tt/mm/jjjj)		
5) WEITERE ANGABEN ZU DEN LOSEN		

----- (Verwenden Sie ein Formular pro Los) -----

Hinweise zum Ausfüllen der „Bekanntmachung“

Anmerkung: Die Nummerierung entspricht der des Vordrucks „Bekanntmachung“
(siehe VV-Bau – Anlage 5-130).

- Es müssen grundsätzlich alle Felder ausgefüllt werden.
- Felder mit der Anmerkung „falls zutreffend“ u.ä. müssen ausgefüllt werden, wenn die Angaben verfügbar und relevant sind.

Abschnitt I : Öffentlicher Auftraggeber

- I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers
- Bei Maßnahmen der FHH (Auftraggeber) ist anzukreuzen:
Regional- oder Lokalbehörde;
bei Maßnahmen des Bundes (Auftraggeber):
Ministerium oder sonstige zentral-
oder bundesstaatliche Behörde einschließlich
regionaler oder lokaler Unterabteilungen
- und Haupttätigkeit(en)
- Hier ist die jeweilige Fachrichtung der ausschreibenden Behörde anzukreuzen, ggf. auch nach Ressorts differenziert. In Zweifelsfällen sollte „Allgemeine öffentliche Verwaltung“ angekreuzt werden.

Abschnitt II : Auftragsgegenstand

- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber
- Gewählte Kurzbezeichnung für die gesamte Maßnahme.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
- II.1.2(c) Dienstleistung
- Bei „Architektur, technische Beratung und Planung; integrierte technische Leistungen; Stadt- und Landschaftsplanung; zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung; technische Versuche und Analysen“ ist die **Kategorie 12** einzutragen.
- NUTS – Code
- Kann unter der Adresse: <http://simap.europa.eu> und dort dann weiter im Abschnitt „CPV und weitere Nomenklaturen“ und dann weiter unter „NUTS“ eingesehen werden.
Für Hamburg ist derzeit der Code „DE 600“ allgemein verbindlich.
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhaben
- Beschreibung / Gegenstand der Maßnahme mit den zu erbringenden Leistungen ggf. mit Bezug auf die HOAI.
Siehe Ziff. 5.4.6 der RL.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
- Entsprechend § 14 VgV ist das gemeinsame Vokabular (CPV) zu verwenden, das unter der Adresse:
<http://simap.europa.eu>
und dann weiter im Abschnitt „CPV und weitere Nomenklaturen“ eingesehen werden kann. Siehe
http://simap.europa.eu/index_de.htm.
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):
- Das Beschaffungsübereinkommen (GPA) ist anwendbar bei Dienstleistungsaufträgen der Kategorie 12 (CPC 867) Siehe
http://simap.europa.eu/index_de.htm.

- | | |
|----------------------------------|---|
| II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang | Beschreibung der Maßnahme mit den zu erbringenden Leistungen in Bezug auf Gesamtmenge und –umfang ggf. mit Bezug auf die HOAI (z.B. Leistungsphasen nach HOAI und Grundflächen, Raum-inhalte, Nutzeinheiten, Länge bei Linienbauwerken).
Siehe Ziff. 5.4.6 der RL. |
| II.2.2) Optionen | Siehe Ziff. 5.2 der RL.
Die Vertragsmuster der VV-Bau Anlagen 5-320 bis 5-440 sehen Optionen für die weiteren Stufen vor. |

Abschnitt III : Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Informationen

- | | |
|---|---|
| III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten | Haftpflichtversicherung:
Personenschäden: 1.500.000 EUR
Sonstige Schäden: 500.000 EUR
Je nach Maßnahme sind auch höhere Deckungssummen der Haftpflichtversicherung zu fordern.
Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.
Siehe Ziff. 5.4.8 der RL. |
| III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw.

Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften | Angaben im Regelfall nicht erforderlich. Vertragliche Regelungen:
Siehe „§ 8 der Allgemeinen Vertragsbestimmungen“ |
| III.1.3) Rechtsform, die eine Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird, haben muss | Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
Siehe Ziff. 5.4.5 der RL. |
| III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister | Für den Fall, dass in III.3.1 der Beruf des Beratenden Ingenieurs oder Ingenieurs gefordert wird, sind hier die entsprechenden Nachweise zu fordern. Entsprechendes gilt hinsichtlich einer geforderten Bauvorlageberechtigung.
Zur Thematik Unteraufträge siehe Ziff. 5.4.8.1 der RL. |
| III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit | Siehe Ziff. 5.4.8 der RL. Die im Vordruck „Bekanntmachung“ vorgegebenen Nachweise sind mindestens von der Bewerberin bzw. von dem Bewerber zu verlangen. |
| III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit | Siehe Ziff. 5.4.8 der RL. Die im Vordruck „Bekanntmachung“ vorgegebenen Nachweise sind mindestens von der Bewerberin bzw. von dem Bewerber zu verlangen. Weitere Nachweise müssen § 5 Abs. 5 VOF entsprechen. |
| III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten | Beinhaltet die Leistung das genehmigungsbedürftige Errichten oder Ändern von Gebäuden „Ja“ ankreuzen und als „Bezugnahme auf die einschlägigen Rechts- oder Verwaltungsvorschrift“ angeben: „Die Bewerberin/der Bewerber muss bauvorlageberechtigt nach § 67 der Hamburgischen Bauordnung sein.
Gemäß § 19 VOF kann der Beruf des Architekten bzw. des Beratenden Ingenieurs oder Ingenieurs gefordert werden. In dem Fall ist jeder zuzulassen, der nach dem geltenden Landesrecht berechtigt ist, diese Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt, Beratender Ingenieur oder Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind zuzulassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen Verantwortlichen mit entsprechender Qualifikation benennen.
Siehe Ziff. 5.4.17 der RL. |

- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Person angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein soll „Ja“ ankreuzen.

Abschnitt IV : Verfahren

- IV.1.1) Verfahrensart
Hier ist grundsätzlich das „Verhandlungsverfahren“ anzukreuzen. Falls „Beschleunigtes Verhandlungsverfahren“ siehe Ziff. 5.4.9 der RL.
- Sind bereits Bewerber ausgewählt worden?
Siehe Ziff. 5.4.4 der RL.
- Gründe für die Wahl des beschleunigten Verfahrens
Siehe Ziff. 5.4.9 der RL.
- IV.1.2) Beschränkung Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden
Die Anzahl der zur Verhandlung zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber darf nicht unter 3 liegen
Siehe Ziff. 5.4.4 der RL.
Die der Auswahl im Teilnahmewettbewerb zugrunde gelegten Eignungskriterien sind zwingend zu benennen. Dies gilt auch für die Gewichtung, falls zum Zeitpunkt der Bekanntmachung schon bekannt. Siehe Ziff. 5.4.8 der RL.
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
Der Auftraggeber kann vorsehen, dass das Verhandlungsverfahren in verschiedenen aufeinander folgenden Phasen abgewickelt wird, um so die Zahl der Angebote , über die verhandelt wird, anhand der in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen angegebenen Zuschlagskriterien zu verringern. Siehe § 3 Abs. 2 VOF.
- IV.2.1) Zuschlagskriterien
Siehe Ziff. 5.4.11.2 der RL.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge
Siehe Ziff. 5.4.9 der RL.
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote
Beim Verhandlungsverfahren nach VOF sind keine Angaben erforderlich.

Abschnitt VI: Zusätzliche Informationen

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Die Angabe der Vergabekammer ist zwingend erforderlich.
Siehe Ziff. 5.4.16 der RL.

Anhang A

Wenn im Abschnitt I unter I.1.) weitere Kontakt bzw. Auskunftgebende Stellen genannt werden sollen, sind die erforderlichen Angaben im Anhang A unter I)-III) einzutragen.

Anhang B

Wenn unter II.1.8) das ja angekreuzt wurde, ist pro Los ein Formular auszufüllen.



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Amt>
<Abt.>
<Abschnitt>
<Strasse>

D - Hamburg
Telefon 040 - - Zentrale -
Telefax 040 - -
Behördennetz 0 -

Ansprechpartner:
E-Mail:

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den

Baumaßnahme:

Leistung:

Verfahrensart:

Ihre Bewerbung vom

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihre Bewerbung zum o.g. Verhandlungsverfahren bedanke ich mich.

Nach Prüfung der von Ihnen eingereichten Unterlagen muss ich Ihnen jedoch leider mitteilen, dass Ihre Bewerbung im weiteren Verfahren angesichts einer Vielzahl eingegangener Bewerbungen nicht berücksichtigt werden konnte. So wurden nur Bewerber ausgewählt, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

Die Entscheidung beruht im Wesentlichen auf folgenden Gründen:

Mit freundlichen Grüßen



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Amt>

<Abt. >

<Abschnitt>

<Strasse>

D - Hamburg

Telefon 040 - - Zentrale -

Telefax 040 - -

Behördennetz 0 -

Ansprechpartner:

E-Mail:

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den

Baumaßnahme:

Leistung:

Verfahrensart:

☐ Ihr Angebot vom

☐ Ihre Präsentation vom

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit informieren wir Sie gemäß § 101a Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), dass Sie nicht beauftragt werden sollen.

Wir beabsichtigen,

mit den Leistungen zu beauftragen.

Frühester Zeitpunkt für den Vertragsschluss gemäß § 101a GWB ist der .

Gründe:

☐ Auf Ihr Angebot kann der Auftrag nicht erteilt werden, weil es unter Berücksichtigung aller Kriterien nicht die bestmögliche Leistung erwarten lässt.

Hierfür sind im Einzelnen folgende Kriterien maßgebend:

- | | |
|---|---|
| ▪ <input type="checkbox"/> Qualität | <input type="checkbox"/> Zweckmäßigkeit |
| ▪ <input type="checkbox"/> vorgesehene Konzeption | <input type="checkbox"/> Kundendienst u. technische Hilfe |
| ▪ <input type="checkbox"/> fachlicher Wert | <input type="checkbox"/> Preis/Honorar |
| ▪ <input type="checkbox"/> technischer Wert | <input type="checkbox"/> Leistungszeitpunkt |
| ▪ <input type="checkbox"/> Ästhetik | <input type="checkbox"/> Ausführungszeitraum oder -frist |
| ▪ <input type="checkbox"/> Umwelteigenschaften | <input type="checkbox"/> |

Erläuterung:

Wir danken für Ihre Beteiligung.

Mit freundlichen Grüßen



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Amt>

<Abt.>

<Abschnitt>

<Strasse>

D - Hamburg

Telefon 040 - - Zentrale -

Telefax 040 - -

Ansprechpartner:

E-Mail:

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den

Baumaßnahme:

Leistung:

Verfahrensart:

Sehr geehrte Damen und Herren,

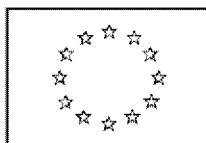
nach dem derzeitigen Stand des Vergabeverfahrens beabsichtigen wir mit Ihnen einen Vertrag über

<Beschreibung der Maßnahme mit den zu erbringenden Leistungen>

zu schließen.

Frühester Zeitpunkt für den Vertragsschluss gem. § 101a GWB ist der .

Mit freundlichen Grüßen



EUROPÄISCHE UNION

Veröffentlichung des Supplements zum Amtsblatt der Europäischen Union

2, rue Mercier, L-2985 Luxemburg

E-Mail: mp-ojs@opoce.cec.eu.int

Fax: (352) 29 29 42 670

Infos & Online-Formulare: <http://simap.eu.int>

BEKANNTMACHUNG ÜBER VERGEBENE AUFTRÄGE

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)

Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
Kontaktstelle(n): Bearbeiter:	Telefon:	
E-mail:	Fax:	
Internet-Adresse(n) (falls zutreffend) Hauptadresse des Auftraggebers (URL): Adresse des Beschafferprofils (URL):		

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

<input type="checkbox"/> Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen <input type="checkbox"/> Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene <input type="checkbox"/> Regional- oder Lokalbehörde <input type="checkbox"/> Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene <input type="checkbox"/> Einrichtung des öffentlichen Rechts <input type="checkbox"/> Europäische Institution / Agentur oder internationale Organisation <input type="checkbox"/> Sonstiges (bitte angeben):	<input type="checkbox"/> Allgemeine öffentliche Verwaltung <input type="checkbox"/> Verteidigung <input type="checkbox"/> Öffentliche Sicherheit und Ordnung <input type="checkbox"/> Umwelt <input type="checkbox"/> Wirtschaft und Finanzen <input type="checkbox"/> Gesundheit <input type="checkbox"/> Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen <input type="checkbox"/> Sozialwesen <input type="checkbox"/> Freizeit, Kultur und Religion <input type="checkbox"/> Bildung <input type="checkbox"/> Sonstiges (bitte angeben):
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) BESCHREIBUNG

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber		
II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, der Lieferung bzw. der Dienstleistung <i>(Bitte nur eine Kategorie - Bauleistung, Lieferung oder Dienstleistung - auswählen, und zwar die, die dem Auftrags- oder Beschaffungsgegenstand am ehesten entspricht)</i>		
(a) Bauleistung <input type="checkbox"/>	(b) Lieferung <input type="checkbox"/>	(c) Dienstleistung <input checked="" type="checkbox"/>
Ausführung <input type="checkbox"/>	Kauf <input type="checkbox"/>	Dienstleistungskategorie: Nr. 1 2
Planung und Ausführung <input type="checkbox"/>	Leasing <input type="checkbox"/>	Sind Sie mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung für die Dienstleistungskategorien 17 – 27 (s. <i>Anhang C</i>) einverstanden? <div style="text-align: right;">Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/></div>
Erbringung einer Bauleistung, gleichgültig mit welchen Mitteln, gemäß den vom öffentlichen Auftraggeber genannten Erfordernissen <input type="checkbox"/>	Miete <input type="checkbox"/>	
	Mietkauf <input type="checkbox"/>	
	Eine Kombination davon <input type="checkbox"/>	
Hauptausführungsort	Hauptlieferort	Hauptort der Dienstleistung
NUTS – Code	NUTS – Code	NUTS – Code
II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung <i>(falls zutreffend)</i>		
Abschluss einer Rahmenvereinbarung <input type="checkbox"/> Aufträge auf der Grundlage eines dynamischen Beschaffungssystems (DBS) <input type="checkbox"/>		
II.1.4) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens		
II.1.5) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)		
	Hauptteil	Zusatzteil <i>(falls zutreffend)</i>
Hauptgegenstand	. . . -	- -
Ergänzende Gegenstände	. . . -	- -
	. . . -	- -
	. . . -	- -
	. . . -	- -
II.1.6) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA)		Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>

II.2) ENDGÜLTIGER GESAMTWERT DES AUFTRAGS

II.2.1) Endgültiger Gesamtwert des Auftrags <i>(in Zahlen)</i> <i>(Bitte nur den endgültigen Gesamtwert des Auftrags, einschließlich aller Aufträge, Lose und Optionen, angeben; Angaben zu den einzelnen Aufträgen machen Sie bitte in Abschnitt V: Auftragsvergabe)</i>	ohne MwSt.	Ein- schließ- lich MwSt.	MwSt.- Satz (%)
Wert _____ Währung: _____ oder niedrigstes Angebot _____ / höchstes Angebot _____ , das berücksichtigt wurde _____ Währung: _____	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> bei _____ , <input type="checkbox"/> bei _____ ,	

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) VERFAHRENSART

IV.1.1) Verfahrensart			
Offenes Verfahren	<input type="checkbox"/>	Verhandlungsverfahren	<input type="checkbox"/>
Nichtoffenes Verfahren	<input type="checkbox"/>	Beschleunigtes Verhandlungsverfahren	<input type="checkbox"/>
Beschleunigtes nichtoffenes Verfahren	<input type="checkbox"/>	Verhandlungsverfahren ohne Aufruf zum Wettbewerb	<input type="checkbox"/>
Wettbewerblicher Dialog	<input type="checkbox"/>	Begründung für die Durchführung eines Verhandlungsverfahrens ohne Veröffentlichung einer Bekanntmachung: bitte Anhang D ausfüllen	

IV.2) ZUSCHLAGSKRITERIEN

IV.2.1) Zuschlagskriterien <i>(bitte Zutreffendes ankreuzen)</i>			
Niedrigster Preis		<input type="checkbox"/>	
<i>oder</i>			
Wirtschaftlich günstigstes Angebot		<input type="checkbox"/> in Bezug auf folgende Kriterien:	
Kriterien	Gewichtung	Kriterien	Gewichtung
1.		6.	
2.		7.	
3.		8.	
4.		9.	
5.		10.	
IV.2.2) Es wurde eine elektronische Auktion durchgeführt Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>			

IV.3) VERWALTUNGSINFORMATIONEN

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber <i>(falls zutreffend)</i>			
IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags		Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja, bitte Zutreffendes ankreuzen bzw. ausfüllen):			
Vorinformation <input type="checkbox"/>	<i>oder</i>	Bekanntmachung über ein Beschafferprofil <input type="checkbox"/>	
Bekanntmachungsnummer im ABl: /S	-	vom / / (tt/mm/jjjj)	
Auftragsbekanntmachung <input type="checkbox"/>	<i>oder</i>	Vereinfachte Bekanntmachung (DBS) <input type="checkbox"/>	
Bekanntmachungsnummer im ABl: /S	-	vom / / (tt/mm/jjjj)	
Sonstige frühere Veröffentlichungen <input type="checkbox"/>			
Bekanntmachungsnummer im ABl: /S	-	vom / / (tt/mm/jjjj)	

ABSCHNITT V: AUFTRAGSVERGABE

AUFTRAGS-NR.:

BEZEICHNUNG:

V.1) TAG DER AUFTRAGSVERGABE: / / (tt/mm/jjjj)				
V.2) ZAHL DER EINGEGANGENEN ANGEBOTE:				
V.3) NAME UND ANSCHRIFT DES WIRTSCHAFTSTEILNEHMERS, AN DEN DER AUFTRAG VERGEBEN WURDE				
Offizielle Bezeichnung:				
Postanschrift:				
Ort:	Postleitzahl:	Land:		
E-mail:	Telefon:			
Internet-Adresse (URL):	Fax:			
V.4) ANGABEN ZUM AUFTRAGSWERT (in Zahlen)				
		ohne MwSt.	ein- schließ- lich MwSt.	MwSt.- Satz (%)
Ursprünglich veranschlagter Gesamtauftragswert (falls zutreffend)				
Wert	Währung:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> bei	,
Endgültiger Gesamtauftragswert				
Wert	Währung:	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> bei	,
ODER niedrigstes Angebot / höchstes Angebot		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> bei	,
, das berücksichtigt wurde				
Bei jährlichem oder monatlichem Wert bitte Anzahl der Jahre ODER Monate angeben				
V.5) ES KÖNNEN UNTERAUFTRÄGE/SUBAUFTRÄGE VERGEBEN WERDEN				Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja , bitte geben Sie den Wert oder Anteil des Auftrags an, der an Dritte vergeben werden dürfte (in Zahlen):				
Wert ohne MwSt.	Währung:	Anteil: , (%)		unbekannt <input type="checkbox"/>
Kurze Beschreibung des Wertes/Anteils des Auftrags, der an Subunternehmer vergeben werden kann (falls bekannt)				

(Verwenden Sie diesen Vordruck in beliebiger Anzahl)

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD			Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja, geben Sie an, um welche Vorhaben und/oder Programme es sich handelt:			
VI.2) SONSTIGE INFORMATIONEN <i>(falls zutreffend)</i>			
VI.3) RECHTSBEHELFSVERFAHREN/NACHPRÜFUNGSVERFAHREN			
VI.3.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren			
Offizielle Bezeichnung:			
Postanschrift:			
Ort:	Postleitzahl:	Land:	
E-mail:	Telefon:		
Internet-Adresse (URL):	Fax:		
Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren <i>(falls zutreffend)</i>			
Offizielle Bezeichnung:			
Postanschrift:			
Ort:	Postleitzahl:	Land:	
E-mail:	Telefon:		
Internet-Adresse (URL):	Fax:		
VI.3.2) Einlegung von Rechtsbehelfen <i>(bitte Abschnitt VI.3.2 ODER ggf. Abschnitt VI.3.3 ausfüllen)</i>			
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:			
VI.3.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind			
Offizielle Bezeichnung:			
Postanschrift:			
Ort:	Postleitzahl:	Land:	
E-mail:	Telefon:		
Internet-Adresse (URL):	Fax:		
VI.4) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG: / / <i>(tt/mm/jjjj)</i>			

ANHANG C

Dienstleistungskategorien In Abschnitt II: Auftragsgegenstand

Kategorie Nr. ¹	Bezeichnung
1	Instandhaltung und Reparatur
2	Landverkehr ² , einschl. Geldtransport und Kurierdienst, ohne Postverkehr
3	Fracht- und Personenbeförderung im Flugverkehr, ohne Postverkehr
4	Postbeförderung im Landverkehr ³ sowie Luftpostbeförderung
5	Fernmeldewesen
6	Finanzielle Dienstleistungen a) Versicherungsdienstleistungen, b) Bankdienstleistungen und Wertpapiergeschäfte ⁴
7	Datenverarbeitung und verbundene Tätigkeiten
8	Forschung und Entwicklung ⁵
9	Buchführung, -haltung und -prüfung
10	Markt- und Meinungsforschung
11	Unternehmensberatung ⁶ und verbundene Tätigkeiten
12	Architektur, technische Beratung und Planung; integrierte technische Leistungen; Stadt- und Landschaftsplanung; zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung; technische Versuche und Analysen
13	Werbung
14	Gebäudereinigung und Hausverwaltung
15	Verlegen und Drucken gegen Vergütung oder auf vertraglicher Grundlage
16	Abfall- und Abwasserbeseitigung; sanitäre und ähnliche Dienstleistungen
Kategorie Nr. ⁷	Bezeichnung
17	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
18	Eisenbahnen
19	Schifffahrt
20	Neben- und Hilfstätigkeiten des Verkehrs
21	Rechtsberatung
22	Arbeits- und Arbeitskräftevermittlung ⁸
23	Auskunfts- und Schutzdienste (ohne Geldtransport)
24	Unterrichtswesen und Berufsausbildung
25	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
26	Erholung, Kultur und Sport ⁹
27	Sonstige Dienstleistungen ^{8,9}

¹ Dienstleistungskategorien im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d und Anhang IIA der Richtlinie 2004/18/EG.

² Ohne Eisenbahnverkehr der Kategorie 18

³ Ohne Eisenbahnverkehr der Kategorie 18

⁴ Ohne Finanzdienstleistungen im Zusammenhang mit Ausgabe, Verkauf, Ankauf oder Übertragung von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten sowie Zentralbankdiensten.

Ausgenommen sind ferner Dienstleistungen zum Erwerb oder zur Anmietung – ganz gleich nach welchen Finanzmodalitäten – von Grundstücken, bestehenden Gebäuden oder anderem unbeweglichen Eigentum oder betreffend Rechte daran; Finanzdienstleistungen, die bei dem Vertrag über den Erwerb oder die Anmietung mit ihm gleichlaufend, ihm vorangehend oder im Anschluss an ihn gleich in welcher Form erbracht werden, fallen jedoch unter diese Richtlinie.

⁵ Ohne Aufträge über Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen anderer Art als diejenigen, deren Ergebnisse ausschließlich Eigentum des öffentlichen Auftraggebers für seinen Gebrauch bei der Ausübung seiner eigenen Tätigkeit sind, sofern die Dienstleistung vollständig durch den Auftraggeber vergütet wird.

⁶ Ohne Schiedsgerichts- und Schlichtungsleistungen.

⁷ Dienstleistungskategorien im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d und Anhang IIB der Richtlinie 2004/18/EG i

⁸ Mit Ausnahme von Arbeitsverträgen.

⁹ Mit Ausnahme von Aufträgen über Kauf, Entwicklung, Produktion und Koproduktion von Programmen durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten sowie die Ausstrahlung von Sendungen.

ANHANG D

Bekanntmachung über vergebene Aufträge

Gründe für die Wahl des Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Bekanntmachung

Die Gründe für die Wahl des Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Bekanntmachung müssen den Bestimmungen der einschlägigen Artikel der Richtlinie 2004/18/EG entsprechen.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

- | | | |
|----|---|--------------------------|
| a) | Keine oder keine geeigneten Angebote nach einem: | |
| | - offenen Verfahren | <input type="checkbox"/> |
| | - nichtoffenen Verfahren | <input type="checkbox"/> |
| b) | Die betreffenden Erzeugnisse werden gemäß den in der Richtlinie genannten Bedingungen ausschließlich für Forschungs-, Versuchs-, Untersuchungs- oder Entwicklungszwecke hergestellt (<i>nur bei Lieferaufträgen</i>) | <input type="checkbox"/> |
| c) | Die Bauleistungen/Lieferungen/Dienstleistungen können nur von einem bestimmten Bieter ausgeführt werden, und zwar aus | |
| | - technischen Gründen | <input type="checkbox"/> |
| | - künstlerischen Gründen | <input type="checkbox"/> |
| | - aufgrund des Schutzes von Ausschließlichkeitsrechten | <input type="checkbox"/> |
| d) | Es liegt eine zwingende Dringlichkeit im Zusammenhang mit Ereignissen vor, die der Auftraggeber nicht voraussehen konnte und die den strengen Bedingungen der Richtlinien genügen. | <input type="checkbox"/> |
| e) | Es handelt sich um zusätzliche <i>Bauleistungen/Lieferungen/Dienstleistungen</i> , deren Beschaffung den strengen Vorschriften der Richtlinie genügen. | <input type="checkbox"/> |
| f) | Es handelt sich um neue <i>Bauleistungen/Dienstleistungen</i> , die in der Wiederholung gleichartiger Bau- oder Dienstleistungen bestehen und die gemäß den strengen Vorschriften der Richtlinie vergeben werden. | <input type="checkbox"/> |
| g) | Es handelt sich um einen <i>Dienstleistungsauftrag</i> , der an den Gewinner oder einen der Gewinner eines Wettbewerbs vergeben wird. | <input type="checkbox"/> |
| h) | Es handelt sich um die Lieferung von Waren, die an einer Warenbörse notiert und gekauft werden. | <input type="checkbox"/> |
| i) | Die Waren werden zu besonders vorteilhaften Bedingungen erworben: | |
| | - bei Lieferanten, die ihre Geschäftstätigkeit endgültig einstellen, | <input type="checkbox"/> |
| | - bei Insolvenz-/Konkursverwaltern oder Liquidatoren im Rahmen eines Insolvenz-/ Konkurs-, Vergleichs- oder Ausgleichsverfahrens oder eines gleichartigen Verfahrens; | <input type="checkbox"/> |
| j) | alle Angebote, die im Anschluss an ein offenes Verfahren, ein nichtoffenes Verfahren oder einen wettbewerblichen Dialog abgegeben wurden, waren nicht ordnungsgemäß oder unannehmbar. Es wurden lediglich die Bieter an den Verhandlungen beteiligt, die die Eignungskriterien erfüllten. | <input type="checkbox"/> |

Hinweise zum Ausfüllen der „Bekanntmachung über vergebene Aufträge“

Anmerkung: Die Nummerierung entspricht der des Vordrucks „Bekanntmachung über vergebene Aufträge“ (siehe VV-Bau Anlage 5-180).

- Es müssen grundsätzlich alle Felder ausgefüllt werden.
- Felder mit der Anmerkung „falls zutreffend“ u.ä. müssen ausgefüllt werden, wenn die Angaben verfügbar und relevant sind.

Abschnitt I : Öffentlicher Auftraggeber

- | | |
|---|--|
| I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers | Bei Maßnahmen der FHH (Auftraggeber) ist anzukreuzen:
Regional- oder Lokalbehörde;
bei Maßnahmen des Bundes (Auftraggeber):
Ministerium oder sonstige zentral-
oder bundesstaatliche Behörde einschließlich
regionaler oder lokaler Unterabteilungen. |
| und Haupttätigkeit(en) | Hier ist die jeweilige Fachrichtung der ausschreibenden Behörde anzukreuzen, ggf. auch nach Ressorts differenziert. In Zweifelsfällen sollte „Allgemeine öffentliche Verwaltung“ angekreuzt werden. |

Abschnitt II : Auftragsgegenstand

- | | |
|--|--|
| II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber | Gewählte Kurzbezeichnung für die gesamte Maßnahme. |
| II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, der Lieferung bzw. der Dienstleistung | |
| II.1.2(c) Dienstleistung | Bei „Architektur, technische Beratung und Planung; integrierte technische Leistungen; Stadt- und Landschaftsplanung; zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung; technische Versuche und Analysen“ ist die Kategorie 12 einzutragen. |
| NUTS – Code | Kann unter der Adresse: http://simap.europa.eu und dort dann weiter im Abschnitt „CPV und weitere Nomenklaturen“ und dann weiter unter „NUTS“ eingesehen werden.
Für Hamburg ist derzeit der Code „DE 600“ allgemein verbindlich. |
| II.1.4) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens | Beschreibung der Maßnahme mit den zu erbringenden Leistungen ggf. mit Bezug auf die HOAI.
Siehe Ziff. 5.4.6 der RL. |
| II.1.5) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) | Entsprechend § 14 VgV ist das gemeinsame Vokabular (CPV) zu verwenden, das unter der Adresse:
http://simap.europa.eu
und dort dann weiter im Abschnitt „CPV und weitere Nomenklaturen“ eingesehen werden kann.
Siehe http://simap.europa.eu/index_de.htm . |
| II.1.6) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA) | Das Beschaffungsübereinkommen (GPA) ist anwendbar bei Dienstleistungsaufträgen der Kategorie 12 (CPC 867).
Siehe http://simap.europa.eu/index_de.htm . |

Abschnitt IV : Verfahren

IV.2) Zuschlagskriterien

Übernahme der Kriterien aus der Bekanntmachung.
Siehe Ziff. 5.4.11.2 der RL.

Abschnitt V : Auftragsvergabe

V.1) Tag der Auftragsvergabe

Datum des Vertragsabschlusses

V.4) Angaben zum Auftragswert

Auftragssumme

Abschnitt VI : Zusätzliche Informationen

VI.3.1) Zuständige Stelle für
Nachprüfungsverfahren

Die Angabe der Vergabekammer ist zwingend erforderlich.
Siehe Ziff. 5.4.16 der RL.

Anhang C

Auflistung der Dienstleistungskategorien für Abschnitt II
Siehe II.1.2) a).

Vergabevermerk

Auftraggeberin / Amt:	
Anschrift:	
Sachbearbeiter/in:	
Telefon:	
Telefax:	
E-Mail:	
Haushaltsjahr:	
Ermittlung des geschätzten Auftragswertes (mit Datumsangabe u. Begründung):	<p>Euro (ohne Ust; incl. vorauss. Neben- und Zusatzkosten)</p> <p><input type="checkbox"/> Auftragswert / Honorar liegt damit unterhalb des Schwellenwertes von 207.000 Euro ohne Ust</p> <p><input type="checkbox"/> Auftragswert / Honorar liegt damit oberhalb des Schwellenwertes von 207.000 Euro ohne Ust</p>
Tatsächlicher Auftragswert / Honorarsumme	Euro (ohne Ust; incl. vorauss. Neben- und Zusatzkosten)
Festlegung durch ... (Stornierung nach 8 Wochen, sofern ... keine Kopie des unterzeichneten Vertrages vorgelegt wurde)	Am , Festlegungsnummer:

Vertragstitel und Gegenstand:

Maßnahmenplanung	<input type="checkbox"/> bereits enthalten. Es handelt sich um ein Projekt mit höchster Priorität im Zusammenhang mit <input type="checkbox"/> bereits enthalten <input type="checkbox"/> nicht enthalten
------------------	---

Ziel der Vergabe bzw. Begründung der Notwendigkeit dieses Auftrages:
--

Leistungsbeschreibung:

Gründe für die Wahl des Verhandlungsverfahrens:

Die einzelnen Stufen des Vergabeverfahrens mit Datumsangabe einschließlich der Nennung der Eignungs- und Zuschlagskriterien:

Namen der aufgrund der Eignungsprüfung berücksichtigten Bewerberinnen bzw. Bewerber und Gründe für ihre Auswahl:

Namen der aufgrund der Eignungsprüfung nicht berücksichtigten Bewerberinnen bzw. Bewerber und Gründe für ihre Ablehnung, einschließlich etwaige Unvollständigkeit der Unterlagen trotz Nachforderung:

Namen der aufgrund der Zuschlagsprüfung nicht berücksichtigten Bewerberinnen bzw. Bewerber und Gründe für ihre Ablehnung, einschließlich etwaige Gründe für die Ablehnung von ungewöhnlich niedrigen Angeboten:

Name der erfolgreichen Auftragnehmerin / des erfolgreichen Auftragnehmers und Gründe für die Erteilung des Zuschlags, ggf. Anteil des Auftrags, der an Dritte weitergegeben werden soll:

Geplanter Vertragsabschlusstermin:

Werden für die Umsetzung der durch die vergebenen Leistungen gewonnenen Erkenntnisse voraussichtlich noch weitere Verträge erforderlich?

☐ nein ☐ ja

Veröffentlichungspflicht
- unter Beachtung der §§ 4 bis 7 und 9 -
gemäß § 3 Abs. 1 bzw. Abs. 2 HmbTG

- ☐ Vertrag der Daseinsvorsorge i.S.d. § 3 Abs. 1 Nr. 4 HmbTG
- ☐ Vertrag von öffentlichem Interesse i.S.d. § 3 Abs. 2 HmbTG
- ☐ Gutachten / Studie i.S.d. § 3 Abs. 1 Nr. 8 HmbTG (nicht Gutachtervertrag selbst)
- ☐ Keine Veröffentlichungspflicht, weil

Gründe, aus denen auf die Auftragsvergabe verzichtet wurde:

Ort, Datum

Unterschrift



EUROPÄISCHE UNION

Veröffentlichung des Supplements zum Amtsblatt der Europäischen Union

2, rue Mercier, L-2985 Luxemburg

E-Mail: mp-ojs@opoce.cec.eu.int

Fax: (352) 29 29 42 670

Infos & Online-Formulare: <http://simap.eu.int>

WETTBEWERBSBEKANNTMACHUNG

Dieser Wettbewerb fällt unter:

Richtlinie 2004/18/EG ☐Richtlinie 2004/17/EG (Sektoren) ☐

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER/ AUFTRAGGEBER

I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)

Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
Kontaktstelle(n): Bearbeiter:	Telefon:	
E-Mail:	Fax:	
Internet-Adresse(n) (falls zutreffend)		

Weitere Auskünfte erteilen:	<input type="checkbox"/> die oben genannten Kontaktstellen <input type="checkbox"/> andere Stellen: <i>bitte Anhang A.I ausfüllen</i>
Weitere Unterlagen sind erhältlich bei:	<input type="checkbox"/> den oben genannten Kontaktstellen <input type="checkbox"/> anderen Stellen: <i>bitte Anhang A.II ausfüllen</i>
Projekte oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:	<input type="checkbox"/> die oben genannten Kontaktstellen <input type="checkbox"/> andere Stellen: <i>bitte Anhang A.III ausfüllen</i>

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

(Wettbewerb fällt unter **Richtlinie 2004/18/EG**)

<input type="checkbox"/> Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen <input type="checkbox"/> Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene <input type="checkbox"/> Regional- oder Lokalbehörde <input type="checkbox"/> Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene <input type="checkbox"/> Einrichtung des öffentlichen Rechts <input type="checkbox"/> Europäische Institution / Agentur oder internationale Organisation <input type="checkbox"/> Sonstiges (<i>bitte angeben</i>):	<input type="checkbox"/> Allgemeine öffentliche Verwaltung <input type="checkbox"/> Verteidigung <input type="checkbox"/> Öffentliche Sicherheit und Ordnung <input type="checkbox"/> Umwelt <input type="checkbox"/> Wirtschaft und Finanzen <input type="checkbox"/> Gesundheit <input type="checkbox"/> Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen <input type="checkbox"/> Sozialwesen <input type="checkbox"/> Freizeit, Kultur und Religion <input type="checkbox"/> Bildung <input type="checkbox"/> Sonstiges (<i>bitte angeben</i>):
--	--

I.3) HAUPTTÄTIGKEIT(EN) DES AUFTRAGEBERS(Wettbewerb fällt unter **Richtlinie 2004/17/EG**— „Sektoren“)

<input type="checkbox"/> Erzeugung, Fortleitung und Abgabe von Gas und Wärme	<input type="checkbox"/> Wasser
<input type="checkbox"/> Strom	<input type="checkbox"/> Postdienste
<input type="checkbox"/> Aufsuchung und Gewinnung von Gas und Erdöl	<input type="checkbox"/> Eisenbahndienste
<input type="checkbox"/> Aufsuchung und Gewinnung von Kohle und anderen festen Brennstoffen	<input type="checkbox"/> Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste
	<input type="checkbox"/> Hafeneinrichtungen
	<input type="checkbox"/> Flughafenanlagen

ABSCHNITT II: GEGENSTAND DES WETTBEWERBS/BESCHREIBUNG DES PROJEKTS**II.1) BESCHREIBUNG**

II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs/Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber		
II.1.2) Kurze Beschreibung		
II.1.3) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)		
	Hauptteil	Zusatzteil (falls zutreffend)
Hauptgegenstand	. . . -	- -
Ergänzende Gegenstände	. . . -	- -
	. . . -	- -
	. . . -	- -
	. . . -	- -

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) KRITERIEN FÜR DIE AUSWAHL DER TEILNEHMER *(falls zutreffend)*

III.2) TEILNAHME IST EINEM BESTIMMTEN BERUFSSTAND VORBEHALTEN *(falls zutreffend)*

Ja ☐

Nein ☐

Wenn ja, welchem:

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) ART DES WETTBEWERBS

Offen ☐

Nichtoffen ☐

Gewünschte Teilnehmerzahl oder Mindestzahl . . . / Höchstzahl

IV.2) NAMEN DER BEREITS AUSGEWÄHLTEN TEILNEHMER *(bei nichtoffenem Wettbewerb)*

1.
2.
3.
4.
5.

6.
7.
8.
9.
10.

IV.3) KRITERIEN FÜR DIE BEWERTUNG DER PROJEKTE

IV.4) VERWALTUNGSINFORMATIONEN

IV.4.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber/beim Auftraggeber <i>(falls zutreffend)</i>	
IV.4.2) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen)	
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen	
Tag: / / (tt/mm/jjjj)	Uhrzeit:
Die Unterlagen sind kostenpflichtig Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
Wenn ja, Preis <i>(in Zahlen)</i> : Währung:	
Zahlungsbedingungen und -weise:	
IV.4.3) Schlusstermin für den Eingang der Projekte bzw. Anträge auf Teilnahme	
Tag: / / (tt/mm/jjjj)	Uhrzeit:
IV.4.4) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Teilnahme an die ausgewählte Bewerber <i>(falls zutreffend)</i>	
Voraussichtlich / / (tt/mm/jjjj)	
IV.4.5) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können	
<div style="display: flex; justify-content: space-between; font-size: small;"> ES CS DA DE ET EL EN FR IT LV LT HU MT NL PL PT SK SL FI SV </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; margin-top: 5px;"> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/> </div>	
Sonstige:	
IV.5) PREISE UND PREISGERICHT	
IV.5.1) Es werden Preise vergeben Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
Wenn ja, Zahl und Wert der zu vergebenden Preise <i>(falls zutreffend)</i>	
IV.5.2) Angaben zu den Zahlungen an alle Teilnehmer <i>(falls zutreffend)</i>	

IV.5.3) Folgeaufträge: Jeder Dienstleistungsauftrag im Anschluss an den Wettbewerb wird an den bzw. an einen der Gewinner des Wettbewerbs vergeben	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
IV.5.4) Die Entscheidung des Preisgerichts ist für den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber bindend	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
IV.5.5) Namen der ausgewählten Preisrichter (falls zutreffend)		
1. 2. 3. 4. 5.	6. 7. 8. 9. 10.	

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) WETTBEWERB IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja, geben Sie an, um welche Vorhaben und/oder Programme es sich handelt 		
VI.2) SONSTIGE INFORMATIONEN (falls zutreffend) 		
VI.3) RECHTSBEHELFSVERFAHREN/NACHPRÜFUNGSVERFAHREN (nur bei Wettbewerben im Zusammenhang mit Aufträgen der Sektoren)		
VI.3.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren		
Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
E-Mail:	Telefon:	
Internet-Adresse (URL):	Fax:	

Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren <i>(falls zutreffend)</i>		
Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
E-Mail:	Telefon:	
Internet-Adresse (URL):	Fax:	
VI.3.2) Einlegung von Rechtsbehelfen <i>(bitte Abschnitt VI.3.2 oder ggf. Abschnitt VI.3.3 ausfüllen)</i> Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:		
VI.3.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind		
Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
E-Mail:	Telefon:	
Internet-Adresse (URL):	Fax:	
VI.4) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG: / / <i>(tt/mm/jjjj)</i>		

**ANHANG A
SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

I) ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN, BEI DENEN NÄHERE AUSKÜNFTE ERHÄLTICH SIND

Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
Kontaktstelle(n): zu Händen von		Telefon:
E-Mail:		Fax:
Internet-Adresse (URL):		

II) ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN, BEI DENEN WEITERE UNTERLAGEN ERHÄLTICH SIND

Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
Kontaktstelle(n): zu Händen von		Telefon:
E-Mail:		Fax:
Internet-Adresse (URL):		

III) ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN, AN DIE PROJEKTE/ANTRÄGE AUF TEILNAHME ZU SENDEN SIND

Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
Kontaktstelle(n): zu Händen von		Telefon:
E-Mail:		Fax:
Internet-Adresse (URL):		

Hinweise zum Ausfüllen der „Wettbewerbsbekanntmachung“

Anmerkung: Die Nummerierung entspricht der des Vordrucks „Wettbewerbsbekanntmachung“ (siehe VV-Bau Anlage 5-210).

- Es müssen grundsätzlich alle Felder ausgefüllt werden.
- Felder mit der Anmerkung „falls zutreffend“ u.ä. müssen ausgefüllt werden, wenn die Angaben verfügbar und relevant sind.
- Bei der digitalen Bearbeitung über <http://simap.europa.eu> werden nach Ankreuzen der einschlägigen EU-Richtlinie die nicht erforderlichen Felder ausgeblendet, zum Beispiel I.2 und I.3.

Abschnitt I : Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber

- | | | |
|------|------------------------------------|--|
| I.2) | Art des öffentlichen Auftraggebers | Bei Maßnahmen der FHH (Auftraggeber) ist anzukreuzen:
Regional- oder Lokalbehörde;
bei Maßnahmen des Bundes (Auftraggeber):
Ministerium oder sonstige zentral-
oder bundesstaatliche Behörde einschließlich
regionaler oder lokaler Unterabteilungen. |
| | und Haupttätigkeit(en) | Hier ist die jeweilige Fachrichtung der ausschreibenden Behörde anzukreuzen, ggf. auch nach Ressorts differenziert. In Zweifelsfällen sollte „Allgemeine öffentliche Verwaltung“ angekreuzt werden. |

Abschnitt II : Gegenstand des Wettbewerbs / Beschreibung des Projekts

- | | | |
|---------|---|---|
| II.1.1) | Bezeichnung des Wettbewerbs / Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber / den Auftraggeber | Gewählte Kurzbezeichnung für die gesamte Maßnahme. |
| II.1.2) | Kurze Beschreibung | Beschreibung der Wettbewerbsaufgabe (Bezeichnung der Maßnahme mit Anschrift, Wettbewerbsart und den zu erbringenden Leistungen ggf. mit Bezug auf die HOAI). |
| II.1.3) | Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) | Entsprechend § 14 VgV ist das gemeinsame Vokabular (CPV) zu verwenden, das unter der Adresse:
http://simap.europa.eu
und dann weiter im Abschnitt „CPV und weitere Nomenklaturen“ eingesehen werden kann.
Siehe http://simap.europa.eu/index_de.htm . |

Abschnitt III : Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Informationen

- | | | |
|--------|--|---|
| III.1) | Kriterien für die Auswahl der Teilnehmer | Nur bei Nichtoffenenen Wettbewerben auszufüllen.
Siehe § 3 Absatz 2 RPW 2015. |
| III.2) | Teilnahme ist einem bestimmten Berufsstand vorbehalten | Beinhaltet die Leistung das genehmigungsbedürftige Errichten oder Ändern von Gebäuden „Ja“ ankreuzen und angeben: „Die Bewerberin/der Bewerber muss bauvorlageberechtigt nach § 67 der Hamburgischen Bauordnung sein.“.
Gemäß § 19 VOF kann der Beruf des Architekten bzw. des Beratenden Ingenieurs oder Ingenieurs gefordert werden. In dem Fall ist jeder zuzulassen, der nach dem geltenden Landesrecht berechtigt ist, diese Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt, Beratender Ingenieur oder Ingenieur tätig zu werden.
Juristische Personen sind zuzulassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen Verantwortlichen mit entsprechender Qualifikation benennen. Siehe Ziff. 5.4.17 der RL. |

Abschnitt IV: Verfahren

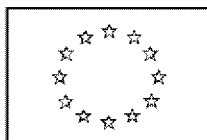
- | | | |
|---------|---|---|
| IV.1) | Art des Wettbewerbs | Die RPW 2015 lassen Offene und Nichtoffene Wettbewerbe zu. Siehe § 3 Absatz 1 und § 3 Absatz 2 RPW 2015. |
| IV.3) | Kriterien für die Bewertung der Projekte | Bezug auf die Auslobungsunterlagen oder Nennung des Bewertungsrahmens unter Berücksichtigung der in der Auslobung festgelegten Beurteilungskriterien.
Siehe auch § 5 Absatz 1 RPW 2015. |
| IV.5.1) | Es werden Preise vergeben | Siehe § 7 RPW 2015. |
| IV.5.2) | Angaben zu den Zahlungen an alle Teilnehmer | Siehe § 7 RPW 2015. |
| IV.5.3) | Folgaufträge: Jeder Dienstleistungsauftrag im Anschluss an den Wettbewerb wird an den bzw. an einen der Gewinner des Wettbewerbs vergeben | Bei Realisierungswettbewerben ist <u>grundsätzlich „Ja“ anzukreuzen</u> jedoch unter Abschnitt VI.2 ein erläuternder Hinweis (siehe Formulierungsvorschlag) zu geben. |
| IV.5.4) | Die Entscheidung des Preisgerichts ist für den öffentlichen Auftraggeber / den Auftraggeber bindend | <u>Grundsätzlich ist „Nein“ anzukreuzen</u> . Unter Abschnitt VI.2 ist ein erläuternder Hinweis (siehe Formulierungsvorschlag) zu geben, da die Entscheidung der Preisrichter nicht für die Vergabe des Auftrags bindend ist. |

Abschnitt VI: Zusätzliche Informationen

- | | | |
|---------|---|--|
| VI.2) | Sonstige Informationen | Zu Abschnitten IV.5.3 und IV.5.4:
Formulierungsvorschlag ggf. modifizieren. |
| VI.3.1) | Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren | Die Angabe der Vergabekammer ist <u>zwingend</u> erforderlich.
Siehe Ziff. 5.4.16 der RL. |

Anhang A

Wenn im Abschnitt I unter I.1) weitere kontakt- bzw. Auskunftgebende Stellen genannt werden sollen, sind die erforderlichen Angaben im Anhang A unter I)-III) einzutragen.



EUROPÄISCHE UNION

Veröffentlichung des Supplements zum Amtsblatt der Europäischen Union

2, rue Mercier, L-2985 Luxemburg

E-Mail: mp-ojs@opoce.cec.eu.int

Fax: (352) 29 29 42 670

Infos & Online-Formulare: <http://simap.eu.int>

BEKANNTMACHUNG ÜBER DIE ERGEBNISSE EINES WETTBEWERBS

Dieser Wettbewerb fällt unter:

Richtlinie 2004/18/EG ☐*Richtlinie 2004/17/EG („Sektoren“)* ☐

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) NAME, ADRESSEN UND KONTAKTSTELLE(N)

Offizielle Bezeichnung:		
Postanschrift:		
Ort:	Postleitzahl:	Land:
Kontaktstelle(n): Bearbeiter:	Telefon:	
E-Mail:	Fax:	
Internet-Adresse(n) (falls zutreffend) Hauptadresse des Auftraggebers (URL): Adresse des Beschafferprofils (URL):		

I.2) ART DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS UND HAUPTTÄTIGKEIT(EN)

(Wettbewerb fällt unter *Richtlinie 2004/18/EG*)

<input type="checkbox"/> Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen <input type="checkbox"/> Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene <input type="checkbox"/> Regional- oder Lokalbehörde <input type="checkbox"/> Agentur/Amt auf regionaler oder lokaler Ebene <input type="checkbox"/> Einrichtung des öffentlichen Rechts <input type="checkbox"/> Europäische Institution / Agentur oder internationale Organisation <input type="checkbox"/> Sonstiges (bitte angeben):	<input type="checkbox"/> Allgemeine öffentliche Verwaltung <input type="checkbox"/> Verteidigung <input type="checkbox"/> Öffentliche Sicherheit und Ordnung <input type="checkbox"/> Umwelt <input type="checkbox"/> Wirtschaft und Finanzen <input type="checkbox"/> Gesundheit <input type="checkbox"/> Wohnungswesen und kommunale Einrichtungen <input type="checkbox"/> Sozialwesen <input type="checkbox"/> Freizeit, Kultur und Religion <input type="checkbox"/> Bildung <input type="checkbox"/> Sonstiges (bitte angeben):
---	---

I.3) HAUPTTÄTIGKEIT(EN) DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS

(Wettbewerb fällt unter *Richtlinie 2004/17/EG – „Sektoren“*)

<input type="checkbox"/> Erzeugung, Fortleitung und Abgabe von Gas und Wärme <input type="checkbox"/> Strom <input type="checkbox"/> Aufsuchung und Gewinnung von Gas und Erdöl <input type="checkbox"/> Aufsuchung und Gewinnung von Kohle und anderen festen Brennstoffen	<input type="checkbox"/> Wasser <input type="checkbox"/> Postdienste <input type="checkbox"/> Eisenbahndienste <input type="checkbox"/> Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste <input type="checkbox"/> Hafeneinrichtungen
--	---

	<input type="checkbox"/> Flughafenanlagen
--	---

ABSCHNITT II: GEGENSTAND DES WETTBEWERBS / BESCHREIBUNG DES PROJEKTS

II.1) BESCHREIBUNG

II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs / Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber /den Auftraggeber		
II.1.2) Kurze Beschreibung		
II.1.3) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)		
	Hauptteil	Zusatzteil (falls zutreffend)
Hauptgegenstand	. . . -	- -
Ergänzende Gegenstände	. . . -	- -
	. . . -	- -
	. . . -	- -
	. . . -	- -

IV.1) VERWALTUNGSINFORMATIONEN

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber (falls zutreffend)	
IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja, bitte Zutreffendes ankreuzen bzw. ausfüllen):	
Vorinformation <input type="checkbox"/> oder Bekanntmachung über ein Beschafferprofil <input type="checkbox"/> Bekanntmachungsnummer im ABl: /S - vom / / (tt/mm/jjjj)	
Auftragsbekanntmachung <input type="checkbox"/> oder Vereinfachte Bekanntmachung (DBS) <input type="checkbox"/> Bekanntmachungsnummer im ABl: /S - vom / / (tt/mm/jjjj)	
Sonstige frühere Veröffentlichungen <input type="checkbox"/> Bekanntmachungsnummer im ABl: /S - vom / / (tt/mm/jjjj)	

BEZEICHNUNG:

V.1) TAG DER AUFTRAGSVERGABE: / / (tt/mm/jjjj)						
V.2) ZAHL DER EINGEGANGENEN ANGEBOTE:						
V.3) NAME UND ANSCHRIFT DES WIRTSCHAFTSTEILNEHMERS, AN DEN DER AUFTRAG VERGEHEN WURDE						
Offizielle Bezeichnung:						
Postanschrift:						
Ort:		Postleitzahl:		Land:		
E-Mail:		Telefon:				
Internet-Adresse (URL):		Fax:				
V.4) ANGABEN ZUM AUFTRAGSWERT (<i>in Zahlen</i>)						
				ohne MwSt.	einschließ- lich MwSt.	MwSt.- Satz (%)
Ursprünglich veranschlagter Gesamtauftragswert (<i>falls zutreffend</i>)				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> bei	,
Wert		Währung:				
Endgültiger Gesamtauftragswert				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> bei	,
Wert		Währung:				
ODER niedrigstes Angebot		/ höchstes Angebot		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> bei	,
, das berücksichtigt wurde		Währung:				
Bei jährlichem oder monatlichem Wert bitte Anzahl der Jahre ODER Monate angeben						
V.5) ES KÖNNEN UNTERAUFTRÄGE/SUBAUFRÄGE VERGEHEN WERDEN						Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja , bitte geben Sie den Wert oder Anteil des Auftrags an, der an Dritte vergeben werden dürfte (<i>in Zahlen</i>):						
Wert ohne MwSt.		Währung:		Anteil: , (%)		unbekannt <input type="checkbox"/>
Kurze Beschreibung des Wertes/Anteils des Auftrags, der an Subunternehmer vergeben werden kann (<i>falls bekannt</i>)						

(Verwenden Sie diesen Vordruck in beliebiger Anzahl)

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) AUFTRAG IN VERBINDUNG MIT EINEM VORHABEN UND/ODER PROGRAMM, DAS AUS GEMEINSCHAFTSMITTELN FINANZIERT WIRD			Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Wenn ja, geben Sie an, um welche Vorhaben und/oder Programme es sich handelt:				
VI.2) SONSTIGE INFORMATIONEN <i>(falls zutreffend)</i>				
VI.3) RECHTSBEHELFSVERFAHREN/NACHPRÜFUNGSVERFAHREN				
VI.3.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren				
Offizielle Bezeichnung:				
Postanschrift:				
Ort:	Postleitzahl:	Land:		
E-Mail:	Telefon:			
Internet-Adresse (URL):	Fax:			
Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren <i>(falls zutreffend)</i>				
Offizielle Bezeichnung:				
Postanschrift:				
Ort:	Postleitzahl:	Land:		
E-Mail:	Telefon:			
Internet-Adresse (URL):	Fax:			
VI.3.2) Einlegung von Rechtsbehelfen <i>(bitte Abschnitt VI.3.2 ODER ggf. Abschnitt VI.3.3 ausfüllen)</i>				
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:				
VI.3.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind				
Offizielle Bezeichnung:				
Postanschrift:				
Ort:	Postleitzahl:	Land:		
E-Mail:	Telefon:			
Internet-Adresse (URL):	Fax:			
VI.4) TAG DER ABSENDUNG DIESER BEKANNTMACHUNG: / / <i>(tt/mm/jjjj)</i>				

ANHANG C

Dienstleistungskategorien in Abschnitt II: Auftragsgegenstand

Kategorie Nr. ¹	Bezeichnung
1	Instandhaltung und Reparatur
2	Landverkehr ² , einschl. Geldtransport und Kurierdienst, ohne Postverkehr
3	Fracht- und Personenbeförderung im Flugverkehr, ohne Postverkehr
4	Postbeförderung im Landverkehr ³ sowie Luftpostbeförderung
5	Fernmeldewesen
6	Finanzielle Dienstleistungen a) Versicherungsdienstleistungen, b) Bankdienstleistungen und Wertpapiergeschäfte ⁴
7	Datenverarbeitung und verbundene Tätigkeiten
8	Forschung und Entwicklung ⁵
9	Buchführung, -haltung und -prüfung
10	Markt- und Meinungsforschung
11	Unternehmensberatung ⁶ und verbundene Tätigkeiten
12	Architektur, technische Beratung und Planung; integrierte technische Leistungen; Stadt- und Landschaftsplanung; zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung; technische Versuche und Analysen
13	Werbung
14	Gebäudereinigung und Hausverwaltung
15	Verlegen und Drucken gegen Vergütung oder auf vertraglicher Grundlage
16	Abfall- und Abwasserbeseitigung; sanitäre und ähnliche Dienstleistungen
Kategorie Nr. ⁷	Bezeichnung
17	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe
18	Eisenbahnen
19	Schifffahrt
20	Neben- und Hilfstätigkeiten des Verkehrs
21	Rechtsberatung
22	Arbeits- und Arbeitskräftevermittlung ⁸
23	Auskunfts- und Schutzdienste (ohne Geldtransport)
24	Unterrichtswesen und Berufsausbildung
25	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
26	Erholung, Kultur und Sport ⁹
27	Sonstige Dienstleistungen ^{8,9}

¹ Dienstleistungskategorien im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d und Anhang IIA der Richtlinie 2004/18/EG.

² Ohne Eisenbahnverkehr der Kategorie 18

³ Ohne Eisenbahnverkehr der Kategorie 18

⁴ Ohne Finanzdienstleistungen im Zusammenhang mit Ausgabe, Verkauf, Ankauf oder Übertragung von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten sowie Zentralbankdiensten.

Ausgenommen sind ferner Dienstleistungen zum Erwerb oder zur Anmietung – ganz gleich nach welchen Finanzmodalitäten – von Grundstücken, bestehenden Gebäuden oder anderem unbeweglichen Eigentum oder betreffend Rechte daran; Finanzdienstleistungen, die bei dem Vertrag über den Erwerb oder die Anmietung mit ihm gleichlaufend, ihm vorangehend oder im Anschluss an ihn gleich in welcher Form erbracht werden, fallen jedoch unter diese Richtlinie.

⁵ Ohne Aufträge über Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen anderer Art als diejenigen, deren Ergebnisse ausschließlich Eigentum des öffentlichen Auftraggebers für seinen Gebrauch bei der Ausübung seiner eigenen Tätigkeit sind, sofern die Dienstleistung vollständig durch den Auftraggeber vergütet wird.

⁶ Ohne Schiedsgerichts- und Schlichtungsleistungen.

⁷ Dienstleistungskategorien im Sinne von Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe d und Anhang IIB der Richtlinie 2004/18/EG i

⁸ Mit Ausnahme von Arbeitsverträgen.

⁹ Mit Ausnahme von Aufträgen über Kauf, Entwicklung, Produktion und Koproduktion von Programmen durch Rundfunk- oder Fernsehanstalten sowie die Ausstrahlung von Sendungen.

ANHANG D

Bekanntmachung über vergebene Aufträge

Gründe für die Wahl des Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Bekanntmachung

Die Gründe für die Wahl des Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Bekanntmachung müssen den Bestimmungen der einschlägigen Artikel der Richtlinie 2004/18/EG entsprechen.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

- | | |
|--|--------------------------|
| a) Keine oder keine geeigneten Angebote nach einem: | <input type="checkbox"/> |
| - offenen Verfahren | <input type="checkbox"/> |
| - nichtoffenen Verfahren | <input type="checkbox"/> |
| b) Die betreffenden Erzeugnisse werden gemäß den in der Richtlinie genannten Bedingungen ausschließlich für Forschungs-, Versuchs-, Untersuchungs- oder Entwicklungszwecke hergestellt (<i>nur bei Lieferaufträgen</i>) | <input type="checkbox"/> |
| c) Die Bauleistungen/Lieferungen/Dienstleistungen können nur von einem bestimmten Bieter ausgeführt werden, und zwar aus | <input type="checkbox"/> |
| - technischen Gründen | <input type="checkbox"/> |
| - künstlerischen Gründen | <input type="checkbox"/> |
| - aufgrund des Schutzes von Ausschließlichkeitsrechten | <input type="checkbox"/> |
| d) Es liegt eine zwingende Dringlichkeit im Zusammenhang mit Ereignissen vor, die der Auftraggeber nicht voraussehen konnte und die den strengen Bedingungen der Richtlinien genügen. | <input type="checkbox"/> |
| e) Es handelt sich um zusätzliche <i>Bauleistungen/Lieferungen/Dienstleistungen</i> , deren Beschaffung den strengen Vorschriften der Richtlinie genügen. | <input type="checkbox"/> |
| f) Es handelt sich um neue <i>Bauleistungen/Dienstleistungen</i> , die in der Wiederholung gleichartiger Bau- oder Dienstleistungen bestehen und die gemäß den strengen Vorschriften der Richtlinie vergeben werden. | <input type="checkbox"/> |
| g) Es handelt sich um einen <i>Dienstleistungsauftrag</i> , der an den Gewinner oder einen der Gewinner eines Wettbewerbs vergeben wird. | <input type="checkbox"/> |
| h) Es handelt sich um die Lieferung von Waren, die an einer Warenbörse notiert und gekauft werden. | <input type="checkbox"/> |
| i) Die Waren werden zu besonders vorteilhaften Bedingungen erworben: | <input type="checkbox"/> |
| - bei Lieferanten, die ihre Geschäftstätigkeit endgültig einstellen, | <input type="checkbox"/> |
| - bei Insolvenz-/Konkursverwaltern oder Liquidatoren im Rahmen eines Insolvenz-/ Konkurs-, Vergleichs- oder Ausgleichsverfahrens oder eines gleichartigen Verfahrens; | <input type="checkbox"/> |
| j) alle Angebote, die im Anschluss an ein offenes Verfahren, ein nichtoffenes Verfahren oder einen wettbewerblichen Dialog abgegeben wurden, waren nicht ordnungsgemäß oder unannehmbar. Es wurden lediglich die Bieter an den Verhandlungen beteiligt, die die Eignungskriterien erfüllten. | <input type="checkbox"/> |

Hinweise zum Ausfüllen der „Bekanntmachung über die Ergebnisse eines Wettbewerbs“

- Anmerkung:
- Die Nummerierung entspricht der des Vordrucks „Bekanntmachung über die Ergebnisse eines Wettbewerbs“ (siehe VV-Bau Anlage 5-230).
 - Es müssen grundsätzlich alle Felder ausgefüllt werden.
 - Felder mit der Anmerkung „falls zutreffend“ u.ä. müssen ausgefüllt werden, wenn die Angaben verfügbar und relevant sind.
 - Bei der digitalen Bearbeitung über <http://simap.europa.eu> werden nach Ankreuzen der einschlägigen EU-Richtlinie die nicht erforderlichen Felder ausgeblendet, zum Beispiel I.2 und I.3.

Abschnitt I : Öffentlicher Auftraggeber / Auftraggeber

- I.2) Art des öffentlichen Auftraggebers Bei Maßnahmen der FHH (Auftraggeber) ist anzukreuzen:
Regional- oder Lokalbehörde;
bei Maßnahmen des Bundes (Auftraggeber):
Ministerium oder sonstige zentral-
oder bundesstaatliche Behörde einschließlich
regionaler oder lokaler Unterabteilungen.
- und Haupttätigkeit(en) Hier ist die jeweilige Fachrichtung der ausschreibenden Behörde
anzukreuzen, ggf. auch nach Ressorts differenziert. In Zweifelsfällen
sollte „Allgemeine öffentliche Verwaltung“ angekreuzt werden.

Abschnitt II : Gegenstand des Wettbewerbs / Beschreibung des Projekts

- II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs / Projekts Gewählte Kurzbezeichnung für die gesamte Maßnahme.
durch den öffentlichen Auftraggeber /den Auftraggeber
- II.1.2) Kurze Beschreibung Beschreibung der Wettbewerbsaufgabe
(Bezeichnung der Maßnahme mit Anschrift, Wettbewerbsart und
den zu erbringenden Leistungen ggf. mit Bezug auf die HOAI).
- II.1.3) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV) Entsprechend § 14 VgV ist das gemeinsame Vokabular (CPV)
zu verwenden, das unter der Adresse:
<http://simap.europa.eu>
und dann weiter im Abschnitt „CPV und weitere Nomenklaturen“
eingesehen werden kann.
Siehe http://simap.europa.eu/index_de.htm

Abschnitt V : Ergebnisse des Wettbewerbs

- V.1.3) Namen und Adressen der Gewinner des Wettbewerbs Hier sind gesonderte Angaben zu jeder Preisträgerin /
jedem Preisträger (in der Regel 1.-3. Preis) zu machen.

Abschnitt VI : Zusätzliche Informationen

- VI.3.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren Die Angabe der Vergabekammer ist zwingend erforderlich.
Siehe Ziff. 5.4.16 der RL

VERFASSELERKLÄRUNG

gemäß § 5 Abs. 3 RPW

Hiermit versichere ich, dass ich/wir geistige Urheberin bzw. geistiger Urheber der Wettbewerbsarbeit sowie gemäß - RPW 2015 - (Richtlinien für Planungswettbewerbe der Freien und Hansestadt Hamburg) und gemäß den Festlegungen der Auslobung teilnahmeberechtigt bin/sind.

Ich versichere - als bevollmächtigte Vertreterin bzw. bevollmächtigter Vertreter - durch meine Unterschrift, dass

1. ich/wir mit einer Beauftragung zur weiteren Bearbeitung einverstanden, sowie zur Durchführung der Aufgabe berechtigt und terminlich sofort im Anschluss an das Wettbewerbsverfahren in der Lage bin/sind,
2. keine Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Absatz 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Name/Bürobezeichnung

Straße, Ort

Telefon-Nummer

Telefax-Nummer

FOLGENDE PARTNERINNEN BZW. PARTNER, MITARBEITERINNEN BZW. MITARBEITER UND SACHVERSTÄNDIGE WAREN BETEILIGT:

Die Eintragung(en) in die Architektenliste/Ingenieurliste des Landes:

_____ erfolgte unter der Nr.: _____

Seit: _____ bin ich/sind wir in _____ mit Haupt-Wohn- bzw. Geschäfts-Sitz gemeldet.

Datum

Unterschrift

Preis- bzw. Ankaufssumme sollen überwiesen werden an:

Name des Geldinstituts

IBAN

BIC

Kontoinhaberin bzw. Kontoinhaber

Allgemeine Vertragsbestimmungen - AVB -

zu den Verträgen für freiberuflich Tätige

- § 1 - Allgemeine Pflichten der bzw. des AN
- § 2 - Verpflichtung bei Leistungen für Ausschreibung, Vergabe und Objekt-
(Bau-)überwachung
- § 3 - Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten
- § 4 - Vertretung der AG durch die bzw. den AN
- § 5 - Auskunftspflicht der bzw. des AN
- § 6 - Herausgabeanspruch der AG
- § 7 - Urheberrecht
- § 8 - Zahlungen
- § 9 - Abtretung
- § 10a Kündigung durch die AG
- § 10b Kündigung durch die bzw. den AN
- § 11 - Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen
- § 12 - Haftpflichtversicherung
- § 13 - Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand
- § 14 - Arbeitsgemeinschaft
- § 15 - Werkvertragsrecht
- § 16 - Schriftform

§ 1

Allgemeine Pflichten der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers (AN)

- (1) Die Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen sowie den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen.
- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer (AN) hat insbesondere zu beachten
 - das Bauhandbuch (VV-Bau);
 - die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - VOB -;
 - die Verdingungsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) - VOL -.
- (3) Als Sachwalterin bzw. Sachwalter ihrer/seiner Auftraggeberin (AG) darf die bzw. der AN keine Unternehmerinnen- bzw. Unternehmer- oder Lieferantinnen- bzw. Lieferanteninteressen vertreten. Sie/Er hat gemäß ihrem/seinem Berufs- und Standesrecht im Rahmen des Vertrages ihr/ihm übertragene Vermögensbetreuungspflichten ausschließlich für die AG wahrzunehmen.
- (4) Weder die bzw. der AN noch eine der in § 16 Vergabeverordnung (VgV) genannten Personen dürfen in einem von ihr/ihm vertragsgemäß betreuten Vergabeverfahren für eine Bewerberin bzw. einen Bewerber oder Bieterin bzw. Bieter tätig sein. Dies gilt für alle Vergabeverfahren oberhalb und unterhalb der in der VgV festgelegten Schwellenwerte für EG-Vergabeverfahren.
- (5) Die bzw. der AN hat ihrer/seiner Leistung die schriftlichen Anordnungen und Anregungen der AG zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen der AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen; sie/er hat ihre/seine vereinbarten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit der AG und den anderen fachlich Beteiligten (vgl. § 3) abzustimmen.

Die bzw. der AN hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob ihrer/seiner Leistung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen.

Die Haftung der bzw. des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer/seiner Leistungen wird durch Anerkennung oder Zustimmung der AG nicht eingeschränkt.
- (6) Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unverändertem Programm und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliches Honorar. Nicht vereinbarte Leistungen, die die AG zur Herstellung der baulichen Anlage fordert, hat die bzw. der AN mit zu übernehmen; die Vergütung hierfür hat die bzw. der AN vor Leistungsbeginn mit der AG zu vereinbaren. Das gleiche gilt für Änderungen der vereinbarten Leistung; in solchen Fällen richtet sich das Honorar nach den Ermittlungsgrundlagen der vereinbarten Leistung.
- (7) Die bzw. der AN ist bei der Bearbeitung der Leistungen an die von der AG anerkannte Planung gebunden. Wenn von der AG vor Leistungserbringung eine Kostenobergrenze mitgeteilt wurde, hat die bzw. der AN diese unter Einschluss aller planerischen Maßnahmen zur Optimierung des Planungskonzepts zu beachten.

Wird erkennbar, dass die von der AG anerkannten Kosten und die vereinbarten Termine bei der Verfolgung der bisherigen Planung oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung nicht eingehalten werden, hat sie/er die AG unverzüglich unter Darlegung der aus ihrer/seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts zu unterrichten.

- (8) Die bzw. der AN hat die ihr/ihm übertragenen Leistungen in ihrem/seinem Büro zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der AG ist eine Unterbeauftragung zulässig.

§ 2

Verpflichtung bei Leistungen für Ausschreibung, Vergabe und Objekt-(Bau-)überwachung

Die bzw. der AN und ihre/seine mit der Ausführung der vertraglichen Leistungen befassten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter müssen sich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches (StGB) verpflichten lassen.

Der Einsatz anderer Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter als der besonders Verpflichteten darf nur nach deren Verpflichtung erfolgen. Der AG sind diese unverzüglich zu benennen.

§ 3

Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

- (1) Der bzw. dem AN gegenüber ist nur die vertragsschließende Stelle weisungsbefugt.
- (2) Die AG unterrichtet die bzw. den AN rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben und über die mit diesen vereinbarten Termine/Fristen.
- (3) Die bzw. der AN ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- (4) Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen der bzw. dem AN und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat die bzw. der AN unverzüglich schriftlich die Entscheidung der AG herbeizuführen.

§ 4

Vertretung der AG durch die bzw. den AN

- (1) Die bzw. der AN ist zur Wahrung der Rechte und Interessen der AG im Rahmen der ihr/ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Sie/Er hat die AG unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt der AG.
- (2) Die AG bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf die bzw. der AN nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- (3) Die bzw. der AN darf unbeschadet § 3 Abs. 3 Dritten ohne Einwilligung der AG keine Unterlagen aushändigen und keine Auskünfte geben, die sich auf die Baumaßnahme beziehen.

§ 5

Auskunftspflicht der bzw. des AN

Die bzw. der AN hat der AG auf Anforderung über ihre/seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung sowohl mündlich als auch schriftlich Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für die Baumaßnahme für abgeschlossen erklärt ist.

§ 6

Herausgabeanspruch der AG

Die von der bzw. dem AN zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen – Pläne oder Zeichnungen als Transparentpausen oder digitale Datenträger – sind an die AG herauszugeben; sie werden deren Eigentum. Die der bzw. dem AN überlassenen Unterlagen sind der AG spätestens nach Erfüllung ihres/seines Auftrages zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

Auf Anforderung der AG hat die bzw. der AN die ihr/ihm digital zur Verfügung gestellten Daten in ihrem/seinem DV-System zu löschen.

§ 7

Urheberrecht

- (1) Soweit die von der bzw. dem AN gefertigten Unterlagen und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen urheberrechtlich geschützt sind, bestimmen sich die Rechte der AG auf Nutzung, Änderung und Veröffentlichung dieser Werke nach § 7 Abs. 2 bis 5. Als Werke der Baukunst im Sinne des Urheberrechtsgesetzes sind solche Unterlagen und Bauwerke anzusehen, die eine persönliche, geistige Schöpfung der bzw. des AN darstellen und einen so hohen Grad an individueller ästhetischer Gestaltungskraft aufweisen, dass sie aus der Masse des alltäglichen Bauschaffens herausragen.
- (2) Sofern die bzw. der AN nicht nur mit der Vorplanung und der Entwurfsplanung eines Bauwerks beauftragt worden ist, darf die AG die Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme und das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung der bzw. des AN nutzen. Die Unterlagen dürfen auch für eine etwaige Wiederherstellung des ausgeführten Werks benutzt werden.
- (3) Sofern die bzw. der AN nicht nur mit der Vorplanung und der Entwurfsplanung eines Bauwerks beauftragt worden ist, darf die AG die Unterlagen sowie das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung der bzw. des AN ändern, wenn dies für die Nutzung des Gebäudes erforderlich ist. Dies gilt nicht, wenn die Änderungen der Unterlagen oder des ausgeführten Werks zu Entstellungen oder anderen Beeinträchtigungen im Sinne von § 14 Urheberrechtsgesetz führen oder die Interessenabwägung im Einzelfall ergibt, dass das Gebrauchsinteresse der AG hinter dem Schutzinteresse der bzw. des AN zurücktreten muss. In den in Satz 2 genannten Fällen wird die AG der bzw. den AN über das Vorhaben unterrichten und ihr/ihm Gelegenheit geben, innerhalb einer von der AG bestimmten angemessenen Zeit mitzuteilen, ob und in welcher Weise sie/er mit einer Änderung einverstanden ist.
- (4) Die AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe der bzw. des AN. Das Veröffentlichungsrecht der bzw. des AN unterliegt der vorherigen schriftlichen Zustimmung der AG, wenn Geheimhaltungs- bzw. Sicherheitsinteressen oder sonstige besondere Belange der AG durch die Veröffentlichung berührt werden.

- (5) Die AG kann ihre Befugnisse nach § 7 Abs. 2 bis 4 im Rahmen des § 34 Urheberrechtsgesetz auf die/den jeweilige/jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigte bzw. Berechtigten übertragen.
- (6) Liegen die Voraussetzungen des § 7 Abs. 1 nicht vor, darf die AG die Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung der bzw. des AN nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk. Die AG hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe der bzw. des AN. Das Veröffentlichungsrecht der bzw. des AN unterliegt der vorherigen schriftlichen Zustimmung der AG. Die Planungs- und Kostendaten der Baumaßnahme dürfen von der bzw. dem AN nicht an Dritte weitergegeben werden. Die AG kann ihre vorgenannten Rechte auf die jeweilige/den jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigte bzw. Berechtigten übertragen.

§ 8

Zahlungen

- (1) Auf Anforderung der bzw. des AN werden Abschlagszahlungen für nachgewiesene Leistungen einschließlich Umsatzsteuer gewährt.
- (2) Teilschlusszahlungen einschließlich Umsatzsteuer werden für von der AG anerkannte Leistungen bis einschließlich Haushaltsunterlage -Bau-/Kostenberechnung und bei vorliegender Kostenfeststellung für Leistungen bis einschließlich Objekt- (Bau-)überwachung gewährt, wenn die bzw. der AN prüfbare Rechnungen eingereicht hat.

Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird fällig, wenn die Leistung abgenommen, eine prüffähige Schlussrechnung überreicht und diese in angemessener Zeit geprüft worden ist. Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird alsbald nach Prüfung und Feststellung der von der bzw. dem AN vorgelegte prüfbaren Honorarschlussrechnung fällig, spätestens innerhalb von 30 Tagen nach Zugang. Eine prüffähige Rechnung im Sinne des § 33 HOAI muss diejenigen Angaben enthalten, die nach dem geschlossenen Vertrag und der HOAI objektiv unverzichtbar sind, um die sachliche und rechnerische Überprüfung des Honorars zu ermöglichen. Einwendungen gegen die Prüfbarkeit der Rechnung müssen unter Angabe der Gründe innerhalb der in Satz 2 genannten Frist von 30 Tagen erhoben werden, andernfalls kann sich die AG nicht mehr auf fehlende Prüfbarkeit berufen. Wenn die Rechnung nur in Teilen prüffähig ist, kann die bzw. der AN die Zahlung eines Guthabens verlangen, das unter Berücksichtigung eventueller Voraus- und Abschlagszahlungen bereits feststeht.

Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind im Original mit zwei Durchschriften einzureichen.

- (3) Die Umsatzsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen. Sie ist in Abschlagszahlungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer und in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die die/der AN zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.

Die vorbehaltlose Annahme der als solche gekennzeichnete Schlusszahlung schließt Nachforderungen aus. Einer Schlusszahlung steht es gleich, wenn die AG unter Hinweis auf geleistete Zahlungen weitere Zahlungen endgültig und schriftlich ablehnt. Auch früher gestellte, aber unerledigte Forderungen sind ausgeschlossen, wenn sie nicht nochmals vorbehalten werden.

Ein Vorbehalt ist innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Schlusszahlung zu erklären und eingehend zu begründen.

- (4) Wird nach Annahme der Schlusszahlung (Teilschlusszahlung) festgestellt, dass das Honorar abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Soweit Honorare aufgrund der Kostenfeststellung zu berechnen sind, ist die Abrechnung ferner zu berichtigen, wenn sich infolge der Überprüfung der Abrechnung der Baumaßnahme Änderungen der für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten ergeben. AG und AN sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

Das Berichtigen der Abrechnung ist keine Nachforderung.

- (5) Im Falle einer Überzahlung hat die bzw. der AN den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet sie/er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet sie/er sich ab diesem Zeitpunkt mit ihrer/seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB sowie eine Pauschale in Höhe von 40 Euro zu zahlen.

Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich die bzw. der AN nicht berufen.

- (6) Die Verjährung der Honorarforderung beginnt grundsätzlich mit der Erteilung einer prüffähigen Schlussrechnung. Die Verjährung einer auf eine nicht prüffähige Honorarschlussrechnung gestützten Forderung beginnt spätestens, wenn die Frist von 30 Tagen abgelaufen ist, ohne dass die AG substantiierte Einwendungen gegen die Prüffähigkeit vorgebracht hat. Ist die Rechnung nur teilweise prüffähig, beginnt die Verjährung der Honorarschlussrechnung grundsätzlich erst mit der Erstellung einer insgesamt prüffähigen Schlussrechnung.

§ 9

Abtretung

Forderungen der bzw. des AN gegen die AG können ohne Zustimmung der AG nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der AG gegen sie wirksam. §§ 398 ff BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

§ 10a Kündigung durch den Auftraggeber

- (1) Die AG kann bis zur Vollendung der nachgefragten Leistung jederzeit den Vertrag kündigen. Die Kündigung ist schriftlich zu erklären.
- (2) Kündigt die AG aus einem Grund, den die bzw. der AN nicht zu vertreten hat, so ist die bzw. der AN berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen. Sie/er muss sich jedoch anrechnen lassen, was sie/er infolge der Aufhebung des Vertrages an Kosten erspart oder durch anderweitige Verwendung ihrer/seiner Arbeitskraft und ihrer/seines Unternehmens / Büros erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (§ 649 Satz 2, 2. Halbsatz BGB). Die ersparten Aufwendungen werden für die noch nicht erbrachten Leistungen der Objektüberwachung sowie der Objektbetreuung und Dokumentation auf 60 %, für die noch nicht erbrachten übrigen Leistungen auf 40 % festgelegt, es sei denn, geringere oder höhere ersparte Aufwendungen werden nachgewiesen.
- (3) Hat die bzw. der AN den Kündigungsgrund zu vertreten, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten. Der Schadensersatzanspruch der AG bleibt unberührt.

- (4) Bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses bleiben insbesondere die Ansprüche der Vertragsparteien aus den §§ 5 bis 7 unberührt.

§ 10b Kündigung durch die bzw.den AN

- (1) Die bzw. der AN kann den Vertrag kündigen:
1. wenn die AG eine ihr obliegende Handlung unterlässt und dadurch die bzw. den AN außerstande setzt, die Leistung auszuführen (Annahmeverzug nach §§ 293 ff. BGB),
 2. wenn die AG eine fällige Zahlung nicht leistet oder sonst in Schuldnerverzug gerät.
- (2) Die Kündigung ist schriftlich zu erklären. Sie ist erst zulässig, wenn die bzw. der AN der AG ohne Erfolg eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass sie/er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde.
- (3) Die bis zur Kündigung erbrachten vertraglichen Leistungen sind nach den vertraglich vereinbarten Vergütungsregelungen abzurechnen. Etwaige weitergehende Ansprüche der bzw. des AN bleiben unberührt.

Für die ersparten Aufwendungen für die nicht erbrachten, vertraglichen Leistungen gilt § 10 a Abs. 2 Satz 3 entsprechend.

§ 11

Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen

- (1) Mängel- und Schadensersatzansprüche der AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Haftet die bzw. der AN wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen die allgemein anerkannten Regeln der Technik oder sonstiger schuldhafter Verletzung ihrer/seiner Vertragspflichten, so hat sie/er den Schaden an der baulichen Anlage und die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten anderen Schäden in voller Höhe zu ersetzen. Im Übrigen haftet sie/er für jede Pflichtverletzung bis zur Höhe der tatsächlich abgeschlossenen Haftpflichtversicherung, mindestens bis zur Höhe der im Vertrag vereinbarten Deckungssummen der Haftpflichtversicherung.
- (3) Im Falle ihrer/seiner Inanspruchnahme kann die bzw. der AN verlangen, dass sie/er an der Beseitigung des Schadens beteiligt wird.
- (4) Die Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 12

Haftpflichtversicherung

- (1) Die bzw. der AN muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und nachweisen. Sie/Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.
- Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- (2) Die bzw. der AN hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen der AG. Die AG kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

- (3) Die bzw. der AN ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Sie/Er ist in diesem Fall verpflichtet, unverzüglich durch Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages Deckung in der vereinbarten Höhe für die gesamte Vertragszeit nachzuholen, zu gewährleisten und nachzuweisen.

§ 13

Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand

- (1) Es gilt deutsches Recht.
- (2) Erfüllungsort für die Leistungen der bzw. des AN ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz der AG.
- (3) Bei Streitigkeiten aus dem Vertrag soll die bzw. der AN zunächst die der auftraggebenden Stelle unmittelbar vorgesetzte Stelle anrufen. Streitigkeiten berechtigen die bzw. den AN nicht, die Arbeiten einzustellen.
- (4) Soweit die Voraussetzungen gem. § 38 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz der für die Prozessvertretung der AG zuständigen Stelle.

§ 14

Arbeitsgemeinschaft

- (1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft AN ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung.
Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der AG gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber der AG unwirksam.
- (2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.
- (3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für die AG ausschließlich an die/den im Vertrag genannte Vertreterin/genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach deren/dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

§ 15

Werkvertragsrecht

Die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff. BGB) finden ergänzend Anwendung.

§ 16

Schriftform

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

Hinweise zum Vertragsmuster - Gebäude -

H.0 **Vorbemerkung**

Nrn. ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das Vertragsmuster.

Bei Beteiligung von freiberuflich Tätigen erbringt die Auftraggeberin (AG) im Allgemeinen folgende Leistungen:

- o Aufstellen des baufachlichen Gutachtens über das Baugrundstück;
- o Aufstellen der Angaben für die Finanzplanung;
- o Beschaffen der Kataster(flur)karten, Lage- und Höhenpläne und sonstigen Unterlagen vom Baugrundstück, soweit sie die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer (AN) für ihre/seine Leistungen benötigt;
- o Vermessen des Baugeländes;
- o Anfertigen von Modellen mit Ausnahme von einfachen Arbeits- und Hilfsmodellen;
- o Bereitstellen folgender Unterlagen:
 - Liefern von Kostenbeiträgen für die Leistungsbereiche der AG;
- o Vergabe;
 - Zusammenstellen der Unterlagen, Ausfüllen der Einheitlichen Vergabemuster, Festlegen der Vergabeart, Auswahl der aufzufordernden Unternehmen, Einholen der Angebote, Vergabeverhandlungen, Verhandeln mit den Bieterinnen bzw. Bietern, Abfassen der Verträge und Auftragserteilung;
- o rechtsgeschäftliche Erklärung der Abnahme;
- o sachliche Feststellung und Kassenreifmachung der von der bzw. dem AN geprüften und bescheinigten Kostenrechnungen;
- o Zahlungen;
- o Antrag auf behördliche Abnahme und Teilnahme daran;
- o Führen der Festlegungslisten.

Für Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Beauftragung von Freiberuflichen ergeben, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau beratend zur Verfügung.

H.1 **Allgemeines**

Kostenverpflichtungen für Bauplanungen dürfen zunächst nur insoweit eingegangen werden, wie dies zur Aufstellung der Vorplanung notwendig ist. Wenn dazu eine bzw. ein AN, d.h. eine freiberuflich tätige Architektin bzw. ein freiberuflich tätiger

Architekt oder eine Ingenieurin bzw. ein Ingenieur hinzugezogen werden soll, so ist das Vertragsmuster Gebäude zu verwenden. Der bzw. dem AN ist mit dem Vertrag auch eine Ausfertigung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB) zuzuleiten. Die AVB dürfen nicht geändert werden. Der Vertrag ist vor Beginn der jeweiligen Leistungen zu schließen.

Das Vertragsmuster ist ausgerichtet auf das sog. „Kostenberechnungsmodell“ nach § 6 Abs. 1 HOAI. Das bedeutet, dass das gesamte Honorar auf der Grundlage der Kostenberechnung oder, soweit diese nicht vorliegt, auf der Grundlage der Kostenschätzung ermittelt wird.

Soll alternativ das Honorar auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten einer Baukostenvereinbarung (sog. „Baukostenvereinbarungsmodell“) nach § 6 Abs. 3 HOAI berechnet werden, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau bei der Anpassung des Vertragsmusters beratend zur Verfügung.

Soweit ein bauaufsichtliches Verfahren erforderlich ist, kann bei 2.4 gewählt werden, ob ein Baugenehmigungsverfahren oder ein Zustimmungsverfahren durchgeführt werden soll. Wenn die Voraussetzungen nach § 64 HBauO nicht vorliegen, ist ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen.

H.1.1 Stufenweise Beauftragung der Leistungen

Im Vertrag sind alle Leistungen aufzuführen, deren Beauftragung an die bzw. den AN vorgesehen ist. Die bzw. der AN darf zunächst nur mit den Leistungen nach 3.2. des Vertragsmusters beauftragt werden. Dies wird auch durch 3.1 klargestellt. Die weiteren Leistungen werden - je nach Bedarf einzeln oder zusammengefasst - schriftlich beauftragt. Dabei ist auf die im Grundvertrag zur Beauftragung vorgesehenen Leistungen und deren Nummerierung Bezug zu nehmen.

Der AN, der/dem Leistungen nach 3.2 übertragen worden sind, soll in der Regel auch mit weiteren Leistungen beauftragt werden.

H.1.2 Deckblatt

Die bzw. der AN ist mit der vollständigen Namensbezeichnung unter Angabe des Geschäftssitzes, der Rufnummer und der vertretungsberechtigten Personen eindeutig zu nennen.

H.2 **Leistungen der bzw. des AN**

H.2.1 Allgemeines (§ 3.1)

Werden ausnahmsweise in der 1. Auftragsstufe weitere Leistungen nach 3.3 bis 3.8 des Vertragsmusters beauftragt oder einzelne Leistungsphasen oder Teile davon, so ist 3.1 entsprechend zu ändern.

H.2.2 Baubüro (§ 3.6.1.2)

Die Einrichtung und Unterhaltung eines Baubüros soll nur bei Großbaumaßnahmen beauftragt werden.

H.3 Vergütung

H.3.1 Allgemeines (§ 6)

Bei Vertragsabschluss sind der Honorarermittlung die geschätzten Kosten zugrunde zu legen. Das endgültige Honorar ist aus der von der AG anerkannten Kostenberechnung zu ermitteln. Kosten aus Nachträgen sind nicht Bestandteil der Kostenberechnung und damit nicht Grundlage für die Honorarermittlung für Leistungen, die für die Haushaltsunterlage - Bau / Ausführungsunterlage - Bau / Bau- und Kostenunterlage erforderlich sind.

Werden Änderungen nach § 10 HOAI erforderlich, die zu Mehrarbeiten der bzw. des AN führen, ist über deren angemessene Honorierung eine zusätzliche Vereinbarung schriftlich zu treffen. Insofern können entweder die änderungsbedingten Mehrkosten der Kostenberechnung der von der AG anerkannten Haushaltsunterlage - Bau / Ausführungsunterlage - Bau / Bau- und Kostenunterlage hinzugeschlagen oder die Mehrleistungen - pauschal oder nach Zeitaufwand - honoriert werden.

H.3.2 Ermittlung der Vergütung (§ 6.1.1 und 6.1.2)

Die Ermittlung der Vergütung richtet sich nach § 7 HOAI.

Die Honorarzone ist bei Umbauten, Instandhaltungen und Instandsetzungen gem. §§ 5 und 35 HOAI, bei Neu- und Erweiterungsbauten grundsätzlich nach den Regelbeispielen der Anlage 10 Ziffer 10.2 festzulegen. Ist die Honorarzone nach den Regelbeispielen nicht eindeutig zu ermitteln, ist sie anhand der Bewertungsmerkmale und ggf. der Bewertungspunkte nach § 35 HOAI zuzuordnen.

Der Mindestsatz ist nur zu überschreiten, wenn Anforderungen gestellt werden, die den Bearbeitungsaufwand erhöhen und die nicht schon in anderer Weise vergütet werden (z.B. Einordnung in eine andere Honorarzone).

Als solche Anforderungen kommen u.a. in Betracht:

- Beteiligung und Koordinierung einer Vielzahl von Nutzern,
- außergewöhnlich kurze Planungs- und Bauzeiten,
- verbindliche Festtermine und Fristen,
- Planung und Durchführung bei laufendem Betrieb,
- erhöhte baukünstlerische Anforderungen,
- Leistungen für den raumbildenden Ausbau
- Berücksichtigung von Forderungen des Denkmalschutzes,
- Anwendung neuer Herstellungsverfahren.

Wenn das Honorar mit einem anderen als dem Mindestsatz berechnet werden soll, ist in 6.1.2 unter Honorarzone folgende Vereinbarung aufzunehmen:

„Honorarzone, Mindestsatz der Honorartafel nach § 35 Abs. 1 HOAI zuzüglich v.H. der Differenz zum Höchstsatz“.

Die Gründe für das Abweichen von den Mindestsätzen sind schriftlich festzuhalten.

H.3.3 Bewertung der Leistungen (§ 6.1.3)

Die in § 3 des Vertragsmusters aufgeführten Leistungen sind unter Berücksichtigung der Leistungen der AG in der Regel entsprechend § 34 Abs. 3 HOAI wie folgt zu bewerten:

Grundlagenermittlung - 3.2.1 -	2 v.H.
Vorplanung - 3.2.2 -	7 v.H.
Entwurfsplanung - 3.3.1 -	15 v.H.
Genehmigungsplanung - 3.3.2 - (soweit sie nach öffentlich-rechtlichen Bestimmungen erforderlich ist)	3 v.H.
Ausführungsplanung - 3.4.1 -	25 v.H.
Vorbereitung der Vergabe - 3.5.1 -	9,5 v.H. ^{*)}
Mitwirkung bei der Vergabe - 3.5.2 -	3 v.H. ^{*)}
Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation - 3.6.1 -	32 v.H.
Objektbetreuung - 3.7.1 -	2 v.H.
	<hr/> 98,5 v.H.

^{*)} Unter Berücksichtigung der von der AG zu erbringenden Leistungen (siehe hierzu Hinweis H.0 -Vorbemerkung-)

Falls die AG selbst oder andere freiberuflich Tätige darüber hinaus Teile der unter 3.2 bis 3.7 des Vertragsmusters genannten Leistungen erbringen, ist das bei der Bewertung der Leistungen zu berücksichtigen. Desgleichen ist zu verfahren, sofern die bzw. der AN im Rahmen ihrer/seiner ihr/ihm zu übertragenden Leistungen auf Erleichterungen (z.B. Gutachten, bereits erbrachte Leistungen, Standardplanungen usw.) zurückgreifen kann.

In diesen Fällen sind diese Leistungen/Erleichterungen zu bewerten und das Regelhonorar entsprechend zu mindern.

H.3.4 Honorar oberhalb / unterhalb der anrechenbaren Kosten der Honorartafeln der HOAI (§ 6)

Wenn die anrechenbaren Kosten für Architekten- und Ingenieurleistungen über dem Tafelhöchstwert der HOAI liegen, kann das Honorar frei vereinbart werden. In diesem Fall ist eine Tafelfortschreibung in den Vertrag aufzunehmen. Ein Vorschlag kann von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Bauordnung und Hochbau abgefordert werden.

Bei Unterschreitung des Tafelmindestwertes kann das Honorar als Pauschal- oder Zeithonorar berechnet werden. Hierfür kann ebenfalls ein Vorschlag von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Bauordnung und Hochbau abgefordert werden.

H.3.5 Mehrere Bauwerke (§ 6)

Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Gebäuden, so sind die Honorare für jedes Gebäude getrennt zu berechnen. Dies gilt nach § 11 HOAI nicht für Gebäude mit weitgehend gleichartigen Planungsbedingungen derselben Honorarzone, die im zeitlichen und örtlichen Zusammenhang als Teil einer Gesamtmaßnahme geplant und errichtet werden sollen. Das Honorar ist dann nach der Summe der anrechenbaren Kosten zu berechnen.

Soweit eine Baumaßnahme aus mehreren im Wesentlichen gleichartigen Gebäuden (Wiederholungen) besteht, die im zeitlichen oder örtlichen Zusammenhang und unter gleichen baulichen Verhältnissen geplant und errichtet werden sollen, ist hinter 6.1.4/6.1.5 ein weiterer Abschnitt mit fortlaufender Nummerierung vorzusehen. Soweit die Anzahl der Wiederholungen noch nicht feststeht, ist zu vereinbaren, dass das Honorar nach § 11 Abs. 3 HOAI ermittelt wird. Stehen Art und Umfang der Wiederholungen fest, ist zur Vermeidung von Auseinandersetzungen folgende Textfassung vorzusehen:

„Wegen der Wiederholungen wird vereinbart für die Bauwerke

= 50 v.H. des Honorars der Leistungen für die Bauwerke
(1. - 4. Wiederholung),

= 40 v.H. des Honorars der Leistungen
(5. - 7. Wiederholung),

= 10 v.H. des Honorars der Leistungen
(ab 8. Wiederholung).“

Das Honorar für die Mitwirkung bei der Vergabe, der Objekt-(Bau)-Überwachung und Dokumentation sowie für die Objektbetreuung wird nicht reduziert.

H.3.6 Umbauten (§ 6.1.5)

Bei Umbauten und Modernisierungen i.S.v. § 2 Abs. 5 und 6 HOAI kann gemäß § 36 HOAI in 6.1.5 ein Zuschlag von bis zu 33 v.H. vereinbart werden.

Es ist in allen Fällen, in denen nicht abschließend und umfassend ein Neubau betroffen ist, über einen Umbau-/Modernisierungszuschlag zu verhandeln und hierüber in 6.1.5 eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Das Verhandlungsergebnis ist schriftlich festzuhalten.

Sofern kein Zuschlag schriftlich vereinbart wurde, fällt nach § 6 Abs. 2 S.4 HOAI für Leistungen bei Umbauten und Modernisierungen ab einem durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad ein Zuschlag von 20 v.H. an.

H.3.7 Instandhaltung und
Instandsetzungen
(§ 6.1.5)

Bei Instandhaltungen und Instandsetzungen kann gem. § 12 Abs. 2 HOAI eine Erhöhung des Honorars für die Objektüberwachung (Bauüberwachung) um bis zu 50 v.H. vereinbart werden.

Fallen Umbau und Instandsetzungen in einem Gebäude zusammen und lassen sich die Anteile nicht exakt ermitteln, so ist ein einheitlicher Zuschlag anstelle des Umbau- und Instandhaltungszuschlages unter 6.1.4 zu vereinbaren.

H.3.8 Verlängerte Objekt-
überwachung (§ 6.3)

Verzögert sich die Bauzeit durch Umstände, die die bzw. der AN nicht zu vertreten hat wesentlich, so ist für die Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung zu vereinbaren. Eine Überschreitung bis zu 20 v. H. der festgelegten Ausführungszeit, maximal 6 Monate, ist durch das Honorar abgegolten.

Für den daran anschließenden Zeitraum soll die bzw. der AN für die nachweislich gegenüber den Leistungen entstandenen Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung bis zum Höchstbetrag der Vergütung je Monat erhalten, die sie/er als Anteil der Vergütung für die Objektüberwachung je Monat der vereinbarten Ausführungszeit erhalten hat.

Für eine Prüfung der Ansprüche und Feststellung einer angemessenen Honorierung ist eine genaue Erfassung der Ursachen der verlängerten Objektüberwachung – z. B. durch die sorgfältige Führung des Bautagebuches – unerlässlich.

H.3.9 Nebenkosten (§ 6.6)

Die Vergütung von Nebenkosten (§ 14 HOAI) erfolgt auf Einzelnachweis, sofern nicht bei Auftragserteilung eine pauschale Abrechnung vereinbart worden ist.

Nach § 14 Abs. 1 HOAI kann die Erstattung der Nebenkosten auch ganz oder teilweise ausgeschlossen werden.

Werden Nebenkosten erstattet, so ist die Vereinbarung einer Pauschale z.B. in v.H.-Sätzen des Nett honorars anzustreben. Die ihr zugrunde gelegten Einzelansätze sind festzuhalten.

Die Nebenkosten sind immer objektbezogen zu betrachten. Für die pauschale Abrechnung werden nachfolgende Sätze in v.H. des Nett honorars vorgeschlagen. Der Ansatz für „sämtliche Vervielfältigungen“ deckt dabei das 8fache Vervielfältigen aller Pläne ab.

Vervielfältigen der Unterlagen:

1) 1 x pausfähig	0,5 v.H.)	
)	
2) sämtliche Vervielfältigungen, jedoch ohne Leistungs- verzeichnisse, zusätzlich zu Nr. 1)	1,5 v.H.)	des Netto- honorars
)	
3) sämtliche Vervielfältigungen mit Leistungsverzeichnissen zusätzlich zu Nr. 1)	2,5 v.H.)	
)	
Post- und Fernmeldegebühren	1,0 v.H.)	

Bei geringen anrechenbaren Kosten und somit einem niedrigen Honorar können vorgenannte Sätze zu gering bzw. bei hohen anrechenbaren Kosten zu hoch sein. Sie sind dann angemessen zu korrigieren.

Fahrtkosten (auch Tage- und Übernachtungsgelder) für Reisen der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. ihrer/seiner Mitarbeiter, die über den Umkreis von 15 km vom Geschäftssitz der bzw. des AN hinausgehen, sollten nicht höher berechnet werden als nach dem geltenden Hamburgischen Reisekostengesetz - HmbRKG -.

H.4 **Haftpflicht- versicherung (§ 7)**

Als Deckungssummen der Haftpflichtversicherung sind in der Regel vorzusehen für

Personenschäden:	1.500.000,--EUR,
sonstige Schäden:	500.000,--EUR.

Die bzw. der AN hat einen ausreichenden Versicherungsschutz nachzuweisen, der eine Inanspruchnahme der genannten Deckungssummen ermöglicht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der bzw. dem AN mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. In Ausnahmefällen z.B. in Gutachterverträgen sind ggf. geringere Deckungssummen möglich. Für Einzelobjekte mit besonders hohem Risiko sind die o.g. Deckungssummen ggf. zu erhöhen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.

H.5 **Veröffentlichungs- und Rücktrittsklausel (§ 8.3)**

Der Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Dementsprechend enthält er eine Veröffentlichungsklausel, die der bzw. dem AN deutlich machen soll, dass sie/er – unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen des HmbTG – nach Vertragsabschluss mit der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister rechnen muss.

Für den Fall der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister ist das hierfür in § 8.3 des Musters zum Grundvertrag bzw. unter (2) des Musters zum Zusatzvertrag vorgesehene Kästchen anzukreuzen.

Des Weiteren beinhaltet der Vertrag eine Rücktrittsklausel, die der AG das Recht einräumt, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurückzutreten.

H.6 **Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen**

Für die Beauftragung der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. ihrer/seiner Mitarbeiter mit Leistungen der weiteren Stufen (vgl. H.1.1) ist das Vertragsmuster - Zusatzverträge - (VV-Bau II, Anlage 2c) zu verwenden.

Hiermit sind die im Grundvertrag zur Beauftragung vorgesehenen Leistungen unter Beachtung von VV-Bau, Teil II, Ziff. 5.2 zu übertragen.

Sollen Termine und Fristen vereinbart werden (siehe auch § 5 des Grundvertrages), sind diese hier aufzunehmen.

Werden Änderungen des Leistungsbildes und/oder der Honorierung erforderlich (z.B. durch veränderten Leistungsumfang, Zusätzliche Leistungen, Änderung der Honorartafel), sind diese im Zusatzvertrag zu regeln.

Die Zusatzverträge sind entsprechend dem Grundvertrag von der bzw. dem AN und von der AG zu unterzeichnen.

VERTRAGSMUSTER - GEBÄUDE-

Freie und Hansestadt Hamburg

Gz.:

Vertragsausfertigungen an:

- 1) A N (1x)
- 2) A G (2x)

Mittelbindungs-Nr.:

Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg
vertreten durch

diese vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g g e b e r i n (AG) genannt -

und

vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g n e h m e r i n bzw. A u f t r a g n e h m e r (AN) genannt -
wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|--|---|
| § 1 - Gegenstand des Vertrages | § 5 - Termine und Fristen |
| § 2 - Grundlagen des Vertrages | § 6 - Vergütung |
| § 3 - Leistungen der bzw. des AN | § 7 - Haftpflichtversicherung der bzw. des AN |
| § 4 - Zusammenarbeit zwischen AG, AN
und anderen fachlich Beteiligten | § 8 - Ergänzende Vereinbarungen |

§ 1

Gegenstand des Vertrages

- 1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen für die Baumaßnahme

(genaue Bezeichnung der Baumaßnahme)

§ 2

Grundlagen des Vertrages

- 2.1 Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure - HOAI -, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- 2.2 Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen - AVB - (siehe Anlage) sind Bestandteil dieses Vertrages.
- 2.3 Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer (AN) hat ihren/seinen Leistungen verpflichtend zugrunde zu legen:
- den Planungsauftrag vom
 - das genehmigte Raumprogramm vom
 - das Funktions- und Ausstattungsprogramm vom
 - die Musterraumprogramme ^{*)}
 - die Musterprogramme für allgemeinbildende Schulen in Hamburg und die Technischen Richtlinien zum Bau und zur Einrichtung Hamburger Schulen (TR-Schulen) ^{*)}
 - die Richtlinien des Amtes für Bauordnung und Hochbau für die Anwendung von Planungs- und Kostenkennwerten (RPK '96)
 -
- 2.4 Die bzw. der AN hat folgende Kosten einzuhalten:
- 2.4.1 Für die Erstellung der Bauunterlage die Gesamtbaukosten (Programmkosten) in Höhe von [...] €. Die genannten Kosten umfassen die Kostengruppen 200 bis 600 nach DIN276-1: 2008-12, soweit diese Kostengruppen in der Bauunterlage erfasst sind.
- 2.4.2 Für die weitere Bearbeitung die mit der Bauunterlage genehmigten Kosten.
- 2.4.3 Die Kosten nach 2.4.1 und 2.4.2 stellen jeweils eine Kostenobergrenze dar und dürfen nicht überschritten werden. Sie werden entsprechend dem Index für Wohngebäude insgesamt des Statistischen Bundesamts [...] = [...], Basis 2010 = 100) fortgeschrieben.
- Die Kostenobergrenze wird als Beschaffenheit des von der/dem AN geschuldeten Werkes vereinbart. Damit übernimmt sie/er keine Baukostengarantie.
- Wenn die Kostenobergrenze aus Gründen, die die bzw. der AN nicht zu vertreten hat, nicht eingehalten werden kann und wenn die bzw. der AN ihren/seinen

^{*)} ggf. herausnehmen

Hinweis- und Unterrichtungspflichten nach § 1.7 der Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) nachgekommen ist, werden von der Auftraggeberin (AG) keine Minderungs- und Regressansprüche geltend gemacht.

- 2.5 ^{*)} Die Baumaßnahme unterliegt dem Baugenehmigungsverfahren nach § 61 bzw. § 62 HBauO.
- 2.5 ^{*)} Die Baumaßnahme unterliegt dem Zustimmungsverfahren nach § 64 HBauO. Die für die verantwortliche Leitung zuständige Person wird der bzw. dem AN schriftlich benannt.

§ 3

Leistungen der bzw. des AN

- 3.1 Die Auftraggeberin (AG) überträgt der bzw. dem AN die Leistungen nach 3.2.
Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung mit Leistungen nach 3.3 bis 3.7/3.8 ^{*)} besteht nicht.
Für die Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen - einzeln oder im ganzen - gelten die Regelungen dieses Vertrages.
Die bzw. der AN ist verpflichtet, diese weiteren Leistungen zu erbringen, wenn sie/er von der AG innerhalb von 24 Monaten nach Fertigstellung der Leistungen nach 3.2 mit einer weiteren Vertragsleistung beauftragt wird.
Umfang der Leistungen:
- 3.2 Grundlagenermittlung ^{**)} und Vorplanung
(Kostenschätzung für die Finanz-/Budgetplanung)
- 3.2.1 Grundlagenermittlung ^{**)}
Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 1 der Anlage 10 Nummer 10.1 (zu § 34 Abs. 4) HOAI.
- 3.2.2 Vorplanung
Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 2 der Anlage 10 Nummer 10.1 (zu § 34 Abs. 4) HOAI.
- 3.3 Entwurfs- und Genehmigungsplanung
(Haushaltsunterlage – Bau/Ausführungsunterlage – Bau/Bau- und Kostenunterlage)
- 3.3.1 Entwurfsplanung
Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 3 der Anlage 10 Nummer 10.1 (zu § 34 Abs. 4) HOAI.
- 3.3.2 Genehmigungsplanung
Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 4 der Anlage 10 Nummer 10.1 (zu § 34 Abs. 4) HOAI.
- 3.4 Ausführungsplanung
- 3.4.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 5 der Anlage 10 Nummer 10.1 (zu § 34 Abs. 4) HOAI.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen
^{**)} ggf. herausnehmen

- 3.4.2 Die bzw. der AN muss Leistungen zur Planung und zum Nachweis der Erfüllung von Schallschutzanforderungen soweit erbringen, wie der Nachweis durch Anwendung einfacher Ausführungsbeispiele oder Hinweise und Empfehlungen in den bauordnungsrechtlichen Vorschriften oder Prüfungszeugnissen über Eignungsprüfungen geführt werden kann.

3.5 Leistungen für die Vergabe

3.5.1 Vorbereitung der Vergabe

Das sind folgende Grundleistungen - bzw. Teile davon - aus der Anlage 10 Nummer 10.1 (zu § 34 Abs. 4) HOAI, Leistungsphase 6:

- Aufstellen eines Vergabeterminplans;
- Aufstellen von Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen nach Leistungsbereichen, Ermitteln und Zusammenstellen von Mengen auf der Grundlage der Ausführungsplanung unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter;
- Abstimmen und Koordinieren der Schnittstellen zu den Leistungsbeschreibungen der an der Planung fachlich Beteiligten;
- Ermitteln der Kosten auf der Grundlage vom Planer bepreister Leistungsverzeichnisse;
- Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnisse mit der Kostenberechnung.

3.5.2 Mitwirkung bei der Vergabe

Das sind folgende Grundleistungen - bzw. Teile davon - aus der Anlage 10 Nummer 10.1 (zu § 34 Abs. 4) HOAI, Leistungsphase 7:

- * Koordinieren der Vergaben der Fachplaner;
- Prüfen und Werten der Angebote einschließlich Aufstellen eines Preis spiegels nach Einzelpositionen oder Teilleistungen, Prüfen und Werten der Angebote zusätzlicher und geänderter Leistungen der ausführenden Unternehmen und der Angemessenheit der Preise;
- Erstellen der Vergabevorschläge;
- Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen oder der Kostenberechnung.

- 3.5.3 Für die Erreichung der Kostensicherheit müssen die ersten Ausschreibungen grundsätzlich die Leistungen umfassen, die üblicherweise im Zusammenhang ausgeführt werden und deren Wert mindestens 80 v. H. der von der AG anerkannten Kostenberechnung beträgt.

Um mit hinreichender Zuverlässigkeit beurteilen zu können, ob die ausgewiesenen Kosten eingehalten werden, sind die Ausschreibungsergebnisse in einem Kostenanschlag nach DIN 276 zusammen und der Kostenberechnung gegenüber zu stellen. Hierzu sind bei den Leistungen, die noch nicht ausgeschrieben wurden, die Ansätze aus der Haushaltsunterlage - Bau bzw. der Ausführungsunterlage – Bau / Bau- und Kostenunterlage zu nehmen.

3.6 Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation

- 3.6.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 8 der Anlage 10 Nummer 10.1 (zu § 34 Abs. 4) HOAI.

3.6.1.1 Behandlung der Rechnungsunterlagen

Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen und Kostenrechnungen sind in fachtechnischer und rechnerischer Hinsicht unverzüglich und vollständig zu prüfen. Zum Zeichen der Prüfung hat die bzw. der AN die geprüften Angaben durch Abhaken kenntlich zu machen. Änderungen und Ergänzungen sind entsprechend zu kennzeichnen. Ein Unterstreichen von Texten ist nicht erforderlich.

Die Mengenberechnungen und Abrechnungszeichnungen sind mit folgender Bescheinigung zu versehen:

In allen Teilen geprüft und mit den aus der Mengenberechnung (Abrechnungszeichnung) ersichtlichen Änderungen für richtig befunden.

.....
(Ort) (Datum)
.....
(Unterschrift der bzw. des AN)

Die Kostenrechnungen sind mit Eingangsvermerk und mit folgender Bescheinigung zu versehen:

In allen Teilen geprüft und mit den aus der Rechnung ersichtlichen Änderungen für richtig befunden.

Endbetrag: Euro

.....
(Ort) (Datum)
.....
(Unterschrift der bzw. des AN)

Nach Ausstellen der Bescheinigung sind die Kostenrechnungen unter Beifügung der sie im Einzelnen belegenden Unterlagen der AG unverzüglich auszuhändigen.

Mit den Bescheinigungen übernimmt die bzw. der AN auch in Fällen, in denen diese Bescheinigungen durch ihre(n)/seine(n) Erfüllungsgehilfin bzw. Erfüllungsgehilfen ausgestellt werden, die Verantwortung dafür, dass

- nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,
- die Lieferungen und Leistungen in Art, Güte und Umfang, wie berechnet, vertragsgemäß und fachgerecht ausgeführt worden sind,
- die Vertragspreise eingehalten worden sind,
- alle Maße, Mengen, Einzelansätze und Ausrechnungen richtig sind.

- 3.6.1.2^{*)} Die bzw. der AN ist verpflichtet, an der Baustelle von Beginn der Arbeiten an bis zur Abnahme des Bauwerks/der baulichen Anlagen ein Baubüro zu unterhalten und ausreichend zu besetzen. Die Räume für dieses Baubüro werden von der AG kostenlos zur Verfügung gestellt, einschließlich der Einrichtung, Beleuchtung und Beheizung.
- Die AG stellt auf Antrag der bzw. des AN kostenlos einen Fernsprech- und ggf. einen Telefaxanschluss für das Baubüro zur Verfügung.
- 3.6.1.2^{*)} Die bzw. der AN ist nicht verpflichtet, an der Baustelle ein Baubüro zu unterhalten. Sie/Er hat ausreichende Kontrollen vorzunehmen, deren Häufigkeit sich nach ihrer Notwendigkeit und nach dem Fortgang der Arbeiten richtet.
- 3.6.1.3 Die bzw. der AN stellt die Bauleiterin bzw. den Bauleiter nach § 57 HBauO ohne besondere Vergütung; sie/er kann im Einvernehmen mit der AG dafür sorgen, dass geeignete Fachbauleiterinnen bzw. Fachbauleiter bestellt werden.
- 3.6.1.4 Bautagebuch und Bauausgabebücher sind entsprechend den vorgeschriebenen Mustern der AG zu führen.
- 3.6.1.5 Die Vorschriften der AG über die Rechnungsprüfung und Rechnungslegung sind zu beachten. Soweit die AG der bzw. den AN über Abtretungen, Pfändungen, Vergleichsverfahren oder Konkurse unterrichtet hat, sind die Rechnungsbelege von der bzw. dem AN entsprechend zu kennzeichnen.
- Die bzw. der AN ist verpflichtet, vereinbarte und fällige Vertragsstrafen von den Rechnungen der ausführenden Firmen abzusetzen.
- 3.6.1.6 Die bzw. der AN hat die letztgültigen Ausführungszeichnungen nach Übergabe des Bauwerks/der baulichen Anlagen unverzüglich bei der AG abzuliefern.

3.7 Objektbetreuung

- 3.7.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 9 der Anlage 10 Nummer 10.1 (zu § 34 Abs. 4) HOAI.

3.8 Besondere/Beratungs-/Zusätzliche Leistungen gemäß HOAI

3.8.1^{**)} Erstellen von Baubestandsplänen

Dies ist eine Besondere Leistung aus Leistungsphase 9 der Anlage 10 Nummer 10.1 (zu § 34 Abs. 4) HOAI. Art und Umfang dieser Leistung werden bei der Beauftragung festgelegt.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen

^{**)} Nur zu vereinbaren, wenn entsprechende Leistungen benötigt werden, sonst herausnehmen - Vergütungsvereinbarung siehe 6.4

3.8.2^{*)} Wärmeschutz und Energiebilanzierung

Das sind die Grundleistungen der Beratungsleistungen nach Ziffer 1.2.2 Absatz 2 der Anlage 1 (zu § 3 Abs. 1 HOAI).

Die Grundleistungen

- der Leistungsphasen 1 und 2 sind mit den Leistungen nach 3.2,
 - der Leistungsphasen 3 und 4 sind mit den Leistungen nach 3.3,
 - der Leistungsphase 5 sind mit den Leistungen nach 3.4 und
 - der Leistungsphasen 6 und 7 sind mit den Leistungen nach 3.5
- zu erbringen.

3.8.3^{*)} Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatorin bzw. -koordinator

Das sind die Leistungen nach § 3 Abs. 2 und Abs. 3 der Baustellenverordnung (BGI. 1998 S. 1283).

Die Leistungen

- nach § 3 Abs. 2 Baustellenverordnung sind mit den Leistungen nach Nr. 3.4 und 3.5
- und nach § 3 Abs. 3 Baustellenverordnung sind mit den Leistungen nach Nr. 3.6
- zu erbringen.

Von der bzw. dem AN ist vor Beginn der Arbeiten die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatorin bzw. der Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator schriftlich zu benennen.

Bestellen und Wechsel der Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatorin bzw. des Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators bedürfen der schriftlichen Zustimmung der AG.

3.8.4^{**)}
.....
.....

3.9 Die zusammengestellten Vorplanungsergebnisse sind der AG infacher Ausfertigung und die zusammengefassten Kostenunterlagen infacher Ausfertigung zu übergeben.

Alle weiteren von der bzw. dem AN vorzulegenden Zeichnungen, Beschreibungen (einschl. Leistungsverzeichnisse) und Berechnungen sind der AG in erforderlichem Umfang mindestens infacher Ausführung zu übergeben. Die von den Zeichnungen angefertigten Vervielfältigungen sind von der bzw. dem AN im nötigen Umfang weiterzubearbeiten, u.a. DIN-gerechtfach farbig bzw. mit Symbolen anzulegen, DIN-gerecht zu falten und in Ordnern vorzulegen.

Außerdem sind der AG sämtliche aufgrund dieses Vertrages erstellten Unterlagen in digitaler Form zu übergeben.

^{*)} Nur zu vereinbaren, wenn entsprechende Leistungen benötigt werden, sonst herausnehmen - Vergütungsvereinbarung siehe 6.5 und 6.6
^{**)} ggf. herausnehmen

§ 4

Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

- 4.1 Die AG wird durch die von ihr beauftragten vertretungsberechtigten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter vertreten. Die vertretungsberechtigten Personen werden der bzw. dem AN - auch bei Veränderungen - schriftlich bekanntgegeben.

Nur diese sind berechtigt, der bzw. dem AN verbindliche Weisungen zu erteilen. Forderungen, die von anderer Seite an die bzw. den AN gestellt werden, sind nur zu berücksichtigen, wenn die AG schriftlich zustimmt.

- 4.2 Folgende Leistungen werden von den nachstehend genannten fachlich Beteiligten erbracht; sie sind von der bzw. dem AN zeitlich und fachlich zu koordinieren und mit ihren/seinen Leistungen abzustimmen.

Zurzeit können benannt werden:

- 4.2.1 Tragwerksplanung von
- 4.2.2 Prüfen der Tragwerksplanung von
- 4.2.3 Freianlagen von
- 4.2.4 Technische Ausrüstung von

§ 5

Termine und Fristen

- 5.1 Es werden folgende Termine und Fristen vereinbart:

.....

- 5.2 Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die bzw. der AN dies mit Nennung der Gründe der AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 6

Vergütung

- 6.1 Der Honorarermittlung für die Leistungen nach 3.2 bis 3.7 werden zugrunde gelegt:

- 6.1.1 Die nach § 4; § 6 Abs. 1 und 2 Satz 1 und § 33 HOAI anrechenbaren Kosten der von der AG anerkannten Kostenberechnung nach DIN 276 - 1: 2008 - 12.

- 6.1.2 Folgende Honorarzone im Sinne der §§ 5, 34, 35 und der Anlage 10 Nummer 10.2 HOAI:

Bezeichnung des Gebäudes:

Honorarzone

6.1.3	Folgende Bewertung der Leistungen:	
6.1.3 (1) ^{*)}	Grundlagenermittlung - 3.2.1 -	2 v.H.
6.1.3 (2)	Vorplanung - 3.2.2 -	7 v.H.
6.1.3 (3)	Entwurfsplanung - 3.3.1 -	15 v.H.
6.1.3 (4)	Genehmigungsplanung - 3.3.2 -	3 v.H.
6.1.3 (5)	Ausführungsplanung - 3.4.1 -	25 v.H.
6.1.3 (6)	Vorbereitung der Vergabe - 3.5.1 -	9,5 v.H.
6.1.3 (7)	Mitwirkung bei der Vergabe - 3.5.2 -	3 v.H.
6.1.3 (8)	Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation - 3.6.1 -	32 v.H.
6.1.3 (9)	Objektbetreuung - 3.7.1 -	2 v.H.
6.1.4 ^{**)}	Eine Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz nach § 4 Abs. 3 HOAI bei der Bestimmung der anrechenbaren Kosten nach 6.1.1 erfolgt vereinbarungsgemäß nicht.	
6.1.4 ^{**)}	Die anrechenbaren Kosten nach 6.1.1 werden bei den Leistungen 3.2 bis 3.4.1 ^{***)} wegen der Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz nach § 4 Abs. 3 HOAI um Euro erhöht.	
6.1.5 ^{**)}	Ein Umbau-/Modernisierungszuschlag ^{*)} nach § 36 Abs. 1 HOAI wird vereinbarungsgemäß nicht gezahlt.	
6.1.5 ^{**)}	Für den Umbau/die Modernisierung ^{*)} wird das Honorar auf der Grundlage des § 36 Abs. 1 HOAI um v.H. erhöht. Die Berechnung erfolgt vereinbarungsgemäß ohne Berücksichtigung der anrechenbaren Kosten nach 6.1.4 auf der Grundlage der Honorarermittlung nach 6.1.1.	
6.1.6 ^{*)}	Für die Instandhaltung/Instandsetzung wird das Honorar für die Leistungen nach 3.6 auf der Grundlage des § 12 HOAI um v.H. erhöht.	
6.2	Solange die für die Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge der anerkannten Kostenberechnung nicht feststehen, tritt für die Bemessung der Abschlagszahlungen für die Leistungen nach 3.2 die Kostenschätzung an deren Stelle.	

^{*)} ggf. herausnehmen

^{**)} Nichtzutreffendes herausnehmen

^{***)} Es kann auch ein geringerer Leistungsumfang vereinbart werden

Entsprechendes gilt, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet und die für die endgültige Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge nicht mehr festgestellt werden.

- 6.3 Verzögert sich die Bauzeit durch Umstände, die die bzw. der AN nicht zu vertreten hat, wesentlich, so ist für die nachweislich erforderlichen Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung zu vereinbaren. Eine Überschreitung bis zu 20 v. H. der festgelegten Ausführungszeit, maximal jedoch 6 Monate, ist durch das Honorar abgegolten.
- 6.4 ^{*)} Das Honorar für das Anfertigen der Baubestandspläne nach 3.8.1 wird entsprechend dem Arbeitsaufwand einschließlich evtl. Nebenkosten als Pauschale vereinbart, sobald diese Teilleistung in Auftrag gegeben wird.
- 6.5 ^{*)} Die Leistungen für Wärmeschutz und Energiebilanzierung nach 3.8.2 werden entsprechend der Honorarermittlung nach 6.1.1, 6.1.2, 6.2 und 6.7 in Verbindung mit Ziffer 1.2.3 Abs. 2 und Abs. 3 der Anlage 1 zur HOAI vergütet.
- 6.5.1 ^{*)} Ein Umbau-/Modernisierungszuschlag ^{*)} nach Ziffer 1.2.3 Abs. 3 der Anlage 1 HOAI wird vereinbarungsgemäß nicht gezahlt.
- 6.5.1 ^{*)} Für den Umbau/die Modernisierung ^{*)} wird das Honorar auf der Grundlage der Ziffer 1.2.3 Abs. 3 der Anlage 1 HOAI um v.H. erhöht.
- 6.6 ^{*)} Als Vergütung für die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatorin bzw. den Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator nach 3.8.3 wird für die Leistungen
- nach § 3 Abs. 2 Baustellenverordnung ein Pauschalhonorar
von Euro
 - und nach § 3 Abs. 3 Baustellenverordnung ein Pauschalhonorar
von Euro

vereinbart.

- 6.7 ^{*)} Als Nebenkosten werden die Kosten für:
- Versand und Datenübertragungen
 - Vervielfältigen der Unterlagen
 - Fahrtkosten
 - Reisen der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter
mit v.H. des vereinbarten Nettohonorars erstattet.
- 6.7 ^{*)} Nebenkosten werden vereinbarungsgemäß nicht erstattet.
- 6.8 Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

§ 7

Haftpflichtversicherung der bzw. des AN

- 7.1 Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung nach § 12 AVB müssen mindestens betragen:
- für Personenschäden Euro
 - für sonstige Schäden Euro

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen

§ 8

Ergänzende Vereinbarungen

8.1 Erklärung der bzw. des AN

Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die bzw. der AN, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Der bzw. dem AN ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren/seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

8.2^{*)} Verpflichtung der bzw. des AN

Die bzw. der AN wird im Rahmen dieses Auftrages auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer/seiner Obliegenheiten gesondert verpflichtet, sofern sie/er nicht bereits von einer zuständigen Stelle der Freien und Hansestadt Hamburg nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet wurde und diese Verpflichtung zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch wirksam ist. Sofern eine Verpflichtung zwar bereits erfolgt und bei Vertragsschluss noch wirksam ist, deren Geltung aber während der voraussichtlichen Dauer des dem Vertrag zugrunde liegenden Auftrages endet, ist die Verpflichtung erneut vorzunehmen.

Dazu benennt sie/er der AG den/die Namen der mit der Auftragsbearbeitung betrauten Person(en) wie folgt:

.....
.....

Sofern die benannten Personen bereits von der Freien und Hansestadt Hamburg verpflichtet wurden und die Verpflichtungen noch für den Zeitraum, den die Durchführung des Auftrages voraussichtlich in Anspruch nehmen wird, gültig sind, sind Kopien der Niederschriften über die erfolgten Verpflichtungen bei der für die Verpflichtung zuständigen Stelle einzureichen.

^{*)} Gilt für Leistungen der Ausschreibung, Vergabe und Objekt-(Bau-)überwachung (Leistungsphasen 6 - 8 des § 34 HOAI bzw. der Anlage 10 Nummer 10.1 zur HOAI)

8.3 Transparenzgesetz

Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Auftraggeberin

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

Hamburg, den

, den



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Behördenanschrift>

<Amt>

<Abt.>

<Abschnitt>

<Straße>

D - Hamburg

Telefon 040 - - Zentrale -

Telefax 040 - -

Ansprechpartner:

E-Mail:

Ausfertigungen an:

1. AN (1x)

2. AG (2x)

3.

4.

Hamburg, den

Betr.:
(Bezeichnung der Baumaßnahme und der Belegenheit)

hier: . Zusatzvertrag zum Architektenvertrag vom
(Unterschriftsdaten des Grundvertrages)

Mittelbindungs-Nr.:

Sehr geehrte(r)

hiermit übertragen wir Ihnen für die o.g. Baumaßnahme die im Architektenvertrag (Grundvertrag) vom unter folgenden Nummern genannten Leistungen:

- 3.3.1^{*)} Entwurfsplanung
- 3.3.2^{*)} Genehmigungsplanung
- 3.4^{*)} Ausführungsplanung
- 3.5.1^{*)} Vorbereitung der Vergabe
- 3.5.2^{*)} Mitwirkung bei der Vergabe
- 3.6^{*)} Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation
- 3.7^{*)} Objektbetreuung

Gleichzeitig werden die im Grundvertrag genannten Leistungen um die Leistungen nach § 3 Abs. 2 und Abs. 3 der Baustellenverordnung (BGBl. 1998 S. 1283) erweitert^{**)}.

Die Leistungen

- nach § 3 Abs. 2 Baustellenverordnung sind mit den Leistungen nach Nr. 3.4, 3.5.1 und 3.5.2 des Grundvertrages
- und nach § 3 Abs. 3 Baustellenverordnung sind mit den Leistungen nach Nr. 3.6 des Grundvertrages zu erbringen.

^{*)} Nichtzutreffendes ist zu streichen

^{**)} Nur zu vereinbaren, wenn entsprechende Leistungen benötigt werden und diese nicht bereits mit dem Grundvertrag übertragen wurden

Für die Leistungen nach § 3 Abs. 2 und Abs. 3 der Baustellenverordnung ist von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer vor Beginn der Arbeiten eine Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatorin bzw. ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator schriftlich zu benennen.

Bestellen und Wechsel der Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatorin bzw. des Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators bedürfen der schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin.

Für die Leistungen nach § 3 Abs. 2 Baustellenverordnung erhalten Sie ein Pauschalhonorar von Euro zuzüglich Nebenkosten und Umsatzsteuer
und für die Leistungen nach § 3 Abs. 3 Baustellenverordnung ein Pauschalhonorar von Euro zuzüglich Nebenkosten und Umsatzsteuer.

- (1) Es gelten die Bedingungen des vorgenannten Grundvertrages.
- (2) Darüber hinaus unterliegt der Vertrag dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Sie werden gebeten, den Zusatzvertrag zu unterzeichnen und der Auftraggeberin zurückzusenden.

Nachdem der Vertrag die zweite Unterschrift der Auftraggeberin erhalten hat, wird er Ihnen zu Ihrer Verwendung zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

Einverstanden:

Hamburg, den

.....
(Unterschrift Auftragnehmer/in)

Hinweise zum Vertragsmuster - Technische Ausrüstung -

H.1 **Vorbemerkung**

Nrn. ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das Vertragsmuster.

Der Anwendungsbereich umfasst die Anlagen der in § 53 HOAI aufgeführten Anlagengruppen von Gebäuden, also auch die unmittelbar neben dem Gebäude stehenden Anlagen, Anlagen auf dem Dach und die Verbindung der Anlagen in Gebäuden mit den Anlagen der öffentlichen Ver- und Entsorgung.

Bei Beteiligung von freiberuflich Tätigen erbringt die Auftraggeberin (AG) im Allgemeinen folgende Leistungen:

- o Aufstellen des baufachlichen Gutachtens über das Baustätte;
- o Aufstellen der Angaben für die Finanzplanung;
- o Beschaffen der Kataster(flur)karten, Lage- und Höhenpläne und sonstigen Unterlagen vom Baugrundstück, soweit sie die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer (AN) für ihre/seine Leistungen benötigt;
- o Vermessen des Baugeländes;
- o Anfertigen von Modellen mit Ausnahme von einfachen Arbeits- und Hilfsmodellen;
- o Bereitstellen folgender Unterlagen:
 - Liefern von Kostenbeiträgen für die Leistungsbereiche der AG.
- o Vergabe:
 - Zusammenstellen der Unterlagen, Ausfüllen der Einheitlichen Vergabemuster, Festlegen der Vergabeart, Auswahl der aufzufordernden Unternehmen, Einholen der Angebote, Vergabeverhandlungen, Verhandeln mit den Bietern, Abfassen der Verträge und Auftragserteilung;
- o rechtsgeschäftliche Erklärung der Abnahme;
- o sachliche Feststellung und Kassenreifemachung der von der bzw. dem AN geprüften und bescheinigten Kostenrechnungen;
- o Zahlungen;
- o Antrag auf behördliche Abnahme und Teilnahme daran;
- o Führen der Festlegungslisten;

Für Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Beauftragung von Freiberuflichen ergeben, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau beratend zur Verfügung.

H.2 **Allgemeines**

Kostenverpflichtungen für Bauplanungen dürfen zunächst nur insoweit eingegangen werden, wie dies zur Aufstellung der Vorplanung notwendig ist. Wenn dazu eine bzw. ein AN, d.h. eine freiberuflich tätige Ingenieurin bzw. ein freiberuflich tätiger Ingenieur hinzugezogen werden soll, so ist das Vertragsmuster - Technische Ausrüstung - zu verwenden. Der bzw. dem AN ist mit dem Vertrag auch eine Ausfertigung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB) zuzuleiten. Die AVB dürfen nicht geändert werden. Der Vertrag ist vor Beginn der jeweiligen Leistungen zu schließen.

Das Vertragsmuster ist ausgerichtet auf das sog. „Kostenberechnungsmodell“ nach § 6 Abs. 1 HOAI. Das bedeutet, dass das gesamte Honorar auf der Grundlage der Kostenberechnung oder, soweit diese nicht vorliegt, auf der Grundlage der Kostenschätzung ermittelt wird.

Soll alternativ das Honorar auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten einer Baukostenvereinbarung (sog. „Baukostenvereinbarungsmodell“) nach § 6 Abs. 3 HOAI berechnet werden, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau bei der Anpassung des Vertragsmusters beratend zur Verfügung.

Soweit ein bauaufsichtliches Verfahren erforderlich ist, kann bei 2.4 gewählt werden, ob ein Baugenehmigungsverfahren oder ein Zustimmungungsverfahren durchgeführt werden soll. Wenn die Voraussetzungen nach § 64 HBauO nicht vorliegen, ist ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen.

H.2.1 Stufenweise Beauftragung der Leistungen

Im Vertrag sind alle Leistungen aufzuführen, deren Beauftragung an die bzw. den AN vorgesehen ist. Die bzw. der AN darf zunächst nur mit den Leistungen nach 3.2. des Vertragsmusters beauftragt werden. Dies wird auch durch 3.1 klargestellt. Die weiteren Leistungen werden - je nach Bedarf einzeln oder zusammengefasst - schriftlich beauftragt. Dabei ist auf die im Grundvertrag zur Übertragung vorgesehenen Leistungen und deren Nummerierung Bezug zu nehmen.

Der AN, der/dem Leistungen nach 3.2 übertragen worden sind, soll in der Regel auch mit weiteren Leistungen beauftragt werden.

H.2.2 Deckblatt

Die bzw. der AN ist mit der vollständigen Namensbezeichnung unter Angabe des Geschäftssitzes, der Rufnummer und der vertretungsberechtigten Personen eindeutig zu benennen.

H.3 **Leistungen der bzw. des AN**

H.3.1 Allgemeines (§ 3.1)

Werden ausnahmsweise in der 1. Auftragsstufe weitere Leistungen nach 3.3 bis 3.8/3.9 des Vertragsmusters beauftragt oder einzelne Leistungsphasen oder Teile davon, so ist 3.1 entsprechend zu ändern.

In 3.1 sind alle Anlagen/Anlagenteile, die zu bearbeiten sind, gegliedert nach Anlagengruppen und unter Verwendung der Bezeichnung nach Anlage 15 Ziffer 15.2 HOAI aufzulisten.

Beispiel:

Anlagengruppe 1, Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen

1.1 Abwasseranlagen mit verzweigten Rohrnetzen

Anlagengruppe 2, Wärmeversorgungsanlagen

2.1 Gebäudeheizungsanlagen

Anlagengruppe 4, Starkstromanlagen

4.1 Niederspannungsanlagen mit bis zu drei Verteilungsebenen ab Übergabe EVU einschl. Beleuchtungsanlagen

4.2 Zentrale Sicherheitsbeleuchtungsanlagen

Anlagengruppe 5, Fernmelde- und informationstechn. Anlagen

5.1 Einfache Fernmeldeinstallationen mit einzelnen Endgeräten

H.2.2 Baubüro (§ 3.7.1.2) Die Einrichtung und Unterhaltung eines Baubüros soll nur bei Großbaumaßnahmen beauftragt werden.

H.2.3 Nichtöffentliche Erschließung sowie Abwasser- und Versorgungsanlagen in Außenanlagen (§ 3.9) Seit der 6. Änderungsverordnung (HOAI 2009) sind auch Anlagen der nichtöffentlichen Erschließung sowie Abwasser- und Versorgungsanlagen in Außenanlagen von der Fachplanung Technische Ausrüstung erfasst, soweit diese Anlagen vom Auftragnehmer geplant oder überwacht werden (§ 54 Abs. 4 HOAI). Während davor für diese Leistungen immer ein freies Honorar vereinbart werden musste, werden diese Kostengruppen den anrechenbaren Kosten seitdem zugeschlagen, falls eine Planung oder Überwachungstätigkeit durch die Auftragnehmerin / Auftragnehmer erfolgt. Es wird empfohlen, die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer mit diesen Leistungen nur zu beauftragen, sofern die geschätzten Kosten hierfür nicht mehr als 25.000 Euro je Anlagengruppe betragen.

Werden diese Leistungen nicht im Zusammenhang mit der technischen Ausrüstung beauftragt, kann es sich um honorarfähige Leistungen bei Ingenieurbauwerken i.S. Teil 3 Abschnitt 3 handeln.

H.3 Vergütung

H.3.1 Allgemeines (§ 6) Bei Vertragsabschluss sind der Honorarermittlung die geschätzten Kosten zugrunde zu legen. Das endgültige Honorar ist aus der von der AG anerkannten Kostenberechnung zu ermitteln. Kosten aus Nachträgen sind nicht Bestandteil der Kostenberechnung und damit nicht Grundlage für die Honorarermittlung für Leistungen, die für die Haushaltsunterlage - Bau / Ausführungsunterlage - Bau / Bau- und Kostenunterlage erforderlich sind.

Werden Änderungen nach § 10 HOAI erforderlich, die zu Mehrleistungen der bzw. des AN führen, ist über deren angemessene Honorierung eine zusätzliche Vereinbarung schriftlich zu treffen. In-soweit können entweder die änderungsbedingten Mehrkosten der Kostenberechnung der von der AG anerkannten Haushaltsunterlage - Bau / Ausführungsunterlage - Bau / Bau- und Kostenunterlage hinzugeschlagen oder die Mehrleistungen - pauschal oder nach Zeitaufwand - honoriert werden.

H.3.2 Ermittlung der Vergütung (§ 6.1.1 - 6.1.2) Die Ermittlung der Vergütung richtet sich nach § 7 HOAI. Die Honorarzone ist gemäß § 56 und Anlage 15 Ziffer 15.2 HOAI für jede Anlage einer Anlagengruppe in 6.1.2 festzulegen.

Der Mindestsatz ist nur zu überschreiten, wenn Anforderungen gestellt werden, die den Bearbeitungsaufwand wesentlich erhöhen und die nicht schon in anderer Weise vergütet werden (z. B. als Besondere Leistungen).

Als solche Anforderungen kommen u.a. in Betracht:

- Beteiligung und Koordinierung einer Vielzahl von Nutzern,
- außergewöhnlich kurze Planungs- und Bauzeiten,
- verbindliche Festtermine und Fristen,
- Planung und Durchführung bei laufendem Betrieb,
- besondere ausführungstechnische Anforderungen (z.B. Sichtinstallationen auch als Gestaltungselemente),
- besondere Anforderungen an technische Einrichtungen und Installationen in denkmalgeschützten Gebäuden,
- besondere Anforderungen bei EMV-sensiblen Gebäuden (z.B. entsprechende Forschungs- und Klinikbereiche).

Wenn das Honorar mit einem anderen als dem Mindestsatz berechnet werden soll, ist in 6.1.2 unter Honorarzone folgende Vereinbarung aufzunehmen:

„Honorarzone, Mindestsatz der Honorartafel nach § 56 Abs. 1 HOAI zuzüglich v.H. der Differenz zum Höchstsatz“.

Die Gründe für das Abweichen von den Mindestsätzen sind schriftlich festzuhalten.

H.3.3 Bewertung der Leistungen (§ 6.1.3)

Die in § 3 des Vertragsmusters aufgeführten Leistungen sind unter Berücksichtigung der Leistungen der AG in der Regel wie folgt zu bewerten:

Grundlagenermittlung	2 v. H.
- 3.2.1 -	

Vorplanung	9 v. H.
- 3.2.2 -	

Entwurfsplanung	17 v. H.
- 3.3.1 -	

Genehmigungsplanung	2 v. H.
- 3.4.1 -	
(soweit sie nach öffentlich-rechtlichen Bestimmungen erforderlich ist)	

Ausführungsplanung	
- 3.5.1 -	

1) - 3.5.1.1 + 3.5.1.2	22 v. H.
------------------------	----------

2) - 3.5.1.1 + 3.5.1.3	18 v. H.
------------------------	----------

Vorbereitung der Vergabe 6,5 v. H. ^{*)}
(Ermitteln der Mengen und Aufstellen von
Leistungsverzeichnissen)
- 3.6.1 -

Mitwirkung bei der Vergabe 4 v. H. ^{*)}
(Prüfen der Angebote und Mitwirkung bei
der Auftragsvergabe)
- 3.6.2 -

Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation 35 v. H.
- 3.7.1 -
Objektbetreuung 1 v. H.
- 3.8.1 -

Falls die AG selbst oder andere freiberuflich Tätige darüber hinaus Teile der unter 3.2 bis 3.8 des Vertragsmusters genannten Leistungen erbringen, ist das bei der Bewertung der Leistungen zu berücksichtigen. Desgleichen ist zu verfahren, sofern die bzw. der AN im Rahmen ihrer/seiner ihr/ihm zu übertragenden Leistungen auf Erleichterungen (z. B. Gutachten, bereits erbrachte Leistungen, Standardplanungen usw.) zurückgreifen kann.

In diesen Fällen sind diese Leistungen/Erleichterungen zu bewerten und das Regelhonorar entsprechend zu mindern.

H.3.4 Berechnung des Honorars (§ 6.1.4)

Die Honorarberechnung erfolgt nach den anrechenbaren Kosten der jeweiligen Anlagengruppe. Wenn Anlagen / Anlagenteile einer Anlagengruppe verschiedenen Honorarzonen zugeordnet werden, so ist das mittlere Honorar nach 6.1.4 mit folgender Formel zu berechnen:

$$H_m = \frac{(K_1 \times H_I) + (K_2 \times H_{II}) + (K_3 \times H_{III})}{S}$$

Erläuterung der Formel:

H_m = mittleres Honorar

K_1, K_2, K_3 = jeweilige anrechenbare Kosten der Anlagen/Anlagenteile innerhalb der Anlagengruppe, ermittelt entsprechend der Zuordnung zu den im Vertrag festgelegten Honorarzonen I, II und III

H_I, H_{II}, H_{III} = jeweiliges Tafelhonorar der Honorarzone I, II oder III, ermittelt mit der Summe aller anrechenbaren Kosten der Anlagengruppe

S = Summe aller anrechenbaren Kosten der Anlagengruppe

^{*)} Unter Berücksichtigung der von der AG zu erbringenden Leistungen (siehe hierzu Hinweis H.0 -Vorbemerkung-)

- H.3.5 Honorar oberhalb und unterhalb der anrechenbaren Kosten der Honorartafeln (§ 6)
- Wenn die anrechenbaren Kosten für Architekten- und Ingenieurleistungen über dem Tafelhöchstwert der HOAI liegen, kann das Honorar frei vereinbart werden. In diesem Fall ist eine Tafelfortschreibung in den Vertrag aufzunehmen. Ein Vorschlag kann von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau abgefordert werden.
- Bei Unterschreitung des Tafelmindestwertes kann das Honorar als Pauschal- oder Zeithonorar berechnet werden. Hierfür kann ebenfalls ein Vorschlag von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau abgefordert werden.
- H.3.6 Mehrere Bauwerke (§ 6)
- Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Gebäuden, so sind nach § 54 Abs. 1 HOAI die Honorare der Anlagengruppen grundsätzlich für jedes Gebäude getrennt zu berechnen. Sind diese Anlagengruppen in den verschiedenen Gebäuden im Wesentlichen gleich (Wiederholungen) und werden sie unter weitgehend vergleichbaren Bedingungen geplant, ist hinter 6.1.6 ein weiterer Abschnitt mit fortlaufender Nummerierung vorzusehen. Soweit die Anzahl der Wiederholungen noch nicht feststeht, ist zu vereinbaren, dass das Honorar nach § 54 Abs. 3 HOAI ermittelt wird. Stehen Art und Umfang der Wiederholungen fest, ist zur Vermeidung von Auseinandersetzungen folgende Textfassung vorzusehen:
- Wegen der Wiederholungen wird vereinbart
für die Anlagengruppe
- im Gebäude
- = 50 v.H. des Honorars der Leistungen
(1. - 4. Wiederholung),
- für die Anlagengruppe
- im Gebäude
- = 40 v.H. des Honorars der Leistungen
(5. - 7. Wiederholung).
- für die Anlagengruppe
- im Gebäude
- = 10 v.H. des Honorars der Leistungen
(ab 8. Wiederholung).
- Das Honorar für die Mitwirkung bei der Vergabe, Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation sowie für die Objektbetreuung wird nicht reduziert.
- H.3.7 Umbauten (§ 6.1.6)
- Bei Umbauten und Modernisierungen i.S.v. § 2 Abs. 5 und 6 HOAI kann gemäß § 56 Abs. 5 HOAI in 6.1.7 ein Zuschlag von bis zu 50 v. H. vereinbart werden.
- Es ist in allen Fällen, in denen nicht abschließend und umfassend neue Anlagen betroffen sind, über Umbau-/Modernisierungszuschläge zu verhandeln und hierüber in 6.1.7 eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Das Verhandlungsergebnis ist schriftlich festzuhalten.

H.3.8 Verlängerte Objektüberwachung (§ 6.3)

Verzögert sich die Bauzeit durch Umstände, die die bzw. der AN nicht zu vertreten hat wesentlich, so ist für die Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung zu vereinbaren. Eine Überschreitung bis zu 20 v. H. der festgelegten Ausführungszeit, maximal 6 Monate, ist durch das Honorar abgegolten.

Für den daran anschließenden Zeitraum soll die bzw. der AN für die nachweislich gegenüber den Leistungen entstandenen Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung bis zum Höchstbetrag der Vergütung je Monat erhalten, die sie/er als Anteil der Vergütung für die Objektüberwachung je Monat der vereinbarten Ausführungszeit erhalten hat.

Für eine Prüfung der Ansprüche und Feststellung einer angemessenen Honorierung ist eine genaue Erfassung der Ursachen der verlängerten Objektüberwachung – z. B. durch die sorgfältige Führung des Bautagebuches – unerlässlich.

H.3.9 Nebenkosten (§ 6.6)

Die Vergütung von Nebenkosten (§ 14 HOAI) erfolgt auf Einzelnachweis, sofern nicht bei Auftragserteilung eine pauschale Abrechnung vereinbart worden ist.

Nach § 14 Abs. 1 HOAI kann die Erstattung der Nebenkosten auch ganz oder teilweise ausgeschlossen werden

Werden Nebenkosten erstattet, so ist die Vereinbarung einer Pauschale z. B. in v.H.-Sätzen des Nett Honorars anzustreben. Die ihr zugrunde gelegten Einzelansätze sind festzuhalten.

Die Nebenkosten sind immer objektbezogen zu betrachten.

Für die pauschale Abrechnung werden nachfolgende Sätze in v.H. des Nett Honorars vorgeschlagen. Der Ansatz für „sämtliche Vervielfältigungen“ deckt dabei das 8fache Vervielfältigen aller Pläne ab.

Vervielfältigen der Unterlagen:

1) 1 x pausfähig	0,5 v. H.)	
)	
2) sämtliche Vervielfältigungen,)	
jedoch ohne Leistungsver-)	
zeichnisse, zusätzlich zu Nr. 1)	1,5 v. H.)	
)	des Netto-
3) sämtliche Vervielfältigungen)	honorars
mit Leistungsverzeichnissen)	
zusätzlich zu Nr. 1)	2,5 v. H.)	
)	
Post- und Fernmeldegebühren	1,0 v. H.)	

Bei geringen anrechenbaren Kosten und somit einem niedrigen Honorar können vorgenannte Sätze zu gering bzw. bei hohen anrechenbaren Kosten zu hoch sein. Sie sind dann angemessen zu korrigieren.

Fahrtkosten (auch Tage- und Übernachtungsgelder) für Reisen der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. ihrer/seiner Mitarbeiter, die über den Umkreis von 15 km vom Geschäftssitz der bzw. des AN hinausgehen, sollten nicht höher berechnet werden als nach dem geltenden Hamburgischen Reisekostengesetz - HmbRKG -.

H.4 **Haftpflichtversicherung (§ 7)**

Als Deckungssummen der Haftpflichtversicherung sind in der Regel vorzusehen für

Personenschäden:	1.500.000,--EUR,
sonstige Schäden:	500.000,--EUR.

Die bzw. der AN hat einen ausreichenden Versicherungsschutz nachzuweisen, der eine Inanspruchnahme der genannten Deckungssummen ermöglicht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der bzw. dem AN mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. In Ausnahmefällen z.B. in Gutachterverträgen sind ggf. geringere Deckungssummen möglich. Für Einzelobjekte mit besonders hohem Risiko sind die o.g. Deckungssummen ggf. zu erhöhen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.

H.5 **Veröffentlichungs- und Rücktrittsklausel (§ 8.3)**

Der Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Dementsprechend enthält er eine Veröffentlichungsklausel, die der bzw. dem AN deutlich machen soll, dass sie/er – unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen des HmbTG – nach Vertragsabschluss mit der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister rechnen muss.

Für den Fall der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister ist das hierfür in § 8.3 des Musters zum Grundvertrag bzw. unter (2) des Musters zum Zusatzvertrag vorgesehene Kästchen anzukreuzen.

Des Weiteren beinhaltet der Vertrag eine Rücktrittsklausel, die der AG das Recht einräumt, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurückzutreten.

H.6 **Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen**

Für die Beauftragung der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. ihrer/seiner Mitarbeiter mit Leistungen der weiteren Stufen (vgl. H.1.1) ist das Vertragsmuster - Zusatzverträge - (VV-Bau II, Anlage 3c) zu verwenden.

Hiermit sind die im Grundvertrag zur Beauftragung vorgesehenen Leistungen unter Beachtung von VV-Bau, Teil II, Ziff. 5.2 zu übertragen.

VV-Bau II - Anlage 3a

Sollen Termine und Fristen vereinbart werden (siehe auch § 5 des Grundvertrages), sind diese hier aufzunehmen.

Werden Änderungen des Leistungsbildes und/oder der Honorierung erforderlich (z.B. durch veränderten Leistungsumfang, Zusätzliche Leistungen, Änderung der Honorartafel), sind diese im Zusatzvertrag zu regeln.

Die Zusatzverträge sind entsprechend dem Grundvertrag von der bzw. dem AN und von der AG zu unterzeichnen.

VERTRAGSMUSTER -TECHNISCHE AUSRÜSTUNG-

Freie und Hansestadt Hamburg

Gz.:

Vertragsausfertigungen an:

- | | |
|--------|------|
| 1) A N | (1x) |
| 2) A G | (2x) |

Mittelbindungs-Nr.:

Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg
vertreten durch

diese vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g g e b e r i n (AG) genannt -

und

vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g n e h m e r i n bzw. A u f t r a g n e h m e r (AN) genannt -
wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|--|---|
| § 1 - Gegenstand des Vertrages | § 5 - Termine und Fristen |
| § 2 - Grundlagen des Vertrages | § 6 - Vergütung |
| § 3 - Leistungen der bzw. des AN | § 7 - Haftpflichtversicherung der bzw. des AN |
| § 4 - Zusammenarbeit zwischen AG, AN
und anderen fachlich Beteiligten | § 8 - Ergänzende Vereinbarungen |

§ 1

Gegenstand des Vertrages

- 1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen für die Baumaßnahme

(genaue Bezeichnung der Baumaßnahme)

§ 2

Grundlagen des Vertrages

- 2.1 Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure - HOAI -, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- 2.2 Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen - AVB - (siehe Anlage) sind Bestandteil dieses Vertrages.
- 2.3 Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer (AN) hat ihren/seinen Leistungen verpflichtend zugrunde zu legen:
- den Planungsauftrag vom
 - das genehmigte Raumprogramm vom
 - das Funktions- und Ausstattungsprogramm vom
 - die Musterraumprogramme^{*)}
 - die Musterprogramme für allgemeinbildende Schulen in Hamburg und die Technischen Richtlinien zum Bau und zur Einrichtung Hamburger Schulen (TR-Schulen)^{*)}
 - die Richtlinien des Amtes für Bauordnung und Hochbau für die Anwendung von Planungs- und Kostenkennwerten (RPK '96)
 -
- 2.4 Die bzw. der AN hat folgende Kosten einzuhalten:
- 2.4.1 Für die Erstellung der Bauunterlage die anteiligen Gesamtbaukosten (Programmkosten) in Höhe von [...] €. Die genannten Kosten umfassen die Kostengruppen 200 bis 600 nach DIN276-1: 2008-12, soweit diese Kostengruppen in der Bauunterlage erfasst sind.
- 2.4.2 Für die weitere Bearbeitung die mit der Bauunterlage genehmigten anteiligen Kosten.
- 2.4.3 Die Kosten nach 2.4.1 und 2.4.2 stellen jeweils eine Kostenobergrenze dar und dürfen nicht überschritten werden. Sie werden entsprechend dem Index für Wohngebäude insgesamt des Statistischen Bundesamts [...] = [...], Basis 2010 = 100) fortgeschrieben.
- Die Kostenobergrenze wird als Beschaffenheit des von der/dem AN geschuldeten Werkes vereinbart. Damit übernimmt sie/er keine Baukostengarantie.

^{*)} ggf. herausnehmen

Wenn die Kostenobergrenze aus Gründen, die die bzw. der AN nicht zu vertreten hat, nicht eingehalten werden kann und wenn die bzw. der AN ihren/seinen Hinweis- und Unterrichtungspflichten nach § 1.7 der Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) nachgekommen ist, werden von der Auftraggeberin (AG) keine Minderungs- und Regressansprüche geltend gemacht.

- 2.5 ^{*)} Die Baumaßnahme unterliegt dem Baugenehmigungsverfahren nach § 61 bzw. § 62 HBauO.
- 2.5 ^{*)} Die Baumaßnahme unterliegt dem Zustimmungsverfahren nach § 64 HBauO. Die für die verantwortliche Leitung zuständige Person wird der bzw. dem AN schriftlich benannt.

§ 3

Leistungen der bzw. des AN

- 3.1 Die Auftraggeberin (AG) überträgt der bzw. dem AN die Leistungen nach 3.2 für die nachfolgenden Anlagen/Anlagenteile der Anlagengruppe
- Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung mit Leistungen nach 3.3 bis 3.8/3.9 ^{*)} besteht nicht.

Für die Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen - einzeln oder im Ganzen - gelten die Regelungen dieses Vertrages.

Die bzw. der AN ist verpflichtet, diese weiteren Leistungen zu erbringen, wenn sie/er von der AG innerhalb von 24 Monaten nach Fertigstellung der Leistungen nach 3.2 mit einer weiteren Vertragsleistung beauftragt wird.

Umfang der Leistungen:

- 3.2 Grundlagenermittlung ^{**)} und Vorplanung
(Beitrag zur Kostenschätzung für die Finanz-/Budgetplanung)
- 3.2.1 Grundlagenermittlung ^{*)}
Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 1 der Anlage 15 Nummer 15.1 (zu § 55 Abs. 3) HOAI.
- 3.2.2 Vorplanung (Projekt- und Planungsvorbereitung)
Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 2 der Anlage 15 Nummer 15.1 (zu § 55 Abs. 3) HOAI.
- 3.3 Entwurfsplanung (System- und Integrationsplanung)
(Beitrag zur Haushaltsunterlage - Bau / Ausführungsunterlage – Bau /Bau- und Kostenunterlage)
- 3.3.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 3 der Anlage 15 Nummer 15.1 (zu § 55 Abs. 3) HOAI.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen
^{**)} ggf. herausnehmen

3.4 Genehmigungsplanung

- 3.4.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 4 der Anlage 15 Nummer 15.1 (zu § 55 Abs. 3) HOAI. Die Genehmigungsplanung ist zu erbringen für die Anlagengruppe, Nrn.

3.5 Ausführungsplanung

- 3.5.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 5 der Anlage 15 Nummer 15.1 (zu § 55 Abs. 3) HOAI.

- 3.5.1.1 Erarbeiten der Ausführungsplanung auf Grundlage der Ergebnisse der Leistungsphasen 3 und 4 (stufenweise Erarbeitung und Darstellung der Lösung) unter Beachtung der durch die Objektplanung integrierten Fach-planungen bis zur ausführungsreifen Lösung.

Fortschreiben der Berechnungen und Bemessungen zur Auslegung der technischen Anlagen und Anlagenteile

Zeichnerische Darstellung der Anlagen in einem mit dem Objektplaner abgestimmten Ausgabemaßstab und Detaillierungsgrad einschließlich Dimensionen (keine Montage- oder Werkstattpläne)

Anpassen und Detaillieren der Funktions- und Strangschemata der Anlagen bzw. der GA-Funktionslisten

Abstimmen der Ausführungszeichnungen mit dem Objektplaner und den übrigen Fachplanern

Fortschreibung des Terminplans

Darauf aufbauend hat die bzw. der AN die Ausführungsplanung auf den Stand der Ausschreibungsergebnisse und der dann vorliegenden Ausführungs-planung des Objektplaners fortzuschreiben und die fortgeschriebene Ausführungsplanung an die ausführenden Unternehmen zu übergeben:

- 3.5.1.2 Ausführungszeichnungen mit Schlitz- und Durchbruchplänen für die Anlagengruppe, Nrn.

- 3.5.1.3 Ausführungszeichnungen ohne Schlitz- und Durchbruchpläne für die Anlage/Anlagengruppe, Nrn.

- 3.5.2 Die bzw. der AN muß Leistungen zur Planung und zum Nachweis der Erfüllung von Schallschutzanforderungen soweit erbringen, wie der Nachweis durch Anwendung einfacher Ausführungsbeispiele oder Hinweise und Empfehlungen in den bauordnungsrechtlichen Vorschriften oder Prüfungszeugnissen über Eignungsprüfungen geführt werden kann.

3.6 Leistungen für die Vergabe

3.6.1 Vorbereitung der Vergabe

Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 6 der Anlage 15 Nummer 15.1 (zu § 55 Abs. 3) HOAI ohne:

- Zusammenstellen der Vergabeunterlagen

3.6.2 Mitwirkung bei der Vergabe

Das sind die nachfolgend genannten Grundleistungen der Leistungsphase 7 der Anlage 15 Nummer 15.1 (zu § 55 Abs. 3) HOAI:

- Prüfen und Werten der Angebote, Aufstellen der Preisspiegel nach Einzelpositionen, Prüfen und Werten der Angebote für zusätzliche oder geänderte Leistungen der ausführenden Unternehmen und der Angemessenheit der Preise;
- Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung und
- Erstellen der Vergabevorschläge.

3.6.3 Für die Erreichung der Kostensicherheit müssen die ersten Ausschreibungen grundsätzlich die Leistungen umfassen, die üblicherweise im Zusammenhang ausgeführt werden und deren Wert mindestens 80 v. H. der von der AG anerkannten Kostenberechnung beträgt.

3.7 Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation

3.7.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 8 der Anlage 15 Nummer 15.1 (zu § 55 Abs. 3) HOAI.

3.7.1.1 Behandlung der Rechnungsunterlagen

Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen und Kostenrechnungen sind in fachtechnischer und rechnerischer Hinsicht unverzüglich und vollständig zu prüfen. Zum Zeichen der Prüfung hat die bzw. der AN die geprüften Angaben durch Abhaken kenntlich zu machen. Änderungen und Ergänzungen sind entsprechend zu kennzeichnen. Ein Unterstreichen von Texten ist nicht erforderlich.

Die Mengenberechnungen und Abrechnungszeichnungen sind mit folgender Bescheinigung zu versehen:

In allen Teilen geprüft und mit den aus der Mengenberechnung (Abrechnungszeichnung) ersichtlichen Änderungen für richtig befunden.

.....
(Ort) (Datum)

.....
(Unterschrift der bzw. des AN)

Die Kostenrechnungen sind mit Eingangsvermerk und mit folgender Bescheinigung zu versehen:

In allen Teilen geprüft und mit den aus der Rechnung ersichtlichen Änderungen für richtig befunden.

Endbetrag: Euro

.....
(Ort) (Datum)

.....
(Unterschrift der bzw. des AN)

Nach Ausstellen der Bescheinigung sind die Kostenrechnungen unter Beifügung der sie im Einzelnen belegenden Unterlagen der AG unverzüglich auszuhändigen.

Mit den Bescheinigungen übernimmt die bzw. der AN auch in Fällen, in denen diese Bescheinigungen durch ihre(n)/seine(n) Erfüllungsgehilfin bzw. Erfüllungsgehilfen ausgestellt werden, die Verantwortung dafür, dass

- nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,
- die Lieferungen und Leistungen in Art, Güte und Umfang, wie berechnet, vertragsgemäß und fachgerecht ausgeführt worden sind,
- die Vertragspreise eingehalten worden sind,
- alle Maße, Mengen, Einzelansätze und Ausrechnungen richtig sind.

- 3.7.1.2^{*)} Die bzw. der AN ist verpflichtet, an der Baustelle von Beginn der Arbeiten an bis zur Abnahme des Bauwerks/der baulichen Anlagen ein Baubüro ausreichend zu unterhalten und zu besetzen. Die Räume für dieses Baubüro werden von der AG kostenlos zur Verfügung gestellt, einschließlich der Einrichtung, Beleuchtung und Beheizung.

Die AG stellt auf Antrag der bzw. des AN kostenlos einen Fernsprech- und ggf. einen Telefaxanschluss für das Baubüro zur Verfügung.

- 3.7.1.2^{*)} Die bzw. der AN ist nicht verpflichtet, an der Baustelle ein Baubüro zu unterhalten. Sie/Er hat ausreichende Kontrollen vorzunehmen, deren Häufigkeit sich nach ihrer Notwendigkeit und nach dem Fortgang der Arbeiten richtet.

- 3.7.1.3 Die Vorschriften der AG über die Rechnungsprüfung und Rechnungslegung sind zu beachten. Soweit die AG der bzw. den AN über Abtretungen, Pfändungen, Vergleichsverfahren oder Konkurse unterrichtet hat, sind die Rechnungsbelege von der bzw. dem AN entsprechend zu kennzeichnen.

Die bzw. der AN ist verpflichtet, vereinbarte und fällige Vertragsstrafen von den Rechnungen der ausführenden Firmen abzusetzen.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen

- 3.7.1.4 Die bzw. der AN hat die letztgültigen Ausführungszeichnungen oder die Montage- und Werkstattzeichnungen der ausführenden Firmen nach Übergabe des Bauwerks/der baulichen Anlagen an die AG unverzüglich bei der AG abzuliefern.

Die Ausführungszeichnungen und Detailpläne sind pausfähig als Originale oder Mutterpausen zu liefern.

3.8 Objektbetreuung

- 3.8.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 9 der Anlage 15 Nummer 15.1 (zu § 55 Abs. 3) HOAI.

3.9 Anlagen der Technischen Ausrüstung in Außenanlagen

Die bzw. der AN wird auch mit den Leistungen der nichtöffentlichen Erschließung sowie Abwasser- und Versorgungsanlagen in Außenanlagen beauftragt.^{*)}

3.10 Besondere/Beratungs-/Zusätzliche Leistungen gemäß HOAI

3.10.1^{**)} Detaillierter Wirtschaftlichkeitsnachweis

Das ist eine Besondere Leistung aus der Anlage 15 Nummer 15.1, Leistungsphase 3 (zu § 3 Abs. 3 HOAI).

Die Leistung ist für folgende Anlagen/Anlagenteile zu erbringen:
Anlagengruppe ..., Nrn.

3.10.2^{**)} Detaillierte Betriebskostenberechnungen

Das ist eine Besondere Leistung aus der Anlage 15 Nummer 15.1, Leistungsphase 3 (zu § 3 Abs. 3 HOAI).

Die Leistung ist für folgende Anlagen/Anlagenteile zu erbringen:
Anlagengruppe ..., Nrn.

3.10.3^{***)}

- 3.11 Die zusammengestellten Vorplanungsergebnisse sind der AG infacher Ausfertigung und die zusammengefassten Kostenunterlagen infacher Ausfertigung zu übergeben.

Alle weiteren von der bzw. dem AN vorzulegenden Zeichnungen, Beschreibungen (einschl. Leistungsverzeichnisse) und Berechnungen sind der AG in erforderlichem Umfang mindestens infacher Ausführung zu übergeben. Die von den Zeichnungen angefertigten Vervielfältigungen sind von der bzw. dem AN im nötigen Umfang weiterzubearbeiten, u.a. DIN-gerechtfach farbig bzw. mit Symbolen anzulegen, DIN-gerecht zu falten und in Ordnern vorzulegen.

Außerdem sind der AG sämtliche aufgrund dieses Vertrages erstellten Unterlagen in digitaler Form zu übergeben.

^{*)} Nur zu vereinbaren, sofern die geschätzten Kosten hierfür nicht mehr als 25.000 Euro je Anlagengruppe betragen.

^{**)} Nur zu vereinbaren, wenn entsprechende Leistungen benötigt werden, sonst herausnehmen -

Vergütungsvereinbarung siehe 6.4 - 6.5

^{***)} ggf. herausnehmen

§ 4

Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

- 4.1 Die AG wird durch die von ihr beauftragten vertretungsberechtigten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter vertreten. Die vertretungsberechtigten Personen werden der bzw. dem AN - auch bei Veränderungen - schriftlich bekanntgegeben.

Nur diese sind berechtigt, der bzw. dem AN Weisungen zu erteilen. Forderungen, die von anderer Seite an die bzw. den AN gestellt werden, sind nur zu berücksichtigen, wenn die AG schriftlich zustimmt.

- 4.2 Folgende Leistungen werden von den nachstehend genannten fachlich Beteiligten erbracht; sie sind von der bzw. dem AN mit ihren/seinen Leistungen abzustimmen.

Zurzeit können benannt werden:

- 4.2.1 Gebäude von
- 4.2.2 Tragwerksplanung von
- 4.2.3 Prüfen der Tragwerksplanung von
- 4.2.4 Freianlagen von
- 4.2.5 Weitere technische Ausrüstung von

§ 5

Termine und Fristen

- 5.1 Es werden folgende Termine und Fristen vereinbart:

.....

- 5.2 Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die bzw. der AN dies mit Nennung der Gründe der AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 6

Vergütung

- 6.1 Der Honorarermittlung für die Leistungen nach 3.2 bis 3.8 werden zugrunde gelegt:

- 6.1.1 Die nach § 4; § 6 Abs. 1 und 2 Satz 1 und § 54 HOAI anrechenbaren Kosten der von der AG anerkannten Kostenberechnung nach DIN 276 - 1: 2008 - 12.

- 6.1.2 Folgende Honorarzonen im Sinne der §§ 5, 55 und 56 und der Anlage 15 Nummer 15.1 HOAI für die nachfolgend genannten einzelnen technischen Anlagen in den Anlagengruppen Anlagengruppe/Anlage/Anlagenteil Honorarzone

- 6.1.3 Folgende Bewertung der Leistungen:

- | | |
|---|--------|
| 6.1.3(1) ^{*)} Grundlagenermittlung | |
| - 3.2.1 - | 2 v.H. |
| 6.1.3(2) Vorplanung | |
| - 3.2.2 - | 9 v.H. |

^{*)} ggf. herausnehmen

- | | | |
|----------|---|----------|
| 6.1.3(3) | Entwurfsplanung
- 3.3.1 - | 17 v.H. |
| 6.1.3(4) | Genehmigungsplanung
- 3.4.1 - | 2 v.H. |
| 6.1.3(5) | Ausführungsplanung
- 3.5.1.1 + 3.5.1.2 - für die
Anlagengruppe ..., Nrn. | 22 v.H. |
| | - 3.5.1.1 + 3.5.1.3 - für die
Anlagengruppe ..., Nrn. | 18 v.H. |
| 6.1.3(6) | Vorbereitung der Vergabe
- 3.6.1 - | 6,5 v.H. |
| 6.1.3(7) | Mitwirkung bei der Vergabe
- 3.6.2 - | 4 v.H. |
| 6.1.3(8) | Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation
- 3.7.1 - | 35 v.H. |
| 6.1.3(9) | Objektbetreuung
- 3.8.1 - | 1 v.H. |
- 6.1.4 Umfasst eine Anlagengruppe Anlagen/Anlagenteile, die verschiedenen Honorarzonen angehören, so ist ein mittleres Honorar zu errechnen.
- 6.1.5 Wird eine Leistung nicht für alle Anlagen/Anlagenteile einer Anlagengruppe übertragen, so ist bei der Honorarermittlung für diese Leistung der nachfolgende Verhältniswert anzuwenden:

$$V = \frac{\text{anrechenbare Kosten der Anlagen/Anlagenteile}}{\text{anrechenbare Kosten der Anlagengruppe}}$$

Das Honorar für die Leistungen ist wie folgt zu berechnen:

Honorar = mittleres Honorar x V x Bewertungssatz der Leistung

- 6.1.6^{*)} Eine Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz nach § 4 (3) HOAI bei der Bestimmung der anrechenbaren Kosten nach 6.1.1 für folgende Anlagen^{**)} der Anlagengruppe(n)^{**)} erfolgt vereinbarungsgemäß nicht.

- 6.1.6^{*)} Die anrechenbaren Kosten nach 6.1.1 werden bei den Leistungen 3.2 bis 3.5.1^{***)} wegen der Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz nach § 4 (3) HOAI für

Anlagengruppe^{**)}, Nrn.^{**) um Euro}

Anlagengruppe^{**)}, Nrn.^{**) um Euro}

Anlagengruppe^{**)}, Nrn.^{**) um Euro}

erhöht.

Für die übrigen Anlagen/Anlagenteile wird eine Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz bei der Bestimmung der anrechenbaren Kosten vereinbarungsgemäß nicht gezahlt.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen

^{**) Es sind die betreffenden Anlagen bzw. Anlagengruppen einzutragen}

^{***)} Es kann auch ein geringerer Leistungsumfang vereinbart werden

- 6.1.7⁾ Ein Umbau-/Modernisierungszuschlag ⁾ nach § 56 Abs. 5 HOAI wird vereinbarungsgemäß nicht gezahlt.
- 6.1.7⁾ Für den Umbau/die Modernisierung⁾ wird das anteilige Honorar der Anlagengruppe^{*)}, Nrn.^{*)}, Anlagengruppe^{*)}, Nrn.^{*)}, Anlagengruppe^{*)}, Nrn.^{*)} auf der Grundlage des § 56 Abs. 5 HOAI um v.H. erhöht. Für die übrigen Anlagen/Anlagenteile wird ein Umbau-/Modernisierungszuschlag nicht vereinbart.
- 6.2 Solange die für die Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge der anerkannten Kostenberechnung nicht feststehen, tritt für die Bemessung der Abschlagszahlungen die Kostenschätzung für die Leistungen nach 3.2 an deren Stelle.
- Entsprechendes gilt, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet und die für die endgültige Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge nicht mehr festgestellt werden.
- 6.3 Verzögert sich die Bauzeit durch Umstände, die die bzw. der AN nicht zu vertreten hat, wesentlich, so ist für die nachweislich erforderlichen Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung zu vereinbaren. Eine Überschreitung bis zu 20 v. H. der festgelegten Ausführungszeit, maximal jedoch 6 Monate, ist durch das Honorar abgegolten.
- 6.4⁾ Der detaillierte Wirtschaftlichkeitsnachweis nach 3.10 wird entsprechend der Honorarermittlung nach 6.1.1 mit 6 v. H. bewertet. 6.1.5 bleibt unberührt.
- 6.5⁾ Die Betriebskostenberechnung nach 3.10 wird entsprechend der Honorarermittlung nach 6.1.1 mit 2 v. H. bewertet. 6.1.5 bleibt unberührt.
- 6.6⁾ Als Nebenkosten werden die Kosten für:
- Versand und Datenübertragungen
 - Vervielfältigen der Unterlagen
 - Fahrtkosten
 - Reisen der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter mit v.H. des vereinbarten Nettohonorars erstattet.
- 6.6⁾ Nebenkosten werden vereinbarungsgemäß nicht erstattet.
- 6.7 Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

§ 7

Haftpflichtversicherung der bzw. des AN

- 7.1 Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung nach § 12 AVB müssen mindestens betragen:
- | | |
|------------------------|------|
| – für Personenschäden | Euro |
| – für sonstige Schäden | Euro |

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen

^{**)} Es sind die betreffenden Anlagen bzw. Anlagengruppen einzutragen

§ 8

Ergänzende Vereinbarungen

8.1 Erklärung der bzw. des AN

Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die bzw. der AN, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Der bzw. dem AN ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren/seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

8.2^{*)} Verpflichtung der bzw. des AN

Die bzw. der AN wird im Rahmen dieses Auftrages auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer/seiner Obliegenheiten gesondert verpflichtet, sofern sie/er nicht bereits von einer zuständigen Stelle der Freien und Hansestadt Hamburg nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet wurde und diese Verpflichtung zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch wirksam ist. Sofern eine Verpflichtung zwar bereits erfolgt und bei Vertragsschluss noch wirksam ist, deren Geltung aber während der voraussichtlichen Dauer des dem Vertrag zugrunde liegenden Auftrages endet, ist die Verpflichtung erneut vorzunehmen.

Dazu benennt sie/er der AG den/die Namen der mit der Auftragsbearbeitung betrauten Person(en) wie folgt:

.....
.....
.....

Sofern die benannten Personen bereits von der Freien und Hansestadt Hamburg verpflichtet wurden und die Verpflichtungen noch für den Zeitraum, den die Durchführung des Auftrages voraussichtlich in Anspruch nehmen wird, gültig sind, sind Kopien der Niederschriften über die erfolgten Verpflichtungen bei der für die Verpflichtung zuständigen Stelle einzureichen.

^{*)} Gilt für Leistungen der Ausschreibung, Vergabe und Objekt-(Bau-)überwachung (Leistungsphasen 6 - 8 des § 55 HOAI bzw. der Anlage 15 Nummer 15.1 zur HOAI)

8.3 Transparenzgesetz

Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Auftraggeberin

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

Hamburg, den

, den



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Behördenanschrift>

<Amt>

<Abt.>

<Abschnitt>

<Straße>

D - Hamburg

Telefon 040 - -

Telefax 040 - -

Zentrale -

Ansprechpartner:

E-Mail:

Ausfertigungen an:

1. AN (1x)

2. AG (2x)

3.

4.

Hamburg, den

Betr.:
(Bezeichnung der Baumaßnahme und der Belegenheit)

hier: . Zusatzvertrag zum Ingenieurvertrag vom

(Unterschriftsdaten des Grundvertrages)

Konto-Nr.:

Festl.-Nr.:

Sehr geehrte(r)

hiermit übertragen wir Ihnen für die o.g. Baumaßnahme die im Ingenieurvertrag (Grundvertrag)
vom unter folgenden Nummern genannten Leistungen:

- 3.3^{*)} Entwurfsplanung
- 3.4^{*)} Genehmigungsplanung
- 3.5^{*)} Ausführungsplanung
- 3.6.1^{*)} Vorbereitung der Vergabe
- 3.6.2^{*)} Mitwirkung bei der Vergabe
- 3.7^{*)} Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation
- 3.8^{*)} Objektbetreuung

- (1) Es gelten die Bedingungen des vorgenannten Grundvertrages.
- (2) Darüber hinaus unterliegt der Vertrag dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

^{*)} Nichtzutreffendes ist zu streichen

Sie werden gebeten, den Zusatzvertrag zu unterzeichnen und der Auftraggeberin zurückzusenden.

Nachdem der Vertrag die zweite Unterschrift der Auftraggeberin erhalten hat, wird er Ihnen zu Ihrer Verwendung zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Unterschrift Auftraggebenn)

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

Einverstanden:

Hamburg, den

.....
(Unterschrift Auftragnehmer/in)

Hinweise zum Vertragsmuster - Tragwerksplanung -

- H.1 **Vorbemerkung**
- Nrn. ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das Vertragsmuster.
- Das Vertragsmuster ist nur für Leistungen bei der Tragwerksplanung für Gebäude und bauliche Anlagen zu verwenden.
- Für Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Beauftragung von Freiberuflichen ergeben, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Bauordnung und Hochbau, beratend zur Verfügung.
- H.2 **Allgemeines**
- Freiberuflich tätige Tragwerksplanerinnen bzw. Tragwerksplaner dürfen nur in dem Umfang eingesetzt werden, wie dieses für die entsprechende Leistung der Objektplanung erforderlich ist. Es ist mit ihnen ein entsprechender Vertrag unter Beachtung des Bauhandbuches (VV-Bau) zu schließen. Den freiberuflich Tätigen ist mit dem Vertragsentwurf eine Ausfertigung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB) zuzuleiten. Die AVB dürfen nicht geändert werden. Der Vertrag ist vor Beginn der jeweiligen Leistungen zu schließen.
- Das Vertragsmuster ist ausgerichtet auf das sog. „Kostenberechnungsmodell“ nach § 6 Abs. 1 HOAI. Das bedeutet, dass das gesamte Honorar auf der Grundlage der Kostenberechnung oder, soweit diese nicht vorliegt, auf der Grundlage der Kostenschätzung ermittelt wird.
- Soll alternativ das Honorar auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten einer Baukostenvereinbarung (sog. „Baukostenvereinbarungsmodell“) nach § 6 Abs. 3 HOAI berechnet werden, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Bauordnung und Hochbau bei der Anpassung des Vertragsmusters beratend zur Verfügung.
- Es sind nur diejenigen Leistungen zu übertragen, die im konkreten Einzelfall benötigt werden. Das Vertragsmuster enthält die regelmäßig erforderlichen Leistungen.
- Werden in Ausnahmefällen weitere Leistungen notwendig, sind diese zusätzlich im Vertrag aufzunehmen.
- H.1.1 **Stufenweise Beauftragung der Leistungen**
- Im Vertrag sind alle Leistungen aufzuführen, deren Beauftragung an die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer (AN) vorgesehen ist. Die bzw. der AN darf zunächst nur mit den Leistungen nach 3.2 des Vertragsmusters beauftragt werden. Dies wird durch Abschnitt 3.1 klargestellt. Die weiteren Leistungen werden - je nach Bedarf einzeln oder zusammengefasst - schriftlich beauftragt. Dabei ist auf die im Grundvertrag zur Beauftragung vorgesehenen Leistungen und deren Nummerierung Bezug zu nehmen.
- Der AN, der/dem Leistungen nach 3.2 übertragen worden sind, soll grundsätzlich auch mit den weiteren Leistungen beauftragt werden.
- H.1.2 **Deckblatt**
- Die bzw. der AN ist mit der vollständigen Namensbezeichnung unter Angabe des Geschäftssitzes, der Rufnummer und der vertretungsberechtigten Personen eindeutig zu benennen.

H.2 Leistungen der bzw. des AN

H.2.1 Allgemeines (§ 3.1) Werden ausnahmsweise in der 1. Auftragsstufe weitere Leistungen nach 3.3 und 3.4 übertragen oder werden einzelne Leistungen oder Teile davon beauftragt, so ist 3.1 entsprechend zu ändern.

H.2.2 Einzelleistungen (§ 3)

Genehmigungsplanung Mit der Genehmigungsplanung darf erst begonnen werden, wenn von der Auftraggeberin (AG) zum Aufstellen der statischen Berechnung freigegebene Entwurfspläne vorliegen.

Ausführungsplanung Mit der Anfertigung der Ausführungspläne soll im Regelfall die bzw. der AN der Rohbauarbeiten beauftragt werden. Sie sind gemäß VOB, Teil C, eine Besondere Leistung und als solche im Leistungsverzeichnis als Leistungsposition aufzunehmen.

Wenn ausnahmsweise die Tragwerksplanerin bzw. der Tragwerksplaner mit diesen Leistungen beauftragt werden soll, ist das Leistungsbild um die Leistungsphase

„3.5 Ausführungsplanung

Das sind die Leistungen der Leistungsphase 5 der Anlage 14 Nummer 14.1 (zu § 51 Abs. 5) HOAI“

zu ergänzen.

Besondere Leistungen Soweit Besondere Leistungen aufgrund besonderer Umstände erforderlich sind, kann die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Bauordnung und Hochbau, zur Beratung hinzugezogen werden.

H.3 Vergütung

H.3.1 Allgemeines (§ 6) Bei Vertragsabschluss sind der Honorarermittlung die geschätzten Kosten zugrunde zu legen. Das endgültige Honorar ist aus der anerkannten Kostenberechnung zu ermitteln. Nachträge sind nicht Bestandteil der Kostenberechnung und damit nicht Grundlage für die Honorarermittlung.

Werden Änderungen nach § 10 HOAI erforderlich, die zu wesentlichen Mehrarbeiten der bzw. des AN führen, ist über deren angemessene Honorierung eine zusätzliche Vereinbarung schriftlich zu treffen. Insoweit können entweder die änderungsbedingten Mehrkosten der Kostenberechnung der von der AG anerkannten Haushaltsunterlage -Bau- / Ausführungsunterlage - Bau / Bau- und Kostenunterlage hinzugeschlagen oder die Mehrleistungen - pauschal oder nach Zeitaufwand - honoriert werden.

Für die Leistungen der Tragwerksplanung und Prüfung der Tragwerksplanung sind die Begriffe nach 1.6 der Allgemeinen Vertragsbestimmungen „Überarbeitung der Unterlagen bei unverändertem Programm“ und „unwesentlich veränderte Forderungen“ nicht auf das Bauobjekt, sondern auf die jeweilige Vertragsleistung zu beziehen. Das bedeutet, dass die bzw. der AN auch dann Anspruch auf zusätzliche Vergütung hat, wenn sich die Objektplanung nur geringfügig ändert, diese Änderung aber erhebliche Auswirkungen

auf die Leistungen der Tragwerksplanerin bzw. des Tragwerksplaners oder der Prüferin bzw. des Prüfers der Tragwerksplanung hat.

H.3.2 Ermittlung der Vergütung (§ 6.1.1 bis 6.1.3)

Die Ermittlung der Vergütung richtet sich nach § 7 HOAI.

Sofern der bzw. dem AN Mehrleistungen gemäß § 50 Abs. 5 HOAI vergütet werden sollen, sind im Abschnitt 6.1.2 die zusätzlich anrechenbaren Kosten nach Art und Umfang zu benennen.

Die anrechenbaren Kosten für das Honorar werden

- bei Gebäuden und zugehörigen baulichen Anlagen nach § 50 Abs. 1 und ggf. Abs. 5 HOAI,
- bei Gebäuden mit einem hohen Anteil der Kosten der Gründung und der Tragkonstruktion z.B.:
 - Tribünen,
 - Parkhäuser,
 - Hallen,
 - Lagergebäude
 - sowie Kraftwerksgebäude

nach § 50 Abs. 3 und 4 in Verbindung mit § 50 Abs. 2 HOAI

ermittelt.

Die Honorarzone ist gemäß §§ 5 und 52 HOAI in 6.1.3 festzulegen. Grundsätzlich ist der Mindestsatz zu vereinbaren.

Der Mindestsatz ist nur zu überschreiten, wenn Anforderungen gestellt werden, die den Bearbeitungsaufwand wesentlich erhöhen und die nicht schon in anderer Weise vergütet werden (z.B. als Besondere Leistungen).

Als solche Anforderungen kommen z.B. in Betracht:

- außergewöhnliche kurze Planungs- und Bauzeiten,
- unregelmäßige Tragkonstruktionen mit diffizilen Einzeltragteilen,
- Planung der Ausführung bei laufendem Betrieb,
- wesentliche Einflüsse der technischen Ausrüstung und des technischen Ausbaus, wesentliche Einflüsse aus Nachbarbauwerken oder Verkehrsanlagen,
- Berücksichtigung von Forderungen des Denkmalschutzes,
- erhöhte Anforderungen an Planungsoptimierung bzw. an Planungsvarianten,
- verbindliche Festtermine,
- gehobene gestalterische Anforderungen an das Tragwerk.

Wenn das Honorar mit einem anderen als dem Mindestsatz berechnet werden soll, ist in 6.1.3 unter „Honorarzone“ folgende

Vereinbarung aufzunehmen:

„Honorarzone, Mindestsatz der Honorartafel nach § 52 Abs. 1 HOAI zuzüglich v.H. der Differenz zum Höchstsatz“.

Die Gründe für das Abweichen von den Mindestsätzen sind schriftlich festzuhalten.

H.3.3 Bewertung der Leistungen (§ 6.1.4)

Die in § 3 des Vertragsmusters aufgeführten Leistungen sind unter Berücksichtigung der Leistungen der AG in der Regel gemäß § 51 und Anlage 14 Nummer 14.1 HOAI wie folgt zu bewerten:

Vorplanung	bis zu 10 v.H.
- 3.2 -	
Entwurfsplanung	15 v.H.
- 3.3 -	
Genehmigungsplanung	30 v.H.
- 3.4 -	

Falls die AG selbst oder andere freiberuflich Tätige darüber hinaus Teile der im Vertragsmuster genannten Leistungen erbringen, ist das bei der Bewertung der Leistungen zu berücksichtigen. Entsprechend ist zu verfahren, wenn die bzw. der AN im Rahmen ihrer/seiner ihr/ihm übertragenen Leistungen auf Erleichterungen (z.B. bereits erbrachte Leistungen, Gutachten, Standardplanungen usw.) zurückgreifen kann.

H.3.4 Honorar oberhalb/ unterhalb der anrechenbaren Kosten der Honorartafeln der HOAI (§ 6)

Wenn die anrechenbaren Kosten für Architekten- und Ingenieurleistungen über dem Tafelhöchstwert der HOAI liegen, kann das Honorar frei vereinbart werden. In diesem Fall ist eine Tafelfortschreibung in den Vertrag aufzunehmen. Ein Vorschlag kann von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Bauordnung und Hochbau, abgefordert werden.

Bei Unterschreitung des Tafelmindestwertes kann das Honorar als Pauschal- oder Zeithonorar berechnet werden. Hierfür kann ebenfalls ein Vorschlag von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Bauordnung und Hochbau, abgefordert werden.

H.3.5 Mehrere Objekte (§ 6)

Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Gebäuden mit konstruktiv verschiedenen Tragwerken, so sind die Honorare für jedes Tragwerk getrennt zu berechnen (§ 11 Abs. 1 HOAI). In diesem Fall ist Nr. 6.1.1 des Vertrages zu streichen.

Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Gebäuden mit Tragwerken derselben Honorarzone, die im zeitlichen und örtlichen Zusammenhang als Teil einer Gesamtanlage unter gleichen baulichen Verhältnissen geplant und errichtet werden, werden diese zur Honorarberechnung als Gruppe zusammengefasst.

Im Vertrag ist dann als 6.1.1 folgender Text vorzusehen:

„Folgende Gebäude werden nach § 11 Abs. 2 HOAI zur Berechnung des Honorars zusammengefasst:

.....
.....“

Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Gebäuden mit konstruktiv gleichen Tragwerken, die sich durch geringfügige Änderung der Tragwerksplanung unterscheiden (Wiederholungen § 11 Abs. 3 HOAI), ist im Vertrag als Abschnitt 6.1.1 folgender Text vorzusehen:

„Wegen der Wiederholungen wird vereinbart
für die Gebäude

= 50 v.H. des Honorars für die Erstaussfertigung der Leistungen.
(1. - 4. Wiederholung),

für die Gebäude

= 40 v.H. des Honorars für die Erstaussfertigung der Leistungen.
(5. - 7. Wiederholung),

für die Gebäude

= 10 v.H. des Honorars für die Erstaussfertigung der Leistungen.
(ab der 8. Wiederholung).“

H.3.6 Umbauten (§ 6.1.5)

Bei Umbauten i.S.v. § 2 Abs. 5 HOAI kann gemäß § 52 Abs. 4 HOAI in 6.1.5 ein Zuschlag von bis zu 50 v.H. vereinbart werden.

Es ist in allen Fällen, in denen nicht abschließend und umfassend ein Neubau betroffen ist, über einen Umbau-/Modernisierungszuschlag zu verhandeln und hierüber in 6.1.6 eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Das Verhandlungsergebnis ist schriftlich festzuhalten.

Sofern kein Zuschlag schriftlich vereinbart wurde, fällt nach § 6 Abs. 2 S. 4 HOAI für Leistungen bei Umbauten und Modernisierungen ab einem durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad ein Zuschlag von 20 v.H. an.

H.3.7 Nebenkosten (§ 6.3)

Die Vergütung von Nebenkosten (§ 14 HOAI) erfolgt auf Einzelnachweis, sofern nicht bei Auftragserteilung eine pauschale Abrechnung vereinbart worden ist.

Nach § 14 Abs. 1 HOAI kann die Erstattung der Nebenkosten auch ganz oder teilweise ausgeschlossen werden.

Werden Nebenkosten erstattet, so ist die Vereinbarung einer Pauschale z.B. in v.H.-Sätzen des Nettohonorars anzustreben. Die ihr zugrunde gelegten Einzelansätze sind festzuhalten.

Die Nebenkosten sind immer objektbezogen zu betrachten.

Für die pauschale Abrechnung werden nachfolgende Sätze in v.H. des Nettohonorars vorgeschlagen:

- | | | |
|--------------------------------|----------|------------|
| 1) Vervielfältigungen | |) |
| der statischen | |) |
| Berechnung und | |) des |
| Positionspläne | 1,5 v.H. |) Netto- |
| (in der Regel in | |) honorars |
| 4facher Ausfertig.) | |) |
| 2) Post- und Fernmeldegebühren | 1,0 v.H. |) |

Bei geringen anrechenbaren Kosten und somit einem niedrigeren Honorar können vorgenannte Sätze zu gering bzw. bei hohen anrechenbaren Kosten zu hoch sein. Sie sind dann angemessen zu korrigieren.

Fahrtkosten (auch Tage- und Übernachtungsgelder) für Reisen der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. ihrer/seiner Mitarbeiter, die über den Umkreis von 15 km vom Geschäftssitz der bzw. des AN hinausgehen, sollten nicht höher berechnet werden als nach dem geltenden Hamburgischen Reisekostengesetz - HmbRKG - .

H.4 **Haftpflichtversicherung (§ 7)**

Als Deckungssummen der Haftpflichtversicherung sind in der Regel vorzusehen für

Personenschäden:	1.500.000,--EUR,
sonstige Schäden:	500.000,--EUR.

Die bzw. der AN hat einen ausreichenden Versicherungsschutz nachzuweisen, der eine Inanspruchnahme der genannten Deckungssummen ermöglicht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der bzw. dem AN mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. In Ausnahmefällen z.B. in Gutachterverträgen sind ggf. geringere Deckungssummen möglich. Für Einzelobjekte mit besonders hohem Risiko sind die o.g. Deckungssummen ggf. zu erhöhen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.

H.5 **Veröffentlichungs- und Rücktrittsklausel (§ 8.2)**

Der Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Dementsprechend enthält er eine Veröffentlichungsklausel, die der bzw. dem AN deutlich machen soll, dass sie/er – unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen des HmbTG – nach Vertragsabschluss mit der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister rechnen muss.

Für den Fall der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister ist das hierfür in § 8.2 des Musters zum Grundvertrag bzw. unter (2) des Musters zum Zusatzvertrag vorgesehene Kästchen anzukreuzen.

Des Weiteren beinhaltet der Vertrag eine Rücktrittsklausel, die der AG das Recht einräumt, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurückzutreten.

H.6 **Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen**

Für die Beauftragung der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. ihrer/seiner Mitarbeiter mit Leistungen der weiteren Stufen (vgl. H.1.1) ist das Vertragsmuster - Zusatzverträge - (VV-Bau II, Anlage 4c) zu verwenden.

Hiermit sind die im Grundvertrag zur Beauftragung vorgesehenen Leistungen unter Beachtung von VV-Bau, Teil II, Ziff. 5.2 zu übertragen.

Sollen Termine und Fristen vereinbart werden (siehe auch § 5 des Grundvertrages), sind diese hier aufzunehmen.

Werden Änderungen des Leistungsbildes und/oder der Honorierung erforderlich (z.B. durch veränderten Leistungsumfang, zusätzliche Leistungen, Änderung der Honorartafel), sind diese im Zusatzvertrag zu regeln.

Die Zusatzverträge sind entsprechend dem Grundvertrag von der bzw. dem AN und von der AG zu unterzeichnen.

VERTRAGSMUSTER - TRAGWERKSPLANUNG -

Freie und Hansestadt Hamburg

Gz.:

Vertragsausfertigungen an:

- 1) A N (1x)
- 2) A G (2x)

Mittelbindungs-Nr.:

Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg
vertreten durch

diese vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g g e b e r i n (AG) genannt -

und

vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g n e h m e r i n bzw. A u f t r a g n e h m e r (AN) genannt -
wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|--|---|
| § 1 - Gegenstand des Vertrages | § 5 - Termine und Fristen |
| § 2 - Grundlagen des Vertrages | § 6 - Vergütung |
| § 3 - Leistungen der bzw. des AN | § 7 - Haftpflichtversicherung der bzw. des AN |
| § 4 - Zusammenarbeit zwischen AG, AN
und anderen fachlich Beteiligten | § 8 - Ergänzende Vereinbarungen |

§ 1

Gegenstand des Vertrages

- 1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen für die Baumaßnahme:

(genaue Bezeichnung der Baumaßnahme)

und zwar für folgende Gebäude und zugehörige bauliche Anlagen:

§ 2

Grundlagen des Vertrages

- 2.1 Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure - HOAI -, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- 2.2 Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen - AVB - (siehe Anlage) sind Bestandteil dieses Vertrages.
- 2.3 Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer (AN) hat ihren/seinen Leistungen verpflichtend zugrunde zu legen:

.....
.....
.....

Folgende Forderungen und Anregungen der Auftraggeberin (AG):

..... (Anlage)

- 2.4 ^{*)} Die Baumaßnahme unterliegt dem Baugenehmigungsverfahren nach § 61 bzw. § 62 HBauO.
- 2.4 ^{*)} Die Baumaßnahme unterliegt dem Zustimmungsverfahren nach § 64 HBauO. Die für die verantwortliche Leitung zuständige Person wird der bzw. dem AN schriftlich benannt.

§ 3

Leistungen der bzw. des AN

- 3.1 Die AG überträgt der bzw. dem AN die Leistungen nach 3.2 ^{*)} / 3.3 ^{*)}.
Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung mit Leistungen nach 3.3 ^{**)} und 3.4 besteht nicht.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen
^{**)} ggf. herausnehmen

Für die Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen - einzeln oder im ganzen - gelten die Regelungen dieses Vertrages.

Die bzw. der AN ist verpflichtet, diese weiteren Leistungen zu erbringen, wenn sie/er von der AG innerhalb von 24 Monaten nach Fertigstellung der Leistungen nach 3.2 ^{*)} /3.3 ^{*)} mit einer weiteren Vertragsleistung beauftragt wird.

Umfang der Leistungen:

3.2 ^{**)} Vorplanung (Projekt- und Planungsvorbereitung)

Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 2 der Anlage 14 Nummer 14.1 (zu § 51 Abs. 5) HOAI.

3.3 Entwurfsplanung (System- und Integrationsplanung)

Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 3 der Anlage 14 Nummer 14.1 (zu § 51 Abs. 5) HOAI.

3.4 Genehmigungsplanung

Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 4 der Anlage 14 Nummer 14.1 (zu § 51 Abs. 5) HOAI.

3.5 Die von der bzw. dem AN vorzulegenden Zeichnungen, Beschreibungen und Berechnungen sind der AG infacher Ausfertigung, davon einfach in kopier-/pausfähiger Ausführung zu übergeben. Die von den Zeichnungen angefertigten Vervielfältigungen sind von der bzw. dem AN im nötigen Umfang weiterzubearbeiten, u. a. normengerechtfach farbig bzw. mit Symbolen anzulegen, DIN-gerecht zu falten und in Ordnern vorzulegen.

Außerdem sind der AG sämtliche aufgrund dieses Vertrages erstellten Unterlagen in digitaler Form zu übergeben.

§ 4

Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

4.1 Die AG wird durch die von ihr beauftragten vertretungsberechtigten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter vertreten. Die vertretungsberechtigten Personen werden der bzw. dem AN - auch bei Veränderungen - schriftlich bekanntgegeben.

Nur diese sind berechtigt, der bzw. dem AN verbindliche Weisungen zu erteilen. Forderungen, die von anderer Seite an die bzw. den AN gestellt werden, sind nur zu berücksichtigen, wenn die AG schriftlich zustimmt.

4.2 Folgende Leistungen werden von den nachstehend genannten fachlich Beteiligten erbracht und sind von der bzw. dem AN mit ihren/seinen Leistungen abzustimmen.

Zurzeit können benannt werden:

- 4.2.1 Objektplanung für Gebäude von
- 4.2.2 Technische Ausrüstung von
- 4.2.3 Freianlagen von
- 4.2.4 Prüfen der Tragwerksplanung von

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen

^{**)} Herausnehmen bei Baumaßnahmen, deren Konstruktion sich aus vergleichbaren Objekten ableiten lässt

§ 5

Termine und Fristen

- 5.1 Für die Leistungen nach § 3 gelten folgende Termine bzw. Fristen:

.....

- 5.2 Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die bzw. der AN dies mit Nennung der Gründe der AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 6

Vergütung

- 6.1 Der Honorarermittlung werden zugrunde gelegt:

6.1.1 Die zusammengefassten anrechenbaren Kosten der unter 1.1 aufgeführten Bauwerke.

6.1.2^{*)} Die nach § 4, § 6 Abs. 1 und 2 Satz 1 und § 50 Abs. 1 HOAI anrechenbaren Kosten der von der AG anerkannten Kostenberechnung nach DIN 276-1:2008-12 ohne Nachträge und ohne Umsatzsteuer.

6.1.2^{*)} Die nach § 4, § 6 Abs. 1 und 2 Satz 1 und § 50 Abs. 2 und 3 HOAI anrechenbaren Kosten der von der AG anerkannten Kostenberechnung nach DIN 276-1:2008-12 ohne Nachträge und ohne Umsatzsteuer.

6.1.3 Folgende Honorarzonen im Sinne der §§ 5, 51 und 52 und der Anlage Nummer 14.2 HOAI:

Bezeichnung des Gebäudes	Honorarzone
--------------------------	-------------

6.1.4 Folgende Bewertung der Leistungen:

6.1.4(1) ^{**)} Vorplanung	
- 3.2 -	10 v.H.

6.1.4(2) Entwurfsplanung	
- 3.3 -	15 v.H.

6.1.4(3) Genehmigungsplanung	
- 3.4 -	30 v.H.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen
^{**)} ggf. herausnehmen

- 6.1.5 ^{*)} Eine Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz nach § 4 Abs. 3 HOAI bei der Bestimmung der anrechenbaren Kosten erfolgt vereinbarungsgemäß nicht.
- 6.1.5 ^{*)} Die anrechenbaren Kosten werden bei den Leistungen nach 3.2 bis 3.4 ^{**)} wegen der Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz nach § 4 Abs. 3 HOAI um Euro erhöht.
- 6.1.6 ^{*)} Ein Umbauzuschlag nach § 52 Abs. 4 HOAI wird vereinbarungsgemäß nicht gezahlt.
- 6.1.6 ^{*)} Für den Umbau wird das Honorar auf der Grundlage des § 52 Abs. 4 HOAI um v.H. erhöht.
- 6.2 Solange die für die Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge der anerkannten Kostenberechnung nicht feststehen, tritt für die Bemessung der Abschlagszahlungen für die Leistungen nach 3.2 die Kostenschätzung an deren Stelle.
Entsprechendes gilt, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet und die für die endgültige Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge nicht mehr festgestellt werden.
- 6.3 ^{*)} Als Nebenkosten werden pauschal/zum Nachweis ^{*)} die Kosten für:
- Versand und Datenübertragungen
 - Vervielfältigen der Unterlagen
 - Fahrtkosten
 - Reisen der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter mit v.H. des vereinbarten Nettohonorars erstattet.
- 6.3 ^{*)} Nebenkosten werden vereinbarungsgemäß nicht erstattet.
- 6.4 Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen

^{**)} Es kann auch ein geringerer Leistungsumfang vereinbart werden

§ 7

Haftpflichtversicherung der bzw. des AN

Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung nach § 12 AVB müssen mindestens betragen:

- | | |
|------------------------|------|
| – für Personenschäden | Euro |
| – für sonstige Schäden | Euro |

§ 8

Ergänzende Vereinbarungen

8.1 Erklärung der bzw. des AN

Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die bzw. der AN, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Der bzw. dem AN ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren/seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

8.2 Transparenzgesetz

Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Auftraggeberin

Hamburg, den

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

, den



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Telefon:
Telefax:

Ausfertigungen an:

1. A N (1x)
2. A G (2x)
- 3.
- 4.

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Geschäftszeichen (Bei Antwort bitte angeben)

Datum

(Dienststelle)

Betr.:
(Bezeichnung der Baumaßnahme und der Belegenheit)

hier: .. Zusatzvertrag zum Ingenieurvertrag vom
(Unterschriftsdaten des Grundvertrages)

Mittelbindungs-Nr.:

Sehr geehrte(r)

hiermit übertragen wir Ihnen für die o.g. Baumaßnahme die im Ingenieurvertrag (Grundvertrag)
vom unter folgenden Nummern genannten Leistungen:

- 3.3^{*)} Entwurfsplanung
- 3.4^{*)} Genehmigungsplanung

- (1) Es gelten die Bedingungen des vorgenannten Grundvertrages.
- (2) Darüber hinaus unterliegt der Vertrag dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

^{*)} Nichtzutreffendes ist zu streichen

Sie werden gebeten, den Zusatzvertrag zu unterzeichnen und der Auftraggeberin zurückzusenden.

Nachdem der Vertrag die zweite Unterschrift der Auftraggeberin erhalten hat, wird er Ihnen zu Ihrer Verwendung zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

Einverstanden:

Hamburg, den

.....
(Unterschrift Auftragnehmer/in)

Hinweise zum Vertragsmuster - Prüfung der Tragwerksplanung -

- H.1 Vorbemerkung**
- Nrn. ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das Vertragsmuster.
- Das Vertragsmuster ist nur bei Leistungen für Gebäude und bauliche Anlagen zu verwenden, die im Zustimmungsverfahren gemäß § 64 HBauO durchgeführt werden.
- Für Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Beauftragung von Freiberuflern ergeben, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, beratend zur Verfügung.
- H.2 Allgemeines**
- Für die Prüfung der Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit sind in der Regel anerkannte Prüfsachverständige für Baustatik einzusetzen. Mit den Prüfsachverständigen ist ein Vertrag unter Beachtung des Bauhandbuchs (VV-Bau) Teil II Nrn. 5.1 bis 5.3 zu schließen. Mit dem Vertragsentwurf ist ihnen eine Ausfertigung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB) zuzuleiten. Die AVB dürfen nicht geändert werden. Der Vertrag ist vor Beginn der jeweiligen Leistungen zu schließen.
- Das Vertragsmuster ist ausgerichtet auf das sog. „Kostenberechnungsmodell“ nach § 6 Abs. 1 HOAI. Das bedeutet, dass das gesamte Honorar auf der Grundlage der Kostenberechnung oder, soweit diese nicht vorliegt, auf der Grundlage der Kostenschätzung ermittelt wird.
- Soll alternativ das Honorar auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten einer Baukostenvereinbarung (sog. „Baukostenvereinbarungsmodell“) nach § 6 Abs. 3 HOAI berechnet werden, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau bei der Anpassung des Vertragsmusters beratend zur Verfügung.
- H.2.1 Stufenweise Beauftragung der Leistungen**
- Im Vertrag sind alle Leistungen aufzuführen, deren Beauftragung an die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer (AN) vorgesehen ist. Die bzw. der AN soll zunächst nur mit den Leistungen nach 3.2 des Vertragsmusters beauftragt werden. Die weiteren Leistungen werden in der Regel zusammengefasst schriftlich beauftragt. Dabei ist auf die im Grundvertrag zur Beauftragung vorgesehenen Leistungen und deren Nummerierung Bezug zu nehmen.
- Die bzw. der AN, die/der mit Leistungen nach 3.2 beauftragt worden ist, soll möglichst auch mit den weiteren Leistungen beauftragt werden.
- H.2.2 Deckblatt**
- Die bzw. der AN ist mit der vollständigen Namensbezeichnung unter Angabe des Geschäftssitzes, der Rufnummer und der vertretungsberechtigten Personen eindeutig zu benennen.
- H.3 Grundlagen des Vertrages (§ 2.3)**
- Es sind insbesondere diejenigen Grundlagen zu benennen, die als spezielle Weisungen der Bauherrin bzw. des Bauherren nicht allgemein bekannt oder die bauwerksspezifisch sind.
- Bei Bedarf sind sie der bzw. dem AN zugänglich zu machen.

H.4 Leistungen der bzw. des AN

- H.4.1 Allgemeines (§ 3.1) Werden ausnahmsweise in der 1. Auftragsstufe weitere Leistungen nach 3.3 und 3.4 übertragen oder werden einzelne Leistungen oder Teile davon beauftragt, so ist 3.1 entsprechend zu ändern.

H.5 Vergütung

- H.5.1 Allgemeines Wenn Änderungen der statischen Berechnung oder der Pläne zu wesentlichen Mehrarbeiten der bzw. des AN führen, ist über deren angemessene Honorierung eine zusätzliche Vereinbarung zu treffen. Insoweit können entweder die änderungsbedingten Mehrkosten den anrechenbaren Kosten hinzugeschlagen oder die Mehrleistungen - pauschal oder nach Zeitaufwand - honoriert werden.

Für die Leistungen der Tragwerksplanung und Prüfung der Tragwerksplanung sind die Begriffe nach § 1 Absatz 6 der AVB „Überarbeitung der Unterlagen bei unverändertem Programm“ und „unwesentlich veränderte Forderungen“ nicht auf das Bauobjekt, sondern auf die jeweilige Vertragsleistung zu beziehen. Das bedeutet, dass die bzw. der AN auch dann Anspruch auf zusätzliche Vergütung hat, wenn sich die Objektplanung nur geringfügig ändert, diese Änderung aber erhebliche Auswirkungen auf die Leistungen der Tragwerksplanerin bzw. des Tragwerksplaners oder der Prüferin bzw. des Prüfers der Tragwerksplanung hat.

- H.5.2 Ermittlung der Vergütung (§ 5.1.1 bis 5.1.3)

Die Ermittlung der Vergütung richtet sich nach § 7 HOAI.

Sofern der bzw. dem AN Mehrleistungen gemäß § 50 Abs. 5 HOAI vergütet werden sollen, sind im Abschnitt 5.1.2 die zusätzlich anrechenbaren Kosten nach Art und Umfang zu benennen.

Die anrechenbaren Kosten für das Honorar werden

- bei Gebäuden und zugehörigen baulichen Anlagen nach § 50 Abs. 1 und ggf. Abs. 5 HOAI,
- bei Gebäuden mit einem hohen Anteil der Kosten der Gründung und der Tragkonstruktion z.B.:
 - Tribünen,
 - Parkhäuser,
 - Hallen,
 - Lagergebäude,
 - sowie Kraftwerksgebäude

nach § 50 Abs. 3 und 4 in Verbindung mit § 50 Abs. 2 HOAI ermittelt.

Die Honorarzone ist gemäß §§ 5 und 52 HOAI in 5.1.3 festzulegen. Grundsätzlich ist der Mindestsatz zu vereinbaren.

Der Mindestsatz ist nur zu überschreiten, wenn Anforderungen gestellt werden, die den Bearbeitungsaufwand wesentlich erhöhen und die nicht schon in anderer Weise vergütet werden (z.B. als Besondere Leistungen).

Als solche Anforderungen kommen z.B. in Betracht:

- außergewöhnliche kurze Planungs- und Bauzeiten,
- unregelmäßige Tragkonstruktionen mit diffizilen Einzeltragteilen,
- Planung der Ausführung bei laufendem Betrieb,
- wesentliche Einflüsse der technischen Ausrüstung und des technischen Ausbaus,
- wesentliche Einflüsse aus Nachbarbauwerken oder Verkehrsanlagen,
- Berücksichtigung von Forderungen des Denkmalschutzes,
- erhöhte Anforderungen an Planungsoptimierung bzw. an Planungsvarianten,
- verbindliche Festtermine,
- gehobene gestalterische Anforderungen an das Tragwerk.

Wenn das Honorar mit einem anderen als dem Mindestsatz berechnet werden soll, ist in 5.1.3 unter „Honorarzone“ folgende Vereinbarung aufzunehmen:

„Honorarzone, Mindestsatz der Honorartafel nach § 52 Abs. 1 HOAI zuzüglich v.H. der Differenz zum Höchstsatz“.

Die Gründe für das Abweichen von den Mindestsätzen sind schriftlich festzuhalten.

H.5.3 Bewertung der Leistungen (§ 5.1.4)

Die in § 3 des Vertragsmusters aufgeführten Leistungen sind unter Berücksichtigung der Leistungen der Auftraggeberin (AG) in der Regel wie folgt zu bewerten:

Prüfung der Tragwerksplanung - 3.2 -	12 v.H.
---	---------

Prüfung der Ausführungszeichnungen für das Tragwerk - 3.3 -	6 v.H.
---	--------

Überwachung der Ausführung - 3.4 -	6 v.H.
---------------------------------------	--------

H.5.4 Honorar oberhalb/
unterhalb der anrechenbaren Kosten
der Honorartafeln
der HOAI (§ 5)

Wenn die anrechenbaren Kosten für Architekten- und Ingenieurleistungen über dem Tafelhöchstwert der HOAI liegen, kann das Honorar frei vereinbart werden. In diesem Fall ist eine Tafelfortschreibung in den Vertrag aufzunehmen. Ein Vorschlag kann von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, abgefordert werden.

Bei Unterschreitung des Tafelmindestwertes kann das Honorar als Pauschal- oder Zeithonorar berechnet werden. Hierfür kann ebenfalls ein Vorschlag von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, abgefordert werden.

H.5.5 Mehrere Objekte
(§ 5)

Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Gebäuden mit konstruktiv verschiedenen Tragwerken, so sind die Honorare für jedes Tragwerk getrennt zu berechnen (§ 11 Abs. 1 HOAI). In diesem Fall ist Nr. 5.1.1 des Vertrages zu streichen.

Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Gebäuden mit Tragwerken derselben Honorarzone, die im zeitlichen und örtlichen Zusammenhang als Teil einer Gesamtanlage unter gleichen baulichen Verhältnissen geplant und errichtet werden, werden diese zur Honorarberechnung als Gruppe zusammengefasst.

Im Vertrag ist dann als 5.1.1 folgender Text vorzusehen:

„Folgende Gebäude werden nach § 11 Abs. 2 HOAI zur Berechnung des Honorars zusammengefasst:

.....
.....“

Besteht eine Baumaßnahme aus mehreren Gebäuden mit konstruktiv gleichen Tragwerken, die sich durch geringfügige Änderung der Tragwerksplanung unterscheiden (Wiederholungen § 11 Abs. 3 HOAI), ist im Vertrag als Abschnitt 6.1.1 folgender Text vorzusehen:

„Wegen der Wiederholungen wird vereinbart
für die Gebäude

= 50 v.H. des Honorars für die Erstaussfertigung der Leistungen.
(1. - 4. Wiederholung),

für die Gebäude

= 40 v.H. des Honorars für die Erstaussfertigung der Leistungen.
(5. - 7. Wiederholung),

für die Gebäude

= 10 v.H. des Honorars für die Erstaussfertigung der Leistungen.
(ab der 8. Wiederholung).“

Das Honorar für die Überwachung der Ausführung wird nicht reduziert.

H.4.6 Umbauten (§ 5.1.6)

Bei Umbauten i.S.v. § 2 Abs. 5 HOAI kann gemäß § 52 Abs. 4 i. V. m. § 35 HOAI in 5.1.6 ein Zuschlag von bis zu 50 v.H. vereinbart werden.

Es ist in allen Fällen, in denen nicht abschließend und umfassend ein Neubau betroffen ist, über einen Umbau-/Modernisierungszuschlag zu verhandeln und hierüber in 6.1.5. eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Das Verhandlungsergebnis ist schriftlich festzuhalten.

Sofern kein Zuschlag schriftlich vereinbart wurde, fällt nach § 6 Abs. 2 S. 4 HOAI für Leistungen bei Umbauten und Modernisierungen ab einem durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad ein Zuschlag von 20 v.H. an.

H.4.7 Nebenkosten (§ 5.3)

Die Vergütung von Nebenkosten (§ 14 HOAI) erfolgt auf Einzelnachweis, sofern nicht bei Auftragserteilung eine pauschale Abrechnung vereinbart worden ist.

Nach § 14 Abs. 1 HOAI kann die Erstattung der Nebenkosten auch ganz oder teilweise ausgeschlossen werden.

Werden Nebenkosten erstattet, so ist die Vereinbarung einer Pauschale z.B. in v.H.-Sätzen des Nettohonorars anzustreben. Die ihr zugrunde gelegten Einzelansätze sind festzuhalten.

Die Nebenkosten sind immer objektbezogen zu betrachten.

Fahrtkosten (auch Tage- und Übernachtungsgelder) für Reisen der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. ihrer/seiner Mitarbeiter, die über den Umkreis von 15 km vom Geschäftssitz der bzw. des AN hinausgehen, sollten nicht höher berechnet werden als nach dem geltenden Hamburgischen Reisekostengesetz - HmbRKG -.

H.6 **Haftpflichtversicherung** (§ 6)

Als Deckungssummen der Haftpflichtversicherung sind in der Regel vorzusehen für

Personenschäden:	1.500.000,--EUR,
sonstige Schäden:	500.000,--EUR.

Die bzw. der AN hat einen ausreichenden Versicherungsschutz nachzuweisen, der eine Inanspruchnahme der genannten Deckungssummen ermöglicht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der bzw. dem AN mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. In Ausnahmefällen z.B. in Gutachterverträgen sind ggf. geringere Deckungssummen möglich. Für Einzelobjekte mit besonders hohem Risiko sind die o.g. Deckungssummen ggf. zu erhöhen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.

H.7 **Ergänzende Vereinbarungen** (§ 7)

In § 7 sind die Bestimmungen für das Kennzeichnen der geprüften Unterlagen und die Überwachung in konstruktiver Hinsicht zu vereinbaren. Diese Bestimmungen sind eine Anlage zum Vertrag und mit diesem zu übergeben.

Sofern die statisch-konstruktiven Unterlagen im HSt-Archiv beim Amt für Bauordnung und Hochbau verwahrt und vorgehalten werden, ist zusätzlich festzulegen, dass nach dem vom Amt für Bauordnung und Hochbau -ABH 32- erarbeiteten „Archivierungsmerkblatt“ verfahren wird.

H.8 **Veröffentlichungs-
und Rücktrittsklau-
sel (§ 7.3)**

Der Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Dementsprechend enthält er eine Veröffentlichungsklausel, die der bzw. dem AN deutlich machen soll, dass sie/er – unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen des HmbTG – nach Vertragsabschluss mit der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister rechnen muss.

Für den Fall der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister ist das hierfür in § 7.3 des Musters zum Grundvertrag bzw. unter (2) des Musters zum Zusatzvertrag vorgesehene Kästchen anzukreuzen.

Des Weiteren beinhaltet der Vertrag eine Rücktrittsklausel, die der AG das Recht einräumt, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurückzutreten.

H.9 **Beauftragung mit
Leistungen der
weiteren Stufen**

Für die Beauftragung der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. ihrer/seiner Mitarbeiter mit Leistungen der weiteren Stufen (vgl. H.1.1) ist das Vertragsmuster - Zusatzverträge - (VV-Bau II, Anlage 5c) zu verwenden.

Hiermit sind die im Grundvertrag zur Beauftragung vorgesehenen Leistungen unter Beachtung von VV-Bau, Teil II, Ziff. 5.2 zu übertragen.

Sollen Termine und Fristen vereinbart werden (siehe auch § 4 des Grundvertrages), sind diese hier aufzunehmen.

Werden Änderungen des Leistungsbildes und/oder der Honorierung erforderlich (z.B. durch veränderten Leistungsumfang, Zusätzliche Leistungen, Änderung der Honorartafel), sind diese im Zusatzvertrag zu regeln.

Die Zusatzverträge sind entsprechend dem Grundvertrag von der bzw. dem AN und von der AG zu unterzeichnen.

Werden ausnahmsweise in der 1. Auftragsstufe weitere Leistungen nach 3.3 und 3.4 übertragen oder werden einzelne Leistungen oder Teile davon beauftragt, so ist 3.1 entsprechend zu ändern.

VERTRAGSMUSTER - PRÜFUNG DER TRAGWERKSPLANUNG - *)

Freie und Hansestadt Hamburg

Gz.:

Vertragsausfertigungen an:

- | | |
|--------|------|
| 1) A N | (1x) |
| 2) A G | (2x) |

Mittelbindungs-Nr.:

Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg
vertreten durch

diese vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g g e b e r i n (AG) genannt -

und

vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g n e h m e r i n bzw. A u f t r a g n e h m e r (AN) genannt -
wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 - Gegenstand des Vertrages

§ 2 - Grundlagen des Vertrages

§ 3 - Leistungen der bzw. des AN

§ 4 - Termine und Fristen

§ 5 - Vergütungen

§ 6 - Haftpflichtversicherung der bzw. des AN

§ 7 - Ergänzende Vereinbarungen

*) Das Muster ist nur beim Zustimmungsverfahren nach § 64 HBauO zu verwenden

§ 1

Gegenstand des Vertrages

- 1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen für die Baumaßnahme:

(genaue Bezeichnung der Baumaßnahme)

und zwar für folgende Gebäude und zugehörige bauliche Anlagen:

§ 2

Grundlagen des Vertrages

- 2.1 Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure - HOAI -, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- 2.2 Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen - AVB - (siehe Anlage) sind Bestandteil dieses Vertrages.
- 2.3 Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer (AN) hat ihren/seinen Leistungen verpflichtend zugrunde zu legen:
-
-
-
- 2.4 Die Baumaßnahme unterliegt dem Zustimmungsverfahren nach § 64 HBauO. Die für die verantwortliche Leitung zuständige Person wird der bzw. dem AN schriftlich benannt.

§ 3

Leistungen der bzw. des AN

- 3.1 Die bzw. der AN führt ihre/seine Leistungen auf der Grundlage der ihr/ihm von der Auftraggeberin (AG) zur Verfügung zu stellenden Unterlagen aus.
- Die AG überträgt der bzw. dem AN die Leistungen nach 3.2.
- Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung mit Leistungen nach 3.3 und 3.4 besteht nicht.
- Für die Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen - einzeln oder im ganzen - gelten die Regelungen dieses Vertrages.

Die bzw. der AN ist verpflichtet, diese weiteren Leistungen zu erbringen, wenn sie/er von der AG innerhalb von 24 Monaten nach Fertigstellung der Leistungen nach 3.2 mit einer weiteren Vertragsleistung beauftragt wird.

Umfang der Leistungen:

- 3.2 Prüfung der Tragwerksplanung in ...facher Ausfertigung. Die Prüfung hat sich auf alle tragenden Teile des Gebäudes/Ingenieurbauwerks und der zugehörigen baulichen Anlagen zu erstrecken. Außer dem Ergebnis der Zahlenrechnung muss geprüft werden, ob die Voraussetzungen und Annahmen der statischen Berechnungen zutreffen, ob alle Kräfte vollständig erfasst sind, ihre Fortleitung bis in den Baugrund verfolgt, die Stabilität als Ganzes gesichert und die zulässige Bodenpressung nicht überschritten ist. Liegt ein Baugrundgutachten vor, so ist zu prüfen, ob die Feststellung über die Tragfähigkeit des Baugrundes angemessen berücksichtigt worden ist. Außerdem ist die vorgegebene Konstruktion auf ihre wirtschaftliche Dimensionierung zu überprüfen. Über das Ergebnis der Prüfung ist ein Prüfbericht in ...facher Ausfertigung vorzulegen.
- 3.3^{*)} Prüfung der Ausführungszeichnungen für das Tragwerk in ...facher Ausfertigung. Die Prüfung hat sich auf Übereinstimmung mit der statischen Berechnung und auf konstruktiv richtige Ausbildung zu erstrecken, auf die Maße jedoch nur, soweit statisch konstruktive Belange berührt werden. Über das Ergebnis der Prüfung ist ein Prüfbericht in ...facher Ausfertigung vorzulegen.
- 3.4^{*)} Überwachung der Ausführung in konstruktiver Hinsicht entsprechend den bauaufsichtlichen Bestimmungen.

Die Ausführung der Konstruktion ist auf Übereinstimmung mit den geprüften Ausführungszeichnungen nach 3.3 zu überwachen. Die bzw. der AN muss sich weiterhin durch Stichproben von der Tauglichkeit der für die Konstruktionen verwandten Materialien, Herstellungsarten, Schalungs- und Lehrgerüste, Baustelleneinrichtungen usw. überzeugen.

Das Ergebnis der Überwachung ist schriftlich festzuhalten und der AG in ...facher Ausfertigung vorzulegen.

§ 4

Termine und Fristen

- 4.1 Für die Leistungen nach § 3 gelten folgende Termine bzw. Fristen:
- 4.2 Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die bzw. der AN dies mit Nennung der Gründe der AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 5

Vergütung

- 5.1 Der Honorarermittlung werden zugrunde gelegt:
- 5.1.1 Die zusammengefassten anrechenbaren Kosten der unter 1.1 aufgeführten Bauwerke.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen

5.1.2^{*)} Die nach § 4, § 6 Abs. 1 und 2 Satz 1 und § 50 Abs. 1 HOAI anrechenbaren Kosten der von der AG anerkannten Kostenberechnung nach DIN 276-1:2008-12 ohne Nachträge und ohne Umsatzsteuer.

5.1.2^{*)} Die nach § 4, § 6 Abs. 1 und 2 Satz 1 und § 50 Abs. 2 und 3 HOAI anrechenbaren Kosten der von der AG anerkannten Kostenberechnung nach DIN 276-1:2008-12 ohne Nachträge und ohne Umsatzsteuer.

5.1.3 Folgende Honorarzonen im Sinne der §§ 5, 51 und 52 und der Anlage 14 Nummer 14.2 (zu § 5 Abs. 3 Satz 2 HOAI):

Bezeichnung des Gebäudes	Honorarzone
--------------------------	-------------

5.1.4 Folgende Bewertung der Leistungen:

5.1.4(1) Prüfung der Tragwerksplanung - 3.2 -	12 v.H.
--	---------

5.1.4(2) ^{**)} Prüfung der Ausführungszeichnungen für das Tragwerk - 3.3 -	6 v.H.
--	--------

5.1.4(3) ^{**)} Überwachung der Ausführung in konstruktiver Hinsicht - 3.4 -	6 v.H.
---	--------

5.1.5^{*)} Ein Umbauzuschlag nach § 52 Abs. 4 HOAI wird vereinbarungsgemäß nicht gezahlt.

5.1.5^{*)} Für den Umbau wird das Honorar auf der Grundlage des § 52 Abs. 4 HOAI um v.H. erhöht.

5.2 Solange die für die Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge der anerkannten Kostenberechnung nicht feststehen, tritt für die Bemessung der Abschlagszahlungen für die Leistungen nach 3.2 die Kostenschätzung an deren Stelle.
Entsprechendes gilt, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet und die für die endgültige Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge nicht mehr festgestellt werden.

5.3^{*)} Als Nebenkosten werden pauschal/zum Nachweis^{*)} die Kosten für:

- Versand und Datenübertragungen
- Vervielfältigen der Unterlagen
- Fahrtkosten
- Reisen der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter erstattet.

Die Pauschale für die Nebenkostenerstattung beträgt Euro zuzüglich Umsatzsteuer^{*)}.

5.3^{*)} Nebenkosten werden vereinbarungsgemäß nicht erstattet.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen
^{**)} ggf. herausnehmen

5.4 Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen.

§ 6

Haftpflichtversicherung der bzw. des AN

Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung nach § 12 AVB müssen mindestens betragen:

- | | |
|------------------------|------|
| – für Personenschäden | Euro |
| – für sonstige Schäden | Euro |

§ 7

Ergänzende Vereinbarungen

7.1 Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die bzw. der AN, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Absatz 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Der bzw. dem AN ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren/seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

7.2 Das Kennzeichnen der geprüften Unterlagen und die Überwachung in konstruktiver Hinsicht erfolgt nach den beigefügten Bestimmungen.

.....

7.3 Transparenzgesetz

Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
 Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Auftraggeberin

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

Hamburg, den

, den

Bestimmungen für das Kennzeichnen der geprüften Unterlagen und die Überwachung in konstruktiver Hinsicht

Die geprüften Unterlagen sind mit Ordnungsnummern zu versehen, und zwar so, dass in einem Dezimal-Ordnungssystem die Anfangsziffern

- 1 für statische Berechnung
- 2 für Positionspläne
- 3 für Bewehrungspläne
- 4 für Schalpläne
- 5 für Stahlbau-Ausführungspläne
- 6 für Holzbau-Ausführungspläne
- 7 für sonstige Ausführungspläne

benutzt werden. Für weitere Arten von Unterlagen ist die Nummerierung sinngemäß fortzusetzen. Hinter den Ordnungsnummern sind die zugehörigen Berechnungen bzw. Pläne für den gesamten Bauabschnitt fortlaufend zu nummerieren.

Deckblätter sind einzukleben und mit einem besonderen Prüfvermerk zu versehen. Geänderte Zeichnungen sind mit Änderungsvermerk und Zusatzbuchstaben A, B, C usw. auszuwechseln.

Ergänzende und nachträglich eingehende Unterlagen sind mit den Zusatzbuchstaben a, b, c usw. zu den Nummern der Hauptunterlagen sinngemäß einzuordnen.

Die von der Überwachung anzufertigenden Aufzeichnungen sind zweckmäßigerweise zusammenzufassen in einer Liste, die stichwortartig und in tabellarischer Form folgende Angaben enthält:

- Datum und Tageszeit des Baustellenbesuchs,
- besichtigte (Bau-)Teile,
- getroffene Feststellungen sowie ggf.
- gegebene Hinweise und gestellte Forderungen mit Nennung des Empfängers.

Werden bei der Überwachung schwerwiegende Mängel festgestellt, die sich nicht sofort beheben lassen, so sind die örtliche Bauleitung und die AG unverzüglich zu verständigen.

Nach Fertigstellung der Tragkonstruktionen findet die abschließende Rohbaubesichtigung statt, an der die AG teilnimmt. Bei größeren Bauvorhaben oder aus besonderen Gründen können Teilrohbaubesichtigungen erforderlich werden. Über jede Besichtigung ist von der bzw. dem AN eine ausführliche Niederschrift innerhalb einer Woche vorzulegen.

Nach Abschluß der Arbeiten ist die 1. Ausfertigung aller Unterlagen, der Aktenordnung entsprechend, für die Ablage im Archiv vorzubereiten und mit einem Inhaltsverzeichnis mit Abschlußvermerk abzuliefern.



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Telefon:
Telefax:

Ausfertigungen an:

1. A N (1x)
2. A G (2x)
- 3.
- 4.

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Geschäftszeichen (Bei Antwort bitte angeben)

Datum

(Dienststelle)

Betr.:
(Bezeichnung der Baumaßnahme und der Belegenheit)

hier: Zusatzvertrag zum Ingenieurvertrag vom
(Unterschriftsdaten des Grundvertrages)

Mittelbindungs -Nr.:

Sehr geehrte(r)

hiermit übertragen wir Ihnen für die o.g. Baumaßnahme die im Ingenieurvertrag (Grundvertrag)
vom unter folgenden Nummern genannten Leistungen:

- 3.3^{*)} Prüfung der Ausführungszeichnungen
- 3.4^{*)} Überwachung der Ausführung

- (1) Es gelten die Bedingungen des vorgenannten Grundvertrages.
- (2) Darüber hinaus unterliegt der Vertrag dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

^{*)} Nichtzutreffendes ist zu streichen

Sie werden gebeten, den Zusatzvertrag zu unterzeichnen und der Auftraggeberin zurückzusenden.

Nachdem der Vertrag die zweite Unterschrift der Auftraggeberin erhalten hat, wird er Ihnen zu Ihrer Verwendung zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

Einverstanden:

Hamburg, den

.....
(Unterschrift Auftragnehmer/in)

Hinweise zum Vertragsmuster - Freianlagen -

H.0 **Vorbemerkung**

Nrn. ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das Vertragsmuster.

Das Vertragsmuster - Freianlagen - ist im Allgemeinen für planerisch gestaltete Freiflächen und Freiräume sowie entsprechend gestaltete Anlagen in Verbindung mit staatlichen Hochbauten anzuwenden.

Bei Beteiligung von freiberuflich Tätigen erbringt die Auftraggeberin (AG) im Allgemeinen folgende Leistungen:

- Aufstellen des baufachlichen Gutachtens über das Baugrundstück;
- Aufstellen der Angaben für die Finanzplanung;
- Beschaffen der Kataster(flur)karten, Lage- und Höhenpläne und sonstigen Unterlagen vom Baugrundstück, soweit sie die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer (AN) für ihre/seine Leistungen benötigt;
- Vermessen des Baugeländes;
- Anfertigen von Modellen mit Ausnahme von einfachen Arbeits- und Hilfsmodellen;
- Bereitstellen folgender Unterlagen:
 - Liefern von Kostenbeiträgen für die Leistungsbereiche der AG;
- Vergabe:
 - Zusammenstellen der Unterlagen, Ausfüllen der Einheitlichen Vergabemuster, Festlegen der Vergabeart, Auswahl der aufzufordernden Unternehmen, Einholen der Angebote, Vergabeverhandlungen, Verhandeln mit den Bieterinnen bzw. Bietern, Abfassen der Verträge und Auftragserteilung;
- rechtsgeschäftliche Erklärung der Abnahme;
- sachliche Feststellung und Kassenreifemachung der von der bzw. dem AN geprüften und bescheinigten Kostenrechnungen;
- Zahlungen;
- Antrag auf behördliche Abnahme und Teilnahme daran;
- Führen der Festlegungslisten.

Für Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Beauftragung von Freiberuflichen ergeben, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt beratend zur Verfügung.

H.1 **Allgemeines**

Kostenverpflichtungen für Bauplanungen dürfen zunächst nur insoweit eingegangen werden, wie dies zur Aufstellung der Vorplanung notwendig ist. Wenn dazu eine bzw. ein AN, d.h. eine freiberuflich tätige Architektin bzw. ein freiberuflich tätiger

Architekt oder eine Ingenieurin bzw. ein Ingenieur hinzugezogen werden soll, so ist das Vertragsmuster Freianlagen zu verwenden. Der bzw. dem AN ist mit dem Vertrag auch eine Ausfertigung der Allgemeinen Vertragsbestimmungen (AVB) zuzuleiten. Die AVB dürfen nicht geändert werden. Der Vertrag ist vor Beginn der jeweiligen Leistungen zu schließen.

Das Vertragsmuster ist ausgerichtet auf das sog. „Kostenberechnungsmodell“ nach § 6 Abs. 1 HOAI. Das bedeutet, dass das gesamte Honorar auf der Grundlage der Kostenberechnung oder, soweit diese nicht vorliegt, auf der Grundlage der Kostenschätzung ermittelt wird.

Soll alternativ das Honorar auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten einer Baukostenvereinbarung (sog. „Baukostenvereinbarungsmodell“) nach § 6 Abs. 3 HOAI berechnet werden, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau bei der Anpassung des Vertragsmusters beratend zur Verfügung.

Soweit ein bauaufsichtliches Verfahren erforderlich ist, kann bei 2.4 gewählt werden, ob ein Baugenehmigungsverfahren oder ein Zustimmungsverfahren durchgeführt werden soll. Wenn die Voraussetzungen nach § 64 HBauO nicht vorliegen, ist ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen.

H.1.1 Stufenweise Beauftragung der Leistungen

Im Vertrag sind alle Leistungen aufzuführen, deren Beauftragung an die bzw. den AN vorgesehen ist. Die bzw. der AN darf zunächst nur mit den Leistungen nach 3.2. des Vertragsmusters beauftragt werden. Dies wird auch durch 3.1 klargestellt. Die weiteren Leistungen werden - je nach Bedarf einzeln oder zusammengefasst - schriftlich beauftragt. Dabei ist auf die im Grundvertrag zur Beauftragung vorgesehenen Leistungen und deren Nummerierung Bezug zu nehmen.

Der AN, der/dem Leistungen nach 3.2 übertragen worden sind, soll in der Regel auch mit weiteren Leistungen beauftragt werden.

H.1.2 Deckblatt

Die bzw. der AN ist mit der vollständigen Namensbezeichnung unter Angabe des Geschäftssitzes, der Rufnummer und der vertretungsberechtigten Personen eindeutig zu nennen.

H.2 Leistungen der bzw. des AN

H.2.1 Allgemeines (§ 3.1)

Werden ausnahmsweise in der 1. Auftragsstufe weitere Leistungen nach 3.3 bis 3.8 des Vertragsmusters beauftragt oder einzelne Leistungsphasen oder Teile davon, so ist 3.1 entsprechend zu ändern.

H.2.2 Baubüro (§ 3.6.1.2)

Die Einrichtung und Unterhaltung eines Baubüros soll nur bei Großbaumaßnahmen beauftragt werden.

H.3 Vergütung

H.3.1 Allgemeines (§ 6)

Bei Vertragsabschluss sind der Honorarermittlung die geschätzten Kosten zugrunde zu legen. Das endgültige Honorar ist aus der von der AG anerkannten Kostenberechnung zu ermitteln. Kosten aus Nachträgen sind nicht Bestandteil der Kostenberechnung und damit nicht Grundlage für die Honorarermittlung für Leistungen, die für die Haushaltsunterlage - Bau / Ausführungsunterlage - Bau / Bau- und Kostenunterlagen erforderlich sind.

Werden Änderungen nach § 10 HOAI erforderlich, die zu Mehrarbeiten der bzw. des AN führen, ist über deren angemessene Honorierung eine zusätzliche Vereinbarung schriftlich zu treffen. Insofern können entweder die änderungsbedingten Mehrkosten der Kostenberechnung der von der AG anerkannten Haushaltsunterlage – Bau / Ausführungsunterlage – Bau / Bau- und Kostenunterlage hinzugeschlagen oder die Mehrleistungen - pauschal oder nach Zeitaufwand - honoriert werden.

H.3.2 Ermittlung der Vergütung (§ 6.1.1 und 6.1.2)

Die Ermittlung der Vergütung richtet sich nach § 7 HOAI.

Die Honorarzone ist gemäß §§ 5 und 40 und Anlage 11 Ziffer 11.2 HOAI in 6.1.2 festzulegen.

Der Mindestsatz ist nur zu überschreiten, wenn Anforderungen gestellt werden, die den Bearbeitungsaufwand erhöhen und die nicht schon in anderer Weise vergütet werden (z.B. Einordnung in eine andere Honorarzone).

Als solche Anforderungen kommen u.a. in Betracht:

- außergewöhnlich kurze Planungs- und Bauzeiten,
- verbindliche Festtermine und Fristen,
- Berücksichtigung von Forderungen des Denkmalschutzes,
- erhöhte Anforderungen des Landschafts- und Naturschutzes,
- Berücksichtigung besonders schwieriger Bodenverhältnisse durch Altlasten/Deponien,
- erhöhte gestalterische Anforderungen.

Wenn das Honorar mit einem anderen als dem Mindestsatz berechnet werden soll, ist in 6.1.2 unter Honorarzone folgende Vereinbarung aufzunehmen:

„Honorarzone, Mindestsatz der Honorartafel nach § 40 Abs. 1 HOAI zuzüglich v.H. der Differenz zum Höchstsatz“.

Die Gründe für das Abweichen von den Mindestsätzen sind schriftlich festzuhalten.

H.3.3 Bewertung der Leistungen (§ 6.1.3)

Die in § 3 des Vertragsmusters aufgeführten Leistungen sind unter Berücksichtigung der Leistungen der AG in der Regel wie folgt zu bewerten:

Grundlagenermittlung -3.2.1 -	3 v.H.
Vorplanung -3.2.2 -	10 v.H.
Entwurfsplanung -3.3.1 -	16 v.H.
Genehmigungsplanung -3.3.2 - (soweit sie nach öffentlich-rechtlichen Bestimmungen erf. ist)	4 v.H.
Ausführungsplanung -3.4.1 -	25 v.H.
Vorbereitung der Vergabe -3.5.1 -	6,5 v.H. ^{*)}
Mitwirkung bei der Vergabe -3.5.2 -	2 v.H. ^{*)}
Objekt-(Bau-)überwachung -3.6.1 -	30 v.H.
Objektbetreuung und Dokumentation -3.7.1 -	2 v.H.

Falls die AG selbst oder andere freiberuflich Tätige darüber hinaus Teile der unter 3.2 bis 3.7 des Vertragsmusters genannten Leistungen erbringen, ist das bei der Bewertung der Leistungen zu berücksichtigen. Desgleichen ist zu verfahren, sofern die bzw. der AN im Rahmen ihrer/seiner ihr/ihm zu übertragenden Leistungen auf Erleichterungen (z.B. Gutachten, bereits erbrachte Leistungen, Standardplanungen usw.) zurückgreifen kann.

In diesen Fällen sind diese Leistungen/Erleichterungen zu bewerten und das Regelhonorar entsprechend zu mindern.

H.3.4 Honorar oberhalb/unterhalb der anrechenbaren Kosten der Honorartafeln der HOAI (§ 6)

Wenn die anrechenbaren Kosten für Architekten und Ingenieurleistungen über dem Tafelhöchstwert der HOAI liegen, kann das Honorar frei vereinbart werden. In diesem Fall ist eine Tafelfortschreibung in den Vertrag aufzunehmen. Ein Vorschlag kann von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt abgefordert werden.

^{*)} Unter Berücksichtigung der von der AG zu erbringenden Leistungen (siehe hierzu Hinweis H.0 - Vorbemerkung -)

Bei Unterschreitung des Tafelmindestwertes kann das Honorar als Pauschal- oder Zeithonorar berechnet werden. Hierfür kann ebenfalls ein Vorschlag von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt abgefordert werden

H.3.5 Verlängerte Objektüberwachung (§ 6.3)

Verzögert sich die Bauzeit durch Umstände, die die bzw. der AN nicht zu vertreten hat wesentlich, so ist für die Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung zu vereinbaren. Eine Überschreitung bis zu 20 v. H. der festgelegten Ausführungszeit, maximal 6 Monate, ist durch das Honorar abgegolten.

Für den daran anschließenden Zeitraum soll die bzw. der AN für die nachweislich gegenüber den Leistungen entstandenen Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung bis zum Höchstbetrag der Vergütung je Monat erhalten, die sie/er als Anteil der Vergütung für die Objektüberwachung je Monat der vereinbarten Ausführungszeit erhalten hat.

Für eine Prüfung der Ansprüche und Feststellung einer angemessenen Honorierung ist eine genaue Erfassung der Ursachen der verlängerten Objektüberwachung – z. B. durch die sorgfältige Führung des Bautagebuches – unerlässlich.

H.3.6 Nebenkosten (§ 6.5)

Die Vergütung von Nebenkosten (§ 14 HOAI) erfolgt auf Einzelnachweis, sofern nicht bei Auftragserteilung eine pauschale Abrechnung vereinbart worden ist.

Nach § 14 Abs. 1 HOAI kann die Erstattung der Nebenkosten auch ganz oder teilweise ausgeschlossen werden.

Werden Nebenkosten erstattet, so ist die Vereinbarung einer Pauschale z.B. in v.H.-Sätzen des Nettohonorars anzustreben. Die ihr zugrunde gelegten Einzelansätze sind festzuhalten.

Die Nebenkosten sind immer objektbezogen zu betrachten.

Für die pauschale Abrechnung werden nachfolgende Sätze in v.H. des Nettohonorars vorgeschlagen. Der Ansatz für „sämtliche Vervielfältigungen“ deckt dabei das 8fache Vervielfältigen aller Pläne ab.

Vervielfältigen der Unterlagen:

1) 1 x pausfähig	0,5 v.H.)	
)	
2) sämtliche Vervielfältigungen,)	
jedoch ohne Leistungsverzeichnisse,)	
zusätzlich zu Nr. 1)	1,5 v.H.)	des Netto-
)	honorars
3) sämtliche Vervielfältigungen)	
mit Leistungsverzeichnissen)	
zusätzlich zu Nr. 1)	2,5 v.H.)	
)	
Post- und Fernmeldegebühren	1,0 v.H.)	

Bei geringen anrechenbaren Kosten und somit einem niedrigen Honorar können vorgenannte Sätze zu gering bzw. bei hohen anrechenbaren Kosten zu hoch sein. Sie sind dann angemessen zu korrigieren.

Fahrtkosten (auch Tage- und Übernachtungsgelder) für Reisen der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. ihrer/seiner Mitarbeiter, die über den Umkreis von 15 km vom Geschäftssitz der bzw. des AN hinausgehen, sollten nicht höher berechnet werden als nach dem geltenden Hamburgischen Reisekostengesetz – HmbRKG -.

H.4 **Haftpflichtversicherung (§ 7)**

Als Deckungssummen der Haftpflichtversicherung sind in der Regel vorzusehen für

Personenschäden:	1.500.000,--EUR,
sonstige Schäden:	500.000,--EUR.

Die bzw. der AN hat einen ausreichenden Versicherungsschutz nachzuweisen, der eine Inanspruchnahme der genannten Deckungssummen ermöglicht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der bzw. dem AN mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. In Ausnahmefällen z.B. in Gutachterverträgen sind ggf. geringere Deckungssummen möglich. Für Einzelobjekte mit besonders hohem Risiko sind die o.g. Deckungssummen ggf. zu erhöhen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.

H.5 **Veröffentlichungs- und Rücktrittsklausel (§ 8.3)**

Der Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Dementsprechend enthält er eine Veröffentlichungsklausel, die der bzw. dem AN deutlich machen soll, dass sie/er – unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen des HmbTG – nach Vertragsabschluss mit der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister rechnen muss.

Für den Fall der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister ist das hierfür in § 8.3 des Musters zum Grundvertrag bzw. unter (2) des Musters zum Zusatzvertrag vorgesehene Kästchen anzukreuzen.

Des Weiteren beinhaltet der Vertrag eine Rücktrittsklausel, die der AG das Recht einräumt, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurückzutreten.

H.6 **Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen**

Für die Beauftragung der bzw. des AN mit Leistungen der weiteren Stufen (vgl. H.1.1) ist das Vertragsmuster - Zusatzverträge - (VV-Bau II, Anlage 6c) zu verwenden.

Hiermit sind die im Grundvertrag zur Beauftragung vorgesehenen Leistungen unter Beachtung von VV-Bau, Teil II, Ziff. 5.2 zu übertragen.

Sollen Termine und Fristen vereinbart werden (siehe auch § 5 des Grundvertrages), sind diese hier aufzunehmen.

Werden Änderungen des Leistungsbildes und/oder der Honorierung erforderlich (z.B. durch veränderten Leistungsumfang, Zusätzliche Leistungen, Änderung der Honorartafel), sind diese im Zusatzvertrag zu regeln.

Die Zusatzverträge sind entsprechend dem Grundvertrag von der bzw. dem AN und von der AG zu unterzeichnen.

VERTRAGSMUSTER - FREIANLAGEN -

Freie und Hansestadt Hamburg

Gz.:

Vertragsausfertigungen an:

- 1) A N (1x)
- 2) A G (2x)

Mittelbindungs-Nr.:

Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg
vertreten durch

diese vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g g e b e r i n (AG) genannt -

und

vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g n e h m e r i n bzw. A u f t r a g n e h m e r (AN) genannt -
wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|--|---|
| § 1 - Gegenstand des Vertrages | § 5 - Termine und Fristen |
| § 2 - Grundlagen des Vertrages | § 6 - Vergütung |
| § 3 - Leistungen der bzw. des AN | § 7 - Haftpflichtversicherung der bzw. des AN |
| § 4 - Zusammenarbeit zwischen AG, AN
und anderen fachlich Beteiligten | § 8 - Ergänzende Vereinbarungen |

§ 1

Gegenstand des Vertrages

- 1.1 Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen für die Baumaßnahme

(genaue Bezeichnung der Baumaßnahme)

§ 2

Grundlagen des Vertrages

- 2.1 Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure - HOAI -, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- 2.2 Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen - AVB - (siehe Anlage) sind Bestandteil dieses Vertrages.
- 2.3 Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer (AN) hat ihren/seinen Leistungen verpflichtend zugrunde zu legen:
- den Ausschnitt aus der Flurkarte vom, in dem die von der bzw. dem AN zu bearbeitenden Flächen gekennzeichnet sind
 - die TR Richtpreiskosten für Landschaftsbaumaßnahmen^{*)}
 - die Musterprogramme für allgemeinbildende Schulen in Hamburg und die Technischen Richtlinien zum Bau und zur Einrichtung Hamburger Schulen (TR-Schulen)^{*)}
 -
- 2.4 Die bzw. der AN hat folgende Kosten einzuhalten:
- 2.4.1 Für die Erstellung der Bauunterlage die anteiligen Gesamtbaukosten in Höhe von [...] €. Die genannten Kosten umfassen die Kostengruppen 200 bis 600 nach DIN276-1: 2008-12, soweit diese Kostengruppen in der Bauunterlage erfasst sind.
- 2.4.2 Für die weitere Bearbeitung die mit der Bauunterlage genehmigten anteiligen Kosten.
- 2.4.3 Die Kosten nach 2.4.1 und 2.4.2 stellen jeweils eine Kostenobergrenze dar und dürfen nicht überschritten werden. Sie werden entsprechend dem Index für Wohngebäude insgesamt des Statistischen Bundesamts [...] = [...], Basis 2010 = 100) fortgeschrieben.
- Die Kostenobergrenze wird als Beschaffenheit des von der/dem AN geschuldeten Werkes vereinbart. Damit übernimmt sie/er keine Baukostengarantie.
- Wenn die Kostenobergrenze aus Gründen, die die bzw. der AN nicht zu vertreten hat, nicht eingehalten werden kann und wenn die bzw. der AN ihren/seinen Hinweis- und Unterrichtungspflichten nach § 1.7 der Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) nachgekommen ist, werden von der Auftraggeberin (AG) keine Minderungs- und Regressansprüche geltend gemacht.

^{*)} ggf. herausnehmen

- 2.5^{*)} Die Baumaßnahme unterliegt dem Baugenehmigungsverfahren nach § 61 bzw. 62 HBauO.
- 2.5^{*)} Die Baumaßnahme unterliegt dem Zustimmungsverfahren nach § 64 HBauO. Die für die verantwortliche Leitung zuständige Person wird der bzw. dem AN schriftlich benannt.

§ 3

Leistungen der bzw. des AN

- 3.1 Die Auftraggeberin (AG) überträgt der bzw. dem AN die Leistungen nach 3.2.
Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung mit Leistungen nach 3.3 bis 3.7/3.8^{*)} besteht nicht.
Für die Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen - einzeln oder im Ganzen - gelten die Regelungen dieses Vertrages.
- Die bzw. der AN ist verpflichtet, diese weiteren Leistungen zu erbringen, wenn sie/er von der AG innerhalb von 24 Monaten nach Fertigstellung der Leistungen nach 3.2 mit einer weiteren Vertragsleistung beauftragt wird.
- Umfang der Leistungen:
- 3.2 Grundlagenermittlung^{**)} und Vorplanung
(Beitrag zur Kostenschätzung für die Finanz-/Budgetplanung)
- 3.2.1 Grundlagenermittlung^{**)}
Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 1 der Anlage 11 Nummer 11.1 (zu § 39 Abs. 4) HOAI.
- 3.2.2 Vorplanung (Projekt- und Planungsvorbereitung)
Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 2 der Anlage 11 Nummer 11.1 (zu § 39 Abs. 4) HOAI.
- 3.3 Entwurfs- und Genehmigungsplanung
(Beitrag zur Haushaltsunterlage - Bau / Ausführungsunterlage - Bau / Bau- und Kostenunterlage)
- 3.3.1 Entwurfsplanung (System- und Integrationsplanung)
Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 3 der Anlage 11 Nummer 11.1 (zu § 39 Abs. 4) HOAI.
- 3.3.2 Genehmigungsplanung^{**)}
Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 4 der Anlage 11 Nummer 11.1 (zu § 39 Abs. 4) HOAI.

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen
^{**)} ggf. herausnehmen

3.4 Ausführungsplanung

3.4.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 5 der Anlage 11 Nummer 11.1 (zu § 39 Abs. 4) HOAI.

3.5 Leistungen für die Vergabe

3.5.1 Vorbereitung der Vergabe

Das sind folgende Grundleistungen aus der Anlage 11 Nummer 11.1 (zu § 39 Abs. 4) HOAI, Leistungsphase 6:

- Aufstellen von Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen;
- Ermitteln und Zusammenstellen von Mengen auf Grundlage der Ausführungsplanung;
- Abstimmen oder Koordinieren der Leistungsbeschreibungen mit den an der Planung fachlich Beteiligten;
- Aufstellen eines Terminplanes unter Berücksichtigung jahreszeitlicher, bauablaufbedingter und witterungsbedingter Erfordernisse;
- Ermitteln der Kosten auf der Grundlage der vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnisse;
- Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnisse mit der Kostenberechnung;

3.5.2 Mitwirkung bei der Vergabe

Das sind folgende Grundleistungen - bzw. Teile davon - aus der Anlage 11 Nummer 11.1 (§ 39 Abs. 4) HOAI, Leistungsphase 7:

- Prüfen und Werten der Angebote einschließlich Aufstellen des Preisspiegels nach Einzelpositionen oder Teilleistungen, unter Mitwirkung aller während der Leistungsphasen 6 und 7 fachlich Beteiligten, Prüfen und Werten der Angebote zusätzlicher und geänderter Leistungen der ausführenden Unternehmen und der Angemessenheit der Preise;
- Erstellen der Vergabevorschläge;
- Kostenkontrolle durch Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kostenberechnung.

3.5.3 Für die Erreichung der Kostensicherheit müssen die ersten Ausschreibungen grundsätzlich die Leistungen umfassen, die üblicherweise im Zusammenhang ausgeführt werden und deren Wert mindestens 80 v.H. der von der AG anerkannten Kostenberechnung beträgt.

3.6 Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation

3.6.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 8 der Anlage 11 Nummer 11.1 (zu (§ 39 Abs. 4) HOAI).

3.6.1.1 Behandlung der Rechnungsunterlagen

Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen und Kostenrechnungen sind in fachtechnischer und rechnerischer Hinsicht unverzüglich und vollständig zu prüfen. Zum Zeichnen der Prüfung hat die bzw. der AN die geprüften Angaben durch Abhaken kenntlich zu machen. Änderungen und Ergänzungen sind entsprechend zu kennzeichnen. Ein Unterstreichen von Texten ist nicht erforderlich.

Die Mengenberechnungen und Abrechnungszeichnungen sind mit folgender Bescheinigung zu versehen:

In allen Teilen geprüft und mit den aus der Mengenberechnung (Abrechnungszeichnung) ersichtlichen Änderungen für richtig befunden.

.....
(Ort) (Datum)

.....
(Unterschrift der bzw. des AN)

Die Kostenrechnungen sind mit Eingangsvermerk und mit folgender Bescheinigung zu versehen:

In allen Teilen geprüft und mit den aus der Rechnung ersichtlichen Änderungen für richtig befunden.

Endbetrag: Euro

.....
(Ort) (Datum)

.....
(Unterschrift der bzw. des AN)

Nach Ausstellen der Bescheinigung sind die Kostenrechnungen unter Beifügung der sie im Einzelnen belegenden Unterlagen der AG unverzüglich auszuhändigen.

Mit den Bescheinigungen übernimmt die bzw. der AN auch in Fällen, in denen diese Bescheinigungen durch seinen Erfüllungsgehilfen ausgestellt werden, die Verantwortung dafür, dass

- nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit verfahren worden ist,
- die Lieferungen und Leistungen in Art, Güte und Umfang, wie berechnet, vertragsgemäß und fachgerecht ausgeführt worden sind,
- die Vertragspreise eingehalten worden sind,
- alle Maße, Mengen, Einzelansätze und Ausrechnungen richtig sind.

3.6.1.2 ^{*)} Die bzw. der AN ist verpflichtet, an der Baustelle von Beginn der Arbeiten an bis zur Abnahme der Freianlage ein Baubüro zu unterhalten und ausreichend zu besetzen. Die Räume für dieses Baubüro werden von der AG kostenlos zur Verfügung gestellt, einschließlich der Einrichtung, Beleuchtung und Beheizung.

Die AG stellt auf Antrag der bzw. des AN kostenlos einen Fernsprech- und ggf. einen Telefaxanschluss für das Baubüro zur Verfügung.

3.6.1.2 ^{*)} Die bzw. der AN ist nicht verpflichtet, an der Baustelle ein Baubüro zu unterhalten. Sie/Er hat ausreichende Kontrollen vorzunehmen, deren Häufigkeit sich nach ihrer Notwendigkeit und nach dem Fortgang der Arbeiten richtet.

3.6.1.3 Die Vorschriften der AG über die Rechnungsprüfung und Rechnungslegung sind zu beachten. Soweit die AG der bzw. den AN über Abtretungen, Pfändungen, Vergleichsverfahren oder Konkurse unterrichtet hat, sind die Rechnungsbelege von der bzw. vom AN entsprechend zu kennzeichnen.

Die bzw. der AN ist verpflichtet, vereinbarte und fällige Vertragsstrafen von den Rechnungen der ausführenden Firmen abzusetzen.

3.6.1.4 Die bzw. der AN hat die letztgültigen Ausführungszeichnungen nach Übergabe der Freianlage unverzüglich bei der AG abzuliefern.

3.7 Objektbetreuung

3.7.1 Das sind die Grundleistungen der Leistungsphase 9 der Anlage 11 Nummer 11.1 (zu § 39 Abs. 4) HOAI.

3.8 Besondere/Beratungs-/Zusätzliche Leistungen gemäß HOAI

3.8.1 ^{**)} Erstellen einer Freianlagenbestandsdokumentation

Dies ist eine Besondere Leistung aus der Leistungsphase 8 der Anlage 11 Nummer 11.1 (zu § 39 Abs. 4 HOAI).

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen

^{**)} Nur zu vereinbaren, wenn entsprechende Leistungen benötigt werden, sonst herausnehmen - Vergütungsvereinbarung siehe 6.4

3.8.3^{*)} Überwachen der Entwicklungs- und Unterhaltungspflege

Dies ist eine Besondere Leistung aus der Leistungsphase 9 der Anlage 11 Nummer 11.1 (zu § 39 Abs. 4 HOAI).

3.8.4^{**)}
.....
.....

3.9 Die zusammengestellten Vorplanungsergebnisse sind der AG in ...facher Ausfertigung und die zusammengefassten Kostenunterlagen in ...facher Ausfertigung zu übergeben.

Alle weiteren von der bzw. dem AN vorzulegenden Zeichnungen, Beschreibungen (einschl. Leistungsverzeichnisse) und Berechnungen sind der AG in erforderlichem Umfang mindestens in ...facher Ausführung zu übergeben. Die von den Zeichnungen angefertigten Vervielfältigungen sind von der bzw. dem AN im nötigen Umfang weiterzubearbeiten, u.a. DIN-gerecht ...fach farbig bzw. mit Symbolen anzulegen, DIN-gerecht zu falten und in Ordnern vorzulegen.

Außerdem sind der AG sämtliche aufgrund dieses Vertrages erstellten Unterlagen in digitaler Form zu übergeben.

§ 4

Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

4.1 Die AG wird durch die von ihr beauftragten vertretungsberechtigten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter vertreten. Die vertretungsberechtigten Personen werden der bzw. dem AN - auch bei Veränderungen - schriftlich bekanntgegeben.

Nur diese sind berechtigt, der bzw. dem AN verbindliche Weisungen zu erteilen. Forderungen, die von anderer Seite an die bzw. den AN gestellt werden, sind nur zu berücksichtigen, wenn die AG schriftlich zustimmt.

4.2 Folgende Leistungen werden von den nachstehend genannten fachlich Beteiligten erbracht und sind von der bzw. dem AN mit ihren/seinen Leistungen abzustimmen.

Zurzeit können benannt werden:

- 4.2.1 Gebäudeplanung von
- 4.2.2 Tragwerksplanung von
- 4.2.3 Prüfen der Tragwerksplanung von
- 4.2.4 Technische Ausrüstung von
- 4.2.5 Ingenieurbauwerke von

^{*)} Nur zu vereinbaren, wenn entsprechende Leistungen benötigt werden, sonst herausnehmen - Vergütungsvereinbarung siehe 6.4

^{**)} ggf. herausnehmen

§ 5

Termine und Fristen

- 5.1 Es werden folgende Termine und Fristen vereinbart:
.....
- 5.2 Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die bzw. der AN dies mit Nennung der Gründe der AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 6

Vergütung

- 6.1 Der Honorarermittlung für die Leistungen nach 3.2 bis 3.7 werden zugrunde gelegt:
- 6.1.1 Die nach § 4, § 6 Abs. 1 und 2 Satz 1 und § 38 HOAI anrechenbaren Kosten der von der AG anerkannten Kostenberechnung nach DIN 276 - 1: 2008 - 12.
- 6.1.2 Folgende Honorarzone im Sinne der §§ 5, 39, 40 und der Anlage 11 Nummer 11.2 HOAI:
- | Bezeichnung des Gebäudes: | Honorarzone |
|---------------------------|-------------|
|---------------------------|-------------|
- 6.1.3 Folgende Bewertung der Leistungen:
- | | |
|--|----------|
| 6.1.3 (1) ^{*)} Grundlagenermittlung | |
| - 3.2.1 - | 3 v.H. |
| 6.1.3 (2) Vorplanung | |
| - 3.2.2 - | 10 v.H. |
| 6.1.3 (3) Entwurfsplanung | |
| - 3.3.1 - | 16 v.H. |
| 6.1.3 (4) ^{*)} Genehmigungsplanung | |
| - 3.3.2 - | 4 v.H. |
| 6.1.3 (5) Ausführungsplanung | |
| - 3.4.1 - | 25 v.H. |
| 6.1.3 (6) Vorbereitung der Vergabe | |
| - 3.5.1 - | 6,5 v.H. |
| 6.1.3 (7) Mitwirkung bei der Vergabe | |
| - 3.5.2 - | 2 v.H. |
| 6.1.3 (8) Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation | |
| - 3.6.1 - | 30 v.H. |
| 6.1.3 (9) Objektbetreuung | |
| - 3.7.1 - | 2 v.H. |

^{*)} ggf. herausnehmen

- 6.1.4^{*)} Eine Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz nach § 4 Abs. 3 HOAI bei der Bestimmung der anrechenbaren Kosten nach 6.1.1 erfolgt vereinbarungsgemäß nicht.
- 6.1.4^{*)} Die anrechenbaren Kosten nach 6.1.1 werden bei den Leistungen 3.2 bis 3.4.1 ^{**)} wegen der Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz nach § 4 Abs. 3 HOAI um Euro erhöht.
- 6.1.5^{*)} Ein Umbau-/Modernisierungszuschlag ^{*)} nach § 40 Abs. 6 in Verbindung mit § 36 Abs. 1 HOAI wird vereinbarungsgemäß nicht gezahlt.
- 6.1.5^{*)} Für den Umbau/die Modernisierung ^{*)} wird das Honorar auf der Grundlage des § 40 Abs. 6 in Verbindung mit § 36 Abs. 1 HOAI um v.H. erhöht.
Die Berechnung erfolgt vereinbarungsgemäß ohne Berücksichtigung der anrechenbaren Kosten nach 6.1.4 auf der Grundlage der Honorarermittlung nach 6.1.1.
- 6.1.6^{*)} Für die Instandhaltung/Instandsetzung wird das Honorar für die Leistungen nach 3.6 auf der Grundlage des § 12 HOAI um v.H. erhöht.
- 6.2 Solange die für die Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge der anerkannten Kostenberechnung nicht feststehen, tritt für die Bemessung der Abschlagszahlungen für die Leistungen nach 3.2 die Kostenschätzung an deren Stelle.
Entsprechendes gilt, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet und die für die endgültige Berechnung des Honorars maßgebenden Beträge nicht mehr festgestellt werden.
- 6.3 Verzögert sich die Bauzeit durch Umstände, die die bzw. der AN nicht zu vertreten hat, wesentlich, so ist für die nachweislich erforderlichen Mehraufwendungen eine zusätzliche Vergütung zu vereinbaren. Eine Überschreitung bis zu 20 v. H. der festgelegten Ausführungszeit, maximal jedoch 6 Monate, ist durch das Honorar abgegolten.
- 6.4 ^{***)} Das Honorar für das Erstellen einer Freianlagenbestandsdokumentation ^{***)}, das Überwachen von Wartungsleistungen ^{***)} und das Überwachen der Entwicklungs- und Unterhaltungspflege ^{***)} nach 3.8.1 bis 3.8.3 ^{*)} wird entsprechend dem Arbeitsaufwand einschließlich evtl. Nebenkosten als Pauschale vereinbart, sobald diese Teilleistungen in Auftrag gegeben werden.
- 6.5 ^{*)} Als Nebenkosten werden die Kosten für:
- Versand und Datenübertragungen
 - Vervielfältigen der Unterlagen
 - Fahrtkosten
 - Reisen der bzw. des AN und ihrer/seiner Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter
- mit v.H. des vereinbarten Nettohonorars erstattet.
- 6.5 ^{*)} Nebenkosten werden vereinbarungsgemäß nicht erstattet.
- 6.6 Die Umsatzsteuer ist gesondert auszuweisen

^{*)} Nichtzutreffendes herausnehmen

^{**)} Es kann auch ein geringerer Leistungsumfang vereinbart werden

^{***)} ggf. herausnehmen

§ 7

Haftpflichtversicherung der bzw. des AN

- 7.1 Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung nach § 12 AVB müssen mindestens betragen:
- | | |
|------------------------|------|
| – für Personenschäden | Euro |
| – für sonstige Schäden | Euro |

§ 8

Ergänzende Vereinbarungen

8.1 Erklärung der bzw. des AN

Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die bzw. der AN, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Der bzw. dem AN ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren/seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

8.2^{*)} Verpflichtung der bzw. des AN

Die bzw. der AN wird im Rahmen dieses Auftrages auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer/seiner Obliegenheiten gesondert verpflichtet, sofern sie/er nicht bereits von einer zuständigen Stelle der Freien und Hansestadt Hamburg nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet wurde und diese Verpflichtung zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch wirksam ist. Sofern eine Verpflichtung zwar bereits erfolgt und bei Vertragsschluss noch wirksam ist, deren Geltung aber während der voraussichtlichen Dauer des dem Vertrag zugrunde liegenden Auftrages endet, ist die Verpflichtung erneut vorzunehmen.

Dazu benennt sie/er der AG den/die Namen der mit der Auftragsbearbeitung betrauten Person(en) wie folgt:

.....
.....
.....

Sofern die benannten Personen bereits von der Freien und Hansestadt Hamburg verpflichtet wurden und die Verpflichtungen noch für den Zeitraum, den die Durchführung des Auftrages voraussichtlich in Anspruch nehmen wird, gültig sind, sind Kopien der Niederschriften über die erfolgten Verpflichtungen bei der für die Verpflichtung zuständigen Stelle einzureichen.

^{*)} Gilt für Leistungen der Ausschreibung, Vergabe und Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation (Leistungsphasen 6-8 des § 39 bzw. der Anlage 11 Nummer 11.1 zur HOAI)

8.3 Transparenzgesetz

Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Auftraggeberin

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

Hamburg, den

, den



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Behördenanschrift>

<Amt>
<Abt.>
<Abschnitt>
<Straße>
D - Hamburg
Telefon 040 - - Zentrale -
Telefax 040 - -
Ansprechpartner:
E-Mail:
Ausfertigungen an:
1. AN (1x)
2. AG (2x)
3.
4.

Hamburg, den

Betr.:
(Bezeichnung der Baumaßnahme und der Belegenheit)
hier: . Zusatzvertrag zum Architektenvertrag vom
(Unterschriftsdaten des Grundvertrages)

Mittelbindungs -Nr.:

Sehr geehrte(r)

hiermit übertragen wir Ihnen für die o.g. Baumaßnahme die im Architektenvertrag (Grundvertrag)
vom unter folgenden Nummern genannten Leistungen:

- 3.3.1 ^{*)} Entwurfsplanung
- 3.3.2 ^{*)} Genehmigungsplanung
- 3.4 ^{*)} Ausführungsplanung
- 3.5.1 ^{*)} Vorbereitung der Vergabe
- 3.5.2 ^{*)} Mitwirkung bei der Vergabe
- 3.6 ^{*)} Objekt-(Bau-)überwachung und Dokumentation
- 3.7 ^{*)} Objektbetreuung

- (1) Es gelten die Bedingungen des vorgenannten Grundvertrages.
- (2) Darüber hinaus unterliegt der Vertrag dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

^{*)} Nichtzutreffendes ist zu streichen

Sie werden gebeten, den Zusatzvertrag zu unterzeichnen und der Auftraggeberin zurückzusenden.

Nachdem der Vertrag die zweite Unterschrift der Auftraggeberin erhalten hat, wird er Ihnen zu Ihrer Verwendung zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

Einverstanden:

Hamburg, den

.....
(Unterschrift Auftragnehmer/in)



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

Telefon
Durchwahl
Telefax
E-Mail:

Ausfertigungen an:
1. Auftragnehmerin/Auftragnehmer (1x)
2. Auftraggeberin (2x)

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Geschäftszeichen (Bei Antwort bitte angeben)

Datum

(Dienststelle)

Betr.:
(Bezeichnung der Baumaßnahme und der Belegenheit)
hier: Abschluss eines Architektenvertrages/Ingenieurvertrages^{*)}

Mittelbindungs-Nr.:

Sehr geehrte(r)

hiermit übertragen wir Ihnen für die o.g. Baumaßnahme.....
(genaue Bezeichnung des Vertragsgegenstandes^{**)})
.....

nachfolgend genannte Leistungen:

Zusammenstellung der Leistungen:

(Hier sind die im Einzelnen zu erbringenden Leistungen aufzuführen. Soweit es sich um HOAI-Leistungen handelt, ist die Bezeichnung nach HOAI zu verwenden.)

^{*)} Nicht zutreffendes herausnehmen

^{**) z.B. „für die Begutachtung des Zustandes und der Ermittlung der Schadensursachen der Sichtmauerwerksfassaden des Schulgebäudes, sowie der Erarbeitung von Instandsetzungsvorschlägen“}

Die Vorlage ^{*)} erfolgt in-facher Ausfertigung.

Für die vorgenannten Leistungen erhalten Sie ein vereinbartes Pauschalhonorar einschließlich aller Nebenkosten in Höhe von

Euro ,-- in Worten: -

zuzüglich Umsatzsteuer.

Es gelten die Allgemeinen Vertragsbestimmungen - AVB - (siehe Anlage). Sie werden Vertragsbestandteil.

Zu § 12 AVB:

Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung müssen mindestens betragen:

- | | |
|------------------------|---------------------------------|
| - für Personenschäden | 500.000,-- Euro ^{**)} |
| - für sonstige Schäden | 250.000,-- Euro ^{**)} |

Folgende Leistungen werden von den nachstehend genannten fachlich Beteiligten erbracht; sie sind von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer (AN) mit ihren/seinen Leistungen abzustimmen ^{***)} :

.....

Baudienststelle ist

Erklärung der bzw. des AN

Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die bzw. der AN, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Der bzw. dem AN ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren/seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

Verpflichtung der bzw. des AN ^{****)}

Die bzw. der AN wird im Rahmen dieses Auftrages auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer/seiner Obliegenheiten gesondert verpflichtet, sofern sie/er nicht bereits von einer zuständigen Stelle der Freien und Hansestadt Hamburg nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet wurde und diese Verpflichtung zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch wirksam ist. Sofern eine Verpflichtung zwar bereits erfolgt und bei Vertragsschluss noch wirksam ist, deren Geltung aber während der voraussichtlichen Dauer des dem Vertrag zugrunde liegenden Auftrages endet, ist die Verpflichtung erneut vorzunehmen.

Dazu benennt sie/er der Auftraggeberin (AG) den/die Namen der mit der Auftragsbearbeitung betrauten Person(en) wie folgt:

.....
.....
.....

^{*)} Hier sind die zu erarbeitenden Unterlagen anzugeben z.B. „des Gutachtens mit den dazugehörigen Instandsetzungsvorschlägen“

^{**)} Je nach Leistung sind ggf. auch höhere Deckungssummen zu fordern. Siehe hierzu auch die Hinweise „Haftpflichtversicherung“ zum Vertragsmuster -Gebäude- (Anlage 2a)

^{***)} Diesen Textbaustein nur verwenden, wenn die Leistung mit fachlich Beteiligten abzustimmen ist

^{****)} Gilt für Leistungen der Ausschreibung, Vergabe und Objekt-(Bau-) überwachung (Leistungsphasen 6 - 8 des § 34 HOAI bzw. der Anlage 10 Nummer 10.1 zur HOAI)

Sofern die benannten Personen bereits von der Freien und Hansestadt Hamburg verpflichtet wurden und die Verpflichtungen noch für den Zeitraum, den die Durchführung des Auftrages voraussichtlich in Anspruch nehmen wird, gültig sind, sind Kopien der Niederschriften über die erfolgten Verpflichtungen bei der für die Verpflichtung zuständigen Stelle einzureichen.

Transparenzgesetz

Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Sie werden gebeten, den Vertrag mit Ihrer Unterschrift zu versehen und dem Auftraggeber zurückzusenden.

Nachdem der Vertrag die zweite Unterschrift der Auftraggeberin erhalten hat, wird er Ihnen zu Ihrer Verwendung zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Unterschrift AG)

.....
(Unterschrift AG)

Einverstanden:

Hamburg, den

.....
(Unterschrift AN)

VERTRAGSMUSTER - SIGEKO -

Freie und Hansestadt Hamburg

Gz.:

Vertragsausfertigungen an:

1) AN (1x)

2) (2x)

Mittelbindungs-Nr.:

Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg

vertreten durch

diese vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g g e b e r i n (AG) genannt -
und

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g n e h m e r i n bzw. A u f t r a g n e h m e r (AN) genannt -
wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 - Vertragsgegenstand

§ 2 - Grundlagen des Vertrages

§ 3 - Leistungen der bzw. des AN

§ 4 - Zusammenarbeit zwischen AG, AN
und anderen fachlich Beteiligten

§ 5 - Termine und Fristen

§ 6 - Vergütung

§ 7 - Haftpflichtversicherung der bzw. des
AN

§ 8 - Ergänzende Vereinbarungen

§ 1

Vertragsgegenstand

Herr/Frau wird als

Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatorin bzw. Sicher-
heits- und Gesundheitsschutzkoordinator (SiGeKo) gemäß § 3 der Ver-
ordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung -
BaustellV) für das Bauvorhaben :
bestellt.

§ 2

Grundlagen des Vertrages

- 2.1 Die Allgemeinen Vertragsbestimmungen - AVB - (siehe Anlage) sind Bestandteil dieses Vertrages.
- 2.2 Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer (AN) hat ihren/seinen Leistungen zugrunde zu legen:
- die Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen (RAB).
- 2.3^{*)} Die Baumaßnahme unterliegt dem Baugenehmigungsverfahren nach § 61 bzw. § 62 HBauO.
- 2.3^{*)} Die Baumaßnahme unterliegt dem Zustimmungsverfahren nach § 64 HBauO. Die für die verantwortliche Leitung zuständige Person wird der bzw. dem AN schriftlich benannt.

§ 3

Leistungen der bzw. des AN

- 3.1 Die Auftraggeberin (AG) überträgt der bzw. dem AN die Leistungen als SiGeKo nach 3.2.

Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung mit Leistungen nach 3.3 besteht nicht.

Für die Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen - einzeln oder im ganzen - gelten die Regelungen dieses Vertrages.

Die bzw. der AN ist verpflichtet, diese weiteren Leistungen zu erbringen, wenn sie/er von der AG innerhalb von 24 Monaten nach Fertigstellung der Leistungen nach 3.2 mit einer weiteren Vertragsleistung beauftragt wird.

Umfang der Leistungen:

- 3.2 Leistungen als SiGeKo während der Planung der Ausführung des Bauvorhabens nach § 3 Abs. 2 Baustellenverordnung.

Es handelt sich hierbei um die Leistungen der Baustellenverordnung, die mit den Leistungsphasen 3-7 des § 34 HOAI (Entwurfsplanung, Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung, Vorbereitung der Vergabe und Mitwirkung bei der Vergabe) zu erbringen sind.

Die bzw. der AN hat die allgemeinen Grundsätze nach § 4 Arbeitsschutzgesetz zu berücksichtigen. Nach den Regeln für Arbeitsschutz auf Baustellen (RAB 30) sind als SiGeKo insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:

- Koordinierung der Maßnahmen des Arbeitsschutzes;
- Feststellen sicherheits- und gesundheitsschutzrelevanter Wechselwirkungen zwischen den Arbeiten der einzelnen Gewerke auf der Baustelle und anderen betrieblichen Tätigkeiten oder Einflüssen auf oder in der Nähe der Baustelle;

^{*)} Nichtzutreffendes ist zu streichen

- Aufzeigen von Möglichkeiten zur Vermeidung von Sicherheits- und Gesundheitsrisiken;
- Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan ausarbeiten oder ausarbeiten lassen und an den Planungsprozess anpassen, soweit dies erforderlich ist;
- Beraten bei der Planung der Baustelleneinrichtung;
- Erstellen einer Baustellenordnung, soweit dies erforderlich ist;
- Beraten bei der Planung bleibender sicherheitstechnischer Einrichtungen für mögliche spätere Arbeiten an der baulichen Anlage und Zusammenstellen der Unterlage mit den erforderlichen Angaben für die sichere und gesundheitsgerechte Durchführung dieser Arbeiten;
- Hinwirken auf das Berücksichtigen von Leistungen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz in Planung, Ausschreibungen, Vergabe- und Bauvertragsunterlagen; gegebenenfalls Mitwirken bei der Prüfung der Angebote und der Vergabe;
- Beraten bei der Terminplanung, insbesondere bei der Abstimmung von Bauausführungszeiten, um Gefahren, die durch ein zeitliches Nebeneinander hervorgerufen werden können, zu vermeiden;
- Mitwirken beim Erstellen der Vorankündigung und deren Übermittlung an die zuständige Behörde (z.B. Gewerbeaufsichtsamt oder Amt für Arbeitsschutz), soweit dies erforderlich ist,
- Gegebenenfalls Herausgabe der erarbeiteten Unterlagen an die AG und Einweisung der AG.

3.3 Leistungen als SiGeKo während der Ausführung des Bauvorhabens nach § 3 Abs. 3 Baustellenverordnung.

Es handelt sich hierbei um die Leistungen der Baustellenverordnung, die mit der Leistungsphase 8 des § 34 HOAI (Objekt-(Bau-)überwachung) und Dokumentation zu erbringen sind.

Die bzw. der AN hat die allgemeinen Grundsätze nach § 4 Arbeitsschutzgesetz zu berücksichtigen. Nach RAB 30 sind als SiGeKo insbesondere folgende Leistungen zu erbringen:

- Gegebenenfalls Aushängen und Anpassen der Vorankündigung;
- Bekannt machen, Anpassen und Fortschreiben des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes sowie Hinwirken auf seine Einhaltung und auf die Umsetzung der erforderlichen Arbeitsschutzmaßnahmen durch die beteiligten Unternehmen;
- Information und eingehende Erläuterung der Maßnahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz gegenüber allen Auftragnehmern (einschließlich der Nachunternehmer und der Unternehmer ohne Beschäftigte);
- Organisieren des Zusammenwirkens der bauausführenden Unternehmen hinsichtlich Sicherheit und Gesundheitsschutz zum Beispiel durch Sicherheitsbesprechungen und -begehungen mit Dokumentation und Auswerten der Ergebnisse;

- Koordinieren der Überwachung der ordnungsgemäßen Anwendung der Arbeitsverfahren durch die Arbeitgeber zum Beispiel durch Einfordern von Nachweisen;
- Hinwirken auf die Einhaltung einer Baustellenordnung und eines Baustelleneinrichtungsplanes (soweit diese vorhanden sind) hinsichtlich der Vermeidung gegenseitiger Gefährdungen;
- Berücksichtigung sicherheits- und gesundheitsschutzrelevanter Wechselwirkungen zwischen Arbeiten auf der Baustelle und anderen betrieblichen Tätigkeiten oder Einflüssen auf oder in der Nähe der Baustelle;
- Koordinieren der Anwendung der allgemeinen Grundsätze nach § 4 Arbeitsschutzgesetz,
- Gegebenenfalls Fortschreiben der Unterlagen,
- Verstöße gegen die Arbeitssicherheit der AG melden.

3.4 Abstimmungserfordernis bei mehreren Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren

Falls mehrere Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren beauftragt sind, ist eine gegenseitige Abstimmung notwendig, insbesondere wenn die Koordinierung während der Planung der Ausführung und während der Ausführung von unterschiedlichen Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren wahrgenommen wird. Bestellen und Wechsel der Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren bedürfen der schriftlichen Zustimmung der AG.

§ 4

Zusammenarbeit zwischen AG, AN und anderen fachlich Beteiligten

- 4.1 Die AG wird durch die von ihr beauftragten vertretungsberechtigten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter vertreten. Die vertretungsberechtigten Personen werden der bzw. dem AN - auch bei Veränderungen - schriftlich bekanntgegeben.

Nur diese sind berechtigt, der bzw. dem AN Weisungen zu erteilen. Forderungen, die von anderer Seite an die bzw. den AN gestellt werden, sind nur zu berücksichtigen, wenn die AG schriftlich zustimmt.

- 4.2 Folgende Leistungen werden von den nachstehend genannten fachlich Beteiligten erbracht; sie sind vom AN mit seinen Leistungen abzustimmen.

Zur Zeit können benannt werden:

4.2.1 Gebäude von

4.2.2 Tragwerksplanung von

4.2.3 Prüfen der Tragwerksplanung von

4.2.4 Freianlagen von

4.2.5 Technische Ausrüstung von.....

4.2.6

§ 5

Termine und Fristen

5.1 Es werden folgende Termine und Fristen vereinbart:

.....

5.2 Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die bzw. der AN dies mit Nennung der Gründe der AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 6

Vergütung

Als Vergütung wird

- für die Leistungen nach 3.2 ein Pauschalhonorar
von EURO

und

- für die Leistungen nach 3.3 ein Pauschalhonorar
von EURO

einschl. aller Nebenkosten und zzgl. Umsatzsteuer vereinbart.

§ 7

Haftpflichtversicherung der bzw. des AN

7.1 Die Deckungssummen der Berufshaftpflichtversicherung nach § 12 AVB müssen mindestens betragen:

- | | | |
|------------------------|--------------|--------------------|
| - für Personenschäden | 1.500.000,-- | EURO ^{*)} |
| - für sonstige Schäden | 500.000,-- | EURO ^{*)} |

^{*)} Je nach Leistung sind ggf. auch höhere Deckungssummen zu fordern. Siehe hierzu auch die Hinweise „Haftpflichtversicherung“ zum Vertragsmuster -Gebäude- (Anlage 2a)

§ 8

Ergänzende Vereinbarungen

8.1 Erklärung der bzw. des AN

Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die bzw. der AN, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Der bzw. dem AN ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren/seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

8.2 Transparenzgesetz

Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Auftraggeberin

Hamburg, den

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

, den

Hinweise

1. Für den Ingenieurvertrag bzw. Ingenieur - Nachtragsvertrag sind die allgemeinen Vertragsmuster zu verwenden. Bei Abweichungen von diesen Vertragsmustern sollte das/die zuständige Rechtsamt/Rechtsabteilung beteiligt werden.

2. Der Ingenieurvertrag ist wie folgt vorzubereiten:

2.1 **Vorblatt**

Auf dem Vorblatt sind die Auftraggeberin und die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer mit der vollständigen Bezeichnung unter Angabe der vertretungsberechtigten Person eindeutig und unmissverständlich zu nennen.

2.2 **Bestandteile des Vertrages** (§ 2 des Vertragsmusters)

Die "Allgemeinen Vertragsbestimmungen für Ingenieurleistungen" (Hamburg) sind als Vertragsbestandteil unter § 2, Nr. 1 aufgeführt. Sie dürfen grundsätzlich nicht geändert werden.

Als weitere Vertragsbestandteile kommen die Leistungsbilder (LB) in Betracht (VV-Bau Anlagen 5-650 und 5-660). Das jeweils benötigte LB ist im Anschluss an Nr. 1 als Nr. 2 aufzuführen.

Vertragliche Regelungen, die für den Einzelfall getroffen werden und die deshalb als Standardregelung von der Auftraggeberin nicht abgefordert werden können, sind als Anlage dem Vertrag beizufügen. Hier genügt der Bezugshinweis nicht.

2.3 **Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers** (§ 3 des Vertragsmusters)

Die HOAI enthält für verschiedene Leistungsbereiche Leistungsbeschreibungen für Grundleistungen und für Besondere Leistungen. Sie sind anzuwenden, soweit nicht Leistungsbilder (LB) vorliegen, auf die dann zurückzugreifen ist.

In diesen Fällen ist eine Beschreibung der zu beauftragenden Leistungen im Vertragsmuster entbehrlich. Es ist lediglich das in Frage kommende Leistungsbild und die darin angeführten Kennziffern der zu beauftragenden Leistungen aufzuführen.

Folgende Leistungsbilder enthalten geeignete Leistungsbeschreibungen:

- Leistungsbild Ingenieurleistungen bei der Objektplanung von Verkehrsanlagen des Straßenverkehrs (LB - Straßen)
- Leistungsbild Planungsbegleitende Vermessung bei der Planung und dem Entwurf von Verkehrsanlagen in Hamburg (LB - Vermessung).

Ist für die zu beauftragende Leistung kein Leistungsbild vorhanden, so sind die Leistungen so konkret und genau wie möglich zu beschreiben. Dies geschieht, wenn die Leistungsbeschreibung kurz gehalten werden kann, im § 3 (1) des Vertragsmusters selbst. Für diesen Fall ist das zweite Kästchen in § 3 (1) anzukreuzen und die zu erbringenden Leistungen sind - in Grundleistungen und Besondere Leistungen unterteilt – zu benennen. Ist die Leistungsbeschreibung umfangreicher, so ist das erste Kästchen in § 3 (1) des Vertragsmusters anzu-

kreuzen und die Leistungsbeschreibung in einer mit Nr. 1 gekennzeichneten Anlage aufzustellen und dem Vertrag beizufügen.

Bei der Beschreibung der von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ist auch eine Orientierung an den Leistungsbildern und Leistungsphasen der HOAI möglich. Hierbei ist zu beachten, dass bei einer pauschalen Beauftragung einer Leistungsphase eines Leistungsbildes der HOAI grundsätzlich alle in der HOAI genannten Leistungen dieser Leistungsphase von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer zu erbringen und dementsprechend zu vergüten sind. Sofern einzelne Leistungen also nicht beauftragt werden sollen, ist dies in dem Vertrag kenntlich zu machen.

Angebote von Ingenieurleistungen sollen grundsätzlich nicht Vertragsbestandteil werden. In Ausnahmefällen kann bei umfangreichen Leistungsbeschreibungen in § 3 (1) des Vertragsmusters auf die Leistungsbeschreibung im Angebot Bezug genommen werden, wenn diese im Angebot klar abgrenzbar ist und keine dem Vertragsmuster nebst AVB entgegenstehenden rechtlichen Regelungen enthält.

2.4 **Fristen/Vertragsstrafen** (§ 6 des Vertragsmusters)

Für die zu erbringenden Leistungen sollten in § 6 (1) des Vertragsmusters entweder nach Datum bestimmte konkrete Termine oder eindeutige Fristen, z.B. Tage, Wochen oder Monate, vorgesehen werden.

Nur in den Fällen, in denen die Überschreitung von konkret vereinbarten Terminen bzw. Fristen der Auftraggeberin oder der Allgemeinheit erhebliche Nachteile verursachen kann, ist die Vereinbarung einer Vertragsstrafe in einem zu ergänzenden Absatz 3 in § 6 zu erwägen. Für diesen Fall ist die Überschrift des § 6 wie folgt zu erweitern: „Termine und Fristen / Vertragsstrafe“.

Die Voraussetzungen für die Vereinbarung einer Vertragsstrafe liegen z.B. vor

- bei verzögernder Auswirkung auf Anschlussaufträge;
- wenn die Einhaltung der Termine/Fristen aus anderen Gründen besonders dringlich ist.

Die Höhe der Vertragsstrafe ist je nach Dringlichkeit der Maßnahme zu bemessen. Sie darf aber 0,2 % der Auftragssumme netto pro Werktag/Kalendertag nicht überschreiten. Die Vertragsstrafenregelung muss eine Gesamthöhe enthalten. Diese darf 5 % der Auftragssumme netto nicht überschreiten.

Für die Vereinbarung einer Vertragsstrafe in § 6 Abs. 3 des Mustervertrages bietet sich folgende Formulierung an:

„Die Vertragsstrafe beträgt für jeden Werktag/Kalendertag der schuldhaften Überschreitung der in Abs. 1 genannten Termine oder Fristen 0,2 % der Auftragssumme netto und wird auf insgesamt 5 % der Auftragssumme netto begrenzt.“ Im Falle dieser vorgeschlagenen Textänderung bedarf es nicht einer Mitzeichnung durch das/die zuständige Rechtsamt/Rechtsabteilung (s. Nr. 1).

Wichtig: Sofern die Auftraggeberin die Leistung trotz der Verspätung akzeptiert, muss sie sich die Geltendmachung der Vertragsstrafe vorbehalten, um den Anspruch hierauf nicht zu verlieren! Dies soll derart erfolgen, dass die Auftraggeberin der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer bei Abnahme (Anerkennung der Leistung als im Wesentlichen vertragsgemäß) ein unterzeich-

netes Schreiben mit folgendem Inhalt übergibt: „Die Auftraggeberin behält sich vor, die vereinbarte Vertragsstrafe für die Fristüberschreitung geltend zu machen.“

Durch die Geltendmachung der Vertragsstrafe bleiben weitergehende Schadensersatzansprüche unberührt. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf solche Schadensersatzansprüche angerechnet.

2.5 Vergütung (§ 7 (1) des Vertragsmusters)

Bei der Vereinbarung der Honorare für Leistungen nach § 3 (1) des Vertragsmusters kommen zum einen Berechnungshonorare nach der HOAI und zum anderen frei vereinbarte Honorare in Betracht.

2.5.1. Berechnungshonorare nach der HOAI

Berechnungshonorare sind nur für die in „Leistungsbildern“ erfassten Grundleistungen der HOAI vorgesehen, soweit die Honorartafelwerte nicht unter- bzw. überschritten werden. Berechnungshonorare können als Pauschalhonorar mit einem Festbetrag oder als vorläufiger Betrag vereinbart werden, wenn ihre Höhe bei Vertragsabschluss noch nicht endgültig festgelegt werden kann oder soll. In beiden Fällen ist zur Konkretisierung das dem Vertrag als Anlage beizufügende Honorarermittlungsblatt auszufüllen. Das Honorarermittlungsblatt ist mit einer Anlagennummer zu versehen, die an der vorgesehen Stelle im § 7 des Vertrages einzutragen ist, um so die Anlage zum Vertragsinhalt zu machen. Sofern es zweckmäßig ist, kann auch eine selbständige Honorarermittlung erfolgen und als Anlage dem Vertrag beigelegt werden.

Das Berechnungshonorar richtet sich nach:

- den anrechenbaren Kosten des Objekts (ohne Umsatzsteuer) bzw. der Fläche oder den Verrechnungseinheiten,
- der Honorarzone, der das Objekt zuzuordnen ist,
- dem Leistungsumfang und
- der einschlägigen Honorartafel.

Die mitzuverarbeitende Bausubstanz ist bei den anrechenbaren Kosten angemessen zu berücksichtigen. Umfang und Wert sind objektbezogen zu ermitteln und schriftlich zu vereinbaren (§ 4 Abs. 3 HOAI).

Die HOAI sieht für die Berechnung der anrechenbaren Kosten unterschiedliche Kostenermittlungsarten (Kostenschätzung, Kostenberechnung) vor, die sich im Wesentlichen durch den dem jeweiligen Planungsstand entsprechenden Genauigkeitsgrad unterscheiden.

Es werden folgende Kostenbegriffe unterschieden:

Kostenschätzung =	überschlägige Ermittlung der Gesamtkosten auf Grund von Erfahrungswerten (i.d.R. Ergebnis der Leistungsphase 2)
Kostenberechnung =	Ermittlung der angenäherten Gesamtkosten auf der Grundlage der Entwurfsplanung auf Grund der im Einzelnen ermittelten Mengen und der zugehörigen Einzelkosten (i.d.R. Ergebnis der Leistungsphase 3)

Bei **Beauftragung der Leistungsphasen 1 und 2** sind die anrechenbaren Kosten auf der Grundlage einer vorläufigen Kostenschätzung zu ermitteln. Die Ermittlung der anrechenbaren Kosten zur Abrechnung erfolgt:

- bei ausschließlicher Beauftragung der Leistungsphasen 1 und 2 auf der Grundlage der (endgültigen) Kostenschätzung (in der Regel Ergebnis der Leistungsphase 2),
- bei gleichzeitiger Beauftragung der Leistungsphase 3 und ggf. weiterer auf der Grundlage der Kostenberechnung (in der Regel Ergebnis der Leistungsphase 3).

Bei **Beauftragung der Leistungsphase 3** und ggf. weiterer sind die anrechenbaren Kosten auf der Grundlage der (endgültigen) Kostenschätzung (in der Regel Ergebnis der Leistungsphase 2) zu ermitteln. Die Abrechnung erfolgt auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten der Kostenberechnung (in der Regel Ergebnis der Leistungsphase 3).

Bei **Beauftragung der Leistungsphase 4** und ggf. weiterer sind die anrechenbaren Kosten auf der Grundlage der Kostenberechnung (in der Regel Ergebnis der Leistungsphase 3) zu ermitteln. Die Abrechnung erfolgt ebenfalls auf der Grundlage der anrechenbaren Kosten der Kostenberechnung (in der Regel Ergebnis der Leistungsphase 3).

Alle Kosten sind auf der Grundlage von aktuellen Netto-Baupreisen zu ermitteln, d. h. ohne Berücksichtigung

- der Umsatzsteuer,
- künftiger Preisänderungen oder
- eines Zuschlages für „Unvorhergesehenes“.

Die zutreffende Honorarzone ist nach den Bestimmungen der HOAI zu ermitteln.

Leistungen umfassen die Grundleistungen, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung eines Auftrages im Allgemeinen erforderlich sind (§ 3 Abs. 2 HOAI).

Wenn nicht sämtliche in einer Leistungsphase erfassten Grundleistungen oder nur Teile von Grundleistungen übertragen werden, steht der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer nicht der volle Hundertsatz des Honorars dieser Leistungsphase, sondern nur ein entsprechend geringeres Honorar zu. Die Vereinbarung hat schriftlich zu erfolgen (§ 8 Abs. 2 HOAI).

Werden Grundleistungen wiederholt, ohne dass sich dadurch die anrechenbaren Kosten oder Flächen ändern, ist das Honorar für diese Grundleistungen entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Leistungsphase schriftlich zu vereinbaren (§ 10 Abs. 2 HOAI).

Bei Umbauten und Modernisierungen wird ein Zuschlag von 20% ab einem durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad unwiderleglich vermutet, sofern keine schriftliche Vereinbarung getroffen wurde (§ 6 Abs. 2 HOAI). Da es sich hierbei nicht um eine Untergrenze handelt, können die Vertragsparteien bei Auftragserteilung auch einen Zuschlag von weniger als 20 % vereinbaren.

Besondere Leistungen können zu den Grundleistungen hinzu- oder an deren Stelle treten, wenn besondere Anforderungen an die Ausführung des Auftrags

gestellt werden, die über die allgemeinen Leistungen hinausgehen oder diese ändern.

Ob und inwieweit Leistungen als Besondere Leistungen im Sinne des § 3 Abs. 3 HOAI honoriert werden müssen, entscheidet nicht das jeweilige Leistungsbild der HOAI, sondern der vertraglich vereinbarte Leistungsumfang.

Mit der preisrechtlichen Unterscheidung zwischen Grundleistungen und Besonderen Leistungen wird nur geregelt, welche Leistungen im Regelfall mit dem Grundhonorar (Vergütung der Leistungen) abgegolten sind und für welche Leistungen bei Vorliegen der vertraglichen Voraussetzungen und der preisrechtlichen Bestimmungen der HOAI ein zusätzliches Honorar berechnet werden darf.

Für Besondere Leistungen, die zu Grundleistungen hinzutreten, kann ein zusätzliches Honorar nach § 3 Abs. 3 der HOAI frei vereinbart werden, wenn

- diese Leistungen einen nicht unwesentlichen Arbeits- und Zeitaufwand verursachen und
- das zusätzliche Honorar schriftlich vereinbart worden ist.

Ggf. ist das Honorar dann in angemessenem Verhältnis zum Honorar für die nach Art und Umfang vergleichbare Leistung/Grundleistung zu vereinbaren

- als Vomhundertsatz der jeweiligen Honorartafel oder
- als Pauschalbetrag.

Soweit für Besondere Leistungen ein zusätzliches Honorar zu vereinbaren ist, sollte dies in der Regel bei Vertragsabschluss erfolgen. Werden während der Vertragsabwicklung neue Leistungen gefordert, so ist erst der Umfang der bisherigen Vertragsleistung zu prüfen und dann zu entscheiden, ob die neu zu vereinbarende Vertragsleistung eine zusätzliche Vergütung auslöst.

Für Besondere Leistungen, die ganz oder teilweise an die Stelle von Grundleistungen treten, besteht stets ein Honoraranspruch. Dieser ist dann auch stets schriftlich zu vereinbaren.

Die Honorartafeln enthalten jeweils Mindest- und Höchstsätze für die einzelnen Honorarzonen.

In der Regel sind die Mindestsätze der HOAI die Basis für ein angemessenes Honorar.

Ein höherer als der Mindestsatz darf nur vereinbart werden, wenn besondere Anforderungen gestellt werden, die den Bearbeitungsaufwand wesentlich erhöhen, und die nicht bereits bei der Einordnung des Objekts in die Honorarzone berücksichtigt worden sind.

2.5.2 Frei vereinbarte Honorare

Frei vereinbarte Honorare kommen für Leistungen in Betracht, die nicht im verbindlichen Teil der HOAI erfasst sind oder für die die HOAI eine freie Honorarvereinbarung vorsieht.

Das Honorar für diese Leistungen soll pauschaliert werden. Zeithonorare sollen nur in begründeten Ausnahmefällen vereinbart werden.

2.5.3 Fälligkeit des Honorars (§ 8 AVB)

Das Honorar der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers wird fällig, wenn folgende Voraussetzungen gegeben sind:

- Abnahme = Entgegennahme der Leistung, verbunden mit dem Anerkennung, dass sie in der Hauptsache vertragsgerecht erbracht wurde, d.h. der Vertrag erfüllt ist (§ 640 BGB)
- Erstellung einer prüffähigen Honorarschlussrechnung
- Überreichung dieser Rechnung
- Grundsätzlich Fälligkeit 30 Tage nach Zugang der Honorarschlussrechnung

2.6 **Nebenkosten** (§ 7 (2) des Vertragsmusters)

Nebenkosten (§ 14 HOAI) werden neben dem Honorar gesondert erstattet, wenn dies nicht bei Auftragserteilung schriftlich ganz oder teilweise ausgeschlossen wird. Die Vereinbarung einer Pauschale (als Festbetrag oder Vomhundertsatz des Honorars) ist anzustreben. Möglich ist auch, die Nebenkosten nur auf einen Teil des Honorars als Vomhundertsatz aufzuschlagen.

Zu den Nebenkosten sind auch etwaige Kosten für Mehrfertigungen von Zeichnungen, Beschreibungen und Berechnungen zu zählen.

Die Notwendigkeit für die Erstattung von Nebenkosten ist aktenkundig zu machen.

Ist es in begründeten Fällen erforderlich, Reisen (Fahrtkosten und Fahrtzeit) gesondert zu vergüten, so ist dies schriftlich zu vereinbaren. Dabei ist folgendes zu beachten:

- die notwendige Anzahl der Reisen setzt die Auftraggeberin im Benehmen mit der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer fest.
- Fahrtkosten (auch Tage- und Übernachtungsgeld) für Reisen, die über den Umkreis von 15 km vom Geschäftssitz der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers hinausgehen, dürfen nicht höher berechnet werden, als es das Hamburgische Reisekostengesetz (HmbRKG) in der bei Vertragsabschluss gültigen Fassung vorsieht.

Werden in begründeten Ausnahmefällen Nebenkosten auf Einzelnachweis erstattet, ist bezüglich der umsatzsteuerrechtlichen Behandlung folgendes zu beachten:

Der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer sollen die Nebenkosten nur in der Höhe erstattet werden, wie sie bei ihr bzw. ihm tatsächlich anfallen. Die nachgewiesenen Beträge sind deshalb zunächst um die entsprechenden Beträge für die Umsatzsteuer zu kürzen, die der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer von Dritten in Rechnung gestellt werden und die nach § 15 UStG und §§ 35 ff. UStDV als Vorsteuer abziehbar sind.

Die zu erstattenden Nebenkosten werden sodann umsatzsteuerrechtlich wie die Hauptleistung behandelt, also wie die eigentliche Leistung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers. Die Nebenkosten, gekürzt um die abziehbaren Vorsteuerbeträge, sind deshalb mit der Hauptleistung der Umsatzsteuer zu unterwerfen. Der Allgemeine Umsatzsteuersatz beträgt derzeit 19 %.

2.7 **Haftpflichtversicherung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers** (§ 8 des Vertragsmusters)

Vgl. § 12 AVB-Ing. Für Einzelobjekte mit besonders hohem Risiko sind die im Vertrag vorgegebenen Deckungssummen ggf. zu erhöhen. Bei kleinen Aufträgen können niedrigere Deckungssummen vereinbart werden.

2.8 **Einsatz von CAD-Systemen**

Grundsätzlich lassen sich mit dem Einsatz von CAD Mehrkosten nicht begründen. Dieses beinhaltet auch die Datenpflege und Beschaffung von Software.

Die CAD-mäßige Bearbeitung von Plänen auf der Basis der hierfür eingeführten Normalien rechtfertigt keine höheren Anforderungen an das Arbeitsergebnis als es der jeweiligen Leistungsphase der HOAI entspricht.

2.9 **Veröffentlichungs- und Rücktrittsklausel** (§ 9 des Vertragsmusters)

Der Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Dementsprechend enthält er eine Veröffentlichungsklausel, die der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer deutlich machen soll, dass sie bzw. er – unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen des HmbTG – nach Vertragsabschluss mit der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister rechnen muss.

Für den Fall der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister ist das hierfür in § 9 des Musters zum Hauptvertrag bzw. § 4 des Musters zum Zusatzvertrag vorgesehene Kästchen anzukreuzen.

Des Weiteren beinhaltet der Vertrag eine Rücktrittsklausel, die der Auftraggeberin das Recht einräumt, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurückzutreten.



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

INGENIEURVERTRAG

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch

als Auftraggeberin

und

als Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

Inhalt:

- § 1 Gegenstand des Vertrages
- § 2 Bestandteile des Vertrages
- § 3 Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 4 Leistungen der Auftraggeberin
- § 5 Leistungen fachlich Beteiligter
- § 6 Termine und Fristen
- § 7 Vergütung
- § 8 Haftpflichtversicherung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 9 Ergänzende Vereinbarungen

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Gegenstand dieses Vertrages ist:
(genaue Bezeichnung der Maßnahme)

§ 2

Bestandteile des Vertrages

Bestandteile dieses Vertrages, die von der Auftraggeberin abgefordert werden können, sind:

1. Allgemeine Vertragsbestimmungen für Ingenieurleistungen Hamburg, Ausgabe 2015
2. Leistungsbild und Bewertung der

3. folgende besondere Technischen Bedingungen und Richtlinien:

§ 3

Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

- (1) Die Auftraggeberin überträgt der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer

☐ die in der Anlage Nr. 1 beschriebenen Leistungen

☐ folgende Leistungen

Grundleistungen:

Besondere Leistungen:

- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat die von ihr bzw. ihm angefertigten Unterlagen als „Verfasserin“ bzw. „Verfasser“ zu unterzeichnen.

§ 4

Leistungen der Auftraggeberin

Folgende Leistungen werden von der Auftraggeberin erbracht:

§ 5

Leistungen fachlich Beteiligter

Folgende Leistungen werden von den nachstehend genannten fachlich Beteiligten erbracht und sind von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer mit ihren bzw. seinen Leistungen abzustimmen und in diese einzuarbeiten:

§ 6

Termine und Fristen

- (1) Für die Leistungen nach § 3 gelten folgende Termine bzw. Fristen:
- (2) Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer dies mit Nennung der Gründe der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 7

Vergütung

(1) Honorar für Leistungen nach § 3 Abs. 1; vgl. Anlage Nr. __ (Vertragsbestandteil!)		Euro
<input type="checkbox"/> Das Honorar wird als Berechnungshonorar vereinbart		
<input type="checkbox"/>	mit einem Festbetrag von	psch
<input type="checkbox"/>	mit einem vorläufigen Betrag von	
<input type="checkbox"/> Das Honorar wird frei vereinbart		
<input type="checkbox"/>	als Pauschalhonorar mit einem Festbetrag von	psch
<input type="checkbox"/>	als Zeithonorar mit einem Festbetrag von	psch

<input type="checkbox"/>	als Zeithonorar mit einem Höchstbetrag von	
<input type="checkbox"/>	als Zeithonorar nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf mit einem vorläufigen Betrag von	
Stundensätze werden vereinbart mit		
	_____ Euro/h für die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer	
	_____ Euro/h für die Projektleiterin bzw. den Projektleiter	
	_____ Euro/h für techn./wissenschaftl. Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter	
	_____ Euro/h für techn. Zeichnerinnen bzw. Zeichner u. sonst. Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter	
Zwischensumme		
	psch vorläufig	
(2) Nebenkosten (§ 14 HOAI)		
<input type="checkbox"/>	Die Nebenkosten werden nicht gesondert erstattet	
<input type="checkbox"/>	Die Nebenkosten werden pauschal erstattet mit	
<input type="checkbox"/>	Die Nebenkosten werden pauschal erstattet mit _____ v. H. des Honorars	
Zwischensumme		
(3) Gesamtvergütung (Summe aus (1) und (2))		
	Netto	
	Umsatzsteuer v. H.	
	Brutto	

§ 8

Haftpflichtversicherung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

Die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung nach § 12 der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für Ingenieurleistungen in Hamburg müssen mindestens betragen für:

- | | |
|-----------------------------|----------------|
| a) Personenschäden: | 1.500.000 Euro |
| b) sonstige Schäden: | 500.000 Euro |

§ 9

Ergänzende Vereinbarungen

- (1) Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren bzw. seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

- (2) Für Leistungen der Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Bauoberleitung gilt: Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer wird im Rahmen dieses Auftrages auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer bzw. seiner Obliegenheiten gesondert verpflichtet, sofern

sie bzw. er nicht bereits von einer zuständigen Stelle der Freien und Hansestadt Hamburg nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet wurde und diese Verpflichtung zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch wirksam ist. Sofern eine Verpflichtung zwar bereits erfolgt und bei Vertragsschluss noch wirksam ist, deren Geltung aber während der voraussichtlichen Dauer des dem Vertrag zugrunde liegenden Auftrages endet, ist die Verpflichtung erneut vorzunehmen.

Dazu benennt sie bzw. er der Auftraggeberin den/die Namen der mit der Auftragsbearbeitung betrauten Person(en) wie folgt:

Name	Geltungsdauer der ggf. vorliegenden Verpflichtung
<hr/>	

Sofern die benannten Personen bereits von der Freien und Hansestadt Hamburg verpflichtet wurden und die Verpflichtungen noch für den Zeitraum, den die Durchführung des Auftrages voraussichtlich in Anspruch nehmen wird, gültig sind, sind Kopien der Niederschriften über die erfolgten Verpflichtungen bei der für die Verpflichtung zuständigen Stelle einzureichen.

- (3) Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

- (4) ☐ Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat folgende Kosten einzuhalten:

- a) Für die Erstellung der Bauunterlage Baukosten in Höhe von €
- b) Für die weitere Bearbeitung die mit der Bauunterlage genehmigten Kosten.
- c) Die Kosten nach a) und b) stellen jeweils eine Kostenobergrenze dar und dürfen nicht überschritten werden. Sie werden entsprechend dem Index für die Bauwirtschaft/Ingenieurbau insgesamt des Statistischen Bundesamtes (...) = (...), Basis 2010=100 fortgeschrieben.

Die Kostenobergrenze wird als Beschaffenheit des von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer geschuldeten Werkes vereinbart. Damit übernimmt sie bzw. er keine Baukostengarantie.

Wenn die Kostenobergrenze aus Gründen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, nicht eingehalten werden kann und wenn die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ihren bzw. seinen Hinweis- und Unterrichtungspflichten nach § 1 Abs. 8 AVB nachgekommen ist, werden von der Auftraggeberin keine Minderungs- und Regressansprüche geltend gemacht.

Rechtsverbindliche Unterschriften

Hamburg, den

Auftraggeberin:

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer:



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

NACHTRAGS - INGENIEURVERTRAG

zum Hauptvertrag Nr.: vom:

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch

als Auftraggeberin

und

als Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

§ 1

Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

(1) Die Auftraggeberin überträgt der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer

☐ die in der Anlage Nr. 1 beschriebenen Leistungen

☐ folgende Leistungen

Grundleistungen:

Besondere Leistungen:

(2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat die von ihr bzw. ihm angefertigten Unterlagen als „Verfasserin“ bzw. „Verfasser“ zu unterzeichnen.

§ 2

Termine und Fristen

Für die Leistungen nach § 1 gelten folgende Termine bzw. Fristen:

§ 3

Vergütung

(1) Honorar für Leistungen nach § 1; vgl. Anlage Nr. ____ (Vertragsbestandteil!)		Euro
<input type="checkbox"/> Das Honorar wird als Berechnungshonorar vereinbart		
<input type="checkbox"/> mit einem Festbetrag von	psch	
<input type="checkbox"/> mit einem vorläufigen Betrag von		
<input type="checkbox"/> Das Honorar wird frei vereinbart		
<input type="checkbox"/> als Pauschalhonorar mit einem Festbetrag von	psch	
<input type="checkbox"/> als Zeithonorar mit einem Festbetrag von	psch	
<input type="checkbox"/> als Zeithonorar mit einem Höchstbetrag von		
<input type="checkbox"/> als Zeithonorar nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf mit einem vorläufigen Betrag von		

Stundensätze werden vereinbart mit		
_____ Euro/h für die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer		
_____ Euro/h für die Projektleiterin bzw. den Projektleiter		
_____ Euro/h für techn./wissenschaftl. Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter		
_____ Euro/h für techn. Zeichnerinnen bzw. Zeichner u. sonst. Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter		
Zwischensumme	psch	
	vorläufig	
(2) Nebenkosten (§ 14 HOAI)		
<input type="checkbox"/> Die Nebenkosten werden nicht gesondert erstattet		
<input type="checkbox"/> Die Nebenkosten werden pauschal erstattet mit		
<input type="checkbox"/> Die Nebenkosten werden pauschal erstattet mit _____ v. H. des Honorars		
Zwischensumme		
(3) Gesamtvergütung (Summe aus (1) und (2))	Netto	
	Umsatzsteuer _____ v. H.	
	Brutto	

§ 4

- (1) Es gelten die Bedingungen des vorgenannten Hauptvertrages.
- (2) Darüber hinaus unterliegt der Vertrag dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

- (3) ☐ Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat folgende Kosten einzuhalten:
- a) Für die Erstellung der Bauunterlage Baukosten in Höhe von ... €
 - b) Für die weitere Bearbeitung die mit der Bauunterlage genehmigten Kosten.

c) Die Kosten nach a) und b) stellen jeweils eine Kostenobergrenze dar und dürfen nicht überschritten werden. Sie werden entsprechend dem Index für die Bauwirtschaft/Ingenieurbau insgesamt des Statistischen Bundesamtes (...) = (...), Basis 2010=100 fortgeschrieben.

Die Kostenobergrenze wird als Beschaffenheit der von der Auftragnehmerin bzw. des vom Auftragnehmer geschuldeten Werkes vereinbart. Damit übernimmt sie bzw. er keine Baukostengarantie.

Wenn die Kostenobergrenze aus Gründen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, nicht eingehalten werden kann und wenn die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ihren bzw. seinen Hinweis- und Unterrichtungspflichten nach § 1 Abs. 8 AVB nachgekommen ist, werden von der Auftraggeberin keine Minderungs- und Regressansprüche geltend gemacht.

Hamburg, den

Rechtsverbindliche Unterschriften

Auftraggeberin:

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer:

<h1>Honorarermittlung</h1>		Anlage-Nr.:
		Zum Ingenieurvertrag vom
Bezeichnung des Objekts:		Leistung:
1. Anrechenbare Kosten		Euro
<input type="checkbox"/> Für pauschaliertes Berechnungshonorar Das Honorar wird endgültig mit einem Festhonorar ermittelt für die Leistungsphasen ____ bis ____ nach Kostenberechnung Die anrechenbaren Kosten betragen nach § ____ HOAI Euro		
<input type="checkbox"/> Für vorläufiges Berechnungshonorar Das Honorar wird vorläufig ermittelt für die Leistungsphasen ____ bis ____ <input type="checkbox"/> nach vorläufiger Kostenschätzung <input type="checkbox"/> nach endgültiger Kostenschätzung Die anrechenbaren Kosten betragen nach § ____ HOAI Euro Das Honorar wird abgerechnet <input type="checkbox"/> nach endgültiger Kostenschätzung <input type="checkbox"/> nach Kostenberechnung		
2. Honorarsatz		
Das Objekt wird zugeordnet der Honorarzone ____		
Es gilt der Mindestsatz der Honorartafel zu § ____ HOAI		
<input type="checkbox"/> zuzüglich ____ v.H. der Differenz zum Höchstsatz		
<input type="checkbox"/> abzüglich ____ v. H. des Mindestsatzes (§ 7 Abs. 3 HOAI)		
Der volle Honorarsatz (100 v. H. des Leistungsbildes) beträgt somit		
3. Honorar für Grundleistungen		
Die Grundleistungen nach § 3 Abs. 1 sind bewertet mit ____ v. H. des Leistungsbildes.		
Hiernach ergibt sich ein Honorar für die Grundleistungen in Höhe von		
4. Zuschläge zum Honorar bei Umbauten oder Modernisierungen, Wiederholungen		
4.1	Zum Honorar für Leistungen nach Nr. 3 werden bei Umbauten oder Modernisierungen ... <input type="checkbox"/> Zuschläge vereinbart: ____ v. H. (§ 44 (6) HOAI); ____ v. H. (§ 48 (6) HOAI); ____ v. H. (§ 52 (4) HOAI); ____ v. H. (§ 56 (5) HOAI) <input type="checkbox"/> keine Zuschläge gezahlt Hiernach ergibt sich ein Honorarzuschlag in Höhe von	
4.2	Zum Honorar für Leistungen nach Nr. 3 werden für Wiederholungen vereinbart ____ v. H. (§ 11 Abs. 3 HOAI); Hiernach ergibt sich ein Honorarzuschlag in Höhe von	
5. Honorar für Besondere Leistungen		
<input type="checkbox"/> Für die Besonderen Leistungen nach § 3 Abs. 1 ergibt sich ein Pauschalhonorar in Höhe von		
<input type="checkbox"/> Die Besonderen Leistungen nach § 3 Abs. 1 – soweit kein Pauschalhonorar – sind bewertet mit ____ v. H. des Leistungsbildes. Hiernach ergibt sich ein Honorar für Besondere Leistungen in Höhe von		
6. Gesamthonorar		
Honorar nach Nr. 3 bis 5 (ohne Umsatzsteuer)		

Allgemeine Vertragsbestimmungen für Ingenieurleistungen

Ausgabe 2015
(Hamburg)

- § 1 Allgemeine Pflichten der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 2 Verpflichtung bei Leistungen für Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Bauoberleitung
- § 3 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeberin, Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten
- § 4 Vertretung der Auftraggeberin durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer
- § 5 Auskunftspflicht der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 6 Herausgabeanspruch der Auftraggeberin
- § 7 Urheberrecht
- § 8 Zahlungen
- § 9 Abtretung
- § 10a Kündigung durch die Auftraggeberin
- § 10b Kündigung durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer
- § 11 Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen
- § 12 Haftpflichtversicherung
- § 13 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand
- § 14 Arbeitsgemeinschaft
- § 15 Werkvertragsrecht
- § 16 Schriftform
- § 17 Umsatzsteuer

§ 1 Allgemeine Pflichten der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

- (1) Die Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen sowie den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Das technische und vertragliche Regelwerk gilt in der bei Vertragsabschluss gültigen Fassung.

- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat insbesondere zu beachten das Bauhandbuch VV-Bau, die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - VOB - , die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) - VOL- .

- (3) Als Sachwalterin bzw. Sachwalter ihrer bzw. seiner Auftraggeberin darf die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten.

- (4) Weder die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer noch eine der in § 16 VgV genannten Personen dürfen in einem von ihr bzw. ihm vertragsgemäß betreuten Vergabeverfahren für eine Bewerberin bzw. einen Bewerber oder Bieterin bzw. Bieter tätig sein. Dies gilt für alle Vergabeverfahren oberhalb und unterhalb der in der Vergabeverordnung (VgV) festgelegten Schwellenwerte für EG-Vergabeverfahren.

- (5) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat ihren bzw. seinen Leistungen die schriftlichen Anordnungen und Anregungen der Auftraggeberin zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen; sie bzw. er hat ihre bzw. seine Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit der Auftraggeberin und den anderen fachlich Beteiligten (vgl. § 3) abzustimmen.

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob ihren bzw. seinen Leistungen öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen.

Etwaige Forderungen von Dritten, insbesondere von Trägerinnen bzw. Trägern öffentlicher Belange, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer unverzüglich der Auftraggeberin schriftlich mitzuteilen.

Die Haftung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer bzw. seiner Leistungen wird durch Anerkennung oder Zustimmung der Auftraggeberin nicht eingeschränkt.

- (6) Nicht vereinbarte Leistungen, die die Auftraggeberin zur Herstellung der baulichen Anlage fordert, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer mit zu übernehmen; die Vergütung hierfür hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer vor Leistungsbeginn mit der Auftraggeberin zu vereinbaren. Das gleiche gilt für Änderungen der vereinbarten Leistung; in solchen Fällen richtet sich das Honorar nach den Ermittlungsgrundlagen der vereinbarten Leistung. Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unveränderter Aufgabenstellung und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.

- (7) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat die ihr bzw. ihm übertragenen Leistungen in ihrem bzw. seinem Büro zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin ist eine Unterbeauftragung zulässig.

- (8) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist bei der Bearbeitung der Leistungen an die von der Auftraggeberin anerkannte Planung gebunden. Wenn von der Auftraggeberin vor Leistungserbringung eine Kostenobergrenze mitgeteilt wurde, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer diese unter Einschluss aller planerischen Maßnahmen zur Optimierung des Planungskonzepts zu beachten.

Wird erkennbar, dass die von der Auftraggeberin anerkannten Kosten und die vereinbarten Termine bei der Verfolgung der bisherigen Planung oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung nicht eingehalten werden, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer die Auftraggeberin unverzüglich unter Darlegung der aus ihrer bzw. seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts zu unterrichten.

§ 2 Verpflichtung bei Leistungen für Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Bauoberleitung

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer und ihre bzw. seine mit der Ausführung der vertraglichen Leistungen befassten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter müssen sich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches (StGB) verpflichten lassen.

Der Einsatz anderer Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter als der besonders Verpflichteten darf nur nach deren Verpflichtung erfolgen. Der Auftraggeberin sind diese unverzüglich zu benennen.

§ 3 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeberin, Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten

- (1) Der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer gegenüber ist nur die vertragsschließende Stelle weisungsbefugt, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Die Auftraggeberin unterrichtet die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben und über die mit diesen vereinbarten Termine/Fristen.
- (3) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- (4) Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer und den anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat die Auftraggeberin bzw. der Auftragnehmer unverzüglich schriftlich die Entscheidung der Auftraggeberin herbeizuführen.

§ 4 Vertretung der Auftraggeberin durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen der Auftraggeberin im Rahmen der ihr bzw. ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Sie bzw. er hat der Auftraggeberin unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt der Auftraggeberin.
- (2) Die Auftraggeberin bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- (3) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer darf unbeschadet § 3 Abs. 3 Dritten ohne Einwilligung der Auftraggeberin keine Unterlagen aushändigen und keine Auskunft geben, die sich auf die Baumaßnahme beziehen.

§ 5 Auskunftspflicht der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin auf Anforderung über ihre bzw. seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung sowohl mündlich als auch schriftlich Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für die Baumaßnahme für abgeschlossen erklärt ist.

§ 6 Herausgabeanspruch der Auftraggeberin

Die von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen -Pläne oder Zeichnungen als Transparentpausen, Unterlagen in digitaler Form - sind an die Auftraggeberin herauszugeben; sie werden deren Eigentum. Die der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen sind der Auftraggeberin spä-

testens nach Erfüllung ihres bzw. seines Auftrages zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

§ 7 Urheberrecht

- (1) Die Auftraggeberin darf die Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk. Die Auftraggeberin wird die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer vor wesentlichen Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werkes -soweit zumutbar- anhören. Die Auftraggeberin wird ihr Nutzungsinteresse mit dem Bestandsinteresse der bzw. des Urheberrechtsberechtigten abwägen und eine möglichst geringe Beeinträchtigung des Werkes der Baukunst anstreben.
- (2) Die Auftraggeberin hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers. Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin.

§ 8 Zahlungen

- (1) Auf Anforderung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers werden Abschlagszahlungen für die nachgewiesenen, vertragsgemäßen Leistungen einschließlich Umsatzsteuer gewährt.
- (2) Eine Teilschlusszahlung einschließlich Umsatzsteuer wird für in sich abgeschlossene vertragsgemäß erbrachte Grundleistungen gewährt, wenn dies im Vertrag vereinbart ist, die für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten feststehen und die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer eine prüfbare Rechnung eingereicht hat.

Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird alsbald nach Abnahme der Leistung sowie Prüfung und Feststellung der von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer vorgelegten prüffähigen Honorarschlussrechnung fällig, spätestens innerhalb von 30 Tagen nach Zugang. Eine prüffähige Rechnung im Sinne des § 15 Abs. 1 HOAI muss diejenigen Angaben enthalten, die nach dem geschlossenen Vertrag und der HOAI objektiv unverzichtbar sind, um die sachliche und rechnerische Überprüfung des Honorars zu ermöglichen. Einwendungen gegen die Prüfbarkeit der Rechnung müssen unter Angabe der Gründe innerhalb der in Satz 1 genannten Frist von 30 Tagen erhoben werden, andernfalls kann sich die Auftraggeberin nicht mehr auf fehlende Prüfbarkeit berufen. Wenn die Rechnung nur in Teilen prüffähig ist, kann die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer die Zahlung des Guthabens verlangen, das unter Berücksichtigung eventueller Voraus- und Abschlagszahlungen bereits feststeht.

Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind im Original mit zwei Durchschriften einzureichen.

- (3) Wird nach Annahme der Schlusszahlung (Teilschlusszahlung) festgestellt, dass die Vergütung abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Das gleiche gilt bei Aufmaß-, Rechen- oder Übertragungsfehlern. Auftraggeberin und Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- (4) Im Falle einer Überzahlung hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten.
Leistet sie bzw. er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet sie bzw. er sich ab diesem Zeitpunkt mit ihrer bzw. seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB sowie eine Pauschale in Höhe von 40 Euro zu zahlen.
Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht berufen.
- (5) Die Verjährung der Honorarforderung beginnt grundsätzlich mit der Erteilung einer prüffähigen Schlussrechnung. Die Verjährung einer auf eine nicht prüffähige Honorarschlussrechnung gestützten Forderung beginnt spätestens, wenn die Frist von 30 Tagen abgelaufen ist, ohne dass die Auftraggeberin substantiierte Einwendungen gegen die Prüfbarkeit vorgebracht hat. Ist die

Rechnung nur teilweise prüffähig, beginnt die Verjährung der Honorarschlussrechnung grundsätzlich erst mit der Erstellung einer insgesamt prüffähigen Schlussrechnung.

§ 9 Abtretung

Forderungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gegen die Auftraggeberin können ohne Zustimmung der Auftraggeberin nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt.

Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin gegen sie wirksam. §§ 398 ff BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

§ 10a Kündigung durch die Auftraggeberin

- (1) Die Auftraggeberin kann bis zur Vollendung der nachgefragten Leistung jederzeit den Vertrag kündigen. Die Kündigung ist schriftlich zu erklären.
- (2) Kündigt die Auftraggeberin aus einem Grund, den die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, so ist die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen. Sie bzw. er muss sich jedoch anrechnen lassen, was sie bzw. er infolge der Aufhebung des Vertrags an Kosten erspart oder durch anderweitige Verwendung ihrer bzw. seiner Arbeitskraft und ihres bzw. seines Unternehmens / Büros erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (§ 649 Satz 2, 2. Halbsatz BGB). Die ersparten Aufwendungen werden für die noch nicht erbrachten Leistungen der Bauoberleitung und der örtlichen Bauüberwachung bzw. Objektüberwachung sowie der Objektbetreuung und Dokumentation auf 60 %, für die noch nicht erbrachten übrigen Leistungen auf 40 % festgelegt, es sei denn, geringere oder höhere ersparte Aufwendungen werden nachgewiesen.
- (3) Hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten. Der Schadensersatzanspruch der Auftraggeberin bleibt unberührt.
- (4) Bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses bleiben insbesondere die Ansprüche der Vertragsparteien aus den §§ 5 bis 7 unberührt.

§ 10b Kündigung durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer kann den Vertrag kündigen:
 1. wenn die Auftraggeberin eine ihr obliegende Handlung unterlässt und dadurch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer außerstande setzt, die Leistung auszuführen (Annahmeverzug nach §§ 293 ff. BGB),
 2. wenn die Auftraggeberin eine fällige Zahlung nicht leistet oder sonst in Schuldnerverzug gerät.
 - (2) Die Kündigung ist schriftlich zu erklären. Sie ist erst zulässig, wenn die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer der Auftraggeberin ohne Erfolg eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass sie bzw. er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde.
 - (3) Die bis zur Kündigung erbrachten vertraglichen Leistungen sind nach den vertraglich vereinbarten Vergütungsregelungen abzurechnen. Etwaige weitergehende Ansprüche der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers bleiben unberührt.
- Für die ersparten Aufwendungen für die nicht erbrachten, vertraglichen Leistungen gilt § 10 a Abs. 2 Satz 3 entsprechend.

§ 11 Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen

- (1) Mängel- und Schadensersatzansprüche der Auftraggeberin richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Haftet die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen die allgemein anerkannten Regeln der Technik oder sonstiger schuldhafter Verletzung ihrer bzw. seiner Vertragspflichten, so hat sie bzw. er den Schaden an der baulichen Anlage und die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten anderen Schäden in voller Höhe zu ersetzen. Im übrigen haftet sie bzw. er für jede Pflichtverletzung bis zur Höhe der tatsächlich abgeschlossenen Haftpflichtversicherung, mindestens bis zur Höhe der im Vertrag vereinbarten Deckungssummen der Haftpflichtversicherung.
- (3) Die Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 12 Haftpflichtversicherung

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer muss eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen. Sie bzw. er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssumme besteht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.
- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen der Auftraggeberin. Die Auftraggeberin kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.
- (3) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

§ 13 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand

- (1) Es gilt deutsches Recht.
- (2) Erfüllungsort für die Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz der vertragsschließenden Stelle.
- (3) Bei Streitigkeiten aus dem Vertrag soll die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer zunächst die vorgesetzte Dienststelle anrufen.
- (4) Soweit die Voraussetzungen gem. § 38 der Zivilprozessordnung (ZPO) vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz der für die Prozessvertretung der Auftraggeberin zuständigen Stelle.
- (5) Streitigkeiten berechtigen die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer nicht, die Arbeiten einzustellen.

§ 14 Arbeitsgemeinschaft

- (1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung.
Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Auftraggeberin gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber der Auftraggeberin unwirksam.
- (2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.

- (3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für die Auftraggeberin ausschließlich an die im Vertrag genannte Vertreterin bzw. den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach deren bzw. dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

§ 15 Werkvertragsrecht

Die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff BGB) finden ergänzend Anwendung.

§ 16 Schriftform

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

§ 17 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist gemäß Umsatzsteuergesetz in Abschlagsrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.

STATISCHE UND KONSTRUKTIVE PRÜFUNG VON INGENIEURBAUWERKEN ERMITTLUNG DER ANRECHENBAREN KOSTEN		Anlage-Nr.:	
		zum Ingenieurvertrag vom	
Projektbezeichnung:			
Z e i l e [Z]	Kosten (ohne Umsatzsteuer)	<input type="checkbox"/> nach Kostenschätzung* <input type="checkbox"/> nach Kostenberechnung	
		EUR	EUR
1*	Gesamtkosten (einschl. Baustelleneinrichtung)		
2	Nicht anrechenbare Kosten (Gem. Negativkatalog RVP, Anlage 1 zu Ziffer 2.1)		
2.1	Baum-Schutzvorrichtungen, Baubüro für AG, Bauschilder, Hilfsleistungen für Kontrollprüfungen, Stundenlohnarbeiten für Leistungen, die nicht zur Herstellung des Bauwerks gehören		
2.2	Verkehrssicherung		
2.3	Vorarbeiten wie Baugelände freimachen, Bewuchs entfernen, Bäume fällen, Oberboden andecken		
2.4	Leistungs- und Rohrgräben		
2.5	Wasserhaltung in Sonderfällen		
2.6	Entwässerungsanlagen bzw. -leitungen, soweit nicht fest mit dem Bauwerk verbunden		
2.7	Straßen- und Wegebefestigungen außerhalb der Baugruben aufnehmen; Straßen- und Wegebefestigungen und sonstige Oberflächenbefestigungen herstellen, ausgenommen auf dem Bauwerk		
2.8	Behelfsbrücken, soweit sie dem öffentlichen Verkehr dienen (hierfür erfolgt stets ein gesonderter Prüfauftrag)		
2.9	Abbrucharbeiten, sofern keine statischen Nachweise für Abbruchzustände erforderlich sind oder sofern sie nicht mit Herstellung bzw. Instandsetzung des (neuen) Bauwerkes im konstruktiven Zusammenhang stehen		
2.10	2. Grundbeschichtung, Kantenschutz sowie Deckenbeschichtungen von Stahlbauwerken bzw. -teilen; dies gilt nicht für kleinere Bauteile wie z. B. Lager- oder Fahrbahnübergangskonstruktionen, die ab Werk mit dem kompletten Korrosionsschutz versehen geliefert werden oder Geländer		
2.11	Oberflächenschutz von Beton		
2.12	Sonstige Bauleistungen, die den Prüfumfang nicht beeinflussen (z. B. Winterbauschutzvorkehrungen)		
3	Summe der nicht anrechenbaren Kosten [Z 2.1 bis Z 2.12]		
4	Differenzbetrag (Z 1 ab. Z 3)		
5**	Ggf. sonstige Leistungen, die den Prüfaufwand und -umfang beeinflussen		
6	Anrechenbare Kosten [Summe Z 4 + Z 5]		

* Anrechenbare Kosten ermittelt aus Erfahrungswerten (z. B. Fläche / Länge x Einheitspreis)

** Kosten für sonstige Leistungen kommen beispielsweise dann in Frage, wenn Bauwerke oder Einrichtungen, die nicht Bestandteil des Prüfauftrages sind, unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf bauzeitliche oder endgültige Zustände des Bauwerkes haben können. Die Prüfung hat dann diese Auswirkungen zu berücksichtigen.

STATISCHE UND KONSTRUKTIVE PRÜFUNG VON INGENIEURBAUWERKEN HONORARERMITTLUNG		Anlage-Nr.: zum Ingenieur- vertrag vom
Projektbezeichnung:		Leistung:
1. Anrechenbare Kosten		EUR
<input type="checkbox"/> Für pauschaliertes Berechnungshonorar Das Honorar wird endgültig mit einem Festhonorar ermittelt <input type="checkbox"/> nach Kostenschätzung <input type="checkbox"/> nach Kostenberechnung <input type="checkbox"/> nach Kostenanschlag (Auftragssumme) Die anrechenbaren Kosten betragen nach AK Prüf I / 03_2009 gemäß Anlage-Nr. ____ (netto) _____ EUR		
<input type="checkbox"/> Für vorläufiges Berechnungshonorar Das Honorar wird vorläufig ermittelt <input type="checkbox"/> nach Kostenschätzung <input type="checkbox"/> nach Kostenberechnung Die anrechenbaren Kosten betragen nach AK Prüf I / 07 Prüf gemäß Anlage-Nr. ____ (netto) _____ EUR <hr/> Das Prüfhonorar wird abgerechnet <input type="checkbox"/> nach Kostenberechnung <input type="checkbox"/> nach Kostenanschlag (Auftragssumme)		
2. Bauwerksklasse und Grundhonorar		
Das Objekt wird gem. RVP Ziff. 2.3, Anlage 2 der Bauwerksklasse ____ zugeordnet.		
Es gilt das Grundhonorar der Honorartafel zur Formel der RVP Ziff. 3.1 (Anlage 3)		
<input type="checkbox"/> zuzüglich ____ v.H. wegen besonderer Schwierigkeiten		
<input type="checkbox"/> abzüglich ____ v.H. wegen erheblicher Längenabmessungen und gleichen stat.-konstr. Verhältnissen gem. RVP Ziff. 4.3.3		
Der volle Grundhonorarsatz beträgt somit		
3. Prüfhonorar für Leistungen nach Grundhonorar		
Die Grundleistungen nach § 3 sind bewertet mit ____ v.H. des Grundhonorars		
Hiernach ergibt sich ein Prüfhonorar für die Leistungen in Höhe		von
4. Zuschläge zum Honorar bei Umbauten, Modernisierungen, Wiederholungen		
4.1	Zum Prüfhonorar für Leistungen nach Nr. 3 werden bei Umbauten und Modernisierungen ... <input type="checkbox"/> Zuschläge vereinbart: ____ v.H. (RVP Ziff. 4.1.11) <input type="checkbox"/> keine Zuschläge gezahlt	
	Hiernach ergibt sich ein Prüfhonorarzuschlag in Höhe von ____ v.H. des Grundhonorars nach Nr. 2 von	
4.2	Zum Honorar für Leistungen nach Nr. 3 werden für Wiederholungen/Zuschläge vereinbart: ____ v.H. RVP Ziff. 4.3.1, 4.3.2	
	Hiernach ergibt sich ein Prüfhonorarzuschlag in Höhe von ____ v.H. des Grundhonorars nach Nr. 2 von	
5. Honorar für weitere Leistungen		
<input type="checkbox"/> Leistungen der vertraglich-geometrischen Prüfung mit von ____ v.H. des Grundhonorars <input type="checkbox"/> Leistungen der Prüfung auf Wirtschaftlichkeit mit von ____ v.H. des Grundhonorars <input type="checkbox"/> Die Besonderen Leistungen nach § 3 Abs. 1 - soweit kein Pauschalhonorar - sind bewertet mit ____ v.H. des Leistungsbildes.		
Hiernach ergibt sich ein Prüfhonorar für Besondere Leistungen in Höhe		von
6. Gesamthonorar		
Honorar nach Nr. 3 bis 5 (ohne Umsatzsteuer)		

7. Honorar für Leistungen nach Zeitaufwand Es ist der maximal erforderliche Zeitaufwand anzugeben. Stundensatz gem. RVP, Ziff. 4.2	EUR
<input type="checkbox"/> Leistungen gem. RVP Ziff. 4.2.1 geschätzter Zeitaufwand: _____ h; Stundensatz _____ EUR/h	
Hiernach ergibt sich ein Prüfhonorar in Höhe von _____ h x _____ EUR/h	
<input type="checkbox"/> Leistungen gem. RVP Ziff. 4.2.2 (Brandschutz) geschätzter Zeitaufwand: _____ h; Stundensatz _____ EUR/h	
Hiernach ergibt sich ein Prüfhonorar in Höhe von _____ h x _____ EUR/h	
<input type="checkbox"/> Leistungen gem. RVP Ziff. 4.2.3 (Örtliche Bauüberwachung) max. 0,5fache des Grundhonorars geschätzter Zeitaufwand: _____ h; Stundensatz _____ EUR/h	
Hiernach ergibt sich ein Prüfhonorar in Höhe von _____ h x _____ EUR/h	
<input type="checkbox"/> Leistungen gem. RVP Ziff. 4.2.4 (Werkstattzeichnungen) geschätzter Zeitaufwand: _____ h; Stundensatz _____ EUR/h	
Hiernach ergibt sich ein Prüfhonorar in Höhe von _____ h x _____ EUR/h	
<input type="checkbox"/> Leistungen gem. RVP Ziff. 4.2.5 (sonstige Leistungen) geschätzter Zeitaufwand: _____ h; Stundensatz _____ EUR/h	
Hiernach ergibt sich ein Prüfhonorar in Höhe von _____ h x _____ EUR/h	
Hiernach ergibt sich ein vorläufiges Prüfhonorar _____ von 	
8. Gesamthonorar nach Nr. 6 + 7	
Honorar nach Nr. 6 und 7 (ohne Umsatzsteuer)	

**Mustertexte für
Leistungen der statischen und konstruktiven Prüfung**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
1 Leistungen nach Grundhonorar	2
2 Leistungen nach Zelthonorar	2
3 Weitere Leistungen	3

Leistung des Prüfenieurs

Der Prüfenieur hat im Rahmen seines Prüfauftrages unter Berücksichtigung der Besonderheit der baulichen Anlage sicher zu stellen, dass die Tragfähigkeit, Gebrauchstauglichkeit und Dauerhaftigkeit des Ingenieurbauwerkes und seiner Bauwerksteile sowohl für den Bau- als auch für den Endzustand gewährleistet sind. Dazu legt er selbständig Inhalt, Umfang und Methoden der bautechnischen Prüfung fest und bestimmt die Anforderungen, die an die Erfüllung dieses Schutzziels zu stellen sind.

Der Prüfauftrag umfasst die nachfolgenden Prüfleistungen, auf Grundlage der „Richtlinie über die Vergütung für die statische und konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen“ (RVP).

1. Leistungen nach Grundhonorar

- 1.1 ☐ Prüfung der rechnerischen Nachweise der Standsicherheit
- 1.2 ☐ Prüfung der zugehörigen Ausführungszeichnungen in statisch-konstruktiver Hinsicht
- 1.3 ☐ Prüfung von Nachträgen zu den rechnerischen Nachweisen bzw. Ausführungszeichnungen infolge von Änderungen oder Fehlern bei einem Umfang von mehr als einem Zehntel des gesamten Prüfauftrags.
- 1.4 ☐ Prüfung einer gesonderten Lastvorbereitung
- 1.5 ☐ Prüfung der Einstufung in militärische Lastenklassen oder für die Prüfung der Bemessung nach STANAG 2021 für militärische Lastenklassen und für die Prüfung der Bemessung nach besonderen Lasten wie z. B. besondere Schwerlastfahrzeuge, Straßenbahnen usw.
- 1.6 ☐ Prüfung von statischen Berechnungen für Traggerüste
- 1.7 ☐ Prüfung von Ausführungszeichnungen für Traggerüste
- 1.8 ☐ Abnahme von Traggerüsten
- 1.9 ☐ Prüfung von statischen Berechnungen und Ausführungszeichnungen für Bauzustände (Montage- oder Transportzustände) wie z. B. Freivorbau, Taktschieben und Einschieben
- 1.10 ☐ Prüfung von statischen Berechnungen und Ausführungszeichnungen für Bauzustände bei abschnittsweiser Herstellung durch feldweises Vorbauen
- 1.11 ☐ Prüfung gemäß Ziffer 1.1 bzw. 1.2 von verbleibender Bausubstanz bei Umbauten
 - ☐ Rechnerische Nachweise
 - ☐ Ausführungszeichnungen

2. Leistungen nach Zeithonorar

- 2.1 ☐ Prüfung von besonderen rechnerischen Nachweisen für den Brandschutz
- 2.2 ☐ Örtliche Überwachung von Baumaßnahmen in statisch-konstruktiver Hinsicht für einzelne Bauteile oder Baubehelfe

2.3 ☐ Leistungen für die Prüfung von Werkstattzeichnungen mit einem hohen Detaillierungsgrad

2.4 ☐ Sonstige Leistungen

3. Weitere Leistungen

3.1 ☐ Überprüfung auf Wirtschaftlichkeit der Bemessung

3.2 ☐ Überprüfung der Geometrie

3.3 ☐ Überprüfung des Standardsachregisters nach Heft 504 der Schriftenreihe
„Forschung Straßenbau und Straßenverkehrstechnik“, ausgenommen Punkt 8

3.4 ☐ Überprüfung der Zusammenstellung der Ausführungsunterlagen in Form von grafischen
Darstellungen nach Punkt 8 des Standardsachregisters (Heft 504)

3.5 ☐



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

INGENIEURVERTRAG

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch

als Auftraggeberin

und

als Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

Inhalt:

- § 1 Gegenstand des Vertrages
- § 2 Bestandteile des Vertrages
- § 3 Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 4 Leistungen der Auftraggeberin
- § 5 Leistungen fachlich Beteiligter
- § 6 Termine und Fristen
- § 7 Vergütung
- § 8 Haftpflichtversicherung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 9 Ergänzende Vereinbarungen

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Gegenstand dieses Vertrages ist:
(genaue Bezeichnung der Maßnahme)

§ 2

Bestandteile des Vertrages

Bestandteile dieses Vertrages, die von der Auftraggeberin abgefordert werden können, sind:

1. Allgemeine Vertragsbestimmungen für Ingenieurleistungen (Vermessung) Hamburg, Ausgabe 2015
2. Leistungsbild und Bewertung der
3. folgende besondere Technischen Bedingungen und Richtlinien:

§ 3

Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

(1) Die Auftraggeberin überträgt der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer

<input type="checkbox"/> die in der Anlage Nr. 1 beschriebenen Leistungen
<input type="checkbox"/> folgende Leistungen
Grundleistungen:
Besondere Leistungen:

(2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat die von ihr bzw. ihm angefertigten Unterlagen als „Verfasserin“ bzw. „Verfasser“ zu unterzeichnen.

§ 4

Leistungen der Auftraggeberin

Folgende Leistungen werden von der Auftraggeberin erbracht:

§ 5

Leistungen fachlich Beteiligter

Folgende Leistungen werden von den nachstehend genannten fachlich Beteiligten erbracht und sind von der Auftragnehmerin bzw. von dem Auftragnehmer mit ihren bzw. seinen Leistungen abzustimmen und in diese einzuarbeiten:

§ 6

Termine und Fristen

(1) Für die Leistungen nach § 3 gelten folgende Termine bzw. Fristen:

(2) Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer dies mit Nennung der Gründe der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 7

Vergütung

(1) Honorar für Leistungen nach § 3 Abs. 1; vgl. Anlage Nr. (Vertragsbestandteil!)		Euro
<input type="checkbox"/> Das Honorar wird als Berechnungshonorar vereinbart		
<input type="checkbox"/> mit einem Festbetrag von	psch	
<input type="checkbox"/> mit einem vorläufigen Betrag von		
<input type="checkbox"/> Das Honorar wird frei vereinbart		
<input type="checkbox"/> als Pauschalhonorar mit einem Festbetrag von	psch	
<input type="checkbox"/> als Zeithonorar mit einem Festbetrag von	psch	
<input type="checkbox"/> als Zeithonorar mit einem Höchstbetrag von		
<input type="checkbox"/> als Zeithonorar nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf mit einem vorläufigen Betrag von		
Stundensätze werden vereinbart mit		
_____ Euro/h für die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer		
_____ Euro/h für die Projektleiterin bzw. den Projektleiter		
_____ Euro/h für techn./wissenschaftl. Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter		
_____ Euro/h für techn. Zeichnerinnen bzw. Zeichner u. sonst. Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter		
Zwischensumme	psch vorläufig	
(2) Nebenkosten (§ 14 HOAI)		
<input type="checkbox"/> Die Nebenkosten werden nicht gesondert erstattet		
<input type="checkbox"/> Die Nebenkosten werden pauschal erstattet mit		
<input type="checkbox"/> Die Nebenkosten werden pauschal erstattet mit	v. H. des Honorars	
Zwischensumme		
(3) Gesamtvergütung (Summe aus (1) und (2))	Netto	
	Umsatzsteuer v. H.	
	Brutto	

§ 8

Haftpflichtversicherung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

Die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung nach § 12 der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für Ingenieurleistungen (Vermessung) müssen mindestens betragen für:

- a) Personenschäden:** 1.500.000 Euro
b) sonstige Schäden: 500.000 Euro

§ 9

Ergänzende Vereinbarungen

- (1) Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren bzw. seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

- (2) Für Leistungen der Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Bauoberleitung gilt: Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer wird im Rahmen dieses Auftrages auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer bzw. seiner Obliegenheiten gesondert verpflichtet, sofern sie bzw. er nicht bereits von einer zuständigen Stelle der Freien und Hansestadt Hamburg nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet wurde und diese Verpflichtung zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch wirksam ist. Sofern eine Verpflichtung zwar bereits erfolgt und bei Vertragsschluss noch wirksam ist, deren Geltung aber während der voraussichtlichen Dauer des dem Vertrag zugrunde liegenden Auftrages endet, ist die Verpflichtung erneut vorzunehmen.

Dazu benennt sie bzw. er der Auftraggeberin den/die Namen der mit der Auftragsbearbeitung betrauten Person(en) wie folgt:

Name	Geltungsdauer der ggf. vorliegenden Verpflichtung
<hr/>	

Sofern die benannten Personen bereits von der Freien und Hansestadt Hamburg verpflichtet wurden und die Verpflichtungen noch für den Zeitraum, den die Durchführung des Vertrages voraussichtlich in Anspruch nehmen wird, gültig sind, sind Kopien der Niederschriften über die erfolgten Verpflichtungen bei der für die Verpflichtung zuständigen Stelle einzureichen.

- (3) Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen,

und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

(4) ☐ Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat folgende Kosten einzuhalten:

- a) Für die Erstellung der Bauunterlage Baukosten in Höhe von €
- b) Für die weitere Bearbeitung die mit der Bauunterlage genehmigten Kosten.
- c) Die Kosten nach a) und b) stellen jeweils eine Kostenobergrenze dar und dürfen nicht überschritten werden. Sie werden entsprechend dem Index für die Bauwirtschaft/Ingenieurbau insgesamt des Statistischen Bundesamtes () = (), Basis 2010=100 fortgeschrieben.

Die Kostenobergrenze wird als Beschaffenheit des von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer geschuldeten Werkes vereinbart. Damit übernimmt sie bzw. er keine Baukostengarantie.

Wenn die Kostenobergrenze aus Gründen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, nicht eingehalten werden kann und wenn die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ihren bzw. seinen Hinweis- und Unterrichtungspflichten nach § 1 Abs. 7 AVB nachgekommen ist, werden von der Auftraggeberin keine Minderungs- und Regressansprüche geltend gemacht.

Rechtsverbindliche Unterschriften

Hamburg, den

Auftraggeberin:

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer:



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

NACHTRAGS - INGENIEURVERTRAG

zum Hauptvertrag Nr.: vom:

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch

als Auftraggeberin

und

als Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

§ 1

Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

(1) Die Auftraggeberin überträgt der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer

☐ die in der Anlage Nr. 1 beschriebenen Leistungen

☐ folgende Leistungen

Grundleistungen:

Besondere Leistungen:

(2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat die von ihr bzw. ihm angefertigten Unterlagen als „Verfasserin“ bzw. „Verfasser“ zu unterzeichnen.

§ 2

Termine und Fristen

Für die Leistungen nach § 1 gelten folgende Termine bzw. Fristen:

§ 3

Vergütung

(1) Honorar für Leistungen nach § 1;		Euro
vgl. Anlage Nr. _____ (Vertragsbestandteil!)		
<input type="checkbox"/> Das Honorar wird als Berechnungshonorar vereinbart		
<input type="checkbox"/>	mit einem Festbetrag von	psch
<input type="checkbox"/>	mit einem vorläufigen Betrag von	
<input type="checkbox"/> Das Honorar wird frei vereinbart		
<input type="checkbox"/>	als Pauschalhonorar mit einem Festbetrag von	psch
<input type="checkbox"/>	als Zeithonorar mit einem Festbetrag von	psch
<input type="checkbox"/>	als Zeithonorar mit einem Höchstbetrag von	
<input type="checkbox"/>	als Zeithonorar nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf mit einem vorläufigen Betrag von	

Stundensätze werden vereinbart mit	
_____ Euro/h für die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer	
_____ Euro/h für die Projektleiterin bzw. den Projektleiter	
_____ Euro/h für techn./wissenschaftl. Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter	
_____ Euro/h für techn. Zeichnerinnen bzw. Zeichner u. sonst. Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter	
Zwischensumme	psch vorläufig
(2) Nebenkosten (§ 14 HOAI)	
<input type="checkbox"/> Die Nebenkosten werden nicht gesondert erstattet	
<input type="checkbox"/> Die Nebenkosten werden pauschal erstattet mit	
<input type="checkbox"/> Die Nebenkosten werden pauschal erstattet mit _____ v. H. des Honorars	
Zwischensumme	
(3) Gesamtvergütung (Summe aus (1) und (2))	Netto
	Umsatzsteuer _____ v. H.
	Brutto

§ 4

- (1) Es gelten die Bedingungen des vorgenannten Hauptvertrages.
- (2) Darüber hinaus unterliegt der Vertrag dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

- (3) ☐ Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat folgende Kosten einzuhalten:
- a) Für die Erstellung der Bauunterlage Baukosten in Höhe von ... €
 - b) Für die weitere Bearbeitung die mit der Bauunterlage genehmigten Kosten.
 - c) Die Kosten nach a) und b) stellen jeweils eine Kostenobergrenze dar und dürfen nicht überschritten werden. Sie werden entsprechend dem Index für die Bauwirt-

schaft/Ingenieurbau insgesamt des Statistischen Bundesamtes (...) = (...), Basis 2010=100 fortgeschrieben.

Die Kostenobergrenze wird als Beschaffenheit der von der Auftragnehmerin bzw. des vom Auftragnehmer geschuldeten Werkes vereinbart. Damit übernimmt sie bzw. er keine Baukostengarantie.

Wenn die Kostenobergrenze aus Gründen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, nicht eingehalten werden kann und wenn die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ihren bzw. seinen Hinweis- und Unterrichtungspflichten nach § 1 Abs. 7 AVB nachgekommen ist, werden von der Auftraggeberin keine Minderungs- und Regressansprüche geltend gemacht.

Hamburg, den

Rechtsverbindliche Unterschriften

Auftraggeberin:

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer:

Allgemeine Vertragsbestimmungen für Ingenieurleistungen (Vermessung)

Ausgabe 2015
(Hamburg)

- § 1 Allgemeine Pflichten der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 2 Verpflichtung bei Leistungen für Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Bauoberleitung
- § 3 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeberin, Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten
- § 4 Vertretung der Auftraggeberin durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer
- § 5 Auskunftspflicht Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 6 Herausgabeanspruch der Auftraggeberin
- § 7 Urheberrecht
- § 8 Zahlungen
- § 9 Abtretung
- § 10a Kündigung durch die Auftraggeberin
- § 10b Kündigung durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer
- § 11 Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen
- § 12 Haftpflichtversicherung
- § 13 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand
- § 14 Arbeitsgemeinschaft
- § 15 Werkvertragsrecht
- § 16 Schriftform
- § 17 Umsatzsteuer

§ 1 Allgemeine Pflichten der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

- (1) Die Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen.
- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat insbesondere zu beachten
das Bauhandbuch VV-Bau, die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - VOB - ,
die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) - VOL - .
- (3) Als Sachwalterin bzw. Sachwalter ihrer bzw. seiner Auftraggeberin darf die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten.
- (4) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat ihren bzw. seinen Leistungen die schriftlichen Anordnungen und Anregungen der Auftraggeberin zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen; sie bzw. er hat ihre bzw. seine Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit der Auftraggeberin abzustimmen.

Etwaige Forderungen von Dritten, insbesondere von Trägern öffentlicher Belange, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer unverzüglich der Auftraggeberin schriftlich mitzuteilen.

Die Haftung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer bzw. seiner Leistungen wird durch Anerkennung oder Zustimmung der Auftraggeberin nicht eingeschränkt.
- (5) Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unveränderter Aufgabenstellung und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.
- (6) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat die ihr bzw. ihm übertragenen Leistungen in ihrem bzw. seinem Büro zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin ist eine Unterbeauftragung zulässig.
- (7) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist bei der Bearbeitung der Leistungen an die von der Auftraggeberin anerkannte Planung gebunden. Wenn von der Auftraggeberin vor Leistungserbringung eine Kostenobergrenze mitgeteilt wurde, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer diese unter Einschluss aller planerischen Maßnahmen zur Optimierung des Planungskonzepts zu beachten.

Wird erkennbar, dass die von der Auftraggeberin anerkannten Kosten und die vereinbarten Termine bei der Verfolgung der bisherigen Planung oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung nicht eingehalten werden, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer die Auftraggeberin unverzüglich unter Darlegung der aus ihrer bzw. seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts zu unterrichten.

§ 2 Verpflichtung bei Leistungen für Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Bauoberleitung

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer und ihre bzw. seine mit der Ausführung der vertraglichen Leistungen befassten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter müssen sich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches (StGB) verpflichten lassen.

Der Einsatz anderer Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter als der besonders Verpflichteten darf nur nach deren Verpflichtung erfolgen. Der Auftraggeberin sind diese unverzüglich zu benennen.

§ 3 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeberin und Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

Der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer gegenüber ist nur die vertragsschließende Stelle weisungsbefugt, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist.

§ 4 Vertretung der Auftraggeberin durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer

- (1) Die Auftraggeberin bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht abgeben.
- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer darf Dritten ohne Einwilligung der Auftraggeberin keine Unterlagen aushändigen und keine Auskunft geben, die sich auf die Maßnahme beziehen.

§ 5 Auskunftspflicht der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin auf Anforderung über ihre bzw. seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung sowohl mündlich als auch schriftlich Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für abgeschlossen erklärt ist.

§ 6 Herausgabeanspruch der Auftraggeberin

- (1) Die von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen sind an die Auftraggeberin herauszugeben; sie werden deren Eigentum. Die der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen sind der Auftraggeberin spätestens nach Erfüllung ihres bzw. seines Auftrages zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.
- (2) Die von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellten Daten und die von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer erzeugten Daten sind vorläufig zu speichern und auf Anweisung der Auftraggeberin vollständig aus dem Datenverarbeitungssystem der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers zu löschen. Während der Auftragsbearbeitung ist eine Verwendung dieser Daten für andere Zwecke - auch für eigene der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers - nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin gestattet. Die Weitergabe der Daten an Dritte durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer ist nicht gestattet.

§ 7 Urheberrecht

- (1) Die Auftraggeberin darf die Unterlagen für die im Vertrag genannte Maßnahme ohne Mitwirkung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk. Die Auftraggeberin wird die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer vor wesentlichen Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werkes -soweit zumutbar- anhören. Die Auftraggeberin wird ihr Nutzungsinteresse mit dem Bestandsinteresse der bzw. des Urheberrechtsberechtigten abwägen und eine möglichst geringe Beeinträchtigung des Werkes der Baukunst anstreben.
- (2) Die Auftraggeberin hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers. Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin.

§ 8 Zahlungen

- (1) Auf Anforderung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers werden Abschlagszahlungen für die nachgewiesenen, vertragsgemäßen Leistungen einschließlich Umsatzsteuer gewährt.
- (2) Eine Teilschlusszahlung einschließlich Umsatzsteuer wird für in sich abgeschlossene vertragsgemäß erbrachte Grundleistungen gewährt, wenn dies im Vertrag vereinbart ist, die für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten feststehen und die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer eine prüfbare Rechnung eingereicht hat.

Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird alsbald nach Abnahme der Leistung sowie Prüfung und Feststellung der von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer vorgelegten prüffähigen Honorarschlussrechnung fällig, spätestens innerhalb von 30 Tagen nach Zugang. Eine prüffähige Rechnung im Sinne des § 15 Abs. 1 HOAI muss diejenigen Angaben enthalten, die nach dem geschlossenen Vertrag und der HOAI objektiv unverzichtbar sind, um die sachliche und rechnerische Überprüfung des Honorars zu ermöglichen. Einwendungen gegen die Prüf-

barkeit der Rechnung müssen unter Angabe der Gründe innerhalb der in Satz 1 genannten Frist von 30 Tagen erhoben werden, andernfalls kann sich die Auftraggeberin nicht mehr auf fehlende Prüfbarkeit berufen. Wenn die Rechnung nur in Teilen prüffähig ist, kann die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer die Zahlung des Guthabens verlangen, das unter Berücksichtigung eventueller Voraus- und Abschlagszahlungen bereits feststeht.

Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind im Original mit zwei Durchschriften einzureichen.

- (3) Wird nach Annahme der Schlusszahlung (Teilschlusszahlung) festgestellt, dass die Vergütung abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Das gleiche gilt bei Aufmaß-, Rechen- oder Übertragungsfehlern. Auftraggeberin und Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- (4) Im Falle einer Überzahlung hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet sie bzw. er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet sie bzw. er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB sowie eine Pauschale in Höhe von 40 Euro zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht berufen.
- (5) Die Verjährung der Honorarforderung beginnt grundsätzlich mit der Erteilung einer prüffähigen Schlussrechnung. Die Verjährung einer auf eine nicht prüffähige Honorarschlussrechnung gestützten Forderung beginnt spätestens, wenn die Frist von 30 Tagen abgelaufen ist, ohne dass die Auftraggeberin substantiierte Einwendungen gegen die Prüfbarkeit vorgebracht hat. Ist die Rechnung nur teilweise prüffähig, beginnt die Verjährung der Honorarschlussrechnung grundsätzlich erst mit der Erstellung einer insgesamt prüffähigen Schlussrechnung.

§ 9 Abtretung

Forderungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gegen die Auftraggeberin können ohne Zustimmung der Auftraggeberin nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt.

Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin gegen sie wirksam. §§ 398 ff BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

§ 10a Kündigung durch die Auftraggeberin

- (1) Die Auftraggeberin kann bis zur Vollendung der nachgefragten Leistung jederzeit den Vertrag kündigen. Die Kündigung ist schriftlich zu erklären.
- (2) Kündigt die Auftraggeberin aus einem Grund, den die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, so ist die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen. Sie bzw. er muss sich jedoch anrechnen lassen, was sie bzw. er infolge der Aufhebung des Vertrages an Kosten erspart oder durch anderweitige Verwendung ihrer bzw. seiner Arbeitskraft und ihres bzw. seines Unternehmens / Büros erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (§ 649 Satz 2, 2. Halbsatz BGB). Die ersparten Aufwendungen werden für die noch nicht erbrachten Leistungen auf 40 % festgelegt, es sei denn, geringere oder höhere ersparte Aufwendungen werden nachgewiesen.
- (3) Hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten. Der Schadensersatzanspruch der Auftraggeberin bleibt unberührt.
- (4) Bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses bleiben insbesondere die Ansprüche der Vertragsparteien aus den §§ 5 bis 7 unberührt.

§ 10b Kündigung durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer kann den Vertrag kündigen:
1. wenn die Auftraggeberin eine ihm obliegende Handlung unterlässt und dadurch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer außerstande setzt, die Leistung auszuführen (Annahmeverzug nach §§ 293 ff. BGB),
 2. wenn die Auftraggeberin eine fällige Zahlung nicht leistet oder sonst in Schuldnerverzug gerät.
- (2) Die Kündigung ist schriftlich zu erklären. Sie ist erst zulässig, wenn die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer der Auftraggeberin ohne Erfolg eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass sie bzw. er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde.
- (3) Die bis zur Kündigung erbrachten vertraglichen Leistungen sind nach den vertraglich vereinbarten Vergütungsregelungen abzurechnen. Etwaige weitergehende Ansprüche der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers bleiben unberührt.
- Für die ersparten Aufwendungen für die nicht erbrachten, vertraglichen Leistungen gilt § 10 a Abs. 2 Satz 3 entsprechend.

§ 11 Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen

- (1) Mängelansprüche der Auftraggeberin richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Haftet die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen die allgemein anerkannten Regeln der Technik oder sonstiger schuldhafter Verletzung ihrer bzw. seiner Vertragspflichten, so hat sie bzw. er vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Schäden in voller Höhe zu ersetzen. Im übrigen haftet sie bzw. er für jede Pflichtverletzung bis zur Höhe der tatsächlich abgeschlossenen Haftpflichtversicherung, mindestens bis zur Höhe der im Vertrag vereinbarten Deckungssummen der Haftpflichtversicherung.
- (3) Die Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 12 Haftpflichtversicherung

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer muss eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen. Sie bzw. er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssumme besteht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.
- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen der Auftraggeberin. Die Auftraggeberin kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.
- (3) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

§ 13 Erfüllungsort und Gerichtsstand

- (1) Es gilt deutsches Recht.
- (2) Erfüllungsort und - unter der Voraussetzung des § 38 ZPO - Gerichtsstand für beide Parteien ist Hamburg.

§ 14 Arbeitsgemeinschaft

- (1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung.

Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Auftraggeberin gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber der Auftraggeberin unwirksam.
- (2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.
- (3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für die Auftraggeberin ausschließlich an die im Vertrag genannte Vertreterin bzw. den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

§ 15 Werkvertragsrecht

Die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff BGB) finden ergänzend Anwendung.

§ 16 Schriftform

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

§ 17 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist gemäß Umsatzsteuergesetz in Abschlagsrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Hinweise zum Muster - Architektenvertrag

1. Anwendungsbereich

Der Anwendungsbereich für den "Muster-Architektenvertrag" umfasst Leistungen für baugestalterische Beratungen.

- Mitwirkung der Architektin bzw. des Architekten bei der Gestaltung von Brücken
- Mitwirkung der Architektin bzw. des Architekten bei weiteren Objekten des Tiefbaus
 - Straßen und Plätze
 - Freiflächen
 - Schnellbahnhaltstellen

2. Der Architektenvertrag ist wie folgt vorzubereiten:

2.1 Vorblatt

Auf dem Vorblatt sind die Auftraggeberin und die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer mit der vollständigen Bezeichnung unter Angabe der vertretungsberechtigten Person eindeutig und unmissverständlich zu nennen.

2.2 Bestandteile des Vertrages (§ 2 des Musters)

Die Anlage zum Architektenvertrag "Leistungen der Architektin bzw. des Architekten bei Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen" (§ 2 Nr. 1).

Die "Allgemeinen Vertragsbestimmungen für Architektenleistungen bei Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen sind als Vertragsbestandteil unter § 2 Nr. 2 aufgeführt. Sie dürfen grundsätzlich nicht geändert werden.

2.3 Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers (§ 3 des Musters)

Zum Leistungsumfang ist Bezug zu nehmen auf die Anlage zum Architektenvertrag. Die darin aufgeführten Kennziffern der zu beauftragenden Leistungen sind einzutragen. Dabei ist folgendes zu berücksichtigen:

Grundlagenermittlung, Vorplanung und Entwurfsplanung werden immer beauftragt (47 %), im Regelfall zusätzlich auch die Ausführungsplanung (Bewertung der Grundleistungen insgesamt: 62 %).

Leistungen, die nach Aufwand abgerechnet werden sollen, sind entsprechend aufzuführen.

2.4 Vergütung (§ 7 des Musters)

Im Absatz 1 ist durch Ankreuzen zu bestimmen, ob das Honorar als Pauschalhonorar oder als Zeithonorar festgelegt werden soll.

Wird ein Zeithonorar vereinbart, so ist die zutreffende Alternative anzukreuzen.

Im Absatz 2 ist anzukreuzen, ob und wie Nebenkosten abgegolten werden sollen.

Die Notwendigkeit für die Erstattung von Nebenkosten ist aktenkundig zu machen.

2.5 Haftpflichtversicherung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers (§ 8 des Musters)

Abweichend von den üblichen Regelungen im Muster-Ingenieurvertrag gelten einheitliche Deckungssummen für die Haftpflichtversicherung. Für Einzelobjekte mit besonders hohem Risiko sind entweder in Abstimmung mit dem zuständigen Rechtsamt/Rechtsabteilung die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung im Vertragsmuster anzuheben oder der Abschluss einer Objektversicherung zu vereinbaren.

2.6 Veröffentlichungs- und Rücktrittsklausel (§ 9 des Musters)

Der Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Dementsprechend enthält er eine Veröffentlichungsklausel, die dem Auftragnehmer deutlich machen soll, dass er – unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen des HmbTG – nach Vertragsabschluss mit der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister rechnen muss.

Für den Fall der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister ist das hierfür in § 9 des Musters zum Hauptvertrag bzw. § 4 des Musters zum Zusatzvertrag vorgesehene Kästchen anzukreuzen.

Des Weiteren beinhaltet der Vertrag eine Rücktrittsklausel, die der Auftraggeberin das Recht einräumt, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurückzutreten.



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

ARCHITEKTENVERTRAG

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch

als Auftraggeberin

und

als Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

Inhalt:

§ 1	Gegenstand des Vertrages
§ 2	Bestandteile des Vertrages
§ 3	Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
§ 4	Leistungen der Auftraggeberin
§ 5	Leistungen fachlich Beteiligter
§ 6	Termine und Fristen
§ 7	Vergütung
§ 8	Haftpflichtversicherung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
§ 9	Ergänzende Vereinbarungen

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Gegenstand dieses Vertrages ist:
(genaue Bezeichnung der Maßnahme)

§ 2

Bestandteile des Vertrages

Bestandteile dieses Vertrages sind:

1. Anlage: Leistungen der Architektin bzw. des Architekten bei Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen
2. Allgemeine Vertragsbestimmungen für Architektenleistungen bei Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen (AVB-Architektur) Hamburg, Fassung 2015
3. Folgende besondere Technischen Bedingungen und Richtlinien:

Die Vertragsbestandteile zu den Ziffern 2 und 3 können von der Auftraggeberin abgefordert werden.

§ 3

Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

- (1) Die Auftraggeberin überträgt der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer gem. Anlage folgende Leistungen:
- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat die von ihr bzw. ihm angefertigten Unterlagen als „Verfasserin“ bzw. „Verfasser“ zu unterzeichnen.

§ 4

Leistungen der Auftraggeberin

Folgende Leistungen werden von der Auftraggeberin erbracht:

§ 5

Leistungen fachlich Beteiligter

Folgende Leistungen werden von den nachstehend genannten fachlich Beteiligten erbracht und sind von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer mit ihren bzw. seinen Leistungen abzustimmen und in diese einzuarbeiten:

§ 6

Termine und Fristen

- (1) Für die Leistungen nach § 3 gelten folgende Termine bzw. Fristen:
- (2) Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer dies mit Nennung der Gründe der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 7

Vergütung

(1) Das Honorar für Leistungen nach § 3 (1)

<input type="checkbox"/> wird für Leistungen gem. Buchstabe A der Anlage vereinbart als		
Pauschalhonorar		Euro
<input type="checkbox"/> wird für Leistungen gem. Buchstabe B und C der Anlage frei vereinbart als		
<input type="checkbox"/> Zeithonorar mit einem Festbetrag von	pauschal	Euro
<input type="checkbox"/> Zeithonorar mit einem Höchstbetrag von	vorläufig	Euro
<input type="checkbox"/> Zeithonorar nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf	vorläufig	Euro
Stundensätze werden vereinbart mit		
Euro/h für die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer		
Euro/h für die Projektleiterin bzw. den Projektleiter		
Euro/h für techn./wissenschaftl. Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter		
Euro/h für techn. Zeichnerinnen bzw. Zeichner u. sonstige Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter		
zuzüglich Umsatzsteuer v.H.		<u> </u> Euro
Honorar		<u> </u> Euro
in Worten:		Euro.

(2) Nebenkosten (§ 14 HOAI) werden

<input type="checkbox"/> nicht erstattet		
<input type="checkbox"/> auf Nachweis erstattet		
<input type="checkbox"/> pauschal für Leistungen erstattet gem. Buchstabe A der Anlage		
mit v.H. des Honorars	pauschal	Euro
<input type="checkbox"/> für Leistungen erstattet gem. Buchstabe B und C der Anlage		
mit v.H. des Honorars	<input type="checkbox"/> vorläufig	Euro
	<input type="checkbox"/> pauschal	Euro
zuzüglich Umsatzsteuer v.H.		Euro
Summe		Euro
in Worten:		Euro.

(3) Gesamtvergütung [Summe (1) bis (2)]	Euro
in Worten:	Euro.

§ 8

Haftpflichtversicherung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

Die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung nach § 12 der Allgemeinen Vertragsbestimmungen für Architektenleistungen bei Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen in Hamburg müssen mindestens betragen für:

- | | |
|-----------------------------|--------------|
| a) Personenschäden: | 500.000 Euro |
| b) sonstige Schäden: | 150.000 Euro |

§ 9

Ergänzende Vereinbarungen

- (1) Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.

Der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren bzw. seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

- (2) Für Leistungen der Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Bauoberleitung gilt: Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer wird im Rahmen dieses Auftrages auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer bzw. seiner Obliegenheiten gesondert verpflichtet, sofern sie bzw. er nicht bereits von einer zuständigen Stelle der Freien und Hansestadt Hamburg nach dem Verpflichtungsgesetz verpflichtet wurde und diese Verpflichtung zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses noch wirksam ist. Sofern eine Verpflichtung zwar bereits erfolgt und bei Vertragsschluss noch wirksam ist, deren Geltung aber während der voraussichtlichen Dauer des dem Vertrag zugrunde liegenden Auftrages endet, ist die Verpflichtung erneut vorzunehmen.

Dazu benennt sie bzw. er der Auftraggeberin den/die Namen der mit der Auftragsbearbeitung betrauten Person(en) wie folgt:

Name	Geltungsdauer der ggf. vorliegenden Verpflichtung
------	---

Sofern die benannten Personen bereits von der Freien und Hansestadt Hamburg verpflichtet wurden und die Verpflichtungen noch für den Zeitraum, den die Durchführung des Vertrages voraussichtlich in Anspruch nehmen wird, gültig sind, sind Kopien der Niederschriften über die erfolgten Verpflichtungen bei der für die Verpflichtung zuständigen Stelle einzureichen.

- (3) Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

- (4) ☐ Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat folgende Kosten einzuhalten:
- a) Für die Erstellung der Bauunterlage Baukosten in Höhe von €
 - b) Für die weitere Bearbeitung die mit der Bauunterlage genehmigten Kosten.
 - c) Die Kosten nach a) und b) stellen jeweils eine Kostenobergrenze dar und dürfen nicht überschritten werden. Sie werden entsprechend dem Index für die Bauwirtschaft/Ingenieurbau insgesamt des Statistischen Bundesamtes () = (), Basis 2010=100 fortgeschrieben.

Die Kostenobergrenze wird als Beschaffenheit des von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer geschuldeten Werkes vereinbart. Damit übernimmt sie bzw. er keine Baukostengarantie.

Wenn die Kostenobergrenze aus Gründen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, nicht eingehalten werden kann und wenn die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ihren bzw. seinen Hinweis- und Unterrichtungspflichten nach § 1 Abs. 8 AVB nachgekommen ist, werden von der Auftraggeberin keine Minderungs- und Regressansprüche geltend gemacht.

Rechtsverbindliche Unterschriften

Hamburg, den

Auftraggeberin:

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer:



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

NACHTRAGS - ARCHITEKTENVERTRAG

zum Hauptvertrag Nr.: vom:

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch

als Auftraggeberin

und

als Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

§ 1

Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

Die Auftraggeberin überträgt der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer folgende Leistungen:

§ 2

Termine und Fristen

Für die Leistungen nach § 1 gelten folgende Termine bzw. Fristen:

§ 3

Vergütung

(1) Das Honorar für Leistungen nach § 1

wird für Leistungen gem. Buchstabe A der Anlage zum Hauptvertrag vereinbart als

☐ Pauschalhonorar _____ EUR

wird für Leistungen gem. Buchstabe B und C der Anlage zum Hauptvertrag frei vereinbart als

<input type="checkbox"/>	Zeithonorar mit einem Festbetrag von	pauschal	EUR
<input type="checkbox"/>	Zeithonorar mit einem Höchstbetrag von	vorläufig	EUR
<input type="checkbox"/>	Zeithonorar nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf	vorläufig	EUR

Stundensätze werden vereinbart mit

EUR/h für die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer
EUR/h für die Projektleiterin bzw. den Projektleiter
EUR/h für techn./wissenschaftl. Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter
EUR/h für techn. Zeichnerinnen bzw. Zeichner u. sonstige Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter

zuzüglich Umsatzsteuer v.H. _____EUR

Honorar _____EUR

in Worten: Euro.

(2) Nebenkosten (§ 14 HOAI) werden

- ☐ nicht erstattet
☐ auf Nachweis erstattet
☐ pauschal für Leistungen erstattet gem. Buchstabe A der Anlage
zum Hauptvertrag mit v.H. des Honorars pauschal EUR
☐ für Leistungen erstattet gem. Buchstabe B und C der Anlage
zum Hauptvertrag mit v.H. des Honorars ☐ vorläufig EUR
☐ pauschal EUR
- zuzüglich Umsatzsteuer v.H. _____ EUR

(3) **Gesamtvergütung** [Summe (1) bis (2)] _____ EUR

in Worten: Euro.

§ 4

(1) Es gelten die Bedingungen des vorgenannten Hauptvertrages.

(2) Darüber hinaus unterliegt der Vertrag dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

(3) ☐ Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat folgende Kosten einzuhalten:

- a) Für die Erstellung der Bauunterlage Baukosten in Höhe von _____ €.
- b) Für die weitere Bearbeitung die mit der Bauunterlage genehmigten Kosten.
- c) Die Kosten nach a) und b) stellen jeweils eine Kostenobergrenze dar und dürfen nicht überschritten werden. Sie werden entsprechend dem Index für die Bauwirtschaft/Ingenieurbau insgesamt des Statistischen Bundesamtes () = (), Basis 2010=100 fortgeschrieben.

Die Kostenobergrenze wird als Beschaffenheit des von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer geschuldeten Werkes vereinbart. Damit übernimmt sie bzw. er keine Baukostengarantie.

Wenn die Kostenobergrenze aus Gründen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, nicht eingehalten werden kann und wenn die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ihren bzw. seinen Hinweis- und Unterrichtungspflichten nach § 1 Abs. 8 AVB nachgekommen ist, werden von der Auftraggeberin keine Minderungs- und Regressansprüche geltend gemacht.

Hamburg, den

Rechtsverbindliche Unterschriften

Auftraggeberin:

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer:

Allgemeine Vertragsbestimmungen für Architektenleistungen bei Ingenieurbauwerken und Verkehrsanlagen (AVB-Architektur)

Ausgabe 2015
(Hamburg)

- § 1 Allgemeine Pflichten der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 2 Verpflichtung bei Leistungen für Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Bauoberleitung
- § 3 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeberin, Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten
- § 4 Vertretung der Auftraggeberin durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer
- § 5 Auskunftspflicht der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 6 Herausgabeanspruch der Auftraggeberin
- § 7 Urheberrecht
- § 8 Zahlungen
- § 9 Abtretung
- § 10a Kündigung durch die Auftraggeberin
- § 10b Kündigung durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer
- § 11 Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen
- § 12 Haftpflichtversicherung
- § 13 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand
- § 14 Arbeitsgemeinschaft
- § 15 Werkvertragsrecht
- § 16 Schriftform
- § 17 Umsatzsteuer

§ 1 Allgemeine Pflichten der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

- (1) Die Leistungen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen sowie den örtlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Das technische und vertragliche Regelwerk gilt in der bei Vertragsabschluss gültigen Fassung.

- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat insbesondere zu beachten das Bauhandbuch VV-Bau, die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen - VOB -, die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (ausgenommen Bauleistungen) - VOL -.

- (3) Als Sachwalterin bzw. Sachwalter ihrer bzw. seiner Auftraggeberin darf die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten.

- (4) Weder die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer noch eine der in § 16 VgV genannten Personen dürfen in einem von ihr bzw. ihm vertragsgemäß betreuten Vergabeverfahren für eine Bewerberin bzw. einen Bewerber oder Bieterin bzw. Bieter tätig sein. Dies gilt für alle Vergabeverfahren oberhalb und unterhalb der in der VgV festgelegten Schwellenwerte für EG-Vergabeverfahren.

- (5) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat ihren bzw. seinen Leistungen die schriftlichen Anordnungen und Anregungen der Auftraggeberin zugrunde zu legen und etwaige Bedenken hiergegen der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitzuteilen; sie bzw. er hat ihre bzw. seine Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit der Auftraggeberin und den anderen fachlich Beteiligten (vgl. § 3) abzustimmen.

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob ihren bzw. seinen Leistungen öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen.

Etwaige Forderungen von Dritten, insbesondere von Trägerinnen bzw. Trägern öffentlicher Belange, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer unverzüglich der Auftraggeberin schriftlich mitzuteilen.

Die Haftung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers für die Richtigkeit und Vollständigkeit ihrer bzw. seiner Leistungen wird durch Anerkennung oder Zustimmung der Auftraggeberin nicht eingeschränkt.

- (6) Nicht vereinbarte Leistungen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftraggeber zur Herstellung der baulichen Anlage fordert, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer mit zu übernehmen; die Vergütung hierfür hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer vor Leistungsbeginn mit der Auftraggeberin zu vereinbaren. Das gleiche gilt für Änderungen der vereinbarten Leistung; in solchen Fällen richtet sich das Honorar nach den Ermittlungsgrundlagen der vereinbarten Leistung. Notwendige Überarbeitungen der Unterlagen bei unveränderter Aufgabenstellung und bei nur unwesentlich veränderten Forderungen begründen keinen Anspruch auf zusätzliche Vergütung.

- (7) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat die ihr bzw. ihm übertragenen Leistungen in ihrem bzw. seinem Büro zu erbringen. Nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin ist eine Unterbeauftragung zulässig.

- (8) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist bei der Bearbeitung der Leistungen an die von der Auftraggeberin anerkannte Planung gebunden. Wenn von der Auftraggeberin vor Leistungserbringung eine Kostenobergrenze mitgeteilt wurde, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer diese unter Einschluss aller planerischen Maßnahmen zur Optimierung des Planungskonzepts zu beachten.

Wird erkennbar, dass die von der Auftraggeberin anerkannten Kosten und die vereinbarten Termine bei der Verfolgung der bisherigen Planung oder nach dem Ergebnis der Ausschreibung einer Leistung nicht eingehalten werden, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer die Auftraggeberin unverzüglich unter Darlegung der aus ihrer bzw. seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten und deren Auswirkungen auf Kosten, Termine und Wirtschaftlichkeit des Objekts zu unterrichten.

§ 2 Verpflichtung bei Leistungen für Ausschreibung, Vergabe, Bauüberwachung und Bauoberleitung

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer und ihre bzw. seine mit der Ausführung der vertraglichen Leistungen befassten Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter müssen sich auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten gemäß § 1 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 Nr. 4 des Strafgesetzbuches (StGB) verpflichten lassen.

Der Einsatz anderer Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter als der besonders Verpflichteten darf nur nach deren Verpflichtung erfolgen. Dem Auftraggeber sind diese unverzüglich zu benennen.

§ 3 Zusammenarbeit zwischen Auftraggeberin, Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer und anderen fachlich Beteiligten

- (1) Der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer gegenüber ist nur die vertragsschließende Stelle weisungsbefugt, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist.
- (2) Die Auftraggeberin unterrichtet die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer rechtzeitig über die Leistungen, die andere fachlich Beteiligte zu erbringen haben und über die mit diesen vereinbarten Termine/Fristen.
- (3) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- (4) Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer und den anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer unverzüglich schriftlich die Entscheidung der Auftraggeberin herbeizuführen.

§ 4 Vertretung der Auftraggeberin durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist zur Wahrung der Rechte und Interessen der Auftraggeberin im Rahmen der ihr bzw. ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Sie bzw. er hat der Auftraggeberin unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt der Auftraggeberin.
- (2) Die Auftraggeberin bindende Erklärungen, insbesondere solche mit finanziellen Verpflichtungen, darf die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht abgeben. Dies gilt auch für den Abschluss, die Änderung und Ergänzung von Verträgen sowie für die Vereinbarung neuer Preise.
- (3) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer darf unbeschadet § 3 Abs. 3 Dritten ohne Einwilligung der Auftraggeberin keine Unterlagen aushändigen und keine Auskunft geben, die sich auf die Baumaßnahme beziehen.

§ 5 Auskunftspflicht der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin auf Anforderung über ihre bzw. seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung sowohl mündlich als auch schriftlich Auskunft zu erteilen, bis das Rechnungsprüfungsverfahren für die Baumaßnahme für abgeschlossen erklärt ist.

§ 6 Herausgabeanspruch der Auftraggeberin

Die von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen - Pläne oder Zeichnungen als Transparentpausen, Unterlagen in digitaler Form - sind an die Auftraggeberin herauszugeben; sie werden deren Eigentum. Die der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer überlassenen Unterlagen sind der Auftraggeberin spä-

testens nach Erfüllung ihres bzw. seines Auftrages zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

§ 7 Urheberrecht

- (1) Die Auftraggeberin darf die Unterlagen für die im Vertrag genannte Baumaßnahme ohne Mitwirkung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers nutzen und ändern; dasselbe gilt auch für das ausgeführte Werk. Die Auftraggeberin wird die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer vor wesentlichen Änderungen eines nach dem Urheberrecht geschützten Werkes -soweit zumutbar- anhören. Die Auftraggeberin wird ihr Nutzungsinteresse mit dem Bestandsinteresse der bzw. des Urheberrechtsberechtigten abwägen und eine möglichst geringe Beeinträchtigung des Werkes der Baukunst anstreben.
- (2) Die Auftraggeberin hat das Recht zur Veröffentlichung unter Namensangabe der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers. Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Auftraggeberin.

§ 8 Zahlungen

- (1) Auf Anforderung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers werden Abschlagszahlungen für die nachgewiesenen, vertragsgemäßen Leistungen einschließlich Umsatzsteuer gewährt.
- (2) Eine Teilschlusszahlung einschließlich Umsatzsteuer wird für in sich abgeschlossene vertragsgemäß erbrachte Grundleistungen gewährt, wenn dies im Vertrag vereinbart ist, die für die Berechnung des Honorars maßgebenden anrechenbaren Kosten feststehen und die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer eine prüfbare Rechnung eingereicht hat.

Der Anspruch auf die Schlusszahlung wird alsbald nach Abnahme der Leistung sowie Prüfung und Feststellung der von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer vorgelegten prüffähigen Honorarschlussrechnung fällig, spätestens innerhalb von 30 Tagen nach Zugang. Eine prüffähige Rechnung im Sinne des § 15 Abs. 1 HOAI muss diejenigen Angaben enthalten, die nach dem geschlossenen Vertrag und der HOAI objektiv unverzichtbar sind, um die sachliche und rechnerische Überprüfung des Honorars zu ermöglichen. Einwendungen gegen die Prüfbarkeit der Rechnung müssen unter Angabe der Gründe innerhalb der in Satz 1 genannten Frist von 30 Tagen erhoben werden, andernfalls kann sich die Auftraggeberin nicht mehr auf fehlende Prüfbarkeit berufen. Wenn die Rechnung nur in Teilen prüffähig ist, kann die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer die Zahlung des Guthabens verlangen, das unter Berücksichtigung eventueller Voraus- und Abschlagszahlungen bereits feststeht.

Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind im Original mit zwei Durchschriften einzureichen.

- (3) Wird nach Annahme der Schlusszahlung (Teilschlusszahlung) festgestellt, dass die Vergütung abweichend vom Vertrag oder aufgrund unzutreffender anrechenbarer Kosten ermittelt wurde, so ist die Abrechnung zu berichtigen. Das gleiche gilt bei Aufmaß-, Rechen- oder Übertragungsfehlern. Auftraggeberin und Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich danach ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- (4) Im Falle einer Überzahlung hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten.
Leistet sie bzw. er innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens nicht, befindet sie bzw. er sich ab diesem Zeitpunkt mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug und hat Verzugszinsen in Höhe von 9 % über dem Basiszinssatz des § 247 BGB sowie eine Pauschale in Höhe von 40 Euro zu zahlen.
Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht berufen.
- (5) Die Verjährung der Honorarforderung beginnt grundsätzlich mit der Erteilung einer prüffähigen Schlussrechnung. Die Verjährung einer auf eine nicht prüffähige Honorarschlussrechnung gestützten Forderung beginnt spätestens, wenn die Frist von 30 Tagen abgelaufen ist, ohne dass die Auftraggeberin substantiierte Einwendungen gegen die Prüfbarkeit vorgebracht hat. Ist die

Rechnung nur teilweise prüffähig, beginnt die Verjährung der Honorarschlussrechnung grundsätzlich erst mit der Erstellung einer insgesamt prüffähigen Schlussrechnung.

§ 9 Abtretung

Forderungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gegen die Auftraggeberin können ohne Zustimmung der Auftraggeberin nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt.

Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin gegen sie wirksam. §§ 398 ff BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

§ 10a Kündigung durch die Auftraggeberin

- (1) Die Auftraggeberin kann bis zur Vollendung der nachgefragten Leistung jederzeit den Vertrag kündigen. Die Kündigung ist schriftlich zu erklären.
- (2) Kündigt die Auftraggeberin aus einem Grund, den die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, so ist die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer berechtigt, die vereinbarte Vergütung zu verlangen. Sie bzw. er muss sich jedoch anrechnen lassen, was sie bzw. er infolge der Aufhebung des Vertrags an Kosten erspart oder durch anderweitige Verwendung ihrer bzw. seiner Arbeitskraft und ihres bzw. seines Unternehmens / Büros erwirbt oder zu erwerben böswillig unterlässt (§ 649 Satz 2, 2. Halbsatz BGB). Die ersparten Aufwendungen werden für die noch nicht erbrachten Leistungen auf 40 % festgelegt, es sei denn, geringere oder höhere ersparte Aufwendungen werden nachgewiesen.
- (3) Hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer den Kündigungsgrund zu vertreten, so sind nur die bis dahin vertragsgemäß erbrachten, in sich abgeschlossenen und nachgewiesenen Leistungen zu vergüten und die für diese nachweisbar entstandenen notwendigen Nebenkosten zu erstatten. Der Schadensersatzanspruch der Auftraggeberin bleibt unberührt.
- (4) Bei einer vorzeitigen Beendigung des Vertragsverhältnisses bleiben insbesondere die Ansprüche der Vertragsparteien aus den §§ 5 bis 7 unberührt.

§ 10b Kündigung durch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer kann den Vertrag kündigen:
 1. wenn die Auftraggeberin eine ihr obliegende Handlung unterlässt und dadurch die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer außerstande setzt, die Leistung auszuführen (Annahmeverzug nach §§ 293 ff. BGB),
 2. wenn die Auftraggeberin eine fällige Zahlung nicht leistet oder sonst in Schuldnerverzug gerät.
- (2) Die Kündigung ist schriftlich zu erklären. Sie ist erst zulässig, wenn die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer der Auftraggeberin ohne Erfolg eine angemessene Frist zur Vertragserfüllung gesetzt und erklärt hat, dass sie bzw. er nach fruchtlosem Ablauf der Frist den Vertrag kündigen werde.
- (3) Die bis zur Kündigung erbrachten vertraglichen Leistungen sind nach den vertraglich vereinbarten Vergütungsregelungen abzurechnen. Etwaige weitergehende Ansprüche der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers bleiben unberührt.

Für die ersparten Aufwendungen für die nicht erbrachten, vertraglichen Leistungen gilt § 10 a Abs. 2 Satz 3 entsprechend.

§ 11 Haftung und Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen

- (1) Mängelansprüche der Auftraggeberin richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist.

- (2) Haftet die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen die allgemein anerkannten Regeln der Technik oder sonstiger schuldhafter Verletzung ihrer bzw. seiner Vertragspflichten, so hat sie bzw. er den Schaden an der baulichen Anlage und die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten anderen Schäden in voller Höhe zu ersetzen. Im übrigen haftet sie bzw. er für jede Pflichtverletzung bis zur Höhe der tatsächlich abgeschlossenen Haftpflichtversicherung, mindestens bis zur Höhe der im Vertrag vereinbarten Deckungssummen der Haftpflichtversicherung.
- (3) Die Verjährung von Mängel- und Schadensersatzansprüchen richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 12 Haftpflichtversicherung

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer muss eine Berufshaftpflichtversicherung nachweisen. Sie bzw. er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssumme besteht. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für jedes Mitglied bestehen.
- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen der Auftraggeberin. Die Auftraggeberin kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.
- (3) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht.

§ 13 Erfüllungsort, Streitigkeiten, Gerichtsstand

- (1) Es gilt deutsches Recht.
- (2) Erfüllungsort für die Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers ist die Baustelle, soweit diese Leistungen dort zu erbringen sind, im Übrigen der Sitz der vertragsschließenden Stelle.
- (3) Bei Streitigkeiten aus dem Vertrag soll die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer zunächst die vorgesetzte Dienststelle anrufen.
- (4) Soweit die Voraussetzungen gem. § 38 der Zivilprozeßordnung (ZPO) vorliegen, richtet sich der Gerichtsstand für Streitigkeiten nach dem Sitz der für die Prozessvertretung der Auftraggeberin zuständigen Stelle.

§ 14 Arbeitsgemeinschaft

- (1) Sofern eine Arbeitsgemeinschaft Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer ist, übernimmt das mit der Vertretung beauftragte, im Vertrag genannte Mitglied die Federführung.

Es vertritt alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Auftraggeberin gegenüber. Beschränkungen seiner Vertretungsbefugnis, die sich aus dem Arbeitsgemeinschaftsvertrag ergeben, sind gegenüber der Auftraggeberin unwirksam.
- (2) Für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen haftet jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft auch nach deren Auflösung gesamtschuldnerisch.
- (3) Die Zahlungen werden mit befreiender Wirkung für die Auftraggeberin ausschließlich an die im Vertrag genannte Vertreterin bzw. den im Vertrag genannten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach deren bzw. dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

§ 15 Werkvertragsrecht

Die Bestimmungen über den Werkvertrag (§§ 631 ff BGB) finden ergänzend Anwendung.

§ 16 Schriftform

Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.

§ 17 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer ist gemäß Umsatzsteuergesetz in Abschlagsrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.



Freie und Hansestadt Hamburg

**Leistungsbild Ingenieurleistungen
bei der Objektplanung von Verkehrsanlagen
des Straßenverkehrs
(LB – Straßen)**

Inhalt

1. Anwendungsbereich	3
2. Systematik und Aufbau	3
3. Begriffsbestimmungen	3
4. Grundlagen für den Auftrag	4
5. Leistungen des Auftragnehmers (AN)	4
6. Leistungsphasen	4
7. Anrechenbare Kosten	5
8. Honorarzonen	9
9. Grundlagen des Honorars	9
10. Koordinierungs- und Einarbeitungsaufwand	9
11. Beauftragung von Einzelleistungen, Wiederholung von Grundleistungen, Auftrag für mehrere Objekte ..	9
12. Planen und Bauen im Bestand	9
13. Absteckpläne	10
14. Nebenkosten	10
15. Quellenangaben	10
Anhang A: Leistungsphasen - Stadtstraßen	11
Tabelle A1: Grundlagenermittlung (Leistungsphase 1)	11
Tabelle A2: Vorplanung (Leistungsphase 2)	12
Tabelle A3: Entwurfsplanung (Leistungsphase 3)	13
Tabelle A4: Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4)	15
Tabelle A5: Ausführungsplanung (Leistungsphase 5)	16
Tabelle A6: Vorbereiten der Vergabe (Leistungsphase 6)	17
Tabelle A7: Mitwirkung bei der Vergabe (Leistungsphase 7)	18
Tabelle A8: Bauoberleitung (Leistungsphase 8)	19
Tabelle A9: Objektbetreuung und Dokumentation (Leistungsphase 9)	20
Anhang B: Leistungsphasen - Bundesfernstraßen	21
Tabelle B1: Grundlagenermittlung (Leistungsphase 1)	21
Tabelle B2: Vorplanung (Leistungsphase 2)	22
Tabelle B3: Entwurfsplanung (Leistungsphase 3)	23
Tabelle B4: Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4)	25
Tabelle B5: Ausführungsplanung (Leistungsphase 5)	26
Tabelle B6: Vorbereiten der Vergabe (Leistungsphase 6)	27
Tabelle B7: Mitwirkung bei der Vergabe (Leistungsphase 7)	28
Tabelle B8: Bauoberleitung (Leistungsphase 8)	29
Tabelle B9: Objektbetreuung (Leistungsphase 9)	30

1. Anwendungsbereich

Grundlage der Beauftragung von Ingenieurleistungen für die Objektplanung von Verkehrsanlagen des Straßenverkehrs in Hamburg ist die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) vom 10. Juli 2013 [1] sowie die ergänzenden Regelungen dieses Leistungsbildes.

Das LB-Straßen ist Bestandteil des Vergabehandbuches freiberuflicher Leistungen des Ingenieurbaus (VHBF-I). Es dient der Konkretisierung ausgewählter Einzelthemen bei der Honorarermittlung.

Für im Einzelfall erforderlich werdende Leistungen, die in diesem Leistungsbild nicht enthalten sind und die nicht zu den Grundleistungen (vgl. § 47 HOAI in Verbindung mit Anlage 13 Nummer 13.1) gezählt werden können, ist das Honorar frei zu vereinbaren.

2. Systematik und Aufbau

Die im Text mit **Randstrich** gekennzeichneten Absätze werden Vertragsbestandteil. Bei den nicht gekennzeichneten Teilen des LB-Straßen handelt es sich um Hinweise.

3. Begriffsbestimmungen

Es gilt § 2 HOAI.

Zusätzlich gelten folgende Begriffsbestimmungen:

Straßenbauobjekt

Das Straßenbauobjekt wird begrenzt durch die Planungs-, die Ausbaugrenzen sowie die Straßenbegrenzungslinien. Es ist in der Tiefe durch die untere Kante des jeweiligen Kunstbauwerks (Ober- bzw. Unterbau) begrenzt.

Objektfläche

Oberfläche des Straßenbauobjekts.

Planungsgrenze

Abgegrenzter Bereich innerhalb der Straßenbegrenzungslinie, der durch eine Planung unmittelbar gestaltet wird. Dieser ist so zu wählen, dass die Zielsetzung des Planungsauftrags erreicht wird.

Ausbaugrenze

Abgegrenzter Bereich innerhalb der Straßenbegrenzungslinie, in dem Bauarbeiten realisiert werden. Arbeiten Dritter (z.B. Leitungsgesellschaften) sind für diese Definition nicht bestimmend.

Planen und Bauen im Bestand – Umbauzuschlag

In § 6 Abs. 2 HOAI ist geregelt, wie das Honorar für Leistungen bei Umbau (§ 2 Abs. 5 HOAI) und Modernisierungen (§ 2 Abs. 6 HOAI) zu ermitteln ist. Bei einem durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad kann ein Umbauzuschlag bis 33% schriftlich vereinbart werden (§ 48 Abs. 5 HOAI). Diese Absenkung des Höchstwertes (bisher 80%) wird durch die angemessene Berücksichtigung der mitzuverarbeitenden Bausubstanz bei der Ermittlung der anrechenbaren Kosten (§ 4 Abs. 3 HOAI) kompensiert.

4. Grundlagen für den Auftrag

Der Auftraggeber (AG) stellt als Grundlage für die Arbeit des Auftragnehmers (AN) Folgendes zur Verfügung:

- Bestandspläne gemäß Normierungskatalog [4],
- eine Auflistung der betreffenden Ver- und Entsorgungsunternehmen mit dazugehörigen Anschriften,
- das Ergebnis der Abfrage bei der Gefahrenerkundung/Kampfmittelverdacht der Feuerwehr (GEKV-Kataster),
- das Ergebnis, ob es sich um ein Grundwasserschutzgebiet handelt (kein eingeschränkter Einsatz von Ersatzbaustoffen),
- Das Ergebnis der Abfrage beim Denkmalschutz.

Es ist in jedem Fall zu prüfen, ob weitere Grundlagen durch den AG bereitzustellen sind, ggf. ist dies im Vertrag gesondert zu vereinbaren.

Des Weiteren

- führt der AG die erforderlichen Planversickungen zur Abstimmung mit den fachlich Beteiligten durch.

Sollten Teile des zuvor genannten durch den AN erarbeitet bzw. durchgeführt werden, so ist dieses entsprechend zu honorieren. Das Honorar ist frei zu vereinbaren.

5. Leistungen des Auftragnehmers (AN)

Die im Regelfall auftretenden Leistungen des AN werden nachfolgend genannt. Es ist in jedem Einzelfall zu prüfen, welche Leistungen zu erbringen sind.

Der AN

- liefert für die beauftragten Leistungsphasen abgeschlossene, für den AG überprüfbare Ergebnisse in Form von Plänen, Erläuterungsberichten bzw. Dokumentationen, Kostenermittlungen u. ä.,
- liefert Pläne vierfach (farbig), die mit den Nebenkosten abgegolten sind. Darüber hinausgehende Ausfertigungen werden nach Aufwand vergütet,
- liefert dem AG das Arbeitsergebnis digital und bearbeitungsfähig in geeigneter Form(PDF-Dateien und DWG-Dateien).

Es ist in jedem Fall zu prüfen, ob weitere Grundleistungen vom AN zu erbringen sind, ggf. ist dies im Vertrag gesondert zu vereinbaren.

Es wird insbesondere auf § 1 der „Allgemeinen Vertragsbestimmungen für Ingenieurleistungen“, VHB-FI, Teil C verwiesen.

6. Leistungsphasen

Das hier zu behandelnde Leistungsbild Verkehrsanlagen gliedert sich in die Leistungsphasen 1 – 9 gemäß § 3 HOAI. Die prozentuale Bewertung der einzelnen Leistungsphasen erfolgt nach § 47 HOAI.

Hingewiesen wird auf die Anlage 13 Nummer 13.1 zu § 47 Abs. 2 HOAI. Diese regelt die Grundleistungen jeder Leistungsphase und enthält Beispiele für Besondere Leistungen. Hervorzuheben ist insbesondere:

Leistungsphasen 1 bis 3: In diesen Leistungsphasen müssen die Ergebnisse jeweils zusammengefasst, erläutert und dokumentiert werden. AG und AN müssen sich somit zu den Ergebnissen austauschen, und es muss eine Dokumentation vorliegen.

Leistungsphase 1: Der AG hat Vorgaben zu machen bzw. muss die Bedarfsplanung dem AN übergeben.

Leistungsphase 2: Der AN hat ein Planungskonzept zu erarbeiten. Dieses umfasst auch die Untersuchung von bis zu 3 Varianten nach gleichen Anforderungen.

In Hamburg werden Planvershickungen an eine besonders große Anzahl von Beteiligten verschickt. Das Bewerten und Einarbeiten der vorgebrachten Einwände und Änderungsvorschläge, insbesondere das Abfassen des Abwägungsberichtes, kann aus diesem Grund einen sehr hohen Aufwand verursachen. Es ist daher im Einzelfall zu prüfen, ob für derartige Leistungen ein Honorar in Anlehnung an Leistungsphase 4 (Genehmigungsplanung) vereinbart werden kann.

Leistungsphase 6: Hier ist eine Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnisse mit der Kostenberechnung vorzunehmen.

Nach § 8 (2) HOAI darf für eine dem AN übertragene Leistung nur ein Honorar berechnet werden, das dem Anteil der übertragenen Leistungen an der gesamten Leistungsphase entspricht. Um diesem Grundsatz zu entsprechen und den unterschiedlichen Auftragsvoraussetzungen Rechnung zu tragen, werden im LB-Straßen die Leistungen einzelner Leistungsphasen weiter unterteilt und einzeln bewertet. Dabei wird den unterschiedlichen Randbedingungen im Stadt- und Bundesfernstraßenbau im Hinblick auf eine angemessene Honorierung Rechnung getragen, indem bei den im Anhang befindlichen Tabellen zwischen Maßnahmen an Stadtstraßen (Tab. A1-A9) und Maßnahmen an Bundesfernstraßen (Tab. B1-B9) unterschieden wird.

Die prozentuale Bewertung innerhalb der oben genannten Tabellen entspricht dem Regelfall. In begründeten Ausnahmefällen kann hiervon abgewichen werden.

Für Stadtstraßenbauobjekte erfolgt für die Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) aufgrund des für sie anzusetzenden niedrigen Prozentsatzes keine weitere Unterteilung. Sie sollte jeweils komplett vergeben werden.

Die Abnahme einer Leistungsphase vom AG (s. § 15 (1) HOAI), ist durch AG und AN nachvollziehbar zu dokumentieren.

7. Anrechenbare Kosten

Die anrechenbaren Kosten bei Stadtstraßen können mit Hilfe der Tabelle 1 ermittelt werden. Grundlage für die berechneten Tabellenwerte sind Baukosten, die bei vergleichbaren Referenzobjekten angefallen sind. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dem AN stets ein Honoraranspruch innerhalb der Mindest- und Höchstsätze der HOAI zusteht.

Zur Ermittlung der anrechenbaren Kosten steht alternativ ein gesondertes Formblatt „Ermittlung der anrechenbaren Kosten“ (Tab. 2) zur Verfügung. Es kann für alle Verkehrsanlagen unter Berücksichtigung der allgemeinen Hinweise zur Vergütung im VHB-F-I Teil C angewendet werden. Die so ermittelten anrechenbaren Kosten sind in das Formblatt „Honorarermittlung“ (§ 7 des Muster-Ingenieurvertrages) aus dem VHB-F-I zu übertragen. Das Formblatt „Anrechenbare Kosten“ (Tab. 2) wird nicht Vertragsbestandteil.

Tabelle 1: Vereinfachte Ermittlung der anrechenbaren Kosten aufgrund von Erfahrungswerten (Kostenstand 2013)

Objektfläche	Anrechenbare Kosten	Objektfläche	Anrechenbare Kosten
m ²	EUR	m ²	EUR
500	68.300		
1.000	113.000	21.000	1.603.000
2.000	225.900	22.000	1.679.500
3.000	334.600	23.000	1.756.000
4.000	441.900	24.000	1.832.500
5.000	550.600	25.000	1.909.100
6.000	648.500	26.000	1.984.800
7.000	722.900	27.000	2.061.300
8.000	799.400	28.000	2.137.900
9.000	872.300	29.000	2.214.400
10.000	940.900	30.000	2.290.100
11.000	1.009.600	35.000	2.672.000
12.000	1.081.100	40.000	3.053.800
13.000	1.141.100	45.000	3.435.600
14.000	1.196.900	50.000	3.817.400
15.000	1.248.400	60.000	4.581.000
16.000	1.294.900	70.000	5.344.600
17.000	1.337.100	80.000	6.107.500
18.000	1.374.200	90.000	6.871.200
19.000	1.450.700	100.000	7.634.800
20.000	1.527.200	200.000	15.269.500

Hinweise zur Anwendung der Tabelle 1

- Die Tabelle ist nur anzuwenden bei Straßenbauobjekten, bei denen die Linienführung in Grund- und Aufriss bedingt durch Zwangspunkte im Wesentlichen nicht veränderbar ist. Sie ist nicht anzuwenden für anbaufreie Strecken von Bundesfernstraßen.
- Die Tabelle gilt für durchschnittliche Verhältnisse.
- Die Tabelle gilt nicht für Maßnahmen der Instandhaltung sowie Instandsetzungsmaßnahmen (Erhaltungsmaßnahmen) ohne Umgestaltung des Straßenbauobjektes.
- Liegt die Objektfläche unter 500 m², sind die anrechenbaren Kosten in Höhe von 68.300 Euro anzusetzen.
- Liegt die Objektfläche über 200.000 m², so sind die Herstellungskosten objektbezogen zu ermitteln.
- In den Werten der Tabelle ist ein durchschnittlicher Anteil von Neben-, Grün-, Frei- und Angleichungsflächen an Anliegergrundstücken enthalten.

Tabelle 2: Ermittlung der anrechenbaren Kosten [2]

OBJEKTPLANUNG VERKEHRSANLAGEN			
ERMITTLUNG DER ANRECHENBAREN KOSTEN			
Projektbezeichnung:			
Zeile [Z]	Kosten (ohne Umsatzsteuer)	<input type="checkbox"/> nach Kostenschätzung <input type="checkbox"/> nach Kostenberechnung	
		EUR	EUR
1*	Kosten der Baukonstruktion ohne Ingenieurbauwerke		
1.1	davon Kosten für Erd- und Felsarbeiten		
2**	davon nicht anrechenbare Kosten, sofern in Z 1 enthalten**		
2.1	- Herrichten des Grundstücks		
2.2	- öffentliche Erschließung		
2.3	- nichtöffentliche Erschließung		
2.4	- Außenanlagen		
2.5	- Umlegen und Verlegen von Leitungen		
2.6	- Nebenanlagen von Anlagen des Straßenverkehrs		
2.7	- verkehrsregelnde Maßnahmen während der Bauzeit		
3	Summe der nicht anrechenbaren Kosten [Z 2.1 bis 2.7]		
4	Zwischensumme [Z 1.1 + Z 3]		
5	Sonstige anrechenbaren Kosten [Z 1 - Z 4] (§ 46 (4) Nr. 1 HOAI)		
6	Max. anrechenbare Kosten aus Z 1.1 [0,4 x Z 5]		
6.1	Anrechenbare Kosten aus Z 1.1, aber nicht mehr als Z 6		
7*	Kosten für Ingenieurbauwerke		
8**	Anrechenbar 10 v.H. aus Z 7 (§ 46 (4) Nr. 2 HOAI) [0,1 x Z 7]		
9*	Kosten für technische Anlagen/Ausrüstung		
9.1	25 v.H. der sonstigen anrechenbaren Kosten (§ 46 (2) Nr. 1 HOAI)		
9.2**	Anrechenbare Kosten aus Z 9, aber nicht mehr als Z 9.1		
9.3**	Anrechenbare Kosten aus Z 9, wenn Z 9 größer als Z 9.1		
9.4**	Anrechenbare Kosten aus Z 9 [Z 9.2 + Z 9.3] (§ 46 (2) Nr. 1 HOAI)		
10	Anrechenbare Kosten [Z 5+Z 6.1+Z 8+Z 9.4]		
11*	Anrechenbare Kosten der mitzuverarbeitenden Bausubstanz (§ 4(3)HOAI)		
12	Anrechenbare Kosten Summe Z 10 + Z 11		
13*	Abminderung bei mehr als zwei Fahrstreifen (§ 46 (5) HOAI):		
13.1	<input type="checkbox"/> 3 Fahrstreifen [0,15 x Z 12]		
13.2	<input type="checkbox"/> 4 Fahrstreifen [0,30 x Z 12]		
13.3	<input type="checkbox"/> mehr als 4 Fahrstreifen [0,40 x Z 12]		
Anrechenbare Kosten			
14	<input type="checkbox"/> für Leistungsphasen 1 bis 7 und 9 [Z 12 - Z 13]		
15*	<input type="checkbox"/> für Leistungsphase 8 [Z 1 - Z 3 + Z 9.4 + Z 11]		

* siehe Hinweise zum Formblatt ** soweit vom Auftragnehmer weder geplant noch überwacht

Hinweise zum Formblatt Tabelle 2 [2]

- zu Zeile 1 Die Kosten der Baukonstruktion sind die Gesamtbaukosten, die zur Herstellung der Baukonstruktion anfallen.
- Ggf. ist § 4 Abs. 2 HOAI zu beachten.
- zu Zeilen 1, 7, 8 Die Kosten der Ingenieurbauwerke (z.B. Brücken, Stützmauern) rechnen grundsätzlich nicht zu den anrechenbaren Kosten. 10 v.H. der Kosten dieser Bauwerke sind nach § 46 (4) Nr. 2 HOAI wegen der im Rahmen der Straßenplanung festgelegten Geometrie jedoch anrechenbar. Dies gilt nicht, wenn dem Auftragnehmer gleichzeitig Grundleistungen für die Ingenieurbauwerke übertragen werden.
- Ist dies der Fall, so erfolgt in den Zeilen 7 und 8 keine Eintragung; die Honorare sind dann getrennt für die Verkehrsanlage und die Ingenieurbauwerke zu berechnen.
- Nach § 46 (1) HOAI gehören die Kosten der Ausstattung einschließlich der darin enthaltenen Entwässerungsanlagen, die der Zweckbestimmung der Verkehrsanlage dienen, zu den anrechenbaren Kosten, wenn diese vom Auftragnehmer mit geplant oder deren Ausführung überwacht wird.
- Die Anwendung des § 46 (4) Nr. 2 HOAI bezieht sich nur auf die Leistungsphasen 1 bis 7 und 9, nicht auf die Leistungsphase 8.
- Zu Zeile 9 Nach § 46 (2) gehören die Kosten für Technische Anlagen / Ausrüstung anteilig zu den anrechenbaren Kosten, wenn diese vom Auftragnehmer nicht fachlich geplant werden oder deren Ausführung vom Auftragnehmer nicht fachlich überwacht wird.
- Unter Kosten für technische Anlagen/Ausrüstung für Verkehrsanlagen sind die Leistungen zu verstehen, die unter die Grundleistungen des § 53 HOAI fallen. Die Ausstattung von Verkehrsanlagen wie z.B. Signalanlagen (nicht jedoch deren signaltechnische Schaltung, Stromversorgung und die Programmierung oder andere Leistungen, die nicht durch den Auftragnehmer geplant oder überwacht werden, wie z. B. Straßenquerungen der Signalbaufirma im Vorfeld der Maßnahme), Markierung, Beschilderung, Schutzausstattung, sowie den in der Verkehrsanlagen enthaltenen Entwässerungsanlagen, die der Zweckbestimmung der Verkehrsanlage dienen, fallen nicht unter diese Leistungen, sie gehören zum Objekt Verkehrsanlage.
- zu Zeile 11 Nach § 4 (3) HOAI ist der Umfang der mitzuverarbeitenden Bausubstanz im Sinne des § 2 (7) HOAI bei den anrechenbaren Kosten angemessen zu berücksichtigen. Umfang und Wert der mitzuverarbeitenden Bausubstanz sind zum Zeitpunkt der Kostenberechnung oder, sofern keine Kostenberechnung vorliegt, zum Zeitpunkt der Kostenschätzung objektbezogen zu ermitteln und schriftlich zu vereinbaren. Nach § 2 (7) HOAI ist die mitzuverarbeitende Bausubstanz der Teil des zu planenden Objekts, der bereits durch Bauleistungen hergestellt ist und durch Planungs- oder Überwachungsleistungen technisch oder gestalterisch mitverarbeitet wird. Der Umfang der Anrechnung mitzuverarbeitenden Bausubstanz hängt ab vom Umfang der Leistung des Auftragnehmers für diese Bausubstanz.
- zu Zeile 13 Die Abminderung der anrechenbaren Kosten nach § 46 (5) HOAI bezieht sich nur auf die Leistungsphasen 1 bis 7 und 9, nicht auf die Leistungsphase 8.

8. Honorarzonen

Die Honorarzone ist gemäß den Regelungen der HOAI für jedes Straßenbauobjekt individuell zu bestimmen. Allgemeine Vorgaben oder Pauschalierungen sind nicht zulässig.

Zur Festlegung der Honorarzone sind die Hinweise in Anlage 13 Nummer 13.2 zu § 48 (5) HOAI sowie § 13 HOAI maßgebend. Hieraus ist abzuleiten, dass bezüglich der Planung von Verkehrsanlagen in Hamburg alle Honorarzonen anzutreffen sind und somit auch beauftragt werden können. Die Angemessenheit von Mindest- und Höchstsätzen ist zu überprüfen.

9. Grundlagen des Honorars

Das Honorar für Leistungen dieses Leistungsbildes ist nach § 6 HOAI zu ermitteln. Ergänzend sind die Hinweise und Regelungen des VHB-FI, Teil C zu beachten. Die Regelungen über die Anrechenbarkeit von Kosten gemäß § 46 HOAI gelten uneingeschränkt.

10. Koordinierungs- und Einarbeitungsaufwand

Werden nicht sämtliche in einer Leistungsphase erfassten Grundleistungen oder nur Teile von Grundleistungen übertragen, ist für eine notwendige erhöhte Arbeitsintensität der Einarbeitung und/oder Koordination ein zusätzlicher Koordinierungs- und Einarbeitungsaufwand nach § 8 Absatz 3 HOAI zu berücksichtigen und schriftlich zu vereinbaren. Für den eindeutigen Mehraufwand ist ein Zuschlag von in der Regel 10 % auf die Vomhundertsätze der beauftragten Leistungen vorzusehen.

11. Beauftragung von Einzelleistungen, Wiederholung von Grundleistungen, Auftrag für mehrere Objekte

Bei Anfertigung der Vorplanung als Einzelleistung erhöht sich die Bewertung um bis zu 2 v.H.

Bei nachträglicher Beauftragung mit weiteren Leistungen wird dieser Zuschlag angerechnet, soweit die Vorplanung für die weitere Bearbeitung unverändert zugrunde gelegt werden kann.

Bei Anfertigung der Entwurfsplanung als Einzelleistung erhöht sich die Bewertung

- bei Vorliegen einer Vorplanung, die nicht überarbeitet werden muss um bis zu 10 v.H.
- bei Vorliegen einer Vorplanung, die überarbeitet werden muss um bis zu 15 v.H.
- ohne Vorliegen einer Vorplanung um bis zu 20 v.H.

Damit wird die Möglichkeit gegeben, dem bei der Vergabe der Entwurfsplanung als Einzelleistung regelmäßig auftretenden Mehraufwand des Auftragnehmers Rechnung zu tragen.

12. Planen und Bauen im Bestand

Für Leistungen im Bestand - Umbauten und Modernisierungen – kann bei einem durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad (Honorarzone III) ein Zuschlag bis 33% schriftlich vereinbart werden (§ 48 Abs. 6 HOAI).

Bei vielen Objekten im Stadtstraßenbau kann in Hamburg von Leistungen im Bestand ausgegangen werden, da zumindest in den Anschlussbereichen immer Teile der vorhandenen Konstruktion (Oberbau) des Straßenraums erhalten bleiben. Daher soll in diesen Fällen ein Zuschlag gewährt werden, dessen angemessene Höhe zu ermitteln ist. Im Regelfall kann dies ein Zuschlag in Höhe von 30 % sein.

Zu berücksichtigen ist bei Straßenbauprojekten die klare Abgrenzung verschiedener Objekte. So kann ein Projekt neben dem reinen Straßenbauobjekt auch weitere Objekte wie z.B. eine Brücke, eine Lichtsignalanlage oder eine nachgeschaltete Oberflächenwasserbehandlungsanlage beinhalten. Diese sind hinsichtlich des Zuschlags getrennt vom eigentlichen Straßenbauobjekt zu bewerten.

Maßgebend ist der Schwierigkeitsgrad der konkreten Umbau- oder Modernisierungsmaßnahme im jeweiligen Einzelfall.

Sofern keine schriftliche Vereinbarung getroffen wurde, wird unwiderleglich vermutet, dass ein Zuschlag von 20% ab einem durchschnittlichen Schwierigkeitsgrad vereinbart ist (§ 6 Abs. 2 Satz 4 HOAI).

§ 6 Abs. 2 Satz 4 HOAI gibt keinen Mindestwert vor. Es kann somit auch ein Zuschlag von weniger als 20% vereinbart werden. Im Falle sehr geringer oder geringer Planungsanforderungen kann der Zuschlag auch ganz entfallen. Ein Zuschlag entfällt auch bei vollständigen Erneuerungen von Objekten, also z.B. bei einem vollständigen Neubau einer Straße.

13. Absteckpläne

Absteckpläne werden mit 3 % der Honorarsumme, bezogen auf die Honorartafel zu § 48 (1) Verkehrsanlagen, vergütet.

14. Nebenkosten

Nebenkosten gemäß § 14 HOAI werden pauschal mit 3 % der Honorarsumme zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer vergütet. Höhere Nebenkosten können auf Nachweis vergütet werden.

15. Quellenangaben

- [1] Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI in der Fassung vom 10. Juli 2013
- [2] Handbuch für die Vergabe und Ausführung von freiberuflichen Leistungen der Ingenieure und Landschaftsarchitekten im Straßen- und Brückenbau (HVA F-StB) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- [3] Verwaltungsvorschriften zu §§ 19 und 57 LHO– Baumaßnahmen, Beschaffungen und Entwicklungsvorhaben vom 13. März 2014
- [4] Fachanweisung zur Erstellung und Bearbeitung digitaler Datenbestände der Verkehrsplanung (Bestand-, Planungs- und Entwurfsunterlagen) des Landesbetriebs für Geoinformation und Vermessung - LGV (Normierungskatalog, FHH, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, November 2008)

Anhang A: Leistungsphasen - Stadtstraßen

Sofern einzelne Teilleistungen einer Leistungsphase nicht vergeben werden sollen, ist das Honorar entsprechend zu kürzen.

Tabelle A1: Grundlagenermittlung (Leistungsphase 1)

Kenn- ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
1.	Grundleistungen der Grundlagenermittlung	2,0	
	<ul style="list-style-type: none">- Klären der Aufgabenstellung auf Grund der Vorgaben oder der Bedarfsplanung des Auftraggebers- Ermitteln der Planungsrandbedingungen sowie Beraten zum gesamten Leistungsbedarf- Formulieren von Entscheidungshilfen für die Auswahl anderer an der Planung fachlich Beteiligter- Ortsbesichtigung- Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse		

Tabelle A2: Vorplanung (Leistungsphase 2)

Kenn- ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
2.	Grundleistungen der Vorplanung	20,0	
2.1	<ul style="list-style-type: none"> - Beschaffen und Auswerten amtlicher Karten - Analysieren der Grundlagen - Abstimmen der Zielvorstellungen auf die öffentlich-rechtlichen Randbedingungen sowie Planungen Dritter, - Untersuchungen von Lösungsmöglichkeiten mit ihren Einflüssen auf bauliche und konstruktive Gestaltung, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit unter Beachtung der Umweltverträglichkeit - - Erarbeiten eines Planungskonzepts einschließlich Untersuchungen von bis zu 3 Varianten nach gleichen Anforderungen mit zeichnerischer Darstellung und Bewertung unter Einarbeitung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter - Überschlägige verkehrstechnische Bemessung der Verkehrsanlage; Ermitteln der Schallimmissionen von der Verkehrsanlage an kritischen Stellen nach Tabellenwerten; Untersuchen der möglichen Schallschutzmaßnahmen, ausgenommen detaillierte schalltechnische Untersuchungen, - Klären und Erläutern der wesentlichen fachspezifischen Zusammenhänge, Vorgänge und Bedingungen 	12,0	<ul style="list-style-type: none"> - Gemäß [3] - Wenn LSA-Anlagen geplant werden, gehören hierzu auch die Auswertung und Darstellung der Knotenpunktbelastung.
2.2	<ul style="list-style-type: none"> - Vorabstimmen mit Behörden und anderen an der Planung fachlich Beteiligten über die Genehmigungsfähigkeit, gegebenenfalls Mitwirken bei Verhandlungen über die Zuschussung und Kostenbeteiligung - Mitwirken beim Erläutern des Planungskonzepts gegenüber Dritten an bis zu 2 Terminen - Überarbeiten des Planungskonzepts nach Bedenken und Anregungen - Bereitstellen von Unterlagen als Auszüge aus der Voruntersuchung zur Verwendung für ein Raumordnungsverfahren 	4,0	
2.3	- Kostenschätzung, Vergleich mit den finanziellen Rahmenbedingungen	2,0	
2.4	- Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren	2,0	- Gemäß [3]

Tabelle A3: Entwurfsplanung (Leistungsphase 3)

Kenn- ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
3.	Grundleistungen der Entwurfsplanung	25,0	
3.1	<ul style="list-style-type: none"> - Erarbeiten des Entwurfs auf Grundlage der Vorplanung durch zeichnerische Darstellung im erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen; Bereitstellen der Arbeitsergebnisse als Grundlage für die anderen an der Planung fachlich Beteiligten, sowie Integration und Koordination der Fachplanungen - Überschlägige Festlegung der Abmessungen von Ingenieurbauwerken - Ermitteln der Schallimmissionen von der Verkehrsanlage nach Tabellenwerten; Festlegen der erforderlichen Schallschutzmaßnahmen an der Verkehrsanlage, gegebenenfalls unter Einarbeitung der Ergebnisse detaillierter schalltechnischer Untersuchungen und Feststellen der Notwendigkeit von Schallschutzmaßnahmen an betroffenen Gebäuden; - Rechnerische Festlegung des Objekts - Darlegen der Auswirkungen auf Zwangspunkte - Nachweis der Lichtraumprofile - Erläuterungsbericht unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter - Fachspezifische Berechnungen, ausgenommen Berechnungen aus anderen Leistungsbildern 	10,0	<ul style="list-style-type: none"> - 1. Verschickung: Plandarstellung im erforderlichen Detaillierungsgrad, Planarten und Maßstäbe sind im Auftrag vorzugeben (i.d.R. Übersichtsplan, Lageplan, Höhenplan, Querschnitte, Sonderpläne). - Anmerkung: Jede weitere Verschickung wird mit 6,0 v.H. bewertet. - Dazu gehören alle notwendigen technischen Ermittlungen und Angaben, wie z. B. <ul style="list-style-type: none"> • Leistungsfähigkeitsnachweis • Bauklassenberechnung usw.
3.2	<ul style="list-style-type: none"> - Mitwirken beim Erläutern des vorläufigen Entwurfs gegenüber Dritten an bis zu drei Terminen, Überarbeiten des vorläufigen Entwurfs aufgrund von Bedenken und Anregungen - Vorabstimmen der Genehmigungsfähigkeit mit Behörden und anderen an der Planung fachlich Beteiligten - Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	7,5	<ul style="list-style-type: none"> - Schlussverschickung

Kenn- ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
3.3	<ul style="list-style-type: none"> - Kostenberechnung einschließlich zugehöriger Mengenermittlung, Vergleich der Kostenberechnung mit der Kostenschätzung - Bauzeiten- und Kostenplan, - Ermitteln der zuwendungsfähigen Kosten, Mitwirken beim Aufstellen des Finanzierungsplans sowie Vorbereiten der Anträge auf Finanzierung - Ermittlung der wesentlichen Bauphasen unter Berücksichtigung der Verkehrslenkung und der Aufrechterhaltung des Betriebs während der Bauzeit 	<div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <div style="font-size: 3em; margin-right: 10px;">}</div> <div>7,5</div> </div>	<ul style="list-style-type: none"> - Gemäß [3]

Tabelle A4: Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4)

Kenn- ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
4.	Grundleistungen der Genehmigungsplanung	8,0	
	<ul style="list-style-type: none"> - Erarbeiten und Zusammenstellen der Unterlagen für die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Verfahren oder Genehmigungsverfahren einschließlich der Anträge auf Ausnahmen und Befreiungen, Aufstellen des Bauwerksverzeichnisses unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter - Erstellen des Grunderwerbsplans und Grunderwerbsverzeichnisses unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter - Vervollständigen und Anpassen der Planungsunterlagen, Beschreibungen und Berechnungen unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter - Abstimmen mit den Behörden - Mitwirken in Genehmigungsverfahren einschließlich der Teilnahme an bis zu vier Erläuterungs-, Erörterungsterminen - Mitwirken beim Abfassen von Stellungnahmen zu Bedenken und Anregungen in bis zu 10 Kategorien. 	<div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <div style="font-size: 3em; margin-right: 10px;">}</div> <div style="text-align: center;"> <p>5,0</p> <p>3,0</p> </div> </div>	

Tabelle A5: Ausführungsplanung (Leistungsphase 5)

Kenn- ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
5.	Grundleistungen der Ausführungsplanung	15,0	
5.1	<ul style="list-style-type: none"> - Erarbeiten der Ausführungsplanung auf Grundlage der Ergebnisse der Leistungsphasen 3 und 4 unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen und Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter bis zur ausführungsreifen Lösung - Zeichnerische Darstellung, Erläuterungen und zur Objektplanung gehörige Berechnungen mit allen für die Ausführung notwendigen Einzelangaben einschließlich Detailzeichnungen in den erforderlichen Maßstäben - Bereitstellen der Arbeitsergebnisse als Grundlage für die anderen an der Planung fachlich Beteiligten und Integrieren ihrer Beiträge bis zur ausführungsreifen Lösung 	14,0	
	<ul style="list-style-type: none"> - Vervollständigen der Ausführungsplanung während der Objektausführung 	1,0	<ul style="list-style-type: none"> - Die Leistung ist nur dann zu beauftragen, wenn die Maßnahme in einem absehbaren Zeitraum nach der Ausführungsplanung durchgeführt wird (nicht für Überarbeitungen auf Grund geänderter Anforderungen an die Planung).

Tabelle A6: Vorbereiten der Vergabe (Leistungsphase 6)

Kenn- ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
6.	Grundleistungen der Vorbereitung der Vergabe	10,0	
6.1	<ul style="list-style-type: none"> - Ermitteln von Mengen nach Einzelpositionen unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter - Aufstellen der Vergabeunterlagen , insbesondere Anfertigen der Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen sowie der Besonderen Vertragsbedingungen - Abstimmen und Koordinieren der Schnittstellen zu den Leistungsbeschreibungen der anderen an der Planung fachlich Beteiligten - Ermitteln der Kosten auf Grundlage der vom Planer (Entwurfsverfasser) bepreisten Leistungsverzeichnisse - Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer (Entwurfsverfasser) bepreisten Leistungsverzeichnisse mit der Kostenberechnung - Zusammenstellen der Vergabeunterlagen 	<div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <div style="font-size: 3em; margin-right: 10px;">}</div> <div style="text-align: center;"> <p>8,5</p> <p>0,5</p> </div> </div>	
6.2	<ul style="list-style-type: none"> - Festlegen der wesentlichen Ausführungsphasen 	1,0	<ul style="list-style-type: none"> - Entfällt, falls Bau- phasen-/ Verkehrs- zeichenpläne und ggf. Pläne der Umlei- tungsstrecken ge- sondert beauftragt werden.

Tabelle A7: Mitwirkung bei der Vergabe (Leistungsphase 7)

Kenn- ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
7.	Grundleistungen der Mitwirkung der Vergabe	4,0	
7.1	- Einholen von Angeboten	0,25	
7.2	- Prüfen und Werten der Angebote, Aufstellen der Preis- spiegel	1,0	
7.3	- Abstimmen und Zusammenstellen der Leistungen der fachlich Beteiligten, die an der Vergabe mitwirken	0,5	
7.4	- Führen von Bietergesprächen	0,5	
7.5	- Erstellen der Vergabevorschläge, Dokumentation des Vergabeverfahrens	1,0	
7.6	- Zusammenstellen der Vertragsunterlagen	0,25	
7.7	- Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kos- tenberechnung	0,25	
7.8	- Mitwirken bei der Auftragserteilung	0,25	

Tabelle A8: Bauoberleitung (Leistungsphase 8)

Kenn- ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
8.	Grundleistungen der Bauoberleitung	15,0	
8.1	- Aufsicht über die örtliche Bauüberwachung, Koordinierung der an der Objektüberwachung fachlich Beteiligten, einmaliges Prüfen von Plänen auf Übereinstimmung mit dem auszuführenden Objekt und Mitwirken bei deren Freigabe	1,0	
8.2	<ul style="list-style-type: none"> - Aufstellen, Fortschreiben und Überwachen eines Terminplans (Balkendiagramm) - Veranlassen und Mitwirken daran, die ausführenden Unternehmen in Verzug zu setzen. - Kostenfeststellung, Vergleich der Kostenfeststellung mit der Auftragssumme durch Überprüfen der Leistungsabrechnung der bauausführenden Unternehmen im Vergleich zu den Vertragspreisen (Kostenkontrolle) - Abnahme von Bauleistungen, Leistungen und Lieferungen unter Mitwirkung der örtlichen Bauüberwachung und anderer an der Planung und Objektüberwachung fachlich Beteiligter, Feststellen von Mängeln, Fertigen einer Niederschrift über das Ergebnis der Abnahme - Antrag auf behördliche Abnahmen und Teilnahme daran - Überwachen der Prüfungen der Funktionsfähigkeit der Anlagenteile und der Gesamtanlage - Übergabe des Objekts - Auflisten der Verjährungsfristen der Mängelansprüche - Zusammenstellen und Übergeben der Dokumentation des Bauablaufs, der rechnerischen und/oder zeichnerischen Bestandsunterlagen und der Wartungsvorschriften 	14,0	

Tabelle A9: Objektbetreuung und Dokumentation (Leistungsphase 9)

Kenn- ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
9.	Grundleistungen der Objektbetreuung	1,0	
9.1	<ul style="list-style-type: none"> - Fachliche Bewertung der innerhalb der Verjährungsfristen für Gewährleistungsansprüche festgestellten Mängel, , längstens jedoch bis zum Ablauf von fünf Jahren seit Ab- nahme der Leistungen , einschließlich notwendiger Bege- hungen - Objektbegehung zur Mängelfeststellung vor Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche gegenüber den ausführenden Unternehmen - Mitwirken bei der Freigabe von Sicherheitsleistungen 	<div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <div style="font-size: 3em; margin-right: 10px;">}</div> 1,0 </div>	
9.2			
9.3			

Anhang B: Leistungsphasen - Bundesfernstraßen

Sofern einzelne Teilleistungen einer Leistungsphase nicht vergeben werden sollen, ist das Honorar entsprechend zu kürzen.

Tabelle B1: Grundlagenermittlung (Leistungsphase 1)

Kennziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
1.	Grundleistungen der Grundlagenermittlung	2,0	
1.1	<ul style="list-style-type: none"> - Klären der Aufgabenstellung auf Grund der Vorgaben oder der Bedarfsplanung des Auftraggebers - Ermitteln der Planungsrandbedingungen sowie Beraten zum gesamten Leistungsbedarf - Ortsbesichtigung 	1,0	
1.2	<ul style="list-style-type: none"> - Formulieren von Entscheidungshilfen für die Auswahl anderer an der Planung fachlich Beteiligter - Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	1,0	

Tabelle B2: Vorplanung (Leistungsphase 2)

Kennziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
2.	Grundleistungen der Vorplanung (Projekt- und Planungsvorbereitung)	20,0	
2.1	<ul style="list-style-type: none"> - Analysieren der Grundlagen - Abstimmen der Zielvorstellungen auf die öffentlich-rechtlichen Randbedingungen sowie Planungen Dritter - Beschaffen amtlicher Karten 	3	
2.2	<ul style="list-style-type: none"> - Auswerten amtlicher Karten - Untersuchungen von Lösungsmöglichkeiten mit ihren Einflüssen auf bauliche und konstruktive Gestaltung, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit unter Beachtung der Umweltverträglichkeit - Erarbeiten eines Planungskonzepts einschließlich Untersuchung von bis zu drei Varianten nach gleichen Anforderungen mit zeichnerischer Darstellung und Bewertung unter Einarbeitung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter - Überschlägige verkehrstechnische Bemessung der Verkehrsanlage; Ermitteln der Schallimmissionen von der Verkehrsanlage an kritischen Stellen nach Tabellenwerten; Untersuchen der möglichen Schallschutzmaßnahmen, ausgenommen detaillierte schalltechnische Untersuchungen - Klären und Erläutern der wesentlichen fachspezifischen Zusammenhänge, Vorgänge und Bedingungen 	9	
2.2	<ul style="list-style-type: none"> - Vorabstimmen mit Behörden und anderen an der Planung fachlich Beteiligten über die Genehmigungsfähigkeit, gegebenenfalls Mitwirken bei Verhandlungen über die Bezuschussung und Kostenbeteiligung - Mitwirken beim Erläutern des Planungskonzepts gegenüber Dritten an bis zu 2 Terminen - Überarbeiten des Planungskonzepts nach Bedenken und Anregungen - Bereitstellen von Unterlagen als Auszüge aus der Voruntersuchung zur Verwendung für ein Raumordnungsverfahren 	4,0	
2.3	<ul style="list-style-type: none"> - Kostenschätzung, Vergleich mit den finanziellen Rahmenbedingungen 	2,0	
2.4	<ul style="list-style-type: none"> - Zusammenstellen, Erläutern und Dokumentieren 	2,0	

Tabelle B3: Entwurfsplanung (Leistungsphase 3)

Kennziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
3.	Grundleistungen der Entwurfsplanung	25,0	
3.1	<ul style="list-style-type: none"> - Erarbeiten des Entwurfs auf Grundlage der Vorplanung durch zeichnerische Darstellung im erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen; Bereitstellen der Arbeitsergebnisse als Grundlage für die anderen an der Planung fachlich Beteiligten sowie Integration und Koordination der Fachplanungen - Überschlägige Festlegung der Abmessungen von Ingenieurbauwerken - Ermitteln der Schallimmissionen von der Verkehrsanlage nach Tabellenwerten; Festlegen der erforderlichen Schallschutzmaßnahmen an der Verkehrsanlage, ggf. unter Einarbeitung der Ergebnisse detaillierter schalltechnischer Untersuchungen und Feststellen der Notwendigkeit von Schallschutzmaßnahmen an betroffenen Gebäuden - Rechnerische Festlegung des Objekts - Darlegen der Auswirkungen auf Zwangspunkte - Nachweis der Lichtraumprofile - Erläuterungsbericht unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter - Fachspezifische Berechnungen, ausgenommen Berechnungen aus anderen Leistungsbildern - Zusammenfassen, Erläutern und Dokumentieren der Ergebnisse 	10,0	
3.2	- Bauzeiten- und Kostenplan	1,0	
3.3	- Ermitteln der zuwendungsfähigen Kosten, Mitwirken beim Aufstellen des Finanzierungsplans sowie Vorbereiten der Anträge auf Finanzierung	1,0	
3.4	<ul style="list-style-type: none"> - Mitwirken beim Erläutern des vorläufigen Entwurfs gegenüber Dritten an bis zu drei Terminen, Überarten des vorläufigen Entwurfs auf Grund von Bedenken und Anregungen - Vorabstimmen der Genehmigungsfähigkeit mit Behörden und anderen an der Planung fachlich Beteiligten 	4,0	
3.5	- Kostenberechnung, einschließlich zugehöriger Mengenermittlung, Vergleich der Kostenberechnung mit der Kostenschätzung	5,0	

3.6	- Ermitteln der wesentlichen Bauphasen unter Berücksichtigung der Verkehrslenkung und der Aufrechterhaltung des Betriebs während der Bauzeit	4,0	
-----	--	-----	--

Tabelle B4: Genehmigungsplanung (Leistungsphase 4)

Kennziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
4.	Grundleistungen der Genehmigungsplanung	8,0	
4.1	- Erarbeiten und Zusammenstellen der Unterlagen für die erforderlichen öffentlich-rechtlichen Verfahren oder Genehmigungsverfahren einschließlich der Anträge auf Ausnahmen und Befreiungen, Aufstellen des Bauwerkverzeichnis unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter	5,0	
4.2	- Erstellen des Grunderwerbsplans und des Grunderwerbsverzeichnis unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter	2,0	
4.3	- Mitwirken beim Abfassen von Stellungnahmen zu Bedenken und Anregungen in bis zu 10 Kategorien - Mitwirken in Genehmigungsverfahren einschließlich der Teilnahme an bis zu vier Erläuterungs-, Erörterungsterminen	} 0,5	
4.4	- Abstimmen mit Behörden - Vervollständigen und Anpassen der Planungsunterlagen, Beschreibungen und Berechnungen unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter	} 0,50	

Tabelle B5: Ausführungsplanung (Leistungsphase 5)

Kennziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
5.	Grundleistungen der Ausführungsplanung	15,0	
5.1	- Erarbeiten der Ausführungsplanung auf Grundlage der Ergebnisse der Leistungsphasen 3 und 4 unter Berücksichtigung aller fachspezifischen Anforderungen und Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter bis zur ausführungsfähigen Lösung	4,0	
5.2	- Zeichnerische Darstellung, Erläuterungen und zur Objektplanung gehörige Berechnungen mit allen für die Ausführung notwendigen Einzelangaben einschließlich Detailzeichnungen in den erforderlichen Maßstäben	9,0	
5.3	- Bereitstellen der Arbeitsergebnisse als Grundlage für die anderen an der Planung fachlich Beteiligten und Integrieren ihrer Beiträge bis zur ausführungsfähigen Lösung	1,0	
5.4	- Vervollständigen der Ausführungsplanung während der Objektausführung	1,0	

Tabelle B6: Vorbereiten der Vergabe (Leistungsphase 6)

Kennziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
6.	Grundleistungen bei der Vorbereitung der Vergabe	10,0	
6.1	- Ermitteln von Mengen nach Einzelpositionen unter Verwendung der Beiträge anderer an der Planung fachlich Beteiligter	6,0	
6.2	<ul style="list-style-type: none"> - Aufstellen der Vergabeunterlagen, insbesondere Anfertigen der Leistungsbeschreibungen mit Leistungsverzeichnissen sowie der Besonderen Vertragsbedingungen - Abstimmen und Koordinieren der Schnittstellen zu den Leistungsbeschreibungen der anderen an der Planung fachlich Beteiligten - Festlegen der wesentlichen Ausführungsphasen 	2,0	
6.3	<ul style="list-style-type: none"> - Ermitteln der Kosten auf Grundlage der vom Planer (Entwurfsverfasser) bepreisten Leistungsverzeichnisse - Kostenkontrolle durch Vergleich der vom Planer (Entwurfsverfasser) bepreisten Leistungsverzeichnisse mit der Kostenberechnung 	1,0	
6.4	- Zusammenstellen der Vergabeunterlagen	1,0	

Tabelle B7: Mitwirkung bei der Vergabe (Leistungsphase 7)

Kenn ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
7.	Grundleistungen der Mitwirkung bei der Vergabe	4,0	
7.1	- Einholen von Angeboten	0,25	
7.2	- Prüfen und Werten der Angebote, Aufstellen eines Preis- spiegels	1,0	
7.3	- Abstimmen und Zusammenstellen der Leistungen der fachlich Beteiligten, die an der Vergabe mitwirken	0,5	
	- Führen von Bietergesprächen	0,5	
	- Erstellen der Vergabevorschläge, Dokumentation des Vergabeverfahrens	1,0	
7.4	- Zusammenstellen der Vertragsunterlagen	0,25	
7.5	- Vergleichen der Ausschreibungsergebnisse mit den vom Planer bepreisten Leistungsverzeichnissen und der Kos- tenberechnung	0,25	
7.6	- Mitwirken bei der Auftragserteilung	0,25	

Tabelle B8: Bauoberleitung (Leistungsphase 8)

Kennziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
8.	Grundleistungen der Bauoberleitung	15,0	
8.1	- Aufsicht über die örtliche Bauüberwachung, Koordinierung der an der Objektüberwachung fachlich Beteiligten, einmaliges Prüfen von Plänen auf Übereinstimmung mit dem auszuführenden Objekt und Mitwirken bei deren Freigabe	4,0	
8.2	- Aufstellen, Fortschreiben und Überwachen eines Terminplans (Balkendiagramm)	1,0	
8.3	- Veranlassen und Mitwirken daran, die ausführenden Unternehmen in Verzug zu setzen	0,5	
8.4	- Kostenfeststellung, Vergleich der Kostenfeststellung mit der Auftragssumme	4,0	
8.5	- Abnahme von Bauleistungen, Leistungen und Lieferungen unter Mitwirkung der örtlichen Bauüberwachung und anderer an der Planung und Objektüberwachung fachlich Beteiligter, Feststellen von Mängeln, Fertigen einer Niederschrift über das Ergebnis der Abnahme - Antrag auf behördliche Abnahmen und Teilnahme daran	1,0	
8.6	- Überwachen der Prüfungen der Funktionsfähigkeit der Anlagenteile und der Gesamtanlage	2,0	
8.7	- Übergabe des Objekts	0,5	
8.8	- Auflisten der Verjährungsfristen der Mängelansprüche	0,5	
8.9	- Zusammenstellen und Übergeben der Dokumentation des Bauablaufs, der rechnerischen und/oder zeichnerischen Bestandsunterlagen und der Wartungsvorschriften	1,5	

Tabelle B9: Objektbetreuung (Leistungsphase 9)

Kenn ziffer	Leistungen	Bewertung in v.H.	Bemerkungen
9.	Grundleistungen der Objektbetreuung und Dokumentation	1,0	
9.1	- Fachliche Bewertung der innerhalb der Verjährungsfristen für Gewährleistungsansprüche festgestellten Mängel, längstens jedoch bis zum Ablauf von fünf Jahren seit Abnahme der Leistung, einschließlich notwendiger Begehungen	1,0	
9.2	- Objektbegehung zur Mängelfeststellung vor Ablauf der Verjährungsfristen für Mängelansprüche gegenüber den ausführenden Unternehmen		
9.3	- Mitwirken bei der Freigabe von Sicherheitsleistungen		



Freie und Hansestadt Hamburg

**Leistungsbild Planungsbegleitende Vermessung
bei der Planung und dem Entwurf
von Verkehrsanlagen in Hamburg
(LB – Vermessung)**

Ausgabe September 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Anwendungsbereich	2
2. Begriffsbestimmungen	2
3. Grundlagen des Honorars bei der Planungsbegleitenden Vermessung	3
3.1 Ermittlung der Verrechnungseinheiten.....	3
3.2 Honorarzonen für die Grundleistungen bei der Planungsbegleitenden Vermessung	3
3.3 Leistungsbild Planungsbegleitende Vermessung	4
4. Leistungen des Auftragnehmers	6
5. Sicherungs- und Absperrmaßnahmen	6
6. Nebenkosten.....	6
7. Honorartabelle zur Berechnung der Honorare für die Grundleistungen der Planungsbegleitenden Vermessung	7
Anhang	8
Regelwerke	8
Anlage 1 Beispieldarstellung für die Flächenkategorien.....	8

Leistungsbild Planungsbegleitende Vermessung bei der Planung und dem Entwurf von Verkehrsanlagen in Hamburg

(LB – Vermessung in der Fassung vom 01.09.2014)

Inhalt

1. Anwendungsbereich

Grundlage der Beauftragung von Leistungen der planungsbegleitenden Vermessung bei der Planung und dem Entwurf von Verkehrsanlagen in Hamburg sind die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) [1] sowie die ergänzenden Regelungen dieses Leistungsbildes. Die Leistungen der Planungsbegleitenden Vermessung, die zu den Beratungsleistungen gehören, sind in der Anlage 1 zu § 3 Absatz 1 HOAI aufgeführt. Die Anlage 1 hat lediglich Empfehlungscharakter. Es bestehen somit keine verbindlichen Preisvorgaben, vielmehr kann das Honorar frei vereinbart werden.

Dementsprechend werden im Leistungsbild Planungsbegleitende Vermessung unter Punkt 3 bei der Planung und dem Entwurf von Verkehrsanlagen in Hamburg (LB-Vermessung) von der Anlage 1 zu § 3 Absatz 1 HOAI teilweise abweichende Honorierungsregelungen getroffen.

Das LB-Vermessung ist Bestandteil des Vergabehandbuches freiberuflicher Leistungen des Ingenieurbaus (VHBF-I) [2]. Es dient der Konkretisierung ausgewählter Einzelthemen bei der Honorarermittlung.

2. Begriffsbestimmungen

Es gelten folgende Begriffsbestimmungen:

- **Bestandsplan**
Lageplan mit Darstellung der Oberflächensituation des gesamten Straßenraums und angrenzender Bereiche (Fahrbahn, Gehwege, Bäume, Schieber, Schächte, Einrichtungen der Verkehrsführung u.a.).
- **Digitales Geländemodell- (Definition AdV 2004)**
Datenbestand zur höhenmäßigen Beschreibung des Geländes. Es besteht aus regelmäßig oder unregelmäßig verteilten Geländepunkten, die in Form einer Dreiecksvermaschung verbunden sind und somit die Höhenstruktur des Geländes hinreichend repräsentieren. Bruchkanten sind einzufügen
- **Projektfläche**
Projektfläche ist die durch den Auftraggeber eindeutig beschriebene und in die Planung einzubeziehende Fläche einschließlich auch angrenzender Bereiche, ohne deren Berücksichtigung eine alle Belange berücksichtigende Planung nicht möglich ist. Liegen die angrenzenden Bereiche auf privaten Flächen, ist die Berücksichtigung dieser Flächen bei der Ermittlung der Flächengröße zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer abzustimmen.

3. Grundlagen des Honorars bei der Planungsbegleitenden Vermessung

3.1 Ermittlung der Verrechnungseinheiten

- (1) Das Honorar für Grundleistungen der Planungsbegleitenden Vermessung richtet sich nach den ermittelten Verrechnungseinheiten, der Honorarzone in Nummer 3.2 des LB Vermessung und der Honorartafel der Nummer 1.4.8 Absatz 1 der HOAI.
- (2) Die Verrechnungseinheiten berechnen sich aus der Größe der aufzunehmenden Flächen und deren Punktdichte. Die Punktdichte beschreibt die durchschnittliche Anzahl der für die Erfassung der planungsrelevanten Daten je Hektar zu messenden Punkte.

Für eine Orientierung zur Festlegung der Punktdichte sind die Flächenkategorien

- Kleinstflächen im Verkehrsraum
- Verkehrsflächen im Wohnbereich
- Verkehrsflächen im Geschäfts- und Kernbereich
- Hauptverkehrsstraße

anhand von Photographien und der Angabe einer empfohlenen Punktdichte pro ha in der Anlage 1 exemplarisch dargestellt.

- (3) Abhängig von der Punktdichte sind die Flächen den nachstehenden Verrechnungseinheiten (VE) je Hektar (ha) zugeordnet. Liegen die Punktdichten außerhalb der unten genannten Bereiche, unterliegt das Honorar der freien Vereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer.

Flächenklasse 1	(1000 – 1500 Punkte / ha)	600 VE
Flächenklasse 2	(1501 – 2000 Punkte / ha)	650 VE
Flächenklasse 3	(2001 – 3000 Punkte / ha)	750 VE
Flächenklasse 4	(3001 – 4000 Punkte / ha)	850 VE
Flächenklasse 5	(4001 – 9000 Punkte / ha)	950 VE

- (4) Umfasst ein Auftrag Vermessungen für mehrere Projektflächen, so können die Honorare für die Vermessung getrennt berechnet werden.
- (5) Die Berechnung hat mit der Eingabe der Anzahl ha auf 4 Nachkommastellen zu erfolgen.

3.2 Honorarzonen für die Grundleistungen bei der Planungsbegleitenden Vermessung

Bedingt durch die hohe Topographiedichte im Bereich der Verkehrsanlagen, die hohen Genauigkeitsansprüche an das Lage- und Festpunktfeld und an die aufzunehmenden Objekte, die Behinderungen durch Bebauung und Bewuchs sowie die Verkehrsdichte wird für den Regelfall die Honorarzone III, Mindestsatz, als angemessen erachtet. In begründeten Ausnahmefällen sind Abweichungen möglich.

3.3 Leistungsbild Planungsbegleitende Vermessung

- (1) Das Leistungsbild Planungsbegleitende Vermessung umfasst die Aufnahme planungsrelevanter Daten und die Darstellung in analoger und digitaler Form für die Planung und den Entwurf von Gebäuden, Ingenieurbauwerken, Verkehrsanlagen sowie für Flächenplanungen.
- (2) Die Grundleistungen werden in vier Leistungsphasen zusammengefasst und wie folgt in Prozentsätzen der Honorare der Nummer 1.4.8 Absatz 1 der HOAI bewertet:

1. für die Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) mit	5 Prozent,
2. für die Leistungsphase 2 (Geodätischer Raumbezug) mit	20 Prozent,
3. für die Leistungsphase 3 (Vermessungstechnische Grundlagen) mit	65 Prozent,
4. für die Leistungsphase 4 (Digitales Geländemodell) mit	10 Prozent.

- (3) Das Leistungsbild kann sich wie folgt zusammensetzen:

Grundleistungen	Besondere Leistungen
1. Grundlagenermittlung	
<ul style="list-style-type: none"> a) Einholen von Informationen und Beschaffen von Unterlagen über die Örtlichkeit und das geplante Objekt b) Beschaffenvermessungstechnischer Unterlagen und Daten c) Ortsbesichtigung d) Ermitteln des Leistungsumfangs in Abhängigkeit von den Genauigkeitsanforderungen und dem Schwierigkeitsgrad 	<ul style="list-style-type: none"> - Schriftliches Einholen von Genehmigungen zum Betreten von Grundstücken, von Bauwerken, zum Befahren von Gewässern und für anordnungsbedürftige Verkehrssicherungsmaßnahmen
2. Geodätischer Raumbezug	
<ul style="list-style-type: none"> a) Erkunden und Vermarken von Lage- und Höhenfestpunkten b) Fertigen von Punktbeschreibungen und Einmessungsskizzen c) Messungen zum Bestimmen der Fest- und Passpunkte d) Auswerten der Messungen und Erstellen des Koordinaten- und Höhenverzeichnisses 	<ul style="list-style-type: none"> - Entwurf, Messung und Auswertung von Sondernetzen hoher Genauigkeit - Vermarken aufgrund besonderer Anforderungen - Aufstellung von Rahmenmessprogrammen

Grundleistungen

Besondere Leistungen

3. Vermessungstechnische Grundlagen	
<ul style="list-style-type: none"> a) Topographische / morphologische Geländeaufnahme einschließlich Erfassen von Zwangspunkten und planungsrelevanter Objekte b) Aufbereiten und Auswerten der erfassten Daten c) Erstellen eines Digitalen Lagemodells mit ausgewählten planungsrelevanten Höhenpunkten d) Erstellen von Plänen mit Darstellen der Situation im Planungsbereich mit ausgewählten planungsrelevanten Höhenpunkten e) Übernehmen des Liegenschaftskatasters f) Liefern der Pläne und Daten in analoger und digitaler Form 	<ul style="list-style-type: none"> – Maßnahmen für anordnungsbedürftige Verkehrssicherung – Orten und Aufmessen des unterirdischen Bestandes – Vermessungsarbeiten unter Tage, unter Wasser oder bei Nacht – Detailliertes Aufnehmen bestehender Objekte und Anlagen neben der normalen topographischen Aufnahme wie zum Beispiel Fassaden und Innenräume von Gebäuden – Ermitteln von Gebäudeschnitten – Aufnahmen über den festgelegten Planungsbereich hinaus – Erfassen zusätzlicher Merkmale wie z.B. für ein detailliertes Baumaß (Baumhöhe, asymmetrische Baumkrone, Wurzelhalshöhe, Baumart) – Eintragen von Eigentümerangaben – Darstellen in verschiedenen Maßstäben – Ausarbeiten der Lagepläne entsprechend der rechtlichen Bedingungen für behördliche Genehmigungsverfahren – Übernahme der Objektplanung in ein digitales Lagemodell – Übernehmen von Kanälen, Leitungen, Kabeln und unterirdischen Bauwerken – Übernehmen der bestehenden öffentlich-rechtlichen Festsetzungen
4. Digitales Geländemodell	
<ul style="list-style-type: none"> a) Selektion der die Geländeoberfläche beschreibenden Höhenpunkte und Bruchkanten aus der Geländeaufnahme b) Berechnung eines digitalen Geländemodells c) Ableitung von Geländeschnitten d) Darstellen der Höhen in Punkt-, Raster- oder Schichtlinienform e) Liefern der Pläne und Daten in analoger und digitaler Form 	

4. Leistungen des Auftragnehmers

Die Strukturierung und Darstellung der Planinhalte und Objekte durch den AN erfolgt mit den im Hamburger Normierungskatalog definierten Vorgaben.

5. Sicherungs- und Abspermaßnahmen

Sicherungs- und Abspermaßnahmen werden von Drittunternehmen erbracht, die der AN in Abstimmung mit dem AG beauftragt.

Die Vergütung dieser Maßnahmen erfolgt nach Nachweis der erbrachten Leistungen durch den AG.

6. Nebenkosten

Nebenkosten nach §14 HOAI werden nicht erstattet.

Gebühren für Katasterunterlagen werden auf Nachweis des Auftragnehmers vom Auftraggeber übernommen.

7. Honorartabelle zur Berechnung der Honorare für die Grundleistungen der Planungsbegleitenden Vermessung

Verrechnungseinheiten	Honorarzone I		Honorarzone II		Honorarzone III		Honorarzone IV		Honorarzone V	
	sehr geringe Anforderungen		geringe Anforderungen		durchschnittliche Anforderungen		hohe Anforderungen		sehr hohe Anforderungen	
	von	bis	von	bis	von	bis	von	bis	von	bis
6	658	777	777	914	914	1 051	1 051	1 170	1 170	1 289
20	953	1 123	1 123	1 306	1 306	1 489	1 489	1 659	1 659	1 828
50	1 480	1 740	1 740	2 000	2 000	2 260	2 260	2 520	2 520	2 780
103	2 225	2 616	2 616	3 007	3 007	3 399	3 399	3 790	3 790	4 182
188	3 325	3 826	3 826	4 327	4 327	4 829	4 829	5 330	5 330	5 831
278	4 320	4 931	4 931	5 542	5 542	6 153	6 153	6 765	6 765	7 376
359	5 156	5 826	5 826	6 547	6 547	7 217	7 217	7 939	7 939	8 609
435	5 881	6 656	6 656	7 437	7 437	8 212	8 212	8 994	8 994	9 768
506	6 547	7 383	7 383	8 219	8 219	9 055	9 055	9 892	9 892	10 728
659	7 867	8 859	8 859	9 815	9 815	10 809	10 809	11 765	11 765	12 757
822	9 187	10 299	10 299	11 413	11 413	12 513	12 513	13 625	13 625	14 737
1 105	11 332	12 667	12 667	14 002	14 002	15 336	15 336	16 672	16 672	18 006
1 400	13 525	14 977	14 977	16 532	16 532	18 086	18 086	19 642	19 642	21 196
2 033	17 714	19 597	19 597	21 592	21 592	23 586	23 586	25 582	25 582	27 576
2 713	21 894	24 217	24 217	26 652	26 652	29 086	29 086	31 522	31 522	33 956
3 430	26 074	28 837	28 837	31 712	31 712	34 586	34 586	37 462	37 462	40 336
4 949	34 434	38 077	38 077	41 832	41 832	45 586	45 586	49 342	49 342	53 096
7 385	46 974	51 937	51 937	57 012	57 012	62 086	62 086	67 162	67 162	72 236
11 726	67 874	75 037	75 037	82 312	82 312	89 586	89 586	96 862	96 862	104 136

Tabelle: HOAI 2013; Anlage 1.4.8

Anhang

Regelwerke

- [1] Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der Fassung vom 17.07.2013
- [2] Hamburgischen Vergabehandbuches freiberuflicher Leistungen des Ingenieurbaus (VHBF-I)
- [3] Hamburger Normierungskatalog (HNK)
Download unter: <http://www.hamburg.de/bsu/landesbetrieb-geoinformation-und-vermessung/>

- Anlage 1** Beispieldarstellung für die Flächenkategorien



B-Vermessung Anlage 1

emplarische Darstellung der Flächenkategorien und ihrer
punktdichten bei verschiedenen örtlichen Gegebenheiten

und September 2014

Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3
0 Allgemeines	5
1 Flächenkategorie „Kleinstflächen im Verkehrsraum“ (z.B. Bushaltestellen)	6
2 Flächenkategorie „Verkehrsflächen im Wohnbereich“	8
3 Flächenkategorie „Verkehrsflächen im Geschäfts- und Kernbereich“	10
4 Flächenkategorie „Hauptverkehrsstraße“	12

0 Allgemeines

Diese exemplarische Darstellung der Flächenkategorien dient der Erläuterung, welche Punktdichten bei der Ermittlung der Verrechnungseinheiten bei verschiedenen örtlichen Gegebenheiten anzusetzen sind.

Ziel dieser Anlage ist es, anhand der aufgeführten Beispiele die Punktdichte für die Honorarberechnung möglichst realistisch zu schätzen. Aus diesem Grund wird diese Anlage stetig um aussagekräftige Beispiele mit ihren tatsächlichen Punktdichten aktualisiert.



Die Punktdichten der Bestandsplan-Projekte in den vier Flächenkategorien

- Kleinstflächen im Verkehrsraum
- Verkehrsflächen im Wohnbereich
- Verkehrsflächen im Geschäfts- und Kernbereich
- Hauptverkehrsstraße

hängen unmittelbar von der Häufung der aufzunehmenden Objekte (z.B. Fahrbahnkanten, Fahrbahnmarkierungen, Straßenmöblierungen, Gebäudeecken, Höhenpunkte, ...) ab.

Aus einer Vielzahl von Projekten wurden Orientierungswerte für folgende Teilprojektflächen ermittelt:

Flächenart	Durchschnittliche Punktdichte [Punkte pro ha]
Kreuzungsbereiche	ca. 3000 - 3300
reine Straßenbereiche	ca. 1300 - 1500
Straßennebenflächen	ca. 4000 - 4300

Die Punktdichte für das jeweilige Projekt hängt von der Zusammensetzung der Anteile der Teilprojektflächen der jeweiligen Kategorie und von der Dichte und Vielfalt der aufzunehmenden Objekte ab.

Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass in verdichteten innerstädtischen Bereichen .d.R. eine höhere Detaildichte und demzufolge auch Punktdichte vorliegt als dieses in Randbereichen der Fall ist.

Die aufgezeigten Beispiele mit ihren Punktdichten dienen nur zur ersten Orientierung. Im konkreten Einzelfall müssen zur Festlegung der Punktdichte weitere Informationsquellen wie Digitale Orthophotos u.ä. gesichtet oder eine Ortsbegehung durchgeführt werden.



1 Flächenkategorie „Kleinstflächen im Verkehrsraum“

(z.B. Bushaltestellen - BHST-)

Kleinstflächen im Verkehrsraum weisen i.d.R. eine hohe Punktdichte auf, weil in diesen Flächen eine überdurchschnittliche Dichte an Straßenobjekten vorliegt.

Der Anteil der reinen Straßenfläche am Projekt ist entscheidend für die projektbezogene Punktdichte / ha.

Die Straßenfläche ist i.d.R. nur im Randbereich oder halbseitig zu messen.

Je größer der Anteil der Straßenfläche, desto geringer die Punktdichte.



Beispiel: BHST mit geringem Anteil Straßennebenflächen

Geringe bis mittlere Punktdichte
(ca. 2000 - 2500 Pkt./ha).

Gebäudefront als Grenzbebauung
ist genau zu erfassen.

Zuordnung zur Flächenklasse 3



Beispiel: BHST mit hohem Anteil Straßennebenflächen

Mittlere Punktdichte (ca. 2500 -
3000 Pkt./ha).

Zuordnung zur Flächenklasse 3



Beispiel: BHST mit Anteilen auf Privatgrund

Mittlere Punktdichte (ca. 2500 - 2800 Pkt./ha).

Zuordnung zur Flächenklasse 3



Beispiel: BHST an Hauptverkehrsstraße

Mittlere Punktdichte (ca. 2000 - 2800 Pkt./ha).

Zuordnung zur Flächenklasse 3

2 Flächenkategorie „Verkehrsflächen im Wohnbereich“

Wohnbereiche in typischen **Einzel- und Doppelhauswohnstraßen** liegen meist in Randbereichen der Stadt. Charakteristisch für die Bereiche ist die geringe Verkehrsdichte in einfachen Straßenzügen sowie das Vorhandensein von Mauern, Hecken, Einfahrten, Carports, dazu häufiger Wechsel der Oberflächenbefestigung und viele häufig wechselnde Detailinformationen. Für die Planung wichtig sind Zufahrten und Zuwegungen auch und insbesondere auf den (Privat-) Grundstücken. Einzelne Höhenpunkte sind bis zur Gebäudefront zu erfassen. Die Gebäudefront selbst ist ebenfalls zu bestimmen.

In **verdichteten Innenstadtbereichen** können durchweg größere Wohnbereiche mit mehrgeschossigen Gebäuden dieser Kategorie zugeordnet werden. Diese Bereiche weisen Parkplatzbereiche sowie eine höhere Anzahl von Straßenmöbeln im Vergleich zu den Wohngebieten in den Randbereichen aus. Die Gebäudevorderfront steht häufig auf der Grenze zwischen öffentlichem und Privatgrund und ist mit hoher Genauigkeit zu erfassen. Auch in diesen Bereichen können Vorgärten inkl. Einfahrten und Zuwegungen vorkommen.



Beispiel: Hohe Topographiedichte

Mittlere Punktdichte (ca. 3300 Pkt./ha).

Im Bereich der privaten Zufahrten / Eingänge hohe Anzahl Objekte (Zäune, Mauern, Treppen,...).

Häufiger Belagwechsel.

Zuordnung zur Flächenklasse 4



Beispiel: Hohe Topographiedichte

Mittlere Punktdichte (ca. 3500 Pkt./ha).

Hohe Anzahl Punkte auf Privatgrundstücken im Bereich der Zufahrten.

Hohe Anzahl Objekte (Zäune, Mauern, Treppen,...).

Zuordnung zur Flächenklasse 4



Beispiel: Innenstadtbereich

Mittlere Punktdichte (ca. 3500 Pkt./ha).

Hohe Anzahl Punkte in Straßenseitenflächen.

Wechselnde Gebäudefronten.

Zuordnung zur Flächenklasse 4



Beispiel: Innenstadtbereich

Mittlere Punktdichte (ca. 2800 Pkt./ha).

Geringere Anzahl Punkte in Straßenseitenflächen.

Einfache Gebäudefront auf Grenze stehend.

Zuordnung zur Flächenklasse 3

3 Flächenkategorie „Verkehrsflächen im Geschäfts- und Kernbereich“

Geschäftsbereiche sind gekennzeichnet durch eine sehr hohe Dichte von topographischen Einrichtungen (Gebäudefronten, Vordächern, Einfahrten, Parkplätzen..), eine Vielzahl unterschiedlicher Straßenmöbel sowie durch häufigen Wechsel des Oberflächenbelages.

Die **Kernbereiche** weisen eine dichte mehrgeschossige Bauweise auf. Die Gebäude stehen häufig direkt auf der Grenze zwischen öffentlichem und privaten Grund. Auf den Straßennebenflächen befinden sich Fußgänger- und Fahrradwege und Bäume.

Geschäftsbereiche weisen in der Regel eine höhere Punktdichte auf als Kernbereiche.



Beispiel: Geschäftsbereich

Mittlere Punktdichte (ca. 3700 Pkt./ha).

Insbesondere die Straßennebenflächen weisen eine sehr hohe Topographidichte auf.

Zuordnung zur Flächenklasse 4



Beispiel: Geschäfts- und Kernbereich

Mittlere Punktdichte (ca. 2800 Pkt./ha).

Gebäude stehen auf der Grenze von öffentlichem / privatem Grund, dabei häufig wechselnder Gebäudefrontverlauf.

Relativ große Straßennebenflächen mit Treppenabgängen und weiteren Objekten.

Zuordnung zur Flächenklasse 3



Beispiel: Kernbereich

Mittlere Punktdichte (ca. 2800 Pkt./ha).

Zufahrten und Eingangsbereiche sind mit ihren Höhen zu erfassen.

Zuordnung zur Flächenklasse 3



Beispiel: Kernbereich

Mittlere Punktdichte (ca. 2800 Pkt./ha).

Ähnliche Merkmale wie bei innerstädtischen Verkehrsflächen im Wohnbereich.

Zuordnung zur Flächenklasse 3

4 Flächenkategorie „Hauptverkehrsstraße“

Hauptverkehrsstraßen sind meist mehrspurige Straßen im dicht bebauten Kernbereich oder Ausfallstraßen in weniger dicht bebauten Teilen der Stadt.

Im Bereich **komplexer Kreuzungsbereiche** mit Abbiegespuren, Verkehrsinseln, Lichtsignalanlagen weisen sie eine höhere Punktdichte auf.

Im **Kernbereich** sind in den Straßennebenflächen Geh- und Fahrradwege, Bushaltestellen und andere Einrichtungen des Verkehrs vorhanden.

Außerhalb dieser Bereiche liegt eine geringere Anzahl Punkte vor, weil sich wenig Objekte im Straßenraum und in den Straßennebenflächen befinden.



Beispiel: Hauptverkehrsstraße im Kernbereich

Mittlere Punktdichte (ca. 2700 bis 3400 Pkt./ha).

Große Fahrbahnflächen mit Fahrbahnmarkierungen.

Geringer Anteil Fahrbahnnebenflächen.

U-Bahn- und S-Bahn-Eingänge sind inkl. Treppenhöhen zu erfassen.

Zuordnung zur Flächenklasse 3 oder 4



**Beispiel: Hauptverkehrsstraße
im Kernbereich**

Mittlere Punktdichte (ca. 2800 Pkt./ha).

Größere Straßenfläche im Vergleich zu Nebenflächen.

Nebenfläche mit relativ hoher Topographiedichte.

Zuordnung zur Flächenklasse 3



**Beispiel: Hauptverkehrsstraße -
Kreuzungsbereich**

Mittlere Punktdichte (ca. 3300 Pkt./ha).

Komplexe Kreuzung mit vielen Straßeninseln, Lichtsignalanlagen, Beschilderungen.

Zuordnung zur Flächenklasse 4



**Beispiel: Hauptverkehrsstraße
im Randbereich**

Mittlere Punktdichte (ca. 2500 Pkt./ha).

Große Straßenfläche, kleine Straßennebenfläche.

Feste Baukörper, wie Brücken, sowie Böschungen sind inkl. Höhen zu erfassen.

Zuordnung zur Flächenklasse 3

Freie und Hansestadt Hamburg
Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg

Tel: +49 40 42828-0
Fax: +49 40 427310409

<http://www.geoinfo.hamburg.de/>

Hamburg





Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Vergütung von Ingenieurleistungen
bei der Prüfung der Tragwerksplanung

Inhalt

- A Anwendungsbereich
- B Vertragsmuster

Anlage

RVP

A Anwendungsbereich

Die Richtlinie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Ermittlung der Vergütung für die statische und konstruktive Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen (RVP) in der jeweils gültigen Fassung wird als Bestandteil des Vergabehandbuches freiberuflicher Leistungen des Ingenieurbaus (VHBF-I) eingeführt und ist für Leistungen bei der Tragwerksprüfung von Gebäuden und Ingenieurbauwerken anzuwenden, die nicht der Hamburgischen Bauordnung (§ 1 Abs. 2 HBauO) unterliegen oder für die ein Zustimmungsverfahren nach § 64 HBauO durchzuführen ist.

Der Anwendungsbereich ist nicht auf die Prüfung von Ingenieurbauwerken für Verkehrsanlagen beschränkt, sondern erstreckt sich auf sämtliche Gebäude und Ingenieurbauwerke im Sinne des vorstehenden Absatzes.

Sofern in Einzelfällen Prüferingenieure im Zusammenhang mit der Prüfung von Standsicherheitsnachweisen auch mit der Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Bemessung, der Überprüfung hinsichtlich der Geometrie und der Überprüfung des Sachregisters gemäß ZTV-ING beauftragt werden, ist folgendes zu beachten:

Die Überprüfung auf Wirtschaftlichkeit der Bemessung ist in aller Regel durch die Prüfung in statischer und konstruktiver Hinsicht für die Ausführungsstatik und die Ausführungspläne abgedeckt. Dadurch besteht kein Anspruch auf eine zusätzliche Vergütung. Nur in besonders begründeten Ausnahmefällen kann nach RVP Ziffer 4.2.1 oder 4.3.4 eine gesonderte Vergütung erfolgen. Hierunter fallen z.B. die Fälle, bei denen offensichtlich deutlich mehr Bewehrung eingelegt werden soll, als nach der Berechnung oder z.B. bei einfachen Bauwerken nach Erfahrungswerten erforderlich ist oder in denen unzweckmäßige, sehr auf der sicheren Seite liegende statische Systeme der Ausführungsstatik zu Grunde gelegt werden oder für die keine ausreichenden Erfahrungswerte vorliegen.

Die Überprüfung der Geometrie soll in der Regel auf die Überprüfung der Hauptachsen und Schnittpunkte (Lage, Kreuzungswinkel, Höhe in diesen Punkten) und auf geeignete Stichproben der Hauptknoten in den Längs- und Querschnitten beschränkt werden. Das Honorar für diese Leistungen ist mit dem Honorar nach Ziffer 4.1.2 abgegolten. Ist beabsichtigt, die Überprüfung der Geometrie im Zusammenhang mit der Prüfung in statischer und konstruktiver Hinsicht in besonders begründeten Fällen besonders zu vergüten, so soll dafür höchstens der 0,1fache Satz des Grundhonorars angesetzt werden.

Unabhängig von obiger Regelung sollen vom Prüferingenieur auch diejenigen Werte geprüft werden, die ohne weiteren Aufwand bei der Durchsicht der Pläne als richtig oder falsch erkannt werden können, wie z.B. Bauwerksabmessungen, lage- und höhengerechte Ausbildung des Bauwerks an Hand der Hauptknoten in den Längs- und Querschnitten usw. Hierunter ist nicht z.B. das Nachrechnen von Höhenknoten zu verstehen. Generell gilt, wenn für die Überprüfung der Geometrie ein nicht unerheblicher Aufwand entsteht, so soll er auch vergütet werden.

Für die Überprüfung des Sachregisters gemäß ZTV-ING wird zusätzlich das 0,03 fache Grundhonorar vergütet.

B Vertragsmuster

Für die Beauftragung des Prüferingenieurs ist das Vertragsmuster Ingenieure (Teil C) zu verwenden. Die RVP wird nicht Vertragsbestandteil und ist daher nicht unter § 2 des Vertrages aufzuführen.

Für die Beschreibung der Leistung des Auftragnehmers in § 3 des Vertragsmusters (Teil C) können die „Mustertexte für Leistungen der statischen und konstruktiven Prüfung“ verwendet werden.

Die Ermittlung der anrechenbaren Kosten und des Honorars erfolgt mit Hilfe der Vordrucke AK Prüf - I 03_2009 und HE Prüf - I 03_2009 (Teil C). Diese sind als Anlagen zum Vertrag in § 7 anzugeben.

Richtlinie des Bundesministeriums
für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
zur Ermittlung der

**Vergütung für die statische und konstruktive
Prüfung von Ingenieurbauwerken
für Verkehrsanlagen**

(RVP)

Ausgabe 2006

Diese Information stammt aus dem Internetangebot des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis unter
<http://www.bmvbs.de/Impressum>

1. Vergütung

- 1.1 Die Prüfsingenieure erhalten für ihre Leistung eine Vergütung. Die Vergütung besteht aus Honoraren und Auslagen.
- 1.2 Die Honorare richten sich nach den anrechenbaren Kosten (Ziffer 2.1) und der Bauwerksklasse (Ziffer 2.3), der das zu prüfende Ingenieurbauwerk nach seinem statischen und konstruktiven Schwierigkeitsgrad angehört, sofern das Honorar nicht nach Zeitaufwand (Ziffer 4.2) vergütet wird.
- 1.3 Als Auslagen erhält der Prüfsingenieur Reisekostenvergütungen (Tage- und Übernachtungsgeld) nach den für Bundesbeamte der Besoldungsgruppe A 15 geltenden Vorschriften. Für die Benutzung eines eigenen Kraftwagens kann eine Entschädigung entsprechend den Regelungen des Bundes über die Benutzung privater Kraftfahrzeuge zu Dienstreisen berechnet werden. Außerdem werden ihm die Fahr- und Wartezeiten nach dem Zeitaufwand entsprechend Ziffer 4.2 Sätze 1 bis 3 vergütet.
Die Vertragsparteien können bei Auftragserteilung schriftlich vereinbaren, dass abweichend hiervon eine Erstattung der Auslagen ganz oder teilweise ausgeschlossen ist.
- 1.4 Im Prüfvertrag werden die anrechenbaren Kosten, etwaige Ermäßigungen und Abminderungen, die für die Honorarberechnung anzuwendende Bauwerksklasse, etwaige Zuschläge, der Leistungsumfang und die Höhe der Vergütung vereinbart.
- 1.5 Wird der Prüfauftrag aus vom Prüfsingenieur nicht zu vertretenden Gründen abgebrochen, so wird der Prüfaufwand entsprechend der anteilig erbrachten Leistungen vergütet.

2. Anrechenbare Kosten und Bauwerksklassen

- 2.1 Die anrechenbaren Kosten ergeben sich aus der Auftragssumme (Netto) für den Bau des Ingenieurbauwerkes, von der die Kosten der in Anlage 1 aufgeführten Leistungen abgezogen werden (Negativkatalog).
- 2.2 Die anrechenbaren Kosten werden jeweils auf volle eintausend EURO aufgerundet.
- 2.3 Die zu prüfenden Ingenieurbauwerke werden entsprechend ihrem statischen und konstruktiven Schwierigkeitsgrad in Bauwerksklassen gemäß Anlage 2 eingeteilt.

3. Ermittlung der Honorare

- 3.1 Die Honorare werden aus Anteilen des Grundhonorars nach Ziffer 4.1 und/oder ggf. den besonderen Regelungen nach Ziffer 4.3 berechnet, soweit sie nicht nach Ziffer 4.2 nach dem Zeitaufwand ermittelt werden. Das Grundhonorar ergibt sich aus den anrechenbaren Kosten (Ziffer 2.1) entsprechend der Bauwerksklasse (Ziffer 2.3) nach folgender Formel:

$$G = a_n \cdot \left[\frac{K_a}{511,29 \text{ EURO}} \right]^{-0,2} \cdot \frac{K_{as}}{1000} \cdot 1,1$$

In der Formel bedeuten: G = Grundhonorar (in EURO) ohne Umsatzsteuer

Ka = anrechenbare Kosten (in EURO)

an = Faktor für Bauwerksklasse:

a1 = 14,08 für Bauwerksklasse 1

a2 = 21,13 für Bauwerksklasse 2

a3 = 28,17 für Bauwerksklasse 3

a4 = 35,21 für Bauwerksklasse 4

as = 44,13 für Bauwerksklasse 5

- 3.2 Umfasst ein Prüfauftrag mehrere in statisch-konstruktiver Hinsicht unterschiedliche Ingenieurbauwerke, so wird das Honorar für jedes einzelne Ingenieurbauwerk getrennt ermittelt.

Umfasst ein Prüfauftrag mehrere in statisch-konstruktiver Hinsicht weitgehend vergleichbare Ingenieurbauwerke, so werden die anrechenbaren Kosten für die Ingenieurbauwerke zusammengefasst. Das Honorar errechnet sich aus der Summe der anrechenbaren Kosten der Einzelbauwerke.

Umfasst ein Prüfauftrag mehrere Ingenieurbauwerke mit im Wesentlichen gleichen statisch-konstruktiven Verhältnissen, so ermäßigt sich das Honorar für die 1. bis 4. Wiederholung um die Hälfte, von der 5. Wiederholung an um 60 von Hundert.

Umfasst ein Prüfauftrag mehrere Ingenieurbauwerke mit gleichen statisch-konstruktiven Verhältnissen, so ermäßigt sich das Honorar für die Wiederholungen um 90 von Hundert. Die Minderungen für die Wiederholungen gelten wenn die zu prüfenden Unterlagen von einem Aufsteller erstellt wurden.

Die Ziffern 4.3.1 bis 4.3.3 bleiben unberührt.

- 3.3 Besteht ein Ingenieurbauwerk aus Bauteilen mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad, so wird es in die dem überwiegenden Leistungsumfang entsprechende Bauwerksklasse eingestuft.

- 3.4 Werden Baubehelfe wie gesonderte bauliche Anlagen behandelt, so wird für die anrechenbaren Kosten der Neuwert dieser Konstruktionen angesetzt. Alternativ kann die Vergütung nach Zeitaufwand erfolgen.

Die Kosten für die Traggerüste werden stets in den anrechenbaren Kosten belassen, auch wenn für ihre Prüfung ein gesonderter Prüfauftrag erteilt wird.

Die Kosten für sonstige Baubehelfe (z.B. Baugrubenumschließungen, Unterfangungen und Hilfsbrücken, die nicht dem öffentlichen Verkehr dienen) werden nur in die anrechenbaren Kosten einbezogen, wenn kein gesonderter Prüfauftrag erteilt wird.

- 3.5 Bei Ingenieurbauwerken mit hohem Anteil an Baubehelfen (z. B. bei Grundwasserwannen, Tunnel in offener Bauweise) sollen die Baubehelfe in der Regel wie gesonderte Ingenieurbauwerke behandelt werden. Andernfalls wird bei der Festlegung der Bauwerksklasse ihr Schwierigkeitsgrad gemäß Ziffer 3.3 berücksichtigt.
- 3.6 Behelfsbrücken, soweit sie dem öffentlichen Verkehr dienen, gelten als gesonderte Ingenieurbauwerke. Für die anrechenbaren Kosten gilt der Neuwert der Konstruktion.

4. Höhe der Honorare

4.1 Vergütung nach Grundhonorar

- 4.1.1 Für die Prüfung der rechnerischen Nachweise der Standsicherheit wird das Grundhonorar vergütet.
- 4.1.2 Für die Prüfung der zugehörigen Ausführungszeichnungen in statisch-konstruktiver Hinsicht wird das 0,5fache Grundhonorar vergütet.
- 4.1.3 Für die Prüfung von Nachträgen zu den rechnerischen Nachweisen bzw. Ausführungszeichnungen infolge von Änderungen oder Fehlern bei einem Umfang von mehr als einem Zehntel des gesamten Prüfauftrags wird ein Honorar je nach dem zusätzlichen Aufwand vergütet, in der Regel ein Honorar nach Nummer 4.1.1 oder 4.1.2, vervielfacht mit dem Verhältnis des Umfanges der Nachträge zum ursprünglichen Umfang, höchstens jedoch das Honorar nach Ziffer 4.1.1 oder 4.1.2.
- 4.1.4 Für die Prüfung einer gesonderten Lastvorbereitung wird höchstens das 0,25fache Grundhonorar vergütet.
- 4.1.5 Für die Prüfung der Einstufung in militärische Lastenklassen oder für die Prüfung der Bemessung nach STANAG 2021 für militärische Lastenklassen und für die Prüfung der Bemessung nach besonderen Lasten wie z. B. besondere Schwerlastfahrzeuge, Straßenbahnen usw. wird höchstens jeweils das 0,15fache Grundhonorar vergütet.
- 4.1.6 Für die Prüfung von statischen Berechnungen für Traggerüste wird – soweit hierfür kein gesonderter Prüfauftrag erteilt wird – in der Regel das 0,25fache Grundhonorar vergütet.
- 4.1.7 Für die Prüfung von Ausführungszeichnungen für Traggerüste wird – soweit hierfür kein gesonderter Prüfauftrag erteilt wird – in der Regel das 0,125fache Grundhonorar vergütet.
- 4.1.8 Für die Abnahme von Traggerüsten wird in der Regel das 0,1fache Grundhonorar vergütet.

4.1.9 Für die Prüfung von statischen Berechnungen und Ausführungszeichnungen für Bauzustände (Montage- oder Transportzustände) wie z. B. Freivorbau, Takt-schieben und Einschieben wird höchstens das 0,8fache Grundhonorar vergütet.

4.1.10 Für die Prüfung von statischen Berechnungen und Ausführungszeichnungen für Bauzustände bei abschnittsweiser Herstellung durch feldweises Vorbauen wird höchstens das 0,4fache Grundhonorar vergütet.

4.1.11 Für die Prüfung gemäß Ziffer 4.1.1 bzw. 4.1.2 von verbleibender Bausubstanz bei Umbauten wird je nach dem zusätzlichen Aufwand höchstens das 0,5fache der Honorare nach Ziffer 4.1.1 bzw. 4.1.2 vergütet. Dabei ist die verbleibende Bausubstanz mit den fiktiven Neubaukosten zum Zeitpunkt des Umbaus zu be- rücksichtigen. Diese Vergütungen kommen nur in Betracht, wenn wesentliche Teile des vorhandenen Ingenieurbauwerkes erhalten bleiben.

4.2. Vergütung nach Zeitaufwand

Bei der Berechnung des Honorars wird die Zeit angesetzt, die unter regelmäßi- gen Verhältnissen von einer entsprechend ausgebildeten Fachkraft benötigt wird. Für jede Arbeitsstunde wird ein Betrag von 1,5 v.H.des Monatsgrundge- haltes eines Bundesbeamten in der Endstufe der Besoldungsgruppe A 15 be- rechnet. Der Betrag wird auf volle EURO aufgerundet.

Nach Zeitaufwand werden vergütet:

4.2.1 Leistungen, die durch anrechenbare Kosten nicht zu erfassende bauliche Anla- gen oder Bauteile zum Gegenstand haben oder bei denen die über die anre- chenbaren Kosten nach Ziffer 2.1 ermittelten Honorare in einem groben Miss- verhältnis zum Aufwand stehen,

4.2.2 die Prüfung von besonderen rechnerischen Nachweisen für den Brandschutz,

4.2.3 die örtliche Überwachung von Baumaßnahmen in statisch-konstruktiver Hin- sicht für einzelne Bauteile oder Baubehelfe, wobei das Honorar jedoch höchs- tens das 0,5fache Grundhonorar betragen soll,

4.2.4 Leistungen für die Prüfung von Werkstattzeichnungen mit einem hohen Detail- lierungsgrad, soweit sie nicht nach Ziffer 4.1.2 vergütet werden,

4.2.5 Leistungen, die in den Ziffern 4.1.1 bis 4.1.11 nicht aufgeführt sind.

4.3. Besondere Regelungen

4.3.1 Bei Brücken im Zuge von zweibahnigen Straßen mit getrennten Überbauten und im wesentlichen gleichen statisch-konstruktiven Verhältnissen ermäßigt sich für das zweite Ingenieurbauwerk das Honorar auf die Hälfte. Bei sonstigen Ingenieurbauwerken wird sinngemäß verfahren.

4.3.2 Bei Brücken im Zuge von zweibahnigen Straßen mit getrennten Überbauten und gleichen statisch-konstruktiven Verhältnissen ermäßigt sich für das zweite Ingenieurbauwerk das Honorar auf ein Zehntel. Bei sonstigen Ingenieurbauwerken wird sinngemäß verfahren.

- 4.3.3 Bei Ingenieurbauwerken mit erheblichen Längenabmessungen und weitgehend gleichbleibenden statisch-konstruktiven Verhältnissen, bei denen kein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Honorar, das sich nach den anrechenbaren Kosten ergibt, und den Leistungen des Prüfsachverständigen besteht, wird das Honorar angemessen abgemindert. Dies kommt in Betracht z. B. bei Ufer- oder Stützwänden, Lärmschutzanlagen, Tunneln, Galerien, langen Brücken.
- 4.3.4 In besonderen Fällen können, wenn die Honorare in einem groben Missverhältnis zum Aufwand für die Leistung stehen, höhere oder niedrigere Honorare vereinbart werden, die den besonderen Schwierigkeitsgrad oder den veränderten Umfang einer Leistung berücksichtigen. Dies gilt bis zur Abrechnung der Vergütung und kann von beiden Vertragspartnern gefordert werden.

5. Umsatzsteuer

Die Vergütung beinhaltet nicht die Umsatzsteuer.

Negativkatalog

- LB 101** *Baum-Schutzvorrichtungen, Baubüro für AG, Bauschi/der, Hilfsleistungen für Kontrollprüfungen, Stundenlohnarbeiten für Leistungen, die nicht zur Herstellung des Bauwerks gehören.*
- LB 105** *Verkehrssicherung*
- LB 106** *Vorarbeiten wie Baugelände freimachen, Bewuchs entfernen, Bäume fällen, Oberboden andecken*
- LB 108** *Leitungs- und Rohrgräben*
- LB 109** *Wasserhaltung in Sonderfällen*
- LB 111** *Entwässerungsanlagen bzw. -leitungen, soweit nicht fest mit dem Bauwerk verbunden.*
- LB 112, 113** *Straßen- und Wegebefestigungen außerhalb der Baugruben aufnehmen;*
114, 115 *Straßen- und Wegebefestigungen und sonstige Oberflächenbefestigungen herstellen, ausgenommen auf dem Bauwerk*
- LB 116** *Behelfsbrücken, soweit sie dem öffentlichen Verkehr dienen (hierfür erfolgt stets ein gesonderter Prüfauftrag).*
- LB 118, 119** *Abbrucharbeiten, sofern keine statischen Nachweise für Abbruch-*
120 *zustände erforderlich sind oder sofern sie nicht mit Herstellung bzw. Instandsetzung des (neuen) Bauwerkes im konstruktiven Zusammenhang stehen.*
- LB 122** *2. Grundbeschichtung, Kantenschutz sowie Deckbeschichtungen von Stahlbauwerken bzw. -teilen; dies gilt nicht für kleinere Bauteile wie z.B. Lager- oder Fahrbahnübergangskonstruktionen, die ab Werk mit dem kompletten Korrosionsschutz versehen geliefert werden oder Geländer.*
- LB 124** *Oberflächenschutz von Beton*

Bauleistungen, die in diesem Negativkatalog nicht aufgeführt sind und den Prüfumfang nicht beeinflussen, sind sinngemäß einzuordnen (z.B. Winterbauschutzvorkehrungen).

Bauwerksklassen (BK)**Bauwerksklasse 1**

Tragwerke mit sehr geringem Schwierigkeitsgrad, insbesondere einfache, statisch bestimmte ebene Tragwerke aus Holz, Stahl, Stein oder unbewehrtem Beton und mit ruhenden Lasten, und ohne Nachweis horizontaler Aussteifung;

Beispiel:

unverankerte Stützwände zur Abfangung von Geländesprüngen bis 2 m Höhe bei einfachen Baugrund-, Belastungs- oder Geländebedingungen;

Bauwerksklasse 2

Tragwerke mit geringem Schwierigkeitsgrad, insbesondere statisch bestimmte ebene Tragwerke in gebräuchlichen Bauarten ohne vorgespannte Konstruktionen oder Stahlverbundkonstruktionen und mit vorwiegend ruhenden Lasten;

Beispiele:

unverankerte Stützwände zur Abfangung von Geländesprüngen über 2 m Höhe bei einfachen Baugrund-, Belastungs- oder Geländebedingungen, Stützwände der BK1 bis 2 m Höhe bei schwierigen Baugrund-, Belastungs- oder Geländebedingungen, überschüttete Bauwerke bei einfachen Gründungsverhältnissen, einfache Lärmschutzwände;

Bauwerksklasse 3

Tragwerke mit durchschnittlichem Schwierigkeitsgrad, insbesondere

schwierige statisch bestimmte und statisch unbestimmte ebene Tragwerke in gebräuchlichen Bauarten ohne vorgespannte Konstruktionen, Stahlverbundkonstruktionen ohne schwierige Stabilitätsuntersuchungen und ohne Berücksichtigung des Einflusses von Kriechen und Schwinden, einfache Traggerüste.

Beispiele:

*einfach verankerte Stützwände,
Stützwände der BK 2 über 2 m Höhe bei schwierigen Baugrund-, Belastungs- oder Geländeverhältnissen,
Stahlbetonbrücken, deren Schiefe oder Krümmung bei der statischen Berechnung vernachlässigt werden darf oder den Prüfaufwand nicht wesentlich erhöht, sowie auch mit einfachen Pfahlgründungen,
einfache Rahmentragwerke ohne Vorspannkonstruktionen und ohne schwierige Stabilitätsuntersuchungen,
Tunnel in offener Bauweise,
einfache Gewölbe,
schwierige Lärmschutzwände;*

Bauwerksklasse 4

Tragwerke mit überdurchschnittlichem Schwierigkeitsgrad, insbesondere

*statisch und konstruktiv schwierige Tragwerke in gebräuchlichen Bauarten und Tragwerke, für deren Standsicherheits- und Festigkeitsnachweis schwierig zu ermittelnde Einflüsse zu berücksichtigen sind, vielfach statisch unbestimmte Systeme,
Tragwerke mit einfachen Schwingungsuntersuchungen,
Tragwerke mit schwierigen Flachgründungen, schwierigen ebenen oder räumlichen Pfahlgründungen, besonderen Gründungsverfahren, Unterfangungen,
statisch bestimmte und einfache statisch unbestimmte Tragwerke, deren Schnittkraftermittlung nach Theorie II. Ordnung erfolgen muss;
Traggerüste soweit nicht in Bauwerksklasse 3 oder 5*

Beispiele:

*schwierige, verankerte Stützwände,
 Stahlbetonbrücken mit schiefen, gekrümmten oder aufgeweiteten Überbauten, wenn die Schiefe oder Krümmung in der statischen Berechnung zu berücksichtigen ist und sich der Prüfaufwand dadurch wesentlich erhöht,
 Spannbetonbrücken soweit nicht in BK 5 erwähnt,
 Stahl- und Stahlverbundbrücken mit geraden Überbauten ohne oder mit nur geringen Aufweitungen,
 einfache bewegliche Brücken,
 Rahmentragwerke, soweit nicht in BK 3 oder 5 erwähnt,
 Tunnel in bergmännischer Bauweise und schwierige Tunnel in offener Bauweise,
 schwierige Gewölbe und Gewölbereihen,
 einfache sei/verspannte Konstruktionen;*

Bauwerksklasse 5

Tragwerke mit sehr hohem Schwierigkeitsgrad, insbesondere

*statisch und konstruktiv ungewöhnlich schwierige Tragwerke,
 statisch unbestimmte Tragwerke, die Schnittkraftermittlung nach Theorie II. Ordnung unter Berücksichtigung des nichtlinearen Werkstoffverhaltens erfordern,
 Tragwerke mit schwierigen Schwingungsuntersuchungen ;
 sehr schwierige Traggerüste oder andere sehr schwierige Gerüste.*

Beispiele:

*mehrere/drige Spannbetonbrücken mit schiefen oder gekrümmten Überbauten, wenn die Schiefe oder Krümmung in der statischen Berechnung zu berücksichtigen ist und sich der Prüfaufwand dadurch wesentlich erhöht,
 Stahl- und Stahlverbundbrücken mit schiefen, gekrümmten oder stärker aufgeweiteten Überbauten,
 schwierige bewegliche Brücken,*

schwierige Rahmentragwerke mit Vorspannkonstruktionen und Stabilitätsuntersuchungen,
schwierige sei/verspannte Konstruktionen,
ungewöhnlich schwierige räumliche Tragwerke
schwierige, längs vorgespannte Stahlverbundkonstruktionen
sehr hohe oder weitgespannte Traggerüste oder verschiebbliche Traggerüste

Anlage 3
(zu Ziffer 4.1)

Übersicht über die Regelungen zur Honorarermittlung für Prüfleistungen

Ziffer der Richtlinie	Kurzbezeichnung der Leistung	Anteil des Grundhonorars G
4.1.1	Rechnerische Nachweise	1,0
4.1.2	Ausführungszeichnungen	0,5
4.1.3	Nachträge zu rechnerischen Nachweisen Ausführungszeichnungen	S 1,0 S 0,5
4.1.4	Lastvorberechnung	S 0,25
4.1.5	Einstufung bzw. Bemessung für militärische Lastenklassen	S 0,15
4.1.6	Berechnungen für Traggerüste	i.d.R. 0,25
4.1.7	Ausführungszeichnungen für Traggerüste	i.d.R. 0,125
4.1.8	Abnahme von Traggerüsten	i.d.R. 0,1
4.1.9	Berechnungen und Ausführungszeichnungen für Bauzustände	S 0,8
4.1.10	Berechnungen und Ausführungszeichnungen bei feldweisem Vorbau	S 0,4
4.1.11	Standortsicherheitsnachweise bei Umbauten: Rechnerische Nachweise Ausführungszeichnungen	S 0,5 S 0,25
Ziffer der Richtlinie	Besondere Regelung	Grundhonorar G
4.3.1	Brücken im Zuge von zweibahnigen Straßen mit getrennten Überbauten: im Wesentlichen gleiche stat.-konst. Verhältnisse	für die 2. Brückenhälfte: (Anteil des Honorars der 1. Brückenhälfte) 0,50
4.3.2	gleiche stat.-konst. Verhältnisse	0,10
4.3.3	Lange Ingenieurbauwerke mit weitgehend gleich bleibenden statisch-konstruktiven Verhältnissen	angemessene Abminderung

Hinweise zum Vertragsmuster - Erarbeitung Bauleit- und Landschaftsplanerischer Leistungen -

H.1	Vorbemerkung	Nrn. ohne nähere Bezeichnung beziehen sich auf das Vertragsmuster.
		Für Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Beauftragung von Freiberuflichen ergeben, steht die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Amt für Landesplanung und Stadtentwicklung, beratend zur Verfügung.
H.2	Allgemeines	Der Vertrag ist vor Beginn der jeweiligen Leistungen zu schließen. Im Vertrag sind alle Leistungen aufzuführen, deren Beauftragung an die bzw. den AN vorgesehen ist. Im Deckblatt ist die bzw. der AN mit der vollständigen Namensbezeichnung unter Angabe der Anschrift und der vertretungsberechtigten Personen eindeutig zu nennen.
H.3	Leistungen der bzw. des AN (§ 2)	Das Vertragsmuster dient der Regelung insbesondere folgender Leistungen: - Betreuung von Bebauungsplanverfahren Für andere Leistungen, wie z.B. Organisation von Veranstaltungen kann dieses Vertragsmuster allenfalls als Orientierungshilfe herangezogen werden, insbesondere im Hinblick auf Fragen der Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien, der Haftung und der Urheberrechte bedarf es der eingehenden Abstimmung und Beratung mit dem zuständigen Rechtsamt / der zuständigen Rechtsabteilung.
H.4	Vergütung (§ 5)	Es kann ein Festbetrags- oder ein Höchstbetragshonorar vereinbart werden.
H.5	Haftpflichtversicherung (§ 7)	Als Deckungssummen der Haftpflichtversicherung sind in der Regel vorzusehen für Personenschäden: 1.000.000,--EUR, sonstige Schäden: 500.000,--EUR.

Die bzw. der AN hat einen ausreichenden Versicherungsschutz nachzuweisen, der eine Inanspruchnahme der genannten Deckungssummen ermöglicht. In Ausnahmefällen sind die Deckungssummen ggf. zu verringern oder zu erhöhen.

VERTRAGSMUSTER – Erarbeitung Bauleit- und Landschaftsplanerischer Leistungen

Freie und Hansestadt Hamburg

Gz.:

Vertragsausfertigungen an:

1) A N (1x)
2) A G (2x)

Titel-Nr.:
Festl-Nr.:

Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg
vertreten durch

diese vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g g e b e r i n (AG) genannt -

und

vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g n e h m e r i n bzw. A u f t r a g n e h m e r (AN) genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 - Vertragsgrundlage	§ 10 - Kündigung
§ 2 - Leistungen der bzw. des AN	§ 11 - Herausgabeanspruch und vertrauliche Behandlung
§ 3 - Termine	§ 12 - Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen, Ergänzungen
§ 4 - Zusammenarbeit/Zusatzvertrag	§ 13 - Erklärung der bzw. des AN
§ 5 - Vergütung	§ 14 - Transparenzgesetz
§ 6 - Zahlungsweise	§ 15 - Schlussbestimmungen
§ 7 - Mängelansprüche und Haftung	
§ 8 - Verjährung	
§ 9 - Urheberrecht	

§ 1

Vertragsgrundlage

Dem Vertrag liegen, soweit nachstehend nichts anderes vereinbart ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches - insbesondere die des Werkvertrages - zugrunde.

§ 2

Leistungen der bzw. des AN

- (1) Gegenstand des Vertrages ist:
- (2) Die AG überträgt der bzw. dem AN im Rahmen des Vertragsgegenstandes folgende Leistungen:

Grundlage dieses Vertrages sind die im Angebot vom _____ beschriebenen Leistungen; insoweit wird das Angebot Vertragsbestandteil und ist als Anlage beigelegt.

Darüber hinaus ist die bzw. der AN zur Teilnahme an _____ Kolloquien verpflichtet, an denen sie bzw. er jeweils mit einem Stadtplaner und einem Landschaftsplaner teilnimmt. Die Termine werden abhängig vom Arbeitsfortschritt anberaumt.^{)}*

- (3) Die geforderten Leistungen sind der AG in Form eines schriftlichen Berichtes mit den erforderlichen Plänen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen in ...-facher Ausfertigung sowie in digitaler Form zu übergeben.

§ 3

Termine

- (1) Die in § 2 dieses Vertrages aufgeführten Leistungen sind termingerecht bis spätestens _____ zu liefern.
- (2) Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die bzw. der AN dies mit Nennung der Gründe der AG schriftlich unverzüglich mitzuteilen.

§ 4

Zusammenarbeit / Zusatzvertrag

- (1) Die Rechte und Pflichten der AG nimmt der Leiter des Amtes für Landes- und Landschaftsplanung oder sein Vertreter im Amt wahr.

^{*)} Textbaustein bei Bedarf

- (2) Die bzw. der AN hat die Leistungen persönlich zu erbringen.
Ausnahmen bedürfen der Einwilligung der AG.
 - (3) Die bzw. der AN hat ihre bzw. seine Leistungen fachlich objektiv, neutral und unabhängig von der AG zu erbringen. Die AG kann vom Auftragnehmer jederzeit Auskunft über den Stand und die Entwicklung des Auftrages verlangen. Nach Abschluss einzelner Bearbeitungsschritte sind die Ergebnisse der AG auf Verlangen vorzulegen und zu erläutern. Über etwaige zusätzlich erforderlich werdende und/oder veränderte Leistungen ist vor Ausführung ein schriftlicher Zusatzvertrag zu diesem Vertrag zu schließen.
 - (4) Die AG benennt als Sachbearbeiter:
- (5) Die bzw. der AN benennt als Sachbearbeiter:

§ 5

Vergütung

- Festbetragshonorar^{*)}
- (1) Die bzw. der AN erhält für die Leistung ein Festhonorar in Höhe von
Euro

in Worten: ... Euro.
 - (2) In dem Festhonorar ist die Umsatzsteuer nicht enthalten.
 - (3) Im Festhonorar ist die Vergütung für Teilnahmen an Abstimmungsterminen enthalten. Sollten weitere Abstimmungstermine notwendig werden, so werden diese nach besonderer Beauftragung je Termin mit pauschal Euro vergütet.
 - (4) Auslagen und Nebenkosten, z.B. Versicherungsprämien, Fahrt- und Reisekosten, Bürokosten, Lichtpausen und Fotokopien, Post- und Fernspreckgebühren sind in dem Festhonorar enthalten.
 - (5) Mehrere AN sind bezüglich des Festhonorars Gesamtgläubiger.

^{*)} Alternative: **Höchstbetragshonorar**. Nur die beabsichtigte Variante ist in den Vertrag aufzunehmen.

○ Höchstbetragshonorar^{*)}

- (1) Die bzw. der AN erhält für die Leistung ein Höchstbetragshonorar in Höhe von

Euro.

in Worten:

Die Abrechnung erfolgt nach dem tatsächlich erbrachten, erforderlichen und nachgewiesenen Zeitaufwand.

Es liegen folgende Stundensätze zugrunde:

- | | |
|---|------|
| - AN | Euro |
| - Mitarbeiter, die technische oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllen | Euro |
| - Technische Zeichner u. sonstige Mitarbeiter,
die technische oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllen | Euro |

- (2) In dem Höchstbetragshonorar ist die Umsatzsteuer nicht enthalten.
- (3) Auslagen und Nebenkosten, z.B. Versicherungsprämien, Fahrt- und Reisekosten, Bürokosten, Lichtpausen und Fotokopien, Post- und Fernspreckgebühren sind in dem Höchstbetragshonorar enthalten.
- (4) Mehrere AN sind bezüglich des Höchstbetragshonorars Gesamtgläubiger.

§ 6

Zahlungsweise

- (1) Die bzw. der AN verpflichtet sich, nach Ablieferung der Leistung eine prüffähige Rechnung zu stellen.
- (2) Abschlagszahlungen können entsprechend dem Arbeitsfortschritt geleistet werden.
- (3) Die Umsatzsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen. Sie ist in Abschlagsrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer und in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die die bzw. der AN zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.
- (4) Forderungen der bzw. des AN gegen der AG können ohne Zustimmung der AG nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt.

Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der AG gegen sie wirksam.

§§ 398 ff BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

^{*)} Alternative: **Festbetragshonorar**. Nur die beabsichtigte Variante ist in den Vertrag aufzunehmen.

§ 7

Mängelansprüche und Haftung

- (1) Die bzw. der AN verpflichtet sich der AG gegenüber zu einer ordnungsgemäßen Ausführung ihrer bzw. seiner Leistungen nach dem allgemeinen Stand der einschlägigen Wissenschaft und den allgemein anerkannten Regeln der Technik; weiterhin, dass die Ergebnisse, Beurteilungen und fachlichen Empfehlungen für den vorgesehenen Zweck brauchbar und vollständig sind. Dies bestätigt sie bzw. er durch eigenhändige Unterzeichnung des Berichtes und sonstiger Unterlagen.
- (2) Die bzw. der AN wird der AG auch von allen Ansprüchen freihalten, die ein Dritter aus Nichtbeachtung von Absatz 1 stellen kann.
- (3) Die Verschuldenshaftung nach Absatz 1 und Absatz 2 - mit Ausnahme von Vorsatz und grober Fahrlässigkeit - wird, sofern die bzw. der AN zum Zeitpunkt des Schadenseintritts nicht eine höhere Haftpflicht-Versicherung abgeschlossen hat, die dann eintritt, je Schadensfall begrenzt auf

Euro 1.000.000 bei Personenschäden

Euro 150.000 bei sonstigen Schäden.

Die bzw. der AN hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen. Die Versicherung ist der AG von Vertragsabschluss an auf Anforderung nachzuweisen. Vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes hat die bzw. der AN keinen Anspruch auf Leistungen der AG.

- (4) Die bzw. der AN haftet ebenfalls für Schäden, die der AG durch Nichteinhaltung der vereinbarten Termine aus Gründen entstehen, die die bzw. der AN zu vertreten hat.
- (5) Mehrere AN haften als Gesamtschuldner.

§ 8

Verjährung

Die Verjährung von Ansprüchen sowohl der AG als auch der bzw. des AN richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 9

Urheberrecht

- (1) Die AG darf die Leistungen der bzw. des AN auch vor ihrer Veröffentlichung ohne deren bzw. dessen Mitwirkung und ohne zusätzliche Kosten auf alle Nutzungsarten nutzen, nutzen lassen und ändern.
- (2) Die AG hat das Recht zur vollständigen oder auszugsweisen Erstveröffentlichung unter Hinweis auf die bzw. den AN. Hat die AG die Leistungen der bzw. des AN geändert, so bedarf die Nennung der bzw. des AN deren bzw. dessen vorheriger Zustimmung.

- mung. Die bzw. der AN bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen Zustimmung der AG, die diese nur versagen wird, wenn öffentliche Interessen entgegenstehen.
- (3) Absätze (1) und (2) gelten auch, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.

§ 10

Kündigung

- (1) Hat die bzw. der AN die Kündigung dieses Vertrages zu vertreten, werden nur die nachgewiesenen und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen vergütet.
- (2) Wird aus einem Grund gekündigt, den die AG zu vertreten hat, erhält die bzw. der AN für die ihr bzw. ihm übertragenen Leistungen die vereinbarte Vergütung nach Maßgabe des § 649 Satz 2 BGB. Die ersparten Aufwendungen werden für die noch nicht erbrachten Leistungen auf 60 % festgelegt, es sei denn, geringere oder höhere ersparte Aufwendungen werden nachgewiesen.

§ 11

Herausgabeanspruch und vertrauliche Behandlung

- (1) Die von der bzw. dem AN zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten, beschafften und die ihr bzw. ihm überlassenen Unterlagen sind der AG auf Verlangen, spätestens jedoch mit der Schlussrechnung auszuhändigen. Die bzw. der AN hat diese Unterlagen auch bei einer Kündigung des Vertrages oder bei Rechtsstreitigkeit auf Verlangen der AG unverzüglich herauszugeben.
- (2) Die von der bzw. dem AN angefertigten und beschafften Unterlagen werden Eigentum der AG. Zurückbehaltungsrechte der bzw. des AN, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.
- (3) Die bzw. der AN ist verpflichtet, im Rahmen ihrer bzw. seiner Tätigkeit Verschwiegenheit zu bewahren. Die Verpflichtung besteht auch nach Beendigung dieses Vertragsverhältnisses.

§ 12

Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen, Ergänzungen

- (1) Die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen berührt nicht die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes. Die Parteien verpflichten sich, im Zuge einer Vereinbarung solche Bestimmungen durch gleichwertige gültige Vorschriften zu ersetzen.
- (2) Sollten ergänzende Bestimmungen bei der Durchführung des Vertrages notwendig werden, werden die Vertragspartner etwa erforderliche zusätzliche Vereinbarungen treffen.
- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen der bzw. des AN gelten als nicht vereinbart.
- (4) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie andere Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen der Schriftform.

§ 13

Erklärung der bzw. des AN

- (1) Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die bzw. der AN, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.
- (2) Der bzw. dem AN ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren bzw. seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

§ 14

Transparenzgesetz

Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

§ 15

Schlussbestimmungen

- (1) Erfüllungsort und - unter der Voraussetzung des § 38 ZPO - Gerichtsstand für beide Parteien ist Hamburg.
- (2) Ein Streitfall berechtigt die bzw. den AN nicht, die Arbeiten zu unterbrechen oder endgültig einzustellen.
- (3) Es gilt deutsches Recht.

Hamburg, den

Die AG:

Die bzw. der AN:

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

(Dienststelle)

Telefon:
Telefax:

Ausfertigungen an:

1. A N (1x)
2. A G (2x)
- 3.
- 4.

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Geschäftszeichen (Bei Antwort bitte angeben)

Datum

Betr.:
(Bezeichnung der Baumaßnahme und der Belegenheit)

hier: . Zusatzvertrag zum Hauptvertrag vom
(Untersichtsdaten des Grundvertrages)

Mittelbindungs-Nr.:

Sehr geehrte(r)

hiermit erweitern wir die im Hauptvertrag vom um die nachfolgend
genannten Leistungen:

*Hier sind die zu erbringenden Zusatzleistungen und ggf. weitere Vertragsbedingungen wie einzuhal-
tende Termin/Fristen aufzuführen.*

Die bzw. der AN erhält für die Zusatzleistung ein Festhonorar von

.....EUR ohne Umsatzsteuer

in Worten: EUR

Im Übrigen gelten die Bedingungen des o.g. Hauptvertrages.

Darüber hinaus unterliegt der Vertrag dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der
gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister
veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunfts-
anträgen nach dem HmbTG sein.

☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:

Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirk-
sam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Ver-
trags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Ham-
burg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt
werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen
Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg
unzumutbar ist.

Sie werden gebeten, den Zusatzvertrag zu unterzeichnen und der Auftraggeberin zurückzusenden.

Nachdem der Vertrag die zweite Unterschrift der Auftraggeberin erhalten hat, wird er Ihnen zu Ihrer Verwendung zugesandt.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

.....
(Unterschrift Auftraggeberin)

Einverstanden:

Hamburg, den

.....
(Unterschrift Auftragnehmer/in)

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Hinweise zum Muster - Gutachtervertrag

1. Anwendungsbereich

Der Anwendungsbereich für den "Muster-Gutachtervertrag" umfasst wissenschaftliche und technische Untersuchungen außerhalb von Planungs- und Durchführungsaufgaben im Hoch- und Tiefbau wie z.B.:

- Schadensbeurteilungen;
- Beweissicherungen;
- Luftverunreinigungen;
- Strahlungen etc;
- weitere Sonderleistungen.

Es muss sich hierbei – angesichts der Urheberrechtsklausel (vgl. § 9) – um Gutachten / Studien im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 8 HmbTG handeln, siehe auch Ziffer 4.

Für andere Verträge kann dieses Vertragsmuster allenfalls als Orientierungshilfe herangezogen werden, insbesondere im Hinblick auf die Regelungen der Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers, der Termine und der Vergütung. Im Übrigen bedürfen diese Verträge der eingehenden Abstimmung und Beratung mit dem zuständigen Rechtsamt / der zuständigen Rechtsabteilung, dies gilt insbesondere hinsichtlich Fragen der Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien, der Haftung und der Urheberrechte.

2. Zusatz

Ist zu erkennen, dass sich für die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer aus einem Gutachtervertrag neue gewerbliche Verwertbarkeiten eröffnen, für die sie bzw. er sich durch Schutzrechtsanmeldungen und Schutzrechte (Patente usw.) eine Monopolstellung sichern kann, so ist es billig, dass sich die Auftraggeberin im Vertrag unentgeltliche Nutzungsrechte einräumen lässt. In diesem Fall ist das zuständige Rechtsamt/Rechtsabteilung zwecks Abfassung ergänzender Vertragsbestimmungen einzuschalten.

3. Haftpflichtsummen

Es gelten einheitliche Deckungssummen für die Haftpflichtversicherung. Für Einzelobjekte mit besonders hohem Risiko sind entweder in Abstimmung mit dem zuständigen Rechtsamt/Rechtsabteilung die Deckungssummen der Haftpflichtversicherung im Vertragsmuster anzuheben oder der Abschluss einer Objektversicherung zu vereinbaren.

4. Urheberrechtsklausel

Der Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Dementsprechend enthält er eine Urheberrechtsklausel, die der Auftraggeberin im Hinblick auf die Veröffentlichung im Informationsregister urheberrechtliche Rechtspositionen an dem Gutachten der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gewährt.



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

GUTACHTERVERTRAG

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch

als Auftraggeberin

und

als Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

§ 1

Vertragsgrundlage

Dem Vertrag liegen, soweit nachstehend nichts anderes vereinbart ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches - insbesondere die des Werkvertrages - zugrunde.

§ 2

Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

- (1) Gegenstand des Vertrages ist:

- (2) Die Auftraggeberin überträgt der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer im Rahmen des Vertragsgegenstandes folgende Leistungen:

- (3) Die geforderten Leistungen sind der Auftraggeberin in folgender Form zu übergeben bzw. zu erbringen:

§ 3

Termine

- (1) Die in § 2 dieses Vertrages aufgeführten Leistungen sind termingerecht zu liefern:

- (2) Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer dies mit Nennung der Gründe der Auftraggeberin schriftlich unverzüglich mitzuteilen.

§ 4

Zusammenarbeit / Zusatzvertrag

- (1) Die Rechte und Pflichten der Auftraggeberin nimmt die Leiterin bzw. der Leiter des/der

oder die Vertreterin bzw. der Vertreter im Amt

wahr.
- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat die Leistungen persönlich zu erbringen.

Ausnahmen bedürfen der Einwilligung der Auftraggeberin.

- (3) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat ihre bzw. seine Leistungen fachlich objektiv, neutral und unabhängig von der Auftraggeberin zu erbringen. Die Auftraggeberin kann von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer jederzeit Auskunft über den Stand und die Entwicklung des Auftrages verlangen. Nach Abschluss einzelner Bearbeitungsschritte sind die Untersuchungsergebnisse der Auftraggeberin auf Verlangen vorzulegen und zu erläutern. Über etwaige zusätzlich erforderlich werdende und/oder veränderte Leistungen ist vor Ausführung ein schriftlicher Zusatzvertrag zu diesem Vertrag zu schließen.
- (4) Die Auftraggeberin benennt als Sachbearbeiterin bzw. Sachbearbeiter:

- (5) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer benennt als Sachbearbeiterin bzw. Sachbearbeiter:

§ 5

Vergütung

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer erhält für die Leistung
 - ☐ ein Festhonorar in Höhe von pauschal Euro
 - ☐ ein Zeithonorar nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf mit einem Höchstbetrag von Euro

in Worten: Euro.

Stundensätze werden vereinbart mit: Euro
- (2) In dem Honorar ist die Umsatzsteuer nicht enthalten.
- (3) Auslagen und Nebenkosten, z.B. Versicherungsprämien, Fahrt- und Reisekosten, Bürokosten, Lichtpausen und Fotokopien, Post- und Fernspreckgebühren sind in dem Honorar enthalten.
- (4) Mehrere Auftragnehmerinnen bzw. Auftragnehmer sind bezüglich des Honorars Gesamtgläubigerinnen bzw. Gesamtgläubiger.

§ 6

Zahlungsweise

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer verpflichtet sich, nach Ablieferung der Leistung eine prüffähige Rechnung zu stellen.
- (2) Abschlagszahlungen können entsprechend dem Arbeitsfortschritt geleistet werden.
- (3) Die Umsatzsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen. Sie ist in Abschlagsrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer und in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.
- (4) Forderungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gegen der Auftraggeberin können ohne Zustimmung der Auftraggeberin nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt.
Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin gegen sie wirksam.
§§ 398 ff BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

§ 7

Mängelansprüche und Haftung

- (1) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer verpflichtet sich der Auftraggeberin gegenüber zu einer ordnungsgemäßen Ausführung ihrer bzw. seiner Leistungen nach dem allgemeinen Stand der einschlägigen Wissenschaft und den allgemein anerkannten Regeln der Technik; weiterhin, dass die Untersuchungsergebnisse, Beurteilungen und fachlichen Empfehlungen für den vorgesehenen Zweck brauchbar und vollständig sind. Dies bestätigt sie bzw. er durch eigenhändige Unterzeichnung des Berichtes und sonstiger Unterlagen.
- (2) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer wird die Auftraggeberin auch von allen Ansprüchen freihalten, die Dritte aus Nichtbeachtung von Absatz 1 stellen können.
- (3) Die Verschuldenshaftung nach Absatz 1 und Absatz 2 - mit Ausnahme von Vorsatz und grober Fahrlässigkeit - wird, sofern die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer zum Zeitpunkt des Schadenseintritts nicht eine höhere Haftpflicht-Versicherung abgeschlossen hat, die dann eintritt, je Schadensfall begrenzt auf

Euro 1.000.000 bei Personenschäden
Euro 150.000 bei sonstigen Schäden.

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der genannten Deckungssummen besteht. Bei Arbeitsgemeinschaften muss Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen. Die Versicherung ist der Auftraggeberin von Vertragsabschluss an auf Anforderung nachzuweisen. Vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes

hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer keinen Anspruch auf Leistungen der Auftraggeberin.

- (4) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer haftet ebenfalls für Schäden, die der Auftraggeberin durch Nichteinhaltung der vereinbarten Termine aus Gründen entstehen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer zu vertreten hat.
- (5) Mehrere Auftragnehmerinnen bzw. Auftragnehmer haften als Gesamtschuldnerinnen bzw. Gesamtschuldner.

§ 8

Verjährung

Die Verjährung von Ansprüchen sowohl der Auftraggeberin als auch der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 9

Urheberrecht

- (1) Die Auftraggeberin ist nach § 3 Abs. 1 Nr. 8, § 10 Abs. 3 des Hamburgischen Transparenzgesetzes verpflichtet, das Gutachten im Informationsregister zu veröffentlichen und jedermann unentgeltlich zu jedweder freien Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke, zu überlassen.
- (2) Soweit das Gutachten urheberrechtlich schutzfähig ist, räumt die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer der Auftraggeberin zu diesem Zweck sämtliche erforderlichen Nutzungsrechte an dem zu erstellenden Gutachten zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkt ein. Insbesondere räumt sie bzw. er der Auftraggeberin das Recht ein, das Gutachten zu vervielfältigen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen, unter Wahrung seiner geistigen Eigenart zu bearbeiten oder umzugestalten, ungeachtet der Verwertungszwecke. Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer gestattet der Auftraggeberin, jedermann die freie Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke im Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte zu gestatten.
- (3) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer verzichtet auf die Geltendmachung von urheberrechtlichen Abwehransprüchen gegen Dritte; hiervon nicht erfasst sind Ansprüche wegen unterlassener Anerkennung der Urheberschaft (§ 13 UrhG) und gröblicher Entstellung des Werkes (§ 14 UrhG).

§ 10

Kündigung

- (1) Hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer die Kündigung dieses Vertrages zu vertreten, werden nur die nachgewiesenen und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen vergütet.
- (2) Wird aus einem Grund gekündigt, den die Auftraggeberin zu vertreten hat, erhält die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer für die ihr bzw. ihm übertragenen Leistungen die vereinbarte Vergütung nach Maßgabe des § 649 Satz 2 BGB. Die ersparten

Aufwendungen werden für die noch nicht erbrachten Leistungen auf 60 % festgelegt, es sei denn, geringere oder höhere ersparte Aufwendungen werden nachgewiesen.

§ 11

Herausgabeanspruch und vertrauliche Behandlung

- (1) Die von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten, beschafften und die ihm überlassenen Unterlagen sind der Auftraggeberin auf Verlangen, spätestens jedoch mit der Schlussrechnung auszuhändigen. Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat diese Unterlagen auch bei einer Kündigung des Vertrages oder bei Rechtsstreitigkeit auf Verlangen der Auftraggeberin unverzüglich herauszugeben.
- (2) Die von der Auftragnehmerin bzw. vom Auftragnehmer angefertigten und beschafften Unterlagen werden Eigentum der Auftraggeberin. Zurückbehaltungsrechte der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.
- (3) Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen ihrer bzw. seiner Tätigkeit Verschwiegenheit zu bewahren. Die Verpflichtung besteht auch nach Beendigung dieses Vertragsverhältnisses.

§ 12

Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen, Ergänzungen

- (1) Die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen berührt nicht die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes. Die Parteien verpflichten sich, im Zuge einer Vereinbarung solche Bestimmungen durch gleichwertige gültige Vorschriften zu ersetzen.
- (2) Sollten ergänzende Bestimmungen bei der Durchführung des Vertrages notwendig werden, werden die Vertragspartner etwa erforderliche zusätzliche Vereinbarungen treffen.
- (3) Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gelten als nicht vereinbart.
- (4) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie andere Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen der Schriftform.

§ 13

Erklärung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

- (1) Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.
- (2) Der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren bzw. seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

§ 14

Schlussbestimmungen

- (1) Erfüllungsort und - unter der Voraussetzung des § 38 ZPO - Gerichtsstand für beide Parteien ist Hamburg.
- (2) Ein Streitfall berechtigt die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer nicht, die Arbeiten zu unterbrechen oder endgültig einzustellen.
- (3) Es gilt deutsches Recht.

Hamburg, den

Auftraggeberin:

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
vertreten durch:

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer:



FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

ZUSATZVERTRAG

zum Hauptvertrag Nr.:

vom:

zwischen

der Freien und Hansestadt Hamburg, vertreten durch

als Auftraggeberin

und

als Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer

§ 1

Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers:

§ 2

Vergütung

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer erhält für die Zusatzleistung ein Festhonorar von

in Worten:

Euro (ohne Umsatzsteuer)
Euro

§ 3

Termin

§ 4

- (1) Im Übrigen gelten die Bedingungen des oben genannten Hauptvertrages.
- (2) Ausgenommen hiervon ist § 9, der folgende Fassung erhält:

Die Auftraggeberin ist nach § 3 Abs. 1 Nr. 8, § 10 Abs. 3 des Hamburgischen Transparenzgesetzes verpflichtet, das Gutachten im Informationsregister zu veröffentlichen und jedermann unentgeltlich zu jedweder freien Nutzung, Weiterverwendung und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke, zu überlassen.

Soweit das Gutachten urheberrechtlich schutzfähig ist, räumt die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer der Auftraggeberin zu diesem Zweck sämtliche erforderlichen Nutzungsrechte an dem zu erstellenden Gutachten zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkt ein. Insbesondere räumt sie bzw. er der Auftraggeberin das Recht ein, das Gutachten zu vervielfältigen, zu verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen, unter Wahrung seiner geistigen Eigenart zu bearbeiten oder umzugestalten, ungeachtet der Verwertungszwecke. Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer gestattet der Auftraggeberin, jedermann die freie Nutzung, Weiterverwen-

und Verbreitung sowohl für nicht-kommerzielle als auch kommerzielle Zwecke im Umfang der eingeräumten Nutzungsrechte zu gestatten.

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer verzichtet auf die Geltendmachung von urheberrechtlichen Abwehransprüchen gegen Dritte; hiervon nicht erfasst sind Ansprüche wegen unterlassener Anerkennung der Urheberschaft (§ 13 UrhG) und gröblicher Entstellung des Werkes (§ 14 UrhG).

Hamburg, den

Auftraggeberin:

.....

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer:

.....

Hinweise zum Vertragsmuster - Planungswettbewerbe (nach RPW) -

Vorbemerkungen

Das Vertragsmuster -Wettbewerbe- ist bei der Übertragung von Leistungen für die Abwicklung und Betreuung eines Wettbewerbes nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe der Freien und Hansestadt Hamburg - RPW 2015 - (Amtl. Anzeiger Nr. 18 v. 3.3.2015 S. 361) zu verwenden.

Wettbewerbe sind in „nichtoffener“ (Auswahl der angestrebten Teilnehmerzahl in einem vorgeschalteten Verfahren) oder in „offener“ Form (unbekannte Teilnehmerzahl) möglich. Offene Verfahren sind im Aufwand und in den entstehenden Kosten wesentlich umfanglicher.

Ab einem Schwellenwert von 207.000 Euro ist nach der Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) eine EU-weite Bekanntmachung erforderlich.

Zu § 2 - Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

In § 2 Nr. 2.1 ist die Wettbewerbsart und die genaue Bezeichnung der Maßnahme einzutragen.

Beispiel:

„Gegenstand dieses Vertrages ist die Vorbereitung und Abwicklung eines offenen, zweiphasigen, anonymen Realisierungswettbewerbes für die Stadt "X".

Wettbewerbsaufgabe ist ein neuer Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB), eine Brücke für Fußgängerinnen bzw. Fußgänger und Radfahrerinnen bzw. Radfahrer über die Bahnanlagen sowie ein Fahrradparkhaus.

Die in § 2 Nr. 2.2 genannte Anlage muss die zu übertragenden Leistungen enthalten. Sie muss entsprechend der Vorschriften der RPW 2015 (Aufbau, Gliederung und Inhalt) gefasst sein. Als Muster kann „Anlage zu § 2 Nr. 2.2“ dienen.

Vor Vertragsabschluss ist der Qualitätsanspruch an die Gestaltung der Auslobungsbroschüre mit den Bieterinnen bzw. Bietern abzustimmen.

Auf der Grundlage der vorhandenen Unterlagen und des Musters sind Honorargespräche mit den Bieterinnen bzw. Bietern zu führen. Der jeweilige Leistungsinhalt ist anhand des Musters vorab festzulegen.

Zu § 6 - Vergütung

1. Pauschalhonorar

Bei nicht offenen Wettbewerben soll für die zu übertragenden Leistungen ein Pauschalhonorar vereinbart werden. Bei der Pauschal-Honorierung sind zu berücksichtigen:

- allgemeine Verfahrens-Koordination;
- Programm-Erstellung;
- Rückfragen-Kolloquium;
- Vorprüfung (kalkuliert auf Wettbewerbsarbeiten);
- Preisgerichts-Sitzung;
- Pressekonferenz und Ausstellung;
- evtl. Pauschalkosten aufgeschlüsselt nach Leistungsaufwand.

Diese soll auf ein möglichst nach Phasen des Wettbewerbsverfahrens (gemäß RPW 2015) aufgegliedertes Angebot, das eine Prüfung der Plausibilität von Abschlagsrechnungen und die Möglichkeit der abschnittsweise Veränderung der beauftragten Leistung beinhaltet, basieren.

Die Nebenkosten sollen in der Pauschalhonorierung enthalten sein. Als Nebenkosten kommen in Betracht: Fernsprechkosten, Porto- und Verpackungskosten (ohne den Versand der Wettbewerbsunterlagen für Auslobung, Rückfragenprotokoll, Preisgerichtsprotokoll sowie Rückversand

der eingelieferten Arbeiten, die nicht in das Eigentum der Ausloberin übergehen), Büromaterialien zur Abwicklung der Betreuung, Kleinmaterial zur Vorprüfung und Ausstellungsbetreuung, wettbewerbsbegleitende Kopierkosten, Fahrkosten innerhalb Hamburgs über den Umkreis von 15 km des Geschäftssitzes hinaus, Veranlassung aller Drucke und Vervielfältigungen.

Bei offenen Wettbewerben ist zum Pauschalhonorar eine Anpassungsklausel vorzusehen, nach der eine Mehr- und Mindervergütung entsprechend der eingereichten prüffähigen Wettbewerbsarbeiten zu vereinbaren ist.

2. Sach- und Personalkosten

Zusätzlich zum Pauschalhonorar werden die Sach- und Personalkosten, die von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer zu veranlassen und abzurechnen sind, unabhängig von den vorstehenden Kosten von der Auftraggeberin erstattet. Als Sach- und Personalkosten kommen in Betracht:

Preisrichterinnen- bzw. Preisrichter-Honorare, ggf. gesonderte Reise- und Übernachtungskosten (eventuell auch für externe Sachverständige); Bewirtungskosten (Preisrichterinnen- bzw. Preisrichtervorgespräch, Preisgerichtssitzung); Druck- und Lichtpauskosten; Porto- und Verpackungskosten für den Versand der Wettbewerbsunterlagen für Auslobung, Rückfragenprotokoll, Preisgerichtsprotokoll sowie Rückversand der eingelieferten Arbeiten; Kosten für Raummieten, Raumausstattung und Materialtransport (Stellwände etc.), Modellbaukosten; Kosten für digitalen Lageplan und Anzeigen in Fachzeitschriften.

Zu § 15 - Schlussbestimmungen

Veröffentlichungs- und Rücktrittsklausel

Der Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Dementsprechend enthält er eine Veröffentlichungsklausel, die der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer deutlich machen soll, dass sie bzw. er – unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen des HmbTG – nach Vertragsabschluss mit der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister rechnen muss.

Für den Fall der Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister ist das hierfür in § 15 des Musters zum Hauptvertrag bzw. § 4 des Musters zum Zusatzvertrag vorgesehene Kästchen anzukreuzen.

Des Weiteren beinhaltet der Vertrag eine Rücktrittsklausel, die der Auftraggeberin das Recht einräumt, innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurückzutreten.

Anlage zu § 2 Nr. 2.2

Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

1. Aufstellung des Kostenplanes für das Gesamtverfahren einschließlich Ermittlung der Wettbewerbskosten und Abstimmung mit der Auftraggeberin.
2. Umsetzung des Raumprogramms auf den für den Wettbewerb erforderlichen Standard.
3. Beteiligung der Hamburgischen Architektenkammer/ Hamburgischen Ingenieurkammer-Bau gem. § 2 Abs. 4 RPW 2015.
4. Erarbeitung und Darlegung der Auslobung in Abstimmung mit den beteiligten Instanzen gem. § 5 Abs. 1 und Anlage I RPW 2015.
5. Aufstellung des Wettbewerbsprogramms.
Folgende Unterlagen sind zu erarbeiten und zusammenzustellen:
 - Beschreibung der Wettbewerbsaufgabe gem. § 5 Abs. 1 und Anlage I RPW 2015
 - Sonstige Wettbewerbsunterlagen mit Erläuterungen gem. § 5 Abs. 1 und Anlage I RPW 2015
 - Darstellung der Wettbewerbsleistungen gem. § 5 Abs. 1 und Anlage I RPW 2015
 - Aufstellung der Beurteilungskriterien gem. § 5 Abs. 1 und Anlage I RPW 2015
6. Aufbereitung der Auslobungsunterlagen zu reproduktionsfähigen Druckvorlagen. Die Auslobungsbroschüre ist mit der Auftraggeberin abzustimmen.
7. Koordination der Verhandlungen und Schriftverkehr mit Preisrichterinnen und Preisrichtern, Sachverständigen, Vorprüferinnen und Vorprüfern und weiteren Beteiligten:
 - Vorbereitung und Veranlassen der Vorauswahl der erforderlichen Sach- und Fachpreisrichterinnen bzw. Sach- und Fachpreisrichter, stellvertretenden Preisrichterinnen bzw. Preisrichter, Sachverständigen, Vorprüferinnen bzw. Vorprüfer gem. § 2 Abs. 3 und 5 RPW 2015, Schriftverkehr und Abstimmungen mit den Beteiligten über die jeweilige Beteiligung
 - Abstimmung des Wettbewerbsprogramms mit den Preisrichterinnen bzw. Preisrichtern und - soweit erforderlich - mit den Vorprüferinnen bzw. Vorprüfern und Sachverständigen gem. § 2 Abs. 3 und 5 RPW 2015
8. Bekanntmachung des Wettbewerbs in der Presse, im Amtlichen Anzeiger der Freien und Hansestadt Hamburg und - soweit erforderlich - im Amtsblatt der EG gem. § 9 Abs. 1 RPW 2015 und Ausgabe der Unterlagen gem. Anlage I RPW 2015:
 - Einholen von Kosten (Angeboten) für die Bekanntmachung
 - Vorbereitung der Bekanntmachung, Abstimmung mit den beteiligten Instanzen gem. RPW 2015
 - Einrichtung eines vorübergehenden, treuhändlerisch verwalteten Kontos für die Schutzgebühren
 - Registrierung der Bestellungen von Wettbewerbsunterlagen
 - Versand der Wettbewerbsunterlagen
 - Verwaltung des Kontos und Abrechnung am Ende des Verfahrens
9. Organisation und Protokollierung eines Rückfragenkolloquiums gem. § 5 Abs. 1 RPW 2015:
 - Ankündigung des Rückfragenkolloquiums nach entsprechender Vorabstimmung mit der Auftraggeberin, Preisrichterinnen bzw. Preisrichtern, Sachverständigen
 - Organisation von Raum für Rückfragenkolloquium einschl. sämtlicher Hilfsmittel
 - Zusammenfassende, systematische Darstellung von vorher schriftlich eingegangenen Fragen
 - Aufstellung einer Teilnehmerliste

- Protokollierung der Beantwortung bzw. Veranlassung und Zusammenstellung der Beantwortung; Abstimmung des Protokolls mit der Auftraggeberin als Bestandteil der Auslobung
 - Veranlassung der Vervielfältigung der Rückfragenbeantwortung
 - Versand der Rückfragenbeantwortung sowie eventueller zusätzlicher Unterlagen und - ggf. - einer Modellplatte
10. Annahme und Lagerung der Wettbewerbsarbeiten:
- Annahme der Wettbewerbsarbeiten gem. RPW 2015
 - Lagerung der Wettbewerbsarbeiten, Organisation des Transportes
11. Bestellung der Vorprüferinnen bzw. Vorprüfer und deren Hilfskräfte gem. § 2 Abs. 5 RPW 2015.
12. Vorprüfung gem. Anlage VI RPW 2015:
- Organisation des Ablaufes räumlich und zeitlich einschl. der erforderlichen Hilfsmittel
 - Aufstellung und Abstimmen von Prüf(kriterien)listen gem. Anlage VI RPW 2015
 - Prüfen sämtlicher Wettbewerbsarbeiten anhand der Prüf(kriterien)listen gem. Anlage VI RPW 2015
 - Aufhängung der Wettbewerbsarbeiten gem. Anlage VI RPW 2015
 - Anfertigung eines (Vor)Prüfberichtes gem. Anlage VI RPW 2015 einschließlich Einzeldarstellung und synoptische Darstellung:
 - textliche Abfassung der Prüfergebnisse (redaktionelle Arbeit)
 - tabellarische/graphische Darstellung
 - Anfertigen von Plänen/Skizzen sowie textliche Erfassung
 - Aufbereitung der Vorprüfungsunterlagen (Prüfbericht, Prüf(kriterien)listen) zu reproduktionsfähigen Druckvorlagen mit den dafür notwendigen Leistungen
 - Veranlassung der Vervielfältigung und Versand
13. Abwicklung des Preisgerichts gem. Anlage VII RPW 2015:
- Benachrichtigung (Einladung) der Beteiligten entsprechend der terminlichen Vorabstimmung
 - Beschaffung des äußeren Rahmens; Organisation des Ablaufs (räumlich und zeitlich), der erforderlichen Hilfsmittel sowie der Bewirtung
 - Bericht über die Ergebnisse der Vorprüfung
 - Mitwirkung beim Schreiben der Beurteilungen
 - Schreiben des Preisgerichtsprotokolls (ohne Protokollführung) und Abstimmung mit den Beteiligten
 - Veranlassung der Vervielfältigung des Preisgerichtsprotokolls
 - Benachrichtigung der Teilnehmerinnen bzw. Teilnehmer und Versand des Protokolls
14. Vorbereitung der Auszahlungen der Preise und der Aufwandsentschädigungen sowie Bearbeitung der Schutzgebührenangelegenheiten.
15. Bearbeitung der Sach- und Personalkostenangelegenheiten einschließlich Verwaltung und Abrechnung der anfallenden Sachkosten, Prüfung und Schlussberichterstellung.
16. Vorbereiten von Verträgen wie z.B. mit Transportunternehmen, für Anzeigenaufgabe, für Anmietung

Falls erforderlich vor „Vorbereitung der Auszahlungen“ einfügen.

13.a) Ausstellungs-Betreuung/Pressekonferenz

Bekanntgabe des Ergebnisses in der Fach- und örtlichen Presse mit Organisation und Betreuung einer Ausstellung gem. § 8 Abs. 1 RPW 2015:

- Benachrichtigung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer
- Organisation des Raumes (Transport und Aufhängen der Arbeiten)
- Entwurf einer Presseerklärung
- Vorbereiten für die Benachrichtigung der Medien
- Mitwirkung bei der Pressekonferenz und bei der Ausstellungseröffnung
- Vorhalten einer Ausstellungsbetreuung (ca. Tage, jeweils 8 Stunden)
- Abbau der Ausstellung; Zwischenlagerung und Rücksendung der Arbeiten, die nicht in das Eigentum der Ausloberin übergehen



VERTRAGSMUSTER PLANUNGSWETTBEWERBE (nach RPW)

Freie und Hansestadt Hamburg

Gz.:

Vertragsausfertigungen an:

1) A N (1x)

2) A G (2x)

3)

4)

5)

Titel-Nr.:

Festl-Nr.:

Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg
vertreten durch

diese vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g g e b e r i n genannt -

und

vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend A u f t r a g n e h m e r i n bzw. A u f t r a g n e h m e r genannt -
wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis:

§ 1 - Vertragsgrundlage

§ 2 - Leistungen der Auftragnehmerin
bzw. des Auftragnehmers

§ 3 - Leistungen der Auftraggeberin

§ 4 - Termine

§ 5 - Zusammenarbeit

§ 6 - Vergütung

§ 7 - Zahlungsweise

§ 8 - Mängelansprüche, Haftung und
Verjährung

- § 9 - Urheberrecht
- § 10 - Kündigung
- § 11 - Herausgabeanspruch und vertrauliche Behandlung
- § 12 - Auskunft
- § 13 - Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen, Ergänzungen
- § 14 - Erklärung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers
- § 15 - Schlussbestimmungen

§ 1

Vertragsgrundlage

Dem Vertrag liegen, soweit nachstehend nichts anderes vereinbart ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, insbesondere des Werkvertrages, zugrunde.

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist bei der Bearbeitung der Leistungen an die Bestimmungen der „Richtlinien für Planungswettbewerbe der Freien und Hansestadt Hamburg - RPW 2015 - (Amtl. Anzeiger Nr. 18 v. 3. März 2015 S. 361)“ gebunden. Die Vorschriften der Landeshaushaltsordnung, insbesondere die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, sind zu beachten.

§ 2

Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

- 2.1 Gegenstand des Vertrages ist

- 2.2 Die Auftraggeberin überträgt der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer im Rahmen des Vertragsgegenstandes die in der Anlage aufgeführten Leistungen. Die Anlage ist Bestandteil des Vertrages.

§ 3

Leistungen der Auftraggeberin

Die Auftraggeberin bestellt die Preisrichterinnen und Preisrichter, deren Vertreterinnen bzw. Vertreter und die erforderlichen Sachverständigen gem. § 2 Abs. 3 und 4 RPW 2015.

§ 4

Termine

- 4.1 Für die in § 2 dieses Vertrages aufgeführten Leistungen sind folgende Termine vorgesehen:

- 4.2 Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer dies mit Nennung der Gründe der Auftraggeberin schriftlich unverzüglich mitzuteilen.

§ 5

Zusammenarbeit

- 5.1 Die Rechte und Pflichten der Auftraggeberin nimmt die Leiterin bzw. der Leiter des/der

oder seine Vertreterin bzw. sein Vertreter im Amt wahr.

- 5.2 Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat die Leistungen persönlich zu erbringen. Ausnahmen bedürfen der Einwilligung der Auftraggeberin. Die Leistungen nach § 2 sind in enger Abstimmung mit der Auftraggeberin zu erbringen.
- 5.3 Über etwaige zusätzlich erforderlich werdende und/oder veränderte Leistungen ist vor Ausführung ein schriftlicher Zusatzvertrag zu schließen.

§ 6

Vergütung

- 6.1 Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer erhält für die in § 2 genannten Leistungen ein vereinbartes Pauschalhonorar in Höhe von EUR,-- - in Worten:Euro - zuzüglich gültiger Umsatzsteuer.

In dem Pauschalhonorar sind nachfolgende Nebenkosten enthalten:

Fernsprechkosten, Porto- und Verpackungskosten (ohne den Versand der Wettbewerbsunterlagen für Auslobung, Rückfragenprotokoll, Preisgerichtsprotokoll sowie Rückversand der eingelieferten Arbeiten, die nicht in das Eigentum der Ausloberin übergehen), Büromaterialien zur Abwicklung der Betreuung, Kleinmaterial zur Vorprüfung und Ausstellungsbetreuung, wettbewerbsbegleitende Kopierkosten, Fahrkosten innerhalb Hamburgs über den Umkreis von 15 km des Geschäftssitzes hinaus, Veranlassung aller Drucke und Vervielfältigungen.

- *) Werden mehr als prüffähige Wettbewerbsarbeiten eingereicht, erhöht sich das Pauschalhonorar für jede weitere Arbeit um jeweils EUR zuzüglich Umsatzsteuer. Für jede weniger eingereichte Wettbewerbsarbeit verringert sich das Pauschalhonorar um den gleichen Betrag.
- 6.2 Die Sach- und Personalkosten, die von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer zu veranlassen und abzurechnen sind, trägt die Auftraggeberin.

Preisrichterinnen-/Preisrichter-Honorare, ggf. gesondert Reise- und Übernachtungskosten (eventuell auch für externe Sachverständige); Bewirtungskosten (Preisrichterinnen-/Preisrichtervorgespräch, Preisgerichtssitzung); Druck- und Lichtpauskosten; Porto- und Verpackungskosten für den Versand der Wettbewerbsunterlagen für Auslobung, Rückfragenprotokoll, Preisgerichtsprotokoll sowie Rückversand der eingelieferten Arbeiten; Kosten für Raummieten, Raumausstattung und Materialtransport (Stellwände etc.); Modellbaukosten; Kosten für digitalen Lageplan und Anzeigen in Fachzeitschriften.

*) Dieser Absatz kommt nur bei „offenen“ Wettbewerben zum Tragen und ist bei anderen Verfahren zu streichen.

§ 7

Zahlungsweise

- 7.1 Die Auftraggeberin zahlt aufgrund von Rechnungen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer in dreifacher Ausfertigung einzureichen hat.

Die Rechnungen sind prüfungsfähig aufzugliedern.

Abschlagszahlungen können entsprechend dem Arbeitsfortschritt geleistet werden.

Die Umsatzsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen. Sie ist in Abschlagszahlungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer und in der Schlussrechnung mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.

- 7.2 Forderungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gegen die Auftraggeberin können ohne Zustimmung der Auftraggeberin nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt.

Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin gegen sie wirksam.

§§ 398 ff BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

§ 8

Mängelansprüche, Haftung und Verjährung

- 8.1 Mängelansprüche der Auftraggeberin richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere denen des Werkvertrages.
- 8.2 Die Verjährung von Ansprüchen sowohl der Auftraggeberin als auch der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 9

Urheberrecht

Die Auftraggeberin darf die Leistungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftraggebers auch vor ihrer Veröffentlichung ohne deren bzw. dessen Mitwirkung und ohne zusätzliche Kosten auf alle Nutzungsarten nutzen, nutzen lassen und ändern. Dies gilt auch, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.

§ 10

Kündigung

- 10.1 Bei einer Kündigung dieses Vertrages werden nur die bis dahin erbrachten, in sich abgeschlossenen, nachgewiesenen und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen vergütet. Als in sich abgeschlossene Einzelleistungen gelten in § 2 bzw. der Anlage aufgeführte Leistungsbereiche.
- 10.2 Hat die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer den Kündigungsgrund nicht zu vertreten, werden auch die im Rahmen dieses Vertrages notwendig und nachweisbar entstandenen Kosten für weitere Leistungen einschließlich des hierauf entfallenden entgangenen Gewinns vergütet.

§ 11

Herausgabeanspruch und vertrauliche Behandlung

- 11.1 Die von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten, beschafften und die ihr bzw. ihm überlassenen Unterlagen sind der Auftraggeberin auf Verlangen, spätestens jedoch mit der Schlussrechnung auszuhändigen. Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat diese Unterlagen auch bei einer Kündigung des Vertrages oder bei Rechtsstreitigkeiten auf Verlangen der Auftraggeberin unverzüglich herauszugeben.
- 11.2 Die von der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer angefertigten und beschafften Unterlagen werden Eigentum der Auftraggeberin. Zurückbehaltungsrechte der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.
- 11.3 Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen ihrer bzw. seiner Tätigkeit Verschwiegenheit zu bewahren. Die Verpflichtung besteht auch nach Beendigung dieses Vertragsverhältnisses.

§ 12

Auskunft

Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin über ihre bzw. seine Leistungen kurzfristig Auskunft zu erteilen. Das gilt auch, wenn das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.

§ 13

Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen, Ergänzungen

- 13.1 Die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen berührt nicht die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes. Die Parteien verpflichten sich, im Zuge einer Vereinbarung solche Bestimmungen durch gleichwertige gültige Vorschriften zu ersetzen.
- 13.2 Sollten ergänzende Bestimmungen bei der Durchführung des Vertrages notwendig werden, werden die Vertragspartnerinnen bzw. Vertragspartner etwa erforderliche Vereinbarungen treffen.

- 13.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gelten als nicht vereinbart.
- 13.4 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie andere Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen der Schriftform.

§ 14

Erklärung der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers

- 14.1 Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer, dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Abs. 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF vorliegen.
- 14.2 Der Auftragnehmerin bzw. dem Auftragnehmer ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren bzw. seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

§ 15

Schlussbestimmungen

- 15.1 Erfüllungsort und - unter der Voraussetzung des § 38 ZPO - Gerichtsstand für beide Parteien ist Hamburg.
- 15.2 Ein Streitfall berechtigt die Auftragnehmerin bzw. den Auftragnehmer nicht, die Arbeiten zu unterbrechen oder endgültig einzustellen.
- 15.3 Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder Herausgabe auf Antrag nach HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

- ☐ Im Hinblick auf § 10 Abs. 2 HmbTG vereinbaren die Parteien:
Dieser Vertrag wird erst einen Monat nach seiner Veröffentlichung im Informationsregister wirksam.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kann binnen dieses Monats nach Veröffentlichung des Vertrags im Informationsregister vom Vertrag zurücktreten, wenn der Freien und Hansestadt Hamburg nach der Veröffentlichung des Vertrages von ihr nicht zu vertretende Tatsachen bekannt werden, die sie, wären sie schon zuvor bekannt gewesen, dazu veranlasst hätten, einen solchen Vertrag nicht zu schließen, und ein Festhalten am Vertrag für die Freie und Hansestadt Hamburg unzumutbar ist.

Auftraggeberin
Hamburg, den

Auftragnehmerin bzw. Auftragnehmer
, den



Freie und Hansestadt Hamburg

<Behörde>

<Behördenanschrift>

<Amt>

<Abt.>

<Abschnitt>

<Strasse>

D - Hamburg

Telefon 040 - - Zentrale -

Telefax 040 - -

Behördennetz 0 -

Ansprechpartner:

E-Mail:

Titel-Nr.:

Festl./HÜL-Nr.:

Aktenzeichen (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den

Betr.:

Anlagen:

Wir beabsichtigen, bei der Planung und Durchführung der o.g. Baumaßnahme eine freiberuflich tätige Architektin bzw. einen freiberuflich tätigen Architekten (Ingenieurin bzw. Ingenieur) zu beteiligen.

Damit wir die Auswahl unter den für das Bauvorhaben geeigneten Architektinnen bzw. Architekten (Ingenieurinnen bzw. Ingenieuren) möglichst optimal treffen können, haben wir vor, unter mehreren Architektinnen bzw. Architekten (Ingenieurinnen bzw. Ingenieuren) eine kleine Ideenumfrage durchzuführen.

Wir meinen, dass Sie an diesem Projekt interessiert sein könnten.

Wir erwarten keine Vorplanung, sondern vielmehr die Darstellung von ersten vorläufigen Gedanken, möglicherweise in Form von Skizzen und (oder) schriftlichen Erläuterungen, die Ihre Grundvorstellungen zum Planungskonzept erkennen lassen sollen.

Selbstverständlich wollen wir Ihre Leistungen vergüten. Sie erhalten hierfür ein Pauschalhonorar in Höhe von Euro einschließlich Umsatzsteuer und Nebenkosten. Wird im Falle einer Beauftragung die eingereichte Arbeit in ihren wesentlichen Teilen unverändert einer weiteren Bearbeitung zugrunde gelegt, wäre später zu vereinbaren, inwieweit diese Vergütung angerechnet wird.

Des Weiteren bitten wir um eine formlose Erklärung,

- welche Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF bzw.
- dass keine Ausschlussgründe nach § 4 Absatz 6 Buchstaben a) bis g) VOF und nach § 4 Abs. 9 Buchstaben a) bis e) VOF

vorliegen.

Wenn Sie mit diesem Auswahlverfahren so einverstanden sind und Sie die beschriebene Leistung zum angeführten Preis erbringen wollen, bitten wir um Bestätigung auf beigefügtem Doppel und um Übersendung Ihrer Vorschläge bis zum

Die uns überlassenen Unterlagen senden wir Ihnen selbstverständlich innerhalb kurzer Zeit, nachdem wir die Auswahl getroffen haben, zurück.

Mit freundlichem Gruß

.....

.....
Einverstanden:

, den

Inhaltsverzeichnis

6	Vergabe von Bauleistungen	
	Allgemeine Richtlinie und Hinweise zur Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teil A)	
	– Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen –	Seite
6.1	Anwendungsbereich (zu § 1 VOB/A bzw. EG VOB/A)	1
6.1.1	Geltungsbereich	1
6.1.2	Verpflichtung zur Anwendung des Abschnitts 2 der VOB/A (zu § 1 EG VOB/A)	2
6.2	Grundsätze der Vergabe (zu § 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)	2
6.2.1	Wettbewerb	2
6.2.2	Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen	3
6.3	Arten der Vergabe (zu § 3 VOB/A bzw. EG VOB/A)	3
6.3.1	Sonderregelungen für beschränkte Ausschreibungen	3
6.3.2	Sonderregelungen für freihändige Vergaben	4
6.4	Vertragsarten (zu § 4 VOB/A bzw. EG VOB/A)	5
6.4.1	Leistungsvertrag (zu § 4 Abs. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A)	5
6.4.2	Stundenlohnvertrag (zu § 4 Abs. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)	5
6.4.3	Zeitverträge (zu § 4 Abs. 3, 4 VOB/A bzw. EG VOB/A)	5
6.4.3.1	Angebotsverfahren (zu § 4 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A)	7
6.4.3.2	Auf- und Abgebotsverfahren (zu § 4 Abs. 4 VOB/A bzw. EG VOB/A)	8
6.4.3.3	Preisumfragen	8
6.5	Einheitliche Vergabe (zu § 5 Abs. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A)	9
6.6	Losvergabe (zu § 5 Abs. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)	9
6.7	Teilnehmer am Wettbewerb	11
6.7.1	Bietergemeinschaften	11
6.7.2	Nachunternehmer	12
6.7.3	Besondere Teilnehmer	13
6.8	Eignung (zu § 6 VOB/A bzw. EG VOB/A)	14
6.8.1	Präqualifizierung	16
6.8.2	Einzelnachweise	16
6.8.4	Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs	19
6.8.5	Besonderheiten bei beschränkter Ausschreibung und freihändiger Vergabe	

	bzw. Verhandlungsverfahren ohne Vergabebekanntmachung	20
6.9	Zusätzliche Ausführungsbedingungen	21
6.9.1	Tariftreueerklärung und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG	21
6.9.2	Sozial verantwortliche Beschaffung	23
6.9.3	Umweltverträgliche Beschaffung	24
6.10	Vertragsstrafe	24
6.11	Leistungsbeschreibung (zu § 7 VOB/A bzw. EG VOB/A)	25
6.11.1	Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis (zu § 7 Abs. 9-12 VOB/A bzw. EG VOB/A)	28
6.11.2	Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm (zu § 7 Abs. 13-15 VOB/A bzw. EG VOB/A)	29
6.11.3	Wahlpositionen; Bedarfspositionen	32
6.11.4	Angehängte Stundensätze	32
6.11.5	Nebenleistungen	33
6.11.6	Besondere Leistungen	33
6.11.7	Angaben zum Preis und dessen Berechnung	33
6.11.8	Benennung von Kostenobergrenzen	33
6.11.9	Sonderfälle	33
6.12	Vergabeunterlagen (zu § 8 VOB/A bzw. EG VOB/A)	34
6.12.1	Kosten für Vergabeunterlagen	34
6.12.2	Bauvertragsvordrucke gemäß Nr. 4.1.6 der VV zu § 55 LHO	34
6.12.3	Aufgliederung von Angebots- und Einheitspreisen	35
6.12.4	Kleinaufträge	35
6.12.5	Ausschluss von Nebenangeboten	35
6.12.6	Zuschlagskriterien	36
6.13	Vertragsbedingungen (zu § 9 VOB/A bzw. EG VOB/A)	37
6.13.1	Ausführungsfristen (zu § 9 Abs. 1-4 VOB/A bzw. EG VOB/A)	37
6.13.2	Vertragsstrafen für Fristversäumnis (zu § 9 Abs. 5 Satz 1 und 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)	38
6.13.3	Beschleunigungsvergütung (zu § 9 Abs. 5 Satz 3 VOB/A bzw. EG VOB/A)	39
6.13.4	Mängelansprüche (zu § 9 Abs. 6 VOB/A bzw. EG VOB/A)	39
6.13.5	Sicherheitsleistung (zu § 9 Abs. 7-8 VOB/A bzw. EG VOB/A)	40
6.13.6	Vorauszahlungen	42
6.13.7	Änderung der Vergütung (zu § 9 Abs. 9 VOB/A bzw. EG VOB/A)	43
6.13.8	Hamburgisches Transparenzgesetz	44
6.14	Fristen: Angebotsfrist, Bewerbungsfrist und Zuschlagsfrist (zu § 10 VOB/A bzw. EG VOB/A)	44
6.15	Vorinformation, Bekanntmachung, Versand der Vergabeunterlagen (zu § 12 VOB/A bzw. EG VOB/A)	45
6.16	Form und Inhalt der Angebote (zu § 13 VOB/A bzw. EG VOB/A)	46

6.17	Eröffnungstermin (zu § 14 VOB/A bzw. EG VOB/A)	47
6.18	Aufklärung des Angebotsinhalts (zu § 15 VOB/A bzw. EG VOB/A)	48
6.19	Prüfung und Wertung der Angebote (zu § 16 VOB/A bzw. EG VOB/A)	49
6.19.1	Formale Prüfung der Angebote	49
6.19.2	Eignungsprüfung (zu § 6 Abs. 3 und § 16 Abs. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)	50
6.19.3	Wertung der Angebote (zu § 16 Abs. 3-5 VOB/A bzw. EG VOB/A)	52
6.19.3.1	Rechnerische Prüfung	52
6.19.3.2	Technische Prüfung	53
6.19.3.3	Wirtschaftliche Prüfung	53
6.19.3.4	Wertungsgrundsätze, insbesondere Angemessenheit des Preises (zu § 16 Abs. 6 VOB/A bzw. EG VOB/A)	54
6.19.3.5	Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots und Vergabeentscheidung	57
6.19.4	Sonderregelungen	58
6.19.5	Preisrecht	60
6.20	Ausschluss von unzuverlässigen Unternehmen und Angeboten (zu §§ 6, 16 VOB/A bzw. EG VOB/A)	61
6.20.1	Vergabesperre	61
6.20.2	Einzelausschluss	62
6.20.3	Zwingender Ausschluss von Angeboten	62
6.20.4	Fakultativer Ausschluss von Angeboten	65
6.21	Verfahrensbeendigung (zu § 17 VOB/A bzw. EG VOB/A)	65
6.22	Zuschlag (zu § 18 VOB/A bzw. EG VOB/A)	66
6.23	Nichtberücksichtigte Bewerbungen und Angebote (zu § 19 VOB/A bzw. EG VOB/A)	67
6.24	Dokumentation (zu § 20 und § 20 EG VOB/A)	68
6.25	Nachprüfungsstellen und -behörden (zu § 21 VOB/A bzw. EG VOB/A)	68

Anlagen

6 Vergabe von Bauleistungen

Allgemeine Richtlinie und Hinweise zur Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teil A)

– Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen –

Anwenderkreis

Die nachfolgenden Richtlinien sind gemäß § 58 Landeshaushaltsordnung (LHO) von allen Vergabestellen und Landesbetrieben der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) sowie den Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts anzuwenden, sofern es sich nicht um Unternehmen im Sinne des § 98 LHO handelt.

Zur Anwendungsverpflichtung einheitlicher Bauvertragsvordrucke siehe Ziffer 6.12.2.

Den hamburgischen Unternehmen und Beteiligungen des öffentlichen und privaten Rechts wird empfohlen, die Richtlinien gemäß der jeweiligen Bestimmung in der Geschäftsanweisung des Aufsichtsrates für den Vorstand bzw. die Geschäftsführung anzuwenden.

Hinweis: Die Bezeichnung der „Auftraggeberin“ erfolgt in weiblicher Form, weil sie sich auf die FHH bzw. sie vertretende Stellen bezieht. Die übrigen Personenbezeichnungen („Bieter“, „Teilnehmer“, „Auftragnehmer“, „Nachunternehmer“ u.s.w.) erfolgen in männlicher Form, weil sie sich auf ein oder mehrere Unternehmen beziehen. Kommen im Einzelfall weibliche bzw. männliche natürliche Personen in Betracht, werden diese geschlechtsneutral bezeichnet (vgl. Senatsbeschluss vom 08.08.1995).

6.1 Anwendungsbereich (zu § 1 VOB/A bzw. EG VOB/A)

6.1.1 Geltungsbereich

Unter „Bauleistungen“ im Sinne des § 1 VOB/A bzw. „Baufträge“ im Sinne des § 1 EG VOB/A fällt auch die Montage von Bauteilen zur Herstellung, Instandhaltung oder Änderung einer baulichen Anlage, insbesondere die Lieferung und Montage maschineller, elektrotechnischer und elektronischer Anlagen und Anlagenteile.

Nicht hierunter fallen Einrichtungen, die von der baulichen Anlage ohne Beeinträchtigung der Vollständigkeit oder Benutzbarkeit abgetrennt werden können und einem selbstständigen Nutzungszweck dienen. Das sind z.B.:

- maschinelle, elektrotechnische und elektronische Anlagen
(z.B. Einrichtungen für Heizkraftwerke, für Energieerzeugung und -verteilung),
 - öffentliche Vermittlungs- und Übertragungseinrichtungen,
 - Kommunikationsanlagen (Sprach-, Text-, Bild- und Datenkommunikation),
 - EDV-Anlagen und Geräte,
 - selbstständige medizintechnische Anlagen,
- soweit diese nicht zur Funktion der baulichen Anlage erforderlich sind.

6.1.2 Verpflichtung zur Anwendung des Abschnitts 2 der VOB/A (zu § 1 EG VOB/A)

Überschreitet der Gesamtauftragswert eines Bauauftrags den sog. **Schwellenwert** in (derzeitiger) Höhe von 5.186.000 EUR ohne Umsatzsteuer (USt), sind die Bestimmungen des Abschnitts 2 der VOB/A (EG VOB/A) bzw. im Bereich des Verkehrs, der Trinkwasser- und der Energieversorgung die Sektorenverordnung (SektVO) anzuwenden.

Der Gesamtauftragswert des Bauauftrags nach § 1 Abs. 2 EG VOB/A ist dessen geschätzte Gesamtvergütung (§§ 1 und 3 Vergabeverordnung – VgV). Diese errechnet sich aus den Gesamtkosten der „*Kostenberechnung zur Ausführungsunterlage Bau (AU Bau)*“, abzüglich der

- Kosten der öffentlichen Erschließung,
- einmaligen Abgaben und Gebühren,
- Kosten der beweglichen Ausstattungs- und Einrichtungsgegenstände,
- Honorare der freiberuflich Tätigen und
- aller übrigen Baunebenkosten,

soweit diese in Betracht kommen; alle Beträge jeweils ohne Umsatzsteuer.

Maßgeblicher Zeitpunkt für die Schätzung des Gesamtauftragswertes ist regelmäßig der Tag, an dem die Bekanntmachung abgesendet oder das Vergabeverfahren auf andere Weise eingeleitet wird. Die „*Kostenberechnung zur Ausführungsunterlage Bau (AU Bau)*“ ist auf diesen Zeitpunkt zu aktualisieren.

Bei Bauaufträgen bis mindestens 80 % des geschätzten Gesamtauftragswertes und bei jedem Los mit einem geschätzten Auftragswert von mehr als 1 Mio. EUR sind bei den Vergaben die Bestimmungen der EG VOB/A anzuwenden.

In den übrigen Fällen (sog. 20 %-Kontingent) können nationale Vergabeverfahren angewandt werden, jedoch sind auch in diesen Fällen die Vergabekammern als Nachprüfungsbehörde gemäß § 21 EG VOB/A zuständig.

6.2 Grundsätze der Vergabe (zu § 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)

6.2.1 Wettbewerb

Wettbewerb ist notwendig, um

- ein korrektes Vergabeverhalten zu sichern,
- allen in Betracht kommenden Bewerbern zu gleichen Bedingungen den Zugang zu öffentlichen Aufträgen zu ermöglichen, und
- angemessene Preise zu erzielen.

Bei der Vorbereitung und Durchführung von Vergaben ist deshalb alles zu unterlassen, was zu einer Wettbewerbsbeeinträchtigung führen könnte. Insbesondere

- ist nach den Regeln des § 3 VOB/A bzw. EG VOB/A ein optimaler Wettbewerb zu gewährleisten,
- ist die Vergabeabsicht in einer Weise bekannt zu geben, die sicherstellt, dass alle in Betracht kommenden Bewerber rechtzeitig von ihr Kenntnis erlangen,
- darf der Wettbewerb nicht auf Bewerber aus einer begrenzten Region und/oder mit Eigenschaften, die nicht durch Vergabezwecke gedeckt sind, beschränkt werden.

Bei freihändigen Vergaben nach § 3 Abs. 5 VOB/A bzw. Verhandlungsverfahren nach § 3 Abs. 4 und 5 EG VOB/A sowie bei der Vergabe von Stundenlohnarbeiten soll der Wettbewerb die Regel sein.

Grundsätzlich sind mindestens drei Angebote einzuholen.

6.2.2 Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen

An Entscheidungen für die Auftraggeberin in einem EU-Vergabeverfahren dürfen keine nach § 16 VgV ausgeschlossenen natürlichen Personen mitwirken.

Die im Sinne von § 16 Abs. 1 Nr. 3 VgV als voreingenommen geltenden Personen können im jeweiligen Vergabeverfahren ggf. schriftlich erklären, dass für sie kein Interessenkonflikt besteht und dass sich ihre Tätigkeiten nicht auf die Entscheidungen auswirken. Solche Entscheidungen können insbesondere sein

- Festlegung der Vergabeart,
- Teilnehmende am Wettbewerb,
- Entscheidung zu wesentlichen Inhalten der Leistungsbeschreibung (z.B. produktneutrale Leistungsbeschreibung),
- Prüfung, Wertung der Angebote und Zuschlags- / Auftragserteilung,
- Aufklärung der Angebotsinhalte,
- Entscheidung über die Aufhebung der Ausschreibung.

Diese Grundsätze sind auch bei nationalen Vergabeverfahren zu beachten.

6.3 Arten der Vergabe (zu § 3 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Nach § 58 LHO muss dem Abschluss von Verträgen über Lieferungen und Leistungen eine öffentliche Ausschreibung (im unterstelligen Bereich der VOB/A) bzw. ein offenes Verfahren (im oberstelligen Bereich der EG VOB/A) vorausgehen, sofern nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen. Die zulässigen Ausnahmen regeln § 3 Abs. 3, 4 und 5 VOB/A bzw. § 3 Abs. 3, 5 und 7 EG VOB/A.

Das Abweichen von der öffentlichen Ausschreibung bzw. dem offenen Verfahren bedarf grundsätzlich einer eingehenden schriftlichen Begründung. Die Begründung soll die besondere Sachlage des Einzelfalles darstellen und sich insbesondere nicht auf Zitierungen der VOB/A bzw. EG VOB/A beschränken. Eine von der Arbeitsebene abgesetzte Stelle ist verpflichtet, die Gründe für das Abweichen von öffentlicher Ausschreibung bzw. offenem Verfahren zu überprüfen. Auf Ziffer 6.8.5 wird verwiesen.

6.3.1 Sonderregelungen für beschränkte Ausschreibungen

Für Bauaufträge mit einem geschätzten Auftragswert bis zu 1.000.000,- EUR (ohne USt) trifft die FHH gemäß § 2a Hamburgisches Vergabegesetz (HmbVgG) die Sonderregelung, dass regelhaft eine beschränkte Ausschreibung (ohne öffentlichen Teilnahmewettbewerb) vorzunehmen ist. Denn bis zu der Wertgrenze wird davon ausgegangen, dass die Voraussetzungen für eine beschränkte Ausschreibung nach § 3 Abs. 3 Nr. 3 VOB/A (Unzweckmäßigkeit der öffentlichen Ausschreibung) vorliegen. Einer besonderen Begründung bedarf es in diesen Fällen ausnahmsweise nicht, im Übrigen gilt Ziffer 6.8.5.

Diese Sonderregelung betrifft ausschließlich Baumaßnahmen der FHH als Auftraggeberin. Sie findet keine Anwendung auf Bundesmaßnahmen; bei diesen sind die Wertgrenzen des § 3 Abs. 3 Nr. 1 VOB/A maßgeblich.

§ 4 Abs. 1 HmbVgG verpflichtet die Auftraggeberin, kleine und mittlere Unternehmen bei beschränkten Ausschreibungen in angemessenem Umfang zur Angebotsabgabe aufzufordern.

Zur Kontrolle der Auftragsstreuung sind die Vergabestellen verpflichtet, eine „Übersicht der Freihändigen Vergaben und Beschränkten Ausschreibungen“ (vgl. Vordruck „Verg Übersicht Vergaben“) zu führen, aus denen erkennbar sein muss

- der Name des Auftragnehmers,
- die Vergabeart und Vergabenummer,
- der Vergabewert,
- die Namen der übrigen Bietenden.

Diese Übersichten sind zwei Jahre aufzubewahren.

• **Meldung nach § 19 Abs. 5 VOB/A**

Die Auftraggeberin muss über beabsichtigte beschränkte Ausschreibungen ab einer Auftragssumme von 25.000 (ohne USt) nach § 3 Abs. 3 Nr. 1 VOB/A auf Internetportalen oder im Beschafferprofil (bei Maßnahmen des Bundes unter „www.bund.de“; bei Maßnahmen der FHH unter „www.hamburg.de/Wertgrenzen“) informieren. Die Information muss folgende Angaben enthalten:

- Name, Anschrift, Telefon-, Faxnummer, E-Mail-Adresse der Auftraggeberin
- gewählte Vergabeart soweit bekannt,
- Auftragsgegenstand,
- Ort der Ausführung,
- Art und voraussichtlicher Umfang der Leistung,
- voraussichtlicher Zeitpunkt der Ausführung.

Die Information ist auf Excel-Datenblättern zu erteilen (siehe Rundschreiben 03/09 im Intranet „<http://www.fhhintranet.stadt.hamburg.de/FHHintranet/Behoerden/BSU/rechtsamt/vergabehandbuch-vob/informationen-rundschreiben/start.html>“). Die Datenblätter sind der

**Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA)**

an die E-Mail-Adresse „Eroeffnungsstelle@bsu.hamburg.de“ zu übersenden und werden von dort eingestellt.

6.3.2 Sonderregelungen für freihändige Vergaben

Gemäß § 3 Abs. 5 Satz 2 VOB/A darf bei Bauaufträgen mit einem geschätzten Auftragswert von bis zu 10.000,- EUR (ohne USt, sog. Kleinaufträge) eine freihändige Vergabe nach Ziffer 6.8.5 erfolgen.

Der Bauvertragsvordruck „VOB-Bestellschein“ ist zu verwenden.

Für Bauaufträge mit einem geschätzten Auftragswert bis zu 100.000,- EUR (ohne USt) trifft die FHH gemäß § 2a HmbVgG die Sonderregelung, dass die freihändige Vergabe dieser Bauaufträge keiner schriftlichen Begründung bedarf, sofern die sonstigen Voraussetzungen des § 3 Abs. 5 VOB/A vorliegen. Diese Sonderregelung bezieht sich ausschließlich auf Baumaßnahmen der FHH als Auftraggeberin, nicht auf Bundesmaßnahmen.

§ 4 Abs. 1 HmbVgG verpflichtet die Auftraggeberin, kleine und mittlere Unternehmen bei freihändigen Vergaben in angemessenem Umfang zur Angebotsabgabe aufzufordern.

Zur Kontrolle der Auftragsstreuung sind die Vergabestellen verpflichtet, eine „Übersicht der Freihändigen Vergaben und Beschränkten Ausschreibungen“ zu führen (siehe Ziffer 6.3.1).

6.4 Vertragsarten (zu § 4 VOB/A bzw. EG VOB/A)

6.4.1 Leistungsvertrag (zu § 4 Abs. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Die Vergütung für Bauleistungen wird grundsätzlich nach Leistung bemessen (sog. Leistungsvertrag). Der Einheitspreisvertrag ist die Regel (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A), ein Pauschalvertrag ist unter den Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A möglich.

6.4.2 Stundenlohnvertrag (zu § 4 Abs. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Um die Vergabe von Stundenlohnarbeiten dem Wettbewerb zu unterstellen, sind die Bieter aufzufordern Verrechnungssätze anzubieten, in denen unaufgegliedert Lohn- und Gehaltskosten, Lohn- und Gehaltsnebenkosten, Sozialkassenbeiträge, Gemeinkostenanteile und Gewinn enthalten sind.

Die Verrechnungssätze (Euro/Stunde) sind nach Berufs-, Lohn- und Gehaltsgruppen getrennt zu fordern. Tarifliche Zuschläge für Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeiten sind in die Verrechnungssätze nicht einzubeziehen sondern gesondert nachzuweisen. Für Mehrarbeit fallen zusätzlich die Sozialkosten in voller Höhe, für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeiten nur die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung an.

Die voraussichtlich erforderliche Stundenzahl ist anzugeben. Die Einhaltung der Tariftreue und des Mindestlohns gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz ist sicherzustellen (Ziffer 6.9.1).

Der Verrechnungssatz gilt unabhängig von der Anzahl der abgerechneten Stunden. § 2 Abs. 3 VOB/B gilt insoweit nicht.

Soweit für die Vergütung von Stoffkosten keine Vereinbarung getroffen wurde, muss der Auftragnehmer diese mit seinem Einstandspreis zuzüglich angemessener Zuschläge für Gemeinkosten und Gewinn nachweisen (siehe Ziffer 6.11.7).

6.4.3 Zeitverträge (zu § 4 Abs. 3, 4 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Zeitverträge sind Rahmenverträge, die einen Auftragnehmer für eine bestimmte Zeit verpflichten, definierte Leistungen und Stundenlohnarbeiten auf Abruf (sog. Einzelauftrag) zu den im Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen.

Zeitverträge kommen nur für zwei Fallgruppen im Hochbau, Garten-/Landschaftsbau, Tiefbau und Ingenieurbau in Betracht:

- Bauherren/Bedarfsträger können Zeitverträge für regelmäßig wiederkehrende Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten für bestimmte Objekte, Bereiche bzw. Liegenschaften und für einen festgelegten Anwenderkreis vorsehen.
- Im Einzelfall können Zeitverträge auch für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten genutzt werden.

Die Zeitverträge sind stets als Rahmenverträge aufgrund von

- Angebotsverfahren (siehe § 4 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A)

- Auf- und Abgebotsverfahren (siehe § 4 Abs. 4 VOB/A bzw. EG VOB/A)
- Preisumfragen

zu schließen (für die Auswahl des geeigneten Verfahrens siehe **Ziffern 6.4.3.1 bis 6.4.3.3**). Der Einzelabruf aus einem Zeitvertrag darf die Wertgrenze von 25.000 EUR (ohne USt) grundsätzlich nicht überschreiten (zu den Einzelheiten siehe unten). Bei der Vergabe von Zeitverträgen ist zu beachten:

Zunächst berechnet sich der Wert eines Zeitvertrags bei der durchzuführenden Auftragswertschätzung (**Ziffer 6.1.2**) auf Grundlage des geschätzten Gesamtwertes aller Einzelaufträge, die während der Laufzeit geplant sind. Bei Überschreitung des EU-Schwellenwertes ist eine EU-weite Ausschreibung durchzuführen.

Bevor die Entscheidung zum Abschluss eines Zeitvertrags getroffen werden darf, muss immer eine **Betrachtung zur Wirtschaftlichkeit** angestellt werden:

Zeitverträge sollen nur abgeschlossen werden, wenn ihre Gesamtkosten geringer sind als die Gesamtkosten der entsprechenden Einzelvergaben: Zu den Gesamtkosten der Zeitverträge gehören die mit ihrer Erstellung und Fortschreibung sowie der anschließenden Erteilung von Einzelaufträgen verbundenen Kosten und die Auftragssummen. Als Kosten der Einzelvergaben sind die Kosten der Ausschreibungs-/Vergabeverfahren und die Auftragssummen zu berücksichtigen.

Zeitverträge sollen in der Regel jeweils für 12 Monate geschlossen und der Laufzeit des für das Gewerk einschlägigen Lohntarifvertrages angepasst werden. Eine längere Vertragsdauer ist nur ausnahmsweise zulässig, wenn wegen der hohen Zahl an Einzelleistungen und ausführenden Unternehmen die jährliche Ausschreibung einen außerordentlich hohen Verwaltungsaufwand bei sowohl der Auftraggeberin als auch den Unternehmen verursachen würde.

Stundenlohnarbeiten sind bei Zeitverträgen auf das zur Gefahrenabwehr absolut notwendige und unvermeidbare Maß für Reparaturen mit erforderlichen Einzelleistungen, die nicht im Zeitvertrag mit Leistungspositionen enthalten sind, zu beschränken. Wurden die Stundenlohnsätze nicht im Rahmenvertrag vereinbart, sind sie einem gesonderten Wettbewerb (Preisumfrage nach vorangegangenem öffentlichen Teilnahmewettbewerb) zu unterwerfen (**Ziffer 6.4.3.3**).

Der Einsatz von Nachunternehmern ist bei Zeitverträgen grundsätzlich unzulässig. Sollen Nachunternehmer ausnahmsweise (z.B. bei konstruktiven Ingenieurbaugewerken) zugelassen werden, muss die Ausschreibung darauf hinweisen, dass neben den Kriterien des § 6 VOB/A bzw. EG VOB/A auch die Verfügbarkeit der Bewerbenden ein Auswahlkriterium ist. Im Übrigen siehe **Ziffer 6.7.2**.

Grundsätzlich soll nur ein Auftragnehmer im Wettbewerb gemäß § 4 Abs. 3 und 4 VOB/A bzw. EG VOB/A (siehe **Ziffern 6.4.3.1 und 6.4.3.2**) ermittelt werden;

Bietergemeinschaften sind regelmäßig unzulässig.

Um dies zu gewährleisten, sind die Leistungen ggf. getrennt für Teilbereiche von Objekten, Bereichen bzw. Liegenschaften oder durch Teillose in einem Verfahren auszuschreiben. Teillose sollen an unterschiedliche Auftragnehmer vergeben werden. Die Anzahl der Teillose, für die die Bietenden parallel Angebote abgeben dürfen, sind in der Ausschreibung weitestmöglich einzugrenzen.

Nebenangebote sind nicht zuzulassen.

Nur wenn eine Unterteilung der Leistung unmöglich oder trotz weitestgehender Unterteilung erkennbar ist, dass die Bauleistungen nicht durch einen einzelnen Auftragnehmer erbracht werden können, dürfen mehrere Auftragnehmer im Wege der Preisumfrage gemäß **Ziffer 6.4.3.3** ermittelt werden.

Einzelaufträge erteilen die Bedarfsstellen ausschließlich mit dem Vordruck „*Einzelauftrag*“. Jeder Einzelauftrag muss Angaben zur Art der Bauleistungen, zur Örtlichkeit und zur Vertragsgrundlage machen. Die Auswahl des Unternehmens für den jeweiligen Einzelauftrag ist nach pflichtgemäßem Ermessen unter Berücksichtigung des Leistungsumfangs zu treffen.

Zur Kontrolle der Auftragsstreuung sind die Vergabestellen verpflichtet, eine „*Übersicht der Freihändigen Vergaben und Beschränkten Ausschreibungen*“ zu führen (vgl. Ziffern 6.3.1 und 6.3.2).

Ein Einzelauftrag darf bei Zeitverträgen (unabhängig davon, ob sie im Angebots-, Auf- und Abgebotsverfahren oder nach einer Preisumfrage zustande gekommen sind) die Wertgrenze von 25.000 EUR (ohne USt) im Hochbau, Garten-/Landschaftsbau und Ingenieurbau nicht überschreiten.

Ausnahmen:

- Wertgrenze 125.000 EUR (ohne USt) im Tief- und Ingenieurbau für Einzelaufträge bei Zeitverträgen, die im Angebotsverfahren zustande gekommen sind;
- Wertgrenze 5.000 EUR (ohne USt) im Hochbau und Garten-/Landschaftsbau für Einzelaufträge bei Zeitverträgen, die nach einer Preisumfrage zustande gekommen sind;
- Wertgrenze 5.000 EUR (ohne USt) im Einzelfall für Einzelaufträge bei Zeitverträgen für kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten im Hochbau und Garten-/Landschaftsbau.

Wird die jeweilige Wertgrenze überschritten oder steht der Einzelauftrag im räumlichen und zeitlichen Zusammenhang mit anderen Baumaßnahmen eines Gewerks, ist ein gesondertes Angebotsverfahren nach Ziffer 6.2 durchzuführen.

Ungeachtet der Existenz eines Zeitvertrags darf die Auftraggeberin aus Kostengründen im Einzelfall weiterhin Leistungen unterhalb der Wertgrenzen gesondert ausschreiben oder Leistungen aus den Einzelaufträgen in einer gesonderten Ausschreibung zusammenfassen.

Zeitvertragspreise dürfen im herkömmlichen Ausschreibungsverfahren erzielte Preise nicht ersetzen und bei Nachträgen nicht vereinbart werden.

Die Stückelung einer Maßnahme in mehrere kleine Maßnahmen zum Zweck der Anwendung bestimmter Verfahren zum Abschluss eines Zeitvertrages oder zur Unterschreitung der Einzelauftragsgrenzen ist unzulässig.

Unterhalb der jeweiligen Wertgrenzen für Einzelaufträge dürfen Leistungen, die in einem Rahmenvertrag enthalten sind, grundsätzlich nur an solche Unternehmen in Auftrag gegeben werden, mit denen der Rahmenvertrag geschlossen wurde. Sollten die beauftragten Unternehmen eine Verhinderung glaubhaft machen (z.B. unvorhergesehene Auslastung, Geräte- oder Mitarbeiterausfall), sind diese Umstände aktenkundig zu machen. Die Leistungen sollen dann zu den Bedingungen des Rahmenvertrages anderweitig, vorrangig an die Teilnehmer der entsprechenden Ausschreibung, beauftragt werden.

6.4.3.1 Angebotsverfahren (zu § 4 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Angebotsverfahren nach § 4 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A sind durchzuführen, wenn Umfang (Menge) der Teilleistungen detailliert vorgegeben werden kann.

Ein Angebotsverfahren kann auch durchgeführt werden, wenn die Auftraggeberin (z.B. aufgrund von Erfahrungswerten aus vorangegangenen Ausschreibungen) Angaben zum Umfang der Leistung machen kann, die den Bietern eine Kalkulation der Leistung ermöglichen. In diesem Fall müssen die Verdingungsunterlagen

darauf hinweisen, dass die Angaben zum Leistungsumfang lediglich auf Erfahrungswerten beruhen und der tatsächliche Leistungsumfang höher oder niedriger ausfallen kann. Ein Auftragnehmer hat somit keinen Anspruch auf Beauftragung bzw. Abrechnung des angegebenen Leistungsumfanges.

Die Preise sind von den Bietern anzugeben.

Leistungen sind grundsätzlich im förmlichen Verfahren zu vergeben (Ziffer 6.2).

Die Bauunterhaltungsarbeiten eines Fachloses/Gewerks sind in ein Leistungsverzeichnis mit standardisierten Texten und/oder speziellen Beschreibungen aufzunehmen.

6.4.3.2 Auf- und Abgebotsverfahren (zu § 4 Abs. 4 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Auf- und Abgebotsverfahren nach § 4 Abs. 4 VOB/A bzw. EG VOB/A sind durchzuführen, wenn die Menge der Teilleistungen nicht vorgegeben werden kann. Hier hat die Auftraggeberin die Art der Leistung und die Preise vorzugeben.

Hinweis für den Hochbau:

Im Hochbau wurden Standardtexte für regelmäßig wiederkehrende Bauunterhaltungsarbeiten als Grundlage für Rahmenverträge mit vorgegebenen Einheitspreisen zu Leistungsverzeichnissen zusammengestellt (sog. Standardleistungsbücher-Zeitvertragsarbeiten „StLB (Z)“; vgl. http://www.din-bauportal.de/pdf/dinbauportal/stlbz_din_projekt.pdf; Die „StLB (Z)“ können in Buchform beim Beuth Verlag GmbH bestellt werden). Die Einheitspreise dienen ausschließlich der Ausschreibung nach dem Auf- und Abgebotsverfahren. Für die Rahmen-LV können die Teilleistungen bedarfsgerecht aus den „StLB (Z)“ liegenschafts- bzw. bereichsbezogen zusammengestellt werden.

Sollen diese Leistungsverzeichnisse ausnahmsweise nicht verwendet werden, können eigene Leistungslisten mit vorgegebenen Preisen aufgestellt werden.

6.4.3.3 Preisumfragen

Im Bereich nationaler (unterschwelliger) Vergaben können Preisumfragen durchgeführt werden, wenn trotz weitestmöglicher Unterteilung in Teilbereiche im Einzelfall die Beauftragung mehrerer Unternehmen erforderlich ist.

Leistungsfähige Bewerber sind durch einen öffentlichen Teilnahmewettbewerb zu ermitteln. Die Anzahl der vorgesehenen Auftragnehmer, das Wertungsverfahren, die Art der Preisbildung und die Verpflichtung zur Einhaltung der Erklärung zu Tariftreue und Mindestlohn sind in den Verdingungsunterlagen anzugeben.

• Preisumfragen für Leistungspositionen (Mittelpreisverfahren)

Für die Leistungspositionen sind einheitliche Preise im sog. „Mittelpreisverfahren“ festzulegen: Für Preisumfragen sind zunächst Leistungsverzeichnisse mit eigenen Texten ohne Mengenangaben aufzustellen, für die die Bieter Preise angeben müssen. Für die Vertragspreise der Leistungspositionen sind sodann die bereinigten Mittelpreise aus den Angeboten der engeren Wahl zu errechnen (Beispielrechnung siehe Anlage „Berechnung Mittelpreis“) und in ein Preisverzeichnis einzutragen. In die engere Wahl kommen Angebote, die nach Prüfung und Wertung (Ziffer 6.19) nicht ausgeschieden sind. Den für die Auftragserteilung in Betracht kommenden Bietern ist das Preisverzeichnis mit der Aufforderung zu übersenden, zu erklären, ob sie zur Ausführung der Leistungen zu den festgesetzten Preisen bereit sind. Diejenigen Unternehmen, die diese Erklärung abgegeben haben, sind in eine Liste aufzunehmen. Diese Liste ist den Bedarfsstellen des Zeitvertrages zu übersenden.

- **Preisumfragen für Stundenlohnarbeiten**

Für die Angebotswertung legt die Vergabestelle aus den auf eine Preisumfrage für Stundenlohnsätze verschiedener Tätigkeits- bzw. Lohngruppen eingegangenen günstigsten Angeboten einen Angemessenheitsbereich für Stundenlohnsätze fest, innerhalb dessen ein Unternehmen jeweils mit seinem Stundenlohnsatz beauftragt werden kann. Angebote mit überwiegend unangemessen hohen oder niedrigen Stundenlohnsätzen sind nicht zu berücksichtigen.

Die mit ihren Sätzen überwiegend im Angemessenheitsbereich liegenden Unternehmen werden in eine Liste aufgenommen, die den Bedarfsstellen zur Beauftragung von Stundenlohnarbeiten übersandt wird. Die Unternehmen werden benachrichtigt, dass sie in die Liste der Bedarfsstellen aufgenommen wurden und dass daraus kein Anspruch auf Berücksichtigung bei der Auftragsvergabe oder ein bestimmtes Auftragsvolumen erwächst.

6.5 Einheitliche Vergabe (zu § 5 Abs. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Grundsätzlich werden Bauleistungen einheitlich mit den zur Leistung gehörigen Lieferungen vergeben.

Von dieser Regel darf nur aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen abgewichen werden oder wenn die Beistellung der Stoffe oder Bauteile gewerbeüblich ist. In diesen Fällen muss die Leistungsbeschreibung in allen erforderlichen Einzelheiten eindeutig angeben, welche Stoffe und Bauteile beigelegt werden.

6.6 Losvergabe (zu § 5 Abs. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Um den mittelständischen Interessen Rechnung zu tragen, sind umfangreichere Bauleistungen nach Möglichkeit so zu vergeben und die Verdingungsunterlagen so zu gestalten, dass kleine und mittlere Unternehmen am Wettbewerb teilnehmen und beim Zuschlag berücksichtigt werden können (§ 4 Abs. 2 HmbVgG).

Nach § 5 Abs. 2 Satz 1 VOB/A bzw. § 5 Abs. 2 Satz 2 EG VOB/A sind Bauleistungen grundsätzlich in der Menge aufgeteilt (Teillose) und getrennt nach Art oder Fachgebiet (Fachlose) zu vergeben:

Bei der Teillosgabe werden Bauleistungen räumlich (in Bauabschnitten) aufgeteilt vergeben. Das gilt auch, wenn vergleichbare Leistungen mehrerer Baumaßnahmen in einem Wettbewerb zusammengefasst werden sollen.

Bei der Fachlosvergabe werden Bauleistungen verschiedener Handwerks- oder Gewerbezweige nach Fachgebieten oder Gewerbezweigen getrennt vergeben.

Die Vergabestelle legt ihr Vorgehen bei einer Losvergabe im Vordruck „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“ fest.

- **Verzicht auf die Losvergabe / Gesamtvergabe von Bauleistungen (zu § 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/A bzw. 5 Abs. 2 Satz 3 EG VOB/A)**

Auf eine Aufteilung in Teillose oder Trennung in Fachlose darf verzichtet werden, wenn die gemeinsame Vergabe an ein Hauptunternehmen aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen zweckmäßig (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/A) bzw. erforderlich (§ 5 Abs. 2 Satz 3 EG VOB/A) ist.

In Betracht kommen etwa Zeit- und Kostenvorteile der einheitlichen Ausführung einer zeitkritischen Baumaßnahme oder eine im Einzelfall zwingend notwendige einheitliche Haftung für Mängelansprüche.

Allein der mit einer Losvergabe immer verbundene Ausschreibungs-, Prüfungs- und Koordinierungsmehraufwand oder der höhere Aufwand bei Gewährleistungsansprüchen rechtfertigen keinen Verzicht auf die Losvergabe.

• Gesamtvergabe von Bauleistungen (Generalunternehmervergaben)

Bei der Gesamtvergabe wird ein Auftrag für die gesamten erforderlichen Bauleistungen an ein Unternehmen (bzw. eine Bietergemeinschaft) vergeben. Eine Gesamtvergabe soll nur in den folgenden Fällen erfolgen:

- Bei gleichzeitig durchgeführter Parallelausschreibung auf der Basis von Fachlosen führt die Gesamtvergabe zu deutlich kostengünstigeren Ergebnissen (zum Eröffnungstermin bei Parallelausschreibung: Ziffer 6.17 am Ende).
- Bei unabweislich kurzfristig zu erstellenden Bauvorhaben führt die Gesamtvergabe im Einzelfall zu eindeutigen Zeit- und/oder Kostenvorteilen.
- Im Einzelfall liegen konkrete Gründe technisch-betrieblicher Art vor, die eine Gesamtvergabe eindeutig erforderlich machen (z.B. Notwendigkeit einer einheitlichen Ausführungsverantwortung und Erfüllung von Mängelansprüchen).

In anderen Fällen kann eine Gesamtvergabe im Ausnahmefall nur auf Grundlage eines Senatsbeschlusses vorgenommen werden.

Bei einer Gesamtvergabe muss das die Gesamtleistung erbringende Unternehmen bei einer Weitergabe von Leistungen den Verträgen mit seinen Nachunternehmern die VOB/B bzw. EG VOB/B zugrunde legen. Es muss sich vertraglich verpflichten, bei der Weitergabe von Leistungen bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen als Nachunternehmer zu beteiligen, soweit dies mit der vertragsgemäßen Ausführung des Auftrags vereinbar ist. Es soll den Nachunternehmern keine ungünstigeren Vertragsbedingungen auferlegen, als zwischen ihm selbst und der Auftraggeberin zugrunde liegen (§ 5 Abs. 3 Nr. 4 HmbVgG). Im Übrigen ist Ziffer 6.7.2 zu beachten.

Bei **nationalen (unterschwellig) Vergabeverfahren** für Bauleistungen (nach Abschnitt 1 der VOB/A) dürfen Gesamtvergaben nur an Generalunternehmer oder Totalunternehmer erfolgen.

Ein *Generalunternehmer* erbringt sämtliche für die Herstellung eines Bauwerks erforderlichen Bauleistungen und führt wesentliche Teile hiervon selbst aus. Ebenso erbringt ein *Totalunternehmer* die Bauleistungen selbst, er darf aber zusätzlich übernommene Planungsleistungen selbst ausführen oder – unter Beachtung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) – ganz oder teilweise an Dritte vergeben.

Dem gegenüber führt ein *Generalübernehmer* selbst keinerlei Bauleistungen aus. Er vergibt alle Bauleistungen weiter an Nachunternehmer und tritt lediglich als Vermittler (Bauleistungshändler) auf. Ein *Totalübernehmer* übernimmt zusätzliche Planungsleistungen, die er selbst ausführt oder – wie die Bauleistung – an Dritte weitergibt. Generalübernehmer und Totalübernehmer dürfen sich an nationalen Vergaben nicht beteiligen, weil Abschnitt 1 der VOB/A einen Eigenleistungsanteil in Bezug auf die Erbringung der Bauleistung verlangt und es nicht gestattet, die Bauleistungen ausschließlich durch Dritte erbringen zu lassen.

An **europaweiten (oberschwelligen) Vergabeverfahren** für Bauleistungen (nach Abschnitt 2 der VOB/A – EG VOB/A) dürfen sich Generalunternehmer, Totalunternehmer, Generalübernehmer und Totalübernehmer beteiligen.

Denn nach § 6 Abs. 8 EG VOB/A kann sich ein Bieter (ggf. auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft) zur Erfüllung eines Auftrags der Fähigkeiten anderer Unternehmen bedienen, ohne dass es auf den rechtlichen Charakter der Verbindung zwischen ihm und diesen Unternehmen ankommt. Damit verzichtet die VOB/A EG auf das Eigenleistungserfordernis.

Nach § 6 Abs. 8 EG VOB/A können Bieter oder Bietergemeinschaften, die selbst keine Bauleistung erbringen (Generalübernehmer), als geeignet zur Erbringung

der ausgeschriebenen Bauleistung angesehen werden, wenn sie sich auf die Eignung eines anderen zuverlässigen, fachkundigen und leistungsfähigen Unternehmens berufen. Ein Generalübernehmer muss der Auftraggeberin nachweisen, dass er über die Mittel dieses anderen Unternehmens verbindlich verfügt (siehe **Ziffer 6.7.2** und Vordruck „*Bewerbungsbedingungen EG*“). Dies ist z.B. der Fall, wenn der Generalübernehmer das andere Unternehmen beherrscht (Mutter-Tochter-Verhältnis).

Erforderlich ist der Nachweis einer bindenden vertraglichen Abrede, die das andere Unternehmen verpflichtet, im Falle einer Auftragserteilung an den Generalübernehmer für diesen tätig zu werden. Der Nachweis kann in Form einer Verpflichtungserklärung (siehe Vordruck „*NU*“) oder durch Vorlage des Nachunternehmervertrages erfolgen (siehe **Ziffer 6.7.2**).

6.7 Teilnehmer am Wettbewerb

Jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit ist unzulässig.

An **nationalen Vergabeverfahren** dürfen sich Bieter, die gewerbsmäßig Bauleistungen der geforderten Art ausführen, einzeln oder gemeinschaftlich beteiligen.

Für **europaweite Vergabeverfahren** regelt § 6 Abs. 8 EG VOB/A, dass sich Bieter – ggf. auch als Mitglied einer Bietergemeinschaft – bei der Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen berufen können, sofern sie entsprechend den Anforderungen nachweisen, dass ihnen diese Unternehmen (Nachunternehmer) für die Ausführung des Bauvertrages zur Verfügung stehen.

Anders als an nationalen Verfahren dürfen an EG-Vergabeverfahren also auch Bieter teilnehmen, die selbst keine Bauleistung erbringen (Generalübernehmer; vgl. **Ziffer 6.6**).

Die im Vergabeverfahren von den Bieter einzuhaltenden Anforderungen sind insbesondere im Vordruck „*Bewerbungsbedingungen*“ geregelt.

In allen Vergabeverfahren gilt der Grundsatz der **Vertraulichkeit**. Bis zur Öffnung der Angebote sind die Namen

- der Bieter bei öffentlichen Ausschreibungen bzw. offenen Verfahren,
- der zur Angebotsabgabe aufgeforderten Unternehmen bei beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben bzw. nichtoffenen Verfahren, Verhandlungsverfahren und wettbewerblichem Dialog

stets – auch gegenüber sachbearbeitend und freiberuflich Tätigen – vertraulich zu behandeln. Im gesamten Vergabeverfahren ist der vertrauliche Umgang mit den Namen von Bewerbern/Bietern und ihren Angeboten zu gewährleisten.

6.7.1 Bietergemeinschaften

Bei einem Teilnehmer kann es sich entweder um ein einzelnes Unternehmen oder um eine Mehrzahl von Unternehmen als sog. Bietergemeinschaft handeln.

Bietergemeinschaften sind mindestens zwei Unternehmen, die sich zur Erlangung eines Auftrags zusammenschließen (meist als rechtsfähige „Gesellschaft bürgerlichen Rechts“, GbR) und die nach Zuschlagserteilung die Auftragsausführung als „Arbeitsgemeinschaft“ (ARGE) vornehmen.

Bietergemeinschaften sind grundsätzlich zu den gleichen Bedingungen wie einzelne Bieter/Bewerber zum Wettbewerb zuzulassen bzw. zur Teilnahme aufzufordern (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A).

Der Zusammenschluss zu einer Bietergemeinschaft verstößt nicht gegen die gesetzlichen Kartellverbote des § 1 GWB (bzw. Art. 101 Abs. 1 AEUV), wenn die einzelnen Unternehmen nur einen unerheblichen Marktanteil haben (den ausgedruckten Auftrag jeweils allein nicht erfüllen können) und der Zusammenschluss den Markt erweitert, indem er den beteiligten Unternehmen erst die Möglichkeit zur Wettbewerbsbeteiligung eröffnet.

Dies kann der Fall sein, wenn sich Unternehmen verschiedener Branchen/Gewerke zu einer sog. „vertikalen Bietergemeinschaft“ zusammenschließen, da sie üblicherweise nicht im Wettbewerb zueinander stehen.

Dies kann auch der Fall sein, wenn sich kleine Unternehmen derselben Branche zu einer sog. „horizontalen Bietergemeinschaft“ zusammenschließen, die aber wegen ihrer betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse (z.B. Kapazitäten, technische Einrichtungen, fachliche Kenntnisse) kein aussichtsreiches Angebot abgeben könnten.

Könnten hingegen die einzelnen Mitglieder einer Bietergemeinschaft den Auftrag auch allein ausführen, kann der Zusammenschluss eine wettbewerbswidrige Abrede im Sinne des § 1 GWB darstellen, wenn er eine spürbare Beschränkung des Wettbewerbs bewirkt. In diesen Fällen ist stets zur Klärung der materiellen Prüfungskompetenz und eines etwaigen Ausschlusses nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 lit. d VOB/A bzw. EG VOB/A (Ziffer 6.20) das zuständige Rechtsamt einzuschalten.

Bei beschränkter Ausschreibung und freihändiger Vergabe (§ 3 Abs. 3-5 VOB/A) bzw. bei nichtoffenem Verfahren, Verhandlungsverfahren und wettbewerblichem Dialog (§ 3 Abs. 3-5, 7 EG VOB/A) sind Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus den aufgeführten Unternehmen gebildet haben, nicht zuzulassen bzw. auszuschließen (Ziffer 6.8.5).

§ 13 Abs. 5 VOB/A bzw. EG VOB/A enthält besondere Formvorschriften für Angebote von Bietergemeinschaften, die ihre Mitglieder benennen, ein Mitglied als bevollmächtigten Vertreter für Vertragsschluss und -durchführung bezeichnen und ihre gesamtschuldnerische Haftung erklären müssen.

Zu weiteren Einzelheiten siehe Nr. 6 der „Bewerbungsbedingungen (BWB)“.

Die erforderlichen Erklärungen sind in dem Bauvertragsvordruck „Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft“ enthalten. Diesen muss die Bietergemeinschaft vollständig und von allen Mitgliedern rechtsverbindlich unterschrieben zusammen mit dem Angebot abgeben.

6.7.2 Nachunternehmer

Nach § 4 Abs. 8 Nr. 1 Satz 1 VOB/B hat ein beauftragtes Unternehmen die Leistungen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, grundsätzlich selbst auszuführen.

Der Einsatz von Nachunternehmern kann Lohndumping und illegalen Arbeitseinsatz begünstigen. Um dem entgegenzuwirken, muss jeder Bieter in den Vordrucken „Angebot“ und „NU“ diejenigen (Teil-)Leistungen benennen, die er an Nachunternehmer weitergeben will. Auf Verlangen der Vergabestelle muss er jeden Nachunternehmer im Vordruck „NU“ namentlich benennen.

Ein Bieter muss nach § 5 HmbVgG jeden beabsichtigten Einsatz oder Wechsel eines Nachunternehmers zuvor bei der Auftraggeberin mit dem Bauvertragsvordruck „Nachunternehmereinsatz (NU)“ beantragen. Der Vordruck „NU“ enthält eine Verpflichtungserklärung des benannten (Nach-)Unternehmers, im Falle der Auftragserteilung die Leistung an den Bieter zu erbringen.

Jeder beabsichtigte Einsatz und/oder Wechsel von Nachunternehmern bedarf also der vorherigen schriftlichen Zustimmung (Einwilligung) der Auftraggeberin.

Die Vergabestelle hat vor Erteilung ihrer Zustimmung u.a.

- die Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (**Ziffer 6.8**),
- das Vorliegen der gewerberechtlichen Voraussetzungen für die zur Übertragung vorgesehenen Leistungen,
- das Vorliegen der Erklärung über Tariftreue und Mindestlohn (**Ziffer 6.9.1**)

des jeweiligen Nachunternehmers zu prüfen (vgl. Nr. 6 „*Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)*“ und Vordruck „*NU*“).

Insbesondere sind die in die engere Wahl kommenden Bieter aufzufordern, die Nachweise ihrer Nachunternehmer gemäß § 7 Abs. 2 HmbVgG (Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG, Bescheinigung der Berufsgenossenschaft, Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse bzw. jeweils vergleichbare Nachweise; siehe **Ziffer 6.8**) vorzulegen.

Zudem muss jeder Nachunternehmer die im Vordruck „*NU*“ enthaltene Selbstauskunft dazu abgeben, dass er in den letzten zwei Jahren nicht gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 SchwarzArbG oder § 21 AEntG mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden ist.

Auch die Einhaltung von Tariftreue und Mindestlohn (vgl. Nr. 5 Angebot) hat ein Nachunternehmer im Vordruck „*NU*“ zu erklären.

Zuletzt hat die Vergabestelle nicht nur für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll und dessen Auftragssumme 30.000 EUR übersteigt (siehe **Ziffer 6.8.3**), sondern auch für jeden seiner Nachunternehmer eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150a GewO einzuholen (vgl. Vordruck „*NU*“). Diese Pflicht entfällt, wenn der Wert des Leistungsanteils des Nachunternehmers 10.000 EUR (ohne USt) unterschreitet. In Zweifelsfällen kann eine Vergabestelle jederzeit eine Registerrückmeldung anfordern, auch für Auftragswerte des Bieters unter 30.000 EUR oder Leistungsanteile des Nachunternehmers unter 10.000 EUR. Die Einholung und Prüfung der Registerrückmeldung sind aktenkundig zu machen.

Ohnehin kann sich die Vergabestelle zur Prüfung der Eignung eines Nachunternehmers sämtliche Nachweise vorlegen lassen, die auch vom Bieter gemäß Bekanntmachung bzw. Verdingungsunterlagen gefordert wurden.

Die Nachunternehmer und ihre Leistungsanteile sind im Zuschlags- bzw. Auftragschreiben aufzuführen.

Nach der Auftrags- bzw. Zuschlagserteilung wird einer Weitervergabe von Bauleistungen an einen Nachunternehmer nur zugestimmt, wenn der Auftragnehmer besondere Umstände nachgewiesen hat, die den Einsatz und/oder Wechsel des Nachunternehmers erfordern. In diesem Fall muss der Auftragnehmer die oben genannten Nachweise für seinen Nachunternehmer zusammen mit dem Antrag auf Zustimmung zum Nachunternehmer-Einsatz vorlegen.

Die einzelnen Pflichten des Auftragnehmers beim Einsatz von Nachunternehmern und Leiharbeitskräften sind in Nr. 6 „*Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)*“ aufgeführt. Ihre Nichtbeachtung kann u.a. eine Kündigung (Nr. 8 ZVB) und eine Vertragsstrafe (Nr. 23 ZVB; vgl. auch **Ziffer 6.10**) begründen.

6.7.3 Besondere Teilnehmer

- **Freiberufliche Tätige** dürfen nicht
 - die Vergabeart festlegen,
 - die Teilnehmenden am Wettbewerb bestimmen,

- Bieterlisten führen,
- Vergabeunterlagen versenden,
- Planungsunterlagen zur Einsicht auslegen,
- Auskünfte erteilen,
- Angebote entgegennehmen, verwahren oder öffnen bzw. den Eröffnungstermin durchführen,
- ohne Zustimmung der Auftraggeberin Aufklärungsgespräche führen,
- Entscheidungen über die Erteilung des Zuschlags / Auftrags bzw. ggf. die Aufhebung einer Ausschreibung treffen,

weil es sich hierbei um nicht delegierbare Aufgaben des Bauherrn handelt.

- **An der Planung beteiligte Unternehmen**

Hat ein Unternehmen vor Einleitung des Vergabeverfahrens die Auftraggeberin beraten oder sonst unterstützt, muss die Auftraggeberin sicherstellen, dass der Wettbewerb durch die Teilnahme des Unternehmens nicht verfälscht wird und die erstellten Gutachten oder andere Unterlagen allen Bietern zugänglich machen.

Erfolgt die Teilnahme eines solchen Unternehmens, muss die Vergabestelle die von dem Unternehmen erarbeiteten Unterlagen (insbesondere die Beschreibung der Leistung und die Mengenansätze) prüfen und dafür sorgen, dass dem Unternehmen keine Wettbewerbsvorteile gegenüber den Mitbewerbern erwachsen.

Nimmt ein planendes Unternehmen am Wettbewerb teil, ist im Interesse eines geordneten Wettbewerbs darauf zu achten, dass keine nicht delegierbare Bauherrenaufgabe (s.o.) übertragen wird und es im Auftragsfalle nicht die eigenen Bauleistungen überwacht, abnimmt und abrechnet.

- **Nicht zugelassene Bewerber (zu § 6 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A)**

Justizvollzugsanstalten, Einrichtungen der Jugendhilfe, Aus- und Fortbildungsinstituten und ähnliche Einrichtungen sowie Betriebe der öffentlichen Hand und Verwaltungen sind nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A zum Wettbewerb mit gewerblichen Unternehmen nicht zuzulassen. Ihre Angebote dürfen nicht berücksichtigt werden.

Aufträge dürfen diesen Einrichtungen nur in begründeten Ausnahmefällen und nur dann erteilt werden, wenn sie von ihnen zu Bedingungen ausgeführt werden, die nicht ungünstiger sind als die, unter denen sie die private Wirtschaft ausführen würde. Sie sind in diesen Fällen freihändig zu vergeben.

- **Bevorzugte Bewerber**

Die „*Richtlinien für die Berücksichtigung von Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge*“ vom 10.05.2001 (BAnz Nr. 109 vom 16.06.2001, S. 11773) sind stets zu beachten.

Die Regelungen über Tariftreue und Mindestlohn (Ziffer 6.9.1) finden auf bevorzugte Bieter gemäß §§ 141 Satz1, 143 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) keine Anwendung (§ 3 Abs. 5 HmbVgG).

6.8 Eignung (zu § 6 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Die Kriterien und Eignungsnachweise, anhand derer die Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) eines Bieters zu überprüfen ist, ergeben sich aus § 6 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A und aus § 7 HmbVgG:

- Zunächst nennt § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A zwingende Kriterien der Eignungsprüfung.

Die danach erforderlichen Eignungsnachweise sind in den Bauvertragsvordrucken „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ und „Angebot“ bereits aufgeführt.

- Darüber hinaus kann die Vergabestelle andere, auf den konkreten Auftrag bezogene zusätzliche Eignungskriterien festlegen (§ 6 Abs. 3 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A). Diese sind in den Verdingungsunterlagen gesondert anzugeben.

Hierbei kann es sich z.B. um Nachweise über auftragsbezogene Spezialkenntnisse der Bieter handeln. Werden etwa in der Leistungsbeschreibung „Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien (ZTV)“ vereinbart, die Qualifikationsnachweise verlangen, ist folgender Text aufzunehmen:

„Nachweis der Qualifikation des ... gemäß den „Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien (ZTV) für

Bei ausländischen Bietern wird ein gleichwertiger Nachweis verlangt.“

- Das Hamburgische Vergabegesetz (HmbVgG) verlangt eigene Eignungsnachweise. Nach § 7 Abs. 1 HmbVgG sind aktuelle Nachweise über die vollständige Entrichtung von Steuern und Beiträgen von den Bewerbern bzw. Bietern zu verlangen, nämlich:

- Aktuelle Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG als Nachweis, dass der Teilnehmer seinen steuerlichen Verpflichtungen ordnungsgemäß nachkommt.
- Qualifizierte Bescheinigung der Berufsgenossenschaft mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf und aus der hervorgeht, dass die Beiträge zu der Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden.
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse des Baugewerbes (vgl. den Link auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/merkblatt-sozialkassen.pdf“) über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

Ausländische Teilnehmer haben jeweils vergleichbare Nachweise zu erbringen, bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine deutsche Übersetzung vorzulegen.

Die Bieter der engeren Wahl müssen zudem auf besondere Aufforderung

- Nachweise über die vollständige Entrichtung von Steuern und Beiträgen für ihre vorgesehenen Nachunternehmer

vorlegen (§ 7 Abs. 2 HmbVgG; siehe Ziffer 6.7.2).

- Weitere Anforderungen an die Eignungsprüfung ergeben sich aus den zusätzlichen Ausführungsbedingungen, die das HmbVgG vorschreibt (Ziffer 6.9).
- Zuletzt sind noch Eignungsnachweise wegen § 21 SchwarzArbG und § 21 AEntG (siehe Ziffer 6.8.3) sowie § 7 GRfW (siehe Ziffer 6.8.4) vorzusehen.

Alle vom Bieter geforderten Eignungsnachweise sind schon in der Bekanntmachung anzugeben. Die Vordrucke „Bekanntmachung“ enthalten Voreintragungen, die im Einzelfall zu ergänzen sind. Die Vordrucke „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ und „Angebot“ dürfen also keine Nachweise verlangen, die nicht bereits in der Bekanntmachung genannt wurden. Siehe auch Ziffern 6.8.1 und 6.8.2.

Die Vergabestelle muss vor Öffnung der Teilnahmeanträge bzw. Angebote entschieden und im Vergabevermerk dokumentiert haben, wie die Eignungsprüfung

vorgenommen wird und wie die jeweiligen Eignungskriterien bewertet werden. Die Notwendigkeiten für die Eignungsprüfung nach § 6 Abs. 3 Nr. 2 und ggf. Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A sowie nach § 7 HmbVgG orientieren sich am Einzelfall. Die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Diskriminierungsfreiheit sind – wie stets – zu beachten. Zur Eignungsprüfung siehe **Ziffer 6.19.2**.

Die Bieter können den Nachweis ihrer Eignung grundsätzlich durch eine Eintragung in ein Präqualifikationsverzeichnis (**Ziffer 6.8.1**) oder durch Einzelnachweise (**Ziffer 6.8.2**) erbringen.

6.8.1 Präqualifizierung

Die Bieter können ihre Eignung zunächst durch eine von der Auftraggeberin direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des „*Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.*“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis oder PQ-Liste) nachweisen (siehe § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A).

Bei einer Vergabe oberhalb der EU-Schwellenwerte ist die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedstaaten der EU zugelassen (§ 6 Abs. 3 Nr. 2 Satz 5 EG VOB/A).

Ein Rückgriff auf das Präqualifizierungssystem „PQ-VOL“ des „Kooperationsverbundes Präqualifizierung-Nord“ ist hingegen wegen § 6 Abs. 3 Nr. 2 Satz 1 VOB/A bzw. EG VOB/A nicht zulässig (siehe aber **Ziffer 6.8.2**).

Mit der zulässigen Eintragung in die PQ-Liste oder ein gleichwertiges Verzeichnis werden die Nachweise gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A sowie die Nachweise nach dem Hamburgischen Vergabegesetz ersetzt.

Die Vergabestelle überprüft die Eintragung des Bieters in das Präqualifikationsverzeichnis anhand der von ihm angegebenen Registriernummer im Internet unter „www.pq-verein.de“. Die Vergabestelle hat die Eignungsnachweise im Rahmen der Eignungsprüfung einzusehen und die Einsichtnahme im Vergabebericht zu dokumentieren. Die Gültigkeit der Nachweise ergibt sich aus dem aktuellen Internetauszug (zu den im Verzeichnis enthaltenen Nachweisen siehe Anlage 1 zur „*Leitlinie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für die Durchführung eines Präqualifikationsverfahrens*“ vom 25.04.2005 in der aktuellen Fassung abrufbar unter „www.pq-verein.de“). Für die Einsichtnahme in das Verzeichnis und die Detailansichten der Eignungsnachweise ist ein Passwort erforderlich, das über die genannte Internetseite zu beantragen ist.

Unabhängig von den Nachweisen aus der PQ-Liste hat die Vergabestelle etwaige aktuelle Erkenntnisse über das betreffende Unternehmen zu berücksichtigen. Zusätzliche Eignungsnachweise gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A werden nicht im PQ-Verzeichnis erfasst und sind daher anhand von Einzelnachweisen (**Ziffer 6.8.2**) zu prüfen.

6.8.2 Einzelnachweise

Die Bieter können ihre Eignung auch durch Einzelnachweise belegen.

Die Vergabestelle kann bestimmen, ob sie zur Eignungsprüfung auch einzelne, konkret bestimmte Inhalte der „PQ-VOL“ des „Kooperationsverbundes Präqualifizierung-Nord“ als Einzelnachweis gemäß § 6 Abs. 3 Satz 2 VOB/A bzw. EG VOB/A anerkennt.

- Für die Ausschreibungsarten
 - öffentliche Ausschreibung
 - offenes Verfahren

sind die Eignungskriterien des § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A als Eigenerklärungen im Vordruck „Angebot“ enthalten, so dass zunächst keine weiteren Nachweise, Bestätigungen oder Erklärungen notwendig sind.

Erst von den Bietern der engeren Wahl sind Bescheinigungen zu verlangen, die die Richtigkeit ihrer Eigenerklärungen bestätigen. Die Bescheinigungen, die der Vordruck „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ konkret aufführt, sind vollständig einzuholen. Für ihre Anforderung durch die Vergabestelle und ihre Beibringung durch die Bieter sind E-Mail oder Telefax ausreichend.

- Bei den Ausschreibungsarten
 - beschränkte Ausschreibung mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb
 - beschränkte Ausschreibung ohne öffentlichen Teilnahmewettbewerb
 - freihändige Vergabe
 - nichtoffenes Verfahren
 - Verhandlungsverfahren mit öffentlicher Vergabebekanntmachung
 - Verhandlungsverfahren ohne Vergabebekanntmachung
 - wettbewerblicher Dialog

wird die Eignung schon vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe geprüft (die Eigenerklärung im Vordruck „Angebot“ ist damit unerheblich).

Bei diesen Verfahren sind alle Eignungsnachweise schon in der Bekanntmachung anzugeben. Die Bauvertragsvordrucke „Bekanntmachung“ enthalten bereits wesentliche Angaben, insbesondere zur Eignung nach § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A und nach § 7 HmbVgG. Etwaige zusätzliche Eignungsnachweise nach § 6 Abs. 3 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A sind in der Bekanntmachung gesondert aufzuführen.

Die Bewerber müssen alle Bescheinigungen zum Nachweis ihrer Eignung zusammen mit dem Teilnahmeantrag vorlegen; nicht zeitgleich beigebrachte Bescheinigungen sind entsprechend § 16 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A nachzufordern.

6.8.3 Gewerbezentralregister

§ 21 Abs. 1 Sätze 1 und 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) und § 21 Abs. 1 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) verpflichten die öffentlichen Auftraggeber, zur Beurteilung der Eignung eine Auskunft über die Bewerber bzw. Bieter aus dem Gewerbezentralregister anzufordern (die Auskunft betrifft Ordnungswidrigkeiten gemäß § 21 SchwarzArbG und § 21 AEntG). Alternativ können die öffentlichen Auftraggeber von den Bewerbern/Bietern auch eine Selbstauskunft verlangen, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 21 Abs. 1 Satz 1, 2 SchwarzArbG oder § 21 Abs. 1 AEntG nicht vorliegen. Die Vergabestellen der FHH gehen dazu wie folgt vor:

Zunächst ist von den Bewerbern bzw. Bietern die Vorlage einer Selbstauskunft mit folgender Erklärung zu verlangen:

„Ich/Wir erkläre/n, dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 SchwarzArbG oder gemäß § 21 Abs. 1 AEntG mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.“

Bei den Ausschreibungsarten

- öffentliche Ausschreibung
- offenes Verfahren
- beschränkte Ausschreibung ohne öffentlichen Teilnahmewettbewerb
- freihändige Vergabe
- Verhandlungsverfahren ohne Vergabebekanntmachung

ist die Selbstauskunft zusammen mit dem Angebot zu erbringen; Die Selbstauskunft ist Bestandteil des Vordrucks „Angebot“.

Bei den Ausschreibungsarten

- beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb
- nichtoffenes Verfahren
- Verhandlungsverfahren mit öffentlicher Vergabebekanntmachung
- wettbewerblichem Dialog

ist die Selbstauskunft mit dem Antrag auf Teilnahme zu erbringen; Die diesbezüglichen Textbausteine sind im Vordruck „Bekanntmachung“ enthalten.

Zur Verifizierung der Selbstauskunft ist bei Auftragssummen ab 30.000 EUR (ohne USt) für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Abs. 1 GewO beim Bundeszentralregister einzuholen. Unabhängig von dieser Pflicht nach § 150a Abs. 1 GewO kann die Vergabestelle in Zweifelsfällen auch zusätzlich zur Eigenerklärung jederzeit eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister einholen.

Gewerbezentralregistrauskünfte für Vergabestellen nach § 150a GewO erteilt das Bundesamt für Justiz (53094 Bonn, Tel.: 0228/9941040, Fax: 0228/9941050 50, Internet: „www.bundesjustizamt.de“).

- Zunächst muss die Vergabestelle schriftlich (per Fax unter 0228/994105340) beim Bundesamt eine besondere Internetadresse zur Registeranmeldung erfragen und sich unter dieser Internetadresse mit vollständiger Anschrift unter Benennungen von Ansprechpartnern für etwaige Rückfragen anmelden. Mit der Anmeldung erhält die Vergabestelle ein Behördenkennzeichen.
- Um zeitliche Verzögerungen zu vermeiden, sollte die Anfrage frühzeitig erfolgen. Vor der Anfrage muss die Vergabestelle alle erforderlichen Informationen über den Bewerber/Bieter bzw. Nachunternehmer einholen: Bei natürlichen Personen sind die Daten zu erfragen, bei juristischen Personen und Personengesellschaften können sie auch im Handelsregister (Internet: „www.handelsregister.de“) eingesehen werden.
- Das für den konkreten Auskunftsantrag erforderliche Formular („GZR5“ bei natürlichen Personen; „GZR6“ bei juristischen Personen und Personenvereinigungen) ist von der Internetseite des Bundesamts als pdf-Datei herunterzuladen und entsprechend der Ausfüllanleitung auszufüllen. Das aufgefüllte Formular ist mit dem Behördenkennzeichen aus der Anmeldung zu versehen, mit einem Dienstsiegel abzustempeln und dem Bundesamt online, per Fax oder Post einzureichen.

Enthält der eingeholte Gewerbezentralregistrauszug entgegen der Selbstauskunft relevante Einträge, ist der Bewerber bzw. Bieter wegen unrichtiger Auskunft und Unzuverlässigkeit aus dem Verfahren auszuschließen.

Vor dem Ausschluss ist das für die Vergabestelle zuständige Rechtsamt einzuschalten und dem Bewerber bzw. Bieter rechtliches Gehör zu gewähren. Von dem Ausschluss darf nur abgesehen werden, wenn der Bewerber/Bieter nach-

vollziehbar darlegt, warum seine Selbstauskunft mit der Registerauskunft nicht übereinstimmt und warum sich die Registereintragung auf kein eigenes Fehlverhalten bezieht (z.B. bei mehreren Niederlassungen). Er muss auch darlegen, was er unternommen hat, um künftige Eintragungen zu vermeiden.

Kommt die Vergabestelle bei ihrer Prüfung zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss eines Bewerbers/Bieters vom Vergabeverfahren nach § 21 SchwarzArbG oder § 21 AEntG vorliegen, muss sie außerdem bei der zentralen Informationsstelle der FHH (Finanzbehörde, Amt für Organisation und zentrale Dienste -11-) unter Darlegung der Fakten einen Antrag auf förmliche Vergabesperre (Ziffer 6.20.1) stellen.

6.8.4 Register zum Schutz des fairen Wettbewerbs

§ 7 Abs. 1 des „Gesetzes zur Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs“ vom 17.09.2013 (GRfW) verpflichtet eine Vergabestelle, vor Erteilung eines öffentlichen Auftrags zu prüfen, ob über den künftigen Auftragnehmer eine Eintragung im „Register zum Schutz fairen Wettbewerbs“ vermerkt ist.

Die Pflicht gilt für Bauaufträge ab einem Auftragswert von 50.000 EUR (ohne USt) und in Bezug auf den für den Zuschlag vorgesehenen Bieter und seine Geschäftsführung. Unterhalb dieses Auftragswertes ist die Abfrage freiwillig (§ 7 Abs. 3 GRfW). Bei Bietergemeinschaften sind jedes Einzelunternehmen und seine Geschäftsführung abzufragen. Auch kann die Auftraggeberin die Abfrage auf etwaige Nachunternehmer erstrecken (§ 7 Abs. 2 GRfW). Die Abfrage und das Ergebnis sind in der Vergabeakte zu dokumentieren (§ 7 Abs. 4 GRfW).

Einer Einwilligung der betroffenen Personen in die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Registerabfrage bedarf es nach dem GRfW nicht.

Das Register wird bei der zentralen Informationsstelle der FHH (Finanzbehörde, Amt für Organisation und zentrale Dienste -11-) geführt. Bis ein automatisiertes Abrufverfahren (vgl. § 9 Abs. 3 GRfW) zur Verfügung steht, ist für die Registerabfrage wie folgt zu verfahren: Die Internetseite des Wettbewerbsregisters befindet sich unter „www.hamburg.de/fb/register-fairer-wettbewerb/“. Solange es keine Registereintragungen gibt, erfüllt die Auftraggeberin ihre Abfragepflicht nach § 7 GRfW, indem sie einen bloßen Ausdruck der Internetseite zur Vergabeakte nimmt. Änderungen dieser Vorgehensweise werden durch die zentrale Informationsstelle auf der Internetseite des Registers oder per E-Mail bekannt gegeben.

Liegen keine Registereintragungen über den für den Zuschlag vorgesehenen Bieter und seine Geschäftsführung vor, kann das Vergabeverfahren nach Dokumentation des Abfrageergebnisses fortgesetzt werden.

Liegen Registereintragungen vor, muss die Vergabestelle sie prüfen und im Ergebnis entscheiden, ob die jeweilige Eintragung die Zuverlässigkeit und damit die Eignung des Bieters für den konkreten Auftrag ausschließt (siehe Ziffer 6.20). Die Prüfung der Zuverlässigkeit eines im Wettbewerbsregister eingetragenen Bieters und das Ergebnis sind in der Vergabeakte nachvollziehbar zu dokumentieren.

Gemäß § 4 Abs. 1 GRfW müssen öffentliche Auftraggeber der zentralen Informationsstelle ihre Verdachtsmomente für eine eintragungspflichtige schwere Verfehlung sowie den Einzelausschluss eines Bieters unverzüglich auf dem Vordruck „*Meldung nach § 4 GRfW*“ (herunterzuladen von der Internetseite des Wettbewerbsregisters „www.hamburg.de/fb/register-fairer-wettbewerb/“) mitteilen.

6.8.5 Besonderheiten bei beschränkter Ausschreibung und freihändiger Vergabe bzw. Verhandlungsverfahren ohne Vergabebekanntmachung

Bei (unterschwellig) beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben gemäß § 3 Abs. 3-5 VOB/A sind die in den „*Richtlinien für die Berücksichtigung von Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge*“ (siehe Ziffer 6.7.3) genannten Einrichtungen in angemessenem Umfang zur Angebotsabgabe aufzufordern, soweit sie die Leistungen ausführen können.

Bei (unterschwellig) beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben nach § 3 Abs. 3-5 VOB/A sowie bei (oberschwellig) Verhandlungsverfahren ohne öffentliche Vergabebekanntmachung nach § 3 Abs. 5 EG VOB/A sind kleinere und mittlere Unternehmen in angemessenem Umfang zu beteiligen (siehe zur Teil- und Fachlosvergabe Ziffer 6.6).

Bei allen Verfahrensarten ist dafür zu sorgen, dass die zur Wettbewerbsteilnahme vorgesehenen Unternehmen häufig gewechselt werden. Auch bei ausreichender Zahl bekannter Bewerber ist neuen Bewerbern eine Gelegenheit zur erstmaligen Teilnahme am Wettbewerb zu bieten.

Über die zur Angebotsabgabe aufzufordernden Unternehmen entscheidet eine von der Arbeitsebene abgesetzte Stelle. Freiberuflich Tätige dürfen diese Unternehmen nicht bestimmen, sie dürfen der Vergabestelle lediglich Vorschläge unterbreiten. Die Gründe für die getroffene Auswahl der aufzufordernden Bewerber sind im Vergabevermerk zu dokumentieren und zu erläutern.

Die Auswahl der Bewerber ist nach pflichtgemäßem Ermessen und unter Berücksichtigung des Leistungsumfangs zu treffen. Dabei ist zu beachten, dass das beauftragte Unternehmen die Leistung gemäß § 4 Nr. 8 VOB/B grundsätzlich im eigenen Betrieb auszuführen hat (zu Nachunternehmern siehe Ziffer 6.7.2). Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus den aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, sind nicht zuzulassen bzw. auszuschließen.

Für Bauleistungen eines Fachgebiets, die ausschließlich einem Handwerk oder Gewerbe zuzuordnen sind, sollen nur Unternehmen dieses Handwerks oder Gewerbes zur Angebotsabgabe zugelassen bzw. aufgefordert werden.

Für Bauleistungen mehrerer Fachgebiete, die nicht ausschließlich einem Handwerk oder Gewerbe zuzuordnen sind, sollen nur Unternehmen dieser verschiedenen Handwerke oder Gewerbe zur Angebotsabgabe zugelassen bzw. aufgefordert werden. Es ist darauf zu achten, dass sich die verschiedenen Unternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen können (z.B. sowohl Tischler- als auch Glaserfirmen für Lieferung und Einbau von Fenstern).

Da auch beschränkte Ausschreibungen den Auftragnehmer im Wettbewerb ermitteln müssen, sollen mindestens drei und höchstens acht geeignete Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden:

- Grundsätzlich sind die drei bis acht aufzufordernden Unternehmen aus der PQ-Liste auszuwählen. Kommen genügend Unternehmen aus der PQ-Liste für den konkreten Auftrag (z.B. aufgrund ihrer Entfernung oder Unternehmenskapazität) in Betracht, sollen nur diese und keine weiteren Unternehmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden.
- Sind in der PQ-Liste nur drei Unternehmen eingetragen, die für den konkreten Auftrag in Betracht kommen, sind diese in jedem Fall zur Angebotsabgabe aufzufordern. Weitere Unternehmen sollen nicht aufgefordert werden.
- Sind in der PQ-Liste weniger als drei Unternehmen eingetragen, die für den konkreten Auftrag in Betracht kommen, sind diese in jedem Fall zur Angebots-

abgabe aufzufordern. Darüber hinaus dürfen auch nicht präqualifizierte Unternehmen zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, die ihre Eignung durch Einzelnachweise belegen müssen. Zusammen mit den Unternehmen der PQ-Liste sollen insgesamt aber nicht mehr als drei Unternehmen aufgefordert werden.

Eine zusätzliche Aufforderung nicht präqualifizierter Unternehmen kommt für alle drei vorstehend genannten Fallgruppen ausnahmsweise in Betracht, wenn kein ausreichender Wettbewerb erwartet werden kann oder wettbewerbsbeschränkende Absprachen zu befürchten sind. Die zusätzlich aufgeforderten nicht präqualifizierten Unternehmen müssen ihre Eignung durch Einzelnachweise belegen. Die Gründe für die Aufforderung nicht präqualifizierter Unternehmen sind im Vergabevermerk zu dokumentieren.

Beim nichtoffenen Verfahren und beim Verhandlungsverfahren mit öffentlicher Vergabebekanntmachung (§ 3 Abs. 3, 4 EG VOB/A) kann der Wettbewerb in unzulässiger Weise beschränkt werden, wenn nur die Mindestzahl von fünf bzw. drei Bewerbern zur Angebotsabgabe aufgefordert wird, obwohl mehr geeignete Bewerber einen Teilnahmeantrag gestellt haben. Bewerber aus EU-Mitgliedsstaaten, eines anderen Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder eines anderen Vertragsstaates des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen der Welthandelsorganisation (WTO), sind in angemessenem Verhältnis zu berücksichtigen.

Zur Kontrolle der Auftragsstreuung sind die Dienststellen verpflichtet, eine „*Übersicht der Freihändigen Vergaben und Beschränkten Ausschreibungen*“ (vgl. Vordruck „*Übersicht Vergaben*“, Ziffer 6.3.1) zu führen. Diese muss

- den Namen des beauftragten Unternehmens,
- Vergabeart und Vergabenummer,
- den Vergabewert,
- die Namen der übrigen Bieter

erkennen lassen und ist zwei Jahre aufzubewahren.

6.9 Zusätzliche Ausführungsbedingungen

Ein Auftraggeber darf im Einklang mit § 97 Abs. 4 GWB zusätzliche Anforderungen für die Auftragsausführung an den Auftragnehmer stellen (sog. zusätzliche Ausführungsbedingungen).

Von dieser Möglichkeit hat die FHH in den §§ 3, 3a und 3b HmbVgG Gebrauch gemacht. Diese zusätzlichen Ausführungsbedingungen sind ebenfalls im Rahmen der Eignungsprüfung zu berücksichtigen (vgl. Ziffern 6.8 und 6.19.2).

6.9.1 Tariftreueerklärung und Mindestlohn nach § 3 HmbVgG

Nach § 3 Abs. 1 HmbVgG dürfen Bauaufträge nur an Bieter vergeben werden, die sich bei Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Arbeitnehmern bei der Leistungsausführung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den das Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) oder anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte (Tarifvertragsgesetz, Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz u.a.) gebunden ist.

Nach § 3 Abs. 2 HmbVgG muss sich ein Bieter bei Angebotsabgabe in jedem Fall schriftlich verpflichten, seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Leistungsausführung mindestens den Mindestlohn gemäß § 5 Hamburgisches Mindestlohngesetz (HmbMinLohnG) in der jeweils geltenden Fassung zu zahlen.

Der Mindestlohn aus § 5 HmbMinLohnG darf also in keinem Fall unterschritten werden: Bestehen höhere tarifliche Bindungen (z.B. allgemeinverbindlicher Mindestlohntarifvertrag nach dem AEntG) sind diese nach § 3 Abs. 1 HmbVgG maßgeblich, bestehen niedrigere tarifliche Bindungen, ist der Auftragnehmer gleichwohl nach § 3 Abs. 2 HmbVgG zur Zahlung des Mindestlohns verpflichtet.

Nach § 3 Abs. 3 HmbVgG muss sich ein Bieter bei Angebotsabgabe zudem schriftlich verpflichten, im Falle einer Arbeitnehmerüberlassung im Sinne des Arbeitnehmer-Überlassungsgesetzes (AÜG) dafür zu sorgen, dass der Verleiher den Leiharbeitnehmern bei der Leistungsausführung das gleiche Arbeitsentgelt gewährt wie den vergleichbaren Arbeitnehmern des Auftragnehmers.

Alle Bieter (mit Sitz im In- oder Ausland) müssen in ihrer Verpflichtungserklärung jeweils die Art der tariflichen Bindung und den gezahlten Stundenlohn (brutto) für die eingesetzten Beschäftigten angeben. Fehlt diese Erklärung bei der Angebotsabgabe und wird sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt, ist das Angebot von der Wertung auszuschließen (§ 3 Abs. 4 HmbVgG, siehe Ziffer 6.20).

Die Pflichten des § 3 HmbVgG gelten für alle Bauleistungen bzw. Bauaufträge gemäß § 1 VOB/A bzw. EG VOB/A – also für Leistungen sowohl des Bauhauptgewerbes (einschließlich des Straßenbaus) als auch des Baunebengewerbes –, und zwar unabhängig von den EU-Schwellenwerten.

Wegen weiterer Einzelheiten sind die Ausführungen in Nr. 5 des Vordrucks „Angebot“ zu beachten. Die jeweilige Erklärung ist darin wie folgt vorzunehmen:

- Besteht eine Bindung an einen allgemeinverbindlichen Mindestlohntarifvertrag nach dem AEntG, muss der Bieter im Angebotsformular den Tarifvertrag genau bezeichnen und angeben, welches danach das geringste Entgelt ist, das er den zur Leistungsausführung eingesetzten Beschäftigten zahlen muss.
- Besteht eine Bindung an einen anderen Tarifvertrag (z.B. Haustarifvertrag), hat der Bieter im Angebotsformular den Tarifvertrag zu benennen und das niedrigste den Beschäftigten danach zu zahlende Entgelt anzugeben. Ist dieses niedriger als der Mindestlohn nach § 5 HmbMinLohnG, muss er sich verpflichten, den Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Leistungsausführung den jeweiligen Mindestlohn nach § 5 HmbMinLohnG zu zahlen.
- Besteht keinerlei tarifliche Bindung, muss der Bieter sich verpflichten, den Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Leistungsausführung den jeweiligen Mindestlohn nach § 5 HmbMinLohnG zu zahlen.

Beabsichtigt ein Bieter, Leistungen an Nachunternehmer zu vergeben, muss er eigenverantwortlich dafür Sorge tragen, dass seine Nachunternehmer auf Grundlage der einschlägigen Mindestentgeltreglungen tätig werden (vgl. Ziffer 6.7.2).

Zum internen Gebrauch der Vergabestellen (z.B. Prüfung der Angemessenheit der Preise, Prüfung des Mittellohns) sind im Tarifregister (Intranet „<http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0015/verwaltung/recht/Seiten/Tariftreue.aspx>“ die aktuellen Mindestlöhne nach dem AEntG eingestellt. Aus informatorischen Gründen finden sich im Tarifregister neben den aktuellen (nach HmbVgG relevanten) Mindestlöhnen auch die hamburgischen Tariflöhne. In Zweifelsfällen leistet die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau (ABH 42) Hilfestellung.

Ein Auftragnehmer ist nach § 10 Abs. 1 und 2 HmbVgG verpflichtet,

- vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über jeden eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten,
- der öffentlichen Auftraggeberin auf Verlangen die Entgeltabrechnungen vorzulegen,

- der öffentlichen Auftraggeberin auf Verlangen Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen und in die mit seinen Nachunternehmern geschlossenen Werkverträge zu gewähren,
- die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen hinzuweisen.

Diese Pflichten sind in Nr. 5.2 des Vordrucks „Angebot“ umgesetzt.

Die Pflicht zur Bereithaltung und Vorlage vollständiger und prüffähiger Entgeltabrechnungen über die eingesetzten Beschäftigten gilt nach § 10 Abs. 2 HmbVgG auch für eingesetzte Nachunternehmer; Der Auftragnehmer muss seinen Nachunternehmern diese Verpflichtung auferlegen (vgl. Nr. 6 ZVB und Vordruck „NU“).

§ 10 HmbVgG berechtigt den öffentlichen Auftraggeber, Kontrollen durchzuführen, um die Einhaltung der Vergabevoraussetzungen zu überprüfen (Nr. 20 ZVB). Die Kontrollen zur Überprüfung von Tariftreue und Mindestlohn sowie Nachunternehmereinsatz auf den Baustellen werden durchgeführt durch die

**Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau (ABH 42)
Ansprechpartner: Tel. 428 40 -2742 /-3112**

Zu diesem Zweck müssen die Auftraggeber Kopien von allen Aufträgen an ABH 42 übersenden. Das gilt auch für VOB-Bestellscheine sowie Aufträge auf Grundlage von objektbezogenen Zeit-/Rahmenverträgen und Kleinverträgen.

6.9.2 Sozial verantwortliche Beschaffung

Die FHH fördert eine sozial verantwortliche Beschaffung insbesondere durch die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen. Gemäß § 3a HmbVgG dürfen Aufträge nur an Bieter vergeben werden, die sich verpflichten, die beauftragte Leistung ausschließlich mit Waren auszuführen, die nachweislich oder nach entsprechender Zusicherung unter bestmöglicher Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen gewonnen und hergestellt worden sind.

Die ILO-Kernarbeitsnormen (Intranet: „<http://www.fhhintranet.stadt.hamburg.de/FHHintranet/Behoerden/BSU/rechtsamt/vergabehandbuch-vob/informationen-rundschreiben/start.html>“) konstituieren z.B. Übereinkommen über

- die Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit (Nr. 29 und 105)
- die Vereinigungsfreiheit und den Schutz der Vereinigungsrechte (Nr. 87)
- das Vereinigungsrecht und das Recht zur Kollektivverhandlung (Nr. 98)
- gleiche Entlohnung (Nr. 100)
- Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz (Nr. 111)
- das Mindestalter der Zulassung zur Beschäftigung (Nr. 138)
- das Verbot und Maßnahmen zur Beseitigung der Kinderarbeit (Nr. 182)

Für nähere Information zur ILO: „www.ilo.org/public/german/region/eurpro/ Bonn“.

Eine diesbezügliche Regelung enthält Nr. 9.5 der „*Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)*“. Sie kommt nur bei sog. kritischen Produkten, bei deren Herstellung oder Verarbeitung die Verletzung der ILO-Kernarbeitsnormen zu befürchten ist, zur Anwendung. Da als kritisches Produkt im Baubereich derzeit ausschließlich Natursteine (z.B. Granit, Gneis, Sandstein, Kalkstein, Schiefer, Marmor) gelten, ist sie aktuell nur bei der Verarbeitung von Natursteinen anzuwenden. Insbesondere bei Natursteinen aus Asien, Afrika, Mittel- und Südamerika ist eine Verletzung der ILO-Kernarbeitsnormen zu befürchten.

6.9.3 Umweltverträgliche Beschaffung

Nach § 3b HmbVgG müssen Auftraggeber die Beschaffung umweltverträglich durchführen und dafür Sorge tragen, dass schädliche Umweltauswirkungen im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren vermieden werden.

Sie können dieses Ziel dadurch erreichen, dass eine Vergabe auftragsbezogene und insbesondere lebenszyklusbezogene Anforderungen an die Umweltverträglichkeit und Energieeffizienz statuiert, insbesondere durch

- Benennung technischer Spezifikationen,
- Anforderungen der Leistungsbeschreibung,
- Benennung entsprechender Zuschlagkriterien.

Die Vorgaben im „Leitfaden für umweltverträgliche Beschaffung der Freien und Hansestadt Hamburg“ (sog. Umweltleitfaden), der für Beschaffungen nach VOL verbindlich gilt, sind für die Beschaffung von Bauleistungen nach VOB so weit wie möglich zu berücksichtigen.

• Sonderfall: Dieselmotoren

Sofern bei der Bauausführung Maschinen und Geräte mit Dieselmotoren eingesetzt werden könnten, ist in die Vorbemerkung zur Leistungsbeschreibung (Baubeschreibung) folgender Satz aufzunehmen:

„Maschinen und Geräte mit Dieselmotoren mit einer Leistung ab 19 kW sind am Einsatzort sofern möglich mit Partikelfilter-Systemen auszustatten. Es ist sicherzustellen, dass der Einsatz des Partikelfiltersystems zu keinem erhöhten Ausstoß anderer Schadstoffe (z.B. Stickoxiden) bzw. zu keinem erhöhten Stickstoffdioxid-Anteil am gesamten Stickoxid-Ausstoß führt. Ist der Einsatz von Partikelfiltern aus technischen Gründen nachweislich nicht möglich, müssen die eingesetzten Maschinen und Geräte mindestens dem Abgasstandard IIIA nach 97/68/EG bzw. 2004/26/EG entsprechen.“

• Sonderfall: Holzzertifizierung

Die Bauvertragsvordrucke (Nr. 10 Angebot und Nr. 9.6 BVB) verlangen, dass der als Bestandteil einer Bauleistung verwendete Rohstoff Holz nach FSC, PEFC oder gleichwertig zertifiziert sein oder die im Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC erfüllen muss.

Zur Information über die Standards des „Forest Stewardship Council“ (FSC) und des „Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“ (PEFC) wird auf die Websites „www.fsc-deutschland.de“ und „www.pefc.de“ verwiesen.

Diese Regelung will die Verwendung von umweltverträglichen Rohstoffen (hier: Holz aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern) der beauftragten Bauleistung sicherstellen. Sie verlangt nicht, dass das hergestellte Endprodukt seinerseits zertifiziert sein muss.

Ist ausnahmsweise doch ein zertifiziertes Endprodukt gewollt, muss die Vergabestelle die Zertifizierung des Betriebs des Auftragnehmers als gesondertes Eignungskriterium ausschreiben.

6.10 Vertragsstrafe

Nach § 11 Abs. 1 HmbVgG sind Verstöße gegen die Verpflichtungen

- zur ordnungsgemäßen Beschäftigung von Arbeitskräften (z.B. nach Schwarz-ArbG, StGB, AÜG, SGB III, AEntG und § 3 HmbVgG)
- die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen (§ 3a HmbVgG)

- die Beachtung der Regeln zum Nachunternehmereinsatz (§ 5 HmbVgG) und
- zur Bereithaltung und Vorlage vollständiger, prüffähiger Nachweise und Unterlagen (§ 10 HmbVgG)

jeweils mit einer Vertragsstrafe belegt.

Nr. 23 der „*Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB)*“ setzt diese Vorgabe um: Danach kann die Auftraggeberin für jeden schuldhaften Verstoß gegen die konkret benannten Vorschriften eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 1 % der Abrechnungssumme je Verstoß, höchstens jedoch 5 % der Abrechnungssumme verlangen. Insbesondere die strafbewehrten Verstöße gegen die Pflichten beim Nachunternehmereinsatz (§ 5 HmbVgG) werden in Nr. 6 ZVB einzeln aufgeführt.

Die Vertragsstraferegelung räumt der Auftraggeberin das pflichtgemäße Ermessen ein, ob überhaupt und in welcher Höhe (zwischen 0-1 % der Abrechnungssumme) sie eine Vertragsstrafe verhängt; dabei hat sie die Schwere des betreffenden Verstoßes, das Ausmaß des Verschuldens u.ä. zu berücksichtigen.

In Zweifelsfällen ist das zuständige Rechtsamt einzuschalten.

Der Begriff der „Abrechnungssumme“ bezeichnet die nach der Schlussabrechnung geschuldete Vergütung inklusive Zusatzleistungen und Preisgleitung, aber ohne Skonti, Sicherheits- und Gewährleistungseinbehalte, Schadensersatzansprüche oder Umsatzsteuer.

Die Vertragsstrafe setzt einen schuldhaften Verstoß voraus. Die Vertragsstrafe ist auch vom Auftragnehmer zu fordern, wenn sein Nachunternehmer oder Nach-Nachunternehmer – gleich welchen Unterordnungsgrads – gegen die genannten Vorschriften verstößt. Dies gilt aber nicht, wenn der Auftragnehmer nachweist, dass ihn kein Verschulden trifft, d.h. dass ihm die Verstöße weder bekannt waren noch hätten bekannt sein müssen und auch nicht über § 278 BGB (Erfüllungsgehilfen) zugerechnet werden können.

Die Vertragsstrafen für Fristversäumnis nach § 9 VOB/A bzw. EG VOB/A (Ziffer 6.13.2) und § 11 VOB/B (Ziffer 7.11) bleiben unberührt.

6.11 Leistungsbeschreibung (zu § 7 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Eine ordnungsgemäße, objektbezogene Leistungsbeschreibung ist die Voraussetzung für die

- zuverlässige Angebotserstellung durch die Bieter,
- zutreffende Wertung der Angebote durch die Vergabestelle,
- richtige Vergabeentscheidung,
- reibungslose und technisch einwandfreie Ausführung der Leistung,
- vertragsgemäße und regelgerechte Abrechnung.

Die Leistungsbeschreibung muss die Leistung eindeutig, vollständig, technisch richtig und ohne ungewöhnliches Wagnis für die Bieter beschreiben. Eine gedankliche Vorwegnahme der Herstellung des Werkes ist hierzu unerlässlich.

Eine Leistungsbeschreibung ist eindeutig, wenn sie

- Art und Umfang der geforderten Leistungen mit allen maßgebenden Bedingungen (z.B. hinsichtlich Qualität, Beanspruchungsgrad, technische und bauphysikalische Bedingungen, zu erwartende Erschwernisse, besondere Bedingungen der Ausführung und etwa notwendige Regelungen zur Ermittlung des Leistungsumfanges) zweifelsfrei erkennen lässt,

- keine Widersprüche in sich, zu den Plänen oder zu anderen vertraglichen Regelungen enthält.

Eine Leistungsbeschreibung ist vollständig, wenn sie

- Art und Zweck des Bauwerks bzw. der Leistung,
- Art und Umfang aller zur Herstellung des Werks erforderlichen Teilleistungen,
- alle für die Herstellung spezifischen Bedingungen und Anforderungen darstellt.

Eine Leistungsbeschreibung ist technisch richtig, wenn sie Art, Qualität und Modalitäten der Ausführung der geforderten Leistung entsprechend den anerkannten Regeln der Technik, den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen und etwaigen leistungs- und produktspezifischen Vorgaben zutreffend festlegt.

Die Ausschreibung muss in allen Leistungspositionen produktneutral erfolgen. Dies betrifft insbesondere die Angabe eines bestimmten Planungs- und Leitfabrikats und die vorgeblich neutrale Beschreibung eines bestimmten Produkts oder Verfahrens durch die Festlegung von Kenngrößen.

Nach § 7 Abs. 8 VOB/A bzw. EG VOB/A dürfen Fabrikatsangaben oder Markennamen nur im Ausnahmefall und nur mit dem Zusatz „oder gleichwertiger Art“ verwendet werden, wenn eine Beschreibung durch genaue, allgemeinverständliche Bezeichnungen nicht hinreichend möglich ist.

Die Leistungsbeschreibung darf keine ungewöhnlichen Risiken enthalten. Insbesondere dürfen dem Auftragnehmer keine Aufgaben der Planung und der Bauvorbereitung aufgebürdet werden, die je nach Art der Leistungsbeschreibung der Auftraggeberin obliegen, und keine Garantien für die Vollständigkeit der Leistungsbeschreibung abverlangt werden.

Die Hinweise für die Aufstellung der Leistungsbeschreibung – Abschnitte 0 der ATV DIN 18299 und 18300 ff. – sind zu beachten.

Wiederholungen der VOB/B und VOB/C sind zu vermeiden; Widersprüche in den Verdingungsunterlagen sind auszuschließen.

- **Sonderfall: Instandhaltung technischer Gebäudeausrüstung**

Im Einzelfall (etwa bei Anlagen bzw. Anlagenteilen der technischen Gebäudeausrüstung) kann es sinnvoll sein, zusammen mit der Herstellungsleistung auch die Instandhaltungsleistungen (Wartung, Inspektion, Instandsetzung) zu vergeben.

Die Mängelverjährungsfrist für Teile von maschinellen und elektrotechnischen/elektronischen Anlagen, bei denen die Instandhaltung (Wartung) einen Einfluss auf die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Anlage bzw. Anlagenteile hat, beträgt gemäß § 13 Abs. 4 Nr. 2 VOB/B nur zwei Jahre, sofern nichts anderes vereinbart ist oder der Auftraggeber dem Auftragnehmer des Bauvertrages die Wartung nicht übertragen hat.

Für sonstige Anlagen/Anlagenteile gilt die regelmäßige Verjährungsfrist des § 13 Abs. 4 Nr. 1 VOB/B von vier Jahren; hier ist grundsätzlich keine Instandhaltung (Wartung) mit auszuschreiben.

Die Begrifflichkeiten verstehen sich nach DIN 31051 wie folgt:

Instandhaltung: Die Instandhaltung umfasst die Wartung, Inspektion und Instandsetzung. Der Oberbegriff der Instandhaltung bezeichnet alle technischen, administrativen und Managementmaßnahmen während des Lebenszyklus einer Einheit zur Erhaltung des funktionsfähigen Zustands oder zur Rückführung in diesen, so dass sie die geforderte Funktion erfüllen kann.

Wartung: Maßnahmen zur Verzögerung des Abbaus des Abnutzungsvorrats (z.B. Austausch von Verschleißteilen und Schmierstoffen).

Inspektion: Maßnahmen zur Feststellung und Beurteilung des Istzustands einer Einheit einschließlich der Bestimmung der Abnutzungsursachen und dem Ableiten der notwendigen Konsequenzen für eine künftige Nutzung. Die Inspektion ist in Wartungs- und Instandhaltungsverträgen mit enthalten.

Instandsetzung: Maßnahmen zur Rückführung einer Einheit in den funktionsfähigen Zustand, mit Ausnahme von Verbesserungen. Die Instandsetzung geht über die Wartung hinaus: sie umfasst auch den Ersatz von defekten Bauteilen, die keine Verschleißteile sind.

Ob und welche Instandhaltungsleistungen vergeben werden, müssen die für den Anlagenbetrieb zuständige Stelle (liegenschaftsverwaltende Stelle) und die Vergabestelle (Auftraggeberin) anhand folgender Fragen gemeinsam klären:

- **Ist eine Vergabe der Instandhaltungsleistungen erforderlich? Wenn ja, in welchem Umfang?**

Zunächst ist zu klären, ob die Instandhaltung

- nach öffentlich-rechtlichen Vorschriften verpflichtend,
- notwendig,
- zu empfehlen, oder
- nicht notwendig und nicht zu empfehlen

ist. Die Instandhaltung (Wartung) ist wegen § 13 Abs. 4 Nr. 2 VOB/B (s.o.) wichtig bei Anlagenteilen der technischen Gebäudeausrüstung, bei denen die Instandhaltung einen Einfluss auf Sicherheit und Funktionsfähigkeit hat.

- **Sollen die erforderlichen Instandhaltungsleistungen zusammen mit der Herstellungsleistung vergeben werden?**

- Können die Instandhaltungsleistungen in einem separaten Wettbewerbsverfahren an einen Dritten vergeben werden? In diesem Fall ist zu klären, ob die Instandhaltung durch die liegenschaftsverwaltende Stelle selbst vorgenommen oder von ihr im Einzelfall selbst vergeben wird. § 13 Abs. 4 Nr. 2 VOB/B (s.o.) ist zu beachten.

- Oder müssen die Instandhaltungsleistungen in einem einheitlichen Wettbewerbsverfahren an den Hersteller vergeben werden? In diesem Fall sind die Instandhaltungsleistungen zusammen mit der Herstellungsleistung durch die Vergabestelle auszuschreiben.

Sollen die Herstellungs- und Instandhaltungsleistungen zusammen in einem einheitlichen Wettbewerbsverfahren vergeben werden, ist wie folgt vorzugehen:

- Zunächst muss liegenschaftsverwaltende Stelle und Auftraggeberin vor Ausschreibungsbeginn eine Vereinbarung über die vorstehenden Fragen treffen. In dieser Vereinbarung bevollmächtigt die liegenschaftsverwaltende Stelle die Auftraggeberin, zusammen mit dem Bauauftrag für die Anlage auch einen Instandhaltungsvertrag über eine festgelegte Laufzeit zu vergeben.
- Der Vordruck für die Herstellungsleistung „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“ ist um einen Angebotsteil „Instandhaltung“ zu erweitern.
- Den Zuschlag in dem einheitlichen Wettbewerbsverfahren für Herstellungs- und Instandhaltungsleistungen erteilt ausschließlich die Vergabestelle.
- Für den Instandhaltungsvertrag mit dem Hersteller ist der Vordruck „*Instandhaltungsvertrag*“ zu verwenden.

- Der Inhalt des „*Instandhaltungsvertrags*“ (insbes. Laufzeit und Leistungsumfang – Wartung, Instandsetzung, Inspektion,...) ist festzulegen.

6.11.1 **Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis (zu § 7 Abs. 9-12 VOB/A bzw. EG VOB/A)**

Die Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis nach § 7 Abs. 9-12 VOB/A bzw. EG VOB/A ist die Regel.

Vor dem Aufstellen der Leistungsbeschreibung müssen die Pläne, insbesondere die Ausführungszeichnungen (soweit sie nicht von dem beauftragten Unternehmen zu beschaffen sind) und die Mengenberechnungen rechtzeitig vorliegen.

Eine Leistungsbeschreibung besteht aus Baubeschreibung und Leistungsverzeichnis:

In der Baubeschreibung sind allgemeine Angaben zu machen, die zum Verständnis der Bauaufgabe und zur Preisermittlung erforderlich sind und die sich nicht aus der Beschreibung der einzelnen Teilleistungen unmittelbar ergeben.

Je nach den Erfordernissen des Einzelfalles gehören dazu z.B. Angaben über

- Zweck, Art und Nutzung des Bauwerkes bzw. der technischen Anlage
- ausgeführte Vorarbeiten und Leistungen
- gleichzeitig laufende Arbeiten
- Lage und örtliche Gegebenheiten, Verkehrsverhältnisse
- Konstruktion des Bauwerkes bzw. Konzept der technischen Anlage.

Allgemeine, für die Ausführung wichtige Angaben (z.B. Ausführungsfristen, Preisform, Zahlungsweise, Sicherheitsleistung, ggf. Gleitklauseln, Verjährungsfristen für Mängelansprüche) sind hingegen im Vordruck „*Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)*“ zu machen.

Das Leistungsverzeichnis (bestehend aus Vorbemerkungen und der Beschreibung der Teilleistungen) beschreibt Art und Umfang der zu erbringenden Leistungen sowie alle die Leistungsausführung beeinflussende Umstände.

Die Vorbemerkungen zum Leistungsverzeichnis dürfen nur Regelungen technischen Inhalts enthalten, die einheitlich für alle beschriebenen Leistungen gelten. Wiederholungen oder Abweichungen von Allgemeinen und Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen sind zu vermeiden.

Die Leistungsausführung beeinflussende Umstände (z.B. technische Vorschriften, Angaben zur Baustelle, zur Ausführung oder zu Arbeiterschwernissen) sind grundsätzlich bei der Ordnungszahl (Position) anzugeben. Nur wenn sie einheitlich für einen Abschnitt oder für alle Leistungen gelten, sind sie dem Abschnitt bzw. dem Leistungsverzeichnis in den Vorbemerkungen voranzustellen.

Bei der Aufgliederung der Leistung in Teilleistungen dürfen unter einer Ordnungszahl nur Leistungen erfasst werden, die technisch gleichartig sind und unter den gleichen Umständen ausgeführt werden, damit ihr Preis auf einheitlicher Grundlage ermittelt werden kann.

Hinweis für den Hochbau: Gliederung der Ausschreibungen von Bauleistungen

Die Gliederung der Leistungsbeschreibung basiert auf Strukturen, die sich an der Ausführung bzw. den Gewerken orientieren. Eine größtmögliche Kostensicherheit im Sinne der Kostenplanung erfordert es, die Ausschreibungen auch nach planungsorientierten Strukturen (d.h. nach den Kostengruppen der DIN 276 – Kosten im Hochbau –) zu gliedern.

Einzelheiten hierzu sind im Abschnitt 0.5.4 der „*Richtlinien für die Anwendung von Planungs- und Kostenkennwerten (RPK '96)*“ erläutert.

Bei der Ordnungszahl sind insbesondere anzugeben:

- die Mengen aufgrund genauer Mengenberechnungen,
- die Art der Leistungen mit den erforderlichen Erläuterungen über Konstruktion und Baustoffe,
- die einzuhaltenden Maße mit den gegebenenfalls zulässigen Abweichungen (Festmaße, Mindestmaße, Höchstmaße),
- besondere technische und bauphysikalische Forderungen
(z.B. Lastannahmen, Mindestwerte der Wärmedämmung und des Schallschutzes, Mindestinnentemperaturen bei bestimmter Außentemperatur, andere wesentliche, durch den Zweck der baulichen Anlage (Gebäude, Bauwerk) bestimmte Daten),
- besondere örtliche Gegebenheiten
(z.B. Baugrund, Wasserverhältnisse, Altlasten),
- andere als die in den Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen vorgesehenen Anforderungen an die Leistung,
- besondere Anforderungen an die Qualitätssicherung,
- die zutreffende Abrechnungseinheit gemäß den Vorgaben im Abschnitt 05 der jeweiligen Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (ATV),
- besondere Abrechnungsbestimmungen, soweit in VOB/C keine Regelung vorhanden ist.

In allen geeigneten Fällen sind der Leistungsbeschreibung etwaig vorhandene Standardleistungsbeschreibungen zugrunde zu legen (Standardleistungsbuch für den Hochbau, Standardleistungskataloge für den Ingenieurbau). Die Vergabeunterlagen legen die technischen Anforderungen gemäß Anhang TS (§ 7 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A) zutreffend fest, wenn die Texte für die Leistungsbeschreibung dem Standardleistungsbuch/-katalog entnommen werden.

6.11.2 Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm (zu § 7 Abs. 13-15 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Nach § 7 Abs. 13-15 VOB/A bzw. EG VOB/A können Leistungen ausnahmsweise mit Leistungsprogramm beschrieben werden. Dieses kann sich auf Teile (z.B. Heizungs-, Lüftungs-, Aufzugsanlagen) oder das gesamte Bauwerk erstrecken.

Allerdings sieht die Drucksache 20/6208 „Kostenstabiles Bauen“ eine Ausschreibung mit Leistungsprogramm nicht vor.

Daher ist die Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm nur im besonderen Ausnahmefall zu verwenden und bedarf stets der Entscheidung durch die Dienststellenleitung. Die Entscheidung ist nach Zweckmäßigkeit und Kosten-Nutzen-Abwägung zu treffen und im Vergabevermerk zu begründen.

• Zweckmäßigkeit

Eine Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm kann zweckmäßig sein,

- wenn sie wegen der fertigungsgerechten Planung in Fällen notwendig ist, in denen es wegen der Verschiedenartigkeit von Systemen den Bietern freigestellt sein muss, die Gesamtleistung so aufzugliedern und anzubieten, wie es ihrem System entspricht (z.B. Fertigteilbauten);

- wenn mehrere technische Lösungen möglich sind, die nicht im Einzelnen neutral beschrieben werden können, und die Auftraggeberin ihre Entscheidung unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und Funktionsgerechtigkeit erst aufgrund der Angebote treffen will.

- **Kosten-Nutzen-Abwägung**

Es ist sorgfältig zu prüfen, ob die Kosten für die Übertragung von Planungsaufgaben auf die Bieter in angemessenem Verhältnis zum Nutzen stehen und ob für die Ausarbeitung der Pläne und Angebote so viele leistungsfähige Unternehmen vorhanden sind, dass ein wirksamer Wettbewerb gewährleistet ist.

Bloße Eilbedürftigkeit oder etwaige Erleichterungen in der Organisation, Leitung der Baudurchführung und Vertragsabwicklung rechtfertigen diese Wahl nicht.

Für alle Bieter ist in der Ausschreibung eine angemessene Entschädigung festzusetzen, § 8 Abs. 8 VOB/A bzw. EG VOB/A. Diese Kosten sind bei der Kosten-Nutzen-Abwägung zu berücksichtigen.

- **Aufgabenbeschreibung**

Eine Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm stellt besonders hohe Anforderungen an die Sorgfalt der Bearbeitung. Die Beschreibung muss eine einwandfreie Angebotserstellung durch die Bieter ermöglichen und gewährleisten, dass die zu erwartenden Angebote vergleichbar sind.

Bevor das Leistungsprogramm aufgestellt werden darf, müssen ein vollständiges und endgültiges Raumprogramm sowie eine Kostenermittlung in der Qualität einer Kostenberechnung vorliegen. Außerdem müssen sämtliche für das Bauvorhaben bedeutsamen öffentlich-rechtlichen Forderungen (städtebaulicher und bauaufsichtlicher Art) geklärt sein.

Bei der Aufstellung des Leistungsprogramms ist besonders darauf zu achten, dass die in § 7 VOB/A bzw. EG VOB/A geforderten Angaben eindeutig und vollständig gemacht werden.

Erste Anhalte für die Angaben im Leistungsprogramm und ihre Gliederung bietet die nachfolgende Aufstellung; es ist in jedem Einzelfall zu prüfen, welche der Angaben für die Beschreibung jeweils erforderlich sind.

Angaben der Auftraggeberin für die Ausführung:

- Beschreibung des Bauwerks/der Teile des Bauwerks
- Allgemeine Beschreibung des Leistungsgegenstands nach Art, Zweck, Lage
- Beschreibung der örtlichen Gegebenheiten (z.B. Klimazone, Baugrund, Zufahrtswege, Anschlüsse, Versorgungseinrichtungen)
- Beschreibung der Anforderungen an die Leistung
- Flächen- und Raumprogramm (z.B. Größenangaben, Nutz- und Nebenflächen, Zuordnungen, Orientierung)
- Art der Nutzung (z.B. Funktion, Betriebsabläufe, Beanspruchung)
- Konstruktion: ggf. bestimmte grundsätzliche Forderungen (z.B. Stahl oder Stahlbeton, statisches System)
- Einzelangaben zur Ausführung (z.B. Rastermaße, zulässige Toleranzen, Flexibilität, Tragfähigkeit, Belastbarkeit)
- Akustik (Schallerzeugung, -dämmung, -dämpfung)
- Klima (Wärmedämmung, Heizung, Lüftungs- und Klimatechnik)
- Licht- und Installationstechnik, Aufzüge

- hygienische Anforderungen
- besondere physikalische Anforderungen (Elastizität, Rutschfestigkeit, elektrostatisches Verhalten)
- sonstige Eigenschaften und Qualitätsmerkmale
- vorgeschriebene Baustoffe und Bauteile
- Anforderungen an die Gestaltung (Dachform, Fassadengestaltung, Farb- und Formgebung)
- Abgrenzung zu Vor- und Folgeleistungen
- zusätzlich beachtliche Normen und ggf. Richtlinien der nutzenden Verwaltung
- öffentlich-rechtliche Anforderungen (z.B. spezielle planungsrechtliche, bauordnungsrechtliche, wasser- oder gewerberechtliche Bestimmungen/Auflagen)

Unterlagen, die die Auftraggeberin zur Verfügung stellt:

Dem Leistungsprogramm sind als Anlagen beizufügen z.B. das Raumprogramm, Pläne, Erläuterungsberichte, Baugrundgutachten, ggf. besondere Richtlinien der nutzenden Verwaltung.

Die mit der Ausführung von Vor- und Folgeleistungen beauftragten Unternehmen sind zu benennen. Einzelheiten über deren Leistungen sind anzugeben, soweit sie für die Angebotsbearbeitung und die Ausführung von Bedeutung sind, z.B.

- Belastbarkeit der vorhandenen Konstruktionen
- Baufristen
- Vorhaltung von Gerüsten und Versorgungseinrichtungen.

Ergänzende Angaben der Bieter:

Soweit im Einzelfall erforderlich, können Bieter z.B. zur Abgabe folgender Erklärungen oder zur Einreichung folgender Unterlagen aufgefordert werden:

- Angaben zur Baustelleneinrichtung (z.B. Platzbedarf, Art der Fertigung)
- Angaben über eine für die Bauausführung erforderliche Mitwirkung oder Zustimmung der Auftraggeberin
- Baufristenplan, u.U. auch weitere Pläne abweichend von der vorgeschriebenen Bauzeit
- Zahlungsplan, wenn die Bestimmung der Zahlungsbedingungen den Bietern überlassen werden soll
- Erklärung, dass und wie die nach öffentlichem Recht erforderlichen Genehmigungen usw. beigebracht werden können
- Wirtschaftlichkeitsberechnung unter Einbeziehung der Folgekosten (unterteilt in Betriebs- und Unterhaltungskosten).

Besondere Bewertungskriterien:

Die Auftraggeberin muss angeben, nach welchen Gesichtspunkten – auch hinsichtlich ihrer Rangfolge – sie die Angebote zu werten beabsichtigt.

• **Anforderungen an das Bieterangebot**

Die Bauvertragsvordrucke sind zu verwenden: Im Vordruck „Angebot“ ist festzulegen, inwieweit Nr. 3.2 „*Bewerbungsbedingungen*“ gilt. Außerdem ist von den Bietern zu verlangen, dass sie die Angebote so aufstellen, dass

- Art und Umfang der Leistung eindeutig bestimmt,

- die Erfüllung der Forderungen des Leistungsprogramms nachgewiesen,
- die Angemessenheit der geforderten Preise beurteilt und
- nach Abschluss der Arbeit die vertragsgemäße Erfüllung zweifelsfrei geprüft

werden kann. Dabei ist anzugeben, wie die Angebote gegliedert und durch Angabe von Kennzahlen oder dergleichen erläutert werden sollen.

Die Auftraggeberin hat alle Pläne und Unterlagen, deren Vorlage sie bei Angebotsabgabe für erforderlich hält, nach Art und Maßstab im Einzelnen anzugeben. Sie hat die Bieter aufzufordern, ihrem Angebot sämtliche zur Beurteilung des Angebots erforderlichen Pläne und Unterlagen mit einer eingehenden Erläuterung, insbesondere der Konstruktionsprinzipien und der Materialwahl, beizufügen.

Die Bieter müssen die Pläne und Unterlagen bezeichnen, die nicht schon für die Angebotsbeurteilung, sondern erst für die Leistungsausführung und Abrechnung erforderlich sind. Sie sind auch zu verpflichten, der Auftraggeberin im Falle der Auftragserteilung alle für die Ausführung und Abrechnung erforderlichen Pläne und Unterlagen rechtzeitig zur Zustimmung vorzulegen.

Mengen- und Preisangaben sind zu fordern, soweit sie für einen einwandfreien Vergleich bei der Wertung notwendig sind: In diesen Fällen müssen die Vergabeunterlagen eine Regelung gemäß § 7 Abs. 15 VOB/A bzw. EG VOB/A treffen.

6.11.3 Wahlpositionen; Bedarfspositionen

Wahl- und Bedarfspositionen erhöhen die Gefahr von Angebotsmanipulationen und können zur Undurchsichtigkeit oder jedenfalls eingeschränkten Transparenz des Wettbewerbs führen. Von Wahl- oder Bedarfspositionen darf daher nur in gerechtfertigten, nachprüfbaren Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden. Sie dürfen insbesondere nicht aufgenommen werden, um die Mängel einer unzureichenden Planung auszugleichen.

Wahlpositionen für Leistungen, die statt einer im Leistungsverzeichnis vorgesehenen Teilleistung ausgeführt werden sollen, sind nur zulässig, wenn nicht von vornherein feststeht, welche der möglichen Leistungen ausgeführt werden soll.

Bedarfspositionen enthalten Leistungen, die nur bei Bedarf ausgeführt werden sollen. Sie sind gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 4 Satz 1 VOB/A bzw. EG VOB/A grundsätzlich nicht in die Leistungsbeschreibung aufzunehmen. Im Ausnahmefall zulässige Bedarfspositionen sollten im Umfang jedenfalls nicht 10 % des geschätzten Auftragswertes überschreiten. Bedarfspositionen dürfen nur Leistungen enthalten, die zur Ausführung der vertraglichen Leistung erforderlich werden können und deren Notwendigkeit zum Zeitpunkt der Aufstellung der Leistungsbeschreibung trotz aller örtlichen und fachlichen Kenntnisse nicht festzustellen ist.

Wahl- oder Bedarfspositionen sind im Leistungsverzeichnis zu kennzeichnen. Damit die Preise richtig kalkuliert werden können, sind bei den Bedarfspositionen möglichst genaue Mengenansätze und bei den Wahlpositionen die Mengen der entsprechenden Grundpositionen anzugeben. Die Spalte für die Gesamtbeträge dieser Positionen ist zu sperren, damit sie nicht in die Angebotssumme einbezogen werden. Zur Wertung von Wahl- oder Bedarfspositionen siehe Ziffer 6.19.5.

6.11.4 Angehängte Stundensätze

Angehängte Stundensätze (§ 7 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 VOB/A bzw. EG VOB/A) dürfen nur in dem unbedingt erforderlichen Umfang (Stundenanzahl und Lohngruppen, ggf. Geräte) in die Leistungsbeschreibung aufgenommen werden.

6.11.5 Nebenleistungen

Nebenleistungen sind Leistungen, die auch ohne Erwähnung im Vertrag zur vertraglichen Leistung gehören (§ 2 Abs. 1 VOB/B, DIN 18299 Abschnitt 4.1) und mit dem Preis abgegolten sind. Sie sind grundsätzlich nicht in die Leistungsbeschreibung aufzunehmen. Nebenleistungen, die von besonderer Bedeutung sind, können als eigenständige Teilleistung aufgenommen werden.

6.11.6 Besondere Leistungen

Für besondere Leistungen nach DIN 18299 Abschnitte 4.2, 0.4.2. sind in der Regel eigene Teilleistungen (Positionen) in der Leistungsbeschreibung vorzusehen.

6.11.7 Angaben zum Preis und dessen Berechnung

Für gleichartige Leistungen sind die Abrechnungseinheiten innerhalb einer Leistungsbeschreibung einheitlich anzugeben.

Auf die Angabe des Einheitspreises in Worten ist zu verzichten.

Pauschalpreise dürfen nur gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A vorgesehen werden. Bei Teilleistungen, für die ein Pauschalpreis vereinbart werden soll, sind im Leistungsverzeichnis die Spalten für Mengenangabe und Einheitspreis zu sperren. Mengenangaben, die zur Bestimmung des Leistungsumfanges benötigt werden, sind in den Wortlaut der Leistungsbeschreibung aufzunehmen.

Bei Stundenlohnarbeiten sind Ordnungszahlen vorzusehen

- für Lohnstunden nach Berufs-, Lohn- und Gehaltsgruppen getrennte Verrechnungssätze; bei jeder Gruppe ist als Vordersatz die Zahl der voraussichtlich nötigen Arbeitsstunden anzugeben (**Ziffer 6.4.1**);
- für Geräte, die zum maßgeblichen Zeitpunkt auf der Baustelle vorhanden sind; ansonsten sind Transportkosten gesondert auszuschreiben;
- für Stoffe.

6.11.8 Benennung von Kostenobergrenzen

Kostenobergrenzen sind als Bruttobetrag (einschl. USt) in Ausschreibungen zu benennen, wenn unter Beachtung der spezifischen Marktsituation eine Kostenreduzierung im Einzelfall tatsächlich erwartet werden kann.

Kostenobergrenzen können auch sinnvoll sein, wenn dadurch für die Bieter nachvollziehbar bestimmte gewünschte Standards zum Ausdruck kommen.

Werden Kostenobergrenzen in Ausschreibungen benannt und keine Angebote im Rahmen der Kostenobergrenzen abgegeben, ist nach Aufhebung der Ausschreibung und Beurteilung der Marktlage gemäß **Ziffer 6.21** zu verfahren (Senatsbeschluss vom 17.12.1996, Drs. Nr. 96/1601).

6.11.9 Sonderfälle

- Arbeiten bei laufendem Betrieb (zu § 7 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Wenn Leistungen in Bauwerken/Anlagen ausgeführt werden sollen, in denen der Betrieb weitergeführt wird, ist vor Aufstellung der Leistungsbeschreibung mit der nutzenden Verwaltung abzustimmen, welche besonderen Vorkehrungen bei der Ausführung getroffen werden müssen (siehe Nr. 0.2.2 der Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen - ATV, DIN 18299).

- **Auswertung von Gutachten (zu § 7 Abs. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A)**
Werden Gutachten (z.B. über Baugrund, Wasserverhältnisse oder Altlasten) eingeholt, sind ihre Ergebnisse und die dadurch begründeten Anforderungen in der Leistungsbeschreibung vollständig und eindeutig anzugeben. Das bloße Beifügen des Gutachtens reicht für eine ordnungsgemäße Leistungsbeschreibung nicht.
- **Eignungs- und Gütenachweis (zu § 7 Abs. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)**
Bei der Festlegung von Art und Umfang verlangter Eignungs- und Gütenachweise im Sinne von Abschnitt 0 der Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (ATV, DIN 18299) ist darauf zu achten, dass der Wettbewerb nicht durch die Forderung eines bestimmten Güte- oder Überwachungszeichens bei sonst gleichwertigen Stoffen und Bauteilen beschränkt wird. Sofern Bieter ein Fabrikat angeben müssen, ist hierfür eine Leerzeile vorzusehen.
- **Pläne (zu § 7 Abs. 5 VOB/A bzw. EG VOB/A)**
Pläne, die zur zeichnerischen Erläuterung der Leistung beigelegt werden, dienen der Ergänzung und Verdeutlichung. Sie entbinden nicht von der Pflicht zur umfassenden Beschreibung der Teilleistungen.

6.12 Vergabeunterlagen (zu § 8 VOB/A bzw. EG VOB/A)

6.12.1 Kosten für Vergabeunterlagen

Bei öffentlicher Ausschreibung bzw. offenem Verfahren ist stets ein Entgelt in Höhe der Selbstkosten für die Vervielfältigung der Leistungsbeschreibung und der anderen Unterlagen sowie der Kosten postalischer Versendung zu fordern, wenn das Entgelt den Betrag von fünf Euro übersteigt. Für die zeichnerischen Unterlagen sind die anfallenden Kosten der Kopien zu berechnen. Skonto bleibt unberücksichtigt. Die Umsatzsteuer ist einzurechnen.

Die Summe der Kosten ist auf volle Eurobeträge aufzurunden.

6.12.2 Bauvertragsvordrucke gemäß § 58 LHO

Bei der Vergabe von Bauleistungen für öffentliche Baumaßnahmen der FHH haben alle in Absatz 1 der Vorbemerkung „Anwendungsbereich“ genannten Stellen die von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt vorgeschriebenen Bauvertragsvordrucke des Bauhandbuchs (VV-Bau) für den Hochbau, den Garten- und Landschaftsbau und den Ingenieurbau anzuwenden.

Die aktuellen Bauvertragsvordrucke befinden sich im Intranet unter „<http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0015/stadtentwicklung/bauinfobox/Seiten/Bauhandbuch.aspx>“.

Die in übersichtlichen Vergabeverfahren zu verwendenden EU-Bekanntmachungsmuster sind unter „http://simap.europa.eu/buyer/forms-standard/index_de.htm“ abrufbar.

Im Vergabeverfahren und bei der Vertragsabwicklung können die Vergabestellen Datenverarbeitungsprogramme anwenden und mit den Unternehmen auch Daten auf maschinenlesbaren Datenträgern nach den Regelungen für den Datenaustausch austauschen.

6.12.3 Aufgliederung von Angebots- und Einheitspreisen

Zur Beurteilung der Angemessenheit der Angebotspreise sind den Verdingungsunterlagen die Bauvertragsvordrucke „*EFB-Preis*“ beizufügen, wenn die voraussichtliche Angebotssumme mehr als 25.000 EUR (ohne USt) betragen wird:

Die Bieter haben den ihrer Kalkulationsmethode entsprechenden Vordruck „*EFB-Preis 1*“ auszufüllen und mit dem Angebot abzugeben (siehe „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“). Im Vordruck „*EFB-Preis 2*“ sind zur Aufgliederung wichtiger Einheitspreise die Teilleistungen so vorzugeben, dass sich danach die für die Angebotssumme maßgebenden Kalkulationsbestandteile beurteilen lassen.

Soweit es zur Beurteilung der Angemessenheit der Angebotspreise im Einzelfall – z.B. wegen der Eigenart der Leistung – erforderlich ist, können die Angaben zur Preisermittlung auch bei geringeren Angebotssummen angefordert werden.

Näheres siehe in Ziffer 6.19.3.4 und im Vordruck „*Leitfaden EFB-Preise*“.

6.12.4 Kleinaufträge

Aufträge mit einem Auftragswert bis zu 10.000 EUR (ohne USt) können freihändig im Wettbewerb mit dem Bauvertragsvordruck „*VOB-Bestellschein*“ erteilt werden, wenn die Art der Leistung und die Abwicklung des Auftrages es erfordern (siehe Ziffern 6.3.2 und 6.8.5).

6.12.5 Ausschluss von Nebenangeboten

Der Zuschlag erfolgt stets auf das wirtschaftlichste Angebot (§ 97 Abs. 5 GWB). Mithin dienen Nebenangebote dem Zweck, das unternehmerische Potential der Bieter im Wettbewerb zu erschließen. Daher muss ein Nebenangebot

- die festgelegten Mindestanforderungen erfüllen und
- anhand aussagekräftiger, auf den jeweiligen Auftragsgegenstand und den zu deckenden Bedarf zugeschnittener Zuschlagskriterien bewertet werden.

Die Zuschlagskriterien müssen ermöglichen, das Qualitätsniveau und sachlichen Wert des Nebenangebots (über die Mindestanforderungen hinaus) nachvollziehbar und überprüfbar mit dem Standard der Hauptangebote zu vergleichen. So ist das wirtschaftlichste Angebot zu ermitteln und einzuschätzen, ob ein preisgünstigeres Nebenangebot den Qualitätsstandard des Hauptangebots erreicht und damit als wirtschaftlichstes Angebot bewertet werden kann.

Diese Anforderungen der Rechtsprechung (BGH, Beschluss vom 07.01.2014, X ZB 15/13) an Nebenangebote haben folgende Konsequenzen:

- Im reinen Preiswettbewerb dürfen keine Nebenangebote zugelassen werden. Ist der Preis das einzige Wertungskriterium, muss ein günstigeres Nebenangebot (das lediglich die Mindestanforderungen erfüllt) zwangsläufig hinter dem Standard der Hauptangebote zurückbleiben und kann damit nicht das wirtschaftlichste Angebot sein.

Mithin sind grundsätzlich keine Nebenangebote mehr zuzulassen.

- **Ausnahmsweise** dürfen Nebenangebote zugelassen werden, sofern sich die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots neben dem Preis auf mindestens ein weiteres substantielles Zuschlagskriterium stützt.

Dieses nichtpreisliche Zuschlagskriterium muss die inhaltliche und qualitative Abweichung des Nebenangebots vom Hauptangebot wertungsmäßig erfassen. Es muss als aussagekräftiges und transparentes Wertungskriterium die Angebotsanforderungen so bestimmt formulieren, dass für die Bieter erkenn-

bar ist, auf welche konkreten Einzelmerkmale es der Auftraggeberin bei ihrer Angebotsbewertung ankommt (z.B. Haltbarkeit, Nutzungsdauer, Pflege- und Wartungsbedarf, Ersatzbeschaffungskosten, Lebenszykluskosten, technischer Wert u.s.w.).

Die Festlegung der Mindestanforderungen für Nebenangebote genügt diesen Anforderungen nicht: Die Mindestanforderungen geben nur den minimalen Standard vor, um Spielraum für Alternativvorschläge zu lassen (d.h. nur allgemeine Standards und wesentliche Merkmale/technische Spezifikationen), aber bewerten nicht die Abweichung von Haupt- und Nebenangeboten.

Ein ungeschriebenes Wertungskriterium der „Gleichwertigkeit“ ist *nicht* geeignet, den Wert eines Nebenangebots im Vergleich zum Hauptangebot zu beurteilen: für Bieter ist nicht erkennbar, welche Angebotsvariante der Auftraggeber noch als gleichwertig anerkennen wird und welche nicht; es fehlt damit an der erforderlichen Transparenz. Auf eine Gleichwertigkeitsprüfung, die sich auf nicht konkret bestimmte Kriterien stützt, ist daher zu verzichten.

Das nichtpreisliche Zuschlagskriterium darf kein bloßes Scheinkriterium sein, das voraussichtlich von allen Bietern gleichermaßen erfüllt wird.

Die Wertungskriterien müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Um dem nichtpreislichen Kriterium eine Wirkung zu verschaffen, sollte das Preiskriterium keinesfalls mehr als 90 % der Gesamtwertung ausmachen.

Ob Nebenangebote zugelassen werden, ist im Vordruck „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“ anzugeben. Weitere Einzelheiten regelt Nr. 4 BWB.

Bei Zweifeln an der Zulässigkeit eines Nebenangebots bzw. der Zuschlagskriterien ist stets das zuständige Rechtsamt einzuschalten.

6.12.6 Zuschlagskriterien

- Vergaben oberhalb der EG-Schwellenwerte (Hauptangebote)

Werden neben dem Preis weitere Zuschlagskriterien genannt, sind diese im Vordruck „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“ anzugeben.

- Vergaben oberhalb der EG-Schwellenwerte (Hauptangebote)

Die in der Bekanntmachung benannten Zuschlagskriterien dürfen nicht von den in den Vergabeunterlagen bestimmten Zuschlagskriterien abweichen.

Grundsätzlich ist es möglich, den Preis als einziges Zuschlagskriterium zu nennen.

Bei Berücksichtigung mehrerer Zuschlagskriterien sind immer die Kriterien „Preis“ und „technischer Wert“ anzugeben.

Für das Kriterium „technischer Wert“ sind die jeweils für die Vergabe maßgeblichen Unterkriterien anzukreuzen und ggf. weitere eindeutig zu benennen.

Nur bei Fachlosen mit hohem Anspruch an die bauliche Gestaltung darf als weiteres Kriterium „Gestaltung“ vorgesehen werden.

Die Gewichtung der Kriterien ist individuell und i.d.R. unter Beachtung folgender Spannen festzulegen.

- | | |
|--------------------|-----------|
| - Preis | 75 - 90 % |
| - Technischer Wert | 10 - 20 % |
| - Gestaltung | 5 - 10 % |

Die Festlegung sollte in 5 %-Schritten erfolgen. Die Festlegung der Kriterien, etwaiger Unterkriterien und der Gewichtung ist im Vergabevermerk zu begründen.

Um die Wertung vornehmen zu können, sind im Vordruck „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“ zu jedem Zuschlagskriterium die jeweiligen Unterlagen anzugeben, die mit dem Angebot vorgelegt werden müssen. Zur Angebotsbewertung siehe **Ziffer 6.19**.

- **Nebenangebote (unter- und überschwellige Vergaben)**

Nebenangebote sind nur zulässig, wenn ein Zuschlagskriterium die inhaltliche und qualitative Abweichung des Nebenangebots vom Hauptangebot wertungsmäßig erfasst (im Einzelnen siehe **Ziffer 6.12.5**). Diese (nichtpreislichen) Kriterien können z.B. auf die Haltbarkeit, Nutzungsdauer, Pflege- und Wartungsbedarf, Ersatzbeschaffungskosten, Lebenszykluskosten, den technischen Wert, etc. des Nebenangebots im Vergleich zum Hauptangebot abstellen. Beispiele:

- Bei Nebenangeboten mit verlängerter Gewährleistungsfrist könnte das nichtpreisliche Zuschlagskriterium z.B. lauten „Vor- und Nachteile durch voraussichtliche Reparaturkostenersparnis“.
- Bei Nebenangeboten für Innovationsvorschläge könnte das nichtpreisliche Zuschlagskriterium z.B. lauten „Vor- und Nachteile durch Verwendung anderer Baustoffe oder Bauverfahren“.

Bei Zweifeln an der Zulässigkeit eines Kriteriums ist das zuständige Rechtsamt einzuschalten.

6.13 Vertragsbedingungen (zu § 9 VOB/A bzw. EG VOB/A)

6.13.1 Ausführungsfristen (zu § 9 Abs. 1-4 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Ausführungsfristen müssen im Bauvertragsvordruck „*Besondere Vertragsbedingungen (BVB)*“ eindeutig festgelegt sein, um verbindlicher Angebotsinhalt – und bei Beauftragung Vertragsinhalt – zu werden.

Es ist zwischen Ausführungsfristen und Einzelfristen zu unterscheiden:

- Ausführungsfristen sind immer verbindliche Vertragsfristen.
- Einzelfristen sind nur Vertragsfristen, wenn sie in den „*Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)*“ als solche bezeichnet sind oder nachträglich im Rahmen der Vertragsdurchführung gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 VOB/B ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart werden.

Die Unterscheidung von Vertragsfristen und Einzelfristen ist für die Rechtsfolgen maßgeblich:

- Hält der Auftragnehmer eine Vertragsfrist (Ausführungsfrist oder zur Vertragsfrist erklärte Einzelfrist) nicht ein, kommt er mit seiner Leistung in Verzug und macht sich in vollem Umfang schadensersatzpflichtig.
- Hält der Auftragnehmer eine Einzelfrist, die keine Vertragsfrist ist, nicht ein, kommt er nicht ohne weiteres in Verzug; er ist sich allenfalls wegen Störung, Behinderung oder Unterbrechung des Bauablaufes schadensersatzpflichtig.

Die Fristbestimmung kann entweder

- durch Angabe eines Anfangs- und/oder Endzeitpunktes (Datum) oder
- nach Zeiteinheiten (Werktage, Kalendertage, Wochen, Monate)

erfolgen. Werktage sind alle Kalendertage mit Ausnahme von Sonn- und gesetzliche Feiertagen.

Die Fristbestimmung durch Datum soll gewählt werden, wenn die Auftraggeberin den Beginn der Ausführung verbindlich festlegen kann und/oder ein bestimmter Endtermin eingehalten werden muss. Auch die Fristbestimmung nach Zeiteinheiten soll den Beginn der Ausführung möglichst genau benennen.

Bei der Fristbemessung ist stets zu berücksichtigen,

- welche zeitliche Abhängigkeit von vorausgehenden und nachfolgenden Leistungen besteht,
- zu welchem Zeitpunkt die zur Ausführung erforderlichen Unterlagen von der Auftraggeberin zur Verfügung gestellt werden können,
- in welchem Umfang arbeitsfreie Tage (Samstage, Sonn- und Feiertage) in die vorgesehene Frist fallen,
- die wahrscheinlichen Ausfalltage durch Witterungseinflüsse.

- **Sonderfall: Aufforderung zum Beginn der Ausführung**

Soll die Ausführung in besonderen Fällen (z.B. im Ingenieurbau oder bei einem veröffentlichungspflichtigen Vertrag nach § 10 Abs. 2 HmbTG, Ziffer 6.13.8) erst auf gesonderte Aufforderung zum Beginn der Ausführung durch die Auftraggeberin beginnen, ist dies in Nr. 2.1 der „Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)“ entsprechend anzugeben. Der Auftragnehmer muss innerhalb von 12 Werktagen nach der gesonderten Aufforderung mit der Ausführung beginnen (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B).

Als Datum für die späteste Aufforderung ist (ggf. unter Beachtung der Monatsfrist des § 10 Abs. 2 HmbTG) ein Datum wenige Wochen (ausnahmsweise bis vier Monate) nach Ablauf der Zuschlagsfrist einzutragen.

Hinweis: Für die Fristbestimmung im Ingenieurbau ist darüber hinaus stets zu prüfen, dass den Bietern durch die zeitliche Verschiebung der Ausführung kein ungewöhnliches Wagnis aufgebürdet wird (wenn z.B. das Bauende in eine Winterperiode verschoben wird oder Zwischentermine nicht verändert werden können). Im Vergabevermerk ist der Abwägungsprozess nachvollziehbar darzulegen.

Einzelfristen sollen nur als Vertragsfristen festgelegt werden, wenn der Fertigstellungstermin bestimmter Teile der Leistung aus zwingenden Gründen unbedingt einzuhalten ist.

Einzelfristen für Verkehrsbeschränkungen (z.B. bei Bauarbeiten auf BAB-Betriebsstrecken) sind in Nr. 2.3 BVB anzugeben; sie können mit Vertragsstrafen (Nr. 3.3 BVB, Ziffer 6.13.2) und Beschleunigungsvergütungen (Nr. 4.1 BVB, Ziffer 6.13.3) versehen werden.

6.13.2 Vertragsstrafen für Fristversäumnis (zu § 9 Abs. 5 Satz 1 und 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Die Vertragsstrafe dient vor Allem der Erreichung einer termingerechten Fertigstellung der vertraglich vereinbarten Bauleistungen, sie stellt keine Abgeltung von Schadensersatz- oder Mängelansprüchen dar.

Vertragsstrafen sind zu vereinbaren, wenn die Überschreitung einer Vertragsfrist für die Auftraggeberin oder die Allgemeinheit erhebliche Nachteile verursachen kann oder die Fertigstellung aus anderen Gründen besonders dringlich ist. Solche Voraussetzungen liegen z.B. vor bei

- Einhaltung festgelegter Termine der Nutznießer (z.B. im Schulbau),
- erheblichen Verkehrsbehinderungen,
- Verzögerung von Anschlussaufträgen.

Vertragsstrafen wegen der Überschreitung von Einzelfristen sollen nur vereinbart werden bei Einzelfristen für in sich abgeschlossene Teile der Leistung, von denen der Baufortschritt entscheidend abhängt.

Die Höhe der Vertragsstrafe ist im Vordruck „*Besondere Vertragsbedingungen (BVB)*“ zu begrenzen. Sie soll nach Dringlichkeit der Bauleistung bemessen werden und 0,1 % je Werktag, insgesamt 5 % der Abrechnungssumme (ohne USt) nicht überschreiten. Die Höhe der Vertragsstrafe für die Überschreitung von Einzelfristen (z.B. für Bauarbeiten auf BAB-Betriebsstrecken) soll 0,25 % je Werktag, insgesamt 5 % der Abrechnungssumme (ohne USt) nicht überschreiten.

Anhaltspunkt für die Bemessung der Vertragsstrafe kann das Ausmaß der Nachteile sein, die bei verzögerter Fertigstellung voraussichtlich eintreten werden. Bei der Bemessung ist zu berücksichtigen, dass ein Bieter die damit verbundene Erhöhung des Wagnisses in seinen Angebotspreis einkalkulieren wird.

6.13.3 Beschleunigungsvergütung (zu § 9 Abs. 5 Satz 3 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Soll im Ingenieurbau eine Beschleunigungsvergütung für Arbeiten auf BAB-Betriebsstrecken vereinbart werden, ist dies in den „*Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)*“ nach Grund und Höhe gesondert festzulegen.

Eine Beschleunigungsvergütung darf nur vereinbart werden, wenn eine knapp bemessene Frist für Verkehrsbeschränkungen vorgegeben und eine Vertragsstrafe für die Überschreitung der Frist vereinbart wurde. Als Beschleunigungsvergütung sind 50 % der Nutzungsausfallkosten gemäß Vordruck „*Beschleunigungsvergütung für Bauaufträge im Straßen- und Brückenbau auf BAB-Betriebsstrecken – Nutzungsausfallkosten*“ zu vereinbaren; die konkrete Höhe der Beschleunigungsvergütung ist unter Nr. 4.1 *BVB* anzugeben.

Dem Auftragnehmer wird ein Bonus vergütet, wenn er die in den „*BVB*“ angegebenen Kalendertage/Fristen unterschreitet. Der Bonus errechnet sich aus der Differenz zwischen den vereinbarten und tatsächlichen Kalendertagen, multipliziert mit der in den „*BVB*“ angegebenen Höhe der Beschleunigungsvergütung pro Kalendertag. Als Tag mit Verkehrsbeschränkung gilt jeder Tag, an dem der Verkehrsfluss durch baustellenbedingte Geschwindigkeitsbeschränkungen von ≤ 80 km/h behindert wird. Ein Tag mit anteiliger Verkehrsbeschränkung wird als voller Kalendertag gerechnet. Auch Verkehrsbeschränkungen für Mängelbeseitigungen sind bei der Ermittlung der Beschleunigungsvergütung zu berücksichtigen.

6.13.4 Mängelansprüche (zu § 9 Abs. 6 VOB/A bzw. EG VOB/A)

§ 13 Abs. 4 VOB/B regelt die Verjährungsfristen für Mängelansprüche. Die Vereinbarung anderer Verjährungsfristen ist in der Regel nicht erforderlich.

Eine abweichende Verjährungsfrist für Mängelansprüche ist nur zu vereinbaren, wenn die Eigenart der Leistung, neuartige Konstruktionen und Baustoffe oder komplizierte Bauvorhaben mit längerer Bauzeit dies erfordern. Diese Verjährungsfrist ist – soweit die „*Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen*“ keine entsprechende Regelung enthalten – in Nr. 5 *BVB* festzulegen.

Für die Bemessung der Verjährungsfrist dienen als Anhaltspunkte:

- die Frist, innerhalb derer etwaige Mängel bei Bauleistungen der betreffenden Art üblicherweise noch erkennbar werden,
- der Zeitpunkt, bis zu dem einwandfrei festgestellt werden kann, ob aufgetretene Mängel auf vertragswidrige Leistung oder auf andere Ursachen (z.B. übli-

chen Verschleiß, Abnutzung durch vertragsgemäßen Gebrauch) zurückzuführen sind,

- die Abwägung, ob der Vorteil einer verlängerten/verkürzten Verjährungsfrist im angemessenen Verhältnis zu seinem preislichen Nach-/Vorteil steht (da das höhere/niedrigere Mängel-Risiko einen höheren/niedrigeren Preis bewirkt).

6.13.5 Sicherheitsleistung (zu § 9 Abs. 7-8 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Hinweis: Für den Ingenieurbau im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung sind nachstehend teilweise abweichende Regelungen zu beachten.

- **Forderung von Sicherheiten**

Sicherheiten sind

- für die Vertragserfüllung bei öffentlicher Ausschreibung bzw. offenem Verfahren ab einer voraussichtlichen Auftragssumme von 250.000 EUR (ohne USt) zu verlangen.

(Bei beschränkter Ausschreibung, freihändiger Vergabe bzw. nichtoffenem Verfahren und Verhandlungsverfahren soll in der Regel keine Vertragserfüllungsbürgschaft verlangt werden.)

- für die Erfüllung von Mängelansprüchen, unabhängig von der Art des Vergabeverfahrens, in der Regel ab einer Auftrags- oder Abrechnungssumme von 250.000 EUR (ohne USt) zu verlangen;
- für Abschlagszahlungen und Vorauszahlungen zu verlangen.

Soll im Ausnahmefall von den vorstehenden Regeln abgewichen werden, sind die Gründe dafür aktenkundig zu machen.

Die entsprechenden Festlegungen sind in Nr. 5 der „Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)“ vorzunehmen. Weitere Einzelheiten regelt Nr. 17 ZVB.

Hinweis für den Ingenieurbau in Bundesauftragsverwaltung:

Für Aufträge über mehr als 250.000 EUR (ohne USt), die im Namen und für Rechnung der Bundesrepublik Deutschland erteilt werden, ist stets eine Sicherheit für die Vertragserfüllung zu leisten.

Es gelten grundsätzlich die Regelungen der Nr. 26.8 der ZVB. Ausnahmsweise abweichende Regelungen (z.B. Verzicht auf Sicherheitsleistung bei Aufträgen, bei denen keine Mängel eintreten können, abweichende Höhe) sind in Nr. 8.4 BVB zu vereinbaren und im Vergabebericht zu begründen.

- **Art der Sicherheit und Bürgen**

Als Sicherheiten kommen nur selbstschuldnerische Bürgschaften auf dem Bauvertragsvordruck „Bürgschaft“ in Betracht.

Als Bürgen kommen gemäß § 17 Abs. 2 VOB/B nur Kreditinstitute oder Kreditversicherer in Betracht, die

- in der Europäischen Gemeinschaft oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder
- in einem Staat der Vertragsparteien des WTO-Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen

zugelassen sind. Die zugelassenen Kreditinstitute sind in einer von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft erstellten und im Amtsblatt veröffentlichten Bankenliste aufgeführt. Die monatlich aktualisierte Liste der Bundesanstalt für Fi-

nanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) kann unter „<http://www.bafin.de>“ eingesehen werden. Bei der Vorlage von Bürgschaften anderer Kreditinstitute oder Kreditversicherer hat der Auftragnehmer den Zulassungsnachweis zu führen.

In Zweifelsfällen ist das zuständige Rechtsamt einzuschalten.

• Höhe der Sicherheit

Als Sicherheit für die Vertragserfüllung soll in der Regel bis zu 5 % der Auftragssumme dienen. Eine höhere Sicherheit (die 10 % der Auftragssumme nicht überschreiten darf) kann ausnahmsweise gefordert werden, wenn ein ungewöhnliches Risiko für die Auftraggeberin zu erwarten ist. Die Vereinbarung einer höheren Sicherheit bedarf der vorherigen Zustimmung der hierfür befugten Stelle.

Als Sicherheit für die Erfüllung von Mängelansprüchen sind in der Regel 3 % (höchstens 5 %) der Auftragssumme bzw. der Abrechnungssumme vorzusehen.

Sicherheiten für Abschlagszahlungen bei angefertigten und bereitgestellten Bauteilen oder auf der Baustelle angelieferten Stoffen und Bauteilen und für Vorauszahlungen sind in Höhe der Abschlags- oder Vorauszahlung zu fordern.

Die entsprechenden Festlegungen sind in Nr. 5 der „*Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)*“ vorzunehmen. Weitere Einzelheiten regelt Nr. 17 ZVB.

• Verwahrung der Sicherheit

Bürgschaftssicherheiten sind von den anordnenden Dienststellen anzunehmen und zu verwahren (zum Verfahren siehe Bauvertragsvordruck „*Verwahrung Bürgschaft*“).

Die Mitteilungen an den Hinterleger und an den Bürgen sind zugleich Bescheinigungen über die Tauglichkeit des Bürgen nach § 17 Abs. 4 Satz 1 VOB/B; sie sind daher von den entsprechend befugten Personen zu unterzeichnen.

Wird die Bürgschaftsurkunde nicht rechtzeitig hinterlegt, ist der Sicherheitsbetrag vom Guthaben des Auftragnehmers nach § 17 Abs. 7 VOB/B einzubehalten.

• Rückgabe der Sicherheit

Zur Freigabe von Sicherheiten sind nur die entsprechend befugten Personen berechtigt. Die Freigabe ist auf dem Vordruck „*Verwahrung Bürgschaft*“ anzuordnen und die Bürgschaftsurkunde ist mit „Einwurf-Einschreiben“ an den Bürgen zurückzugeben.

- Eine für die Vertragserfüllung gestellte Bürgschaftsurkunde ist nach der Abnahme Zug-um-Zug gegen Vorlage einer Bürgschaftsurkunde für die Erfüllung von Mängelansprüchen zurückzugeben.

Bestehen zu diesem Zeitpunkt noch Vertragserfüllungsansprüche (z.B. noch fehlende Teilleistungen), ist für sie eine gesonderte Erfüllungsbürgschaft (in gesonderter Urkunde) zu stellen. Sind zudem noch festgestellte Mängel zu beseitigen, erhöht sich diese Erfüllungsbürgschaft um den zweifachen Betrag der voraussichtlichen Aufwendungen der Mängelbeseitigung.

- Eine für die Erfüllung von Mängelansprüchen gestellte Sicherheit ist gemäß § 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B nach Ablauf von zwei Jahren zurückzugeben, sofern in den „*Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)*“ kein anderer Rückgabetermin vereinbart ist. Soweit zu diesem Zeitpunkt (innerhalb der Verjährungsfrist des § 13 Abs. 4 und 5 VOB/B) ihre geltend gemachten Mängelansprüche noch nicht erfüllt sind, darf die Auftraggeberin einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten. Das gilt auch für die mittels Bürgschaft gesicherte Erstattung von Überzahlungen.

- Eine Bürgschaftsurkunde für Abschlagszahlungen ist zurückzugeben, sobald die Stoffe oder Bauteile mängelfrei eingebaut worden sind.
- Eine Bürgschaftsurkunde für Vorauszahlungen ist zurückzugeben, sobald die Vorauszahlungen abgearbeitet und dadurch getilgt worden sind. Wegen ggf. zu tilgender Zinsforderungen bei Vorauszahlungsvereinbarungen nach Vertragsabschluss siehe Ziffer 7.16.2 der VV-Bau zur VOB/B.

6.13.6 Vorauszahlungen

Die Verdingungsunterlagen können gemäß § 56 Abs. 1 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften Vorauszahlungen vorsehen, wenn dies allgemein üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist. Die Gründe für die Vereinbarung von Vorauszahlungen sind aktenkundig zu machen.

Vorauszahlungen sind allgemein üblich, wenn in dem betreffenden Wirtschaftszweig regelmäßig (d.h. auch bei nicht öffentlichen Auftraggebern) Vorauszahlungen ausbedungen werden. Bei maschinellen, elektrotechnischen und elektronischen Einrichtungen sind Vorauszahlungen allgemein üblich.

Besondere Umstände für Vorauszahlungen liegen z.B. vor, wenn die Leistungsausführung infolge ihres Umfangs oder ihrer Eigenart für den Auftragnehmer mit einer unzumutbaren Kapitalinanspruchnahme verbunden ist. Kein besonderer Umstand liegt vor, wenn am Ende eines Haushaltsjahres Ausgaben vor Fälligkeit geleistet werden, um einen sonstigen Mittelverfall zu verhindern.

Lässt sich bei Erstellung der Verdingungsunterlagen nicht übersehen, ob die Voraussetzungen für Vorauszahlungen bei allen voraussichtlichen Bietern gleichmäßig gegeben sind, können die Zahlungsbedingungen dem Wettbewerb unterstellt werden. In diesem Fall sind von den Bietern Angaben über die Höhe der Vorauszahlungen und die Zahlungstermine zu verlangen. Bei der Wertung der Angebote ist auch die Zahlungsweise zu berücksichtigen.

Für Vorauszahlungen ist stets Sicherheit in Höhe der Vorauszahlung durch selbstschuldnerische Bürgschaft eines tauglichen Bürgen nach dem Bauvertragsvordruck „Bürgschaft“ zu fordern (Ziffer 6.13.5).

Nach § 16 Abs. 2 Nr. 2 VOB/B sind Vorauszahlungen auf die nächstfällige Zahlung anzurechnen, soweit damit Leistungen abzugelten sind, für die die Vorauszahlungen gewährt wurden. Soll eine andere Art der Anrechnung vereinbart werden, ist die Tilgung in den „BVB“ zu regeln.

Die Höhe der Vorauszahlung, der Auszahlungszeitpunkt, die Sicherheit und ggf. die Tilgung sind im Einzelfall in den „BVB“ mit folgendem Text zu vereinbaren:

„Vorauszahlung von einem Drittel der Netto-Auftragssumme zuzüglich anteiliger Umsatzsteuer bei Auftragserteilung nach Vorlage der Bürgschaft;

Vorauszahlung von einem weiteren Drittel der Netto-Auftragssumme zuzüglich anteiliger Umsatzsteuer bei nachgewiesener Bereitstellung der Bauteile nach Vorlage der Bürgschaft;

Abschlagszahlung über die Vorauszahlungen hinaus entsprechend dem jeweiligen Leistungsstand bis zur Höhe der Auftragssumme unter Anrechnung der Vorauszahlungen;

Schlusszahlung nach Abnahme und vertragsgemäßer Erfüllung.“

6.13.7 Änderung der Vergütung (zu § 9 Abs. 9 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Grundsätzlich sind Festpreise zu vereinbaren.

- **Lohnleitklausel**

Eine Lohnleitklausel gilt nur, wenn ihre Anwendung in den „*Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)*“ vereinbart wurde (vgl. § 2 VOB/B).

Vor der Vereinbarung einer Lohnleitklausel ist in jedem Einzelfall sorgfältig zu prüfen, ob wesentliche Änderungen der Preisermittlungsgrundlagen während der Ausführungszeit zu erwarten sind, deren Eintritt und Ausmaß ungewiss ist (§ 9 Abs. 9 VOB/A bzw. EG VOB/A). Eine Lohnleitklausel soll nur vereinbart werden, wenn in die vorgesehene Bauzeit mindestens zwei noch unbekannte Tarifierhöhungen fallen können. Da die Tarifaufzeit ist aus den Tarifaufzeiten der letzten zwei Jahre zu schätzen ist, wird bei Bauzeiten bis 24 Monate regelmäßig keine Lohnleitklausel vereinbart.

Auskünfte zu den Tariflöhnen erteilt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau (ABH 42), siehe Ziffer 6.9.1.

Zu den Einzelheiten siehe den Bauvertragsvordruck „*Lohnleitklausel*“.

Zur Ermittlung der Mehrkosten siehe die Bauvertragsvordrucke „*Berechnungsbeispiele bei Lohnleitklausel*“ und „*Mehrkosten Lohnleitklausel*“.

Zur Wertung der Lohnleitung siehe Ziffer 6.19.7 und den Bauvertragsvordruck „*Berechnungsbeispiele bei Lohnleitklausel*“.

- **Stoffpreisleitklausel**

Eine Stoffpreisleitklausel gilt nur, wenn ihre Anwendung in den „*Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)*“ vereinbart wurde (vgl. § 2 VOB/B) und nur für die im Bauvertragsvordruck „*Stoffpreisleitklausel*“ genannten Stoffe.

Die Vergabestelle prüft im Einzelfall, ob nachhaltige Risiken für die Preisbildung eines zu verwendenden Baustoffs zu erwarten sind. Stoffpreisleitklauseln sind nur für Leistungspositionen vorzusehen, die nicht vor Ablauf von zehn Monaten nach Angebotsabgabe fertig gestellt werden und bei denen der Stoffkostenanteil die geschätzte Auftragssumme wesentlich beeinflusst. Für Betriebsstoffe ist die Vereinbarung einer Stoffpreisleitung in Ausnahmefällen möglich. Stoffpreisleitklauseln sind bei Bauverträgen also vorzusehen, wenn

- der Zeitraum zwischen Angebotsabgabe und vereinbarter Fertigstellung mindestens zehn Monate beträgt (nur wenn das mit der Vereinbarung von Festpreisen verbundene Wagnis im Einzelfall besonders hoch ist, kann die Klausel im begründeten Ausnahmefall für einen kürzeren Zeitraum von mindestens sechs Monaten vereinbart werden),
- Stoffe nach ihrer Eigenart einer Preisänderung in besonderem Maße ausgesetzt und nicht kalkulierbare Preisrisiken für diese Stoffe zu erwarten sind, und
- der betroffene Stoffkostenanteil wertmäßig mindestens 1 % der von der Vergabestelle geschätzten Auftragssumme beträgt (der wertmäßige Anteil ist von der Auftraggeberin aus den Kostenanteilen der jeweiligen Stoffmengen der Leistungspositionen und den marktüblichen Preisen zu ermitteln).

Bei allen Baumaßnahmen, bei denen Stoffpreisleitklauseln zugelassen werden, sind Nebenangebote mit anderen Baustoffen und/oder Bauweisen nach Maßgabe der rechtlichen Vorgaben (Ziffer 6.12.5) zulässig.

Zu den Einzelheiten siehe den Bauvertragsvordruck „*Stoffpreisleitklausel*“ und das darin enthaltene Berechnungsbeispiel.

6.13.8 Hamburgisches Transparenzgesetz

Vor jeder Ausschreibung hat die Vergabestelle eigenverantwortlich zu entscheiden, ob der zu schließende Vertrag voraussichtlich der Veröffentlichungspflicht nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) unterliegen wird. Hierbei sind die Rechtlichen Auslegungshilfen im Transparenzportal „<http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/1021/Recht/Rechtliche%20Auslegungshilfen/Forms/AllItems.aspx>“ zu beachten.

Um spätere Rückfragen der Bieter zu vermeiden, soll die Vergabestelle bereits in den Ausschreibungsunterlagen (z.B. im Begleitschreiben) auf ihre Entscheidung zur künftigen Veröffentlichung des Vertrages im Informationsregister hinweisen. Dabei ist klarzustellen, dass es sich um eine vorläufige Einschätzung der Vergabestelle handelt, die sich im Laufe des Vergabeverfahrens noch ändern kann.

Die voraussichtliche Veröffentlichung des Vertrages hat die Vergabestelle auch bei ihrer zeitlichen Verfahrensplanung zu berücksichtigen:

- Zunächst bleibt die Wartefrist von 15 Kalendertagen gemäß § 101a Abs. 1 GWB bzw. § 19 EG VOB/A im Oberschwellenbereich beachtlich.
- Zusätzlich ist nunmehr stets die Monatsfrist nach der Veröffentlichung gemäß § 10 Abs. 2 HmbTG zu berücksichtigen.
- Bei einem veröffentlichungspflichtigen Vertrag hat stets eine gesonderte Aufforderung zum Beginn der Ausführung durch den Auftraggeber gemäß Ziffer 2.1 der „Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)“ an den Auftragnehmer zu ergehen (Hinweis unter Ziffer 7.5 der VV-Bau). Daher ist auch die Frist von 12 Werktagen gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B einzuplanen.

Die „Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB)“ verweisen mit Veröffentlichungsklausel, Haftungsbeschränkung und Wirksamkeitsaufschub auf das HmbTG.

6.14 Fristen: Angebotsfrist, Bewerbungsfrist und Zuschlagsfrist

(zu § 10 VOB/A bzw. EG VOB/A)

• Angebots- und Bewerbungsfrist

Die Frist für die Abgabe von Angeboten oder Teilnahmeanträgen soll nicht an einem Werktag unmittelbar vor oder nach einem Sonn- oder gesetzlichen Feiertag enden.

Den Bietern ist nach den Erfordernissen des Einzelfalls ausreichend Zeit für die Angebotsbearbeitung oder für die Einreichung ihrer Bewerbung für Teilnahmewettbewerbe (Teilnahmeanträge) zu geben. Die Mindestfristen des § 10 VOB/A bzw. EG VOB/A sind nicht als Regelfristen zu verwenden.

• Zuschlags- und Bindefrist

Die Zuschlagsfrist beginnt mit dem Eröffnungstermin (vgl. § 10 Abs. 5 VOB/A bzw. § 10 Abs. 1 Nr. 9, Abs. 2 Nr. 10, Abs. 3 Nr. 2 Satz 3, Abs. 4 EG VOB/A).

Die Zuschlagsfrist soll grundsätzlich nicht mehr als 30 Kalendertage betragen, nur in begründeten Fällen kann eine längere Frist gewählt werden (vgl. § 10 Abs. 6 Satz 2 VOB/A bzw. § 10 Abs. 1 Nr. 10 Satz 2, Abs. 2 Nr. 11 Satz 2, Abs. 3 Nr. 2 Satz 3, Abs. 4 EG VOB/A).

Bei der Bemessung der Zuschlags- und Bindefrist kann die Beteiligung interner Gremien (z.B. Vergabeausschüsse) und ggf. externer Stellen (z.B. im Bereich der Bundesauftragsverwaltung) angemessen einbezogen werden.

Hinweis: Bei einem im Transparenzregister zu veröffentlichendem Vertrag muss die Fristenplanung die Monatsfrist des § 10 Abs. 2 HmbTG und die Frist des § 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B nach gesonderter Aufforderung beachten (**Ziffer 6.13.8**).

Eine Verlängerung der festgelegten Zuschlags- und Bindefrist ist nur in begründeten Fällen möglich (siehe Bauvertragsvordruck „*Bindefristverlängerung*“).

Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, sind (bei EU-Vergabeverfahren spätestens 15 bzw. 10 Kalendertage vor der beabsichtigten Auftragserteilung; § 101a des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen – GWB) gemäß § 19 VOB/A bzw. EG VOB/A schriftlich zu informieren (**Ziffer 6.23**). In dieser Zeit kann ein Bieter überlegen, ob er die Rechtmäßigkeit des Vergabeverfahrens von der Vergabekammer überprüfen lassen will.

Im Fall eines Nachprüfungsverfahrens reicht die festgesetzte Zuschlags- und Bindefrist selten aus, da die Entscheidung der Vergabekammer im Nachprüfungsverfahren gemäß § 113 GWB grundsätzlich binnen fünf Wochen (im Ausnahmefall sieben Wochen) ab Eingang des Nachprüfungsantrags ergeht. Nach Zustellung eines Nachprüfungsantrags durch die Vergabekammer darf die Vergabestelle den Zuschlag nicht vor der Entscheidung der Vergabekammer und dem Ablauf der Beschwerdefrist nach § 117 Abs. 1 GWB erteilen (§ 115 GWB). Daher muss die Vergabestelle die Zuschlags- und Bindefrist um die voraussichtliche Dauer des Nachprüfungsverfahrens einschließlich der Beschwerdefrist verlängern und dafür die Zustimmung der Bieter einholen (Bauvertragsvordruck „*Bindefristverlängerung*“).

Hinweis: Sendet ein Bieter das Zustimmungsförmular nicht zurück, darf sein Angebot nicht automatisch ausgeschlossen werden, da es noch immer gelten *kann*. Beabsichtigt die Vergabestelle, den Zuschlag auf das Angebot eines Bieters zu erteilen, dessen Zustimmung zur Fristverlängerung nicht vorliegt, hat sie mit dem Bieter gesondert zu klären, ob er noch an sein Angebot gebunden sein will.

6.15 Vorinformation, Bekanntmachung, Versand der Vergabeunterlagen (zu § 12 VOB/A bzw. EG VOB/A)

• Vorinformation

Eine Vorinformation nach dem vorgeschriebenen Muster (Anhang I der EU-Verordnung 842/2011; unter „http://simap.europa.eu/index_de.htm“ online auszufüllen) muss erfolgen, wenn im offenen Verfahren (oberschwelliger Bereich) die Möglichkeit der verkürzten Frist nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 EG VOB/A bestehen soll.

Die Vorinformation muss alle Informationen einer Bekanntmachung enthalten, die zum Zeitpunkt ihrer Absendung vorliegen (vgl. § 12 Abs. 1 EG VOB/A).

• Bekanntmachung

Die notwendigen Inhalte einer Bekanntmachung ergeben sich aus § 12 VOB/A bzw. EG VOB/A. Im Einzelnen:

➤ Nationale (unterschwellige) Vergabeverfahren

Öffentliche Ausschreibungen und Teilnahmewettbewerbe vor beschränkten Ausschreibungen sind gemäß § 12 Abs. 1-2 VOB/A wie folgt bekannt zu machen:

Für die Bekanntmachung ist der (mit notwendigen Informationen teilweise vorausgefüllten) jeweilige Bauvertragsvordruck „*Bekanntmachung*“ zu verwenden.

Die Veröffentlichung der Bekanntmachung muss erfolgen

- im Amtlichen Anzeiger (Justizbehörde Hamburg, Justizamt, Postfach 30 28 22, 20310 Hamburg, E-Mail: „amtlanz@caho.de“), und

- im Internetportal „hamburg.de“ (soweit seitens der Behörde eingerichtet).
- Ein Exemplar der Bekanntmachung ist der Handwerkskammer Hamburg (Postfach 30 24 70, 20308 Hamburg, E-Mail: „a.roennau@hwk-hamburg.de“) zu übersenden.
- Maßnahmen des Bundes (ab 12.500 EUR) sind zudem im Internetportal der Bundesverwaltung („www.bund.de“) zu veröffentlichen.

Die Bekanntmachung kann außerdem z.B. durch folgende Veröffentlichungsblätter, Fachzeitschriften und ggf. Internetdienste erfolgen:

- Submissionsanzeiger (Postfach 20 16 65, 20243 Hamburg, „www.submissionsanzeiger.de“, E-Mail: „ausschreibung@submission.de“);
- subreport, Verlag Schawe GmbH (Postfach 91 08 60, 51101 Köln, „www.subreport.de“, E-Mail an: „01@subreport.de“).
- Daneben sollen Ausschreibungen und Aufforderungen auch in Tageszeitungen und weiteren Fachzeitschriften veröffentlicht werden, wenn dies zur Erfüllung des Ausschreibungszwecks nötig ist, z.B. im Deutschen Ausschreibungsblatt (kostenpflichtig; Deutsches Ausschreibungsblatt GmbH, Postfach 20 01 80, 40099 Düsseldorf, „www.deutsches-ausschreibungsblatt.de“).

➤ Europäische (oberschwellige) Vergabeverfahren

Vorinformationen, offene Verfahren, nichtoffene Verfahren und Verhandlungsverfahren sind gemäß § 12 Abs. 1-3 EG VOB/A wie folgt bekannt zu machen:

Für Vorinformation und Bekanntmachung sind die mit wesentlichen Inhalten vorausgefüllten Muster nebst Ausfüllhinweisen (Anhänge I und II der EU-Verordnung 842/2011; jeweils unter „http://simap.europa.eu/index_de.htm“ online auszufüllen) zu verwenden.

Hinweis: Die in die EU-Bekanntmachungsmuster einzutragenden CPV-Nummern und NACE-Nummern sind im Internet abrufbar:

CPV: „http://simap.europa.eu/index_de.htm“;

NACE: „https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/BinnenhandelGastgewerbeTourismus/Einzelhandel/Methoden/NACEKlassifizierung.html“.

Die Veröffentlichung der EU-Bekanntmachung muss erfolgen

- auf der Homepage des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg („http://europa.eu.int/index_de.htm“) unter dem Link "online-web-formulare für Bekanntmachungen".
- Darüber hinaus ist die Bekanntmachung ebenso wie die unterschwelligen Ausschreibungen zu veröffentlichen (d.h. Amtlicher Anzeiger, Internet „hamburg.de“, Handwerkskammer Hamburg, u.s.w.; siehe oben). Diese inländische Bekanntmachung darf keine weitergehenden Informationen enthalten als die EU-Bekanntmachung.

• **Versand der Vergabeunterlagen**

Bei allen (unter- und oberschwelligen) Vergabeverfahren sind die Vergabeunterlagen von einer von der Arbeitsebene abgesetzten Stelle nach § 12 Abs. 4-7 VOB/A bzw. EG VOB/A zu verkaufen bzw. zu versenden. Dabei ist sicherzustellen, dass die Arbeitsebene keine Kenntnis von den Bewerbern erlangt.

6.16 Form und Inhalt der Angebote (zu § 13 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Ein Angebot muss schriftlich eingereicht und auf dem Angebotsschreiben an der dafür vorgesehenen Stelle unterschrieben sein.

Digitale Angebote können gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A zugelassen werden, wenn die technischen Voraussetzungen gegeben sind und die öffentliche Auftraggeberin ein entsprechendes DV-Verfahren freigegeben hat. Ein Verfahren, das die Abgabe digitaler Angebote zulässt, bedarf der Zustimmung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.

Ein Angebot mit einer Leistung, die von den vorgesehenen technischen Spezifikationen abweicht, aber mit dem geforderten Schutzniveau in Bezug auf Sicherheit, Gesundheit und Gebrauchstauglichkeit gleichwertig ist, ist nicht als Nebenangebot sondern als Hauptangebot zu behandeln (§ 16 Abs. 7 i.V.m. § 13 Abs. 2 VOB/A bzw. § 16 Abs. 9 i.V.m. § 13 Abs. 2 EG VOB/A). Die Gleichwertigkeit ist mit dem Angebot nachzuweisen. Das Angebot muss gewertet werden.

6.17 Eröffnungstermin (zu § 14 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Alle schriftlich zugegangenen Angebote sind auf dem Umschlag mit Datum und Uhrzeit des Eingangs zu kennzeichnen und unmittelbar, unverzüglich und ungeöffnet dem für die Verwahrung zuständigen Bediensteten, der an der Vergabe nicht beteiligt sein darf, zuzuleiten. Der Bedienstete hat die Angebote ungeöffnet bis zum Eröffnungstermin unter Verschluss aufzubewahren.

Der Eröffnungstermin ist pünktlich wahrzunehmen.

Ein Verhandlungsleiter leitet den Eröffnungstermin. Er wird von einem Schriftführer unterstützt, der die Niederschrift (Bauvertragsvordrucke „Niederschrift 1-3“) über den Eröffnungstermin anfertigt. Weder Verhandlungsleiter noch Schriftführer dürfen mit der Bearbeitung der Vergabeunterlagen, dem Vergabeverfahren oder der Vertragsabwicklung befasst sein.

Der Verhandlungsleiter muss sich vor der Öffnung des ersten Angebots vergewissern, dass alle Angebote vor Ablauf der Angebotsfrist eingegangen sind und ungeöffnet vorliegen. Wenn digitale Angebote zugelassen sind, ist zu prüfen, ob die Angebote verschlüsselt und mit digitaler Unterschrift versehen sind.

Verspätete Angebote sind als solche zu bezeichnen, ihr Inhalt ist nicht zu verleihen. Die Umstände des verspäteten Eingangs sind im Vordruck „Niederschrift 3“ zu vermerken, der Umschlag und andere Beweismittel sind aufzubewahren.

In den Fällen des § 14 Abs. 6 VOB/A bzw. EG VOB/A ist das Angebot unmittelbar dem Verhandlungsleiter und dem Schriftführer vorzulegen. Diese haben festzustellen, dass der Umschlag des Angebots unversehrt ist. Der Sachverhalt der nicht fristgerechten Vorlage ist aktenkundig zu machen. Den Bietern ist der Sachverhalt unverzüglich in Schriftform mitzuteilen.

Sofort nach der Öffnung sind die Angebote mit allen Anlagen durch Lochen oder auf andere Weise so zu perforieren, dass nachträgliche Änderungen und Ergänzungen verhindert werden. Bei digital übermittelten Angeboten ist sinngemäß zu verfahren.

Wird zulässigerweise nur ein technisches Nebenangebot (ohne Hauptangebot) abgegeben, ist die Angebotssumme des Nebenangebotes zu verlesen.

Die Mitteilung an die Bieter nach § 14 Abs. 7 VOB/A bzw. EG VOB/A soll nach Antragstellung nicht fernmündlich, sondern unverzüglich schriftlich erfolgen. Mitteilungen an Dritte (z.B. Veröffentlichungsblätter und aufgeforderte Firmen, die kein Angebot abgegeben haben) sind unzulässig.

Andere als die in § 14 Abs. 7 VOB/A bzw. EG VOB/A genannten Angaben dürfen den Bietern nicht mitgeteilt werden. Dies gilt insbesondere für Auskünfte über

- den Inhalt der Angebote, etwaiger Nebenangebote und Änderungsvorschläge,

- den Stand des Vergabeverfahrens,
- die in die engere Wahl gezogenen Angebote und die maßgeblichen Gründe.

Wird nach dem Eröffnungstermin festgestellt, dass zu verlesende Angaben nicht oder unrichtig verlesen wurden, z.B.

- die Bieterbezeichnung falsch angegeben
- ein Angebotspreis falsch verlesen
- eine den Preis betreffende Angabe nicht verlesen
- die Anzahl der Nebenangebote falsch angegeben

wurde, ist dieses in der Niederschrift ergänzend festzuhalten. Wenn die Ergänzung der Niederschrift für das Wettbewerbsergebnis bedeutsam sein kann, ist sie allen Bietern unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

Geheimhaltung:

In allen Vergabeverfahren sind die Angebote mit allen Anlagen geheim zu halten. Alle Angebote mit Anlagen sind bis zur Zuschlags-/Auftragerteilung unter Verschluss zu halten. Die Angebote dürfen nur den unmittelbar mit der Bearbeitung beauftragten Personen zugänglich gemacht werden. Das gilt auch, wenn freiberuflich Tätige an der Prüfung und Wertung beteiligt werden.

Sonderfälle:

- Bei **freihändiger Vergabe, Verhandlungsverfahren und wettbewerblichem Dialog** werden die Angebote nicht verlesen. Bieter sind bei der Eröffnung nicht zuzulassen. Bieter und Preise sind nicht bekannt zu geben. Anstelle der Niederschrift können die Endsummen der Angebote formlos zusammengestellt werden. Bei der Öffnung der Angebote in diesen Verfahren müssen stets zwei Vertreter der ausschreibenden Stelle/Submissionsstelle anwesend sein. Beide sollen an der Bearbeitung der Vergabeunterlagen, dem Vergabeverfahren und der Vertragsabwicklung nicht beteiligt sein.
- Bei einer **Parallelausschreibung** sehen die Verdingungsunterlagen gestaffelte Eröffnungstermine vor.

Zunächst hat die Eröffnung der Angebote für die Gesamtleistung (Generalunternehmen vgl. **Ziffer 6.6**) zu erfolgen. Zum Zwecke eines geordneten Wettbewerbs dürfen lediglich die Gesamtangebotssummen verlesen werden, nicht aber die Angebotssummen der einzelnen Fachlose, um deren Bekanntwerden mit Sicherheit auszuschließen.

Erst nach der Eröffnung der Angebote für die Gesamtleistung ist die Eröffnung der Angebote für die einzelnen Fachlose in einem zeitlichen Abstand (von z.B. einer halben Stunde) vorzunehmen.

6.18 Aufklärung des Angebotsinhalts (zu § 15 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Bei Prüfung und Wertung der Angebote kann sich die Notwendigkeit zur Aufklärung des Angebotsinhalts ergeben. Da der Wettbewerb mit der Angebotseröffnung abgeschlossen ist, darf ein Angebot ausschließlich nach § 15 VOB/A bzw. EG VOB/A aufgeklärt werden.

Nach § 15 Abs. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A sind Aufklärungsgespräche mit den Bietern lediglich zulässig, wenn Zweifel an

- der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Bieters,
- Einzelheiten des Angebots, oder
- der Angemessenheit der Preise

ausgeräumt werden sollen.

Nachträgliche Veränderungen des Angebots und damit des Wettbewerbsergebnisses sind unzulässig, etwa

- Preiszugeständnisse des Bieters,
- sachlich nicht begründete Auslegung von Erklärungen, Nebenangeboten usw.
- Änderung der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft.

Verhandlungen über die Angebotsinhalte, besonders über Änderung der Angebote oder Preise, sind nach § 15 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A unzulässig. Sie sind allein in dem engen Ausnahmefall des § 15 Abs. 3 Alt. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A statthaft.

Der Handlungsrahmen für die Angebotsaufklärung nach § 15 VOB/A bzw. EG VOB/A ist im Zusammenhang mit den Wertungsgrundsätzen zu § 16 VOB/A bzw. EG VOB/A zu nutzen.

Etwa sind Aufklärungsgespräche zu einer erforderlichen Untersuchung der Angemessenheit der angegebenen Preise nach § 15 Abs. 1 VOB/A bzw. VOB/A zulässig (z.B. bei Zweifeln über die Angemessenheit des Preises einzelner Teil-/Leistungen nach der aktuellen Marktlage, **Ziffer 6.19.4**).

Auch Erörterungen mit den Bietern über ihre Angaben in den Bauvertragsvordrucken „EFB-Preis“ (**Ziffer 6.12.3**) dienen der Aufklärung. Bei Zweifeln an der Schlüssigkeit oder Richtigkeit dieser Angaben soll Klärung herbeigeführt und nötigenfalls die Berichtigung in den Bauvertragsvordrucken verlangt werden. Diese Berichtigung muss sich im Rahmen der Kalkulation des Bieters halten und darf nicht zur Korrektur einer nicht ordnungsgemäßen Preisermittlung führen.

Wird durch die Nichtabgabe der Bauvertragsvordrucke oder die Weigerung eines Bieters, die in den Bauvertragsvordrucken geforderten Einzelangaben zu machen, eine ordnungsgemäße und zutreffende Wertung des Angebots behindert oder vereitelt, ist das Angebot nach § 15 Abs. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A unberücksichtigt zu lassen.

Die Aufklärungen haben grundsätzlich schriftlich zu erfolgen. Über etwaige Aufklärungsgespräche ist gemäß § 15 Abs. 1 Nr. 2 Satz 1 VOB/A bzw. EG VOB/A ein Protokoll zu fertigen. Sowohl Schriftverkehr als auch Protokolle sind Bestandteile des Vergabeberichts.

6.19 Prüfung und Wertung der Angebote (zu § 16 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Zunächst müssen eine Durchsicht und eine formale Prüfung der Angebote erfolgen (**Ziffer 6.19.1**).

Bei der anschließenden Wertung der Angebote ist nacheinander zu untersuchen

- ob Angebote ausgeschlossen werden müssen (**Ziffer 6.20**),
- ob die Bieter geeignet sind (**Ziffer 6.19.2**),
- welche Angebote in die engere Wahl kommen (**Ziffer 6.19.3**) und
- welches das wirtschaftlichste Angebot ist (**Ziffer 6.19.4**).

6.19.1 Formale Prüfung der Angebote

Durchsicht der Angebote:

Eine erste Durchsicht der Angebote soll nach Möglichkeit noch am Tag des Eröffnungstermins erfolgen: Mit der Vergabe nicht befasste Bedienstete sehen die

Angebote auf Auffälligkeiten (Doppelblätter, Bleistifteintragungen, Leerspalten: z.B. fehlende Fabrikations- und Preisangaben, u.s.w.) und Änderungen der Eintragungen der Bieter durch.

Auffälligkeiten sind zu markieren oder durch Kopien, die getrennt von den Angeboten aufzubewahren sind, aktenkundig zu machen. Bei Anhaltspunkten für wettbewerbsbeschränkendes Verhalten ist gemäß **Ziffer 6.19.5** zu verfahren.

Formale Prüfung der Angebote:

Die Angebote sind in formaler Hinsicht gemäß § 13 VOB/A bzw. EG VOB/A zu prüfen. Insbesondere ist anhand der Anforderungen in den „*Bewerbungsbedingungen*“ und der „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“ festzustellen, ob

- die Angebote vollständig sind (Erklärungen, Unterschriften, geforderte Unterlagen und Nachweise, usw.)
- die Angebote Änderungen an den Verdingungsunterlagen enthalten,
- ein Bieter eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen zum Bestandteil seines Angebots gemacht hat,
- etwaige Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen zweifelsfrei sind,
- eine ggf. selbst gefertigte Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses dem geforderten Aufbau entspricht,
- nicht zugelassene Nebenangebote eingereicht wurden,
- zulässige Nebenangeboten und ihre Anzahl im Angebotsschreiben eingetragen wurden, sie auf besonderer Anlage gemacht und als solche deutlich gekennzeichnet wurden,
- Preisnachlässe ohne Bedingungen an der vorgesehenen Stelle im Angebotschreiben aufgeführt sind,
- Preisnachlässe mit Bedingungen für die Zahlungsfrist (Skonti) angeboten sind,
- bei Bietergemeinschaften alle geforderten Erklärungen im Vordruck „*Erklärung der Bieter-/Arbeitsgemeinschaft*“ vorhanden und vollständig sowie auf dem Angebot Stempel und Unterschrift des benannten bevollmächtigten Vertreters vorhanden sind,
- bei beschränkter Ausschreibung das Angebot eines nicht zur Angebotsabgabe aufgeforderten Unternehmens vorliegt,
- erforderliche Nachunternehmererklärungen abgegeben wurden.

Die Feststellung eines formalen Verstoßes hat unterschiedliche Folgen für die Wertung des jeweiligen Angebots (**Ziffern 6.19.2 ff. und 6.20**).

6.19.2 Eignungsprüfung

(zu § 6 Abs. 3 und § 16 Abs. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Das Angebot eines ungeeigneten Teilnehmers (Bewerbers/Bieters) kommt für die Zuschlagserteilung nicht in Betracht.

Zu den Eignungsanforderungen siehe **Ziffern 6.8 und 6.9**.

• Zeitpunkt der Prüfung

Bei öffentlicher Ausschreibung bzw. offenem Verfahren ist die Eignung jedes Bieters im Rahmen der Angebotswertung zu prüfen. Er muss die erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit besitzen und über ausreichende

technische und wirtschaftliche Mittel verfügen (vgl. § 16 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 VOB/A bzw. EG VOB/A).

Bei beschränkter Ausschreibung und freihändiger Vergabe bzw. nichtoffenem Verfahren und Verhandlungsverfahren ist die Eignung jedes Bewerbers bereits vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu prüfen (vgl. § 6 Abs. 3 Nr. 6 VOB/A bzw. EG VOB/A). Werden erst nach der Aufforderung Umstände bekannt, die Zweifel an der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eines Bieters begründen, sind diese bei der Wertung zu berücksichtigen (vgl. § 16 Abs. 2 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A).

- **Prüfungsgegenstand: Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit**

Ein Teilnehmer ist fachkundig, der über die für die Vorbereitung und Ausführung der jeweiligen Leistung notwendigen technischen Kenntnisse verfügt.

Bei schwierigen Leistungen ist regelhaft zu fordern, dass der Teilnehmer bereits nach Art und Umfang vergleichbare Leistungen ausgeführt hat.

Ein Teilnehmer ist leistungsfähig, der über das für die fach- und fristgerechte Ausführung notwendige Personal und Gerät verfügt und die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten erwarten lässt.

Zum Nachweis der Leistungsfähigkeit bei Nachunternehmern siehe **Ziffer 6.7.2**.

Ein Teilnehmer ist zuverlässig, der seinen gesetzlichen Verpflichtungen (auch zur Entrichtung von Steuern und sonstigen Abgaben) nachgekommen ist und der aufgrund der Erfüllung früherer Verträge die einwandfreie Ausführung (einschließlich der Erfüllung etwaiger Mängelansprüche) erwarten lässt.

Bei Auftragswerten ab 30.000 EUR siehe **Ziffer 6.8.4** (Gewerbezentralregister). Die Zuverlässigkeit ist zu verneinen bei Teilnehmern, bei denen einer der in § 6 Abs. 3 Nr. 2 e-i genannten Gründe vorliegt; sie können nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A ausgeschlossen werden (**Ziffern 6.8.1 und 6.20.4**).

- **Prüfungsinhalt**

Die Eignungsprüfung gemäß §§ 6, 16 Abs. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A ist in Bezug auf alle Teilnehmer, Nachunternehmer und weitere Unternehmen vorzunehmen, die nach der formalen und rechnerischen Prüfung sowie der Prüfung auf Mischkalkulation für eine Beauftragung in Betracht kommen (vgl. **Ziffer 6.19.3**).

Die Eignung ist bezogen auf die jeweils geforderte Leistung zu beurteilen, unabhängig von der Höhe des Angebotspreises. Die Vergabestelle muss bei der Eignungsprüfung alle die Eignung des Bieters betreffenden Umstände bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens (rechtswirksamer Zuschlag) berücksichtigen.

Der Nachweis der Eignung kann gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A durch einen Eintrag in das Präqualifikationsverzeichnis bzw. ein gleichwertiges Verzeichnis eines anderen EU-Mitgliedstaates erfolgen oder durch Einzelnachweise erbracht werden (**Ziffer 6.8**).

Die Eignung wird im konkreten Fall anhand der in den Bauvertragsvordrucken

- „*Bekanntmachung*“
- „*Aufforderung zu Angebotsabgabe*“ und
- „*Angebot*“

geforderten Nachweise bzw. Eigenerklärungen geprüft. Für (oberschwellige) nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren mit öffentlicher Vergabebekanntmachung und wettbewerbliche Dialoge gilt die Besonderheit, dass unter Ziffer IV 2.1 der europaweiten Bekanntmachung im EU-Amtsblatt die Wertungskriterien

anzugeben und zu gewichten sind (vgl. Ausfüllanleitung im Anhang I der EU-Verordnung 842/2011; „http://simap.europa.eu/index_de.htm“).

Im Regelfall gibt der Bieter mit seinem Angebot zunächst Eigenerklärungen ab (vgl. Vordruck „Angebot“). Von den Bietern, die in die engere Wahl kommen, sind entsprechende Bestätigungen unter Fristsetzung abzufordern (vgl. Vordruck „Anforderung zur Angebotsabgabe“). Sowohl die Anforderung als auch die Zulieferung der Bestätigungen kann durch E-Mail oder Telefax erfolgen (Ziffer 6.8.2).

Auf den konkreten Auftrag bezogene, zusätzlich angeforderte Nachweise gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A, die nicht über Präqualifikation bzw. Eigenerklärungen erfasst werden (z.B. Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen für die Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen gemäß „Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen“, MVAS), sind gesondert zu prüfen (Ziffer 6.8.2).

Die Eignung der Teilnehmer hängt auch davon ab, in welchem Umfang sie Leistungen an Nachunternehmer bzw. andere Unternehmen übertragen wollen. Nach § 4 Abs. 8 VOB/B hat ein beauftragtes Unternehmen die Leistungen, auf die sein Betrieb eingerichtet ist, grundsätzlich selbst auszuführen. Bietende müssen die Art und den Umfang der Leistungen angeben, die sie an Nachunternehmer/andere Unternehmen zu vergeben beabsichtigen (Ziffer 6.7.2).

Werden Leistungen an Nachunternehmer bzw. andere Unternehmen übertragen, ist anhand der in der Bekanntmachung genannten Kriterien zu prüfen,

- ob die Nachunternehmer bzw. anderen Unternehmen geeignet sind,
- ob durch die Übertragung die für die Ausführung erforderliche Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Teilnehmers beeinträchtigt wird,
- ob der Teilnehmer wirtschaftlich, technisch und organisatorisch die Gewähr für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung (insbesondere die einwandfreie Koordinierung und Aufsicht) bietet.

Bei (oberschweligen) Verfahren ist die Eignung auch danach zu beurteilen, ob ein in der engeren Wahl befindlicher Bieter nach § 6 Abs. 8 Sätze 3 und 4 EG VOB/A nachweist, dass ihm die erforderlichen Mittel der (Nach-)Unternehmen zur Verfügung stehen (vgl. Verpflichtungserklärung im Vordruck „NU“).

6.19.3 Wertung der Angebote (zu § 16 Abs. 3-5 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Kern der Wertung ist die rechnerische, technische und wirtschaftliche Prüfung der Angebote (vgl. § 16 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A).

Die Grundsätze und Maßstäbe für die Durchführung der rechnerischen, technischen und wirtschaftlichen Prüfung müssen innerhalb einer Ausschreibung einheitlich sein.

Die jeweilige Prüfung ist durch die Vermerke "rechnerisch geprüft", "technisch geprüft" und "wirtschaftlich geprüft" zu bescheinigen. Ein einzelner Vermerk "geprüft" ist zulässig, wenn alle Prüfungen von einer Person durchgeführt wurden.

6.19.3.1 Rechnerische Prüfung

Mit der rechnerischen Prüfung der Angebote sollen möglichst mehrere Bedienstete betraut werden, die weder mit der Vergabeentscheidung noch mit der Durchführung der Baumaßnahme befasst sind.

Im Angebot ist die rechnerische Prüfung zu dokumentieren und die danach ermittelte Angebotsendsumme einzutragen. Erfolgte diese Prüfung mit einem DV-Programm, sind die Ergebnislisten dem Angebot beizufügen.

Fehlt bei einer einzigen, unwesentlichen Position der Preis, ist der fehlende Preis mit 0,00 EUR einzusetzen und die Angebotsendsumme mit dem höchsten für diese Position angebotenen Preis zu ermitteln.

Die in § 16 Abs. 4 VOB/A bzw. EG VOB/A geregelten Fallgruppen sind nicht abschließend, es können auch andere preisliche Widersprüche auftreten. In diesen Fällen ist die fachaufsichtführende Ebene zu unterrichten.

Fällt ein Bieter wiederholt durch nicht zweifelsfreie Preiseintragungen oder erhebliche Rechenfehler in seinen Angeboten auf, ist er abzumahnern und zu informieren, dass er im Wiederholungsfalle wegen fehlender Zuverlässigkeit nach § 16 Abs. 2 Nr. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A von der Wertung ausgeschlossen werden kann.

Hinweis: Preisnachlässe ohne Bedingungen dürfen bei der Prüfung und Wertung rechnerisch nur berücksichtigt werden, sofern sie an der vorgesehenen Stelle im Angebotsschreiben aufgeführt sind. Preisnachlässe mit Bedingungen für Zahlungsfristen (Skonti) dürfen bei der Wertung nicht berücksichtigt werden (§ 16 Abs. 9 Satz 2 VOB/A bzw. § 16 Abs. 10 EG VOB/A). Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben dennoch rechtsverbindlicher Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Zuschlags-/Auftragserteilung zum Vertragsinhalt.

6.19.3.2 Technische Prüfung

Die Prüfung richtet sich erstens darauf, ob die Angebote – einschließlich etwaiger Textergänzungen und Angaben der Bieter – vollständig sind. Zweitens ist zu prüfen, ob die angebotene mit der geforderten Leistung übereinstimmt.

Soweit erforderlich, ist zu prüfen, ob

- das vorgesehene Arbeitsverfahren technisch möglich und für eine vertrags-gemäße Ausführung geeignet ist,
- die vorgesehenen Maschinen und Geräte dem Arbeitsverfahren entsprechen,
- der vorgesehene Maschinen- und Geräteeinsatz für die Ausführung der Leistung in der vorgeschriebenen Bauzeit ausreicht.

Etwaige – zulässige – Nebenangebote sind danach zu untersuchen, ob sie den Vertragszweck und die Mindestanforderungen erfüllen und ob der angebotene Leistungsinhalt qualitativ und quantitativ den Anforderungen der Leistungsbeschreibung genügt (Ziffer 6.12.5).

Angebote, die den gestellten Anforderungen nicht genügen, sind auszuschließen.

6.19.3.3 Wirtschaftliche Prüfung

Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit der Angebote dient der ersten Feststellung, ob die Angebote (auch etwaige zulässige Nebenangebote) in Bezug auf die zu vergebende Leistung sachgerecht erstellt wurden.

Die Wirtschaftlichkeit eines Angebotes erfordert keinen Ansatz für Wagnis und Gewinn.

Im Rahmen dieser Prüfung sind u.a. folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Bei Nebenangeboten sind die möglichen Vor- und Nachteile zu bewerten, die die Abweichung des Nebenangebots vom Hauptangebot (z.B. andere Ausführungsart oder Ausführungsfristen) bietet (Ziffer 6.12.5).
- Hat ein Bieter nachvollziehbar dargelegt, dass er die Markt- und Wettbewerbssituation für die Preisbildung effektiv genutzt hat (besonders günstige Möglichkeit des Materialeinkaufs oder anderweitige günstige Verwertung von

z.B. Erdaushub oder Abbruchmaterial) liegt ein in Bezug auf seinen Betrieb wirtschaftliches Angebot vor.

Eine unzulässige Mischkalkulation liegt hingegen vor, wenn der Bieter durch sog. Abpreisen bestimmter Leistungspositionen und sog. Aufpreisen anderer Leistungspositionen (OZ) Preise benennt, die die für die jeweiligen Leistungen geforderten Preise weder vollständig noch zutreffend wiedergeben. Der Bieter bildet in diesem Fall keine „echten“ Preise, sondern versteckt Preisanteile einzelner OZ in anderen OZ.

Ergeben sich aufgrund der Preisstruktur eines Angebotes Hinweise auf eine Mischkalkulation, muss der Bieter alle von der Vergabestelle festgestellten Unklarheiten ausräumen. Gelingt ihm dies nicht, muss die Vergabestelle schlüssig und anhand von Tatsachen (keine Mutmaßungen oder subjektiven Einschätzungen) den objektiven Nachweis für eine Mischkalkulation erbringen und das Angebot wegen unvollständiger Preisangaben nach § 16 Abs. 1 Nr. 1c i.V.m. § 13 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A von der Wertung ausschließen. Kann der Bieter alle Unklarheiten ausräumen oder ihm objektiv keine Mischkalkulation nachgewiesen werden, ist das Angebot weiter zu werten.

- Bei der Wertung der Angebote darf nicht berücksichtigt werden, ob ein Bieter zum DV-Datenträgeraustausch bereit ist oder ob er einen günstigeren Angebotspreis bei Verzicht auf Sicherheitsleistung anbietet.

6.19.3.4 Wertungsgrundsätze, insbesondere Angemessenheit des Preises

(zu § 16 Abs. 6 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Die Angebotsprüfung hat sich insbesondere darauf zu richten, ob der Preis nach der Marktlage angemessen ist. Der Vereinbarung angemessener Preise ist höchste Aufmerksamkeit zu widmen, dabei ist ein strenger Maßstab anzulegen.

Ein Preis ist angemessen, wenn er u.a. eine einwandfreie Ausführung (einschließlich der Haftung für Mängelansprüche) erwarten lässt und eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel sicherstellt. Auch ist darauf zu achten, dass die Angebote unter Einhaltung der Tariftreue kalkuliert wurden.

Im Rahmen der Wertung ist zu beurteilen, ob ein Angebot in Bezug auf den Preis

- in sich schlüssig ist, also im Kostenaufbau und im Verhältnis der Einheitspreise zueinander eine ordnungsgemäße Kalkulation erkennen lässt.

Zu berücksichtigen ist, dass Einzel- und Gemeinkosten nicht in allen Betrieben gleich abgegrenzt werden;

- wesentlich von den anderen Angeboten der engeren Wahl abweicht.

Zu berücksichtigen sind etwaige Kostenunterschiede infolge unterschiedlicher Arbeitsverfahren und Ausführungsarten und daraus folgende Verschiebungen zwischen einzelnen Kostengruppen (arbeits- und geräteintensive Ausführung, Verwendung vorgefertigter Bauteile oder reine Baustellenfertigung, usw.).

Als Hilfsmittel bei dieser Beurteilung sind Erfahrungswerte aus anderen Vergaben und die Auswertungen aktueller Preisspiegel sowie der „EFB-Preise“ heranzuziehen, im Bedarfsfall auch die Preisermittlung (Kalkulation) oder andere Auskünfte des Bieters im Rahmen des § 15 VOB/A bzw. EG VOB/A (Ziffer 6.18).

Die Angebote sind in einen Preisspiegel in der Reihenfolge aufzunehmen, die sich aus der Höhe der nachgerechneten Angebotssummen ergibt. Regelmäßig genügt es, die voraussichtlich in die engere Wahl kommenden Angebote sowie einige unmittelbar darüber und darunter liegende Angebote darzustellen.

Für Stundenlohnarbeiten, Wahlpositionen und Bedarfspositionen sind gesonderte Preisspiegel zu erstellen. Die jeweiligen Ansätze sind in die Wertung einzubeziehen. Wahl- und Bedarfspositionen sind unter der Voraussetzung der **Ziffer 6.14.3** auf ihre Auswirkungen auf die Angebotssumme grundsätzlich zu werten.

Die Angaben auf den Formblättern „EFB-Preis“ sind wesentliche Grundlage für die Beurteilung der Angemessenheit des Preises und geben Aufschluss über die Preisermittlungsgrundlagen bei Preisvereinbarungen nach § 2 Abs. 3, 5 und 6 VOB/B (siehe **Ziffer 6.12.3** und den „Leitfaden EFB-Preise“). Die Vergabestelle muss daher prüfen, ob sich die Angaben zum „EFB-Preis“ mit dem Angebot decken (vgl. **Ziffer 6.18**). Erstere werden aber nicht Vertragsinhalt, weil im Vertrag nur die Preise, nicht aber die Art ihres Zustandekommens oder einzelne Preisbestandteile vereinbart werden.

Die Kostenansätze (z.B. für Eigenleistung und Leistungen von Nachunternehmern, Verrechnungslohn, Gesamtstundenzahl und Zuschläge) sind bei den Angeboten der engeren Wahl miteinander zu vergleichen.

Die Angemessenheit der Preise für Teilleistungen (Einheitspreise) ist grundsätzlich nicht für sich, sondern im Rahmen der Angebotssumme zu beurteilen. Sind die Preise für einzelne Teilleistungen unangemessen, kann dies Zweifel an der Angemessenheit des Gesamtangebots begründen und gebietet die Aufklärung nach § 15 VOB/A bzw. EG VOB/A und Prüfung der Einzelansätze (**Ziffer 6.18**).

Bei Zweifeln an der Angemessenheit von Angebotspreisen sind die „EFB-Preise“ gesondert auszuwerten. Dabei sind die Einzelansätze zu vergleichen und unter den folgenden Gesichtspunkten objekt- und betriebsbezogen zu untersuchen:

- Die Lohnkosten darauf, ob der Zeitansatz pro Leistungseinheit bzw. die Gesamtstundenzahl den bautechnisch erforderlichen Ansätzen entsprechen und ob der Mittellohn sowie die Zuschläge für lohngebundene und lohnabhängige Kosten sich im Rahmen der tarifvertraglichen Vereinbarungen und der gesetzlichen Verpflichtungen halten.
- Die Stoffkosten darauf, ob sie den üblichen Ansätzen entsprechen.
- Die Baustellengemeinkosten darauf, ob ausreichende Ansätze für alle gesetzlich (z.B. Umwelt-, Arbeits- und Unfallschutz), technisch und betriebswirtschaftlich notwendigen Aufwendungen enthalten sind.

Angebote, die diese Anforderungen nicht erfüllen, begründen die Vermutung, dass ein Bieter nicht in der Lage sein wird, die Leistung vertragsgerecht zu erbringen. Die Vermutung kann ein Bieter nur durch den Nachweis widerlegen, dass er aus objekt- oder wettbewerbsbezogenen, sachlich gerechtfertigten Gründen die Ansätze knapper als die übrigen Bieter kalkulieren konnte. Solche Gründe können z.B. vorliegen, wenn er rationellere Fertigungsverfahren anwendet oder über günstigere Baustoffbezugsquellen oder über Produktionsvorrichtungen verfügt, die andere Bieter nicht haben oder erst beschaffen müssen, oder wenn sich das Gerät bereits auf oder in der Nähe der Baustelle befindet.

Die Prüfung der Einzelansätze eines Angebots erstreckt sich auch darauf, inwieweit die Ansätze für die Gerätevorhaltekosten, für allgemeine Geschäfts- und Sonderkosten (einschließlich Einzelwagnisse) im wirtschaftlich vertretbaren Rahmen liegen. Niedrigere Ansätze begründen nicht ohne weiteres die Vermutung eines zu geringen Preises im Sinne von § 16 Abs. 6 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A, weil der Bieter Anlass haben kann, auf die Ansätze teilweise zu verzichten. In diesen Fällen ist lediglich zu prüfen, ob den Ansätzen sachgerechte Erwägungen zugrunde liegen. Bei Fehlen eines Ansatzes für Wagnis und Gewinn ist keine weitere Aufklärung erforderlich.

Ein Spekulationsangebot liegt vor, wenn der Bieter den Preis nicht (allein) an den voraussichtlichen Kosten einer unveränderten Leistungsbeschreibung kalkuliert, sondern (auch) an der Erwartung, dass sich für ihn aus angenommenen künftigen Änderungen der Leistungsbeschreibung ein finanzieller Vorteil ergibt.

Bei Spekulationspreisen sind – anders als bei der Mischkalkulation – keine Verschiebungen von Kostenbestandteilen vorhanden oder objektiv nachweisbar; sie dürfen daher nicht wegen Mischkalkulation ausgeschlossen werden.

Bei den Angeboten der engeren Wahl mit überhöhten oder unteretzten Einheitspreisen sind die Vergabeunterlagen (insbesondere die Leistungsbeschreibung/Mengenermittlung) auf Mängel zu untersuchen. Werden Mängel festgestellt, sind die Ursachen zu erforschen. Das Ergebnis ist in den Vergabeunterlagen zu dokumentieren. Können Mängel in den Ausschreibungsunterlagen nicht ausgeschlossen werden und liegt nach der bisherigen Wertung ein Angebot mit spekulativen Einheitspreisen preislich an erster Stelle, sind die aus dem Mangel in der Leistungsbeschreibung resultierenden wirtschaftlichen Auswirkungen für die Auftraggeberin abzuschätzen. Dazu werden die Angebote der engeren Wahl mit den korrigierten Mengen und den Angebotspreisen neu berechnet. Er gibt sich dabei ein Wechsel der Rangfolge, ist zu prüfen, ob die Ausschreibung gemäß § 17 Abs. 1 Nr. 2 und 3 VOB/A bzw. EG VOB/A aufgehoben werden muss.

Angebote mit unangemessen hohem Preis:

Auf ein Angebot mit einem unangemessen hohen Preis darf kein Zuschlag erteilt werden.

Erbringt eine Ausschreibung nur Angebote mit unangemessen hohen Preisen, ist die Kostenberechnung auf ihre vertretbare Richtigkeit zu überprüfen. Wird sie im Wesentlichen bestätigt, ist die Ausschreibungen nach § 17 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A aufzuheben. Anschließend kann – je nach Prüfung der Marktlage – auch über die Preise der Bieter frei verhandelt werden (Senatsbeschluss vom 17.12.1996; Drs. Nr. 96/1601; im Übrigen siehe **Ziffer 6.21**).

Liegen im Vergleich zur Kostenberechnung nur Angebote mit unerwartet hohen, aber nicht unangemessen hohen Preisen vor, ist die Kostenberechnung ebenfalls auf ihre vertretbare Richtigkeit zu überprüfen. Wird sie im Wesentlichen bestätigt, ist die Ausschreibung nach § 17 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A aufzuheben (**Ziffer 6.21**). Die Begründung der „sonstigen schwerwiegenden Gründe“ liegt dann ausnahmsweise in den für die Höhe der Angebotsendpreise nicht vorhandenen Haushaltsmitteln.

Angebote mit unangemessen niedrigem Preis:

Auf ein Angebot mit einem unangemessen niedrigen Preis darf kein Zuschlag erteilt werden.

Zweifel an der Angemessenheit des Preises können sich insbesondere ergeben, wenn die Angebotssumme eines Bieters erheblich geringer ist als die übrigen: Weicht ein Angebot, auf das der Zuschlag erteilt werden soll, um mindestens 10 % vom nächsthöheren Angebot ab, muss die Vergabestelle die Angebotskalkulation zwingend gemäß § 6 Satz 1 HmbVgG überprüfen. Zunächst ist der EFB-Preis zu prüfen. Insbesondere ist zu prüfen, ob das Angebot auf Grundlage der tarifvertraglichen Entgelte gemäß § 3 HmbVgG kalkuliert wurde (siehe „*Leitfaden zum Umgang mit den Angaben zur Preisermittlung*“). Die Vergabestelle muss in ihre Prüfung nach § 6 Satz 1 HmbVgG auch die Leistungsteile des Angebots einbeziehen, die von Nachunternehmern erbracht werden sollen. Reicht der EFB-Preis zur Aufklärung nicht aus, ist nach § 6 Satz 2 HmbVgG die Kalkulation des Bieters zu prüfen und die Überprüfung zu dokumentieren. Ein Angebot mit einem unangemessen niedrigen Preis bzw. einem nicht tariftreu kalkulierten Angebot darf nur ausgeschlossen werden, wenn zuvor von dem Bieter schriftlich Aufklä-

rung über die Preisermittlung für die Gesamtleistung oder für die fraglichen Teilleistungen verlangt worden ist.

6.19.3.5 Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots und Vergabeentscheidung

Der Zuschlag ist auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen (§ 97 Abs. 5 GWB).

Die Prüfung der Vergabevorschläge und die Entscheidung über das wirtschaftlichste Angebot sind im Vergabevermerk zu dokumentieren.

- **Nationale (unterschwellige) Vergaben**

Der Zuschlag ist auf das Angebot mit dem unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte wirtschaftlichsten Preis-Leistungs-Verhältnis zu erteilen (§ 17 Abs. 6 Nr. 3 Satz 2 VOB/A).

Die Unterschiede der Angebote (z.B. hinsichtlich Preis, Ausführungsfrist, Betriebs- und Folgekosten, Gestaltung, Rentabilität oder technischem Wert), sind bei der Beurteilung zu berücksichtigen. Nur wenn die angebotenen Leistungen nach Art und Umfang gleich und ihre Preise angemessen sind, ist der Zuschlag auf das preisgünstigste Angebot zu erteilen (§ 17 Abs. 6 Nr. 3 Satz 3 VOB/A).

- **Europaweite (oberschwellige) Vergaben**

Für Vergaben oberhalb des EU-Schwellenwertes erfolgt die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots für die Bieter der engeren Wahl ausschließlich nach den im Vordruck „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“ genannten, gewichteten Wertungskriterien und den ausgeführten Regelungen für die Punktebewertung (vgl. § 16 Abs. 7 EG VOB/A).

Die Bauvertragsvordrucke „Angebotswertung“ mit Beispielen sind zu verwenden. Das wirtschaftlichste Angebot ist das mit der höchsten Punktsomme. Bei gleicher Punktzahl erhält das Angebot mit der niedrigsten Wertungssumme den Zuschlag.

Um eine Wertung vornehmen zu können, sind im Vordruck „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“ zu den jeweiligen Kriterien und Unterkriterien die mit der Angebotsabgabe jeweils vorzulegenden Unterlagen anzugeben.

Kommen keine anderen Wertungskriterien in Betracht, kann allein der Preis (Preis 100 %) als Wertungskriterium herangezogen werden.

Für die einzelnen Wertungskriterien ist Folgendes zu beachten:

- Preis:

Als erstes sind die Preise für Haupt- und Nebenangebote zu berechnen. Der Preis wird aus der Wertungssumme des jeweiligen Angebots ermittelt unter Berücksichtigung von z.B. Nachlässen, Grund-/Wahlpositionen, Gleitklauseln.

Die ermittelten Preise sind nach den vorgegebenen Regeln in Punkte zu normieren und in den Vordruck „Angebotswertung“ zu übernehmen. Die Punktermittlung erfolgt mit bis zu drei Stellen nach dem Komma.

Die Punkte für den jeweiligen Preis werden nach folgender Formel berechnet:

$$\frac{10 \times [(niedrigste \text{ Wertungssumme} \times 2,0) - \text{Wertungssumme des jeweiligen Bieters}]}{\text{Niedrigste Wertungssumme}}$$

Beispiel:

niedrigste (wertbare) Wertungssumme (Bieter A) =	5,0 Mio. €
(wertbare) Wertungssumme des Bieters B =	6,0 Mio. €
$10 \times [(5,0 \text{ Mio. €} \times 2,0) - 6,0 \text{ Mio. €}] / (5,0 \text{ Mio. €}) =$	8.000 Punkte

- Technischer Wert:

Die im Vordruck „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“ bekannt gegebenen Unterkriterien für die gesamte angebotene Leistung (oder bei zusammengefasst-

ter Fach-/Mischlosvergabe für die jeweils angegebenen Leistungsteile) sind mit Hilfe des Vordrucks „*Bewertung der Unterkriterien*“ zunächst einzeln zu bewerten.

Die Bewertung erfolgt nach der vorgegebenen Punkteskala von 5-10 Punkten anhand der getroffenen Festlegungen (mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen). Die Bewertung ist im Vordruck schriftlich zu begründen.

Danach ist die Summe zu ermitteln. Aus der Summe wird die Punktebewertung der Summe für jedes Angebot durch Division durch die Anzahl der Unterkriterien ermittelt. Die ermittelte Punktebewertung ist für die in Frage kommenden Angebote in den Vordruck „*Angebotsbewertung*“ zu übernehmen.

- Gestaltung und sonstige Wertungskriterien:

Sinngemäß gelten die vorstehenden Ausführungen zu „Technischer Wert“.

Eine Punktebewertung für die Gestaltung entfällt, wenn in einem Vergabeverfahren nur Hauptangebote gewertet werden können.

• **Nebenangebote**

Werden Nebenangebote gewünscht, ist neben dem Preis stets mindestens ein zusätzliches, nichtpreisliches Wertungskriterium anzugeben (Ziffern 6.12.5 und 6.12.6). Die wirtschaftliche Beurteilung des Nebenangebots muss neben dem Preis nämlich immer auch die Vor- und Nachteile gesondert bewerten, die die Abweichung des Nebenangebots (z.B. andere Ausführungsart o.ä.) im Vergleich zum Hauptangebot bietet.

Bei mehreren Nebenangeboten eines Bieters ist für jede mögliche Kombination eine eigene Bewertung durchzuführen.

6.19.4 Sonderregelungen

• **Bevorzugte Bewerber**

Sofern das Angebot eines bevorzugten Bewerbers gemäß Ziffer 6.7.3 (Behinder-ten- und Blindenwerkstätten)

- ebenso wirtschaftlich wie das Angebot eines anderen Bieters ist, oder
- höchstens um die in den „*Richtlinien für die Berücksichtigung von Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge*“ vom 10.05.2001 (BANz Nr. 109 vom 16.06.2001, S. 11773) angegebenen Sätze über dem wirtschaftlichsten Angebot liegt,

soll dem bevorzugten Bewerber der Zuschlag erteilt werden. Wird der bevorzugte Bewerber nicht berücksichtigt, sind die Gründe aktenkundig zu machen.

• **Besonderheiten bei Lohnleitklauseln**

Zur Vereinbarung von Gleitklauseln siehe Ziffer 6.14.7 und den Bauvertragsvordruck „*Lohnleitklausel*“.

Vor der Untersuchung der preislichen Auswirkungen bei Lohnänderungen sind bei allen Angeboten, die in der Wertung verblieben sind, die Änderungssätze für sich allein zu beurteilen.

Liegt der angebotene Änderungssatz noch im Rahmen der Erfahrungswerte, die sich aus zeitlich und inhaltlich vergleichbaren Wettbewerben unter Berücksichtigung der Änderungssätze des betroffenen Wettbewerbs ergeben, bedarf es keiner weiteren Prüfung der Angemessenheit.

Zudem kann die Angemessenheit des Änderungssatzes nachgerechnet werden:

$$\frac{1 \text{ Cent}}{\text{maßgebender Lohn in EUR}} \times \frac{\text{Lohnanteil in \%}}{\text{der Angebotssumme}} \times 10 = \text{Lohnkostenänderungssatz in \%}$$

Beispiel:

- Ausgangsdaten:
1. Mauer-, Beton- und Stahlbetonarbeiten
 2. Gesamttariftundenlohn eines Spezialbaufacharbeiters
(hier beispielhaft 14,48 EUR)

Variante a:

Bestünde der Angebotspreis nur aus Lohnkosten (100%), würde der höchstzulässige Änderungssatz

$$\frac{1 \text{ Cent}}{14,48 \text{ EUR}} \times \frac{100}{100} \times 10 = \underline{\underline{0,69 \text{ ‰}}}$$

betragen. Also darf der höchstzulässige Änderungssatz bei 100% Lohnanteil während der Laufzeit des o.g. Tarifvertrages nicht mehr als 0,69 ‰ betragen; darüber hinausgehende Änderungssätze sind unzulässig.

Variante b:

Bei einem Lohnkostenanteil von 47% ergäbe sich ein Änderungssatz von

$$\frac{1 \text{ Cent}}{14,48 \text{ EUR}} \times \frac{47}{100} \times 10 = \underline{\underline{0,32 \text{ ‰}}}$$

Durch Rückrechnung kann festgestellt werden, welchen Teil des Angebotspreises Bietende in die Preisleitung einbezogen haben:

$$\begin{aligned} &\text{Angebotener Änderungssatz in ‰} \times \text{maßgebender Lohn in Euro} \times 10 \\ &= \text{Teil des Angebotspreises in ‰, der von der Lohnleitung erfasst wird} \end{aligned}$$

$$\text{In diesem Fall: } 0,32 \text{ ‰} \times 14,48 \text{ EUR} = \underline{\underline{46,34 \text{ ‰}}}$$

Weicht der danach berechnete Lohnkostenanteil des Angebotspreises von den Lohnkosten ab, die der Bieter in der Aufgliederung der Angebotssumme angegeben hat, ist das Angebot gemäß § 15 VOB/A bzw. EG VOB/A aufzuklären (Ziffer 6.18). Denn mit der Lohnleitklausel wird vereinbart, Mehr- und Minderaufwendungen des beauftragten Unternehmens für Löhne und Gehälter einschließlich der Änderungen der gesetzlichen oder tariflichen Sozialaufwendungen gegenseitig zu erstatten; darüber hinausgehende Zahlungen verstoßen gegen den Inhalt der vereinbarten Gleitklausel.

Angebote mit erhöhtem Änderungssatz müssen ausgeschieden werden. Keinesfalls darf ein überhöhter Änderungssatz herabgesetzt werden, da dies eine unzulässige (Nach-)Verhandlung gemäß § 15 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A darstellt.

Fehlt ein Änderungssatz (kein Eintrag, Eintrag eines Striches oder einer Null), ist das Angebot ohne Lohnleitklausel zu werten, sofern sich nicht aus den sonstigen Angebotsangaben eindeutig etwas anderes ergibt. Ein fehlender Änderungssatz ist kein fehlender Preis nach § 16 Abs. 1 Nr. 1c VOB/A bzw. EG VOB/A.

Um die Auswirkungen eines angebotenen Änderungssatzes beurteilen zu können, ist unter Berücksichtigung der während der Vertragslaufzeit voraussichtlich zu erwartenden Lohnerhöhungen die Summe der Lohnmehrkosten nach Anlage

6-140 zu ermitteln und der jeweiligen Angebotssumme zuzuschlagen (vgl. auch Berechnungsbeispiel in Anlage 6-130).

Auskünfte zu Tariflöhnen erteilt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau (ABH 421), siehe **Ziffer 6.10 und 6.16.7.1**.

- **Instandhaltungsbedürftige Anlagen**

Haben die für den Anlagenbetrieb zuständige Stelle (liegenschaftsverwaltende Stelle) und die Vergabestelle (Auftragnehmerin) schriftlich vereinbart, dass die Instandhaltung einer instandhaltungsbedürftigen Anlage aus technischen Gründen vom Hersteller durchzuführen ist, wird ausnahmsweise mit der Herstellung auch gleichzeitig die Instandhaltung der Anlage in einem einheitlichen Wettbewerbsverfahren beauftragt (**Ziffer 6.11**).

Bei der Wertung der Angebote sind die Preise beider Leistungen – Herstellung und Instandhaltung – einzubeziehen. Sollen Instandhaltungsverträge für eine Laufzeit bis fünf Jahre geschlossen werden, sind die Instandhaltungskosten für diese Dauer (ohne Anwendung der Preisgleitklausel) zugrunde zu legen. Sollen Instandhaltungsverträge für eine Laufzeit von mehr als fünf Jahren geschlossen werden, sind die Instandhaltungskosten für die Vertragsdauer (längstens für die voraussichtliche Nutzungsdauer der Anlage) unter Berücksichtigung des Rentenbarwertfaktors gemäß der Vervielfältiger-Tabelle anzusetzen (siehe „*Anlage zu § 16 Abs. 3 der Wertermittlungsverordnung (WertV)*“ – Verordnung über die Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken vom 06.12.1988, BGBl. I S. 2209, geändert am 18.08.1997, BGBl. I S. 2081, 2110). Aus Transparenzgründen ist bei diesen langfristigen Instandhaltungsverträgen der Zinssatz für die Berechnung des Barwertfaktors in dem ergänzten Angebotsteil Instandhaltung in der „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“ anzugeben.

Rechte und Pflichten aus dem geschlossenen Instandhaltungsvertrag liegen bei der liegenschaftsverwaltenden Stelle.

Sind die Preise für die Instandhaltung unangemessen hoch, ist es aber aus technischen Gründen unzumutbar oder unmöglich, die Instandhaltung einem anderen Unternehmen zu übertragen, ist nach **Ziffer 6.19.3.4** (Angebote mit unangemessen hohem Preis) zu verfahren

- **Umsatzsteuer**

Der am Schluss des Angebotes eingetragene Steuersatz für die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist ggf. auf den bei Ablauf der Angebotsfrist geltenden Steuersatz zu ändern (vgl. Vordruck „*Bewerbungsbedingungen*“) und der Umsatzsteuerbetrag ist entsprechend zu berechnen.

6.19.5 Preisrecht

Für die selbständige Vergabe der Lieferung von Baustoffen und Bauteilen sowie für Montagearbeiten (z.B. Installationsarbeiten der Elektroindustrie oder des Maschinenbaus) gilt die „*Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen*“ vom 21.11.1953 (vgl. § 2 Abs. 5 PreisV 30/53). Die Bietenden sollten auf die zwingende Anwendung des Preisrechts hingewiesen werden.

Bestehen Zweifel, ob ein angebotener Preis einen ordnungsgemäßen Wettbewerbspreis darstellt (vgl. §§ 3-8 PreisV 30/53), soll der Betriebswirtschaftliche Prüfdienst bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation (BWVI, ZB3) mit einer Preisprüfung befasst werden. Hält er den Angebotspreis für preisrechtlich unzulässig, darf kein Zuschlag auf das Angebot erfolgen (§ 1 Abs. 3 PreisV 30/53).

6.20 Ausschluss von unzuverlässigen Unternehmen und Angeboten (zu §§ 6, 16 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Im Rahmen der Eignungsprüfung (vgl. Ziffern 6.8 und 6.19.2) ist unter anderem die Zuverlässigkeit eines Teilnehmers (Bewerbers oder Bieters) zu beurteilen. Das Angebot eines ungeeigneten Teilnehmers kommt für die Zuschlagserteilung nicht in Betracht. Beim Ausschluss unzuverlässiger Teilnehmer ist zu unterscheiden zwischen

- einem förmlichen, für alle staatlichen Aufträge der FHH geltenden Ausschluss wegen schwerer Verfehlungen (sog. „Vergabesperre“; Ziffer 6.20.1) und
- dem Ausschluss bzw. der Nichtberücksichtigung von Unternehmen bei der einzelnen Vergabeentscheidung durch die Vergabestelle nach § 6 Abs. 3 Nr. 2g VOB/A bzw. EG VOB/A und § 6 Abs. 4 Nr. 1 EG VOB/A (sog. „Einzelausschluss“; Ziffer 6.20.2).

Im Rahmen der Wertung der Angebote (vgl. Ziffer 6.19) kommen weitere Ausschlussgründe zum Tragen. Beim Ausschluss von (Haupt-/Neben-) Angeboten ist zu unterscheiden zwischen

- den zwingenden Ausschlussgründen des § 16 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 Satz 4 VOB/A bzw. EG VOB/A (Ziffer 6.20.3) und
- den fakultativen Ausschlussgründen des § 16 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A (Ziffer 6.20.4).

6.20.1 Vergabesperre

Die Vergabesperre verbietet den Vergabestellen, das betroffene Unternehmen zur Angebotsabgabe aufzufordern, seine Teilnahmeanträge oder Angebote zu berücksichtigen und ihm den Zuschlag zu erteilen.

Der Vergabesperre ist ein förmlicher Ausschluss von Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge wegen schwerer Verfehlungen, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellen, und richtet sich nach § 21 SchwarzArbG, § 21 AEntG und dem GRfW (vgl. Ziffern 6.8.3 und 6.8.4).

Die Entscheidung über die Vergabesperre trifft die zentrale Informationsstelle der FHH bei der nach § 2 Abs. 1 GRfW zuständigen Finanzbehörde (Amt für Organisation und zentrale Dienste -11-): Nach § 6 Abs. 2 GRfW kann die zentrale Informationsstelle ein Unternehmen bei nachgewiesenen schweren Verfehlungen im Sinne des § 2 Abs. 2 GRfW für einen befristeten Zeitraum (regelmäßig sechs Monate bis drei Jahre) von allen Vergaben der FHH ausschließen.

Im Vordruck „Angebot“ muss jeder Teilnehmer eine Eigenerklärung über seinen Nichtausschluss von öffentlichen Aufträgen der FHH abgeben. Bei unzutreffender Erklärung ist das Angebot von der Wertung auszuschließen.

Ein Teilnehmer muss beim Antrag auf Zustimmung zum Nachunternehmereinsatz auch die entsprechende Erklärung seines Nachunternehmers vorlegen, die im Vordruck „NU“ integriert ist.

Werden schwere Verfehlungen eines Teilnehmers bekannt, darf die Vergabestelle jeden Auftrag und/oder jede Zustimmung zum Nachunternehmereinsatz stets bis zum rechtskräftigen Abschluss des betreffenden Verfahrens (Urteil, Bußgeldbescheid, Auftragsausschluss durch die Finanzbehörde) nur unter Vorbehalt (Vordruck „Vorbehaltsschreiben“) erteilen; Das zuständige Rechtsamt ist einzuschalten.

6.20.2 Einzelausschluss

Auch wenn keine Vergabesperre vorliegt, haben die Vergabestellen bei der Eignungsprüfung neben der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Gesetzestreue stets auch die Zuverlässigkeit der Teilnehmer zu betrachten (§ 6 Abs. 3 Nr. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A). Hierbei sind insbesondere auch etwaige Vergabesperren anderer Auftraggeber und Länder angemessen zu berücksichtigen.

Den Vergabestellen steht im Rahmen ihrer Einzelentscheidung grundsätzlich ein Entscheidungsspielraum zu. Die Kriterien sind die gleichen wie bei der förmlichen Vergabesperre.

- Ein Unternehmen muss zwingend von der Teilnahme ausgeschlossen werden, wenn es oder eine verantwortlich handelnde Person aus einem der in § 6 Abs. 4 Nr. 1 lit. a-h EG VOB/A genannten Gründe, z.B.
 - Beteiligung an kriminellen Organisationen
 - Geldwäsche
 - Subventionsbetrug
 - Bestechung oder Vorteilsgewährung

rechtskräftig verurteilt worden ist. Von einem Ausschluss darf nur abgesehen werden, sofern zwingende Gründe des Allgemeininteresses vorliegen (§ 6 Abs. 4 Nr. 3 EG VOB/A). Diese Gründe sind zu dokumentieren.

- Das Angebot eines unzuverlässigen Unternehmens kann bei öffentlicher Ausschreibung bzw. offenem Verfahren bei der Wertung außer Betracht gelassen bzw. ausgeschlossen werden; bei beschränkter Ausschreibungen bzw. nicht-offenem Verfahren und bei freihändiger Vergabe bzw. Verhandlungsverfahren kann das Unternehmen unberücksichtigt bleiben.

Ein solcher fakultativer Ausschlussgrund liegt nach § 16 Abs. 1 Nr. 2c VOB/A bzw. EG VOB/A vor, wenn eine nachweislich schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit des Bewerbers in Frage stellt. Schwere Verfehlungen sind etwa Straftaten im Geschäftsverkehr (Betrug, Untreue, Urkundenfälschung, Diebstahl, Unterschlagung, Erpressung, ...), Preisabsprachen u.s.w. Zur Ermittlung der Zuverlässigkeit hat die Vergabestelle insbesondere Registerabrufe nach **Ziffern 6.8.3 und 6.8.4** vorzunehmen.

- Ein Unternehmen kann auch nach § 16 Abs. 1 Nr. 2d und 2e VOB/A bzw. EG VOB/A ausgeschlossen werden, wenn
 - die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen nicht ordnungsgemäß erfüllt wurde (**Ziffern 6.8 und 6.7.2**),
 - das Unternehmen nicht bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
- Weitere Ausschlussgründe sieht § 16 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A bei fehlenden Erklärungen und Nachweisen des Teilnehmers und Nachunternehmers vor. Das sind u.a. die von § 7 HmbVgG geforderten Nachweise
 - über Tariftreue und Mindestlohn (**Ziffer 6.9.1**),
 - über ILO-Kernarbeitsnormen (**Ziffer 6.9.2**).

6.20.3 Zwingender Ausschluss von Angeboten

Angebote, bei denen ein Ausschlussgrund nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 Satz 4 VOB/A bzw. EG VOB/A vorliegt, müssen ausgeschlossen werden. Dies ist u.a. der Fall wenn,

- das Angebot im Eröffnungstermin bei Öffnung des ersten Angebotes nicht vorlag (Ausnahme: Fälle nach § 14 Abs. 6 VOB/A bzw. EG VOB/A)

(§ 16 Abs. 1 Nr. 1a VOB/A bzw. EG VOB/A),

- das Angebot zwingende formale Anforderungen der Vergabeunterlagen nicht erfüllt, insbesondere nicht ordnungsgemäß unterschrieben ist

(§ 16 Abs. 1 Nr. 1b i.V.m. § 13 Abs. 1 Nr. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A)

- das Angebot nicht ordnungsgemäß verschlossen eingereicht wurde

(§ 16 Abs. 1 Nr. 1b i.V.m. § 13 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A)

- das Angebot Änderungen an den Vergabeunterlagen enthält

(§ 16 Abs. 1 Nr. 1b i.V.m. § 13 Abs. 1 Nr. 5 VOB/A bzw. EG VOB/A)

- Änderungen an den Eintragungen des Bieters nicht zweifelsfrei sind

(§ 16 Abs. 1 Nr. 1b i.V.m. § 13 Abs. 1 Nr. 5 VOB/A bzw. EG VOB/A)

- an mehr als einer einzelnen unwesentlichen Position die Preisangabe fehlt (§ 16 Abs. 1 Nr. 1c i.V.m. § 13 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A),

- der Bieter in Bezug auf die Ausschreibung eines wettbewerbswidrige Abrede getroffen hat (§ 16 Abs. 1 Nr. 1d VOB/A bzw. EG VOB/A)

- ein Nebenangebot nicht zugelassen ist oder es den Mindestanforderungen nicht entspricht oder nicht auf besonderer Anlage gemacht und als Nebenangebot deutlich gekennzeichnet wurde

(§ 16 Abs. 1 Nr. 1e und Nr. 1f i.V.m. § 13 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A),

- der Bieter im Vergabeverfahren vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Eignung abgeben hat

(§ 16 Abs. 1 Nr. 1g VOB/A bzw. EG VOB/A),

- das Angebot geforderte Erklärungen oder Nachweise nicht enthält und diese auch nicht innerhalb von sechs Kalendertagen nach Aufforderung durch die Vergabestelle nachgereicht werden

(§ 16 Abs. 1 Nr. 3 Satz 4 VOB/A bzw. EG VOB/A),

- Angebote unvollständig sind, insbesondere nicht alle geforderten Leistungen anbieten.

Zu fehlenden Preisangaben:

Grundsätzlich sind Angebote auszuschließen, bei denen die geforderten Preisangaben fehlen (§ 16 Abs. 1 Nr. 1c i.V.m. § 13 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A). Ausgenommen sind Angebote, bei denen nur in einer einzelnen, unwesentlichen Position die Preisangabe fehlt und das Fehlen den Wettbewerb und die Wertungsreihenfolge nicht beeinträchtigt (§ 16 Abs. 1 Nr. 1c VOB/A bzw. EG VOB/A).

Zunächst ist zu prüfen und zu dokumentieren, ob es sich um eine unwesentliche Position der ausgeschriebenen Leistung handelt. Ist das der Fall, ist in der rechnerischen Prüfung der fehlende Preis mit 0,00 EUR einzusetzen und der preisliche Rang des Angebotes festzustellen. Dann ist die Endsumme des Angebots mit dem höchsten für diese Position angebotenen Wettbewerbspreis (ohne Berücksichtigung der formal ausgeschlossenen Hauptangebote) zu ermitteln. Ändert sich danach der Rang des Angebots, ist es auszuschließen. Ändert sich der Rang nicht, ist das Angebot unter Annahme des höchsten Wettbewerbspreises für die betreffende Position weiter zu werten. Die so ermittelte Angebotssumme ist in der Niederschrift über die Angebotseröffnung zu vermerken. Durch Zuschlag auf ein solches Angebot kommt der Vertrag ohne die in der betreffenden Position beschriebene Leistung zustande.

Zur Feststellung wettbewerbsbeschränkender Verhaltensweisen:

Liegen Feststellungen oder Anhaltspunkte für ein wettbewerbsbeschränkendes Verhalten (z.B. Preisabrede) vor, ist der vorgesetzten Stelle unverzüglich zu berichten und deren Entscheidung darüber einzuholen, ob das Angebot ausgeschlossen, die Ausschreibung aufgehoben und/oder die Kartellbehörde bzw. die Staatsanwaltschaft unterrichtet werden sollen.

Zu Nebenangeboten:

Nebenangebote bei reinem Preiswettbewerb sind unzulässig und dürfen nicht berücksichtigt werden (Ziffer 6.12.5).

Werden zugelassene Nebenangebote nicht an der vorgesehenen Stelle des Angebotsschreibens angegeben, führt dieser Verstoß gegen § 13 Abs. 3 Satz 1 VOB/A bzw. EG VOB/A und die „BWB“ nicht zum Ausschluss.

Werden zugelassene Nebenangebote nicht auf besonderer Anlage angegeben und deutlich gekennzeichnet, führt dieser Verstoß gegen § 13 Abs. 3 Satz 2 VOB/A bzw. EG VOB/A zwingend zum Ausschluss nach § 16 Abs. 1 Nr. 1f VOB/A bzw. EG VOB/A.

Zu Preisnachlässen:

Preisnachlässe ohne Bedingungen, die an der dafür vorgesehenen Stelle im Angebotsschreiben nicht aufgeführt sind, sowie Preisnachlässe mit Bedingungen für die Zahlungsfrist (Skonti) dürfen gemäß § 16 Abs. 9 VOB/A bzw. § 16 Abs. 10 EG VOB/A nicht bewertet werden.

Sie bleiben aber rechtsverbindlicher Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Zuschlags-/Auftragserteilung zum Vertragsinhalt (Ziffer 6.19.3.1).

Zu fehlenden Erklärungen oder Nachweisen:

Fehlen geforderte Erklärungen oder Nachweise und wird das Angebot nicht bereits gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 1 und 2 VOB/A bzw. EG VOB/A ausgeschlossen, fordert die Auftraggeberin die fehlenden Erklärungen oder Nachweise nach (§ 16 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A).

Die fehlenden Erklärungen oder Nachweise sind spätestens innerhalb sechs Kalendertagen nach Aufforderung vorzulegen. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung, das Absendedatum ist von der Vergabestelle zu dokumentieren. Werden die Erklärungen oder Nachweise nicht innerhalb der Frist vorgelegt, muss das Angebot ausgeschlossen werden (§ 16 Abs. 3 Satz 4 VOB/A bzw. EG VOB/A). Der Gleichbehandlungsgrundsatz ist zu beachten.

Hinweis: Einige Bieter legen bestimmte Erklärungen und Nachweise zunächst nicht vor, um ihr Angebot erst in Kenntnis des Wettbewerbsergebnisses (auf Nachforderung hin) wirksam werden zu lassen. Daher ist jeder Bieter, der nachgeforderte Erklärungen oder Nachweise nicht fristgemäß vorlegt, abzumahnern und zu informieren, dass er im Wiederholungsfalle wegen fehlender Zuverlässigkeit nach § 16 Abs. 2, § 6 Abs. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A von der Wertung ausgeschlossen werden kann.

Zum Irrtum:

Die Erklärung eines Bieters, er habe sich in seinem Angebot geirrt, ist als Anfechtung des Angebotes wegen Irrtums zu werten. Ob eine solche Anfechtung wirksam ist, richtet sich nach den §§ 119 ff. BGB. In diesen Fällen ist stets das zuständige Rechtsamt einzuschalten. Entscheidet das Rechtsamt, dass die Irrtumsanfechtung wirksam ist, muss das Angebot ausgeschieden werden. Jede Änderung eines irrig angebotenen Preises ist unzulässig.

6.20.4 Fakultativer Ausschluss von Angeboten

Angebote, bei denen ein Ausschlussgrund nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A vorliegt, **können** ausgeschlossen werden. Dies ist insbesondere der Fall, wenn ein Ausschluss wegen nachweislich schwerer Verfehlung gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 2g VOB/A bzw. EG VOB/A in Betracht kommt (vgl. Ziffer 6.20.2).

6.21 Verfahrensbeendigung (zu § 17 VOB/A bzw. EG VOB/A)

• Nationale Ausschreibungen

Endet ein förmliches nationales Vergabeverfahren nicht durch die Erteilung eines Auftrages, ist es ausdrücklich nach § 17 VOB/A aufzuheben. Die Aufhebung bedarf ggf. der Zustimmung von entsprechend befugten Personen.

Nur Gründe, die erst nach Einleitung des Vergabeverfahrens auftreten und nicht von der Auftraggeberin zu vertreten sind, berechtigen zur Aufhebung ohne die Gefahr einer Schadensersatzpflicht.

Die anerkannten Aufhebungsgründe enthält § 17 Abs. 1 VOB/A. Eine Aufhebung aus schwerwiegenden Gründen nach § 17 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A kommt in Betracht, wenn eine Ausschreibung zu unangemessen hohen Preisen führt oder wenn die Angebotspreise zwar angemessen sind, die vorhandenen Haushaltsmittel aber nicht ausreichen (Ziffer 6.19.3.4).

Nach der Aufhebung ist je nach Einzelfall und Beurteilung der Marktlage

- neu öffentlich auszuschreiben,
- die Vergabeart zu wechseln (unter Berücksichtigung des § 3 VOB/A),
- bei beschränkter Ausschreibung der Bieterkreis zu ändern bzw. zu ergänzen,
- mit einem oder mehreren Bieter/n der engeren Wahl über den Angebotspreis zu verhandeln.

Für die Unterrichtung der Bewerber/Bieter nach § 17 Abs. 2 VOB/A ist der Vordruck „Aufhebung“ zu verwenden. Schwerwiegende Gründe sind konkret anzugeben. Die Übersendung kann per Post, Telefax oder E-Mail erfolgen, Sendeprotokolle sind zur Vergabeakte zu nehmen.

• EU-Ausschreibungen

Die Aufhebung einer europaweiten Ausschreibung (bzw. Einstellung eines europaweiten Verhandlungsverfahrens) richtet sich § 17 EG VOB/A.

Die vorstehenden Ausführungen gelten entsprechend.

Für die Unterrichtung der Bewerber/Bieter nach § 17 Abs. 2 EG VOB/A über die Aufhebung eines offenen Verfahrens, nichtoffenen Verfahrens oder die Einstellung eines Verhandlungsverfahrens mit Vergabebekanntmachung ist der Vordruck „Aufhebung“ zu verwenden.

Soll nach Aufhebung eines offenen oder nichtoffenen Verfahrens ein Verhandlungsverfahren durchgeführt werden, ist § 3 EG VOB/A zu beachten.

Ist die öffentliche Auftraggeberin in einem Beschwerdeverfahren mit ihrem Antrag auf Vorabentscheidung über den Zuschlag nach § 121 GWB unterlegen, gilt das Vergabeverfahren gemäß § 122 GWB nach Ablauf von zehn Kalendertagen nach Zustellung der Beschwerdeentscheidung als beendet, wenn nicht die öffentliche Auftraggeberin die Maßnahmen zur Herstellung der Rechtmäßigkeit des Verfahrens ergreift, die sich aus der Entscheidung ergeben; das Vergabeverfahren darf nicht fortgeführt werden. Die Beendigung des Vergabeverfahrens ist dem Amt für amtliche Veröffentlichung der EU mit dem Vordruck „Aufhebung“ mitzuteilen.

6.22 Zuschlag (zu § 18 VOB/A bzw. EG VOB/A)

Erklärungen, die die FHH privatrechtlich verpflichten, bedürfen der schriftlichen Form. Dazu gehören insbesondere die Erteilung eines Auftrages (Zuschlag) und jede Änderung eines Vertrages. Das Formerfordernis gilt bei Aufträgen für andere juristische Personen entsprechend.

In dringenden Fällen können Aufträge für Geschäfte der laufenden Verwaltung (bis 10.000 EUR) mündlich erteilt werden, bedürfen jedoch umgehend einer schriftlichen Bestätigung.

Die Abgabe von Erklärungen richtet sich nach der „Anordnung über die Befugnis zur Vertretung der Freien und Hansestadt Hamburg“ vom 19.04.2001 in der jeweils geltenden Fassung.

Der Auftrag (Zuschlag) ist schriftlich auf dem Bauvertragsvordruck „Zuschlagschreiben“ zu erteilen. Etwaige Nachunternehmer sind namentlich zu nennen und ihre Leistungsanteile aufzuführen (Ziffer 6.7.2).

Liegt der Vergabestelle bei Auftragserteilung keine aktuelle Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG (Ziffer 6.8) vor, ist dem Auftragnehmer auf der zweiten Seite des Auftragschreibens folgendes mitzuteilen:

„Liegt der Vergabestelle bei Prüfung einer von Ihrem Unternehmen vorgelegten Rechnung keine Freistellungsbescheinigung des zuständigen Finanzamtes vor, wird die Vergabestelle nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 (BGBl. I S. 2267) von der Zahlung 15 v. H. des Bruttoentgeltes abziehen und an das für Ihr Unternehmen zuständige Finanzamt abführen.

Zu diesem Zweck werden Sie der Vergabestelle die notwendigen Daten über das für Ihr Unternehmen zuständige Finanzamt und die Steuernummer Ihres Unternehmens spätestens mit der ersten Rechnung mitteilen.

Die Höhe des Steuerabzuges wird Ihnen mitgeteilt.“

Wenn über Wahlpositionen (Ziffer 6.11.3) noch nicht entschieden werden konnte, ist dies im Auftrag vorzubehalten, da diese Entscheidung „in der Regel bei Auftragserteilung“ getroffen wird (siehe „ZVB“).

Bei Einschaltung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinators (SiGeKo) gemäß § 4 Baustellenverordnung (BaustellVO) ist dessen Name, Anschrift, Telefonnummer usw. in der Empfangsbestätigung des Vordrucks „Zuschlagschreiben“ anzugeben. Zudem erhält der SiGeKo eine Liste der auf dem Bauvorhaben eingesetzten Firmen.

• Besonderheit im EU-Vergabeverfahren: Bekanntmachung (zu § 18 EG VOB/A)

Vor der Auftragserteilung (Zuschlag) in EU-Vergabeverfahren muss der Informations- und Wartepflicht des § 101a GWB genügt werden (siehe Ziffer 6.23):

Der Auftrag darf erst erteilt werden, wenn die vorgeschriebenen Informationen erteilt wurden und die Frist von 15 Kalendertagen verstrichen ist (§ 101 Abs. 1 Satz 3 GWB). Ein zuvor geschlossener Vertrag ist von Anfang an unwirksam (§ 101b Abs. 1 Nr. 1 GWB).

Für die Bekanntmachung und ihre Übermittlung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU spätestens 48 Kalendertage nach der Auftragserteilung sind die entsprechenden EU-Muster (vgl. Ziffer 6.12.2) zu verwenden.

6.23 Nichtberücksichtigte Bewerbungen und Angebote (zu § 19 VOB/A bzw. EG VOB/A)

• Nationale Ausschreibungen: Unterrichtung nach § 19 VOB/A

Bei unterschwelligen Vergabeverfahren sind nicht berücksichtigte Bieter gemäß § 19 Abs. 1 VOB/A mit dem Vordruck „*Absage national*“ zu unterrichten. Auf ihren schriftlichen Antrag sind diesen Bietern gemäß § 19 Abs. 2 VOB/A die Gründe der Nichtberücksichtigung ihrer Angebote mit dem Vordruck „*Absagebegründung national (Bieter)*“ mitzuteilen. Ihnen sind auch der Name des erfolgreichen Bieters und die Merkmale und Vorteile seines Angebotes mitzuteilen. Diese Informationspflicht besteht erst nach Auftragserteilung (Zuschlag), zuvor gestellte Anträge sind entsprechend zu beantworten.

Auf schriftlichen Antrag sind den nicht berücksichtigten Bewerbern gemäß § 19 Abs. 2 VOB/A die Gründe der Nichtberücksichtigung ihrer Bewerbung mit dem Vordruck „*Absagebegründung national (Bewerber)*“ mitzuteilen.

• EU-Ausschreibungen: Unterrichtung nach § 19 EG VOB/A

Bei überschwelligen Vergabeverfahren sind nicht berücksichtigte Bieter gemäß § 19 Abs. 1 EG VOB/A zu unterrichten und gemäß § 19 Abs. 2 EG VOB/A über

- den Name des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll,
- die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung,
- den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses

zu informieren; hierfür ist der Vordruck „*EU-Absage (Bieter)*“ zu verwenden.

Bei Vergabeverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb sind die Bewerber gemäß § 101a Abs. 1 Satz 2 GWB zu informieren. Der Vordruck „*EU-Absage (Bewerber)*“ ist zu verwenden, wenn die Bewerber darüber informiert werden, dass sie nicht zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.

Die jeweiligen Absageschreiben sind an alle nicht berücksichtigten Teilnehmer am gleichen Tag zu versenden. Gleichzeitig ist der Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, mit dem Vordruck „*EU-Zuschlagsankündigung*“ zu informieren.

Die Versendung sämtlicher Schreiben hat spätestens 15 Kalendertage vor Auftragserteilung (Zuschlag) zu erfolgen (zehn Kalendertage bei elektronischer Übersendung oder per Telefax; § 19 Abs. 2 Sätze 3 und 4 EG VOB/A, § 101a Abs. 1 Sätze 3 und 4 GWB). Der Tag der Absendung ist im Vergabevermerk festzuhalten. Die Frist des § 101a GWB beginnt am Tage nach der Absendung der Information (§ 101a Abs. 1 Satz 5 GWB). Zum Nachweis des Absendetags wird empfohlen, das Informationsschreiben per Fax zu versenden und die Absendebestätigung (Sendebericht) dem Vergabevermerk beizufügen.

Der Mitteilungspflicht aus § 19 Abs. 4 Satz 1 EG VOB/A kommt bei rechtzeitig nach § 101a GWB erfolgter Übersendung der Absageschreiben keine eigenständige Bedeutung mehr zu; wird eine Information nach § 19 Abs. 4 EG VOB/A verlangt, ist die Anfrage schriftlich unter Hinweis auf das Absageschreiben zu beantworten. Auf schriftlichen Antrag sind den nicht berücksichtigten Bietern, die ein ordnungsgemäßes Angebot eingereicht haben, aber – zusätzlich zu den Informationen des Absageschreibens – die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes schriftlich mitzuteilen (§ 19 Abs. 4 Satz 2 EG VOB/A).

Wird von der ursprünglich beabsichtigten Vergabeentscheidung abgewichen, die einem Absageschreiben zugrunde lag, sind die Bieter mit einem erneuten „*EU-Absage (Bieter)*“ unter Einhaltung der Frist des § 101a GWB zu unterrichten, bevor der Zuschlag erteilt werden darf.

6.24 Dokumentation (zu § 20 und § 20 EG VOB/A)

• Vergabevermerk

Der Vergabevermerk ist wesentlicher Bestandteil der Akten, die das Vergabeverfahren dokumentieren (Vergabeakten) und von besonderer Bedeutung für evtl. Nachprüfungen durch Vergabekammern. Er ist daher mit besonderer Sorgfalt und fortlaufend zum Vergabeverfahren zu erstellen. Es genügt regelmäßig nicht, einen Vergabevermerk im Nachhinein zu erstellen.

Die Mindestanforderungen an die Dokumentation ergeben sich aus § 20 Abs. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A. Wesentliche Inhalte ergeben sich aus der „*Anleitung Vergabevermerk*“.

• zusätzliche Transparenzanforderungen bei nationalen Vergabeverfahren

In nationalen (unterschwellig) Vergabeverfahren ist bei beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben nach der Zuschlagserteilung auf geeignete Weise (auf Internetportalen oder im Beschafferprofil) über die Vergabe zu informieren (§ 20 Abs. 3 VOB/A). Die Information muss enthalten:

- Name, Anschrift, Telefon-, Faxnummer, E-Mail-Adresse der Auftraggeberin
- gewählte Vergabeart,
- Auftragsgegenstand,
- Ort der Ausführung,
- Name des beauftragten Unternehmens.

Bei Baumaßnahmen der FHH gilt die Transparenzregelung für beschränkte Ausschreibungen ab 150.000 EUR (ohne USt) und freihändige Vergaben ab 50.000 EUR (ohne USt).

Bei Baumaßnahmen des Bundes gilt die Transparenzregelung für beschränkte Ausschreibungen ab 25.000 EUR (ohne USt) und freihändige Vergaben ab 15.000 EUR (ohne USt).

Die Vergabestellen schicken die Information auf Excel-Datenblättern („<http://fhh.portal.stadt.hamburg.de/websites/0015/verwaltung/recht/Lists/Informationen/Uebersicht.aspx>“) unmittelbar nach der Zuschlagserteilung getrennt nach Bundes- und Landesmaßnahmen unter dem Stichwort „Wertgrenzen“ zur

**Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Zentrale Vergabeaufsicht (ZVA)**

an die E-Mail-Adresse „Eroeffnungsstelle@bsu.hamburg.de“. Dort werden die Informationen auf den Internetportalen „www.bund.de“ bzw. „www.hamburg.de/start-vergebene-auftraege“ für mindestens sechs Monate eingestellt.

6.25 Nachprüfungsstellen und -behörden (zu § 21 VOB/A bzw. EG VOB/A)

• Nationale Vergabeverfahren nach Abschnitt 1 VOB/A

Bei nationalen Vergabeverfahren, bei denen die Vorschriften der VOB/A angewendet werden, ist

- in der „*Bekanntmachung*“ nach § 12 VOB/A und
- im Vordruck „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“

die jeweils zuständige Nachprüfungsstelle mit Anschrift zu benennen (§ 21 VOB/A). Dies ist die vorgesetzte Stelle der Vergabestelle.

Bei bestimmten nationalen Vergabeverfahren (sog. 20 %-Kontingent), bei denen nach § 1 Abs. 1 Nr. 2b EG VOB/A ebenfalls die Vorschriften der VOB/A angewendet werden, ist hingegen als zuständige Nachprüfungsbehörde gemäß § 21 EG VOB/A die Vergabekammer mit Anschrift zu benennen (vgl. **Ziffer 6.1.2**).

Hinweis: Mit Ausnahme des 20 %-Kontingents werden unterschwellige Vergabeverfahren nicht vor den Vergabekammern geprüft. Allerdings können sich unterlegene Bieter gegen rechtswidrige Zuschlagsentscheidungen mit einem Antrag an die ordentlichen Gerichte auf einstweilige Untersagung der Zuschlagserteilung wehren.

- **EU-Vergabeverfahren nach den Abschnitten 2 und 3 VOB/A**

Bekanntmachung

Bei allen (oberschwelligen) EU-Vergabeverfahren ist

- in der „*Bekanntmachung*“ nach § 12 EG VOB/A und
- im Vordruck „*Aufforderung zur Angebotsabgabe*“

als Nachprüfungsbehörde die Vergabekammer mit Anschrift zu benennen (§ 21 EG VOB/A). Zuständige Vergabekammer für die Nachprüfung von Vergabeentscheidungen nach § 104 Abs. 1 GWB bei Auftragsvergaben nach der VOB ist die

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Neuenfelder Straße 19
21109 Hamburg
Telefax: (040) 428 40 – 2039

Nachprüfungsverfahren nach GWB

Die Vergabestelle hat jede eingegangene Rüge oder Beanstandung zu registrieren und unverzüglich sorgfältig zu prüfen. Ergänzend ist zu prüfen,

- ob die Rüge verspätet sein könnte (§ 107 Abs. 3 GWB)
- ob ein Antrag auf Gestattung des Zuschlags gemäß § 115 Abs. 2 GWB nach Zustellung eines etwaigen Antrags auf Nachprüfung durch die Vergabekammer zustellen ist.

Kriterien sind hierfür insbesondere das Interesse der Allgemeinheit am raschen Abschluss des Vergabeverfahrens, die Darstellung aller geschädigten Interessen und die Darstellung aller Nachteile einer Verzögerung.

Die Vergabestelle muss der Vergabekammer die vollständigen Vergabeakten sofort übergeben (§ 110 Abs. 2 Satz 4 GWB). Gleichzeitig hat die Vergabestelle ihre vorgesetzte Dienststelle zu unterrichten und alle weiteren Verfahrensschritte mit der aufsichtführenden Ebene abzustimmen.

Geht bei der Vergabekammer ein Nachprüfungsantrag nach § 107 GWB ein, hat die Vergabekammer der Vergabestelle eine Kopie des Antrags zu übermitteln und von ihr die Vergabeakten anzufordern (§ 110 Abs. 2 Satz 3 GWB).

Nach einer Information über den Nachprüfungsantrag darf die Vergabestelle bzw. der öffentliche Auftraggeber den Zuschlag nicht mehr erteilen (§ 115 Abs. 1 GWB), da der Nachprüfungsantrag aufschiebende Wirkung hat.

Mit den betroffenen Bietern muss die Vergabestelle vor Ablauf der Bindefrist eine Fristverlängerung vereinbaren (**Ziffer 6.14**).

Verzeichnis der Anlagen

Nr.	Bezeichnung der Vordrucke/Formblätter	Stand
6-010	Veröffentlichung national	05/2015
6-020	Bekanntmachung öff. Ausschreibung national	05/2015
6-030	Bekanntmachung öff. Teilnahmewettbewerb national	05/2015
6-040	Auswahl geeigneter Bewerber	05/2015
6-050	Aufforderung Angebotsabgabe	05/2015
6-060	Angebot	10/2015
6-070	Bewerbungsbedingungen (BWB)	05/2015
6-080	Besondere Vertragsbedingungen (BVB)	05/2015
6-090	Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)	05/2015
6-100	Nachunternehmer (NU)	10/2015
6-110	Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft	05/2015
6-120	Lohnleitklausel	05/2015
6-130	Berechnungsbeispiele Lohnleitklausel	05/2015
6-140	Mehrkosten Lohnleitklausel	05/2015
6-150	Stoffpreisleitklausel	05/2015
6-160	EFB-Preis 1a	05/2015
6-170	EFB-Preis 1b	05/2015
6-180	EFB-Preis 2	05/2015
6-190	Leitfaden EFB-Preise	05/2015
6-200	Zuschlagsschreiben	05/2015
6-210	Absage national	05/2015
6-220	Absagebegründung national (Bieter)	05/2015
6-230	Absagebegründung national (Bewerber)	05/2015
6-240	EG-Absage (Bieter)	05/2015
6-250	EG-Absage (Bewerber)	05/2015
6-260	EG-Zuschlagsankündigung	05/2015
6-270	Vorbehaltsschreiben	05/2015
6-280	Bindefristverlängerung	05/2015
6-290	Anleitung Vergabevermerk	05/2015
6-300	Bewertung Unterkriterien	05/2015
6-310	Bewertungsbeispiele (Unterkriterien)	05/2015
6-320	Angebotswertung	05/2015
6-330	Angebotswertung Mischlos	05/2015
6-340	Wertungsbeispiele (Angebot normal und Mischlos)	05/2015
6-350	Niederschrift 1	05/2015
6-360	Niederschrift 2	05/2015
6-370	Niederschrift 3	05/2015
6-380	Aufhebung	05/2015

Verzeichnis der Anlagen

Nr.	Bezeichnung der Vordrucke/Formblätter	Stand
6-390	Übersicht Vergaben	05/2015
6-400	Berechnung Mittelpreis	05/2015
6-410	Instandhaltungsvertrag	05/2015
6-420	VOB-Bestellschein	10/2015
6-500	Aufforderung Angebotsabgabe (Z)	05/2015
6-510	Angebot (Z)	10/2015
6-520	Zuschlagsschreiben (Z)	05/2015
6-530	Einzelauftrag (Z)	05/2015

—

D -
Telefon 040 - Zentrale - 0
Telefax 040 -
Ansprechpartner: Herr
E-Mail:
Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Vergabe-Nr. (bei Antworten bitte angeben)

Hamburg, den

Veröffentlichung einer Bekanntmachung
Baumaßnahme:
Leistung:
Verfahrensart:
Anlage: Bekanntmachungstext

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bitte, die beiliegende Bekanntmachung zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu veröffentlichen.

Ansprechpartner für Rückfragen ist:

Herr

Tel.:

E-Mail:

Fax:

Ich bitte um Übersendung eines Nachweises über die Veröffentlichung an die obenstehende Anschrift.

Mit freundlichen Grüßen

Bekanntmachung öffentliche Ausschreibung (national)

A. Gliederung und Erläuterung

Der unter A angegebene Text Buchstabe a) bis w) dient nur zur Erläuterung; er ist aus drucktechnischen Gründen in der Bekanntmachung nicht zu wiederholen)

- a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie Emailadresse des Auftraggebers (Vergabestelle).
- b) Gewähltes Vergabeverfahren
- c) Ggf. Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung.
- d) Art des Auftrages, der Gegenstand der Ausschreibung ist:
- e) Ort der Ausführung:
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale baulichen Anlage
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrages, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden
- h) Falls die bauliche Anlage oder der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen
- i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrages; sofern möglich Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden.
- j) Gegebenenfalls Angaben nach § 8 Abs. 2 Nr. 3 VOB/A zur Zulässigkeit von Nebenangeboten.
- k) Name und Anschrift, Telefon- und Faxnummer, Email-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und Zusätzlichen Unterlagen angefordert und eingesehen werden können.
- l) Gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist:
- m) Bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderung zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden.

B. Bekanntmachungstext

- a)

Tel.:
Email:

Telefax:
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)[#]
- c) Entfällt
- d)
- e)
- f) Vergabenummer:
- g)
- h)
- i) Beginn
Ende
- j)
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme vom bis
Uhrzeit bis
Anschrift siehe a)
- l) Höhe des Kostenbeitrages: EUR
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Bar oder Banküberweisung
Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen
Empfänger:
IBAN:
Geldinstitut:
Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift k) schicken
- m) Entfällt

⁷⁾ Nichtzutreffender Textteil ist zu streichen

[#] Standardtext

- | | |
|---|--|
| <p>n) Frist für den Eingang der Angebote:</p> <p>o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die die Angebote elektronisch zu übermitteln sind:</p> <p>p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:</p> <p>q) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote Anwesend sein dürfen:</p> <p>r) Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten:</p> <p>s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind:</p> <p>t) Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, nach der Auftragsvergabe haben muss:</p> <p>u) Verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters:</p> | <p>n) Die Angebote können bis zum um Uhr eingereicht werden.</p> <p>o) Anschrift:</p> <p>p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen [#]</p> <p>q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am um Uhr
Anschrift: siehe o)
Bieter und ihre Bevollmächtigten [#]</p> <p>r) siehe Vergabeunterlagen*)keine.*)</p> <p>s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen</p> <p>t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter [#]</p> <p>u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Abs. 3 VOB/A zu machen.
Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmer beizubringen.</p> |
| <p>v) Zuschlagsfrist</p> <p>w) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann</p> | <p>v) Die Zuschlagsfrist endet am um Uhr.</p> <p>w) Beschwerdestelle:</p> |

^{*)} Nichtzutreffender Textteil ist zu streichen

[#] Standardtext

Bekanntmachung beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb (national)

A. Gliederung und Erläuterung

(Der unter A angegebene Text Buchstabe a) bis w) dient nur zur Erläuterung; er ist aus drucktechnischen Gründen in der Bekanntmachung nicht zu wiederholen)

- a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-mailadresse des Auftraggebers (Vergabestelle).
- b) Gewähltes Vergabeverfahren
- c) Ggf. Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung.
- d) Art des Auftrages, der Gegenstand der Ausschreibung ist:
- e) Ort der Ausführung:
- f) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale baulichen Anlage
- g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrages, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden
- h) Falls die bauliche Anlage oder der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen
- i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrages; sofern möglich Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden.
- j) Gegebenenfalls Angaben nach § 8 Abs. 2 Nr. 3 VOB/A zur Zulässigkeit von Nebenangeboten.
- k) Name und Anschrift, Telefon- und Faxnummer, E-mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und Zusätzlichen Unterlagen angefordert und eingesehen werden können.
- l) Gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist:
- m) Bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderung zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden.
- n) Frist für den Eingang der Angebote:
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die die Angebote elektronisch zu übermitteln sind:
- p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:
- q) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote Anwesend sein dürfen:
- r) Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten:

B. Bekanntmachungstext

- a)

Tel.:

Telefax:

Email:
- b) Beschränkte Ausschreibung nach Öffentl. Teilnahmewettbewerb nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)[#]
- c) Entfällt
- d)
- e)
- f) Vergabenummer:
- g)
- h)
- i) Beginn
Ende
- j)
- k) Entfällt
- l) Entfällt
- m) Einsendetermin für Teilnahmeanträge endet am:
Anträge sind zu richten an:
Anschrift siehe o)
- n)
- o) Anschrift:
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen [#]
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am
um Uhr
Anschrift: siehe o)
Bieter und ihre Bevollmächtigten [#]
- r) siehe Vergabeunterlagen*)keine.*)

^{*)} Nichtzutreffender Textteil ist zu streichen

[#] Standardtext

- | | |
|--|---|
| <p>s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind:</p> <p>t) Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft, nach der Auftragsvergabe haben muss:</p> <p>u) Verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters:</p> | <p>s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen</p> <p>t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter [#]</p> <p>u) Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
 Die Anträge auf Teilnahme am Vergabeverfahren sind in einem verschlossenen Umschlag, gekennzeichnet mit der Auftragsbezeichnung des Auftraggebers, einzureichen. Beabsichtigt der Bewerber, wesentliche Teile der Leistung von Nachunternehmen bzw. anderen Unternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Teilnahmeantrag die durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zudem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt Nachweise und Angaben hierzu vorlegen.
 Mit dem Antrag auf Teilnahme sind vorzulegen:
 a) Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, durch Vorlage einer Bestätigung des Umsatzes durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer / Steuerberater /oder einen entsprechend testierten Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen.
 b) Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durch mindestens 3 Referenzen mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
 c) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
 d) Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes, durch Vorlage einer Gewerbeanmeldung und eines Handelsregistrauszuges, der Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.
 e) Angaben, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde. Der rechtskräftige Insolvenzplan ist vorzulegen.
 f) Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
 g) Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen, durch Abgabe folgender Erklärungen: „Ich/wir erklären, dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
 Ferner erkläre ich/wir, dass keine wirksame Gewerbeuntersagung vorliegt, und dass kein rechtskräftiges Urteil in den letzten 2 Jahren gegen Mitarbeiter in Leitungsfunktionen z.B. wegen wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Aus-</p> |
|--|---|

¹⁾ Nichtzutreffender Textteil ist zu streichen

[#] Standardtext

schreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichem Verkehr (§ 299 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Stoffen (§ 326 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Bestechung (§ 334 StGB) vorliegen, die mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder mit einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen geahndet wurden."

h) Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde, durch Vorlage einer aktuellen Freistellungsbescheinigung und einer aktuellen Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialkasse, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

i) Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist, durch Vorlage einer qualifizierten Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

- | | |
|---|--|
| v) Zuschlagsfrist | v) Die Zuschlagsfrist endet am um Uhr. |
| w) Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann | w) Beschwerdestelle: |

⁷⁾ Nichtzutreffender Textteil ist zu streichen

^{*} Standardtext

Auswahl geeigneter Bewerber

☐ VOB

☐ VOL

Blatt Nr.

Dienststelle:

Baumaßnahme:

Auftragswert in EUR:

Bearbeiter:

Leistungsbereich (Fachlos):

☐ einfache Leistung/Lieferung

☐ techn. schwierige Leistung/Lieferung

Angaben zum Bewerber:

1	Bewerber / -gemeinschaft						
2	Sitz						
3	Berufsregister						
4	Gegenstand des Unternehmens						
5	Leistungsfähigkeit						
6	Ausschlußgründe						

Leistungsfähigkeit:

7	Umsatz						
8	Arbeitskräfte						
9	Leitung und Aufsicht						
10	Techn. Ausrüstung						

Fachkunde:

11	Referenzen						
12	Befähigungsnachweise						

Eignung / Auswertung:

13	Beurteilung						
14	Bewertung						

Besondere Hinweise zum Formblatt „Auswahl geeigneter Bewerber“

Siehe zur Prüfung und Bewertung der Angebote Ziffer 6.19 der VV-Bau.

Im Kopf des Formblattes ist neben den Angaben Baumaßnahme und Leistungsbereiche etc. insbesondere der Auftragswert einzutragen und anzukreuzen, ob es sich um eine einfache oder technisch schwierige Leistung/Lieferung handelt.

Bei bekannten Bewerbern genügen für eine Beurteilung und Auswertung die Angaben der Zeilen 3 bis 6. Bei unbekannten Bewerbern und einfachen Leistungen/Lieferungen sind die Zeilen 3 bis 10 und bei technisch schwierigen Leistungen/Lieferungen die Zeilen 3 bis 12 für eine Bewertung heranzuziehen.

- | | |
|----------|--|
| Zeile 3 | Berufsregister = Handelsregister oder Handwerksrolle |
| Zeile 5 | Selektierung in unbekannte Bewerber bzw. deren Eignung nicht hinreichend bekannt ist sowie in bekannte Leistungsfähige (geeignete) Bewerber, von denen dann keine weiteren Angaben erforderlich sind. |
| Zeile 6 | Ausschlussgründe nach §§ 6, 16 VOB/A bzw. EG VOB/A, siehe Ziffer 6.20 VV-Bau. |
| Zeile 7 | Nennung des Umsatzes der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit dieser mit der zu vergebende Leistung <u>vergleichbar</u> ist. |
| Zeile 8 | Nennung der Arbeitskräfte ggf. gegliedert nach Berufsgruppen. |
| Zeile 9 | Nennung des für Leitung und Aufsicht vorgesehenen technischen Personals |
| Zeile 10 | Nennung der zur Verfügung stehenden Maschinen und Geräte. Dieser Nachweis ist vor allem wichtig, wenn Spezialgeräte eingesetzt werden müssen. |
| Zeile 11 | Nachweis ausgeführter Leistungen der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit mit der zu vergebenden Leistung <u>vergleichbar</u> . Auskünfte sind bei Bedarf einzuholen. |
| Zeile 12 | Befähigungsnachweise = Eignungszertifikate, Zulassungen (z.B. von den Versorgungsbetrieben) etc. |
| Zeile 13 | Zusammenfassung aller Angaben zu einer Gesamtbeurteilung. Dazu gehören Erfahrungen, die der Auftraggeber mit bekannten Bewerbern gesammelt hat; welche Auskünfte über unbekannte Bewerber eingeholt wurden und wie diese zu werten sind. |
| Zeile 14 | Klassifizierung der Bewerber in geeignet und nicht geeignet. |

Datum des Poststempels

Vergabe Nr.:	
Vergabeart	
<input type="checkbox"/>	Öffentliche Ausschreibung
<input type="checkbox"/>	Beschränkte Ausschreibung
<input type="checkbox"/>	Freihändige Vergabe
<input type="checkbox"/>	Offenes Verfahren
<input type="checkbox"/>	Nichtoffenes Verfahren
<input type="checkbox"/>	Verhandlungsverfahren
<input type="checkbox"/>	Wettbewerblicher Dialog
zu der Bekanntmachung vom	
Einzureichen bis (Eröffnungs-/Einreichungstermin)	
Datum	Uhrzeit
Zuschlagsfrist endet am:	

AUFFORDERUNG ZUR ABGABE EINES ANGBOTS – VOB –

Baumaßnahme

Angebot für

Anlagen:

- | | | |
|-------------------------------------|---|--------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Bewerbungsbedingungen (BWB) | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Angebot - VOB - | 2-fach |
| <input type="checkbox"/> | Nachunternehmer (NU) | 2-fach |
| <input type="checkbox"/> | Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft | 2-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Besondere Vertragsbedingungen (BVB) | 1-fach |
| | mit Anlage <input type="checkbox"/> Lohnleitklausel und/oder <input type="checkbox"/> Stoffpreisleitklausel | |
| | <input type="checkbox"/> Beschleunigungsvergütung | |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Leistungsbeschreibung | 2-fach |
| <input type="checkbox"/> | Angaben zur Preisermittlung EFB-Preis <input type="checkbox"/> 1a, <input type="checkbox"/> 1b | 2-fach |
| <input type="checkbox"/> | Aufgliederung wichtiger Einheitspreise EFB-Preis 2 | 2-fach |
| <input type="checkbox"/> | | |
| <input type="checkbox"/> | | |

1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben im Namen und für Rechnung des Auftraggebers

2 Auskünfte werden erteilt und nicht beigelegte Verdingungsunterlagen können eingesehen werden bei

Ansprechpartner

Zeit von ... bis ... (Tag/Uhrzeit)

Ort/Zimmer

Tel.-Nummer

E-Mail

Nicht beigefügte Verdingungsunterlagen:

.....

.....

3 Es gelten die beigefügten Bewerbungsbedingungen (BWB).

4 Vorlage von Nachweisen und Angaben

4.1 Die Vergabestelle wird ab einer Auftragssumme von 30.000,00 EUR für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Eigenerklärung über die Eignung im Vordruck „Angebot“ einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundeszentralregister anfordern.

Zum Umgang mit Nachunternehmern siehe Nr. 7 BWB i.V.m. Nr. 6 ZVB und Vordruck „Nachunternehmer (NU)“.

4.2. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind Angaben und Nachweise der Eigenerklärung über die Eignung im Vordruck „Angebot“ gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A durch nachfolgende Angaben bzw. Bescheinigungen zu bestätigen:¹

- § 6 Abs. 3 Nr. 2 a): Benennung und Bestätigung des Umsatzes der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder entsprechend testierter Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnung.
- § 6 Abs. 3 Nr. 2 b): Benennung von drei mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren Referenzobjekten aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
- § 6 Abs. 3 Nr. 2 c): Benennung der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
- § 6 Abs. 3 Nr. 2 d): Gültige Gewerbeanmeldung und Handelsregisterauszug sowie Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise/Bescheinigungen vorzulegen.
- § 6 Abs. 3 Nr. 2 e): Insolvenzplan, wenn dieser rechtskräftig bestätigt wurde.
- § 6 Abs. 3 Nr. 2 h): Nachweise über die vollständige Entrichtung von Steuern und Beiträgen nach Nr. 8.1 BWB.
- § 6 Abs. 3 Nr. 2 i): Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. Bescheinigung des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen nach Nr. 8.1 BWB.

Präqualifizierte Unternehmen können anstelle der Unterlagen gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A auch in Nr. 6.2 des Vordrucks „Angebot“ die Nummer angeben, unter der sie in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) eingetragen sind.

Bei einer Vergabe oberhalb der EU-Schwellenwerte ist die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedstaaten der EU zugelassen (§ 6 Abs. 3 Nr. 2 Satz 5 EG VOB/A).

4.3 Mit dem Angebot vorzulegende weitere Nachweise und Angaben:

- ☐ Angaben zur Kalkulation mit vorbestimmten Zuschlägen (EFB Preis 1a) **oder**
Angaben zur Kalkulation über die Endsumme (EFB Preis 1b)
- ☐ Aufgliederung wichtiger Einheitspreise (EFB Preis 2)
-
-

4.4 Auf gesondertes Verlangen vorzulegende Nachweise und Angaben:

- ☒ Angaben und Nachweise nach § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A für andere Unternehmen und Nachunternehmer.
- ☐ Angaben und Nachweise nach Nr. 10.3 Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur sozialverantwortlichen Beschaffung.
- ☐ Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen für die Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen gemäß dem „Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS)“.
- ☐ Benennung der Geschäftsführung bzw. sonstigen verantwortlich handelnden Personen, für die die Vergabestelle eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRfW) durchführen muss:
Name, Vorname, Geburtsdatum und Geburtsort dieser Personen.
Bei Bietergemeinschaften wird jedes Einzelunternehmen und deren Geschäftsführung abgefragt.
- ☐
- ☐

¹ Gilt nur für öffentliche Ausschreibungen bzw. offene Verfahren.

5 Unterteilung in Lose vorgesehen

☐ ja ☐ nein

Angebote können abgegeben werden für

☐ ein Los ☐ ein oder mehrere Lose ☐ alle Lose

Näheres siehe Leistungsbeschreibung.

6 Nebenangebote

☐ Nebenangebote sind nicht zugelassen.

☐ Nebenangebote sind zugelassen; es gelten die zusätzlichen Kriterien gemäß 7.3.

☐ Nebenangebote sind unter Geltung der zusätzlichen Kriterien gemäß 7.3 zugelassen für:

.....
.....

7 Angebotswertung

Für die Angebotswertung reiner Hauptangebote sind die Kriterien in 7.1 oder 7.2 maßgebend.

Sind Nebenangebote in Nr. 6 zugelassen, gelten für die Angebotswertung von Haupt- und Nebenangebot zusätzlich die Kriterien in 7.3.

Der Zuschlag erfolgt auf das Angebot, das nach den Kriterien und Gewichtungen insgesamt den höchsten Punktwert erreicht. Bei Punktgleichheit erfolgt der Zuschlag auf das Angebot mit der niedrigsten Wertungssumme. Die Angebotswertung erfolgt über eine Punktwertematrix nach folgenden Regelungen:

7.1 ☐ Preis (alleiniges Wertungskriterium)

Der Preis (in EUR, netto) wird aus der Wertungssumme des Angebots ermittelt.

Die Wertungssumme wird ermittelt aus der nachgerechneten Angebotssumme, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen, Bonus-/Malus-Regelungen, Gleitklauseln, Wahl- und Bedarfspositionen.

7.2 Mehrere Kriterien gemäß nachfolgender Gewichtung:

☐ Preis Gewichtung%

☐ Weitere Kriterien ☐ Gewichtung%
☐ Gewichtung%
☐ Gewichtung%
Summe: 100 %

Beim Kriterium werden folgende Unterkriterien mit der jeweiligen Gewichtung berücksichtigt:

☐ Gewichtung%
☐ Gewichtung%
☐ Gewichtung%
Summe: 100 %

Beim Kriterium werden folgende Unterkriterien mit der jeweiligen Gewichtung berücksichtigt:

☐ Gewichtung%
☐ Gewichtung%
☐ Gewichtung%
Summe: 100 %

Beim Kriterium werden folgende Unterkriterien mit der jeweiligen Gewichtung berücksichtigt:

☐ Gewichtung%
☐ Gewichtung%
☐ Gewichtung%
Summe: 100 %

Ist nichts angegeben, gelten die genannten Unterkriterien für das Gesamtangebot. Bei zusammengefasster Fachlosvergabe gelten die Unterkriterien für folgende Leistungsteile des Angebots mit folgenden Gewichtungen:

Leistungsteil: %
Leistungsteil: %
Leistungsteil: %
Summe: 100 %

7.3 ☐ Bei der Zulassung von Nebenangeboten (Nr. 6): mehrere Kriterien gemäß nachfolgender Gewichtung:

☐ Preis Gewichtung%

☐ Weitere Kriterien ☐ Gewichtung%

☐ Gewichtung%

☐ Gewichtung%

Summe: 100 %

Beim Kriterium werden folgende Unterkriterien mit der jeweiligen Gewichtung berücksichtigt:

☐ Gewichtung%

☐ Gewichtung%

☐ Gewichtung%

Summe: 100 %

Beim Kriterium werden folgende Unterkriterien mit der jeweiligen Gewichtung berücksichtigt:

☐ Gewichtung%

☐ Gewichtung%

☐ Gewichtung%

Summe: 100 %

Beim Kriterium werden folgende Unterkriterien mit der jeweiligen Gewichtung berücksichtigt:

☐ Gewichtung%

☐ Gewichtung%

☐ Gewichtung%

Summe: 100 %

8 Die Zuschlagsfrist beginnt mit dem Eröffnungstermin; bis zu ihrem Ablauf ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

9 Jeder Bieter, der zur Leistungsübernahme bereit ist, möge bitte beiliegendes Angebotsschreiben nebst Anlagen ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben in verschlossenem Umschlag bis zum Eröffnungs-/ Einreichungs-termin an

..... (s. Briefkopf) oder an: einsenden oder
..... Ort des Eröffnungstermins (Anschrift, Zimmer-Nr.): abgeben.

Der Umschlag ist außen mit anliegendem Kennzettel zu versehen sowie mit Namen (Firma), Anschrift und der Angabe „Angebot für“ (Bezeichnung der Baumaßnahme und der Leistungen wie oben) zu bezeichnen.

Zum Eröffnungstermin sind nur Bieter und ihre Bevollmächtigten zugelassen.

10 Datenaustausch

Sofern Daten der Ausschreibung auch im digitalem GAEB-Format (D83, P83 oder X83) zur Verfügung gestellt werden, sollte der Bieter vom digitalen Datenaustausch Gebrauch machen und das Leistungsverzeichnis im digitalen GAEB-Format (D84, P84 oder X84) einreichen. Sollte die hierfür erforderliche Software-Ausstattung nicht zur Verfügung stehen, kann ein entsprechendes Programm mit dem Namen „Offerte L“ kostenfrei von der Internetseite „<http://hamburg.de/bsu/bsu-ausschreibungen/>“ heruntergeladen werden.

Die Notwendigkeit der Einreichung des vollständigen Angebotes in Papierform bleibt unberührt (vgl. Nr. 3.5 BWB).

11 Nachprüfungsstellen

11.1 Nationale (unterschwellige) Vergaben:

☐ Beschwerdestelle (Nachprüfungsstelle gemäß § 21 VOB/A):

.....
.....
.....

11.2 Nationale (unterschwellige) Vergaben bei Zuordnung zum 20 %-Kontingent (§ 2 Nr. 6 VgV):

☐ Vergabekammer (Nachprüfungsbehörde gemäß § 104 GWB, § 21a VOB/A):

.....
.....
.....

11.3 Europaweite (überschwellige) Vergaben:

- ☐ Vergabekammer (Nachprüfungsbehörde gemäß § 104 GWB, § 21 EG VOB/A):

.....
.....
.....

- 12 Jeder Bieter, der kein Angebot abzugeben beabsichtigt, möge bitte die Anlagen umgehend unausgefüllt zurückgeben (entfällt bei öffentlicher Ausschreibung).

- 13
-
-

[Name und Anschrift des Bieters]

Vergabe Nr.:

Vergabeart

- ☐ Öffentliche Ausschreibung
☐ Beschränkte Ausschreibung
☐ Freihändige Vergabe

- ☐ Offenes Verfahren
☐ Nichtoffenes Verfahren
☐ Verhandlungsverfahren
☐ Wettbewerblicher Dialog

Zuschlagsfrist endet am:

ANGEBOT – VOB –

Baumaßnahme

.....

.....

Angebot für

.....

.....

Anlagen:

- ☒ Leistungsbeschreibung / Leistungsverzeichnis
☐ Angaben zur Preisermittlung¹ EFB-Preis ☐ 1a, ☐ 1b²
☐ Aufgliederung wichtiger Einheitspreise EFB-Preis 2¹
☐ Vordruck „Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft“ (vgl. Nr. 6 BWB)²
☐ Vordruck „Nachunternehmer (NU)“ (vgl. Nr. 7 BWB)²
☐
☐
☐
☐
☐ Pläne/Zeichnungen Nr.

.....

.....

.....

.....

- 1 Ich/Wir biete(n) die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen und mit allen den Preis betreffenden Angaben in Nr. 9 dieses Angebotsschreibens an. An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist gebunden.
- 2 Ich/Wir habe(n) die Bewerbungsbedingungen (BWB) beachtet.

¹ Zutreffendes von der Vergabestelle anzukreuzen

² Zutreffendes vom Bieter anzukreuzen

- 3 Bestandteil dieses Angebotes sind neben diesem Angebotsschreiben (einschl. Anlagen) die folgenden Unterlagen in der geltenden Fassung:
- die Leistungsbeschreibung
 - die Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)
 - die Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (ZVB)
 - die in der Leistungsbeschreibung angegebenen Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen
 - die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C)
 - die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B)
-

4 Angaben zur Eignung

- 4.1 ☐ Ich bin/Wir sind bevorzugte(r) Bewerber (§§ 56, 58 Schwerbehindertengesetz) laut beigefügten Nachweisen.

- 4.2 Ich bin/Wir sind in der Liste des „Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis) eingetragen unter Nummer:

Bei einer Vergabe oberhalb der EU-Schwellenwerte ist die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedstaaten der EU zugelassen (§ 6 Abs. 3 Nr. 2 Satz 5 EG VOB/A).

- 4.3 Eigenerklärungen zur Eignung gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A (für nicht präqualifizierte Unternehmen)³

- zu § 6 Abs. 3 Nr. 2a und c VOB/A bzw. EG VOB/A

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir ausreichend leistungsfähig bin/sind, um die ausgeschriebene Leistung zu erbringen und der Umsatz meines/unseres Unternehmens für vergleichbare Leistungen aus den letzten drei Geschäftsjahren unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen sowie die Zahl und die Struktur der bei mir/uns beschäftigten Arbeitskräfte und des technischen Personals dieses ausweist. Auf Verlangen werden zur Bestätigung entsprechende Unterlagen vorgelegt.

- zu § 6 Abs. 3 Nr. 2b VOB/A bzw. EG VOB/A

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind. Entsprechende drei Referenzen, die vom jeweiligen Auftraggeber schriftlich als auftragsgemäß erbracht bestätigt wurden, werden auf Verlangen vorgelegt.

- zu § 6 Abs. 3 Nr. 2e und f VOB/A bzw. EG VOB/A

Ich/Wir erkläre(n), dass über mein/unser Vermögen

- ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt wurde
- ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren eröffnet wurde
- ein Antrag auf Eröffnung gestellt oder mangels Masse abgelehnt wurde
- ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Falls ein rechtskräftiger Insolvenzplan bestätigt wurde, wird dieser auf Verlangen vorgelegt.

- mein/unser Unternehmen befindet sich in Liquidation

<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
-----------------------------	-------------------------------

- zu § 6 Abs. 3 Nr. 2d und g bis i VOB/A bzw. EG VOB/A

- Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir von der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg nicht von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen bin/sind.

- Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meinen/unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern, der Beiträge zu den Sozialversicherungen, der Beiträge zu der Sozialkasse des Baugewerbes⁴ und der Beiträge zu der Berufsgenossenschaft nachgekommen bin/sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen (Eintragung in Berufsregister) für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).

Aktuelle Nachweise gemäß Nr. 7.1 Bewerbungsbedingungen bringe(n) ich/wir auf Verlangen bei.

- Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt worden bin/sind.

- Ich/wir erkläre(n), dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigen könnten.

5 Tariftreue und Mindestlohn

- 5.1 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns im Fall der Auftragserteilung, den in meinem/unserem Unternehmen bei Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten (insbesondere Zahlungszeitpunkt) mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmerentsendegesetzes gebunden ist (allgemeinverbindlicher Mindestlohntarifvertrag).

Ich/Wir verpflichten(n) mich/uns im Fall der Auftragserteilung zur Beachtung des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, des Arbeitnehmerentsendegesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.

³ Nur bei öffentlichen Ausschreibungen einschlägig

⁴ Gilt nur für Bieter, die Beiträge zu den Sozialkassen zu entrichten haben.

- ☐ Es besteht eine Bindung an einen allgemeinverbindlichen Mindestlohntarifvertrag nach dem Arbeitnehmerentendengesetz und zwar an (Angabe des Tarifvertrags).
Das niedrigste tarifvertragliche Entgelt beträgt EUR brutto/Stunde.
- ☐ Es besteht keine Bindung an einen allgemeinverbindlichen Mindestlohntarifvertrag, mein/unser Unternehmen unterliegt aber dem folgenden sonstigen Tarifvertrag:
Das niedrigste gezahlte Entgelt nach diesem Tarifvertrag beträgt EUR brutto/Stunde.
- ☐ Mein/Unser Unternehmen unterliegt keinem Tarifvertrag.
Das niedrigste von meinem/unserem Unternehmen gezahlte Entgelt beträgt EUR brutto/Stunde.

Für den Fall, dass das niedrigste Entgelt unterhalb des gültigen Mindestlohns liegt, verpflichte(n) ich mich/wir uns, den bei der Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten (ohne Auszubildende) mindestens ein Entgelt in Höhe des Mindestlohns gemäß § 5 Abs. 1 Hamburgisches Mindestlohngesetz (HmbMIG) in der jeweils geltenden Fassung (in Höhe von derzeit 8,67 EUR brutto/Stunde) zu zahlen.

Soweit Leistungen auf Nachunternehmer übertragen werden sollen, werde(n) ich/wir auch die Nachunternehmer entsprechend verpflichten.

- 5.2 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die von mir/uns eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers werde(n) ich/wir ihm die Entgeltabrechnungen vorlegen und Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen sowie die zwischen mir/uns und den Nachunternehmern geschlossenen Verträge gewähren. Meine/Unsere Beschäftigten wurden auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen.

6 Nachunternehmer

- 6.1 ☐ Ich/Wir werde(n) die Leistung im eigenen Betrieb ausführen.
- 6.2 ☐ Ich/Wir beabsichtige(n), die in der beigefügten Erklärung „Nachunternehmer (NU)“ aufgeführten Leistungen an Nachunternehmer zu übertragen.

Mir/Uns ist bekannt, dass (Teil-)Leistungen nur auf Nachunternehmer übertragen werden dürfen, wenn der Auftraggeber zuvor schriftlich zugestimmt hat. Ebenso ist mir/uns bekannt, dass jede nachträgliche Einschaltung und jeder Wechsel eines Nachunternehmers der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers bedarf.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die für mich/uns geltenden Pflichten zur Einhaltung von Tariftreue und Mindestlohn, zum Einsatz von (Nach-)Nachunternehmern und zur Bereithaltung und Vorlage von Entgeltabrechnungen ebenfalls meinen/unseren Nachunternehmern aufzuerlegen und die Beachtung der Pflichten durch meine/unsere Nachunternehmer zu kontrollieren.

Ich/Wir werde(n) die Erklärung „Nachunternehmer (NU)“ von meinen/unseren (Nach-)Nachunternehmern abfordern und dem Auftraggeber vorlegen.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir bei Weitergabe von Vertragsleistungen, die von Preisgleitklauseln betroffen sind, entsprechende Regelungen in die Verträge mit etwaigen Nachunternehmern bzw. anderen Unternehmen aufnehme(n).

- 6.3 Im Übrigen verpflichte(n) ich mich/wir uns zur Beachtung der Regelungen zum Einsatz von Nachunternehmern und Leiharbeitskräften gemäß Nr. 6 BWB i.V.m. Nr. 6 ZVB.

7 Leistungsverzeichnis

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir bei Verwendung einer selbstgefertigten Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses das vom Auftraggeber verfasste Leistungsverzeichnis (Langtext) als allein verbindlich anerkenne(n).

Ich/Wir erkläre(n), dass das im Leistungsverzeichnis genannte Fabrikat als angeboten gilt, wenn im Leistungsverzeichnis bei einer Teilleistung eine Bezeichnung für ein bestimmtes Fabrikat mit dem Zusatz „oder gleichwertiger Art“ verwendet worden ist und ich /wir dort keine Angabe gemacht haben.

8 Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator

Der von mir/uns zu benennende Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gemäß Baustellenverordnung und dessen Stellvertreter verfügen über ausreichende berufliche und arbeitsschutzfachliche Kenntnisse und darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung, um die nach der Baustellenverordnung übertragenen Aufgaben fachgerecht zu erfüllen. Entsprechende Referenzen werden bei der Auftragserteilung vorgelegt.

9 Preisangaben

9.1	Hauptangebot ⁵ (keine Vergabe nach Losen)	Endbetrag einschl. Umsatzsteuer (ohne Nachlass) in Euro	Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote
	Summe Angebot		%

9.2	Hauptangebot ⁵ (bei vorbehaltener losweiser Vergabe)	Endbetrag einschl. Umsatzsteuer (ohne Nachlass) in Euro	Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote
	Summe Los 1		%
	Summe Los 2		%
	Summe Los 3		%
	Summe Los 4		%
	Summe Gesamtangebot		
	Zusätzliche Preisermäßigung bei Zusammenfassung		Zusätzlicher Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote
	<input type="checkbox"/> aller angebotenen Lose		%
	<input type="checkbox"/> der Lose Nr.:		%

9.3 Nebenangebote zum Hauptangebot

Anzahl:

10 Holzzertifizierung

Der Rohstoff Holz als Bestandteil der Bauleistung (ausgenommen als Bauhilfsstoff) muss nach FSC, PEFC oder gleichwertig zertifiziert sein oder die für das jeweilige Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllen. Zur Information über die Standards des „Forest Stewardship Council“ (FSC) und des „Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“ (PEFC) wird auf die Websites „www.fsc-deutschland.de“ und „www.pefc.de“ verwiesen.

- ☐ Dieser Auftrag betrifft kein Holz als Rohstoff.
☐ Ich werde nur Holz verwenden, das nach FSC und/oder PEFC zertifiziert ist.
☐ Ich werde nur Holz verwenden, das nach zertifiziert ist.
☐ Ich werde nur Holz verwenden, das die im jeweiligen Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt.

Die im Angebot angegebenen Zertifikate oder die gleichwertigen Nachweise sind bei der Anlieferung von Holz auf der Baustelle oder an der Lieferadresse vorzulegen.

Der Nachweis der Gleichwertigkeit (d.h. Übereinstimmung des Zertifikates mit den für das jeweilige Herkunftsland geltenden Standards von FSC oder PEFC) bzw. der Nachweis, dass die im jeweiligen Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt werden, ist durch eine Prüfung des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Hamburg oder des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn zu erbringen.

11 Mir/Uns ist bekannt, dass eine falsche Erklärung in diesem Vordruck meinen/unseren Ausschluss von künftigen Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

Ort, Datum, Stempel und Unterschrift:

Wird dieser Vordruck an dieser Stelle nicht unterschrieben, gilt das Angebot als nicht abgegeben.

⁵ In Abhängigkeit von der Festlegung in Nr. 6 der Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes auszufüllen
Angebot – 10/2015

Bewerbungsbedingungen (BWB)

für die Vergabe von Bauleistungen im Hochbau, Garten-/Landschaftsbau und Ingenieurbau

Hinweis: Das Vergabeverfahren erfolgt nach der „Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen“, Teil A „Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen“ (VOB/A).

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters/Bewerbers Unklarheiten, hat er die Vergabestelle unverzüglich vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden; das Angebot ist an der dafür vorgesehenen Stelle zu unterschreiben.

Eine selbstgefertigte Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig. Das von der Vergabestelle vorgegebene Leistungsverzeichnis ist allein verbindlich.

3.3 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.4 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise im Sinne von § 13 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulation“ auf andere Leistungspositionen umlegt, grundsätzlich von der Wertung ausgeschlossen (§ 16 Abs. 1 Nr. 1c Halbsatz 1 VOB/A bzw. EG VOB/A).

Kurzfassungen müssen die Ordnungszahlen (Positionen) des vom Auftraggeber übersandten Leistungsverzeichnisses vollzählig, in der gleichen Reihenfolge und mit den gleichen Nummern enthalten; sie müssen für jede Teilleistung nacheinander die Ordnungszahl, die Menge, die Einheit, den Einheitspreis und den Gesamtbetrag, darüber hinaus den jeweiligen Kurztext sowie die dem Leistungsverzeichnis entsprechenden Zwischensummen der Leistungsabschnitte, die Angebotssumme und alle vom Auftraggeber geforderten Textergänzungen enthalten.

Die Kurzfassung ist zusammen mit dem vom Auftraggeber übersandten Leistungsverzeichnis Bestandteil des Angebots.

Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein.

3.5 Alle Preise sind in Euro, mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Prozentsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Preisnachlässe sind mit höchstens zwei Nachkommastellen anzugeben. Werden Preisnachlässe mit mehr als zwei Nachkommastellen angeboten, werden für die Wertung nur die ersten beiden Nachkommastellen berücksichtigt.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung zum Vertragsinhalt.

3.7 Digitale Angebote mit Signatur im Sinne des Signaturgesetzes dürfen nur abgegeben werden, wenn dies in der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen ausdrücklich zugelassen ist.

Andere auf elektronischem Wege übermittelte Angebote sind nicht zugelassen.

4 Nebenangebote

4.1 Sind Nebenangebote zugelassen, müssen sie die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen (insbesondere die Abweichung des Nebenangebots vom Hauptangebot) eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses

ses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.
- 4.5 Nebenangebote mit negativen Preisen werden nur gewertet, wenn die betroffene OZ (Position) als Pauschale angeboten wird.
- 4.6 Sind Nebenangebote zugelassen und für die Verwertung bzw. Beseitigung der Abfälle eine andere als in der Leistungsbeschreibung genannte Lösung der Verwertung bzw. Beseitigung angeboten, hat der Bieter mindestens nachzuweisen, dass
 - die vorgesehene Anlage die Berechtigung zur Verwertung bzw. Beseitigung der Abfälle sowie zur Aufnahme des Abfalls besitzt und der Betreiber rechtsverbindlich bestätigt hat, dass er die Abfälle annehmen wird,
 - die Bestätigung der Abfallwirtschaftsbehörde vorliegt,
 - die Kosten der Abfallverwertung in den Einheitspreisen eingerechnet sind, und
 - die erforderliche Transportgenehmigung (§ 49 Abs. 1 Nr. 2 KrW-/AbfG) vorliegt.

Für die Abfallbeseitigung sind die Gebühren zu benennen, die vom Auftraggeber unmittelbar zu tragen sind.

5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Vordruck „Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft“) abzugeben,
 - in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- 5.2 Sofern nicht öffentlich bzw. im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeföhrten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

6 Einsatz von Nachunternehmern und Leiharbeitskräften

Es gilt Nr. 6 der „Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB)“.

7 Eignungsnachweis

- 7.1 Die Erteilung des Auftrags ist von der Vorlage aktueller Nachweise über die vollständige Entrichtung von Steuern und Beiträgen abhängig. Bietergemeinschaften haben für jedes ihrer Mitglieder die entsprechenden Nachweise beizubringen. Im Einzelnen sind dies:
 - eine aktuelle Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG,
 - eine qualifizierte Bescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. Bescheinigung des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden,
 - eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse des Baugewerbes (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 12 Monate sein darf.

Ausländische Unternehmen haben jeweils vergleichbare Nachweise zu erbringen, bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine deutsche Übersetzung beizufügen.

- 7.2 Darüber hinaus setzt die Zuschlags-/Auftragserteilung voraus, dass eine Abfrage für den Bieter beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs (GRfW) keine Ergebnisse erbracht hat, die die Zuverlässigkeit des Bieters betreffen.
- 7.3 Die Nachweise nach Nr. 7.1 sind vorzulegen
 - bei öffentlicher Ausschreibung oder offenem Verfahren, beschränkter Ausschreibung, freihändiger Vergabe oder Verhandlungsverfahren ohne öffentliche Vergabebekanntmachung nach besonderer Aufforderung von den in die engere Wahl kommenden Bietern;
 - bei beschränkter Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb, nichtoffenem Verfahren, Verhandlungsverfahren mit öffentlicher Vergabebekanntmachung mit dem Antrag auf Teilnahme.

Die nicht rechtzeitige Vorlage der Nachweise föhrt zum Ausschluss des Angebots von der Wertung.

- 7.4 Die in die engere Wahl kommenden Bieter müssen die Nachweise nach Nrn. 7.1 und 7.2 nach besonderer Anforderung auch für ihre vorgesehenen Nachunternehmer vorlegen. Können sie ihre Nachunternehmer erst später benennen, müssen sie die Nachweise mit der Benennung ihrer Nachunternehmer beibringen.
- 7.5 Der Auftraggeber darf vom Bieter alle weiteren Eignungsnachweise, die vom Bieter gemäß Bekanntmachung bzw. Verdingungsunterlagen gefordert werden, auch für dessen Nachunternehmer vorgelegt verlangen.
- 7.6 Für Bieter und Nachunternehmer, die in der Liste des „Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis) eingetragen sind, kann im Vordruck „Angebot“ bzw. „NU“ anstelle der Nachweise auch die Nummer ihrer Eintragung im Präqualifikationsverzeichnis angegeben werden. Bei einer Vergabe oberhalb der EU-Schwellenwerte ist die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedstaaten der EU zugelassen (§ 6 Abs. 3 Nr. 2 Satz 5 EG VOB/A).

8 Tariftreue und Mindestlohn

Ein Bieter erhält einen Auftrag nur, wenn er sich bei der Angebotsabgabe verpflichtet, die Vorgaben zu Tariftreue und Mindestlohn zu befolgen (siehe Nr. 5 des Vordrucks „Angebot“).

Der Bieter muss entsprechende Erklärungen in Nr. 5 des Angebots abgeben und dort auch die Art der tariflichen Bindung seines Unternehmens sowie die gezahlte Höhe des niedrigsten Stundenlohns (brutto) für die im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzten Beschäftigten angeben.

9 Sonderregelung für Zeitverträge

Für die Vergabe von Bauleistungen im Zeitvertrag gelten diese Bewerbungsbedingungen mit den folgenden Maßgaben:

- 9.1 Das Angebot darf nur enthalten
- die Angabe des Auf- oder Abgebots auf die Preise in Prozent,
 - die Angabe der Stundenlohnverrechnungssätze für Stundenlohnarbeiten,
 - sonstige in den Verdingungsunterlagen geforderte Erklärungen.
- Auf Verlangen hat der Bieter die Urkalkulation zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen.
- 9.2 Nebenangebote, Angebote von Bietergemeinschaften und Einsätze von Nachunternehmern und Leiharbeitskräften sind bei der Vergabe von Bauleistungen im Zeitvertrag nicht zuzulassen; daher sind die Regelungen der Nummern 4, 5, 6, 7.4 und 7.5 auf diese Vergabeverfahren nicht anzuwenden.

.....
.....

Baumaßnahme

Angebot für

Besondere Vertragsbedingungen (BVB)

Hinweis: Die Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

1 Objekt-, Bauüberwachung (§ 4 Abs. 1)

Die Objekt-, Bauüberwachung obliegt
Diese/r hat den Architekten/Ingenieur mit der Wahrnehmung beauftragt.
Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.

2 Ausführungsfristen (§ 5)

2.1 Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☐ unverzüglich nach Erteilung des Auftrages.
☐ nach besonderer schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber, die spätestens Werktagen nach Auftragserteilung erfolgt.
☐ spätestens Werktagen nach Aufforderung. Späteste Aufforderung erfolgt am: (Datum).

2.2 Die Leistung ist fertig zu stellen

- ☐ innerhalb von Werktagen nach dem vereinbarten Beginn der Ausführung.
☐
☐ spätestens am (Datum).
☐ spätestens Werktagen nach

2.3 Einzelfristen

- ☐ Einzelfristen für die Vollendung der Ausführung

- = spätestens Werktagen nach
- = spätestens Werktagen nach
- = spätestens (Datum)
- = spätestens (Datum)

- ☐ Einzelfristen für den Ausführungsbeginn am Leistungsort

- = spätestens Werktagen nach
- = spätestens Werktagen nach
- = spätestens (Datum)
- = spätestens (Datum)

- ☐ Einzelfristen für Verkehrsbeschränkungen

- = Kalendertage
- = Kalendertage
- = von bis (Datum)
- = von bis (Datum)

Folgende Einzelfristen sind Vertragsfristen:

.....
.....

2.4 Der Auftraggeber behält sich vor, vorstehend nicht datierte Zeitpunkte (Beginn und Ende der Ausführungsfrist und etwaiger Einzelfristen) im Zuschlagsschreiben datumsmäßig festzulegen.

3 Vertragsstrafen bei Überschreitung von Fristen (§ 11)

Bei Überschreitung der Vertragsfristen hat gemäß § 11 VOB/B der Auftragnehmer für jeden Werk- bzw. Kalendertag, um den eine Frist überschritten wird, folgende Vertragsstrafe zu zahlen:

3.1 Bei Überschreitung der Fristen für die Vollendung der Ausführung

- ☐ EUR (netto)/Werktag
☐ EUR (netto)/Kalendertag

3.2 Bei Überschreitung der Einzelfristen für die Vollendung der Ausführung

- EUR (netto)/Werktag
- EUR (netto)/Werktag

3.3 Bei Überschreitung der Einzelfristen für den Ausführungsbeginn am Leistungsort

- EUR (netto)/Werktag
- EUR (netto)/Werktag

3.4 Bei Überschreitung der Einzelfristen für Verkehrsbeschränkungen

- EUR (netto)/Kalendertag
- EUR (netto)/Kalendertag

3.5 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt % der Abrechnungssumme begrenzt.

Die Summe der zu zahlenden Vertragsstrafen wird auf insgesamt 5 % der Abrechnungssumme begrenzt.

4 Beschleunigungsvergütung

- ☐ Die Geltung einer Beschleunigungsvergütung wird vereinbart gemäß Anlage „Beschleunigungsvergütung“.

Hinweis: Der Vordruck „Beschleunigungsvergütung“ ist beizufügen.

4.1 Höhe der Beschleunigungsvergütung bei Unterschreitung der Einzelfristen für Verkehrsbeschränkungen

- EUR (netto)/Kalendertag
- EUR (netto)/Kalendertag
- EUR (netto)/Kalendertag

4.2 Die Höchstsumme der Beschleunigungsvergütung wird auf insgesamt 5 % der Abrechnungssumme begrenzt.

5 Mängelansprüche

Für die folgenden Leistungen gelten nicht die Verjährungsfristen für die Mängelansprüche der Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen bzw. des § 13 Abs. 4 VOB/B, sondern

- für = Jahre
für = Jahre

6 Abrechnung mit IT-Anlagen

Führt der Auftragnehmer die Abrechnung mit IT-Anlagen durch, gelten neben den Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB) die folgenden Bedingungen:

6.1 Für die Anwendung der „Sammlung REB“ ist deren Stand maßgebend.

6.2 Der Auftraggeber beabsichtigt,

- alle Berechnungen mit IT-Anlagen zu prüfen, die der Auftragnehmer mit IT-Anlagen aufgestellt hat und
- folgende REB-VB nicht anzuwenden:

6.3 Der Auftragnehmer darf bei der Aufstellung der Abrechnung

- folgende IT-Programme nicht verwenden:
- folgende Rechenstelle nicht einsetzen:

6.4 Die Datenträger für die Prüfberechnung

- ☐ sind vom Auftragnehmer als Doppel der von ihm für die Leistungsberechnung verwendeten Datenträger zu liefern;
IT-spezifische Einzelheiten der Datenträger:

- ☐ werden vom Auftraggeber selbst erstellt.

7 Rechnungen (§ 14)

7.1 Alle Rechnungen sind bei-fach und zugleich bei-fach einzureichen.

7.2 Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z.B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind einfach/.....-fach einzureichen.

8 Sicherheitsleistung (§ 17)

- 8.1 Als Sicherheit für die Vertragserfüllung hat der Auftragnehmer ab einer Auftragssumme von 250.000 EUR eine Bürgschaft nach dem Vordruck „Bürgschaft“ in Höhe von % der Auftragssumme zu stellen
Leistet der Auftragnehmer die Sicherheit nicht binnen 18 Werktagen nach Vertragsschluss (Zugang des Zuschlagschreibens), ist der Auftraggeber zum Einbehalt von Abschlagszahlungen berechtigt, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.

Nach Empfang der Schlusszahlung und Erfüllung aller bis dahin erhobener Ansprüche kann der Auftragnehmer verlangen, dass die Vertragserfüllungsbürgschaft in eine Mängelansprüche-Bürgschaft gemäß Vordruck „Bürgschaft“ in Höhe von % der Abrechnungssumme umgewandelt wird.

- 8.2 Bei Bauaufträgen werden

- ☐ ab einer Auftragssumme von 250.000 EUR
☐ unabhängig von der Höhe der Auftragssumme

als Sicherheit für etwaige Mängelansprüche % der Abrechnungssumme einbehalten.

Sind festgestellte Mängel zu beseitigen, erhöht sich die Sicherheit um den dreifachen Betrag der voraussichtlichen Aufwendungen für die Mängelbeseitigung.

Der Auftragnehmer kann stattdessen eine Mängelansprüche-Bürgschaft gemäß Vordruck „Bürgschaft 2“ stellen.

- 8.3 Für Abschlagszahlungen nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 und für vereinbarte Vorauszahlungen ist Sicherheit durch eine Bürgschaft nach Nr. 17 ZVB gemäß Vordruck „Bürgschaft“ zu leisten.

- 8.4 Für den Ingenieurbau: Abweichend von Nr. 26.8 ZVB gilt:

.....

9 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

- 9.1 Lohnänderungen

- ☐ werden nicht berücksichtigt
☐ werden bei Erfüllung der Voraussetzungen gemäß der Anlage „Lohngleitklausel“ berücksichtigt.

Hinweis: Der Vordruck „Lohngleitklausel“ ist beizufügen.

- 9.2 Stoffpreisänderungen

- ☐ werden nicht berücksichtigt.
☐ werden bei Erfüllung der Voraussetzungen gemäß der Anlage „Stoffpreisgleitklausel“ berücksichtigt.

Hinweis: Der Vordruck „Stoffpreisgleitklausel“ ist beizufügen.

Für die Berechnung des Selbstbehalts für die im Vordruck „Stoffpreisgleitklausel“ angegebenen Stoffe wird zu Grunde gelegt:

- ☐ die Gesamtabrechnungssumme
☐ die Abrechnungssumme des Abschnitts
☐ die addierten Abrechnungssummen der Abschnitte

Ist vorstehend keine Angabe zur Berechnung des Selbstbehalts angekreuzt, gilt für die Berechnung des Selbstbehalts die Gesamtabrechnungssumme.

- 9.3 Sicherheit und den Gesundheitsschutz

Wird auf Nebenangebote, die Auswirkungen auf die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten haben, der Zuschlag erteilt, hat der Auftragnehmer den Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan nach BaustellV zu erstellen bzw. den für das Hauptangebot erstellten anzupassen und mit dem Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator vor dem Einrichten der Baustelle abzustimmen.

- 9.4 Führung von Bautageberichten

.....

- 9.5 Sozial verantwortliche Beschaffung

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO oder auch ILO, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen) haben die sog. ILO-Kernarbeitsnormen (vgl. „www.ilo.org/public/german/region/eurpro/bonn“) definiert.

Die Ausführung der Leistung darf nicht gegen die ILO-Kernarbeitsnormen verstoßen, insbesondere dürfen bei der Leistungsausführung **keine Natursteine** verwendet werden, die unter Verstoß gegen die ILO-Kernarbeitsnormen gewonnen, hergestellt oder verarbeitet worden sind.

Der Bieter/Auftragnehmer hat daher auf gesondertes Verlangen

- anzugeben, wo die Natursteine, die verwendet werden sollen, hergestellt, gewonnen bzw. verarbeitet wurden, und
- durch Vorlage einer unabhängigen Zertifizierung nachzuweisen, dass die Natursteine nicht unter Verletzung der ILO-Kernarbeitsnormen gewonnen, hergestellt oder verarbeitet wird bzw. worden sind.

Kann eine unabhängige Zertifizierung nicht vorgelegt werden, ist folgende verbindliche Erklärung abzugeben: „Ich/wir versichern, dass die Natursteine ohne Verletzung der ILO-Kernarbeitsnormen gewonnen, hergestellt und/oder verarbeitet werden bzw. wurden.“

Kann auch diese Erklärung nicht abgegeben werden, ist folgende Zusicherung notwendig: „Ich/wir erklären verbindlich, dass mein/unser Unternehmen oder meine/unsere Lieferanten Ziel führende Maßnahmen zur Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen im Zusammenhang mit der Verwendung von Natursteinen ergriffen haben. Entsprechende Selbstverpflichtungs- oder Verhaltenskodizes meines/unseres Unternehmens bzw. meiner/unserer Lieferanten, die die Ergreifung der zielführenden Maßnahmen dokumentieren, habe ich beigefügt.“

Kann auch diese Erklärung nicht abgegeben werden, weil die Leistung, bei der Natursteine verwendet werden, durch Nachunternehmer erbracht wird, ist folgende Zusicherung erforderlich:

„Ich/wir erklären verbindlich, dass die von mir/uns benannten Nachunternehmer bzw. deren Lieferanten zumindest eine der vorstehend genannten Nachweise bzw. Erklärungen mir/uns gegenüber abgegeben haben/ abgeben können. Auf Verlangen werde/n ich/wir entsprechende verbindliche Nachweise bzw. Erklärung von den von mir/uns eingesetzten Nachunternehmern bzw. deren Lieferanten vorlegen.“

Sofern die Nachunternehmen zum Zeitpunkt der Auftragserteilung noch nicht namentlich benannt werden können, erkläre/n ich/wir, dass wir nur Nachunternehmer einsetzen werde/n, die selbst oder deren Lieferanten zumindest eine der vorstehend genannten Nachweise bzw. Erklärungen mir/uns gegenüber abgegeben haben/abgeben können. Mit der Benennung der Nachunternehmer werde/n ich/wir entsprechende verbindliche Nachweise bzw. Erklärungen und etwaige Selbst- bzw. Verhaltenskodizes für die von mir/uns eingesetzten Nachunternehmen bzw. deren Lieferanten vorlegen.“

Der Bieter/Auftragnehmer muss versichern, dass ihm bekannt ist, dass falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen können (vgl. Nrn. 11, 30 Zusätzliche Vertragsbedingungen).

Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung dieser Besonderen Vertragsbedingungen während der Ausführung der Arbeiten verpflichtet. Er muss dafür sorgen und einstehen, dass bei der Ausführung der Leistungen die Regeln zur sozial verantwortlichen Beschaffung eingehalten werden. Der Auftraggeber ist berechtigt, die Angaben zu überprüfen.

9.6 Holzzertifizierung

Der Rohstoff Holz als Bestandteil der Bauleistung (ausgenommen als Bauhilfsstoff) muss nach FSC, PEFC oder gleichwertig zertifiziert sein oder die für das jeweilige Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllen (zur Information über die Standards siehe „www.fsc-deutschland.de“ und „www.pefc.de“).

Die im Angebot angegebenen Zertifikate oder die gleichwertigen Nachweise sind bei der Anlieferung von Holz auf der Baustelle oder an der Lieferadresse vorzulegen.

Der Nachweis der Gleichwertigkeit (d.h. Übereinstimmung des Zertifikates mit den für das jeweilige Herkunftsland geltenden Standards von FSC oder PEFC) bzw. der Nachweis, dass die im jeweiligen Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt werden, ist durch eine Prüfung des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Hamburg oder des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn zu erbringen.

9.7 Zahlungsfristen

Die Fristen für die Prüfung der Schlussrechnung und die Fälligkeit der Schlusszahlung werden gemäß § 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B auf Kalendertage festgelegt.

Hinweis: Weitere Bedingungen sind zu nummerieren. Werden keine weiteren Bedingungen aufgenommen, ist zu schreiben: „Keine“. Der Rest der Seite ist so zu sperren, dass keine Eintragungen vorgenommen werden können.

9.8

10 Sonderregelung für Zeitverträge

Für die Vergabe von Bauleistungen im Zeitvertrag/Rahmenvertrag gelten allein die folgenden Maßgaben:

10.1 Der vorliegende Zeitvertrag ist ein Rahmenvertrag für die Zeit vom bis

10.2 Zur Erteilung von Einzelaufträgen ist/sind berechtigt:

☐☐

10.3 Für Kleinstaufträge (siehe Nr. 25.4 ZVB) bis zu einer Wertgrenze von EUR (ohne Umsatzsteuer) beträgt der Zuschlag EUR (ohne Umsatzsteuer).

10.4 Alle Rechnungen sind bei-fach und zugleich bei-fach einzureichen.

Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z.B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, Handskizzen) sind einfach/.....-fach einzureichen.

10.5 Nummern 9.5 und 9.6 dieser BVB gelten entsprechend.

Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB)

für die Ausführung von Bauleistungen im Hochbau, Garten-/Landschaftsbau und Ingenieurbau

Hinweis: Die Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

1 Wahlpositionen, Bedarfspositionen (§ 1)

Sind im Leistungsverzeichnis für die wahlweise Ausführung einer Leistung Wahlpositionen (Alternativpositionen) oder für die Ausführung einer nur im Bedarfsfall erforderlichen Leistung Bedarfspositionen (Eventualpositionen) vorgesehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die in diesen Positionen beschriebenen Leistungen nach Aufforderung durch den Auftraggeber auszuführen. Die Entscheidung über die Ausführung von Wahlpositionen trifft der Auftraggeber in der Regel bei Auftragserteilung, über die Ausführung von Bedarfspositionen nach Auftragserteilung.

2 Preisermittlungen (§ 2)

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung (Urkalkulation) verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben. Dies gilt auch für Nachunternehmerleistungen.

Sind nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 und/oder 8 Abs. 2 Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlung für diese Preise (einschließlich Aufgliederung der Einheitspreise: Zeiteinsatz und alle Teilkostenansätze), spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Dies gilt auch für Nachunternehmerleistungen.

3 Ausführungsunterlagen (§ 3)

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

4 Werbung (§ 4 Abs. 1)

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

5 Umweltschutz (§ 4 Abs. 2 und 3)

Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft und der Gewässer hat der Auftragnehmer die durch die Arbeiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß zu beschränken.

Behördliche Anordnungen oder Ansprüche Dritter wegen der Auswirkungen der Arbeiten hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

6 Nachunternehmer (§ 4 Abs. 8) und Leiharbeitskräfte

Nachunternehmer sind alle Unternehmen, denen der Auftragnehmer (Teil-)Leistungen überträgt, unabhängig von ihrem Unterordnungsgrad. Dazu zählen auch mit dem Auftragnehmer verbundene, wirtschaftlich und/oder rechtlich selbstständige Unternehmen (z.B. Tochter-/Schwestergesellschaften und konzernverbundene Unternehmen).

Bei jedem Einsatz oder Wechsel von Nachunternehmern bzw. Leiharbeitskräften treffen den Bieter bzw. Auftragnehmer die nachstehenden Pflichten. Eine Pflichtverletzung kann insbesondere eine Kündigung (Nr. 8) und eine Vertragsstrafe (Nr. 23) begründen.

6.1 Einholung der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers

Jeder beabsichtigte Einsatz (und Wechsel) von Nachunternehmern bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Einem nach Zuschlagserteilung beantragten Einsatz/Wechsel von Nachunternehmern für noch nicht angegebene (Teil-) Leistungen wird nur zugestimmt, wenn besondere Umstände dies erfordern.

Zur Einholung der Zustimmung muss der Bieter zusammen mit seinem Angebot den vollständig ausgefüllten Vordruck „Nachunternehmer (NU)“ nach den folgenden Maßgaben einreichen:

Bei nationalen (unterschwelligen) Vergaben muss ein Bieter, der Teile der Leistung von Nachunternehmern ausführen lassen will, im Vordruck „NU“ jeden Nachunternehmer benennen, Art und Umfang (Positionsnummer und Bezeichnung der Teil-/Leistung) der vom Nachunternehmer auszuführenden Leistungen angeben und die Zustimmung beantragen. Das gilt auch, wenn von dem Nachunternehmer nur unwesentliche Teile der Leistung ausgeführt werden sollen. In dem Vordruck „NU“ muss er auch die (Teil-)Leistungen nach Art und Umfang (Positionsnummer und Bezeichnung der Teilleistung) angeben, für deren Ausführung noch kein Nachunternehmer benannt werden kann; sobald dieser benannt werden kann, ist der Auftraggeber unverzüglich mit dem Vordruck „NU“ in Kenntnis zu setzen und seine Zustimmung einzuholen.

Bei europaweiten (oberschwelligen) Vergaben muss ein Bieter, der sich bei der Auftragserfüllung der Fähigkeit und Kapazitäten von Nachunternehmern bzw. anderer Unternehmen i.S.d. § 6 EG Abs. 8 VOB/A bedienen will, im Vordruck „NU“ Art und Umfang der Leistungen (Positionsnummer und Bezeichnung der Teil-/ Leistung) benennen und die Zustimmung zu seinem Einsatz beantragen. Das gilt auch, wenn von dem Nachunternehmer nur unwesentliche Teile der Leistung ausgeführt werden sollen. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle muss

der Bieter im Vordruck „NU“ die Unternehmen namentlich benennen, an die er (Teil-)Leistungen als Nachunternehmer, weitervergeben will.

6.2 Nachunternehmerpflichten und Kontrolle

Der Bieter/Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen Nachunternehmern die Pflichten des § 5 Absätze 2 und 3 HmbVgG sowie der §§ 3, 3a und § 10 Absatz 2 HmbVgG aufzuerlegen und die Beachtung dieser Pflichten durch die Nachunternehmer zu kontrollieren. Im Einzelnen:

6.2.1 Weitervergabe an Nach-Nachunternehmer

Es sind als Nachunternehmer grundsätzlich nur solche Firmen vorzusehen, die die ihnen übertragenen Leistungen im eigenen Betrieb ausführen. Eine unumgängliche Weitervergabe ihnen übertragener Leistungen an andere Unternehmer (Nach-Nachunternehmer) muss der Bieter beim Auftraggeber beantragen. Entsprechende Erklärungen sehen Nrn. 1.5 und 2.1 des Vordrucks „NU“ vor.

Soweit ein vom Bieter beauftragter Nachunternehmer seinerseits weitere Nachunternehmer (Nach-Nachunternehmer) einzusetzen beabsichtigt, sind auch diese Teilleistungen im Vordruck „NU“ nach Art und Umfang (Positionsnummer und Bezeichnung der Teilleistung) anzugeben. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind auch die Nach-Nachunternehmer im Vordruck „NU“ namentlich zu benennen.

Kann ein (Nach-)Nachunternehmer noch nicht benannt werden, hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich mit dem Vordruck „NU“ in Kenntnis zu setzen und seine Zustimmung einzuholen, sobald die Benennung möglich ist.

6.2.2 Eignung des Nachunternehmers

Leistungen dürften nur an Nachunternehmer übertragen werden, die fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Leistungserbringung erfüllen.

Dazu gehört, dass der Nachunternehmer keine nachweislich schwere Verfehlung begangen hat, die seine Zuverlässigkeit in Frage stellt (vgl. § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A).

Darüber hinaus müssen die Nachunternehmer die Nachweise des § 7 Abs. 2 HmbVgG vorlegen.

- Der Nachunternehmer hat zunächst zu erklären, dass er in den letzten zwei Jahren nicht gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentendengesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt wurde; Eine entsprechende Eigenerklärung ist in Nr. 2.2 des Vordrucks „NU“ enthalten. Zur Bestätigung der Eigenerklärung wird gegebenenfalls ein Gewerbezentralregisterauszug gemäß §150a Gewerbeordnung beim Bundeszentralregister angefordert.
- Der Bieter/Auftragnehmer muss vom Nachunternehmer die Daten für eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs nach § 7 GRfW einholen; Nr. 2.3 des Vordrucks „NU“ enthält entsprechende Vorgaben.
- Der Bieter/Auftragnehmer hat vom Nachunternehmer zudem Erklärungen
 - über den Nichtausschluss von öffentlichen Aufträgen der FHH sowie
 - zu Tariftreue und Mindestlohneinzuholen, indem er die Erklärungen in Nr. 2.4 und Nr. 2.5 des Vordrucks „NU“ unterzeichnen lässt.
- Eine – im Vordruck „NU“ nicht vorformulierte – Erklärung seines Nachunternehmers nach § 3a HmbVgG über die Beachtung der ILO-Kernarbeitsnormen muss der Bieter/Auftragnehmer erforderlichenfalls selbst beibringen.
- Zudem muss der Nachunternehmer seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur vollständigen Entrichtung von Steuern und Beiträgen nachkommen. Zusammen mit dem Antrag auf Zustimmung (Vordruck „NU“) sind für den Nachunternehmer entsprechend Nr. 7 BWB daher folgende Nachweise (vgl. § 7 HmbVgG) vorzulegen
 - eine aktuelle Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG,
 - eine qualifizierte Bescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. Bescheinigung des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen, die nicht älter als 12 Monate sein darf, zum Nachweis, dass die Beiträge zur Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß abgeführt werden,
 - eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse des Baugewerbes (SOKA-Bau oder anderer Sozialkassen) über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 12 Monate sein darf,Ausländische Unternehmen haben jeweils vergleichbare Nachweise zu erbringen, bei fremdsprachigen Bescheinigungen ist eine deutsche Übersetzung beizufügen. Werden Bietergemeinschaften als Nachunternehmer beauftragt, muss jedes Mitglied diese Nachweise vorlegen. Nr. 2.6 des Vordrucks „NU“ verweist hierauf.

Für Nachunternehmer, die in der Liste des „Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis) eingetragen sind, kann im Vordruck „NU“ anstelle der Nachweise auch die Nummer ihrer Eintragung im Präqualifikationsverzeichnis angegeben werden.

6.2.3 Bereithaltung und Vorlage von Entgeltabrechnungen

Der Bieter/Auftragnehmer muss dem Nachunternehmer auch die Pflicht auferlegen, vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten und auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen (vgl. § 10 Abs. 2 HmbVgG); Nr. 2.7 des Vordrucks „NU“ enthält entsprechende Vorgaben.

6.2.4 Leistungsausführung (§ 5 Abs. 3 HmbVgG)

Bei europaweiten (oberschwelligen) Vergaben muss ein Bieter als Nachweis, dass ihm die erforderlichen Mittel des Unternehmens zur Verfügung stehen, eine Verpflichtungserklärung seines Nachunternehmers vorzulegen. Mit dieser Erklärung verpflichtet sich der benannte Nachunternehmer, die (Teil-)Leistung im Falle der Auftragserteilung an den Bieter zu erbringen. Die Erklärung ist in Nr. 2.9 des Vordrucks „NU“ enthalten.

Soweit dies mit der vertragsmäßigen Ausführung der Leistung vereinbar ist, hat der Bieter/Auftragnehmer für den Fall der Weitergabe von Leistungen an Nachunternehmer bevorzugt kleine und mittlere Unternehmen als Nachunternehmer zu beteiligen. Er muss seine Nachunternehmer bei Anforderung eines Angebots davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt. Er muss die „Allgemeinen Vertragsbedingungen

für die Ausführung von Bauleistungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen, Teil B (VOB/B)“ bei der Weitervergabe von Bauleistungen an seinen Nachunternehmer zum Vertragsbestandteil machen. Er darf den Nachunternehmern keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und der Sicherheitsleistungen – auferlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind; auf Verlangen des Auftraggebers hat er dies nachzuweisen. Die Preisvereinbarungen bleiben hiervon unberührt. Diese Verpflichtungen aus § 5 Abs. 3 HmbVgG sind in Nr. 1.3 des Vordrucks „NU“ umgesetzt.

6.2.5 Kontrolle

Der Bieter/Auftragnehmer hat die Beachtung der vorgenannten Pflichten (Nr. 6.2.1 – 6.2.4) durch die Nachunternehmer zu kontrollieren.

Er muss insbesondere die Angebote seiner Nachunternehmer daraufhin prüfen, ob sie unter Einhaltung der Tarif-treue bzw. des Mindestlohns kalkuliert worden sind.

Er muss sich zudem von seinen Nachunternehmern die erforderlichen Rechte vertraglich einräumen lassen, um die Einhaltung der Vorschriften über die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit (Sozialgesetzbuch Drittes Buch; Arbeitnehmerüberlassungsgesetz; Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz; Arbeitnehmerent-sendegesetz) durch die Nachunternehmer prüfen und überwachen zu können.

6.3 Leiharbeitskräfte

Nach § 1 b Satz 1 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) ist die gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung in Betrieben des Baugewerbes für Arbeiten, die üblicherweise von Arbeitern verrichtet werden, grundsätzlich unzulässig ist. Der Auftragnehmer muss dies beachten und die Nachunternehmer darauf hinweisen und kontrollieren.

7 Ausführung der Leistung (§ 4 Abs. 10)

Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber rechtzeitig zu informieren, wenn die weitere Bauausführung eine Prüfung und Feststellung der Mängelfreiheit eines Teils der Leistung erschwert.

In diesem Fall sind gemeinsam Feststellungen auf der Baustelle über den Zustand von Teilen der Leistung, ihre Vertragsmäßigkeit sowie Art und Umfang der Leistung vorzunehmen, die der Auftragnehmer rechtzeitig zu bean-tragen hat.

8 Kündigung (§ 8)

Der Auftraggeber ist nach § 8 VOB/B und § 314 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) zur Kündigung des Vertrages berechtigt. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers bleiben unberührt.

9 Mitteilung von Bauunfällen (§ 10)

Der Auftragnehmer hat Bauunfälle, bei denen Personen- oder Sachschaden entstanden ist, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.

10 Abnahme (§ 12)

Der Auftraggeber verlangt eine förmliche Abnahme.

Der Auftragnehmer hat bei Abnahme des Werkes eine Erklärung darüber abzugeben, ob gegen ihn bzw. seinen Erfüllungsgehilfen oder eine sonstige in Nr. 23.1 genannte Person bzw. deren Erfüllungsgehilfe bei der Ausführung der übertragenen Leistung ein Ordnungswidrigkeitsverfahren, Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren anhängig ist bzw. ob und wie dieses rechtskräftig zum Abschluss gekommen ist. Auf Nr. 23 (Vertragsstrafe) wird verwiesen.

11 Abrechnung (§ 14)

Aus Abrechnungszeichnungen oder anderen Aufmaßunterlagen müssen alle Maße, die zur Prüfung einer Rech-nung nötig sind, unmittelbar ersichtlich sein.

Die Originale der Aufmaßblätter, Wiegescheine und ähnlicher Abrechnungsbelege erhält der Auftraggeber, die Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

Bei Aufmaß und Abrechnungen sind Längen und Flächen auf zwei Stellen nach dem Komma, Rauminhalte und Gewichte mit drei Stellen nach dem Komma zu berechnen.

12 Preisnachlässe (§§ 14 und 16)

Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart ist, wird ein als Prozentsatz angebotener Preisnachlass bei der Abrechnung und den Zahlungen von den Einheits- und Pauschalpreisen abgezogen, auch von denen der Nachträ-ge, deren Preise auf der Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind.

Änderungssätze bei vereinbarter Lohngleitklausel sowie Erstattungsbeträge bei vereinbarter Stoffpreisgleitklausel werden durch den Preisnachlass nicht verringert.

13 Rechnungen (§§ 14 und 16)

Rechnungen sind ihrem Zweck nach als Abschlags-, Teilschluss- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen; die Abschlags- und Teilschlussrechnungen sind durchlaufend zu nummerieren.

In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung (ggf. abgekürzt) wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen.

Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreise) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss der Rechnung mit dem Steuersatz einzusetzen, der zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer, bei Schlussrechnungen zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung gilt.

Beim Überschreiten von Vertragsfristen, die der Auftragnehmer zu vertreten hat, wird die Differenz zwischen dem aktuellen Umsatzsteuerbetrag und dem bei Fristablauf maßgebenden Umsatzsteuerbetrag nicht erstattet.

In jeder Rechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen mit gesondertem Ausweis der darin enthaltenen Umsatzsteuerbeträge anzugeben.

14 Stundenlohnarbeiten (§ 2 Abs. 10 und § 15)

Der Auftragnehmer hat über Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich Stundenlohnzettel in zweifacher Ausfertigung einzureichen. Diese müssen außer den Angaben nach § 15 Abs. 3

- das Datum,
- die Bezeichnung der Baustelle,
- die genaue Bezeichnung des Ausführungsortes innerhalb der Baustelle,
- die Art der Leistung,
- die Namen der Arbeitskräfte und deren Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppe,
- die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, ggf. aufgegliedert nach Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit, sowie nach im Verrechnungssatz nicht enthaltenen Erschwernissen und
- die Gerätekenngößen

enthalten. Stundenlohnrechnungen müssen entsprechend den Stundenlohnzetteln aufgegliedert werden. Die Originale der Stundenlohnzettel behält der Auftraggeber, die bescheinigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

15 Zahlungen (§ 16)

Alle Zahlungen werden bargeldlos in Euro geleistet.

Bei Arbeitsgemeinschaften werden Zahlungen mit befreiender Wirkung für den Auftraggeber an den für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigten Vertreter der Arbeitsgemeinschaft oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet. Dies gilt auch nach Auflösung der Arbeitsgemeinschaft.

16 Überzahlungen (§ 16)

Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

Im Falle der Überzahlung hat der Auftragnehmer den überzahlten Betrag zu erstatten. Leistet er nicht innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zugang des Rückforderungsschreibens, befindet er sich ab diesem Zeitpunkt in Zahlungsverzug und hat Verzugszinsen in Höhe von acht Prozentpunkten über dem Basiszinssatz (§ 247 BGB) zu zahlen. Auf einen Wegfall der Bereicherung kann sich der Auftragnehmer nicht berufen.

17 Sicherheitsleistung (§ 17)

17.1 Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, sind die Vordrucke „Bürgschaft“ und „Verwahrung Bürgschaft“ zu verwenden. Die Bürgschaft ist über den Gesamtbetrag der Sicherheit in einer Urkunde zu stellen.

17.2 Für Aufträge, die nicht im Namen und für Rechnung der Bundesrepublik Deutschland vergeben werden, gilt:

- Bei öffentlicher Ausschreibung und offenem Verfahren ist ab einer Auftragssumme von 250.000 EUR (ohne USt) eine Sicherheit für die Vertragserfüllung in Form einer Bürgschaft in Höhe von 5 % der Auftragssumme zu leisten. Bei beschränkter Ausschreibung, freihändiger Vergabe, nichtoffenem Verfahren und Verhandlungsverfahren ist keine Sicherheit für die Vertragserfüllung zu leisten, soweit in den „Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)“ keine abweichende Regelung vereinbart ist.
- Bei einer Auftragssumme ab 250.000 EUR (ohne USt) werden 3 % der Auftragssumme als Sicherheit für die Erfüllung von Mängelansprüchen einbehalten, nach Feststellung der Abrechnungssumme ist diese maßgeblich. Nach Festlegung in den BVB kann eine solche Sicherheit auch bei geringerer Auftragssumme verlangt werden.
- Eine Sicherheitsleistung für Abschlags- und Vorauszahlungen ist in Höhe der jeweiligen Zahlung zu verlangen.

Eine für die Vertragserfüllung gestellte Bürgschaftsurkunde ist nach der Abnahme Zug-um-Zug gegen Vorlage einer Bürgschaftsurkunde für die Erfüllung von Mängelansprüchen zurückzugeben.

Bestehen zu diesem Zeitpunkt noch Vertragserfüllungsansprüche (z.B. noch fehlende Teilleistungen), ist für sie eine gesonderte Erfüllungsbürgschaft (in gesonderter Urkunde) zu stellen. Sind zudem noch festgestellte Mängel zu beseitigen, erhöht sich diese Erfüllungsbürgschaft um den zweifachen Betrag der voraussichtlichen Aufwendungen der Mängelbeseitigung.

Eine für die Erfüllung von Mängelansprüchen gestellte Sicherheit ist gemäß § 17 Abs. 8 Nr. 2 nach Ablauf von zwei Jahren zurückzugeben, sofern in den „BVB“ kein anderer Rückgabezeitpunkt vereinbart ist. Soweit zu diesem Zeitpunkt (innerhalb der Verjährungsfrist nach § 13 Abs. 4 und 5) geltend gemachte Mängelansprüche noch nicht erfüllt sind, kann der Auftraggeber einen entsprechenden Teil der Sicherheit zurückhalten. Das gilt auch für die mittels Bürgschaft gesicherte Erstattung von Überzahlungen.

Eine Bürgschaftsurkunde für Abschlagszahlungen bzw. Vorauszahlungen ist nach dem mangelfreien Einbau der Stoffe oder Bauteile bzw. nach der durch Arbeit getilgten Vorauszahlung zurückzugeben.

17.3 Für Aufträge in Bundesauftragsverwaltung siehe Nr. 26.8.

18 Verträge mit ausländischen Auftragnehmern (§ 18)

Bei Auslegung des Vertrages ist ausschließlich der in deutscher Sprache abgefasste Vertragswortlaut verbindlich. Erklärungen und Verhandlungen erfolgen in deutscher Sprache. Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme des UN-Kaufrechts.

19 Berufsgenossenschaft (§ 4)

Solange der Vertrag nicht erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung in seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen. Auf Verlangen des Auftraggebers hat er eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft darüber vorzulegen, dass er seiner Beitrags- und Vorschusspflicht nachgekommen ist.

20 Kontrollen des Auftraggebers

Der Auftraggeber ist berechtigt, Kontrollen durchzuführen, um die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen und vom Auftragnehmer abgegebenen Erklärungen (insbesondere zu Tariftreue, Mindestlohn und Nachunternehmer-einsatz) zu überprüfen.

Der Auftraggeber kann die Vorlage von vollständigen und prüffähigen Entgeltabrechnungen über die Beschäftigten des Auftragnehmers und seiner Nachunternehmer verlangen (vgl. Nr. 5.2 Angebot).

21 Ausführungsfristen (§ 5) / Behinderung und Unterbrechung der Ausführung (§ 6)

Bei Ausführungsfristen, die in den Besonderen Vertragsbedingungen nach Werktagen festgelegt sind, werden Werktage, an denen aus zwingenden witterungsbedingten Gründen Bauleistungen nicht erbracht oder bei denen die Ausführung der Bauleistungen spätestens drei Stunden nach Beginn des Arbeitstages abgebrochen und an diesem Tag nicht wieder aufgenommen wurden, nicht auf die Ausführungszeit angerechnet. Diese Unterbrechung muss dem Auftraggeber am selben Tag angezeigt werden, bei einer zu erwartenden mehrtägigen Unterbrechung auch deren voraussichtliche Dauer.

Dies gilt nicht für Ausführungsfristen, die in den Besonderen Vertragsbedingungen nach Datum festgelegt sind.

22 Steuerabzug bei Bauleistungen (Freistellungsbescheinigung)

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf die vorgelegte Freistellungsbescheinigung nach § 48 b EStG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

23 Vertragsstrafe für Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften über die illegale Beschäftigung von Arbeitskräften, der Schwarzarbeit und des Arbeitnehmerentendengesetzes, zur Absicherung von Tariftreue und Mindestlohn, die Regelungen zum Nachunternehmereinsatz, die Regelungen zur sozial verantwortlichen Beschaffung und weitere Verpflichtungen aus dem Hamburgischen Vergabegesetz

23.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dafür zu sorgen und einzustehen, dass bei der Leistungsausführung die illegale Beschäftigung von Arbeitskräften, Schwarzarbeit und Verstöße gegen das Arbeitnehmerentendengesetz unterbleiben und die Regelungen zum Nachunternehmereinsatz und zur sozial verantwortlichen Beschaffung sowie die Erklärungen zu Tariftreue und Mindestlohn eingehalten werden

Die Einstandspflicht des Auftragnehmers bezieht sich auch auf das Verhalten Dritter, die von ihm als Nachunternehmer mit der Leistungsausführung beauftragt oder ihrerseits von Nachunternehmern – gleich in welchem Unterordnungsgrad – beauftragt worden sind (Nach-Nachunternehmer).

23.2 Begehen der Auftragnehmer bzw. sein Erfüllungsgehilfe oder eine sonstige in Nr. 23.1 genannte Person bzw. deren Erfüllungsgehilfe bei der Ausführung der übertragenen Leistung

- eine Straftat nach
 - §§ 10,11 SchwarzArbG (Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung und zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen),
 - § 266a Abs. 1, 2 und 4 StGB (Vorenthaltung von Beiträgen des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung und zur Bundesanstalt für Arbeit, Einbehaltung von Teilen des Arbeitsentgelts),
 - §§ 15, 15a AÜG (Verleih von ausländischen Arbeitnehmern ohne erforderliche Arbeitsgenehmigung durch Verleiher ohne Verleiherlaubnis, Entleih ausländischer Arbeitnehmer ohne Arbeitsgenehmigung zu "ausbeuterischen" Bedingungen oder in größerer Zahl oder beharrlich wiederholt), oder
- eine Ordnungswidrigkeit nach
 - § 404 Abs. 1 SGB III (Einsatz von Nachunternehmern, die Ausländer ohne Arbeitsgenehmigung beschäftigen),
 - § 404 Abs. 2 Nr. 3 SGB III (Beschäftigung ohne Arbeitsgenehmigung),
 - § 16 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 1a AÜG (Verleih ohne Verleiherlaubnis oder Arbeitnehmerentleihe von Verleihern ohne Verleiherlaubnis),
 - § 16 Abs. 1 Nr. 1b AÜG (Unzulässigkeit gewerbsmäßiger Arbeitnehmerüberlassung im Baugewerbe),
 - § 16 Abs. 1 Nr. 2 AÜG (Entleih von ausländischen Arbeitnehmern ohne Arbeitsgenehmigung),
 - § 8 SchwarzArbG (Beauftragung mit Schwarzarbeit),
 - § 5 AEntG (Nichtgewährung zwingender Arbeitsbedingungen), oder
- wird die Erklärung zu Tariftreue und Mindestlohn (vgl. Nr. 5.1 Angebot) nicht eingehalten, oder
- wird gegen die Pflicht zur Bereithaltung und Vorlage von vollständigen und prüffähigen Entgeltabrechnungen über die eingesetzten Beschäftigten (vgl. Nr. 5.2 Angebot) verstoßen, oder

- wird gegen eine der Pflichten beim Einsatz von Nachunternehmern oder Leiharbeitskräften (vgl. Nr. 6 ZVB) verstoßen, oder
- wird gegen die Regelungen zur sozial verantwortlichen Beschaffung verstoßen (vgl. Nr. 9.5 BVB), oder
- bringt der Auftragnehmer die in Nr. 10 Abs. 2 geforderte Erklärung nicht bei,

kann der Auftraggeber vom Auftragnehmer für jeden schuldhaften Verstoß eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 1 % der Abrechnungssumme je Verstoß, höchstens jedoch 5 % der Abrechnungssumme, verlangen.

Die Abrechnungssumme ist die nach der Schlussabrechnung geschuldete Vergütung inklusive Zusatzleistungen und Preisgleitung, aber ohne Skonti, Sicherheits- und Gewährleistungseinbehalte, Schadensersatzansprüche oder Umsatzsteuer.

Die Vertragsstrafe ist auch zu entrichten, wenn ein Nachunternehmer des Auftragnehmers oder ein Nach-Nachunternehmer – gleich in welchem Unterordnungsgrad – gegen die genannten Vorschriften verstoßen hat und dem Auftragnehmer der Verstoß bekannt war oder hätte bekannt sein müssen oder ihm über § 278 BGB (Erfüllungshilfe) zugerechnet werden kann.

23.3 Der Anspruch auf Zahlung der Vertragsstrafe verjährt fünf Jahre nach Abnahme.

24 Hamburgisches Transparenzgesetz

Der Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von der möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

Für durch die Verletzung eines Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisses bei der Veröffentlichung im Informationsregister oder der Herausgabe auf Antrag nach dem HmbTG entstehende Schäden haftet die Freie und Hansestadt Hamburg nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit.

Wird der Vertrag im Informationsregister veröffentlicht, ist mit der Ausführung nicht vor Zugang einer gesonderten Aufforderung durch den Auftraggeber gemäß Ziffer 2.1 der Besonderen Vertragsbedingungen (BVB) zu beginnen. Vorzeitige Leistungsausführungen, Vorbereitungshandlungen sowie Materialbestellungen erfolgen auf alleiniges Risiko des Auftragnehmers; eine Kostenerstattung durch den Auftraggeber ist ausgeschlossen.

25 Sonderregelungen für Zeitverträge

Für im Zeitverträge gelten diese Besonderen Vertragsbedingungen – mit Ausnahme der Nummern 1, 2, 6, 12, 15 Abs. 2, 17, 21 und 26 – mit folgenden Maßgaben:

25.1 Der Zeitvertrag ist ein für bestimmte Zeitdauer geschlossener Rahmenvertrag. Art und Umfang der Leistung sowie die Ausführungsfrist werden durch Einzelaufträge näher bestimmt. Die Einzelaufträge werden von der in Nr. 10.2 BVB bezeichneten Stelle schriftlich mit Vordruck „(Z) Einzelauftrag“ erteilt. Für unaufschiebbare Arbeiten können Einzelaufträge im Notfall mündlich oder fernmündlich erteilt werden; sie sind unverzüglich schriftlich zu bestätigen.

Der Auftragnehmer hat die im Einzelauftrag geforderten Leistungen fristgemäß auszuführen. Auf Verlangen des Auftraggebers hat er auch Arbeiten anderer Fachzweige geringen Umfangs auszuführen, sofern er dazu in der Lage und befugt ist. Über die Verwendung anfallenden Altmaterials hat der Auftragnehmer die Entscheidung des Auftraggebers herbeizuführen, soweit der Einzelauftrag keine Regelung enthält. Anordnungen dürfen nur von der Stelle getroffen werden, die den Einzelauftrag erteilt hat. Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.

25.2 Ist der Vertrag im Auf- und Abgebotsverfahren auf der Grundlage von § 4 Abs. 4 VOB/A zustande gekommen, wird der Preis vergütet, der sich aus den Preisen des Leistungsverzeichnisses unter Berücksichtigung des Auf- oder Abgebots zuzüglich Umsatzsteuer ergibt.

Auf- und Abgebote gelten nicht für Stundenlohnarbeiten (Nr. 25.3), Kleinstauftragszuschläge (Nr. 25.4), Zuschläge für Mehr-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit (Nr. 25.5) sowie für gesonderte vereinbarte Preise für im Leistungsverzeichnis nicht vorgesehene Leistungen (Nr. 25.6).

25.3 Für vom Auftraggeber angeordnete Stundenlohnarbeiten werden die vereinbarten Stundenverrechnungssätze zuzüglich Umsatzsteuer nach den tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten ohne Wegezeiten bezahlt; die vereinbarten Verrechnungssätze gelten unabhängig von der Anzahl der geleisteten Stunden. Vom Auftraggeber zu vertretende und anerkannte Warte- und Arbeitsunterbrechungszeiten werden wie Stundenlohnarbeiten vergütet.

25.4 Verlangt der Auftraggeber die Ausführung eines Einzelauftrages, dessen Vergütung ohne Umsatzsteuer die in Nr. 10.3 BVB festgelegte Höhe (Kleinstauftragswertgrenze) nicht überschreitet, und kann die Ausführung nicht mit anderen Arbeiten zusammengefasst werden, wird der in Nr. 10.3 BVB vereinbarte Zuschlag gewährt. Dies gilt auch bei Stundenlohnarbeiten.

25.5 Verlangt der Auftraggeber die Leistungsausführung außerhalb der regelmäßigen werktäglichen Arbeitszeit (Mehr-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit), wird zusätzlich folgende Vergütung für die nachgewiesenen zuschlagspflichtigen Stunden gewährt: für jede geleistete Stunde wird der Betrag gezahlt, der sich aus der entsprechenden tariflichen Vereinbarung für Mehr-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit zuzüglich der dafür tatsächlich aufgewendeten Zuschläge errechnet.

25.6 Auf Verlangen hat der Auftragnehmer die Preisermittlung für die vertragliche Leistung (Urkalkulation) dem Auftraggeber verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben (vgl. auch Nr. 9.1 BVB).

Sind Preise nach § 2 Abs. 3, 5, 6, 7 und/oder 8 Nr. 2 zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer seine Preisermittlung (einschließlich Aufgliederung der Einheitspreise: Zeitansatz und alle Teilkostenansätze) spätestens mit dem Nachtragsangebot vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

26 Sonderregelungen für Aufträge in Bundesauftragsverwaltung

26.1 Ankündigung von Mehrkosten (§ 2 Abs. 3)

Ist für den Auftragnehmer erkennbar, dass Mehrkosten durch eine über 10 % hinausgehende Überschreitung des Mengenansatzes entstehen, die ausnahmsweise zu einem höheren Einheitspreis führen können, hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Unterlässt er schuldhaft diese Mitteilung, hat er dem Auftraggeber den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

26.2 Veröffentlichungen (§ 3 Abs. 6)

Der Auftragnehmer darf Veröffentlichungen über die Leistung nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers vornehmen.

26.3 Baustelle, Baubereich (§ 4)

Der Begriff „Baustelle“ bezeichnet Flächen, die der Auftraggeber zur Ausführung der Leistung, für die Baustelleneinrichtung und zur vorübergehenden Lagerung von Stoffen und Bauteilen zur Verfügung stellt, zuzüglich der Flächen, die der Auftragnehmer darüber hinaus in Anspruch nimmt. Der Begriff „Baubereich“ bezeichnet die Baustelle und die Umgebung, die durch die Ausführung der Bauarbeiten beeinträchtigt werden kann.

26.4 Bautagesberichte (§ 4)

Der Auftragnehmer hat auf Verlangen Bautagesberichte zu führen und dem Auftraggeber täglich zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies können je nach Art der Leistung insbesondere sein:

- Wetter, Temperaturen,
- Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte,
- Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte sowie deren Zu- und Abgang,
- Anlieferung von Hauptbaustoffen,
- Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dergleichen),
- Behinderung und Unterbrechung der Ausführung,
- Arbeitseinstellung mit Angabe der Gründe,
- Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.

26.5 Baustellenräumung (§ 4)

Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind dem früheren Zustand entsprechend wiederherzustellen, soweit die Zustandsveränderung vom Auftragnehmer zu vertreten ist.

26.6 Verteilung der Gefahr (§ 7)

Zu der teilweise ausgeführten Leistung gehören über die in § 7 Abs. 2 genannten Leistungen hinaus auch solche Teile von Kunstbauten, die wegen der Besonderheiten des Bauverfahrens (insbesondere Taktstriebe-, Durchpress-, Verschieb-, Absenkverfahren) nicht in endgültiger Lage hergestellt worden sind, aber sich in unmittelbarer Einbauposition (z.B. Verschieb- oder Absenkklage) befinden haben.

26.7 Abrechnung (§ 14)

In den für die gemeinsamen Feststellungen zu verwendenden Aufmaßblättern müssen mindestens folgende Angaben gemacht werden:

- Auftragnehmer,
- Auftraggeber,
- Nummer des Aufmaßblattes,
- Bezeichnung der Bauleistung,
- Ordnungszahl (OZ).

Unmittelbar über den Unterschriften und dem Datum muss das Aufmaßblatt den Text enthalten: „Aufgestellt“.

26.8 Nachweis der Massen (§ 14)

Ist für die Abrechnung von Stoffen nach Massen im Vertrag keine andere Regelung getroffen, ist der Verbrauch durch Vorlage der Wiegescheine einer geeichten Waage mit Druckwerk (in der Regel Fahrzeugwaage) laufend nachzuweisen. Die Wiegescheine müssen die folgenden Angaben ausgedruckt enthalten:

- Lieferwerk,
- Name der Baustelle,
- Bezeichnung des Wägegutes,
- Nummer des Wiegescheins,
- Datum und Uhrzeit der Wägung,
- Taramasse (T), kein gespeicherter mittlerer Tarawert (PT),
- Bruttomasse (B)
- Nettomasse (N),
- Kennzeichnung des Fahrzeugs (betriebseigene Bezeichnung/amtliches Kennzeichen),
- Unterschrift des Wägers

Die Wiegescheine sind bei Anlieferung an der Verwendungsstelle vom Auftragnehmer abzuzeichnen und in doppelter Ausfertigung dem Auftraggeber unverzüglich zu übergeben. Die Originale der Wiegescheine erhält der Auftraggeber, die bestätigten Durchschriften erhält der Auftragnehmer.

Bei schüttfähigem Gut, das nicht zum Anhaften neigt (z.B. Sand, Kies, wiederaufbereitete Recyclingstoffe) kann der Nachweis des Gewichts durch Wiegescheine von geeichten Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen erfolgen. Für den Einsatz von Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

- Der Wiegeschein muss eine Erklärung enthalten, dass es sich um eine geeichte Waage handelt.

- Anstelle des Ausdruckes von Tara und Bruttogewicht tritt das Nettogesamtgewicht des Ladegutes sowie zusätzlich bei Schaufellader-Waagen die Anzahl der geladenen Schaufeln (Ladevorgänge).
- Die Wiegescheine sind vom Bedienungspersonal der Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen zu unterschreiben.

Der Auftraggeber kann stichprobenartig das Gewicht einzelner Lieferungen durch Nachwiegen des beladenen und leeren Fahrzeugs auf einer öffentlichen Waage oder in Ausnahmefällen auf derselben Waage nachprüfen (**Kontrollwägung**). Wird bei einer Kontrollwägung eine Unterschreitung von mehr als 1 % festgestellt, erfolgt ein entsprechender Abzug bei den letzten 10 Wiegescheinen, sofern nicht insgesamt eine geringere Abweichung nachgewiesen wird. Diese Kontrollwägungen werden dem Auftragnehmer nicht vergütet, andere Kontrollwägungen werden vom Auftraggeber vergütet. Zu den Kosten der Kontrollwägung rechnen alle unmittelbar (Transportkosten, Wiegegebühren usw.) und mittelbar (Wertminderung der Ladung, Einfluss auf den Baustellenbetrieb usw.) durch die Kontrollwägung entstehenden Kosten, jedoch nicht die Kosten für die Beaufsichtigung der Kontrollwägung durch den Beauftragten des Auftraggebers. Sofern die Kosten dem Auftragnehmer zu vergüten sind, hat er sie im Einzelnen nachzuweisen.

Wird das Gewicht durch Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen ermittelt, ist der Auftraggeber kontinuierlich über den Lieferzeitraum berechtigt, bei 10 % der Lieferungen Kontrollwägungen durchführen zu lassen. Bei einer Unterschreitung von mehr als 1 % erfolgt ein entsprechender Abzug bei allen Lieferungen seit der letzten Kontrollwägung, sofern nicht insgesamt eine geringere Abweichung nachgewiesen wird. Die Kosten für diese Kontrollwägung trägt der Auftragnehmer, die Kosten für Kontrollwägungen ohne Beanstandungen tragen der Auftragnehmer und der Auftraggeber je zur Hälfte.

26.7 Bauabrechnung mit IT-Anlagen (§ 14)

Führt der Auftragnehmer die Abrechnung ganz oder teilweise mit IT-Anlagen aus (sog. Leistungsberechnung), gelten zusätzlich folgende Bedingungen:

Die verwendeten DV-Programme müssen den in der „Sammlung der Regelungen für die elektronische Bauabrechnung (Sammlung REB)“ enthaltenen Allgemeinen Bedingungen (REB-Allg) und Verfahrensbeschreibungen (REB-VB) entsprechen. Andere DV-Programme dürfen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers verwendet werden.

Vor Beginn der Ausführung (Vertragsfristen gemäß „Besondere Vertragsbedingungen“) ist eine schriftliche Vereinbarung zur Bauabrechnung (ggf. getrennt für einzelne Ordnungszahlen/Positionen) zu treffen.

Nach Abschluss der Vereinbarung zur Bauabrechnung und spätestens vor Beginn der Bauabrechnung muss der Auftragnehmer Testdaten für die vereinbarten Datenarten an den Auftraggeber übergeben. Die Eingabedaten sind erst nach Durchführung der Leistungsberechnung herzustellen, eindeutig zu kennzeichnen und auf Datenträgern zu liefern. In den Mengenberechnungen muss der Auftragnehmer einen Bezug der Eingabedaten zu den Ausführungs- bzw. Abrechnungsunterlagen herstellen.

Stellt der Auftraggeber bei der Prüfung der Leistungsberechnung fehlerhafte Eingabedaten oder falsche Rechenergebnisse fest, muss der Auftragnehmer die Leistungsberechnung in dem erforderlichen Umfang wiederholen.

Wenn der Auftraggeber die Leistungsberechnung des Auftragnehmers mittels IT-Anlagen prüft und dabei Unterschiede der Ergebnisse feststellt, dann gilt folgende Toleranz-Regelung:

Bei Abweichungen vom Ergebnis der Prüfberechnung bis zu 0,2 vom Tausend bei jeder Ordnungszahl (Position) eines Berechnungsabschnitts gelten die vom Auftragnehmer berechneten Werte.

Bei Abweichungen außerhalb dieser Toleranz von 0,2 vom Tausend teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die abweichenden Ergebnisse der Prüfberechnung mit und gibt ihm Gelegenheit zur Einsichtnahme in die Prüfberechnung. Es gilt in diesem Falle das jeweils kleinere Ergebnis, sofern nicht bei einer vom Auftragnehmer verlangten Aufklärung ein Fehler in der Leistungs- bzw. Prüfberechnung festgestellt und berichtigt wird.

Wenn der Auftraggeber die Leistungsberechnung des Auftragnehmers mit einer Vergleichsberechnung prüft, sind Toleranzregelungen in der Vereinbarung zur Bauabrechnung schriftlich zu vereinbaren. Liegen die Abweichungen außerhalb der vereinbarten Toleranzgrenzen, teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer die abweichenden Ergebnisse der Vergleichsberechnung mit und gibt ihm Gelegenheit zur Einsichtnahme in die Vergleichsberechnung. Es gilt in diesem Fall das jeweils kleinere Ergebnis, sofern nicht bei einer vom Auftragnehmer verlangten Aufklärung ein Fehler in der Leistungs- bzw. Vergleichsberechnung festgestellt und berichtigt wird.

26.8 Sicherheitsleistung (§ 17)

Diese Vorschrift gilt nur für Aufträge, die im Namen und für Rechnung der Bundesrepublik Deutschland vergeben werden; für alle anderen Aufträge siehe Nr. 17.

Bei öffentlicher Ausschreibung und offenem Verfahren ist ab einer Auftragssumme von mehr als 250.000 EUR (ohne USt) eine Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von 5 % der Auftragssumme (ohne Nachträge) zu leisten. Die Vertragserfüllungssicherheit wird auf Verlangen des Auftragnehmers nach Abnahme gegen eine Sicherheit für Mängelansprüche ausgetauscht.

Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt 3 % der Brutto-Abrechnungssumme. Sind noch festgestellte Mängel zu beseitigen, ist hierfür als Sicherheit ein Druckzuschlag (brutto) gemäß § 641 Abs. 3 BGB als Einbehalt in Höhe des zweifachen Betrags der voraussichtlichen Aufwendungen für die Mängelbeseitigung zu leisten. Die Sicherheit wird nach Abnahme der Mängelbeseitigung, auf die sich der Druckzuschlag bezieht, zurückgezahlt. Ist ein Einbehalt nicht möglich, kann zur Absicherung des Druckzuschlags separat eine gesonderte Mängelansprachebürgschaft gestellt werden.

Eine nicht verwendete Sicherheit wird zurückgegeben, wenn die Verjährungsfristen für Mängelansprüche abgelaufen sind.

2 Erklärung des Nachunternehmers

Hinweis: Jeder Nachunternehmer muss eine eigene Erklärung abgeben. Angebote, bei denen diese Erklärung fehlt, können von der Wertung ausgeschlossen werden.

2.1 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

☐ die oben bezeichnete Leistung vollständig im eigenen Betrieb ausführen.

☐ die folgenden Leistungsteile
weitervergeben werden an

Mir/uns ist bekannt, dass nun eine unumgängliche Weitervergabe der mir/uns übertragenen Leistungen an andere Unternehmer (Nach-Nachunternehmer) zulässig ist und diese vorab vom Bieter beim Auftraggeber mit einem gesonderten Antrag auf dem Vordruck „Nachunternehmer (NU)“ beantragt werden muss.

2.2 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gemäß § 6 Abs. 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt worden bin/sind.

Übersteigt der Wert der Nachunternehmerleistung 10.000,00 EUR, wird die Vergabestelle zur Bestätigung dieser Eigenerklärung über die Nachunternehmer des voraussichtlichen Bieters einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß §150a Gewerbeordnung beim Bundeszentralregister anfordern.

2.3 Der Auftraggeber muss im potentiellen Auftragsfall eine Abfrage beim Register zum Schutz fairen Wettbewerbs über die verantwortlich handelnden Personen (Geschäftsführer, gesetzliche Vertreter) durchführen. Zu diesem Zwecke benenne(n) ich/wir die folgenden Personen:

.....
.....
.....
(Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort)

2.4 Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir von der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg nicht von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen bin/sind.

Ich/Wir erkläre(n) weiterhin, dass keine Verfehlungen nach § 6 Abs. 4 oder § 16 Abs. 1 Nr. 2 oder Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigen könnten.

2.5 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns im Fall der Auftragserteilung, den in meinem/unserem Unternehmen bei Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten (insbesondere Zahlungszeitpunkt) mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmerentsendegesetzes gebunden ist (allgemeinverbindlicher Mindestlohtarifvertrag).

Ich/Wir verpflichten(n) mich/uns im Fall der Auftragserteilung zur Beachtung des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.

Bei Übertragung von (Teil-)Leistungen auf Nachunternehmer werde(n) ich/wir diese entsprechend verpflichten.

☐ Es besteht eine Bindung an einen allgemeinverbindlichen Mindestlohtarifvertrag nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz und zwar an (Angabe des Tarifvertrags). Das niedrigste tarifvertragliche Entgelt beträgt EUR brutto/Stunde.

☐ Es besteht keine Bindung an einen allgemeinverbindlichen Mindestlohtarifvertrag, mein/unser Unternehmen unterliegt aber dem folgenden sonstigen Tarifvertrag:
Das niedrigste gezahlte Entgelt nach diesem Tarifvertrag beträgt EUR brutto/Stunde.

☐ Mein/Unser Unternehmen unterliegt keinem Tarifvertrag.
Das niedrigste von meinem/unserem Unternehmen gezahlte Entgelt beträgt EUR brutto/Stunde.

Für den Fall, dass das niedrigste Entgelt unterhalb des gültigen Mindestlohns liegt, verpflichte(n) ich mich/wir uns, den bei der Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten jedenfalls den Mindestlohn nach dem HmbMIG (in Höhe von derzeit 8,67 EUR brutto/Stunde) zu zahlen.

2.6 Ich/Wir erkläre(n), dass ich meinen/wir unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern, der Beiträge zu den Sozialversicherungen, der Beiträge zu der Sozialkasse des Baugewerbes*) und der Beiträge zu der Berufsgenossenschaft nachgekommen bin/sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).

Aktuelle Nachweise füge(n) ich/wir gemäß Nr. 6.2.2 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen bei.

2.7 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die von mir/uns eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers werde(n) ich/wir die Entgeltabrechnungen vorlegen und Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen sowie die zwischen mir/uns und den

*) Gilt nur für Bieter, die Beiträge zu den Sozialkassen zu entrichten haben.

Nachunternehmern geschlossenen Werkverträge gewähren. Meine/unsere Beschäftigten habe ich auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen.

- 2.8 Ich/Wir stimme(n) zu, dass meine/unsere Beachtung der vorgenannten Pflichten durch den Bieter/Auftragnehmer und/oder den Auftraggeber kontrolliert werden.
Ich/Wir werde(n) dem Bieter/Auftragnehmer insbesondere die erforderlichen Rechte einräumen, um meine/unsere Einhaltung der Vorschriften über die Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit prüfen und überwachen zu können.
- 2.9 Nur für Nachunternehmer im Sinne des § 6 Abs. 8 EG VOB/A: Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die unter 1.2 genannten Leistungen im Falle der Auftragsvergabe an den Bieter/ Auftragnehmer zu erbringen.
- 2.10 Mir/Uns ist bekannt, dass eine falsche Erklärung den Ausschluss von künftigen Auftragserteilungen und Nachunternehmereinsätzen bei Aufträgen der Freien und Hansestadt Hamburg zur Folge haben kann.

.....
Ort, Datum

.....
Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Nachunternehmers

Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft

Anlage zum Angebot für die Baumaßnahme

.....
(wie Aufforderung zur Angebotsabgabe)

I. Das Angebot erfolgt durch eine Bietergemeinschaft aus den Mitgliedern:

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____

(Firma und Anschrift)

Die Bietergemeinschaft hat sich

- ☐ vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe gebildet.
☐ nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet.

II. Der bevollmächtigte Vertreter für die Vertragsdurchführung ist:

(Name und Anschrift)

III. Die Bieter-/Arbeitsgemeinschaft wurde aus folgenden Gründen gebildet:

IV. Jedes Mitglied der Bietergemeinschaft erklärt:

1. Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich.
2. Alle Mitglieder haften als Gesamtschuldner.
3. Für kein Fach- oder Gebietslos, das Gegenstand des Angebots der Bietergemeinschaft ist, stehen die Mitglieder in potentielltem Wettbewerbsverhältnis auf den relevanten Ausschreibungsmärkten.
4. Für kein Fach- oder Gebietslos, das Gegenstand des Angebots der Bietergemeinschaft ist, ist ein Mitglied aufgrund seiner betrieblichen oder geschäftlichen Verhältnisse jeweils allein zur Teilnahme an der Ausschreibung mit einem eigenständigen Angebot hinreichend leistungsfähig. Erst ihr Zusammenschluss versetzt die Mitglieder der Bietergemeinschaft in die Lage, ein Angebot abzugeben.

Hinweis: Die vorstehende Erklärung ist durch geeignete, nachprüfbare Angaben und ggf. weitere Unterlagen anhand objektiver Kriterien glaubhaft zu machen. Dabei sind insbesondere die subjektiven unternehmerischen Gründe für die Bildung der Bietergemeinschaft darzulegen.

1. _____
Ort, Datum **Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Mitglieds**
2. _____
Ort, Datum **Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Mitglieds**
3. _____
Ort, Datum **Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Mitglieds**
4. _____
Ort, Datum **Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Mitglieds**

[von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterschreiben]

Lohngleitklausel

[Anlage zu den Besonderen Vertragsbedingungen – BVB]

- 1 Diese Vereinbarung einer Lohngleitklausel gilt nur, wenn
 - in den Besonderen Vertragsbedingungen (Nr. 9.1 BVB) eine Preisgleitung vereinbart ist und
 - der Auftragnehmer in Nr. 8 dieser Vereinbarung den Änderungssatz für die Erstattung der Mehr- oder Minderaufwendungen für Löhne und Gehälter angegeben hat (evtl. nach den Abschnitten des Leistungsverzeichnisses auf gegliedert).

Die Lohngleitklausel gilt auch für die Abrechnung von Nachträgen.

Die Vergabestelle entscheidet über die Vereinbarung einer Lohngleitklausel unter Beachtung der „Grundsätze zur Anwendung von Preisvorbehalten bei öffentlichen Aufträgen“ (Bekanntmachung des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen vom 04.05.1972 im Anhang 4 des Vergabe- und Vertragshandbuchs für die Baumaßnahmen des Bundes – VHB 2008; Lesefassung abrufbar unter „<http://www.fib-bund.de/Inhalt/Vergabe/VHB>“). Die begründete Entscheidung ist im Vergabevermerk zu dokumentieren.

- 2 Mehr- oder Minderaufwendungen des Auftragnehmers für Löhne und Gehälter werden nur erstattet, wenn sich der maßgebende Lohn für die im Leistungsverzeichnis enthaltenen Leistungen durch Änderungen der Tarife (oder bei einem tariflosen Zustand durch Änderungen aufgrund von orts- und gewerbeüblichen Betriebsvereinbarungen) erhöht oder vermindert hat.

Maßgebender Lohn ist der Gesamttarifstundenlohn (Tarifstundenlohn und Bauzuschlag) des Spezialbaufacharbeiters gemäß Lohngruppe 4 (West), wenn in Nr. 7 dieser Vereinbarung nichts anderes angegeben ist.

Mehr- oder Minderaufwendungen aufgrund von Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen, die vor Ablauf der Angebotsfrist wirksam wurden, werden nicht erstattet.

- 3 Bei Änderung des maßgebenden Lohns um jeweils 1 Cent/Stunde wird die Vergütung für die noch zu erbringenden Leistungen um den vereinbarten Änderungssatz (Nr. 8) erhöht oder vermindert. Dabei werden die aufgrund einer Stoffpreisgleitklausel zu erstattenden Beträge nicht in Ansatz gebracht.

Satz 1 findet auf Nachträge keine Anwendung, soweit Lohnänderungen in deren Preisen bereits berücksichtigt sind.

Durch die Änderung der Vergütung sind alle unmittelbaren und mittelbaren Mehr-/Minderaufwendungen einschließlich derjenigen abgegolten, die durch Änderung der gesetzlichen oder tariflichen Sozialaufwendungen entstehen.

Der vereinbarte Änderungssatz (Nr. 8) gilt unabhängig davon, ob sich Art und Umfang der Leistungen ändern.

Wurde der Auftrag auf einen Änderungsvorschlag oder ein Nebenangebot erteilt, gelten die in der Leistungsbeschreibung des Hauptangebots vorgesehenen Änderungssätze, sofern nicht andere Vereinbarungen aufgrund des Änderungsvorschlags oder Nebenangebots getroffen wurden.

- 4 Der Wert der bis zum Tage der Änderung des maßgebenden Lohns erbrachten Leistungen (Leistungsstand) ist unverzüglich durch ein gemeinsames Aufmaß oder auf andere geeignete Weise – zumindest mit dem Genauigkeitsgrad einer geprüften Abschlagsrechnung – festzustellen. Dabei sind alle bis zu diesem Zeitpunkt auf der Baustelle oder in Werk- oder sonstigen Betriebsstätten (ggf. auch nur teilweise) erbrachten Leistungen zu berücksichtigen.

Der Auftragnehmer muss dem Auftraggeber die Lohnänderung rechtzeitig schriftlich anzeigen und alle zur Prüfung des Leistungsstandes erforderlichen Nachweise vorlegen.

Eine verspätete Anzeige oder Vorlage reduziert die Erstattung der Mehraufwendungen für die nach der Lohnerhöhung zu erbringenden Bauleistungen auf solche, deren Leistungsstand noch überprüft werden kann.

- 5 Vermeidbare Mehraufwendungen werden nicht erstattet. Vermeidbar sind insbesondere dadurch verursachte Mehraufwendungen, dass der Auftragnehmer Vertragsfristen überschritten oder die Bauausführung nicht angemessen gefördert hat.

- 6 Von den ermittelten Mehrkosten wird nur der über 0,5 % der Abrechnungssumme (Vergütung für die insgesamt erbrachte Leistung) hinausgehende Teilbetrag erstattet. Etwaige Lohnmehrkosten bis 0,5 % der Abrechnungssumme trägt der Auftragnehmer im Wege der Selbstbeteiligung. Bis zur Feststellung der Abrechnungssumme wird 0,5 % der geschätzten Auftragssumme zu Grunde gelegt.

Mehr- oder Minderbeträge sind ohne Umsatzsteuer, die Abrechnungssumme ohne die aufgrund von Gleitklauseln zu erstattenden Beträge und ohne Umsatzsteuer anzusetzen.

7 Maßgebender Lohn ist der Lohn der Lohngruppe 4 (West)^{*)}

8 Änderungssatz

Der Änderungssatz einer Lohnleitklausel darf allein die durch Lohnerhöhungen entstehenden Mehrkosten des Auftragnehmers zum Gegenstand haben.

8.1 Bei Nichtaufteilung des Leistungsverzeichnisses in Abschnitte:

Bei einer Änderung des maßgebenden Lohns um 1 Cent/Stunde ändert sich die Vergütung für die noch nicht ausgeführten Leistungen um v. T. ^{**))}

8.2 Bei Aufteilung des Leistungsverzeichnisses in Abschnitte:

Bei einer Änderung des maßgebenden Lohns um 1 Cent/Stunde ändert sich die Vergütung für die noch nicht ausgeführten Leistungen nach den einzelnen Abschnitten des Leistungsverzeichnisses wie folgt:

Abschn. 1

^{*)} um v. T. ^{**))}

Abschn. 2

^{*)} um v. T. ^{**))}

Abschn. 3

^{*)} um v. T. ^{**))}

Abschn. 4

^{*)} um v. T. ^{**))}

Abschn. 5

^{*)} um v. T. ^{**))}

Ist kein Änderungssatz angegeben, besteht kein Anspruch auf Erstattung von Lohn- und Gehaltsmehraufwendungen.

Die angebotenen Änderungssätze werden in die Angebotswertung nach § 16 VOB/A bzw. EG VOB/A einbezogen.

Auf ein Angebot, bei dem im Änderungssatz auch andere als lohn- und gehaltsbezogene Anteile enthalten sind, darf der Zuschlag nicht erteilt werden.

^{*)} vom Auftraggeber einzusetzen

^{**))} vom Bieter einzusetzen

Berechnungsbeispiele bei Lohngleitklauseln

A. Wertung einer Lohngleitklausel

Bei der Berechnung der zu erwartenden Lohnmehrkosten ist zu berücksichtigen, dass Mehrkosten nur für die nach der Lohnänderung zu erbringenden Leistungen anfallen.

Ausschreibung Beton- und Stahlbetonarbeiten
Vorgesehene Bauzeit Juni 2003 bis August 2005 = 27 Monate

Maßgebender Lohn:
Gesamttarifstundenlohn (Tarifstundenlohn zzgl. Bauzuschlag)
des Spezialfacharbeiters Lohngruppe 4

entspr. dem Tarifvertrag zur Regelung der Löhne und Ausbildungsvergütungen im Baugewerbe im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme der fünf neuen Länder und des Landes Berlin vom 04.07.2002 und Änderungstarifvertrag vom 29.10.2003

ab dem 01. April 2003 = 14,78 EUR

Lohnerhöhung am 1. April 2004
angenommen 2,00 % = 30 Ct.

Lohnerhöhung am 1. April 2005
angenommen 2,00 % = 30 Ct.

Erwartete Auswirkungen:
Festpreise für die Zeit von Juni 2003 bis März 2004

Die 1. Lohnerhöhung bewirkt Mehrkosten für die Zeit von April 2004
bis Bauende August 2005 = 17 Monate

Die 2. Lohnerhöhung bewirkt Mehrkosten für die Zeit von April 2005
bis Bauende August 2005 = 5 Monate

22 Monate

Bezogen auf die gesamte Bauzeit betragen die möglichen Mehrkosten somit je Arbeitsstunde:

22 Monate
27 Monate x 30 Ct. Lohnänderung = 24 Ct.

Für die Berechnung der zu erwartenden Lohnmehrkosten ist von den Angebotsendsummen einschl. Umsatzsteuer auszugehen.

Beispiel:

Angebotssumme ohne USt.	950.000,- EUR
+ 16 % USt.	152.000,- EUR
	<hr/> 1.102.000,- EUR

Angebotsänderungssatz 0,183 ‰

Erwartete Mehrkosten:

1.102.000,- EUR x $\frac{0,183}{1000}$ x 24 Ct. = 4.839,98 EUR

Diese Berechnungsmethode für zu erwartende Mehrkosten ist nur bei Maßnahmen, bei denen der Bauablauf kontinuierlich über die gesamte Bauzeit verläuft praktikabel.

B. Ermittlung der Mehrkosten aufgrund einer Lohngleitklausel

Auftragnehmer:	Firma Mustermann GmbH
Submission am:	18.04.2003
vertraglich vereinbarte Ausführungsfrist:	06.2003 bis 08.2005

Nettoabrechnungssumme (ohne Lohn- oder Materialerhöhungen)	950.000,00 EUR
Vereinbarter Änderungssatz	0,183 ‰ ₀₀
Maßgebender Lohn, Tarifvertrag vom 04.07.2002 Lohnperiode vom 01.04.2003 bis 31.03.2004	14,78 EUR

z. Zt. Angebotsabgabe	1. Tarifierhöhung	2. Tarifierhöhung	3. Tarifierhöhung
Datum: 18.04.2003	01.04.2004	01.04.2005	
14,78 EUR	15,03	15,33	
Differenz (Ct.)	30 Ct.	30 Ct.	
Erbrachte Leistung (Leistungsstand)	200.000,- EUR	400.000,- EUR	
Differenz zur Nettoabrechnungssumme:	750.000,- EUR	550.000,- EUR	

Hieraus ergibt sich folgende Berechnung:	
$750.000,- \text{ EUR} \times \frac{0,183}{1000} \times 30 \text{ Ct.} =$	4.117,50 EUR
$550.000,- \text{ EUR} \times \frac{0,183}{1000} \times 30 \text{ Ct.} =$	3.019,50 EUR
Zwischensumme:	7.137,00 EUR
abzüglich Selbstbehalt 0,005 x 950.000,- EUR	= 4.750,00 EUR
Erstattungsbetrag netto	2.387,00 EUR

Tatsächliche Mehrkosten bei Lohngleitklausel

Auftragnehmer:
Submission am:
vertraglich vereinbarte Ausführungsfrist:

Nettoabrechnungssumme (ohne Lohn- oder Materialerhöhungen)	EUR
Vereinbarter Änderungssatz	‰
Maßgebender Lohn, Tarifvertrag vom Lohnperiode vom bis	EUR

z. Zt. Angebotsabgabe Datum:	1. Tarifierhöhung	2. Tarifierhöhung	3. Tarifierhöhung
EUR	EUR	EUR	EUR
Differenz (Cent)	Cent	Cent	Cent
Erbrachte Leistung (Leistungsstand)	EUR	EUR	EUR
Differenz zur Nettoabrechnungssumme:	EUR	EUR	EUR

Hieraus ergibt sich folgende Berechnung:			
EUR	x	$\frac{\quad}{1000}$	x Cent = EUR
EUR	x	$\frac{\quad}{1000}$	x Cent = EUR
EUR	x	$\frac{\quad}{1000}$	x Cent = EUR
Zwischensumme:			EUR
abzüglich Selbstbehalt 0,005 x EUR			= EUR
Erstattungsbetrag netto			EUR

Stoffpreisgleitklausel

[Anlage zu den Besonderen Vertragsbedingungen – BVB]

	Vergabenummer	Datum
Baumaßnahme		

Leistung

Verzeichnis für Stoffpreisgleitklausel

Für die nachstehend aufgeführten Stoffe, begrenzt auf die in den in Spalt 2 genannten Teilleistungen (OZ) verwendeten Stoffe, werden bei Änderung der Preise die Mehr- und Minderaufwendungen gemäß der „Stoffpreisgleitklausel“ erstattet.

Abrechnungszeitpunkt

Einbau = Stoff ist mit dem Grundstück (Baugrund) fest verbunden worden.

Lieferung = Stoff ist auf der Baustelle angeliefert worden.

Verwendung = Stoff ist unabhängig von den Begrifflichkeiten des BGB bei der Herstellung einer beweglichen Sache, die nicht mit dem Grundstück (Baugrund) fest verbunden ist, so eingesetzt worden, dass er seine bisherige Eigenständigkeit verloren hat oder der Stoff ist bei der Leistungserbringung als Betriebsstoff verbraucht worden.

Stoffe	Verwendung bei OZ	GP-Nummer	Basiswert 1 [z.B. EUR / t (netto)] nach Nr. 3.1 zum Zeitpunkt: [MM/JJJJ]	Abrechnungs- zeitpunkt, Abrechnungs- einheit (z.B. Verbrauch in litr/m³), Sonstiges
1	2	3	4	5

A. Hinweise zur Stoffpreisgleitklausel

1. Anwendungsbereich

Diese Vereinbarung einer Stoffpreisgleitklausel gilt nur, wenn

- in den Besonderen Vertragsbedingungen (Nr. 9.2 BVB) eine Preisgleitung vereinbart ist und
- nur für die Stoffe, die im „Verzeichnis für Stoffpreisgleitklausel“ auf diesem Vordruck genannt sind.

Die Stoffpreisgleitklausel gilt auch für die Abrechnung von Nachträgen. Mehr- oder Minderaufwendungen können bereits bei Abschlagszahlungen geltend gemacht werden.

Die Vergabestelle entscheidet unter Beachtung der „Grundsätze zur Anwendung von Preisvorbehalten bei öffentlichen Aufträgen“ (Bekanntmachung des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen vom 04.05.1972 im Anhang 4 des Vergabe- und Vertragshandbuchs für die Baumaßnahmen des Bundes – VHB 2008; Lesefassung abrufbar unter „<http://www.fib-bund.de/Inhalt/Vergabe/VHB>“), ob eine Stoffpreisgleitklausel vereinbart werden soll (für Baustahl vgl. zuletzt Rundschreiben vom 25.03.2014). Die begründete Entscheidung ist im Vergabevermerk zu dokumentieren.

2. Allgemeines

- 2.1 Wenn Mehr- oder Minderaufwendungen abzurechnen sind, muss der Auftragnehmer dem Auftraggeber prüfbare Aufzeichnungen über die Verwendung der Stoffe vorlegen. Aus den Aufzeichnungen müssen die Menge des Stoffes und der Zeitpunkt des Einbaus, der Lieferung bzw. der Verwendung hervorgehen.
- 2.2 Bei der Ermittlung der Mehr- oder Minderaufwendungen werden nur die Baustoffmengen zu Grunde gelegt, für die der Vertrag eine Vergütung gewährt.
Bei vereinbarter Pauschalierung oder Limitierung der Vergütung werden der Ermittlung der Mehr- oder Minderaufwendungen die pauschalierten Baustoffmengen zugrunde gelegt.
Sind sowohl Mehr- als auch Minderaufwendungen zu erstatten, werden diese getrennt ermittelt, gegeneinander aufgerechnet und die sich ergebende Differenz wird der weiteren Berechnung zu Grunde gelegt.
- 2.3 Vermeidbare Mehraufwendungen werden nicht erstattet. Vermeidbar sind insbesondere dadurch verursachte Mehraufwendungen, dass der Auftragnehmer Vertragsfristen überschritten oder die Bauausführung nicht angemessen gefördert hat.
- 2.4 Die vereinbarte Stoffpreisgleitklausel wird erst wirksam, wenn ein bestimmter Mindestbetrag der Kostenänderung (**Bagatellgrenze**) überschritten ist. Die Bagatellgrenze beträgt 2 % der Abrechnungssumme der im „Verzeichnis für Stoffpreisgleitklausel“ dieses Vordrucks aufgeführten Positionen (OZ).
Die Abrechnungssumme ist ohne die aufgrund der Gleitklausel zu erstattenden Beträge und ohne Umsatzsteuer anzusetzen.
- 2.5 Der Auftragnehmer ist an den Kostenänderungen zu beteiligen: sein **Selbstbehalt** beträgt 10 % der Mehr- oder Minderaufwendungen, mindestens aber die Höhe der Bagatellgrenze. Für den Selbstbehalt ist der Mehr-/Minderbetrag ohne Umsatzsteuer anzusetzen.
Bei Stoffpreissenkungen muss der Auftragnehmer die ersparten (Minder-)Aufwendungen von seinem Vergütungsanspruch absetzen.

3. Abrechnung

- 3.1 Der Auftraggeber setzt für die im „Verzeichnis für Stoffpreisgleitklausel“ dieses Vordrucks aufgeführten Stoffe fest:
 - einen Basiswert 1 zum Zeitpunkt der Versendung der Vergabeunterlagen (Monat/Jahr) als Nettopreis der der Abrechnung zugrunde liegenden Abrechnungseinheit (z.B. €/t, €/ltr.),
 - die GP-Nummer,
 - für Betriebsstoffe: die Abrechnungseinheit (z.B. Verbrauch in ltr/m³),
 - den Abrechnungszeitpunkt.

Der Basiswert 1 ist festzulegen zum Zeitpunkt des Versandes der Vergabeunterlagen aus dem arithmetischen Mittel der Angaben von mindestens drei einschlägigen Lieferanten. Bei Stahl ist der Basiswert 1 der Grundpreis zuzüglich ggf. des Abmessungsaufpreises, des Güteaufpreises und des Schrottzuschlags, jedoch ohne etwaige Lieferanten- und Transportzuschläge.

Der Abrechnungszeitpunkt ist nicht als Datum, sondern in Worten zu bestimmen als „Einbau“ (Stoff ist mit dem Grundstück/Baugrund fest verbunden worden), „Lieferung“ (Stoff ist auf der Baustelle angeliefert worden) oder „Verwendung“ (Stoff ist unabhängig von den Begrifflichkeiten des BGB bei der Herstellung einer beweglichen Sache, die nicht mit dem Grundstück/Baugrund fest verbunden ist, so eingesetzt worden, dass er seine bisherige Eigenständigkeit verloren hat oder der Stoff ist bei der Leistungserbringung als Betriebsstoff verbraucht worden).
- 3.2 Der Basiswert 1 wird unter der entsprechenden GP-Nummer als Basiswert 2 fortgeschrieben durch Multiplikation mit dem Quotienten der Preisindizes (Monat/Jahr) der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (GP) des Statistischen Bundesamtes vom Monat der Angebotseröffnung und vom Monat des Versandes der Vergabeunterlagen, veröffentlicht in der Fachserie 17 Reihe 2 bzw. auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes unter „www.destatis.de“.

$$\text{Basiswert 1} \star \frac{\text{Index Eröffnung der Angebote}}{\text{Index Versand der Vergabeunterlagen}} = \text{Basiswert 2}$$

Der Basiswert 2 wird unter der entsprechenden GP-Nummer als Basiswert 3 fortgeschrieben durch Multiplikation mit dem Quotienten der Preisindizes (Monat/Jahr) der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (GP) des Statistischen Bundesamtes vom Monat des Einbaus, der Lieferung bzw. der Verwendung und dem Monat der Eröffnung der Angebote, veröffentlicht in der Fachserie 17 Reihe 2 bzw. auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes unter „www.destatis.de“:

$$\text{Basiswert 2} \star \frac{\text{Index Abrechnungszeitpunkt}}{\text{Index Eröffnung der Angebote}} = \text{Basiswert 3}$$

- 3.3 Mehr- oder Minderaufwendungen werden errechnet für jede Position (OZ) im „Verzeichnis für Stoffpreisgleitklausel“ aus der Differenz des Basiswertes 3 und des Basiswertes 2 multipliziert mit der abzurechnenden Menge.
- 3.4 Die so errechneten Mehr- oder Minderaufwendungen werden für jede im „Verzeichnis für Stoffpreisgleitklausel“ angegebene Position (OZ) und der nachgewiesenen Menge (vgl. Nr. 2) unter Berücksichtigung des Selbstbehalts zusätzlich zum Angebotspreis vergütet bzw. vom Angebotspreis abgezogen.
4. **Abrechnung bei Nachunternehmern**
Die Stoffpreisgleitklausel findet auf (z.B. an Nachunternehmer) weitergegebene Vertragsleistungen nur Anwendung, wenn und soweit der Auftragnehmer dem Auftraggeber nachweist, dass die geltend gemachten Mehraufwendungen entstanden sind. Bei Preissenkungen und damit verbundenen Minderaufwendungen muss kein entsprechender Nachweis geführt werden.

B. Berechnungsbeispiel zur Stoffpreisgleitklausel

Berechnung des „Marktpreises“ von Betonstahl zum Zeitpunkt des Einbaus bzw. der Verwendung: (Zahlen entnommen aus der Fachserie 17, Reihe 2, Stand April 2008)

- | | | |
|----|--|--|
| 1. | Zeitpunkt der Angebotsabgabe: | April 2007 |
| 2. | „Marktpreis“ zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe: | 330,00 €/t |
| 3. | Index April 2007: | 230,60 |
| | | |
| 4. | Zeitpunkt der Lieferung bzw. Verwendung: | April 2008 |
| 5. | Index April 2008: | 259,60 |
| | | |
| 6. | Rechnung: | $(259,60/230,6) \times 100 - 100 = 12,56 \%$ |
| | | $330,00 \text{ €/t} \times 1,1256 = \mathbf{371,45 \text{ €/t}}$ |
| | Mehraufwendung: | $371,45 \text{ €/t} - 330,00 \text{ €/t} = \mathbf{41,45 \text{ €/t}}$ |

► Zur Berechnung der Selbstbeteiligung des Auftragnehmers siehe Nr. 2.5 oben.

ANGABEN ZUR KALKULATION MIT VORBESTIMMTEN ZUSCHLÄGEN (EFB-Preis 1a)

Bieter

Vergabenummer Datum

Baumaßnahme

Angebot für

1.	Angaben über den Verrechnungslohn	Zuschlag %	€/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird		
1.2	Lohnzusatzkosten Sozialkosten, Soziallöhne u. lohnbezogene Kosten, als Zuschlag auf ML		
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder, als Zuschlag auf ML		
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)		
1.5	Zuschlag auf Kalkulationslohn (aus Zeile 2.4, Spalte 1)		
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5, VL im EFB-Preis 2 berücksichtigen)		

2.	Zuschläge auf die Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten					
		Zuschläge in % auf				
		Lohn	Stoffkosten	Geräte- kosten	Sonstige Kosten	Nachunter- nehmerleist.
2.1	Baustellengemeinkosten					
2.2	Allgemeine Geschäftskosten					
2.3	Wagnis und Gewinn					
2.4	Gesamtzuschläge					

3.	Ermittlung der Angebotssumme			
		Einzelkosten d. Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten €	Gesamtzuschläge gem. 2.4 %	Angebotssumme €
3.1	Eigene Lohnkosten Verrechnungslohn (1.6) x Gesamtstunden			
	x			
3.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			
3.3	Gerätekosten (einschl. Kosten für Energie und Betriebsstoffe)			
3.4	Sonstige Kosten (vom Bieter zu erläutern)			
3.5	Nachunternehmerleistungen ¹⁾			
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer				

1) Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

This image shows a single sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins or other markings visible.

Angebot für

1.	Angaben über den Verrechnungslohn	Lohn €/h
1.1	Mittellohn ML einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird	
1.2	Lohnzusatzkosten Sozialkosten, Soziallöhne u. lohnbezogene Kosten	
1.3	Lohnnebenkosten Auslösungen, Fahrgelder	
1.4	Kalkulationslohn KL (Summe 1.1 bis 1.3)	

Berechnung des Verrechnungslohnes nach Ermittlung der Angebotssumme (vgl. Seite 2)

1.5	Umlage auf Lohn (Kalkulationslohn x v.H. Umlage aus 2.1)	€/h	v.H.	
1.6	Verrechnungslohn VL (Summe 1.4 und 1.5))			

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

[illegible]

Ermittlung der Angebotssumme		Betrag €	Gesamt €	Umlage Summe 3 auf die Einzelkosten für die Ermittlung der EH-Preise	
2.	Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten				
2.1	Eigene Lohnkosten Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden:			x	
2.2	Stoffkosten (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			x	
2.3	Gerätekosten (einschl. Kosten für Energie und Betriebsstoffe)			x	
2.4	Sonstige Kosten (vom Bieter zu erläutern)			x	
2.5	Nachunternehmerleistungen ¹⁾			x	
Einzelkosten der Teilleistungen (Summe 2)					noch zu vertei- len
3.	Baustellengemeinkosten, Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn				
3.1	Baustellengemeinkosten (soweit hierfür keine besonderen Ansätze im Leistungsverzeichnis vorgesehen sind)				
3.1.1	Lohnkosten einschließlich Hilfslöhne				
	Bei Angebotssummen unter 5 Mio. €: Angabe des Betrages				
	Bei Angebotssummen über 5 Mio. €: Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden:				
	x				
3.1.2	Gehaltskosten für Bauleitung, Abrechnung, Vermessung usw.				
3.1.3	Vorhalten u. Reparatur der Geräte u. Ausrüstun- gen, Energieverbrauch, Werkzeuge, u. Kleingerä- te, Materialkosten f. Baustelleneinrichtung				
3.1.4	An- u. Abtransport der Geräte u. Ausrüstungen, Hilfsstoffe, Pachten usw.				
3.1.5	Sonderkosten der Baustelle, wie techn. Ausfüh- rungsbearbeitung, objektbezogene Versicherun- gen usw.				
Baustellengemeinkosten (Summe 3.1)					
3.2	Allgemeine Geschäftskosten (Summe 3.2)				
3.3	Wagnis und Gewinn (Summe 3.3)				
Umlage auf die Einzelkosten (Summe 3)					
Angebotssumme ohne Umsatzsteuer (Summe 2 u. 3)					

¹⁾ Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bieter

Baumaßnahme

[illegible]

3) Für Gerätekosten einschließlich der Betriebsstoffkosten, soweit diese den Einzelkosten der angegebenen Ordnungszahl zugerechnet worden sind.

Leitfaden zum Umgang mit den Angaben zur Preisermittlung (EFB-Preis 1a, 1b)

Dieser Leitfaden soll den Vergabestellen den Umgang mit den Formblättern „EFB-Preis 1a“ und „EFB-Preis 1b“ erleichtern. Die EFB-Preisblätter sind den Vergingungsunterlagen immer beizufügen, wenn der geschätzte Auftragswert des zu vergebenden Auftrags mehr als 25.000 EUR (ohne USt) beträgt.

Die EFB-Preisblätter stellen ein Hilfsmittel dar, mit deren Hilfe

- die Kalkulation der Bieter nachvollzogen,
- die Angemessenheit der Angebotspreise bewertet und
- die Einhaltung der Tariftreue nach dem Hamburgischen Vergabegesetz (HmbVgG) überprüft

werden können. Hat ein Auftragnehmer keine Angebotskalkulation (Urkalkulation) hinterlegt, sind sie auch eine wichtige Erkenntnisquelle zu den Grundlagen der Preisermittlung bei Preisvereinbarungen nach § 2 Abs. 3, 5 und 6 VOB/B; Die Vergabestelle muss prüfen, ob sich die Angaben in den EFB-Preisblättern mit dem Angebot decken.

Die Angaben in den EFB-Preisblättern werden nicht Vertragsbestandteil, weil im Vertrag nur die Preise vereinbart werden, aber weder die Art ihres Zustandekommens noch einzelne Preisbestandteile.

Die Formblätter „EFB-Preis 1a“ und „EFB Preis 1b“ sind hauptsächlich zu verwenden bei Leistungen des Bauhauptgewerbes. Je nach Kalkulationsmethode kann ein Bieter auf Verlangen des Auftraggebers entweder „EFB-Preis 1a“ oder „EFB-Preis 1b“ ausfüllen und seinem Angebot beifügen.

A. Kalkulationsmethoden

Kalkulation mit vorbestimmten Zuschlägen (EFB-Preis 1a)

Dieses Kalkulationsverfahren wird hauptsächlich von handwerklich orientierten, kleinen und mittleren Bauunternehmen des Bauhauptgewerbes sowie im Ausbaugewerbe praktiziert.

Hierbei werden die anfallenden Kosten für die Erstellung der in den Vergingungsunterlagen beschriebenen Leistungen im Einzelnen ermittelt. Die Kosten werden nach den in den Positionen des Leistungsverzeichnisses beschriebenen Teilleistungen aufgegliedert und sind den Teilleistungen möglichst direkt und verursachungsgerecht zuzuweisen. Es handelt sich um die unmittelbaren Herstellungskosten, die allgemein als „Einzelkosten der Teilleistungen“ bezeichnet werden.

Kosten, die diesen Einzelkosten nicht direkt zugeordnet werden können, werden den Einzelkosten der Teilleistungen als Zuschläge hinzugerechnet (sog. „Kalkulation über vorbestimmte Zuschläge“). Diese „Gemeinkosten“ (Baustellen-gemeinkosten, Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn) werden vorab aus Nachkalkulationen abgerechneter Baumaßnahmen, Betriebskostenrechnungen, Kostenleistungsrechnungen und sonstigen Erfahrungswerten ermittelt und festgelegt.

Kalkulation über die Endsumme (EFB-Preis 1b)

Dieses Kalkulationsverfahren wird überwiegend von mittleren und großen Bauunternehmen des Bauhauptgewerbes angewandt.

Hierbei werden ebenfalls die anfallenden Kosten für die Erstellung der in den Vergingungsunterlagen beschriebenen Leistungen als Einzelkosten der Teilleistungen ermittelt (dazu s.o.).

Die „Gemeinkosten“ werden bei dieser Methode auf die Endsumme der Teilleistungen umgelegt (sog. „Kalkulation über die Endsumme“). Anders als bei der oben beschriebenen Zuschlagskalkulation werden die Baustellengemeinkosten hier im Einzelnen und objektbezogen ermittelt und in die Kostenberechnung übernommen. Die Allgemeinen Geschäftskosten sowie Wagnis und Gewinn werden hingegen wie oben beschrieben ermittelt und als Zuschläge in der Kalkulation berücksichtigt.

B. Prüfung der EFB-Preise

Die folgenden Erläuterungen und Hinweise beziehen sich auf die Angaben im Formblatt „EFB-Preis 1a“, sind aber auf das Formblatt „EFB-Preis 1b“ weitgehend übertragbar.

- [1.1] Der **Mittelohn** bezeichnet den durchschnittlichen Lohn der eingesetzten Arbeitnehmer auf einer Baustelle mit üblicher bzw. zweckmäßiger Arbeitnehmerstruktur.

Die Angaben über den Mittelohn sind heranzuziehen, um die Kalkulation des Bieters auf den ersten Anschein tariflicher Entlohnung zu überprüfen. Mindestens einzuhalten sind die Mindestlohnregelungen nach dem Arbeitnehmerentendgesetz – AEntG (vgl. § 3 HmbVgG), d.h. der angegebene Mittelohn darf keinesfalls unter den Mindestentgeltregelungen nach dem AEntG liegen (vgl. das einschlägige Tarifregister im Intranet).

Berücksichtigt der angegebene Mittelohn keine – im Einzelfall für die Durchführung der Baumaßnahme notwendigen (was nach der ausgeschriebenen Leistung individuell zu bewerten ist) – höher qualifizierten Fachkräfte und liegt der Mittelohn bloß 20 % über den einschlägigen Mindestentgeltregelungen gemäß AEntG, bedarf die Prüfung der Tariftreue der besonderen Aufmerksamkeit: Vom Bieter ist Aufklärung über das Zustandekommen des Mittellohns ggf. auch durch Vorlage der Kalkulation zu verlangen. Auch besteht die Gefahr, dass nicht ausreichend qualifiziertes Personal eingesetzt wird, was Zweifel an der Fachkunde und Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers begründen kann.

Beispiel Mittellohn Bauhauptgewerbe (LG=Lohngruppe):

1	Werkpolier (LG 6)	17,25 €
2	Vorarbeiter (LG 5)	15,77 €
6	Spezialfacharbeiter (LG 4)	15,01 €
3	Facharbeiter (LG 3)	13,76 €
2	Fachwerker (LG 2)	12,50 €
1	Werker (LG 1)	10,40 €

15	Arbeitskräfte	215,53 €
215,53 € : 15 =		<u>14,37 €</u>

Zum Vergleich: Ecklohn = Lohn eines Spezialfacharbeiters 15,01 €

Die Vergabestelle muss weiterhin die Ansätze für die Lohnzusatzkosten (vgl. Nr. 1.2) sowie die vom Bieter angegebene Gesamtstundenanzahl (vgl. Nr. 3.1) auf ihre Plausibilität prüfen.

- [1.2] **Lohnzusatzkosten** sind die gesetzlich festgelegten Sozialkosten (Sozial- und Rentenversicherungen) sowie tarifliche und freiwillige Zuschläge (z.B. Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Leistungsprämien, Arbeitsförderung).
Der Zuschlagssatz auf den Mittellohn für die Lohnzusatzkosten wird durch tarifliche und gesetzliche Änderungen häufig geändert und beträgt derzeit 79,91 % (in den alten Bundesländern) bzw. 71,74% (in den neuen Bundesländern).
- [1.3] **Lohnnebenkosten** sind tariflich festgelegte, lohngebundene Kosten wie Fahrtkostenabgeltung, Verpflegungszuschuss und Auslösung.
Für das Bauhauptgewerbe sind diese Kosten gemäß § 7 BRTV für Arbeitseinsätze auf Bau- oder Arbeitsstellen, die mehr als 10 km von der Wohnung des Arbeitnehmers entfernt liegen oder die eine mehr als zehnstündige Abwesenheit von der Wohnung des Arbeitnehmers erfordern, allgemeinverbindlich festgelegt.
Die Lohnnebenkosten werden pauschal als Zuschlag auf den Mittellohn berücksichtigt.
- [1.4] Der **Kalkulationslohn** ergibt sich aus der Summe von Mittellohn (Nr. 1.1) und den Zuschlägen für Lohnzusatzkosten (Nr. 1.2) und Lohnnebenkosten (Nr. 1.3).
Er bildet mit dem Stundenansatz (Nr. 3.1) die Grundlage für die Berechnung der Angebotssumme.
- [1.6] Der **Verrechnungslohn** ergibt sich aus der Summe von Kalkulationslohn (Nr. 1.4) und den Gesamtzuschlägen (Nr. 2.4). Überschlägig sollte der Verrechnungslohn etwa das Dreifache des Mittellohns betragen.
- [2.1] **Baustellengemeinkosten** sind die für die Erstellung der gesamten Bauleistung an der Baustelle anfallenden Kosten, soweit sie nicht unmittelbare Herstellungskosten (wie Lohn- und Materialkosten, Nr. 3.1 – 3.3) und damit nicht den einzelnen Teilleistungen zuzuordnen sind.
Zu den Baustellengemeinkosten zählen z.B. Planung, Bauleitung, Baustelleneinrichtung, -sicherung und -räumung. Sie können je nach Art, Größe und Komplexität der Baustelle schwanken.
Die Summe der konkret für die betreffende Baustelle anfallenden Kosten (Kalkulationslohn Nr. 1.4 + Baustellengemeinkosten Nr. 2.1) ergibt die **Herstellungskosten der Baustelle**.
- [2.2] **Allgemeine Geschäftskosten** werden in der Regel jährlich als Prozentsatz in Bezug auf die erbrachten Jahresbauleistungen/den Umsatz für das Unternehmen ermittelt und in dieser Größenordnung der Kalkulation zugrunde gelegt.
Die Allgemeinen Geschäftskosten sind die dem Betrieb insgesamt durch sein Bestehen verursachten Kosten. Dies sind unter anderen die Geschäftsführungskosten, die Verwaltungskosten sowie Fuhrparkkosten, Gebäudemieten, Steuern, Abgaben und Versicherungen. Der Zuschlag auf den Kalkulationslohn (Nr. 1.4) ist daher abhängig von der Struktur des Unternehmens.
Die **Selbstkosten der Baustelle**, in denen alle tatsächlich anfallenden Kosten enthalten sind (Kalkulationslohn Nr. 1.4 + Baustellengemeinkosten Nr. 2.1 + Allgemeine Geschäftskosten Nr. 2.2), bilden die Grundlage für die Kostendeckung des Unternehmens.
- [2.3] **Wagnis und Gewinn** dient der Berücksichtigung der technischen und kaufmännischen Risiken bei der Durchführung der Bauaufgabe und ist ein angemessener Erlös über die Kostendeckung hinaus als Gewinn des Unternehmens. Er wird als Prozentsatz grundsätzlich auf die Nettoangebotssumme abgegeben.
Die Höhe des Zuschlages auf den Kalkulationslohn (Nr. 1.4) hängt auch von der Markt- und Konkurrenzsituation ab und liegt daher stark im Ermessen des Unternehmens. Derzeit dürfte er ungefähr bei ca. 3 % liegen.
- [2.4] Die **Gesamtzuschläge** sind die Summe der Zuschläge in den Nummern 2.1, 2.2 und 2.3.
- [2.5] Ein übermäßig hoher Anteil der **Nachunternehmerleistungen** kann im Einzelfall zu Zweifeln an der Fachkunde und Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers führen.
Darüber hinaus ist im Zweifelsfall auch die Auskömmlichkeit der Preise für die Nachunternehmerleistungen zu überprüfen.

- [3.1] Der Ansatz der **Gesamtstunden** ist ein wichtiger Faktor in der Kalkulation des Unternehmens. Die Richtigkeit eines Stundenansatzes lässt sich nur über Erfahrungs- und Vergleichswerte beurteilen.
- Überdurchschnittlich hohe Stundenansätze können auf einen zu geringen Anteil qualifizierten Personals hindeuten und damit Zweifel an der Fachkunde und Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers begründen.
- Zu niedrige Stundenansätze können ein Hinweis auf Lohndumping sein, weil die Angebotssumme hierüber künstlich gesenkt werden kann, ohne niedrigere Löhne kalkulieren zu müssen. Wenn tatsächlich ein höherer Stundenansatz zu erwarten ist, könnten die Mehrkosten durch untertarifliche Entlohnung oder Einsatz von unterqualifiziertem Personal ausgeglichen werden.

Auftrags-Nr.: Datum:

Vergabeart:

- ☐ Öffentliche Ausschreibung
☐ Beschränkte Ausschreibung
☐ Freihändige Vergabe
☐ Offenes Verfahren
☐ Nichtoffenes Verfahren
☐ Verhandlungsverfahren

Sachkonto/Finanzposition:

Finanzstelle:

Mittelreservierungs-Nr.:

Mittelbindungs-Nr.:

HÜL-Nr.:

Projekt-Nr./CO-Auftrag:

Sachbearbeiter:

Tel.: / Fax: /

ZUSCHLAGSSCHREIBEN

Baumaßnahme

Angebot für

Angebotsdatum

Anlagen

- Zweitausfertigung dieses Zuschlagsschreibens
- Pläne

Aufgrund Ihres Angebots erhalten Sie im Namen und für Rechnung der Freien und Hansestadt Hamburg den Auftrag zur Ausführung der oben bezeichneten Leistungen.

Auftragssumme: EUR

Fristen: - Sind keine Daten eingetragen, gelten die Ausführungsfristen der Nummern 2.1 bis 2.3 der Besonderen Vertragsbedingungen (BVB).

- Gemäß Nr. 2.4 der BVB werden die Fristen datumsmäßig wie folgt festgelegt:

Beginn der Arbeiten		am
Fertigstellung der	-Arbeiten	am
Ende der Einzelfristen	-Arbeiten	am
	-Arbeiten	am

Erläuterungen

Hinweis: Erläuterungen sind zu nummerieren. Werden keine Erläuterungen abgegeben, ist zu schreiben: „Keine“. Der Rest der Seite ist so zu sperren, dass keine Eintragungen mehr vorgenommen werden können.

.....
Unterschrift(en)

Bitte reichen Sie die Zweitausfertigung dieses Zuschlagsschreibens als Empfangsbestätigung und Mitteilung der Vertretungen unverzüglich unterschrieben zurück.

Empfangsbestätigung und Mitteilung der Vertretungen

1. Ich/Wir bestätige(n) den Empfang Ihres vorstehenden Zuschlagsschreibens.
2. Für die Leitung der Ausführung des vorgenannten Bauauftrags wird als bevollmächtigte/r Vertreter/in bestellt:
NameTel
Anschrift
Ein Wechsel in der Vertretung wird der Dienststelle unverzüglich mitgeteilt.
3. Zur Entgegennahme von Anordnungen wird als bevollmächtigte/r Vertreter/in bestellt (falls abweichend von Nr. 2):
NameTel
Anschrift
Ein Wechsel in der Vertretung wird der Dienststelle unverzüglich mitgeteilt.
4. Nur Tief- und Ingenieurbau:
Als Verantwortliche/r für alle Maßnahmen zur Sicherung und Regelung des Verkehrs wird benannt:
NameTel
Anschrift
Als dessen/deren Stellvertreter/in wird benannt:
NameTel
Anschrift
Ein Wechsel des/der Verantwortlichen und/oder der Stellvertretung wird der Dienststelle unverzüglich mitgeteilt.

(Ort und Datum)

(Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift)

.....

.....

Hamburg, den

Baumaßnahme

Vergabenummer:

Angebot für

Angebotsdatum:

Anlagen

Pläne/Zeichnungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihr vorbezeichnetes Angebot konnte leider kein Zuschlag erteilt werden, weil

- ☐ es ausgeschlossen werden musste (§ 16 Abs. 1 VOB/A).
- ☐ begründete Zweifel an Ihrer Eignung bestehen (§ 16 Abs. 2 VOB/A).
- ☐ es nicht in die engere Wahl kommt (§ 16 Abs. 6 Nr. 3 VOB/A).
- ☐ es nicht das wirtschaftlichste Angebot ist (§ 16 Abs. 6 Nr. 3 VOB/A).

Wir danken für Ihre Beteiligung am Wettbewerb.

Mit freundlichen Grüßen

Hamburg, den

Baumaßnahme

Vergabenummer:

Angebot für

Angebotsdatum:

Anlagen

Pläne/Zeichnungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund Ihres schriftlichen Antrages vom teilen wir Ihnen folgendes mit:

- ☐ Ihr Angebot wird ausgeschlossen, weil
- ☐ es im Eröffnungstermin dem Verhandlungsleiter bei Öffnung des ersten Angebots nicht vorlag.
 - ☐ es Preise bzw. geforderte Erklärungen nicht enthält.
 - ☐ es im Angebotsschreiben nicht gemäß den Bewerbungsbedingungen unterschrieben ist.
 - ☐ von Ihnen vorgenommene Änderungen an Ihren Eintragungen nicht eindeutig sind.
 - ☐ es unzulässige Änderungen an den Verdingungsunterlagen enthält.
 - ☐ es nicht vollständig ist.
 - ☐ ein Ausschlussgrund nach § 16 Abs. 1 VOB/A vorliegt.
 - ☐ es nicht alle in den Verdingungsunterlagen gestellten Bedingungen erfüllt.

Erläuterung:

- ☐ Ihr Nebenangebot/Änderungsvorschlag wird ausgeschlossen, weil nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe keine Nebenangebote/Änderungsvorschläge zugelassen sind.

- ☐ Ihr Angebot kann nicht berücksichtigt werden, weil Sie die geforderten Aufklärungen und Angaben verweigert haben; deshalb war eine Wertung Ihres Angebotes nicht möglich.

Bezug:

- ☐ Ihr Angebot kann nicht berücksichtigt werden, weil begründete Zweifel an Ihrer Eignung bestehen im Hinblick auf

☐ Fachkunde

☐ Leistungsfähigkeit

☐ Zuverlässigkeit

Erläuterung:

- ☐ Auf Ihr Angebot kann kein Zuschlag erteilt werden, weil Sie nicht das wirtschaftlichste Angebot gemäß § 16 Abs. 6 Nr. 3 VOB/A abgegeben haben.

Erläuterung:

- ☐ Es liegt ein wirtschaftlicheres Nebenangebot vor.

- ☐ Folgende Nebenangebote/Änderungsvorschläge wurden bei der Wertung nicht oder nur teilweise berücksichtigt:

Nr.	Kurzbezeichnung	Grund

Auftragnehmer ist:

Die Merkmale und Vorteile dieses Angebots waren:

Wir danken für Ihre Beteiligung am Wettbewerb.

Mit freundlichen Grüßen

Hamburg, den

Baumaßnahme:

Vergabenummer:

Ihre Bewerbung vom

Vergabeverfahren: ☐ Beschränkte Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb

Anlagen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre Bewerbung wurde nicht berücksichtigt, weil

- ☐ sie zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge nicht vorgelegen hat.
- ☐ die geforderten Nachweise nicht vorliegen.
- ☐ die Eignung für die zu vergebende Leistung nicht nachgewiesen wurde.
- ☐ sie nach Prüfung der Eignung nicht in die engere Wahl gekommen ist.
- ☐ wegen der Vielzahl der Teilnahmeanträge nicht alle Bewerber zur Angebotsabgabe aufgefordert werden.
- ☐

Diese Mitteilung ist abschließend.

Mit freundlichen Grüßen

Hamburg, den

Baumaßnahme

Vergabenummer:

Angebot für

Angebotsdatum:

Anlagen

.....Pläne/Zeichnungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit informieren wir Sie gemäß § 101 a Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bzw. gemäß § 19 EG VOB/A, dass Ihr Angebot nicht berücksichtigt werden soll.

- ☐ Versendung dieser Information auf dem Postweg:
Wir beabsichtigen, nach Ablauf der Informationsfrist von 15 Kalendertagen^{*)}
- ☐ Versendung dieser Information per Fax oder auf elektronischem Weg:
Wir beabsichtigen, nach Ablauf der Informationsfrist von 10 Kalendertagen^{*)}

den Auftrag auf das Angebot des Bieters:
zu erteilen.

Frühester Zeitpunkt des Vertragschlusses (10 bzw. 15 Kalendertage nach Absendung dieses Schreibens):

Datum: □□□□□□□□ (TT.MM.JJJJ.)

- ☐ Ihr Angebot wird ausgeschlossen, weil
 - ☐ es im Eröffnungstermin dem Verhandlungsleiter bei Öffnung des ersten Angebotes nicht vorgelegen hat.
 - ☐ es in mehr als einer OZ (Position) fehlende Preise enthält.
 - ☐ ein wesentlicher Preis in einer OZ (Position) fehlt.
 - ☐ der in einer OZ fehlende unwesentliche Preis unter Berechnung mit dem höchsten Wettbewerbspreis die Gesamtangebotssumme so verändert, dass dies zum Wechsel in der Bieterreihenfolge führt.
 - ☐ es Preise bzw. geforderte Erklärungen nicht enthält.

^{*)} Fristbeginn ist der Tag nach Absendung dieser Information

- ☐ es im Angebotsschreiben nicht gemäß den Bewerbungsbedingungen unterschrieben ist.
- ☐ von Ihnen vorgenommene Änderungen an Ihren Eintragungen nicht eindeutig sind.
- ☐ es unzulässige Änderungen an den Verdingungsunterlagen enthält.
- ☐ es nicht vollständig ist.
- ☐ nachgeforderte Erklärungen oder Nachweise nicht vollständig und fristgerecht vorgelegt wurden,
- ☐ ein Ausschlussgrund nach § 16 Abs. 1 Nr. 3 EG VOB/A vorliegt.
- ☐ es nicht alle in den Verdingungsunterlagen gestellten Bedingungen erfüllt.
- ☐

Erläuterung:

.....

.....

- ☐ Ihr Nebenangebot/Änderungsvorschlag wird ausgeschlossen, weil gemäß Aufforderung zur Angebotsabgabe keine Nebenangebote/Änderungsvorschläge zugelassen sind.

- ☐ Ihr Angebot kann nicht berücksichtigt werden, weil Sie die geforderten Aufklärungen und Angaben verweigert haben; deshalb war eine Wertung Ihres Angebotes nicht möglich.

Bezug:

.....

- ☐ Ihr Angebot kann nicht berücksichtigt werden, weil begründete Zweifel an Ihrer Eignung bestehen im Hinblick auf ☐ Fachkunde ☐ Leistungsfähigkeit ☐ Zuverlässigkeit

Erläuterung:

.....

.....

- ☐ Auf Ihr Angebot kann der Zuschlag nicht erteilt werden, weil Sie nicht das wirtschaftlichste Angebot gemäß § 16 Abs. 6 Nr. 3 EG VOB/A abgegeben haben. Hierfür sind im Einzelnen folgende der in der Bekanntmachung oder den Verdingungsunterlagen genannten Kriterien maßgebend:

- | | | |
|---------------------------------------|---|--|
| <input type="checkbox"/> Preis | <input type="checkbox"/> Ausführungsfrist | <input type="checkbox"/> Vergütungsbedingungen |
| <input type="checkbox"/> Qualität | <input type="checkbox"/> Funktionalität | <input type="checkbox"/> technischer Wert |
| <input type="checkbox"/> Gestaltung | <input type="checkbox"/> Konstruktion | <input type="checkbox"/> technische Beratung |
| <input type="checkbox"/> Folgekosten | <input type="checkbox"/> Betriebskosten | <input type="checkbox"/> Wartung |
| <input type="checkbox"/> Rentabilität | <input type="checkbox"/> | |

Erläuterung:

.....

.....

- ☐ Es liegt ein wirtschaftlicheres Nebenangebot vor.

☐ Folgende Nebenangebote/Änderungsvorschläge wurden bei der Wertung nicht oder nur teilweise berücksichtigt:

Nr.	Kurzbezeichnung	Grund

Wir danken für Ihre Beteiligung am Wettbewerb.

Mit freundlichen Grüßen

Hamburg, den

Baumaßnahme

Vergabenummer:

Leistung

.....
.....

Ihre Bewerbung vom

Vergabeverfahren

- ☐ Nichtoffenes Verfahren
☐ Verhandlungsverfahren nach öffentlicher Vergabebekanntmachung

Anlagen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

für Ihre Bewerbung zur Vergabe der o.g. Bauleistung danke ich.

Nach Prüfung und Wertung Ihrer Unterlagen zur o.g. Bewerbung teile ich Ihnen mit, dass ich beabsichtige, Sie nicht zur Angebotsabgabe aufzufordern.

Gründe:

- ☐ Ihre Bewerbung wurde nicht berücksichtigt, weil
- ☐ sie zum Schlusstermin für den Eingang der Teilnahme nicht vorgelegen hat.
- ☐ sie folgende geforderte Erklärungen/Auskünfte nicht enthält:

☐ ein Ausschlussgrund nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 lit. a – e bzw. § 6 Abs. 4 EG VOB/A vorliegt.

Begründung:

☐ folgende bekannt gemachte Kriterien nicht erfüllt sind:

☐ sie unter Berücksichtigung der in der Bekanntmachung genannten Kriterien nicht in die engere Wahl kam.

☐ Ihre Bewerbung _____

Ich weise darauf hin, dass auf Grund dieser Mitteilung nach § 101a Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bzw. § 19 EG VOB/A eine gesonderte Bieterinformation nicht mehr erforderlich ist und nicht erfolgen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Hamburg, den

Baumaßnahme

Vergabenummer:

Angebot für

Angebotsdatum:

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem derzeitigen Stand des Vergabeverfahrens beabsichtigen wir Ihr Angebot anzunehmen.

Ein Auftrag darf erst nach Ablauf der in § 101 a GWB bzw. § 19 EG VOB/A genannten Frist

- ☐ 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information auf dem Postweg
- ☐ 10 Kalendertage nach Absendung dieser Information per Fax oder auf elektronischem Weg

erteilt werden.

Wir danken für Ihre Beteiligung am Wettbewerb.

Mit freundlichen Grüßen

Hamburg, den

- ☐ als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft^{*)}
- ☐ als Nachunternehmer der Firma^{*)}

Baumaßnahme

Vergabenummer:

.....

Auftrag über vom:

.....

- ☐ an die Arbeitsgemeinschaft^{*)}
- ☐ an die Firma^{*)}

Sehr geehrte Damen und Herren,

die/das (Vergabestelle) geht derzeit davon aus, dass keine schwere Verfehlung gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 2c VOB/A bzw. EG VOB/A vorliegt, die die Zuverlässigkeit Ihres Unternehmens in Frage stellen würde.

Der o.g. Auftrag wird

- ☐ an Sie^{*)}
- ☐ an Sie als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft^{*)}
- ☐ an Sie als Nachunternehmer der Firma^{*)}

unter dem Vorbehalt erteilt, dass die jetzt angenommene Zuverlässigkeit Ihres Unternehmens für die Vertragslaufzeit fortbesteht.

Sollte sich im Hinblick auf (Sachverhalt/eingeleitete Verfahren) eine nachweislich begangene schwere Verfehlung herausstellen, berechtigt dies den Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund nach § 8 Nr. 3 VOB/B.

Die Auftragserteilung erfolgt ohne Präjudiz für künftige Vergaben/Nachunternehmereinsätze bzw. Ausschlussverfahren auf Zeit von künftigen Aufträgen der Freien und Hansestadt Hamburg.

Mit freundlichen Grüßen

^{*)} Zutreffendes bitte ankreuzen.

Hamburg, den

Aufforderung zur Bindefristverlängerung

Bauleistung:

Ihr Angebot vom:

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Teilnahme an der Ausschreibung. Die festgelegte Zuschlags- und Bindefrist im
Vergabeverfahren für die o.g. Bauleistung muss aus folgenden Gründen

bis zum

verlängert werden.

Bitte senden Sie Ihre nachstehende Erklärung zur Bindefristverlängerung ausgefüllt und mit
Firmenstempel und Unterschrift versehen spätestens bis zum auf dem Postwege zurück.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Unterschrift)

Erklärung zur Bindefristverlängerung

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der von Ihnen vorgeschlagenen Verlängerung der Zuschlags- und Bindefrist bis zum bin ich

☐ einverstanden^{*)}

☐ nicht einverstanden^{*)}.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Stempel und Unterschrift)

.....
(Ort, Datum)

^{*)} Zutreffendes bitte ankreuzen.

Anleitung Vergabevermerk

Die folgende Auflistung ist ein Merkposten für den Aufbau und Inhalt eines Vergabevermerkes. Sie ist nicht abschließend und ist den Erfordernissen des Einzelfalls anzupassen.

1. Bis zur Bekanntmachung:

- Name und Anschrift des Auftraggebers,
- Bezeichnung der Baumaßnahme (bauliche Anlage),
- Vergabenummer,
- Bezeichnung der zu vergebenden Bauleistung,
- Aussagen, dass die haushalts- und baurechtlichen Voraussetzungen vorliegen,
- geschätzter Gesamtauftragswert der baulichen Anlage bei Einleitung des ersten Vergabeverfahrens,
- geschätzter Auftragswert der zu vergebenden Leistung bzw. der einzelnen Lose,
- ggf. Aussagen zu § 1 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 EG VOB/A,
- Auswahl und Begründung des gewählten Vergabeverfahrens (Ziffer 6.3 VV-Bau),
- ggf. Begründung für das ausnahmsweise Abweichen von der Fachlosvergabe (Ziff. 6.6 VV-Bau),
- Angabe der Termine des Vergabeverfahrens, insbesondere Veröffentlichungstermin, Bewerbungsfrist, Eröffnungstermin, Zuschlagsfrist, Bindefrist,
- ggf. Begründung für ein Abweichen von den Regelfristen der VOB/A,
- Angaben zum Vertragsinhalt, z.B.:
 - Ausführungsfristen,
 - Berücksichtigung von Lohn-/Stoffpreisgleitklauseln,
 - Vertragsstrafen mit Begründung für ihre Zweckmäßigkeit,
 - Abweichende Sicherheitsleistungen mit Begründung ihre Zweckmäßigkeit,
 - Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm mit Begründung für die Zweckmäßigkeit,
 - Begründung für die Wahl bestimmter Erzeugnisse oder Verfahren,
 - Begründung beim Abweichen von der Zahlungsfrist der Schlussrechnung (§ 16 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B)
- Angaben zu – ausnahmsweise zugelassenen – Nebenangeboten (Ziffer 6.12.5 VV-Bau),
- Angaben zu Wertungskriterien und ggf. Auswahlkriterien bei öffentlichen Teilnahmewettbewerben.

2. Bis zur Öffnung der Angebote:

Für alle Vergabeverfahren:

- Name und Anschrift der Bewerber mit Absendedatum der Vergabeunterlagen (Anforderungsliste mit Absendedatum),
- Angaben zur erfolgten Bekanntmachung (wann, wo),
- Anfragen/Hinweise von Bewerbern zu den Vergabeunterlagen (Behandlung der Anfragen/Hinweise, Konsequenzen, Information aller Bewerber),
- Angaben über Bewerber, die Einsicht in die nicht mit versandten Unterlagen genommen haben (Name des Bewerbers, Datum, Uhrzeit, Auskunft erteilende Person),
- Angaben zu Nachprüfungsverfahren.

Besonderheiten bei beschränkter Ausschreibung/nichtoffenem Verfahren und freihändiger Vergabe/Verhandlungsverfahren:

- Auswahl der Bewerber (Firmenvorschlag - mit Festlegung durch wen - beifügen) (Ziffer 6.3 VV-Bau),
 - bei Teilnahmewettbewerben: Begründung für (Nicht-)Berücksichtigung von Bewerbern,
- Gründe für ein Abweichen von § 6 Abs. 2 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A.

3. Bis zur Auftragserteilung:

- Eröffnung der Angebote,
 - Niederschrift der Angebotseröffnung,
 - erste Durchsicht (Ziffer 6.19.1 VV-Bau),
- Formale Prüfung der Angebote (Ziffer 6.19.1 VV-Bau),
- Prüfung der Eignung der Bieter (Ziffer 6.19.2 VV-Bau),
- Rechnerische Prüfung der Haupt- und Nebenangebote,
- Prüfung und Wertung der Angebote der engeren Wahl,
 - Feststellungen aufgrund der technischen und wirtschaftlichen Prüfung,
 - Feststellungen aufgrund der Aufklärung des Angebotsinhalts,
 - Ergebnisse der Prüfung und Wertung von Wahlpositionen, Nachlässen, Preisvorbehalten, (Ziffer 6.19.3 VV-Bau)
 - kein Angebotsausschluss gemäß §§ 6, 16 VOB/A bzw. EG VOB/A (Ziffer 6.20 VV-Bau),
- Prüfung und Wertung von – ausnahmsweise zugelassenen – Nebenangeboten (Ziffer 6.12.5 VV-Bau):
 - Feststellen der formalen Voraussetzungen,
 - Feststellen der Erfüllung der Mindestanforderungen,
 - Aufzeigen von Abweichungen vom Hauptangebot (Leistungsbeschreibung),
 - Feststellungen aus der Aufklärung des Angebotsinhalts,
 - Begründung der Vor- und Nachteile der Abweichung des Nebenangebots vom Hauptangebot,
 - Bewertung dieser Abweichung anhand der Zuschlagskriterien,
- Ergebnis der Prüfung und Wertung der Angemessenheit der Preise (Ziffer 6.19.3.4 VV-Bau),
- Ermittlung der Wertungssummen,
- Nachunternehmereinsatz beantragt, Name und Anschrift des/der NU (soweit bekannt),
- Ergebnis der Angebotswertung und Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots (Vergabevorschlag),
- Name und Anschrift des vorgesehenen Auftragnehmers,
- haushaltsmäßige Voraussetzungen für die vorgesehene Vergabe,
- Zustimmung/Beteiligungen vorgesetzter Stellen,
- ggf. Gründe für die Verlängerung der Zuschlags- und Bindefrist,
- Ergebnis der Anträge über die Verlängerung der Zuschlags- und Bindefrist,
- ggf. Angaben zu Nachprüfungsverfahren (§ 21 EG VOB/A),
- Information der Bieter bei EG-Vergaben (Ziffer 6.22 und 6.23 VV-Bau)
 - Absendedatum der Information,
 - frühester Termin für Zuschlagserteilung (10 bzw. 15 Kalendertage nach Absendung)
- ggf. Ergebnis des Nachprüfungsverfahrens,
- ggf. Angaben zur Aufhebung der Ausschreibung bzw. Beendigung des Vergabeverfahrens,
- Angaben zu den Anlagen des Vergabevermerks (Ergänzung der bisherigen Anlagen),
z. B. Niederschrift über die Angebotseröffnung, Bieterliste, Preisspiegel, Checklisten zur Angebotsprüfung, Zusammenstellung der Nebenangebote, Vermerke/Schreiben über Aufklärungsgespräche,
- Zuschlagserteilung.

Bewertung der Unterkriterien

☐ Für das Gesamtangebot

☐ Für den Leistungsanteil:

Bieter:

Hauptangebot (und ggf. Nebenangebot/e):

	1	2	3	4
1	Wertungskriterium	Punktspanne	Punktzahl	Begründung
2	Technischer Wert			
2.1	} 5 - 10		
2.2			
2.3			
2.4			
2.5			
2.6			
2.10	Summe			
2.11	Punktebewertung der Summe ⁷⁾	5 - 10		
3	Gestaltung			
3.1	} 5 - 10		
3.2			
3.3			
3.4			
3.5			
3.6			
3.10	Summe			
3.11	Punktebewertung der Summe ⁷⁾	5 - 10		
4			
4.1	--	} 5 - 10		
4.2	--			
4.3	--			
4.4	--			
4.5	--			
4.6	--			
4.10	Summe			
4.11	Punktebewertung der Summe ⁷⁾	5 - 10		

⁷⁾ Summe der Punkte der Unterkriterien dividiert durch die Anzahl der Unterkriterien (Ergebnis bis zu 3 Stellen nach dem Komma)

Beispiele für die Bewertung der Unterkriterien

1. Bewertung der Unterkriterien (Gesamtangebot)

☒ Für das Gesamtangebot ☐ Für den Leistungsanteil:

Bieter: **A**

Hauptangebot und Nebenangebot(e): **HA**

	1	2	3	4
1	Wertungskriterium	Punktspanne	Punktzahl	Begründung
2	Technischer Wert			
2.1	} 5 - 10	10 7,5 7,5
2.2			
2.3			
2.4			
2.5			
2.6			
2.10	Summe		25	
2.11	Punktebewertung der Summe ^{*)}	5 - 10	8,333	
3	Gestaltung			
3.1	} 5 - 10		
3.2			
3.3			
3.4			
3.5			
3.6			
3.10	Summe			
3.11	Punktebewertung der Summe ^{*)}	5 - 10		
4			
4.1	--			
4.2	--			
4.3	--			
4.4	--			
4.5	--			
4.6	--			
4.10	Summe			
4.11	Punktebewertung der Summe ^{*)}	5 - 10		

^{*)} Summe der Punkte der Unterkriterien dividiert durch die Anzahl der Unterkriterien (Ergebnis bis zu 3 Stellen nach dem Komma)

2. Bewertung der Unterkriterien (Leistungsanteil)

☐ Für das Gesamtangebot

☒ Für den Leistungsanteil: *Brückenbau*

Bieter: *A*

Hauptangebot und Nebenangebot(e): *HA*.....

	1	2	3	4
1	Wertungskriterium	Punktspanne	Punktzahl	Begründung
2	Technischer Wert			
2.1	} 5 - 10	10
2.2		7,5
2.3		7,5
2.4			
2.5			
2.6			
2.10	Summe		25	
2.11	Punktebewertung der Summe ^{*)}	5 - 10	8,333	
3	Gestaltung			
3.1	} 5 - 10		
3.2			
3.3			
3.4			
3.5			
3.6			
3.10	Summe			
3.11	Punktebewertung der Summe ^{*)}	5 - 10		
4			
4.1	--			
4.2	--			
4.3	--			
4.4	--			
4.5	--			
4.6	--			
4.10	Summe			
4.11	Punktebewertung der Summe ^{*)}	5 - 10		

^{*)} Summe der Punkte der Unterkriterien dividiert durch die Anzahl der Unterkriterien (Ergebnis bis zu 3 Stellen nach dem Komma)

Angebotswertung – Tabelle

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1														
1.1														
2														
3														
4														
5														
6														
7														
8														

*) Bis zu 3 Stellen hinter dem Komma

**) Ergebnis ohne Nachkommastelle (kaufmännisch gerundet)

Angebotswertung Mischlos – Tabelle

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Wertungs- kriterien	Gewichtung (%)	In der EG-Aufforderung zur Angebotsabgabe genannte Leistungsstelle	Gewichtung der genannten Leistungs- teile	Bieter:		Bieter:		Bieter:		Bieter:		Bieter:	
1.1					Punkte ^{*)}	Bewertung ^{*)} $\frac{[2] \times [4] \times [5]}{100}$	Punkte ^{*)}	Bewertung ^{*)} $\frac{[2] \times [4] \times [7]}{100}$	Punkte ^{*)}	Bewertung ^{*)} $\frac{[2] \times [4] \times [9]}{100}$	Punkte ^{*)}	Bewertung ^{*)} $\frac{[2] \times [4] \times [11]}{100}$	Punkte ^{*)}	Bewertung ^{*)} $\frac{[2] \times [4] \times [13]}{100}$
2	Preis			100										
3														
4	Tech- nischer Wert													
5														
6														
7	Summe	100												
8	Rang- folge													

^{*)} Bis zu 3 Stellen hinter dem Komma

^{**)} Ergebnis ohne Nachkommastelle (kaufmännisch gerundet)

Wertungsbeispiele

1. Angebotswertung (normal) – Tabelle

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Wertungskriterien	Gewichtung (%)	Bieter: A, NA ...		Bieter: B, HA ...		Bieter: B, NA 1 ...		Bieter: C, HA ...		Bieter: D, NA ...		Bieter: Bewertung ^{*)} [2]x[13]
			Punkte ^{*)}	Bewertung ^{*)} [2]x[3]	Punkte ^{*)}	Bewertung ^{*)} [2]x[5]	Punkte ^{*)}	Bewertung ^{*)} [2]x[7]	Punkte ^{*)}	Bewertung ^{*)} [2]x[9]	Punkte ^{*)}	Bewertung ^{*)} [2]x[11]	
2	Preis	80	10,000	800	6,000	480	9,612	769	9,902	792	9,249	740	
3	Technischer Wert	20	8,333	167	10,000	200	10,000	200	5,833	117	7,500	150	
4	Gestaltung												
5												
6												
7	Summe	100		967		680		969		909		890	
8	Rangfolge			2		5		1		3		4	

^{*)} Bis zu 3 Stellen hinter dem Komma

^{**)} Ergebnis ohne Nachkommastelle (kaufmännisch gerundet)

2. Angebotswertung (Mischlos) – Tabelle

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1	Wertungs- kriterien	Gewichtung (%)	In der EG-Aufforderung zur Angebotsabgabe genannte Leistungsteile	Gewichtung der genannten Leistungs- teile	Bieter: A, NA...		Bieter: B, HA...		Bieter: B, NA...		Bieter: C, HA...		Bieter:	
1.1					Punkte ^{*)}	$\frac{\text{Bewertung}^{**})}{100}$ $\frac{[2] \times [4] \times [5]}{100}$	Punkte ^{*)}	$\frac{\text{Bewertung}^{**})}{100}$ $\frac{[2] \times [4] \times [7]}{100}$	Punkte ^{*)}	$\frac{\text{Bewertung}^{**})}{100}$ $\frac{[2] \times [4] \times [9]}{100}$	Punkte ^{*)}	$\frac{\text{Bewertung}^{**})}{100}$ $\frac{[2] \times [4] \times [11]}{100}$	Punkte ^{*)}	$\frac{\text{Bewertung}^{**})}{100}$ $\frac{[2] \times [4] \times [13]}{100}$
2	Preis	80		100	10.000	800	9.875	790	9.652	772	9.249	740		
3	Tech- nischer Wert	20	Brückenbau	40	8.333	67	8.333	67	10.000	80	7.5000	60		
4			Oberbau	20	5.833	23	8.333	33	8.333	33	10.000	40		
5			Sonstiges	40	7.000	56	7.500	60	8.333	67	8.333	67		
6														
7	Summe	100				946		950		952		907		
8	Rang- folge					3		2		1		4		

*) Bis zu 3 Stellen hinter dem Komma
**) Ergebnis ohne Nachkommastelle (kaufmännisch gerundet)

[Eröffnungsstelle]

<input type="checkbox"/> Niederschrift - Angebotseröffnung	Datum, Uhrzeit: ,	Vergabenummer:
Vergabegrundlage VOB/A <input type="checkbox"/> VOL/A <input type="checkbox"/> ^{*)}	Vergabeart:	Seite:
<input type="checkbox"/> Festgestellte Angebotsendsummen	Eingetragen am:	Bearbeiterin/Bearbeiter: Frau
Leistung:		
Maßnahme:		
<input type="checkbox"/> Anlage: Verdingungsverhandlung - Auflistung Lose (Niederschrift 2 – 05/2010)		
<input type="checkbox"/> Anlage: Verdingungsverhandlung - Verspätete Angebote (Niederschrift 3 – 05/2015)		
<input type="checkbox"/> Anlage: Verdingungsverhandlung - Besonderheiten (Niederschrift 3 – 05/2015)		
Es sind Angebote rechtzeitig eingegangen. Nach der Feststellung, dass der Verschluss der Angebote unversehrt war, wurden sie einzeln geöffnet, gekennzeichnet und die Namen der Bieter sowie die geforderten Beträge wie folgt verlesen:		

lfd. Nr.:	Firmenname (bei auswärtigen Firmen auch Wohnort)	Angebotssumme	festgestellte Angebotsendsumme	Bemerkungen (Nebenangebote, Änderungsvorschläge, Preisnachlässe ohne Bedingung, usw.)

Unterschrift des Bieters unter Angabe der Firma (soweit gewünscht):

Verhandlungsleiter/-in:

Name und Amtsbezeichnung

Für die Niederschrift:

Name und Amtsbezeichnung

^{*)} Nach § 14 Abs. 2 VOL/A sind Bieter bei der Verdingungsverhandlung nicht zugelassen.

[Eröffnungsstelle]

<input type="checkbox"/> Niederschrift - Auflistung Lose	Datum, Uhrzeit: ,	Vergabenummer:
<input type="checkbox"/> Festgestellte Angebotsendsummen	Eingetragen am:	Bearbeiterin/Bearbeiter: Frau
Leistung:		
Maßnahme:		

Ifd. Nr.:	Angebotssumme Los 1	Angebotssumme Los 2	Angebotssumme Los 3	Angebotssumme Los 4	Bemerkungen (Nebenangebote, Änderungs- vorschläge, Preisnachlässe ohne Bedingung, usw.)
	festgestellte Angebotsendsumme	festgestellte Angebotsendsumme	festgestellte Angebotsendsumme	festgestellte Angebotsendsumme	

[Eröffnungsstelle]

<input type="checkbox"/> Niederschrift - Verspätete Angebote <input type="checkbox"/> Niederschrift - Besonderheiten	Datum, Uhrzeit: ,	Vergabenummer: Seite:
Leistung:		
Maßnahme:		

lfd. Nr.:	Firmenname (bei auswärtigen Firmen auch Wohnort)	Eingang (Datum, Uhrzeit)	Grund des verspäteten Eingangs
		,	
		,	
		,	
		,	
		,	

<input type="checkbox"/> Der Verschuß des Angebotes/der Angebote lfd.-Nr(n). war(en) zwischenzeitlich versehrt worden. Das Angebot/die Angebote <input type="checkbox"/> lfd.-Nr(n). war(en) versehentlich <input type="checkbox"/> lfd.-Nr(n). war(en) aus Gründen der Identifizierung (Feststellung der Vergabenummer) <input type="checkbox"/> lfd.-Nr(n). war(en), weil es/sie äußerlich nicht als Angebot gekennzeichnet war(en) geöffnet und wieder verschlossen worden.
<input type="checkbox"/> Die Unterschrift auf dem/den Angebotsvordruck(en) lfd.-Nr(n). fehlt(e).

Name und Amtsbezeichnung

Hamburg, den

Baumaßnahme

.....
Leistung

.....
Verfahrensart **Vergabenummer**

Bei EU-Vergabeverfahren: Bekanntmachung vom im ABl. EG Nr. S
Informationsnr. im Inhaltsverzeichnis ABl. EG

Sehr geehrte Damen und Herren,

das o.g. Vergabeverfahren ☐ ist nach § 122 GWB beendet worden.
☐ ist aufgehoben worden nach
☐ § 17 Abs. 1 Nr. 1 VOB/A bzw. EG VOB/A
☐ § 17 Abs. 1 Nr. 2 VOB/A bzw. EG VOB/A
☐ § 17 Abs. 1 Nr. 3 VOB/A bzw. EG VOB/A

Schwerwiegende Gründe sind:
.....
.....

Folgendes weitere Vorgehen ist beabsichtigt:

<input type="checkbox"/> Es wird ein(e)	<input type="checkbox"/> offenes Verfahren	<input type="checkbox"/> öffentliche Ausschreibung
	<input type="checkbox"/> nichtoffenes Verfahren	<input type="checkbox"/> beschränkte Ausschreibung
	<input type="checkbox"/> Verhandlungsverfahren	<input type="checkbox"/> freihändige Vergabe

durchgeführt.

☐ Es ist nicht beabsichtigt, ein neues Vergabeverfahren durchzuführen.

Diese Mitteilung ist abschließend.

Mit freundlichen Grüßen

Gewerk:
Zeitraum:

[illegible]

Berechnung des bereinigten Mittelpreises

I. Definition:

Der bereinigte Mittelpreis (4.) ist das arithmetische Mittel aus allen Einheitspreisen für eine bestimmte Position, die innerhalb eines Vertrauensbereiches (3.) liegen, dessen untere und obere Grenze durch Subtrahieren und Addieren der Standardabweichung (2.) vom arithmetischen Gesamtmittel (1.) gebildet werden.

n = Anzahl der Bieter

x_n = angebotener Einheitspreis eines Bieters für eine bestimmte Position

\bar{x} = arithmetisches Gesamtmittel aller angebotenen Einheitspreise für eine bestimmte Position

s = Standardabweichung

B = Vertrauensbereich

M = bereinigter Mittelpreis

1. Arithmetisches Gesamtmittel:

$$\bar{x} = \frac{\sum_{i=1}^n x_i}{n} = \frac{x_1 + x_2 + x_3 + \dots x_n}{n}$$

2. Standardabweichung:

$$s = \sqrt{\frac{\sum_{i=1}^n (x_i - \bar{x})^2}{n-1}} = \sqrt{\frac{x_1^2 + x_2^2 + x_3^2 + \dots x_n^2 - \frac{(x_1 + x_2 + x_3 + \dots x_n)^2}{n}}{n-1}}$$

3. Vertrauensbereich:

$B_{1,2} = \bar{x} \pm s \Rightarrow M$ liegt zwischen $B_1 = \bar{x} - s$ und $B_2 = \bar{x} + s$

4. Bereinigter Mittelpreis:

$$M = \frac{\sum_{i=1}^{n_M} x_i}{n_M} = \frac{x_1 + x_2 + x_3 + \dots x_{n_M}}{n_M} \text{ für alle Preise } x \text{ im Bereich } B \text{ (also } B_1 \leq x \leq B_2 \text{)}$$

Anmerkung:

Für eine Berechnung eines bereinigten Mittelpreises sind mindestens drei angebotene Einheitspreise notwendig ($n \geq 3$).

Sollte für eine Position nur ein einziger angebotener Einheitspreis innerhalb des Vertrauensbereiches liegen ($n_M \leq 1$), ist als Mittelpreis das arithmetische Gesamtmittel (1.) aus allen angebotenen Einheitspreisen heranzuziehen.

Beispielrechnung:

Anzahl der Bieter: $n = 5$

Angebote Einheitspreise der Bieter für die Position A:

	Position A	(Position A) ²
Bieter 1	49,00	2.401,00
Bieter 2	41,20	1.697,44
Bieter 3	43,66	1.906,20
Bieter 4	44,90	2.016,01
Bieter 5	41,80	1.747,24
SUMME	220,56	9.769,89
(SUMME) ²	48.646,71	
1. Arithmetisches Gesamtmittel	44,11	
2. Standardabweichung	± 3,18	
3. Vertrauensbereich	40,93 ↔ 47,29	
4. Bereinigter Mittelpreis	42,89	

1. Arithmetisches Gesamtmittel

$$\bar{x}_A = \frac{x_{A1} + x_{A2} + x_{A3} + x_{A4} + x_{A5}}{n} = \frac{49,00 + 41,20 + 43,66 + 44,90 + 41,80}{5} = \frac{220,56}{5} \approx \underline{\underline{44,11}}$$

2. Standardabweichung

$$s_A = \sqrt{\frac{x_{A1}^2 + x_{A2}^2 + x_{A3}^2 + x_{A4}^2 + x_{A5}^2 - \frac{(x_{A1} + x_{A2} + x_{A3} + x_{A4} + x_{A5})^2}{n}}{n-1}}$$

$$= \sqrt{\frac{49,00^2 + 41,20^2 + 43,66^2 + 44,90^2 + 41,80^2 - \frac{(49,00 + 41,20 + 43,66 + 44,90 + 41,80)^2}{5}}{5-1}}$$

$$= \sqrt{\frac{9767,89 - \frac{220,56^2}{5}}{4}} = \sqrt{\frac{9769,89 - \frac{48646,71}{5}}{4}} = \sqrt{\frac{9769,89 - 9729,34}{4}} = \sqrt{\frac{40,55}{4}} = \sqrt{10,14}$$

$$s_A \approx \underline{\underline{\pm 3,10}}$$

3. Vertrauensbereich

$$B_{A1} = 44,11 - 3,10 = \underline{\underline{41,01}} \quad B_{A2} = 44,11 + 3,10 = \underline{\underline{47,21}}$$

4. Bereinigter Mittelpreis

	Position A	im Vertrauensbereich 41,01 ↔ 47,21
Bieter 1	49,00	–
Bieter 2	41,20	41,20
Bieter 3	43,66	43,66
Bieter 4	44,90	44,90
Bieter 5	41,80	41,80
SUMME		171,56
Anzahl		$n_M = 4$

$$M_A = \frac{x_1 + x_2 + x_3 + \dots + x_{n_M}}{n_M} = \frac{171,56}{4} \approx \underline{\underline{42,89}}$$

Instandhaltungsvertrag

Die Freie und Hansestadt Hamburg,
vertreten durch _____,

- als Auftraggeber -

und

- als Auftragnehmer -

schließen den folgenden Vertrag:

§ 1 Vertragsgrundlage, Begriffsdefinition

- (1) Für den Vertrag gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und insbesondere des Werkvertragsrechts, soweit nachstehend nicht anderes vereinbart ist.
- (2) Für die Begriffe der *Instandhaltung*, *Wartung*, *Inspektion* und *Instandsetzung* gelten die Begriffsdefinitionen der DIN 31051.

§ 2 Leistungsumfang

- (1) Der Auftragnehmer übernimmt die Instandhaltung an der/den

.....
(Anlagenbenennung und Kennzeichnung von Einzelanlagen)

- (2) Der Leistungsumfang der Instandhaltungsarbeiten wird wie folgt vereinbart:

- ☐ Es sind nur die im beigefügten Instandhaltungsplan (vgl. § 3) beschriebenen Arbeiten auszuführen.
- ☐ Es sind alle Wartungs- Inspektions- und Instandsetzungsarbeiten gemäß DIN 31051 auszuführen.
- ☐ Es sind nur die Wartungsarbeiten gemäß DIN 31051 auszuführen.
Inspektions- und Instandsetzungsarbeiten gemäß DIN 31051 sind nur auf besonderes Verlangen des Auftraggebers auszuführen. Hierfür ist eine gesonderte Vergütung gemäß § 4 Abs. 2 zu zahlen.
- ☐ Es sind folgende Instandsetzungsarbeiten auszuführen:

.....
(konkrete Definition des Leistungsumfangs)

Darüber hinausgehende Instandsetzungsarbeiten können gesondert (mit gesonderter Vergütung gemäß § 4 Abs. 2) vereinbart werden.

- (3) Die Instandhaltung ist unter Berücksichtigung der einschlägigen Sicherheitsbestimmungen und Vorschriften durchzuführen.
- (4) Der Auftraggeber muss dem Auftragnehmer festgestellte Mängel mitteilen.
Der Auftragnehmer muss festgestellte oder vermutete Mängel, die die Betriebsbereitschaft oder die Sicherheit gefährden können, dem Auftraggeber unverzüglich mündlich melden und anschließend schriftlich mitteilen.
- (5) Den Zeitpunkt und Umfang der Instandhaltungsarbeiten (z.B. die Ergebnisse der durchgeführten Prüfungen und Kontrollen, die vorgefundenen Mängel und die ausgeführten Instandsetzungsarbeiten) muss der Auftragnehmer in ein von ihm zu lieferndes Wartungsbuch eintragen und von einem Beauftragten der Hausverwaltung gegenzeichnen lassen. Das Wartungsbuch verbleibt beim Wartungsobjekt.

§ 3 Leistungszeit

Die Instandhaltungsarbeiten sind

- gemäß dem als Anlage 1 beigefügten Instandhaltungsplan *)
- regelmäßig alle Monate *)

*) Nichtzutreffendes bitte streichen.

durchzuführen. Die Termine sind mit dem Auftraggeber und dem Betreiber rechtzeitig vorher abzustimmen. Die Instandhaltungsarbeiten sind so auszuführen, dass Betriebsbehinderungen vermieden werden.

§ 4 Vergütung

(1) Die Vergütung

- ☐ für jede Instandhaltung beträgt EUR zuzüglich Umsatzsteuer. **)
- ☐ für die Instandhaltungsarbeiten ist in beigefügter Anlage 2 festgelegt. **)
- ☐ beinhaltet die Kosten für die Reinigungs- und Schmierstoffe. **)

**) Zutreffendes bitte ankreuzen.

(2) Der Auftragnehmer hat Anspruch auf besondere Vergütung für zusätzliche Instandsetzungsarbeiten (vgl. § 2 Abs. 2), die sich nach dem Leistungsumfang dieser Arbeiten richten.

Dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer im Rahmen seiner Gewährleistungspflichten dafür einzustehen hat.

(3) Die Höhe der Vergütung ist vor der Ausführung unter Beachtung der preisrechtlichen Bestimmungen (insbesondere „*Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen*“ vom 21.11.1953) zu vereinbaren.

(4) Spätestens zwei Wochen nach der Instandhaltung ist die Rechnung in -facher Ausfertigung prüfbar bei einzureichen.

(5) Muss der Auftraggeber den Leistungsumfang der Instandhaltung (vgl. § 2) aus zwingenden Gründen einschränken, ist eine entsprechend verminderte Vergütung schriftlich zu vereinbaren.

§ 5 Lohnleitung

(1) Mehr- oder Minderaufwendungen des Auftragnehmers für Löhne und Gehälter werden gegenseitig erstattet, sofern sich der maßgebende Lohn durch Änderung der Tarife oder bei einem tariflosen Zustand aufgrund gewerbeüblicher Betriebsvereinbarungen erhöht oder mindert und der Auftragnehmer diese Änderung nicht schon in seinen Preisen berücksichtigen konnte. Auf Verlangen des Auftraggebers ist die Preisermittlung innerhalb einer angemessenen Frist vorzulegen.

Maßgebender Lohn ist der Tariflohn der Tätigkeitsgruppe ohne Lohnzuschläge (Ecklohn) nach den jeweiligen Lohntarifverträgen für in Hamburg von EUR/h, gültig ab .

(2) Bei Änderung des in Abs. (1) eingetragenen maßgebenden Lohnes wird der Preis für die – nach dem Wirksamwerden der Änderung – zu erbringenden Instandhaltungsarbeiten um 0, % je Cent Änderung erhöht oder gemindert.

Berechnung des Änderungssatzes:

$$\frac{\text{Lohnanteil in \% vom Instandhaltungspreis}}{\text{maßgebender Lohn} \times 100} = 0, \quad \text{\%/Cent}$$

(3) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber eine Änderung des maßgebenden Lohnes rechtzeitig schriftlich anzuzeigen.

(4) Vermeidbare Mehraufwendungen des Auftragnehmers werden nicht erstattet. Vermeidbar sind insbesondere durch schuldhaftes Überschreiten der Instandhaltungstermine verursachte Mehraufwendungen.

§ 6 Abtretungen

Der Auftragnehmer darf seine Forderungen gegen den Auftraggeber ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers nur abtreten, sofern sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt.

Die §§ 398 ff. BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

§ 7 Haftungsbeschränkung

- (1) Die Verschuldenshaftung des Auftragnehmers – mit Ausnahme der Haftung für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit – wird je Schadensfall begrenzt auf
 - EUR 1.000.000 bei Personen- und Sachschäden und
 - EUR 150.000 bei sonstigen Schäden.

Der Auftraggeber kann vom Auftragnehmer den Nachweis verlangen, dass diese Mindesthaftungssummen durch eine Versicherung abgedeckt sind.

- (2) Die Haftungsbeschränkung aus Absatz 1 gilt nicht, sofern eine höhere Betriebshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers zum Zeitpunkt des Schadenseintritts besteht.

§ 8 Vertragslaufzeit

- (1) Der Vertrag tritt am _____ in Kraft und hat eine Laufzeit von _____ Jahren.
- (2) Wenn der Vertrag nicht spätestens drei Monate vor Vertragsende schriftlich gekündigt wurde, verlängert die Vertragslaufzeit sich jeweils um ein Jahr.
- (3) Jede Vertragspartei kann den Vertrag fristlos kündigen, wenn die jeweils andere Partei ihren Verpflichtungen trotz Mahnung schuldhaft nicht nachkommt.
- (4) Im Falle der Kündigung oder sonstigen Vertragsbeendigung entsteht kein Anspruch auf Vergütung für noch nicht ausgeführte Instandhaltungsarbeiten.

§ 9 Schlussbestimmungen

- (1) Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Alle Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform.
- (2) Geschäfts- und Wartungsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung.
- (3) Die folgenden Anlagen zum Wartungsvertrag sind Vertragsbestandteil:
 - Anlage 1: Instandhaltungsplan ***)
 - Anlage 2: Vergütung ***)
 - Anlage 3: Zusätzliche Vertragsbedingungen ***)
 - Anlage 4: _____ ***)

***): Nichtzutreffendes bitte streichen.
- (4) Bei der Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam. Die Parteien haben die unwirksame Bestimmung durch eine anderweitige Bestimmung, die der unwirksamen Bestimmung im wirtschaftlichen Ergebnis möglichst nahe zu kommen hat, zu ersetzen. Entsprechendes gilt für Regelungslücken.
- (5) Für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag gilt deutsches Recht mit Ausnahme des UN-Kaufrechts.
- (6) Ein Streitfall berechtigt die Vertragspartner nicht, die Leistungen aus diesem Vertrag einzuschränken bzw. einzustellen.
- (7) Gerichtsstand ist, soweit rechtlich zulässig, Hamburg.

_____, den

_____, den

Auftragnehmer:

Auftraggeber:

Position	Menge und Einheit	Art	Einheitspreis EUR	Gesamtpreis EUR
		Übertrag:		
		Endsumme:		

Sonstige Vertragsbedingungen:

- Es gelten in nachstehender Reihenfolge in der jeweils geltenden Fassung:
 - die Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB),
 - die Zusätzlichen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten ZTV-ING
 - die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen für den Straßenbau ZTV mit Ergänzungen,
 - die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C),
 - die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B).

Die Bestimmungen können beim Auftraggeber eingesehen oder angefordert werden.
- Über Stundenlohnarbeiten hat der Auftragnehmer arbeitstäglich Stundenlohnzettel einzureichen. Rechnungen über Stundenlohnarbeiten sind getrennt von den Rechnungen über sonstige Leistungen aufzustellen. Sowohl die Stundenlohnzettel als auch die Stundenlohnrechnungen müssen nach Berufs-, Lohn- und Gehaltsgruppen aufgegliedert werden. Der Auftragnehmer ist auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, die tatsächlichen Lohnkosten anhand der Lohnlisten nachzuweisen, sofern keine Stundenverrechnungssätze vereinbart worden sind.
- Mit der Auftragsannahme/Leistungsausführung erklärt der Auftragnehmer, dass
 - er die Leistungen im eigenen Betrieb erbringt.
 - er den in seinem Unternehmen bei Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten ein Entgelt zahlt, das in Höhe und Modalitäten (insbesondere Zahlungszeitpunkt) mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den sein Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmerentsendegesetzes gebunden ist.
 - sofern keine solche Bindung besteht, er den bei Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten (ohne Auszubildende) mindestens ein Entgelt in Höhe des Mindestlohns gemäß § 5 Abs. 1 Hamburgisches Mindestlohnge-
setz (HmbMIG) in der jeweils geltenden Fassung (in Höhe von derzeit 8,67 Euro brutto/Stunde) zahlt.
 - er das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, das Arbeitnehmerentsendegesetz und andere gesetzliche Bestimmungen über Mindestentgelte beachtet.
 - er die Beiträge zu den Sozialkassen ordnungsgemäß abgeführt hat und abführt (gilt nur für Bieter, die Beiträge zu den Sozialkassen zu entrichten haben).
 - er vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die eingesetzten Beschäftigten bereithält.
 - er dem Auftraggeber auf Verlangen die Entgeltabrechnungen vorlegt und Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen gewährt.
 - er die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen hingewiesen hat.

Verstöße gegen diese Erklärungen können den Ausschluss von weiteren Aufträgen zur Folge haben.
- Ist für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt, kommt der Auftragnehmer ohne Mahnung in Verzug, wenn er nicht zu der bestimmten Zeit leistet.

....., den , den

.....(Auftraggeber)(Auftragnehmer)

Bitte geben Sie die Zweitausfertigung dieses Schreibens unverzüglich unterschrieben zurück.

Vergabe Nr.:	
Vergabeart <input type="checkbox"/> Öffentliche Ausschreibung <input type="checkbox"/> Beschränkte Ausschreibung <input type="checkbox"/> Freihändige Vergabe	
Einzureichen bis (Eröffnungs-/Einreichungstermin)	
Datum	Uhrzeit
Zuschlagsfrist endet am:	

AUFFORDERUNG ZUR ABGABE EINES ANGBOTS – VOB –
auf der Grundlage von § 4 Abs. 4 VOB/A (Auf- und Abgebotsverfahren)

Zeitvertragsarbeiten im Bereich:

Angebot für

.....

Anlagen:

- | | | |
|-------------------------------------|--|--------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Bewerbungsbedingungen (BWB) | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> | (Z) Angebot - VOB - | 2-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Besondere Vertragsbedingungen (BVB) | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) | 1-fach |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Rahmenauftrags-Leistungsbeschreibung (Rahmen-LV) | 2-fach |
| <input type="checkbox"/> | Verzeichnis der Lose (örtliche Geltungsbereiche) | 1-fach |
| <input type="checkbox"/> | ----- | |
| <input type="checkbox"/> | | |

- 1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Zeitvertragsarbeiten durch Einzelaufträge zu vergeben im Namen und für Rechnung des Auftraggebers

.....

.....

.....

Der Zeitvertrag ist ein für eine bestimmte Zeitdauer abgeschlossener Rahmenvertrag, der den Auftragnehmer verpflichtet, mit Einzelaufträgen abgerufene Leistungen zu den im Rahmenvertrag festgelegten Bedingungen auszuführen.

- 2 Der Gesamtwert der Arbeiten (Jahreswert) aller Lose bzw. je Los wird geschätzt auf: EUR.
Der tatsächliche Wert kann höher oder niedriger sein, es besteht kein Anspruch auf Erreichen des Schätzwerts.

- 3 Auskünfte werden erteilt und nicht beigefügte Verdingungsunterlagen können eingesehen werden

Ort/Zimmer

Tel.-Nummer

E-Mail

☐ werktags (außer Samstag) in der Zeit von bis Uhr

Nicht beigefügte Verdingungsunterlagen:

.....

.....

- 4 Es gelten die beigefügten Bewerbungsbedingungen (BWB).
- 5 Vorlage von Nachweisen und Angaben
- 5.1 Die Vergabestelle wird ab einer geschätzten Auftragssumme von 30.000,00 EUR für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Eigenklärung über die Eignung im Vordruck „(Z) Angebot“ einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister (§ 150a Gewerbeordnung) beim Bundeszentralregister anfordern.
- 5.2. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind Angaben und Nachweise der Eigenklärung über die Eignung im Vordruck „(Z) Angebot“ gemäß § 6 Abs. 3 VOB/A durch nachfolgende Angaben bzw. Bescheinigungen zu bestätigen.¹⁾
- § 6 Abs. 3 Nr. 2 a): Benennung und Bestätigung des Umsatzes der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer/Steuerberater oder entsprechend testierter Jahresabschluss oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnung.
 - § 6 Abs. 3 Nr. 2 b): Benennung von drei mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbaren Referenzobjekten aus den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren mit schriftlicher Bestätigung des Auftraggebers, dass die Leistungen auftragsgemäß erbracht wurden.
 - § 6 Abs. 3 Nr. 2 c): Benennung der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischen Leitungspersonal.
 - § 6 Abs. 3 Nr. 2 d): Gültige Gewerbeanmeldung und Handelsregistrauszug sowie Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise/Bescheinigungen vorzulegen.
 - § 6 Abs. 3 Nr. 2 e): Insolvenzplan, wenn dieser rechtskräftig bestätigt wurde.
 - § 6 Abs. 3 Nr. 2 h): Nachweise über die vollständige Entrichtung von Steuern und Beiträgen nach Nr. 7.1 BWB.
 - § 6 Abs. 3 Nr. 2 i): Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft bzw. Bescheinigung des Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen nach Nr. 7.1 BWB.
- Anstelle der Unterlagen nach § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A können präqualifizierte Unternehmen auch in Nr. 3.2 des Vordrucks „(Z) Angebot“ die Nummer angeben, unter der sie in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) eingetragen sind.
- 5.3 Auf gesondertes Verlangen vorzulegende Nachweise und Angaben:
- ☐ Angaben und Nachweise nach Nr. 9.5 BVB zur sozialverantwortlichen Beschaffung.
- ☐
- 6 Unterteilung in Lose vorgesehen:
- ☐ ja ☐ nein
- Angebote können abgegeben werden für
- ☐ ein Los ☐ ein oder mehrere Lose ☐ alle Lose
- Näheres siehe Leistungsbeschreibung.
- 7 Die Zuschlagsfrist beginnt mit dem Eröffnungstermin; bis zu ihrem Ablauf ist der Bieter an sein Angebot gebunden.
- 8 Zahlung und Finanzierungsbedingungen gemäß Verdingungsunterlagen.
- 9 Jeder Bieter, der zur Leistungsübernahme bereit ist, möge bitte beiliegendes Angebotsschreiben nebst Anlagen ausgefüllt und rechtsverbindlich unterschrieben in verschlossenem Umschlag bis zum Eröffnungs-/ Einreichungstermin an
-(s. Briefkopf) oder an:einsenden oder
-Ort des Eröffnungstermins (Anschrift, Zimmer-Nr.):..... abgeben.
- Der Umschlag ist außen mit anliegendem Kennzettel zu versehen sowie mit Namen/Firma, Anschrift und der Angabe „Angebot für“ (Bezeichnung der Baumaßnahme und der Leistungen wie oben) zu bezeichnen.
- Zum Eröffnungstermin sind nur Bieter und ihre Bevollmächtigten zugelassen.
- 10 Datenaustausch
- Sofern Daten der Ausschreibung auch im digitalen GAEB-Format (D83, P83 oder X83) zur Verfügung gestellt werden, sollte der Bieter vom digitalen Datenaustausch Gebrauch machen und das Leistungsverzeichnis im digitalen GAEB-Format (D84, P84 oder X84) einreichen. Sollte die hierfür erforderliche Software-Ausstattung nicht zur

¹ Gilt nur für öffentliche Ausschreibungen.

Verfügung stehen, kann ein entsprechendes Programm mit dem Namen „Offerte L“ kostenfrei von der Internetseite „[http:// hamburg.de/bsu/bsu-ausschreibungen/](http://hamburg.de/bsu/bsu-ausschreibungen/)“ heruntergeladen werden.

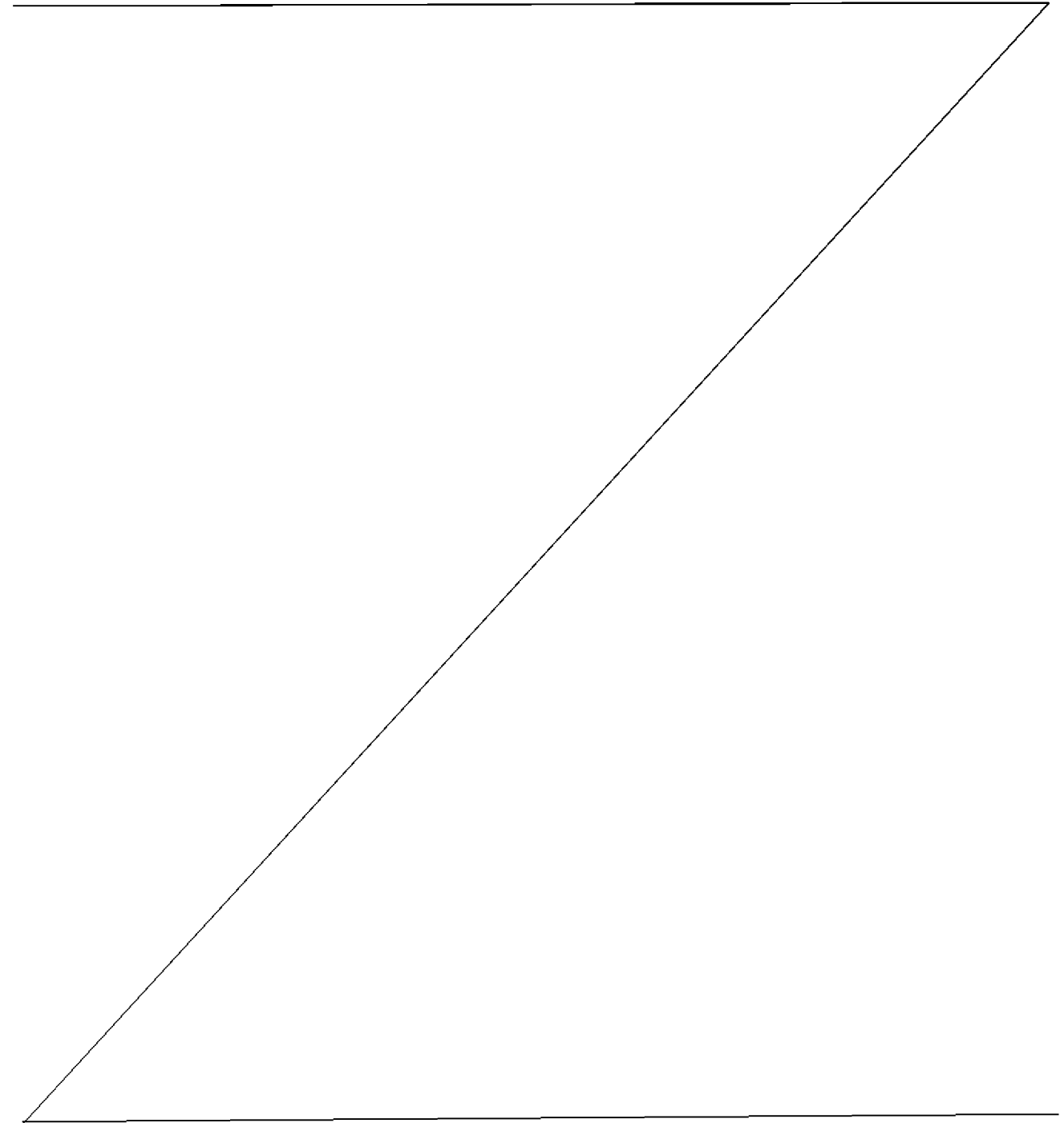
Die Notwendigkeit der Einreichung des vollständigen Angebotes in Papierform bleibt unberührt (Nr. 3 BWB).

11 **Nebenangebote, Nachunternehmen und Bietergemeinschaften sind nicht zugelassen.**

12 Nachprüfungsstellen:

☐ Beschwerdestelle (Nachprüfungsstelle gem. § 21 VOB/A):

.....
.....
.....
.....



[Name und Anschrift des Bieters]

Vergabe Nr.:

Vergabeart

- ☐ Öffentliche Ausschreibung
☐ Beschränkte Ausschreibung
☐ Freihändige Vergabe

Zuschlagsfrist endet am:

ANGEBOT – VOB –
auf der Grundlage von § 4 Abs. 4 VOB/A (Auf- und Abgebotsverfahren)

Zeitvertragsarbeiten im Bereich

Angebot für

Anlagen:

- ☒ Rahmenauftrags-Leistungsverzeichnis (Rahmen-LV)
☒ Verzeichnis der Liegenschaften
☐
☐ Pläne/Zeichnungen Nr.

1 Ich/Wir habe(n) die Bewerbungsbedingungen (BWB) beachtet.

2 Bestandteil dieses Angebotes sind neben diesem Angebotsschreiben (einschl. Anlagen) die folgende Unterlagen in der jeweils aktuellen Fassung:

- die Leistungsbeschreibung
- die Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)
- die Zusätzlichen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (ZVB)
- die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (VOB/C)
- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B)

3 Angaben zur Eignung

3.1 ☐ Ich bin/Wir sind bevorzugte(r) Bewerber (§§ 56, 58 Schwerbehindertengesetz) laut beigefügten Nachweisen.

3.2 Ich bin/Wir sind in der Liste des „Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis) eingetragen unter Nummer:

3.3 Eigenerklärungen zur Eignung gemäß § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A (für nicht präqualifizierte Unternehmen)¹

- zu § 6 Abs. 3 Nr. 2a und c VOB/A

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir ausreichend leistungsfähig bin/sind, um die ausgeschriebene Leistung zu erbringen und der Umsatz meines/unseres Unternehmens für vergleichbare Leistungen aus den letzten drei Geschäftsjahren unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten

¹ Nur bei öffentlichen Ausschreibungen einschlägig.

Aufträgen sowie die Zahl und die Struktur der bei mir/uns beschäftigten Arbeitskräfte und des technischen Personals dieses ausweist. Auf Verlangen werden zur Bestätigung entsprechende Unterlagen vorgelegt

• zu § 6 Abs. 3 Nr. 2 b VOB/A

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten drei Geschäftsjahren Leistungen erbracht habe(n), die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind. Entsprechende drei Referenzen, die vom jeweiligen Auftraggeber schriftlich als auftragsgemäß erbracht bestätigt wurden, werden auf Verlangen vorgelegt.

• zu § 6 Abs. 3 Nr. 2e und f VOB/A

Ich/Wir erkläre(n), dass über mein/unser Vermögen

- | | | |
|--|-----------------------------|-------------------------------|
| - ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt wurde | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| - ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren eröffnet wurde | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| - ein Antrag auf Eröffnung gestellt oder mangels Masse abgelehnt wurde | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
| - ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde | <input type="checkbox"/> ja | <input type="checkbox"/> nein |
- Falls ein rechtskräftiger Insolvenzplan bestätigt wurde, wird dieser auf Verlangen vorgelegt.
- mein/unser Unternehmen befindet sich in Liquidation ☐ ja ☐ nein

• zu § 6 Abs. 3 Nr. 2d und g bis i VOB/A

- Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir von der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg nicht von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen bin/sind.²
- Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meinen/unseren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern, der Beiträge zu den Sozialversicherungen, der Beiträge zu der Sozialkasse des Baugewerbes³ und der Beiträge zu der Berufsgenossenschaft nachgekommen bin/sind und die gewerberechtlichen Voraussetzungen (Eintragung in Berufsregister) für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).
Aktuelle Nachweise gemäß Nr. 7.1 BWB bringe(n) ich/wir auf Verlangen bei.
- Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Abs. 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt worden bin/sind.
- Ich/wir erkläre(n), dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss vom Wettbewerb rechtfertigen könnten.

4 Tariftreue und Mindestlohn

- 4.1 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns im Fall der Auftragserteilung, den in meinem/unserem Unternehmen bei Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten (insbesondere Zahlungszeitpunkt) mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmerentsendegesetzes gebunden ist.

Ich/Wir verpflichten(n) mich/uns im Fall der Auftragserteilung zur Beachtung des Tarifvertragsgesetzes, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, des Arbeitnehmerentsendegesetzes und anderer gesetzlicher Bestimmungen über Mindestentgelte.

Besteht keine solche Bindung, verpflichte(n) ich/wir mich/uns im Fall der Auftragserteilung, meinen/unseren bei der Ausführung der Leistung eingesetzten Beschäftigten (ohne Auszubildende) mindestens ein Entgelt in Höhe des Mindestlohns gemäß § 5 Abs. 1 Hamburgisches Mindestlohngesetz (HmbMiG) in der jeweils geltenden Fassung (in Höhe von derzeit 8,67 EUR brutto/Stunde) zu zahlen.

☐ Es besteht eine Bindung nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz an den Tarifvertrag
(Angabe des Tarifvertrags). Das niedrigste tarifvertragliche Entgelt beträgt EUR brutto/Stunde.

☐ Es besteht keine Bindung an einen Tarifvertrag.
Das niedrigste von meinem/unserem Unternehmen gezahlte Entgelt beträgt EUR brutto/Stunde.

- 4.2 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, vollständige und prüffähige Entgeltabrechnungen über die von mir/uns eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten. Auf Verlangen des Auftraggebers werde(n) ich/wir ihm die Entgeltabrechnungen vorlegen und Einblick in die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Beiträgen gewähren. Meine/Unsere Beschäftigten wurden auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hingewiesen.

5 Angebotsinhalt

- 5.1 Ich/Wir biete(n) die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen und mit allen den Preis betreffenden Angaben wie folgt an:

- zu den Preisen des Leistungsverzeichnisses mit einem Abgebot von v. H.
Aufgebot von v. H.
- mit folgenden Stundenverrechnungssätzen (ohne USt.) für Stundenlohnarbeiten⁴ für nicht im Rahmen-LV enthaltene Leistungen/Arbeiten :

² Nur einschlägig bei einer Angebotssumme mit einem Gesamtwert von mehr als 25.000 EUR (brutto).

³ Gilt nur für Bieter, die Beiträge zu den Sozialkassen zu entrichten haben.

⁴ Von der Auftraggeberin einzusetzen.

Lohn-/Gehaltsgruppe („Berufsgruppe“ laut Tarifvertrag) ⁵	geschätzte Anzahl Stunden pro Los ^{****}	Verrechnungssatz EUR	Gesamtbetrag EUR
1.
2.
3.
4.
5. Auszubildende bzw. Auszubildender a) im 1.Jahr	XXXXXXXXXXXXXXX	XXXXXXXXXXXXXXX
b) im 2.Jahr	XXXXXXXXXXXXXXX	XXXXXXXXXXXXXXX
c) im 3.Jahr	XXXXXXXXXXXXXXX	XXXXXXXXXXXXXXX

5.2 An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist gebunden.

6 Leistungsverzeichnis

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir bei Verwendung einer selbstgefertigten Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses das vom Auftraggeber verfasste Leistungsverzeichnis (Langtext) als allein verbindlich anerkenne(n).

Ich/Wir erkläre(n), dass das im Leistungsverzeichnis genannte Fabrikat als angeboten gilt, wenn im Leistungsverzeichnis bei einer Teilleistung eine Bezeichnung für ein bestimmtes Fabrikat mit dem Zusatz „oder gleichwertiger Art“ verwendet worden ist und ich /wir dort keine Angabe gemacht haben.

7 Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator

Der von mir/uns zu benennende Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gemäß Baustellenverordnung und dessen Stellvertreter verfügen über ausreichende baufachliche und arbeitsschutzfachliche Kenntnisse und darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung, um die nach der Baustellenverordnung übertragenen Aufgaben fachgerecht zu erfüllen. Entsprechende Referenzen werden bei der Auftragserteilung vorgelegt.

8 Holzzertifizierung

Der Rohstoff Holz als Bestandteil der Bauleistung (ausgenommen als Bauhilfsstoff) muss nach FSC, PEFC oder gleichwertig zertifiziert sein oder die für das jeweilige Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllen. Zur Information über die Standards des „Forest Stewardship Council“ (FSC) und des „Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“ (PEFC) wird auf die Websites „www.fsc-deutschland.de“ und „www.pefc.de“ verwiesen.

- ☐ Dieser Auftrag betrifft kein Holz als Rohstoff.
☐ Ich werde nur Holz verwenden, das nach FSC und/oder PEFC zertifiziert ist.
☐ Ich werde nur Holz verwenden, das nach _____ zertifiziert ist.
☐ Ich werde nur Holz verwenden, das die im jeweiligen Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt.

Die im Angebot angegebenen Zertifikate oder die gleichwertigen Nachweise sind bei der Anlieferung von Holz auf der Baustelle oder an der Lieferadresse vorzulegen.

Der Nachweis der Gleichwertigkeit (d.h. Übereinstimmung des Zertifikates mit den für das jeweilige Herkunftsland geltenden Standards von FSC oder PEFC) bzw. der Nachweis, dass die im jeweiligen Herkunftsland geltenden Kriterien des FSC oder PEFC einzeln erfüllt werden, ist durch eine Prüfung des Johann Heinrich von Thünen-Instituts in Hamburg oder des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn zu erbringen.

9 Mir/Uns ist bekannt, dass eine falsche Erklärung in diesem Vordruck meinen/unseren Ausschluss von künftigen Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

Ort, Datum, Stempel und Unterschrift:

Wird dieser Vordruck an dieser Stelle nicht unterschrieben, gilt das Angebot als nicht abgegeben.

⁵ Im Verrechnungssatz sind Lohn- und Gehaltskosten, Lohn- und Gehaltsnebenkosten, Sozialkassenbeiträge, Gemeinkostenanteile und Gewinn enthalten. Zuschläge für Mehr-, Nacht-, Sonntags-, und Feiertagsarbeiten werden gesondert vergütet.

Vergabe-Nr.:	Datum:
Vergabeart:	
<input type="checkbox"/> Öffentliche Ausschreibung	
<input type="checkbox"/> Beschränkte Ausschreibung	
<input type="checkbox"/> Freihändige Vergabe	
Kapitel/Titel:	
Finanzposition:	
Finanzstelle:	
Mittelreservierungs-Nr.:	
Mittelbindungs-Nr.:	
HÜL-Nr.:	
Projekt-Nr./CO-Auftrag:	
Sachbearbeiter:	
Tel.: / Fax: /	

ZUSCHLAGSSCHREIBEN

Rahmenauftrag für Zeitvertragsarbeiten

Zeitvertragsarbeiten im Bereich

Angebot für

Angebotsdatum

Anlagen

- Zweitausfertigung dieses Zuschlagsschreibens
- Pläne

Aufgrund Ihres Angebots erhalten Sie im Namen und für Rechnung der Freien und Hansestadt Hamburg den Rahmenauftrag zur Ausführung der oben bezeichneten Zeitvertragsarbeiten.

Die Einzelaufträge werden Ihnen durch die in Nr. 10.2 Besondere Vertragsbedingungen (BVB) bezeichneten Stellen schriftlich mit Vordruck „(Z) Einzelauftrag“ erteilt.

Erläuterungen

Hinweis: Erläuterungen sind zu nummerieren. Werden keine Erläuterungen abgegeben, ist zu schreiben: „Keine“. Der Rest der Seite ist so zu sperren, dass keine Eintragungen mehr vorgenommen werden können.

.....
Unterschrift(en)

Bitte reichen Sie die Zweitausfertigung dieses Zuschlagsschreibens als Empfangsbestätigung und Mitteilung der Vertretungen unverzüglich unterschrieben zurück.

Empfangsbestätigung und Mitteilung der Vertretungen

1. Ich/Wir bestätige(n) den Empfang Ihres vorstehenden Zuschlagsschreibens.
2. Für die Leitung der Ausführung des vorgenannten Bauauftrags wird als bevollmächtigte/r Vertreter/in bestellt:
NameTel
Anschrift
Ein Wechsel in der Vertretung wird der Dienststelle unverzüglich mitgeteilt.
3. Zur Entgegennahme von Anordnungen wird als bevollmächtigte/r Vertreter/in bestellt (falls abweichend von Nr. 2):
NameTel
Anschrift
Ein Wechsel in der Vertretung wird der Dienststelle unverzüglich mitgeteilt.

(Ort und Datum)

(Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift)

.....

.....

Betrifft:

EINZELAUFTRAG
aufgrund des Rahmenvertrags für Zeitvertragsarbeiten

Sie werden hiermit beauftragt, aufgrund des Rahmenvertrages Nr. _____ vom _____
für _____ (Leistung/Gewerk) _____ zu den Bedingungen
des Rahmenvertrages bis zum _____ bzw. gemäß Absprache folgende Leistungen auszuführen:

[illegible]

_____, den _____, _____, den _____

Auftragnehmer

Bitte reichen Sie die Zweitausfertigung dieses Schreibens unverzüglich unterschrieben zurück.

Inhaltsverzeichnis

7	Bauausführung	
	I. Allgemeine Richtlinie und Hinweise zur Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teil B)	
	– Allgemeine Vertragsbedingungen für die Bauausführung –	Seite
7.1	Art und Umfang der Leistung (zu § 1 VOB/B)	1
7.2	Vergütung (zu § 2 VOB/B)	1
7.2.3	Leistungen ohne Auftrag (zu § 2 Abs. 8 VOB/B)	3
7.3	Ausführungsunterlagen (zu § 3 VOB/B)	3
7.4	Ausführung (zu § 4 VOB/B)	3
7.4.1	Überwachung der Ausführung	4
7.4.2	Bautagebuch	4
7.4.3	Bedenken gegen Anordnungen der Auftraggeberin (zu § 4 Abs. 3 VOB/B)	4
7.4.4	Mangelhafte Leistung (zu § 4 Abs. 6 und 7 VOB/B)	5
7.4.5	Nachunternehmer (zu § 4 Abs. 8 VOB/B)	5
7.5	Vertrags- und Ausführungsfristen (zu § 5 VOB/B)	6
7.6	Behinderung und Unterbrechung der Ausführung (zu § 6 VOB/B)	7
7.6.2	Schadensersatz	8
7.7	Verteilung der Gefahr (zu § 7 VOB/B)	8
7.8	Kündigung durch die Auftraggeberin (zu § 8 VOB/B)	9
7.8.1	Kündigungsgründe	9
7.8.3	Abrechnung der ausgeführten Leistungsteile	10
7.8.4	Ausführung der unvollendeten Leistungsteile	10
7.8.5	Ansprüche der Auftraggeberin	10
7.9	Kündigung durch den Auftragnehmer (zu § 9 VOB/B)	10
7.10	Haftung der Vertragsparteien (zu § 10 VOB/B)	10
7.11	Vertragsstrafe (zu § 11 VOB/B)	11
7.12	Abnahme (zu § 12 VOB/B)	11
7.13	Mängelansprüche (zu § 13 VOB/B)	12
7.13.1	Mängelansprüche	12
7.13.2	Verjährung und Mängelrüge	12
7.13.3	Mängelbeseitigung	13
7.13.4	Beweissicherung	14
7.14	Abrechnung (zu § 14 VOB/B)	15
7.14.1	Prüfbarkeit der Rechnung	15
7.14.2	Fristsetzung	15

7.14.3	Leistungsfeststellung und Leistungserfassung	15
7.14.3.1	Aufmaß	16
7.14.3.2	Abrechnung nach Zeichnungen (Soll-Daten)	17
7.14.3.3	Abrechnung pauschalierter Leistungen	18
7.14.3.4	Mengenberechnungen	19
7.15	Stundenlohnarbeiten (zu § 15 VOB/B)	19
7.16	Zahlung (zu § 16 VOB/B)	20
7.16.1	Abschlagszahlungen	20
7.16.2	Vorauszahlungen	21
7.16.3	Prüfung der Rechnung und Zahlungsfristen	21
7.16.4	Einbehalt von Teilen der Vergütung	22
7.16.5	Schlusszahlung	22
7.16.5.1	Lohngleitklauseln	22
7.16.5.2	Überzahlungen	23
7.16.5.3	Pfändungen und Abtretungen	23
7.16.5.4	Zahlungseinstellung, Insolvenzverfahren	23
7.16.5.5	Zahlungen an Gläubiger des Auftragnehmers nach § 16 Abs. 6 VOB/B	23
7.17	Sicherheitsleistung (zu § 17 VOB/B)	23
7.18	Streitigkeiten (zu § 18 VOB/B)	24

II. Ergänzende Anforderungen bei der Bauausführung

7.19	Vorbemerkung	25
7.20	Unfallverhütung und Arbeitsschutz	25
7.21	Feststellung von Altlasten auf Baustellen	25
7.22	Versicherungen	25

Anlagen

7 Bauausführung

I. Allgemeine Richtlinien und Hinweise zur Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB Teil B)

– Allgemeine Vertragsbedingungen für die Bauausführung –

Anwenderkreis

Die nachfolgenden Richtlinien sowie die Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen (VOB/C) sind gemäß § 58 Landeshaushaltsordnung (LHO) von allen bauvergebenden und -betreuenden Stellen und Landesbetrieben der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) sowie den Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechts anzuwenden, sofern es sich nicht um Unternehmen im Sinne des § 98 LHO handelt.

Zur Anwendungsverpflichtung einheitlicher Bauvertragsvordrucke siehe **Ziffer 6.16.2.**

Den hamburgischen Unternehmen und Beteiligungen des öffentlichen und privaten Rechts wird empfohlen, die Richtlinien gemäß der jeweiligen Bestimmung in der Geschäftsanweisung des Aufsichtsrates für den Vorstand bzw. die Geschäftsführung anzuwenden.

Hinweis: Die Bezeichnung der „Auftraggeberin“ erfolgt in weiblicher Form, weil sie sich auf die FHH bzw. sie vertretende Stellen bezieht. Die übrigen Personenbezeichnungen („Bieter“, „Teilnehmer“, „Auftragnehmer“, „Nachunternehmer“ u.s.w.) erfolgen in männlicher Form, weil sie sich auf ein oder mehrere Unternehmen beziehen. Kommen im Einzelfall weibliche bzw. männliche natürliche Personen in Betracht, werden diese geschlechtsneutral bezeichnet (vgl. Senatsbeschluss vom 08.08.1995).

7.1 Art und Umfang der Leistung (zu § 1 VOB/B)

Bei der Abwicklung von Bauverträgen ist darauf zu achten, dass die Ausführung den vertraglichen Vereinbarungen entspricht und die Haushaltsmittel sparsam und wirtschaftlich verwendet werden.

Muss der Auftragnehmer nicht vereinbarte Leistungen erbringen, die zur Ausführung der vertraglichen Leistung erforderlich werden (§ 1 Abs. 4 Satz 1 VOB/B), ist der bestehende Bauertrag durch eine Nachtragsvereinbarung zu ergänzen (**Ziffer 7.2.2**).

Andere Leistungen, die zur Vertragserfüllung nicht erforderlich sind, deren Ausführung durch den Auftragnehmer aber zweckmäßig ist (§ 1 Abs. 4 Satz 2 VOB/B), dürfen an den Auftragnehmer nur unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 5 VOB/A freihändig vergeben werden (Anschlussauftrag).

Zu den weiteren Einzelheiten siehe den Vordruck „*Leitfaden Nachträge*“.

7.2 Vergütung (zu § 2 VOB/B)

Die Vergütung ist im Grundsatz in § 2 Abs. 1 und 2 VOB/B geregelt.

Danach sind alle vertragsgemäß ausgeführten Leistungen durch die vereinbarten Preise abgegolten (§ 2 Abs. 1 VOB/B).

Die Vergütung erfolgt im Regelfall nach den vereinbarten Einheitspreisen und den dazu tatsächlich ausgeführten Leistungsmengen (§ 2 Abs. 2 VOB/B).

7.2.1 Über- und Unterschreitung der Mengenansätze (zu § 2 Abs. 3 VOB/B)

§ 2 Abs. 3 VOB/B ist anzuwenden, wenn sich die ausgeführte Menge einer im Einheitspreisvertrag vereinbarten (Teil-)Leistung ändert. Bei der Änderung sind nur die Mehr- oder Minderkosten zu berücksichtigen, die durch die Mengenänderung verursacht wurden.

- Bei einer Abweichung von dem im Leistungsverzeichnis angegebenen Mengenansatz um maximal 10 % gilt der vereinbarte Einheitspreis der (Teil-) Leistung fort (§ 2 Abs. 3 Nr. 1 VOB/B).
- Wird der Mengenansatz um mehr als 10 % überschritten, ist unverzüglich zu prüfen, ob die Vereinbarung eines niedrigeren Preises nach § 2 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B verlangt werden muss. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Mengenänderung auf sowohl die Einzelkosten als auch die Gesamtkosten auswirken kann. Das Ergebnis der Prüfung ist schriftlich festzuhalten.

Bei der Vereinbarung eines neuen Preises ist von den Grundlagen der Ermittlung des bisherigen Einheitspreises für die betroffene (Teil-)Leistung auszugehen. Der neue Preis gilt nur für die über 10% hinausgehende Überschreitung des Mengenansatzes.

- Verlangt der Auftragnehmer wegen Unterschreitung des Mengenansatzes einer Position um mehr als 10 % die Erhöhung des Einheitspreises nach § 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B, muss er eine detaillierte Berechnung seiner auszugleichenden Kosten vorlegen.

Werden einzelne Leistungspositionen des Einheitspreisvertrags nicht ausgeführt, ohne dass dies auf Kündigung, Verzicht oder Anordnung der Auftraggeberin beruht, hat der Auftragnehmer in sinngemäßer Anwendung des § 2 Abs. 3 Nr. 3 VOB/B einen Ausgleichsanspruch. Inhalt des Vergütungsanspruchs sind die Gemeinkosten und der Gewinnanteil ohne Wagnisanteil.

Der Auftragnehmer kann indes keine Vergütung beanspruchen, wenn er bereits einen Ausgleich für Mengenerhöhungen erhält (z.B. geänderte Leistungen nach § 2 Abs. 5 VOB/B, zusätzliche Leistungen nach § 2 Abs. 6 VOB/B; Ziffer 7.2.2).

7.2.2 Nachträge (zu § 2 Abs. 5 und 6 VOB/B)

Bei Änderungen der vorgesehenen Leistung (§ 2 Abs. 5 VOB/B) oder bei zusätzlichen Leistungen (§ 2 Abs. 6 VOB/B) ist rechtzeitig vor der Ausführung ein schriftliches Nachtragsangebot einzuholen.

Der Auftragnehmer ist bei der Angebotseinholung darauf hinzuweisen, dass alle Bedingungen des Hauptauftrages einschließlich etwaiger Nachlässe gelten. Zu prüfen ist, ob diese Bedingungen erfüllt sind.

Vom Auftragnehmer sind die zur Ermittlung des neuen Preises erforderlichen Unterlagen und ggf. Auskünfte zu verlangen (Nr. 2 „*Zusätzliche Vertragsbedingungen – ZVB*“).

Art und Umfang von Leistungsänderungen bzw. die Notwendigkeit zusätzlicher Leistungen sowie die Ermittlung des neuen Preises sind in einem Vermerk zu begründen, der den Abrechnungsunterlagen beizufügen ist.

Der Vertrag ist durch eine Nachtragsvereinbarung auf dem Vordruck „*Nachtrag*“ zu ergänzen, in der auch die Auswirkung der geänderten bzw. zusätzlichen Leistung auf die Bemessung der Ausführungsfristen festzulegen ist.

Zu den Einzelheiten siehe den „*Leitfaden zur Vergütung bei Nachträgen*“ des Bundes (Nr. 510 des Vergabehandbuchs des Bundes, abrufbar unter „<http://www.fib-bund.de/Inhalt/Vergabe/VHB/LESEFASSUNG.pdf>“).

Hinweis: Die Preise des Maschinenbaus und der Elektroindustrie unterliegen der „Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen“ vom 21.11.1953 (vgl. § 2 Abs. 5 PreisV 30/53). Bei der Beurteilung von Nachtragspreisen kann daher nicht von den im Bauhaupt- und Nebengewerbe üblichen Kalkulationsmethoden ausgegangen werden. Siehe Ziffer 6.19.5.

7.2.3 Leistungen ohne Auftrag (zu § 2 Abs. 8 VOB/B)

Führt der Auftragnehmer Leistungen ohne Auftrag oder unter eigenmächtiger Abweichung vom Vertrag aus, ist unverzüglich zu prüfen, ob diese Leistungen nach § 2 Abs. 8 Nr. 2 S. 2 VOB/B anerkannt werden sollen oder ob die Voraussetzungen des § 2 Abs. 8 Nr. 2 S. 2 VOB/B vorliegen.

Dem Auftragnehmer ist schriftlich mitzuteilen, ob die Leistung abgelehnt und ihre Beseitigung gefordert (§ 2 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B) oder ob sie anerkannt (§ 2 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B) wird.

7.3 Ausführungsunterlagen (zu § 3 VOB/B)

Soweit nicht schon in den Vertragsunterlagen enthalten, sind die Ausführungsunterlagen dem Auftragnehmer gegen schriftliche Bestätigung mit genauer Bezeichnung der Unterlagen und unter Datumsangabe auszuhändigen.

Die vermarkten Absteckpunkte und ihre Sicherung sowie die Höhenfestpunkte sind dem Auftragnehmer mit den zugehörigen Unterlagen gegen schriftliche Bestätigung unter Datumsangabe zu übergeben.

Der Auftragnehmer ist für die Erhaltung der übernommenen Vermarkungen während der Bauarbeiten verantwortlich. Daneben hat die Bauüberwachung (Ziffer 7.4.1) fortlaufend die Unversehrtheit der Sicherungen zu überwachen.

Eine verspätete Übergabe der Ausführungsunterlagen kann Schadensersatzansprüche wegen Behinderung der Bauausführung nach § 6 VOB/B begründen.

Der Auftragnehmer ist vor dem Ausführungsbeginn auf seine Mitwirkungspflicht aus § 3 Abs. 5 VOB/B (rechtzeitige Vorlage von Unterlagen) hinzuweisen.

Der Auftraggeber kann seine Mitwirkungspflichten gemäß § 3 VOB/B nicht auf den bauausführenden Auftragnehmer übertragen.

Die Aushändigung der Ausführungsunterlagen und die Wahrnehmung der übrigen Mitwirkungspflichten sind im Bautagebuch, ansonsten in den Bauakten, zu vermerken.

7.4 Ausführung (zu § 4 VOB/B)

Der Auftragnehmer trägt die Ausführungsverantwortung. Er hat die Leistung unter eigener Verantwortung nach dem Vertrag auszuführen, § 4 Abs. 2 VOB/B.

Die Auftraggeberin und ihre Erfüllungsgehilfen dürfen daher keine diesbezüglichen Freigaben, Anerkenntnisse oder sonstigen Rechtserklärungen abgeben. Der Auftraggeberin stehen aber die Überwachungs- und Anordnungsbefugnisse nach § 4 VOB/B zu.

Im Verhältnis zwischen Auftragnehmer und Auftraggeberin ist auf der Baustelle die notwendige Distanz zu wahren. Etwaige Büros von Auftragnehmer und Auftraggeberin sind stets räumlich getrennt einzurichten und zu betreiben.

Spätestens bei der Auftragserteilung ist festzulegen, wer als Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator die Aufgaben der Auftraggeberin gemäß BaustellVO während der Ausführung des Bauvorhabens verantwortlich wahrnimmt. Der Auftragnehmer unterbreitet hierzu einen Vorschlag (Nr. 8 „Angebot“).

Werden die Aufgaben nicht von der Auftraggeberin selbst wahrgenommen, ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Auftraggeberin und dem Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator sicherzustellen.

7.4.1 Überwachung der Ausführung

Die vertragsgemäße Leistungsausführung ist sorgfältig zu überwachen.

Die mit der Bauüberwachung beauftragten Personen der Auftraggeberin müssen insbesondere auf die Einhaltung der vereinbarten Ausführungsfristen sowie auf die Leistungsausführung gemäß Leistungsbeschreibung und den genehmigten Ausführungszeichnungen achten. Sie müssen sicherstellen, dass alle Baustoffe und Bauteile den Vertragsbedingungen entsprechen, die Leistungen in vertragsgemäßer Güte ausgeführt werden, frei von Mängeln sind und etwaige Mängel beseitigt werden.

Ist die Überwachung der Ausführung freiberuflich tätigen Personen übertragen, muss die Auftraggeberin die ordnungsgemäße Wahrnehmung dieser Aufgaben regelmäßig kontrollieren.

Hinweis für den Ingenieurbau:

Die Einhaltung der vertraglichen Anforderungen ist durch Kontrollprüfungen der ausgeführten Leistungen (z.B. Laboruntersuchungen, Verdichtungsgrad, profilgerechte Lage, Ebenheit) zu überwachen. Die Kontrollprüfungen sind durch die Bauüberwachung zu veranlassen. Die Bauüberwachung muss bei Probenahmen für die Kennzeichnung und unverzügliche Weiterleitung der Proben an eine anerkannte Prüfstelle sorgen. Über die Probenahme ist eine Niederschrift zu fertigen und diese vom Auftragnehmer gegenzeichnen zu lassen.

Besteht aufgrund von Auffälligkeiten auf der Baustelle der Verdacht

- der illegalen Beschäftigung von Arbeitskräften
- des Verstoßes gegen Mindestlohn- und Tariftreuepflichten des Hamburgischen Vergabegesetzes
- der Tätigkeit nicht genehmigter Nachunternehmer

ist unverzüglich die „*Sonderkommission Bau*“ (SOKO Bau, ABH 234, Tel.: 428 40 – 2742) zu unterrichten. Die SOKO Bau nimmt ggf. mit den für die Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit zuständigen Ordnungsbehörden Kontakt auf.

Werden Teile einer Leistung durch die weitere Ausführung der Kontrolle und Feststellung von Mängeln entzogen, müssen Auftraggeberin und Auftragnehmer gemeinsam die Vertragsmäßigkeit der Leistung prüfen und Art und Umfang der Leistung feststellen und protokollieren (vgl. Ziffer 7.14.3).

7.4.2 Bautagebuch

Die Bautagebücher sind gemäß den „*Richtlinien für die Führung eines Bautagebuchs*“ (Vordruck „*Bautagebuch*“) zu führen. Sie sollen täglich den Stand und Fortschritt der Bauarbeiten sowie alle bemerkenswerten Ereignisse des Bauablaufs lückenlos festhalten.

Die Bautagebücher sind als Urkunde wichtiger Bestandteil der Bauakte. Ihre Seiten sind durchlaufend zu nummerieren.

7.4.3 Bedenken gegen Anordnungen der Auftraggeberin (zu § 4 Abs. 3 VOB/B)

Eine nur mündliche Erklärung seiner Bedenken im Sinne des § 4 Abs. 3 VOB/B kann den Auftragnehmer von seiner Haftung befreien, sofern er seine Beden-

ken eindeutig und eindringlich dargelegt hat. Die mündlich geäußerten Bedenken sind unverzüglich im Bautagebuch zu vermerken und der Auftragnehmer ist aufzufordern, seine Bedenken schriftlich begründet mitzuteilen.

Die Entscheidung über die Bedenken ist dem Auftragnehmer schriftlich mitzuteilen.

Muss wegen der Bedenken eine Leistung geändert werden, ist eine schriftliche Nachtragsvereinbarung zu treffen (Ziffer 7.2.2).

7.4.4 Mangelhafte Leistung (zu § 4 Abs. 6 und 7 VOB/B)

Wird während der Ausführung erkannt, dass Stoffe oder Bauteile auf die Baustelle geliefert werden, die dem Vertrag oder den Proben nicht entsprechen (§ 4 Abs. 6 VOB/B), ist der Auftragnehmer unverzüglich schriftlich unter Fristsetzung aufzufordern, diese innerhalb der gesetzten Frist von der Baustelle zu entfernen. Es ist darauf hinzuweisen, dass der Auftraggeberin nach Fristablauf das Recht zusteht, die Stoffe oder Bauteile auf Kosten des Auftragnehmers zu entfernen oder für ihre Rechnung zu veräußern.

Sind Stoffe oder Bauteile nach angebotenen und vereinbarten Proben zu verwenden, gelten die Eigenschaften der Probe als vereinbarte Beschaffenheit und sind damit vertraglicher Leistungsinhalt (vgl. § 13 Abs. 2 VOB/B).

Wird während der Ausführung erkannt, dass eine Leistung mangelhaft oder vertragswidrig ausgeführt wird (§ 4 Abs. 7 VOB/B), ist der Auftragnehmer unverzüglich schriftlich unter Fristsetzung aufzufordern, diese durch eine vertragsgemäße Leistung zu ersetzen. Wurden vertrags- oder probenwidrige Stoffe oder Bauteile eingebaut, sind diese zu entfernen und durch dem Vertrag oder den Proben entsprechende Stoffe oder Bauteile zu ersetzen.

Bei Gefahr in Verzug kann die Aufforderung zunächst mündlich erfolgen und ist unverzüglich schriftlich zu bestätigen.

Befolgt der Auftragnehmer die Aufforderung nicht, ist ein Auftragsentzug grundsätzlich erst möglich,

- wenn dem Auftragnehmer schriftlich eine angemessene Frist zur Mängelbeseitigung mit dem Hinweis gesetzt wurde, dass ihm der Auftrag nach fruchtlosem Fristablauf entzogen wird und
- diese Frist erfolglos verstrichen ist.

7.4.5 Nachunternehmer (zu § 4 Abs. 8 VOB/B)

Der Auftragnehmer muss die Bauleistung im eigenen Betrieb ausführen (§ 4 Abs. 8 Satz 1 VOB/B).

Eine Weitervergabe von (Teil-)Leistungen an einen Nachunternehmer ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin zulässig (vgl. § 4 Abs. 8 Satz 2 VOB/B und Ziffer 6.7.2). Der Auftragnehmer muss die Zustimmung auf dem Vordruck „Nachunternehmer (NU)“ beantragen und die Anforderungen der Nr. 6 „ZVB“ erfüllen. Antrag und Prüfung sind aktenkundig zu machen.

Im Regelfall ist einem nach Auftragserteilung (Zuschlag) vom Auftragnehmer beantragten Nachunternehmereinsatz nicht zuzustimmen. Die Zustimmung darf nur ausnahmsweise erteilt werden, wenn der Auftragnehmer unabwendbare, nach der Auftragserteilung eingetretene Umstände nachgewiesen hat und die erforderliche Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit) des Auftragnehmers trotz des Nachunternehmereinsatzes erhalten bleibt.

Der Auftragnehmer muss den Nachunternehmereinsatz überwachen. Er hat dafür Sorge zu tragen, dass nur die aufgrund schriftlicher Zustimmung zugelassenen

Nachunternehmer auf der Baustelle tätig sind.

Zu Voraussetzungen und Verfahren beim Nachunternehmereinsatz siehe **Ziffer 6.7.2**.

Setzt der Auftragnehmer vertragswidrig einen Nachunternehmer ein, ist die Fortführung der Arbeit zu untersagen. Dem Auftragnehmer ist eine angemessene Frist zur Aufnahme der Leistung im eigenen Betrieb zu setzen und zu erklären, dass ihm der Auftrag nach fruchtlosem Fristablauf entzogen wird.

Als Rechtsfolge des vertragswidrigen Verhaltens ist außerdem sein Ausschluss auf Zeit von künftigen öffentlichen Aufträgen zu prüfen. Denn der unberechtigte Nachunternehmereinsatz stellt einen Verstoß des Auftragnehmers gegen die Vertragsbedingungen dar, die regelmäßig Zweifel an seiner Zuverlässigkeit begründen, die bei künftigen Vergabeverfahren berücksichtigt werden müssen (zu den Ausschlussgründen siehe **Ziffer 6.20**).

Darüber hinaus kann die Nichtbeachtung der Pflichten beim Nachunternehmereinsatz auch eine Kündigung nach Nr. 8 ZVB (vgl. **Ziffer 7.8.1**) rechtfertigen und Vertragsstrafen nach Nr. 23 ZVB (vgl. **Ziffer 6.10**) auslösen.

7.5 Vertrags- und Ausführungsfristen (zu § 5 VOB/B)

Zu Ausführungsfristen siehe auch **Ziffer 6.13.1**.

Dem Auftragnehmer sind schriftlich mitzuteilen

- der voraussichtliche Beginn der Ausführung (§ 5 Abs. 2 Satz 1 VOB/B),
- die Aufforderung zum Beginn der Ausführung (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B),
- das Verlangen unverzüglicher Abhilfe (§ 5 Abs. 3 VOB/B).

Alle Umstände, aus denen Schadensersatzansprüche oder Kündigungsrechte hergeleitet werden können, sind stets im Bautagebuch anzugeben.

Hinweis: Ist eine Veröffentlichung dieses Vertrages im Informationsregister nach dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) vorzunehmen, hat stets eine gesonderte Aufforderung zum Beginn der Ausführung durch die Auftraggeberin gemäß Ziffer 2.1 der Besonderen Vertragsbedingungen (BVB) an den Auftragnehmer zu ergehen (§ 5 Abs. 2 Satz 2 VOB/B), die frühestens einen Monat nach der Veröffentlichung erfolgen darf (vgl. § 10 Abs. 2 HmbTG).

Vertragsfristen sind entweder Ausführungsfristen oder zur Vertragsfrist erklärte Einzelfristen, **Ziffer 6.13.1**.

Sollen Vertragsfristen (z.B. wegen Leistungsänderung/-ergänzung oder Behinderung nach § 6 VOB/B) geändert werden, sind die neuen Fristen unverzüglich schriftlich zu vereinbaren. War das Fristende durch Datum bestimmt, soll auch der neue Endtermin durch Datum bestimmt werden. Die Auftraggeberin teilt dem Auftragnehmer ihre Entscheidung über eine Fristverlängerung schriftlich mit.

Sollte eine einvernehmliche Änderung der Vertragsfristen nicht möglich sein, ist unverzüglich das zuständige Rechtsamt einzuschalten.

Zur Fristverlängerung wegen Behinderung nach § 6 VOB/B siehe **Ziffer 7.6**.

Zur Auswirkung der Fristverlängerung auf Vertragsstrafen siehe **Ziffer 7.11**.

Ist eine Vertragsfrist (Ausführungsfrist oder zur Vertragsfrist erklärte Einzelfrist) kalendarisch bestimmt, gerät der Auftragnehmer bei Datumsüberschreitung auch ohne Mahnung in Verzug.

Ist eine Vertragsfrist auf andere Weise (z.B. nach Tagen) bestimmt, muss der Auftragnehmer durch eine Mahnung in Verzug gesetzt werden.

Die Mahnung muss unmittelbar nach Fristablauf schriftlich erfolgen. Sie muss die Mitteilung der Fristüberschreitung sowie die Aufforderung zur Fertigstellung der Leistung enthalten. Gleichzeitig muss sie den Auftragnehmer darauf hinweisen, dass die Auftraggeberin ihre Ansprüche wegen Fristüberschreitung geltend machen wird (Schadensersatz, Vertragsstrafe, Kündigung).

Bevor die Auftraggeberin den Vertrag kündigen kann (Ziffer 7.8), muss sie dem Auftragnehmer schriftlich eine angemessene Nachfrist zur Vertragserfüllung setzen und ankündigen, dass sie den Auftrag nach fruchtlosem Fristablauf entziehen wird. Folgender Wortlaut ist zu verwenden:

„Zur Vertragserfüllung wird Ihnen eine Nachfrist bis zum ... [Datum] gesetzt. Nach fruchtlosem Fristablauf wird Ihnen der Auftrag nach § 8 Abs. 3 VOB/B entzogen.“

Bei Überschreitung von Vertragsfristen kann diese Erklärung mit der Mahnung verbunden werden.

7.6 Behinderung und Unterbrechung der Ausführung (zu § 6 VOB/B)

Die vertragliche Ausführungsfrist ist unter Beachtung des § 6 Abs. 4 VOB/B zu verlängern, soweit die Behinderung verursacht ist

- durch die in § 6 Abs. 2 Nr. 1 lit. a – c VOB/B genannten Umstände,
- durch die tatsächlich angefallenen witterungsbedingten Ausfalltage.

Im Bautagebuch sind alle Behinderungen, die zur Änderung der vertraglichen Ausführungsfrist führen können, und die anerkannten Ausfalltage zu vermerken.

7.6.1 Verfahren bei Behinderung

Wenn der Auftragnehmer anzeigt, dass

- er sich behindert glaubt,
- Umstände erkennbar sind, aus denen sich eine Behinderung ergeben kann,
- die Auftraggeberin die ordnungsgemäße Durchführung der Arbeiten verzögert,

sind alle Umstände, die für die Beurteilung der Gründe und des Umfanges der Behinderung bedeutsam sein können, so genau im Bautagebuch festzuhalten, dass später eine zweifelsfreie Dokumentation möglich ist.

Die Behinderungsursachen sind unverzüglich festzustellen und schnellstmöglich zu beseitigen. Sobald die hindernden Umstände wegfallen, ist der Auftragnehmer schriftlich zu benachrichtigen.

Bei Behinderungen können dem Auftragnehmer Ansprüche auf Verlängerung der Ausführungsfrist nach § 6 Abs. 2 VOB/B und/oder Schadensersatz nach § 6 Abs. 6 VOB/B zustehen. Macht er einen solchen Anspruch geltend, ist zu prüfen,

- ob der Auftragnehmer die hindernden Umstände unverzüglich schriftlich angezeigt hat (§ 6 Abs. 1 Satz 1 VOB/B), oder
- ob die hindernden Umstände und ihre Wirkungen für die Auftraggeberin offenkundig waren (§ 6 Abs. 1 Satz 2 VOB/B).

Liegt keine der Voraussetzungen vor, ist die Forderung unverzüglich schriftlich zurückzuweisen.

In den Verzug des Auftragnehmers fallende Behinderungen sind nur für Fristverlängerungen anzuerkennen, soweit die Auftraggeberin sie zu vertreten hat. Zur Änderung von Vertragsfristen siehe Ziffer 7.5.

7.6.2 Schadensersatz

Schadensersatzansprüche nach § 6 Abs. 6 VOB/B setzen voraus, dass ein Vertragsteil die hindernden Umstände zu vertreten hat. Unabhängig davon besteht der verschuldensunabhängige Schadensersatzanspruch aus § 642 BGB.

Die Schadensersatzpflicht ist auf den Ersatz des nachweislich entstandenen unmittelbaren Schadens beschränkt. Wurde z.B. eine Behinderung durch von der Auftraggeberin zu vertretende Umstände verursacht, hat der Auftragnehmer bei einer Fristverlängerung einen Anspruch auf besondere Vergütung seiner Mehraufwendungen (Vorhalten und Unterhalten der Baustelleneinrichtung, Sicherungsmaßnahmen, Beaufsichtigen der Baustelle, Aufwendungen aufgrund verstärkter Leistungspflicht u.a.). In Zweifelsfällen ist das zuständige Rechtsamt einzuschalten.

Der Auftragnehmer hat immer die Berechtigung und die Höhe seiner Ansprüche nachzuweisen, insbesondere der entstandene Schaden ist jeweils im Einzelfall konkret nachzuweisen. Sofern Stillstandskosten überhaupt als Schaden in Betracht kommen, dürfen Abschreibungssätze aus Baugerätelisten oder ähnlichen kalkulatorischen Hilfsmitteln als Nachweis nicht anerkannt werden.

Für anerkannte Ausfalltage, die für Auftragnehmer und Auftraggeberin unabwendbar und damit von keiner Partei zu vertreten sind, hat der Auftragnehmer keinen Anspruch auf besondere Vergütung seiner Mehraufwendungen; z.B. liegen Mehraufwendungen für anerkannte witterungsbedingte Ausfalltage im Risiko des Auftragnehmers und werden nicht besonders vergütet.

Sieht der Vertrag hingegen besondere Ansätze auch für anerkannte Ausfalltage vor (z.B. Betrieb von Wasserhaltungsanlagen u.ä.), werden die Leistungen dem Auftragnehmer vergütet. Gleiches gilt bei vereinbarten Preisänderungsklauseln für Preiserhöhungen, die in die anerkannte Fristverlängerung fallen.

7.7 Verteilung der Gefahr (zu § 7 VOB/B)

„Ausgeführte Leistung“ im Sinne von § 7 VOB/B ist nur die Bauleistung.

Die zu ihrer Ausführung notwendigen Hilfsmittel für Baubetrieb und Baustelleneinrichtung (z.B. Einrichtungen, Geräte, Maschinen und maschinelle Anlagen der Baustelle oder Gerüste und Schalungen, die nicht in das Bauwerk eingehen) sowie Arbeitsleistungen zur Bauvorbereitung gehören nicht dazu, selbst wenn das Leistungsverzeichnis dafür besondere Ansätze und Vergütungen vorsieht.

Wird eine ganz oder teilweise ausgeführte Leistung vor der Abnahme beschädigt oder zerstört, sind

- die Vorschriften der § 7 und § 4 Abs. 5 VOB/B,
 - etwaige Regelungen in den „*Zusätzlichen Vertragsbedingungen – ZVB*“, und
 - ggf. im jeweiligen Vertrag getroffene besondere Regelungen
- zu beachten.

Macht der Auftragnehmer einen Anspruch auf Vergütung einer beschädigten oder zerstörten (Teil-)Leistung geltend, sind von ihm Nachweise zu verlangen über

- die betroffene (Teil-)Leistung,
- Art und Umfang der Schäden,
- die Schadensursache, sowie darüber
- dass der Schaden für ihn objektiv unabwendbar und von ihm nicht zu vertreten war.

Bei Wiederherstellung der beschädigten oder zerstörten Teile der Leistung ist nach § 1 Abs. 4 Satz 1 und § 2 Abs. 6 VOB/B zu verfahren.

7.8 Kündigung durch die Auftraggeberin (zu § 8 VOB/B)

Für die Kündigung eines Bauvertrags durch die Auftraggeberin sind insbesondere die Regelungen in § 8 VOB/B und den „ZVB“ zu beachten.

7.8.1 Kündigungsgründe

Nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 VOB/B kann die Auftraggeberin bis zur Vollendung der Leistung jederzeit und ohne besonderen Grund den Vertrag kündigen.

In diesem Fall steht dem Auftragnehmer die vereinbarte Vergütung unter Anrechnung seiner ersparten Aufwendungen (ersparte Kosten und anderweitige Erwerbsmöglichkeiten, sog. „Füllaufträge“) zu (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 VOB/B).

§ 8 Abs. 2 und 3 VOB/B sieht besondere Kündigungsgründe vor: Die Kündigung des Bauvertrages kommt insbesondere in Betracht, wenn der Auftragnehmer

- seine Zahlungen einstellt.
Stellt der Auftragnehmer seine Zahlungen an Gläubiger ein (§ 8 Abs. 2 VOB/B), ist die Kündigung grundsätzlich erst auszusprechen, wenn er auch seine Leistungen nicht mehr vertragsgemäß ausführt.
- in die Insolvenz gerät.
Im Insolvenzfall (§ 8 Abs. 2 VOB/B) ist vor einer Kündigung in jedem Fall das zuständige Rechtsamt einzuschalten.
- Mängel nicht beseitigt.
Verweigert der Auftragnehmer bei der Ausführung die Beseitigung eines Mangels, der auch bei Minderung der Vergütung nicht hingenommen werden kann, ist der Vertrag nach § 8 Abs. 3 i.V.m. 4 Abs. 7 VOB/B zu kündigen.
- Leistungen durch Nachunternehmer ausführt.
Wenn der Auftragnehmer Leistungen ohne Zustimmung der Auftraggeberin nicht im eigenen Betrieb ausführt obwohl sein Betrieb darauf eingerichtet ist und die Leistungen an Nachunternehmer vergibt, ist ihm eine angemessene Frist zur Aufnahme der Leistung im eigenen Betrieb zu setzen und die Entziehung des Auftrags anzudrohen (Ziffer 7.4.5). Gegebenenfalls ist der Vertrag nach § 8 Abs. 3 i.V.m. § 4 Abs. 8 VOB/B bzw. den „ZVB“ zu kündigen.
- die Ausführung verzögert.
Liegen die Voraussetzungen des § 5 Abs. 4 VOB/B vor, ist zu prüfen, ob die Vertragserfüllung von der Auftraggeberin trotz ihres Schadensersatzanspruchs nach § 6 Abs. 6 VOB/B nicht mehr hingenommen werden kann; gegebenenfalls ist der Vertrag nach § 8 Abs. 3 VOB/B zu kündigen.

7.8.2 Form der Kündigung

Eine Kündigung ist nach § 8 Abs. 5 VOB/B schriftlich zu erklären.

Im Kündigungsschreiben ist der Kündigungsgrund gemäß § 8 Abs. 2 oder 3 VOB/B anzugeben. Zudem sind die Ansprüche der Auftraggeberin dem Grunde nach anzukündigen (siehe Ziffer 7.8.5).

Der Nachweis über den Zugang der Kündigung beim Auftragnehmer (im Insolvenzfall beim Insolvenzverwalter) ist sicherzustellen, z.B. durch Einschreiben mit Rückschein oder Zustellung durch Gerichtsvollzieher.

7.8.3 Abrechnung der ausgeführten Leistungsteile

Im Falle der Kündigung nach § 8 Abs. 2 VOB/B sind die ausgeführten Leistungen nach § 6 Abs. 5 VOB/B abzurechnen (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 S. 1 VOB/B).

Verlangen Auftragnehmer (bzw. Insolvenzverwalter) nach der Kündigung kein Aufmaß und keine Abnahme der ausgeführten Teile der Leistung (§ 8 Abs. 6 VOB/B), ist zum gemeinsamen Aufmaß und zur Abnahme nach den „ZVB“ aufzufordern. Im Übrigen ist gemäß § 12 Abs. 4 und § 14 Abs. 2 VOB/B zu verfahren.

Hat der Auftragnehmer (bzw. Insolvenzverwalter) an Aufmaß und Abnahme nicht teilgenommen, ist ihm das Ergebnis mitzuteilen.

Erfüllt der Auftragnehmer (bzw. Insolvenzverwalter) seine Verpflichtung zur Vorlage einer prüfaren Rechnung über die ausgeführten Leistungen (§ 8 Abs. 6 VOB/B) nicht, ist gemäß § 14 Abs. 4 VOB/B zu verfahren; gegebenenfalls ist ein Dritter zu beauftragen.

Im Einzelnen zur Abnahme siehe Ziffer 7.12.

7.8.4 Ausführung der unvollendeten Leistungsteile

Im Falle der Kündigung nach § 8 Abs. 2 und 3 VOB/B kann die Auftraggeberin Schadensersatz wegen Nichterfüllung der Restleistung verlangen (§ 8 Abs. 2 Nr. 2 Satz 2, Abs. 3 Nr. 2 Satz 2 VOB/B) oder den noch nicht vollendeten Teil der Leistung durch einen Dritten ausführen lassen (§ 8 Abs. 3 Nr. 2 Satz 1 VOB/B).

Soll die Leistungsausführung nach der Kündigung einem Dritten übertragen werden, sind die vom bisherigen Auftragnehmer zu erstattenden Mehrkosten so niedrig wie möglich zu halten, z.B. durch Einholung mehrerer Angebote oder Verhandlungen mit den ursprünglich am Wettbewerb beteiligten Bietern.

7.8.5 Ansprüche der Auftraggeberin

Die Auftraggeberin hat Anspruch auf Ersatz der Mehrkosten (§ 8 Abs. 3 Nr. 4 VOB/B) und des darüber hinausgehenden Schadens (§ 8 Abs. 3 Nr. 2 Satz 1 VOB/B).

Die Höhe der Mehrkosten bestimmt sich durch die Differenz zwischen der tatsächlichen und der fiktiven Abrechnungssumme. Dabei sind auch z.B. die Auswirkungen etwaig vereinbarter Preisänderungsrechte (§ 2 VOB/B) und Gleitklauseln (vgl. Ziffern 6.13.7 und 7.6.1) zu berücksichtigen.

Die ermittelten Forderungen sind gegenüber dem bisherigen Auftragnehmer (im Insolvenzfall dem Insolvenzverwalter) geltend zu machen und nachvollziehbar zu begründen; gegebenenfalls sind sie zu schätzen.

Zur Erfüllung der Forderungen kann eine geleistete Sicherheit in Anspruch genommen werden oder gegen Forderungen des Auftragnehmers (z.B. aus anderen Verträgen) aufgerechnet werden.

7.9 Kündigung durch den Auftragnehmer (zu § 9 VOB/B)

Die Kündigung des Vertrags durch den Auftragnehmer richtet sich insbesondere nach § 9 VOB/B.

7.10 Haftung der Vertragsparteien (zu § 10 VOB/B)

Beweissicherung: Entsteht bei der Ausführung von Bauleistungen ein Schaden und ist nicht auszuschließen, dass die Auftraggeberin dafür haftbar gemacht werden kann, ist die Sachverhaltsermittlung unbedingt vor dem Verlust von Be-

weismitteln (z.B. durch Baufortschritt) einwandfrei durchzuführen und zu dokumentieren.

Mitteilung von Bauunfällen: Der Auftragnehmer muss der Auftraggeberin alle Bauunfälle, bei denen ein Personen- und/oder Sachschaden entstanden ist, unverzüglich mitteilen (vgl. „ZVB“).

7.11 Vertragsstrafe (zu § 11 VOB/B)

Zur Vertragsstrafe für Fristüberschreitungen siehe Ziffer 6.13.2.

Zu den Voraussetzungen des Verzuges siehe Ziffer 7.5.

Für vereinbarte Vertragsstrafen gilt § 11 VOB/B.

Die Höhe der Vertragsstrafe richtet sich nach der Vertragsvereinbarung, insbesondere nach Ziffer 3 „Besondere Vertragsbedingungen (BVB)“ (vgl. Ziffer 6.13.2).

Die Berechnungsgrundlage der Vertragsstrafe ist – je nach Baufortschritt –

- die im Auftragschreiben genannte Auftragssumme (ohne USt), oder
- die Abrechnungssumme (die nach der Schlussabrechnung geschuldete Vergütung inklusive Zusatzleistungen und Preisgleitung, aber ohne Skonti, Sicherheits- und Gewährleistungseinbehalte oder Schadensersatzansprüche).

Die Vertragsstrafe ist bei der Abnahme schriftlich im Abnahmeprotokoll vorzubehalten, selbst wenn sie schon vor der Abnahme geltend gemacht wurde (vgl. § 11 Abs. 4 VOB/B). Dieser Vorbehalt ist vorsorglich zu erklären, wenn bei der Abnahme noch nicht feststeht, ob der Auftragnehmer die Ursache (etwa die Fristüberschreitung) zu vertreten hat. Soll trotz Fristversäumnis keine Vertragsstrafe einbehalten werden (etwa weil der Auftragnehmer die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat), sind die Gründe schriftlich zu vermerken und das Rechtsamt ist stets einzuschalten.

Wurde eine Änderung der Vertragsfristen vereinbart (Ziffer 7.5), muss der Auftragnehmer die Vertragsstrafe bei Überschreitung der neuen Frist entrichten. Weitergehende Ansprüche bleiben bestehen.

Die Vertragsstrafe wegen Verstößen nach § 11 Abs. 1 HmbVgG (Ziffer 6.10) bleibt unberührt.

7.12 Abnahme (zu § 12 VOB/B)

Bauleistungen (auch Mängelbeseitigungsleistungen) sind in einem Ortstermin förmlich abzunehmen.

Die Abnahme ist besonders sorgfältig vorzubereiten und durchzuführen, weil

- mit der Abnahme
 - die Auftraggeberin die Leistung als vertragsgemäß billigt,
 - der Vertragserfüllungsanspruch der Auftraggeberin (auch für etwaige Restarbeiten) zum Mängelbeseitigungsanspruch wird,
 - die Verjährungsfrist für etwaige Mängelansprüche beginnt,
 - die Gefahr für die Leistung auf die Auftraggeberin übergeht, und
- nach der Abnahme
 - Ansprüche auf Beseitigung positiv bekannter und bei der Abnahme nicht ausdrücklich vorbehaltener Mängel nicht mehr durchsetzbar sind,
 - die Auftraggeberin beweisen muss, dass nach der Abnahme festgestell-

te Mängel auf vertragswidriger Leistung beruhen,

- Vertragsstrafen, die bei der Abnahme nicht vorbehalten wurden, nicht mehr durchsetzbar sind.

Die rechtsgeschäftliche Erklärung der Abnahme obliegt der Auftraggeberin. Ist mit der Bauüberwachung ein Dritter (z.B. Ingenieurbüro) beauftragt, ist er bei der Abnahme zu beteiligen.

Abnahmen sind gemeinsam mit dem Auftragnehmer durchzuführen und zu protokollieren, das Protokoll ist von beiden Parteien zu unterzeichnen und aktenkundig zu machen (vgl. § 12 Abs. 4 Nr. 1 VOB/B).

Als Abnahmeprotokoll ist der Vordruck „*Abnahme*“ unmittelbar nach der Begehung auszufüllen und zu unterzeichnen. Der Auftragnehmer muss die im Vordruck geforderten Erklärungen abgeben, andernfalls ist die Vertragsstrafe nach Nr. 23 ZVB geltend zu machen. Eine Ausfertigung des Abnahmeprotokolls ist dem Auftragnehmer zu übergeben.

Teilabnahmen sind nur ausnahmsweise für in sich abgeschlossene Teile der Leistung durchzuführen. Das sind selbständige, von den übrigen Teilleistungen des Vertrags unabhängige Bauleistungen, für die sich sowohl in technischer Hinsicht als auch im Hinblick auf die vorgesehene Nutzung die Gebrauchsfähigkeit abschließend beurteilen lässt.

Bei wesentlichen Mängeln ist die **Abnahme zu verweigern**. Die Gründe sind im Protokoll festzuhalten und dem Auftragnehmer schriftlich mitzuteilen.

Zur Abnahme von Mängelbeseitigungsleistungen siehe **Ziffer 7.13.3**.

7.13 Mängelansprüche (zu § 13 VOB/B)

Die Leistung des Auftragnehmers muss im Zeitpunkt der Abnahme mangelfrei sein (§ 13 Abs. 1 VOB/B).

Bei Leistungen nach Probe gelten die Eigenschaften der Probe als vereinbarte Beschaffenheit der Leistung (§ 13 Abs. 2 VOB/B).

7.13.1 Mängelansprüche

Ist eine Leistung bei Abnahme mangelhaft, stehen der Auftraggeberin gegen den Auftragnehmer folgende Mängel-/Gewährleistungsansprüche zu:

- Anspruch auf Beseitigung des Mangels (§ 13 Abs. 5 Nr. 1 VOB/B),
- Anspruch auf Kostenerstattung bei Mängelbeseitigung durch Dritte (§ 13 Abs. 5 Nr. 2 VOB/B),
- Anspruch auf Minderung (§ 13 Abs. 6 VOB/B),
- Anspruch auf Schadensersatz (§ 13 Abs. 7 VOB/B),
- Anspruch auf Beseitigung eines Mangels der Mängelbeseitigungsleistung (§ 13 Abs. 5 Nr. 1 Satz 3 VOB/B).

7.13.2 Verjährung und Mängelrüge

Die Verjährung von Mängelansprüchen richtet sich in erster Linie nach der Vertragsvereinbarung, insbesondere Nr. 5 „*Besondere Vertragsbedingungen (BVB)*“. Ist nichts vereinbart, gilt § 13 Abs. 4 VOB/B.

Bei Schadenersatzansprüchen ist ggf. die abweichende Verjährungsfrist des § 13 Abs. 7 Nr. 4 VOB/B beachtlich.

Das Recht, die Beseitigung eines Mangels zu verlangen, verjährt also mit Ablauf

der vertraglich vereinbarten Frist bzw. der Regelfrist des § 13 Abs. 4 VOB/B.

- **Fristberechnung**

Die Verjährungsfristen werden nach den §§ 186-193 BGB berechnet.

Die Frist beginnt am Tage nach der Abnahme (vgl. § 187 Abs. 1 BGB).

Beispiel:

Verjährungsfrist	Tag der Abnahme	Fristbeginn	Fristende
4 Jahre	1.3.2015	2.3.2015 0.00 Uhr	1.3.2019 24.00 Uhr

Die Verjährungsfristen sind terminlich zu überwachen, und zwar unabhängig von etwaig vereinbarten Sicherheiten.

Mindestens zwei Monate vor Ablauf der Verjährungsfrist ist festzustellen, ob Mängelansprüche entstanden oder bis zum Ablauf der Frist zu erwarten sind.

- **Mängelrüge**

Sind Mängelansprüche entstanden oder zu erwarten, muss die Auftraggeberin den Mangel rügen und den Auftragnehmer zur Beseitigung auffordern. Der Auftragnehmer ist also vor Ablauf der Verjährungsfrist schriftlich und beweisbar (ggf. durch Einschreiben mit Rückschein oder durch Zustellung des Gerichtsvollziehers nach § 132 BGB) zur Beseitigung des festgestellten Mangels binnen angemessener Frist wie folgt aufzufordern:

„Hiermit werden Sie aufgefordert, die nachfolgenden Mängel ... [Beschreibung der konkreten Mängel nach Art und Lage] bis zum ... [kalendarisch bestimmter Zeitpunkt] zu beseitigen.

Wir weisen Sie darauf hin, dass die Mängel nach fruchtlosem Fristablauf auf Ihre Kosten durch ein anderes Unternehmen beseitigt werden können.

Für etwaige Schäden, die sich durch die Mangelhaftigkeit Ihrer Leistung ergeben, werden Sie haftbar gemacht.“

- **Fristverlängerung**

Tritt unmittelbar vor Ablauf der Verjährungsfrist ein Mangel auf, der den Schluss nahe legt, dass weitere Mängel der gleichen Art entstehen können, ist eine Vereinbarung mit dem Auftragnehmer zur Verlängerung der Verjährungsfrist für die betroffene (Teil-)Leistung anzustreben. Verweigert der Auftragnehmer diese Vereinbarung, ist rechtzeitig vor Fristablauf ein selbständiges Beweisverfahren einzuleiten (siehe Ziffer 7.13.4).

Für die vorstehenden Schritte ist jeweils das zuständige Rechtsamt einzuschalten.

7.13.3 Mängelbeseitigung

Am Tag nach dem Zugang der Mängelrüge beim Auftragnehmer beginnt eine neue Verjährungsfrist für den Mängelbeseitigungsanspruch der Auftraggeberin (§ 13 Abs. 5 Nr. 1 Satz 2 VOB/B). Sie endet nach zwei Jahren, nicht aber vor Ablauf der vertraglich vereinbarten Frist bzw. der Regelfrist (dazu oben).

Innerhalb dieser Verjährungsfrist müssen die Gewährleistungsansprüche der Auftraggeberin (Mängelbeseitigung, Kostenerstattung, Minderung und/oder Schadensersatz) entweder vollständig erfüllt worden sein oder von ihr gerichtlich geltend gemacht werden.

- **Unterbrechung und Hemmung der Verjährung**

Droht nach der Rüge eines Mangels die Verjährungsfrist des § 13 Abs. 5 Nr. 1

VOB/B abzulaufen, bevor die Ansprüche der Auftraggeberin erfüllt wurden, ist möglichst ein Neubeginn der Verjährung durch schriftliches Anerkenntnis des Auftragnehmers herbeizuführen.

Andernfalls ist eine Hemmung des Ablaufs der Verjährungsfrist durch selbständiges Beweisverfahren nach § 485 ZPO (Ziffer 7.13.4), Mahnverfahren im Sinne des § 204 Abs. 1 Nr. 3 BGB oder durch Klagerhebung zu bewirken.

• Abnahme der Mängelbeseitigungsleistung

Die Abnahme der Mängelbeseitigungsleistung hat förmlich zu erfolgen; Ziffer 7.12 ist zu beachten.

Am Tag nach der Abnahme der Mängelbeseitigungsleistung beginnt die Verjährungsfrist für diesbezügliche Mängelansprüche (§ 13 Abs. 5 Nr. 1 Satz 3 VOB/B). Auch diese Frist endet nach zwei Jahren, aber nicht vor Ablauf der vereinbarten Frist bzw. der Regelfrist des § 13 Abs. 4 VOB/B. Die vorstehenden Ausführungen gelten entsprechend.

• Sonderfall: Mängelbeseitigung durch Dritte

Wird der Mangel innerhalb der mit der Mängelrüge gesetzten Frist nicht beseitigt, ist unverzüglich zu prüfen, ob dem Auftragnehmer nochmals eine Frist zur Mängelbeseitigung gesetzt oder ob der Mangel durch Dritte auf Kosten des Auftragnehmers beseitigt werden soll.

Bevor ein Dritter mit der Mängelbeseitigung betraut wird (§ 13 Abs. 5 Nr. 2 VOB/B), ist zu prüfen, ob in der Mängelrüge

- Art und Lage des konkreten Mangels genau bezeichnet wurden,
- die Beseitigung des Mangels schriftlich verlangt wurde,
- eine angemessene Frist zur Mängelbeseitigung gesetzt wurde, und
- die gesetzte Frist abgelaufen ist.

Bei der Beauftragung eines Dritten mit der Mängelbeseitigung ist darauf zu achten, dass die vom Auftragnehmer zu erstattenden Mehrkosten so niedrig wie möglich gehalten werden, z.B. durch Einholung mehrerer Angebote oder Verhandlungen mit den ursprünglich am Wettbewerb beteiligten Bietern.

Die Auftraggeberin muss sicherstellen, dass ihr Kostenerstattungsanspruch gegen den Auftragnehmer innerhalb der laufenden Verjährungsfrist entweder erfüllt wurde oder von ihr gerichtlich geltend gemacht wird.

• Minderung

Verweigert der Auftragnehmer ausnahmsweise berechtigt eine Mängelbeseitigung nach § 13 Abs. 6 VOB/B, hat die Auftraggeberin grundsätzlich die Vergütung durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Auftragnehmer zu mindern (vgl. § 638 BGB).

7.13.4 Beweissicherung

Ein selbständiges Beweisverfahren nach § 485 ZPO ist über die für die Prozessvertretung der Auftraggeberin zuständigen Stelle (§ 18 Abs. 1 VOB/B) zu veranlassen, wenn der Auftragnehmer bei oder nach Abnahme

- bestreitet, dass ein Mangel vorliegt,
- bestreitet, dass der Mangel auf seine Leistung zurückgeht,
- bestreitet, dass er zur Beseitigung des Mangels verpflichtet ist,
- den Mangel trotz Aufforderung (Mängelrüge) nicht beseitigt und zu befürchten ist, dass der Nachweis des Mangels oder seiner Ursachen erschwert oder ver-

eitelt wird.

7.14 Abrechnung (zu § 14 VOB/B)

Die Abrechnungsregelungen eines Bauvertrags sind sorgfältig zu beachten.

Objektbezogene Aussagen zur Abrechnung können

- in den einzelnen Teilen der Leistungsbeschreibung,
- in den Ausführungszeichnungen,
- in den Besonderen Vertragsbedingungen (BVB)
- in den Zusätzlichen Vertragsbedingungen (ZVB) und
- im Zuschlagsschreiben

enthalten sein. Auch Nachträge zum Bauvertrag können Aussagen zur Abrechnung enthalten.

Das Aufstellen der Rechnung obliegt dem Auftragnehmer gemäß § 14 VOB/B. Die Auftraggeberin darf eine Rechnung nur im Ausnahmefall des § 14 Abs. 4 VOB/B erstellen.

7.14.1 Prüfbarkeit der Rechnung

Der Auftragnehmer muss seine Leistungen nach § 14 Abs. 1 VOB/B prüfbar abrechnen und dabei Art und Umfang der (Teil-)Leistungen (Ordnungszahlen des Leistungsverzeichnisses) anhand von Mengenberechnungen, Zeichnungen und anderen Belegen nachweisen.

Sofort nach Eingang jeder Art von Rechnung (Abschlags-, Vorauszahlung-, Schluss- und Teilschlussrechnung sowie Stundenlohnrechnung) ist zu prüfen, ob die zur Beurteilung des Leistungsumfangs erforderlichen Unterlagen vollständig und zweifelsfrei sind und ob die Rechnung den „ZVB“ entspricht (siehe auch Ziffer 7.16.3). Ist das nicht der Fall, ist die Rechnung unverzüglich schriftlich zurückzuweisen. Die Gründe für die Zurückweisung sind darzulegen und auf die Nichtprüfbarkeit hinzuweisen.

7.14.2 Fristsetzung

Reicht der Auftragnehmer innerhalb der Frist des § 14 Abs. 3 VOB/B keine prüfbare Rechnung ein, ist ihm schriftlich eine angemessene Frist mit dem Hinweis zu setzen, dass die Auftraggeberin die Rechnung nach Fristablauf auf Kosten des Auftragnehmers aufstellen wird (§ 14 Abs. 4 VOB/B).

7.14.3 Leistungsfeststellung und Leistungserfassung

Nach Nr. 5 der „Allgemeinen Regelungen für Bauarbeiten jeder Art“ (ATV DIN 18299) ist die Leistung aus Zeichnungen zu ermitteln, soweit die ausgeführte Leistung diesen Zeichnungen entspricht.

Sind solche Zeichnungen nicht vorhanden, ist die Leistung gemeinsam mit dem Auftragnehmer aufzumessen und ggf. zeichnerisch festzulegen.

Jede Leistung, die durch den Baufortschritt verdeckt wird, muss von Auftraggeberin und Auftragnehmer gemeinsam auf vertragsgemäße Ausführung überprüft und aufgemessen werden.

7.14.3.1 Aufmaß

Ein „Aufmaß“ ist eine schriftliche Feststellung zum Nachweis von Art und Umfang der Leistung gemäß § 14 VOB/B. Es stellt einen Sachverhalt verbindlich fest und wird durch Unterschrift zur Urkunde. Falsche Angaben im Aufmaß können zu strafrechtlichen und dienst- oder arbeitsrechtlichen Konsequenzen führen.

Ein Aufmaß darf keine Berechnungsergebnisse enthalten; der Anspruch auf Vergütung für die einzelnen Leistungen ergibt sich aus dem Bauvertrag.

Die für die Abrechnung notwendigen Feststellungen, insbesondere Aufmäße, sind entsprechend dem Fortgang der Leistung stets gemeinsam und rechtzeitig – in der Regel unmittelbar nach Fertigstellung einer Teilleistung – vorzunehmen (vgl. § 14 Abs. 2 VOB/B und die ZVB).

Für das Aufmaß soll der Vordruck „Aufmaßblatt“ verwendet werden. Die darin enthaltenen Angaben müssen in jedem Fall auch bei Verwendung eines anderen Vordrucks (z.B. für Nivellement, Dickenmessung) gemacht werden.

Hinweis: Beim Einsatz selbstregistrierender Messgeräte und bei Messungen mit Global Positioning System (GPS) sind dem Aufmaßblatt entsprechende Vereinbarungen zu treffen (vgl. ZVB). Dabei ist zu beachten, dass

- der Auftragnehmer rechtzeitig vor Beginn der Feststellungen die vorgesehenen Messgeräte, Datenerfassungsgeräte und Datenspeicher mitteilt,
- die von der Auftraggeberin geforderte Messgenauigkeit eingehalten wird,
- vor und nach der Messung auf jedem Instrumentenstandpunkt bekannte Punkte angemessen werden und die Messgenauigkeit überprüft wird,
- nach Abschluss der gemeinsamen Feststellungen vor Ort (mind. täglich) ein übersichtlicher Ausdruck der Messdaten als Aufmaßblatt unterschrieben wird,
- die Fälschung technischer Aufzeichnungen gemäß § 268 StGB in gleicher Weise wie Urkundenfälschung strafbar ist,
- GPS nur für Geländeaufnahmen angewendet wird.

Die Angaben im Aufmaßblatt müssen eindeutig und übersichtlich sein. Notwendige Änderungen während der Herstellung des Aufmaßes an einzelnen Daten sind zweifelsfrei vorzunehmen.

Zu Kontroll- und Überwachungszwecken sind eindeutige Zuordnungen durch Ortsangaben (Stationen) erforderlich.

Von jedem Aufmaßblatt sind zwei Ausfertigungen herzustellen: Das Original erhält die Auftraggeberin unmittelbar nach Abschluss des Aufmaßes, die Durchschrift/Kopie erhält der Auftragnehmer (vgl. ZVB).

Für den Dienstgebrauch sind erforderlichenfalls weitere Kopien herzustellen.

Die Originale der Aufmaßblätter sind unter Verschluss zu halten, bis sie der Schlussrechnung beigelegt werden.

Eine nachträgliche Anfertigung einer Reinschrift des Aufmaßblatts ist grundsätzlich unzulässig. Ist dies im Ausnahmefall unumgänglich, ist das ursprüngliche Aufmaßblatt beizufügen.

Alle Aufmaßblätter sind fortlaufend und in der Regel unabhängig von den Ordnungszahlen zu nummerieren. Die Nummern der Aufmaßblätter sind von der Auftraggeberin unverzüglich nach dem Aufmaß einzutragen. Falls das Aufmaß an ein früheres Aufmaß anschließt, ist ein entsprechender Hinweis in das Aufmaßblatt aufzunehmen.

Bei Beteiligung von Dritten an den Kosten einer Bauleistung sind diese Leistungen nach Möglichkeit innerhalb der fortlaufenden Nummerierung auf geson-

derdem Aufmaßblatt festzuhalten.

- **Hinweis zu Wiegescheinen, Frachtbriefen, Lieferscheinen**

Trifft der Vertrag für die Abrechnung von Stoffen nach Gewicht keine andere Regelung, hat der Auftragnehmer seinen Verbrauch durch Vorlage von Wiegescheinen oder Frachtbriefen (ggf. Lieferscheinen) nachzuweisen (ZVB).

Die auf dem Wiegeschein/Frachtbrief/Lieferschein gedruckten Daten sind auf offensichtlich falsche Angaben oder Widersprüche (z.B. stets gleiches Tara) zu prüfen. Gegebenenfalls muss die Auftraggeberin Kontrollwägungen gemäß ZVB durchführen.

Jede notwendige Änderung oder zusätzliche Eintragung auf Wiegeschein/Frachtbrief/Lieferschein ist zweifelsfrei vorzunehmen und von Auftraggeberin und Auftragnehmer zusätzlich abzuzeichnen.

Beim Gewichtsnachweise durch Schaufellader- bzw. Förderbandwaagen muss der Wiegeschein die zusätzliche Erklärung enthalten, dass es sich um eine geeichte Waage handelt und die Zulassungsaufgaben bei der Wägung eingehalten wurden. In diesem Fall sind kontinuierlich für 10 % der Lieferungen Kontrollwägungen durchzuführen.

Der Wiegeschein/Frachtbrief/Lieferschein ist durch Unterschrift von der Auftraggeberin zu bestätigen. Die Ausführungen zum Aufmaß sind sinngemäß zu beachten. Die Auftraggeberin erhält das Original, der Auftragnehmer erhält die bestätigte Durchschrift.

Im Vordruck „*Wiegescheine*“ sind arbeitstäglich alle Wiegescheine numerisch gelistet einzutragen. Dabei sind die Wiegescheine auf offensichtliche Fehler zu überprüfen. Der verantwortliche Vertreter der Auftraggeberin prüft die Liste auf Vollständigkeit und offensichtliche Fehlerfreiheit und zeichnet sie ab.

Für Abrechnungszwecke benötigte Wiegescheine/Frachtbriefe/Lieferscheine sind als „*zahlungsbegründende Unterlagen*“ zu behandeln. Die Originale sind unter Verschluss zu halten, bis sie der Schlussrechnung beigelegt werden. In diesen Originalen dürfen nachträglich keine Eintragungen vorgenommen werden.

- **Hinweis zur Entsorgung von Abfällen**

Für die Abrechnung der Abfallentsorgung gelten vorstehende Ausführungen entsprechend. Sofern Nachweisverfahren gemäß NachwV durchgeführt werden müssen, kann der Frachtbrief durch

- die Begleitscheine oder
- Kopien der vollständig ausgefüllten erweiterten zweiten Ausfertigung der Übernahmescheine oder sonstigen Belege über die Annahme der Abfälle durch die benannte Anlage

als Abrechnungsbeleg ersetzt werden.

7.14.3.2 Abrechnung nach Zeichnungen (Soll-Daten)

Wurde eine Abrechnung nach Zeichnungen (Soll-Daten) vereinbart, sind die Ausführungsunterlagen beachtlich (vgl. ZVB). Tritt während der Bauausführung eine Veränderung gegenüber den freigegebenen Ausführungsunterlagen auf, sind sie zu ändern, freizugeben und als nunmehr maßgebliche Ausführungsunterlagen der weiteren Bauausführung zugrunde zu legen. Nur wenn die Änderung der Ausführungsunterlagen vor der Leistungsausführung unmöglich ist, sind die Soll-Daten für die Abrechnung durch geeignete örtliche Aufmaße zu ergänzen.

Bei der Abrechnung nach Zeichnungen (Soll-Daten) ist wie folgt zu verfahren:

- Nach Abschluss jeder Bauphase ist die Einhaltung der vorgegebenen Soll-Daten zu kontrollieren.
- Zeigt die Kontrolle, dass die Leistungen unter Berücksichtigung der vertraglichen Toleranzen nach den Soll-Daten ausgeführt wurden, ist das dem Auftragnehmer zu bestätigen und die Fortführung der Bauleistung freizugeben.
- Weichen die Ergebnisse der Kontrolle (um mehr als die vertraglichen oder in DIN-Vorschriften festgelegten Toleranzen) von den Soll-Daten ab, ist vom Auftragnehmer die Nacharbeit zur Erreichung der vertraglich geforderten Leistung (unter Einhaltung der Toleranzen) zu fordern.

Ist eine Nacharbeit wegen der Unverhältnismäßigkeit des Aufwandes unvertretbar, ist zu prüfen, ob der Auftraggeberin aus der Abweichung unmittelbare oder mittelbare Nachteile entstehen können.

Sind keine Nachteile für die Auftraggeberin erkennbar, werden die Soll-Daten der Abrechnung zugrunde gelegt. Für Minderleistungen muss ein Abzug erfolgen.

Ist ein Nachteil für die Auftraggeberin erkennbar, ist vom Auftragnehmer (nach Wahl der Auftraggeberin oder gemäß Vertragsregelung) das Folgende – einzeln oder zusammen – zu fordern:

1. teilweise Abrechnung aufgrund von Aufmaßen bei Minderleistung,
2. Übernahme der aus dem Nachteil der Auftraggeberin entstehenden Kosten.

Soll-Daten dürfen der Abrechnung nur zugrunde gelegt werden, wenn sie wie vorstehend beschrieben kontrolliert worden sind.

Nach Vorlage der Abrechnungsunterlagen durch den Auftragnehmer ist ihm die Übereinstimmung von Ausführungsunterlagen und vertraglicher Leistung zu bescheinigen.

7.14.3.3 Abrechnung pauschalierter Leistungen

Zur Bestimmung der pauschalierten Leistung sind die Vertragsunterlagen und die Ausführungspläne gründlich zu prüfen. Es ist zu unterscheiden zwischen:

- Positionspauschalierung (Pauschalabrechnung von Einzelpositionen),
- Abschnittspauschalierung (Zusammenfassung verschiedener Teilleistungen),
- Gesamtpauschalierung.

Bei der Pauschalabrechnung tritt eine Feststellung der Bauüberwachung über die Vertragsmäßigkeit von Ausführung und Leistungsumfang an die Stelle eines gemeinsamen Aufmaßes mit Mengennachweis durch den Auftragnehmer und/oder eine Leistungsermittlung nach Zeichnungen (Soll-Daten). Diese Feststellung setzt eine besonders sorgfältige Bauüberwachung der vertragsgemäßen Ausführung voraus.

Bei Abschlagsrechnungen ist stets zu prüfen, ob der der Zahlung entsprechende Leistungsumfang vertragsgemäß erbracht wurde. Dies gilt auch, wenn ein Zahlungsplan mit festen Zahlungsterminen vereinbart ist.

Hinweis: Beim VOB-konformen Pauschalvertrag wird ein definierter Leistungsumfang in einer Pauschalsumme abgerechnet. Der Auftragnehmer ist zur Erbringung der gesamten Leistung gegen Vergütung einer Pauschalsumme verpflichtet, unabhängig vom tatsächlich erforderlichen Leistungsumfang (§ 2 Abs. 7 Nr. 1 Satz 1 VOB/B). Nur ausnahmsweise ist eine Anpassung der Vergütung möglich

(§ 2 Abs. 7 Nr. 1 Satz 2 VOB/B).

Die Pauschalabrechnung lässt die Vergütungsansprüche für zusätzliche oder geänderte Leistungen gemäß § 2 Abs. 5 VOB/B (Änderung des Bauentwurfs) und § 2 Abs. 6 (zusätzliche Leistungen) unberührt (zu Nachträgen vgl. Ziffer 7.2.2). Bei einer Änderung des Bauentwurfes können Einheitspreise als Grundlage für die Preisänderung aus dem Gesamtpreis und der Mengenangabe in der Leistungsbeschreibung errechnet werden. Entfällt die Pauschalierung als Preisgrundlage, sind zur Ermittlung der Mehr- oder Minderkosten nunmehr Aufmaße und eine ausführliche Beschreibung der geänderten Bauleistungen vorzunehmen.

7.14.3.4 Mengenerrechnungen

Bei der Mengenerrechnung dürfen nur Daten verwendet werden, die in den gemeinsamen Feststellungen (Aufmaße, Ziffer 7.14.3.1) oder in den anerkannten Unterlagen (Abrechnung nach Zeichnung, Ziffer 7.14.3.2) enthalten sind.

Mengenerrechnungen für im Bauvertrag nicht vorgesehene Leistungen sind unter dem Vorbehalt zu prüfen, dass hierfür eine vertragliche Regelung (Nachtragsvereinbarung, vgl. Ziffer 7.2.2) herbeigeführt wird.

7.15 Stundenlohnarbeiten (zu § 15 VOB/B)

Die Vergütung von Stundenlohnarbeiten setzt voraus, dass die Ausführung solcher Arbeiten vor ihrem Beginn ausdrücklich vereinbart (§ 2 Abs. 10 VOB/B) und der Auftraggeberin angezeigt worden ist (§ 15 Abs. 3 Satz 1 VOB/B).

Die Stundenlohnzettel werden in doppelter Ausfertigung je nach Verkehrssitte täglich oder wöchentlich vorgelegt. Sie müssen die allgemeinen Angaben

- Datum des Arbeitstags,
- Bezeichnung der Baustelle, ggf. genaue Ortsbezeichnung auf der Baustelle,
- Art der Leistung,
- Ordnungszahl (Positionsnummer),

und zusätzlich die leistungsbezogenen Angaben

- die Namen der Arbeitskräfte und ihre Berufs-, Lohn- oder Gehaltsgruppen,
- die auf der Baustelle geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft,
- der auf der Baustelle für die Leistung entstandene Verbrauch von besonders zu vergütenden Stoffen,
- die auf der Baustelle geleisteten Betriebsstunden der Geräte und Maschinen unter Angabe der Gerätekenngößen,
- die auf der Baustelle angefallenen Vorhaltezeiten von Einrichtungen,
- der im Zusammenhang mit der Leistung entstandene Aufwand für besonders zu vergütende Frachten, Fuhr- und Ladeleistungen,
- etwaige Sonderkosten,

enthalten (vgl. § 15 Abs. 3 Satz 2 VOB/B).

Die eingereichten Stundenlohnzettel sind unmittelbar nach Erhalt zu prüfen. Leerzeilen auf Stundenlohnzetteln sind in beiden Ausfertigungen zu sperren.

Führt eine für Stundenlohnarbeiten tätige Aufsichtsperson gleichzeitig die Aufsicht über andere Vertragsleistungen, dürfen als Stundenlohnarbeiten höchstens die Aufsichtsstunden vergütet werden, die sich aus dem Verhältnis der für Stundenlohnarbeiten eingesetzten Arbeitskräfte zu den insgesamt beaufsichtigten

Arbeitskräften ergibt.

Nach Prüfung der Stundenlohnzettel sind deren Angaben durch die Auftraggeberin zu bescheinigen. Die Ausführungen zum Aufmaß in Ziffer 7.14.3.1 gelten entsprechend.

Die Originale der Stundenlohnzettel verbleiben bei der Auftraggeberin. Zum Dienstgebrauch können erforderlichenfalls Kopien erstellt werden.

Die zweiten Ausfertigungen der Stundenlohnzettel sind dem Auftragnehmer unverzüglich, spätestens binnen sechs Werktagen nach Zugang zurückzugeben (§ 15 Abs. 3 Satz 3 VOB/B). Da nicht fristgerecht zurückgegebene Stundenlohnzettel als anerkannt gelten (§ 15 Abs. 3 Satz 5 VOB/B), sind die fristgerechte Prüfung und Rückgabe besonders wichtig.

Eventuelle Einwendungen gegen den Inhalt eines Stundenlohnzettels sind auf beiden Ausfertigungen schriftlich zu vermerken (vgl. § 15 Abs. 3 Satz 4 VOB/B).

Die Stundenlohnzettel sind unter Verschluss zu halten, bis sie der Schlussrechnung beigelegt werden. In den Stundenlohnzetteln dürfen nachträglich (außer etwaige Einwendungen, s.o.) keine Eintragungen vorgenommen werden.

Für die Stundenlohnrechnung gilt § 15 Abs. 4 VOB/B.

7.16 Zahlung (zu § 16 VOB/B)

Alle Zahlungen sind so rechtzeitig anzuweisen, dass der Betrag innerhalb der Zahlungsfrist dem Konto des Zahlungsempfängers gutgeschrieben wird.

• Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG

Alle Behörden müssen bei der Durchführung von Bauaufgaben im Inland einen Steuerabzug in Höhe von 15 % der Gegenleistung (Rechnungsbetrag) für Rechnung des die Bauleistung erbringenden Unternehmens (Auftragnehmer) vornehmen, wenn keine vom zuständigen Finanzamt ausgestellte Freistellungsbescheinigung nach § 48 b Einkommensteuergesetz (EStG) vorliegt (Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe v. 30.08.2001, BGBl. I S. 2267).

Die Bescheinigung kann sowohl vom für den Wohnsitz des Auftragnehmers als auch vom für den Betriebssitz zuständigen Finanzamt ausgestellt sein. Es existieren keine bundesweit einheitlichen Vordrucke. Die Vergabestellen können grundsätzlich auf die Rechtmäßigkeit der Bescheinigung vertrauen, soweit sie keine besonderen Auffälligkeiten aufweist.

Bei Bieter-/Arbeitsgemeinschaften werden Freistellungsbescheinigungen i.d.R. objektbezogen (d.h. ggf. erst nach Auftragserteilung) ausgestellt.

7.16.1 Abschlagszahlungen

Abschlagszahlungen (auch für Pauschalpositionen wie Baustelleneinrichtung, Baustellenräumung u.ä.) dürfen nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 VOB/B nur in folgenden Fällen geleistet werden

- in Höhe des Wertes einer nachgewiesenen vertragsgemäßen Leistung (Nachweis durch eine prüfbare Aufstellung, die eine rasche und sichere Beurteilung der Leistungen ermöglicht),
- für Stoffe und Bauteile, die nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Betriebsführung für einen reibungslosen Bauablauf notwendig sind,
- für eigens angefertigte und bereitgestellte Bauteile (auch aus Serienfertigung, wenn sie für die vertragliche Leistung hergestellt wurden).

Bei Abschlagszahlungen für vertragsgemäße Leistungen sind bereits geleistete Abschlagszahlungen für Stoffe und Bauteile zu berücksichtigen.

Bei Abschlagszahlungen für auf die Baustelle gelieferte, noch nicht eingebaute Stoffe und Bauteile sind Aufstellungen des Auftragnehmers zu verlangen, aus denen Menge, Wert und Zeitpunkt der Anlieferung bzw. Bereitstellung der zur Leistungsausführung benötigten Stoffe und Bauteile nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Betriebsführung hervorgehen. Es ist darauf zu achten, dass keine Überzahlung erfolgt.

Für Abschlagszahlungen ist vom Auftragnehmer stets eine Sicherheit in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft gemäß Vordruck „Bürgschaft“ zu verlangen. Zu den Einzelheiten siehe Ziffer 6.13.5.

7.16.2 Vorauszahlungen

Vorauszahlungen müssen grundsätzlich vertraglich vereinbart sein. Es gilt § 59 LHO.

Nicht vereinbarte Vorauszahlungen dürfen nachträglich nur mit ausdrücklicher Vertragsänderung geleistet werden; die Vertragsänderung unterliegt §§ 59, 61 LHO. Nur ausnahmsweise dürfen auf Antrag des Auftragnehmers Vorauszahlungen nach Vertragsschluss unter Abwägung aller Umstände und unter Berücksichtigung der Grundsätze sparsamer Wirtschaftsführung vereinbart werden.

Sofern keine der Verzinsung entsprechende angemessene Preisermäßigung vereinbart wird, sind solche Vorauszahlungen mit drei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz (§ 247 BGB; aktueller Basiszins abrufbar unter „http://www.bundesbank.de/info/info_zinssaetze.php“) zu verzinsen, vgl. § 16 Abs. 2 VOB/B.

Sofern über die Tilgung keine andere Bestimmung getroffen wird, ist eine Vorauszahlung auf die nächstfällige Zahlung anzurechnen, soweit damit Leistungen abgegolten werden, für die die Vorauszahlung gewährt worden ist, vgl. § 16 Abs. 2 VOB/B.

Für Vorauszahlungen ist vom Auftragnehmer stets eine Sicherheit in Form einer selbstschuldnerischen Bürgschaft gemäß Vordruck „Bürgschaft“ zu verlangen. Zu den Einzelheiten siehe Ziffer 6.13.5.

7.16.3 Prüfung der Rechnung und Zahlungsfristen

Rechnungen sind so zügig zu prüfen, dass die Zahlung fristgerecht erfolgen kann. Die Frist beginnt am Tag nach Eingang der prüfbaren Rechnung bei der Vergabestelle.

Zunächst ist schnellstmöglich nach Eingang der Schlussrechnung festzustellen, ob die Rechnung prüfbar ist (Ziffer 7.14.1).

Sodann ist die Rechnung zu prüfen und die geprüfte und festgestellte (also unbestrittene) Forderung ist sofort (spätestens innerhalb der Monatsfrist des § 16 Abs. 3 Nr. 1 Satz 1 VOB/B) zu bezahlen. Eine Verlängerung der Prüffrist auf maximal 60 Tage kommt nur ausnahmsweise unter den Voraussetzungen des § 16 Abs. 3 Nr. 1 Satz 2 VOB/B bei ausdrücklicher Vereinbarung zwischen Auftraggeberin und Auftragnehmer in Betracht.

Erfüllt die Auftraggeberin eine unbestrittene Forderung aus der Schlussrechnung nicht fristgerecht, stehen dem Auftragnehmer Verzugszinsen auch ohne Nachfristsetzung zu (§ 16 Abs. 5 Nr. 3 VOB/B).

Verzögert sich die abschließende Prüfung, ist eine unbestrittene (Teil-)Forderung im Wege der Abschlagszahlung sofort zu erfüllen (§ 16 Abs. 3 Nr. 1 Satz 5 VOB/B).

Die Behandlung der übrigen (bestrittenen) Teile der Schlussrechnung richtet sich nach dem Einzelfall (z.B. Mitteilung an den Auftragnehmer über nicht prüfbare Teile der Schlussrechnung, nachzuliefernde Unterlagen über bestrittene Forderungen oder nicht vereinbarte Nachtragspreise für Teilleistungen etc.). Nach Eingang geforderter Unterlagen bzw. Klärung offener Punkte ist die Rechnungsprüfung unverzüglich abzuschließen und Schlusszahlung zu leisten.

• Preisnachlässe

Preisnachlässe ohne Bedingungen, die nicht an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle angegeben und deshalb nicht gewertet werden (Ziffer 6.19.3.1), sind Vertragsinhalt und bei der Rechnungsprüfung zu berücksichtigen.

Auch Preisnachlässe mit Bedingungen für Zahlungsfristen (Skonti) werden nicht gewertet, sind aber Vertragsinhalt (Ziffer 6.19.3.1). Sie sind bei der Rechnungsprüfung zu berücksichtigen, wenn die Fristen so bemessen sind, dass sie bei sorgfältiger Prüfung und unter Berücksichtigung des Zahlungsweges eingehalten werden können (s.a. MittVw 1996 Seiten 297 ff.).

7.16.4 Einbehalt von Teilen der Vergütung

Unvollständige, vertragswidrige oder mangelhafte Leistungen berechtigen zum Einbehalt von Vergütungsanteilen, regelmäßig in Höhe des doppelten Kostenansatzes für eine ordnungsgemäße Leistungserbringung bzw. Mängelbeseitigung (§ 641 Abs. 3 BGB). Fällige Zahlungen sind entsprechend zu kürzen.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob weitere Abzüge oder Einbehalte zu berücksichtigen sind, insbesondere

- Abzüge wegen fehlender Bürgschaften (§ 17 Abs. 7 VOB/B),
- Minderung wegen Vorliegens anderer Mängel,
- Gegenforderungen der Auftraggeberin,
- Vertragsstrafen und/oder Schadensersatzansprüche.

Weitere Ansprüche der Auftraggeberin gegen den Auftragnehmer aus der Zeit der Vertragsausführung sollen vor einem Austausch der Vertragserfüllungsbürgschaft gegen eine Bürgschaft für Mängelansprüche nach § 17 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B möglichst durch Aufrechnung realisiert werden. Andernfalls soll die vorliegende Sicherheit ganz oder teilweise zurückgehalten und ggf. verwertet werden (Ziffer 6.13.5).

7.16.5 Schlusszahlung

Eine Schlusszahlung ist gegenüber dem Auftragnehmer als solche zu bezeichnen. Für die Unterrichtung des Auftragnehmers über die Schlusszahlung (§ 16 Abs. 3 Nr. 2-5 VOB/B) ist der Vordruck „*Schlusszahlung*“ zu verwenden.

Wird bei der Prüfung der Schlussrechnung eine Überzahlung festgestellt, ist diese nach Ziffer 7.16.5.2 zurückzufordern und dem Auftragnehmer mitzuteilen, dass keine weiteren Zahlungen geleistet werden.

Erfolgt eine Schlusszahlung – etwa aufgrund von Pfändungen oder Abtretungen oder nach § 16 Abs. 6 VOB/B (vgl. Ziffern 7.16.5.3, 7.16.5.5) – an einen Dritten (als neuen Gläubiger), sind sowohl dem Auftragnehmer als auch dem neuen Gläubiger schriftliche Schlusszahlungsmittelungen zu machen.

7.16.5.1 Lohngleitklauseln

Fordert der Auftragnehmer in Abschlagsrechnungen seine Mehraufwendungen für Löhne und Stoffe aus vereinbarten Gleitklauseln, darf eine Zahlung erst

geleistet werden, wenn die nachgewiesenen Mehraufwendungen den vereinbarten Selbstbehalt überschreiten (siehe Ziffer 6.13.7 und Bauvertragsvordrucke).

Die Inanspruchnahme der Gleitklauseln bedarf keiner Nachtragsvereinbarung, doch ist die für die Mittelbewirtschaftung verantwortliche Person zu unterrichten.

7.16.5.2 Überzahlungen

Überzahlte Beträge sind schriftlich nach den §§ 812 ff. BGB zurückzufordern. Es gelten die ZVB. Das Rückforderungsschreiben muss den Hinweis enthalten:

„Leisten Sie innerhalb von 14 Tagen nach Zugang dieses Rückforderungsschreibens nicht, befinden Sie sich ab diesem Zeitpunkt mit Ihrer Zahlungsverpflichtung in Verzug und haben Verzugszinsen in Höhe von acht Prozentpunkten über dem Basiszinssatz des § 247 BGB zu zahlen.“

Hinweis: Ein Rückforderungsanspruch verjährt drei Jahre (§ 195 BGB) ab dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und die Auftraggeberin von den anspruchsbegründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt hat oder ohne grobe Fahrlässigkeit hätte erlangen müssen (§ 199 Abs. 1 BGB). In jedem Fall verjährt der Anspruch zehn Jahre nach seiner Entstehung (§ 199 Abs. 4 BGB). Nach Ablauf der Verjährungsfrist kann der Auftragnehmer die Rückzahlung mit der sog. Einrede der Verjährung verweigern.

7.16.5.3 Pfändungen und Abtretungen

Vor jeder Zahlung ist zu prüfen, ob Pfändungen oder Abtretungen der betreffenden Forderung vorliegen. Die Vorgaben der LHO sind zu beachten.

Eine Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers bedarf der vorherigen Zustimmung der Finanzbehörde.

7.16.5.4 Zahlungseinstellung, Insolvenzverfahren

Hat der Auftragnehmer seine Zahlungen eingestellt oder wurde die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen beantragt, dürfen Zahlungen nur mit vorheriger Zustimmung der Finanzbehörde geleistet werden.

7.16.5.5 Zahlungen an Gläubiger des Auftragnehmers nach § 16 Abs. 6 VOB/B

Fordert ein Gläubiger des Auftragnehmers von der Auftraggeberin eine Zahlung mit der Begründung, er sei an der Ausführung der vertraglichen Leistung des Auftragnehmers aufgrund eines mit diesem abgeschlossenen Dienst- oder Werkvertrages beteiligt und der Auftragnehmer sei ihm gegenüber in Zahlungsverzug gekommen, ist der Auftragnehmer unverzüglich schriftlich und unter Fristsetzung zur Abgabe einer Erklärung aufzufordern, ob und inwieweit er diese Forderung anerkennt (§ 16 Abs. 6 VOB/B).

7.17 Sicherheitsleistung (zu § 17 VOB/B)

Zur Sicherstellung der vertragsgemäßen Leistungsausführung und der Mängelansprüche kann eine Sicherheitsleistung vereinbart werden (§ 17 Abs. 1 VOB/B). Auch für vereinbarte Abschlags- und Vorauszahlungen ist Sicherheit durch Bürgschaft zu leisten (vgl. Ziffern 7.16.1 und 7.16.2).

Zur Sicherheitsleistung siehe im Einzelnen Ziffer 6.13.5 und die ZVB.

Der Auftragnehmer hat die Vertragserfüllungsbürgschaft binnen 18 Werktagen nach Auftragserteilung vorzulegen (§ 17 Abs. 7 Satz 1 VOB/B). Solange er dieser Verpflichtung nicht nachkommt, sind von den Abschlagszahlungen Einbehalte

in Höhe der vereinbarten Sicherheit vorzunehmen (§ 17 Abs. 7 Satz 2 VOB/B).

Auch von einer Bieter-/Arbeitsgemeinschaft oder bei einer Teilabnahme ist stets nur eine Bürgschaftsurkunde über den Gesamtbetrag zu stellen.

Durch die **Abnahme** wandelt sich der Anspruch auf Vertragserfüllung in einen Anspruch auf Mängelbeseitigung. Auf Verlangen des Auftragnehmers erfolgt daher nach der Abnahme ein Austausch der Vertragserfüllungsbürgschaft gegen eine Bürgschaft für Mängelansprüche nach § 17 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B (vgl. **Ziffern 7.16.4 und 6.13.5**).

Verlangt der Auftragnehmer nach einer Teilabnahme eine entsprechende Verringerung der Sicherheit, ist dem stattzugeben, wenn

- für den abgenommenen Teil der Leistung die Voraussetzungen des § 17 Abs. 8 Nr. 1 VOB/B und der ZVB erfüllt sind, und
- der Auftragnehmer für den noch nicht abgenommenen Teil der Leistung eine Vertragserfüllungsbürgschaft gestellt hat.

Ungeachtet der Bürgschaften kann zur Sicherstellung der Beseitigung gerügter (bei der Abnahme vorbehaltener) Mängel regelmäßig ein Betrag in doppelter Höhe der geschätzten Mängelbeseitigungskosten als Sicherheit bis zur Schlusszahlung einbehalten werden (vgl. § 641 Abs. 3 BGB). Ist ein solcher Einbehalt nicht möglich, wird der entsprechende Teil der Vertragserfüllungsbürgschaft einbehalten. Nach der Mängelbeseitigung wird der Einbehalt ausgezahlt.

Vor der Inanspruchnahme einer Bürgschaft ist stets zu prüfen, ob Aufrechnungsmöglichkeiten bestehen und zweckmäßig sind.

7.18 Streitigkeiten (zu § 18 VOB/B)

Für Meinungsverschiedenheiten bei Verträgen kann der Auftragnehmer die vorgesetzte Stelle der Auftraggeberin nach § 18 Abs. 2 VOB/B anrufen.

Mit dem Eingang seines schriftlichen Antrags wird die Verjährung seines geltend gemachten Anspruchs gehemmt (§ 18 Abs. 2 Nr. 2 VOB/B). Die Hemmung der Verjährung endet frühestens drei Monate nach Zugang

- eines schriftlichen Bescheids oder
- einer schriftlichen Mitteilung, dass das Verfahren nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 VOB/B nicht weiter betrieben wird.

In ihrem schriftlichen Bescheid nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 Satz 2 VOB/B hat die vorgesetzte Stelle den Auftragnehmer darauf hinzuweisen, dass ihre Entscheidung als anerkannt gilt, wenn er nicht innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Bescheides schriftlich Einspruch bei der Auftraggeberin erhebt und diese ihn auf die Ausschlussfrist hingewiesen hat.

II. Ergänzende Anforderungen bei der Bauausführung

7.19 Vorbemerkung

Bei der Ausführung von Baumaßnahmen sind die öffentlich-rechtlichen Vorschriften und die anerkannten Regeln der Technik sowie die im Band 2 aufgeführten Technischen Richtlinien/Regelungen zu beachten.

7.20 Unfallverhütung und Arbeitsschutz

Bei der Vorbereitung und Ausführung von Bauarbeiten sowie der Einrichtung von Baustellen sind die gesetzlichen Regelungen und die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften zu beachten.

7.21 Feststellung von Altlasten auf Baustellen

Werden während der Bauausführung Altlasten in Form von Bodenverunreinigungen, Kampfmitteln oder dgl. festgestellt, ist nach sofortiger Einstellung der Arbeiten die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Umweltschutz, Abteilung Bodenschutz/Altlasten bzw. die Polizei zu benachrichtigen.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wird von Seiten der Behörden untersucht, ob das Bauvorhaben auf oder im Nahbereich einer Fläche vorgesehen ist, für die ein Nachweis oder Verdacht auf Altlasten vorliegt.

Hinweis:

1. Auf die Broschüre „Sicheres bauen auf Altlasten“ der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt wird hingewiesen. Sie steht im Internet unter:

<http://www.hamburg.de/contentblob/1351126/data/bauen-altlasten-broschuere.pdf>

zur Verfügung.

2. Auf das Fachinformationssystem Boden / Altlasten / Altlastensanierung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt wird hingewiesen. Es ist im FHHportal unter:

<http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0015/umwelt/boden/Seiten/default.aspx>

zu finden.

7.22 Versicherungen

Die Regelung der Gebäudeversicherung ist in der Broschüre „Hinweise zur Gebäudeversicherung der FHH“ der Finanzbehörde dargestellt. Das Werk ist im fhhportal unter:

<http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0009/intranet/0017/0018/0057/Documents/HinweiseGebVers.pdf>

zu finden.

Verzeichnis der Anlagen

Nr.	Bezeichnung der Vordrucke/Formblätter	Stand
7-010	Bürgschaft	05/2015
7-020	Verwahrung Bürgschaft	05/2015
7-030	Nachtrag	05/2015
7-040	Abnahme	05/2015
7-050	Schlusszahlung	05/2015
7-060	Übergabeverhandlung	05/2015
7-070	Gewährleistungsfristen	05/2015
7-080	Bautagebuch	05/2015
7-090	Beschleunigungsvergütung Wertetabelle	05/2015
7-100	Aufmaßblatt	05/2015
7-110	Liste Aufmaßblätter	05/2015

Bürgschaftsurkunde

Der Auftragnehmer

Name und Sitz

und **die Auftraggeberin**

letztere vertreten durch

haben folgenden Vertrag geschlossen:

Nr. des Auftragsschreibens/Vertrages	Datum
Bezeichnung der Bauleistung	

Danach hat der Auftragnehmer Sicherheit für

- ☐ die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen aus dem Vertrag (z.B. für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung, für Rückerstattung aus Überzahlungen, für Mängelgewährleistungs- und Schadensersatzansprüche)
- ☐ die Erfüllung der Mängelgewährleistungs- und Schadenersatzansprüche sowie Ansprüche aus der Abrechnung und der Rückerstattung von Überzahlungen
- ☐ eine Abschlagszahlung für die auf der Baustelle angelieferten, aber noch nicht eingebauten Stoffe oder Bauteile bis zu deren Einbau
- ☐ eine Abschlagszahlung für Stoffe oder Bauteile, die für die Leistung eigens angefertigt und bereitgestellt worden sind, bis zu deren Einbau
- ☐ eine Vorauszahlung bis zur Tilgung der Vorauszahlung durch Anrechnung auf fällige Zahlungen zu leisten. Er leistet die Sicherheit in Form dieser Bürgschaft.

Der Bürge

Name und Anschrift

übernimmt hiermit für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft nach deutschem Recht und verpflichtet sich, Beträge bis zu einer Gesamthöhe von

EUR (in Worten: Euro)

an die Auftraggeberin zu zahlen.

Auf die Einreden der Anfechtung, der Aufrechenbarkeit sowie der Vorausklage gemäß §§ 770, 771 BGB wird verzichtet. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Hauptschuldners.

Die Bürgschaft ist unbefristet; sie erlischt mit der Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde. Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor der gesicherten Hauptforderung. Nach Abschluss des Bürgschaftsvertrages getroffene Vereinbarungen über die Verjährung der Hauptforderung zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer sind für den Bürgen nur im Falle seiner schriftlichen Zustimmung bindend.

Gerichtsstand ist der Sitz der zur Prozessvertretung der Auftraggeberin zuständigen Stelle.

Ort, Datum

Unterschrift des Bürgen

[Briefkopf der Verwahrstelle]

[Ort und Datum]

Telefon: _____

Hinterleger/Auftragnehmer

Bauvorhaben / Art der Leistung:

Geschäftszeichen:

Von dem unten angegebenen Bürgen wurde hier

über den Betrag von _____

als Sicherheit zugunsten der

- ☐ Freien und Hansestadt Hamburg
☐ Bundesrepublik Deutschland

mit Datum vom _____

- ☐ eine Vertragserfüllungs- und Mängelansprüchebürgschaft
☐ eine Mängelansprüchebürgschaft
☐ eine Abschlagszahlungsbürgschaft
☐ eine Vorauszahlungsbürgschaft

hinterlegt.

Nach Freigabe der Sicherheit wird die Bürgschaftsurkunde an den Bürgen zurückgesandt.
Dazu bedarf es keines Antrags und keiner Rückgabe dieser Mitteilung.

Je eine Ausfertigung für
1 – den Hinterleger
2 – den Bürgen
3 – die Verwahrstelle

Wiedervorlage: _____

Hinweise zur Verwahrung von Bürgschaftssicherheiten:

Bürgschaftssicherheiten sind von der anordnenden Stelle/Sicherungsnehmerin unter Verschluss zu verwahren (sog. „Verwahrstelle“).

Sie sind nach Ablauf von zwei Jahren bzw. nach einem anderen vereinbarten Rückgabezeitpunkt wieder an den Bürgen zurückzugeben.

Für die Annahme, Verwahrung und Auslieferung von Bürgschaftsurkunden ist Seite 1 dieses Formulars zu verwenden. Davon sind drei Ausfertigungen anzufertigen und wie folgt zu handhaben:

- Eine Ausfertigung („Ausfertigung für den Hinterleger“) ist dem Auftragnehmer als Hinterleger zu übersenden.
- Eine Ausfertigung („Ausfertigung für den Bürgen“) ist dem Bürgen als Mitteilung über den Empfang der Bürgschaft zu übersenden.
- Eine Ausfertigung („Ausfertigung für die Verwahrstelle“) verbleibt bei der anordnenden Stelle/Sicherungsnehmerin als Verwahrstelle.

Die „Ausfertigung für die Verwahrstelle“ dient der Terminüberwachung durch die Verwahrstelle.

Rechtzeitig vor dem Rückgabezeitpunkt (nach Ablauf von zwei Jahren bzw. nach dem vereinbarten Rückgabezeitpunkt) übersendet die Verwahrstelle dem Bauleiter eine Kopie der „Ausfertigung für die Verwahrstelle“ zusammen mit der Erklärung auf Seite 3 dieses Formulars.

Der Bauleiter entscheidet, ob die Sicherheit freigegeben werden kann oder ob und welche Mängel vorliegen. Im Falle einer Freigabe teilt er dies der anordnenden Dienststelle auf Seite 3 dieses Formulars mit.

Der Entscheidungsbefugte der Verwahrstelle verfügt auf Seite 3 dieses Formulars die Auslieferung der Sicherheit.

Nach der Freigabe der Sicherheit ist die Bürgschaftsurkunde an den Bürgen zurückzugeben.

Auf eine Rückforderung der Hinterlegungsbescheinigung („Ausfertigung für den Hinterleger“) wird verzichtet.

[Auszufüllen von der Verwahrstelle]

[Ort und Datum]

Telefon:

UR an

mit der Bitte zu prüfen, ob gegen die Freigabe der beigefügten Sicherheit Bedenken bestehen.

Dieses Formblatt ist erst zurückzugeben, wenn keine Bedenken gegen die Freigabe bestehen. Bedenken sind formlos, ggf. durch Vorlage des mit dem Auftragnehmer geführten Schriftwechsels, mitzuteilen.

Die Frist für Mängelansprüche läuft ab am

Um Erledigung bis zumwird gebeten.

.....
Unterschrift

[Auszufüllen vom Bauleiter]

[Ort und Datum]

Telefon:

UR an

Es bestehen keine Bedenken gegen die Freigabe der Sicherheit (Zutreffendes bitte ankreuzen):

- ☐ Die Vorauszahlung ist auf fällige Zahlungen angerechnet worden.
- ☐ Die eigens für die Bauleistung angefertigten und bereitgestellten Bauteile bzw. die auf der Baustelle angelieferten Stoffe und Bauteile, für die eine Abschlagszahlung gewährt wurde, sind eingebaut. ☐ Die Abnahme hat stattgefunden am
- ☐ Die Schlusszahlung wurde am an den Auftragnehmer überwiesen.
- ☐ Eine Sicherheit für die Erfüllung der Mängelansprüche liegt vor.
- ☐ Bei der vor Ablauf der Frist für Mängelansprüche durchgeführten Baubesichtigung am wurden keine Mängel festgestellt, die einer
 - ☐ vorzeitigen
 - ☐ vertraglichenFreigabe der Sicherheit entgegenstehen,
- ☐ Andere Verpflichtungen aus dem Vertrag bestehen zu diesem Zeitpunkt nicht (z.B. Schadensersatz, Rückerstattung von Überzahlungen).

Bemerkungen:

.....
Unterschrift(en)

[Auszufüllen von der Verwahrstelle]

[Ort und Datum]

Telefon:

Verfügung

1. Die Sicherheit wird freigegeben.
2. Bürgschaftsurkunde an den Bürgen absenden.
3. Z.A.

.....
Unterschrift des Entscheidungsbefugten

Auftrags-Nr.:
Vergabeart:
☐ Öffentliche Ausschreibung
☐ Beschränkte Ausschreibung
☐ Freihändige Vergabe
☐ Offenes Verfahren
☐ Nichtoffenes Verfahren
☐ Verhandlungsverfahren

Sachkonto:
Finanzposition:
Finanzstelle:
Mittelreservierungs-Nr.:
Mittelbindungs-Nr.:
HÜL-Nr.:
Projekt-Nr./CO-Auftrag:
Sachbearbeiter:
Tel.: / Fax: /

Betreff: Bauvorhaben in
Bezug: geprüfte(s) Nachtragsangebot(e) Nr. vom
Anlage: Zweitfertigung dieser Nachtragsvereinbarung (bitte unverzüglich unterschrieben zurücksenden!)

NACHTRAGSVEREINBARUNG NR. zu Auftrag Nr. vom

1. Auftragssumme einschließlich bisheriger Nachtragsvereinbarung(en) Nr. : EUR

2. Geprüfte(s) weitere(s) Nachtragsangebot(e):

Nr.	vom	geprüfte Endsumme	EUR
Nr.	vom	geprüfte Endsumme	EUR

Summe der weiteren Nachtragsangebote: ----- EUR

3. Von den im Leistungsverzeichnis vorgesehenen Leistungen

- entfallen: Ordnungszahl	EUR
- werden gemindert: Ordnungszahl	EUR

insgesamt ----- EUR

4. Damit ☐ erhöht / ☐ vermindert sich die bisherige Auftragssumme (Nr. 1) um ----- EUR

auf die aktuelle Auftragssumme in Höhe von ----- EUR

☐ Die Ausführungsfrist wird um Werktagen ☐ verlängert / ☐ verkürzt.

☐ Die Ausführungsfrist wird nicht berührt.

☐ Der Fertigstellungstermin wird auf den festgesetzt.

Im Übrigen gelten die Bedingungen des Hauptauftrages.

Hamburg, den den.....

(Auftraggeberin)

(Auftragnehmer)

Beleg Nr.:
im Gewährleistungsverzeichnis
eingetragen unter Nr.:
Name:

ABNAHMEBESCHEINIGUNG *)

1. Baumaßnahme:

.....
.....

2. Gebäude/Bauwerk:

.....

3. Auftragnehmer:

.....

Vertrag Nr. vom:

Nachtragsvereinbarung Nr. vom: Nr. vom:

Nr. vom: Nr. vom:

Nr. vom: Nr. vom:

4. Am heutigen Tage wurden folgende Leistungen abgenommen:

.....
.....

Als der mit der Objektüberwachung Beauftragte hat an der Abnahme teilgenommen:

.....
(Unterschrift)

5. Die Ausführung der abgenommenen Leistungen wurde begonnen am
beendet am

6. Bei der Abnahme wurden folgende Mängel festgestellt:

.....
.....
.....
.....

Diese Mängel sind unverzüglich, spätestens bis zum zu beseitigen.

Sofern dies nicht geschieht, ist die Auftraggeberin berechtigt, die Mängelbeseitigung auf Kosten des Auftragnehmers vornehmen zu lassen.

Alle Ansprüche der Auftraggeberin auf Gewährleistung und Schadenersatz bleiben unberührt.

7. Die Auftraggeberin behält sich vor, die vereinbarte Vertragsstrafe geltend zu machen.

8. Der Auftragnehmer gibt gemäß der Vertragsstraferegelung in Nr. 23 Zusätzliche Vertragsbedingungen (ZVB) für Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften über die illegale Beschäftigung von Arbeitskräften, der Schwarzarbeit und des Arbeitnehmerentsendegesetzes die folgende Erklärung darüber ab, ob gegen ihn bzw. seinen Erfüllungsgehilfen oder eine sonstige in Nr. 23.1 ZVB genannte Person bzw. deren Erfüllungsgehilfen bei der Ausführung der übertragenen Leistung ein Ordnungswidrigkeitsverfahren, Ermittlungsverfahren oder Strafverfahren nach Nr. 23.2 ZVB anhängig ist bzw. ob und wie ein solches rechtskräftig zum Abschluss gekommen ist.

Erklärung:

☐ Ich erkläre, dass keine Verfahren im vorstehend genannten Sinne anhängig sind.

☐ Ich erkläre, dass gegen mich bzw. gegen meinen Erfüllungsgehilfen (Nachunternehmer)

.....
bzw. gegen (Nach-Nachunternehmer unabhängig vom Unterordnungsgrad)

.....
ein Verfahren wegen anhängig ist.

*) Bei Teilabnahme ist „Teil-“ voranzusetzen.

- ☐ Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.
☐ Das Verfahren ist mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

9. Der Auftragnehmer hat eine Ausfertigung dieser Abnahmebescheinigung erhalten.

Hamburg, den

Auftragnehmer:

Auftraggeberin:

.....
[Auftragnehmer]

.....
[Auftraggeberin]

[Auftraggeberin]

Datum:
Auftrags-Nr.:

Sachkonto:
Finanzposition:
Finanzstelle:
Mittelreservierungs-Nr.:
Mittelbindungs-Nr.:
HÜL-Nr.:
Projekt-Nr./CO-Auftrag:
Sachbearb.:
Tel.: - / Fax : -

Baumaßnahme:

Rechnung für: Rechnungsdatum:

Anlagen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Schlusszahlung wurde ein Betrag in Höhe von EUR an Sie überwiesen.

Die Zahlung weicht von dem in Ihrer Rechnung ausgewiesenen Betrag

☐ nicht ab.

☐ aus folgenden Gründen ab :

.....
.....

☐ aus den dem Rechnungsabdruck zu entnehmenden Gründen ab.

Hinweis auf die Ausschlusswirkung der Schlusszahlung gemäß § 16 Abs. 3 VOB/B

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass

- die vorbehaltlose Annahme dieser Schlusszahlung Nachforderungen ausschließt (vgl. § 16 Abs. 3 Nr. 2 VOB/B),
- auch früher gestellte, unerledigte Forderungen ausgeschlossen werden, wenn sie nicht nochmals vorbehalten werden (vgl. § 16 Abs. 3 Nr. 4 VOB/B),
- der Vorbehalt innerhalb von 28 Kalendertagen nach Zugang dieser Mitteilung über die Schlusszahlung erklärt werden muss (vgl. § 16 Abs. 3 Nr. 5 Satz 1 VOB/B),
- ein erklärter Vorbehalt hinfällig wird, wenn nicht innerhalb von weiteren 28 Kalendertagen eine prüfbare Rechnung über die vorbehaltenen Forderungen eingereicht oder, wenn das nicht möglich ist, der Vorbehalt eingehend begründet wird (vgl. § 16 Abs. 3 Nr. 5 Satz 2 VOB/B).

Mit freundlichen Grüßen

Niederschrift der Übergabeverhandlung

Baumaßnahme:

Projektnummer:

Baudienststelle:

Bedarfsträger:

Die o.g. Baumaßnahme ist fertiggestellt. Sie wurde in der Übergabeverhandlung

am,

in der Zeit von bis Uhr,

durch den Realisierungsträger an den Bedarfsträger übergeben.

Teilnehmer als Vertreter des Realisierungsträgers:

Teilnehmer als Vertreter des Bedarfsträgers:

Nach gemeinsamer Besichtigung der Baumaßnahme wurde festgestellt, dass sie entsprechend der anerkannten Kostenunterlage ausgeführt worden ist. Die Bedienungs- und Instandhaltungsanleitungen für die Betriebstechnischen Anlagen wurden lt. Geräteverzeichnis übergeben.

Es wurden

- ☐ keine Restarbeiten
- ☐ keine der Gewährleistung unterfallenden Mängel
- ☐ die in der Anlage aufgeführten Restarbeiten
- ☐ die in der Anlage aufgeführten und der Gewährleistung unterfallenden Mängel

festgestellt.

Anlagen:

- 1 Satz Ausführungszeichnungen
- 1 Satz Gerätebestandsverzeichnis
- 1 Verzeichnis der Gewährleistungsfristen
- ... Abnahmebescheinigung(en)
- ... Genehmigungsbescheid(e)
- ... Auflistung Restarbeiten
- ... Auflistung Mängel

Hamburg, den

Für die Übergabe:

Für die Übernahme:

(Baudienststelle)

(Bedarfsträger)

Verzeichnis der Gewährleistungsfristen

Baumaßnahme:

Projektnummer:

Realisierungsträger:

Bedarfsträger:

lfd. Nr.	bauausführende Firma	Gewerk	ausgeführte Leistungen	Ende der Gewährleistungsfrist

[Realisierungsträger/Vergabestelle]

Bautagebuch

für das Bauvorhaben

.....

.....

Gesamtkosten lt. vom (Betrag) EUR

Gesamtkosten lt. Bauausgabebuch (Abrechnungssumme) (Betrag) EUR

Baubeginn am:

Baufertigstellung am:

Unterbrechung von längerer Dauer:

vom bis

vom bis

vom bis

vom bis

Verantwortlich für die Führung des Bautagebuches:

Name: vom bis

Name: vom bis

Name: vom bis

Name: vom bis

Name: vom bis

Das Bautagebuch enthält (in Worten): Seiten.

Die nachstehenden „*Richtlinien für die Führung des Bautagebuchs*“ sind zu beachten.

Aufmaße werden gesondert geführt.

Bautagebuch Seite										
Tag	Arbeitsschicht a) Beginn b) Ende	Wetter Temp.	Auftragnehmer	Arbeitskräfte					Wasser- stände und dgl.	Lieferung von Stoffen Bauteilen Großgeräteinsatz
				Insgesamt	Poliere etc.	Facharbeiter	Hilfskräfte	Maschinenführer		
1	2	3	4	5					6	7

Bautagebuch Seite	
Bauleistungen, Baubedarf	Sonstiges
8	9

RICHTLINIEN FÜR DIE FÜHRUNG DES BAUTAGEBUCHS

Das Bautagebuch soll Stand und Fortschritt der Bauarbeiten sowie alle bemerkenswerten Ereignisse des Bauablaufs festhalten. Es sind nur Sachverhalte zu dokumentieren, die bei Anwesenheit auf der Baustelle festgestellt wurden.

Das Bautagebuch dient als Grundlage für alle Meldungen und Berichte, die über die Bauausführung zu erstatten sind. Es ist den Vorgesetzten der mit der Bauüberwachung beauftragte Person (Ziffer 7.4.1) bei Baustellenkontrollen zur Einsichtnahme vorzulegen und von diesen abzuzeichnen.

Das Bautagebuch ist als Urkunde sorgfältig aufzubewahren. Es bildet nach Abschluss der Bauarbeiten einen wichtigen Bestandteil der Bauakten. Das bloße Sammeln und Ablegen der Tagesberichte des/r Auftragnehmer/s genügt nicht.

Im Besonderen sind im Bautagebuch einzutragen:

Spalte 2

- täglich die Uhrzeiten von Arbeitsbeginn und Arbeitsende der Unternehmen

Spalte 3

- täglich mindestens bei Arbeitsbeginn und Arbeitsende das Wetter und die Temperaturen, dazu – falls angeordnet – die höchsten und niedrigsten Tagestemperaturen sowie die tägliche Niederschlagsmenge

Spalte 4

- Auftragnehmer und ggf. vom Auftragnehmer eingesetzte Unternehmen

Spalte 5

- täglich die Zahl der beschäftigten Poliere, Schachtmeister, Facharbeiter und Hilfsarbeiter, ggf. nach den abgelieferten Tagesberichten

Spalte 6

- bei Bauten, die durch den Wasserstand offener Gewässer beeinflusst werden, die Wasserstände täglich einmal oder – wenn notwendig – mehrmals täglich
- falls erforderlich, die täglichen Grundwasserstände

Spalte 7

- Eingang von Stoffen und Bauteilen und zwar
 - alle vom Auftraggeber beigestellten und
 - die wichtigeren von Unternehmen gelieferten
- Zugang, Einsatz und Abgang, Dauer und Ursache eines etwaigen Ausfalls von Großgeräten

Spalte 8

- Name des Bauleiters des Auftragnehmers bei Baubeginn und etwaiger Wechsel
- wesentliche Leistungen des Auftragnehmers
- Vermerk über Stundenlohnarbeiten
- Beginn und Ende der Leistungen und der Bauabschnitte (Gründung, Baugrube, aufgehendes Mauerwerk, Lehrgerüst, Erdarbeiten, Oberbauarbeiten usw.) auch für Leistungen, deren örtliche Überwachung Bediensteten oder freiberuflich Tätigen anderer Fachgebiete obliegt
- Angaben über die Beschaffenheit des Baugrundes
- Unterbrechung und Verzögerung der Arbeiten und ihre Ursachen
- Notizen für die Beurteilung zusätzlicher Bauleistungen
- bemerkenswerte Ereignisse (Unfälle, Rutschungen u.ä.)
- Anordnungen der Bauüberwachung nach § 4 Nr. 1 VOB/B
- mündliche Weisungen von Vorgesetzten
- Verstöße gegen den Bauvertrag/Sicherheitsvorschriften
- Eingang von Ausführungsunterlagen und Aushändigung an den Auftragnehmer;
- Notwendigkeiten etwaiger Abweichungen von den freigegebenen Ausführungsunterlagen einschl. Begründung, Beantragung und Genehmigung der Änderungen
- Durchführung von Kontrollprüfungen
- Vermerk über Aufmaße
- Kontrolle von noch nicht abgeschlossenen Teilen der Leistung (z.B. Schalung, Bewehrung)
- Inbetriebnahme, Bauübergaben
- Abnahme, auch Teilabnahmen, nach § 12 VOB/B

Auf eine Zeile über alle Spalten hinweg

- Wechsel des mit der Führung des Bautagebuches beauftragten Mitarbeiters (Vertretung, Nachfolge, Schichtwechsel)

**Beschleunigungsvergütung für Bauverträge
im Straßen- und Brückenbau auf BAB - Betriebsstrecken
hier: Nutzungsausfallkosten**

Nutzungsausfallkosten (€/d*, netto)

DTV-Klasse (Kfz/24 h)	Verkehrsführung					
	2+0 ¹ (€/d)	1+1 ¹ (€/d)	2n+1 ^{1,2} (€/d)			
bis 15.000	-	-	-			
20.000	500	500	260			
25.000	2.100	1.500	1.300			
32.500	4.100	3.100	2.600			
36.100	7.700	5.100	5.100			
39.000	17.900	12.800	7.700			
41.100	30.700	20.500	10.300			
44.000	56.300	43.500	21.800			
≥ 45.000	76.700	76.700	38.400			

DTV-Klasse (Kfz/24 h)	Verkehrsführung				
	4s+0 ³ (€/d)	3s+1 ³ (€/d)	2n+2 ^{2,3} (€/d)	4+1 ¹ (€/d)	3n+2 ^{1,2} (€/d)
bis 20.000	-	-	-	-	-
35.000	2.600	2.600	-	-	2.100
45.000	4.100	4.100	1.000	-	3.100
55.000	5.100	5.100	2.100	2.600	4.100
65.000	7.700	7.700	2.600	5.100	7.700
72.500	12.800	10.200	3.100	10.200	10.200
77.500	17.900	12.300	4.100	15.400	15.400
82.500	41.000	30.700	6.700	35.800	25.600
87.500	66.500	56.300	15.400	61.400	46.000
≥ 90.000	76.700	76.700	30.700	76.700	61.400

DTV-Klasse (Kfz/24 h)	Verkehrsführung				
	6+0 ³ (€/d)	5s+1 ² (€/d)	4+2 ³ (€/d)	3n+3 ^{2,3} (€/d)	
bis 45.000	-	-	-	-	
55.000	2.100	1.500	1.000	-	
65.000	3.600	2.600	2.100	-	
75.000	4.600	3.600	3.100	1.000	
85.000	6.200	5.100	4.600	1.500	
95.000	7.700	6.200	5.600	2.100	
102.500	10.200	9.200	8.200	2.600	
107.500	15.400	12.800	10.200	3.100	
112.500	25.600	17.900	13.800	4.100	
117.500	41.000	30.700	23.000	5.100	
≥ 120.000	66.500	46.000	35.800	7.700	

* Kalendertag

Zwischenwerte sind linear zu interpolieren.

¹ Baustellen mit Reduktion der Anzahl der Fahrstreifen während der Bauarbeiten.

² Werte gelten für einseitige Baustellen, für zweiseitige Baustellen sind die Werte zu verdoppeln.

³ Baustellen ohne Reduktion der Anzahl Fahrstreifen.

[illegible]

Ausfüllhinweise:

- Feld „Nr.“: Hier ist die Nummer des Aufmaßblattes handschriftlich einzutragen B 13.3.1 (4)).
- Feld „Bezeichnung der Bauleistung“:
Hier ist die in den Vergabeunterlagen verwendete „Bezeichnung der Bauleistung“ einzutragen. In geeigneten Fällen kann auch eine Kurzbezeichnung verwendet werden. Gegebenenfalls ist die Nummer des Vertrages oder des Bestellscheines einzutragen.
- Feld „OZ“:
Hier sind die Nummern der Ordnungszahlen einzutragen, die auf dem Aufmaßblatt vollständig oder teilweise erfasst werden.
- Feld „OZ und Kurzbezeichnung der Teilleistungen mit Stationsangabe“:
In dem freien Feld (Skizzen- bzw. Textraum) sind die Aufmaßdaten einzutragen. Voranzustellen sind Ordnungszahl und Kurzbeschreibung der Teilleistung mit Stationsbezeichnung. Gegebenenfalls sind Hinweise auf schon vorhandene Aufmaßblätter (Anschlussblatt) anzubringen.
- Feld „Aufgestellt“:
Das Aufmaß ist durch Eintragung des Datums und durch die Unterschriften der zum Aufmaß befugten Vertreter des Auftragnehmers und des Auftraggebers abzuschließen.

Bezeichnung der Bauleistung:		Blatt:
Liste der Aufmaßblätter		
Aufmaß Nr.	Datum	Im Aufmaßblatt enthaltene Ordnungszahl(en)

Hinweis: In die Liste sind alle Aufmaßblätter geordnet nach lfd. Nummern und mit Angabe von Datum und Ordnungszahl(en) einzutragen.

Bezeichnung der Bauleistung: _____ Blatt: _____

Liste der Wiegescheine

Wiegescheine			Materialarten			Bemerkungen
eingedr. Nr.	Datum	Lieferwerk	MA OZ	MA OZ	MA OZ	

Inhaltsverzeichnis

8	Abschlußarbeiten	Seite
8.1	Allgemeines	8-1
8.2	Übergabe der Baumaßnahme	8-1
8.3	Kostenfeststellung	8-2
8.4	Zusammenstellung und Aufbewahrung von Bauakten	8-3

I

8 Abschlussarbeiten

8.1 Allgemeines

- 8.1.1 Für jede Baumaßnahme sind Abschlussarbeiten durchzuführen. Diese umfassen
- die Schließung des Bautitels,
 - den Nachweis der entstandenen Kosten (Kostenfeststellung gem. DIN 276),
 - die Zusammenstellung der Bauakten.
- 8.1.2 Die Abschlussarbeiten für Baumaßnahmen oder für in sich abgeschlossene Bauabschnitte von Baumaßnahmen sind unverzüglich nach Übergabe der Baumaßnahme fertigzustellen.

8.2 Übergabe der Baumaßnahme

- 8.2.1 Einer Übergabe muss die Abnahme von Bauleistungen vorausgehen (vgl. Ziff. 7.1.11).
- 8.2.2 Bei der Übergabe - soweit es zu diesem Zeitpunkt nicht möglich ist, unmittelbar danach - wird eine gemeinsame Niederschrift angefertigt, in der etwaige Beanstandungen, Änderungen und Ergänzungen zu vermerken sind (vgl. Teil II, Anlage 102).
- Der Niederschrift werden beigefügt:
- ein Satz Pläne,
 - ein Geräteverzeichnis (Ausstattung),
 - eine Übersicht der in den Bauverträgen festgelegten Verjährungsfristen für die Gewährleistung (vgl. Teil II, Anlage 103) sowie
 - sämtliche vorgeschriebenen Abnahmebescheinigungen.
- 8.2.3 Der Vollzug der in der Niederschrift vermerkten Restarbeiten ist sämtlichen an der Übergabe beteiligten Dienststellen in einem abschließenden Schreiben anzuzeigen.

8.2.4 Bei betriebstechnischen Anlagen sind zu übergeben:

- Prüfbücher mit dem Ergebnis der vor der Inbetriebnahme durchgeführten Abnahmeprüfungen,
- Bedienungs- und Instandhaltungsanleitungen des Anlagenherstellers, Betriebsanweisungen,
- Schalt- und Leitungspläne, Beleuchtungspläne, Betriebskarten (Bestandsliste, Anlagenbeschreibung, Kartei über Energieversorgung),
- für den Betrieb einschlägige Unfallverhütungsvorschriften,
- gesetzlich erforderliche Genehmigungsbescheide, die das Betreiben von Anlagen zulassen.

8.2.5 Bei Erstellung oder Ersatzbeschaffung von betriebstechnischen Anlagen sind jeweils getrennt die Anlagen aufzulisten,

- die einer Überwachungspflicht aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften unterliegen,
- für die eine Wartung oder Prüfung notwendig bzw. zu empfehlen ist.

8.2.6 Verjährungsfrist für die Gewährleistung

Der Ablauf der Verjährungsfristen für die Gewährleistung ist vom Bauherrn zu überwachen.

8.3 Kostenfeststellung

Nach Abschluss der Abrechnung einer Baumaßnahme sind Nachweise über die tatsächlich entstandenen Baukosten (Kostenfeststellung nach DIN 276 - Kosten im Bauwesen, Teil 1: Hochbau) sowie über Baugrößen und Bauzeiten aufzustellen. Bei Baumaßnahmen mit Gesamtkosten > 500.000 EUR sind diese Nachweise der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt - Amt für Bauordnung und Hochbau - Abt. Landesbau, ABH 41 zu übersenden. In der Kostenfeststellung sind die Gesamtkosten grundsätzlich nach Kostengruppen bis zur 2. Ebene der Kostengliederung gem. DIN 276 zu unterteilen und der Nachweis gem. Teil I, Anlage 5a, Blatt 2, 3 und 4 zu führen. Nähere Erläuterungen sind der RPK '96 unter der Ziff. 0.5.7 „Kostenfeststellung“ zu entnehmen.

Die aus der Auswertung gewonnenen Daten dienen zur Bildung von Planungs- und Kostenkennwerten für die Baukostenplanung, zu Vergleichen mit anderen Objekten und ggf. für Dokumentationen (vgl. Ziff. 4.4).

8.4 Zusammenstellung und Aufbewahrung von Bauakten

Die Zusammenstellung und Aufbewahrung von Bauakten regelt der Bauherr im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

Hierbei ist zu beachten:

8.4.1 Nach Abschluß einer Baumaßnahme (vgl. Ziff. 8.1) sind die Bauakten zusammenzustellen und aufzubewahren. Von der Möglichkeit der elektronischen Archivierung ist weitgehend Gebrauch zu machen.

8.4.2 Für die Aufbewahrung der Bauakten gilt folgendes:

Dauernd aufzubewahren sind

- behördliche Genehmigungen (z. B. Baugenehmigung, Planfeststellung, wasserbehördliche Genehmigung),
- Rohbau- und Schlußabnahmeschein, Abbruchschein,
- statische Berechnung, Positionspläne und Tragwerksausführungszeichnungen,
- Gutachten, wesentliche Untersuchungs-, Prüfungs- und Meßergebnisse,
- Bestandsunterlagen (dazu gehören auch die Ausführungspläne),
- Verträge mit freischaffenden Architekten und Ingenieuren mit den Zeitschriften der angeordneten Rechnungen.

Befristet aufzubewahren sind folgende Unterlagen:

- | | |
|---|----------|
| – Prozessakten, Pfändungs- und Arrestakten | 30 Jahre |
| – alle übrigen Akten und sonstige Rechnungsunterlagen für Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen | 5 Jahre |

Hierzu gehören:

Bauplanungs- und Ergänzungsunterlagen sowie Entwurfs- und Ausführungsunterlagen, Vertrags- und Abrechnungsunterlagen, Bautagebuch, nicht berücksichtigte Angebote, Kostenüberwachungsunterlagen.

Die Fristen beginnen mit dem Ende des Haushaltsjahres, in dem die letzte Rechnung angewiesen worden ist.

8.4.3 Vor der Vernichtung muß dem Senat wegen der Haushalts- und Vermögensrechnung Entlastung erteilt worden sein. Sofern der Rechnungshof der aufbewahrenden Stelle mitteilt, daß er die Aufbewahrung bestimmter Unterlagen über die für sie geltenden Aufbewahrungszeiten hinaus für erforderlich hält, verlängert sich die Aufbewahrungsfrist für diese Unterlagen bis zum Ablauf des vom Rechnungshofs verlangten Aufbewahrungszeitraums.

8.4.4 Bauakten, die in anhängigen Rechtsstreiten als Beweismaterial dienen können, sind bis zu deren Beendigung aufzubewahren.

8.4.5 Nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen ist zu prüfen, ob eine Entscheidung des Staatsarchivs darüber herbeizuführen ist, welche Akten dorthin abzugeben sind. Die nicht abzugebenden Akten sind zu vernichten.

9 Tief- und sonstiger Ingenieurbau (Ingenieurbau)

Für den Ingenieurbau wurde vom damaligen Baurechtsamt der BB/BBV 1999 das Vergabehandbuch (VOB) und 2002 das Vergabehandbuch freiberuflicher Leistungen des Ingenieurbaus (VHBF-I) als Verwaltungsvorschrift nach § 55 LHO eingeführt.

Die Fortschreibung des Vergabehandbuchs (VOB) wurde mit Inkrafttreten der 53. Austauschlieferung zur VV-Bau eingestellt.

Die dort ursprünglich enthaltenen Allgemeinen Richtlinien und Hinweise zur Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A und VOB/B) für den Ingenieurbau sind jetzt in den Ziffern 6 und 7 der VV-Bau abgedruckt. Die Ziffern 6 und 7 der VV-Bau gelten somit für den Hoch-, Tief- und sonstigen Ingenieurbau sowie den Garten- und Landschaftsbau.

Die Fortschreibung des Vergabehandbuch freiberuflicher Leistungen des Ingenieurbaus (VHBF-I) wurde mit Inkrafttreten der 54. Austauschlieferung zur VV-Bau eingestellt.

Die dort ursprünglich enthaltenen Richtlinien und Hinweise für die Vergabe von Leistungen an Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieure sowie an Bausachverständige nach § 58 LHO für den Ingenieurbau sind jetzt in der Ziffer 5 der VV-Bau abgedruckt. Die Ziffer 5 der VV-Bau gilt somit für den Hoch-, Tief- und sonstigen Ingenieurbau sowie den Garten- und Landschaftsbau.

10 Landschaftsbau

Die Verfahrensvorschriften des Teils II des Bauhandbuches (Ziffern 4 bis 8) gelten auch entsprechend für den Landschaftsbau.

Inhaltsverzeichnis

11	Zuwendungsbauten	Seite
11.1	Allgemeines	11-1
11.2	Aufgaben der Bewilligungsbehörde	11-1
11.3	Kostenunterlagen	11-2
11.4	Bewilligung	11-2
11.5	Zahlungsplan	11-3
11.6	Bauausgabebuch	11-3
11.7	Prüfung der Erfüllung des Zuwendungszwecks und des Verwendungsnachweises	11-3
11.8	Verwendung der Vordrucke	11-3

Anlagen

Vereinbarung zwischen Bewilligungsbehörde und Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau über die baufachliche Beratung/Prüfung von Zuwendungsbauten (VB-ZBau)

Vertragsmuster Baufachliche Beratung/Prüfung von Zuwendungsbauten (VM-ZBau)

Prüfvermerk (PV-ZBau)

Zahlungsplan (ZP-ZBau)

Bauausgabebuch (BAB-ZBau)

Auszahlungsanforderung (Ausz.-ZBau)

Verwendungsnachweis (VN-ZBau)

11 Zuwendungsbauten

11.1 Allgemeines

Die Regelungen der übrigen Ziffern dieser VV gelten für Zuwendungsbauten entsprechend, soweit nicht nachstehend abweichende Regelungen getroffen werden.

Die Bewilligung und Zahlung von Zuwendungen der Freien und Hansestadt Hamburg an Stellen außerhalb der Verwaltung für Baumaßnahmen sowie der Nachweis und die Prüfung ihrer Verwendung regeln sich nach den Verwaltungsvorschriften (VV) zu § 46 LHO sowie den nachfolgenden Bestimmungen.

Das Rollenmodell gem. Ziffer 1.1. ist auch im Zuwendungsbau umzusetzen. Bedarfsträger sind hierbei sowohl die Bewilligungsbehörde als auch die oder der Zuwendungsempfangende. Die Bewilligungsbehörde legt im Vorwege fest, welche Aufgaben des Bedarfsträgers der bzw. dem Zuwendungsempfangenden übertragen werden:

- Bei Zuwendungen an eine verbundene Organisation der Freien und Hansestadt Hamburg (vgl. Nr. 3.2.1.4.1 VV-Bilanzierung) entscheidet die oder der Zuwendungsempfangende in Rücksprache mit der Bewilligungsbehörde, welcher öffentliche Realisierungsträger das Projekt umsetzen soll.
- Bei Zuwendungen an Organisationen, die keine verbundene Organisation der Freien und Hansestadt Hamburg sind (externe Dritte), hat die Bewilligungsbehörde vor Bewilligung der Zuwendung zu prüfen, ob die oder der Zuwendungsempfangende über geeignete Strukturen für die Durchführung des Zuwendungsprojekts verfügt. Diese bzw. dieser steht in der Pflicht, sich entsprechende Strukturen zu schaffen. Alternativ kann sie bzw. er einen öffentlichen oder privaten Realisierungsträger einbeziehen.
- Die Honorierung der Realisierungsträger erfolgt nach den Regelungen der Ziffer 4.6.

Das in Ziffer 1.3 beschriebene Bau-Monitoring zur Überwachung der Kosten- und Terminentwicklung von allen großen Bauprojekten ab 10 Millionen Euro Baukosten gilt entsprechend auch für alle projektbezogenen Zuwendungen.

11.2 Aufgaben der Bewilligungsbehörde

Die Bewilligungsbehörde ist im Rahmen ihrer jeweiligen fachlichen Zuständigkeit für die Bewilligung und Zahlung der Zuwendung sowie die Prüfung ihrer Verwendung allein verantwortlich.

Das Bau- und Raumprogramm bedarf der Anerkennung durch die Bewilligungsbehörde.

Die Bewilligungsbehörde hat dafür Sorge zu tragen, dass den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in allen Phasen des Verfahrens Rechnung getragen wird. Sie hat die Antragstellerin / den Antragsteller auf Bewilligung einer Zuwendung auf die in Nr. 3 ANBest-P (Anlage 2 VV zu § 46 LHO) und Nr.1 NBest-Bau (Anlage 3 VV zu § 46 LHO)

(s. <http://www.hamburg.de/contentblob/4429812/data/vv-zu-%C2%A7-46-lho.pdf>) enthaltenen Bestimmungen über die Vergabe von Aufträgen hinzuweisen. Ihr obliegt die Erfolgskontrolle hinsichtlich der geförderten Baumaßnahmen.

Die Bewilligungsbehörde sollte bei der Vorbereitung des Zuwendungsantrags mitwirken.

Sie hat insbesondere nach pflichtgemäßem Ermessen

- die Antragstellerinnen bzw. den Antragsteller bei der Aufstellung des Raumprogramms sowie der Kostenunterlagen zu beraten, deren Umfang festzulegen und ggf. fachliche Empfehlungen und Auflagen zu geben,
- eine Prüfung der Kostenunterlagen durchzuführen bzw. zu veranlassen,
- die ordnungsgemäße Verwendung der Zuwendung während der Bauausführung zu überprüfen,
- den Verwendungsnachweis zu prüfen.

Die Bewilligungsbehörde kann bei ausreichend vorhandener fachlicher Kompetenz fachliche Aufgaben nach diesen Bestimmungen selbst durchführen oder anderenfalls einen Realisierungsträger mit deren Wahrnehmung beauftragen. Im Hochbau sind die fachlichen Empfehlungen der Zentralen Fachlichen Instanz (Hochbau) hierbei zu berücksichtigen. Für die Einschaltung eines Realisierungsträgers anfallende Kosten sind als Baunebenkosten einer Zuwendungsbaumaßnahme aus den hierfür veranschlagten Auszahlungsermächtigungen zu finanzieren.

Mit der Prüfung der Kostenunterlagen, der Bauausführung und des Verwendungsnachweises dürfen Realisierungsträger oder Dritte grundsätzlich nicht beauftragt werden, wenn sie in einer wirtschaftlichen oder personellen Verbindung zu den Zuwendungsempfängerinnen bzw. -empfängern stehen oder von diesen mit der Planung bzw. der Bauausführung beauftragt sind oder werden sollen.

Sind verbundene Organisationen der Freien und Hansestadt Hamburg Zuwendungsempfänger oder im Auftrag der oder des Zuwendungsempfängenden tätig, gilt Nr. 8.1 letzter Absatz VV zu § 46 LHO.

Auf die Prüfung der Kostenunterlagen kann verzichtet werden, soweit eine Prüfung durch das Eisenbahnbundesamt oder die Technische Aufsichtsbehörde einer anderen öffentlich rechtlichen Körperschaft erfolgt bzw. erfolgt ist.

11.3 Kostenunterlagen

Hinsichtlich des Umfangs der Kostenunterlagen einer Maßnahme sind die in Ziffer 2.2.1 bzw. Ziffer 2.4.1 der VV-Bau genannten Anforderungen zu erfüllen. Die Bewilligungsbehörde kann weitere Unterlagen anfordern, wenn diese für ihre Entscheidung über die Bewilligung einer Zuwendung von Bedeutung sind.

11.4 Bewilligung

Voraussetzung für die Bewilligung einer Zuwendung für eine Baumaßnahme ist die erfolgte Prüfung der Kostenunterlagen.

Das Ergebnis der Prüfung ist in einem Prüfvermerk festzustellen (s. Anlagen Ziffer 11.8) und den geprüften Kostenunterlagen beizufügen.

Erhebliche Abweichungen (vgl. Nr. 1.5 der NBest-Bau (Anlage 3 VV zu § 46 LHO) (s. <http://www.hamburg.de/contentblob/4429812/data/vv-zu-%C2%A7-46-lho.pdf>) von der der Bewilligung zugrunde liegenden Kostenunterlagen bedürfen vor ihrer Auftragserteilung der Zustimmung der Bewilligungsbehörde.

11.5 Zahlungsplan

Die Bewilligungsbehörde zahlt die Zuwendung auf Anforderung entsprechend eines von der oder dem Zuwendungsempfängenden aufgestellten und von der Bewilligungsbehörde genehmigten Zahlungsplanes aus.

Die Bewilligungsbehörde kann Zwischennachweise fordern.

11.6 Bauausgabebuch

Für jede Baumaßnahme hat die oder der Zuwendungsempfängende ein Bauausgabebuch (BAB) zu führen. Das Bauausgabebuch ist der Bewilligungsbehörde mit jeder Auszahlungsanforderung vorzulegen (im Übrigen s. Nr. 2.2.1 der NBest-Bau (Anlage 3 VV zu § 46 LHO)

(s. <http://www.hamburg.de/contentblob/4429812/data/vv-zu-%C2%A7-46-lho.pdf>).

11.7 Prüfung der Erfüllung des Zuwendungszwecks und des Verwendungsnachweises

Die Bewilligungsbehörde prüft nach Fertigstellung der Baumaßnahme den Verwendungsnachweis. Dabei sind neben den Anforderungen nach Nr. 11 VV zu § 46 LHO die Übereinstimmung der Angaben im Verwendungsnachweis mit der Baurechnung (vgl. Nr. 2 der NBest-Bau, Anlage 3 VV zu § 46 LHO

(s. <http://www.hamburg.de/contentblob/4429812/data/vv-zu-%C2%A7-46-lho.pdf>)

und der Örtlichkeit zu überprüfen (vgl. Nr. 2.1.4 VB-ZBau bzw. § 3 Nr. 3.5 VM-ZBau). Der Verwendungsnachweis erhält einen Prüfvermerk.

Wegen der Jahresfrist nach §§ 48, 49, 49a HmbVwVfG

- für die Rücknahme oder den Widerruf von Zuwendungsbescheiden und
- für die Geltendmachung von Rückforderungsansprüchen

ist die Prüfung unverzüglich nach Eingang der Unterlagen durchzuführen.

Abweichungen gegenüber den der Bewilligung zugrunde liegenden Kostenunterlagen sind in einem besonderen Vermerk festzuhalten, der dem Verwendungsnachweis beizufügen ist. Sofern die Feststellungen Einfluss auf die Bemessung der Zuwendung haben, ist der zuwendungsfähige Betrag festzustellen.

Die Kostenfeststellung ist dem Verwendungsnachweis als Anlage beizufügen (siehe hierzu Ziffer 8.3).

11.8 Verwendung von Vordrucken

1. Die Anlagen der Ziffer 11 sind ihrem Zweck entsprechend zu verwenden.
2. Der Vordruck „Vereinbarung zwischen Bewilligungsbehörde und der Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau über die fachliche Beratung/Prüfung von Zuwendungsbauten (VB-ZBau)“ ist ausschließlich für die Beauftragung dieses Realisierungsträgers zu verwenden.
3. Das Vertragsmuster „Fachliche Beratung/Prüfung von Zuwendungsbauten (VM-ZBau)“ ist für Verträge sowohl mit Realisierungsträgern, die als verbundene Organisationen der Freien und Hansestadt Hamburg außerhalb der Verwaltung stehen (SpriGmbH, Hochbahn, DEGES ...), als auch mit Dritten zu verwenden.

4. Die Verwendung der Bauvertragsvordrucke für die Vergabe von Bauleistungen für öffentliche Baumaßnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg (vgl. Teil II, Anlage 35 ff.) wird ausdrücklich empfohlen. Die Anforderungen der VOB an ordnungsgemäße Vergabeunterlagen werden dadurch sachgerecht erfüllt.
5. Die Verwendung der Vertragsvordrucke für die Beauftragung freiberuflich Tätiger (vgl. Teil II, Anlage 1 ff.) wird ausdrücklich empfohlen. Die Anforderungen der VOF an ordnungsgemäße Vergabeunterlagen werden dadurch sachgerecht erfüllt.

**VEREINBARUNG ZWISCHEN BEWILLIGUNGSBEHÖRDE UND
HOCHBAUDIENSTSTELLE DER ABTEILUNG LANDESBAU
BAUFACHLICHE BERATUNG/PRÜFUNG VON ZUWENDUNGSBAUTEN**

Zwischen
der Bewilligungsbehörde (AG)

und
der Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau (AN)

wird vereinbart:

§ 1

Gegenstand des Auftrages

- 1.1 Die AG überträgt der AN die Wahrnehmung der baufachlichen Beratung/Prüfung für das Bauvorhaben:

§ 2

Leistungsumfang

- 2.1 Die Leistungen der AN bestehen in:

- ☐ 2.1.1 Baufachliche Beratung bei der Aufstellung der Bauvorlagen
- ☐ 2.1.2 Prüfung der Kostenunterlagen (HU-Bau, AU-Bau, Nachträge)
- ☐ 2.1.3 Überprüfung der Bauausführung
- ☐ 2.1.4 Prüfung der Baurechnung und des Verwendungsnachweises

Die Leistungen sind im Einzelnen in der beigelegten Anlage aufgeführt. Sie ist Bestandteil dieser Vereinbarung.

- 2.2 Die AN hat ihren Leistungen zugrunde zu legen:

- Verwaltungsvorschriften der Freien und Hansestadt Hamburg zu § 46 LHO - Zuwendungsvorschriften –
- Zuwendungsbescheid
- Abschnitt 11 des Bauhandbuchs (VV-Bau)
- Sonstige schriftliche Vorgaben der AG vom:

Sie sind Bestandteil dieser Vereinbarung.

§ 3

Termine, Fristen

Es werden folgende Termine bzw. Fristen vereinbart:

für:

§ 4

Leistungsentgelt

Für die Leistungen zahlt die AG folgendes Entgelt:

- ☐ a) Pauschal-Entgelt einschließlich aller Nebenkosten für die Leistungen nach
- ☐ 2.1.1 in Höhe von EUR
 - ☐ 2.1.2 in Höhe von EUR
 - ☐ 2.1.3 in Höhe von EUR
 - ☐ 2.1.4 in Höhe von EUR
- ☐ b) Entgelt nach Stundenaufwand einschließlich aller Nebenleistungen nur für die Leistungen nach 2.1.1 und zwar:
- EUR /Std. (Höchstbetrag: EUR)

§ 5

Ergänzende Vereinbarungen

Bewilligungsbehörde:
Hamburg, den

Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau:
Hamburg, den

Ansprechpartner/in: _____
Telefon-Nr.: _____
Az.: _____

Ansprechpartner/in: _____
Telefon-Nr.: _____
Auftr.-/Projekt-/Bau-Nr.: _____

Leistungsbild für die Beratung/Prüfung von Zuwendungsbauten

2.1.1 Baufachliche Beratung bei der Aufstellung der Bauunterlagen

Die AN hat die oder den Zuwendungsempfängenden (ZE) bei der Grundlagenermittlung sowie der Aufstellung der/den Kostenunterlage/n zu beraten und in Abstimmung mit der AG deren Umfang sowie ggf. baufachliche Auflagen und / oder Bedingungen festzulegen.

Die AN hat im Interesse der Klärung von baufachlichen Fragen die erforderlichen Vorbesprechungen zu führen und die oder den ZE im Hinblick auf eine wirtschaftliche und sparsame Planung, bezogen auf die Herstellungs- und auch Baunutzungskosten, zu beraten. Die AN hat ferner die oder den ZE über den Abschluss von Verträgen mit freiberuflich Tätigen entsprechend VV-Bau, Ziff. 11.8 zu beraten und hierbei die baufachlich zuwendungsfähigen Vertragseckwerte (Leistungsinhalte, Honorarzonen etc.) entsprechend den Hinweisen zu den Vertragsmustern des Bauhandbuches mit freiberuflich Tätigen festzulegen.

Die Beratungsergebnisse sind schriftlich niederzulegen und bedürfen der Genehmigung der AG. Sie sind als Grundlage für die weitere Bearbeitung der AG und den übrigen Beteiligten zu übergeben.

2.1.2 Prüfung der Kostenunterlagen

Die AN hat die Kostenunterlagen auf Übereinstimmung mit Nr. 2.1.1, auf Vollständigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Planung und Konstruktion, die Eignung der gewählten Baustoffe und Bauteile sowie auf Angemessenheit der ermittelten Kosten zu prüfen und hierüber einen Prüfvermerk abzufassen. Dabei sind die Hinweise der AG zu berücksichtigen.

Die stichprobenweise Prüfung ist so durchzuführen, dass eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Zuwendung im Hinblick auf die weitere Planung und Durchführung der Baumaßnahme und ein wirtschaftlicher Betrieb gewährleistet sind. Empfohlene Bedingungen und/oder Auflagen sind so abzufassen, dass sie von der AG unverändert in den Zuwendungsbescheid übernommen werden können. Nicht zur Förderung empfohlene Maßnahmen müssen begründet werden.

Das Ergebnis der Prüfung in Form des Prüfvermerks (Muster siehe VV-Bau, Ziff. 11 Anlagen) ist der AG 3fach zu übergeben.

Eine stichprobenweise Prüfung der Kostenunterlage/n soll insbesondere in folgenden Bereichen vorgenommen werden:

- Nachweis des Eigentums am Baugrundstück,
- Angemessenheit der Größe des zu fördernden Grundstücks,
- bei Förderung des Grundstücks die Angemessenheit des Kaufpreises oder Wertes,
- Erschließungsmaßnahmen,
- baurechtliche Voraussetzungen,
- Planung und Konstruktionen,
- Kosten und ihre Zuordnung zu den Kostengruppen der DIN 276
- Ausstattung und deren Kosten.

Der Umfang der Prüfung ist kenntlich zu machen.

2.1.3 Überprüfung der Bauausführung

Die AN hat die ordnungsgemäße Mittelverwendung während der Bauausführung zu prüfen. In diesem Zusammenhang hat sie die Einhaltung der im Zuwendungsbescheid enthaltenen Auflagen und / oder Bedingungen zu überprüfen.

Dabei hat sie sich davon zu überzeugen, dass den Zahlungsanforderungen der oder des ZE entsprechende Bauleistungen gegenüberstehen.

Das Ergebnis der Überprüfung hat die AN der AG mitzuteilen.

Bei der Überprüfung der Bauausführung sollen insbesondere folgende Tätigkeiten stichprobenweise wahrgenommen werden:

- Überprüfung der Vergabe- und Vertragsunterlagen auf Einhaltung der VOB / VOL / VOF (u. a. Schwellenwerte, Verjährungsfrist für die Mängelansprüche, Vertragsstrafen, Sicherheitsleistungen, Preisgleitklausel, Bürgschaften), Beschreibung der Leistung,
- Vergleich der Bauausführung mit der der Bewilligung zugrunde liegenden Planung,
- Überprüfung der Einhaltung der baufachlichen Bedingungen und Auflagen,
- Überprüfung der Einhaltung des Gesamtkostenrahmens und der rechtzeitigen Veranlassung von Nachträgen,
- Überprüfung der Qualität der Bauausführung,
- Mitwirkung bei der Anforderung der Zuwendung,
- Überprüfung der ordnungsgemäßen Abrechnung der Bauleistung, d. s. prüfbare Rechnungsbelege mit Massennachweisen und Abrechnungszeichnungen,
- Überprüfung der sachgerechten Buchung der Auszahlungen (Bauausgabebuch gegliedert nach der DIN 276),
- Einwirkung auf die oder den Zuwendungsempfangenden (ZE), damit der Verwendungsnachweis ordnungsgemäß und rechtzeitig aufgestellt wird.

Das Ergebnis ist aktenkundig zu machen.

2.1.4 Prüfung der Baurechnung und des Verwendungsnachweises

Die stichprobenweise Prüfung umfasst insbesondere folgende Tätigkeiten:

- 2.1.4.1 Überprüfung auf Erfüllung des mit der Zuwendung beabsichtigten Zwecks.
- 2.1.4.2 Überprüfung auf Einhaltung der im Zuwendungsbescheid (einschl. der Nebenbestimmungen) festgelegten Anforderungen.
- 2.1.4.3 Kontrolle auf Vollständigkeit der in Nr. 2.2 NBest-Bau (Anlagen 3 VV zu § 46 LHO) aufgelisteten Unterlagen.
- 2.1.4.4 Stichprobenweise Prüfung der Baurechnung und dieser auf Übereinstimmung mit der Örtlichkeit.
- 2.1.4.5 Überprüfung der Angaben im Verwendungsnachweis (einschl. der Kostenfeststellung nach DIN 276) auf Übereinstimmung mit der Baurechnung.

Das Ergebnis der Prüfung ist auf dem Formblatt „Verwendungsnachweis“ unter Nr. 8 „Ergebnis der baufachlichen Prüfung“ zu dokumentieren (s. VV-Bau, Ziff. 11 Anlagen). Baufachlich nicht zuwendungsfähige Kosten sind dabei im Einzelnen aufzuführen und zu begründen. Sofern die Feststellungen Einfluss auf die Bemessung der Zuwendung haben, ist der zuwendungsfähige Betrag festzustellen.

Der Verwendungsnachweis ist anschließend der AG zu übergeben. Die Baurechnung ist von der AN an die oder den ZE zurückzugeben.

Für die „stichprobenweise“ Prüfung des Verwendungsnachweises sind folgende Punkte zu beachten:

1. Kontrolle der Vollständigkeit der Anlagen:
 - Zuwendungsbescheid,
 - geprüfte Kostenunterlagen,
 - Nachweis der stichprobenweisen Überprüfung der Bauausführung
 - Verwendungsnachweis einschließlich Sachbericht,
 - Anlagen zum zahlenmäßigen Nachweis, das sind u. a. Berechnung der Flächen und Rauminhalte, Bauausgabebuch gegliedert nach DIN 276, Rechnungsbelege,
 - die anerkannten und mit der Bauausführung übereinstimmenden Bauzeichnungen,
 - bauaufsichtliche Genehmigungen,
 - Begründung von Kostenänderungen, Begründung von etwaigen Flächen- und Rauminhaltsüberschreitungen.
3. Prüfen der Angaben im Verwendungsnachweis auf Übereinstimmung mit der Örtlichkeit.
4. Überprüfung der Einhaltung der baufachlichen Bedingungen und Auflagen.
5. Prüfung der Rechnungsbelege. Die Prüfung ist kenntlich zu machen.
6. Feststellung der aus baufachlicher Sicht förderfähigen Kosten.
7. Feststellung baulicher Mängel und Überwachung der Mängelbeseitigung

Hinweis:

Der Umfang der stichprobenweisen Prüfung nach 2.1.2 bis 2.1.4 ist im Wesentlichen abhängig von

- Größe und Art der Zuwendungsmaßnahmen,
- Höhe der Zuwendungen sowie
- den personellen und fachlichen Voraussetzungen seitens der Antragstellerin oder des Antragstellers

Diese Prüfung muss neben einer Prüfung der Unterlagen auf Vollständigkeit stichprobenweise in einem Umfang durchgeführt werden, dass die sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Zuwendung im Hinblick auf Funktionstüchtigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Planung und Durchführung der Zuwendungsmaßnahme gewährleistet ist und wesentliche Mängel von allgemeiner Bedeutung nicht unentdeckt bleiben.

VERTRAGSMUSTER

BAUFACHLICHE BERATUNG / PRÜFUNG VON ZUWENDUNGSBAUTEN

Freie und Hansestadt Hamburg

Vertragsausfertigungen an:

1) AN (1x)
2) AG (2x)

Zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg

vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend **A u f t r a g g e b e r i n** (AG) genannt -

und

vertreten durch

(Tel.:)

- nachstehend **A u f t r a g n e h m e r i n** oder **A u f t r a g n e h m e r** (AN) genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 - Gegenstand des Vertrages	§ 9 - Verjährung
§ 2 - Grundlagen des Vertrages	§ 10 - Kündigung
§ 3 - Leistungen der AN oder des AN	§ 11 - Herausgabeanspruch und vertrauliche Behandlung
§ 4 - Termine und Fristen	§ 12 - Ergänzende Vereinbarung
§ 5 - Zusammenarbeit / Zusatzvertrag	§ 13 - Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen, Ergänzungen
§ 6 - Vergütung	§ 14 - Schlussbestimmungen
§ 7 - Zahlungsweise	
§ 8 - Mängelansprüche und Haftung	

§ 1

Gegenstand des Vertrages

1.1 Gegenstand dieses Vertrages ist die baufachliche Beratung und Prüfung im Sinne von Ziff. 11. 2, Abs. 5 des Bauhandbuchs (VV-Bau) für die Baumaßnahme:

(genaue Bezeichnung der Baumaßnahme)

§ 2

Grundlagen des Vertrages

- 2.1 Dem Vertrag liegen, soweit nachstehend nichts anderes vereinbart ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches - insbesondere die des Werkvertrages zugrunde.
- 2.2 Die Auftragnehmerin oder der Auftragnehmer (AN) hat insbesondere ihren bzw. seinen Leistungen zugrunde zu legen:
 - 2.2.1 Verwaltungsvorschriften der Freien und Hansestadt Hamburg zu § 46 LHO - Zuwendungsvorschriften -.
 - 2.2.2 Zuwendungsbescheid
 - 2.2.3 Abschnitt 11 des Bauhandbuches (VV-Bau)
 - 2.2.4 Vorgaben der Auftraggeberin (AG) zu den Leistungen der oder des AN:

.....
.....

§ 3

Leistungen der AN oder des AN

- 3.1 Die AG überträgt der oder dem AN die Leistungen nach 3.2.

Ein Rechtsanspruch auf die Beauftragung mit Leistungen nach 3.3. bis 3.5 besteht nicht.

Für die Beauftragung mit Leistungen der weiteren Stufen - einzeln oder im Ganzen - gelten die Regelungen dieses Vertrages.

Die oder der AN ist verpflichtet, diese weiteren Leistungen zu erbringen, wenn sie bzw. er von der AG innerhalb von 24 Monaten nach Fertigstellung der Leistungen nach 3.2 mit einer weiteren Vertragsleistung beauftragt wird.
- 3.2 **Baufachliche Beratung bei der Aufstellung der Kostenunterlagen**

Die oder der AN hat die oder den Zuwendungsempfängenden (ZE) bei der Grundlagenermittlung sowie der Aufstellung der Kostenunterlagen zu beraten und in Abstimmung mit der AG deren Umfang sowie ggf. baufachliche Auflagen und / oder Bedingungen festzulegen.

Die oder der AN hat im Interesse der Klärung von baufachlichen Fragen die erforderlichen Vorbesprechungen zu führen und die oder den ZE im Hinblick auf eine wirtschaftliche und sparsame Planung, bezogen auf die Herstellungs- und auch Baunutzungskosten, zu beraten. Die oder der AN hat ferner die oder den ZE über den Abschluss von Verträgen mit freiberuflich Tätigen entsprechend VV-Bau, Ziff. 11.8 zu beraten und hierbei die baufachlich zuwendungsfähigen Vertragseckwerte (Leistungsinhalte, Honorarzonen etc.) entsprechend den Hinweisen zu den Vertragsmustern des Bauhandbuches mit freiberuflich Tätigen festzulegen.

Die Beratungsergebnisse sind schriftlich niederzulegen und bedürfen der Genehmigung der AG. Sie sind als Grundlage für die weitere Bearbeitung der AG und den übrigen Beteiligten zu übergeben.

3.3 Prüfung der Kostenunterlage/n

Die oder der AN hat die Kostenunterlagen auf Übereinstimmung mit 3.2, auf Vollständigkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Planung und Konstruktion, die Eignung der gewählten Baustoffe und Bauteile sowie auf Angemessenheit der veranschlagten Kosten zu prüfen und hierüber einen Prüfvermerk abzufassen. Dabei sind die Hinweise der AG zu berücksichtigen.

Die stichprobenweise Prüfung ist so durchzuführen, dass eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Zuwendung im Hinblick auf die weitere Planung und Durchführung der Baumaßnahme und ein wirtschaftlicher Betrieb gewährleistet sind. Empfohlene Bedingungen und/oder Auflagen sind so abzufassen, dass sie von der AG unverändert in den Zuwendungsbescheid übernommen werden können. Nicht zur Förderung empfohlene Maßnahmen müssen begründet werden.

Das Ergebnis der Prüfung in Form des Prüfvermerks (Muster s. VV-Bau, Ziff. 11 Anlagen) ist der AG 3fach zu übergeben.

3.4 Überprüfung der Bauausführung

Die oder der AN hat die ordnungsgemäße Verwendung der Zuwendung während der Bauausführung zu prüfen. In diesem Zusammenhang hat sie bzw. er die Einhaltung der im Zuwendungsbescheid enthaltenen Auflagen und / oder Bedingungen zu überprüfen.

Dabei hat sie oder er sich davon zu überzeugen, dass den Zahlungsanforderungen der oder des ZE entsprechende Bauleistungen gegenüberstehen.

Das Ergebnis der Überprüfung hat die oder der AN der AG mitzuteilen.

3.5 Prüfung der Baurechnung und des Verwendungsnachweises

Die stichprobenweise Prüfung umfasst insbesondere folgende Tätigkeiten:

- 3.5.1 Überprüfung auf Erfüllung des mit der Zuwendung beabsichtigten Zwecks.
- 3.5.2 Überprüfung auf Einhaltung der im Zuwendungsbescheid (einschl. der Nebenbestimmungen) festgelegten Anforderungen.
- 3.5.3 Kontrolle auf Vollständigkeit der in Nr. 2.2 NBest-Bau (Anlage 3 VV zu § 46 LHO) aufgelisteten Unterlagen.
- 3.5.4 Stichprobenweise Prüfung der Baurechnung und dieser auf Übereinstimmung mit der Örtlichkeit.
- 3.5.5 Überprüfung der Angaben im Verwendungsnachweis (einschl. der Kostenfeststellung nach DIN 276) auf Übereinstimmung mit der Baurechnung.

Das Ergebnis der Prüfung ist auf dem Formblatt „Verwendungsnachweis“ unter Nr. 8 „Ergebnis der baufachlichen Prüfung“ zu dokumentieren (s. VV-Bau, Ziff. 11 Anlagen). Baufachlich nicht zuwendungsfähige Kosten sind dabei im Einzelnen aufzuführen und zu begründen. Sofern die Feststellungen Einfluss auf die Bemessung der Zuwendung haben, ist der zuwendungsfähige Betrag festzustellen.

Der Verwendungsnachweis ist anschließend der AG zu übergeben. Die Baurechnung ist von der oder dem AN an die oder den ZE zurückzugeben.

- 3.6 Der Umfang der vorzunehmenden Prüfungen ist den beigefügten „Erläuterungen der „stichprobenweisen“ Prüfung im Sinne von Nrn. 3.3 bis 3.5 des Vertragsmusters VM-ZBau“ zu entnehmen.

§ 4

Termine und Fristen

- 4.1 Die in § 3 dieses Vertrages aufgeführten Leistungen hat die oder der AN so rechtzeitig zu erbringen, dass die weitere Planung und Durchführung der Baumaßnahme nicht aufgehalten wird.
- 4.2 Kann der termingerechte Arbeitsablauf nicht eingehalten werden, hat die oder der AN dies mit Nennung der Gründe der AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 5

Zusammenarbeit / Zusatzvertrag

- 5.1 Der oder dem AN gegenüber ist nur die AG weisungsbefugt.
Die AG vertreten die von ihr benannten Personen. Die vertretungsberechtigten Personen werden der oder dem AN - auch bei Veränderungen - schriftlich bekannt gegeben.
Nur diese sind berechtigt, der oder dem AN verbindliche Weisung zu erteilen. Forderungen, die von anderer Seite an die oder den AN gestellt werden, sind nur zu berücksichtigen, wenn die AG vorher schriftlich zustimmt.
- 5.2 Die AG kann von der oder dem AN jederzeit Auskunft über den Stand und die Entwicklung des Auftrages verlangen. Nach Abschluss einzelner Bearbeitungsschritte sind die Ergebnisse der AG auf Verlangen vorzulegen und zu erläutern.
- 5.3 Die oder der AN darf in keiner wirtschaftlichen und personellen Verbindung zur bzw. zum ZE oder zu Dritten, die mit der Planung und/oder der Bauausführung beauftragt sind oder werden sollen, stehen.
- 5.4 Die oder der AN darf ihr bzw. ihm übertragene Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der AG weiter vergeben.
- 5.5 Über etwaige zusätzlich erforderlich werdende und/oder veränderte Leistungen ist vor Ausführung ein schriftlicher Zusatzvertrag zu diesem Vertrag zu schließen.

§ 6

Vergütung

- 6.1 Die Vergütung der Leistungen nach 3.2 erfolgt nach dem nachgewiesenen Zeitbedarf auf der Grundlage der vereinbarten Stundensätze in Höhe von
- EUR für jede Stunde der oder des AN;
 - EUR für jede Stunde einer Mitarbeiterin oder Mitarbeiters, die bzw. der technische oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllt;
 - EUR für jede Stunde einer Technischen Zeichnerin oder eines Technischen Zeichners und sonstigen Mitarbeiterin oder Mitarbeiters mit vergleichbarer Qualifikation, die bzw. der technische oder wirtschaftliche Aufgaben erfüllt,
- jeweils zuzüglich Umsatzsteuer.
- 6.2^{*)} Nebenkosten nach § 14 HOAI werden nicht erstattet.
- 6.2^{*)} Nebenkosten nach § 14 HOAI werden pauschal erstattet in Höhe von EUR zuzüglich Umsatzsteuer.
- 6.3 Der Höchstbetrag aus 6.1 und 6.2 wird auf EUR festgesetzt zuzüglich Umsatzsteuer.
- 6.4 Die Vergütung für die Leistungen nach 3.3 bis 3.5 wird jeweils nach dem geschätzten Zeitbedarf einschl. evtl. Nebenkosten als Pauschalen, jeweils zuzüglich Umsatzsteuer vereinbart.
- 6.5 Mehrere AN sind bezüglich der Vergütung Gesamtgläubiger.

§ 7

Zahlungsweise

- 7.1 Abschlagszahlungen können entsprechend dem Arbeitsfortschritt geleistet werden.
- 7.2 Die Umsatzsteuer ist in den Rechnungen gesondert auszuweisen. Sie ist in Abschlagsrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer und in Teilschluss- und Schlussrechnungen mit dem zum Zeitpunkt des Bewirkens der Leistung geltenden Steuersatz anzusetzen; bei Überschreiten von Vertragsfristen, die die oder der AN zu vertreten hat, gilt der bei Fristablauf maßgebende Steuersatz.
- 7.3 Forderungen der oder des AN gegen die AG können ohne Zustimmung der AG nur abgetreten werden, wenn sich die Abtretung auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nachträge erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit schriftlicher Zustimmung der AG gegen sie wirksam. §§ 398 ff BGB, 354a HGB bleiben unberührt.

^{*)} Nichtzutreffendes ist zu streichen

§ 8

Mängelansprüche und Haftung

- 8.1 Die oder der AN verpflichtet sich der AG gegenüber zu einer ordnungsgemäßen Ausführung ihrer bzw. seiner Leistungen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den einschlägigen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen; weiterhin, dass die Beratungs- und Prüfungsergebnisse für den vorgesehenen Zweck brauchbar und vollständig sind. Dies bestätigt sie oder er durch eigenhändige Unterzeichnung des Berichtes und sonstiger Unterlagen.
- 8.2 Mehrere AN haften als Gesamtschuldner.

§ 9

Verjährung

Die Verjährung von Ansprüchen sowohl der AG als auch der oder des AN richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 10

Kündigung

- 10.1 Hat die oder der AN die Kündigung dieses Vertrages zu vertreten, werden nur die nachgewiesenen und als vertragsgemäß anerkannten Einzelleistungen vergütet.
- 10.2 Wird aus einem Grund gekündigt, den die AG zu vertreten hat, erhält die oder der AN für die ihr bzw. ihm übertragenen Leistungen die vereinbarte Vergütung nach Maßgabe des § 649 Satz 2 BGB.

§ 11

Herausgabeanspruch und vertrauliche Behandlung

- 11.1 Die von der AN zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten, beschafften und die ihr überlassenen Unterlagen sind der AG auf Verlangen, spätestens jedoch mit der Schlussrechnung auszuhändigen. Die oder der AN hat diese Unterlagen auch bei einer Kündigung des Vertrages oder bei Rechtsstreitigkeiten auf Verlangen der AG unverzüglich herauszugeben.
- 11.2 Die von der oder dem AN angefertigten und beschafften Unterlagen werden Eigentum der AG. Zurückbehaltungsrechte der oder des AN, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.
- 11.3 Die oder der AN ist verpflichtet, im Rahmen ihrer bzw. seiner Tätigkeit Verschwiegenheit zu bewahren. Die Verpflichtung besteht auch nach Beendigung dieses Vertragsverhältnisses.

§ 12

Ergänzende Vereinbarung

Mit der Unterschrift unter diesen Vertrag erklärt die oder der AN, dass sie bzw. er von der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg nicht von der Teilnahme am Wettbewerb nach § 4 Absatz 9 Buchstaben b) und c) VOF ausgeschlossen ist, und dass keine Ausschlussgründe entsprechend § 4 VOF vorliegen.

Der oder dem AN ist bewusst, dass eine falsche Erklärung ihren bzw. seinen Ausschluss von künftigen Beauftragungen sowie die Kündigung dieses Vertrages aus wichtigem Grund zur Folge haben kann.

§ 13

Unwirksamkeit von Vertragsbestimmungen, Ergänzungen

- 13.1 Die Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen berührt nicht die Gültigkeit des übrigen Vertragsinhaltes. Die Parteien verpflichten sich, im Zuge einer Vereinbarung solche Bestimmungen durch gleichwertige gültige Vorschriften zu ersetzen.
- 13.2 Sollten ergänzende Bestimmungen bei der Durchführung des Vertrages notwendig werden, werden die Vertragspartner etwa erforderliche zusätzliche Vereinbarungen treffen.
- 13.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen der oder des AN gelten als nicht vereinbart.
- 13.4 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages sowie andere Vereinbarungen, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, bedürfen der Schriftform.

§ 14

Schlussbestimmungen

- 14.1 Erfüllungsort und - unter der Voraussetzung des § 38 ZPO - Gerichtsstand für beide Parteien ist Hamburg.
- 14.2 Ein Streitfall berechtigt die oder den AN nicht, die Arbeiten zu unterbrechen oder endgültig einzustellen.
- 14.3 Es gilt deutsches Recht.

Auftraggeberin

Auftragnehmerin oder Auftragnehmer

Hamburg, den , den

Erläuterungen der „stichprobenweisen“ Prüfung im Sinne von Nrn. 3.3 bis 3.5 des Vertragsmusters VM-ZBau

Der Umfang der stichprobenweisen Prüfung ist im Wesentlichen abhängig von

- Größe und Art der Zuwendungsmaßnahmen,
- Höhe der Zuwendung sowie
- den personellen und fachlichen Voraussetzungen seitens der oder des Antragstellenden

Diese Prüfung muss neben einer Prüfung der Unterlagen auf Vollständigkeit stichprobenweise in einem Umfang durchgeführt werden, dass die sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Zuwendung im Hinblick auf Funktionstüchtigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Planung und Durchführung der Zuwendungsmaßnahme gewährleistet ist und wesentliche Mängel von allgemeiner Bedeutung nicht unentdeckt bleiben.

Eine stichprobenweise Prüfung der Kostenunterlage/n nach Nr. 3.3 des Vertragsmusters VM-ZBau soll insbesondere in folgenden Bereichen vorgenommen werden:

- Nachweis des Eigentums am Baugrundstück,
- Angemessenheit der Größe des zu fördernden Grundstücks,
- bei Förderung des Grundstücks die Angemessenheit des Kaufpreises oder Wertes,
- Erschließungsmaßnahmen,
- baurechtliche Voraussetzungen,
- Planung und Konstruktionen,
- Kosten und ihre Zuordnung zu den Kostengruppen der DIN 276,
- Ausstattung und deren Kosten.

Der Umfang der Prüfung ist kenntlich zu machen.

Bei der Überprüfung der Bauausführung nach Nr. 3.4 des Vertragsmusters VM-ZBau sollen insbesondere folgende Tätigkeiten stichprobenweise wahrgenommen werden:

- Überprüfung der Vergabe- und Vertragsunterlagen auf Einhaltung der VOB / VOL / VOF (u. a. Schwellenwerte, Verjährungsfrist für die Mängelansprüche, Vertragsstrafen, Sicherheitsleistungen, Preisgleitklausel, Bürgschaften), Beschreibung der Leistung,
- Vergleich der Bauausführung mit der der Bewilligung zugrunde liegenden Planung,
- Überprüfung der Einhaltung der baufachlichen Bedingungen und Auflagen,
- Überprüfung der Einhaltung des Gesamtkostenrahmens und der rechtzeitigen Veranlassung von Nachträgen,
- Überprüfung der Qualität der Bauausführung,
- Mitwirkung bei der Anforderung der Zuwendung,
- Überprüfung der ordnungsgemäßen Abrechnung der Bauleistung, d. s. prüfbare Rechnungsbelege mit Massennachweisen und Abrechnungszeichnungen,
- Überprüfung der sachgerechten Buchung der Auszahlungen (Bauausgabebuch gegliedert nach der DIN 276),
- Einwirkung auf die oder den Zuwendungsempfangenden (ZE), damit der Verwendungsnachweis ordnungsgemäß und rechtzeitig aufgestellt wird.

Das Ergebnis ist aktenkundig zu machen.

Für die „stichprobenweise“ Prüfung des Verwendungsnachweises nach Nr. 3.5 des Vertragsmusters VM-ZBau sind folgende Punkte zu beachten:

1. Kontrolle der Vollständigkeit der Anlagen:

- Zuwendungsbescheid,
- geprüfte Kostenunterlagen,
- Nachweis der stichprobenweisen Überprüfung der Bauausführung
- Verwendungsnachweis einschließlich Sachbericht,
- Anlagen zum zahlenmäßigen Nachweis, das sind u. a. Berechnung der Flächen und Rauminhalte, Bauausgabebuch gegliedert nach DIN 276, Rechnungsbelege,
- die anerkannten und mit der Bauausführung übereinstimmenden Bauzeichnungen,
- bauaufsichtliche Genehmigungen,
- Begründung von Kostenänderungen, Begründung von etwaigen Flächen- und Rauminhaltsüberschreitungen.

3. Prüfen der Angaben im Verwendungsnachweis auf Übereinstimmung mit der Örtlichkeit.

4. Überprüfung der Einhaltung der baufachlichen Bedingungen und Auflagen.

5. Prüfung der Rechnungsbelege. Die Prüfung ist kenntlich zu machen.

6. Feststellung der aus baufachlicher Sicht förderfähigen Kosten.

7. Feststellung baulicher Mängel und Überwachung der Mängelbeseitigung

Prüfvermerk

für die Kostenunterlage vom

1 Baumaßnahme

Bezeichnung:

Anschrift:

2 Antragstellende bzw. Antragstellender

Name:

Anschrift:

Auskunft:

Tel.:

Fax.:

3 Bewilligungsbehörde

Name:

Anschrift:

Auskunft:

Tel.:

Fax.:

4 Ergebnis der fachlichen Prüfung

- 4.1 Aufgrund der dem Antrag beigefügten Pläne, Erläuterungen und Kostenermittlungen wird festgestellt, dass die Baumaßnahme dem folgenden, geforderten Zweck dient:

.....

- 4.2 Folgende bauaufsichtliche und sonstige Genehmigungen liegen vor:

.....

- 4.3 Zu den Bauvorlagen wird im Einzelnen bemerkt (ggf. s. Anlage):

.....

.....

.....

.....

.....

- 4.4 Für die Durchführung der Baumaßnahme hat die oder der Antragstellende folgende Kosten ermittelt: Euro

Aufgrund der fachlichen Prüfung wird hiervon folgender Betrag
als angemessen erachtet: Euro

(Die Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben stellt die Bewilligungsbehörde fest.)

....., den
(Ort)

(Datum)

.....
(Unterschrift)

Zahlungsplan vom

Baumaßnahme:

(Bezeichnung)

(Anschrift)

(Name)

Aufgestellt:

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift)

(Name)

Geprüft:

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift)

(Name)

Anerkannt:

(Ort)

(Datum)

(Unterschrift)

Zahlungsrate	Anerkannte Kosten lt. geprüfter Bau- und Kostenunterlage					Zahlungs- raten (Euro)	Finanzierung			Bemerkungen
	100 Grundstück 200 Herrichten und Er- schließen	300 Bauwerk Baukon- struktionen	400 Bauwerk Techn. Anlagen	500 Außen- anlagen	600 Aus- stattung und Kunstwerke	700 Bauneben- kosten und Auf-/ Abrundung	Eigenanteil (Euro)	Bundes- anteil (Euro)	Landes- anteil (Euro)	
1										
2										
3										
4										
5										
6										
7										
8										
9										
10										
11										
12										
Gesamtkosten (Euro)										

Bewilligte Zuwendungen lt. Zuwendungsbescheid/-vertrag, Az.:		vom		, max	Euro
Bewilligte Zuwendungen lt. Zuwendungsbescheid/-vertrag, Az.:		vom		, max	Euro

Blatt Nr.:

Zuwendungsempfänger/

Zuwendungsempfänger (ZE):

[illegible]

Datum: _____

Hinweise zum Führen des BAB siehe Rückseite

Hinweise zum Führen des Bauausgabebuches (BAB)

Die Rechnungsbeträge sind zeitlich fortlaufend in Spalte 5 und - außer bei Abschlagszahlungen – zusätzlich in den für die einzelnen Kostengruppen nach DIN 276 vorgesehenen Spalten zu buchen. Abschlagszahlungen sind nur in den Spalten 5 und 12 zu buchen.

Werden Schlussrechnungen für Leistungen, für die Abschlagsrechnungen gewährt worden sind, eingetragen, so ist nur der Betrag, der durch Abschlagszahlungen noch nicht beglichen ist, als Schlusszahlung in Spalte 5 einzutragen.

Der Gesamtrechnungsbetrag ist in derselben Zeile auf die für die entsprechenden Kostengruppen nach DIN 276 vorgesehenen Spalten aufzugliedern.

Die Summe der durch die Schlussrechnung abgewickelten Abschlagszahlungen ist in Spalte 12 des BAB rot abzusetzen. In der Spalte 13 sind gegenseitige Hinweise anzubringen.

Bei Abschluss des Buches sind die in rot gebuchten Beträge abzuziehen. Die Aufrechnung der schwarzen und roten Buchungen in Spalte 12 muss „0“ ergeben.

Die Richtigkeit der Aufstellung ist von der Zuwendungsempfängerin / dem Zuwendungsempfänger auf dem Formblatt abschließend durch Unterschrift zu bestätigen. Damit wird gleichzeitig bescheinigt, dass sämtliche Kosten abgerechnet sind.

Auszahlungsanforderung

1 Baumaßnahme

Bezeichnung:	_____
Anschrift:	_____

2 Zuwendungsempfängende oder Zuwendungsempfängender

Name:	_____				
Anschrift:	_____				
Auskunft:	_____	Tel.:	_____	Fax.:	_____

3 Bewilligungsbehörde

Name:	_____				
Anschrift:	_____				
Auskunft:	_____	Tel.:	_____	Fax.:	_____

4 Bewilligte Zuwendung (insgesamt)

Lt. Zuwendungsbescheid/-vertrag, Az.:	v. _____	, max. _____	Euro
Lt. Zuwendungsbescheid/-vertrag, Az.:	v. _____	, max. _____	Euro

5 Anerkannte Kosten lt. geprüfter Kostenunterlage

100 Grundstück	_____	Euro
200 Herrichten und Erschließen	_____	Euro
300 Bauwerk - Baukonstruktionen	_____	Euro
400 Bauwerk - Technische Anlagen	_____	Euro
500 Außenanlagen	_____	Euro
600 Ausstattung und Kunstwerke	_____	Euro
700 Baunebenkosten	_____	Euro
Auf-/Abrundung	_____	Euro
insgesamt	_____	Euro

6 Finanzierungsplan lt. Zuwendungsbescheid/-vertrag

Eigenanteil	_____	Euro	(_____ %)
Bundesanteil	_____	Euro	(_____ %)
Landesanteil	_____	Euro	(_____ %)
_____	_____	Euro	(_____ %)
insgesamt	_____	Euro	(100 %)

7 Zuwendungsbedarf (Teilbeträge)

7.1	Bereits verausgabte Beträge lt. Bauausgabebuch insgesamt	_____	Euro	
7.2	Weitere Ausgaben sind vorzunehmen bzw. werden innerhalb von 2 Monaten nach Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt (vgl. Nr. 1.4 ANBest-P)	_____	Euro	
7.3	Gesamtbetrag 7.1 + 7.2	=====	Euro	
7.4	Deckung der Ausgaben lt. 7.3			
	Eigenanteil	_____	Euro	(_____ %)
	Bundesanteil	_____	Euro	(_____ %)
	Landesanteil	_____	Euro	(_____ %)
	_____	_____	Euro	(_____ %)
	insgesamt	=====	Euro	(100 %)
7.5	Anforderungsübersicht			
a)	bewilligte Zuwendung insgesamt	_____	Euro	
b)	erhaltene Abschlagszahlungen	_____	Euro	
c)	Zuwendungsanforderung	_____	Euro	

8 Auszahlungsanforderung der oder des Zuwendungsempfängenden

Um Überweisung des unter Nr. 7.5 zu c) genannten Betrages wird gebeten		
IBAN/BIC	_____	
Kreditinstitut	_____	
_____ , den _____		
(Ort)	(Datum)	(Unterschrift)

9 Prüfbemerkungen der Prüferin oder des Prüfers

Die Baumaßnahme wurde – soweit erforderlich – besichtigt am:		
Der Bautenstand gem. Zahlungsplan	_____	Rate ist erreicht.
Gegen die Auszahlung in Höhe von	_____	Euro bestehen aus baufachlicher Sicht keine Bedenken.
_____ , den _____		
(Ort)	(Datum)	(Unterschrift)

10 Prüfbemerkung der Bewilligungsbehörde

Finanzierung:		
Maßnahmennummer:		
Sachlich und rechnerisch richtig.		
_____ , den _____		
(Ort)	(Datum)	(Unterschrift)

Verwendungsnachweis

1 Baumaßnahme

Bezeichnung:	_____
Anschrift:	_____ _____

2 Zuwendungsempfangende oder Zuwendungsempfänger

Name:	_____		
Anschrift:	_____		
Auskunft:	_____	Tel.: _____	Fax.: _____

3 Bewilligungsbehörde

Name:	_____		
Anschrift:	_____		
Auskunft:	_____	Tel.: _____	Fax.: _____

4 Bewilligte Mittel - Zuschüsse (Z) und Darlehen (D)

Bewilligungsbehörde	Zuwendungsbescheid/-vertrag Datum u. Aktenzeichen	Euro
_____	_____	_____ Z/D *)
_____	_____	_____ Z/D *)
_____	_____	_____ Z/D *)
Bewilligter Gesamtbetrag		_____ Z/D *)
In Anspruch genommener Betrag		_____ Z/D *)

5 Sachbericht

(Eingehende Darstellung der Durchführung der Baumaßnahme, Bauzeiten usw., ggf. gesondertes Blatt.)
--

6.1 Gesamtausgaben

6.2 Einnahmen

6.3 Ausgaben

ⁿ⁾ Nichtzutreffendes bitte streichen

*) Es sind nur die Summen der Kostengruppen (bei Hochbauten nach DIN 276 gegliedert, bei anderen Bauten nach Maßgabe des Bewilligungsbescheides) anzugeben. Dabei ist entsprechend den der Bewilligung zugrunde gelegten Bauunterlagen nach Bauobjekten oder Bauabschnitten zu unterteilen; ggf. auf gesondertem Blatt.

7 Erklärung der oder des Zuwendungsempfängenden

Es wird erklärt, dass

die in den Bauvorlagen enthaltenen Angaben mit der Örtlichkeit übereinstimmen, die baufachlichen und sonstigen Bedingungen und Auflagen beachtet, die vorgeschriebenen Prüfungen bzw. Schlussabnahmen durchgeführt, die Bedingungen und Auflagen eingehalten wurden und die Angaben über die Baumaßnahme, ihre Ausgaben und die Finanzierung vollständig und belegt sind.

Zur Nachprüfung stehen die im Zuwendungsbescheid genannten Unterlagen einschließlich Baurechnung mit Belegen zur Verfügung.

_____, den _____
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

8 Ergebnis der baufachlichen Prüfung

Der Verwendungsnachweis wurde baufachlich geprüft. Es ergaben sich keine / die aus der Anlage ersichtlichen ^{*)} Beanstandungen.

_____, den _____
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

9 Ergebnis der Prüfung durch die Bewilligungsbehörde

Der Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft. Es ergaben sich keine / die aus der Anlage ersichtlichen ^{*)} Beanstandungen.

_____, den _____
(Ort) (Datum) (Unterschrift)

^{*)} Nichtzutreffendes bitte streichen

Verzeichnis der Anlagen
Teil I Allgemeiner Teil
(sowie Teil II Ziffer 4.1 und 4.6)

Nr.	Bezeichnung	Textabschnitt
0	Ansprechstellen der Baubehörde und Finanzbehörde (Stand 04/2014)	
1	Aufgabenübersicht zu den Bauherrenleistungen (Stand 04/2014)	1.3 / 4.1
3	Gebührentafeln HOAI, Honorartabellen für die Abrechnung von Baumanagementleistungen (Stand (3) u. (4) 11/2011, (5) 12/2001)	1.3 / 4.6
4	Mustervereinbarungen Bedarfsträger - Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau (Stand 04/2014)	1.3
6	Hinweisblatt auf Richtlinien für die Kostenschätzung (Stand 08/1996)	1.3, 2.3
7	Richtsatzbemessung für die laufende Bauunterhaltung (Stand 07/1998)	2.3.1
8	Muster eines Pauschalauftrages (Stand 07/1998)	2.3.1

Ansprechstellen bei der BSU**Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt****- Amt für Bauordnung und Hochbau****- Landesbau - ABH 4**

Telefon: 428 40 -
 Telefax: 2963

Standard, Kosten, Wirtschaftlichkeit	ABH 410		2666
Grundsatz-/Verfahrens-/EU-Angelegenheiten, ÖPP, Gremien, Redaktion VV – Bau	ABH 411		3872
Planungs-/Kostenkennwerte, Zuwendungsbau, Vertragswesen -VOF/HOAI/GRW-	ABH 412		2484
Klimaschutz und Energieeinsparung, Qualitätsstandards	ABH 413		4049
	ABH 413		3562
Bauvergaben, Prüfaufgaben	ABH 420		2678
Vergabewesen -VOB-	ABH 421		3351
Tariflohn- und Nachunternehmerkontrolle	ABH 422		2678
Technische Gebäudeausrüstung	ABH 33		3566

Anschrift für Meldungen der Ziffern	BSU- Amt für Bauordnung und Hochbau
5.7 Meldung freiberuflich Tätiger	ABH 41
6.10 Auftragskopien	ABH 421
8.3 Kostenfeststellung	ABH 41

Ansprechstellen beim LIG**LB Immobilienmanagement und Grundvermögen**

Telefon: : 428 23 -

Bestandsmanagement 4292

Aufgabenübersicht zu den Bauherrenleistungen

Der Bedarfsträger=Bauherr muss einen Kernbestand an Leistungen (Bauherrenkernleistungen) selbst erbringen:	1.	Definition des Bedarfs	Bauherrenkernleistungen
	2.	Übernahme der Garantenpflicht für die sachgerechte Verwendung der Haushaltsmittel	
	2.1	Haushalts-, Kassen- und Rechnungsaufgaben	
	2.2	Erteilung von Aufträgen und Abschluss v. Verträgen (Erteilung v. Vollmachten) Je nach Bauherrenentscheidung - Beauftragung e. Realisierungsträgers als: - Bauherrenbetreuer - und/oder Projektsteuerer - und/oder Planer	
	2.3 2.4	Rechtsgeschäftliche Abnahme der Leistungen Leistung von Zahlungen	
<p>Die über 1. und 2. hinausgehenden Bauherrenleistungen sind Leistungen der wirtschaftlichen und technischen Baubetreuung sowie Leistungen der Projektsteuerung.</p> <p>Diese Bauherrenleistungen können unter Beachtung von Ziffer 1 (Rollenmodell) an entsprechend qualifizierte Auftragnehmer (in der Regel an Realisierungsträger) vergeben werden.</p>	3.	Leistungen der wirtschaftlichen und technischen Betreuung	Bauherrenbetreuung
	3.1	Festschreibung des Bauprogramms, bestehend aus Raumprogramm, Qualitäts-, Standard- und Gestaltungsabsicht sowie Vorgabe der Kosten u. d. Terminplans als Arbeits- und Vertragsgrundlage	
	3.2	Marktnachfrage durch Suchen der geeigneten Marktpartner unter dem Aspekt der Preis- und Durchführungssicherheit	
	3.3	Optimierung der Ausschreibungsunterlagen	
	3.4	Bei Vollmachtserteilung durch den Auftraggeber Erteilung v. Planungsaufträgen etc. im Namen des Bauherrn	
	3.5	Kontrolle, ob bei Vergabe u. Durchführung alle Wünsche u. Risiken an den Unternehmer weitergegeben worden sind, ohne dass dem Bauherrn dadurch Schaden zugefügt wird u. d. Unternehmer sowie d. Planer sich hinsichtlich einer optimalen Durchführung d. Bauaufgabe verständigen u. koordinieren.	
	3.6	Beratung bei der Abnahme d. Leistungen (bei Vollmacht: Durchführung v. Abnahmen)	
	4.	Leistungen der Projektsteuerung = organisatorische u. planerische Bauherrenleistungen	Projektsteuerung
	4.1	Klärung d. Aufgabenstellung, Erstellung u. Koordinierung d. Programms f. d. Gesamtprojekt	
	4.2	Klärung d. Voraussetzungen f. d. Einsatz v. Planern u. anderen Projektbeteiligten	
	4.3	Aufstellen u. Überwachen v. Termin-, Organisations- u. Zahlungsplänen	
	4.4	Koordinierung und Kontrolle d. Projektbeteiligten (mit Ausnahme d. Ausführungsfirmen)	
	4.5	Vorbereitung und Betreuung d. Beteiligung v. Planungsbetroffenen	
	4.6	Fortschreibung d. Planungsziele u. Klärung v. Zielkonflikten	
	4.7	Laufende Information d. Auftraggebers ü. d. Projektabwicklung u. rechtzeitiges Herbeiführen v. Entscheidungen d. Auftraggebers	
	4.8	Koordinierung u. Kontrolle d. Bearbeitung v. Finanzierungs-, Förderungs- u. Genehmigungsverfahren	
			sonstige Bauherrenleistungen
			Baumanagement (BM)

Leistungen des Baumanagements

1. Baumanagement

1. Leistungen des Baumanagements sind delegierbare Bauherrenleistungen. Das Leistungsspektrum umfasst gemäß der Übersicht zu den Bauherrenaufgaben in Anlage 1 Leistungen der wirtschaftlichen und technischen Betreuung sowie Leistungen der Projektsteuerung.

2. Grundlage des Honorars

- (1) Das Honorar für Grundleistungen des Baumanagements richtet sich nach den anrechenbaren Projektkosten gem. DIN 276-1^{*)} (ohne MwSt.), nach der Honorarzone, der das Projekt angehört sowie nach der Honorartafel für Baumanagementleistungen in Anlage 3(4).
- (2) Die anrechenbaren Kosten richten sich nach der Kostenschätzung. Das Honorar ist als Festhonorar zu vereinbaren. Bonus-Malus-Regelungen können zusätzlich vereinbart werden.

3. Honorarzonen für Leistungen des Baumanagements

- (1) Bei Leistungen des Baumanagements werden fünf Honorarzonen unterschieden:
 1. Honorarzone I:
Projekte mit sehr geringen Baumanagementanforderungen.
 2. Honorarzone II:
Projekte mit geringen Baumanagementanforderungen.
 3. Honorarzone III:
Projekte mit durchschnittlichen Baumanagementanforderungen.
 4. Honorarzone IV:
Projekte mit überdurchschnittlichen Baumanagementanforderungen.
 5. Honorarzone V:
Projekte mit sehr hohen Baumanagementanforderungen.

Die Honorarzone ist aufgrund einer Bewertung unter Berücksichtigung projektspezifischer Baumanagementanforderungen, wie

- Komplexität der Projektorganisation,
zu definieren durch Zahl der Beteiligten, allgemeine und baubezogene Bauherrenroutine, Projekt-Ebenen, Entscheidungsfähigkeit der untersten Ebene in der Bauherren-Organisation, Größe des Projekts,

^{*)} Fassung Dezember 2008 mit den Kostengruppen 200 bis 700 (ohne 710 und 760)

- spezifische Projektroutine des Auftraggebers, festzumachen an Standard-/Regelbauvorhaben, spezifischer, das in Rede stehende Projekt betreffender Bauherrenroutine, Erfahrung als Fachbauherr bzw. Fachbaudienststelle,
- Besonderheiten der Projekteinhalte, zu bewerten über die Zuordnung zu Umbau-/Erweiterungsvorhaben, Bauen im Bestand, Vorgaben aus Umweltverträglichkeits- bzw. Umwelterheblichkeitsprüfung des Bauvorhabens,
- Risiko der Projektrealisierung, zu bestimmen über Bodenbeschaffenheit, Bauverfahren, Genehmigungsrisiken, Beschaffungsrisiken, Größe des Projekts u. dgl. m.,
- Terminvorgaben, zu definieren über Sicherheitsstandards, Risiko im Hinblick auf Änderung der Bautechnik, Wettervorhersagen, nicht auszuschließende Firmeninsolvenzen, besondere Terminstellungen oder „Garantien“ im Hinblick auf die Terminsicherung,
- Kostenvorgaben, zu ermitteln über Sicherheitsstandards, Risiko aus Terminvorgaben, Kostenkenntnissen bei Standard-/Regelbauvorhaben bzw. Unschärfen bei Sonderbauvorhaben, Objekt- bzw. Projektvolumen, „Garantien“ zur Kostensicherheit zu ermitteln.

(2) Bewertungsmerkmale hinsichtlich der projektspezifischen Baumanagementanforderungen sind:

		I	II	III	IV	V
1.	Komplexität der Projektorganisation	sehr gering	gering	durchschn.	überdurschn.	sehr hoch
2.	Spezif. Projektroutine d. Auftraggebers	sehr hoch	überdurchschn.	durchschn.	gering	sehr gering
3.	Besonderheiten der Projekteinhalte	sehr wenige	wenige	durchschn.	viele	sehr viele
4.	Risiko der Projektrealisierung	sehr gering	gering	durchschn.	hoch	sehr hoch
5.	Terminvorgaben	sehr wenige	wenige	durchschn.	hohe	sehr hohe
6.	Kostenvorgaben	sehr wenige	wenige	durchschn.	überhohe	sehr hohe

(3) Bei der Zurechnung eines Projektes zu einer Honorarzone sind entsprechend dem Schwierigkeitsgrad der Baumanagementanforderungen die vorstehenden Bewertungsmerkmale Nr. 1. bis 4. mit je bis zu 10 Punkten zu bewerten, die Nr. 5. und 6. mit je bis zu 5 Punkten. Das Projekt ist dann nach der Summe der Bewertungspunkte folgenden Honorarzonen zuzurechnen.

- 1. Honorarzone I : Projekte mit bis zu 10 Punkten,
- 2. Honorarzone II : Projekte mit bis zu 20 Punkten,
- 3. Honorarzone III : Projekte mit bis zu 30 Punkten,
- 4. Honorarzone IV : Projekte mit bis zu 40 Punkten,
- 5. Honorarzone V : Projekte mit bis zu 50 Punkten.

4. Leistungsbild Baumanagement

(1) Das Leistungsbild Baumanagement umfasst Leistungen der Hochbaudienststelle als Auftragnehmer, der Funktionen des Auftraggebers bei der Steuerung von Projekten mit mehreren Fachbereichen in der Vorbereitungs-, Planungs- und Ausführungsphase übernimmt und den Bauherrn technisch-wirtschaftlich berät und betreut. Die Definition der Grundleistungen und der Besonderen Leistungen erfolgt in Anlehnung an die „Leistungs- und Honorarordnung Projektmanagement in der Bau- und Immobilienwirtschaft, Stand März 2009 (AHO-Schrift Nr. 9)“. Die Grundleistungen sind in den in Abs. (2) aufgeführten Leistungsphasen 0 bis 9 zusammengefasst. Sie sind in der folgenden Tabelle für die Erbringung aller fünf Handlungsbereiche

- Organisation, Information, Koordination und Dokumentation,
- Qualitäten und Quantitäten,
- Kosten und Finanzen
- Termine, Kapazitäten und Logistik
- Verträge und Versicherungen

nach Leistungsphasen in Vomhundertsätzen der Honorare der „Honorartafel Baumanagementleistungen“ in Anlage 3(4) bewertet.

Leistungsphasen Baumanagement	Leistungsphasen (analog HOAI § 33)	Bewertung der Grundleistungen in v.H. des Honorars
1.	0. Projektentwicklung	16
	1. Grundlagenermittlung	10
2.	2. Vorplanung	12
	3. Entwurfsplanung	8
	4. Genehmigungsplanung	1
3.	5. Ausführungsplanung	9
	6. Vorbereit. d. Vergabe	6
	7. Mitwirk. b.d. Vergabe	4
4.	8. Projektüberwachung	26
5.	9. Projektbetreuung, Dokumentation	8
Summe		100

(2) Das Leistungsbild Baumanagement setzt sich wie folgt zusammen:

Leistungsbild Baumanagement

Grundleistungen

Besondere Leistungen

1. Projektvorbereitung (Projektentwicklung und Grundlagenermittlung)

A Organisation, Information, Koordination und Dokumentation (handlungsbereichsübergreifend)

- | | |
|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Entwickeln und Abstimmen der Projektorganisation durch projektspezifisch zu erstellende Organisationsvorgaben 2 Vorschlagen und Abstimmen des Berichtswesens 3 Vorschlagen, Abstimmen und Umsetzen des Entscheidungsmanagements 4 Vorschlagen und Abstimmen des Änderungsmanagements 5 Mitwirken¹⁾ bei der Auswahl eines Projektkommunikationssystems | <ol style="list-style-type: none"> 1 Unterstützen der Koordination von speziellen Organisationseinheiten des Auftraggebers 2 Erstellen von Vorlagen und besondere Berichterstattung in Auftraggeber- und sonstigen Gremien 3 Einrichten eines eigenen Projektkommunikationssystems |
|--|---|

B Qualitäten und Quantitäten

- | | |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Überprüfen der bestehenden Grundlagen zum Nutzerbedarfsprogramm auf Vollständigkeit und Plausibilität 2 Mitwirken bei der Festlegung der Projektziele 3 Mitwirken bei der Klärung der Standortfragen, Beschaffung der standortrelevanten Unterlagen, der Grundstücksbeurteilung hinsichtlich Nutzung in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Hinsicht | <ol style="list-style-type: none"> 1 Erstellen und Abstimmen eines Nutzerbedarfsprogramms 2 Durchführen einer differenzierten Anfrage bezüglich der Infrastruktur (Ver- und Entsorgungsmedien, Verkehr etc.) und Beschaffen der relevanten Informationen und Unterlagen 3 Vorbereiten und Durchführen von Ideen-, Programm- und Realisierungswettbewerben |
|---|--|

C Kosten und Finanzierung

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Mitwirken bei der Erstellung des Rahmens für Investitionskosten und Nutzungskosten 2 Mitwirken bei der Ermittlung und Beantragung von Investitions- und Fördermitteln 3 Prüfen und Freigeben von Rechnungen der Projektbeteiligten (außer bauausführenden Unternehmen) zur Zahlung 4 Abstimmen und Einrichten der projektspezifischen Kostenverfolgung für den Mittelabfluss | <ol style="list-style-type: none"> 1 Verwenden von auftraggeberseitig vorgegebenen Programmsystemen mit besonderen Anforderungen |
|---|---|

D Termine, Kapazitäten und Logistik

- 1 Aufstellen und Abstimmen des Terminrahmens
- 2 Aufstellen und Abstimmen der Generalablaufplanung und Ableiten des Kapazitätsrahmens
- 3 Erfassen logistischer Einflussgrößen unter Berücksichtigung relevanter Standort- und Rahmenbedingungen

E Verträge und Versicherungen

- 1 Mitwirken bei der Erstellung einer Vergabe- und Vertragsstruktur für das Gesamtprojekt
- 2 Vorbereiten und Abstimmen der Inhalte der Planerverträge
- 3 Mitwirken bei der Auswahl der zu Beteiligten, bei Verhandlungen und Vorbereitungen der Beauftragungen
- 4 Vorgeben der Vertragstermine und -fristen für die Planerverträge
- 5 Mitwirken bei der Erstellung eines Versicherungskonzeptes für das Gesamtprojekt

1) Mitwirken i.S. dieses Leistungsbildes heißt stets, dass der Auftragnehmer für die Baumanagementleistungen die genannten Teilleistungen allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Projektbeteiligten inhaltlich abschließend erstellt und dem Auftraggeber zur Entscheidung vorlegt.

Grundleistungen

Besondere Leistungen

2. Planung (Vor-, Entwurfs- und Genehmigungsplanung)**A Organisation, Information, Koordination und Dokumentation (handlungsbereichsübergreifend)**

- | | |
|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Fortschreiben der Organisationsvorgaben 2 Dokumentieren der wesentlichen projektbezogenen Plandaten 3 Regelmäßiges Informieren und Abstimmen mit dem Auftraggeber (Berichtswesen) 4 Vertreten der Planungskonzeption mit bis zu fünf Erläuterungs- und Erörterungsterminen 5 Verfolgen und Steuern des behördlichen Genehmigungsverfahrens 6 Überwachen des Betriebs des Projektkommunikationssystems 7 Umsetzen des Änderungsmanagements 8 Umsetzen des Entscheidungsmanagements 9 Mitwirken bei der Einschätzung der technischen Risiken | <ol style="list-style-type: none"> 1 Vertreten der Planungskonzeption gegenüber der Öffentlichkeit unter besonderen Anforderungen und Zielsetzungen sowie bei mehr als fünf Erläuterungs- oder Erörterungsterminen 2 Betreiben eines eigenen Projektkommunikationssystems |
|--|---|

B Qualitäten und Quantitäten

- 1 Überprüfen der Planungsergebnisse auf Konformität mit den vorgegebenen Projektzielen
- 2 Mitwirken bei der Konzeption der erforderlichen Bemusterungen

C Kosten und Finanzierung

- | | |
|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Überprüfen der Kostenschätzung und -berechnung der Objekt- und Fachplaner sowie Veranlassen erforderlicher Anpassungsmaßnahmen 2 Kostensteuerung zur Einhaltung der Kostenziele 3 Prüfen der Nutzungskostenschätzung/ -berechnung der Objekt- und Fachplaner sowie Veranlassen erforderlicher Anpassungsmaßnahmen 4 Planen von Mittelbedarf und Mittelabfluss 5 Prüfen und Freigeben der Rechnungen der Projektbeteiligten (außer bauausführenden Unternehmen) zur Zahlung 6 Fortschreiben der projektspezifischen Kostenverfolgung für den Mittelabfluss | <ol style="list-style-type: none"> 1 Erstellen einer Kostenschätzung/Kostenberechnung nach DIN 276 2 Erstellen der Nutzungskostenschätzung, -berechnung sowie Nutzungskostensteuerung |
|--|---|

D Termine, Kapazitäten und Logistik

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Aufstellen, Abstimmen und Fortschreiben der Grob- und Steuerungsablaufplanung für die Planung 2 Aufstellen, Abstimmen und Fortschreiben der Steuerungsablaufplanung für die Ausführung 3 Terminsteuerung der Planung inkl. Fortschreibung 4 Mitwirken bei der Aktualisierung der logistischen Einflussgrößen unter Einarbeitung in die Ergebnisunterlagen der Termin- und Kapazitätsplanung 5 Aufstellen und Abstimmen des Terminrahmens zur Integration des strategischen Facility Managements | <ol style="list-style-type: none"> 1 Erstellen eines Logistikkonzeptes 2 Abgleichen logistischer Maßnahmen mit Anlieger- und Nachbarschaftsinteressen |
|---|---|

E Verträge und Versicherungen

- 1 Mitwirken bei der Durchsetzung von Vertragspflichten gegenüber den Beteiligten
- 2 Mitwirken bei der Umsetzung des Versicherungskonzeptes für alle Projektbeteiligten

Grundleistungen

Besondere Leistungen

3. Ausführungsvorbereitung (Ausführungsplanung, Vorbereitung und Mitwirkung bei der Vergabe)

A Organisation, Information, Koordination und Dokumentation (handlungsbereichsübergreifend)

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> 1 Fortschreiben der Organisationsvorgaben 2 Fortschreiben der Dokumentation der wesentlichen projektbezogenen Plandaten 3 Regelmäßiges Informieren und Abstimmen mit dem Auftraggeber (Berichtswesen) 4 Umsetzen des Änderungsmanagements 5 Umsetzen des Entscheidungsmanagements 6 Mitwirken bei der Einschätzung der technischen Risiken | <ul style="list-style-type: none"> 1 Betreiben eines eigenen Projektkommunikationssystems |
|---|--|

B Qualitäten und Quantitäten

- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> 1 Überprüfen der Planungsergebnisse auf Konformität mit den vorgegebenen Projektzielen 2 Beurteilen der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen von Nebenangeboten auf Konformität mit den vorgegebenen Projektzielen 3 Überprüfen der Angebotsauswertungen in technisch-wirtschaftlicher Hinsicht 4 Mitwirken bei den erforderlichen Bemusterungen | <ul style="list-style-type: none"> 1 Versenden der Ausschreibungsunterlagen |
|---|--|

C Kosten und Finanzierung

- 1 Vorgeben der Soll-Werte für Vergabeeinheiten auf der Basis der aktuellen Kostenberechnung
- 2 Überprüfen der vorliegenden Angebote im Hinblick auf die vorgegebenen Kostenziele und Beurteilen der Angemessenheit der Preise
- 3 Vorgeben der Deckungsbestätigungen für Aufträge
- 4 Überprüfen des Kostenanschlags der Objekt- und Fachplaner sowie Veranlassen erforderlicher Anpassungsmaßnahmen
- 5 Kostensteuerung zur Einhaltung der Kostenziele
- 6 Prüfen und Freigeben der Rechnungen der Projektbeteiligten (außer bauausführenden Unternehmen) zur Zahlung
- 7 Planen von Mittelbedarf und Mittelabfluss
- 8 Fortschreiben der projektspezifischen Kostenverfolgung für den Mittelabfluss

D Termine, Kapazitäten und Logistik

- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> 1 Fortschreiben der General- und Grobablaufplanung für Planung und Ausführung sowie Steuerungsablaufplanung für die Planung 2 Überprüfen der vorliegenden Angebote im Hinblick auf vorgegebene Terminziele 3 Terminkontrolle/ -steuerung der Planung, Ausschreibung und Vergabe 4 Mitwirken beim Aktualisieren und Prüfen der Entwicklung der logistischen Einflussgrößen | <ul style="list-style-type: none"> 1 Fortführen des Abgleichens logistischer Maßnahmen mit Anliefer- und Nachbarschaftsinteressen |
|--|--|

Grundleistungen

Besondere Leistungen

noch 3. Ausführungsvorbereitung

E Verträge und Versicherungen

- 1 Mitwirken bei der Durchsetzung von Vertragspflichten gegenüber den Beteiligten
- 2 Organisieren des Vergabeverfahrens für Bau- und Lieferverträge
- 3 Prüfen der Verdingungsunterlagen für die Vergabe-einheiten auf Vollständigkeit und Plausibilität sowie Bestätigen der Versandfertigkeit
- 4 Mitwirken bei den Vergabeverhandlungen bis zur Unterschriftsreife
- 5 Vorgeben der Vertragstermine und -fristen für die Besonderen Vertragsbedingungen der Ausführungs- und Lieferleistungen

- 1 Mitwirken bei der Auswahl, Beschaffung, dem Aufbau und der Einführung von speziellen Informationssystemen (z.B. für das Facility Management)

Grundleistungen

Besondere Leistungen

4. Ausführung (Objektüberwachung)

A Organisation, Information, Koordination und Dokumentation (handlungsbereichsübergreifend)

- | | |
|--|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Fortschreiben der Organisationsvorgaben 2 Fortschreiben der Dokumentation der wesentlichen projektbezogenen Plandaten 3 Regelmäßiges Informieren und Abstimmen mit dem Auftraggeber (Berichtswesen) 4 Unterstützen des Auftraggebers bei der Einleitung von selbständigen Beweisverfahren 5 Umsetzen des Änderungsmanagements 6 Umsetzen des Entscheidungsmanagements 7 Mitwirken bei der Einschätzung der technischen Risiken | <ol style="list-style-type: none"> 1 Mitwirken bei der Umsetzung der Betreiber/-Nutzerorganisation bei besonderen Anforderungen 2 Betreiben eines eigenen Projektkommunikationssystems |
|--|--|

B Qualitäten und Quantitäten

- 1 Kontrollieren der Objektüberwachung sowie Vorschlägen und Abstimmen von Anpassungsmaßnahmen bei Gefährdung von Projektzielen

C Kosten und Finanzierung

- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Kostensteuerung zur Einhaltung der Kostenziele 2 Plausibilitätsprüfung und Freigeben der Rechnungen zur Zahlung 3 Vorgeben von Deckungsbestätigungen für Nachträge 4 Fortschreiben der Mittelbewirtschaftung 5 Fortschreiben der projektspezifischen Kostenverfolgung für den Mittelabfluss 6 Prüfen des Nutzungskostenanschlags der Objekt- und Fachplaner und Veranlassen erforderlicher Anpassungsmaßnahmen | <ol style="list-style-type: none"> 1 Kontrollieren der Rechnungsprüfung Objektüberwachung 2 Erstellen des Nutzungskostenanschlags |
|---|---|

D Termine, Kapazitäten und Logistik

- | | |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Überprüfen und Abstimmen der Zeitpläne des Objektplaners mit den Steuerungsablaufplänen der Ausführung des Projektsteuerers 2 Terminsteuerung der Ausführung zur Einhaltung der Terminziele 3 Erstellen einer Grobablaufplanung zur Steuerung der Abnahmen, Übergabe und Inbetriebnahme | <ol style="list-style-type: none"> 1 Erstellen einer detaillierten Inbetriebnahmeplanung unter Integration aller Projektbeteiligten einschließlich Nutzer |
|---|--|

E Verträge und Versicherungen

- | | |
|--|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1 Mitwirken bei der Durchsetzung von Vertragspflichten gegenüber den Beteiligten 2 Unterstützen des Auftraggebers bei der Abwendung von Forderungen von Nicht-Projektbeteiligten (Nachbarn, Bürgerinitiativen etc.) 3 Beurteilen der Nachtragsprüfungen und Mitwirken bei der Beauftragung 4 Mitwirken bei der Abnahme der Ausführungsleistungen 5 Veranlassen der erforderlichen behördlichen Abnahmen, Endkontrollen und/oder Funktionsprüfungen | <ol style="list-style-type: none"> 1 Koordinieren der versicherungsrelevanten Schadensabwicklung |
|--|---|

Grundleistungen

Besondere Leistungen

5. Projektabschluss (Objektbetreuung und Dokumentation)

A Organisation, Information, Koordination und Dokumentation (handlungsbereichsübergreifend)

- 1 Mitwirken bei der organisatorischen und administrativen Konzeption und bei der Durchführung der Übergabe/Übernahme bzw. Inbetriebnahme/ Nutzung
- 2 Veranlassen der systematischen Zusammenstellung und Archivierung der Projektdokumentation
- 3 Regelmäßiges Informieren und Abstimmen mit dem Auftraggeber (Berichtswesen)
- 4 Umsetzen des Entscheidungsmanagements
- 5 Mitwirken bei der Einschätzung der technischen Risiken

- 1 Gesamthafes Prüfen der Projektdokumentation der fachlich Beteiligten
- 2 Organisatorisches und fachliches Unterstützen bei Gerichtsverfahren
- 3 Organisieren des Abschlusses des eigenen Projektkommunikationssystems

B Qualitäten und Quantitäten

- 1 Prüfen der Mängelhaftungsverzeichnisse

- 1 Veranlassen, Koordinieren und Steuern der Beseitigung nach der Abnahme aufgetretener Mängel

C Kosten und Finanzierung

- 1 Überprüfen der Kostenfeststellung der Objekt- und Fachplaner
- 2 Plausibilitätsprüfung und Freigeben der Rechnungen zur Zahlung
- 3 Prüfen des fortgeschriebenen Nutzungskostenanschlags der Objekt- und Fachplaner sowie Veranlassen erforderlicher Anpassungsmaßnahmen
- 4 Freigeben von Schlussrechnungen sowie Mitwirken bei der Freigabe von Sicherheitsleistungen
- 5 Abschließen des Rechnungswesens für den Mittelabfluss

- 1 Erstellen des Verwendungsnachweises
- 2 Fortschreiben des Nutzungskostenanschlags sowie Hinweise zur Nutzungskostensteuerung

D Termine, Kapazitäten und Logistik

- 1 Steuern der Abnahme, Übergabe und Inbetriebnahme

E Verträge und Versicherungen

- 1 Mitwirken bei der rechtsgeschäftlichen Abnahme der Planungsleistungen

Umbauten und Modernisierungen

Honorare für Leistungen bei Umbauten und Modernisierungen sind nach den anrechenbaren Kosten, der Honorarzone, der das Projekt zuzuordnen ist, den Projektstufen und der Honorartafel mit der Maßgabe zu ermitteln, daß eine Erhöhung der Honorare um 20 bis 33 v.H. vereinbart werden kann.

6. Instandhaltungen und Instandsetzungen

Honorare für Leistungen bei Instandhaltungen und Instandsetzungen sind den nach den anrechenbaren Kosten, der Honorarzone, der das Projekt zuzuordnen ist, den Projektstufen und der Honorartafel mit der Maßgabe zu ermitteln, dass eine Erhöhung des Vomhundertsatzes für die Projektstufe Ausführung (Projektüberwachung) um bis zu 50 v.H. vereinbart werden kann.

7. Berechnung des Honorars in besonderen Fällen

In Fällen, in denen nicht alle Leistungsphasen des Leistungsbildes, nicht alle Handlungsbereiche oder nicht alle Grundleistungen einer Leistungsphase übertragen werden oder wesentliche Teile von Grundleistungen nicht übertragen werden, sind die Grundsätze des § 5 HOAI analog anzuwenden. Entsprechendes gilt für die Honorarberechnung für Besondere Leistungen.

Honorartafel^{*)}: Baumanagementleistungen
 (bei anrechenbaren Kosten von 511.292 EUR bis 51.129.188 EUR)

Anrechenbare Kosten in EUR	Zone I	Zone II	Zone III	Zone IV	Zone V
511.292	16.739	20.535	26.172	31.464	35.317
1.000.000	29.492	36.087	45.980	55.198	61.981
1.500.000	41.296	50.436	64.249	77.050	86.540
2.000.000	52.279	63.753	81.199	97.296	109.302
2.500.000	62.650	76.302	97.169	116.348	130.728
3.000.000	77.534	88.240	112.357	134.449	151.090
3.500.000	82.013	99.669	126.895	151.759	170.566
4.000.000	91.145	110.662	140.877	168.391	189.284
4.500.000	99.974	121.275	154.372	184.431	207.340
5.000.000	108.534	131.550	167.435	199.946	224.807
10.000.000	183.537	220.991	281.065	334.389	376.313
15.000.000	245.884	294.538	374.386	441.108	550.153
20.000.000	300.012	357.765	454.519	537.773	606.025
25.000.000	348.028	413.316	524.844	619.498	698.538
30.000.000	391.174	462.751	587.355	691.710	780.404
35.000.000	430.270	507.100	643.367	756.009	853.417
40.000.000	465.899	547.094	693.815	813.536	918.849
45.000.000	498.497	583.282	739.399	865.140	977.656
50.000.000	528.401	616.088	780.661	911.484	1.030.575
51.129.188	534.810	623.064	789.428	921.278	1.041.774

^{*)} analog zur AHO-Schrift Nr. 9 (Stand März 2009)

Honorartafel: Baumanagementleistungen
 (bei anrechenbaren Kosten unter **511.292 EUR**)

Anrechenbare Kosten	Zone I	Zone II	Zone III	Zone IV	Zone V
<u>unter</u> 511.292 EUR	<p><u>Für alle Zonen:</u> Die Honorare für Baumanagementleistungen können als Zuschlag in Höhe von <u>bis zu 21 %</u> auf die Summe der Honorarkosten für Architekten- und Fachplanerleistungen als Festhonorar vereinbart werden (vgl. Ziff. 4.6.2(3) VV-Bau).</p>				

Anrechenbare Kosten	Zone I	Zone II	Zone III	Zone IV	Zone V
<u>unter</u> 25.565 EUR	<p><u>Für alle Zonen:</u> Honorare für Baumanagementleistungen sind nicht gesondert zu berechnen, sofern zugleich die Planungsleistungen mit dem Auftragnehmer (Hochbaudienststelle) kontrahiert werden (vgl. Ziff. 4.6.2(4) VV-Bau).</p>				

Vereinbarung

Bedarfsträger – Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau

Zwischen

dem Bedarfsträger (Bauherrn)

(Auftraggeber)

und

der Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau

(Auftragnehmer)

wird vereinbart:

§ 1

Gegenstand des Auftrages

- (1) Der Bauherr (Auftraggeber) überträgt der Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau (Auftragnehmer) die Wahrnehmung der:

- ☐ Baumanagementleistungen (Bauherrenbetreuung/Projektsteuerung)
☐ Planungsleistungen (Architekturleistungen, Ingenieurleistungen)
☐ Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination nach der Baustellenverordnung
☐

für das Bauvorhaben:

- ☐ Neubau ☐ Modernisierung / Grundinstandsetzung / Grunderneuerung
☐ Umbau ☐ Instandhaltung / Instandsetzung
☐ Erweiterung

- (2) Im Einzelnen handelt es sich um Planungsleistungen für:

- ☐ Gebäude und raumbildende Ausbauten (Teil 3, Abschnitt 1 HOAI)
☐ Freianlagen (Teil 3, Abschnitt 2 HOAI)
☐ Tragwerksplanung (Teil 4, Abschnitt 1 HOAI)
☐ Technische Ausrüstung (Teil 4, Abschnitt 2 HOAI)
☐ Wärmeschutz u. Energiebilanzierung (Anlage 1, Nr. 1.2.3 HOAI)
☐ Andere Leistungen nach HOAI (Anlage 1 HOAI)

und zwar:

§ 2

Leistungsumfang

- (1) Die Leistungen des Auftragnehmers bestehen in:

- ☐ Leistungen nach HOAI (Leistungsphasen lt. § 4 dieses Vertrages)
☐ besonderen Leistungen nach HOAI, und zwar (Beschreibung in Anlage)
☐ Bauherrenbetreuung / Projektsteuerung

- (2) Der Auftragnehmer hat seinen Leistungen zugrunde zu legen:

- ☐ vom Bauherren gebilligte Vorplanung vom:
☐ Raumprogramm vom:
☐ HU-Bau / AU-Bau vom:
☐ sonstige schriftliche Vorgaben des Bauherrn vom:

Sie sind Bestandteil dieser Vereinbarung.

§ 3 Termine, Fristen

Es werden folgende Termine bzw. Fristen vereinbart:

für:
für:
für:

§ 4 Leistungsentgelt

Für die Leistungen zahlt der Bauherr (Auftraggeber) folgendes Entgelt:

(1) Baumanagementleistungen

- ☐ a) Für die Baumanagementleistungen wird ein Pauschalhonorar von EUR einschließlich aller Nebenkosten vereinbart.

Der Vereinbarung wurde zugrunde gelegt:

- ☐ Die Gebührentafel für Baumanagementleistungen mit folgender Bewertung:

Honorarzone	Zulage auf Zone %	Lph 0 (16) %	Lph 1 (10) %	Lph 2 (12) %	Lph 3 (8) %	Lph 4 (1) %	Lph 5 (9) %	Lph 6 (6) %	Lph 7 (4) %	Lph 8 (26) %	Lph 9 (8) %	Zuschläge		Nebenkosten %
												Umb./ Mod. %	Insts. / Insth. %	

- ☐ Ein Zuschlag in Höhe von% auf die Summe der Honorarkosten für Architekten- und Fachplanerleistungen.

- ☐ b) Die Baumanagementleistungen werden als Festhonorar auf der Grundlage der vom Bauherrn anerkannten Kostenschätzung vergütet. Der Honorarermittlung werden zugrunde gelegt:

☐

Honorarzone	Zulage auf Zone %	Lph 0 (16) %	Lph 1 (10) %	Lph 2 (12) %	Lph 3 (8) %	Lph 4 (1) %	Lph 5 (9) %	Lph 6 (6) %	Lph 7 (4) %	Lph 8 (26) %	Lph 9 (8) %	Zuschläge		Nebenkosten %
												Umb./ Mod. %	Insts. / Insth. %	

- ☐% Zuschlag auf die Summe der Honorarkosten für Architekten- und Fachplanerleistungen (einschließlich aller Nebenkosten).

(2) Planungsleistungen

Die Planungsleistungen werden auf der Grundlage der HOAI ermittelt.

- ☐ a) Der Honorarermittlung werden zugrunde gelegt:

Leistung	Honorarzone	Zulage auf Zone %	Lph	Lph	Lph	Lph	Lph	Lph	Lph	Lph	Lph	Zuschläge	Nebenkosten%	
			1 %	2 %	3 %	4 %	5 %	6 %	7 %	8 %	9 %			Umb./Mod. %
§ 34 - Gebäudeplanung (Architektenleistung)														
	HZ	ZL	2 %	7 %	15 %	3 %	25 %	10 %	4 %	32 %	2 %	U/M	Inst	NK
Anl. 1. Nr. 1.2.3 i.v.m. Nr. 1.2.2 - Wärmeschutz u. Energiebilanzierung														
	HZ	ZL	3 %	20 %	40 %	6 %	27 %	2 %	2 %			U/M		NK
§ 55 - Technische Ausrüstung														
	HZ	ZL	2 %	9 %	17 %	2 %	22 %	7 %	5 %	35 %	2 %	U/M	Inst	NK
Anlagengruppe 1														
Anlagengruppe 2														
Anlagengruppe 3														
Anlagengruppe 4														
Anlagengruppe 5														
Anlagengruppe 6														
Anlagengruppe 7														
Anlagengruppe 8														
<input type="checkbox"/> Besondere/Zusätzliche Leistungen (Honorarermittlung siehe Anlage)														

Bei anrechenbaren Kosten von EUR wird das Honorar für die Planungsleistungen bei dem Leistungsumfang nach § 2 dieser Vereinbarung voraussichtlich EUR betragen.

- ☐ b) Pauschal-Honorar in Höhe von EUR einschließlich aller Nebenkosten
- ☐ c) Honorar nach Stundenaufwand
und zwar: (..... EUR/Std.) (Limit: EUR)

§ 5 Ergänzende Vereinbarungen

(1) Aufträge an Dritte, Leistungen von Zahlungen

- ☐ a) Aufträge an Dritte werden vom Bauherrn unterzeichnet; Rechnungen werden nach Prüfung durch die Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau vom Bauherrn zur Zahlung angewiesen.
- ☐ b) Der Bauherr erteilt der Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau hiermit die Vollmacht, im Namen und für Rechnung des Bauherrn Aufträge an Dritte bis zur Höhe von EUR im Einzelfall und insgesamt bis zu einem Volumen von EUR zu erteilen, einschließlich der rechtsgeschäftlichen Abnahme der Leistungen. Rechnungen werden nach Prüfung vom Bauherrn zur Zahlung angewiesen.
- ☐ c) Der Bauherr erteilt der Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau hierdurch Vollmacht, im Namen und für Rechnung des Bauherrn Aufträge an Dritte bis zur Höhe von EUR im Einzelfall und insgesamt bis zu einem Volumen von EUR zu erteilen, einschließlich der rechtsgeschäftlichen Abnahme der Leistungen. Der Bauherr stellt diese Mittel der Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau zur treuhänderischen Bewirtschaftung zur Verfügung (Einräumen der Anordnungsbefugnis).

Die Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau berichtet dem Bauherrn zum Schluss des Haushaltsjahres über die Verwendung der Mittel und erstellt eine Abrechnung.

- (2) ☐ a) Die Durchsetzung der Erfüllung von Vertragspflichten einschließlich solcher aus Senatsbeschlüssen (z.B. Tariftreue, Vermeidung illegaler Beschäftigung) im Zusammenhang mit Aufträgen an Dritte erfolgt durch den Bauherren. Die Mitwirkung bei der Durchsetzung der Erfüllung von Vertragspflichten, unter Einbeziehung rechtlicher Beratung durch das für die Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau zuständige Rechtsamt, liegt beim Baumanagement.
- ☐ b) Die Durchsetzung der Erfüllung von Vertragspflichten einschließlich solcher aus Senatsbeschlüssen (z.B. Tariftreue, Vermeidung illegaler Beschäftigung) im Zusammenhang mit Aufträgen an Dritte wird in Verbindung mit der Vollmachterteilung nach Nr. 1 Buchst. b) oder c) auf die Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau, unter Einbeziehung rechtlicher Beratung durch das für die Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau zuständige Rechtsamt, übertragen. Etwa entstehende Kosten aus Gerichtsverfahren trägt der Bauherr.

(3) Der Bauherr überträgt der Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau Leistungen nach:

- ☐ a) § 3 (2) Baustellenverordnung für die Planung der Ausführung der Baumaßnahme, insbesondere das Koordinieren der Sicherheits- und Gesundheitsschutzbelange zwischen allen an der Planung der Baumaßnahme Beteiligten, die Ausarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplans und der Baustellenordnung und die Erstellung der Unterlage mit den bei möglichen späteren Arbeiten zu berücksichtigenden Sicherheits- und Gesundheitsschutzbelangen.

Für die Leistungen nach § 3(2) Baustellenverordnung wird ein Pauschalhonorar in Höhe von EUR.....vereinbart.

- ☐ b) § 3 (3) Baustellenverordnung für die Ausführung der Baumaßnahme, insbesondere das Koordinieren der Sicherheits- und Gesundheitsschutzbelange zwischen allen an der Planung und Ausführung der Baumaßnahme Beteiligten, Anpassung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplans und Kontrolle der Einhaltung der Baustellenordnung.

Für die Leistungen nach § 3(3) Baustellenverordnung wird ein Pauschalhonorar in Höhe von EUR.....vereinbart.

- ☐ c) § 4 Baustellenverordnung, die Bauherrenpflichten in eigener Verantwortung, insbesondere die Bestellung einer geeigneten Koordinatorin bzw. eines geeigneten Koordinators oder mehrerer geeigneter Koordinatorinnen bzw. Koordinatoren, die Vorankündigung bestimmter Bauvorhaben bei der zuständigen Behörde und die Veranlassung zur Aufstellung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplans.

Für die Leistungen nach § 4 Baustellenverordnung wird ein Pauschalhonorar in Höhe von EUR.....vereinbart.

(4)

(5)

Bauherr und Auftraggeber

Hamburg, den

Hochbaudienststelle der Abteilung Landesbau

und Auftragnehmer

Hamburg, den

Ansprechpartner:
Telefon/Fax-Nr.:
Az.:

Ansprechpartner:
Telefon/Fax-Nr.:
Auftr.-/Projekt-/Bau-Nr.:

Hinweis auf:

Richtlinien für die **Kostenschätzung**

Herausgeber:

Finanzbehörde - Amt für Organisation und zentrale Dienste

Richtsatzbemessung laufende Bauunterhaltung

1. Grundsatz

Für die laufende (ordentliche) Bauunterhaltung werden die Mittel auf der Grundlage durchschnittlicher Werte (Richtsätze) ohne direkten Bezug zum baulichen Zustand der Gebäude bemessen.

Die aufgrund der Richtsätze ermittelten Beträge stellen eine Orientierungslinie für die Veranschlagung dar.

Die tatsächliche Durchführung der Bauunterhaltungsarbeiten ist unter konsequenter Prioritätensetzung und -veränderung vorzunehmen.

Die Richtsätze beziehen sich auf den Feuerkassenwert (sog. Friedensneubauwert - Erstellungs-/Anschaffungswert - 1914).

2. Maschinelle/Technische Anlagen

Für die mit dem Gebäude fest verbundenen, jedoch im Feuerkassenwert nicht enthaltenen maschinellen oder technischen Anlagen (Gebäude- und Betriebstechnik) werden die Bauunterhaltungsmittel wegen der kürzeren Lebensdauer und des entsprechend höheren Unterhaltungsaufwandes dieser Anlagen gesondert bemessen:

- Zunächst ist der Feuerkassenwert zu errechnen, indem die tatsächlichen Erstellungs- bzw. Anschaffungskosten einer Anlage durch die für das Jahr der Erstellung/Anschaffung gültige Feuerkassen-Richtzahl (vgl. Seite 2) dividiert werden.
- Der so ermittelte Feuerkassenwert ist mit dem fünffachen Satz für übermäßige Abnutzung des Planjahres zu multiplizieren.

3. Fortschreibung der Richtsätze

Die Richtsätze werden jährlich in Anlehnung an die Entwicklung des Baupreisindex fortgeschrieben und mit dem Haushaltsrundscheiben der Finanzbehörde zur Aufstellung der Haushaltsvoranschläge bekanntgeben.

Richtzahl der Hamburger Feuerkasse ab Einführung

- Stichtag ist jeweils der 01.01., soweit nicht anders angegeben
- Richtzahlen vor 1950 auf Anfrage
- Fortschreibung erfolgt mit jährlichen Haushaltsrundschriften

Monat/Jahr	Richtzahl	Monat/Jahr	Richtzahl
01/1950	2,5	1976	11,1
10/1950	2,4	1977	11,7
01/1951	2,4	1978	12,2
10/1951	3,0	1979	12,8
1952	3,2	1980	13,9
01/1953	3,2	1981	15,1
12/1953	2,9	1982	15,9
1954	2,9	1983	16,5
1955	2,9	1984	17,0
1956	3,2	1985	17,3
1957	3,2	1986	17,3
1958	3,5	1987	17,5
1959	3,7	1988	17,6
1960	3,9	1989	17,8
1961	4,2	1990	18,2
1962	4,4	1991	19,5
1963	4,8	1992	20,7
1964	5,0	1993	21,7
1965	5,3	1994 (1. Halbj.)	22,8
1966	5,5	*) 1994 (2. Halbj.)	19,3
1967	5,8	*) 1995	19,6
1968	5,8	*) 1996	20,5
1969	6,1	*) 1997	20,5
1970	6,5	*) 1998	20,3
1971	7,5		
1972	8,6		
1973	9,3		
1974	9,9		
1975	11,0		

*) = Umstellung auf Bundesindex

Pauschalvertrag für Bauunterhaltung (Vereinbarung Bauherr / Hausverwaltung)

Zwischen

(Bauherr u. Auftraggeber)

und

(Hausverwaltung u. Auftragnehmer)

wird vereinbart:

1. Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer

mit der Wahrnehmung der Bauherrnaufgaben für die bauliche Unterhaltung seiner Objekte, die in der Anlage zu dieser Vereinbarung im einzelnen genannt sind.

Grundlage sind die vom Auftraggeber festgelegten Maßnahmen, Prioritäten und Zeitvorgaben. Er teilt diese zu Beginn des Haushaltsjahres dem Auftragnehmer mit; die jährliche Maßnahmenliste wird Bestandteil dieser Vereinbarung.

Der Auftragnehmer wird ferner die in der Maßnahmenliste nicht erfaßten Maßnahmen wie

- Kleinreparaturen
- sonstige, zur Abwehr von Gefahren, Bauschäden und dgl. notwendigen Maßnahmen im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel veranlassen.

Darüber hinaus notwendig werdende wesentliche Abweichungen von den festgelegten Maßnahmen und Prioritäten sowie Zeitvorgaben wird der Auftragnehmer an den Auftraggeber herantragen und mit diesem vereinbaren.

Der Auftraggeber behält sich vor, Maßnahmen und Prioritäten zu verändern; er wird solche Veränderungen nur im Benehmen mit dem Auftragnehmer vornehmen und schriftlich vereinbaren.

2. Der Auftraggeber erteilt dem Auftragnehmer hierdurch die Vollmacht, im Namen und für Rechnung des Auftraggebers Aufträge an Dritte und andere Dienststellen bis zu dem in Ziffer 3 genannten Volumen zu erteilen.

Diese Vollmacht schließt die Befugnis des Auftragnehmers ein, Bausachverstand hinzuzuziehen, d.h. staatliche Hochbaudienststellen oder ggf. auch private Planungsbüros mit Leistungen gegen entsprechendes Entgelt zu beauftragen, sofern und soweit eine sachgerechte und wirtschaftliche Erfüllung der mit diesem Auftrag verbundenen Aufgaben dieses erforderlich macht oder der Auftraggeber dieses im Einzelfall ausdrücklich fordert.

3. Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer für die Durchführung des Auftrags Mittel zur Bewirtschaftung zur Verfügung (Einräumen der Anordnungsbefugnis). Die Höhe der Mittel und ihre Bereitstellung entsprechend dem Baufortschritt teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer zu Beginn eines jeden Haushaltsjahres mit. Die Mitteilungen werden Bestandteil dieser Vereinbarung.
4. Der Auftragnehmer berichtet dem Auftraggeber vierteljährlich/halbjährlich über den Sachstand. Spätestens 1 Monat nach Ende des Haushaltsjahres berichtet der Auftragnehmer dem Auftraggeber über die Verwendung der Mittel; dazu erstellt der Auftragnehmer eine Aufstellung (Übersicht) der für die einzelnen Objekte verwendeten Mittel mit Jahresabrechnung.

Bauherr/Auftraggeber

Hamburg, den

Hausverwaltung/Auftragnehmer

Hamburg, den

BAUHANDBUCH

Verwaltungsvorschriften über die Durchführung von Bauaufgaben der Freien und Hansestadt Hamburg (VV-Bau)

vom 15.12.1994

BAND 2 - TECHNISCHE RICHTLINIEN / REGELN

Bei der Planung und Ausführung von Baumaßnahmen sind die öffentlich-rechtlichen Vorschriften und die anerkannten Regeln der Technik einzuhalten. Auf die Einhaltung der Technischen Baubestimmungen für das Gebiet der FHH wird hiermit besonders hingewiesen. Diese allgemeinen Regeln sind hier nicht im einzelnen aufgeführt.

Der Band 2 beschränkt sich auf folgende spezielle, den staatlichen Hochbau in Hamburg betreffende technische Richtlinien/Regelungen, teilweise auch als Fachliche Weisungen bezeichnet, die bei Planung und Ausführung von Baumaßnahmen ebenfalls zu beachten sind:

BAUTECHNIK

- Hinweisblatt auf Senatsbeschluss vom 03.12.1996 zur Drucksache Nr. 96/1543
Einschränkung der Verwendung von **Holz aus tropischen Regenwäldern** im öffentlichen Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg 11/2011
- Hinweisblatt auf Planungshilfe für **Fenster** aus Holz, Kunststoff oder Aluminium, Werkstoff- und Ausführungsanforderungen. Hinweise für Ausschreibung, Bauleitung, Abnahme 12/1990

- Hinweisblatt auf Technische Richtlinien zum Bau und zur Einrichtung Hamburger Schulen
(**TR-Schulen 2012**)

11.06.2012
- Hinweisblatt auf **Wirtschaftlichkeitsberechnungen**
Baufachliche Richtlinie 1/96

-- -- --
- Hinweisblatt auf **Leitfaden für Zuwendungsbauten**
Baufachliche Information 3/12

-- -- --
- Schreiben ABH zum Thema **Sicherheit und Gesundheitsschutz** auf Baustellen (Baustellenverordnung)

24.11.1998
- Hinweisblatt auf Senatsbeschluss vom 20.04.1999 zur Drucksache Nr. 99/0356
Verwendungsverbot für **PVC-Produkte** im öffentlichen Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg

20.04.1999
- Merkblatt für das **Instandsetzen von Mauerwerksfugen**

07/1999
- Hinweisblatt auf **Planungshinweise** Senkung der baulichen und räumlichen **Standards** bei öffentlichen Bauvorhaben

06/2000
- Hinweisblatt auf Richtlinien für die Anwendung von Planungs- und Kostenkennwerten (**RPK '96**)

03/2012
- Hinweisblatt auf **Kriterienkatalog** – Eigenleistungen des Bedarfsträgers bei der Unterhaltung baulicher und technischer Anlagen
Baufachliche Information 2/2013

2/2013
- Übersichtsblatt der vom ABH herausgegebenen **Baufachlichen Informationen / Richtlinien**

09/2012

TECHNISCHE GEBÄUDEAUSRÜSTUNG

- Anweisung zum Schutz unterirdischer **Fernmeldeanlagen** der Freien und Hansestadt Hamburg (auch „Feuerwehrkabelnetz“ genannt) bei Arbeiten anderer (Kabelschutzanweisung), Ausgabe April 2004 09/2004
- Handlungsgrundsätze für die Erkennung und Entsorgung von offen austretender **PCB-Flüssigkeit** aus Kleinkondensatoren von Beleuchtungsanlagen in öffentlichen Gebäuden 02.08.1990
- Hinweisblatt für die **Innenraumbeleuchtung** mit künstlichem Licht in öffentlichen Gebäuden 1992
- Planungshilfe „**Leitfaden Asbestsanierung**“ (Dichtungen an Gasaußenwandöfen) 03/1993
- Handlungsanweisung des Senats zum sparsamen **Einsatz von Elektroenergie** 13.07.1993
- Empfehlung zur Vermeidung eines **Legionellen-Infektionsrisikos** durch technische Maßnahmen 04.11.1993
- Planungshilfe Sanierung von **asbesthaltigen Leuchten** 30.06.1994
- Hinweisblatt auf Handlungsanweisung des Senats zur rationalen Verwendung von Trinkwasser - **Trinkwasserverbrauch in öffentlichen Einrichtungen** 1996

Hinweis auf:**Einschränkung der Verwendung von Holz aus tropischen Regenwäldern
im öffentlichen Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg**

Der Senat fasste am 03.12.1996 (Drs.: 96/1543) den Beschluss:

1. Dass bei allen Bauvorhaben der Stadt einschließlich der Landesbetriebe nur solches Tropenholz zu verwenden ist, welches die Gewähr dafür bietet, ausschließlich aus nachhaltiger Forstwirtschaft zu stammen. Dieses gilt auch für Reparaturen und Ausbauten.
2. Der Nachweis, dass das Tropenholz aus nachhaltiger Forstwirtschaft stammt, ist durch ein international anerkanntes Zertifizierungssystem zu erbringen. Die anerkannten Zertifizierungssysteme werden in den Mitteilungen für die Verwaltung der FHH von der Umweltbehörde bekannt gegeben.
3. Die Behörden werden weiterhin beauftragt, bei den ihrer Aufsicht unterliegenden Unternehmungen und juristischen Personen des öffentlichen Rechts auf die Umsetzung des Beschlusses hinzuwirken.

Als anerkannte Zertifizierungssysteme sind jene folgender Organisationen anzusehen:

- **FSC** (Forest Stewardship Council) (MittVw 1997, Seite 87). Der FSC akkreditiert Firmen, die ihrerseits Waldflächen und Forstbetriebe zertifizieren.
- **PEFC** (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes). Adresse: PEFC Geschäftsführung, Danneker Str. 37, 70182 Stuttgart. Tel.: (0711) 2484006, Fax: (0711) 2484031, E-mail: info@pefc.de.
- **MTCC** (Malaysian Timber Certification Council) (MittVw 2010, Seite 92, 22.06.2010). Adresse: 19F, Level 19, Menara PGRM, No.8 Jalan Pudu Ulu, Cheras, 56100 Kuala Lumpur, E-mail: mtcc@tm.net.my, Internet: www.mtcc.com.my, deutsche Informationsadresse: Kaiser Communication GmbH, kaiser@kaisercommunication.de.

Um sicherzustellen, dass die Senatsbeschlüsse stringent umgesetzt werden, sind gemäß Drs. 16/2136 vom 16.02.1999 in konkreten Fällen der Verwendung von Tropenholz, die bei der Angebotsabgabe mitzuliefernden Zertifikate zur Anerkennung vorzulegen.

Für die Anerkennung der Zertifikate ist zuständig:

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Waldzertifizierung

- WL 30 -

Tel.: 4 28 41 - 1830

Fax: 4 279 41 - 728

Hinweis auf:

Planungshilfe **Fenster**

Planung Ausschreibung Einbau

Herausgeber:

Baubehörde - Hochbauamt

Hinweis auf:

Technische Richtlinien zum Bau und zur Einrichtung Hamburger Schulen
(TR-Schulen 2012)

Fundstelle im FHHportal:

[http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0015/stadtentwicklung/bauinfobox/Seiten/
Baufachliche-Informationen.aspx](http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0015/stadtentwicklung/bauinfobox/Seiten/Baufachliche-Informationen.aspx)

Herausgeber:

Baubehörde - Amt für Bauordnung und Hochbau
Behörde für Schule und Berufsbildung
Finanzbehörde SBH I Schulbau Hamburg

Hinweis auf:

Baufachliche Richtlinie 1/96 **über Wirtschaftlichkeitsberechnungen**

Herausgeber:

Baubehörde - Amt für Bauordnung und Hochbau

Hinweis auf:

Leitfaden Zuwendungsbau

(Baufachliche Information 3/2012)

Fundstelle im FHHportal:

<http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0015/stadtentwicklung/bauinfobox/Seiten/Baufachliche-Informationen.aspx>

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BAUBEHÖRDE

Amt für Bauordnung und Hochbau
Öffentlicher Hochbau
ABH 410

Hamburg, den 24.11.1998
BN.: 9.40.3837

An die Beauftragten für den Haushalt lt. Verteiler
in der Funktion als Bauherrenvertreter nach dem Bauhandbuch (vorl. VV-Bau)
sowie
an die Leiter der Hochbaudienststellen lt. Verteiler

Betr.: Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen

hier: Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen
(Baustellenverordnung - BaustellV) vom 10.06.1998

Bezug: Bundesgesetzblatt 1998 I S. 1283

Anl.: Bauprüfdienst BPD 8/1998 mit Anlagen (Formblätter sowie Bundesgesetzblatt 1998 I S. 1283)

Die Verordnung über Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung - BaustellV) trat am 01.07.1998 in Kraft (siehe Anlage). Mit der Verordnung wird der Regelungsgehalt der Richtlinie des Rates 92/57/EWG vom 24.06.1992 über die auf zeitlich begrenzte oder ortsveränderliche Baustellen anzuwendenden Mindestvorschriften für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz inhaltsgleich umgesetzt.

Im einzelnen sieht die Verordnung dazu folgendes vor:

1. Vorankündigung bestimmter größerer Bauvorhaben bei größeren Baustellen bei der zuständigen Behörde (vgl. § 2 Abs. 2);
2. Erarbeitung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes bei größeren Baustellen und bei besonders gefährlichen Arbeiten (vgl. § 2 Abs. 3);
3. Bestellung einer Koordinatorin bzw. eines Koordinators, wenn mehrere Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgeber auf der Baustelle tätig werden (vgl. § 3 Abs. 1);
4. Regelung der Pflichten der Koordinatorin bzw. des Koordinators während der Planung der Ausführung des Bauvorhabens (vgl. § 3 Abs. 2) und während der Ausführung des Bauvorhabens (vgl. § 3 Abs. 3).

Für die Bestellung der Koordinatorin bzw. des Koordinators und die Abarbeitung der im übrigen genannten Aufgaben ist die jeweilige Bauherrin bzw. der jeweilige Bauherr zuständig, die Aufgaben der Koordinatorin bzw. des Koordinators können auch durch die Bauherrin bzw. den Bauherren selbst wahrgenommen werden (vgl. § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Satz 2).

Im übrigen sind folgende Regelungen möglich:

- a) Übertragung der Aufgabenwahrnehmung auf eine Hochbaudienststelle, die mit der Planung und Ausführung der Baumaßnahme beauftragt ist;
- b) Übertragung der Aufgabenwahrnehmung auf eine(n) freiberuflich tätige(n) Architektin bzw. Architekten oder Ingenieurin bzw. Ingenieur, die/der mit der Planung und Ausführung der Baumaßnahme beauftragt ist;
- c) Übertragung der Aufgabenwahrnehmung auf ein Generalunternehmen, das mit der Ausführung der Bauleistungen beauftragt ist.

... / 2

In den §§ 5 und 6 sind die Pflichten der Arbeitgeberin bzw. des Arbeitgebers und sonstiger Personen geregelt. Nach § 7 Abs. 1 stellt ein Verstoß gegen die Vorankündigungspflicht und die Pflicht zur Erstellung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes eine Ordnungswidrigkeit dar; ein vorsätzlicher Verstoß gegen diese Pflichten ist strafbar, wenn Leben oder Gesundheit eines Beschäftigten dadurch gefährdet wird (§ 7 Abs. 2).

Im übrigen wird auf den in der Anlage beigefügten Bauprüfdienst 8/1998 der Baubehörde, Amt für Bauordnung und Hochbau hingewiesen.

In der Regel ist die Baustellenverordnung wie folgt umzusetzen:

- Wegen der persönlich wahrzunehmenden Pflichten ist für jedes einzelne Bauvorhaben, das unter die Regelungen der BaustellV fällt, eine Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinatorin bzw. ein Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinator zu bestellen.
- Die Vorankündigung bei der Baubehörde, Amt für Bauordnung und Hochbau - ABH 23 - über die Einrichtung einer Baustelle, die Ausarbeitung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes, die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes und die Anpassung dieses Planes bei erheblichen Änderungen in der Ausführung des Bauvorhabens sind vergebbar Bauherrin- bzw. Bauherrenaufgaben.
- Die bestellte Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinatorin bzw. der bestellte Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinator ist - mit Ausnahme bei Generalunternehmervergaben - in den Ausschreibungen mit Namen zu benennen.
- Bedienstete, freiberuflich Tätige und Firmenangehörige, die zur Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinatorin bzw. zum Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinator bestellt werden, müssen
 - umfassende Kenntnisse der einschlägigen Unfallverhütungs- und Sicherheitsvorschriften,
 - ausreichende Berufserfahrung, fachliche Qualifikation und erforderliche Sachkenntnisse hinsichtlich aller zur Fertigstellung der Baumaßnahme anfallenden Arbeiten und
 - Zuverlässigkeit gegenüber den Belangen des Personen- und Gesundheitsschutzes aller am Bau Beteiligten

besitzen.

- Die fachliche Qualifikation haben
 - bei Gebäuden der Honorarzonen I und II der Objektliste des § 12 HOAI
Meisterinnen bzw. Meister des Maurer-, Stahlbetonbauer- und Zimmererhandwerks, staatliche geprüfte Bautechnikerinnen bzw. Bautechniker sowie Personen, die nach § 64 Abs. 3 HBauO bauvorlageberechtigt oder die in anderen Bundesländern als Bauvorlageberechtigte anerkannt sind bzw. Personen, die nach § 8 des Hamburgischen Gesetzes über das Ingenieurwesen (HmbIngG) in den Listen der Beratenden Ingenieurinnen und der Beratenden Ingenieure eingetragen sind;
 - bei Gebäuden der Honorarzonen III bis V der Objektliste des § 12 HOAI
Personen, die nach § 64 Abs. 3 HBauO bauvorlageberechtigt oder die in anderen Bundesländern als Bauvorlageberechtigte anerkannt sind bzw. Personen, die nach § 8 des Hamburgischen Gesetzes über das Ingenieurwesen (HmbIngG) in den Listen der Beratenden Ingenieurinnen und der Beratenden Ingenieure eingetragen sind.
- Wenn die Aufgaben der Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinatorin bzw. des Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinators von einer(m) freiberuflich tätigen Architektin bzw. Architekten oder Ingenieurin bzw. Ingenieur wahrgenommen werden sollen, ist ein entsprechender Vertrag abzuschließen und die Höhe der Vergütung mit der/dem freiberuflich Tätigen vor Erbringung der Leistungen bzw. eine entsprechende Besondere Vereinbarung im Vertrag zu treffen. Die Anlage 2b, Teil II des Bauhandbuches wird entsprechend ergänzt.
- Wenn die Aufgaben der Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinatorin bzw. des Sicherheits- und Gesundheitsschutz-Koordinators von einer/einem Firmenangehörigen eines Generalunternehmens

wahrgenommen werden sollen, sind die Aufgaben gem. § 2 der Baustellenverordnung als Nebenleistung vertraglich zu vereinbaren. Hierfür ist folgende Formulierung in die Leistungsbeschreibung (Baubeschreibung) der Vergabeunterlagen aufzunehmen:

„Die Verordnung über Sicherheits- und Gesundheitsschutz auf Baustellen (Baustellenverordnung - BaustellV) ist zu beachten. Bei Baustellen gem. § 2 Abs. 2 dieser Verordnung ist unmittelbar nach Auftragserteilung, spätestens jedoch 2 Wochen vor Einrichtung der Baustelle eine Vorankündigung der zuständigen Behörde zu übermitteln. Bei Baustellen nach § 2 Abs. 3 ist zusätzlich ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan zu erstellen. Die Kosten für diese Leistungen sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet. Die Koordinierung gem. § 3 ist als besondere Position im Leistungsverzeichnis beschrieben, die Kosten hierfür werden gesondert erstattet.“

Die Aufgaben gem. § 3 sind im Leistungsverzeichnis der Vergabeunterlagen als besondere Leistungsposition im Leistungsbereich „Baustelleneinrichtung“ mit folgendem Text aufzunehmen:

„Koordinierung nach § 3 BaustellV, pauschal

Koordinierung der Maßnahmen gem. § 3 BaustellV durch eine(n) geeignete(n) Koordinatorin bzw. Koordinator der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers (ohne Erstellung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes, der als Nebenleistung vereinbart wird). Die Koordinatorin bzw. der Koordinator nimmt diese Aufgaben auch für die Teilleistungen wahr, die Nachunternehmen übertragen werden.“

Für die Ausarbeitung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes (§§ 2 Abs. 3 und 3 Abs. 2) und einer Unterlage (§ 3 Abs. 2) wird auf folgende Leitfäden verwiesen:

- „Leitfaden zur Erstellung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes“, Abruf-Nr.: 631 aus 1998
- „Leitfaden zur Erstellung einer Unterlage für spätere Arbeiten am Bauwerk“, Abruf-Nr.: 632 aus 1998

Die Leitfäden können bei der

Bau-Berufsgenossenschaft Hamburg
Holstenwall 8 - 9
20355 Hamburg

beschafft werden.

Für Baumaßnahmen, mit deren Ausführung bereits vor dem 01.07.1998 begonnen worden ist, bleiben die bisherigen Vorschriften maßgebend.

Gez. Trudel

Trudel

Verteiler:

Senatskanzlei
Staatsarchiv
Senatsamt für Bezirksangelegenheiten
Senatsamt für die Gleichstellung

Justizbehörde
Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung
Behörde für Wissenschaft und Forschung
Kulturbehörde
Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stadtentwicklungsbehörde
Baubehörde
Wirtschaftsbehörde
Behörde für Inneres
Umweltbehörde
Finanzbehörde

Bezirksamt	Hamburg-Mitte	VA
	Altona	VA
	Eimsbüttel	VA
	Hamburg-Nord	VA
	Wandsbek	VA
	Bergedorf	VA
	Harburg	VA

Hochbauabteilungen
der

Bezirksämter	Hamburg-Mitte
	Altona
	Eimsbüttel
	Hamburg-Nord
	Wandsbek
	Bergedorf
	Harburg

Justizbehörde	HBau
Behörde für Wissenschaft und Forschung	H 4
	F 4
Wirtschaftsbehörde	HT/HB 2
Baubehörde	
Amt für Bauordnung und Hochbau	ZB

Hinweis auf:

Verwendungsverbot für **PVC-Produkte**
im öffentlichen Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg

Der Senat hat am 20.04.1999 aufgrund der Drucksache Nr. 99/0356 zum Bürgerschaftlichen Ersuchen (Drs. Nr. 16/277) für den Bereich der öffentlichen Baumaßnahmen der FHH beschlossen:

- a) Die Verwendung von PVC-Erzeugnissen für die folgenden Produktgruppen weiterhin zu unterbinden:
 - Dichtungsbahnen,
 - Trinkwasserrohre,
 - sonstige Materialien für den Innenausbau wie Leisten, Beschläge, Beschichtungen, Tapeten
- b) Die Substitution von PVC-Fenstern durch Holzfenster zu empfehlen, wenn die regelmäßige Wartung und Pflege dieses Bauteils durch die Bedarfsträger bzw. Nutzer sichergestellt wird.

Für die folgenden PVC-Produktgruppen bestehen bisher keine Verwendungseinschränkungen bzw. -verbote:

- Fenster
- Bodenbeläge
- Kabel/Leitungen
- Hausabflussleitungen, Entwässerungsrohre

MERKBLATT
für das Instandsetzen von Mauerwerksfugen
Stand Juni 1999

1. Anlass für die Herausgabe des Merkblattes

Nach der Instandsetzung von Mauerwerksfugen sind in letzter Zeit vermehrt Schäden, z.B. Feuchtigkeitsschäden an den Innenwänden der Sichtmauerwerksfassaden, aufgetreten. Diese Feuchtigkeitsschäden, die auch bei einer visuell fehlerfreien Verfugung auftreten können, sind häufig auf mangelnde Schlagregendichtigkeit der Fassade zurückzuführen. Weitgehend wird die Schlagregendichtigkeit einer Sichtmauerwerksfassade von der Wasserdurchlässigkeit des Fugennetzes bestimmt. Die fachgerechte Ausführung der Verfugung ist hinsichtlich der Lebensdauer der Fassade und deren bauphysikalischen Eigenschaften somit von entscheidender Bedeutung.

Dieses Merkblatt beinhaltet die wichtigsten Kriterien, die bei der Instandsetzung von Mauerwerksfugen, d.h. bei der Ausschreibung, Bauausführung, Bauüberwachung und Abnahme, zu beachten sind. Die unter Pkt. 2.5 aufgeführten Messungen können seitens ABH 43 oder durch externe Sachverständige durchgeführt werden.

2. Zusätzliche Technische Anforderungen für das Instandsetzen von Mauerwerksfugen

2.1 Ausräumen der Fugen

Die Fugen sind mindestens 20 mm tief auszuräumen. Die dabei benutzten Geräte sind so einzusetzen, dass keine Kantenabplatzung, schrägen Schnitte in die Steine oder wellige Steinflanken entstehen.

2.2 Reinigen der Fassade und Entfernen loser Teile

Die Wirksamkeit der Reinigungsverfahren ist vorab an einer Musterfläche zu testen. Das anfallende Waschwasser ist gemäß „Merkblatt für die Oberflächenbehandlung von Außenflächen baulicher Anlagen“ vom Dezember 1992 (Hrsg.: Baubehörde - BOA 4 und Umweltbehörde - Amt für Technischen Umweltschutz - E 22) aufzufangen und fachgerecht zu entsorgen.

2.3 Einbringen und fachgerechte Verdichtung des Fugenmaterials

Vor dem Verfugen ist das Mauerwerk sorgfältig vorzunässen. Die Mörtelzusammensetzung und die Mischungsverhältnisse des Rezeptmörtels sind entsprechend DIN 1053 Teil 1, Anhang A 3, Tabelle A.1, Zeile 10 herzustellen.

Der Fugenmörtel ist maschinell zu mischen. Erdfeuchter Mörtel darf nicht verwendet werden. Der Mindest-Wasser-Bindemittel-Wert ist bei 0,45 (Konsistenz K2) anzusetzen. Das zugehörige Ausbreitmaß ist gemäß DIN 18555 zu ermitteln. Es sind zuerst die Stoß- und dann die Lagerfugen zu verfüllen. Der Fugenmörtel ist zweilagig je 10 mm tief einzubringen. Mit der ersten Lage sind gleichzeitig angrenzende tiefere Hohlräume im Mauermörtel zu schließen. Beim Verdichten des Mörtels muss ein deutlicher Flüssigkeitsfilm an der Oberfläche sichtbar werden.

2.4 Nachbehandlung

Zum Schutz gegen vorzeitiges Austrocknen ist eine gründliche Nachbehandlung entsprechend der Witterungsbedingungen durchzuführen. Die Dauer der Nachbehandlung darf einen Zeitraum von 7 Tagen nicht unterschreiten. Geeignete Maßnahmen sind z.B. das Abhängen der Fassade mit Jutesäcken und regelmäßige Befeuchtung oder das Abhängen der Fassade mit Folien im Maximalabstand von 2 cm vor der Fassade.

2.5 Musterflächen

Musterflächen sind in der Größe von ca. 2 m² anzulegen. Sie dienen der Erprobung der Wirksamkeit der Reinigungsverfahren, der Einweisung der Handwerkerinnen bzw. Handwerker und als Referenz- und Kontrollflächen für die Abnahme. Zur Beurteilung des Erfolges der Instandsetzung werden Wasseraufnahmemessungen unter Verwendung einer Wasseraufnahme-Messplatte sowie Messungen der Festigkeit des Fugenmörtels mit Hilfe eines Nageleindringgerätes an der Musterfläche und zur Kontrolle an repräsentativen Stellen der Fassade vorgenommen. Die angestrebte Festigkeit in der Fuge beträgt 15 N/mm². Einzelwerte dürfen die Festigkeit von 10 N/mm² nicht unterschreiten. Der Wasseraufnahmewert muss deutlich unter 300 ml pro Messplattenfläche in 15 Minuten liegen, bei Klinkermauerwerk sollte er in der Regel unter 150 ml bei 15 Minuten Messzeit liegen. Die im konkret vorliegenden Fall einzuhaltenden Werte, sind nach Abschluss der Messungen an der Musterfläche festzuschreiben.

2.6 Werk trockenmörtel

Werk trockenmörtel darf nur verwendet werden, wenn dieser die unter Punkt 2.5 genannten Anforderungen erfüllt. Der Einsatz von reinem Zementmörtel gemäß DIN 1053 Anhang A 3, Tabelle 1 (MG III) ist nicht zulässig. Bei Verwendung hydrophob eingestellter Werk trockenmörtel muss auf eine sorgfältige Nachbehandlung (Punkt 2.4) besonders geachtet werden.

Hinweis auf:

Planungshinweise – Senkung der baulichen und räumlichen Standards bei öffentlichen Bauvorhaben (**Planungshinweise in der Fassung von Juni 2000**)

Fundstelle im Intranet: Öffentliche Ordner/Alle öffentlichen Ordner/_FHH/Bau-Infobox

Herausgeber:

Baubehörde - Amt für Bauordnung und Hochbau

Hinweis auf:

Richtlinien für die Anwendung von Planungs- und Kostenkennwerten
(**RPK '96 in der Fassung von 09/2000**)

Fundstelle im Intranet: Öffentliche Ordner/Alle öffentlichen Ordner/_FHH/Bau-Infobox

Herausgeber:

Baubehörde - Amt für Bauordnung und Hochbau

Hinweis auf:

Kriterienkatalog – Eigenleistungen des Bedarfsträgers
bei der Unterhaltung baulicher und technischer Anlagen

(Baufachliche Information 5/2005)

Fundstelle im FHHportal:

[http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0015/stadtentwicklung/bauinfobox/Seiten/
Baufachliche-Informationen.aspx](http://fhhportal.stadt.hamburg.de/websites/0015/stadtentwicklung/bauinfobox/Seiten/Baufachliche-Informationen.aspx)

Herausgeber:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt - Amt für Bauordnung und Hochbau

Übersicht der vom ABH herausgegebenen Baufachlichen Informationen und Richtlinien

Nr.		Titel	Herausgeber	Auskunft
Planungshilfe	04/84	Planungshilfe Instandsetzung von Fenstern (Holz, Aluminium und Kunststoff)	H 201-B	ABH 41 Tel.: 42840-3562
Planungshilfe	12/90	Planungshilfe Fenster (Planung, Ausschreibung und Einbau von Fenstern und Außentüren aus Holz, Aluminium-Holz, Aluminium und Kunststoff)	H 201-B	ABH 41 Tel.: 42840-3562
Information	1/94	Instandsetzung bzw. Modernisierung von Flachdächern	H II D	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	2/95	Verglasungen in Rauchschutztüren und Glaswänden	HB 2	ABH 310 Tel.: 42840-2278
Information	3/95	Rahmenplanung für Küchen in Kindertagesheimen	HB 3	ABH 410 Tel.: 42840-2666
Information	5/95	Zustandsbeurteilung und Instandsetzung von Sichtmauerwerksbauten	HB 4	ABH 41 Tel.: 42840-3436
Information	6/95	Kriterien zum Austausch von Fenstern (Holz, Aluminium und Kunststoff)	HB 4	ABH 41 Tel.: 42840-3562
Information	7/95	Untersuchung von Aluminiumfassaden an öffentlichen Gebäuden der FHH	HB 4	ABH 41 Tel.: 42840-3562
Information	9/95	Fensterseminar 95	HB 4	ABH 41 Tel.: 42840-3562
Information	1/96	Seminar Schallschutz	HB 5	ABH 310 Tel.: 42840-2278
Richtlinie	1/96	Wirtschaftlichkeitsberechnungen	HB 4	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	2/96	Glas als tragendes Bauteil im Hochbau	BO 2	ABH 310 Tel.: 42840-2278
Information	4/96	Reinigung von Mauerwerksfassaden	HB 4	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	5/96	Brandschutz 1996 im Hochbau	BO 2	ABH 310 Tel.: 42840-2278
Information	1/97	Erfassung des laufenden Bauunterhaltungsbedarfs im Hochbau	HB 2	ABH 41 Tel.: 42840-2666
Information	3/97	Planungshilfe Umweltschutz im Bauwesen Teil 3, Baustoffe	HB 4	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	4/97	Brandschutzseminar 1997	BO 2	ABH 310 Tel.: 42840-2278

Nr.		Titel	Herausgeber	Auskunft
Information	2/98	Planungshilfe Umweltschutz im Bauwesen Teil B1, Dach- und Fassadenbegrünung	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	5/98	Planungshilfe Umweltschutz im Bauwesen Teil A1, Ökologische Grundsätze	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	6/98	Planung, Bau und Betrieb von Kälteanlagen	ABH 42	ABH 3311 Tel.: 42840-3566
Information	7/98	Planung und Bau von Sanitäranlagen	ABH 42	ABH 3311 Tel.: 42840-3566
Merkblatt	-----	Merkblatt für das Instandsetzen von Mauerwerksfugen, Stand: 06.1999	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-3436
Information	1/99	Planungshilfe Umweltschutz im Bauwesen Teil A6, Vermeidung von Bauabfällen	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	2/99	Belastung der Innenraumluft durch Bauprodukte	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	3/99	Seminar: Verwendung von Tropenholz im öffentlichen Bereich der FHH	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	4/99	Wartung von Fenstern – Teil 1	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-3562
Planungshilfe	-----	Planungshinweise, Senkung der baulichen und räumlichen Standards bei öffentlichen Bauvorhaben, Stand: Juni 2000	ABH 412	ABH 410 Tel.: 42840-2666
Information	1/00	Instandsetzung von Holzfenstern	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-3562
Information	2/00	Planungshilfe Umweltschutz im Bauwesen Teil A5, Wiederverwendung und Recycling im Hochbau	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	1/01	Tauwasserbildung an der Rauminnenseite von Isolierverglasungen	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-3562
Information	2/01	Umgang mit künstlichen Mineralfasern der Kategorie 2 im öffentlichen Hochbau	ABH 43	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Merkblatt	-----	Merkblatt zur Oberflächenbehandlung von Außenflächen baulicher Anlagen (Fassaden), Stand: 04.2002	Referat - E 32 -	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	1/03	Planungshilfe Energiesparendes Bauen	ABH 42	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	2/03	Periodische Bewertung eingebauter Asbestprodukte	ABH 42	ABH 41 Tel.: 42840-3327

Nr.		Titel	Herausgeber	Auskunft
Information	1/04	Blitzschutz	ABH 42	ABH 3311 Tel.: 42840-3566
Information	2/04	Elektromagnetische Verträglichkeit (EMV)	ABH 42	ABH 3311 Tel.: 42840-3566
Information	3/04	Projektsteuerung	ABH 42	ABH 41 Tel.: 42840-3436
Information	1/05	Umgang mit Asbest beim Bauen im Bestand	ABH 42	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	2/05	Facility Management Teil 1	ABH 42	ABH 41 Tel.: 42840-3436
Information	3/05	Facility Management Teil 2	ABH 42	ABH 41 Tel.: 42840-3436
Information	4/05	Baukostenplanung und -kontrolle	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2484
Information	6/05	Schäden im Betonbau	ABH 42	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	7/05	Planungshilfe Umweltschutz im Bauwesen Teil A4, Schadstoffe	ABH 42	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	8/05	Anwendung der neuen DIN 1045-2, -3 / DIN EN 206-1	ABH 42	ABH 41 Tel.: 42840-3327
Information	1/06	Flachdächer	ABH 42	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	2/06	Neufassung der Hamburgischen Bauordnung	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3872
Information	3/06	Planung und Bau von Wärmever-sorgungsanlagen	ABH 41	ABH 3311 Tel.: 42840-3566
Information	1/07	Beispiele nachhaltigen Bauens im staatlichen Hochbau	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3436
Information	2/07	Energieeinsparverordnung EnEV 2007 (Seminar) Nachweiswege für den Nichtwohnungsbau gemäß DIN V 18599	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	1/08	Energieeinsparverordnung EnEV 2007 Verordnungstext EnEV 2007 Begründung zur EnEV 2007 Bekanntmachungen des BMVBS	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	2/08	Hamburgische Klimaschutzverordnung (HmbKliSchVO) vom 11.12.2007	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	4/08	Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich EEWärmeG vom 07.08.2008	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053

Nr.		Titel	Herausgeber	Auskunft
Information	1/09	Berücksichtigung der Reinigungskosten bei der baulichen Gestaltung und Ausstattung von Neu- und Umbauten	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3872
Information	2/09	Energieeinsparverordnung EnEV 2009 Verordnungstext EnEV 2009 Begründung zur EnEV 2009 Bekanntmachungen des BMVBS	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	3/09	Verbesserung der Energieeffizienz im Bereich der Landeshochbauten	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	4/09	Aushangpflicht von Energieausweisen Merkblatt	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	1/10	Vollzugshilfe zur Entsorgung asbesthaltiger Abfälle	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3436
Information	2/10	Leitfaden für die Innenraumhygiene in Schulgebäuden	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3436
Information	3/10	Die Vergabe von Architekten- und Ingenieurleistungen	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2484
Information	1/11	Leitfaden für Energiebedarfsausweise im Nichtwohnungsbau Leitfaden des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) Dezember 2009	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	2/11	Schimmelpilze in Innenräumen Seminarunterlage	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3436
Information	3/11	Energetische Standards für öffentliche Gebäude	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	4/11	Hinweise zur Planung und Ausführung von Raumluftechnischen Anlagen für öffentliche Gebäude - RLT-Anlagenbau 2004 - 1. Ergänzung 2008	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3436
Information	5/11	EEWärmeG vom 12.04.2011 (Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich)	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	6/11	Leitfaden für energieeffiziente Bildungsgebäude	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Richtlinie	-----	TR-Schulen 2012, Technische Richtlinien zum Bau und zur Einrichtung Hamburger Schulen	ABH, BSB, FB SBH	ABH 41 Tel.: 42840-2023 42840-3872
Information	1/12	Leitfaden Nachhaltiges Bauen	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3562
Information	2/12	Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB)	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3562

Nr.		Titel	Herausgeber	Auskunft
Information	3/12	Leitfaden für Zuwendungsbauten	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2484
Information	1/13	Hochwasserschutzfibel Planungshilfe BMVBS	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3570
Information	2/13	Kriterienkatalog, Eigenleistungen des Bedarfsträgers bei der Unterhaltung baulicher und technischer Anlagen	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-3872
Information	1/15	EnEV 2013 Seminarunterlage	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053
Information	2/15	Energieeinsparverordnung EnEV 2013	ABH 41	ABH 41 Tel.: 42840-2053

Anweisung

zum Schutz unterirdischer Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes (auch "Feuerwehrkabelnetz" genannt) bei Arbeiten anderer (Kabelschutzanweisung)

Ausgabe April 2004

Die im Erdreich verlegten Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes sind ein Bestandteil von öffentlichen Zwecken dienenden Fernmeldeanlagen. Sie können bei Arbeiten, die in ihrer Nähe am oder im Erdreich durchgeführt werden, leicht beschädigt werden. Durch solche Beschädigungen werden die Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes erheblich gestört. Beschädigungen an Fernmeldeanlagen sind nach Maßgabe der §§ 316b und 317 StGB strafbar, und zwar auch dann, wenn sie fahrlässig begangen werden. Außerdem ist derjenige, der für die Beschädigung verantwortlich ist, der Freien und Hansestadt Hamburg zu Schadenersatz verpflichtet. Es liegt daher im Interesse aller, die solche Arbeiten durchführen, äußerste Vorsicht walten zu lassen und dabei insbesondere folgendes genau zu beachten, um Beschädigungen zu vermeiden:

1. Bei Arbeiten jeder Art am oder im Erdreich innerhalb des hamburgischen Staatsgebietes, insbesondere bei Aufgrabungen, Pflasterungen, Bohrungen, Baggern, Setzen von Masten und Stangen, Eintreiben von Pfählen, Bohrern und Dornen besteht immer die Gefahr, dass Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes beschädigt werden.
2. Teile der Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes (Kabelkanäle und Kabel) liegen gewöhnlich in einer Tiefe von 60 bis 100 cm. Eine abweichende - insbesondere geringere - Tiefenlage ist wegen Kreuzung anderer Anlagen, infolge nachträglicher Veränderungen der Deckung durch Straßenumbauten und dgl. und aus anderen Gründen möglich. Die Kabel können in Rohren oder Kabelformsteinen aus Beton eingezogen, mit Schutzhauben aus Ton oder Kunststoff, mit Mauersteinen usw. abgedeckt oder frei im Erdreich verlegt sein. Rohre, Kabelformsteine, Abdeckungen usw. schützen die Kabel jedoch nicht in jedem Fall gegen mechanische Beschädigungen. Sie sollen lediglich den Aufgrabenden auf das Vorhandensein von Kabeln aufmerksam machen (Warnschutz). Die Zugänglichkeit der Kabelschächte muss jederzeit gewährleistet sein. Wenn Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes Baugruben kreuzen, so ist der Verbau an der Ein- und Austrittsstelle der Anlagen so auszusparen, dass durch den Baugrubenverbau keine zusätzlichen Kräfte auf die Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes übertragen werden.
3. Im Planungsstadium, vor der Aufnahme von Arbeiten am oder im Erdreich, der unter Ziffer 1 bezeichneten Art ist deshalb bei der für den Betrieb der Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes zuständigen Abteilung Transportnetze – TN 2 – der Firma Dataport (Anschrift siehe letzte Seite) schriftlich nach zu fragen, ob und wo in der Nähe der Arbeitsstelle gefährdete Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes liegen. Wird für die Bearbeitung einer Maßnahme ein Auszug aus dem Bestandsplanwerk benötigt, ist eine schriftliche Anfrage mit Kennzeichnung der Planungsstelle in einem Kartenauszug an Dataport zu richten.
4. Kommt es zur Ausführung einer Baumaßnahme, ist rechtzeitig ein Aufgrabeschein bei der zuständigen Stelle zu lösen. Durch die Vorlage des gültigen Aufgrabescheins wird in der Abteilung Transportnetze (Dataport) geprüft, ob in dem Baubereich Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes vorhanden sind. Ist dies der Fall, wird durch die Trassenaufsichten von Dataport an Ort und Stelle gegebenenfalls eine Trasseneinweisung vorgenommen. Notmaßnahmen und Schadensfälle (z.B. bei Gas- oder Wasserrohrbrüchen) müssen Dataport im Voraus fernmündlich mitgeteilt werden, damit – wenn nötig, durch Beauftragte an Ort und Stelle – nähere Hinweise über deren Lage gegeben werden kann. Die Pflicht zur Lösung eines Aufgrabescheins bleibt hiervon unberührt.
5. Darüber hinaus ist jede Beschädigung und auch die Freilegung von Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes Dataport, Abteilung Transportnetze - TN 2 - unverzüglich und auf dem schnellsten Wege zu melden. Freigelegte Kabel und Kabelkanäle sind zu sichern und vor Beschädigung und Diebstahl zu schützen. Die Erdarbeiten sind an Stellen mit freigelegten Kabeln und Kabelkanälen bis zum Eintreffen des Beauftragten von Dataport einzustellen. Die Anwesenheit eines Beauftragten von Dataport an der Baustelle befreit den Bauunternehmer nicht von der Verpflichtung, in eigener Verantwortung alle zum Schutz der Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes erforderlichen Maßnahmen

durchzuführen. Der Dataport-Beauftragte ist weder berechtigt noch verpflichtet, den Arbeitskräften des Bauunternehmers direkte Aufträge zu erteilen.

6. Bei Erdarbeiten in der Nähe von unterirdischen Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes dürfen spitze oder scharfe Werkzeuge (Bohrer, Picken, Spaten, Stoßeisen) nur so gehandhabt werden, dass sie höchstens bis zu einer Tiefe von 10 cm über den Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes in das Erdreich eindringen. Für die weiteren Arbeiten sind stumpfe Geräte, wie Schaufeln usw. zu verwenden, die möglichst waagrecht zu führen und vorsichtig zu handhaben sind. Spitze Geräte (Dorne, Schnurpfähle usw.) dürfen oberhalb von Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes nicht eingetrieben werden, wenn die Gefahr besteht, diese zu beschädigen. Zweckmäßig sind daher nur Bohrer, Schnurpfähle und Dorne mit einem von der Spitze nicht mehr als 30 cm entfernten, fest angebrachten Teller oder Querriegel zu benutzen. Da mit Ausweichungen der Kabellage oder mit breiteren Kabelkanälen gerechnet werden muss, sind die gleichen Vorsichtsmaßnahmen auch in einer Breite von je 50 cm rechts und links der bezeichneten Anlage zu beachten. Ist die Lage oder die Tiefenlage von Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes nicht bekannt, so ist besondere Vorsicht geboten. Gegebenenfalls ist die Lage der Anlage durch in vorsichtiger Arbeit herzustellende Querschläge zu erkunden. Bei der Anwendung maschineller Baugeräte in der Nähe von Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes ist ein solcher Abstand zu wahren, dass eine Beschädigung der Anlage ausgeschlossen ist.

7. In Gräben, in denen Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes freigelegt worden sind, ist die Erde zunächst nur bis in die Höhe der Unterkante der Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes einzufüllen und festzustampfen. Dabei ist darauf zu achten, dass das Auflager glatt und steinfrei ist. Sodann ist neben, zwischen und auf den Rohren, Zügen und Kabeln der Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes eine 10 cm hohe Schicht loser, verdichtungsfähiger, steinfreier Erde aufzubringen und mit dem Stampfen fort zu fahren, und zwar zunächst äußerst vorsichtig mittels hölzerner Flachstampfer. Durch Feststampfen steinigen Bodens unmittelbar über dem Kabel oder der Kabelkanalanlage können diese beschädigt werden.

8. Jede Erdarbeiten ausführende Person oder Firma ist verpflichtet, alle gebotene Sorgfalt anzuwenden, insbesondere Hilfskräfte genauestens an- und einzuweisen, um der bei Erdarbeiten immer bestehenden Gefahr einer Beschädigung von Fernmeldeanlagen zu begegnen. Nur so kann sie verhindern, dass sie zum Schadenersatz herangezogen wird.

Auf die Einhaltung der Empfehlungen und Regelungen der folgenden Vorschriften für das Verfüllen von Leitungsgräben wird ausdrücklich hingewiesen:

- ZTVA – StB 97 der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen,
- ZTV / St-Hmb.01 der Freien und Hansestadt Hamburg und
- ZTV –FLN 10 und 12 der Telekom jeweils in ihrer neuesten Fassung.

Hinweis:

Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes sind auf Schachtdeckeln und teilweise auf Betonformsteinen im Allgemeinen mit dem Zeichen

Fw. oder FW

gekennzeichnet.

Zuständig für den Bau und Betrieb der Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes ist:

Dataport

Anstalt öffentlichen Rechts

Niederlassung Hamburg

Billstraße 82

20539 Hamburg

Fermündliche Voranzeigen gemäß Ziffer 4 sind zu richten an:

Fernsprecher (040) 42846-2579
oder Fax (040) 42846-3652

Fermündliche Mitteilungen gemäß Ziffer 5 über Beschädigungen von Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes sind während der üblichen Dienstzeit an folgende Rufnummer abzugeben:

Fernsprecher (040) 42846-2587

Außerhalb der Dienstzeit sind Mitteilungen gemäß Ziffer 5 über Beschädigungen von Anlagen des Hamburgischen Telekommunikationsnetzes an folgende Rufnummer abzugeben:

Fernsprecher (040) 42855333

HANDLUNGSGRUNDSÄTZE

für die Erkennung und Entsorgung von
offen austretender PCB-Flüssigkeit aus Klein-
kondensatoren von Beleuchtungsanlagen in
öffentlichen Gebäuden

0 Veranlassung

Mit ihrem Rundschreiben vom 06.04.1988 und ihrer Mitteilung an die Presse vom 07.04.1988 hatte die seinerzeitige Gesundheitsbehörde, Amt für Gesundheits- und Veterinärwesen, Gesundheit und Umwelt, auf die mögliche Gesundheitsgefährdung durch polychlorierte Biphenyle (PCB) hingewiesen, die von undichten Leuchtenkondensatoren in Beleuchtungsanlagen ausgehen kann. Für öffentliche Gebäude werden diese allgemeinen Hinweise hiermit präzisiert.

1.0 Zielsetzung

Nachdem die gesundheitsgefährdenden Eigenschaften von PCB erkannt wurden, ist eine vollständige Entfernung der Kleinkondensatoren mit PCB aus den Beleuchtungsanlagen der öffentlichen Gebäude vorzunehmen. Der spätestmögliche Termin hierfür ist der 31.12.1999 gemäß § 3, (I), Ziff. 4.b) der Verordnung zum Verbot von polychlorierten Biphenylen, polychlorierten Terphenylen und zur Beschränkung von Vinylchlorid (PCB-, PCT-, VC-Verbotsverordnung vom 18. Juli 1989 (Bundesgesetzblatt Teil I, Seite 1482 ff.)

Sofortiges Handeln ist jedoch dann vor Ort erforderlich, wenn PCB aus einem defekten Kondensator austritt. Dieser Fall ist bisher nur bei einem relativ kleinen Prozentsatz der in älteren Beleuchtungsanlagen eingebauten PCB-haltigen Kondensatoren beobachtet worden. Gleichwohl ist dieses Anlaß genug, die Dienststellen über den Stand des sachgerechten Handelns zu informieren.

Die hier vorgelegten Handlungsgrundsätze befassen sich mit dem Vorgehen bei Austritt von PCB aus schadhafte Kondensatoren.

2.0 Zum Einsatz von PCB in Beleuchtungsanlagen

In der Bundesrepublik Deutschland wurde PCB von 1929 bis 1983 hergestellt und seit 1971 nur noch in geschlossenen Systemen verwendet. Ein Kondensator ist konstruktionsbedingt als geschlossenes System anzusehen. In Beleuchtungsanlagen mit Leuchtstofflampen sind damit vorrangig die von 1950 bis 1983 eingebauten Kleinkondensatoren als PCB-haltig anzusehen. Der Einsatz und der Anwendungszeitraum sind für einige Firmen aus der Tabelle unter 4.3 zu ersehen.

3.0 Verantwortlichkeit

Verantwortlich für die Erhaltung des in gesundheitlicher Hinsicht einwandfreien Zustandes der Beleuchtungsanlagen im Sinne von § 93, Abs. 1 der hamburgischen Bauordnung (HBauO) vom 1. Juli 1986 ist die jeweilige hausverwaltende Dienststelle. Bei drohender Gefahr durch PCB-belastete Bauteile der Beleuchtungsanlagen hat sie die nötigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Hierzu hat sie die zuständige Baudienststelle einzuschalten. Diese wird im allgemeinen eine Elektrofirma beauftragen, insbesondere, weil es sich zumeist um Eingriffe in die elektrischen Teile der Leuchten und der Installation handelt. Die Baudienststellen sollten sich vorsorglich über die Fachkunde von Elektrofirmen für PCB-Sanierungen informieren.

Die hausverwaltende Dienststelle hat die im Hause tätigen Bediensteten sowie das Reinigungspersonal über die mit PCB verbundenen Gefahren und die PCB-Meldepflicht zu informieren und anzuweisen, bei Feststellung öligler Tropfen auf Möbeln und Fußboden zuerst auf Schäden oder gleichartige Tropfen an Leuchten zu achten. Für ergänzende Beratung stehen das Gesundheitsamt des jeweiligen Bezirkes sowie die Abteilung Arbeitnehmerschutz, Gesundheit und Umwelt der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Verfügung.

4.0 PCB - Erkennung

PCB-haltige Kondensatoren sind im allgemeinen mit den Buchstabenkombinationen CD, DC, Cp oder A 30 und A 40 als Imprägniermittelkennzeichen versehen.

Falls sich die Kondensatorbeschriftung auf der blickabgewandten Seite befindet, der Kondensator also zur Erkennung der Beschriftung gedreht werden muß, sind vorsichtshalber Schutzhandschuhe zu benutzen (s. hierzu Merkblatt, Anlage 2).

Die nachfolgende Übersicht enthält die Kennzeichnungen, die H5/T bisher bekannt wurden. Sollten weitere Kennzeichnungen bekannt werden, wird gebeten, die Übersicht zu ergänzen und H5/T zu informieren.

- 4.1 Kennzeichnungen, die allgemein auf PCB-haltiges Tränkmittel hindeuten und bei denen eine Zuordnung zu mehreren Firmennamen möglich ist:
Clophen, PCB, Askarel, CPA, A 50, P, Cpstab, C, CI, CP, CP25, CP30, CP4D, CP50, CPA30, CPA40, CPA50, 7.CD, Clp30, Clp40, P25, LR, Pyralen, Phenochlor, Arochlor, Kanechlor, Fenchlor, Chloresil.
- 4.2 Folgende Firmennamen, zu denen keine Tränkmittelkennzeichnung bekannt ist, können auf PCB hindeuten:
Grunow, Jahre, Neuberger, Rüppel.

- 4.3 Auf PCB hindeutende Kennzeichnungen mit Firmen Zuordnung (Die bei einigen Herstellern angegebene Umstellung auf PCB-freie Fertigung war normalerweise mit einer Änderung der Kondensatorbeschriftung verbunden.):

Hersteller	Typenbezeichnung	Tränkmittel-Kennzeichng.
AEG (Hydra) (ab 1979 PCB-frei)	Nennspannung, Tränkmittel, VDE-Zeichen	CD, 3 CD CP, 4 CD
ERO ESTA-Röderstein (Parallel-Kond. ab 1976 PCB-frei, Reihen-Kond. ab 1982 PCB-frei)	LCX LCU MCX MCU	CD CP
FRAKO (ab 1983 PCB-frei)	LR RKB RLB RFB	A., A30, A40 CD ,3CP, 4CD, Cp
Siemens	B 13311... B 13312... B 13314... (bis 1973) 8 13319... B 15030...	
SüKO	MCAL (bis 1970) 31...260 bis 450 (bis 1982} CLA (bis 1970) CDA " " 11/13...220) 12/14...380) bis 1982 12/14...420)	CD
Thomson-CSF (Elos, Ducati)	LEUKO-LS XXX 250-420 MOTKO-16.60XXXXDCT - MSXXElos	3 CD 3 DC

- 4.4 Kondensatoren mit dem Buchstabenkombinationen MP, MKP, LFMP, LMKU, LMKX, LMKXM, LCMP, LPM, LPMI und MPK. sowie von Firma Bosch und aus Schweden entbalten kein PCB.

5.0 Sofortmaßnahmen bei offenem Austritt von PCB-Flüssigkeit

Falls in Leuchtenwannen oder unter einer mit Leuchtstofflampen bestückten Leuchte, auf Möbeln oder auf dem Fußboden eine ölige Flüssigkeit zu sehen ist, kann es sich um PCB-haltige Stoffe aus dem Leuchtenkondensator handeln. Sofern nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, daß eine solche Flüssigkeit PCB enthält, ist zunächst davon auszugehen und die folgende Vorgehensweise einzuhalten:

- Personen, die mit flüssigem PCB oder mit Erhitzungsprodukten oder Dämpfen von PCB in Berührung gekommen sind, unverzüglich in ärztliche Behandlung geben, öffentlich Bedienstete sollen den betriebsärztlichen Dienst aufsuchen.
 - Abschalten der Beleuchtungsanlage, in der PCB ausgetreten ist. Gegen Wiedereinschalten sichern.
 - Absperren der Räume, die mit ausgetretenem PCB belastet sind, bis die in Anlage 2 genannte Dekontamination erfolgt ist.
 - Meldung an die Hausverwaltung.
 - Belehrung aller Beteiligten durch die Hausverwaltung über die besonderen Gefahren durch Toxizität und die mutmaßlichen krebserregenden Eigenschaften von PCB.
 - Beauftragung einer Fachfirma (Elektrofirma) mit der Demontage der belasteten Bauteile und der Beseitigung aller durch ausgetretenes PCB verursachten Schäden durch die zuständige Baudienststelle (Bereitstellung der Finanzmittel sichern!).

Bestandteil des Auftrages ist die Ausfüllung des von H5/T herausgegebenen Fragebogens über die Erfassung schadhafter PCB-haltiger Kondensatoren (Anlage 1). Die ausgefüllten Fragebogen sind von der zuständigen Baudienststelle an das Hochbauamt, Abteilung H5/T, zu senden.

Alle Maßnahmen, die mit der Beseitigung der durch ausgetretenes PCB entstandenen Schäden und Kontaminationen zusammenhängen, sind grundsätzlich einer damit zu beauftragenden Fachfirma zu überlassen. Hinweise hierfür sind in dem anliegenden Merkblatt (Anlage 2) enthalten. Diese Firma muß nachweislich über die erforderlichen Fachkenntnisse und Hilfsmittel verfügen.

6.0 Ausblick über weiteres Vorgehen

Um der Zielsetzung, der vollständigen Entfernung PCB-haltiger Bauteile aus öffentlichen Gebäuden baldmöglichst und nicht erst zu» 31.12.99 näherzukommen, sind Beleuchtungsanlagen mit noch intakten PCB-Kondensatoren durch PCB-freie Beleuchtungsanlagen zu ersetzen im Rahmen von:

- Reinigungsarbeiten an den Leuchten.
- Lampenwechsel (z.B. nach Ablauf von 7000 Brennstunden).
- Bauunterhaltungsarbeiten, wie
 - Ersatz abgängiger Leuchten,
 - Erneuerung der Installationen,
 - bauliche Änderungen der Deckenkonstruktionen.
- Energieeinsparungsmaßnahmen durch
 - geeignete Änderung der Elektroinstallation (getrennte Schaltweise),
 - Fernabschaltung,
 - Einbau von Leuchten mit höherem Beleuchtungswirkungsgrad,
 - Vermindern der Anzahl und Art der Leuchten bei überschreiten der einschlägigen Planungswerte gemäß "Beleuchtung 94",
 - Verbessern des Raumwirkungsgrades der Beleuchtungsanlage.
- Einrichtung von Bildschirmarbeitsplätzen.

Beleuchtungsanlagen in Kindertagesheimen, Jugendheimen, Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern und Pflegeheimen sind vorrangig zu ändern.

Anlagen:

1. Erfassungsbogen
2. Merkblatt

Merkblatt
über Maßnahmen zur Beseitigung der durch aus-
getretenes PCB entstandenen Schäden und Konta-
minationen und zur Entsorgung PCB-belasteter
Teile

Die nachfolgend beschriebenen Maßnahmen sind grundsätzlich einer damit zu beauftragenden Fachfirma zu überlassen.

- Ausgetretenes PCB kann von Gegenständen (Möbel, Fußboden etc.) folgendermaßen entfernt werden:

Ist PCB auf glatten Untergrund wie Holz (Möbel), PVC, Linoleum oder Steinfliesen getropft und hat hier Lachen gebildet, dann muß auf den eigentlichen kontaminierten Bereich selbst und auf den sich unmittelbar daran anschließenden, nicht kontaminierten Bereich eine dichte vollständig abdeckende Schicht handelsüblicher Bleicherde, Ölbinder oder Kieselgur aufgetragen werden.

Geeignet sind auch feines Sägemehl sowie feiner Sand. Es ist ratsam, diese Materialien mit der Hand (Schutz durch Handschuhe, siehe unten) vorsichtig anzudrücken und mehrere Stunden oder von einem zum anderen Tag in dieser Weise zu belassen. Dadurch wird genügend Zeit für eine Aufnahme des PCB in das aufsaugende Material vorgegeben. Es können auch Aufsaugschläuche, Aufsaugtücher oder Aufsaugkissen eingesetzt werden. Ein Übergang des PCB von diese» Material in die Raumluft findet praktisch nicht statt; um dennoch einer nicht auszuschließenden, wenn auch äußerst geringen Belastung der Innenraumluft vorzubeugen, wird empfohlen, für eine Lüftung des betreffenden Raumes durch geöffnete Fenster zu sorgen.

Nach Ablauf der vorgegebenen Zeit muß das getränkte Material vorsichtig unter Vermeidung von Aufwirbelungen mit Schippe oder Schaufel und Besen oder Handfeger aufgenommen und in ein auslaufsicheres und abdeckbares Behältnis gegeben werden. Um Restbestände an PCB auf dem Untergrund zu entfernen, muß der Untergrund mit einem wässrigen Reinigungsmittel, das eine handelsübliche Seife enthält, unter Zuhilfenahme einer Bürste vorsichtig gereinigt werden.

Durch das Verreiben von Reinigungsmittel und PCB wird PCB in der Seifenlösung emulgiert und vom Untergrund abgelöst. Mit einem saugfähigen Lappen wird das Reinigungsmittel zusammen mit dem PCB ebenfalls in das bereits genannte Behältnis überführt. Der Lappen muß dazugegeben werden.

Sollten an der Schaufel PCB-Reste verblieben sein, sind sie ebenfalls mit de» Reinigungsmittel zu entfernen. Der Handfeger sollte Reste des saugfähigen, mit PCB beladenen Materials nach leichtem Abklopfen in dem Behältnis nicht länger aufweisen. In keinem Fall sollte er nach dieser Maßnahme für andere Reinigungszwecke, sondern nur noch zur Entfernung PCB-haltiger Materialien verwendet werden. Ist PCB auf Teppichboden getropft, sollte der kontaminierte Bereich ausgeschnitten und entfernt werden. Die Anwendung saugfähiger Materialien führt hier nicht zur erfolgreichen Entfernung von PCB. Die mit der Beseitigung befaßten Personen müssen Gummihandschuhe oder sonstige, gegen Chlorkohlenwasserstoffe beständige Handschuhe zum

Schutz der Haut und einen einfachen aus papier- oder zellulosehaltigem Material bestehenden Schutz gegen Stäube tragen, der Nase und Mund bedeckt, und der in Baumärkten erhältlich ist. (Ein geeigneter Handschuh ist z.B. der Double-Grip 433 der Firma Industrie-Schutz-Produkte GmbH in Lüneburg.). Nach dem einmaligen Gebrauch sind die Handschuhe zu entsorgen, da die erwähnten Stoffe den benetzten Handschuh nach kurzer Zeit durchdringen, und damit der Handschuh unwirksam wird.

Der Schutz bei Verwendung von PVC-haltigen Einmalhandschuhen ist nur auf wenige Minuten begrenzt. Das Schutzhandbuch-Merkblatt GUV 20.17 empfiehlt Naturkautschuk-Handschuhe.

Die Schutzhandschuhe sind als Sonderabfall gemäß Abfallgesetz 2 (1) 1. und (2.) zu beseitigen.

Falls die Entfernung des PCB von Kunststoffen oder lackierten Oberflächen nicht möglich ist, sind die betreffenden Gegenstände als Sonderabfall vorschriftsmäßig zu beseitigen.

- Demontierte PCB-belastete Teile sind in Spezialbehältern zu sammeln, über deren Beschaffung die Umweltbehörde, Amt für Umweltschutz, Überwachung, Abteilung K2, Abfallentsorgung, Hammer Landstr. 12-14, Hamburg 26, (BN : 9.54-4329/4235/4345) Auskunft gibt. Mit dieser Stelle ist auch zu klären: Genehmigung und Durchführung des Abtransportes, zugelassener Spediteur, erforderliche Begleitpapiere, Ablieferungsstelle.
- Vorschriftsmige Sammel- und Transportbehälter können von der
Firma EES Jürgen Scholz GmbH
Sportallee 66, 2 Hamburg 63
Tel.: 5009208
bezogen werden. Diese Firma ist zur Zeit auch die zugelassene Ablieferungsstelle.
- Aus der Bemerkung 2 der Ausnahme Nr. S 60 der Gefahrgutverordnung Straße - GGVS - ist zu entnehmen, daß die aus PCB-haltigen Leuchtenkondensatoren ausgetretene Flüssigkeit bis 31.12.1990 in Mengen bis zu 21 ohne besondere Transportgenehmigung unmittelbar bei der Sammelstelle angeliefert werden darf, wenn eine flüssigkeitsdichte Verpackung verwendet wird. Da normalerweise das ausgetretene PCB mit saugfähigem Material (Sägespäne, Putzlappen, Sand u..) aufgenommen wird, ist die darin enthaltene Flüssigkeitsmenge abzuschätzen.
- Eine Menge von bis zu 10 kg Kleinkondensatoren darf in einem z.B. von der Fa. Scholz bereitgestellten, auslaufsicheren Behältnis aus Metall oder Kunststoff bis zu 30 l Inhalt mit entsprechend hinzugefügten, oben erwähnten Aufsaugmitteln ohne gesonderte Transportgenehmigung bei der Fa. Scholz angeliefert werden.
- Eine vorübergehende Zwischenlagerung in einem abgeschlossenen Raum, z.B. bis zum Abschluß der Demontearbeiten, ist statthaft, sofern diese in den für den Transport vorgesehenen Behältnissen erfolgt und sichergestellt ist, daß von den PCB-belasteten Bauteilen keine weitere Kontamination der Umwelt ausgehen kann. Der Raum muß feuergeschtzt sein, und Unbefugte dürfen keinen Zutritt haben. Bei größeren Mengen von PCB-Kondensatoren ist der Raum bei längerer Lagerdauer zu kennzeichnen.
- Für die Zwischenlagerung und den Transport von PCB-Kleinkondensatoren in einer Menge von mehr als 10 kg ist ein Begleitscheinverfahren der Umweltbehörde, z.B. ber die Fa. Scholz, durchzuführen.

Hinweis auf:

Innenraumbeleuchtung mit künstlichem Licht in öffentlichen Gebäuden (Beleuchtung 92)

Herausgeber:

Arbeitskreis Maschinen- und Elektrotechnik staatlicher und kommunaler Verwaltungen (AMEV)

Vertrieb:

Druckerei Bernhard GmbH, Weyersbusch 8, 42929 Wermelskirchen
Tel. 02196/6011
Fax 02196/81515

Betr.: ASBEST-Sanierung

hier: Leitfaden zur Sanierung von asbesthaltigen
Dichtungen an Gasaußenwandöfen (G.A.W.Ö.)

Vorbemerkung

Die Entsorgung der GAWÖ ist gemäß Merkblatt vom Amt für Arbeitsschutz Hamburg (AfA) als "Arbeiten geringen Umfanges" einzustufen. Dieses Kriterium und die zudem zu beachtenden weiteren Merkblätter des AfA sowie die TRGS 519 und die Technischen Baubestimmungen - Asbest - sind Grundlage für den nachfolgend tabellarisch aufgezeigten Handlungsweg.

Die Eintragdaten in den Leitlinienübersichten I und II sind als Entscheidungshilfen gedacht. Sie geben beispielhaft Auskunft über bisher festgestellte Asbestfunde am Gerät selbst, im Wanddurchgangsbereich des Zu-/Abluftrohres und an innenliegenden Abgasrohren.

Während unter I (Voruntersuchung) eine mögliche Untersuchungsmethode zur Asbestauffindung vorgegeben ist, ist unter II (Leitlinie) ein möglicher Entsorgungsgang aufgezeigt.

Die Zuordnungsfälle konnten in der Leitlinienliste nicht mit ausführlichen Texten aufgenommen werden. Daher treten anstelle des Textes Eintragdaten, die gemäß Zuordnungsnummer Eingang in die Tabelle finden. Außerdem ist im abgeteilten Anhang dieser Tabelle ein Hinweis gegeben, welche Außenwandschalen bei den bisher bekannten Gebäudetypen angetroffen wurden und von welcher Seite aus die Sanierung aufgrund des Wandaufbaues durchgeführt werden kann.

Das Entfernen von Weichasbestpaste aus Abgasrohrfugen wird hierbei nicht behandelt.

А Б В Г Д Е Ж З И Й К Л М Н О П Р С Т У Ф Х Ц Ч Ш Щ Ъ Ы Ь Э Ю Я

III Leitlinie für Sanierung

- Schaulochschiließung oder Ersatz der Fassadenplatten

ja/nein

11
 12
 13
 14
 15
 16
 17
 18
 19
 20
 21
 22
 23
 24
 25
 26
 27
 28
 29
 30
 31
 32
 33
 34
 35
 36
 37
 38
 39
 40
 41
 42
 43
 44
 45
 46
 47
 48
 49
 50
 51
 52
 53
 54
 55
 56
 57
 58
 59
 60
 61
 62
 63
 64
 65
 66
 67
 68
 69
 70
 71
 72
 73
 74
 75
 76
 77
 78
 79
 80
 81
 82
 83
 84
 85
 86
 87
 88
 89
 90
 91
 92
 93
 94
 95
 96
 97
 98
 99
 100
 101
 102
 103
 104
 105
 106
 107
 108
 109
 110
 111
 112
 113
 114
 115
 116
 117
 118
 119
 120
 121
 122
 123
 124
 125
 126
 127
 128
 129
 130
 131
 132
 133
 134
 135
 136
 137
 138
 139
 140
 141
 142
 143
 144
 145
 146
 147
 148
 149
 150
 151
 152
 153
 154
 155
 156
 157
 158
 159
 160
 161
 162
 163
 164
 165
 166
 167
 168
 169
 170
 171
 172
 173
 174
 175
 176
 177
 178
 179
 180
 181
 182
 183
 184
 185
 186
 187
 188
 189
 190
 191
 192
 193
 194
 195
 196
 197
 198
 199
 200
 201
 202
 203
 204
 205
 206
 207
 208
 209
 210
 211
 212
 213
 214
 215
 216
 217
 218
 219
 220
 221
 222
 223
 224
 225
 226
 227
 228
 229
 230
 231
 232
 233
 234
 235
 236
 237
 238
 239
 240
 241
 242
 243
 244
 245
 246
 247
 248
 249
 250
 251
 252
 253
 254
 255
 256
 257
 258
 259
 260
 261
 262
 263
 264
 265
 266
 267
 268
 269
 270
 271
 272
 273
 274
 275
 276
 277
 278
 279
 280
 281
 282
 283
 284
 285
 286
 287
 288
 289
 290
 291
 292
 293
 294
 295
 296
 297
 298
 299
 300
 301
 302
 303
 304
 305
 306
 307
 308
 309
 310
 311
 312
 313
 314
 315
 316
 317
 318
 319
 320
 321
 322
 323
 324
 325
 326
 327
 328
 329
 330
 331
 332
 333
 334
 335
 336
 337
 338
 339
 340
 341
 342
 343
 344
 345
 346
 347
 348
 349
 350
 351
 352
 353
 354
 355
 356
 357
 358
 359
 360
 361
 362
 363
 364
 365
 366
 367
 368
 369
 370
 371
 372
 373
 374
 375
 376
 377
 378
 379
 380
 381
 382
 383
 384
 385
 386
 387
 388
 389
 390
 391
 392
 393
 394
 395
 396
 397
 398
 399
 400
 401
 402
 403
 404
 405
 406
 407
 408
 409
 410
 411
 412
 413
 414
 415
 416
 417
 418
 419
 420
 421
 422
 423
 424
 425
 426
 427
 428
 429
 430
 431
 432
 433
 434
 435
 436
 437
 438
 439
 440
 441
 442
 443
 444
 445
 446
 447
 448
 449
 450
 451
 452
 453
 454
 455
 456
 457
 458
 459
 460
 461
 462
 463
 464
 465
 466
 467
 468
 469
 470
 471
 472
 473
 474
 475
 476
 477
 478
 479
 480
 481
 482
 483
 484
 485
 486
 487
 488
 489
 490
 491
 492
 493
 494
 495
 496
 497
 498
 499
 500
 501
 502
 503
 504
 505
 506
 507
 508
 509
 510
 511
 512
 513
 514
 515
 516
 517
 518
 519
 520
 521
 522
 523
 524
 525
 526
 527
 528
 529
 530
 531
 532
 533

la) Ohne Abschottung zu unbelasteten Räumen

- 1b) Mit Abschottung (Lattenrost/Folie)

- Asbestentnahme von außen her bleibt die Ausnahme. Nachteil: Es muß von innen her abgestaubt sein und Gerätedichtung muß extra nach 1a) entsorgt werden.

- ## 2. Sanierung nach Methode I

Ausbau von Weichasbest möglichst feucht.

- 2a) Entfernen von Weichasbestdichtungen am Gerät.
Ausbau von Weichasbest möglichst leucht.
- 2b) Entfernen (von innen) des Weichasbestes aus der Wandkonstruktion bzw. Deckenkonstruktion.
- 2c) Entfernen (von außen, nur Ausnahmefall) des Weichasbestes aus der Wandkonstruktion.

- 2a) Ausgebaute oder abgesaugte Asbestteile in gekennzeichnete staubdichte Plastikbeutel geben und in fest gekennzeichneten Behältern bis zur Deponiezuführung aufbewahren. Deponierung nur auf Deponie für Sonderabfall

3a) Grundlegende Säuberung aller Oberflächen, Saugen und Nassreinigung (Saugerätstandort innerhalb und außerhalb der Abtrennung).

Objekt/Asbest Wandkonstruktion	Gebäudetypen				Bauliche schutz- maßnahmen	Sanierung nach Methode I	Reinigung Sanier- bereich	Abschluß- arbeiten
	Kesseltv- bau	Turn- halle	Ofen	Zentral				
GAM-Öfen, Asbestdichtung an - Schauglas- u. Brennerflansch mit	x	x	x	x	1a	2a+2d	3b	4c/4e/4d
Außenwanddurchgang Zu-/Abluft - Asbeststopf um Abluftrohr - Asbestementplattenhinterlegung mit Asbeststreifen bei Holz- ständerwerk			x	x	1b	2a+2b/2c+2d	3a+3b+3c	4a+4b+4c/4d
- Asbestplattenverstärkung bei Beplankung im Rohrdurchgangs- bereich			x	x	1b	2a+2b+2d	3a+3b+3c	4a+4b+4c/4d
- Asbestpappe im Wandfutter	x	x	x	x	1b	2a+2b/2c+2d	3a+3b+3c	4a+4b+4c/4d
- Asbestübergang zum Gerät	x	x	x	x	1b	2a+2d	3a+3b+3c	4a+4b+4c/4d
- Asbeststopf bei Deckendurch- gang (nur bei Innenraumaufstell.)	x	x	x	x	1b	2a+2b+2d	3a+3b+3c	4a+4b+4c/4d
Außenwandschale - Mauerwerk - Betonfertigteil - Holzständer mit Flächenbeplank.	x	x				2b/2c 2b 2b/2c		

- 3b) Restfaserbindung am Gerät und wenn nötig auf
alten baulichen Oberflächen innerhalb der Ab-
trennung.

- 3c) 30facher Luftwechsel, Freimessungen sind nicht erforderlich.

4a) Feinreinigung des Sanierbereichs und, wenn nötig, auch Abgrenzbereich.

- 46) Abbau der Abschottung.

- 4c) Aufbringung der Ersatzdichtungen.

- 4d) Trennung von Asbest und Schrott für Deponierung
- 4e) Asbestfreie Dichtungen an Öfen kennzeichnen.

Stand: März 1993



Stromkosten in Verwaltungsgebäuden

Der jährliche Stromverbrauch der städtischen Dienststellen (ohne öffentliche Straßenbeleuchtung) beträgt derzeit etwa 490.000 Megawattstunden. Die jährliche Stromrechnung der Stadt beläuft sich mittlerweile auf ca. 134 Millionen Mark und liegt deutlich über den jährlichen Heizkosten der städtischen Dienststellen mit derzeit ca. 90 Millionen Mark.

Um den Stromverbrauch weiter zu drosseln, hat der Senat am 13. Juli 1993 ein von der Umweltbehörde erarbeitetes „**Programm zur Einsparung von Elektroenergie in öffentlichen Gebäuden der Freien und Hansestadt Hamburg**“ beschlossen.

Das Programm ist mit der Zielsetzung erstellt worden, Produktivität und Effektivität der auf das Stromsparen gerichteten Aktivitäten bei zunächst unveränderten Mittelressourcen zu steigern und Anforderungen für die Berücksichtigung von Einspartechniken bei künftigen Hochbaumaßnahmen festzulegen. Wesentlicher Bestandteil des Stromeinsparprogrammes ist die vom Senat zugleich beschlossene „**Handlungsanweisung zum sparsamen Einsatz von Elektroenergie**“. Mit der nachfolgend abgedruckten Anordnung hat der Senat für den gesamten Bereich der Stromwendungen einen Anforderungskatalog für Planer und Nutzer von Gebäuden und technischen Ausrüstungen sowie für beschaffende Dienststellen festgelegt.

Die Dienststellen werden um Beachtung und Unterrichtung der Mitarbeiter gebeten.

2. 8. 93
- A 402 -

Umweltbehörde
- Energieabteilung -

MittVw 1993 Seite 327

Handlungsanweisung des Senats zum sparsamen Einsatz von Elektroenergie

(Beschluß des Senats vom 13. Juli 1993)

Inhalt:

- I. Vorbemerkung
- II. Regelungen
 1. Allgemeine Anforderungen
 2. Steuerungseinrichtungen
 3. Beleuchtung
 4. Elektrische Maschinen
 5. Elektrowärme
 6. Elektrokälte

I. VORBEMERKUNG

Die Handlungsanweisung zum sparsamen Einsatz von Elektroenergie faßt Möglichkeiten zum rationalen Elektroenergieeinsatz zusammen. Sie dient dem Fachpersonal der öffentlichen Verwaltung bei

- Planung,
- Beschaffung,
- Nutzung,
- Betrieb,
- Instandhaltung und
- Beratung/Schulung,

stromoptimierte Zustände zu realisieren. Ideen, die über die Handlungsanweisung hinausgehen, können jederzeit eigenmotiviert mit integriert werden.

Die Handlungsanweisung soll sicherstellen, daß – soweit bekannt – sämtliche Einsparmöglichkeiten bei

- Neu-, Um- und Erweiterungsbauten und
- Neu- und Ersatzbeschaffungen

berücksichtigt werden und in Kenntnis der Kosten, der technischen Realisierbarkeit und/oder den Vorgaben des Bedarfsträgers – soweit möglich –

- durch Einzelveranschlagung im Haushaltsplan,
- im Rahmen des Energiesparprogrammes (Titel 8610.791.10) bzw.
- im Rahmen der HEW-Kaufratenfinanzierung oder
- als Pilotprojekt der Umweltbehörde (Titel 8610.893.91)

zur Umsetzung gelangen.

Dies erfolgt im Rahmen der nach wie vor geltenden Senatsbeschlüsse zum Hamburgischen Programm zur Einsparung von Energie (Bürgerschaftsdrucksache 9/1404) vom 30.10.1979:

1.

Bei der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie bei Bauunterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sollen über die einschlägigen Vorschriften hinausgehende Maßnahmen mit höherer energiesparender Wirkung dann vorgesehen werden, wenn die Kapitalkosten bzw. Kapitalmehrkosten dieser Maßnahme (Verzinsung und Abschreibung) und sonstige Betriebskosten zu mehr als 2/3 durch die zu erzielenden Energiekosteneinsparungen (nach jeweils aktuellen Preisen zum Zeitpunkt der Aufstellung der Haushaltsunterlage – Bau –) gedeckt werden.

2.

Die Behörden werden aufgefordert, bei dem Einsatz der im Kontenrahmen für Sachausgaben und in den Betriebskonten veranschlagten Bauunterhaltungsmittel verstärkt energiesparende Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

3.

Die hausverwaltenden Dienststellen werden angewiesen, die Nutzung der Räume und Gebäude außerhalb der allgemeinen Dienstzeit bezüglich Ort, Zeit und Beheizungsmöglichkeit unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparung zu koordinieren.

II. REGELUNGEN

1. Allgemeine Anforderungen

1.01

Gebäude und betriebstechnische Einrichtungen sind streng nach den geltenden Vorschriften und anerkannten Regeln der Technik zu planen und zu betreiben. So dürfen z. B. Beleuchtungseinrichtungen oder die Pumpenleistung von Heizungsanlagen nicht überdimensioniert sein. Anlagen- und gerätespezifische Verluste sind zu minimieren. Z. B. sind Transformatoren mit verringerten Verlusten oder Lüftungsmotoren mit hohem Wirkungsgrad zu installieren.

1.02

Elektrotechnische Einrichtungen sind nur zur bestimmungsgemäßen Nutzung zu beschaffen und zu betreiben. Nutzloser Betrieb, z. B. in der Nacht oder am Wochenende, ist zu verhindern.

1.03

Technische Einrichtungen sind so zu betreiben, daß nur ein möglichst geringer Elektroenergieverbrauch entsteht. Beispielsweise wird dies erreicht durch rechtzeitigen Filterwechsel bei Lüftungsanlagen, durch saubere Kühlaggregate an Kühlschränken oder entkalkte Waschmaschinen sowie Druckluftanlagen ohne Leckagen.

1.04

Der Betrieb von gebäude- und betriebstechnischen Einrichtungen ist gemäß der Spezifikation des Herstellers sicherzustellen. Die Betriebsunterlagen sind bei der Übergabe mit den Angaben über Temperatur, Druck und Feuchte u. ä. auszuhandigen.

1.05

Allgemein zugängliche Steckdosenkreise sind, wenn keine nutzerspezifischen Planungsdaten vorliegen, geringer abzusichern als vom Kabelquerschnitt her möglich ist.

1.06

Bei der Beschaffung elektrischer Einrichtungen und Geräte ist Anlagen mit dem geringsten Elektroenergieverbrauch der Vorzug zu geben. Zum Vergleich des Energieverbrauchs sind Prüferzeugnisse heranzuziehen.

1.07

Es sind neue Technologien mit innovativer, elektroenergiesparender Wirkung zu fördern.

1.08

Bei der Nutzung von Privatgeräten in Diensträumen gelten die gleichen strengen Maßstäbe an den Energieverbrauch wie bei der Beschaffung und dem Betrieb von behördlichen Anlagen und Einrichtungen.

1.09

Bei gewerblich betriebenen Geräten in Dienststellen, z. B. Warm- und Kaltgetränkeautomaten, Kopierer und Paßbildautomaten, gelten dieselben Anforderungen wie bei behördlichen Einrichtungen. Im Mietzins sind die Elektroenergiekosten nach einer vorhergehenden Referenzmessung separat auszuweisen.

2. Steuerungseinrichtungen

2.01

Für eine bessere Überwachung des Elektroenergieverbrauchs in einzelnen Verbrauchsschwerpunkten sind Elektro-Zwischenzähler zu installieren. Dieses gilt z. B. für große Einzelgebäude, Heizung-/Klima-/Lüftungszentralen, küchentechnische Einrichtungen und Wäschereien.

2.02

Beleuchtungseinrichtungen, die wesentlich vom Tageslicht beeinflußt werden, sind mit einer tageslichtabhängigen Steuerung zu versehen.

2.03

In Liegenschaften mit hohem Leistungsbedarf sind Anlagen zur Leistungsoptimierung einzubauen.

2.04

Gebäude-Leit-Technik (GLT) soll unter dem Gesichtspunkt einer zentralen Energiebewirtschaftung vermehrt eingesetzt werden, z. B. bei der Beleuchtungssteuerung und der Zustandserkennung der Gebäude- und Betriebstechnik/Instandhaltung.

2.05

Soweit sinnvoll, sind gebäude- und betriebstechnische Einrichtungen mittels Schaltuhren und der Sensortechnik zu steuern, z. B. mittels Bewegungsmelder. Dieses gilt u. a. für die Beleuchtung in gering frequentierten Räumen sowie für Kopierer, EDV-Drucker, Getränkeautomaten und Paßbildautomaten.

2.06

Temperatur-, druck- und/oder feuchtabhängige Einrichtungen sind gemäß ihrer bestimmungsmäßigen Auslegung zu betreiben, z. B. Tiefkühltruhen nicht zu kalt und Druckluftanlagen nicht mit zu hohem Druck.

2.07

Thermostaten für elektrotechnische Einrichtungen sind in arretierbarer Ausführung zu installieren.

3. Beleuchtung

3.01

Bei der Planung neuer Gebäude ist vorzusehen, daß Aufenthaltsräume weitestgehend durch Tageslicht beleuchtet werden (siehe auch die rechtlichen Vorgaben der Hamburgischen Bauordnung und des Arbeitsstättenrechts). Hierbei sind ggf. technische Einrichtungen zur Tageslichtnutzung zu berücksichtigen.

3.02

Die Beleuchtungsinstallation muß so ausgestaltet sein, daß die Beleuchtung von Gebäudeteilen oder Räumen entsprechend den Nutzungsanforderungen möglich ist, z. B. getrennte Schaltung in Fluren oder im Fenster- und Türbereich von Räumen.

3.03

Das Reinigungspersonal ist anzuweisen, daß nur soviel Beleuchtung in Betrieb ist, wie zur Reinigung benötigt wird. Bei der Fremdreinigung ist diese Vorgabe im Vertrag mit zu vereinbaren.

3.05

Es sind Leuchten mit möglichst hohen Betriebswirkungsgraden von ca. 70/80 % zu installieren. Ausgenommen sind Leuchten für dekorative Zwecke.

3.06

Röhrenförmige Leuchtstofflampen sind mit einer Lichtausbeute von mindestens 65 Lumen/Watt einzusetzen.

3.07

Es sind nur Leuchten mit verlustarmen Vorschaltgeräten zu installieren.

3.08

Elektronische Vorschaltgeräte sind bei über 2000 Benutzungsstunden/Jahr einzusetzen, z. B. in Fluren mit geringem bzw. ohne Tageslichteinfall, innenliegenden Räumen und Lagerhallen. Bei entsprechender HEW-Abrechnungsvereinbarung kann ein wirtschaftlich vertretbarer Einsatz elektronischer Vorschaltgeräte auch unterhalb von 2000 Benutzungsstunden/Jahr gegeben sein.

3.09

Zur Vermeidung des Kunstlichtbedarfs sind Arbeitsräume hell, d. h. mit hohen Reflexionsgraden, zu gestalten.

3.10

Bei häufigen Lampenschaltungen, d. h. mehr als dreimal pro Tag EIN/AUS sind zur Lampenschonung elektronische Starter zu verwenden.

3.11

Beleuchtungseinrichtungen für Sonderanwendungen, z. B. Gewächsbeleuchtung, sind mit Schaltuhren auszurüsten.

3.12

Tischleuchten sind nur dort vorzusehen, wo die Allgemeinbeleuchtung nicht ausreicht bzw. zur Erfüllung besonderer Sehaufgaben höhere Beleuchtungsstärken erforderlich sind, z. B. im Arbeitsbereich von Maschinen.

3.13

Für die zusätzliche Ausleuchtung von Verkehrswegen/Flure sind Türen möglichst mit transparentem Ausschnitt zu versehen.

4. Elektrische Maschinen

4.01

Auf raumlüftungstechnische Anlagen ist nach Möglichkeit zu verzichten (s. MittVw 1988 S. 154). So ist beispielsweise auch bei der Kühlung von technischen Anlagen (z. B. Transformatoren) möglichst die freie Lüftung vorzusehen.

4.02

Bei der Sanierung, Ersatzbeschaffung oder Erweiterung von Rohrpostanlagen ist eine Umstellung von der schweren Zweirohrtechnik auf die mikroprozessorgesteuerte Einrohrtechnik zu prüfen.

4.03

Motoren sind mit energiesparenden Techniken zu betreiben, z. B. Pumpen, Lüfter und Aufzugsantriebe mit Frequenzregelung.

4.04

Grundsätzlich ist Seilauflügen der Vorzug vor Hydraulikaufzügen zu geben. Hydraulikaufzüge haben gegenüber Seilauflügen einen wesentlich höheren Energieverbrauch.

4.05

Heizungs-/Klima-/Lüftungsanlagen sind an günstigen Gebäudestandorten zu planen, um kurze Kanalnetze zu ermöglichen. Hierbei sind auch die Querschnitte für Steigschächte und Kanalführungen so groß zu wählen, daß nur geringe Reibungsverluste entstehen.

5. Elektrowärme

5.01

In Küchen, Wäschereien und ähnlich gelagerten Einrichtungen ist dem Gas Vorrang vor dem Strom zu geben.

5.02

Elektrodirektheizungen, wie z. B. Heizlüfter, Wandkonvektoren sind gegen zentrale oder dezentrale Warmwasseranlagen auszutauschen oder an vorhandene Anlagen anzuschließen. Das gilt auch für Einrichtungen zur Erwärmung von Notstromdieseln und für den Einsatz von Nachtspeicherheizungen.

5.03

Elektrische Rohrbegleitheizungen, Dachrinnenbeheizungen und Rampenbeheizungen sollen nicht verwendet werden. Es ist so zu planen, daß auf eine derartige Beheizung verzichtet werden kann.

5.04

Dezentrale Elektrowarmwasserbereitung ist nur unter den vom Senatsamt für den Verwaltungsdienst – Organisationsamt – mit Rundschreiben vom 21. 1. 1982 geregelten Voraussetzungen zulässig. Die darin genannten Elektro-Boiler sind als Heißwassergeräte mit Abschalt-Thermostat auszuführen.

5.05

Bei Wärmeprozessen, z. B. beim Kochen, Waschen und Trocknen sollte nur die unbedingt erforderliche Prozeßtemperatur gewählt werden.

5.06

Systeme zur Händetrocknung mit elektrischer Warmluft in WC's sind nicht einzusetzen.

5.07

An Kochkesseln und ähnlichen Geräten sollten Außenthermometer installiert sein.

6. Elektrokälte

6.01

Kältetechnische Einrichtungen sind so zu installieren und zu betreiben, daß möglichst wenig Elektroenergie verbraucht wird, die Geräte ausgelastet sind, nur ein möglichst geringer Eisansatz am Kälteteil vorhanden ist und die erforderlichen Kühltemperaturen nicht unterschritten werden. Die Möglichkeit der Wärmerückgewinnung ist grundsätzlich zu prüfen.

6.02

Klimaanlagen mit Kühlung dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn gesetzliche Normen dies erfordern oder sonstige zwingende Gründe vorliegen.

6.03

Statt einer Vielzahl von Einzel-Kühlmöbeln sind für einen Nutzungsbereich kompakte Zellenlösungen, mit verschiedenen, integrierten Temperaturbereichen vorzuziehen.

6.04

Eine Standardbeschaffung von Kühlschränken ist grundsätzlich ohne Tiefkühlfach vorzunehmen, da Kombinationsgeräte einen wesentlich höheren Elektroenergieverbrauch haben.

6.05

Für Kühlmöbel sind gut wärmedämmende Nachtabdeckungen zu verwenden.

6.06

Statt der Verwendung von Tiefkühlware bei der Speisenzubereitung sind weniger elektroenergieaufwendige Prozesse anzustreben.

B a u b e h ö r d e

- Hochbauamt -

Abteilung Zentrale Fachaufgaben

- H I I C -

Hamburg, den 04.11.1993

Empfehlung zur Vermeidung eines
Legionella-Infektionsrisikos durch
technische Maßnahmen

Allgemeines zur Herkunft und Infektion durch Legionellen

Bei den Legionellen handelt es sich um Bakterien, die in der Natur als Bestandteil der Mikroflora des Wassers in einer Vielzahl von Wasserarten nachgewiesen wurden.

Sie können daher jederzeit in wasserführende technische Systeme wie Warmwasserinstallationen, einschließlich Warmwasserbereiter, Warmsprudelbecken (Whirlpools) sowie offene und halboffene Rückkühlwerke von technischen Anlagen (z.B. Kompressoren, Dampferzeuger, raumlufttechnische Anlagen) gelangen.

Die Vermehrung der Legionellen vollzieht sich bei Wassertemperaturen ab 25 Grad C nur langsam und nimmt bis etwa 45 Grad C zu. Ab etwa 55 Grad C nimmt die Nachweishäufigkeit der Keime deutlich ab. Als besonders risikoreich muß die Kombination von Temperaturen zwischen 30 und 50 Grad C mit langen Verweilzeiten angesehen werden.

Die Legionellen benötigen für die Vermehrung neben den günstigen Wachstumstemperaturen eine geeignete Nahrungsgrundlage. Verunreinigungen in Behältern und technischen Anlagen in Form von Schlammablagerungen, Sedimenten und Inkrustierungen, aber auch Elastomere, die für Schläuche und Dichtungen Verwendung finden, kommen als solche in Betracht.

Inzwischen sind 33 Arten mit 50 Serogruppen bekannt, von denen als epidemiologisch wichtigste Spezies *Legionella pneumophila* zu bezeichnen ist.

Legionelleninfektionen wurden vor allem festgestellt, wenn aus kontaminiertem Wasser Aerosole entstanden und diese eingeatmet wurden. Ein Gefährdungspotential durch erwärmtes Trinkwasser wird deshalb vor allem dort gesehen, wo dessen Nutzung zur Aerosolbildung führt.

Die für Menschen infektiöse Dosis ist bislang nicht bekannt. Ein erhöhtes Risiko besteht bei Krankenhauspatienten sowie bei Personen, die durch eine Schwächung des Immunsystems besonders anfällig sind und bei älteren Menschen.

Es gilt deshalb, durch entsprechende technische Maßnahmen Vorkehrungen zu treffen, um den Legionellen keine günstigen Bedingungen für eine Vermehrung zu ermöglichen.

Nachfolgend werden anhand der vom Bundesgesundheitsamt genannten Teilmaßnahmen Lösungsmöglichkeiten zur Verminderung eines Legionella-Infektionsrisikos aufgezeigt.

Geltungsbereich

Die nachfolgenden Planungshinweise gelten vorrangig für Versorgungsbereiche, die der Bestimmung nach regelmäßig von Personen mit Krankheits-, Behandlungs- und/oder altersbedingter Beeinträchtigung des körpereigenen Abwehrsystems genutzt werden, wie bestimmte Krankenhausbereiche sowie Alten- und Altenpflegeheime.

Sie behandeln in unterschiedlicher Intensität die Bereiche

- Trinkwasserinstallation
- Warmsprudelbecken (Whirlpools)
- raumluftechnische Anlagen (einschließlich Rückkühlwerke).

Es wird primär versucht, die Empfehlungen des Bundesgesundheitsamtes kostenneutral umzusetzen. Soweit dies nicht möglich ist, werden Lösungen vorgeschlagen, die besonders wirtschaftlich realisiert werden können.

1. Trinkwasserinstallation

1.1 Erwärmung des Wassers

- Eine gleichmäßige Wassertemperatur von 60° C (Halte-temperatur) in der Trinkwassererwärmungsanlage nach DIN 1988 Teil 2 ist vorzuhalten. Ein intervallmäßiges Erwärmen des Anlagensystems auf ca. 70° C muß möglich sein.

Die Warmwassertemperatur muß unmittelbar vor dem Mischen am Auslaß noch mindestens 55° C betragen (siehe BGA-Richtlinie Anlage zu Ziffer 4.4.6 und 6.7, 1988).

1.2 Einsatz dezentraler Durchlauferhitzer ohne Speicherung/ Begrenzung des Speichervolumens im WW-Netz.

Der Vorschlag zielt auf eine Begrenzung der Verweilzeit des erwärmten Wassers im Trinkwarmwassernetz ab. Das Ziel kann durch verschiedene sich ergänzende Maßnahmen erreicht werden:

- Die Aufheizleistung - der Wärmetauscher der Speicherwassererwärmer bzw. der Durchlauferhitzer - ist unter Berücksichtigung der bei kleineren Speichern auftretenden höheren Spitzenlast der Warmwasserabnahme auszulegen. Evtl. Engpässe in der Heizwärmebereitstellung können durch heizwassertemperaturgesteuerten Vorrangbetrieb der Wärmeerzeuger für die

Warmwasserbereitung oder auch durch Heizwasserspeicherung aufgefangen werden.

Der Einsatz von Speichern im Trinkwassernetz ist auf die regeltechnisch notwendige Mindestgröße zu beschränken. Das Wasservolumen des gesamten Warmwassernetzes darf den Wert des täglichen Wasservolumenstromes keinesfalls übersteigen. Kleine Speicherwasservolumina gewährleisten zudem eine rasche Verstellbarkeit der Temperatur des Warmwasserversorgungssystems .

- Trinkwasserspeicher und auch Speicherwassererwärmer sind so auszubilden und in den Wasserdurchfluß, einschl. der Warmwasserzirkulation, einzubinden, daß im voll aufgeladenen Speicher Zonen niedrigerer Warmwassertemperatur nicht auftreten können. Die Speicher sind grundsätzlich so auszubilden und an das Trinkwassernetz anzuschließen, daß sie während des Betriebes in allen Teilen ständig durchspült werden und die Verweildauer des Warmwassers in ihnen nicht größer ist als in den übrigen Teilen des Systems.
- Das Wasservolumen im Warmwasserleitungsnetz ist so gering wie möglich zu halten. Dem dient die nach DIN 1988/Dez. 88 zulässige Erhöhung der max. Fließgeschwindigkeit in den Auslaufleitungen bei Fließdauer ≤ 15 min. von 2 auf 5 m/s; die Fließgeschwindigkeit in den Zirkulationsleitungen bleibt jedoch nach wie vor auf 0,5 m/s begrenzt.

1.3 Regelmäßige Reinigung von Trinkwassererwärmern (Speicher)/Materialien

Nach dem Ergebnis der Untersuchungen über Legionellenvorkommen in Trinkwassernetzen wird davon ausgegangen, daß sich Legionellen vor allem in grob verschmutzten Bereichen der Speicher oder des Rohrnetzes aufhalten und vermehren. Dort sind sie gegen chemische und ggf. auch thermische Desinfektion weitgehend geschützt. Die Verschmutzung der wasserführenden Teile eines Trinkwassernetzes ist daher insbesondere durch folgende Maßnahmen gering zu halten:

- Der Eintrag von Ablagerungen aus dem vorgeschalteten Trinkwassernetz ist durch ausreichend dimensionierte und ausreichend feine Filter (max. Partikelgröße 250 μm) zu verhindern. Die Filterreinigung muß ohne größeren technischen Aufwand durch das Hauspersonal möglich sein.

- Das Trinkwassernetz ist so zu dimensionieren und zu konfigurieren, daß sich durch das Filter eingedrungene Schlämme oder beim Aufheizen des Wassers sich bildende Sedimente im Rohrnetz nicht absetzen können. Deshalb sind sprunghafte Geschwindigkeitsreduzierungen in Strömungsrichtung zu vermeiden und sämtliche Bögen und Abzweigungen so strömungsgünstig auszuführen, daß Wirbel, in deren Totzonen sich Ablagerungen bilden können, vermieden werden.
- Trinkwasserspeicher sind grundsätzlich so auszubilden, daß sie ohne größeren technischen Aufwand durch das Bedienungspersonal auf einfache Weise zu öffnen und zu reinigen sind.
- Für das Trinkwassernetz einschl. der Armaturen und Speicher sind grundsätzlich nur Materialien zu wählen, bei denen Wasser der ortsüblichen Qualität nicht zur Inkrustation und Korrosion führt. Üblicherweise wird diese Forderung bei qualifizierter Planung von Kupfer, verzinktem Stahl - bzw. bei Speichern - emaillierten Oberflächen oder nichtrostendem Stahl erfüllt. Eine gutachterliche Stellungnahme anhand der Wasseranalyse nach DIN 50 930, Teil 1 ist für größere Anlagen unverzichtbar.
- Kunststoffe dürfen in Kalt-/Warmwassernetzen (einschließlich der Wärmetauscher und Speicher) nur eingesetzt werden, wenn nachgewiesen ist, daß sie nicht zu einer Erhöhung des Legionellenbesatzes beitragen.

1.4 Duschschräuche und Köpfe

Zur Begrenzung des Risikos von Legionella-Infektionen soll bezüglich Art und Wirkungsweise der Auslaufarmaturen folgendes beachtet werden:

- Auslaufarmaturen sollen eine möglichst geringe Aerosolbildung verursachen. Dies gilt insbesondere für die Auslaufarmaturen von Duschen, in gewisser Weise jedoch ebenso für die Ausläufe bei Waschbecken oder Wannen.
- Duschköpfe und Handbrausen sowie die Einsätze an Auslaufarmaturen von Waschbecken sollten möglichst so angebracht werden, daß deren Demontage zur Reinigung in Spülmaschinen oder zur Desinfektion in Autoklaven und die folgende Montage leicht möglich sind.

1.5 Absperren nicht (oder selten) durchflossener Leitungs- anteile und -anschlüsse

Bei der Planung und Ausführung von Trinkwasserleitungen ist darauf zu achten, daß im Normalbetrieb nicht durchflossene Bereiche entfallen. Müssen in Einzelfällen Leitungsteile oder Anlagenbereiche für eine spätere oder für eine zeitweise Nutzung vorgehalten werden, so sind sie jeweils nach Gebrauch unter Vermeidung von Toträumen vom aktiven Netz abzuschleiben und zu entleeren.

Vorhandene Trinkwassernetze sind unter Berücksichtigung der v.g. Forderungen zu überprüfen und ggf. festgestellte Toträume oder nicht genutzte Anlagenbereiche abzutrennen oder mindestens abzuschleiben und zu entleeren.

Die Wassererwärmung für entfernte und ggf. wenig genutzte Zapfstellen, insbesondere Duschen, ist dezentral, evtl. auch über andere Energien als Heizwarmwasser vorzunehmen.

1.6 Wärmeschutz bei Warmwasserversorgungsanlagen/ Behandlung des Trinkwassers

Das im Warmwassernetz befindliche Wasser soll möglichst über die gesamte Leitungslänge hinweg die gewählte Temperatur behalten. Dabei ist neben einer ausreichenden Zirkulation der Wärmedurchlaßwiderstand der Wärmedämmung des Leitungsnetzes von großer Bedeutung. In der Nähe von Trinkwarmwasserleitungen sind außerdem Wärmesenken zu vermeiden. Hierzu gehören insbesondere Kaltwasserleitungen. Diese sind außerhalb der Wärmedämmung der Trinkwarmwasserleitungen zu verlegen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß eine Erwärmung des Trinkkaltwasserstranges dort zu Keimwachstum, d.h. auch Legionellenwachstum führt.

Die Aufbereitung von Trinkwasser über Ionenaustauscher, z.B. zur Reduzierung der Kalziumhärte oder des Salzgehaltes und die Impfung des Trinkwassers mit Phosphaten, z. B. zur Verhinderung einer Ablagerung von Karbonaten, können die Vermehrung von Legionellen begünstigen. Die in Ionenaustauschern vorhandenen Kunststoffpartikel können mit den auf ihren Oberflächen angereicherten Salzen nach Feststellungen der Hygieniker günstige Ernährungsbedingungen für Mikroorganismen bieten. Eine vergleichbare Wirkung ist den Phosphaten zuzuschreiben. Trinkwasserbehandlungsanlagen sind

deshalb so zu errichten, daß sie eine Legionellenvermehrung nicht bewirken können. Die Art der Wasseraufbereitung ist mit dem zuständigen Gesundheitsamt/Hygieniker abzustimmen.

2. Warmsprudelbecken (Whirlpools)

Die Forderungen des BGA lauten:

Warmsprudelbecken müssen entsprechend den Festlegungen der DIN-Norm "Aufbereitung und Desinfektion von Wasser für Warmsprudelbecken" (z.Z. als Vornorm-DIN 19 644) ausgeführt und gewartet werden.

Das Problem der Legionellen im Badewasser kann nur zum kleinen Teil durch die Bekämpfung der Erreger im Leitungsnetz gelöst werden.

Rahmenfaktoren für die Sicherheit von Infektionen in Whirlpools. Da sich in Whirlpools sowohl die Besucher als auch die Infektionserreger konzentrieren, sind die Forderungen der Sanitärhygiene hier besonders aktuell. Folgende Punkte sind deshalb zu beachten:

1. Die Dimensionierung von Becken, Speicher und Filteranlage muß ausreichend sein und der Besucherfrequenz entsprechen.
2. Die Betriebsabläufe wie Füllwassereinspeisung, Filtrieren, Filterspülung, Dosierung von Chlor und Flockungsmitteln sowie pH-Wert-Regelung müssen automatisiert sein.
3. Die Wasserführung muß optimiert sein.
4. Die Beckenreinigung hat mindestens einmal wöchentlich zu erfolgen.
5. Die Luftkanäle müssen während der Whirlpausen mit Reinwasser durchspült und desinfiziert werden.
6. Der Baderaum muß gut entlüftet werden, um eine Anreicherung von Aerosol zu vermeiden.
7. Die Badezeit soll auf maximal 20 min. beschränkt sein.

Gemäß dem Gelbdruck der DIN 19 643 vom Mai '93, Seite 9, wird für das Badewasser von Warmsprudelbecken ein minimaler Gehalt an freiem Chlor von 0,7 mg/Liter und ein maximaler von 1,0 mg/Liter festgesetzt.

Die Einrichtung von Whirlpools sollte aus hygienischen Gründen möglichst vermieden werden.

3. Raumluftechnische Anlagen

Maßnahmen zur Minimierung des Infektionsrisikos:

Sie ergeben sich aus der Befolgung der Regeln nach DIN 1946/4 bzw. der entspr. VDI-Richtlinie 3803 bei Planung, Ausführung und Betrieb von RLT-Anlagen in Krankenhäusern.

Besonders wichtig erscheint die Vermeidung von Kurzschlüssen zwischen offenen Rückkühlwerken und Frischluft-Ansaugöffnungen. Ferner sollte die Lage offener oder halboffener Rückkühlwerke nach den Empfehlungen des BGA so gewählt werden, daß ein Aerosoleintrag in Räume mit Personenaufenthalt sowie direkte Immission in Straßenniveau verhindert wird.

Eine Infizierung von Personen ist dann zu befürchten, wenn über die Außenluft oder aus den Be- oder Entfeuchtungszonen der RLT-Anlagen Legionellen in den Aufenthaltsbereich gebracht werden. Wenn raumluftechnische Anlagen die Luft nicht über Keimfilter in die Aufenthaltszonen einblasen, ist sicherzustellen, daß die Luft von ihrer Herkunft und Behandlung her nicht mit pathogenen Keimen belastet ist bzw. wird.

Primär ist deshalb auf die Herkunft der angesaugten Außenluft zu achten. Kühleinrichtungen, die unter Ausnutzung der Verdampfungswärme des Wassers als sog. Feuchtkühltürme betrieben werden und in erheblichem Umfang Aerosole erzeugen, sind deshalb in der Nähe von Ansaugöffnungen raumluftechnischer Anlagen unzulässig. Dabei ist darauf zu achten, daß Aerosole mit dem Wind auch über größere Entfernungen transportiert werden können.

Bei der Luftbehandlung sind Luftwäscher zur Luftbefeuchtung dann auszuschließen, wenn die RLT-Anlagen nicht über keimdichte Endfilter verfügt.

Soweit Verdunstungsbefeuchter eingesetzt werden, ist nachzuweisen, daß diese keine Aerosole abgeben. Die Anströmgeschwindigkeit sollte nicht größer als 3 m/s sein. Die Obergrenze der zulässigen Luftgeschwindigkeit im Befeuchter - in aller Regel darstellbar durch den max. Strömungswiderstand - ist in jedem Einzelfall vom Hersteller festzulegen. Das Betriebspersonal ist darauf hinzuweisen, daß die vorgegebene Obergrenze nicht überschritten werden darf.

Dampfbefeuchter stellen hinsichtlich der Legionellenbildung normalerweise keine Gefahr dar.

Der Betrieb von Luftkühlern kann bei Fehlen bakteriendichter Filter dann kritisch sein, wenn diese mit Temperaturen betrieben werden, die eine Kondensation des in der Luft enthaltenen Wasserdampfes bewirken können. In diesen Fällen ist durch ausreichend dimensionierte Tropfenabscheider ein Aerosoleintrag in die Luft sicher zu vermeiden. Wenn möglich, sollte jedoch der Luftkühler so dimensioniert werden, daß er mit einer Kaltwassertemperatur betrieben werden kann, die eine Wasserdampfkondensation aus der Luftströmung, abgesehen von ganz wenigen sehr feuchten Tagen im Jahr, nicht befürchten läßt. (Entscheidung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten.)

In den Fällen, in denen die Gefahr einer Aerosolver schleppung durch die raumluf ttechnische Anlage nicht ausgeschlossen werden kann, ist im Einvernehmen mit dem Hygieniker bzw. dem zuständigen Gesundheitsamt zuluftseitig ein Keimfilter vorzusehen.

4. Für Fragen zur Infektionsverhütung sind beim Planen, Bauen und Betreiben die für die Hygiene Verantwortlichen zu beteiligen.

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

BAUBEHÖRDE

Hochbauamt
Abteilung Zentrale Fachaufgaben
- H II D -

Hamburg, den 30.06.1994
BN. : 9.40- 3472

Az.: 645.081-9

Sanierung von asbesthaltigen Leuchten

Vorbemerkungen:

In der Gewerbeschule G 16 wurden in Langfeldleuchten asbesthaltige Plättchen zwischen Starterdrossel und Gehäuse festgestellt.

Die Landesunfallkasse (LUK) hat diese Feststellung zum Anlaß genommen, eine diesbezügliche Untersuchung auch in anderen öffentlichen Gebäuden der FHH zu empfehlen.

Bei asbesthaltigen Leuchten ist grundsätzlich von einer Bewertung nach **Dringlichkeitsstufe III** auszugehen. Erst durch Reparatur, Wartung oder Leuchtstofflampenwechsel ist durch die Erschütterung mit Gefahr der Faserfreisetzung die Dringlichkeitsstufe I gegeben, die dann zu einer sofortigen Sanierung bzw. Austausch führen muß. Dabei sind die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen der "Technischen Baubestimmungen Asbest" sowie die Anforderungen nach TRGS 519 für Instandsetzungsarbeiten zu erfüllen.

Für die Sanierung in der G 16 wurde ein Pilot- Verfahren unter sachverständiger Begleitung vorgenommen, um ein Handlungskonzept für Langfeldleuchten mit asbesthaltigen Bauteilen zu erhalten.

Die Ergebnisse aus diesem Pilotprojekt und eine Firmenumfrage sind in einer Leitlinie umgesetzt worden und werden hiermit allen Baudienststellen als Handlungsgrundlage empfohlen.

Danach können die Arbeiten an **Leuchten mit asbesthaltigen Bauteilen ohne Abschottung durchgeführt werden.**

Erläuterungen zum Pilotprojekt:

In 2 Räumen der G 16 wurden unter vollständigem Schutz, (Abschottung und 3- Kammerschleuse) die einzelnen Leuchtenelemente von einer Fachfirma aus der u- förmigen Trägerkonstruktion herausgenommen, die asbesthaltigen Plättchen entfernt, der Leuchtenkörper gereinigt und eine neue Isolierung eingesetzt.

Auf Unterdruck wurde verzichtet, um gleiche Verhältnisse zu schaffen, wie sie ohne Abschottung vorgelegen hätten. Lediglich ein geprüftes Sauggerät der Verwendungskategorie K 1 mit einer Leistung von 2000 m³ Luftumsatz/h nahm Fasern und Ausbaumaterial auf.

Die bei der Sanierung innerhalb der Abschottung begleitend ermittelten Meßergebnisse lagen immer deutlich unterhalb der für Innenräume nach einer Asbestsanierung zulässigen Asbestfaserkonzentration.

Aufgrund der von den Sachverständigen festgestellten Ergebnisse der Faserbelastung kann bei diesen Arbeiten unter Beachtung der vorgenannten Bedingungen daher **auf eine Abschottung verzichtet werden !**

Auf den Personenschutz sollte jedoch aus Sicherheitsgründen nicht verzichtet werden.

Leitlinie zur Sanierung:

A Voruntersuchung

- 1.) Feststellung ob Leuchten asbesthaltig sind,
 - anhand von Auflistungen im Asbestkataster,
 - anhand von Fabrikaten aus der Liste zur Firmenumfrage,
 - anhand entsprechender Erfahrungswerte aus vorangegangenen Sanierungen bzw. Austausch.
- 2.) Bei unbekannten Leuchten ist von einer Asbesthaltigkeit auszugehen, bis
 - eine asbestsachkundige Elektrofirma Asbestfreiheit festgestellt hat,
 - bei asbestverdächtigen Bauteilen Asbestfreiheit durch Probenuntersuchung eines anerkannten Instituts festgestellt wurde.
- 3.) Entscheidung: Sanierung asbesthaltiger Bauteile innerhalb einer Leuchte oder Austausch einer Leuchte.

B Vorgehensweise bei der Sanierung:

Die folgenden Arbeiten dürfen nur von zugelassenen Elektrofirmen und durch Sachkundige nach TRGS 519 bzw. unter deren Aufsicht oder von Asbestsanierungsfirmen vorgenommen werden !

1.) Schutzmaßnahmen:

- Die E- Versorgung zu den Leuchten unterbrechen.

- Mobiliar in Klassenräumen mit Folien befestigt abdecken, bzw. Räume mit wenig Mobiliar ausräumen.
- Personenschutz gem. TRGS 519. Als Atemschutz wird eine P2-Maske empfohlen.

2.) Asbestentfernung:

- Abnahme der Leuchten,
- Ständiges Absaugen bei Demontage der Leuchten im Bereich der Asbestverwendung durch ein nach Verwendungs-Kategorie K 1 geprüftes Sauggerät. Die abgesaugte Luft ist über Schwebstofffilter ins Freie zu führen.
- Asbestbauteil entnehmen und in Behälter mit entspanntem Wasser Zwischenlagern oder staubdicht verpacken.
- Gesamten Leuchtenkörper innen und außen feucht säubern.
- Der Arbeitsbereich darf nicht vor Abschluß der Sanierungsarbeiten, einschließlich Reinigung und Luftwechsel verlassen werden (wie Regelung in "Arbeiten geringen Umfangs" im Sinne der TRGS 519).

3.) Abschlußarbeiten:

- Abdeckfolien und Einweganzüge in staubdichte Folien Säcke verstauen, und Asbestabfall in feuchtem Zustand in zu verschließende Behälter einlagern.
- Alle Flächen, Gegenstände und Abfallbehälter in erforderlichem Maße absaugen.
- Danach 30-fachen Luftwechsel im Sanierraum vornehmen.
- Sanierung durch stichprobenweise Kontrollmessungen von behördlich anerkannten Sachverständigen nach § 4 der Asbestsachverständigen Verordnung bestätigen lassen.

4.) Transport und Entsorgung:

- Der Transport der Abfälle ist innerhalb des Gebäudes nur in luftdicht verschlossenen, dafür geeigneten Behältnissen vorzunehmen und unter Verschuß bis zur endgültigen Entsorgung zwischenzulagern!
- Die endgültige Entsorgung ist gemäß den Bestimmungen nach TRGS 519 und LAGA-Merkblatt vorzunehmen.

5.) Rückbau der Leuchten:

- Leuchten betriebsfertig montieren.
- Prüfen der Leuchtstofflampen auf Gebrauchsfähigkeit. Bei Erfordernis Austausch von Leuchtstofflampen.

- Eventuell noch vorhandene PCB- Kondensatoren gegen PCB-freie austauschen und nach LAGA- Merkblatt entsorgen.
- Kennzeichnung als asbestfreie Leuchten an einer nur für den zuständigen Personenkreis erkennbaren Stelle oberhalb der Leuchte.

C Vorgehensweise beim Austausch von Leuchten:

- Asbesthaltigkeit prüfen.
- Asbesthaltige Leuchten als Ganzes im geschlossenen Zustand von asbestsachkundigen Elektrofirmen abnehmen lassen. (Auf Einhaltung des Personenschutzes achten.)
- Leuchten luftdicht in Folie verpackt der entsprechenden Entsorgung zuführen.

Umfrageergebnis bei Leuchten- Herstellern:

Anfrage:

Das Hochbauamt hat eine Anfrage an diverse Leuchtenhersteller gerichtet und darin verbindliche Angaben hinsichtlich der Asbestverwendung abgefordert. Die näheren Angaben bezogen sich auf:

- den Leuchtentyp,
- das Bauteil, für das Asbest verwendet wurde,
- das Jahr, bis zu dem Asbest verwendet wurde oder
- den Zeitraum, in dem Asbest verwendet wurde,

Ergebnis:

Fabrikate, die nach Firmenangabe asbestfrei sind:

- RZB, Rudolf Zimmermann Bamberg
- Trilux- Lenze GmbH & Co KG
- Zumtobel Licht GmbH

Angeschriebene Hersteller, die keine Auskunft gaben:

- Erco Leuchten GmbH
- Kinkeldey- Leuchten GmbH & Co. KG
- Philips Licht
- Kotzold- Leuchte
- Semperlux GmbH

Leuchten mit Asbestverwendung:

Hersteller	Produkt	Asbestbauteil	Zeitraum
Glashütte Limburg Gantenbring GmbH & Co.	alle Leuchten	Isolierteile	bis 1984
Hoffmeister GmbH & Co. KG	Leuchtentypen 0.32421- bis 0.32460 und 0.32600- 0.32604	Reflektoren	bis 1982
Kandem Leuchten GmbH	alle Leuchten bei Langfeld- leuchten unwahr- scheinlich	Isolierteile	bis 1979
Lüderitz Licht und Schaer- Lüderitz	alle Leuchten	Isolierteile	vor 1974 nicht aus- zuschließen
NORKA, Nord- deutsche Kunst- stoff- und E- Gesellschaft, Stäcker & Co mbH	Feuchtraumleuch- ten, Typen Karls- ruhe und Madrid	Abdeckhauben mit ausgehärtetem Duroplast 12	bis 1989
Regiolux, Frän- kische Leuchten GmbH	Leuchtentyp ASIP	Abdeckung der Lichtleiste	bis 1983
Siemens, Aktien- gesellschaft	alle Leuchten	Dichtscheiben in Außen- bzw Feuchtraumleuchten, Geräuschdämmst. in Innenleuchten	bis 1989
Staff GmbH & Co. KG	alle Leuchten	Isolierteile	bis 1986
Thorn Licht GmbH	Leuchtenserien Lichtleisten Art. Nr. 7000- 7113 u. Art.- Nr. 7429	Hitzeschutz zwischen Vorschaltgerät und Verdrahtung, AP 60, nach DIN 3752	bis 1980
Wila Leuchten GmbH	Nurglasleuchte Baureihen 184 05-30 und 784 05-30	Wärmeschutzschild	bis 1972

Hinweis auf:

Handlungsanweisung des Senats zur rationellen Verwendung von Trinkwasser -
Trinkwasserverbrauch in öffentlichen Einrichtungen

(s. MittVw 1996 Seite 56 ff.)

